Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft
Herausgegeben von Wolfgang Abendroth

Band 4

Struktur und Funktion der "KPD-Opposition" (KPO)

Eine organisationssoziologische Untersuchung
zur "Rechts"-Opposition im deutschen Kommunismus
zur Zeit der Weimarer Republik

K.H. Tjaden

Verlag Anton Hain · Meisenheim am Glan

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO)

Eine organisationssoziologische Untersuchung zur „Rechts“-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik.

Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft. Hrsg. v. Wolfgang Abendroth, Band 4

Verlag Anton Hain – Meisenheim am Glan 1964

Vorwort

Die bundesrepublikanische öffentliche Meinung pflegt die KPD. als diejenige politische Partei zu beurteilen, die sie zur Zeit des Endes der Weimarer Republik oder zur Zeit ihres Verbots durch das Bundesverfassungsgericht im Jahre 1956 dem Selbstverständnis ihrer Führung nach zu sein schien: als eine „totalitäre“, auf die Errichtung einer Einparteien-Diktatur stalinistischer Prägung gerichtete Kader-Organisation ohne innerparteiliche Diskussionen und demokratische Formen innerparteilicher Willensbildung, die sich von ihrer Gründung an in durch ihre Ideologie angelegter Kontinuität zu dieser Spätform ihrer Existenz entwickelt habe. Auch die Urteilsgründe des Bundesverfassungsgerichts* folgen dieser Auffassung und lassen jede differenzierte Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte und dem theoretischen und praktisch-politischen Denken vermissen, das im ersten Jahrzehnt nach der Parteigründung für sie bedeutsam war**.

Wie die Entwicklung der aus der Mehrheitssozialdemokratie, der *rechten* USP. und dann der Vereinigten SPD. hervorgegangenen Organisationen und ihrer Politik häufig deshalb nicht richtig eingeschätzt wird, weil die internen Diskussionen ihrer verschiedenen oppositionellen Richtungen von der gegenwärtigen Wissenschaft meist vernachlässigt werden, so läßt sich auch die Entwicklung wie das politische Versagen der Kommunisten nur [X] verstehen, wenn die divergenten Gruppierungen analysiert werden, die in ihrer Geschichte hervorgetreten sind und ihre Verselbständigung vom radikalen Flügel der Vorkriegssozialdemokratie zur eigenständigen politischen Partei bestimmt haben.

Diejenige Gruppe, die – aus den Kadern teils der Gruppe Internationale, teils der Bremer Linken hervorgegangen – nach dem Sturz Paul Levis zunächst die Partei führte, um dann die geschlossenste, dauerhafteste und stärkste *oppositionelle* Gruppierung der deutschen Kommunisten zu werden, ist die sogenannte „Rechte“, die sich nach ihrem Ausschluß 1928/29 in der KPD-Opposition einen eigenen organisatorischen Rahmen gegeben hat. Ihr ist die vorliegende Untersuchung gewidmet.

In späteren Arbeiten wird es erforderlich sein, auch die „linken“ Strömungen des deutschen Kommunismus zu analysieren, um die Grundlagen für die politische und geschichtliche Überprüfung der deutschen radikalen Arbeiterbewegung zwischen Revolution und Sieg der nationalsozialistischen Gegenrevolution zu erarbeiten.

Marburg/L., den 5.IV.1964 Wolfgang Abendroth

[XI]

* Vgl. BVerfGE 5, 85 (87 ff).

** Vgl. W. Abendroth, Das KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichte, Zeitschrift für Politik 1956, S. 320 ff.

Vorbemerkungen

Das Interesse der vorliegenden Untersuchung – deren Gegenstand dem, was man gemeinhin Zeitgeschichte nennt, entstammt – gilt nicht in erster Linie einer Vervollständigung des zeitgeschichtlichen Wissensbestandes. Ihr Thema, die Entwicklung der „Rechts“-Opposition im deutschen Kommunismus in der Zeit der Weimarer Republik, wird vielmehr als ein genuin politikwissenschaftliches und soziologisches verstanden: nämlich als Analyse einer sozialen Organisation oder Bewegung, deren spezifische Zielsetzung, die einer radikalen Veränderung der gegebenen Gesellschaftsstruktur, von vornherein Untersuchungsmethoden und Darstellungsweisen am gesellschaftlich-historischen Charakter des Untersuchungsobjekts zu orientieren zwingt und so einerseits dazu nötigt, die Masse der historischen Daten jenseits ihrer bloßen Aneinanderreihung in Reflexionszusammenhängen der Zielsetzung jener Bewegung und deren Strukturen adäquat zu organisieren, andererseits aber auch erfordert, die Entwicklung dieser Strukturzusammenhänge als ein Ergebnis sowohl der Vorgeschichte der untersuchten Organisation als auch ihrer je aktuellen politisch-gesellschaftlichen Funktionen zu interpretieren. Der Darstellung der organisatorischen und ideologischen Strukturen der „Rechts“-Opposition, die vor allem aus dem eo ipso organisationsbedürftigen „revolutionäre“ Interesse dieser Bewegung resultieren, dienen in erster Linie die in sich im wesentlichen deskriptiven Abschnitte II.1 und II.2 dieser Arbeit; daß eine Beschränkung auf eine deskriptive Erfassung dieser organisationsspezifischen Strukturen zur Erklärung der tatsächlichen Entwicklung der „Rechts“-Opposition nicht ausreicht, ergibt sich nicht allein aus ihrer Vorgeschichte (Teil I), sondern auch – und vor allem – aus der Untersuchung ihrer realisierten politisch-gesellschaftlichen Funktionen, welche die Entstehung innerorganisatorischer Spannungen, die Spaltung der organisierten „Rechts“-Opposition im Jahre 1952 und deren weitere Entwicklung erst begreiflich macht (Abschnitte II.3, II.6 folgende). Ideologiekritische Analysen (Abschnitte I.4 und II.5) und skizzenhafte Darstellungen der internationalen „rechten“ KP-Opposition sowie der Entwicklung ihres deutschen Zweiges seit 1933 (Abschnitt II.4, Teil III) können zur Erhellung der Geschichte dieser „Rechts“-Opposition als einer wesentlich gesellschaftlich vermittelten Gruppierung vielleicht einen Teil beitragen.

Herrn Prof. Wolfgang Abendroth, der die Anregung zu dieser Arbeit gab und sie wesentlich förderte, gilt mein besonderer Dank. Nicht minder bin ich Herrn Heinrich Brandler in Hamburg, der – zusammen mit August Thalheimer – seit den Anfängen der Weimarer Republik die hier untersuchte Gruppierung repräsentierte und der mir mit Auskünften und Materialien in außergewöhnlichen Masse behilflich war, zu Dank verpflichtet. Mein Dank gilt ferner: denjenigen ehemaligen Mitgliedern der KPO, die mich mit mündlichen oder schriftlichen Auskünften unterstützten, nämlich Frau Erna Lang, Frankfurt, Frau Rose Frölich, Frankfurt, und den Herren Fritz Altwein, Oberursel, Ludwig Becker, Stuttgart, Richard Burkhardt, Stuttgart, Karl Frank, New York, Alfred Futran, Frankfurt, Heinrich Gabs, Offenbach, [XII] Karl Grönsfelder, Nürnberg, Erich Hausen, Swarthmore (Pa.), Paul Hempel, Frankfurt, Max Köhler, Berlin, Heinz Krause, Berlin, Philipp Pless, Frankfurt, Alfred Schmidt, Frankfurt, Hans Tittel, Nürnberg, Walter Uhlmann, Frankfurt und Rudolf Zollmann, Frankfurt, sowie allen anderen Persönlichkeiten, die mit Auskünften über die hier untersuchte Gruppierung behilflich waren; den Archiven und Bibliotheken, die Einblick in Quellenmaterialien ermöglichten oder bei deren Beschaffung behilflich waren, nämlich dem Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis in Amsterdam, dem Schweizerischen Sozialarchiv in Zürich, dem Stadtarchiv Frankfurt-M., dem Institut für wissenschaftliche Politik der Philipps-Universität Marburg-L., der Westdeutschen Bibliothek in Marburg-L. und der Universitätsbibliothek in Marburg-L., insbesondere ihrer Fernleihe-Abteilung; dem Gesamtkatalog der deutschen Presse; endlich den kommunalen Institutionen, welche meldestatistische Auskünfte über verstorbene KPO-Mitglieder lieferten. [XIII]

Verzeichnis nicht allgemein gebräuchlicher Abkürzungen und der Organisationsbezeichnungen*

AA, AAU	Allgemeine Arbeiter-Union
ADG, ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AfA, AFA	Allgemeiner freier Angestelltenbund
AJ	Arbeiterjugend
AK	Auslandskomitee
AL	Auslandsleitung
Arpo	Arbeiterpolitik
Art.	Artikel
AT	Arbeiter-Tribüne
BK [in Abschnitt III]	Berliner Komitee
BK	Bezirkskonferenz
BL	Bezirksleitung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CGT	Confédération générale du travail
CGTU	Confédération générale du travail unitaire
ČSR	Československá Republika
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DMV	Deutscher Metallarbeiter-Verband
DVP	Deutsche Volkspartei
EK, EKKI	Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale
FA, FAU	Freie Arbeiter-Union
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FSJ	Freie Sozialistische Jugend
GdSt	Gegen den Strom
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GPU	Gossudarstvennojo Političeskoje Upravlenije
IAH	Internationale Arbeiter-Hilfe
IAV	Internationaler Allgewerkschaftlicher Verband [XIV]
IG	Internationaler Gewerkschaftsbund
IGB	Industriegewerkschaft
IEV	Internationale Hilfsvereinigung

* Im Gegensatz zur Schreibweise in manchen Zitaten im laufenden Text sind hier alle Organisationsbezeichnungen ohne Punkte angegeben.

IISG	Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis [Amsterdam]
IK	Der Internationale Klassenkampf
IKD	Internationale Kommunisten Deutschlands
IKK	Independent Labor League of America
ILLA	Internationale Kontroll-Kommission
ILP	Independent Labour Party
Inf. Reg.	Infanterie-Regiment
INKOPP	Internationale Nachrichten der Kommunistischen Opposition
Inprekorr	Internationale Presse-Korrespondenz
IRH	Internationale Rote Hilfe
IVKO	Internationale Vereinigung der Kommunistischen Opposition
IWP	Institut für wissenschaftliche Politik [Marburg]
JK	Junge Kämpfer
KAG	Kommunistische Arbeitsgemeinschaft
KAP, KAPD	Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands
KI	Kommunistische Internationale
KJ, KJV, KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KJI	Kommunistische Jugend-Internationale
KJO, KJVO, KJVDO	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands (Opposition)
Komintern	Kommunistische Internationale
KOPP	Kommunistische Opposition
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU (B), KPdSU, KPSU	Kommunistische Partei der Sowjet-Union (Bolschewiki)
KPO, KPD-O, KPD (O), KPDO	Kommunistische Partei Deutschlands (Opposition) [XV]
KPOe, KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
KZ	Konzentrationslager
LO	Linke Opposition
MAN	Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg
MdBB	Mitglied der Bremer Bürgerschaft
MdHB	Mitglied der Hamburger Bürgerschaft
MdL	Mitglied des Landtags
MdR	Mitglied des Reichstags
MdVK	Mitglied der Volkskammer
m. gr. L.	mit großen Lücken

m. L.	mit Lücken
LP.-Leiter, -Komitee	Militärisch-Politischer Leiter, Militärisch-Politisches Komitee
MWD [MVD]	Ministerstvo Vnutrennich D’el
NB	Neu Beginnen
NEP	Novaja Ekonomičeskaja Politika
NKWD [NKVD]	Narodnij Kommissariat Vnutrennich D’el
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei
OLG	Oberlandesgericht
Org-Büro	Organisationsbüro
Org-Leiter, -Sekretär	Organisations-Leiter, -Sekretär
PCF	Parti communiste français
PCI	Partito Comunisto Italiano
Plattform	Was will die KPD-Opposition, Berlin, ^{3}1930
Pol-Büro, Polit-Büro	Politisches Büro
Pol-Leiter, -Sekretär	Politischer Leiter, -Sekretär
POUM	Partido Obrero de Unificacion Marxista
PV	Parteivorstand
RFB	Roter Frontkämpfer-Bund
RGI	Rote Gewerkschafts-Internationale
RGO	Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition, -Organisation
RH, RHD	Rote Hilfe Deutschlands
RK	Reichskonferenz
RKP, RKP (B)	Russische Kommunistische Partei (Bolschewiki) [XVI]
RL	Reichsleitung
RM	Reichsmark
SA	Sturmabteilung
SAI	Sozialistische Arbeiter-Internationale
SAJ	Sozialistische Arbeiter-Jugend
SAP, SAPD	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SBZ	Sowjetische Besatzungszone [Deutschlands]
SDAPR	Sozialdemokratische Arbeiter-Partei Rußlands
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFIO	Section française, Internationale ouvrière
SJV, SJVD	Sozialistischer Jugend-Verband Deutschlands
SP	Sozialdemokratische Partei
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SS	Schutz-Staffel
SSB	Sozialistischer Schutzbund
SU	Sowjetunion
SWZ	Sozialistische Wochenzeitung
UB	Unterbezirk
UBL	Unterbezirksleitung
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USP, USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VF	Volksfront
VfFuF	Verein für Freidenkertum und Feuerbestattung
VGH	Volksgerichtshof
VKPD, VKP	Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands
VR	Das Volksrecht
VSPD	Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands
WKP [VKP]	Vs’esojuznaja Kommunističeskaja Partija (b)
WRV	Weimarer Reichsverfassung
ZA	Zentralausschuß
ZK	Zentralkomitee
ZKK	Zentrale Kontroll-Kommission

Band I: Text

I. Zur Entwicklung der „Rechts“ Opposition in der Kommunistischen Partei Deutschlands vom Gründungsparteitag bis zum VI. Weltkongreß der KI (1928)

Die Struktur der seit 1928 als „Kommunistische Partei Deutschlands – Opposition“ (KPD.-O. oder KPO) Organisierten „Rechts“-Opposition[1] der KPD ist aus dem Zusammenspiel organisationsimmanenter Faktoren nicht ausreichend zu erklären. Die Einheit von Organisation, Ideologie[2] und Politik dieser Gruppe ist – wie ihre Untersuchung selbst ergeben wird – nur zu begreifen als ein Moment des politisch-gesellschaftlichen Funktionszusammenhangs der Endzeit der Weimarer Republik einerseits und – andererseits – als ein Produkt der vorangegangenen politisch-historischen Entwicklung: derjenigen der deutschen Arbeiterbewegung seit 1918 vor allem sowie der Entwicklung der KPdSU. Die Untersuchung der Struktur der KPO und ihrer politisch-gesellschaftlichen Funktionen erfordert so vor allem eine Analyse des Werdegangs der deutschen kommunistischen Partei seit ihrer Gründung, ferner die Darstellung bestimmter allgemeiner politisch-gesellschaftlicher Faktoren, die für die Loslösung der „Rechts“-Opposition von der KPD von Belang sind; einmal deshalb, weil die Politik der KPO nicht allein in der personellen Identität ihrer Träger mit einem Großteil der Führungsgruppe der frühen KPD, sondern auch und vor allem in ihren ideologischen, taktischen und organisatorischen Momenten zurückverweist auf jene Formen politischer Praxis, welche die kommunistische Politik von der der anderen Arbeiterparteien insbesondere in der Zeit vor 1923 unterscheiden; zum anderen deshalb, weil die Gründe für die Verselbständigung dieser Gruppe gegenüber der KPD in deren Entwicklung seit 1923 sowie in Entwicklungszügen der allgemeinen politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse seit dieser Zeit zu suchen sind. Leitfaden dieser Darstellung ist zunächst die Entfaltung der vor allem mit den Namen der späteren führenden KPO-Funktionäre verknüpften politischen Taktik der frühen KPD, welche der Position der KPD in der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt und der revolutionären Zielsetzung dieser Partei entsprang; sodann die spätere Geschichte der Abkehr der Partei Von ihrer vor 1923 entwickelten taktischen Konzeption. [2]

1. Die politische Taktik der KFD 1919–1923 und die Rolle der späteren Rechts“-Opposition

Die um die Jahreswende 1918/1919 gegründete Kommunistische Partei Deutschlands[1], die sich als Instrument der Arbeiterklasse zur Durchführung der proletarischen Revolution verstand[2], hat von ihrer Gründung an bis zum Jahre 1923 sich besonders nachdrücklich darum bemüht[3], eine Politik auszubilden, die den Widerspruch zwischen der Minoritätsposition der Partei innerhalb der Arbeiterschaft und dem von der KPD vertretenen Postulat, es müsse diese in ihrer Mehrheit Subjekt der Revolution sein[4], aufzuheben geeignet war. Im Gegensatz zu den von 1924 bis 1925 und von 1928 bis 1933 andauernden „ultralinken“ Perioden kommunistischer Politik der Weimarer Zeit ist diese erste, freilich nicht stetige – „rechte“ – Phase[5] der KPD-Entwicklung durch den ernsthaften Versuch gekennzeichnet, in der Kombination von ideologischen, organisatorischen und politisch-praktischen Mitteln eine Taktik zu entwickeln, die die Mehrheit der Arbeiterschaft in Deutschland zum bewußten Träger einer von der KPD vertretenen revolutionären Praxis machen konnte[6]. Wenngleich der Versuch, mit allen geeigneten Mitteln eine *Einheitsfront* des politisch gespaltenen Proletariats zur Durchführung einer sozioökonomischen Revolution im Sinne von Marx herzustellen und zu aktivieren, konsequent und in systematischer Form von der KPD erst seit 1921 unternommen wurde und auch der Name *Einheitsfronttaktik* für diese Politik erst seit dieser Zeit gebräuchlich wurde[7], lassen deren Elemente sich doch bis über den Gründungsparteitag der KPD (Spartakusbund) 1918/1919 hinaus zurückverfolgen, wie umgekehrt zur Begründung dieser Taktik noch 1923 ausgegangen wurde vom luxemburgisch-spartakistischen Begriff der Diktatur des Proletariats als der „Diktatur der Mehrheit des Volkes, ... der Ausgebeuteten[,] über die Ausbeuter“[8]. Die seit jener Zeit bis zum Jahre 1923 zur Einheitsfrontpolitik sich zusammenschließenden Momente politischer Praxis der KPD[9] galten durchweg, von deutlich sich abhebenden Bruchstellen „ultralinken“ Charakters in dieser Entwicklung abgesehen, einer Mobilisierung des Proletariats in dem Sinne, „versuchen, die Arbeitermasse in den Kampf zu führen für die nächstliegenden Lebensinteressen dieser Masse, den Interessen, die sie vereinigen und nicht trennen“[10]. Die erste Phase der KPD-Politik erscheint in dieser ihrer inneren Einheit als direkte Vorgeschichte der Entwicklung der „Rechts“-Opposition in der KPD seit 1924 und außerhalb dieser Partei seit 1928.

[3] Freilich scheinen die politischen Entscheidungen des Gründungsparteitags der KPD (Spartakusbund), der noch beherrscht wurde von der abstrakt-utopisch revolutionären Einstellung der Delegiertenmehrheit[11], ein Musterbeispiel sektiererischer Politik zu bilden; doch hat der Druck von Repräsentanten des spartakistischen Teils der Führungsgruppe der aus Spartakusbund und „Bremer Linken“ neugebildeten KPD[12], zu dem führende Funktionäre der späteren „Rechts“-Opposition – nämlich vor allem Heinrich Brandler[13], August Thalheimer[14] und Jakob Walcher[15] – gehörten, die Form der Parteitagsbeschlüsse und ihre spätere Interpretation in einer Weise bestimmt, welche die Ausrichtung der praktischen Politik nach den Prinzipien des Spartakusprogrammes ermöglichen half. Gegen diesen Teil der KPD-Führungsgruppe standen freilich Repräsentanten einer abstrakt-radikalen Mitgliedschaft, deren Intentionen den Formelkompromissen des Parteitags den Anschein bloßer Radikalität verlieh, welcher vor allem den Beschlüssen zur Gewerkschaftsfrage und zum Parlamentarismus anhaftet. Zu den Wortführern dieser politischen Richtung gehörten auch führende Mitglieder der späteren „Rechts“-Opposition und der KPO. So bewies einer der Vertreter der „Bremer Linken“ (IKD) durch seine Stellungnahme zur Gewerkschaftsfrage, daß diese gemeinhin als Repräsentantin leninistisch-„realpolitischer“ Prinzipien qualifizierte politische Gruppe durchaus sektiererischen politischen Tendenzen Raum geben konnte: „Für uns kann es nur eine Parole geben: Heraus aus den Gewerkschaften“, forderte Paul Frölich und propagierte gegen den entschiedenen Widerspruch Rosa Luxemburgs die proletarische Einheitsorganisation[16]. Doch auch Vertreter der Spartakusgruppe widerstanden den „ultralinken“ Stimmungen der Mitgliedschaft nicht; in der Frage der Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung, die die führenden Funktionäre des Spartakusbundes positiv entschieden wissen wollten, forderte zum Beispiel Rosi Wolfstein „den Kampf gegen die Nationalversammlung durch politische Massenstreiks“[17]. Erst in den politischen Kämpfen der Folgezeit näherten sich die politischen Auffassungen dieser KPD-Funktionäre langsam, wenn auch nicht stetig, der vom alten Spartakusbund vertretenen Politik an, um sich erst um 1921 mit dessen dann vor allem von Brandler und Thalheimer fortgebildeten strategischen Konzeption zu amalgamieren.

Als das hauptsächlichste Mittel, eine Mehrheit der Arbeiterklasse zum [4] Subjekt der proletarischen Revolution zu machen, haben die beherrschenden Stimmen der Diskussion auf dem Gründungsparteitag die zu – dieser Zeit bereits rückläufige – Rätebewegung propagiert, welche – bei Aufrechterhaltung des politischen Führungsanspruches der KPD als Partei – einerseits als Instrument zur Erringung der politischen Macht, andererseits als eines zur Führung der ökonomischen Kämpfe fungieren sollte[18]. Bedeutet diese Entscheidung zunächst eine Wendung gegen den Gedanken der proletarischen, Partei- und Gewerkschaftsfunktionen vereinenden Einheitsorganisation[19], so sollte doch mit ihr ineins hiermit der Versuch unternommen werden, in der revolutionären Selbstbetätigung der Arbeiterschaft in der Rätebewegung ihre parteiideologischen Differenzen aufzuheben und sie mit dieser Praxis, den Erfahrungen der russischen Oktoberrevolution gemäß, die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse selbst als eine Notwendigkeit zu lehren. Diese sowohl praktisch-politische wie ideologische Einigung des Proletariats wurde von Rosa Luxemburg auf eine programmatische Formel gebracht: „Sie werden geschult, indem sie zur Tat greifen“[20].

Die Methoden dieser Einigungspolitik[21] wurden indes auch auf dem Gründungsparteitag nicht prinzipiell auf die Forcierung der Rätebewegung beschränkt: das Ergebnis der Abstimmung über die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung, bei der die zumeist positiv stimmenden Zentralemitglieder überstimmt wurden, war, nach der zutreffendem Interpretation Jakob Walchers, kein „grundsätzlich antiparlamentarisch[er]“ Beschluß[22]; die von Rosa Luxemburg gegen die Stimmung der Delegiertenmehrheit durchgesetzte Vertagung eines Beschlusses über die Frage des Gewerkschaftsaustritts bedeutete gleichfalls den Versuch, die Möglichkeit einer Einigungspolitik zu sichern[23]. Gegen die abstrakt-utopischen Tendenzen eines Großteils der Delegiertenschaft versuchte die Zentrale-Mehrheit, den Satz des Spartakusprogrammes zu konkretisieren, daß „Sozialisierung der Gesellschaft“ nur verwirklicht werden könne „durch zähen, unermüdlichen Kampf der Arbeitermasse in ihrer ganzen Breite ..., auf allen Punkten, wo Arbeit mit Kapital, wo Volk mit bürgerlicher Klassenherrschaft einander ins Weiße des Auges blicken“[24].

Mit der Propagierung der Rätebewegung als dem Mittel zur politischen Vereinigung der Arbeiterklasse und mit dem Offenhalten der Möglich-[5]keit zu parlamentarischer und gewerkschaftlicher

Arbeit waren sowohl Inhalt der Einheitsfrontpolitik als auch die Elemente der Formen gesetzt, in denen diese Politik in der Folgezeit ihre Mittel fand. Deren nähere Bestimmung war Resultat der innerparteilichen Diskussionen der Folgezeit, welche vorab durch die Niederlage der Aufständischen in den Januarkämpfen 1919, mit denen sich die Partei solidarisierte[25], durch die Märzkämpfe des gleichen Jahres und durch die Niederlage der bayerischen Räterepublik provoziert worden waren; diese Diskussionen brachten zugleich eine erste Annäherung von Repräsentanten des abstrakt-revolutionär gesonnenen Teils der Mitgliedschaft – so Paul Frölichs – an die politische Linie der Zentrale-Mehrheit. Dabei wurde die Argumentation gegen die „ultralinken“ Ansichten nicht allein von Paul Levi, mit dessen Namen der Ausschluß der „Links“-Opposition auf dem 2. Parteitag im Oktober 1919 und in der Zeit danach vor allem verknüpft ist, sondern mindestens ebenso von den Repräsentanten der „Rechts“-Opposition der Zeit nach 1923, insbesondere von Brandler und Thalheimer, sowie von Karl Radek getragen[26]. Hatte Frölich noch am 25. Januar 1919 apodiktisch gefordert, es sollten die Betriebsräte „die Aufgaben der Gewerkschaften ... übernehmen“[27] – wobei er zugleich diesen Räten Funktionen betrieblicher Produktionskontrolle zugeschrieben hatte –, so propagierte er Anfang August dieses Jahres zwar immer noch die „Zertrümmerung“ der Gewerkschaften, indes nun mit der wesentlichen Einschränkung, „Voraussetzung für diese Taktik“ sei, „daß die Betriebsräte auch wirklich Träger der revolutionären Kämpfe werden“; insbesondere die Erfahrungen mit der bayerischen Räterepublik hatten ihm inzwischen gezeigt, daß es sinnlos sei, „die Arbeiterklasse vorwärts zu treiben in eine Stellung, die nicht zu halten“ ist[28]. Der Charakter des revolutionären Kampfes wurde zur gleichen Zeit von den Wortführern der Zentrale – im Sinne der Spartakusbundtradition – als ein doppelter bestimmt: dem Doppelcharakter der Revolution als einer politischen sowohl wie wirtschaftlichen gemäß[29]; dabei galt als Funktion der von den politischen Arbeiter- wie den Betriebsräten geführten revolutionierenden Praxis weiterhin die Herstellung der Einheit der Arbeiterschaft. Diese der gesamten späteren Einheitsfronttaktik als deren Ziel immanente Funktion[30] wurde schon früh prägnant von Heinrich Brandler beschrieben: [6]

> „*Diese Einheit der Arbeiterklasse wird erst Ergebnis des siegreichen Machtkampfes selbst sein*. Diese Einheit der proletarischen Klasse im weitesten Sinne herbeizuführen, ist eine Aufgabe, von deren Gelingen der Sieg der sozialen Revolution abhängt. Ein Mittel, diese Einheit zu erreichen, ist die Räteverfassung. Keine Organisation, weder eine politische Partei, noch die Gewerkschaften oder Konsumvereine sind im Stande, jemals die Gesamtheit der Arbeiterklasse in sich zu vereinigen. Es sind dies Organisationen, die in der Vergangenheit große Bedeutung und wichtige historische Funktionen hatten ... Zum Kampf *um die ganze politische Macht*, zur Umgestaltung der ganzen kapitalistischen Gesellschaftsordnung *reichen sie nicht aus*, weil sie notwendiger Weise immer nur Teile der Klasse zusammenzufassen vermochten. Anders die Räte ... Die Räteorganisation ist so umfassend, wie die kapitalistische Produktionsweise selbst. Durch die Räteorganisation wird der letzte kapitalistisch ausgebeutete Proletarier ohne Weiteres erfaßt, und dem großen Ganzen eingegliedert. *In dieser Universalität liegt die eine große Bedeutung des Rätesystems*“[31].

In dem Maße, in dem die von Frölich betonte Voraussetzung für die ausschließliche Propagierung der Rätebewegung, daß nämlich diese wirklich Subjekt der revolutionären Kämpfe sei, historisch schwand, präzisierte die Führung der Partei gegen die Opposition „ultralinker“ Parteiorganisationen die Einstellung zur parlamentarischen und zur Gewerkschaftsfrage; so attackierte die Berliner Organisation ein Votum für die Mitarbeit der KPD in den Parlamenten, das am 5. September 1919 in der von Brandler redigierten Kommunistischen Räte-Korrespondenz abgegeben wurde[32]; das von derselben Organisation angegriffene Rundschreiben der Zentrale vom 28.8.1919[33] und – in schärferer Form – die dann dem 2. Parteitage 1919 vorgelegten Gewerkschaftsthesen der Zentrale[34] argumentierten gegen die Politik des Austritts aus den Freien Gewerkschaften, wobei in einer Kritik an diesen Thesen Brandler über deren Zielsetzung noch insofern hinausging, als er die „Möglichkeit der Eroberung der Gewerkschaftszentralleitungen“ durch die Kommunisten mit berücksichtigt sehen wollte[35]. Parlamentarische und Gewerkschaftspraxis – gemessen am revolutionären Ziel ein Arbeiten für politische

Teilfragen – fungieren nach der ihnen zugrundeliegenden, besonders von Karl Radek entworfenen Konzeption als Momente einer revolutionär definierten Einigungspolitik. „*Die Kommunistische Partei*“ – so argumentierte Radek[36] in einer Artikelserie in der Kommunistischen Räte-Korrespondenz – „*kann zwar nicht siegen, bevor die Mehrheit des Proletariats im Reiche bereit ist, die Macht in die Hände zu nehmen. Aber sie kann zu großen* [7] *proletarischen Aktionen, Demonstrationen und Massenstreiks greifen, falls in konkreten Tagesfragen, die die Interessen des Proletariats aufs lebhafteste berühren, die Mehrheit des Proletariats zu solchen Teilaktionen bereit ist*, auch wenn sie die Notwendigkeit der Machtergreifung noch nicht anerkennt.“ Das später von der KPD – in den Jahren 1921 bis 1923 – entfaltete System der Tages- und Übergangslosungen, eine methodische Grundkategorie der Einheitsfrontpolitik, hat hier seinen Ursprung[37].

Die Bekräftigung der gewerkschaftliche und parlamentarische Arbeit einschließenden taktischen Position auf dem 2., unter dem Einfluß des inhaftierten Radek stehenden[38] Parteitage der von Levi geleiteten KPD im Oktober 1919, deren politisch-gesellschaftlicher Hintergrund die völlige Entmachtung der Arbeiterräte und die faktische Reduktion der Autonomie der Betriebsräte auf das Maß waren, welches Gewerkschaftsführung und dann das Reichsbetriebsrätegesetz ihnen zugestanden[39], bedeutete den Beginn des Ausschlusses jenes abstrakt-utopischen Teils der Mitgliedschaft aus der Partei, welcher Radek zu der Behauptung veranlaßt hatte, die KPD sei bis dahin nur „ein wirrer Haufen“ gewesen[40]. Der theoretisch-ideologisch konsolidierten, zugleich durch die Abspaltung in ihrem Mitgliedbestand außerordentlich geschwächten Partei[41] kam nun mehr denn je primär eine propagandistische Funktion zu: „Der Parlamentarismus“, so argumentierte ein Mitglied der Zentrale[42] bereits auf dem Parteitage, „muß von uns als ein Mittel unter anderen Mitteln angewendet werden, unaufgeklärte Massen ... zu schulen“[43]; auch die anscheinend von Walcher inaugurierte[44] Fraktionsarbeit innerhalb der Gewerkschaften, welche nach Möglichkeit als einheitliche Organisationen erhalten bleiben, indes den Betriebsräten untergeordnet sein sollten[45], wurde von ihm mit dem politischen Ziele verknüpft, „die Gewerkschaften ... mit neuem Geist“ zu erfüllen[46]. Die gesellschaftliche Voraussetzung für eine Erfolgsaussicht einer solchen gleichsam pädagogischen politischen Praxis schien durchaus gegeben: als eine aus der Verkümmerung der ökonomischen Reproduktion der Gesellschaft aus Kriegsverlusten und Kriegstributen – resultierende Verelendung breiter Bevölkerungsschichten wurde sie in den Kategorien der Marxschen Politischen Ökonomie von Thalheimer analysiert[47]; als Nivellierung der Schichtendifferenzierung innerhalb der Arbeiterklasse wurde sie von Frölich [8] soziologisch bestimmt[48]. Ihrem Stellenwert nach im Rahmen einer Theorie politisch-revolutionärer Praxis verhielt sich jene Taktik zum Versuch einer direkten Eroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht durch die Räte wie immanente Kritik zur transzendenten: Ziel der kommunistischen Agitation war, die breiten Massen zunächst nicht mit dem Programm und den Kampfmethoden der Revolution, sondern mit ihren unmittelbaren Interessen zu identifizieren, welche die Partei als „Teilforderungen“ mit herkömmlichen politischen Methoden vertrat. Teilziele wie tradierte Mittel sollten jedoch im Sinne der Revolution fungieren: in einer theoretischen, soziologisch durchaus fundierten Abhandlung über revolutionäre Taktik, die Anfang 1920 verfaßt ist, versuchte Thalheimer zu zeigen, daß in

> „der Periode des revolutionären Kampfes um die Macht ... politisch wie wirtschaftlich die revolutionären Kampfesmethoden keinen Bruch mit den überkommenen politischen und wirtschaftlichen Kampfmethoden vorstellen können, sondern nur ihre Steigerung, Verschärfung und Verallgemeinerung bis zu dem Punkte, wo alle Einzelkämpfe, alle Vorstadien einmünden in die Phase des unmittelbaren Ringens um die Macht.
> In dieser Phase finden nach Zeit und Ort alle bisher überkommenen politischen Kampfmittel ihren Platz[;] aber so, daß sie dem revolutionären Gesichtspunkt untergeordnet, daß sie unter diesem Gesichtspunkt anders gruppiert und anders charakterisiert sind“[49].

Der Kampf um die Erfüllung dieser Teilforderungen zeitigt dieser Argumentation zufolge Konsequenzen, welche die Kritik sowohl als eine praktische wie auch als revolutionär-radikale bestimmen: entweder nämlich werden Teilforderungen von den nichtkommunistischen Arbeiterführern nicht unterstützt, diese dechiffrieren sich damit selbst als „gegenrevolutionär“ und beseitigen selbst die Schranke, welche die Massen der sozialdemokratisch und freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter

von der Kommunistischen Partei trennt; oder die Teilforderungen werden realisiert, die Position der Arbeiterschaft wird gestärkt, und Zielsetzungen wie Aktionsradius des Proletariats greifen nunmehr weiter aus. Diese Charakterisierung des praktischen Stellenwerts einer auf Teilforderungen abzielenden und als Mittel der Einigung des Proletariats fungierenden Taktik wurde explizit von Thalheimer formuliert: im Rahmen der Rechtfertigung der zögernden Haltung der KPD-Zentrale nach dem Kapp-Putsch, bei dem die durch die Auseinandersetzung mit der KAPD oftmals und insbesondere in Berlin gelähmte Partei[50] im Ganzen keineswegs als [9] „Vorhut des Proletariats“ fungierte[51]. Zur Verteidigung der später vom Zentralausschuß der Partei und vom 4. Parteitage verurteilten, am 26. März 1920 veröffentlichten Erklärung des in Berlin anwesenden Teile der Parteizentrale, in der eine „Bildung einer sozialistischen Regierung unter Ausschluß von bürgerlich-kapitalistischen Parteien“ begrüßt und versprochen wurde, die KPD werde „gegenüber der Regierung loyale Opposition treiben, solange diese Regierung die bürgerliche Konterrevolution mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft“[52], führte Thalheimer aus:

> „Diese Erklärung stellte fest, was in der gegebenen Situation politisch als Maximum aus dem Kampfe hätte herauskommen können ... Die entscheidende Stellung, die wir zu einer solchen Regierung einzunehmen hatten, muß die sein, ... zu sagen, soweit ihr revolutionär handelt, werdet ihr unsere Unterstützung haben; sobald ihr nicht revolutionär handelt, werdet ihr unseren Kampf haben ... Wird eine solche Regierung das Programm, mit dem sie ins Leben tritt, einhalten, so wird sie sich solange halten, soweit sie noch Halt in den Massen hat. Sobald eine solche Regierung ihr Programm fallen lassen wird, werden diese Massen sich gegen sie wenden ... In der einen und der anderen Weise ist eine solche Regierung ein historischer Fortschritt, den wir als eine vorübergehende Notwendigkeit ... anerkennen. Nichts anderes bedeutete diese Erklärung“[53].

Zwar war diese Auffassung und die ihr zugrundeliegende taktische Konzeption noch keineswegs Gemeingut der KPD-Zentrale, ja noch nicht einmal das aller Führer der späteren „Rechts“-Opposition; vor allem Paul Frölich widersprach, anknüpfend an seine abstrakt-radikale politische Tradition, scharf dem Thalheimerschen Gedankengang: „Die ganze Theorie, daß die sozialistische Regierung eine historische Notwendigkeit sei, ist falsch ... [und] völlig undialektisch“[54]. Gleichwohl wurde eine aus diesen Ansätzen gebildete – und später noch sehr differenzierte – Taktik im Verlaufe des Jahres 1920 zur gemeinsamen theoretisch-politischen Plattform jener zu dieser Zeit noch unter der Führung Levis in den zentralen Gremien der Partei arbeitenden KFD-Funktionäre, welche – einschließlich Paul Frölichs – ab 1921 die Führungsspitze der Partei und nach 1923 die der „Rechts“-Opposition und später der KPO bildeten. So fügten sich auch in den Rahmen dieser Thalheimerschen Bestimmung des politischen Sinnes eines Eintreten für Partialziele jene Beschlüsse und Kundgebungen der Parteiführung während des Jahres 1920 ein, mit denen diese zugleich auf die Milderung der revolutionären Situation seit [10] Versailles und Weimar reagierte: so insbesondere die Beschlüsse des 4. Parteitages über die Beteiligung an den Reichstagswahlen[55] sowie die Reden und Artikel vor allem Brandlers[56], aber auch Walchers[57] zur Gewerkschaftsarbeit und zur Betriebsrätebewegung. Besonders in den Reden Brandlers wurde die Theorie der sich des Verfechtens von Teilzielen bedienenden Einigungspolitik in die Sprache der Agitation übersetzt: ausgehend vom Ziel der Diktatur des Proletariats trug sie zugleich der Tatsache Rechnung, daß sich die Mehrheit der Arbeiterschaft mit diesem Ziel nicht identifizierte:

> „Wir können nicht Revolution mit Menschen machen, wie wir sie uns wünschen, sondern wir müssen die Revolution mit den Menschen machen oder zum mindesten beginnen, mit den Menschen, wie sie sind. In der Revolution selbst ändern sich erst die Menschen ... Es ist das Problem, sie einzugliedern dadurch, daß wir sie vor konkrete Aufgaben stellen, die ihren Kräften angepaßt sind. Ich lege Wert darauf: *Wir müssen Etappenziele schaffen*. Die Erkenntnis des sozialistischen Endziels nützt und jetzt gar nichts, sondern, worauf es ankommt, ist:
> *was haben wir heute und morgen zu tun*, um diesen Ziel näherzukommen. ... Wenn wir nicht die revolutionäre Kraft finden, um all die Hemmnisse zu zerschlagen, dann ist gar

> nicht gesagt, daß deshalb, weil wir in der Vorkriegszeit an der Spitze der internationalen Arbeiterbewegung standen, wir jetzt automatisch in den Sozialismus und Kommunismus hineinschliddern. Nein, es ist sehr wohl möglich, daß ein so großes Kulturgebiet wie Deutschland, wenn diese revolutionären Kräfte sich nicht aktiv auswirken können, vorübergehend auf kürzere oder längere Zeit ganz einfach versumpfen, zugrunde gehen und verelenden [wird]“[58].

Dabei bildete vor allem die Aktivierung der Betriebsräte, gleich welcher politischen Richtung[59], zum Kampf um die Kontrolle der Produktion[60], welche in enger Verbindung mit den Gewerkschaften, jedoch ohne Unterordnung der Räte unter deren Bürokratie[61] zu organisieren sei, das politische Teilziel, welches – als erreichtes sowohl wie als Zielpunkt gescheiterter ökonomischer Kämpfe – die Arbeiterschaft zu politischem Machtkampf und zur Wahl revolutionärer politischer Arbeiterräte zu provozieren geeignet war[62].

Nachdem Lenin bereits am 10. Oktober 1919 eine Politik der Nichtbeteiligung an parlamentarischer und gewerkschaftlicher Arbeit mit dem Hinweis auf die Erfahrungen in den drei russischen Revolutionen mißbilligt[63] und das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) in einem Schreiben vom 7. Februar 1920 an die Berliner [11] Parteiopposition dieselbe Auffassung vertreten hatte[64], wurde die von der deutschen Partei entwickelte Taktik partiell, jedoch in wesentlichen Punkten, durch den 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale (KI)[65], insbesondere durch die „Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale“[66], und durch die im Juni 1920 veröffentlichte Schrift Lenins über den „Linken Radikalismus“[67] bestätigt[68]. Gleichzeitig mit dieser Billigung der „rechten“ Taktik durch die Autoritäten des internationalen Kommunismus ergab sich aus der politischen Entwicklung in Deutschland die Tauglichkeit dieser kommunistischen Politik. Nicht nur hatte sich die KPD seit dem Ausscheiden der „ultralinks“ gesonnenen Mitglieder und dem entschiedenen Verzicht auf Konzessionen an eine abstrakt-revolutionäre Politik organisatorisch konsolidiert[69], sondern auch die Abspaltung des linken Flügels der USPD von dieser Partei, die seit dem „Linksruck“ der Organisation auf dem außerordentlichen Parteitag November/Dezember 1919 sich anbahnte[70] und auf dem Hallenser Parteitag Oktober 1920 vollzogen wurde[71], demonstrierte eindringlich, daß eine Revolutionierung von Arbeitermassen durch gleichsam empirisch gewonnene politische Erfahrungen in einer wenn auch nicht akut revolutionären, so doch ökonomisch labilen und den Interessen der breiten Massen entgegenstehenden gesellschaftlichen Situation durchaus im Bereich des Möglichen lag[72]. So war der Vereinigungsparteitag zwischen der einst aus dem Spartakusbund hervorgegangenen KPD und den Linken Unabhängigen Sozialdemokraten im Dezember 1920, durch den der Vereinigten KPD (VKPD) der direkte Einfluß auf etwa „ein Fünftel des politisch organisierten deutschen Proletariats“ erwuchs und der ihr somit die Chance gab, nicht mehr allein propagandistisch zu wirken[73], zunächst vor allem ein Anstoß zu weiterer und nicht bloß theoretischer und propagandistischer Forcierung der Einigungspolitik. Dies gilt umso mehr, als die für die Projektierung der „rechten“ Taktik besonders repräsentativen Führer der KPD – nämlich einerseits Levi, mit dessen Namen die gegen die abstrakt-revolutionären Tendenzen in der Partei gerichtete Politik seit dem 2., Heidelberger Parteitag zumindest in der politischen Öffentlichkeit verknüpft war, und andererseits die jetzt langsam sich zusammenschließende Brandler-Thalheimer-Gruppe, welche elementare Prinzipien der späteren Einheitsfronttaktik formuliert hatte – [12] auf dem Vereinigungsparteitag in ihren Führungspositionen bestätigt wurden[74]. Zu dieser Gruppe um Brandler und Thalheimer, die auch weiterhin fast ausschließlich von Funktionären gebildet wurde, die der KPD bereits vor der Vereinigung mit der USP-Linken angehört hatten, zählten zu dieser Zeit, neben Frölich, Walcher und Rosi Wolfstein, Zentrale- und Zentralausschußmitglieder wie Wilhelm Pieck, Robert Siewert, Hans Tittel; ihr nahe standen auch Klara Zetkin, Ernst Meyer und Fritz Heckert; ferner sind, neben vielen anderen, lokale Funktionäre wie Alwin Heucke, Max Köhler, Alfred Schmidt und Fritz Rück zu nennen[75].

Nach der Schaffung der großen Kommunistischen Massenpartei entsprang nun die Definition der KPD als einer Vorhut der Massen nicht länger notwendig bloßem Wunschdenken; die Funktionsbestimmung, die Heinrich Brandler der Partei nach dem Parteitag gab, konnte vielmehr durchaus durch die konkrete gesellschaftliche Entwicklung eine Bestätigung erfahren:

> „Der Kommunismus“ – so heißt es – „ist die Lehre von dem Befreiungskampf des Proletariats. Die Kommunistische Partei hat die Aufgabe, diese Lehre in die Praxis anzusetzen. ... Die Organisationsform der Kommunistischen Partei ist nicht erfunden worden, sondern sie ist das Ergebnis des entwickelten revolutionären Klassenkampfes. Die Arbeiterbewegung ist durch den Niederbruch des Kapitalismus aus dem Rahmen der parlamentarischen Taktik und aus dem Rahmen eines bloßen Kampfes um Reformen innerhalb des Kapitalismus herausgewachsen; dem trägt der Aufbau der Kommunistischen Partei Rechnung, indem sie als Partei die revolutionäre Vorhut des Proletariats sammelt und durch die Verankerung der Partei in den Betrieben, in den Gewerkschaften und den Betriebsräten die lebendigen Kräfte des revolutionären Massengeschehens durch den Aufbau der Partei freisetzt“[76].

Im gleichen Sinne hatte das „Manifest an das deutsche und internationale Proletariat“, das der Vereinigungsparteitag proklamierte[77], die Aufgabe der neuen Massenpartei zwar voluntaristisch, als die ihrer gleichsam autonomen revolutionären Aktion, indes ohne eine Abkehr von dem tradierten Prinzip bestimmt, daß die Gewinnung breiter Massen und die Regulierung und Transformierung der in ihnen repräsentiertem Energien die Voraussetzung eines revolutionären Kampfes sei[78]. Auch die Appelle zu „revolutionärer Offensive“ und zu „revolutionärer Tat“, welche insbesondere Thalheimer – auf dem 5. Parteitage bereits und zum Vereinigungsparteitag selbst – [13] verfaßte, gehen über diese – einheitsfronttaktisch motivierte – Aktionskonzeption nicht hinaus[79]. So resultierte aus der Vereinigung der KPD mit der USP-Linken die erste breitangelegte Einheitsfrontaktion der deutschen KP, welcher die Proklamation ähnlich motivierter Forderungen seitens der Stuttgarter und Chemnitzer kommunistischen Arbeiterschaft vorausging[80] und die als Kampagne für den „Offenen Brief an ADG[B], AFA, AA[U], FA[U], SPD, USPD, KAPD“[81] bekannt geworden ist. Mit diesem unter dem Einfluß von Radek verfaßten[82] Offenen Brief wandte sich die Zentrale der VKPD am 8. Januar 1921 an die genannten Organisationen der Arbeiterbewegung mit der Aufforderung zu politischer Zusammenarbeit mit der VKPD aufgrund eines Minimalprogrammes, welches Maßnahmen zur Linderung der wirtschaftlichen Not der breiten Massen, die Auflösung bürgerlicher Kampforganisationen, die Schaffung eines proletarischen Selbstschutzes und die Aufnahme von politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Sowjetrußland forderte. Wenngleich der ADGB, die USPD und die SPD ein gemeinsames Vorgehen mit der VKPD ablehnten[83] und somit die Aktion – trotz einer Reihe von Zustimmungserklärungen lokaler Organisationen und Gremien der Arbeiterbewegung[84], welche besonders nach einem zweiten, nunmehr direkt an die Mitgliedschaft der nichtkommunistischen Verbände gerichteten Appell zustandekamen[85] – nach einigen Wochen im Sande verlief, war ihr Resultat doch eine Verbreiterung des Einflußbereiches der VKPD und bildete sie doch vor allem das erste praktisch ausgeführte Modell jener Einheitsfronttaktik, welche später die KI für die kommunistische Bewegung überhaupt als Konzeption politischer Praxis inaugurierte[86]. Dieses Taktikmodell wurde später von Thalheimer rückblickend wie folgt skizziert:

> „Die Kennzeichen dieser ersten Einheitsfrontkampagne waren: als Einleitung die Wendung an die Spitze des ADGB., der SPD. und USP. zum gemeinsamen Kampf für ein Programm von unmittelbaren Forderungen. Nach Ablehnung durch die Spitzen die Wendung an die Mitglieder der Gewerkschaften, an die örtlichen Gewerkschaftsorganisationen, an die Betriebe, an die Arbeiteröffentlichkeit im Ganzen. Das Gegenmanöver der Gewerkschaftsbürokratie mit Aufstellung ihrer 10 Forderungen wurde pariert[87], indem die Partei an die Masse der Gewerkschaftsmitglieder und die Betriebe appellierte, um den wirklichen Kampf für diese Forderungen zu organisieren“[88].

[14] Noch am 15. Februar 1921 hat Paul Frölich, der dann im Gefolge der Märzkämpfe des Jahres – wiederum – einer der Vertreter einer abstrakt-revolutionären Praxiskonzeption wurde[89], den Stellenwert der Politik des Offenen Briefes im Rahmen einer Revolutionstheorie bestimmt:

> „Wir zeigen nicht nur das Ziel, die Revolution. Wir benutzen zugleich jede Einzelfrage, um die Lösung zu zeigen, die im Sinne der Arbeiterklasse noch unter dem kapitalistischen Regime möglich wäre und die zugleich, weil es die proletarische Lösung wäre, auf dem

> Wege zur Revolution liegt. Wir zeigen diese Lösung dem Proletariat und der Bourgeoisie, um die Bourgeoisieregierung zu entlarven, um der Arbeiterschaft zu zeigen, daß sie von den Kapitalisten nur immer das Todesurteil erwarten kann. Nicht allein den theoretischen Nachweis wollen wir dem Proletariat führen, sondern den praktischen, indem wir eine Entscheidung der Bourgeoisie erzwingen ...“[90].

Durch die Ergänzungswahl zur Zentrale Ende Februar 1921, welche durch die Wendung des EKKI und der KPD-Zentralemehrheit gegen die Serrati-Gruppe der italienischen Partei und das Ausscheiden der gegen diese Politik sich wendenden Führungsgruppe um Levi und Zetkin aus der Zentrale notwendig wurde, erlangte die Brandler-Thalheimer-Gruppe in der KPD-Führung ein weitaus stärkeres Gewicht als zuvor: zu einem der beiden Vorsitzenden der Zentrale wurde Brandler bestimmt, als Sekretäre wurden unter anderem Paul Frölich, Ernst Meyer und Paul Böttcher zur Zentrale hinzugewählt[91]; nach der „Märzaktion“[92] trat als Sekretär neben anderen noch Jakob Walcher hinzu[93]. Zwar galt die neue KPD-Führung in der Parteiöffentlichkeit durchaus als Repräsentantin „linker“ Politik[94]; indes trifft die in der Literatur verbreitete Meinung[95], es habe die Umgruppierung der Führungskräfte im Februar 1921 „eine scharfe Linksschwenkung der Partei“[96] und die Inauguration jener politischen Lehrmeinung bedeutet, derzufolge „Verteidigungs-Aktionen als solche ... fruchtlos“ waren und das Proletariat „‚die Offensive ergreifen‘“ sollte[97], nicht den wirklichen Sachverhalt. Nichts vielmehr deutet darauf hin, daß die politische Linie der KPD bis zur Einleitung der „Märzaktion“ prinzipiell verändert wurde[98]; die Politik des Offenen Briefes wurde weiterhin propagiert[99]. Eine Theorie der „Revolutionären Offensive“ wurde – wenn man absieht von der Verwendung dieser Vokabel in der Zeit der Einheitsfrontpolitik seit dem Januar 1921 und bereits auf [15] den Parteitagen zuvor[100], auch durch solche Mitglieder der KPD-Führungsgruppe, die sich unmittelbar nach den Märzereignissen gegen eine nachträgliche ideologisierende Rechtfertigung der KPD-Politik dieser Tage durch eine „Offensivtheorie“ wandten – erst später formuliert[101].

Der Beschluß über die Durchführung einer offensiven, der Politik des Offenen Briefes konträren[102] Kampfestaktik wurde vom Zentralausschuß der VKPD auf der Sitzung vom 16. und 17. März 1921, offenbar unter dem Einfluß von Vertretern der sowjetrussischen Partei[103] und als Reaktion auf das Einrücken der preußischen Sicherheitspolizei gegen die Arbeiter des Mansfeldischen Gebietes[104], von dem die Sitzungsteilnehmer überrascht wurden[105], gegen mindestens eine Stimme gefaßt[106]; zu den Befürwortern eines sofortigen Überganges zu einer „revolutionären Offensive“ gehörten vor allem Thalheimer und Frölich, während Brandler sich gegen diese Einstellung wandte[107]. Bei der hierdurch eingeleiteten „Märzaktion“, insbesondere nach dem Generalstreikaufruf der Partei vom 21. März, für den auch Brandler eintrat, erlitt die VKPD eine schwere Niederlage. Bereits während der Aktion wurde an ihr heftige Kritik in der Partei selbst geübt[108]; ideologisch gerechtfertigt werden sollte sie durch die besonders von Thalheimer und Frölich sowie von dem EKKI-Emissär Bela Kun formulierte „Offensivtheorie“, derzufolge die Märzaktion „als Einleitung einer Reihe von sich steigernden Aktionen ... eine erlösende Tat“ war[109], als „offensives Vorhutgefecht“[110] – und nicht als Defensivkampf – betrachtet werden mußte und das Muster für die künftige Taktik der Partei, im Sinne einer „revolutionären Initiative“, abgeben sollte[111]. Solidarisierten sich ein großer Teil der Parteiführerschaft – insbesondere auch die Repräsentanten der „linken“ Gruppierung um Ruth Fischer und Maslow[112] – sowie eine Mehrheit des Zentralausschuß-Plenums vom 7./8. April 1921[113] vorerst mit dieser Auffassung, so identifizierte sich das gleiche Gremium in seiner Mai-Sitzung bereits mit einer Taktik-Konzeption, welche jene Theorie mit der alten KPD-Taktik der Teilforderungen ungeachtet der Inkompatibilität beider Prinzipien zusammenbringen versuchte[114]; die Offensivtheorie wurde, wenn auch in abgeschwächter Form, von Thalheimer bis zum III. Weltkongreß der KI Juni/Juli 1921 vertreten, wo sie, nach der vorangegangenen Kritik von Brandler[115] und Radek[116], [16] unter der Regie Lenins durch eine an die deutschen kommunistischen Taktik-Traditionen anknüpfende Theorie politischer Praxis ersetzt wurde[117].

Die Ereignisse um die Märzaktion waren organisationspolitisch wie ideologisch – wenn auch negativ – konstitutiv für jene zugleich der relativen Konsolidierung der gesellschaftlich-ökonomischen Struktur[118] sich anmessende Einstellung des deutschen Kommunismus der Jahre 1921–1923, welche mit

Politik und Personenkreis der späteren „Rechts“-Opposition sich untrennbar verknüpft hat[119]. Durch das Ausscheiden der Levi-Gruppe aus Führung und Partei[120] standen die Führungspositionen der Organisation der Parteigruppe zur Verfügung, welche einerseits die Politik der Partei vor der Märzaktion mit getragen hatte und andererseits die Kritik an der Aktion, soweit sie von ihren Mitgliedern vorgetragen wurde, im Rahmen der Parteidisziplin vorgebracht hatte und die somit politischen und organisatorischen Bedingungen genügte, welche zugleich den Intentionen der KI-Autoritäten entsprachen[121]. Prototyp dieses Politikers war der nunmehr eng mit Radek zusammenarbeitende Parteivorsitzende Heinrich Brandler[122], dessen Gruppe in der Partei nunmehr zunehmend an Gewicht gewann. Seit seiner Verhaftung und Verurteilung in dem aus den Märzereignissen sich ergebenden Hochverratsprozeß, in dem er am 6. Juni 1921 zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt wurde, konnte Brandler selbst zwar seine Funktionen nicht mehr ausüben[123]. Gleichwohl nahm der Einfluß der Brandler-Thalheimer Gruppe in der Folgezeit zu; dies insbesondere nach der Rückkehr Brandlers im August 1922 aus Rußland[124], wohin er aus der Haft entflohen war. Die Mitglieder der in dieser Zeit mehr und mehr sich konsolidierenden Gruppe[125] nahmen insbesondere nach dem zweiten Parteitag der VKPD in steigendem Masse an den zentralen Führungsaufgaben der Partei teil[126]. Mit diesem organisatorischen – wie ideologischen – Positionsgewinn der Brandler-Gruppe ging indes die Konsolidierung eines „linken“ Flügels in der Partei, besonders seit dem III. Weltkongreß der KI und dem 2. Parteitag der VKPD im August 1921, unter der Führung von Maslow, Ruth Fischer und Thälmann einher, welche vor allem die Berliner und die Hamburger Parteiorganisation repräsentierten[127].

[17] Auch in ihrer taktischen und ideologischen Einstellung knüpfte die Politik der VKPD – nach dem August 1921 wieder KPD genannt – nach der Märzaktion bald wieder an die politischen Konzeptionen der Jahre 1919 und 1920 an: inmitten der anhaltenden Diskussion über die Märzaktion nahm doch die Zentrale die Propaganda für den Offenen Brief vom Januar des Jahres und für die zehn ADGB Forderungen wieder auf[128]. Sie bereitete somit selbst jene Taktikwendung des III. Weltkongresses der KI vor, die von Lenin und Trotzki – ausgehend von der Annahme einer relativen Stabilisierung der Verhältnisse kapitalistischer Produktion und der Inaktualität eines revolutionären Endkampfes[129] – in der Parole der „Eroberung der Massen“ und des „*Kampf[es] um die aktuellen, unaufschiebbaren Lebensnotwendigkeiten des Proletariats, bis es fähig sein wird, sie durch seine Diktatur zu verfechten*“[130] gegen eine „ultralinke“ Opposition[131] für alle kommunistischen Parteien als verbindliche politische Linie formuliert wurde[132]. Die für die KI neue Taktik, die die Mißbilligung der „Offensivtheorie“ und die ausdrückliche Billigung der Politik des Offenen Briefes der KPD einschloß[133], verknüpfte, den Traditionen eben dieser Partei gemäß, mit der Politik der Teilkämpfe die der parlamentarischen Arbeit sowie der Eroberung nicht allein der Gewerkschaften, sondern auch bestimmter, deklassierter Teile des unteren Mittelstandes[134]. Zwischen diesen Zielsetzungen und denen der im Dezember desselben Jahres von der Exekutive der KI inaugurierten Einheitsfronttaktik bestand kaum eine Differenz[135]; so stellten auch die „Leitsätze über die Einheitsfront der Arbeiter“, ausgehend jetzt freilich von der Prämisse einer „Verschärfung der wirtschaftlichen Weltkrise“, fest, „daß die Parole des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale ‚Zu den Massen‘ und die allgemeinen Interessen der kommunistischen Bewegung überhaupt ... die *Unterstützung der Parole der Einheitsfront der Arbeiter* ... erfordern“[136]. Ziel der Taktik sollte sein, Arbeiter und Arbeiterführer jeglicher politischen Richtung bei gleichzeitiger Wahrung des Kritikrechts der Kommunisten zu jedweder „ernste[n] Massenaktion“ zu verbünden, „auch wenn sie nur von Teilforderungen ausgeht“; wobei impliziert wurde, daß derartige Massenaktionen „unvermeidlich allgemeinere und grundlegendere Fragen [18] der Revolution auf die Tagesordnung stellen“ und eine Steigerung der Teilforderungen ermöglichen können. Im Falle ihres Fehlschlags könne „die kommunistische Vorhut ... nur gewinnen, wenn neue Arbeiterschichten sich durch ihre eigene Erfahrung von den Illusionen des Reformismus und dem Verhängnis des Kompromißlertums überzeugen“[137]. Gegen den Widerstand vor allem der italienischen und französischen Kommunisten wurde die Taktik dann von den Erweiterten Plenums der Exekutive der KI im Februar und Juni 1922 weiter präzisiert[138] und in der Zeit vom III. Weltkongreß bis 1923 von einzelnen Parteien, insbesondere der deutschen KP, nach Maßgabe der gegebenen politischen Bedingungen konkretisiert.

Galt freilich die für die Internationale neue Taktik russischen kommunistischen Führern – wie dem Komintern-Vorsitzenden Sinowjew – als ein bloßes „Manöver“, „um die Führer der Sozialpatrioten zu entblößen und die Massen an uns zu reißen“[139], und waren für sie die ihr jeweils gegebenen soziologisch-politischen Begründungen offenbar eher nebensächlicher Natur, so gewann die Einheitsfronttaktik vor allem bei den deutschen kommunistischen Führern, in der ausdrücklichen Kritik der Sinowjewschen Formulierungen[140], den Charakter eines theoretisch durchaus begründeten politischen Mittels, dessen nicht bloß partielle und für die Einheitsfrontgenossen schließlich greifbare Rationalität ihr quasi die Bedeutung einen Werkzeugs revolutionärer politischer Pädagogik gab und ihrer Bezeichnung als ein taktisches Manöver widerstritt[141]. Für Consensus und Praxis der Brandler-Gruppe waren fortan das Prinzip der Einheitsfronttaktik wie bestimmte aus ihm deduzierte Modelle praktischer Politik konstitutiv; diese Taktiklehre, ob ihrer vergleichsweisen Rationalität von der späteren Fischer-Maslow-Zentrale und vom Thälmann-Zentralkomitee der KPD im wesentlichen für unhandlich befunden und zum sozialdemokratischen Relikt erklärt[142], bildete dann vor allem die ideologische Struktur, welche die „Rechts-Opposition in der KPD seit 1923 und die spätere KPO mit charakterisierte. In den Aktionen der KPD-Zentrale bis zum Oktober 1923 wurden die Taktik konkretisiert, ohne daß die Parteiführung freilich, wie Rosenberg anscheinend unterstellt[143], in der „aktuellen Tagespolitik“ dabei auf „erfolgreiche Teilkämpfe“, [19] vorab auf dem „Gebiet der Lohnbewegung“, sich beschränken wollte[144].

Diese Konkretisierung der Einheitsfronttaktik durch die deutsche Partei seit dem III. Weltkongreß vollzog sich freilich von Anbeginn vor dem Hintergrund von innerparteilichen Konflikten, die einerseits aus der Fortsetzung der Kritik an der „Märzaktion“ durch die an Levi orientierte Gruppe – bis Anfang 1922 –, andererseits aus der mehr oder minder offenen Opposition der „ultralinken“ Gruppierung um Ruth Fischer, Maslow und Thälmann gegen die neue Taktik resultierten; die seit der Zentralausschußsitzung vom 2. und 3. August 1921 manifesten Differenzen[145] wurden auf dem 2. (7.) Parteitage vom 22./26. August 1921, der organisationspolitisch im wesentlichen eine Bestätigung der Positionen der Brandler-Gruppe erbrachte[146], vermittelt auch durch das Eingreifen Lenins, Radeks und Sinowjews durch Offene Briefe an den Parteitag[147] durch das Formelkompromiß der Parteitagsresolution „zu den Beschlüssen des Dritten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale“[148] überbrückt; wurde der Konflikt mit der an der KAG Levis orientierten Gruppe durch die Ausschlüsse im Januar 1922 behoben[149], so waren doch die Einheitsfrontaktionen der beiden folgenden Jahre[150] von der ständig wachsenden Opposition der „Ultralinken“ begleitet[151].

Wenngleich der 2. (7.) Parteitag mit der Frage der Einheitsfronttaktik sich unter dem Gesichtspunkte ihrer Konkretisierung nicht zentral befaßte, so versuchte er sie doch im ökonomischen Bereich und im Hinblick auf die Arbeit in den Gewerkschaften, die die Parteiführung nunmehr verstärkt betrieb[152], durch eine nähere Bestimmung des Teilziels der Produktionskontrolle zu präzisieren. Die Losung der Produktionskontrolle, die die KPD seit langem schon vertreten hatte[153] und die in den Thesen über die Taktik des III. Kongresses der KI zur zentralen Forderung der Einheitsfronttaktik erhoben und auf dem I. Kongreß der soeben gegründeten Roten Gewerkschafts-Internationale (RGI) gleichfalls propagiert worden war[154], wurde auf dem Parteitage mit der Forderung der „Erfassung der Sachwerte“ verknüpft, welche als Kontrolle des Produktionspotentials der Wirtschaft und als Finanzkontrolle durch Organe der Arbeiterschaft zwar längst zum Aktionsprogramm der Partei gehörte, indes nun, in Anlehnung an Postulate der Sozialdemokratischen Parteien, durch die zusätzliche Forderung [20] einer mehr als fünfzigprozentigen Beteiligung des Reiches an „allen kapitalistischen Betrieben“ mit staatskapitalistischer Akzentuierung neu formuliert wurde[155]. Das Programm der Sachwerterfassung sollte – verbunden mit einem Steuerprogramm – die Abwälzung der durch die erste Regierung Wirth verantworteten Reparationslasten auf die Gruppe der Produktionsmittelbesitzer, die Abwehr der Folgen der Inflation sowie den Kampf gegen das Steuerprogramm der Regierung forcieren; wenngleich das staatskapitalistische Moment der Forderung seit dem Parteitag[156] und besonders seit der Zentralausschußsitzung vom 16. und 17. November von einer erheblichen „ultralinken“ Minderheit zugunsten des Zieles einer Sachwerterfassung als einer lediglich durch Organe der Arbeiterschaft durchgeführten Sachwert- und Produktionskontrolle heftig bekämpft wurde[157], fungierte sie fortan in

einer Form, die beide Momente miteinander verband, als zentrales Teilziel in den Einheitsfrontkampagnen der Partei[158]. Im Anschluß an die Propagierung der staatlichen 25-prozentigen Sachwerterfassung durch den ADGB im Oktober 1921 und anläßlich der Regierungskrise im gleichen Monat und der Bildung der propagandistisch als „Stinneskoalition“ charakterisierten Großen Koalition in Preußen stand die Losung erstmals im Mittelpunkt der kommunistischen Agitation[159]; zugleich wurde versucht, die Betriebsrätebewegung und die Schaffung von Kontrollausschüssen als den proletarischen Organen für Sachwerterfassung und Produktionskontrolle zu forcieren[160]. Nach entsprechenden Beschlüssen des Zentralausschusses[161] im Mai 1922 wurden diese Anstrengungen, im Zusammenhang mit der Einheitsfrontkampagne nach der Ermordung Rathenaus[162] und mit dem im wesentlichen von der KPD getragenen Reichsbetriebsrätekongreß[163] am 23./24. November 1922, mit teilweisem, vor allem in Mitteldeutschland sichtbarem Erfolg verstärkt[164].

Bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik im politischen Bereich orientierte sich die KPD bis Ende 1921 strikt an dem von Thalheimer während des Kapp-Putsches entworfenen Modell[165] der Forderung beziehungsweise Tolerierung von „reinsozialistischen“ Regierungen unter Ausschluß der Kommunisten; wie die Partei seit Ende 1920 bzw. 1921 die sozialdemokratischen Regierungen in Sachsen und Thüringen unterstützt hatte, so agitierte sie auch während der [21] Regierungskrise des ersten Wirth-Kabinetts für eine Arbeiterregierung dieser Art[166]. Ihre Propaganda galt dabei vorab der Herstellung einer „sozialen Republik“[167] und machte sich, besonders nach der Ermordung Rathenaus[168], selbst die Forderung der Rettung der „bürgerlich-demokratischen Republik“ „als [der] ... der Verteidigung der Lebensinteressen des Proletariats“ zu eigen[169]. Indes erfuhr gegen Ende 1921 diese Konzeption durch die Initiative des EKKI-Vertreters in Deutschland, Radek, eine entscheidende und für die Politik der KPD im Jahre 1923 folgenschwere Modifikation[170]. Seit Anfang November 1921 nämlich plädierte Radek für eine schematische Übertragung des am ökonomischen Kampf orientierten Einheitsfrontmodells auf die Politik, das heißt für die Bildung von Arbeiterregierungen unter Einschluß von KP-Vertretern als kommunistische Teilforderung; er argumentierte:

> „Wir können ... auch zur Räteregierung dadurch gelangen, daß die Arbeiterklasse zuerst den demokratischen Weg solange beschreitet, bis sie auf demokratischem Wege die parlamentarische Mehrheit erobert, eine Arbeiterregierung einsetzt und *erst durch die Erfahrung mit dieser Arbeiterregierung durch den Kampf, den die Bourgeoisie vermittels der demokratischen Rechte gegen diese Regierung eröffnet, gezwungen sein wird, in den Kampf um die Diktatur einzutreten* ... [Die Kommunisten] *haben also zusammen mit dem Proletariat auf dem demokratischen Wege um die Arbeiterregierung zu kämpfen und das Proletariat zu lehren, mit welchen Mitteln es die Arbeiterregierung sichern, ihren Kampf gegen das Kapital stützen und stärken soll ... Wenn die Arbeiterregierung sich verpflichtet, das zu tun, was in der gegebenen Situation für den Kampf gegen das Kapital notwendig ist, so hat die Kommunistische Partei sich an einer solchen Regierung zu beteiligen*“[171].

Diese Konzeption stieß zunächst in der KPD-Zentrale auf entschiedenen Widerstand; namentlich wurde sie in einem Resolutionsentwurf der Zentrale für die Zentralausschußsitzung vom 16./17. November 1921, den Thalheimer und Klara Zetkin ausgearbeitet hatten[172], zurückgewiesen. Der revolutionären Schulung nutzbar gemacht werden könne eine „sozialistische Regierung“, so heißt es, „nur dann, wenn die Kommunisten außerhalb dieser stehen, ihr kritisch und vorwärtstreibend gegenüberstehen“[173]. Das ZA-Plenum verwarf freilich in seiner Mehrheit die Zentraleresolution[174] und bestätigte, auf den Druck des Exekutivkomitees der KI hin[175], in seinen Sitzungen vom 22./23.1. und 14./15.5.1922 bei anfänglicher heftiger [22] Opposition der „Ultralinken“ im wesentlichen die Radeksche Position[176]. Während Begriff und zureichende Bedingungen für eine Arbeiterregierung mit kommunistischer Beteiligung in der deutschen Partei wie auch in der KI zu dieser Zeit nie eindeutig und einmütig definiert wurden[177], spielte diese Losung gleichwohl von nun an in den Einheitsfrontkampagnen der KPD, besonders in der Rathenaukampagne[178], im sächsischen Wahlkampf für die Wahlen vom 5.11.1922[179] sowie in den mit dem Reichsbetriebsrätekongreß vom 23. bis 25.11.1922 verbundenen Aktionen[180] eine große Rolle. Dabei wich die Formulierung dieser Losung zunächst

noch von der Radekschen Konzeption ab, welche Entstehung und Politik einer revolutionären Arbeiterregierung nicht als wesentlich durch proletarische Klassenorgane bestimmt charakterisiert hatte[181]. So hob Paul Böttcher, einer der wichtigsten Vorbereiter der „sächsischen Politik“ des Jahres 1923, mehrfach die Notwendigkeit einer Verbindung der Arbeiterregierung mit den „proletarischen Massen“ hervor[182] und formulierte: „*Das Schwergewicht der Arbeiterregierung, ihre Kraftquellen und ihr Halt liegen außerhalb des Parlaments bei den Klassenorganen des Proletariats*“[183]; und Thalheimer definierte die Arbeiterregierung als ein Organ, das „*formell* noch zu [seiner] ... Voraussetzung parlamentarische Institutionen“ hat; „materiell ist jedoch ihre Voraussetzung und Grundlage eine solche starke Machtorganisation der Arbeiterklasse, daß diese Regierung befähigt ist, ein Machtinstrument der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie zu sein“[184]; der deutsche Programmentwurf für den IV. Weltkongreß der KI endlich wollte in die Forderung „Arbeiterregierung“ „vor allem die Schaffung neuer Stützpunkte proletarischer Macht in und durch die Massen [sic] selbst, und die Zertrümmerung von Machtstützpunkten der Bourgeoisie“ miteinbegriffen sehen[185]. Indem die deutsche Partei so zunächst die Parole Arbeiterregierung mit Agitation und Aktion für die Schaffung von „Klassenorganen“ eng verband – neben den „revolutionären Betriebsräten“ und den Kontrollausschüssen sollten zur Stützung einer solchen Regierung vor allen „Arbeiterwehren“ oder „proletarische Hundertschaften“ dienen[186] – versuchte sie, die Arbeiterregierung als ein seinem Ursprung und seinen Funktionen nach von den bürgerlich-parlamentarischen Regierung wesensverschiedenes Organ zu definieren. Vor allem in den verworrenen Debatten des IV. Weltkongresses zu diesem Thema schloß die Mehrheit der deutschen [23] Parteiführung, wie sich in dem vom Reichsbetriebsrätekongreß beschlossenen „Programm der Arbeiter“ bereits andeutete[187], dann zögernd ein Kompromiß mit der Radekschen und hernach von der KI übernommenen Konzeption, welche die Arbeiterregierung – im Sinne einer Koalitionsregierung der Arbeiterparteien – als „Ausgangspunkt des Kampfes um die Diktatur des Proletariats“ bestimmte und somit als ein dem Ursprung nach parlamentarisches Organ verstand, dessen Funktionen in den Dienst revolutionärer Kämpfe gestellt werden sollten[188].

Die Forderungen der Arbeiterregierung und der Sachwert- und Produktionskontrolle stellten nunmehr – als komplementäre konzipiert – die zentralen Teilforderungen der Einheitsfrontpolitik dar; sie waren die Zielsetzungen, die entweder propagandistisch zur „Entlarvung“ der reformistischen Arbeiterführer eingesetzt werden konnten oder als verwirklichte die Einleitung des Übergangs zur Diktatur des Proletariats markieren sollten, die somit „Übergangsforderungen“ par excellence darstellten. Die in allen ihren Partialforderungen an diesen zentralen Teilzielen orientierte Einheitsfronttaktik der Jahre 1922/23 bestätigte in Deutschland – bei aller Erfolglosigkeit der internationalen Einheitsfrontaktionen[189] – durchaus die Tauglichkeit dieses Modells für eine kommunistische Politik. Immerhin erreichte der kommunistische Einfluß in den Freien Gewerkschaften in dieser Zeit das höchste Ausmaß in der Periode der Weimarer Republik: auf dem II. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands vom 19.–24.6.1922 waren die Kommunisten mit 90 von insgesamt 691 Delegierten vertreten[190]. Dieser relative Erfolg bei der „Eroberung“ der wichtigsten Organisation der Arbeiterbewegung war von einer in diesem Zeitraum ebenfalls einmaligen Konsolidierung der eigenen Parteiorganisation und ihrer Apparate begleitet[191]. Erfüllte kommunistische Politik somit nun durchaus konkret-gesellschaftliche Funktionen – die freilich der Intention nach auf Dysfunktionalität hin angelegt waren –, so ermöglichte und erforderte dies zugleich jene Konkretisierung der kommunistischen programmatischen Prinzipien, die Thalheimer schon 1920 in seiner Abhandlung über kommunistische Taktik gefordert hatte[192]: die theoretische Ableitung und Fixierung der – taktischen – Kategorien, [24] denen politische Praxis, will sie revolutionär sein, folgen muß. Die von Thalheimer schon früh gestellte Frage nach der theoretischen Vermittlung zwischen den revolutionären Maximen, wie das Kommunistische Manifest und das Spartakusprogramm sie formuliert haben, und aktuell realisierbaren Forderungen sozialistischer Politik in der Art der Minimalforderungen des sozialdemokratischen Erfurter Programms[193] war für ihn nicht bloß eine theoretische: durch den Widerspruch zwischen gegebener Gesellschaft und der auf ihre Revolutionierung zielenden Bewegung historisch-praktisch gestellt, galt dieses Problem der Vermittlung zwischen allgemeinem revolutionären Endziel und besonderen gesellschaftsformgebundenen Aktualzielen der historisch-materialistischen Dialektik als ein eminent praktisches noch in einem anderen Sinn: die vermittelnden theoretischen Prinzipien mußten jenen

Leitfaden kommunistischer Propaganda und Aktion ergeben, der – wenn überhaupt die gesellschaftliche Position des Proletariats dieses zum Subjekt der Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise bestimmte – proletarische politische Praxis überhaupt letztlich zu der „Umwälzung“ der bestehenden Gesellschaftsform führen mußte, welche die Aufhebung der Problemstellung selbst bedeutete. Die Frage nach den theoretisch wie praktisch zwischen gegebener Gesellschaft und proletarischer Diktatur vermittelnden Prinzipien – für das am Anfang der Entwicklung zum Hochkapitalismus stehende Kommunistische Manifest sowie für das an der Räteherrschaft von 1918 orientierte Spartakusprogramm im wesentlichen inaktuell und für das Programm der RKP (B) von 1919 bereits überholt – mußte daher für die Politik einer konsequenten kommunistischen Partei in den westeuropäischen Ländern von zentraler Bedeutung sein. Die Ableitung und Fixierung dieser Prinzipien, die ihrerseits die Formulierung politischer Übergangsziele und -losungen sowie die Aufstellung entsprechender Tagesforderungen ermöglichen würden, stand daher im Mittelpunkt der deutschen Diskussion des für die KI geplanten Programms. Das kommunistische Programm müsse, so formulierte mit Thalheimer die Programmkommission der deutschem Partei, „neben der Begründung und Fixierung der kommunistischen Ziele und Grundsätze *Übergangsforderungen* enthalten; politische und ökonomische Übergangsmaßregeln, die, an die bürgerliche Demokratie und die [25] kapitalistische Produktions- und Eigentumsordnung anknüpfend, ‚über sich selbst hinaustreiben‘“ und sich somit – wenngleich sie an die „Illusionen“ der nicht-kommunistischen Massen anknüpfen sollen – „scharf ihrem allgemeinen Charakter nach von dem demokratischen Minimalprogramm des Erfurter Programms [unterscheiden]“[194]. Als wichtigste „Übergangsmaßregel“ dieser Art führte der Programmentwurf die Forderung der Arbeiterregierung und die der Sachwerterfassung und Produktionskontrolle an[195]. Der historischen Entwicklung der Taktik der KPD, die mit der Betonung der Wichtigkeit des Kampfes um Tagesfragen und Etappenziel bei Radek und Brandler begann; in der dann diese Politik gezielt mit Versuchen zur Herstellung einer Einheitsfront der Arbeiterschaft verknüpft wurde; in der endlich diese Politik der Appelle an die nichtkommunistischen Arbeiterorganisationen durch die Aufstellung jener beiden zentralen Übergangsforderungen endgültig als eine revolutionäre gesichert werden sollte, – ihr wurde hier in knappen Formulierungen theoretischer Ausdruck verliehen. Unter Berufung auf die Position Lenins in den russischen Programmdebatten der Monate vor der Oktoberrevolution[196] gelang es Thalheimer auf dem IV. Weltkongreß der KI (5.11. bis 5.12.1922), der sich in der Hauptsache mit einer Präzisierung der Einheitsfronttaktik und der Frage der Arbeiterregierung beschäftigte[197], bei der Behandlung der Programmfrage die deutsche Auffassung, in den allgemeinen Teil des kommunistischen Programmes die theoretische Begründung und allgemeine Formulierung von Übergangsforderungen aufzunehmen, gegen die Stellungnahme Bucharins durchzusetzen[198]; die noch von Lenin geführte russische Delegation bestätigte in einer besonderen Erklärung, daß ein solches Vorgehen „nicht als Opportunismus aufgefaßt werden“[199] könne und ebnet so der Kongreßresolution den Weg, derzufolge „die theoretisch Grundlage für alle Übergangs- und Teilforderungen ... bestimmt gegeben werden [muß] in dem allgemeinen Programm, wobei der 4. Kongreß gleichermaßen entschieden die Bestrebungen verurteilt, die Einführung der Übergangsforderungen in das Programm als Opportunismus darzustellen, wie auch alle Versuche, die grundlegenden revolutionären Aufgaben durch Teilforderungen zu vertuschen oder zu ersetzen ...“[200].

[26] Die Taktikkonzeption der von Brandler und Thalheimer geführten KPD, welche ihrerseits in der Spezialfrage der Arbeiterregierung sich – wenn auch mit Vorbehalt[201] – dem vor allem von Radek bestimmten Exekutive-Standpunkt angepaßt hatte, wurde vom Weltkongreß also vollauf bestätigt; allein erfuhr sie in den Reihen der eigenen Partei weiterhin scharfe Kritik. Diese Kritik entzündete sich auf dem Leipziger (8.) Parteitag vom 28.1. bis 1.2.1923 einmal – negativ – an der Vernachlässigung der Frage der Ruhrbesetzung durch den Parteitag, die in den Vordergrund zu rücken die Fischer-Maslow-Fraktion gefordert hatte[202]. Die Nichtbehandlung dieses Problems, die die Entfaltung von Initiativen für isolierte revolutionäre Aktionen im besetzten Gebiet vermeiden half[203], führte dann zu dem späteren stillschweigenden weitgehenden Einverständnis der Parteiführung mit der Regierungspolitik des passiven Widerstands, das nicht nur im Interesse der sowjetrussischen Außenpolitik lag[204], sondern auch vor allem der politischen Konzeption der Brandler-Führung entsprach: daß nämlich auch noch im gegebenen Zeitpunkt direkte Ansätze zu Kämpfen um die proletarische Diktatur der

ideologischen Befangenheit der breiten Massen und der relativen Schwäche des Masseneinflusses der KPD wegen notwendig putschistischen Charakter tragen würden[205]. Diese durch das Übergreifen der weiter anwachsenden faschistischen Bewegung auf bestimmte Schichten der Arbeiterschaft[206] durchaus bekräftigte Anschauung lag ferner der Auffassung der von der Brandler-Gruppe geführten Parteitagsmehrheit über die Arbeiterregierung – der zweite Kristallisationspunkt der Kämpfe zwischen Parteitagsminderheit und -mehrheit – zugrunde. Der Identifizierung der Mehrheit mit der KI-Resolution[207], derzufolge Koalitionsregierungen der Arbeiterparteien nur „ein wichtiger Ausgangspunkt zur Erkämpfung [der] ... Diktatur“ seien, entsprang nämlich die gegen die „Linke“ vertretene und durchgesetzte Anschauung, daß die Arbeiterregierung durchaus nicht „die proletarischen Klassenorgane (Räte) und die bewaffnete Arbeiterschaft zur Voraussetzung“ habe[208], vielmehr vorab – nach der Formulierung der Leitsätze des Parteitages – „ein Versuch der Arbeiterklasse“ sei, „im Rahmen und vorerst mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, gestützt auf [27] proletarische Organe und proletarische Massenbewegungen, Arbeiterpolitik zu treiben“[209]. „Macht Euch keine Illusionen – so ergänzte Brandler[210] mit dem Hinweis auf die mögliche sächsische Arbeiterregierung – „daß das bereits die Machteroberung des Proletariats bedeutet“. Vielmehr bedeutete Arbeiterregierung nach der Auffassung der Brandler-Gruppe zur Zeit dieses Parteitages – in völligem Gegensatz zu ihrer nun von der „Linken“ vertretenem früheren Konzeption – offenkundig eines der einheitsfronttaktischen und primär propagandistisch fungierenden Mittel, welche die KPD zur „Entlarvung“ sozialdemokratischer Führer und zur Revolutionierung sozialdemokratischer Arbeiter einsetzen konnte: „das ist ... unter Umständen den Einsatz und die Teilnahme von Kommunisten an der Regierung wert“[211]. Eine Selbstdechiffrierung der „revisionistischen Führer“ würde nach den ersten Regierungsversuchen der Arbeiterregierung den Kommunisten die proletarischen Massen mobilisieren, welche die für sie positive Entscheidung des mit der Arbeiterregierung notwendig gesetzten Bürgerkrieges erzwingen würden, „wenn die Arbeiterklasse nicht unterliegen will“[212]. Die Rückkehr zur Thalheimerschen Interpretation der politisch-revolutionären Funktion der „reinsozialistischen“ Regierung der Kapp-Tage[213] war damit vollzogen; mit dem entscheidenden, aber von der Parteiführung im Januar 1923 offenbar nicht voll realisierten Unterschied, daß die KPD – jetzt selbst an einer Arbeiterregierung beteiligt – für den Fall mangelnder Revolutionsbereitschaft des Proletariats den gegenrevolutionären Kräften ausgeliefert und unterlegen sein würde[214].

Diese Auffassung der Brandler-Gruppe wurde gegen die Fischer-Maslow-Fraktion mit einer beachtlichen Mehrheit – zwei Drittel der abgegebenen Stimmen – nach heftigen Debatten durchgesetzt; zugleich konnte diese Gruppe – wenngleich zur Überbrückung der außerordentlich scharfen Spannungen zwischen Mehrheit und Minderheit einige Vertreter der „Linken“ in die Zentrale gewählt wurden[215] – ihre organisatorischen Positionen nicht nur halten, sondern wiederum erweitern. Von späteren KPO-Mitgliedern gehörten der Zentrale Paul Böttcher, Heinrich Brandler, Paul Frölich, August Thalheimer und Jakob Walcher an[216]; außer vielen der früher bereits genannten späteren KPO-Funktionäre waren zur Zeit dieses Parteitages Mitglieder [28] der späteren „Rechts“-Opposition wie Erich Hausen, August Enderle, Albert Schreiner, Willy Deisen, Arthur Lieberasch, Karl Grönsfelder, Heinrich Galm zeitweilig oder ständig mit zentralen Führungsaufgaben in der KPD betraut[217]: sie gehörten beispielsweise den Delegationen zu den internationalen kommunistischen Kongressen – der KI oder der RGI – an oder waren Mitglieder des Zentralausschusses oder der Bezirksleitungen der KPD. Die Brandler-Gruppe erhielt mit diesem Parteitage einen – im Rahmen der Direktiven der KI – entscheidenden Einfluß auf die Führung der Partei: in den praktisch-politischen Fragen sowohl wie in denen der politischen Theorie[218]. Daran änderte sich auch dann nichts wesentliches, als im Gefolge des Problems der Regierungsbildung in Sachsen[219], welches vorläufig durch die kommunistische Unterstützung der linkssozialdemokratischen Zeigner-Regierung seit dem 25.3.1923 gelöst wurde[220], eine heftige neuerliche Diskussion über den Charakter der Arbeiterregierung die Gegensätze zwischen „rechter“ Mehrheit und „linker“ Minderheit weiter verschärfte[221] und die „Linke“ – freilich durch den Abfall der Gruppe Ewert, Gerhart [Eisler] und Heinz Neumann im April des Jahres geschwächt[222] – nach Verständigungsverhandlungen in Moskau am 16.5. ihre Vertreter Ruth Fischer, Otthomar Geschke, Arthur König und Ernst Thälmann zu Zentralemitgliedern wählen lassen konnte[223].

Die Politik der KPD bis zum Oktober 1923 ist daher vor allem durch die Steigerung und Ausweitung der einheitsfronttaktischen Aktionen gekennzeichnet, auf die sich die Aktivität der Partei bereits im Jahre 1922 konzentriert hatte[224]. Allein ist diese Politik darüber hinaus durch die Einstellung zum Faschismus charakterisiert, den einzudämmen in diesem Jahr zu ihrem Hauptziel wurde. Die durch die Schlageter-Rede Radeks auf der Juni-Konferenz des Erweiterten EKKI[225] eingeleitete Taktik galt ebenso diesem Zweck wie die hiermit scheinbar nicht zu vereinbarende Politik der unmißverständlichen und scharfen theoretischen wie praktischen Faschismuskritik. Aber sowohl die auf den ersten Blick „nationalbolschewistische“, in Wahrheit mit keinem Worte die theoretischen Prinzipien des Marxismus verletzende Rede über Schlageter als auch der offen ausgesprochene Antifaschismus[226] waren durchaus auf einen Nenner [29] zu bringen: wie jene Rede in der EKKI-Debatte über den „Kampf gegen den Faszismus“ gehalten wurde, so war diese scheinbar zweigleisige Politik überhaupt eine Einheit: als Erweiterung nämlich des einheitstaktischen Programms, das nun ein „Anknüpfen“ auch an die nationalistischen Illusionen der Massen bei gleichzeitiger Darlegung des kommunistischen Standpunktes umfasste[227]. Dabei überwog freilich bei Brandler und Thalheimer die offene und direkte Kritik, in der schon früh die Konturen der später vor allem von Thalheimer vorgetragenen Faschismustheorie sichtbar wurden. So führte Brandler in einem Artikel zum 8. Parteitag aus:

> „In der nationalsozialistischen Bewegung ist der Arbeiterklasse eine neue große Gefahr geworden. Die Politik der Sozialdemokratie hat den Gedanken des Sozialismus diskreditiert und Arbeiterschichten, die wegen dieser Politik das Vertrauen zum Sozialismus verloren haben, Kleinbürgerschichten, die unter der Not des Zusammenbruchs vielfach noch mehr leiden als die qualifizierten Arbeiter, fallen diesen von der Schwerindustrie ausgehaltenem Demagogen zur Beute. Die nationale Unterdrückung durch die Sieger im Weltkrieg, die Ruhrbesetzung, erscheint diesen Schichten als die einzige Ursache ihrer Not ...“[228].

Wie diese frühe, mit den Ergebnissen sehr viel späterer soziologisch-historischer Faschismusforschung im wesentlichen übereinstimmende[229] Charakterisierung des frühen Nationalsozialismus, so gehören auch die gleichzeitigen scharfsinnigen Ansätze zu seiner gesellschaftstheoretischen Interpretation, welche freilich erst in späteren Jahren von Thalheimer in umfassender und differenzierter Form vorgelegt wurde[230], zu den sehr zu Unrecht und vermutlich nicht zufällig vergessenen politisch-theoretischen Leistungen des frühen, von seinen späteren dogmatischen ideologischen Ausprägungen freilich außerordentlich verschiedenen, deutschen Kommunismus[231]. In dieser Interpretation bereits wurde auf die Kategorien zurückgegriffen, mit denen Marx Funktion und Entwicklung des Bonapartismus des Jahres 1848 als Ausdruck von Verhältnissen gesellschaftlicher Klassen und Schichten und der Verschiebung dieser Verhältnisse zu begreifen suchte; ihr galt die faschistische Bewegung als eine politische Erscheinung, die dem Versuch deklassierter gesellschaftlicher Mittelschichten entsprang, verlorene soziale und ökonomische Positionen nicht mehr in einem dem Anscheins nach zweck- und aussichtslosen Bündnis mit der Arbeiterbewegung, sondern – aus der Erfahrung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Desorganisation [30] der nachrevolutionären Jahre – in Frontstellung gegen die Arbeiterschaft, bei partieller ideologischer Aufwertung der gegebenen gesellschaftlichen Führungsschichten und gleichzeitiger Propagierung der Beseitigung der demokratischen politischen Institutionen, wiederzugewinnen[232]. Die Ausdehnung der kommunistischen Agitation auf Teile der Mittelschichten im Jahre 1923 – ein Programm, das sich mit den Versuchen einer nationalistisch eingekleideten Propaganda teilweise deckte – war lediglich eine Konsequenz dieser Theorie[233]. Ihre Gedankenführung, die im August des Jahres in den vom Zentralausschuß angenommenen „Thesen über den Faschismus“ in die Sprache der Agitation übersetzt wurde[234], bildete, nachdem sie vom Erweiterten Plenum des EKKI (12.–23. Juni 1923) akzeptiert worden war[235], den Hintergrund für die organisatorische Faschismuskritik der Partei[236], welche einen ihrer Höhepunkte in der Proklamierung eines Antifaschistentags für den 29. Juli am 11. Juli 1923 erreichte[237]. Die Aktionen um den Antifaschistentag – der in der Öffentlichkeit als Aufruf zum Bürgerkrieg interpretiert wurde, indes in Wirklichkeit erst seiner Vorbereitung galt – bezeichneten den Gipfel des Masseneinflusses der KPD in Jahre 1923[238]; zugleich demonstrierte sein Verlauf der Partei jedoch die Unzulänglichkeiten ihrer Vorbereitungen zum revolutionären Bürgerkrieg, den jener Aufruf visierte[239]; aus diesem Widerspruch zwischen

Anspruch und Realität wurde die selbst in sich widersprüchliche Oktoberpolitik der KPD eingeleitet, die in ihrem Ergebnis ihrerseits für die Entstehung und spätere Organisierung der „Rechts“-Opposition der KPD konstitutiv geworden ist[240]. Vor dem Hintergrund von Streik – und Unruhebewegungen, die sich im unbesetzten Gebiet im Juli des Jahres bis hin zu den Cuno-Streiks vom 8. bis 14. August steigerten[241], entschied sich die Parteiführung – hierbei zunächst nicht im Widerspruch zu den Entscheidungen des EKKI[242] –, die Einleitung eines bewaffneten Aufstandes über den Antifaschistentag, den Cuno-Streik, die Verhängung des Ausnahmezustandes für das Reichsgebiet am 27. September und endlich über die Annahme des Ermächtigungsgesetzes am 13. Oktober hinaus zu verschieben und die gewonnene Zeit zur Vorbereitung der revolutionären Auseinandersetzung zu nutzen[243].

Zu diesen Vorbereitungen gehörte zunächst eine ideologische Wendung: die Unruhen und Massenbewegungen zunächst während des Ruhrkampfes, [31] dann während des weiteren Anwachsens der Inflation führten zu einer Revision der Formel Arbeiterregierung, wie sie der Leipziger Parteitag gegeben hatte; wurde in einem Artikel von „Peregrinus“[244] unmittelbar nach diesem Parteitag die dort beschlossene Formel noch reproduziert und Arbeiterregierung als Koalition der KP mit anderen Arbeiterparteien verstanden, „die vorerst auf dem Boden der Demokratie den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie führt“, so deutete sich im Aufruf des am 16. und 17. Mai in Berlin tagenden Zentralausschusses „An die Partei“ schon eine andere Interpretation an. „Gelingt es nicht“ – so heißt es – „die Losung Arbeiterregierung im Reich und [in] den Ländern zum Gegenstande des praktischen Massenkampfes zu machen, dann endet auch das sächsische Experiment durch die Reichs-Exekutive im Blut, oder was noch schlechter wäre, in der Schmach des Abdankens“[245]. In einem Artikel Brandlers vom 3. Juni[246] erscheint die Arbeiterregierung bereits als Produkt einer „kämpfenden proletarischen Einheitsfront“, und in seiner Rede auf der Zentralausschußsitzung vom 5. und 6. August, in der auch die Erweiterung der Formel zur „Arbeiter- und Bauern-Regierung“ durch das EKKI-Plenum vom Juni[247] beraten wurde, heißt es unmißverständlich: „Es ist keine Rede davon, daß die Arbeiter- und Bauernregierung eine Art von parlamentarischer Regierung für das ganze Reich bedeutet. Die ersten Schritte zur Arbeiter- und Bauernregierung werden keine parlamentarischen sein, sondern Abwehrmaßnahmen zum Schutze aller Ausgebeuteten“[248]. Auch die in der gleichen Sitzung angenommenen Leitsätze zur politischen Lage gehen von der Konzeption einer durch proletarische Massenaktionen zustandegekommenen Arbeiter- und Bauern-Regierung aus, welche einer parlamentarischen Mehrheit nicht bedürfe[249]; eine Artikelserie in der „Roten Fahne“ vom September zu diesem Thema[250] definiert die Arbeiter- und Bauern-Regierung als „ersten entscheidenden Schritt zur Diktatur des Proletariats“ und stellt fest: „Nur ... [proletarische Kampf-]Organe können den Kampf um die Arbeiter- und Bauernregierung führen“[251]. Die der Brandler-Thalheimer-Gruppe seit 1924 von der KPD- und KI-Führung immer wieder vorgeworfene „revisionistisch-parlamentarische“ Einstellung in der Frage der Arbeiterregierung wurde von ihr also bereits lange vor den Oktober-Ereignissen des Jahres 1923 revidiert[252].

[32] Die revolutionäre Auseinandersetzung wurde ferner durch militärisch-organisatorische Maßnahmen vorbereitet. Hatte die Partei diesen Fragen bis zum Antifaschistentag kaum Beachtung geschenkt, so rückten militärisch-organisatorische Probleme nunmehr – und besonders nach den Cuno-Streiks – mehr und mehr in den Mittelpunkt der Parteiarbeit[253]. Während sich die Parteiführung seit etwa Mitte August völlig auf militärisch-organisatorische Aufstandsvorbereitungen konzentrierte[254], waren die Bemühungen in den Monaten zuvor noch von politischen Versuchen begleitet gewesen, die gesellschaftlich-politische Situation in diesem Sinne zu beeinflussen. Durch die Propagierung der tradierten einheitsfronttaktischen Übergangslosungen, die durch bestimmte, auf den Ruhrkampf und den Währungsverfall zugeschnittene Teilforderungen und Tageslosungen ergänzt wurden und in den Losungen Produktionskontrolle und Arbeiterregierung kulminierten, wurde die Verbreiterung der Massenbasis der Partei versucht[255]. Dem Anschein nach hatten diese Bemühungen Erfolg; der durch die Streikbewegungen erzwungene Rücktritt der Regierung Cuno am 12. August, Resultat der bedeutendsten Massenbewegung des Jahres 1923, schien auf einen bedeutenden Einflußbereich der diese Massenbewegungen propagierenden Kommunisten hinzuweisen[256]; gleichwohl gelang es der Parteiführung nach dem Regierungsrücktritt und der Erfüllung wesentlicher ökonomischer Streikziele für bestimmte Streikgruppen nicht, die Bewegung als politisch-revolutionäre weiterzutreiben[257]. Dieser

Sachverhalt verweist auf eine Veränderung der politisch-gesellschaftlichen Situation, die den Prämissen der kommunistischen Aufstandsvorbereitungen zuwiderlief. Rechnete die Parteiführung seit der Mitte des Jahres mit einem Fortschreiten der ökonomischen und sozialen Desorganisation der deutschen Gesellschaft, so stellte sich seit dem August des Jahres 1923 jedenfalls heraus, daß dieser Desorganisation und den ihr entspringenden Massenbewegungen durch wirtschafts- und außenpolitische Maßnahmen gesteuert werden konnte und entgegengewirkt wurde. Die Verhandlungen der Stresemann-Regierung mit Frankreich und die Beendigung des Ruhrkampfes einerseits, die Stabilisierung des Lohn-Preis-Verhältnisses bereits in der zweiten August-Hälfte und die Ankündigung [33] der Beendigung der Inflation andererseits[258] änderten bald die politische Situation entscheidend zum Nachteil der Kommunisten; die sich seit dem August und besonders seit der Verhängung des Ausnahmezustandes verschärfenden polizeilichen Maßnahmen gegen die KPD hatten den gleichen Effekt[259]. Die Massenbewegungen und die revolutionäre Kampfstimmung hatten in den Cuno-Streiks ihren Höhepunkt gefunden.

Inzwischen hatte sich jedoch die Einstellung der KI-Führung zur deutschen Situation, die noch vom Juni-Plenum des EKKI ausschließlich unter dem Aspekt des Ruhrkampfes und des Faschismus und keineswegs im Hinblick auf eine Einleitung revolutionärer Auseinandersetzungen behandelt worden war[260], wesentlich verändert: unter dem Eindruck des Aufrufs der KPD-Zentrale zum Antifaschistentag und der antifaschistischen Demonstrationen selbst kam Sinowjew[261], unter dem Eindruck der Cuno-Streiks endlich kam die Mehrzahl der Mitglieder des Politbüros der RKP (B), insbesondere Trotzki[262], zu der Auffassung, es treibe die politische Entwicklung in Deutschland auf eine akut revolutionäre Situation zu; in der Politbürositzung von 23. August wurde diese Frage ausführlich diskutiert[263]. Es wurde beschlossen, die angenommene revolutionäre Bewegung in Deutschland voranzutreiben und Vertreter der deutschen Partei zu Besprechungen nach Moskau einzuladen. Von Ende August bis Anfang Oktober 1923 hielten sich Brandler und zeitweise auch andere Parteivertreter wie Ruth Fischer und Maslow in Moskau auf, um in der Exekutive die Vorbereitung einer deutschen Revolution zu beraten. Seitens der russischen Vertreter wurden – gegen den Widerstand Brandlers – militärische Mittel, nicht dagegen politische Mittel wie die Verbreiterung der Massenbasis der Kommunisten für die Einleitung eines revolutionären Aufstands in den Vordergrund gerückt; in der Konsequenz dieser Auffassung wurde der Eintritt von Kommunisten in die bislang bereits von der KPD unterstützten Landesregierungen in Sachsen und Thüringen vom Zweck der Waffenbeschaffung und die Festsetzung eines Aufstandstermins gegen den erklärten und eindeutigen Widerspruch Brandlers beschlossen, der sich dann freilich der Parteidisziplin fügte[264]. Seine Konzeption, bei einer Steigerung der Massenbewegung [34] in Deutschland vermittels eines Generalstreiks von der Intensität des Streiks nach dem Kapp-Putsch die kommunistische Machtübernahme einzuleiten[265], wurde durch die Dekretierung eines – vor allem von Trotzki vertretenen – revolutionären Terminplans durchkreuzt, dessen Ablauf mit der telegrafischen Anweisung des EKKI an die KPD, Verhandlungen über den Eintritt in die mitteldeutschen Landesregierungen zu beginnen, am 1. Oktober 1923 beginnen sollte. Der Wunsch Brandlers, es möge, da nun schon ein solcher Terminplan festgesetzt sei, Trotzki als Vertreter der KI, vor allem für die Beratung in den militärischen aufstandstechnischen Problemen, nach Deutschland kommen, wurde nicht erfüllt[266].

Nicht allein Brandler, sondern auch die Führung der sächsischen KPD widersetzte sich zunächst den Anweisungen des EKKI[267]. Die Warnung des Zentralausschußplenums vom Mai, ohne die Einleitung von Massenbewegung werde ein Eintritt der Kommunisten in die sozialdemokratischen Regierungen „durch die Reichs-Exekutive im Blut oder ... in der Schmach des Abdankens“ enden[268], war keineswegs vergessen; und dieser Widerstand erschien seit der Übernahme der vollziehenden Gewalt durch den Reichswehrminister noch mehr legitimiert. Gleichwohl fügte sich die Partei der Vorschrift des Punktes 16 der 21 „Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale“[269], derzufolge alle Beschlüsse des Exekutivkomitees für die kommunistischen Parteien bindend waren. So traten am 10. Oktober 1923 Paul Böttcher als Finanzminister, Fritz Heckert als Wirtschaftsminister und Brandler, der tags zuvor aus Moskau zurückgekommen war, als Leiter der Staatskanzlei in die sächsische Regierung Zeigner ein; am 16. des Monats wurde zudem die thüringische sozialdemokratische

Landesregierung zur sozialdemokratisch-kommunistischen Koalitionsregierung erweitert. Wenngleich der Wirkungsbereich dieser Exekutiven durch die militärischen Repräsentanten der vollziehenden Gewalt – in Sachsen Generalleutnant Müller – mehr und mehr eingeengt wurde, versuchten die kommunistischen Regierungsmitglieder dennoch, die militärisch-organisatorischen Aufstandsvorbereitungen mit aller Kraft voranzutreiben[270]. Nicht nur in Sachsen und Thüringen, sondern auch in [35] den übrigen Gebieten war die gesamte Partei auf diese Vorbereitungen einer revolutionären Erhebung konzentriert, deren Beginn in Moskau für den 9. November angesetzt worden war. Indes sah sich die kommunistische Führung gezwungen, diesen Aufstandstermin vorzuverlegen. Die Entsendung von Reichswehrtruppen in die größeren Orte Sachsens ab 19. Oktober, die auf Anordnung Seeckts mit Billigung des Reichskabinetts erfolgte[271] und deren Anlaß radikale Äußerungen des Ministers Böttcher und die Weigerung des Zeigner-Kabinetts, diese zu desavouieren, gebildet hatten, veranlaßte die kommunistische Aufstandsleitung, die Proklamierung des Generalstreiks – das Signal zum Aufstand – nicht erst für einen zu einem späteren Zeitpunkt geplanten Betriebsrätekongreß, sondern bereits für eine zum 21. Oktober nach Chemnitz einberufene Konferenz vorzusehen, in der Betriebsrats- und andere Arbeitervertreter mit den beiden kommunistischen Ministern und einem sozialdemokratischen Regierungsmitglied wirtschaftliche Fragen beraten sollten[272]. Hatte es zunächst den Anschein gehabt, als ob die sozialdemokratischen Konferenzteilnehmer, insbesondere der Minister Graupe, den von der KPD-Führung Tage zuvor beschlossenen Generalstreiksaufruf unterstützen würden[273], so stellte sich auf der Konferenz heraus, daß ein entsprechender Antrag Brandlers von der Versammlung eisig aufgenommen wurde; statt der Proklamierung des Generalstreiks wurde auf sozialdemokratischen Antrag hin die Einsetzung einer aus je drei Kommunisten und Sozialdemokraten bestehenden Kommission beschlossen, welche mit Partei- und Gewerkschaftsleitungen sowie mit der Landesregierung die Frage eines Generalstreiks verhandeln sollte. „Es war dies“ – wie Thalheimer später schrieb[274] – „ein Begräbnis dritter Klasse“. Die einzige sichtbare revolutionäre Konsequenz der umfangreichen Aufstandsvorbereitungen war die Erhebung der Hamburger Kommunisten am 23. Oktober, die – aus noch nicht völlig geklärten Anlässen entstanden[275] – als isolierte bald niedergeschlagen wurde. Die Erfolgschancen der geplanten revolutionären Erhebung, an deren Vorbereitung freilich noch lange Zeit nach der Chemnitzer Konferenz gearbeitet wurde[276], schrumpften vollends zusammen, als nach der Weigerung der sächsischen Regierung, auf eine Aufforderung des Reichskanzlers Stresemann vom 27. Oktober [36] hin zurückzutreten, Reichspräsident und Reichskanzler am 29. Oktober die verfassungsmäßig zustande gekommene Zeigner-Regierung unter mißbräuchlicher Anwendung des Art. 48 der Reichsverfassung ihres Amtes enthoben[277]. Am 23. November wurde zudem die KPD – bis zum 1. März 1924 – verboten; die erste, die revolutionäre Nachkriegs-Phase ihrer Entwicklung war damit beendet.

Der Beschluß der Zentrale der KPD, sich mit den Verlauf der Chemnitzer Konferenz abzufinden und den Aufstand – wie man meinte – zu verschieben, war einstimmig gefaßt und von allen in Deutschland anwesenden offiziellen Vertretern des EKKI – so auch von Radek und dem militärischen Leiter Pjatakow – gebilligt worden[278]; als nach einer Reihe von Überbrückungs- und Rückzugsgefechten[279] den Mitgliedern der Zentrale – besonders nach dem 29. Oktober – klar wurde, daß es sich dabei zumindest um einen längeren Aufschub handelte – ein zusammen mit den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften in Sachsen eingeleiteter Proteststreik gegen die Absetzung der Zeigner-Regierung mußte vorzeitig abgebrochen werden –, begann diese Einmütigkeit in der Frage der Notwendigkeit des Aufschubs bereits brüchig zu werden. Immerhin gelang es der Brandler-Zentrale jedoch, auf der Sitzung des Zentralausschusses der Partei am 3. November 1923 eine Mehrheit von 40 gegen 13 Stimmen der alten „ultralinken“ Opposition für ihren Resolutionsentwurf zu vereinigen. Während die Vertreter der Berliner und der Frankfurter Bezirksorganisation der Zentrale verwarfen, daß sie die Reichsexekution gegen Sachsen nicht zur Entfesselung eines Massenkampfes benutzt hatte[280], billigte der angenommene Entwurf sowohl die Politik des Eintritts in die Landesregierungen als auch – vor allem – „das Ausweichen vor dem entscheidendem Kämpfen aus Anlaß der Reichsexekutive gegen Sachsen“; dieses dürfte nur dann als eine Niederlage interpretiert werden, wenn die Partei künftig nicht verstehe, die Massen in den „Kampf zur Niederwerfung der Faschistendiktatur durch die proletarische Diktatur“ zu führen[281]. Die Niederlage der Partei nämlich wurde als „Sieg des Faschismus über die

Novemberrepublik“ interpretiert; die Annahme des Ermächtigungsgesetzes am 13. Oktober – auch durch die VSPD – und die Reichsexekution galten hierfür als entscheidende Merkmale. Nach dieser Interpretation der politischen [37] Lage wurde auch die weitere Anwendung der tradierten Einheitsfronttaktik irrelevant: die „Faschistendiktatur“ könne nur niedergeworfen werden durch die Diktatur des Proletariats, für die es direkt – ohne Zwischenschaltung von Teilzielen – und in unmittelbarem Kontakt mit radikalisierten sozialdemokratischen Arbeitern zu kämpfen gelte[282]. Es schien zunächst, als könne die bisherige Parteiführungs-Mehrheit auf der Linie dieser Thesen zusammengehalten werden; die Einstellung auf eine lange gemeinsame illegale Arbeit nach dieser Zentralausschußsitzung schien diesen Zusammenhalt noch zu begünstigen[283]. Doch sollte sich bereits Anfang Dezember zeigen, daß diese Mehrheit labil gewesen war und daß sich in der Partei neue fraktionelle Gruppierungen bilden würden, welche sich in ihrer Einstellung zum Oktoberrückzug des Jahres unterscheiden sollten.

2. Zur Struktur der „Rechts“-Opposition in der KPD vom Sinowjew-Brief im Dezember 1923 bis zum VII. EKKI-Plenum (1926)

Nicht nur die im Oktober 1923 nach Deutschland entsandten Vertreter des EKKI, sondern vorerst auch der KI-Vorsitzende Sinowjew selbst hatten der Oktober-Taktik der KPD in Sachsen zugestimmt. So urteilte Sinowjew noch Anfang November 1923 in einer Artikelserie:

> „Einige Genossen sind der Ansicht, daß die Taktik der KPD. in Sachsen ein Fehler war.... Ist diese Diagnose richtig? Nein. ... Die Aufgabe aller Aufgaben in Deutschland läuft letzten Endes darauf hinaus, jene Arbeiterschichten ... auf unsere Seite zu bringen, die noch den ‚linken‘ Sozialdemokraten folgen. ... Die Bedeutung des sächsischen Versuches besteht ja gerade darin, daß die erwähnten Arbeiterschichten an seinem Beispiel die Charakterlosigkeit und Schäbigkeit dieser ‚linken‘ sozialdemokratischen Arbeiterführer werden erkennen müssen“[1].

Hielt er in einem kurz darauf dieser Publikation hinzugefügten Nachwort noch dafür, daß die sächsische Politik der KPD „einer banalen parlamentarischen Zusammenarbeit der Kommunisten mit den sogenannten ‚linken‘ Sozialdemokraten zu ähneln [begann]“, so nannte ein Brief des KI-Vorsitzenden an die deutsche Partei von Anfang Dezember desselben Jahres diese Politik ausdrücklich „einer banalen parlamentarische Kombination“, bei der die Bewaffnung der Arbeiterschaft nicht ernsthaft versucht worden und die daher ernsthaft zu kritisieren sei[2]. [38] Die Ursache dieser plötzlichen Wendung Sinowjews gegen Brandler war mit den Fraktionskämpfen im Politbüro der sowjetrussischen Partei eng verknüpft, in dem seit Anfang 1923 die Gruppe Stalin, Kamenew und Sinowjew gegen Trotzki um die Nachfolgeschaft des kranken Lenin kämpfte[3]; durch die Veröffentlichung von kritischen, gegen die Parteibürokratie gerichteten Artikeln und Briefen Trotzkis in der „Prawda“ waren diese Auseinandersetzungen Anfang Dezember besonders scharf zutage getreten[4]. Trotzki, dessen Person nicht allein durch die Initiierung des Aufstandsplanes, sondern auch durch die Wirksamkeit seiner beiden Anhänger Radek und Pjatakow als EKKI-Vertreter in Deutschland während der Oktobertage mit deren Verlauf verbunden war, konnte ebensosehr wie Sinowjew, unter dessen Vorsitz das EKKI die Einleitung der sächsischen Politik beschlossen hatte, durch deren negativen Verlauf der russischen Parteiöffentlichkeit belastet erscheinen[5]. Angesichts dessen hatte Sinowjew – vermutlich nicht ohne eine Beeinflussung durch Maslow[6] – schon im November versucht, die Schuld an der deutschen Oktoberniederlage auf das Verhalten der Brandler-Thalheimer-Führung abzuwälzen.

Unter dem Eindruck einer Rede des eben aus Deutschland zurückgekehrten Radek am 13. Dezember 1923 in Moskau, in welcher der EKKI-Bevollmächtigte für Deutschland erklärte, es werde, wenn eine Mehrheit des russischen ZK sich gegen Trotzki erkläre, sich das ZK der KPD hinter diesen stellen[7], wandte sich Sinowjew endgültig gegen die „Rechte“ in Deutschland und gegen die von ihr und Radek vertretene Theorie über den Verlauf der Oktoberpolitik. Waren nämlich Radek und mit ihm Brandler, Thalheimer und – noch – eine Mehrheit des Zentralausschusses vom 3. November der Auffassung, daß der Oktoberrückzug der Partei durch die Verschiebung des politisch-gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses seit dem August objektiv begründet gewesen sei und daß die Einleitung eines revolutionären Aufstands die völlige Niederlage der Partei und ihre Zerstörung bedeutet hätte, so

tendierte jetzt Sinowjew mehr oder minder deutlich zu der von Trotzki schärfer formulierten Auffassung, daß nicht die objektive politische Situation, sondern Faktoren subjektiver Art das Scheitern des Revolutionsversuches bewirkt hätten; während aber Trotzki, nach dessen Überzeugung Deutschland bis zum November sich in einer potentiell revolutionären Situation [39] gleich der des russischen Oktober befunden hatte, mit dieser Theorie vorab ein Versagen der KI-Führung – und somit Sinowjews – treffen und jedenfalls nicht eine Ablösung der Brandler-Thalheimer-Führung bewirken wollte[8], ging es Sinowjew umgekehrt darum, diese deutsche Parteiführung der Unfähigkeit zu bezichtigen; dies offenbar einmal, um die Verantwortung für die Niederlage von sich selbst abzuwälzen; zum anderen, um den eng mit Brandler und Thalheimer verbundenen Radek und mit ihm Trotzki zu treffen; und endlich darum, die Gefahr einer Bedrohung der eigenen Politbürofraktion durch eine Solidarisierung der deutschen Partei mit Trotzki auszuräumen und – vielleicht – die Unterstützung der „linken“ deutschen Parteifraktion zu gewinnen[9]. Der spätere Ausgang dieser Fraktionskämpfe in der russischen Partei war dann mit der Verurteilung der Einstellung Radeks zur deutschen Frage durch das Politbüro der RKP (B) am 27. Dezember 1923 bereits signalisiert[10].

Aber auch das Schicksal der Brandler-Thalheimer-Führung war – wenn auch vermittelt durch die Reaktion eines Großteils der deutschen Parteimitgliedschaft auf den Rückzug vom Oktober – mit dieser Verurteilung Radeks entschieden. Schon vorher, beim Versuch einer Stellungnahme zum Sinowjew-Brief an die Partei, wandte sich die Führungsgruppe – einschließlich der Mehrheit der Zentralausschußsitzung vom 3. November – gegen die beiden Repräsentanten jener Politik. Auf der Sitzung der Zentrale vom 7. Dezember[11] stimmten neben den Vertretern der Fischer-Maslow-Gruppe, die in ihrer Behauptung eines völligen Versagens der Parteiführung mit der Tendenz des Sinowjew-Briefes vollauf einig waren, 17 Mitglieder der alten Mehrheit[12] gegen die Auffassung Brandlers und Thalheimers zu diesem Brief[13]. Die alte Zentrale-Mehrheit zerfiel in die Gruppe der „Rechten“ – Brandler und Thalheimer – und in eine „Mittelgruppe“ unter der Führung von Wilhelm Koenen und August Kleine[14] einerseits und Hermann Remmele und Hugo Eberlein[15] andererseits. Brandler und Thalheimer konzedierten durchaus, daß die KPD-Führung, so wie diejenige des EKKI, den Fehler begangen habe, das Kräfteverhältnis innerhalb der Arbeiterklasse, zwischen SPD und KPD, falsch beurteilt, daher den Termin für den Endkampf zu früh angesetzt und seine Vorbereitung vernachlässigt zu haben; doch setzten sie dem die These voran, daß „der Oktoberrückzug ... [selbst] unvermeidlich [40] und richtig [war]“[16]. Kritik an der Exekutive der KI wurde deutlich genug angemeldet, ihr Fehler habe „auf der einseitigen Betonung dessen, was dem Gang der proletarischen Revolution in Rußland und dem in Deutschland gemeinsam ist, und dem nicht genügenden Verständnis dessen, was die spezifischen Unterschiede zwischen beiden ausmacht“, beruht; von der Exekutive wurde eine „stärkere Berücksichtigung ... der Vorschläge und Beurteilungen der KPD“ verlangt[17]. Die „Mittelgruppe“ – sie resultierte aus Differenzierungen innerhalb der alten Mehrheit seit 1922, welche bislang jedoch durch den Gegensatz zur Fischer-Maslow-Gruppe neutralisiert gewesen waren[18] – kritisierte dagegen, mit verschiedenen Akzentuierungen, an der Oktober-Politik Mängel ihrer politischen und technischen Vorbereitung und die Kampflosigkeit des Rückzugs als Ausdruck einer abstrakt auf den „Endkampf“ fixierten strategischen Konzeption, wobei tendenziell unterstellt wurde, daß eine flexiblere Strategie nicht jene politische Situation um die Chemnitzer Konferenz herbeigeführt hätte, welche, einmal eingetreten, freilich den Rückzug unvermeidlich gemacht habe[19]; in diesem Punkte und in der Kritik taktischer Probleme der Vorbereitung und des Rückzugs der Sache nach, wenn auch kaum in den Worten, mit der „Rechten“ einig, gingen die Vertreter der „Mittelgruppe“ in ihrer Kritik gleichwohl von der „linken“ Voraussetzung aus, daß eine „richtigere“ strategische Einstellung der Parteiführung die objektiven politisch-gesellschaftlichen Bedingungen im revolutionären Sinne hätte verändern können. Völlig zu Recht wurde diese Position sowohl von den „Linken“ wie von den „Rechten“ als in sich widersprüchlich und als bloß apologetisch beurteilt[20]. Der weitaus größte Teil der leitenden Funktionäre der alten Parteimehrheit schloß sich gleichwohl der „Mittelgruppe“ an – darunter auch so erklärte Brandler-Anhänger wie Frölich, Pieck und Enderle.

Brandler und Thalheimer hatten zwar – mit der These vom „Sieg des Faschismus über die November-Republik“ und von der Sinnlosigkeit der Einheitsfronttaktik in der gegebenen Situation – selbst eine

„Linksschwenkung“ der KPD-Politik befürwortet[21]; doch wurde ihre Position in der Parteiführung um die Jahreswende 1923/24 mehr und mehr isoliert. Die Verhandlungen des erweiterten Präsidiums des EKKI im Januar 1924 über die deutsche Frage, an welchen Vertreter [41] aller drei Richtungen teilnahmen, bestätigten diese von der Exekutive selbst eingeleitete Entwicklung. Die in Reden von Radek und insbesondere von Brandler vorgetragene Auffassung der „Rechten“ wurde verworfen[22], obwohl beispielsweise Sinowjew seine Verantwortung für den Eintritt der KPD-Minister in die mitteldeutschen Regierungen oder Remmele ein „Abebben der revolutionären Hochflut“ im August 1923 zuzugeben sich gezwungen sahen[23]. Die angenommene Resolution, gegen die Mitglieder der deutschen Delegation aus der „Mittelgruppe“ und der „Rechten“ – so Klara Zetkin, Pieck, Walcher und Brandler – mit der Begründung protestierten, sie gebe „eine unvollkommene und zum Teil unrichtige Darstellung der Ursachen, die zur Oktober-Niederlage geführt haben“[24], stellte ein Kompromiß zwischen den Auffassungen der „Linken“ und der „Mittelgruppe“ dar und war voller Widersprüche[25]. Eindeutig an den Ergebnissen der Januarverhandlungen war dagegen die Inauguration einer politischen Taktik, welche der von der deutschen Partei bis zum Oktober vertretenen Linie völlig entgegengesetzt war, indes vorerst auch von den beiden „Rechten“ tendenziell gebilligt wurde. Inhaltlich lief diese Taktikwendung auf die Ersetzung der Einheitsfronttaktik durch den direkten propagandistischen Appell an die sozialdemokratischen Arbeiter – unter Abstraktion von der Tatsache ihrer Organisiertheit in der SPD und mit dementsprechenden Verzicht auf Verhandlungen mit Repräsentanten dieser Partei – hinaus, auf die sogenannte „Einheitsfront von unten“; die Diskriminierung der Führung dieser Partei als „Fraktion des deutschen Faschismus unter sozialistischer Maske“ ging damit – schon zu dieser Zeit – Hand in Hand; die spätere RGO-Politik, welche den Versuch der Organisierung von Streiks unabhängig von den Instanzen des ADGB einschloß, deutete sich in den Thesen „Zur Arbeit der Partei in der Gewerkschaftsbewegung“ schon an[26]. Das organisatorische Komplement hierzu waren – im allgemeinen – der Beschluß, daß die gewählten Sekretäre der Distrikte und Ortsgruppen der Bestätigung durch die nächst höhere Instanz bedurften; – im besonderen – die inoffizielle Übereinkunft, die „Rechten“ aus der Parteiführung auszuschalten und die Zentrale aus Vertretern der „Linken“ und der „Mittelgruppe“ zusammenzusetzen[27].

[42] Der Zentralausschuß der KPD folgte in seiner Sitzung vom 19. Februar 1924 dieser Weisung, indem er den Moskauer Beschlüssen zustimmte, mit wenigen Gegenstimmen eine die Brandler-Gruppe scharf verurteilende Resolution annahm und einstimmig beschloß, daß der Zentrale nur noch fünf Vertreter der „Mittelgruppe“ und zwei Vertreter der „Linken“ angehören sollten. Die mit dem historischen Materialismus freilich kaum zu vereinbarende Meinung – die gleichwohl nicht nur von der theoretisch wenig kompetenten Ruth Fischer, sondern mehr und mehr auch von dem versierten Theoretiker Trotzki vertreten wurde –: die Kurzsichtigkeit und Unentschlossenheit Brandlers und Thalheimers, wenn nicht gar ihr „Verrat“ und ihr „Opportunismus“ seien an der Oktoberniederlage schuld[28] – scheint, sofern sie anwesend waren, selbst solche, als erklärte „Rechte“ geltende, ZA-Mitglieder wie Robert Siewert und Karl Grönsfelder beeindruckt zu haben[29].

Doch war diese Umgruppierung in der Fraktionsstruktur der Partei nicht von langer Dauer. Die „Mittelgruppe“, der sich der größte Teil der Mehrheit in dem Bestreben angeschlossen hatte, seine Führungspositionen – sei es aus persönlichem, sei es im Interesse einer der alten Parteilinie angenäherten Politik – sich zu erhalten, verfügte über keine theoretisch stichhaltige politische Konzeption. Sie bestand einerseits aus Funktionären, welche bei Annäherung an die gewerkschafts- und einheitsfrontfeindliche Konzeption der Fischer-Maslow-Gruppe mit notwendig fragwürdigen Argumenten ihr konträres politisches Verhalten im Jahre 1923 gleichwohl zu rechtfertigen suchten; andererseits aus Kräften, welche insgeheim – mehr oder weniger – der Politik von 1923 zustimmten, an ihr vor allem sekundäre Erscheinungen kritisierten und zunächst lediglich versuchten, mit einer formalen Billigung des neuen Kurses Einfluß auf die Politik der Partei zu behalten. Schon vor dem Frankfurter Parteitag vom April 1924 wandte sich ein Teil der „Mittelgruppe“ unter Koenen und Remmele mehr und mehr der „Linken“ zu und forderte die „Zermalmung“ der „Rechten“[30]. Ein kritischerer Teil der Gruppe dagegen – wie Eberlein, Pieck, Frölich, Karl Becker und Gerhart [Eisler][31] –, der diese Wendung nicht mitmacht, war sich der Widersprüchlichkeit und Unklarheit der „Mittelgruppen“-Position und der EKKI-Resolution [43] durchaus bewußt; wie einige andere führende, doch seit 1923 teilweise

den beiden Führungsgremien der KPD nicht angehörende Funktionäre – etwa Ernst Meyer oder Jakob Walcher – verhielten sie sich zunächst abwartend.

Diese Dissoziierung der Gruppe wurde durch das Wachsen des Einflusses der „Linken“ in der durch den Oktoberrückzug in ihren revolutionären Hoffnungen enttäuschtem Parteimitgliedschaft durchaus verstärkt. Die Rücksichtslosigkeit ihrer Versuche, mit allen erfolgversprechenden Mitteln, zu denen auch die Androhung von Gewalt gehörte[32], „die endgültige Liquidierung aller reformistischen und opportunistischen Tendenzen“ und die Übergabe „der Führung der Partei in die Hände der Linken“ zu erreichen, hinderte einige Bezirksparteitage der KPD nicht, im März 1924 in diesem Sinne gleichlautende Beschlüsse zu fassen[33]; doch konnte die Tendenz der „Linken“ und des mit ihr enger assoziierten Teils der „Mittelgruppe“, die Entscheidungen der Januarverhandlungen noch zu übersteigern und die Einheitsfronttaktik und die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften als Reformismus eo ipso zu interpretieren[34], bei dem gegenüber den „Rechten“ „versöhnlerisch“ eingestellten Teil der „Mittelgruppe“ sowie bei der auf die Erhaltung der deutschen Parteiorganisation bedachten Exekutive der KI nur Kritik provozieren[35].

Trotz solcher Kritik – wie sie in einer Verurteilung von „ultralinken“ politischen Tendenzen innerhalb der „Linken“ durch Briefe Sinowjews an den Frankfurter Parteitag[36], in einer eindringlichen Dechiffrierung der „Legende“ über die Vermeidbarkeit des Oktoberrückzugs, „die zum Dogma zu erstarren beginnt“, und der abstrakt-revolutionären Einstellung der Partei-„Linken“ in einem Brief Klara Zetkins[37], endlich in Parteitagsreden von Brandler und auch in denen einiger „Mittelgruppen“-Vertreter[38] vorgetragen wurde – war das Resultat dieses Frankfurter Parteitages ein gewaltiger Sieg der „Linken“. Bei den Abstimmungen über die politischen Resolutionen wurden für den Brandler-Vorschlag keine Stimme, für den der „Mittelgruppe“ 34 Stimmen und für den Vorschlag der „Linken“ 92 Stimmen abgegeben. Die Zusammensetzung der Zentrale – welcher im Gegensatz zu den Vorschlägen des EKKI elf Delegierte der „Linken“ und vier der „Mittelgruppe“ angehörten – bedeutete die endgültige Ausschaltung der „Rechten“ aus der Führung der Partei[39].

[44] Bei der Ausnutzung ihres Wahlerfolges auf dem Frankfurter Parteitag hatte die „Linke“ nicht viele Skrupel. Gewiß hatte bis 1923 auch die Brandler-Gruppe versucht, die damalige Minderheit von den wichtigsten Positionen des Parteiapparats fernzuhalten, und anscheinend zeitweise auch angestrebt, nicht genehme Repräsentanten dieser Gruppe mit administrativen Mitteln aus der Partei zu entfernen[40]; gleichwohl kann kein begründeter Zweifel daran bestehen, daß die Führung der KPD bis 1923 – wenn auch vielleicht im eigenen wohlverstandenen Interesse – immerhin bestrebt war, innerparteiliche Konflikte, wo immer es ihr der Sache nach noch möglich schien, durch organisatorische Kompromisse einerseits und freie Diskussion andererseits zu neutralisieren; die Opposition war an der Parteiführung beteiligt, es stand ihr die Parteipresse offen, und Kritik an ihren Auffassungen wurde in sachlicher Form geübt; „blinden Gehorsam, absolute Unterwerfung und Uniformität hat es eben damals in der KPD nicht gegeben“[41]. Die neue, „linke“ Parteimehrheit von 1924 leitete jedoch für Deutschland jene nichts als autoritäre Form des Parteiregiments ein, die sich seitdem mit dem Begriff der Kommunistischen Partei assoziativ verbindet. Mit einer rücksichtslosen Ausnutzung der Stimmung der Mitglieder[42] machte sich die neue Zentrale daran, die „Rechten“ – wenn auch noch nicht physisch – zu „liquidieren“, wobei – nach dem späteren Aperçu Klara Zetkins – die „Gruppe Fischer-Maslow ... als ‚rechts‘ schon ziemlich jeden [verpönte], der auch nur verdächtig war, richtig deutsch zu schreiben“[43]. Ruth Fischer selbst rühmt sich, mit der „linken“ Mehrheit die „seit Gründung des Spartakusbundes ... vollständigste Auswechselung der Leitung vom Zentralkomitee bis zum Ortsgruppenfunktionär“ zustande gebracht zu haben[44]. Nach der Schätzung eines nicht stimmberechtigten Mitglieds der neuen Zentrale wurden etwa 60–70 Prozent der Parteifunktionäre abgelöst[45]. Diese Ausschaltung der „Rechten“ und darüber hinaus eines Großteils von Anhängern der „Mittelgruppe“ betraf nicht allein die zahlreichen Inhaber von Sekretärs- und Redaktions-Funktionen; ganze Bezirksleitungen wurden abgesetzt und durch Sperrung von Geldern von der Zentrale zum Rücktritt gezwungen[46]; die Gewerkschaftsabteilung – einst eine Domäne von „Rechten“ wie Walcher, Enderle und Heckert – wurde zerschlagen und die Reichsleitung der kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen ihrer eigentlichen Funktion, nämlich die Arbeit der [45] lokalen Gewerkschaftsfraktionen zu

koordinieren, beraubt[47]; durch die Weigerung der „linken“ Parteimehrheit auf dem Frankfurter Parteitag, die ihr nicht genehmen und führenden Anhänger der „Rechten“ und der „Mittelgruppe“ als Kandidaten für die Reichstagswahlen zu nominieren, ferner durch die Abänderung einer Reihe von durch die bisherige Mehrheit bereits beschlossenen Wahlvorschlägen wurde nicht allein, soweit dies gegen den Widerstand der Bezirke noch ermöglicht werden konnte, die Zusammensetzung der Reichstagsfraktion den Wünschen der „Linken“ angenähert, sondern wurden auch viele von politischen Strafverfolgungsmaßnahmen bedrohte oppositionelle Funktionäre dem Zugriff der Staatsorgane ausgesetzt[48]; eine weitergehende „Liquidierung der Rechten“ in den Parlamenten konnte allerdings erst anläßlich späterer Wahlen durchgeführt werden[49]. Brandler und Thalheimer selbst, die Exponenten der bisherigen Politik, gingen nach dem Frankfurter Parteitag in die UdSSR, weil Haftbefehle gehen sie vorlagen – mit ihnen zeitweise auch andere Gegner der neuen Politik, unter denen vor allen Walcher zu nennen ist[50]; sie wurden Mitglieder der RKP (B) und bekamen in Moskau Arbeit zugewiesen: Thalheimer lehrte als Professor an der Sun-Yat-Sen-Universität und verfaßte in dieser Zeit eine Reihe fundierter theoretischer Arbeiten, er gehörte der Programm-Kommission der KI weiterhin an[51]; Brandler war zunächst im Genossenschaftswesen, später im Obersten Volkswirtschaftsrat der UdSSR, endlich – seit Anfang 1927 – leitend in der Roten Bauerninternationale tätig, wobei mit dieser Position zugleich die Mitgliedschaft im Organisationsbüro des EKKI verbunden war[52]. Die Betätigung in der deutschen Partei – von rein literarischer Tätigkeit abgesehen – wurde ihnen verboten; sie waren, wie Thalheimer es apostrophierte, „kominterniert“[53]. Angesichts dieser systematischen Kampagnen zur Ausschaltung der „Rechten“ nimmt es nicht wunder, daß Anhänger dieser Richtung nur in Ausnahmefällen weiterhin Parteifunktionen bekleideten; ein Teil von ihnen konnte noch Funktionen in Organisationen wie der „Roten Hilfe“, gleichsam einem „Abstellgleis“ für die „Rechten“, übernehmen: beispielsweise Hans Tittel, Adolf Ehlers und Fritz Altwein[54]; seltener noch war, daß erklärte „Rechte“ – auf Grund ihres unerschütterlichen Rückhaltes in der Mitgliedschaft oder infolge guter persönlicher Kontakte zu Führern der Fischer-Maslow-Gruppe – Positionen von politischer [46] Relevanz innehatten, wie es dem Erfurter Stadtverordneten und späteren UB-Leiter Alfred Schmidt oder dem ZK-Referenten für Arbeitslosen-, später für Betriebsrätebewegung, Max Köhler in Berlin gelang[55]. Im wesentlichen schien die „Rechte“ der Partei paralysiert.

Der Verlauf des V. Weltkongresses der KI – vom 17. Juni bis 8. Juli 1924 – bestätigte dieses Bild durchaus. Angesichts der Zuspitzung des russischen Fraktionskampfes gegen Trotzki – von dem Brandler und Thalheimer sich zwar politisch distanziert hatten[56] – konnte es Brandler in seiner ganz auf die Analyse der Geschichte und Vorgeschichte der Oktoberpolitik zugeschnittenen Verteidigungsrede für diese Politik nicht gelingen, irgend etwas an der „Linksschwenkung“ der deutschen Partei – wie der KI – zu ändern; der eindringlich geführte und überzeugende Nachweis, daß im Oktober in Deutschland „vollkommen die elementare Kampfbereitschaft [der Arbeitermassen fehlte]“ und daß „die Rederei, daß wir hätten kämpfen müssen, trotz der sicheren Niederlage vor Auge, verbrecherischer Wahnsinn [ist]“[57], konnte sich ebensowenig durchsetzen wie die neuerliche Kritik an der „linken“ politischen Linie oder die Kritik Thalheimers an der Form der Interventionen der KI in die Politik ihrer Sektionen und seine Aufforderung an die kommunistischen Parteien, gegenüber der Exekutive „mehr eigenes kritisches, selbständiges Denken [zu] entwickeln“[58]. Dagegen wurde unter maßgeblicher Beteiligung von Ruth Fischer, welche Äußerungen dieser Art als „antibolschewistisch“ denunzieren zu müssen glaubte und unter dem Beifall des Kongresses forderte, „*aus der deutschen Partei eine einheitliche, geschlossene bolschewistische Partei zu machen*“[59], für einen Großteil der Kommunistischen Parteien[60] jene „Linksschwenkung“ der politischen Linie bestätigt oder eingeleitet, welche ihren ideologischen und praktischen Ausdruck in der fast völligen und zum Dogma erhobenen Reduktion der Einheitsfronttaktik auf die „Einheitsfront von unten“ fand und in der Entscheidung, den Terminus „Arbeiter- und Bauern-Regierung“ als ein Synonym für die Losung der Diktatur des Proletariats zu verstehen[61]; mit ihr war – in der Losung der „Bolschewisierung der Parteien und Bildung einer einheitlichen kommunistischen Weltpartei“ vor allem[62] – die bedingungslose Unterwerfung der Sektionen der KI unter die von der russischen Partei beherrschte Exekutive intendiert; sie sollte eine „einzigartige Verbindung von marxistischem Dogmatismus und machiavellistischem Opportunismus“[63] zur [47] Folge haben.

Der Kampf gegen die „Rechten“ – in der Terminologie der Fischer-Maslow-Zentrale „gegen die brandlerischen Schweinereien“[64] –, der in einem rapiden Verlust von KPD-Positionen in den Gewerkschaften[65] und in einem beträchtlichen Mitgliederschwund[66] seine praktischen Konsequenzen zeitigte, schloß ideologisch – bei Perpetuierung der Legende vom „Verrat“ der deutschen Revolution im Jahre 1923 – den Kampf gegen die „sozialdemokratischen Traditionen“ in der Partei, insbesondere gegen den „Luxemburgismus“ in sich, wobei vor allem Ruth Fischer auf eine atheoretische Verunglimpfung der Parteigründerin nicht verzichtete[67]. Der Befangenheit in „sozialdemokratischen Traditionen“ wurde verdächtigt praktisch jeder, der einst dieser Partei angehört hatte, somit also annähernd die gesamte Mitgliedschaftsschicht aus der Gründungszeit der KPD. Diese ideologischen Anstrengungen hatten durchaus rechtfertigende Funktionen: sie sollten einmal die neue, in der politischen Theorie unsichere und in der Praxis leichtfertige, wenn auch zielstrebige Führungsschicht gegen jede Kritik seitens der – wenige Jahre nur – älteren Funktionärsgruppe a priori absichern; durch die Angriffe auf die vorangegangene „luxemburgistische“ Politik und besonders auf die aus ihr abgeleiteten „brandleristischen Verrätereien“ konnte zum anderen die eigene „bolschewistische“ Politik als ein völliger Neuanfang hingestellt und so versucht werden, deren Mängel gegenüber der Exekutive mit dem Hinweis auf unvermeidbare „Anfangsschwierigkeiten“ zu entschuldigen; bis zum Herbst 1925 war es gang und gäbe, die Fehler der politischen Tagesarbeit „aus den verderblichen Auswirkungen der Brandler-Politik ... zu erklären“[68]. Auf den Zentralausschußsitzungen der KPD vom Januar und Mai 1925 erreichten diese Angriffe einen vorläufigen Höhepunkt: auf dem Januar-Plenum wurden Brandler und Thalheimer einer Solidarisierung mit Trotzki und eines „parteifeindlichen“ Verhaltens angeklagt; auf dem Mai-Plenum wurden sie „*grundsätzlicher* [und nicht bloß taktischer] Abweichungen vom Bolschewismus“ bezichtigt[69]. Ungeachtet dieser politischen Funktion der Bekämpfung „sozialdemokratischer Traditionen“ konnte deren Argumentation freilich der Rationalität nicht ganz entraten. Der argumentative Gehalt dieses Kampfes erstreckte sich dabei nicht allein auf eine Verwertung der – von den „Rechten“ selbst kritisierten – Organisationstheorie Rosa Luxemburgs[70]; kritisiert wurde – wie oberflächlich und zu welch [48] manipulativem Ziel auch immer – vorab die Luxemburgische Theorie der Kapitalakkumulation, aus der ihre Spontaneitätstheorie wie ihre Organisationstheorie wenn auch nicht in logisch notwendiger, so doch auch nicht in theoretisch zufälliger Weise hergeleitet werden konnte[71]. Unter Voraussetzung dieser Theorie konnte in der Tat gefolgert werden, was Thalheimer gelegentlich der Auseinandersetzung mit Paul Levi im Jahre 1922 ausgesprochen, indes bald wieder verworfen hatte: daß die kommunistische Parteiorganisation im Falle einer jener Theorie zum Trotz eintretenden Stabilisierung der kapitalistischen Gesellschaft keine Gelegenheit haben würde, die prätendierte Führung revolutionärer Massen zu übernehmen[72]. Der abstrakten Abwehr dieser Konsequenz seitens der „Linken“ entsprang der Versuch, die Bildung einer „bolschewistischen Parteiorganisation“ mit allen Mitteln zu forcieren; ideologisches Instrument hierzu war das Dekret, allein die kommunistische Partei könne als „Arbeiterpartei“ bezeichnet werden[73], der Kampf gegen alle Versuche, gleichwohl die Sozialdemokratische Partei – qua Arbeiterpartei – in kommunistische taktische Überlegungen einzubeziehen, wurde dementsprechend unter den Parolen der „Einheitlichkeit“, „Disziplin“ und „Unversöhnlichkeit“ geführt[74]. Solche Überlegungen hingegen charakterisierten in der Tat das politische Denken von Brandler und Thalheimer; stets gingen ihre Argumentationsreihen von der soziologischen Tatsache aus, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse bis dato nicht hinter der KPD, sondern hinter der SPD gestanden hatte und daß hieraus sich die Notwendigkeit einer besonderen politischen Taktik der Kommunisten ergebe. Diesen Sachverhalt charakterisierte Ruth Fischer, von polemischen Überspitzungen, insbesondere von der an den Auffassungen Brandlers und Thalheimers vorbeigehenden Identifizierung von SPD und SPD-Mitgliedschaft abgesehen, durchaus richtig, wenn sie auf dem ZA-Plenum im Mai 1925 ausführte: „Für die Brandler-Leute war die SPD. nicht ein großer Feind, den man schlagen muß mit List und Angeboten, mit allen Methoden, sondern ein großer Bruder, der sich verirrt hat ins Lager der Bourgeoisie, den man zurückgewinnen muß für den Kampf gegen die Bourgeoisie. Diese Auffassung ... führte ... zu der Vorstellung vom westeuropäischen Wege zur Macht ... *Dieser westeuropäische Weg zur Macht, die Vorstellung von der SPD als dem großen Bruder*, *das sind die grundsätzlichen Unterschiede zum Brandlerismus*“[75]. Der „Liquidierung“ solcher Vorstellungen galt der Kampf der Fischer-[49]Maslow-Gruppe gegen die „Rechten“ in der KPD.

Diese „rechte“ Gruppierung in der KPD hat sich allem Anschein nach hiergegen zunächst nicht systematisch zur Wehr gesetzt. Zwar bestand der ideologische Zusammenhalt dieser Gruppe, soweit sie nicht durch den Abfall eines Großteils der alten Brandler-Anhänger zur Mittelgruppe dezimiert worden war, durchaus weiter. Gewiß wurden auch, vor dem Frankfurter Parteitag bereits, von leitenden fraktionellen Funktionären Überlegungen darüber angestellt, wie man den „rechten“ Funktionären unter dem neuen Parteiregime „den Rücken stärken“ könne; so in einer Besprechung von Brandler, Thalheimer, Rosi Wolfstein und anderen Anfang 1924 in Berlin[76]. Doch schien der Versuch der Organisierung einer fraktionellen Zusammenarbeit schon deshalb nicht allzu dringlich, weil sich die Beteiligten noch der Illusion hingaben, „die Russen“ würden ihre Einstellung zur deutschen Frage bald wieder korrigieren[77]. Nach dem Frankfurter Parteitag entfielen zudem wichtige technische Voraussetzungen der Kontaktorganisierung: Brandler und Thalheimer selbst waren hinfort in Moskau, der Verlust von Parteifunktionen und Parlamentsmandaten setzte die verbliebenen Führer der „Rechten“ schon finanziell weitgehend außerstand, die Verbindung mit den mittleren und unteren Funktionären und mit ihren Anhängern in der Mitgliedschaft zu wahren. Die Möglichkeit, wie Max Köhler zentrale Parteipositionen zur Fraktionsarbeit – hier vor allem in Bremen und Hamburg – zu nutzen, war nur selten gegeben[78]. Dementsprechend sind zentral organisierte oppositionelle Aktionen der erklärten „Rechten“ in der Zeit 1924/25 nicht erfolgt. Der Zusammenhalt war – zumindest auf mittlerer Funktionsebene – informeller Natur, die kritische Aktion isoliert oder auf lokale, indes höchst selten nachweisbare Aktivität beschränkt, die zuweilen – in traditional „rechten“ Bezirken möglicherweise häufiger – in Zusammenarbeit mit Anhängern der „Mittelgruppe“ erfolgt sein dürfte[79]. Sieht man ab von anfänglichem, „passiven“ oder auch „aktiven“ Widerstand von Funktionären gegen die Fischer-Maslow-Politik – bis zu ihrer Ersetzung durch „linke“ Parteimitglieder – in traditional oppositionellen Bezirken wie Erzgebirge-Vogtland, Württemberg, oder Nord-West [Bremen], der in vielen Fällen, beispielsweise bei Deisen und Ehlers, zum Parteiausschluß führte, sieht man ferner ab von der systematischen Verbreitung oppositionellen publizistischen Materials durch Karl Jannack, der daraufhin ebenfalls aus der [50] KPD ausgeschlossen wurde[80], so scheint die Gruppe der „Rechten“ zu dieser Zeit vor allem versucht zu haben, durch die Arbeit in den Gewerkschaften und in den Nebenorganisationen der Partei politisch wirksam zu werden. Die offiziellen Vorwürfe deshalb auf dem Berliner Parteitag vom 12.–17. Juli 1925 geben hiervon – aber auch von der autoritären Einstellung dieser Ankläger – ein eindrucksvolles Bild; im Referat von Ernst Schneller heißt es:

> „... Die Rechten versuchen einmal[,] organisatorische Stützpunkte in der Partei zu gewinnen, indem sie die Loyalen spielen, und zum anderen versuchen sie systematisch die Partei zu zersetzen und Mißtrauen zu säen, die Aktionen der Partei zu durchkreuzen. Die gefährlichere Politik ist zweifellos die der organisatorischen Stützpunkte; ... Sie versuchen auch[,] in Nebenorganisationen, die mit der Partei nicht zusammenhängen, aber durch welche sie Einfluß auf einen gewissen Funktionärskreis der Partei gewinnen können, sich einzunisten. Deswegen werden wir jederzeit eine sehr scharfe Überwachung der rechten Tendenzen in der Partei zu führen haben ...; dann wird es den rechten Genossen [sic] unmöglich sein, sich einzuschleichen [sic]“[81].

Und ein Diskussionsredner klagt:

> „... die rechten Genossen sind aus allen verantwortlichen Parteifunktionen entfernt, und trotzdem sind sie da. Sie sind wieder aufgetaucht in anderen Organisationen und immer und immer wieder können wir feststellen, sei es in Konsumvereinen, sei es in den Gewerkschaften, sei es in den mit uns sympathisierenden Organisationen, sei es in der Roten Hilfe und in der IAH., überall haben diese Genossen verstanden, sich jetzt Stützpunkte zu schaffen, durch diese Art Arbeit die Arbeit der Partei zu unterminieren ...“[82].

Denunziatorische Erklärungen dieser Art vermochten freilich ebensowenig wie der Versuch der ideologischen Uniformierung der Mitgliedschaft zur organisatorischen und politischen Konsolidierung der Partei beizutragen. Seit Anfang 1925 zeigte sich deutlich, daß die gemeinsame Front der „Linken“ und der „Mittelgruppe“ gegen die „Rechten“ von 1924 endgültig zerfiel und einer neuen Fraktionsstruktur Platz machte: gerade der Kampf der Zentrale gegen den „Luxemburgismus“ half bewirken,

daß diese Front – aus verschiedenen Beweggründen freilich – sich auflöste und einer „ultralinken“, unter anderem an der Organisationstheorie Rosa Luxemburgs orientierten, teilweise der alten „Linken“ von 1922/23, teilweise der alten „Rechten“ (Korsch) entstammenden[83], und einer „versöhnlerisch“-„rechts“-oppositionellen Flügelbildung Platz machte, wobei in dieser [51] Frontstellung zwischen „links“ und „rechts“ und unter dem Druck der nun langsam vom „Linkskurs“ abrückenden Exekutive sich die Mehrheit der „Linken“ um Fischer und Maslow sowie der seit Anbeginn nach „links“ tendierende Teil der „Mittelgruppe“ sich unter dem Zeichen einiger formaler „rechter“ politischer Konzessionen der Maslow-Gruppe amalgamierten[84].

Die „rechts“ von dieser neuen Parteiführungs-Mehrheit stehende Flügelgruppe bestand in ihrem Kern aus Mitgliedern des kritischeren Teils der „Mittelgruppe“ von 1924, vermehrt um einige Funktionäre, die von „links“ und „rechts“ zu ihr gestoßen waren: so um Erna Halbe, die seit dem Frankfurter Parteitag Frauenleiterin der Partei war, jedoch durch die Politik der Fischer-Maslow-Zentrale in Opposition zu ihrer Fraktion gedrängt worden war[85], oder um Heinrich Galm, dessen starke Position in der Offenbacher Parteiorganisation ihm ein öffentliches Auftreten beispielsweise gegen die „Fehler ... [der Parteiführung] in der Gewerkschaftsfrage“ erlaubte[86]. Die Fraktion, deren Politik durch Klara Zetkin offen unterstützt wurde[87], wurde vor allem durch Ernst Meyer, Paul Frölich und Karl Becker – durch den letzteren in Berlin – geleitet[88]; sie bildete den Ausgangspunkt für die im Verlaufe des Jahres 1926 deutlicher zutage tretende Differenzierung der „rechts“ von der derzeitigen Parteiführung und ihrer Apparatgruppe stehenden Funktionärsgruppe in die „Versöhnler“ um Meyer, Ewert[89] und Gerhart einerseits und in die „Rechten“ andererseits, zu denen dann etwa Frölich, Galm, Halbe und – vor allem – jene Funktionäre gehören sollten, die wie Tittel, Siewert oder Deisen nie oder nur höchst peripher der Politik der alten „Mittelgruppe“ gefolgt waren. Die „rechts“ von der Fischer-Maslow-Führung stehende Flügelgruppe des Jahres 1925 arbeitete, im Gegensatz zur gleichzeitigen Gruppe der erklärten „Rechten“, durchaus in organisierter und gezielter Form. Hierzu gehörten fraktionelle Absprachen ihrer Vertreter in der Zentrale[90] und im Zentralausschuß, aus denen – durch die Initiative Ernst Meyers vor allem – eine Reihe von Vorschlägen resultierte welche besonders – als Reaktion auf die Annahme des Dawesplans – die Einstellung der KPD-Zentrale in der Steuerpolitik zu beeinflussen suchten[91]; diese Vorschläge wurden durch eine Reihe von Initiativen Paul Frölichs, Rosi Wolfsteins und Karl Beckers, [52] auch durch Versuche von Einflußnahmen seitens ausgesprochener „Rechter“ – beispielsweise Hans Tittels – in Fragen der Gewerkschaftsarbeit, der Taktik bei den Präsidentschaftswahlen und der Ausarbeitung eines kommunistischen Aktionsprogramms ergänzt[92]. Hinzu traten publizistische Vorstöße, besonders solche, die sich in der Form parteigeschichtlicher Darstellungen gegen die Ideologie der herrschenden „Linken“ wandten[93]. Waren auch die theoretischen Anschauungen dieses Parteiflügels anscheinend nicht homogen, so deutete sich in diesen Äußerungen doch immerhin an, daß es seinen Repräsentanten nicht allein um die adäquate Beurteilung der historischen Rolle der deutschen radikalen Linken im Weltkrieg und des Spartakusbundes ging, sondern auch um die Rettung jener Züge des politischen Denkens Rosa Luxemburgs für die deutsche Arbeiterbewegung, die – wie die Bestimmung des Verhältnisses von revolutionärer Partei zur Arbeiterklasse – zur Bolschewisierungideologie der Internationale in Widerspruch standen[94]. Der Höhepunkt dieser Bemühungen war ein Offener Brief Ernst Meyers, Paul Frölichs und Karl Beckers an den 10. Parteitag (1925), der eine eindringliche und umfangreiche Kritik an der Politik der Zentrale enthielt; ausgehend von einer der alten „Mittelgruppen“-Auffassung weitgehend entsprechenden, doch leicht der Konzeption von Brandler und Thalheimer angenäherten Beurteilung der Politik von 1923, verurteilte dieses Dokument die „ultralinke“ Politik der Folgeperiode als abstrakte Negation ihrer Vorgeschichte und faßte die politischen Forderungen der Verfasser an die Parteiführung in den Sätzen zusammen:

> „Die Eroberung der Mehrheit des Proletariats steht wiederum im Vordergrund unserer Ziele. In den Mittelschichten müssen wir uns verankern. Das ist nur zu erreichen durch eine bewußte, geschmeidige und kraftvolle Anwendung der Einheitsfronttaktik, die sich die Lehren früherer Fehler nutzbar macht. Wir müssen zu diesem Zwecke ein Aktionsprogramm schaffen, daß den aktuellen Aufgaben entspricht ...“[95].

Diese Initiativen stießen noch auf dem 10. Parteitag, der im übrigen fast völlig von den Auseinandersetzungen zwischen den „Ultralinken“ und der Parteiführung beherrscht war, völlig ins Leere; erst als die inzwischen eingeleitete Schwenkung der KI-Politik zu entschiedenen Interventionen in der deutschen Partei geführt hatte, trat eine Änderung des Kräfteverhältnisses ein. [53] Die Einleitung der Kursänderung der KI, die dem zugrunde lag, setzte mit dem Plenum der Erweiterten Exekutive vom 21.3./6.4.1925 bereits ein. Die Tagung bezeichnete einerseits den Höhepunkt der Kampagne gegen die deutschen „Rechten“: während Brandler, Thalheimer und Radek in einer Erklärung vom 23.3.1925 an das Politbüro der RKP (B) einem Appell an das EKKI richteten, in dem sie für die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen deutschen Kommunisten in die Partei und für die „Begrabung der alten fraktionellen Gegensätze“ plädierten[96], wurden die drei Genannten und vier weitere deutsche Mitglieder der RKP (B) auf Grund eines Antrages der deutschen Parteizentrale von der Zentralen Kontrollkommission der russischen Partei und einigen Vertretern der Kontrollkommission der KI angeklagt, in der KPD „eine fraktionelle Arbeit auf der Grundlage einer in einer Reihe von Artikeln und Dokumenten zum Ausdruck gekommenen politischen Plattform“ zu betreiben, und es wurde ihnen erklärt, daß „sie sich durch weitere Fortsetzung ihrer Fraktionsarbeit unvermeidlich außerhalb der Reihen der RKP. stellen“ würden[97]. Rüge und Verwarnung wurden vom Plenum einstimmig bestätigt, desgleichen eine von der Delegation der russischen Partei eingebrachte Entschließung, welche die Erklärung Brandlers, Thalheimers und Radeks als „nichts anderes als ein durchsichtiges, aus dem Arsenal der sozialdemokratischen Führer entlehntes taktisches Manöver“ bezeichnete und mit der Feststellung endete, „das Erweiterte EKKI ... [lehne] ab, diese Erklärung zur Kenntnis zu nehmen“[98]. Die deutsche EKKI-Delegation unter Führung Ruth Fischers, der die Maßregelung Brandlers und Thalheimers „nicht weit genug“ ging[99], antwortete auf die Forderung der beiden, die fraktionellen Gegensätze „zu begraben“, mit der Erklärung:

> „Der einzige, aber auch sichere Weg zur Begrabung des Fraktionsstreits ist die völlige und endgültige Begrabung des Brandlerismus, der menschewistischen Politik von Brandler, Radek und Thalheimer, die den Fraktionskampf provoziert, verlängert und auf die Spitze getrieben hat“[100].

Ungeachtet dieser Maßnahmen und Angriffe jedoch leitete das Plenum selbst für die KI eine politische Linie ein, die mit den politischen Vorstellungen Brandlers und Thalheimers nicht unvereinbar war. Sie selbst hatten sich in ihrer Erklärung an die RKP auf die Rede [54] und die Thesen Sinowjews auf dieser Tagung berufen, in denen – durchaus im Gegensatz zu der Behauptung des nur neun Monate zurückliegenden Weltkongresses, die politische und wirtschaftliche Weltlage sei durch eine neue revolutionäre Welle und durch eine „Fortdauer der Krisenperiode“ charakterisiert[101] – eine „teilweise Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft“ festgestellt und betont wurde, daß „in manchen Ländern, wie z. B. in Deutschland, momentan keine unmittelbar revolutionäre Situation besteht“[102]. Diese – nicht eben frühe – Erkenntnis konnte immerhin als nachträgliche Bestätigung der Auffassung Brandlers erscheinen, daß in Deutschland eine objektiv revolutionäre Situation schon seit dem August–September 1923 einer Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu weichen begonnen habe. Zudem zog der EKKI-Vorsitzende auf diesem Plenum hieraus für die Taktik der kommunistischen Parteien des Westens eine Konsequenz, welche das stillschweigende Fallenlassen der Theorie vom „Sieg des Faschismus über die Novemberrepublik“ im Verlauf des Jahres 1924 durch Brandler und Thalheimer[103] ebenfalls implizierte und auf die ihre Erklärung anspielte, wenn sie „die Gegnerschaft der deutschen Parteizentrale zur Aufstellung von Übergangsforderungen und Teillosungen“ apostrophierte; er betonte – weit nachdrücklicher als die allgemeinen Formulierungen des V. Weltkongresses zu diesem Punkt[104] –: „gerade in Zeitphasen wie die gegenwärtige [sic; scil.: bei einem „Abflauen der Heftigkeit der Klassenkämpfe“] müssen wir eine richtige, besonnene, planmäßige, sorgfältig durchdachte Taktik der Teilforderungen befolgen ... Teilforderungen gehören ... gerade jetzt unbedingt zu unserer Taktik“[105]. Zu dieser Politik stand die bisherige politische Linie der Maslow-Fischer-Zentrale durchaus in Widerspruch. Dies ward vollends offenbar, als die „Rechtsschwenkung“ der KI – nach dem vorläufigen Abschluß des Kampfes von Stalin, Sinowjew und Kamenew gegen den darin unterliegenden Trotzki und im Verlauf der Einleitung der Wendung Stalins

gegen seine bisherigen Verbündeten[106]– die Konsequenz des Versuches organisatorischer Eingriffe in die deutsche Parteiführung zeitigte; schon im Februar hatte Stalin mit einem – Wilhelm Herzog gegebenen – Interview und mit einem Brief an Maslow eine Kursänderung – bei gleichzeitiger scharfer Verurteilung des „Brandlerismus“ – versucht[107]; als sich später, besonders im Verlaufe [55] des 10. Parteitags, herausstellte, daß die Fischer-Maslow-Gruppe weder ernstlich diese Änderung einführen noch auch sich mit Stalin verbünden wollte[108], griff das EKKI unter der Initiative von Stalin und Bucharin Ende August 1925 zum Mittel eines Offenen Briefes an die KPD und leitete damit eine grundlegende Revision der KPD-Politik, das Ausscheiden der Fischer-Maslow-Gruppe aus der Zentrale und eine neuerliche Änderung der Fraktionsstruktur der Partei ein[109].

Der Offene Brief der Exekutive kritisierte die Parteiführung vor allem in drei Punkten: wegen eines Ungenügens der Arbeit der KPD in den Freien Gewerkschaften und der Verständnislosigkeit der Parteiführung gegenüber den russischen Bemühungen um eine internationale Einigung der Gewerkschaften[110]; wegen ihrer Tendenz zur partiellen Verselbständigung der KPD gegenüber der KI und ihrer steten Polemik gegen die Beschlüsse des III. Weltkongresses; wegen der Beseitigung der innerparteilichen Demokratie seit dem Frankfurter Parteitag[111]. Entsprechend der doppelten Funktion dieses Exekutive-Eingriffs in die deutsche Partei, einerseits ein der inzwischen neu sich formierenden Stalin-Bucharin-Fraktion loyales Führungsgremium zu schaffen, andererseits den Einfluß der – solcherart im Interesse der russischen Staatspartei arbeitenden – KPD auf die Arbeitermassen und die Sozialdemokratie zu verstärken[112], war aber diese Kritik äquivok: einerseits kritisierte der Offene Brief an der Fischer-Maslow-Führung vor allem die Inkongruenz ihrer politischen Linie mit den vom III. Weltkongreß beschlossenen Prinzipien kommunistischer Taktik und setzte dem Anspruch nach diese Prinzipien wieder in Kraft:

> „*[Der III. Weltkongreß] stellte in den Mittelpunkt unserer Politik die Losung:*
> *‚Heran an die Massen!‘*
> *d. h. den Kurs auf die Gewinnung der ungeheuren Mehrheit der Arbeiterklasse. Damit schuf er den Anfang der bolschewistischen*
> *Einheitsfronttaktik,*
> *die die Achse unserer gegenwärtigen Politik bildet*“[113];

der Vorwurf von „*schweren Fehler[n] und Versäumnisse[n] ihrer Gewerkschaftsarbeit*“[114] war dabei nur eine Konsequenz der Aufwertung des III. Kongresses. Andererseits versäumte die Exekutive geflissentlich, ihre Mitwirkung an der Inauguration der nun ausdrücklich, [56] früher von ihr nur höchst partiell kritisierten Politik zu erwähnen, und sie legte besonderen Wert darauf, die Herstellung eines „*bolschewistische*[*n*] ... *Verhältnisses der Partei zur Komintern*“[115] zu fordern. Ihre organisationspolitischen Vorstellungen waren widersprüchlich aus demselben Grund: „Es mangelt in der Partei an der Kontrolle *von unten*, d. h. durch die Mitgliedschaft der Partei[, und] ... *von oben*, d. h. durch die Exekutive der Komintern“[116]. Diese Äquivokation hatte ihre organisatorischen Konsequenzen.

In der Frage der Reorganisation der Parteiführung hatte die Exekutive zwar gefordert, „neue Kräfte, darunter auch die besten Mitglieder der ehemaligen Opposition, die der Komintern und der Partei treu geblieben sind“, heranzuziehen[117]; doch hatte der Offene Brief zugleich zu erkennen gegeben, daß das neue Zentral-Komitee[118] nach den Vorstellungen des EKKI vor allem aus jenen Mitgliedern der Parteiführungsmehrheit um die Zeit des 10. Parteitages bestehen sollte, die bereit waren, sich von Ruth Fischer und Maslow zu trennen und der neuen politischen Linie zu folgen[119]; keineswegs war an eine Rückberufung jener früheren Führungskräfte der Partei gedacht, welche nicht nur die Realisierung der Prinzipien des III. Weltkongresses seit 1921 in Deutschland betrieben, sondern auch zur praktischen und theoretischen Begründung dieser Prinzipien selbst einst maßgebend beigetragen hatten:

> „Mögen auch alle Rechten und Ultrarechten in unseren eigenen Reihen den Augenblick für gekommen halten, sich aufs neue hervorzuwagen. Mögen die Brandleristen erklären: ‚die Linke ist bankerott‘. Die Kommunistische Partei Deutschlands wird in geschlossenen Reihen vorwärts gehen, ohne den Rufen der rechten und ultralinken Gegner auch nur Gehör zu schenken“[120].

Auf der Parteikonferenz der KPD am 31. Oktober und 1. November 1925, die den Kern der Fischer-Maslow-Gruppe von der Parteiführung ausschloß, wurde dementsprechend verfahren; das neue Zentral-Komitee setzte sich einerseits aus dem Teil der vorherigen Parteiführungsmehrheit zusammen, welcher mit Ruth Fischer gebrochen hatte: nämlich aus Mitgliedern der eigentlichen „Linken“ wie Ernst Thälmann und Franz Dahlem[121] und Angehörigen des konformistischen Teils der „Mittelgruppe“ von 1924 wie Hermann Remmele und Walter Ulbricht[122]; andererseits aus Mitgliedern der schon bis dahin „rechts“ von der Fischer-Maslow-Gruppe stehenden Flügelbildung, die teilweise – wie [57] Pieck und, seit dem 10. Parteitag, Ernst Meyer – bereits dem ZK angehörten, teilweise – wie Arthur Ewert und Gerhart [Eisler] – nun neu in die Parteiführung aufgenommen wurden[123]. Bestand das Zentral-Komitee – unter der Führung Thälmanns – somit einerseits aus Funktionären, deren Qualifikation vor allem darin bestand, sich der neuen, vom EKKI gesetzten Situation anzupassen, und die vor allem zu bewirken suchten, daß die Politik der KPD nicht jene taktischen Prinzipien wieder konsequent realisierte, deren Entwicklung 1923 abgebrochen war, so gehörten ihm andererseits doch auch Führungskräfte an, welche diese Tradition – bei aller Kritik an bestimmten Phänomen der Oktober-Politik von 1923 – prinzipiell bejahten und die daher versuchten, die Politik der Partei nach den Kategorien der Einheitsfronttaktik zu bestimmen. Die innere Widersprüchlichkeit der Exekutive-Kritik fand in diesen Gegensätzen ihren organisatorischen Ausdruck.

Die Reorganisation der Parteiführung hatte gleichwohl politische Konsequenzen, die den Vorstellungen der erklärten „Rechten“ angenähert waren und die den parteiinternen Wirkungsbereich dieser Gruppe vergrößerten. Der neue politische Kurs war zwar keineswegs „brandleristisch“; er „lief parallel zu der damaligen Politik Stalins, der im Kampf gegen Trotzki und Sinowjew sich auf Bucharin und die Rechten stützte, ohne sich jedoch die Möglichkeit einer neuen Linksschwenkung zu verbauen“[124]. Immerhin aber wurde die kommunistische Fraktionsarbeit in den Freien Gewerkschaften wieder stark forciert[125]; die Politik der Einheitsfronttaktik zeitigte für die Kommunisten vor allem bei der Organisierung von Arbeiterdelegationen in die UdSSR und bei der Kampagne gegen die staatliche Fürstenabfindung im Jahre 1926 beachtliche Erfolge[126]. Es konnte scheinen, als ob sich die Politik der KPD auf längere Sicht der Taktik der Partei von 1921/1923 annähern würde. Dabei konnten die organisationspolitischen Konsequenzen des Offenen Briefes diesen Eindruck durchaus stützen: eine Anzahl von Ausschlüssen „rechter“ Funktionäre – die Zahl der Ausgeschlossenen von 1924 muß jedenfalls über fünfzig betragen haben[127] – wurde rückgängig gemacht; so wurden zum Beispiel Willy Deisen und Adolf Ehlers wieder in der Partei aufgenommen[128]; einige „Rechte“ rückten wieder in politisch relevante Positionen; so wurde zum Beispiel die Wahl Hans [58] Tittels zum Pol-Leiter auf dem Thüringischen Bezirksparteitag 1926 vom ZK bestätigt[129] und Robert Siewert konnte als einer der Hauptverantwortlichen für die Organisierung der Arbeiterdelegationen in die UdSSR tätig sein und, zusammen mit Hans Beck, maßgebend an der Herausgabe der „Einheit, Zeitschrift für Fragen des Sozialismus und der Gewerkschaftseinheit“ mitwirken[130]. Ein Funktionär wie Paul Böttcher, der für die Durchführung der „sächsischen Politik“ von 1923 wesentlich mitverantwortlich gewesen war, konnte anläßlich des sächsischen Landtagswahlkampfes im Herbst 1926 wieder als Befürworter einer einheitsfronttaktischen, mit der Propagierung von Teilforderungen operierenden Wahlpolitik auftreten[131].

Auch die Exekutive der KI führte schrittweise eine Änderung ihrer Einstellung gegenüber den Repräsentanten der „Rechten“, Brandler und Thalheimer, durch. Die VI. Tagung des Erweiterten EKKI vom 17. Februar bis zum 15. März 1926 – das letzte Plenum unter dem Vorsitz Sinowjews, mit dem zugleich der Beginn des offenen Kampfes zwischen der Gruppe Stalin-Bucharin und der „vereinigten Opposition“ Trotzkis, Sinowjews und Kamenews bezeichnet war[132] – stand in den deutschen Fragen ganz im Zeichen der Auseinandersetzung mit der „Ultralinken“ und mit der Fischer-Maslow-Gruppierung[133]. Diese Auseinandersetzung erreichte in einer großen Rede Klara Zetkins ihren Höhepunkt, in der sie besonders Ruth Fischer das Recht absprach, die Politik der neuen deutschen Parteiführung als „Rechtsschwenkung“ zu denunzieren:

> „Nachdem die Gruppe Maslow-Fischer durch eine schamlose Hetze die Genossen Thalheimer und Brandler, diese hervorragenden, tüchtigen Kräfte der Partei, verfemt und in die Isolierung getrieben hat, kann Genossin Fischer die Genossen nicht mehr mit dem Ruf

> schrecken: ‚Brandler kommt!‘ Jetzt hat sie einen neuen Popanz erfunden. Der schwarze Mann ist Ernst Meyer geworden ...“[134].

Auf dieser Exekutive-Sitzung traten auch andere Diskussionsredner gegen eine Verfemung der Repräsentanten der deutschen „Rechten“ auf; so erklärte der englische Delegierte Ferguson:

> „... Wir sind wirklich müde dieses ewigen Herausholens des alten Skeletts aus der Kommode – was Brandler getan hat im Jahre 1923! – es ist wie das Haupt König Karls, das auch bei jeder Gelegenheit hervorgeholt wird – nur um das zu verhüllen, was Ruth Fischer im Jahre 1924 und 1925 nicht getan hat ...“[135];

und der französische Delegierte Semard führte aus:

> [59] „Einige ultralinke Elemente raunen geheimnisvoll, daß Radek, Thalheimer und Brandler auf der politischen Bühne wieder erscheinen und verantwortliche Posten erhalten werden; sie sehen darin eine rechte Abweichung ... Wir sind für die Ausnutzung und für die Mitarbeit der Genossen jeder Richtung, wenn sie erklären, auf den Boden der Beschlüsse der Internationale loyal arbeiten zu wollen. Wir glauben, ... daß diese Genossen auch ausgenutzt werden müssen, denn in der Internationale besteht kein Überfluß an fähigen Mitarbeitern ...“[136].

Zu offiziellen Äußerungen über die „Angelegenheit Brandler-Thalheimer“ kam es auf dieser Exekutive-Sitzung jedoch noch nicht. Erst die Verschärfung des Kampfes gegen die russische „linke“ Opposition im Verlauf des Sommers und Herbstes 1926 führte eine solche offizielle Stellungnahme herbei. Unter dem Vorsitze Bucharins wurde auf dem Dezember-Plenum des EKKI allgemein der deutschen Partei die Direktive gegeben, „die angespannteste Arbeit in den Gewerkschaften und die energische Fortsetzung der Taktik der Einheitsfront auf gewerkschaftlichem Gebiet und gegenüber der sich immer mehr radikalisierenden Masse der sozialdemokratischen und parteilosen Proletarier“ zu betreiben[137]. Dieser Bestätigung der von der deutschen Partei ansatzweise seit dem Offenen Brief verwirklichten Taktik lag ein Begriff der „kapitalistischen Stabilisierung“ zugrunde[138], der die Wirtschaftsstruktur der westlichen Länder, insbesondere Deutschlands, durch Disproportionalitäten zwischen Produktions- und Marktkapazität, ferner durch eine rationalisierungsbedingte Tendenz zur Massenarbeitslosigkeit charakterisiert sah; aus diesen Disproportionalitäten wurde eine „Labilität“ der Stabilisierung, die Möglichkeit der Entstehung revolutionärer Massenbewegungen sowie die Notwendigkeit abgeleitet, die KPD mittels jener Taktik zur Führung solcher Bewegungen zu befähigen[139]. Etwa gleichzeitig hatte Brandler in einer Darstellung der Nachkriegsentwicklung der westlichen Länder ähnliche Gedanken vertreten und hinzugefügt, daß die deutsche Partei eine solche Führerrolle nur dann übernehmen könne, wenn sie sich von ihren „ultralinken“ Mitgliedern trenne[140]. Nicht allein dieser Gleichklang, sondern auch der Tagungsverlauf selbst konnte den Eindruck erwecken, als ob eine völlige Rehabilitierung der Repräsentanten der deutschen „Rechten“ nunmehr im Bereich des Möglichen liege; traten doch prominente Redner wie – wiederum – Klara Zetkin, wie S. A. Losowsky und Ernst Meyer gegen die „politische Geschmacklosigkeit“ Sinowjews auf, „den ausgeschlossenen Renegaten Katz mit Genossen Brandler [60] auf eine Stufe zu stellen“[141]; „... gibt es auch nur einen Menschen, der heute daran zweifeln würde, daß die KI mit Abenteurern von der Art Maslow und Ruth Fischer nichts mehr zu tun hat, daß sie dagegen Genossen wie Brandler und Thalheimer usw. ausnutzen soll und muß?“[142] Die EKKI-Resolution „zur innerparteilichen Lage der KPD“ entsprach diesem Tenor, wenn sie sich zur Hauptsache mit der Verurteilung der „ultralinken“ „Weddinger Opposition“ beschäftigte und in der obligaten, kurz gehaltenen Kritik an „rechten Tendenzen“ zwar von „den opportunistischen Abweichungen und Fehlern von Brandler-Thalheimer“ sprach, doch ausdrücklich für falsch erklärte, „aus Angst vor möglichen opportunistischen Gefahren vor einer mutigen Durchführung der richtigen Politischen Linie zurückzuschrecken“[143]. Doch war der Beschluß der Exekutive zu der Erklärung von Brandler und Thalheimer vom 20. Oktober 1926, in der sie um die Aufhebung des Verbotes des EKKI-Plenums 1925 ersuchten, sich in der KPD und der KI politisch zu betätigen, zwar eine –gleichsam parteirechtliche – Freisprechung, doch keine politische Rehabilitation; in ihr wurde – „auf dem Boden der Verurteilung der politischen Fehler der

Genossen Brandler und Thalheimer“ – festgestellt, daß die beiden seit dem V. EKKI-Plenum keine Fraktionsarbeit betrieben hätten und daher wieder in der KI mitarbeiten könnten; doch werde „die Frage der Verwendung der beiden erwähnten Genossen für die deutsche Arbeit ... dem ZK der KPD ... überlassen“[144]. Durch diesen Beschluß wurde die erneute Mitarbeit Brandlers im KI-Apparat, nämlich als stellvertretender Vorsitzender der Roten Bauern-Internationale, möglich. Die Position der „Rechten“ in der KPD wurde hierdurch nur insofern geklärt, als das EKKI, insbesondere seine sowjetrussische Führung, sich die Möglichkeit ihrer politischen Rehabilitierung offenhielt, gleichzeitig aber zu erkennen gab, daß eine solche Aufwertung im gegebenen Zeitpunkt nicht gegen die Wünsche des bestehenden ZK durchgeführt werden sollte.

3. Die ideologische und organisatorische Konsolidierung der „Rechts“-Opposition vom Essener Parteitag der KPD (1927) bis zur ersten Reichskonferenz der KPO (1928)

Die innerparteiliche Situation der deutschen kommunistischen „Rechten“, deren Repräsentanten das EKKI im Dezember 1926 zwar die [61] Betätigung in der KPD erlaubt, sie zugleich aber abhängig gemacht hatte von der Zustimmung des in seiner Führungsspitze mit „ultralinken“ Traditionen belasteten deutschen ZK, war im Jahre 1927, der Äquivokation dieses Beschlusses entsprechend, durchaus labil. Einerseits hielt sich die Stalin-Bucharin-Gruppe in der Führung der KI die Möglichkeit offen, die deutschen „Rechten“ auch politisch voll zu rehabilitieren – was zumindest eine Aufnahme Brandlers und Thalheimers in das ZK der KPD bedeutet hätte; und in der Tat bot auch Stalin schon 1926 anscheinend diesen beiden „Rechten“ – vergeblich – „freie Hand“ in der deutschen Partei an – unter der Bedingung ihrer „bedingungslose[n] Gefolgschaft für Stalin in russischen Fragen“[1]. Andererseits war die Führungsspitze der KPD um Thälmann, Remmele und Heinz Neumann[2] zu einer vollen Reaktivierung der „rechts“ von ihr stehenden Funktionäre nur um den Preis ihrer Entpolitisierung bereit; dieses Verlangen und die damit eng verknüpfte Frage, ob die deutsche Parteiführung eine Rückkehr Brandlers und Thalheimers nach Deutschland – und damit eine politische Aufwertung der „Rechten“ – befürworten solle oder nicht, waren Anlaß zu neuen Differenzierungen innerhalb der Funktionärsgruppen, welche von „rechts“ her an der Linie des ZK Kritik übten.

Diesen Parteiflügel bildeten seit dem Offenen Brief der Exekutive von 1925 die inzwischen wieder in zentrale Führungspositionen aufgerückten, großenteils dem „versöhnlerischen“ Teil der alten „Mittelgruppe“ entstammenden Funktionäre um Ernst Meyer – einerseits – und – zum anderen – die inzwischen teilweise wieder in politisch relevante Funktionen zurückgekehrten, doch nicht im Zentral-Komitee vertretenen Kräfte der erklärten „Rechten“; wobei die Grenzen zwischen diesen beiden Gruppierungen, im Jahre 1926 jedenfalls, auf der mittleren Funktionärsebene fließend waren[3]. Freilich setzte ein Strukturunterschied dieser beiden Richtungsgruppen innerhalb des „rechts“ von der ZK-Linie stehenden Flügels – „Apparatfraktion“ der Meyer-Gruppe einerseits[4], „rechte“ Gruppierung von Funktionären in den Bezirken und in Nebenorganisationen andererseits[5] – zwischen ihnen schon eine Zäsur; die Verbindung zwischen beiden Gruppierungen schloß eine engere, „fraktionelle“ [62] Zusammenarbeit in diesen Gruppen selbst, die vermutlich auch in den nun häufiger verbreiteten Fraktionsmaterialien zu Differenzierungen führte, nicht aus[6]. Gleichwohl einte die „rechts“ von der Parteiführungsspitze stehenden Funktionäre bis dahin der Gegensatz dieser Gruppe zu den bis in das Jahr 1927 hinein heftig bekämpften „linken“ und „ultralinken“ Strömungen in der Partei; die Einstellung des späteren ZK-Kandidaten Erich Hausen, der je nach den gerade aktuellen politischen Fragestellungen mit den Auffassungen der Ernst-Meyer-Gruppe oder mit den „Rechten“ sympathisierte, ohne sich zunächst auf die eine oder andere Richtung festzulegen, dürfte kein Ausnahmefall gewesen sein[7].

Diese Differenzierungen innerhalb der „versöhnlerisch“ beziehungsweise „rechts“ orientierten Flügelgruppe verstärkten sich jedoch in der Zeit vom VII. EKKI-Plenum bis zum Essener Parteitag der KPD im März 1927; dies vorab durch einen Eingriff des EKKI-Vorsitzenden Bucharin noch auf dem VII. Plenum, dessen Intention dabei freilich durchaus das Gegenteil von der tatsächlich eingetretenen Spaltung zwischen „Rechten“ und „Versöhnlern“ gewesen sein kann[8]. Bucharin erklärte hierzu auf dem 15. Parteitag der KPdSU:

> „Hier in Moskau kam mit unserer Hilfe ein ‚Übereinkommen‘ zwischen der Gruppe Meyer und dem Zentralkomitee zustande, wobei der Genosse Meyer, der Führer dieser

> ehemaligen rechten Gruppe, eine Erklärung unterzeichnete, daß er sich von seinen früheren Fehlern lossage und mit den Zentralkomitee zusammenarbeiten werde. Die Führer dieser Gruppe, die in Deutschland tätig war, haben wir auf den Weg der Zusammenarbeit mit dem Zentralkomitee geführt und sie arbeiten heute ziemlich gut“[9].

Diese Vereinbarung zwischen der Meyer-Gruppe und dem ZK – eine entsprechende offizielle Erklärung trug das Datum vom 24. Dezember 1926[10] – rief heftige Kritik sowohl bei den „Rechten“ als auch bei den „Ultralinken“[11] hervor, denn beide Richtungen waren sich darüber einig, daß mit diesem Übereinkommen ein völliger Verzicht Ernst Meyers auf Kritik an der Politik der ZK-Mehrheit verbunden sei[12]. Wortführer der „Rechten“ war hier vor allem Paul Böttcher, der sich noch eineinhalb Jahre zuvor mit dem offenen Brief Ernst Meyers und anderer an den Berliner Parteitag solidarisiert hatte[13]; hatte sich – nach Angabe des Mitteilungsblattes der Urbahns-Gruppe[14] – die „rechte Fraktion“ auf einer Tagung „im Reichsmaßstab“ am 2.1.1927 bereits „über Meyers Haltung höchst erbost gezeigt“, so wandte sich Böttcher zudem auf der Reichsparteiarbeiterkonferenz vom Januar 1927 offen [63] gegen die Erklärung Meyers und erklärte, auf das Recht der öffentlichen Kritik an der Partei nicht verzichten zu können; während er sich gegen eine personelle Restauration der Parteiführung von 1923 wandte, bestand er doch zugleich darauf, daß eine „Konsolidierung“ der Parteiführung – von der „Spitze“ bis zu den unteren Einheiten der Organisation – die Verschmelzung der jungen mit den alten Parteikadern bedeuten müsse[15]. Auf die Initiative einer Gruppe um Böttcher hin wurde endlich auf dem westsächsischen Bezirksparteitag, der dem Reichsparteitag im März vorausging, aus einer Resolution eine Billigungserklärung zum Verhalten Meyers eliminiert[16]. Diese Differenzen zwischen „Rechten“ und „Versöhnlern“ aber wurden noch durch einen Beschluß des ZK in der Angelegenheit Brandler-Thalheimer von 7. Januar 1927 beträchtlich verstärkt, der erkennen ließ, daß die Befürchtungen der „ultralinken“ Gruppierungen innerhalb und außerhalb der Partei, die Resolution des VII. EKKI-Plenums werde eine volle politische Rehabilitierung Brandlers und Thalheimers nach sich ziehen[17], sich als grundlos erweisen würden; in diesen Beschluß[18] wurde Brandler und Thalheimer lediglich wieder eine literarische Betätigung in der KPD erlaubt; dagegen wurde die Frage ihrer Rückkehr nach Deutschland zunächst vertagt. So war bereits vor dem Essener Parteitag, der nach außen hin vor allem dem Abschluß des Kampfes gegen die „ultralinken“ Gruppierung in der Partei zu dienen schien[19], einigermaßen klar, daß die propagierte „Konzentration“ der Parteiführung unter Ausschluß nicht nur dieser „Ultralinken“, sondern – jedenfalls vorerst – auch derjenigen „Rechten“ erfolgen würde, die an ihren politisch-theoretischen Positionen ohne Konzessionen an die Thälmann-Führung festzuhalten gewillt waren.

Die politisch-taktischen Fragen, die auf dem Essener Parteitag der KPD vom 2. bis 7. März 1927 in Vordergrund standen, waren durchaus geeignet, die Differenzen zwischen Thälmann-Führung und Meyer-Gruppe einerseits und den Vertretern der „Rechten“ andererseits zu präzisieren: als Hauptaufgabe der KPD wurde – korrespondierend mit der Zielsetzung sowjetrussischer Politik, sich mehr und mehr auf den „Aufbau des Sozialismus in einem Lande“ und dessen Schutz vor Interventionen zu konzentrieren[20] – der „Kampf“ gegen die „Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges“ und eine „Entlarvung der Kriegspolitik des neuen deutschen Imperialismus und der sozialdemokratischen Führer“ vom Parteitag beschlossen[21]. Uneinig waren sich [64] „Rechte“ und ZK-Vertreter über die Weise dieses „Kampfes“ und dieser „Entlarvung“: während die Aufgabe der Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeitermassen für dieses Ziel nach den Vorstellungen der Parteiführungsmehrheit – mit leichten Konzessionen Ernst Meyers an die „Rechten“[22] – zwar die forcierte Anwendung der Einheitsfronttaktik und die Verstärkung der Gewerkschaftsarbeit, zugleich aber die Verschärfung des politischen Kampfes gegen die Repräsentanten besonders des „zentristischen, also „linken“ Flügels der Sozialdemokratie erforderte[23], traten die „Rechten“ für ein etwas differenzierteres Verhalten gegenüber der sozialdemokratischen „Linken“ insgesamt wie auch gegenüber den „linken“ Führern der SPD ein, da anderenfalls die Politik der KPD unglaubwürdig, die Bildung von „zentristischen“ sozialistischen Organisationen begünstigt und der Übertritt sozialdemokratischer Arbeiter zur KPD behindert werde. Mit dieser Einschätzung der sozialdemokratischen „Linken“[24] – die besonders von Paul Böttcher, mit Unterstützung Alwin Heuckes und tendenziell auch Erich Hausens, vorgetragen

wurde[25] – war eng der Vorschlag der „Rechten“ verknüpft, die Partei solle die taktischen Kategorien, nach denen die Politik der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse betrieben werden solle, theoretisch ableiten und in einem Aktionsprogramm zusammenfassen; dabei hätte die Formulierung eines solchen Aktionsprogramms – der Vorschlag ging auf eine Initiative Heinrich Brandlers zurück[26] – nicht nur ihren offenkundigen parteipolitischen Sinn, sondern zugleich auch eine fraktionspolitische Funktion gehabt: eine rationale Ableitung solcher Prinzipien mußte notwendig zu einer Anerkennung der Hauptkategorien der Einheitsfronttaktik von 1921 bis 1923 führen, deren programmatische Verankerung nicht allein eine Sicherung gegen „ultralinke“ Schwankungen der Parteilinie, sondern zugleich eine Aufwertung der politischen und – mittelbar – auch der organisatorischen Position der „Rechten“ bedeutet hätte. Die Forderung, ein Aktionsprogramm zu schaffen, wurde vor allem von einer Delegiertengruppe um Jakob Walcher und Reinhold Steffen, ferner vom Vertreter des „Einheits“-Komitees für die Rußlanddelegationen, Hans Beck, sowie von den Unterbezirken Salzungen und Gotha vertreten[27]. Nach den Auffassungen von Beck und auch nach derjenigen der anderen Befürworter eines Aktionsprogramms[28] hatte im Mittelpunkt eines solchen Programms – mit leichter Akzentverschiebung zur Tabelle der Übergangslosungen aus der Zeit 1921/23 – die Losung der Produktionskontrolle zu stehen[29]. Auch in den betreffenden Anträgen zur Frage [65] des Aktionsprogramms – sie waren in ihrem Inhalt und weitgehend auch in der Formulierung mit Teilen eines von Brandler und anderen verfaßten, jedoch erst zehn Monatespäter veröffentlichten (und im einzelnen erst später zu erörternden) Artikel „Beiträge zu einem Aktionsprogramm für Deutschland“ identisch[30] – wurden einerseits die Aufstellung eines solchen Programmes, das die von der KPD „propagierten Forderungen systematisch in Verbindung zueinander bringt“[31], andererseits die Aufnahme der Losung „Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter“ als die zentrale „zusammenfassende Losung für die täglichen Kämpfe“[32] propagiert. Dieses Programm enthielt im wesentlichen die taktischen Lehren, die in der KPD vor allem in der Zeit von 1921 bis 1923 entwickelt worden waren – abzüglich freilich jener Konzeption einer ihrem Ursprunge nach parlamentarischen Arbeiterregierung, die seinerzeit erst durch Radek in Theorie und Praxis der deutschen Partei eingeführt worden war und von der Brandler und Thalheimer selbst noch vor dem Oktober 1923 abgerückt waren[33]. Die Annahme dieser Anträge hätte eine erhebliche „Rechtsschwenkung“ der Partei bedeutet; doch wurde diese Kursänderung durch den gemeinsamen Widerstand der Thälmann-Gruppe und – jedenfalls teilweise – der „Versöhnler“ verhindert; die Argumentation Thälmanns gegen die Losung der Produktionskontrolle operierte mit der Auffassung, Kontrolle der Produktion sei eine „Endziel-Forderung“[34]; die des „Versöhnlers“ Arthur Ewert war in sich durchaus brüchig und läßt – anders als die Diskussionsbeiträge Ernst Meyers auf dem Parteitag[35] – den Schluß als möglich erscheinen, daß es Ewert vor allem darum ging, eine Verstärkung der Position der „Rechten“ zu vermeiden[36]. Die Anträge zum Aktionsprogramm und zur Produktionskontrolle wurden wie die kritischen Bemerkungen Böttchers zum „linken“ Flügel der Sozialdemokratie vom Parteitag abgelehnt[37]. Jenes Bündnis zwischen Thälmann-Gruppe und zumindest einem Teil der „Versöhnler“-Gruppe bei der Ablehnung der „rechten“ politischen Konzeption zeitigte zudem auch entsprechende organisatorische Konsequenzen; es bewirkte die Verhinderung einer „Konzentration“ der Parteiführung in dem Sinne, den – wenn auch nicht ausdrücklich, so doch deutlich genug – die Delegierten Paul Böttcher und Hans Tittel, mit tendenzieller Unterstützung sogar des früheren „Ultralinken“ Arthur Rosenberg[38], vertraten, gegen den sich freilich auch eine Reihe von Diskussionsrednern gewandt hatten[39]: nämlich im Sinne [66] einer Einbeziehung der „Rechten“, wenn nicht gar Brandlers und Thalheimers selbst. Um den hiergegen gerichteten „ultralinken“ Stimmen zu begegnen, wurde für das Zentral-Komitee von Arthur Ewert eigens die folgende Erklärung verlesen:

> „In Anbetracht dessen, daß sowohl der Beschluß der letzten erweiterten Exekutive der Komintern wie auch der daran sich anschließende Beschluß des ZK. der KPD. über die Angelegenheit Brandler und Thalheimer von mehreren Parteimitgliedern als Einleitung einer politischen Annäherung an die von Brandler und Thalheimer vertretene opportunistische Richtung oder die Vorbereitung eines Wiedereintritts dieser Genossen in die Parteileitung ausgelegt worden ist, weist das Zentralkomitee eine solche Auslegung der genannten Beschlüsse als durchaus falsch zurück. Bei der Annahme der erwähnten Beschlüsse wurde ausdrücklich vorausgesetzt, daß unter den jetzigen Umständen überhaupt von einer

> Wiederkehr der genannten Genossen in die Parteiarbeit nach Deutschland keine Rede sein kann, was auch aus dem Beschluß des ZK. der KPD. ganz klar hervorging. Indem wir auch jetzt den diesbezüglichen Beschluß des ZK. für richtig halten, betrachten wir es für zweckmäßig, um jedes Mißverständnis und jede falsche Auslegung auszuschließen, zu erklären, daß unserer Meinung nach, so lange die Genossen Brandler und Thalheimer ihre früheren Fehler nicht anerkannt haben, die Parteiführung ihnen keinerlei Parteifunktion in der KPD. anvertrauen kann“[40].

Die Erklärung, an den entscheidenden Punkten unbestimmt und möglicherweise ein Formelkompromiß, schloß die Rückkehr von Brandler und Thalheimer unter anderen als „jetzigen“ politischen Umständen – bei Abgabe eines Fehlerbekenntnisses – nicht unbedingt aus; die Zustimmung der Gruppe um Ernst Meyer zu dieser Erklärung konnte mit der Konzeption verbunden sein, den Repräsentanten der „Rechten“, sofern sie selbst sich konzessionsbereit zeigten, mittels einer langsamen Vergrößerung des Einflusses jener Gruppe zu einem späteren Zeitpunkt die Mitarbeit in der Parteiführung wieder zu ermöglichen. Zum Zeitpunkt des Essener Parteitages freilich schien eine solche „erweiterte“ „Konzentration“ nicht möglich. In das Zentralkomitee wurden, keine Vertreter der ausgesprochenen „Rechten“ gewählt; es setzte sich aus der Thälmann-Gruppe und den ihr ergebenen Parteibürokraten einerseits und der „Versöhnler“-Gruppe mit ihrem „rechten“ Flügel um Ernst Meyer andererseits zusammen; die beiden später zu den „Rechten“ stoßenden, als „Kandidaten“ neu in das ZK aufgenommenen, Funktionäre Erich Hausen und Heinrich Galm nämlich waren, gemessen an ihrer politischen Distanz zur Thälmann-Gruppe, weit eher zum Kreis um Ernst Meyer zu rechnen, als daß sie zu diesem Zeitpunkt bereits als erklärte „Rechte“ hätten angesehen werden können[41]. [67] Gleichwohl bezeichneten die politischen Resolutionen des Parteitags die bis dahin größte Annäherung der „Parteilinie“ an die politischen Konzeptionen der KPD unter der Brandler-Thalheimer-Führung. Durch die Arbeit des ZK und seines Pol-Büros, dessen Sekretär Ernst Meyer nach einigen Monaten zu werden verstand[42], wurde diese Entwicklung noch etwas weiter getrieben: die Resolutionen der beiden ZK-Plenums von Juli und September des Jahres 1927, die als Hauptlosung den Sturz der Bürgerblockregierung durch „die Kampfesgemeinschaft aller Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der KPD“ propagierten, waren methodisch an einheitsfronttaktischen Prinzipien orientiert[43]. Ferner versuchte die Gruppe um Ernst Meyer – mit teilweisem Erfolg –, „Rechte“ und „Versöhnler“ für die kommenden Wahlen zum Reichstag und zum Preußischen Landtag kandidieren zu lassen. Während sich dieser Vorstoß im Falle von Brandler und Thalheimer als vergeblich erwies, gelang es doch, beispielsweise Paul Frölich und Alfred Schmidt in den Reichstag beziehungsweise Landtag wählen zu lassen[44]. Vor allem aber gelang es Ernst Meyer anscheinend in der ZK-Sitzung am 8. und 9. September, nach einer vorangegangenen gegenteiligen Entscheidung des Pol-Büros, einen – bei zwei Stimmenthaltungen – einstimmigen Beschluß durchzusetzen, der bewies, daß Ernst Meyer die Monate nach dem Essener Parteitag, den Befürchtungen der „Ultralinken“ gemäß, vorerst erfolgreich zu fraktionstaktischen Manövern im neuen ZK zu nutzen gewußt hatte[45]: in diesem Beschluß wurde Thalheimer aufgefordert, Mitte Oktober des Jahres „zurückzukehren und die Mitarbeit in den zentralen Publikationsorganen der Partei aufzunehmen“[46]. Die Verwirklichung des Beschlusses wurde indes, nach einem Bericht des Organs der Urbahns-Gruppe, wenig später durch eine auf Veranlassung Thälmanns durchgeführte Intervention sowjetrussischer Parteiführer verhindert: „Eine Kommission aus Stalin, Bucharin und Kuusinen begab sich zu August [Thalheimer] und forderte ... ihm, bevor er nach Deutschland zurückkehre, ein Reuebekenntnis ‚über 1923‘ im Stile der Heilsarmee ab. ... [Thalheimer erklärte], er schriebe ein Buch über 1923, dort werde er seine Auffassungen darlegen und auch die Komintern kritisieren. Klar, daß bei solcher Störrischkeit die Strafe auf dem Fuße folgte: Thalheimer bleibt in Moskau, die Thälmannschen Mamelucken fallen wieder nach der umgekehrten Seite um, ... [68] das Polsekretariat läßt ein triumphierendes Rundschreiben an die Bezirksleitungen im Reich los, worin es von seine[r] gewonnenen Schlacht erzählt. Meyer, der versuchen will, zu retten, was zu retten ist, stellt im Polbüro ... einen Mißtrauensantrag gegen das Polsekretariat, das durch sein Rundschreiben einen gefaßten Beschluß des ZK., eben jenen obengenannten Beschluß vom 9. September, durchbrochen habe. Meyer erhält genau eine Stimme, nämlich die von Meyer“[47]. Der Versuch der Meyer-Gruppe, die „Rechten“ wieder in die Parteiführung einzufügen, war somit vorerst gescheitert.

Zugleich mit diesen fraktionspolitischen Verstößen Ernst Meyers im Zentral-Komitee hatten indes die ausgesprochenen „Rechten“ selbst Initiativen ergriffen, die der Durchsetzung einer „rechts“ orientierten Politik der Partei dienen sollten. Die Ablehnung ihrer politischen Vorschläge auf dem Essener Parteitag war gleichsam ein Signal zur Sammlung dieser Gruppe gewesen[48]. Diese Initiativen waren freilich, was den organisatorischen Zusammenhang betrifft, immer noch weitgehend auf einen informellen – schriftlichen oder mündlichen – Kontakt vorab innerhalb der Parteibezirke beschränkt, wobei sich dann mit dem Versand „fraktioneller“ Rundbriefe auch langsam zentralisierte Formen der Information zwischen den wichtigsten Repräsentanten der „Rechten“ – zu dieser Zeit etwa: Hans Tittel (Thüringen), Paul Böttcher (Westsachsen), Robert Siewert, Max Köhler, Rosi Wolfstein, Jakob Walcher (Berlin), Adolf Ehlers und Willy Deisen (Bremen) – herausgebildet haben[49]. Zu Brandler und Thalheimer bestand – schon vor dem Essener Parteitag – ein verhältnismäßig regelmäßiger Kontakt, der besonders durch die Rußlandreisen Robert Siewerts und Hans Becks und durch Besuche der Ehefrau Heinrich Brandlers in Deutschland ermöglicht wurde[50]. Doch waren im Jahre 1927 die politischen Vorstöße der „Rechten“ auf publizistische Arbeiten konzentriert. Der inzwischen aus der UdSSR zurückgekehrte und – wie August Enderle – in die Gewerkschaftsabteilung des ZK aufgenommene Jakob Walcher[51] eröffnete diese Angriffe auf die „Linie“ des ZK mit Artikeln zur Frage des „linken“ Flügels der Arbeiterbewegung, insbesondere der SPD, denen jeweils eine Replik Besso Lominadses im Sinne der Thälmann-Neumann-„Linie“ folgte[52]. Walcher ging dabei in der politischen Topographie insofern nach „rechts“ über die Einstellung Paul Böttchers hinaus, als er aus der Anerkennung politischer Differenzierungen innerhalb der SPD-„Linken“ und aus der Kritik der [69] ZK-Formel: „Die Linken [in der SPD] sind gefährlicher als die Rechten“ die Konsequenz zog, die KPD müsse „ganz bewußt auf eine Stärkung des linken Flügels in der SPD hinarbeiten. Daß dies da und dort zu einer vorübergehenden Stärkung der SPD führen wird, darf uns nicht schrecken“[53]. Die Konsolidierung eines solchen „linken“ Flügels der Sozialdemokratie galt dieser – vom ZK-Sprecher als „opportunistisch“ getadelten – Auffassung als notwendige Voraussetzung für die Durchführung einheitsfronttaktischer Politik, deren Resultat freilich die Stärkung der KPD sein sollte[54].

Besonders aber galten die publizistischen Initiativen der „Rechten“ der Frage eines kommunistischen Aktionsprogramms. Schon auf dem Essener Parteitag hatte sich die Aktionsprogramm-Forderung in Anträgen der „Rechten“ niedergeschlagen. Seit dem Herbst des Jahres 1927 nun wurde diese Forderung durch eine Serie von Aufsätzen – welche von der Partei-Presse indes nur zum Teil veröffentlicht wurden – von der „rechten“ Fraktion oder ihr nahestehenden Funktionären systematisch propagiert. In den ersten Artikeln zu dieser Frage – von Fritz Rück[55], Max Köhler[56] und Waldemar Bolze[57] – wurden die Begründungen und inhaltlichen Forderungen des Aktionsprogrammentwurfs Heinrich Brandlers, welcher den Anträgen für den Parteitag zugrunde gelegen hatte, in mannigfachen Variationen wiederholt. Stets ging es darum zu zeigen, daß die verstärkte Herrschaft des „Trustkapitals“ und eine mit ihr gesetzte zumindest latente Steigerung ökonomischer Kämpfe eine planmäßige Transformierung dieser Spannungen in manifeste Konflikte und in politisch-revolutionäre Aktionen ermögliche und erfordere, welche vorab durch die Anwendung der zentralen Sammel- und Übergangslosung der Produktionskontrolle – als Propagandalosung zunächst und nicht als Aktionslosung – vermittelt werden müsse; ferner um den Nachweis, daß ohne die Aufstellung einer solchen Losung und eine Kodifizierung anderer, auf sie rational bezogener Teilforderungen in einem Aktionsprogramm die Bestimmung der „Marschroute auf dem Wege zur Revolution“ dem bloßen Zufall überlassen bleiben würde[58]. Nicht zuletzt unter dem Druck dieser systematischen Verstöße entschloß sich das ZK der KPD selbst, ein „Aktionsprogramm“ zu formulieren; es entsprach freilich in gar keiner Weise den Vorstellungen der „Rechten“. Klara Zetkin nannte den Entwurf des Pol-Büros, der „kein brauchbares Programm“ sei, schlicht ein „quatschiges Sammelsurium“[59].

[70] Anfang 1928 endlich wurde der bald ein Jahr zuvor eingereichte Artikel Brandlers zu dieser Frage – der zusammen mit Thalheimer und dessen ebenfalls nach Moskau emigrierten Schüler Leo[60] verfaßt worden war[61] – im Organ des EKKI, der „Kommunistischen Internationale“, veröffentlicht[62]. Die Arbeit ging von einer Analyse der internationalen politischen und ökonomischen Situation aus, die für die deutschen Verhältnisse und die Funktionen der Arbeiterbewegungsorganisationen in ihnen

spezifiziert wurde und damit den theoretischen Rahmen für das eigentliche Aktionsprogramm bildete. Im Mittelpunkt dieser allgemeinen Analysen stand der Versuch, nachzuweisen, daß die gesellschaftlich-ökonomische Stabilisierung im Weltmaßstab durch Disproportionalitäten zwischen Produktions- und Markt-Kapazität, die tendenziell in Sinne einer Unterkonsumtionstheorie interpretiert wurden, gekennzeichnet und daher strukturell labil sei:

> „[D]ie Markterweiterung [reicht] nicht aus, um die Leistungsfähigkeit der wichtigsten kapitalistischen Länder so auszuschöpfen, daß eine neu aufsteigende Ära des überalterten Kapitalismus möglich wäre ... Keine Markterweiterung kann heute Schritt halten mit der rapiden Steigerung der kapitalistischen Produktionsmöglichkeiten durch die technischen Verbesserungen ... Einzelne Konjunkturschwankungen, lokale und Teilkonjunkturen sind dabei natürlich möglich ..., [doch] ist zu berücksichtigen, daß der Rückschlag der amerikanischen Konjunktur, der notwendig eintreten muß, internationale Rückwirkungen nach sich ziehen wird, nicht zuletzt in Deutschland, das durch die Anleihen eng mit den amerikanischen Kapitalismus verbunden ist“[63].

Doch wurde aus diesen systemimmanenten Widersprüchen nicht in erster Linie das Nahen einer Wirtschaftskrise – die freilich auch in dem Bereich des Möglichen gezogen wurde – abgeleitet, sondern die Vorbereitung und Entstehung eines imperialistischen Krieges[64]; indes hatten nach dieser Argumentation beide Perspektiven eines gemeinsam:

> „Die Stabilisierungserscheinungen ... [lassen] die genannten grundlegenden Widersprüche nur um so krasser hervortreten. Die augenblickliche Stärkung der Bourgeoisie ist nicht wegzuleugnen, aber diese Stärkung bahnt nur den Weg zu einer neuen Revolution, schafft ihr neue, breitere Grundlagen“[65].

Für die politischen und ökonomischen Konsolidierungserscheinungen im Deutschland dieser Zeit – 1927 – gelte diese Ableitung im besonderen Maße; die Folgerung, aus der Stabilisierung werde sich, in der Konsequenz ihrer inneren Antagonismen und deren Verschärfung, eine Bedingungskonstellation entwickeln, welche eine Revolution nicht bloß [71] ermögliche, sondern sogar notwendig setze, wurde in einer Argumentation gezogen, die auf Kausalzusammenhänge naturgesetzlicher Art rekurrieren zu können vorgab[66]:

> „*Die Stabilisierung wird in die Revolution ausmünden, weil sie ein innerlich widerspruchsvoller Prozeß ist, weil jedes Fortschreiten dieses Prozesses diese Widersprüche letzten Endes nur steigert, weil ihr Verlauf gewaltige Krisen heraufbeschwören, die Bourgeoisie zu immer neuen Angriffen auf das Proletariat und zu neuen Kriegen, das Proletariat zu immer schärferer Abwehr, die Kolonialvölker zur Erhebung treiben muß*“[67].

Bei dieser Beendigung der Stabilisierung komme dem Proletariat und den unterdrückten Völkern, qua Momenten der objektiven Antagonismen, jedoch eine entscheidende Funktion zu: bei der Bestimmung nämlich des Zeitpunkts der Revolution:

> „[W]eder eine Wirtschaftskrise noch ein Massenkampf, noch selbst jeder Krieg müssen an sich das Ende der Stabilisierung bedeuten. Das Ende der Stabilisierung wird ein kürzerer oder längerer Prozeß sein, eine Folge des Zusammenwirkens aller wirtschaftlichen Krisenmomente, aller sozialen Konfliktstoffe ... Die neuen Kämpfe, die auf Grund des Fortschritts der Stabilisierung kommen müssen, können sich zu revolutionären Machtkämpfen zuspitzen. *Die revolutionäre Aktion des Proletariats wird das Ende der Stabilisierung entscheiden*“[68].

Die gesellschaftlichen Konflikte, die mit der Stabilisierung und der Zuspitzung ihrer immanenten Widersprüche gesetzt seien, prädisponieren hiernach die Arbeiterschaft sowohl wie Teile des Kleinbürgertums im besonderen Maße für eine Identifizierung mit der Revolution oder für eine Tolerierung ihrer Ziele[69]; in dieser Vorperiode des revolutionären Kampfes komme somit der revolutionären Partei vor allem die Aufgabe zu, diese objektive Prädisposition in eine bewußte Kampfbereitschaft zu transformieren, wobei das subjektive Interesse der breiten Massen an der Revolution – das sich

hiernach aus ihrer objektiven gesellschaftlichen Lage im Verlauf der Steigerung der Konfliktsituation auf dem Wege empirischer Einsicht ergibt – nahezu schon als Datum unterstellt wurde:

> „*Die Kommunistische Partei kann in dieser Epoche ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn die Masse der Werktätigen sich davon überzeugt, daß für die revolutionäre Partei weder der Kampf um Tagesforderungen, um Reformen, noch das revolutionäre Endziel eine Phrase sind; wenn sie sich davon überzeugt, daß die Partei ihren Weg, den Weg zur siegreichen Revolution, in den Hauptzügen klar vor sich sieht, wenn sie sieht, daß die einzelnen Forderungen, die die Partei aufstellt, nicht bloß der Stimmungen des Tages willen propagiert werden, sondern in einem inneren Zusammenhang stehen*“[70].

[72] Diese Rationalisierung der kommunistischen Tagespolitik sei außerdem notwendige Bedingung der Wahrung des revolutionären Charakters der Parteipraxis selbst:

> „Andererseits können die Kommunisten selbst in der heutigen Zeit, wo die großen Massenkämpfe erst vorbereitet werden, nur dann wirkliche Revolutionäre bleiben, wenn sie sich darüber Rechenschaft ablegen, wie sie die einzelnen Tageskämpfe weitertreiben sollen, welche Verbindungen zwischen Tagesforderungen und Endziel bestehen“[71]

Aus beiden ergebe sich die Notwendigkeit, die Politik der Partei nach rationalen Gesichtspunkten programmatisch zu systematisieren:

> „Mit einem Wort, die Partei muß ein Aktionsprogramm haben, das die einzelnen von ihr propagierten Forderungen systematisch miteinander in Verbindung bringt. Dieses Aktionsprogramm kann nicht eine Neuauflage des Erfurter Programms sein ... Andererseits kann ein Aktionsprogramm nicht bloß eine Sammlung der Endlosungen darstellen. Es ist gerade die Aufgabe eines Aktionsprogramms, die Tagesforderungen und die Endforderungen zu verknüpfen, die einen aus den anderen zu entwickeln. Das Aktionsprogramm fordert also in weiterer Konsequenz der unmittelbaren Tagesforderungen (Lohn, Arbeitszeit usw.) eine Reihe von Maßregeln, die den Massen der Werktätigen auf Grund ihrer heutigen Nöte und Bedürfnisse, auf Grund ihrer heutigen geistigen Reife bereits verständlich sind, deren Durchführung aber bereits einen revolutionären Eingriff in das kapitalistische Wirtschaftssystem bedeutet und die Herrschaft der Bourgeoisie in Frage stellt. Es sind Übergangsmaßregeln und Übergangsforderungen, aber nicht im Sinne der Forderungen des Erfurter Programms, die noch innerhalb des bürgerlichen Staates zu verwirklichen wären; es sind Forderungen, die, falls ihre Durchführung, ihre Durchsetzung im Kampf in Angriff genommen wird, zum Endkampf und zu den Endlosungen weiterleiten“[72].

Waren so aus einer Analyse der zeitgeschichtlichen gesellschaftlichen Situation die Notwendigkeit und die Form eines kommunistischen Aktionsprogramms abgeleitet, so ebenso dessen inhaltliche Forderungen. Die Übergangsmaßregeln, welche zur Propagierung und Einleitung des Kampfes gegen das, was der Entwurf Trustkapital nannte, vor allem geeignet sein sollten, wurden in Politische und wirtschaftliche Übergangsziele eingeteilt. Unter den politischen Zielen wurde die Forderung einer „Arbeiter– und Bauernregierung“ in jenem Sinne, welcher der Interpretation dieser Losung durch die KPD–Zentrale in den letzten Monaten vor den Oktober 1923 entsprach, an erster Stelle genannt:

> „Als allgemeine Sammellosung auf politischem Gebiet fordern die Kommunisten eine *Arbeiter- und Bauernregierung*, das ist eine Regierung, die die bürokratische Maschine des bürgerlichen Staates durch Klassenorgane der Werktätigen ersetzt und durch diese die – staatliche Macht ausübt“[73].

[73] Die Forderungen auf wirtschaftlichem Gebiete – gruppiert um die Zielsetzungen der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einerseits und der Senkung der Preise andererseits – sollten in der Losung der Produktionskontrolle zusammengefaßt werden:

> „*Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter, das ist die Ausschaltung der Kapitalisten oder ihrer Beauftragten aus der Leitung der Betriebe, die Übernahme der Leitung der Produktion und die Regulierung des Warenaustausches durch die Organe der Werktätigen*.

> Die Durchführung der Produktionskontrolle bedeutet einen revolutionären Eingriff in die kapitalistische Wirtschaft ... Der Kampf um die Produktionskontrolle ist also ein eminent politischer Kampf“[74].

Wenngleich mit Produktionskontrolle somit keineswegs eine andere Bezeichnung der von den Freien Gewerkschaften in diesen Jahren propagierten „Wirtschaftsdemokratie“ formuliert war[75], sondern im Gegenteil ein Eingriff in die bestehende wirtschaftliche Ordnung durch revolutionäre Akte, konnte nach dem Programmentwurf dieser revolutionäre Sinn nicht unvermittelt durch eine ihm entsprechende Praxis verwirklicht werden, vielmehr zunächst nur durch eine solche Aktionen vorbereitende propagandistische Dechiffrierung des Geschäftsgebarens und der Gewinnlage „der Monopole“, in der die Zielsetzung „Produktionskontrolle“ als Propagandalosung und als Richtpunkt aller anderen Teilziele in den Wirtschaftskämpfen fungieren sollte[76].

Diese „Beiträge zu einem Aktionsprogramm für Deutschland“ erschienen gleichzeitig mit einer „Antwort des Polbüros des ZK der KPD“[77], die in einer weitschweifigen scholastischen Argumentation den Beitrag der Brandler-Gruppe ablehnte, ohne ihn ernsthaft zu kritisieren:

> „Das, was Genosse Brandler der deutschen Partei als Entwurf oder Skizze eines ‚Aktionsprogramms‘ vorschlägt, taugt infolge der Vermengung vom Programm und Taktik weder als allgemeines Programm, noch als taktische Aktionsplattform. Die Hauptsache dabei ist die, daß das ‚Aktionsprogramm‘ des Genossen Brandler auf einer falschen politischen Basis errichtet ist [sic] ... Genossen, die die falschen Auffassungen des Genossen Brandler zu einer Plattform entwickeln und als Gruppe in der Partei vertreten würden, müßten als *eine opportunistische Gruppe bekämpft werden* ...“[78].

Ungeachtet dessen setzte die Gruppe der „Rechten“ auch nach diesem Urteilsspruch die Versuche fort, in der Parteipresse ihren Vorschlag zu vertreten. Eine Arbeit von Leo, die nicht mehr in einem offiziellen Organ der Partei veröffentlicht wurde, kritisierte vor allem die [74] krassen Widersprüche und Ungereimtheiten, welche jene Entgegnung des Pol-Büros kennzeichneten[79]. Daß es den „Rechten“ hierbei nicht um bloß theoretische Diskussionen ging, zeigte ein Artikel Jakob Walchers über die „Lehren der Hüttenarbeiterbewegung“[80] im Winter 1927/28, die mit einer Niederlage für die Arbeiterschaft geendet hatte und in der die KPD keine führende Rolle hatte spielen können. Diese Arbeitskampfbewegung inmitten eines noch anhaltenden Wirtschaftsaufschwungs, die durchaus als eine Bestätigung für die in der Arbeit Brandlers entwickelte Auffassung von der Zunahme gesellschaftlicher Konflikte im Rahmen der Stabilisierung genommen werden konnte, war von der KPD für die kommunistischen Ziele keineswegs planmäßig ausgenutzt worden: während die SPD zeitweise sogar Enteignungsparolen ausgab, forderte die KPD einmal die Einleitung von Kämpfen um Lohnerhöhungen, ein anderesmal den sofortigen Generalstreik – ohne ihre Politik nach dem einheitsfronttaktischen Schema der Übergangslosungen, das dem Aktionsprogrammentwurf Brandlers zugrunde lag, auf eine systematische Steigerung der revolutionären Dispositionen der Arbeitermassen und auf eine einheitsfronttaktische Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter auszurichten[81]. Die entsprechende Kritik Walchers, welche wiederum die Losung der Produktionskontrolle in den Mittelpunkt der Argumentation stellte, wurde vom ZK-Vertreter Artur Ewert scharf zurückgewiesen[82]. Als später mehr und mehr deutlich wurde, daß die Mehrheit des ZK gegenüber der politischen Linie der „Rechten“ zu keinerlei Konzessionen bereit war, entschloß sich die Gruppe – Ende 1928 –, ihre taktischen Auffassungen zur Frage des Aktionsprogramms, der Übergangslosungen und der Produktionskontrolle in einer Agitationsbroschüre herauszugeben, welche einige der in diesem Zusammenhang verfaßten Artikel enthielt[83].

Diese Initiativen der deutschen „Rechten“ für die Schaffung eines theoretisch begründeten Aktionsprogrammes wurden durch eine Entscheidung der EKKI-Führung, welche zugleich eine abrupte Änderung der politischen „Linie“ der gesamten KI einleitete, schon früh ihrer Wirkungsmöglichkeit beraubt. Schon auf dem 15. Parteitag der KPdSU im Dezember 1927, der das Ende des Kampfes gegen die vereinigte „linke“ Opposition und den Ausschluß beziehungsweise die Bestätigung des Ausschlusses ihrer wichtigsten Repräsentanten – Trotzkis, Sinowjews, [75] Kamenews, Radeks und

anderer – brachte, trat der EKKI-Vorsitzende Bucharin mit theoretisch keineswegs stringenten Begründungen für eine politische Wendung ein: ohne überzeugend darzulegen, weshalb und in welcher Weise sich die internationale politische Situation seit den letzten Plenarsitzungen der Exekutive verändert haben sollte[84], befürwortete er eine – „ultralinke“ – „Akzentverschiebung“ in der Einheitsfrontpolitik und partiell auch in der Gewerkschaftsarbeit, wobei er besonders gegen eine Verwendung der Losung „Produktionskontrolle“ in der gegebenen, nicht revolutionären Situation polemisierte[85]. Dieser erste Ansatz des offiziell erst später propagierten „Linkskurses“ der KI, dem Bucharin dann selbst zum Opfer fallen sollte, wurde im Anschluß an das IX. EKKI-Plenum im Februar 1928 durch ein inoffiziell – und statutenwidrig – geschlossenes Abkommen zwischen der sowjetrussischen und der deutschen EKKI-Delegation bekräftigt, in welchem – ohne selbst den Versuch einer politischen Begründung – eine Kursänderung vereinbart und erklärt wurde, daß hinfort keinerlei „Duldsamkeit“ gegenüber den „Rechten“ in der KPD mehr zugelassen werden solle[86]. Schon in seiner Rede in der Gewerkschaftskommission des EKKI-Plenums hatte Thälmann heftige Angriffe gegen „rechte Abweichungen“ in der KPD gerichtet und dabei besonders auch August Enderle kritisiert[87]. Das sogenannte Geheimabkommen zwischen der sowjetrussischen und der deutschen Delegation – russischerseits auch von Bucharin, deutscherseits auch von den „Versöhnlern“ unterzeichnet[88] – sollte, wie sich bald zeigte, den Auftakt zur Systematisierung solcher Angriffe – die freilich vorerst noch kaum mit administrativen Maßregelungen, vor allem noch nicht mit Parteiausschlüssen verbunden waren[89] – und zur radikalen Änderung der „Linie“ der KPD in der Einheitsfrontpolitik und in der Gewerkschaftsfrage bedeuten[90].

Diese Konsequenzen des IX. EKKI-Plenums wurden von den „Rechten“ durchaus erkannt; so schrieb Thalheimer am 6. März 1928 aus Moskau:

> „Der Abschnitt, der mit dem Offenen Brief [des EKKI von 1925] begann, ist zu Ende. Es beginnt organisatorisch und politisch ein ausgesprochener Linkskurs ... Der Ausgangspunkt der Wendung sind die sich vorbereitenden neuen Auseinandersetzungen und Konstellationen in der KP.d.SU...“[91].

Ein Rundschreiben der Berliner „rechten“ Oppositionellen bemerkte:

> „Was jetzt eingeleitet [wird], ist eine Wiederholung des Ruth-Fischer-Kurses ...“[92].

[76] Klara Zetkin endlich, die – ungeachtet gelegentlicher kritischer Vorbehalte – ihre politische Sympathie für Brandler und Thalheimer nie verhehlt hatte, schrieb in einen dann von der SPD-Presse veröffentlichten Brief an Wilhelm Pieck, der damals zur Gruppe der „Versöhnler“ tendierte:

> „... Die Besprechungen zwischen der deutschen und russischen Delegation waren ein wohlvorbereiteter Überfall, nichts als Kulisse für eine fix und fertige Abmachung. Die gefaßte Resolution wird die verhängnisvollsten Wirkungen haben und hat bereits begonnen, sie zu zeitigen. Sie revidiert die Linie des Ekki-Briefes und des Essener Parteitages und wirft die innerparteiliche Entwicklung in die Ära Fischer-Maslow-Scholem zurück ... Ich halte nicht jedes Wort, das Brandler, Jakob [Walcher], Köhler in der Internationale geschrieben, für der politischen Weisheit letzten Schluß, aber gemessen an dem kläglichen Geschreibsel des Offiziösentums ist es ernsthaft und verdient ernsthafte Diskussion ... Ich würde es als eine Beschmutzung meiner Lebensarbeit betrachten, wenn irgendwer annehmen könnte, ich sei mit dem Beschluß einverstanden und decke ihn ...“[93].

Die Reaktion der „Rechten“ auf den neuen Kurs beschränkte sich indes zunächst auf eine systematische Verstärkung des propagandistischen Kampfes gegen die neue Politik. Die Veröffentlichung dieser Kritik mußte dabei mehr und mehr auf den Versand von Rundschreiben und anderen inoffiziellen Materialien beschränkt werden, da die Parteiorgane keinen Raum mehr zur Verfügung stellten. Eine Ausnahme bildete lediglich die halboffiziell kommunistische, in Verbindung mit einigen „linken“ Sozialdemokraten herausgebrachte Zeitschrift „Einheit“, die sich 1927 und besonders 1928 fast zu einem Fraktionsorgan der „Rechts“-Opposition entwickelte. Dabei wurde von nun an anscheinend dieser systematisch-informelle Zusammenhang der „Rechten“ auch auf die oppositionellen unteren

Funktionärskader, auf die sympathisierende Mitgliedschaft und auf die kommunistischen „Nebenorganisationen“ wie etwa den Jugendverband (KJVD) ausgedehnt[94]. Seit dem Moskauer „Geheimabkommen“ begann die „Rechte“ sich offen fraktionell zu organisieren. Zu dieser Fraktion bekannten sich mehr und mehr nun auch die beiden Kandidaten des ZK, Erich Hausen und Heinrich Galm, zu denen sich bald auch Albert Bassüner, ein Betriebsrats-Vorsitzender aus dem Leuna-Werk und Kandidat des ZK, gesellte[95]. Ziel dieser organisatorischen Festigung war vor allem, die Mitgliedschaft der KPD durch eine möglichst breite Diskussion der für richtig gehaltenen [77] – „rechten“ – Politik, insbesondere der Frage des Aktionsprogramms, gegen den neuen Kurs zu mobilisieren[96].

Indessen wurde der Konflikt zwischen den „Rechten“ und der neuen Politik durch die Verhandlungen und Beschlüsse des IV. Kongresses der Roten Gewerkschafts-Internationale (17. März bis 3. April 1928) und des VI. Kongresses der Kommunistischen Internationale (17. Juli bis 1. September 1928), welche zur Kursschwenkung nach dem IX. EKKI-Plenum die politische Rechtfertigung zu liefern versuchten, nicht nur in der Öffentlichkeit der deutschen Partei, sondern auch in der des internationalen Kommunismus dokumentiert; die Ergebnisse dieser Kongresse verschärften den Konflikt zugleich. Die Beschlüsse und Resolutionen des IV. RGI-Kongresses – die sich freilich teilweise widersprachen – ersetzten die einheitsfronttaktisch an der Einheit und Eroberung der „reformistischen“ Gewerkschaften orientierten Thesen des III. Kongresses der RGI[97] durch ein gewerkschaftspolitisches Programm, das in der Hauptsache durch abstrakt-revolutionäre, „ultra-linke“ Forderungen gekennzeichnet war. Ausgangspunkt war die keinesfalls stichhaltige Behauptung, daß die „leitenden Instanzen der reformistischen Gewerkschaften“ sich „in den letzten Jahren“ [!] „in direkte Werkzeuge der kapitalistischen Organisationen“ verwandelt hätten[98]. Aus dieser Voraussetzung wurde – wenig stringent – abgeleitet, daß die Methode der Einheitsfronttaktik („von oben“), nämlich, die proklamierten Intentionen der „reformistischen“ Führer durch den kommunistischen Appell, sie gemeinsam zu verwirklichen, als bloße Proklamation zu „entlarven“, der KPD nicht länger Erfolge bringen könne; gegen die „rechte“ Parole: „Zwingt die Bonzen!“ wurde die Forderung gesetzt, „die Massen ohne Mitwirkung ... der ... reformistischen Führer [zu] vereinigen“[99]. Hatte der III. Kongreß beschlossen, die Formel „Einheitsfront von unten“ sei „hinfällig“, weil „die Einheitsfront von oben für die revolutionäre Arbeiterbewegung günstige Resultate ... zeitigen“ könne[100], so beschloß der IV. Kongreß der RGI, es sei „die *wichtigste Losung die Einheitsfront von unten her*“[101]; hieß es einst: „Dort, wo die Gewerkschaftsbewegung gespalten ist, ... ist es unbedingt erforderlich, einen erbitterten Kampf um die Wiedervereinigung *der auseinandergerissenen Teile zu führen*[102], so wurde jetzt behauptet, „daß wir, je stärker die revolutionären Verbände [scil. die kommunistischen gewerkschaftlichen Sonderorganisationen] und Minderheiten sind, je mehr Arbeiter sie zu [78] organisieren verstehen, desto rascher der Verwirklichung der Einheit näher kommen“[103]; wurde einst festgestellt: „Die Arbeiterklasse muß ihre unzulänglich organisierten, zersplitterten ... Aktionen teuer bezahlen“[104], so wurde zur Streikstrategie nun konstatiert, es tauche „vor den Anhängern der RGI. die Aufgabe auf, die Streiks ohne Einwilligung und gegen den Willen der reformistischen Führer zu leiten“[105]. Angesichts dieser Wendung der Gewerkschaftstaktik konnte das Auftreten Heinrich Brandlers auf dem IV. Kongreß nur noch die Bedeutung einer letzten, von vornherein zur Resonanzlosigkeit verurteilten Proklamation seiner politischen Prinzipien vor einem offiziellen kommunistischen Forum haben. Er kritisierte am Aktionsprogramm der RGI, das auf dem Kongreß beschlossen wurde, den Mangel an Stringenz der darin aufgezählten Forderungen und – besonders – den Verzicht auf die Ausarbeitung spezifischer, auf die Verhältnisse der verschiedenen Länder und Ländergruppen zugeschnittener gewerkschaftlicher und politischer Forderungen; für die „hochkapitalistischen, imperialistischen Länder“ schlug er, in enger Anlehnung an seinen Programmentwurf für die KPD und an die entsprechenden Forderungen der „Rechten“ auf dem Essener Parteitag, wiederum die Differenzierung von Tageslosungen, Sammel- und Übergangslosungen und revolutionären Aktions- oder Endlosungen vor. Während er ausdrücklich betonte, daß es falsch sei, „die Losung der Produktionskontrolle jetzt als Aktionslosung“ aufzustellen, hielt er zugleich daran fest, daß „die Losung der Arbeiterkontrolle in hochkapitalistischen Ländern ... die gegebene Sammellosung [ist], weil letzten Endes alle wirtschaftlichen Teilkämpfe in einem bestimmten Stadium der Entwicklung auf die Schranke der ökonomischen und politischen Herrschaft der Monopole stoßen, die es im revolutionären Kampfe zu

überwinden gilt“; eine „Zusammenfassung der Lohnbewegungen“ – derzeitiges Programm der Taktik des ZK – sei möglich und im revolutionären Sinne effektiv „nur ... auf der höheren Ebene des politischen Kampfes“ – zu der hin vorab die Propagierung jener Sammellosung führe[106]. Die Aufstellung dieser Sammellosung lehnte der Kongreß ab[107].

Die Tendenz der Beschlüsse des IV. RGI-Kongresses wurde von dem vier bis fünf Monate später tagenden VI. Weltkongreß der KI verschärft, zur politischen Richtlinie verallgemeinert und zum unumstößlichen Programm aller KI-Sektionen, zur kritiklos anzunehmenden „Linie“ der [79] kommunistischen Parteien hypostasiert[108]. Die pseudosoziologische Rechtfertigung jener Linie wurde durch eine Periodisierung der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaften seit Ende des Weltkriegs gewonnen, derzufolge auf den krisenhaften und revolutionären Abschnitt bis 1923 nicht nur eine „teilweise Stabilisierung“ seit 1924, sondern zudem eine „dritte“ Periode, nämlich die einer – erstmals auf dem VI. Weltkongreß bemerkten – „stärksten Entwicklung der Widersprüche der Weltwirtschaft“ eingesetzt hatte[109]. Bezeichnete die inhaltliche Charakterisierung der sogenannten dritten Periode einfach eine Fortsetzung jener gesellschaftlich-ökonomischen Entwicklung, deren Einsetzen Bucharin schon auf dem VII. EKKI-Plenum 1926 konstatiert hatte – eine Analyse, die durch den Fortgang der wirtschaftlichen Entwicklung nicht falsifiziert wurde –, so war die propagierte Zäsur dieser Entwicklung, deren neue Periode unter anderem durch eine verstärkte „Linksentwicklung“ der Arbeiterschaft, durch eine „Verbürgerlichung“ der SPD-Führung und durch das Einsetzen einer Amalgamation von Sozialdemokratie und Faschismus gekennzeichnet sein sollte, durchaus willkürlich gesetzt[110]; diese Zäsur fungierte vielmehr vor allem als Rechtfertigung für den nun propagierten „Kampf um die Massen“ als unvermittelter, von deren Bindungen an „reformistische“ Organisationen abstrahierender Aktion[111], wobei diese Politik neben der bereits skizzierten „ultralinken“ Gewerkschaftstaktik auch eine Verschärfung des Kampfes gegen die politische Organisation des „Reformismus“, die Sozialdemokratie, die Einführung der Einheitsfronttaktik „von unten“ und tendenziell – durch ein Verbot bestimmter Übergangslosungen im Programm der KV – selbst den Verzicht auf jegliche Einheitsfrontpolitik implizierte[112]. Im Programm der Kommunistischen Internationale, das der Kongreß beschloß, wurden diese politischen Vorstellungen kodifiziert. Es war bereits in der Form des kurz vor dem Kongreß veröffentlichten Entwurfs von den „Rechten“, insbesondere von Thalheimer und Klara Zetkin, kritisiert worden; diese Kritik richtete sich unter anderem gegen die Einschätzung der gesellschaftlichen Rolle der Sozialdemokratie und gegen Unzulänglichkeiten der Faschismusanalyse[113]. In zentralen politischen Fragen wie der Charakterisierung des „Reformismus“ und der Fixierung der Prinzipien kommunistischer Taktik aber ging die vom Kongreß angenommene Fassung des Programms – nicht zuletzt auf Grund von Initiativen der Mehrheit der deutschen Kongreßdelegation[114] – noch über den von den „Rechten“ kritisierten Entwurf hinaus: diese endgültige Fassung, die in weiten Teilen zwar das [80] Ergebnis der vom V. Weltkongreß eingesetzten Programmkommission präsentierte und in bestimmten Abschnitten – so in dem über die Taktik – teilweise noch die Mitarbeit Thalheimers deutlich erkennen ließ, wurde so durch eilends hinzugefügte Passagen „ultralinken“ Charakters erweitert, welche die ursprüngliche Fassung ergänzten oder überlagerten und die zuweilen deutlich als Mittel des fraktionellen Kampfes um die neue „Linie“ fungierten. So hieß es im Programm-Entwurf etwa, die Sozialdemokratie spiele „nicht selten eine offene faschistische Rolle“[115], während die endgültige Fassung zusätzlich eine Prädisposition des „Reformismus“ für eine solche Funktion andeutete: „Die Sozialdemokratie zeigt im Laufe der Entwicklung faschistische Tendenz“[116]; eben hiergegen hatten sich die „Rechten“ gewandt. Die Verkehrung einer Formulierung im Abschnitt über die Taktik in ihr genaues Gegenteil ferner war eindeutig fraktionspolitischen Ursprungs und mithin nicht zufällig apodiktisch formuliert; hieß es im Entwurf über die Frage der Übergangslosungen, den wichtigsten Differenzpunkt zwischen den „Rechten“ und der „Linie“:

> „Beim Fehlen eines revolutionären Aufschwungs haben die kommunistischen Parteien, ausgehend von den Alltagsinteressen der Werktätigen, Teillosungen und Teilforderungen aufzustellen und aus den Hauptzielen der Kommunistischen Internationale zu entwickeln. Ablehnung der Aufstellung von Teilforderungen und Übergangslosungen ist mit den taktischen Grundsätzen des Kommunismus unvereinbar, da sie praktisch die Partei zur

> Passivität verurteilt und den Massen entfremdet. In dieser Phase bildet die Einheitsfronttaktik einen wesentlichen Bestandteil der Gesamttaktik der Kommunistischen Parteien für die Dauer der ganzen vorrevolutionären Periode“[117],

so wurde diese Thalheimersche Konzeption in der Endfassung des Programms ihres theoretisch wie praktisch wichtigsten Gedankens beraubt:

> „Wenn *kein revolutionärer Aufschwung* vorhanden ist, müssen die kommunistischen Parteien, ausgehend von den Tagesnöten der Werktätigen, *Teillosungen und Teilforderungen* aufstellen und sie mit den Hauptzielen der Kommunistischen Internationale verknüpfen. Hierbei dürfen aber die Parteien nicht solche *Übergangslosungen* aufstellen, die das Vorhandensein einer revolutionären Situation zur Voraussetzung haben und in einer anderen Situation zur Losung des Verwachsens mit dem System der kapitalistischen Organisationen werden (z. B. die Losung der Produktionskontrolle und ähnliche). Teilforderungen und Teillosungen sind die absolute Bedingung einer richtigen Taktik, während eine Reihe von Übergangslosungen untrennbar an das Vorhandensein einer revolutionären Situation gebunden sind“[118].

Mit dieser Eliminierung von Übergangslosungen aus der Propaganda in [81] der vorrevolutionären Periode begab sich die KI der Möglichkeit, den an die sozialdemokratischen Organisationen gebundenen Arbeitermassen das zu demonstrieren, was das kommunistische Credo schlechthin ausmachte: daß nämlich die sozialdemokratischen Führer nicht gewillt seien, für weitergehende Forderungen als die Tages- und Teilforderungen aktiv einzutreten; ferner, die sozialdemokratischen Arbeiter mit dem kommunistischen Endziel durch eine praktische Demonstration jener mit der kapitalistischen Gesellschaft gesetzten Schranken sich identifizieren zu lassen, auf die sie im Kampf um Übergangsforderungen wie die der Produktionskontrolle in der Tat notwendig stoßen mußten. Mit diesem Übergang der Kommunisten zur unvermittelten „revolutionären“ Aktion war die Duldung der „rechten Elemente“ in den Parteien selbst sinnlos geworden; es war so kein Zufall, daß das Verbot gerade der Propaganda der Produktionskontrolle– in einer vorrevolutionären Periode – zugleich das Signal war, das die Einleitung des verschärften Kampfes gegen die „rechten“ Kommunisten und ihre Entfernung aus der KI anzeigte. Die endgültige Wendung gegen die „versöhnlerischen“ Gruppierungen in der KPD, die gegen die „Rechten“ nicht „unduldsam“ genug waren, wurde ebenfalls hierdurch inauguriert.

So war auch die deutsche Delegation zum VI. Weltkongreß gespalten. Als einziger „Rechter“ gehörte ihr Hans Tittel an, der vom überwiegend oppositionellen Parteibezirk Großthüringen delegiert worden war[119]. Anstelle von Heinrich Brandler, der aufgefordert gewesen war, die Auffassungen der „Rechten“ vor dem Kongreß zu vertreten, der sich indes hütete, dem Plenum hierdurch den gewünschten Ansatzpunkt zu einer offiziellen Verurteilung des „Brandlerismus“ und einen Anlaß zum Ausschluß aus der KPdSU zu geben[120], deutete Tittel diese Auffassungen an. Er zeigte sich konzessionsbereit bis zum äußersten, indem er a priori die Beschlüsse des Kongresses, selbst eine Verurteilung der vorrevolutionären Propaganda für die Produktionskontrolle, anerkannte, und er beschränkte sich im wesentlichen auf eine vehemente Kritik am bestehenden deutschen ZK und am undemokratischen innerparteilichen Kurs:

> „Die Zerfahrenheit in der Führung, die die Aktionsfähigkeit in der Partei lähmt, muß behoben werden, indem die Führung durch Anregung und durch die Initiative der Parteimitglieder von unten gestärkt wird ... Eine Konzentration aller gesunden Elemente in [82] der Partei, eine Zusammenfassung und Verschmelzung der jungen und alten Kaders der Partei muß auf dem Wege einer gemeinsamen Durcharbeitung und Klärung aller Fragen der deutschen Arbeiterbewegung hergestellt werden“[121].

Nachdem zuvor bereite Losowsky besonders scharf gegen die „Rechten“ polemisiert, dabei Tittel, Enderle, Walcher und eine Reihe anderer „Rechter“ angegriffen und ihnen vorgeworfen hatte, mit dem Kommunismus nur noch „mit einem dünnen Fädchen verbunden“ zu sein, mußte die Forderung Tittels nach der „Verschmelzung der jungen und alten Kaders der Partei“ bloßes Postulat bleiben[122]. Aber auch zwischen dem „linken“, von Thälmann geführten, und dem um Arthur Ewert gruppierten

„versöhnlerischen“ Teil der deutschen Delegation verschärften sich die Spannungen während des Kongresses so sehr, daß sogar die Parteipresse eine Spaltung der Delegation melden mußte[123]. Hatte sich schon das „Geheimabkommen“ nach dem IX. EKKI-Plenum auch gegen jede „Duldsamkeit“ gegenüber den „Rechten“ und somit gegen die „Versöhnler“, die es freilich selbst unterzeichneten, gewandt, so wurde nun in einer von der sowjetrussischen Delegation eingebrachten und von der „linken“ Mehrheit der deutschen Delegation unterstützten Resolution des Kongresses die „Versöhnler“-Gruppe genau wie die „Rechten“ verurteilt; die aktuellen Aufgaben der KPD seien:

> „der konsequente Kampf gegen die rechten Abweichungen (Losung der Produktionskontrolle im gegenwärtigen Moment[,] Opposition gegen die Beschlüsse des 4. Kongresses der RGI, kompromißlerische Stellung zur linken Sozialdemokratie usw.); die vollständige Überwindung der Strömung, die diesen Abweichungen gegenüber eine versöhnliche Stellung einnimmt, bei gleichzeitiger Heranziehung der besten Kräfte der Partei, die auf dem Boden der Beschlüsse der Komintern und des Essener Parteitags der KPD. stehen, zur verantwortlichen Arbeit ...“[124].

Die Diskussion der Ergebnisse des VI. Weltkongresses konnte die innerparteilichen Differenzen nur verschärfen. Schon die Stellungnahmen der „Rechten“ zum „Geheimabkommen“ des IX. EKKI-Plenums und zu den Beschlüssen des IV. RGI-Kongresses hatten zu einer Ausgliederung in der „rechts“ gesonnenen Parteimitgliedschaft geführt: dechiffrierten sich die „rechten“ Funktionäre in den Versammlungen der Parteigliederungen selbst als Oppositionelle, so kam dies der Wirkung nach einer Selbstdenunziation gleich, welche zu publizistischen und administrativen Maßregelungen seitens der ZK-Mehrheit führte, zugleich aber auch geeignet war, die Linie zwischen der [83] ZK-treuen und der oppositionellen Mitgliedschaft deutlicher zu ziehen[125]. So hatten die „Rechten“ in fast allen Bezirken der Partei Resolutionen eingebracht, die – implizit oder ausdrücklich – gegen die Beschlüsse des IV. RGI-Kongresses gerichtet waren; die Gewerkschaftsabteilung des ZK, in der die „Rechten“ und „Versöhnler“ noch die Mehrheit hatten, hatte in derselben Richtung gearbeitet[126]; die Gegenkampagne der ZK-Mehrheit, die schon bald einsetzte und in der die „Rechten“ der Übereinstimmung ihrer Argumentation mit derjenigen „der sozialdemokratischen Presse“ bezichtigt wurden[127], führte vor allem in den Bezirken Großthüringen, Schlesien, Württemberg, Halle-Merseburg und Westsachsen zur Verstärkung der Opposition[128]. Diese Opposition war aber in der unteren Ebene der Parteihierarchie, in der Mitgliedschaft selbst, in der Abgrenzung der „rechten“ zur „versöhnlerischen“ Gruppierung noch nicht eindeutig strukturiert, und sie war auch – innerhalb der „Rechten“ – selbst bei den leitenden Funktionären noch nicht völlig konsolidiert: so entwickelten sich die „Rechtsopposition“ des sächsisch-thüringischen Bereichs und die in Schlesien vorerst noch relativ unabhängig voneinander[129].

Eine endgültige Klärung der Fronten wurde erst durch die Beschlüsse des ZK-Plenums vom 25. und 26. September 1923 – nur wenige Wochen nach dem VI. Weltkongreß – eingeleitet, das sich mit der Tatsache beschäftigen mußte, daß der Parteivorsitzende Thälmann die Unterschlagung von Parteigeldern durch seinen Schwager Wittorf, des Sekretärs des Bezirks Wasserkante, zu decken versucht hatte[130]. Diese Angelegenheit diente der Gruppe der „Versöhnler“ – hier unter der Führung von Hugo Eberlein und Gerhart [Eisler] – zum Anlaß, die Beseitigung der Thälmann-Führung und eine Änderung des politischen Kurses der Partei zu versuchen. Nach dem Bericht des ZK-Kandidaten Erich Hausen, den diese Pläne und Absprachen der „Versöhnler“ auf dieser Sitzung nicht bekannt gewesen waren, der allerdings über die Thälmannsche Verfehlung orientiert gewesen war, gab Hugo Eberlein

> „im Namen der Kontrollkommission den Bericht über die Affaire & das Polit-Bureau schlug vor[,] eine Untersuchung der ganzen Angelegenheit dem EKKI vorzuschlagen. Gleichzeitig wurde vorgeschlagen[,] Thälman[n] vorübergehend seiner Funktionen zu entheben. [Gerhart] Eisler setzte das ZK noch unter Druck mit der Drohung, daß der ‚Vorwärts‘ früher darüber berichten würde, wenn das ZK nicht schnell seine Entscheidung fälle und die ‚Rote Fahne‘ als erste die Parteimitgliedschaft informiere.
> Ich stellte den Antrag[,] Thälman[n] aus der Partei auszuschließen. Dies geschah in der Annahme, daß sich Thälman[n] am Parteieigentum [84] vergriffen habe und die Partei ein Exampel [sic] setzen müsse. Ewert ersuchte mich um die Zurücknahme meines

> Antrages, dem ich jedoch nicht Folge leistete. Ich wußte um diese Zeit nicht, daß die Affaire von den Versöhnlern aufgedeckt & als ein Anlaß zu einer Palastrevolution genommen wurde mit der Absicht[,] den beabsichtigten ultralinken Kurs zum Halten zu bringen“[131].

Hausen hatte seine Initiative wahrscheinlich zuvor mit Jakob Walcher besprochen[132]. Das ZK-Plenum folgte aber nicht seinem Antrag, sondern beschloß, die Funktionen Thälmanns vorläufig ruhen zu lassen und die Angelegenheit der Exekutive der KI zu überweisen, vor der Thälmann „seinen von ihm anerkannten schweren Fehler“ verantworten müsse[133]. Doch wurde Thälmann auf Intervention Stalins „rehabilitiert“[134]: das EKKI-Präsidium beschloß am 6. Oktober 1928, daß Thälmanns Verheimlichung der Unterschlagungen Wittorfs politische Gründe gehabt habe, daß der Parteivorsitzende „das volle politische Vertrauen“ der Exekutive genieße und daß er seine Funktionen weiterhin ausüben solle; dagegen wurde „das Auftreten des Genossen Hausen, des Vertreters der Rechten, und zum Teil des Genossen Gerhart [Eisler] in den Plenarsitzung des ZK. vom 26. September“ als „ein krasses Beispiel einer fraktionellen Haltung“ verurteilt[135]. In seiner Sitzung vom 19. Oktober nahm das ZK der KPD diese Entscheidung an; es stimmte mit 25 gegen 6 Stimmen bei einer Enthaltung der ZK-Mitglieder und mit 9 gegen 3 Stimmen der Kandidaten für den EKKI-Beschluss[136]. Daraufhin gaben die beiden ZK-Kandidaten Hausen und Galm eine Erklärung ab, in der es hieß:

> „Die KPD. befindet sich heute, unmittelbar vor dem 10. Jahrestag ihres Bestehens, am Rande des Abgrundes ... Der neue Kurs, der mit dem Moskauer Abkommen [zwischen der deutschen und der sowjetrussischen EKKI-Delegation nach dem IX. Plenum] eingeschlagen ist, und den der VI. Weltkongreß bestätigt hat, bedeutet die Aufhebung der Einheitsfronttaktik, bedeutet einen Kurs in den Gewerkschaften, der die Spaltungspolitik der Reformisten begünstigt, und in den übrigen Massenorganisationen, bedeutet eine neue und verschlechterte Ausgabe der Politik der Maslow und Ruth Fischer ... [und geht einher mit der] Verwandlung des Parteiapparates in eine unkontrollierte, ideell ... und teilweise auch materiell korrupte Bürokratie“[137].

Das Zentral-Komitee beschloß in derselben Sitzung „einstimmig“, Hausen und Galm ihrer Funktionen „wegen parteifeindlicher Erklärung“ zu entheben und den „Fall zur letzten Entscheidung an [das] EKKI.“ zu überweisen[138].

[85] Die Beseitigung der Thälmann-Führung mittels einer „Palast-Revolution“ hatte freilich nicht in der Absicht Brandlers und Thalheimers gelegen. Ihnen ging es um eine Änderung der Gesamtpolitik der Partei mit bewußter Billigung und Unterstützung der Mitgliedschaft, schon deshalb, weil anders der KPD nicht das politische Gewicht zugekommen wäre, dessen die Partei bei der Durchführung einen „rechten“ Politik gegenüber den KI-Führung und den sowjetrussischen Parteiführern bedurft hätte[139]; auch beruhte der Antrag Hausens, Thälmann aus der Partei auszuschließen, auf der unzutreffenden Voraussetzung, der Parteivorsitzende habe selbst Parteigelder unterschlagen. Gleichwohl bildete die Thälmann-Wittorf-Affäre – von der Parteipresse in der Regel „der Beschluß vom 26. September“ genannt – den Anlaß zur Verdrängung der „Rechten“ aus der Partei und zu ihrer organisierten Formierung in der KPO.

Die Kampagne des ZK und die Aktionen der „Rechten“ begannen schon vor dem Zustimmungsbeschluß des ZK zur Entscheidung des EKKI-Präsidiums. So hatte Erich Hausen in einer Sitzung der BL Schlesien vom 8. Oktober und auf einen Parteiarbeiterversammlung in Breslau vom 9. Oktober heftig gegen den Beschluß des EKKI-Präsidiums polemisiert und dabei erklärt, daß er sich bei politischen Stellungnahmen nicht lediglich von den Beschlüssen des ZK oder des VI. Weltkongresses, sondern vor allem von seiner „revolutionären Überzeugung“ leiten lasse[140]; er begann mit der Versendung eines „Offenen Briefes“ an die schlesische Parteimitgliedschaft und verschickte zudem an alle Ortsgruppen der Partei im Bezirk Schlesien von ihm verfaßte „Materialien der Opposition: Brandlers Aktionsprogramm, die Thälmann-Gruppe und wir“[141]. Die Mehrzahl der Breslauer Mitglieder erklärte sich mit diesen Initiativen einverstanden. Ebenso solidarisierten sich die Bezirksleitungen Thüringens und Halle-Merseburg – letztere durch den großen Einfluß der „Versöhnler“-

Gruppe, deren Führer Ewert und Gerhart [Eisler] sich zunächst mit einen Reihe von Forderungen Hausens einverstanden erklärten[142] – mit der Kritik der Breslauer Opposition am Beschluß des EKKI-Präsidiums[143]. Die überwiegende Mehrzahl der Offenbacher Parteiorganisation stimmte der Haltung Heinrich Galms in der Thälmann-Wittorf-Affäre zu[144]. Die Parteizeitungen in Leipzig (Redakteur Paul Böttcher), Solingen (Redakteur Ernst Becker), Chemnitz (Redakteur Heinz Möller), Hamburg und Essen [86] übten an der Entscheidung des EKKI Kritik; in diesen Städten und in einer Reihe von anderen lokalen Parteigliederungen wurden Protestresolutionen gegen diesen Beschluß in den Versammlungen eingebracht und zum Teil beschlossen[145]. Bereits im Oktober reagierte das ZK auf diese Proteste mit Funktionsentzügen – besonders bei oppositionellen Redakteuren –, mit der Überwachung oppositioneller Bezirksleitungen durch „linientreue“ Kommissare – letzteres besonders in Großthüringen und Hessen-Frankfurt – und anscheinend auch schon mit der „Verschickung“ oppositionellen Funktionäre in fremde Bezirke[146].

Schon bald nach der Entscheidung über die Thälmann-Wittorf-Affäre wurde auch mit der Systematisierung und Zusammenfassung der Opposition begonnen. So nahm Hausen, der über Galm mit der Offenbacher Opposition ohnehin verbunden war, mit den „alten“ erklärten „Rechten“ um Jakob Walcher und Max Köhler, die ihrerseits besonders auf eine Zentralisierung der Opposition bedacht waren[147], direkte Verbindung auf[148]. Diese Zusammenfassung der ersten Protestwelle wurde aber besonders durch den Umstand gefördert, daß zunächst Thalheimer, der im Mai 1928 aus familiären Gründen wieder nach Deutschland gekommen war, und seit dem 27. Oktober auch Brandler, der ohne Einwilligung der KPdSU, aber mit Genehmigung der Paßbehörde zurückkehrte, in der Oppositionsbewegung mitarbeiteten[149]. Thalheimer hatte zunächst versucht, in der Partei publizistisch zu wirken, was ihm jedoch bald nicht mehr gestattet wurde; seine Arbeit in der Oppositionsbewegung hatte sich zunächst noch auf Referententätigkeit in lokalen Parteiorganisationen und auf die Herstellung informeller Verbindungen mit anderen führenden Funktionären der „Rechten“, besonders mit den ZK-Kandidaten Erich Hausen, der vor einigen ZK-Sitzungen mit Thalheimer zusammentraf, beschränkt[150]. Nach dem Beschluß des EKKI-Präsidiums zu „den Vorkommnissen in der Hamburger Parteiorganisation“ aber trat Thalheimer, zusammen mit Jakob Walcher, Albert Schreiner, Max Köhler, Paul Frölich und August Enderle, mit einem Offenen Brief „An das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale in Moskau“ in der Parteiöffentlichkeit auf. Dieser Brief an das EKKI, der mit einem Begleitschreiben „An die Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands“ von Max Köhler in anscheinend breiter Streuung in den Parteimitgliedschaft in gedruckter Form verbreitet wurde[151], ging offenkundig von der Voraussetzung aus, es habe immerhin die Möglichkeit bestanden, [87] mittels einer breiten Mobilisierung der Mitgliedschaft langfristig eine Revision des Präsidiums-Beschlusses zu erreichen; im Begleittext heißt es:

> „Die bisherige Stellungnahme der Exekutive zur Politik den KPD. und insbesondere zum Fall Thälmann ... verbietet uns leider[,] große Hoffnungen an die *unmittelbare* Wirkung des Briefes bei den Exekutive zu knüpfen. Die Wirkung bei der Exekutive hängt entscheidend davon ab, daß die einfachen Parteimitglieder sich mit aller Kraft für die Gesundung der Partei einsetzen. Es kann keine Gesundung, keine Klärung in der Partei eintreten, außer wenn die breite Masse der Parteimitglieder hier handelnd und bestimmend auftritt“[152].

Die scharfe Kritik des Briefes am Beschluß zum Fall Thälmann-Wittorf, welche diesen Fall vor allem als Symptom eines politischen Verfalls der Organisation und Taktik der KPD wertete, konzentrierte sich daher auf die „falsche politische Linie“ der deutschen Parteiführung und griff die Instanzen den KI nur insoweit an, als diese – durch Formulierungen der Beschlüsse des VI. Weltkongresses und durch die Stützung Thälmanns durch den Präsidiums-Beschluß – diese politische Linie begünstigten. Verhängnisvoll war diese Entscheidung des EKKI nach dieser Auffassung zunächst für die politische Glaubwürdigkeit der KPD gegenüber der Mitgliedschaft und gegenüber der Arbeiterbewegung überhaupt:

> „*Die Rücksichtslosigkeit, mit der die Kommunistische Partei Fehler und Schäden ihren eigenen Reihen abstellt, diese Rücksichtslosigkeit war bisher in der Arbeiterbewegung eine den stärksten Stützen des Einflusses und der Autorität der KPD, und der Werbekraft der kommunistischen Grundsätze*.

Ein Beschluß der leitenden Körperschaft der Komintern, der vorhandene Korruption in der Parteispitze deckt, muß das Vertrauen der Parteimitglieder zur Führung der deutschen Partei und darüber hinaus das Ansehen der KPD, und der Komintern in der Arbeiterklasse aufs tiefste erschüttern“.

Nach einer Darlegung verschiedener Umstände des Korruptionsfalls Thälmann-Wittorf stellte der Brief fest:

„... der Fall Thälmann ist, wie schon gesagt, nicht zufällig, sondern das *logische Ergebnis einer falschen Politik* und eines falschen innerparteilichen Regimes. Die materielle Korruption, die ja die schlimmste bürgerliche Entartung ist, die überhaupt in den Arbeiterbewegung auftreten kann, *ist nun die reifste Frucht einen falschen Politik*, die die Partei von den Massen loslöste und isolierte und außerhalb der Partei zu einer bürokratischen Entartung, zum Fehlen jeder Kontrolle der Mitgliedermasse über den Parteiapparat führte.“

[88] Die „falsche Politik“ wurde am aktuellen Beispiel, am Mißerfolg der KPD bei der Kampagne für die Einleitung eines Volksentscheids gegen den Bau des Panzerkreuzers A, eingehend demonstriert:

„*Die Politik unserer Führung ist es, die zu dieser Niederlage einer unter den günstigsten Voraussetzungen begonnenen Kampagne geführt hat*“.

Endlich entwarf der Brief ein sehr deutliches Bild vom innerparteilichen Regime der KPD, dessen Zustand mit der „falschen Politik“ korrespondiere:

„Je falscher die politische Linie der Parteiführung wurde, je mehr sie zu Widerstand und Kritik herausforderte, umso dichter schloß sich die Parteibürokratie zu einer Gesellschaft auf gegenseitige Versicherung, zu einer wahren Clique zusammen. Die materielle Korruption ging Hand in Hand mit der ideellen, mit der Charakterlosigkeit und Prinzipienlosigkeit, mit der blinden Willfährigkeit gegenüber der nächsthöheren Instanz und der Brutalität nach unten. Das Fehlen einer Kontrolle von unten ... *mußte schwache Charaktere direkt zur Korruption stimulieren*. Die wichtigsten politischen und organisatorischen Beschlüsse bleiben als Geheimnis in dem Besitz des führenden Klüngels. Ab und zu dringt etwas in die Mitgliedschaft, durch die ultralinken und sozialdemokratischen Presseorgane, die seit geraumer Zeit über die Vorgänge in den Spitzen der Partei besser unterrichtet sind, als die Mitgliedschaft. *Jede kritische Stimme, jede Initiative außerhalb des Kreises der führenden Gruppe ist verpönt und wird mechanisch erstick*t. Statt der Wahl der höheren Parteifunktionäre von unten erfolgt ihre Ein- und Absetzung von oben. Der Mitgliedschaft sind sie daher mehr oder weniger fremd. Sie sind nicht revolutionäre Vertrauensleute der Arbeiter, sondern Beamte, die nach einem unerforschlichen Ratschluß kommen und gehen. Ebenso werden die Delegierten zu den Weltkongressen und Parteitagen usw. nicht gewählt, sondern durch die Instanzen ernannt, ohne daß eine wirkliche Diskussion der zu behandelnden Fragen in der Mitgliedschaft erfolgt wäre. Statt des demokratischen Zentralismus haben wir in unseren Partei einen bürokratischen Zentralismus“.

Der Brief mündet in eine Reihe von Forderungen an die Exekutive der KI:

„Beharrt Ihn auf Eurem Beschluß zum Fall Thälmann-Wittorf, so bedeutet das, daß Ihr den Weg zum Ruin der KPD. und der Komintern beschreitet. *Wir fordern von Euch die sofortige Aufhebung dieses Beschlusses*.
Darüber hinaus fordern wir zur Einleitung der Gesundungsaktion in der Partei und in der Komintern die Durchführung folgender Maßregeln.
1. Vorlegung des gesamten Materials zum Fall Thälmann und den verwandten Korruptionsfällen an die gesamte Mitgliedschaft.
2. ***Freie Diskussion*** *über die politische Linie der Partei in Organisation und Presse.*
3. ***Wählbarkeit*** *und Absetzbarkeit* ***aller Parteifunktionäre*** *durch die Mitgliedschaft als Regel in legalen Zeiten*. [89]

4. Einstellung der Rechtshetze, Aufhebung aller Maßregelungen und Verschickungen.
5. ***Säuberung*** *der Partei von den entarteten und korrupten Elementen.*
6. Einberufung eines außerordentlichen ***Parteitags*** *und Neuwahl des ZK.*“[153]

Daß das deutsche Zentral-Komitee solchen Forderungen nicht im geringsten zugänglich sein würde, daran konnte bei den Verfassern des Briefes kein Zweifel bestehen: schon vorher hatte eine Gruppe von 25 ZK-Mitgliedern sich gegen den – von ihnen damals miterfaßten – Beschluß des ZK vom 26. September gewandt, und am selben Tage, von dem der Brief an das EKKI datiert war, erschien im Zentralorgan der Partei ein „Auf dem Wege des Verrats“ betitelter Artikel, der für die deutsche Partei die Endphase der Auseinandersetzung mit ihrem „rechten“ Flügel, welcher hier der „Abtrünnigkeit“ bezichtigt wurde, einleitete[154]; der erste Schritt hierbei war die Funktionsenthebung der ZK-Kandidaten Hausen und Galm am Tage darauf. Doch sollte sich ebenfalls sogleich andeuten, daß die deutschen „Rechten“ mit einer Unterstützung den sowjetrussischen Partei- und KI-Führung auf absehbare Zeit nicht würden rechnen können. Die Wendung Stalins gegen die „Rechten“ in der russischen Parteiführung – gegen die Gruppe um Bucharin, Tomski und Rykow – hatte im Verlauf des Jahres 1928 schärfere Formen angenommen und dokumentierte sich unter anderem in der Rede Stalins auf dem Plenum des Moskauer Komitees und den Moskauer Kontrollkommission der KPdSU (B) „Über die rechte Gefahr in der KPdSU (B)“ am 19. Oktober, einen Tag nach der Abfassung des Briefes der deutschen „Rechten“ an die Exekutive den KI. In ihr wurde auch die deutsche „rechte“ Fraktion verurteilt:

> „Wenn gewisse Kreise von Kommunisten die Zweckmäßigkeit der Losung ‚Klasse gegen Klasse‘ im Wahlkampf leugnen (Frankreich), oder gegen selbständige Kandidaturen der Kommunistischen Partei auftreten (England), oder die Frage des Kampfes gegen die ‚linke‘ Sozialdemokratie nicht zuspitzen wollen (Deutschland) usw. usf., so bedeutet dies, daß es innerhalb der kommunistischen Parteien Leute gibt, die bestrebt sind, den Kommunismus dem Sozialdemokratismus anzupassen. Ein Sieg der rechten Abweichung in den kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder würde den ideologischen Zusammenbruch der kommunistischen Parteien und eine gewaltige Stärkung des Sozialdemokratismus bedeuten. Was heißt aber eine gewaltige Stärkung des Sozialdemokratismus? Es ist dies eine Stärkung und Festigung des Kapitalismus, denn die Sozialdemokratie ist die Hauptstütze des Kapitalismus in der Arbeiterklasse“[155].

[90] Bedeutete auch diese Rede noch keine endgültige Stellungnahme der KI-Führung gegen die deutschen „Rechten“ – bis zur Präsidiumssitzung des EKKI am 19. Dezember 1928 machte der KI-Vorsitzende Bucharin selbst, mit Unterstützung vor allem des Präsidiumsmitglieds Jules Humbert-Droz, den Versuch, die Brandler-Thalheimer-Gruppe zu stützen[156] – so wurde doch der deutschen Parteiöffentlichkeit nun deutlich, daß die Thälmann-Gruppe in ihrem Kampf gegen den „Brandlerismus“ die Unterstützung des Generalsekretärs der KPdSU (B) hatte.

Die deutsche Stalin-Fraktion – die Gruppe um das neue Triumvirat Thälmann-Remmele-Neumann – folgte der schlichten Logik Stalins nur zu gern. Sie nutzte die Reichskonferenz der Parteiarbeiter der KPD am 3. und 4. November 1928, deren Teilnehmer nur zum Teil durch die Mitgliedschaft gewählt waren, zur Festigung ihrer Führungsposition und zu einer offiziellen Verurteilung der „Rechten“ wie der „Versöhnler“. Die „Rechten“ waren nur durch vier Delegierte vertreten. In der Rede Paul Böttchers wurden – abgesehen von der Kritik der „ultralinken“ Wendung der Parteitaktik – vor allem die Methoden des ZK bei der innerparteilichen Auseinandersetzung angegriffen:

> „Genossen, Ihr gebt zu jeder Sache, die aus opportunistischen Tagesbedürfnissen gebraucht wird, die Theorie. Das ist Eure spezielle Funktion ... Die Vorwürfe gegen die Opposition, daß sie den Weg zur Sozialdemokratie gehe, sie sind billig. Ihr habt derartig mit Schlagworten und Begriffen Schindluder getrieben, daß Ihr den Begriffen jeden politischen Wert genommen habt ...“[157].

In einer von Böttcher, Hans Tittel und Kurt Lehmann (Jena) auf der Konferenz abgegebenen Erklärung[158] wurden die Vorwürfe des ZK Punkt für Punkt zurückgewiesen; neben der Abwehr der politisch-taktischen Vorwürfe wandte sich die Erklärung besonders gegen die Behauptung, „wir seien

Feinde der Exekutive“ – wobei jedoch der Vorbehalt gemacht wurde, daß „das Recht der Kritik an den Beschlüssen der [KI-]Kongresse jedem Parteigenossen zu[steht]“. Gegen den Vorwurf des „Bruchs der Parteidisziplin und [der] Fraktionsmacherei“ wurde gesagt:

> „*Die Außerkraftsetzung der elementarsten statuarischen Rechte* der Mitglieder hat verschiedene Genossen zur Selbsthilfe gezwungen. Sie haben sich das ihnen vorenthaltene Parteirecht selbst genommen, um den Genossen das zur Beurteilung der Streitfragen notwendige Informationsmaterial zuzustellen. *Die Parteiinstanzen haben es in der Hand, solche Akte der der Selbsthilfe überflüssig zu machen*. [91] *Wir erklären daß wir sofort und unbedingt auf solche notgedrungene Akte der Selbsthilfe verzichten, sobald die Parteileitung ihre fraktionellen Methoden aufgibt und normale Bedingungen des Parteilebens in Übereinstimmung mit dem Wortlaut und Sinn der Parteistatuten herstellt*“[159].

Die Resolution des ZK, in der unter anderem der „Rechten“ unterstellt wurde, sie entwickele sich „vom Standpunkt des Opportunismus zum Standpunkt des Liquidatorentums und des Parteiverrats“ und befinde sich „heute in einer gemeinsamen Front mit den Feinden der proletarischen Revolution“, wurde ebenso mit überwältigenden Mehrheit angenommen wie ein Antrag des ZK der KPD an das der KPdSU, „gegen Brandler auf Grund seiner Disziplinbrüche entsprechende statuarische Maßnahmen zu ergreifen“[160].

Die Auseinandersetzung zwischen den Thälmann-Remmele-Neumann-Gruppe und den „Rechten“ wurde daraufhin verschärft. Im Monat November begann eine systematische und breite Propagandatätigkeit der Brandler-Anhänger, und zur selben Zeit fanden die ersten Parteiausschlüsse statt. Die führenden „rechten“ Funktionäre versuchten, in möglichst vielen Parteiversammlungen im Reich als Redner aufzutreten, und sie begannen mit der Organisierung von eigenen, von „Fraktions“-Versammlungen in den Bezirken und Orten, in denen die Position den „Rechten“ günstig zu sein schien, – wobei insbesondere Brandler durch Deutschland „auf die Reise geschickt“ wurde. Er oder Thalheimer sprachen im November unter anderem auf Partei- oder Fraktionsversammlungen in Breslau, Berlin, Offenbach, Frankfurt, Chemnitz und in verschiedenem anderen sächsischen Gemeinden, wobei die Thälmann-Anhänger in den Regel dort, wo nicht eine sichere Mehrheit für die Opposition bestand, die Versammlungen zu sprengen versuchten[161]; so erinnert sich Brandler:

> „Da war das so, daß ich gleich wieder, wie [früher] in der Partei, ganz einfach Reiseonkel war. Ich bin überall herumgereist, hab’ Versammlungen gehabt ... Fast alle Versammlungen wurden von Stoßtrupps von der Partei gestört, und manche konnten nicht stattfinden, weil – wie hier in Hamburg – es hat schwere Prügeleien gegeben ... und dann eine in Chemnitz haben sie mir auch auseinandergeschlagen, im Erzgebirge eine, aber sonst ... das war so, wenn ich sieben, acht Minuten sprechen konnte, dann konnte ich die Meute meistens so niederhalten, daß ich mein Referat mehr oder weniger anbringen konnte; und dann gab’s noch Diskussionen; und diese Prügeleien, die dann nach der Diskussion waren, die verhinderten wenigstens nicht mehr die Versammlung. Aber die wurden dann meistens auch so auf dem Nachhausewege, nicht, [ausgetragen]. Naja, ihre Argumente waren eben der Gummiknüppel ...“[162].

[92] Dort, wo die Opposition bereits durch die Arbeit „rechter“ Funktionäre konsolidiert war – wie in Breslau und Offenbach –, wurden diese Versammlungen freilich ohne Schwierigkeiten zu großen Mißerfolgen für die offizielle Partei; aber Berichte von Teilnehmern bezeugen auch, daß die Argumente der „Rechten“ bei einem zuvor indifferenten Teilnehmerkreis ihre Wirkung hatten. So beschloß zum Beispiel eine Versammlung der Kommunistischen Studenten-Fraktion an der Frankfurter Universität („Kostufra“) am 17. November, in der der BL-Vertreter Oskar Müller gegen die „Brandleristen“ referierte, mit 22 gegen 9 Stimmen, den im Vorraum wartenden Brandler selbst zu den Vorwürfen Stellung nehmen zu lassen; nach Feststellung des BL-Vertreters stellte sich die Mehrheit mit ihrer Entscheidung „außerhalb der Partei“, die Minderheit verließ das Lokal. Von der zuhörenden Mehrheit wurde etwa die Hälfte für den „Brandlerismus“ gewonnen[163]. Nach den Angaben der Opposition konnte im Monat November – mindestens – in 40–50 Ortsgruppen eine oppositionelle Mehrheit

gewonnen werden, wozu Mehrheiten in Betriebs- oder Straßenzellen und stärkere Minderheiten besonders in den sächsischen Bezirken, in Großthüringen und in Württemberg kamen[164]. Während die zur Hälfte oppositionelle schlesische Bezirksleitung vom ZK bereits abgesetzt war[165], bestand in der Bezirksleitung Großthüringen – trotz der Absetzung des Bezirksleiters Tittel und mehrerer BL-Mitglieder, so Alfred Schmidts (Erfurt), sowie der Einsetzung dreier ZK-Kommissare – noch eine allerdings knappe Mehrheit für die Opposition[166]. In einer Reihe von Parteigliederungen, so in vielen Ortsgruppen und besonders in den Bezirksleitungen Westsachsens und Halle-Merseburgs, kam nur deshalb eine Mehrheit gegen die Thälmann-Führung nicht zustande, weil die „Versöhnler“ ihre anfangs oppositionelle Haltung aufgaben, für den Beschluß des EKKI-Präsidiums und die Ergebnisse des VI. Weltkongresses stimmten und die entsprechenden personalpolitischen Konsequenzen unterstützten[167].

Dieses „Umfallen“ der „Versöhnler“, die mit den „Rechten“ in der Kritik am innerparteilichen Regime und teilweise in den taktischen Fragen einig waren, bewirkte freilich eher eine Steigerung der „fraktionellen“ Tätigkeit der „Rechten“:

> „Die bürokratische Entartung, die Lähmung der Selbsttätigkeit der Mitgliedschaft, die Erstickung der Kritik und der Kontrolle von unten vollendete in der alten Sozialdemokratie den Niedergang, die [93] opportunistische Verseuchung, die zum Zusammenbruch der Sozialdemokratie am 4. August 1914 führten. Wir wollen keinen solchen Zusammenbruch in unserer Partei. Darum kämpfen wir, solange es noch Zeit ist. Wir kämpfen darum in den Reihen der Partei, *solange auch nur ein Fußbreit Boden für diesen Kampf da ist* ... Die Einheit der Partei wie die revolutionäre Disziplin können nur gerettet werden durch den Kampf für eine wirkliche revolutionäre Führung, für eine wirkliche revolutionäre Politik, die die Massen für den Kommunismus gewinnt, für die innerparteiliche Demokratie, die den Willen der Mitgliedschaft zur Geltung bringt und sie aus Statisten einer hohen Parteiobrigkeit in die wahren Träger des Parteilebens verwandelt“[168].

Mit dieser Zielsetzung begann die „rechte“ Opposition am 17. November mit der Herausgabe eines Mitteilungsblattes „Gegen den Strom“, das bis Ende 1928 von der Breslauer Oppositionsgruppe um Erich Hausen getragen wurde und dann – bei Übersiedlung der Redaktion nach Berlin und Erweiterung des Herausgeberkreises um Thalheimer, Brandler und Walcher – zum zentralen politisch-theoretischen „Organ der KPD (Opposition)“ wurde. Von der ersten Nummer wurden wahrscheinlich 3.500 oder 4.000 Stück gedruckt[169]. Etwa gleichzeitig wurde auch das Organ der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion in Offenbach, „Das Volksrecht“, das – unter der Leitung Heinrich Galms – seit August 1925 erschienen und nach einen kurzen Unterbrechung im Jahre 1928 seit Oktober dieses Jahres wieder herausgekommen war, in ein oppositionelles Blatt umgewandelt. Beide Blätter wurden über den lokalen Rahmen hinaus verbreitet. Zudem wurden Flugblätter, Rundbriefe sowie – unter dem Titel „Die Krise der KPD und der Komintern und ihre Überwindung“ – „Leitsätze für die Diskussion“ in den Mitgliedschaft[170] und der Entwurf einen politischen „Plattform“ den „Rechten“ herausgegeben[171].

Angesichts dieser „rechten“ Verstöße wurden die administrativen Maßnahmen des ZK verstärkt. Während es bereits zur Regel geworden war, daß oppositionelle Referenten in den Mitgliederversammlungen – sofern dort nicht ein ausdrückliches positives Votum zustandegebracht werden konnte – nicht mehr reden durften; daß „rechte“ Mitglieder von Bezirksleitungen ihrer Funktionen enthoben wunden – so als eines der ersten, neben den schlesischem und thüringischen Funktionären, der Hessen-Frankfurter Pol-Sekretär Alwin Heucke[172] –; endlich, daß oppositionelle Stadtteilleitungen abgesetzt und Beschlüsse von Mitgliedschaftsversammlungen und anderen Parteigremien von ZK-Emissären und „linientreuen“ Funktionären ignoriert wurden; setzten Ausschlüsse aus der Partei erst Mitte November 1928 ein. Zu den ersten [94] „rechten“ Ausgeschlossenen gehörten der frühere ostsächsische Pol-Sekretär Erich Melcher, der Bürgermeister der sächsischen Gemeinde Zschachwitz, Fritz Schreiter, ferner, in Frankfurt-M., der frühere Pol-Sekretär Alwin Heucke, und das frühere KJVD-Landesvorstandsmitglied Philipp Pless[173]. Das ZK der KPD versicherte sich dabei nicht nun der sowjetrussischen, sondern auch anderer internationaler Rückendeckung: seit Mitte November liefen Berichte über diejenigen ausländischen kommunistischen Parteien – so aus Polen, Italien und der

Tschechoslowakei – ein, deren Führungsgremien die deutschen „Rechten“ verurteilt hatten; auch die Pariser Parteiarbeiter und selbst die us-amerikanische kommunistische Workers Party ließen es sich nicht nehmen, „die deutsche Bruderpartei zu ihrem entscheidenden Sieg über die ausgesprochen opportunistische Brandler-Gruppe“ zu „beglückwünschen“; denn das Zentralkomitee der Workers Party urteilte: „Ohne ihre Reihen von den Brandlerianern ... zu reinigen, kann sich die KPD. nicht zur siegreichen Führerin der deutschen proletarischen Revolution entwickeln“[174].

Kaum minder farcenhaft verliefen die Verhandlungen gegen die ehemaligen ZK-Kandidaten Hausen und Galm von der Untersuchungskommission des EKKI-Präsidiums, die auf Antrag des ZK vom 19. Oktober eingesetzt worden war. Am 21. November reiste Erich Hausen nach Moskau ab, Heinrich Galm, der noch zu gewerkschaftlichen Verhandlungen in Offenbach bleiben mußte, folgte am 4. Dezember[175]. Der Kommission gehörten an: Gussew, Kolarow, Purman, Kun, Bell, Serna und Kuusinen, ferner der Vorsitzende der IKK, Stutschka[176]. Sie hatte die „politische Plattform“ wie die „Disziplinbrüche“ der beiden Funktionäre zu prüfen und dem EKKI-Präsidium „entsprechende Vorschläge in diesen Frage“ zu unterbreiten. Als Vertreter des deutschen ZK – und somit der Anklage –fungierte der EKKI-Kandidat Walter Ulbricht, der wegen seiner intensiven publizistischen Mitwirkung an der Kampagne gegen die „Rechten“ mit den Materie besonders gut vertraut war[177]. Er kam – nach einer ausführlichen Darlegung der organisatorischen und politischen Entwicklung der Opposition und den Differenzen zwischen „Rechten“ und ZK-Mehrheit in der Frage der Einheitsfronttaktik, der Gewerkschafts- und Streikstrategie, der Übergangslosungen und der Einschätzung der Sozialdemokratie – zu dem Schluß,

> „*daß die Linie der rechten Gruppe eine parteifeindliche ist, daß die Linie der rechten Gruppe die Liquidierung der leninistischen Politik bezweckt, daß sie den Weg zur Sozialdemokratie bedeute[t]*“[178].

[95] Für den Geist, in dem die Untersuchung geführt wurde, ist der folgende Ausschnitt aus der Rede des ZK-Vertreters Ulbricht charakteristisch:

> „In dem Offenen Brief *Hausens* an die Parteimitgliedschaft in Schlesien wird zu dieser Frage [scil.: zur Kampagne für das Volksbegehren in den Panzerkreuzerfrage] folgendes gesagt:
> ‚Ich verlange weiter, daß wir eine solche Linie beziehen, die allen Versuchen der SPD., das Volksbegehren als ein *Parteigeschäft* der Kommunisten darzustellen, die Spitze abbricht.‘
> In einer Situation, in der es notwendig war, die führende Rolle der Partei gegen die imperialistische Politik herauszuarbeiten, und organisatorisch zum Ausdruck zu bringen, in dieser Situation, in der es galt, unter *unseren* Losungen die breitesten Massen zu sammeln, spricht Hausen von einem ‚Parteigeschäft der Kommunisten‘[!]. *Das ist die gleiche Sprache, wie sie zur selben Zeit Stampfer im ‚Vorwärts‘ gebraucht hat*. Man kann sie im ‚Vorwärts‘ nachlesen“[179].

Nach einer Verteidigungsrede Hausens und den „Einvernahme des Genossen Hausen durch die Kommission“, die ein detailliertes Verhör zum organisatorischen und politischen Verhalten Hausens und den „Rechten“ darstellte, nach einer Diskussion der Kommissionsmitglieder ferner, welche – mehr oder minder scharf[180] – die Tätigkeit Hausens verurteilte, kam der Vertreter des deutschen ZK zu den folgenden Schlüssen:

> *„Erstens, daß die Politik der rechten Fraktion innerhalb unserer Partei einen linkssozialdemokratischen Charakter hat, ... daß es sich hier um eine parteifeindliche Gruppe handelt, die prinzipiell den Kampf gegen die Partei führt ... [und] faktisch ... die Politik der sozialdemokratischen Führer unterstützt ...*
> *Aus dieser politischen Linie haben sie auch die organisatorische Konsequenz gezogen ..., die betreffenden Parteimitglieder [haben] innerhalb unserer Partei eine feindliche Organisation aufgebaut zum Zweck des organisierten Kampfes gegen die Politik unserer Partei und der Kommunistischen Internationale.*

> *Auf Grund dieser Tatsachen ersuche ich im Auftrage des Zentralkomitees der KPD. die Kommission, dem Präsidium [des EKKI] den Ausschluß des Genossen Hausen aus der Kommunistischen Partei Deutschlands vorzuschlagen“*[181].

Die ausführliche, vor allem politisch gegen die „Linie“ des ZK argumentierende Schlußrede Hausens konnte an diesem Urteilsspruch nichts ändern[182]; nach einer weiteren Kommissionssitzung, an der nun auch Galm, der sich mit den Stellungnahmen Hausens solidarisierte, teilnehmen konnte[183], legte die Kommission den beiden Funktionären vier Fragen vor, die ihre Anerkennung der Beschlüsse des IV. RGI-Kongresses und des VI. Weltkongresses, die Einstellung der Fraktionsarbeit sowie die Wahrung der Parteidisziplin verlangten; in ihrer Antwort ließen sie die Frage nach der Anerkennung der KI-Kongreß-Beschlüsse, die in [96] authentischer Form noch nicht vorlagen, offen; sie lehnten diejenigen RGI-Beschlüsse, die den Kurs des deutschen ZK stützten, ab; sie erklärten, die Fraktionsarbeit einstellen zu wollen, sobald in der KPD eine innerparteiliche Demokratie hergestellt sei, und betonten, „Verteidiger der revolutionären Disziplin im Sinne Lenins“ zu sein[184]. Dem Vorschlag der Kommission, Hausen und Galm aus der KPD und KI auszuschließen, kam das Präsidium der KI auf seiner Sitzung vom 19. Dezember 1928 nach, nachdem sie es abgelehnt hatten, auf ihre politische Tätigkeit in Deutschland zugunsten eines Postens im KI-Apparat außerhalb Deutschlands zu verzichten[185]. Bei ihrer Rückkehr am 14. Dezember wurde Galm bereits das Betreten des Karl-Liebknecht-Hauses verwehrt[186].

Bis Mitte Dezember 1928 waren die führenden „Rechten“ freilich noch nicht von Ausschlußmaßnahmen betroffen worden. Während weiterhin offen oppositionelle Parteileitungen abgesetzt wurden – auf die schon erwähnten Bezirksleitungen und BL-Funktionäre und auf die Ortsleitungen Breslaus folgten, gegen den Protest der Mitgliedschaft, Offenbach und Jena[187]; während einzelne Funktionäre – so in Württemberg, im Bezirk Niederrhein und in Schlesien – ihren Funktionen enthoben wurden oder, gegen die Intentionen der führenden „Rechten“, sie aus Protest niederlegten[188]; während besonders weiterhin oppositionelle Redakteure abgesetzt wurden – nach dem verhältnismäßig späten Funktionsentzug des stets schon exponierten Paul Böttcher wurde unter anderem der Redakteur des Stuttgarter Parteiblattes, Richard Janus, seines Postens enthoben[189]; während endlich Maßregelungen und Ausschlüsse bereits auf die kommunistischen Nebenorganisationen – auf den KJVD, den RFB und die Gewerkschaftsfraktionen – übergriffen[190], entschloß sich die Thälmann-Fraktion Mitte Dezember, noch vor dem endgültigen Exekutive-Entscheid, gegen die leitenden Funktionäre der „Rechten“ mit Ausschlüssen und Ausschlußdrohungen vorzugehen; dies offenkundig in der Absicht, das Exekutiv-Komitee der KI vor vollendete Tatsachen zu stellen und ihm den Rückzug auf eine gemäßigtere Einstellung gegenüber den „Rechten“ zu verstellen. So faßte das Zentral-Komitee am 14. Dezember den Beschluß, das Pol-Büro der KPD mit der Einleitung eines Verfahrens gegen Jakob Walcher, Paul Frölich, August Enderle, Max Köhler, Albert Schreiner, Hans Tittel, Alfred Schmidt und Karl Rehbein[191] zu beauftragen; es sollte dabei eruiert werden, ob die „Rechten“ sechs Bedingungen akzeptieren würden, die als Voraussetzung ihrer weiteren Mitgliedschaft gestellt wurden: [97] nämlich die vorbehaltlose Wahrung der Parteidisziplin und Billigung sämtlicher Beschlüsse der beiden kommunistischen Weltkongresse, die Verurteilung und Einstellung der Herausgabe ihrer Zeitungen und Mitteilungsblätter sowie jeder anderen fraktionellen politischen Arbeit, endlich ihre Anerkennung der Unzulässigkeit jeglicher Propaganda „gegen die Beschlüsse den Komintern und der Partei, besonders gegen die Beschlüsse des VI. Weltkongresses und des IV. RGI.-Kongresses“[192]. Außerdem richtete das ZK, ausgehend von der Auffassung, „daß die Tätigkeit Brandlers und Thalheimers, die sie jetzt in Deutschland entfalten, *mit der Mitgliedschaft in einer Sektion der Kommunistischen Internationale* unvereinbar ist“, den Appell an das EKKI, „unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um diesem unhaltbaren Zustand endgültig ein Ende zu bereiten“[193]. Beide Beschlüsse wurden gegen den Protest der „Versöhnler“-Gruppe gefaßt, die unter dem Einfluß Ernst Meyers, der nach langer Krankheit hier erstmals wieder an der Arbeit des ZK teilnahm, zu einen kritischeren Einstellung gegenüber den Thälmann-Führung gelangt war[194]. Der nächste Schritt der Thälmann-Fraktion richtete sich gegen die schlesische Opposition. Der schlesische Bezirksparteitag am 15. und 16. Dezember 1928, auf dem die Opposition – der „Delegation“ vieler Parteitagsteilnehmer durch die „linientreue“ neu eingesetzte Bezirksleitung entsprechend – nur mit 15 Delegierten vertreten war, stellte den in der schlesischem

KPD neben Hausen führenden oppositionellen Funktionären um Reinhold Steffen ähnliche Bedingungen, wie sie bereits Hausen und Galm durch die EKKI-Kommission und Walcher, Frölich, Enderle und anderen durch das ZK der KPD vorgelegt worden waren. Die Antwort entsprach derjenigen Hausens und Galms und hatte den Ausschluß der Steffen-Gruppe zur Folge[195].

Durch die Sitzung des EKKI-Präsidiums am 19. Dezember 1928 wurden diese Maßnahmen der deutschen ZK-Mehrheit gleichsam legalisiert und zugleich weitergetrieben. Beraten wurde einmal der Bericht der EKKI-Kommission über die Angelegenheit Hausen und Galm, in der die Mehrheit des Präsidiums der Ausschlußempfehlung folgte, zum anderen der Text zweier Briefe an die KPD – ein internes Schreiben und ein Offener Brief –, welche die endgültige Stellungnahme der Exekutive der KI zu den deutschen „Rechten“ fixierten. Auf diesem Plenum setzte sich die Stalin-Fraktion – vertreten durch Stalin selbst, ferner durch O. W. Kuusinen, Molotow und Ulbricht – gegen die eher zu Bucharin neigende [98] Gruppe – vor allem Humbert-Droz, Klara Zetkin und, partiell, Serra [d. i. Angelo Tasca] – durch. Die Argumentation Stalins reduzierte das Problem auf eine einzige Alternative:

> „Wird eine organisierte, geschlossene Kommunistische Partei Deutschlands mit eiserner innerer Disziplin sein oder wird sie nicht sein?“[196].

Die Wahrung „eiserner Disziplin“ erforderte Stalin zufolge,

> „den Arbeitern das Wesen der rechten Abweichung klarzumachen, ihnen das wahre Gesicht der Brandler und Thalheimer zu zeigen, ihnen klar zu machen, was diese Leute in der Vergangenheit vorgestellt haben und was sie jetzt vorstellen, ... warum es unmöglich ist, derartige Menschen in der Komintern noch länger zu dulden“[197].

Dagegen trat, mit besonderer Entschiedenheit, Klara Zetkin für die Brandler-Thalheimer-Gruppe ein. In ihrer von der Parteipresse nicht veröffentlichten Rede forderte sie:

> „*Keine Ausschlüsse, dagegen Diskussionsfreiheit bis zum Parteitag für alle Meinungen, für alle Tendenzen; eine wirkliche ernste Diskussion auf der Grundlage unserer programmatischen Auffassung und innerhalb des Rahmens der statuarischen Vorschriften der Partei und mit den Mitteln und Organen, wie sie im Parteistatut für die Diskussion strittiger Fragen vorgesehen sind*. Al[s] Bürgschaft für die wirklich ernste Durchführung dieser Diskussion *die Zurücknahme der Maßregelungen*, die in den letzten Monaten vorgenommen sind, und die Ausdruck der Unterdrückung der nötigen Meinungsfreiheit sind und der dadurch entstandenen Disziplinlosigkeit“[198].

Gegen solche Opposition wurde – formal analog zum Eingriff des EKKI in die deutsche Parteiorganisation im Jahre 1925 – der „Offene Brief des EXKI. an die KPD. über die rechte Gefahr in den KPD.“ beschlossen[199], der – in außerordentlich dürftiger und weitgehend die parteigeschichtliche Entwicklung verfälschenden Argumentation[200] – den „Rechten“ vorwarf, seit 1923 „ständig“ zu einer „Blockpolitik mit den Sozialdemokraten“ tendiert, durch das Festhalten an ihrer taktischen Konzeption von 1921/23, insbesondere durch das Aktionsprogramm Brandlers, sowie durch ihre fraktionell-organisatorische Tätigkeit mit dem „Leninismus“ gebrochen und hierdurch sich „als echte linkssozialdemokratische Politikanten entpuppt“ zu haben. Der Brief billigte voll den Inhalt des Beschlusses des deutschen ZK vom 14. Dezember, insbesondere die Bedingungen, welche es den „Rechten“ für ein Verbleiben in der KPD gestellt hatte, und kündigte Brandler und Thalheimer, die noch als Mitglieder der KPdSU galten, den [99] Ausschluß für den Fall an, daß sie nicht bis zu einem bestimmten Termin vor der Zentralen Kontroll-Kommission der KPdSU in Moskau zur Verhandlung „ihrer Angelegenheit“ erscheinen würden[201]. Gleich scharfer Kampf wurde der „Versöhnler“-Gruppe angekündigt, für die „in der KPD. gegenwärtig kein Platz mehr“ sei[202].

Sofort hiernach wurden die Maßnahmen des deutschen ZK gegen die Opposition verschärft. Sie betrafen auch eine Reihe von mittleren und unteren Funktionären der „versöhnlerischen“ Gruppierung, die zunächst noch den Versuch gemacht hatte, sich in einer politischen „Plattform“, und besonders in Erklärungen in der ZK-Sitzung vom 13. und 14. Dezember nicht nur von den „Rechten“, sondern mindestens ebenso von der „ultralinken“ Taktik der Thälmanngruppe – besonders in der

Gewerkschaftsfrage – abzugrenzen[203]. Vor allem wurde der ZK-Beschluß vom 14. Dezember gegen die Gruppe um Walcher, Frölich und Enderle – gegen den die betroffenen Funktionäre in einer „Offenen Antwort an das ZK. den KPD.!“[204], ferner die „Versöhnler“ Ewert und Meyer sowie nahezu geschlossen die Thüringische Landtagsfraktion der KPD und die Konferenz des Unterbezirks Greiz in Telegrammen an das EKKI protestiert hatten[205] – durch das Pol-Büro durchgeführt: nach vergeblichen Verhandlungen mit dieser Instanz am 19. Dezember[206] wurde die Gruppe mit Beschluß des Pol-Büros am 21. Dezember – dem auch Ernst Meyer zustimmte – aus den KPD ausgeschlossen[207].

Mit formalen und politischen Einwänden erreichten Brandler und Thalheimer die Aufhebung der ihnen gestellten Bedingung, noch im Dezember vor der ZKK der KPdSU zu erscheinen; ihnen wurde auferlegt, bis zum 20. Januar 1929 die den „Rechten“ vom ZK der KPD und vom EKKI gestellten Bedingungen anzuerkennen. Nachdem sie in einem Schreiben von 18. Januar 1929 diese Anerkennung verweigert hatten, wurden sie Ende Januar 1929 aus der KPdSU und aus der KI ausgeschlossen[208]. Im Januar und Februar 1929 wurden auch fast alle anderen führenden „Rechten“ aus der Partei ausgeschlossen; so beispielsweise in Sachsen Paul Böttcher, Robert Siewert, Arthur Lieberasch und Otto Engert[209]; in Bremen Willy Deisen; in Berlin Rosi Wolfstein, Erna Halbe, Waldemar Bolze und Fritz Wiest; in Frankfurt Joseph Lang[210] und der Leiter der Kommunistischen Studenten-Fraktion, Werner Klimpt; in Thüringen die Mehrheit den KPD-Landtagsfraktion und der langjährige Org-Sekretär Karl Braeuning[211]. Mit diesen Maßnahmen gingen die Ausschlüsse der [100] „einfachen“ „rechten“ Funktionäre und Mitglieder einher; sie wurden besonders durch den Beschluß des ZK gefördert, mit der „Diskussion“ der Beschlüsse des VI. Kongresses der KI in den Parteigliederungen eine „rücksichtlose Selbstkritik“ und die „Neuwahl der Leitungen der unteren Organisationen (Zelle, Ortsgruppe, Stadtteil)“ durchzuführen. „*Die bevorstehende generelle Neuwahl der Leitungen gibt die Möglichkeit, die Leitungen zu ergänzen, zu verstärken und – wo das notwendig ist – zu säubern*“[212]. Im Bezirk Berlin-Brandenburg sollten diese „Säuberungen“ Ende Januar 1929 abgeschlossen sein; in allen Bezirken, besonders aber in Schlesien, in den sächsischen Bezirken, in Großthüringen, in Württemberg, am Niederrhein und in Hamburg und Bremen gingen mit solchen Funktionsentzügen Ausschlüsse einher, die sehr viel breitere Kreise erfaßten als bei der „Links“-Schwenkung der KPD-„Linie“ 1924/25 und die im wesentlichen am Ende des ersten Vierteljahres 1929 beendet waren. „Das Ketzergericht tagte in Permanenz. Brandler und sein gehobener Anhang verfielen der Ächtung. Man warf sie aus der Partei, und mit ihnen gingen Tausende von Arbeitern ...“[213]. Nach der Schätzung eines späteren KPO-Mitgliedes wurden hierbei etwa 6.000 Mitglieder aus der KPD ausgeschlossen[214].

Die „Rechten“ hatten die „fraktionellen“ Initiativen schon bald nach der Thälmann-Wittorf-Affäre nicht auf die bloße Propagierung ihres Standpunktes beschränkt. Sie begannen, die Brandler-Anhänger auch durch organisatorische Maßnahmen zu stützen und zusammenzufassen. Initiativen dieser Art waren zum Beispiel die Versuche, bei den oppositionellen Mitgliedern die Beitragsabführung an die offiziellen Parteiinstanzen zu unterbinden und die Beitragskassierung bei den Ausgeschlossenen zugunsten des nun ansatzweise sich entwickelnden Organisationsapparats der Opposition weiterzuführen[215]. Anscheinend wurden auch die verschiedenen Publikationen der Opposition – wie der Offene Brief Thalheimers, Frölichs, Köhlers und anderer – zum Sammeln von Zustimmungserklärungen und somit zu einer vorläufigen Registrierung der „Rechten“ benutzt, wobei der Effekt, die Opposition gegenüber der Partei zu konsolidieren, durchaus in der Absicht dieser Aktionen lag[216]. Der Versand der oppositionellen Publikationen, bei dem man sich meist länger bestehender „fraktioneller“ Verbindungen, jedenfalls im Funktionärskörper, bedienen konnte, die häufigen Reisen der leitenden „Rechten“ in die Parteibezirke ferner konnten der Vorbereitung einer organisatorischen Verfestigung der „rechten“ Opposition nur dienlich sein. Im November oder Dezember 1928 wurde anscheinend [101] bereits eine provisorische Zentralstelle oder Reichsleitung gebildet, der wahrscheinlich Jakob Walcher, Thalheimer und Brandler angehörten[217]. Diese organisatorischen Ansatzpunkte zur Konsolidierung der „Rechts“-Opposition führten, vermittelt durch die ideologische Übereinstimmung der „Rechten“ qua Negation der Taktik-Konzeption der Thälmann-Führung und durch die Intention, gegenüber den Maßregelungen und Ausschlüssen seitens des ZK der KPD sich nicht passiv zu verhalten, zu einer Reichskonferenz der Brandler-Anhänger am 30. Dezember 1928 in Berlin, die die erste Reichskonferenz der als KPO organisierten „Rechts“-Opposition sein sollte.

4. Ideologiekritischer Exkurs I: Kategorien der Marx-Interpretation August Thalheimers

Die erste Entwicklungsphase der KPD – einschließlich der des Spartakusbundes – sowie die Entfaltung und spätere organisatorische Konsolidierung der deutschen kommunistischen „Rechts“-Opposition nach 1923 sind ohne die Kenntnis des Marx-Verständnisses August Thalheimers kaum sinnvoll zu interpretieren; die Kategorien der Marx-Auffassung dieses – nach Rosa Luxemburg und Franz Mehring – zweifellos ernsthaftesten und in seinem empirischen Wissen am meisten fundierten Theoretikers des deutschen Kommunismus bilden für dessen Entwicklungsstufen und -zweige zwar nicht den erklärenden Schlüssel, wohl aber deren charakteristischen ideologischen Ausdruck und zugleich einen Faktor dieses Prozeßverlaufs selbst. Seine theoretischen und empirisch-wissenschaftlichen Arbeiten – deren Anzahl bereits angesichts der, besonders in den Jahren 1921–1923 und 1928–1933, äußerst intensiven politischen Tätigkeit Thalheimers erstaunlich ist – beziehen sich auf eine – ebenso erstaunliche – Vielzahl wissenschaftlicher Disziplinen, ohne doch je, wie es scheint, zugunsten theoretischer Spekulation deren Logik zu verletzen oder zu vernachlässigen: sie umfassen, als selbständige Forschungen oder als Verarbeitung einzelwissenschaftlicher Ergebnisse, historische – insbesondere philosophie-, literatur- und sozialgeschichtliche –, gesellschaftstheoretische, linguistische, ethnologische und physikalisch-theoretische Untersuchungen, zudem Aufsätze zur marxistischen Politischen Ökonomie und, natürlich, zur Politik[1]. Wenngleich diese Arbeiten [102] sämtlich – als Darstellung von Forschungsergebnissen mittels der Kategorien des dialektischen Materialismus oder als Versuch, auf dem Felde der Gesellschaftswissenschaften mittels dieser Kategorien, wie Thalheimer sie verstand, wissenschaftliche Forschung erst zu betreiben – auf die Marxsche Theorie bezogen und daher für das Marx-Verständnis Thalheimers kennzeichnend sind, können für dessen Charakterisierung hier im wesentlichen nur die im engeren Sinne gesellschaftstheoretischen Untersuchungen, und auch diese nur nach einigen zentralen Gesichtspunkten, diskutiert werden[2].

Thalheimer veröffentlichte etwa ein Jahr nach seiner Promotion[3] im Jahre 1908 seine ersten gesellschaftstheoretischen und sozialphilosophischen Arbeiten[4] in der „Neuen Zeit“, wobei von Anbeginn charakteristische Differenzen sowohl zum „späten“ Kautsky wie zu Mehring deutlich sind; zum Autor des „Weg zur Macht“ der – hegelisch akzentuierten – Betonung des Moments der Negation am dialektischen Prinzip wegen, die jeglichem Evolutionismus widerstritt[5]; zu dem marxistischen Historiker wegen der Behauptung einer Universalität des dialektischen Materialismus als „Weltgesetz“ wie als „Forschungsinstrument“, womit eine dialektische Konzeption des Geschichtsprozesses wie des Naturprozesses, und zwar einschließlich seiner ideologischen Entwicklungsmomente, einerseits und eine „Klassifizierung“ der Erkenntnismittel des dialektischen Materialismus andererseits intendiert waren[6]. Beide Motive sind in den ersten Arbeiten Thalheimers schon sehr deutlich artikuliert. Dogmengeschichtlich bezeichnen sie den Versuch, im Sinne einer marxistisch aufgehobenen Hegelschen Philosophie der Tendenz Mehrings entgegenzutreten, der Entwicklung philosophie- und geistesgeschichtlicher Inhalte ihren immanent-logischen historischen Zusammenhang abzusprechen; ferner, der Verabsolutierung der spezifischen Differenz von Natur und Geschichte, wie sie bei Mehring zutage trat, mittels eines spinozistischen und materialistisch gefaßten Substanzbegriffes zu begegnen[7]; endlich, gegenüber Mehring wie Kautsky, doch aus verschiedenen Motiven, ein durchgängiges Festhalten am dialektischen Materialismus gleichsam durch eine Kodifizierung von aus ihm destillierten und universell „anwendbaren“ Kategorien zu erreichen, mittels derer, im Anschluß an die „dialektische“ Kategorienlehre des späten Engels, der dialektische Materialismus jene Dignität eines „allgemeinen Forschungsinstruments“ erhalten sollte, welche die in ihn einzuschließende naturwissenschaftliche Methode charakterisiert[8].

[103] All dem lag ein theoretisch durchaus legitimes Interesse zugrunde: das Motiv ist, die Erkennbarkeit des gesellschaftlichen Zusammenhangs zu gewährleisten, welche der nicht rational regulierte Reproduktionsprozeß der Gesellschaft zu verwehren scheint:

> „Ist [für das naive Bewußtsein] die Gesellschaft ... praktisch unbeherrschbar, so auch theoretisch ... Die Kategorien von Ursache und Wirkung sind nicht allgemein anwendbar ... Ist die Klassifizierung des Geistes unmöglich, so ist die Praxis der Erkenntnis in der Naturwissenschaft selbst nur instinktiv. Die Naturforscher, die mit dem geistigen Instrument

> auf ihrem Gebiet zweckmäßig arbeiten, gehen in die Irre, sowohl wenn sie sich auf das Gebiet der Gesellschaftswissenschaft begeben, als auch wenn sie die allgemeinsten Begriffe der Naturwissenschaft selbst behandeln“[9].

Im dialektischen Materialismus soll diese Beschränktheit aufgehoben sein. Gilt die materialistische Dialektik als „Einsicht in die Möglichkeit der planmäßigen Beherrschung der Gesellschaft und durch sie der Natur“[10], so muß mit ihr nicht nur die Widerspiegelung des „widerspruchsvolle[n] Verhältnis[ses] der bürgerlichen Gesellschaft zur Natur und zu sich selbst“[11] als falsches Bewußtsein über Gesellschaftliches, sondern auch als Begrenzung des theoretischen Verhältnisses der Menschen gegenüber der Natur verschwinden, wenn nicht das dialektische Denken durch einen Eklektizismus gekennzeichnet sein soll, der der Divergenz von Geistes- und Naturwissenschaften in der bürgerlichen Gesellschaft und der Beschränkung von Kausalerklärungen auf das Naturgeschehen analog ist[12]. So will Thalheimer die Menschengeschichte in einer – dialektisch verstandenen – Naturgeschichte aufgehoben sehen, und das gesellschaftstheoretische Denken in einer ebenso verstandenen „Spezialwissenschaft des Allgemeinen“, welches die Naturprozesse umfaßt[13]. Während diese Wissenschaft und Bewußtsein überhaupt zu ihrem empirischen Substrat materialistisch in Beziehung gesetzt werden, geht doch Thalheimer in der Bestimmung des Verhältnisses von Naturgeschichte und Menschengeschichte hinter die Kategorien des historischen Materialismus als einem dialektischen zurück; das Verhältnis von „Mensch“ und „Natur“ wird als eines der Wechselwirkung bestimmt:

> „Es ist bekanntlich die stetige Steigerung der Produktivität der menschlichen Arbeit, die den durchgehenden Faden aller Geschichte bildet. Der Trieb, die Arbeit immer produktiver zu machen – was [104] ist er anderes als die Wechselwirkung der werkfähigen und wirkenden sinnlichen und geistigen Organe des Menschen und der Natur?“[14].

Die Kategorie der bloßen Wechselwirkung kann nicht erhellen, wie die durch die kausalen Wechselbeziehungen vermittelte Richtung des Geschichtsprozesses zustande kommt, die – als Steigerung der produktiven Kräfte der Gesellschaft – immerhin ex post, empirisch feststellbar ist: ob als Resultante des Praxiszusammenhanges in der arbeitsteiligen Gesellschaft oder durch naturgesetzliche Finalität. Während nun der Begriff der anwachsenden Naturbeherrschung als die Leitkategorie des Geschichtsverlaufes bereits besagt, daß der Zusammenhang der gesellschaftlichen Praxis der Menschen sich zum Naturgeschehen nicht einfach funktional verhält und daß die vergesellschafteten Menschen nicht auf bloße Naturwesen reduzierbar sind, somit, daß die Entwicklungsrichtung des gesellschaftlichen Geschehens nicht unvermittelt einem Wechselwirkungsprozeß zwischen „dem“ Menschen und „der“ Natur entspringt, sondern vielmehr eine spezifische, wenn auch nicht zu hypostasierende Differenz zwischen der – in den Naturzusammenhang gleichwohl eingebetteten – Menschheitsgeschichte und der – in sie einbezogenen – Natur markiert[15], wird dieses Verhältnis bei Thalheimer apriorisch im Sinne einer – allerdings dialektisch konzipierten – bloßen Naturgeschichtlichkeit des Gesellschaftsprozesses bestimmt.

Der gesellschaftliche Prozeß – als arbeitsteiliger und in sich antagonistischer zwar – ist aufgehoben in der Naturgeschichte, ohne von ihr noch eigentlich verschieden zu sein; sein Spezifisches, die zunehmende Umwandlung von Natur durch Produktivkraft, welche eben die Vermittlung von Natur und Mensch als den Vergesellschaftungsmomenten bezeichnet, wird nicht zufällig auf eine anthropologische Naturkonstante zurückgeführt: auf den „Trieb, die Arbeit immer produktiver zu machen“; mittels dieses Hebels nämlich setze sich Naturgesetzlichkeit auch in der Gesellschaft durch:

> „Die Konstanz der menschlichen Natur bei aller möglicher Veränderung ist dieselbe logische Notwendigkeit wie die Konstanz des Feuers und des Wassers. Dieselbe Notwendigkeit, die die angeborene Schwerkraft des Weltkörpers im rastlosen kosmischen Werden sich auswirken läßt, läßt im historischen Prozeß die angeborenen Kräfte des Menschen sich entfalten. Beide sind ebenso ewig wie historisch. ... Die Notwendigkeit der kapitalistischen Entwicklung ist die Notwendigkeit der geschichtlichen Entwicklung des Menschen; sie ist ein ‚Muß‘ vom selben Kaliber wie das Muß des Steinfalls“[16].

[105] Diese Auflösung der Subjekt-Objekt-Dialektik in eine naturdialektisch gemeinte Gesetzlichkeit – gleichsam ein „revolutionäres“ Gegenbild der evolutionistischen Züge der Marx-Auffassung

Kautskys, nicht jedoch deren Überwindung – hat ihre wissenschafts- und erkenntnistheoretischen Konsequenzen:

> „Ist die Welt, das Universum, vernünftig, so ist die Vernunft selbst weltlich. Denken und Sein sind von einem Kaliber. Die Wissenschaft des Geistes wird damit spezielle Naturwissenschaft“[17].

Sie reproduziert in passiver Spiegelung die Kategorien, nach denen die objektive Dialektik verlaufen soll, ohne daß beide – weder die Dialektik des „Universums“ noch deren subjektive Reflexion – als wesentlich durch gesellschaftlich-historische Praxis vermittelt gedacht sind: Die Inhalte des Bewußtseins, reduziert auf „ideelle Reflexe“, sind letzten Endes jeweils naturhistorisch gegeben, und ihr immanent-logischer Zusammenhang ist für Thalheimer – obwohl gerade er gegenüber Mehring immer wieder darauf hinweist, daß diese „Reflexe“ „bis zu einem gewissen Zeitpunkt und innerhalb bestimmter Schranken zugleich Entwicklung wirklicher wissenschaftlicher Erkenntnis“ sind – dem theoretischen Ansatz nach doch letzten Endes bloße Verdoppelung des geschichtlich-gesellschaftlichen Zusammenhangs ihres Substrats[18]. Nach diesem Ansatz fallen – wie tendenziell auch beim späten Engels[19] – Denken und Sein auseinander in einen dialektisch strukturierten Prozeß des Formwandels von Materie einerseits und in einen mimeographischen Nachvollzug seiner Gesetzmäßigkeiten im Bewußtsein nach dem Leitfaden dialektischer „Grundprinzipien“; und wenn unbestritten die theoretischen Arbeiten Thalheimers immer wieder dieses Schema durchbrechen und durch eine Fülle luzider soziologischer und sozialhistorischer Einzelanalysen ausgezeichnet sind, so hat dies nicht hindern können, daß er es sich, in der Nachfolge von Engels, proklamativ zu eigen gemacht hat[20].

Von den ontologischen Zügen dieser Philosophie sind auch die eigentlich gesellschaftstheoretischen Aussagen Thalheimers nicht frei. In seiner in der Moskauer Zeit entstandenen „Einführung in den dialektischen Materialismus“ – die nicht zufällig den Untertitel „Die moderne Weltanschauung“ trägt[21] – sind manche der soziologischen Begriffsbildungen – ungeachtet mancher fruchtbarer Einzeleinsichten auf dem [106] Felde der Geschichte der Philosophie – durch diesen metaphysischen Objektivismus gekennzeichnet. Im Lichte des historischen Materialismus, wie Thalheimer ihn versteht – nämlich als „spezielle Anwendung“ einer universellen materialistischen Dialektik „auf die gesellschaftlichen Verhältnisse der Menschen“[22] –, verwandelt der naturhafte Schein des bisherigen Geschichtsprozesses sich in Naturgesetzlichkeit, wird der historische Funktionszusammenhang der Gesellschaft zum „materiellen Bau“[23]. Es ist für die Marx-Interpretation Thalheimers bezeichnend, daß er in der Darlegung der Marxschen Gesellschaftstheorie einen entgegengesetzten Weg einschlägt als dieser selbst. Marx geht bekanntlich in seiner Analyse des Bewegungsgesetzes der kapitalistischen Gesellschaft von den „einfachen“ Kategorien aus, nach denen sich die konkrete gesellschaftliche Arbeit vollzieht: aus der Untersuchung des Warentausches, der die Reproduktion der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer arbeitsteiligen Gesamtgestalt und das Anwachsen der Produktivkräfte erst vermittelt, gewinnt er mittels der Mehrwertkategorie die Begriffe, welche die dynamische Gesamtstruktur der bürgerlichen Gesellschaft als eine wesentlich antagonistische charakterisieren; sowohl die Klassenstruktur, als systembedingte Form der Ungleichheit der Verteilung von Arbeit und Arbeitsertrag, als auch die Struktur des gesellschaftlichen ideologischen Bewußtseins wie des sogenannten „Überbaus“ überhaupt werden abgeleitet als Formen des Widerspruchs, den die Warentauschkategorie impliziert; und sie entziehen sich jedem nur definitorischen Verfahren. Gesellschaftliche Praxis – für Marx gleichsam die Ursprungsnorm der Begriffe der Gesellschaftstheorie – gewinnt aber bei Thalheimer fast den Charakter einer bloß deskriptiven Kategorie[24]. Wenngleich auch er „die Art und Weise ..., wie die Menschen ihren Lebensunterhalt erwerben“, an den Anfang seiner „Geschichtstheorie des dialektischen Materialismus“ stellt[25], regrediert die Methode doch alsbald zur definitorischen Deskription institutioneller gesellschaftlicher Strukturzusammenhänge, wenn die Frage nach der gesellschaftlichen Produktionsweise aufgelöst wird in die andere, „wie ... sich die Menschen um die Produktionsmittel [gruppieren]“[26]. Die verschiedenen historischen Produktionsweisen werden nach dem traditionellen definitorischen Verfahren voneinander abgegrenzt, die spezifischen Differenzen indes nicht aus der jeweils zentralen Kategorie der gesellschaftlichen Reproduktion entwickelt, sondern merkmalsmäßig – im übrigen sachlich völlig korrekt – aufgezählt. So erscheinen

Klassenverhältnisse, Rechtsverhältnisse und Produktionsmittelkategorien nicht [107] als Momente des historisch-gesellschaftlichen Strukturzusammenhangs, sondern als dessen Bestandteile; nicht als historisches Produkt, sondern als Funktion eines „allgemeinen Gesetzes, das die Veränderungen der Produktionsweise beherrscht, ... [des Gesetzes] der Entwicklung der Produktivität der Arbeit“[27], welches seinerseits Funktion naturgesetzlicher Prozesse ist. So entspringt insbesondere die Klassenbildung in dieser Darstellung nicht einer Gesamtgestalt der arbeitsteiligen gesellschaftlichen Praxis, sondern sie ergibt sich aus dem „Verhältnis [der Menschen] zu den Produktionsmitteln“[28], aus einer Relation also, welche doch erst Resultat der Differenzierung gesellschaftlicher Arbeit und der Verselbständigung ihres Funktionszusammenhangs ist; das Lehrstück von den Klassenverhältnissen – das Marx nicht zufällig erst am Schluß seines Hauptwerks darzustellen beabsichtigte – gewinnt hier zugleich den Charakter eines Zentralstücks der Theorie, demgegenüber alle Analysen der gesellschaftlichen Praxis nur Ableitungen sind; Mehrwertaneignung und Klassenverhältnisse erscheinen letzten Endes – wenn auch in einem anderen Sinne – als das, was das ideologische, falsche Bewußtsein der bürgerlichen Gesellschaft aus ihnen macht: als Verhältnisse, die durch – hier dialektisch als veränderliche konzipierte – naturhafte Bedingungen gesetzt sind[29]: „Der Klassengegensatz ist ... etwas Objektives Er ist etwa so Objektives wie der Gegensatz von positiver und negativer Elektrizität“[30]. Die Behauptung, der dialektische Materialismus erlaube, „das geschichtliche Werden in den Grundzügen vorherzusehen und zweckmäßig zu beeinflussen, innerhalb bestimmter Grenzen zu *beherrschen*“, ist nach den Voraussetzungen dieser Theorie nur konsequent[31].

Die politischen Konsequenzen dieser Theorie liegen auf der Hand: es nehmen nämlich auch alle politischen Derivationen des Klassenantagonismus in der bürgerlichen Gesellschaft denselben naturhaften Charakter an, wenn sie auch durch besondere gesellschaftlich-historische Bedingungen, die aber letztlich ebenso naturhaften Ursprungs sind, vielfältig vermittelt sind.

> „Der Interessengegensatz der Klassen oder der Klassengegensatz erzeugt notwendig aus sich heraus den ... Klassenkampf ... Klassengesellschaft ohne Klassenkampf kann man sich ebensowenig vorstellen, wie Stoff ohne Bewegung, wie ein Stück Materie ohne [108] Wärmeschwingungen der Moleküle ... [Die] Formen des Klassenkampfes sind so verschieden, wie die Formen der Bewegung eines Stückes Materie verschieden sind ... [Sie] sind nicht willkürlich; sie sind bestimmt durch die eigene Natur der Klasse, die kämpft, wie durch die Natur der Klassen, gegen die gekämpft wird, sowie derjenigen, mit denen im Bunde gekämpft wird ...“[32].

Insbesondere wird, nach den Kategorien der Widerspiegelung und der Wechselwirkung, die Genesis des Klassenbewußtseins in dieser „naturdialektischen“ Weise bestimmt:

> „Der Klassengegensatz erzeugt den Klassenkampf, der Klassenkampf erzeugt *auf einer gewissen Höhe* das Klassenbewußtsein oder die Klassenideologie. Klassenbewußtsein und Klassenideologie wirken zurück auf den Klassenkampf“[33],

und mit gleicher Notwendigkeit endlich bilden sich auch die spezifischen Organe der Arbeiterklasse im Klassenkampf, die Organisationen der Arbeiterbewegung; wobei hier, an einer zentralen Stelle der Bestimmung der – voraussetzungsgemäß aus der Theorie ausgeklammerten – Subjekt-Objekt-Dialektik, ein Rekurs auf psychologische Kategorien sich nicht mehr vermeiden läßt:

> „Allmählich prägt sich dieses Klassenbewußtsein schärfer aus. Es entsteht das Bedürfnis, besondere Organe zu haben, in denen sich das klarste oder hellste Bewußtsein einer Klasse verkörpert. Aus diesen Interessen heraus entsteht das, was wir als die politischen Parteien kennen“[34].

Gleichwohl kommt hier dem durch Klassenantagonismus, Klassenkampf und Klassenbewußtsein vermittelten „Bedürfnis“, den Emanzipationskampf des Proletariats zu organisieren, der Rang einer Funktion „naturdialektischer“ Gesetzlichkeit zu: die Befreiung der Arbeiterschaft bleibt weiterhin ihre eigene Aufgabe, doch fungiert das Proletariat als Organon eines universellen Naturprozesses; schließlich resultieren noch die Fraktionskämpfe in der revolutionären Partei aus solchen

vorgegebenen Gesetzlichkeiten. Der endgültige Erfolg derjenigen Gruppe, welche mittels korrekter „Handhabung der materialistischen Dialektik“[35] sich ihrer versichert hat, ist hiernach von vornherein garantiert, sofern sie nur eine Politik betreibt, welche jenen Prinzipien entspricht. Der Marxsche Gedanke, daß das Resultat der Geschichte durchaus ein unwiderruflicher Rückfall in die Barbarei sein könne – dieser Gedanke lag Heinrich Brandler weit weniger fern[36] – hat in der Theorie Thalheimers keinen Platz. [109]

II. Struktur und Funktion der KPO von der I. Reichskonferenz (1928) bis zum Beginn des nationalsozialistischen Regimes

Als die KPD im Herbst und Winter 1928 ihren „rechten“ Flügel aus der Partei stieß und die Funktionäre der „Versöhnler“-Gruppe ausschaltete, entledigte sie sich damit des größten Teils derjenigen Funktionärskader, die während und nach dem Ersten Weltkrieg die Gründung der KPD (Spartakusbund) vorbereitet und vollzogen und die in der „revolutionären“ Nachkriegsperiode bis 1923 die deutsche kommunistische Partei in den verschiedenen Positionen ihrer Hierarchie geleitet hatten[1]. Eine pseudosoziologische Begründung dieser Wendung fand die deutsche Parteiführung in der – bis heute offiziell-kommunistischen[2] – Auffassung, die „Dritte Periode“ des Nachkriegskapitalismus habe eine „Gegenoffensive gegen den Klassenfeind“ ermöglicht[3]; das beträchtliche Anschwellen der Arbeitskämpfe seit 1927 und der im Ergebnis der Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 dokumentierte „Linksruck“ der Wählermassen[4] schien zu beweisen, daß „die gegenwärtigen Wirtschaftskämpfe ... ausgesprochen politischen Charakter [tragen] ...; der Kampf richtet sich gegen die bürgerliche Staatsgewalt. In dieser ernsten und aussichtsreichen Situation säubern wir unsere Partei von allen faulen und schädlichen Überresten des sozialdemokratischen Opportunismus ...“[5]. Die Ursachen für diese Politik der KPD-Führung lagen gleichwohl vor allem in der Umfunktionierung der KPD von der qua Mitgliederpartei relativ autonomen Organisation der ersten Nachkriegsjahre zur Parteiapparatur, welche die Mitgliedermassen in Dienste und auf der Linie der sowjetrussischen Staats- und Parteiführung integrierte – in einer Umfunktionierung, die durch die Unterwerfung der Thälmann-Fraktion unter die Stalin-Führung, um den Gewinn weiterer Parteiführerschaft Ernst Thälmanns im Jahre 1928 endgültig bekräftigt worden war. In der Phase des forcierten „sozialistischen Aufbaus“ in der UdSSR waren die KI und ihre Sektionen lediglich ein Instrument jener Führung, und nicht einmal ein wichtiges: „faktisch ... paßte die neue ultralinke Komintern-Politik, die die kommunistischen Parteien in ihren Ländern von jeder denkbaren Machtkombination ausschloß, zum erstenmal vortrefflich zu der selbstgewählten Isolierung der russischen Außenpolitik während dieser Jahre. Die Komintern glich jetzt einer leblosen [110] Puppe, die sich naturgemäß weder vorwärts noch rückwärts bewegen kann, der man aber vermittels eines unsichtbaren Mechanismus in regelmäßigen Abständen Schreie entlocken konnte, die das Blut der Zuhörer erstarren machten“[6].

Gegenüber der „ultralinken“, die KPD von der übrigen Arbeiterbewegung isolierendem Taktik hielten die nun ausgeschlossenen Funktionärskader aus der Gründungsperiode der KPD an der damals entwickelten Taktik der proletarischen Revolution fest, deren Sinn die einheitsfrontpolitische Bindung der Arbeitermassen an die Kommunistische Partei und die tatsächliche Herstellung einer „revolutionären Massenpartei“ war und die in der Tat bis 1923 der KPD beträchtliche Erfolge gebracht hatte. Gerade der politische Verlauf des Jahres 1923 hatte ihnen demonstriert, daß Wahl- und Wirtschaftskampf-Bewegungen, die für die Arbeiterbewegung günstig verliefen, noch keineswegs eine Disposition der Arbeitermassen zu revolutionärer Praxis indizierten; so zogen die „Rechten“ aus den entsprechenden Massenbewegungen seit 1927 einen der Auffassung der Parteiführung entgegengesetzten Schluß: daß nämlich aus diesen Bewegungen kommunistische Erfolge nur vermittels einer konsequenten Anwendung der Einheitsfronttaktik zu gewinnen seien. Die Spannung zwischen Parteiführungsmehrheit und „rechtem“ Flügel wurde gerade angesichts der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland im Jahre 1928 verstärkt; hatte schon die Arbeitskampfbewegung der westdeutschen Hüttenarbeiter um die Jahreswende 1927/28 demonstriert, daß die – damals erst zögernd und vereinzelt angewandte – „ultralinke“, mit separaten kommunistischen Streikleitungen operierende Gewerkschaftstaktik zu Mißerfolgen für die Kommunisten führen würde, so bestätigten die wichtigsten politischen Ereignisse des Jahres 1928 dies vollauf: Hoffte die Parteiführungsmehrheit, aus der in der Panzerkreuzer-

Politik der Hermann Müller-Regierung dokumentierten „Rechtsschwenkung“ der SPD-Führung Nutzen zu ziehen, indem sie ihre Kampagne für einen Volksentscheid in dieser Frage mit einer abstrakten Propaganda gegen den „Reformismus“ schlechthin verband, so war mit diesem Verzicht auf vermittelnde, an die politischen Meinungen und Dispositionen der sozialdemokratischen Arbeiter „anknüpfende“ einheitsfronttaktische Übergangslosungen in der Tat ein außerordentlicher Mißerfolg für die Kommunisten gesetzt[7]. Der Lohnkampf in der nordwestlichen Gruppe der Eisenindustrie im Herbst 1928 und die daran sich anschließende widerrechtliche Massenaussperrung[8] zum anderen, in denen die Taktik der besonderen kommunistischen Streik- und Kampfleitungen erstmals in größerem Umfange [111] praktiziert wurde und die eine häufig völlige Isolierung der Kommunisten von den „reformistisch“ gesinnten Arbeitermassen und -Organisationen ergaben[9], erbrachte für die Widersinnigkeit dieser kommunistischen Praxis gleichsam den empirischen Beweis. Diese Mißerfolge der von Stalin befohlenen und bedingungslos von der Parteiführung durchgeführten Taktik konnten nur eine Verschärfung der innerparteilichen Spannungen nach sich ziehen: die Thälmann-Führung drang – mit Erfolg – bei der KI-Führung auf den Ausschluß der „Rechten“ und entledigte sich damit der Kritiker an ihrer Politik, deren Widersinnigkeit auch weiten Teilen der Mitgliedschaft einsichtig war; die „Rechten“ kamen zu der Einsicht, daß nur eine radikale Reform der KPD herstellen konnte, was als „revolutionäre Massenpartei“ Zielsetzung ihrer bis 1923 praktizierten Politik gewesen war – seit dem Einsetzen der „ultralinken“ Taktik im Winter 1927/26 propagierten sie ihre taktisch-programmatischen Prinzipien in verstärktem Maße, nach der Verschärfung des politischen Kurses der Thälmann-Führung und der KI und, besonders, nach der Thälmann-Wittorf-Affäre gingen sie zu systematischer und organisierter Oppositionsbildung über. Die politische Praxis der Thälmann-Führung und deren Billigung durch die sowjetrussische Partei- und KI-Führung zeigten ihnen, daß die „Stillhalte“-Taktik, die sie seit 1924 gegenüber den KPD- und KI-Instanzen und ihrer Politik betrieben hatten, der Durchsetzung ihrer revolutionären Intentionen nicht nützlich gewesen war.

Hieraus erklärt sich, daß das Ausscheiden der „rechten“ Funktionärskaders aus der KPD im Jahre 1926 nicht allein durch Ausschlüsse bedingt war: ein Teil der Anhänger der „Rechts“-Opposition wurde nicht ausgeschlossen, sondern trat – wenn auch gegen die Intentionen der führenden „Rechten“ – aus der KPD aus[10]. Die Vorgeschichte des Ausschlusses der „Rechts“-Opposition erklärt aber auch den Charakter der organisatorischen, ideologischen und politischen Entscheidungen ihrer Repräsentanten nach deren Ausschluß aus der Partei. Ihr politisches und eo ipso organisationsbedürftiges Interesse galt seit je einer politischen Arbeiterorganisation, die sowohl als „revolutionäre“ vom „Reformismus“ unterschieden als auch eine Massenpartei sein sollte – der praktischen Aufhebung der Antinomie dieses Postulats wegen war eben die Einheitsfronttaktik entwickelt worden[11]. Die „ultralinken“ Phasen der Parteientwicklung nach 1923 hatten sie gezwungen, [112] dem einen oder dem anderen Moment dieser Zielsetzung den Vorrang zu geben; hatten sich die „Rechten“ nach 1923 für das Verbleiben in der Massenpartei entschieden und dafür den Preis des Verzichts auf die Durchsetzung ihrer politischen Konzeption zahlen müssen, so zeigten sie sich nunmehr nicht länger konzessionsbereit und verzichteten dafür auf die Mitgliedschaft in der Partei[12]. Ihr doppeltes politisches Interesse blieb gleichwohl bestehen; die organisatorische Konsequenz des Ausscheidens der „Rechten“ aus der Partei war daher die Formierung ihres Zusammenschlusses als Mittel der Durchsetzung „revolutionärer“ taktischer Prinzipien in der KPD; die ideologische Konsequenz das Selbstverständnis dieser Gruppe als – organisierter – „Richtung“ des Kommunismus, die von der KI und der KPD sich lediglich durch taktische Differenzen unterschied; die allgemeine politische Perspektive war, zu versuchen, durch politische Stellungnahmen und „*politische Wirksamkeit ... nach außen*“ „die Partei von innen und außen zu erobern und umzuwandeln“; „gelingt es nicht, werden wir einen Schritt weitergehen“[13].

Diese Entscheidungen und Perspektiven wurden von August Thalheimer auf einem Treffen der Berliner „Rechts“-Opposition am 29. Dezember 1928 vertreten und begründet[14]. Die Reichskonferenz der Opposition, die – verhältnismäßig spontan organisiert – am darauffolgenden Tag in Berlin stattfand, bestätigte und präzisierte diese Auffassungen. An dieser Konferenz nahmen 74 Teilnehmer aus 16 verschiedenen Parteibezirken teil, von denen 43 bereits der KPD (Spartakusbund) und 17 der USPD-Linken vor ihrer Vereinigung mit der KPD angehört hatten; 53 Teilnehmer waren bereits in der

Sozialdemokratie vor 1918 organisiert gewesen, lediglich 17 waren bereits aus der KPD ausgeschlossen[15]. Auf der Konferenz berichtete Erich Hausen über die Moskauer Verhandlungen gegen Heinrich Galm und ihn selbst, Jakob Walcher über organisatorische und August Thalheimer über politisch-programmatische Fragen. Die Tagung nahm – nach dem Bericht Rosi [Frölich-]Wolfstein – „einen brillianten Verlauf“; man habe keine übertriebenen Auffassungen von den Perspektiven gehabt, sondern sich auf lange, geduldige Arbeit eingerichtet; doch die „Illusion“, die Partei könne „gesunden“, habe das Bild beherrscht[16]. Die Konferenz bezeichnete die formale Konstituierung der KPO. [113]

1. Die Entwicklung der organisatorischen Struktur der KPO von der I. Reichskonferenz (1928) bis zur IV. Reichskonferenz (1931)

Die I. Reichskonferenz der KPO hatte organisatorische Fragen verhältnismäßig intensiv behandelt. Es bestand Einigkeit darüber, daß die Gründung einer neuen Partei nicht notwendig sei[1]; „wenn wir uns aber“ – so führte Walcher aus – „mit unseren Ansichten durchsetzen wollen, müssen wir unter allen Umständen eine Macht werden. Das können wir aber nur, indem wir innerhalb und – soweit wir ausgeschlossen sind – außerhalb der Partei einheitlich und geschlossen und entschlossen den Kampf für unsere politische Linie führen“[2]. Er folgte somit der Auffassung Thalheimers, durch Verbindung mit den Zellen und Ortsgruppen der Partei und der Zusammenfassung ihrer oppositionellen Kräfte wie durch die selbständige Organisierung der Opposition als „Richtung“ des Kommunismus – mit dem obligaten Zusatz: „innerhalb der Partei“ – auf die „Eroberung“ der Partei hinzuarbeiten[3]. Neben formalen Fragen der Organisation erörterte die Konferenz deren materiale Aspekte, besonders die territoriale Streuung der Oppositionsmitgliedschaft, ferner die Mittel und Maßnahmen zur Gewährleistung des einheitlichen Auftretens der Opposition und ihrer Ausdehnung auf Nebenverbände wie die Kommunistische Jugendorganisation[4]. Damit war über die wichtigsten Elemente der Organisationsstruktur der KPO bereits eine erste Entscheidung getroffen.

a. Die formale organisatorische Binnenstruktur

Die formale organisatorische Struktur der KPO war – der Entstehungsgeschichte und dem politischen Zweck der Gruppe gemäß – eng an diejenige der Kommunistischen Partei Deutschlands angepaßt; der Ausschluß der „Rechts“-Opposition aus der KPD und das Ziel der „Eroberung der Partei“ ergaben – als traditionaler und als zweckrationaler Organisierungsfaktor – das gleiche Organisationsprinzip, wobei diese beiden Faktoren auch die übrigen Momente der Binnenstruktur der KPO und die Entstehung kommunistisch-oppositioneller Nebenorganisationen bestimmten[5]. Der Organisationsgrad der KPO war verhältnismäßig niedrig; die Gruppe war, verglichen mit den großen Arbeiterparteien in Deutschland zu dieser Zeit, besonders der KPD, eher [114] locker organisiert, wobei jedoch mit dem Beginn der Stagnation der Entwicklung des politischen Einflusses der Gruppe auf Mitglieder anderer Arbeiterorganisationen im Jahre 1930 von der Führungsgruppe der Versuch unternommen wurde, den Organisierungsgrad der KPO zu erhöhen[6]; die „*Notwendigkeit strafferer Organisation in unserer Gruppe*“ wurde seitdem betont, doch führten die entsprechenden administrativen Maßnahmen keineswegs die Straffheit der Organisation herbei, welche für die KPD oder auch für andere Splittergruppen der Arbeiterbewegung zu dieser Zeit kennzeichnend war[7].

Die kleinste Gliederung der KPO-Organisation war in der Regel die Ortsgruppe; vereinzelt wurde – durch die Entstehungsgeschichte der Organisation, den Parteiausschluß, bedingt – an der Organisationseinheit der Straßen- oder Betriebszelle festgehalten, wobei diese Zellen sich jedoch oft mit anderen Parteiausgeschlossenen am Orte zur Ortsgruppe verschmolzen haben[8]. In einigen Fällen konnte die KPO den Mitgliederbestand einer KPD-Ortsgruppe – samt dem Organisationsapparat und dem Eigentum der Gruppe – annähernd vollständig übernehmen – so vor allem in Offenbach a. M. und in verschiedenen thüringischen und sächsischen Orten; vorwiegend handelte es sich bei den KPO-Ortsgruppen jedoch um Neugründungen von aus der KPD ausgeschlossenen Minderheiten. Im ersten Jahre des Bestehens der KPO – 1929 – dürfte es etwa 60–70 Ortsgruppen gegeben haben[9]. Darüber hinaus gab es in einer größeren Anzahl von Orten Einzelmitglieder der KPO, deren politische Wirksamkeit in den folgenden Jahren oft zu Neugründungen von KPO-Ortsgruppen führte: 1930 und 1931 wurden schätzungsweise 20–25 funktionsfähige Ortsgruppen der KPO neu gegründet; wo solche

Neugründungen unmöglich waren, fungierten die Einzelmitglieder meist als „Stützpunkte“ der KPO und versuchten, vor allem auf dem Wege der Verbreitung von publizistischem Material, in den bestehenden Arbeiterorganisationen die Politik der KPO zu propagieren[10]. Von diesen „Stützpunkten“ – deren Arbeitsintensität freilich verschieden groß war – gab es 1930 annähernd so viele, wie es regelrechte Ortsgruppen der KPO gab[11]. Seit Anfang 1929 bereits wurde die gesamte Mitgliedschaft der Opposition durch ein Kassier- und Mitgliedsausweissystem erfaßt, nachdem Ansätze hierzu bereits vorher auf lokaler Ebene gemacht worden waren[12].

Ortsgruppen und Einzelmitglieder der KPO waren – von vereinzelten Unterbezirksgliederungen abgesehen[13] – dort, wo überhaupt Ortsgruppen vorhanden waren, zu Bezirksorganisationen zusammengefaßt, deren [115] territorialer Umfang sich mit dem der entsprechenden KPD-Bezirke deckte. Diese Bezirksorganisationen waren freilich in sehr verschiedenem Maße wirklich arbeitsfähig; setzt man als Kriterium für ihr Funktionieren die Durchführung von Bezirkskonferenzen an, so erfüllten von diesen Organisationsgliederungen im Jahre 1929 neun reale Funktionen, nämlich die Bezirke Halle-Merseburg, Hessen-Frankfurt, Mittelrhein, Niederrhein, Thüringen, Württemberg und die drei sächsischen Bezirke, deren Delegierte auch mehrfach zur Erledigung von landespolitischen Aufgaben – so erstmals im April 1929 – zu einer sächsischen Landeskonferenz der Kommunistischen Opposition zusammentraten[14]. Als funktionierende Bezirksorganisationen im Sinne dieses Kriteriums, jedoch mit verschiedenem Gewicht, traten 1930 die Bezirke Wasserkante und Nordbayern, 1931 Berlin-Brandenburg und Schlesien hinzu. Vor der Durchführung solcher Bezirkskonferenzen oder überhaupt ohne sie gab es in verschiedenen Bezirken schon zentrale Leitungen – so in Schlesien, im Ruhrbezirk, im Bezirk Nord-West, in Berlin und in Niedersachsen; in den Bezirken Hessen-Waldeck, Magdeburg, Nord-West, Ostpreußen, Pommern und Südbayern war die Stärke der KPO auf ein bis zwei – manchmal erst 1930 oder 1931 gegründete – Ortsgruppen beschränkt. Außerhalb des Reichsgebiets gab es – bereits 1929 oder 1930 – die Bezirksorganisationen Danzig und Saar[15]. Die koordinierende politische und organisatorische Arbeit in den funktionierenden Bezirken wurde von Bezirksleitungen geleistet, deren Positionen in der Regel durch die Verbindungsleute der ehemaligen „rechten“ KPD-Fraktion besetzt wurden; so gehörten z. B. zur BL Westsachsen u. a. Arthur Lieberasch, Paul Böttcher und Robert Siewert[16]; zur BL Thüringen u. a. Hans Tittel, Alfred Schmidt und Karl Braeuning[17]; zur BL Hessen-Frankfurt Heinrich Galm, Alwin Heucke und Philipp Pless[18]. An der Leitung der politischem Arbeit in den Bezirken waren da, wo die entsprechenden Voraussetzungen dafür bestanden, in der Regel die Landtagsabgeordneten der KPO beteiligt; so in Sachsen, Thüringen und Württemberg[19]. Gemäß den organisatorischen Traditionen des KPD-Apparates wurde in den Bezirksleitungen die Koordination der Arbeit von – teils besoldeten, teils ehrenamtlichen – Sekretären vorgenommen; so z. B. in Berlin von Max Köhler, in Hessen-Frankfurt von Alwin Heucke und in Württemberg von Erich Hausen, der Anfang 1929 von Breslau nach Stuttgart übergesiedelt war[20]. Der innere Zusammenhalt der größeren Bezirke wurde durch relativ regelmäßige Funktionärs-[116]konferenzen organisiert[21]. Die überbezirkliche Zusammenarbeit wurde vor allem in Sachsen, durch eine gemeinsame Landesleitung der Bezirke zum Zweck der landespolitischen Arbeit, organisiert, doch gab es Ansätze zu einer solchen Kooperation zum Beispiel auch zwischen den Bezirken Württemberg und Hessen-Frankfurt – insbesondere bei der Herausgabe der Wochenzeitungen dieser Bezirke – oder zwischen den Bezirken Wasserkante [Hamburg] und Nord-West [Bremen][22].

Der Zentralisierung der Willensbildung und der Koordinierung der politischen Arbeit im Reichsmaßstab dienten die Institutionen der Reichskonferenz und der Reichsleitung der KPO. Nach der ersten Reichskonferenz der „Rechts“-Opposition am 30. Dezember 1928 in Berlin (I. RK) fanden noch vier weitere Reichskonferenzen statt: am 19. Oktober 1929 in Weimar (II. RK), am 13. und 14. Dezember 1930 in Berlin (III. RK), am 19. und 20. Dezember 1931 in Berlin (IV. RK) und am 31. Dezember 1932/1. Januar 1933 in Berlin (V. RK). Während es bei der I. RK einen einheitlichen Delegationsmodus noch nicht gab, die Delegierten teils aus den bestehenden oppositionellen Funktionärskörpern in den Ortsgruppen und Bezirken gewählt wurden, teils auf eigene Initiative hin kamen, wurde für die II. RK ein solcher einheitlicher Modus angestrebt – in organisatorisch nicht konsolidierte Bezirke wurden indes Einladungen verschickt – und wurde er seit der III. RK einheitlich durchgeführt; dabei

entsandten die Bezirke für je 100 „abgerechnete Mitglieder“ einen Delegierten und einen weiteren, wenn die verbliebene Restzahl 50 überstieg. Die Delegierten waren nach Möglichkeit auf einer BK zu wählen, in Ausnahmefällen konnten sie von den BLen aus den Ortsgruppen unter Berücksichtigung des Stärkeverhältnisses ausgewählt werden[23]. Neben aktuellen politischen Fragen, insbesondere der Frage des Kampfes gegen den Faschismus, standen auf der II. und III. RK die politische Plattform der KPO, auf der IV. RK das Verhältnis der KPO zur SAP und auf der V. RK gewerkschafts- und organisationspolitische Fragen im Vordergrund der Diskussion.

Schon vor der I. RK hatte eine provisorische Reichsleitung der KPO bestanden. Eine ordentliche Reichsleitung (RL) wurde zum erstenmal auf der I. RK gewählt; deren genaue Zusammensetzung konnte jedoch nicht festgestellt werden[24]; mit Sicherheit oder hoher Wahrscheinlichkeit gehörten ihr mindestens Heinrich Brandler, August Thalheimer, [117] Jakob Walcher, Paul Frölich, August Enderle, Paul Böttcher, Hans Tittel, ferner vermutlich Erich Hausen, Heinrich Galm und Erna Halbe an. Als Vertreter der Berliner Organisation nahm Max Köhler an Sitzungen der RL teil. Die Zusammensetzung der RL, welche auf der II. RK gewählt wurde, wurde bekanntgegeben. Der „engeren Leitung, die die laufende Arbeit erledigt“, gehörten an: Heinrich Brandler, August Thalheimer, Jakob Walcher, Paul Frölich, Albert Schreiner, August Enderle, Erich Hausen, Werner Jurr[25], Paul Böttcher, Erna Halbe und Hans Tittel; zur „Erweiterten Reichsleitung“ gehörten weitere acht Funktionäre, unter ihnen Heinrich Galm, Karl Frank[26] und Max Köhler[27]. Auf der III. RK wurde die Zweiteilung der RL in ein engeres und ein erweitertes Gremium zunächst aufgehoben, doch wurde diese Unterscheidung im Laufe des Jahres 1931 faktisch und auf der IV. RK auch offiziell wieder eingeführt[28]. Der auf der III. RK gewählten RL gehörten die meisten vorhergehenden Reichsleitungsmitglieder an, unter anderem Thalheimer, Brandler, Leo, Enderle, Frölich, Walcher, Halbe, Frank und Köhler, ferner Hermann Gebhardt, Alfred Schmidt und wahrscheinlich Paul Böttcher und Robert Siewert[29]. In der Konsequenz innerorganisatorischer Spannungen legten am 17./18. Oktober 1931 die Reichsleitungsmitglieder Walcher, Enderle, Frölich, Halbe, Frank, Gebhardt und Köhler ihre Funktionen nieder[30]. Den auf der IV. und V. RK gewählten Reichsleitungen gehörten mit Sicherheit oder hoher Wahrscheinlichkeit Brandler, Thalheimer, Leo, Schmidt, Siewert, ferner vermutlich Böttcher und Hausen, möglicherweise auch Waldemar Bolze an. Die Arbeit der – engeren – RL wurde auf ein- bis zweimal wöchentlich tagenden Sitzungen erledigt, die häufig mit den regelmäßigen Redaktionssitzungen für die zentrale KPO-Presse – „Gegen den Strom“ und später „Arbeiterpolitik“ – verbunden wurden[31]. Zu den Sitzungen wurden bei Bedarf und nach Möglichkeit Vertreter der Bezirke hinzugezogen, wobei diese Tagungen dann, wenn es um die Lösung innerorganisatorischer Konflikte ging, nahezu den Charakter von Funktionärskonferenzen im Reichsmaßstab annahmen[32].

Der RL angegliedert waren verschiedene Kommissionen, denen die Bearbeitung von dauernd aktuellen politischen Fragen übertragen war. Bereits auf der I. RK wurden eine Programmkommission und eine Kommission für Gewerkschaftsfragen gewählt[33]; Ende 1931 bestanden zudem eine Genossenschaftsleitung, eine Zeitungskommission und eine Bildungskommission[34]. Zur Koordinierung der Arbeit der RL und ihrer Kommissionen [118] diente ein RL-Sekretariat („Zentralstelle“), das zumindest zeitweilig aus drei Mitgliedern bestand[35]; die Funktion des hauptamtlichen Sekretärs – abgesehen von Positionen im Pressewesen der KPO die einzige bezahlte Stelle im zentralen Apparat der Gruppe – wurde zunächst von Jakob Walcher, seit Anfang 1931 von Heinrich Brandler wahrgenommen[36].

Die Verbindung zwischen Reichsleitung und den Bezirks- und Lokalorganisationen wurde – abgesehen von der Presse und den Referentenrundreisen von RL-Mitgliedern – durch regelmäßige Rundschreiben hergestellt, die eher informativen als dirigistischen Charakter hatten; strittige Fragen der praktischen politischen Arbeit scheinen eher auf informellen Wege gelöst worden zu sein[37], sofern nicht in lokalen und bezirklichen Fragen die Entscheidung überhaupt den entsprechenden Mitgliedschaftsvertretungen überlassen war[38]. Der Koordinierung der Willensbildungen von bezirklichen Funktionärskadern mit derjenigen der Reichsleitung – bzw. ihrer Mehrheit – dienten Funktionärskonferenzen auf Reichsebene; deren wichtigste für das Bestehen der KPO war – abgesehen von der bereits zitierten Reichsleitungs-Funktionärs-Tagung vom 17./18. Oktober 1931 – die Reichsfunktionärskonferenz vom 14. Juni 1931, die sich mit der „innerparteilichen Lage in der KPD.O.“ beschäftigte[39].

Der Apparat der formalen KPO-Organisation war trotz der geschilderten Regelhaftigkeit wenig konsolidiert und relativ flexibel; nicht zuletzt deshalb, weil sich dieser Apparat aus den niedrigen Mitgliedsbeiträgen, aus den an die Organisation abgeführten Teilen der Abgeordnetendiäten und aus Spenden von Mitgliedern und Sympathisierenden erhalten mußte, funktionierte er vor allem zweckrational, wenngleich vielfach in improvisierten Formen: „Übermäßiges Gewicht auf Organisation wurde in der KPO nicht gelegt“[40].

b. Die materiale organisatorische Binnenstruktur

Das skizzierte organisatorische Gerüst der KPO erhielt durch Struktur, Umfang und Streuung der Mitgliedschaft seine spezifische Bedeutung. Für die Erreichung ihres politischen Ziels, die KPD zu „erobern“ oder zu „reformieren“, hatte die KPO in der Zusammensetzung [119] ihrer Mitgliedschaft, die in der Regel durch langjährige politische Erfahrung und besondere theoretische oder praktische politische Qualifikationen ausgezeichnet war, durchaus gute Voraussetzungen aufzuweisen. Indes war die KPO zahlenmäßig keine bedeutende Organisation[*].

Es gelang der KPO im Jahre 1929 nur, einen Teil derjenigen ehemaligen Mitglieder der KPD zu organisieren, die nach der Thälmann-Wittorf-Affäre ihrer „rechten“ Abweichungen von der ZK-Linie wegen aus der Partei ausgeschlossen wurden. Während es in den ersten Monaten des Jahres 1929 noch so aussah, als ob, einerseits, die Ausschlußwelle sich steigern würde und, andererseits, die Rate derjenigen Ausgeschlossenen, die sich der KPO anschließen würden, noch in Wachsen sei – noch Mitte 1929 hoffte Thalheimer auf baldige wesentliche Neugewinne von Kräften aus der KPD für die KPO[41] – so sollte sich Ende dieses Jahres und erst recht in der darauffolgenden Zeit zeigen, daß die organisatorische Umgruppierung im kommunistischen Lager zugunsten der „Rechts“-Opposition in wesentlichen in Sommer 1929 abgeschlossen war. Der Vergleich von Angaben über den zahlenmäßigen Umfang der Opposition gegen das ZK nach der Thälmann-Wittorf-Affäre im Jahre 1928 mit Hinweisen über die organisatorische Stärke der KPO in verschiedenen Orten in den Jahren 1929 oder 1930 deutet darauf hin, daß es der KPO lediglich gelang, durchschnittlich höchstens die Hälfte der ursprünglichen Opposition – von der nach einer Schätzung 6.000 Parteimitglieder ausgeschlossen wurden[42] – zu organisieren[43]. Der Mitgliedsbestand stieg durchschnittlich bis Mitte 1929 beträchtlich, danach nur noch wenig an und blieb in der Folgezeit bis zur IV. RK verhältnismäßig konstant – was lokale Zuwächse, beispielsweise in Württemberg oder Breslau[44], und Zunahmen durch Gründung oder Gewinnung neuer Gruppen, wie 1930 in Bayern und Niedersachsen oder 1931 im Bezirk Wasserkante[45], nicht ausschloß[46].

Über die Mitgliedszahlen der KPO liegen lediglich fragmentarische oder einander widersprechende Angaben vor. Die Mitgliedsstärke in den Bezirken und in einzelnen Orten ist nur in wenigen Fällen – und auch hier nur als grober Schätzwert – bekannt. Der Bezirk mit der größten Mitgliedszahl war Groß-Thüringen (einschließlich Erfurt); er hatte im hier betrachteten Zeitraum – bis Ende 1931 – nach der niedrigsten Schätzung maximal ca. 700, nach der höchsten maximal ca. [120] 1.500 Mitglieder[47]. Der nächst stärkere Bezirk war – durch den Anschluß der Offenbacher Gruppe an die KPO – Hessen-Frankfurt; der Vorsitzende der Offenbacher Gruppe, Heinrich Galm, konnte bei einer entscheidenden Abstimmung im November 1928 340 Stimmen in der damaligen KPD-Gruppe für sich gewinnen; der größere Teil dieser Mitglieder schloß sich der KPO an, die dann 1929 nach eigenen Angaben noch 150 neue Mitglieder gewonnen haben will und zudem im übrigen Bezirk noch über weit mehr als hundert Mitglieder verfügte; der Gesamtbezirk dürfte sicherlich 500 Mitglieder gehabt haben[48]. In Sachsen hatte die KPO in Leipzig eine verhältnismäßig gute Position; hier verfügte sie nach verschiedenen Schätzungen über maximal 200 bis 300 Mitglieder[49]; im Bezirk Erzgebirge-Vogtland gab es nach einer Schätzung im betrachteten Zeitraum zwischen 400 und 500 Mitglieder[50]. Für Schlesien Anfang 1929 wurden „mehrere hundert“, für Niedersachsen 1930 gegen hundert Mitglieder angegeben[51]. Schätzungen für Hamburg nennen 100 bis 150 Mitglieder[52].

Die Gesamtmitgliedzahl der KPO ist ebenfalls nicht genau bekannt. Offizielle Angaben zur II. RK, aber auch ein nachträglicher Bericht eines ehemaligen Mitglieds der RL nennen – als Maximum –

[*] Mitglieder der KPD nannten die KPO geringschätzig: KP0 = KP Null. *KWF*

6.000 Mitglieder, eine Zahl, die nach der Kombination von Angaben über die lokalen Mitgliedsstärken und von allgemeinen Hinweisen auf die Stärke der einzelnen Orte und Bezirke mit Sicherheit zu hoch gegriffen ist[53]; nach diesen Kombinationen ist die Angabe Heinrich Brandlers – Gesamtmitgliederzahl 3.500 – mit sehr großer Wahrscheinlichkeit nicht zu hoch, sondern eher noch zu niedrig gegriffen[54]. Diese Mitglieder dürften sich nach einer sehr groben Schätzung auf die einzelnen Bezirke ungefähr folgendermaßen verteilt haben: [121]

Geschätzte Verteilung der KPO-Mitgliedschaft auf die Bezirke 1030–1931

Bezirke	Anteil a. d. Gesamtmitgliedschaft in Prozenten
Großthüringen	29
West- und Ostsachsen, Erzgebirge-Vogtland	19
Hessen-Frankfurt	14
Berlin-Brandenburg*	6
Württemberg	6
Mittelrhein, Niederrhein, Ruhr	6
Halle-Merseburg, Magdeburg-Anhalt, Niedersachsen	5
Wasserkante, Nordwest**	5
Schlesien	4
Saar, Hessen-Waldeck	3
Nordbayern, Südbayern	2
Ostpreußen, Danzig, Pommern	1
* Vgl. Anm. 53 ** ohne Geesthacht	100

Die Verteilung der relativen Stärke der KPO, gemessen an der jeweiligen Stärke der Kommunistischen Partei, wich vom diesem Bilde ab; diese relative Stärke war sehr groß in Thüringen und besonders in Hessen-Frankfurt – in diesem Bezirk hatte die KPD, mit Ausnahme eben von Offenbach, nie über größere Anhängermassen verfügt; sie war gering in den sächsischen Bezirken, in denen die radikale Linke seit je über großen Einfluß verfügte[55]. Auch innerhalb der Bezirke war die Opposition – oft entsprechend der Einflußverteilung der KPD – meist sehr verschieden stark; ihr Einflußbereich konzentrierte sich häufig um bestimmte Zentren – z. B. auf das Industriegebiet im Bergischen Land, auf den Thüringer Wald und das Gebiet um Erfurt und Weimar, auf das Industriegebiet um Merseburg, auf Chemnitz und einige umliegende Orte oder auf Stuttgart und seine Industrievororte. In verschiedenen Bezirken gelang es der KPO, einige traditionelle „rote Hochburgen“ zu erobern – so Offenbach, dann Ruhla und andere thüringische Orte, z. B. Elgersburg und Steinheid, ferner zeitweilig Geesthacht bei Hamburg[56].

[122] Die Struktur der Mitgliedschaft selbst war, von Merkmalen politischer Tradition abgesehen, wenig einheitlich. Ihre Gliederung nach der Berufsstellung der Mitglieder war, wie nicht anders zu erwarten, durch die Dominanz der Arbeiter gekennzeichnet; doch zeigt die Gliederung der Mitgliedschaft nach den Merkmalen des persönlichen Berufes beziehungsweise der Berufstätigkeiten in den verschiedenen Wirtschaftszweigen und -gruppen, soweit darüber überhaupt zumindest summarische Angaben vorliegen, ein weniger einheitliches Bild. Der beruflichen Qualifikation oder dem Tätigkeitsbereich nach war ein gut Teil der Mitgliedschaft mit hochdifferenzierten Industrien verflochten, insbesondere – so in Stuttgart, Nürnberg und teilweise in Berlin und in Teilen Thüringens – mit der metallverarbeitenden oder der Elektroindustrie[57]; ein Teil der Leipziger Mitglieder rekrutierte sich aus Druck- oder Kürschnerberufen, ein Teil der Offenbacher und auch der Stuttgarter Mitglieder aus Lederverarbeitungsberufen[58]. Andererseits war ein Teil der Mitgliedschaft mit weniger oder kaum spezialisierter Berufspraxis verbunden; so besonders ein Teil der thüringischen, in den Kleinindustrien und im Kleingewerbe des Thüringer Waldes beschäftigten Mitgliedschaft oder die Mitglieder der relativ starken Gruppe in Geesthacht, die vor allem in der Korbflecht- und Glasindustrie arbeiteten[59]. Mit diesen Unterschieden korrespondierten solche in der sozioprofessionellen Struktur; wenngleich genaue Angaben über die Mitgliederverteilung nach sozioprofessionellen Merkmalen nicht vorliegen, kann doch gesagt werden, daß sich die Mitgliedschaft der KPO keineswegs, soweit es sich um Arbeiter

handelte, überwiegend aus Facharbeitern und schon gar nicht überwiegend aus Facharbeitern mit Spitzenverdiensten rekrutierte; vielmehr machten ungelernte und angelernte Arbeiter einen nicht unbeträchtlichen Teil der Mitgliedschaft aus[60]. Zur Charakterisierung der beruflichen und sozialen Struktur ist ferner anzumerken, daß ein Großteil der KPO-Mitglieder – abgesehen von einigen Kategorien der Facharbeiter und von den in den thüringischen Kleinindustrien Beschäftigten – zeitweise oder ständig erwerbslos war[61]; endlich, daß die KPO über – zahlenmäßig unbedeutenden – Anhang in den kommunistischen Studentengruppen, unter anderem in Berlin und besonders in Frankfurt-M., verfügte[62].

Aus diesen Besonderheiten der beruflichen und sozialen Struktur lassen sich kaum – wie es die offizielle kommunistische Theorie von der [123] KPO als einer Assoziation der „Arbeiteraristokratie“ versuchte[63] – Faktoren der Gruppenbildung und -integration ableiten. Diese Integrationsfaktoren waren vielmehr – vom zugrundeliegenden gemeinsamen Interesse der Oppositionsmitglieder an der Herstellung einer „revolutionären Massenpartei“ ganz abgesehen – politischen Charakters; der Zusammenhalt der Gruppenmitglieder war primär bedingt durch die sei’s eigene, sei’s durch die zentralen und bezirklichen Führungsgruppen vermittelte Tradition politischer Theorie und Praxis, welche die für die Kommunisten erfolgreiche Politik der KPD der Jahre bis 1923 fortzusetzen trachtete und die für sehr viele Oppositionsmitglieder sowohl in ihren politischen Anschauungen wie in ihrer politischen Arbeit – besonders in den Gewerkschaften und in anderen Massenorganisationen der Arbeiterbewegung – unmittelbar aktuell war. Diese besondere, nicht allein politisch-theoretische, sondern zugleich durch aktuelle und für sie erfolgreiche politische Praxis vermittelte Qualifikation der KPO-Mitgliedschaft wurde von Repräsentanten gegnerischer politischer Parteien und sozialer Schichten durchaus anerkannt. Von den offiziellen Kommunisten über die Sozialdemokratie bis hin zum bürgerlichen Lager konnte man nicht umhin, zuzugeben, daß es sich bei der KPO – nach einer SPD-Stimme – um „die alte Garde der KPD.“ handelte[64] und daß es – wie ein KP-Vertreter schrieb – „Brandler und Thalheimer gelungen [war], unter ihrer Fahne eine ansehnliche Führergruppe mit großen Namen zusammenzubringen“[65]; und die „Vossische Zeitung“ urteilte:

> „Es sind qualitativ hervorragende Kräfte, die sich um Brandler gesammelt haben. Sie blicken alle auf eine langjährige Praxis in der Arbeiterbewegung zurück. Größtenteils gehören sie zu den Mitbegründern des Spartakusbundes und sind vo[m] Kriege her in der konspirativen Arbeit geschult. Nur so ist es zu erklären, daß die Führung der kommunistischen Partei mit dieser Opposition nicht so leicht fertig wurde, wie mit den vielen abgesplitterten Gruppen in den Jahren vorher“[66].

Dieser politischen Qualifikation eines Großteiles der KPO-Mitgliedschaft[67] ist es zuzuschreiben, daß der Einfluß der Gruppe innerhalb der Arbeiterbewegung – wie sich an der Verbreitung der KPO-Presse und an den Wahlergebnissen zeigte[68] – jedenfalls in den ersten Jahren ihres organisatorisch selbständigen Bestehens weit größer war, als der begrenzte Mitgliederbestand vermuten läßt; nach anscheinend [124] zuverlässigen Berichten[69] war der Kreis der Sympathisierenden – etwa der Kreis der regelmäßigen Besucher öffentlicher Versammlungen der KPO – mancherorts doppelt bis dreifach so groß wie der Mitgliederbestand; so zum Beispiel in Stuttgart, Offenbach, Leipzig und in Thüringen[70].

Jene politische Tradition der KPO-Kader erstreckte sich freilich – zumindest zunächst – nicht auf die gesamte Mitgliedschaft. Der Prozeß der politisch-organisatorischen Umgruppierung im kommunistischen Lager seit der Thälmann-Wittorf-Affäre hatte sich nicht auf die ehemaligen KPD-Führungskader der Zeit bis 1923 beschränkt, sondern auch Anhänger dieser ehemaligen Führungsgruppe sowie andere Mitglieder erfaßt, deren Mitgliedschaft in der KPD jüngeren Datums war; ein – wenn auch recht kleiner – Teil der KPO-Mitgliedschaft rekrutierte sich aus ehemaligen KPD-Mitgliedern, die erst im Parteimilieu der nachbrandlerischen Parteiführungen mit dem Kommunismus in Berührung gekommen waren und somit zweifellos nicht über jenes Niveau der politischen Schulung verfügten, das in der KPD vor 1923 eher die Regel war; zudem war ein anderer, aus älteren KPD-Mitgliedschaftsschichten stammender Teil der KPO-Mitglieder jedenfalls ein halbes Jahrzehnt lang mehr oder minder durch das dogmatisch-ideologische innerparteiliche Normensystem beeinflußt worden, das seit der „Bolschewisierung“ der Partei ab 1924 das vorherige und im Verhältnis hierzu kritischere marxistische Denken in der KPD abgelöst hatte; ein weiterer, zahlenmäßig jedoch geringer Teil der

Mitgliedschaft war erst seit dem Eintritt in die KPO politisch organisiert[71]. Diese Unterschiede in der politischen Tradition deckten sich teilweise mit anderen Divergenzen im politischen Habitus der Mitgliedschaft; zwischen den Vertretern der proletarischen oder akademischen Intelligenz in der KPO-Führung einerseits – etwa den im Arbeiterbildungswesen politisch und theoretisch geschulten Funktionären Heinrich Brandler oder Paul Frölich beziehungsweise den akademisch ausgebildeten Intellektuellen der KPO wie August Thalheimer – und einem Großteil der Mitgliedschaft andererseits – insbesondere jenen Gruppierungen, die von der politisch-theoretischen Tradition der Partei vor 1925 unberührt oder ihr entfremdet waren – bestand zweifellos ein beträchtliches Bildungsgefälle, das der Integration der Gruppe hinderlich war; dieses Gefälle wird durch einen Vergleich der [125] theoretischen Aufsätze in „Gegen den Strom“, etwa der Thalheimerschen Faschismustheorie, mit Dokumenten über das innerparteiliche Leben vor allem in denjenigen Ortsgruppen der Opposition, welche nicht traditional mit den Führungskadern der KPO verbunden und insofern für die Organisation freilich nicht repräsentativ waren, eindringlich demonstriert[72].

Solche Inhomogenität hatte durchaus ihre politischen und organisatorischen Konsequenzen; so war zwar die Fluktuation in der Mitgliedschaft der KPO – besonders verglichen mit derjenigen in der KPD[73] – recht gering, doch gab es immerhin in der Zeit bis zur IV. RK nicht nur eine Reihe von Neuaufnahmen und Ortsgruppengründungen, sondern auch eine Anzahl von Austritten, die meist entweder der SPD zugute kamen oder aber ein endgültiges Ausscheiden der Betreffenden aus der politischen Arbeiterbewegung bedeuteten[74]. Vor allem aber war eine größtmögliche politische Homogenität der Gruppe eine unerläßliche Voraussetzung für die Verwirklichung jenes politischen Ziels, diejenige Organisation herzustellen, die für die Reformierung, Eroberung oder gegebenenfalls auch Ersetzung der Kommunistischen Partei die Kader stellen sollte. Ein wesentliches Moment der innerorganisatorischen Entwicklung der KPO war daher der Prozeß der ideologischen Integration auch derjenigen Teile der Mitgliedschaft, deren Konflikt mit der Linie des ZK der KPD durch eine eigene politisch-theoretische Konzeption nicht vermittelt gewesen war. Ein Faktor dieser Integration war der relativ häufige unmittelbare Kontakt der RL-Mitglieder mit der Mitgliedschaft, der sich durch die Referententätigkeit der führenden Funktionäre in lokalen Versammlungen ergab und dann durch die Einrichtung von „Informationsabenden“ zu wichtigen taktisch-politischen Fragen bis zu einem gewissen Grade institutionalisiert wurde; häufig wiederkehrende Themen solcher Veranstaltungen betrafen die Geschichte der KPD, insbesondere die des Oktober 1923, und aktuelle politische Fragen, insbesondere die Kritik der KPO an der politischen Taktik der KPD im gegebenen Zeitpunkt[75]. Die ideologische Integration wurde dann seit Ende 1929 und besonders seit 1930 in den größeren Zentren der Opposition – z. B. in Berlin, Leipzig, Stuttgart – durch regelmäßig durchgeführte „marxistische Bildungszirkel“, „marxistische Arbeitsgemeinschaften“ und „Kursen, für die teilweise sogar Teilnahmegebühren erhoben werden konnten, gefördert; deren Thematik war nicht [126] mehr nur auf die Kritik der Geschichte und Taktik der KPD konzentriert, sondern zielte in der Regel auf eine Art Theorie der aktuell relevanten politischem Praxis, wobei ferner meist Fragen der Entstehung und der Erscheinungsformen des Faschismus in den Lehrgangsstoff einbezogen waren. So wurden im ersten Berliner Kursus im Winterhalbjahr 1929/30 an insgesamt 24 Abenden folgende Themen bearbeitet

> „1. Die gegenwärtigen Klassenverhältnisse in Deutschland und die Grundfragen der Arbeiterbewegung.
> 2. Probleme der Gewerkschaftsbewegung.
> 3. Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung seit 1918“,

wobei als Lehrer Heinrich Brandler, August Enderle, Paul Frölich, Albert Schreiner, August Thalheimer und Jakob Walcher fungierten[76]. Im darauffolgenden Winterhalbjahr wurden in Berlin Fragen des Faschismus bearbeitet, nämlich die Themen

> „Die Vorläufer des Faschismus.
> Die ökonomischen Grundlagen des Faschismus.
> Der Faschismus in Italien.
> Die faschistische Bewegung in Deutschland.
> Demokratie und Diktatur“[77].

Eine besonders intensive Schulung dieser Art wurde durch Wochenendkurse der KPO – an denen, wie an den fortlaufenden Arbeitskreisen, auch Nichtmitglieder teilnahmen – erreicht; sie fanden regelmäßig vor allem in Berlin statt und wiesen ständig steigende Teilnehmerzahlen auf[78].

Die ideologische Integration der Mitgliedschaft wurde jedoch am nachhaltigsten gefördert durch die breite Diskussion der – nach der Intention der Führungsgruppe – gruppenspezifischen Normen der KPO selbst, ihrer ideologischen „Plattform“. Materialien und Rohentwürfe zu dieser Plattform – als deren wichtigstes Stück die Arbeiten zu einem Aktionsprogramm der KPD – hatten bereits der I. RK vorgelegen; sie wurden von der Programmkommission bearbeitet und in vorläufiger Form fixiert. Dieser vorläufige Entwurf[79] – Resultat einer etwa einjährigen kollektiven Arbeit innerhalb der Führungsgruppe – intendierte, ein „Gesamtbild des Weges der proletarischen Revolution in Deutschland“ zu geben und damit nachzuholen, was die deutsche Sektion der KI bis dahin – und auch später – nicht geleistet hatte[80]. [127] Die II. RK beschloß, diesen Entwurf prinzipiell zu billigen und ihn, in einer erweiterten Fassung, der Mitgliedschaft zur Diskussion vorzulegen, um später endgültig hierüber zu befinden. Die Diskussion, für die zunächst nur eine kurze Frist vorgesehen war, erstreckte sich tatsächlich über den Zeitraum bis zur III. RK Ende 1930 hin. Schon die Direktiven der entsprechenden RL-Kommission forderten, „möglichst die *gesamte Mitgliedschaft* an der Diskussion zu beteiligen“ und, „wo es irgend möglich ist“, „*Arbeitsgemeinschaften* zur Durcharbeitung der Plattform“ zu bilden[81]. In der Tat wurde das insgesamt 200 Fragen und thesenartige Antworten umfassende Dokument[82] mit einer bemerkenswerten Intensität in breiten Schichten der Mitgliedschaft durchgearbeitet – wenngleich es hierbei regionale Unterschiede gab[83]. Diese Diskussion erstreckte sich teilweise auch auf die Vorentwürfe und wurde mit der endgültigen Annahme der Plattform auf der III. RK Ende 1930 nicht unbedingt schon eingestellt; so wurde z. B. „die Plattform in Leipzig in einem fortlaufenden Kursus von etwa 60 Teilnehmern unter der Leitung Paul Frölichs in etwa wöchentlichen Treffen etwa 2 Jahre lang aktiv diskutiert“[84]. Diese breite und intensive Diskussion trug unzweifelhaft zur Integration der Gruppenmitglieder in sehr hohem Maße bei[85]. Nicht ohne Grund konnte die KPO-Führung nach der Annahme der Plattform auf der III. RK, mit einer Polemik gegen die offizielle KP, behaupten:

> „Wir haben gezeigt, wie das ideologische Niveau wirklich gehoben, die theoretische Schulung der Mitglieder wirklich herbeigeführt werden kann. Wir haben keine Mittel, um Lenin-Schulen mit zweijährigen Kursen zu organisieren, aber wir haben es dank unserer richtigen Politik und dank der innerparteilichen Demokratie in unserer Gruppe bewirkt, daß unsere Genossen trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, unter denen sich ihre Arbeit abspielt, noch Zeit finden, die großen Probleme der Revolution gründlich durchzuarbeiten und im Sinne von Marx und Lenin zu lösen“[86].

Die politische Schulung, der wichtigste Zug des innerorganisatorischen Lebens der KPO, war mit Beendigung dieser Plattformdiskussion indes nicht abgebrochen; eher wurde sie noch verstärkt. In einer Resolution der Berliner BK vom 31. Mai 1931, deren Tendenz sicher kein Ausnahmefall war, wurde zum Beispiel die Notwendigkeit betont,

> „*eine intensive politische Schulungsarbeit, die Mehrung des Funktionärskaders, die Qualifizierung jedes Genossen zum selbständigem Parteiarbeiter* [zu erreichen]. Bis zur Wiederaufnahme der zentralen Kursusarbeiten ist im Sommerhalbjahr [128] die Organisierung von *Wochenendkursen und Tageskursen für arbeitslose Genossen* in Angriff zu nehmen. Zur systematischen Heranziehung von Arbeitern zur Gruppe ist in den Verwaltungsbezirken und Ortsgruppen die zu Anfang mit Erfolg betriebene *Zirkelarbeit* erneut zu forcieren. (Betriebe, Massenorganisationen, KPD., SPD., SAJ. KJV.) Diese äußerst notwendige Arbeit kann durch Mitgliederversammlungen mit Sympathisierenden nicht ersetzt werden, muß diese vielmehr ergänzen“[87].

Hier war, nach dem vorläufigen Abschluß des Integrations- und Selbstverständigungsprozesses der Gruppe, die politische Schulungsarbeit bereits direkt mit dem Ziel der Verbreiterung des Einflußbereiches der KPO verknüpft – eine Aufgabe, die vor Abschluß dieses Prozesses oft lediglich abstrakt gestellt werden konnte. Sie war in anderen Formen – nämlich durch das vergleichsweise gut

funktionierende Pressewesen der KPO – gleichwohl längst, nämlich bereits seit dem Beginn der organisatorisch selbständigen Existenz der kommunistischen „Rechts“-Opposition, in Angriff genommen.

c. Presse und Propaganda

Wie für die übrige Arbeiterbewegung, so war auch für die KPO die Presse ein sehr wesentlicher Faktor der Reproduktion ihrer Organisation und der Ausweitung ihres Einflusses in der Arbeiterschaft[88]. Für die Handhabung dieses Kommunikationsmittels verfügte die Gruppe insofern über gute technische Voraussetzungen, als sich ihr eine Reihe ehemaliger Parteizeitungsredakteure, die ihrer Kritik an der Thälmann-Zentrale wegen gemaßregelt und ausgeschlossen worden waren, angeschlossen hatte[89]; ihr gehörten ferner – z. B. in Leipzig – qualifizierte Arbeiter aus dem graphischen Gewerbe an. So handelte es sich bei den größeren Blättern der KPO – besonders in Anbetracht der Begrenzung der finanziellen Mittel – der Form und dem Inhalt nach um durchaus gute Zeitungen. Vor allem „Gegen den Strom“ und die „Arbeiterpolitik“, aber auch die „Arbeiter-Tribüne“ und das „Volksrecht“ hoben sich journalistisch wie den Umbruch und teilweise der Kopfgestaltung nach von den Presseerzeugnissen anderer sozialistischer oder kommunistischer Splittergruppen positiv ab[90].

Schon vor der I. RK hatten zwei größere Zeitungen der „Rechts“-Opposition bestanden: das von der Breslauer Gruppe herausgegebene, wöchentlich erscheinende Organ „Gegen den Strom“, das von Jahrgang [129] 1929 an als politisches und theoretisches Zentralorgan in Berlin erschien, und das zunächst unregelmäßig, später wöchentlich erscheinende Blatt der Offenbacher Gruppe, das „Volksrecht“. Am 19. Januar 1929 erschien ferner in Leipzig die erste Nummer der Wochenzeitung „Arbeiterpolitik“. Hierzu trat im Laufe des Jahres 1929 noch eine Reihe anderer, meist wöchentlich erscheinender Zeitungen. Zu ihrer Entstehungsgeschichte bemerkte August Thalheimer:

> „Sie wuchsen organisch aus der Oppositionsbewegung heraus. Die Etappen waren in der Regel dieselben: Zuerst das vervielfältigte ‚Material‘, dann das innerparteiliche ‚Mitteilungsblatt‘, schließlich das politische Wochenblatt, das sich gleichzeitig an die Parteimitglieder und an die Arbeiteröffentlichkeit wendet“[91].

So erschien seit Februar 1929 für den Bezirk Wasserkante in Hamburg das Blatt „Partei in Gefahr“[92] am 10. März beschloß die BK für Groß-Thüringen, eine Wochenzeitung mit dem Titel „Arbeiterpresse“ herauszugeben[93]; sie erschien gleich darauf unter dem Titel „Arbeiterpresse – Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)“ mit dem Impressumverlagsort Jena, war jedoch zunächst ein Kopfblatt der Leipziger „Arbeiterpolitik“ mit einer Lokalredaktion unter Hans Tittel; sie wurde mit dem 31.12.1930 in eine Nebenausgabe der „Arbeiterpolitik“ umgewandelt[94]. Unter der Redaktion von Richard Janus erschien für die württembergische KPO ab April 1929 in Stuttgart die „Rote Einheit“, die vom 15. Juni 1929 an durch die Wochenzeitung „Arbeiter-Tribüne“ ersetzt wurde[95]. Als Ersatz für das nach Berlin verlegte Organ „Gegen den Strom“ schuf sich die Breslauer KPO die – von Reinhold Steffen redigierte – Zeitung „Der Kämpfer – Organ der KPD. (Opposition) für Schlesien“; sie erschien wöchentlich vom April 1929 bis 1930; ebenso lange wurde für die Opposition im Rheinland unter der Redaktion von D. Lubinski „Der Klassenkampf – Organ der K.P.D. (Opposition)“ in Düsseldorf vierzehntägig herausgegeben; beide Blätter wurden dann zugunsten der zentralen KPO-Presseorgane eingestellt[96]. Für das Saargebiet erschien 1929 zunächst die Wochenzeitung „Der rote Pionier“, ab August desselben Jahres in Völklingen die „Saar-Arbeitertribüne“[97]. Sieht man von den Publikationen der KPO-Nebenorganisationen ab, so verfügte somit die KPO ein Jahr nach dem ersten Erscheinen eines oppositionellen Blattes – „Gegen den Strom“ – [130] über acht weitere Zeitungen; deren Gesamtauflage, einschließlich des Blattes der Jugend-Opposition, soll zur Zeit der II. RK über 25.000 Exemplare betragen haben[98]. Von diesen Zeitungen hatten „Gegen den Strom“, „Arbeiterpolitik“ bzw. „Arbeiterpresse“, „Volksrecht“ und „Arbeiter-Tribüne“ die weiteste Verbreitung.

„*Gegen den Strom – Organ der KPD (Opposition)*“ wurde bis zur ersten Nummer des fünften Jahrganges (1932) von August Thalheimer, Heinrich Brandler, Jakob Walcher und Erich Hausen herausgegeben und erschien bis zur letzten Ausgabe von 1930 wöchentlich. Für den Inhalt zeichnete Paul Frölich verantwortlich. Es erschien im „Junius-Verlag“ Heinrich Brandlers. In diesem ersten Abschnitt seines Erscheinens in Berlin hatte es die Funktion eines Zentralorganes, welches neben der

theoretischen Diskussion und der laufenden Analyse der aktuellen Politik auch reine Informationen über die politische Entwicklung, besonders in der Arbeiterbewegung, und über die innerorganisatorische Entwicklung der KPO, insbesondere über die Arbeit der zentralen Führungsgremien und die Arbeit der KPO in den Bezirken, publizierte;

Innerparteilicher Geheimbeschluß des ZK der KPSU

GEGEN DEN STROM
ORGAN DER KPD (OPPOSITION)

Nr. 20 | 18. Mai | Herausgegeben von A. Thalheimer, H. Brandler, J. Walcher, E. Hausen | 2. Jahrgang 1929

Der Faschismus auf dem Vormarsch!

Ausschnitt einer Titelseite von „Gegen den Strom“

dies schloß die Veröffentlichung der offiziellen Dokumente der Organisation ein. Die in der Regel sechzehnseitige Ausgabe im ungefähren Quartformat, die abgesehen von verbandseigener Werbung keine Inserate [131] enthielt, brachte daher regelmäßig politische und theoretische Aufsätze, kommentierte Sachinformationen, die in der Regel exakt und gut fundiert waren und sich nicht auf die deutschen Verhältnisse beschränkten[99]; Polemiken und Glossen zur Entwicklung der anderen politischen Arbeiterorganisationen und der Gewerkschaften; eine bis vier Seiten Organisationsberichterstattung; ferner zuweilen Aufrufe, Resolutionen, Diskussionen, Rezensionen und Nekrologe. Zu aktuellen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung für die Oppositionsbewegung erschien eine Reihe von Sonderbeilagen. Der Stil dieses Blattes war durch eine eigenartige Mischung von seriöser Sachlichkeit und handfester, wenngleich nicht primitiver Polemik charakterisiert, welche anscheinend nicht zuletzt die redaktionelle Zusammenarbeit von Thalheimer und Brandler widerspiegelt. Mit dem Erscheinen der Tageszeitung der KPO – ab 1930 – wurde „Gegen den Strom“ bis zu einem gewissen Grade von der laufenden politischen und organisatorischen Berichterstattung entlastet. Es gewann damit, in den Worten Thalheimers,

> „die Möglichkeit, ausgedehnter und eingehender als dies bisher der Fall war, die theoretischen und praktischen Fragen der nationalen und internationalen kommunistischen Bewegung zu behandeln. Sein Ziel wird umschrieben durch die erweiterte Formel der von Rosa Luxemburg und Franz Mehring herausgegebenen Zeitschrift ‚Internationale‘: ‚*Für Praxis und Theorie des Marxismus und Leninismus*‘“[100].

Die inhaltliche Akzentverschiebung, die im Laufe des Jahres 1930 und besonders seit dem vierzehntägigen Erscheinen ab 1931 im „Strom“, wie er kurz genannt wurde, einsetzte, folgte diesem Programm und war zudem durch eine stärkere Berücksichtigung der Ereignisse in der internationalen kommunistischen Oppositionsbewegung und der innerparteilichen Diskussion – für die der „Strom“ freilich auch schon vorher, besonders bei der „Plattform-Diskussion“, Raum gegeben hatte – gekennzeichnet. Die Auflagenhöhe von „Gegen den Strom“ ist nicht bekannt. Wurden für die ersten Ausgaben nach der Angabe Hausens „einige tausend Exemplare“ gedruckt[101], so dürfte sich die Auflage später nicht wesentlich erhöht haben. Es hat den Anschein, als ob der „Strom“ im wesentlichen vom aktiven – also dem weitaus größten – Teil der [132] Mitgliedschaft gelesen wurde. Die Zeitung war finanziell ein Verlustgeschäft. Als Brandler 1933 Berlin verließ, hatte er – im wesentlichen für „Gegen den Strom“ – gegen 50.000 RM Schulden[102]. „*Arbeiterpolitik – Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)*“ wurde zunächst von der „Kommunistischen Fraktion des sächsischen Landtags (Opposition)“, ab April 1929 im „Verlag Arbeiterpolitik (Paul Böttcher) Leipzig“ bis Ende Dezember 1929 wöchentlich herausgegeben, wobei bis Ende 1930 Paul Böttcher für die Redaktion

verantwortlich zeichnete. Der Name dieser Zeitung nahm den Titel des Organs der „Bremer Linken“ im I. Weltkrieg um Knief und Frölich wieder auf. Sie war im ersten Jahr ihres Bestehens eine journalistisch gut gemachte, aber auf die Interessen der sächsischen KPO zugeschnittene Publikation. Angesichts des Aufschwungs, den die Oppositionsbewegung besonders in der ersten Hälfte des Jahres 1929 nahm, wurde von der KPO seit Mitte dieses Jahres die Umwandlung der „Arbeiterpolitik“ in eine Tageszeitung vorbereitet. Schon die II. BK des thüringischen Bezirks Anfang Juli 1929 hatte die Gründung einer Verlagsgenossenschaft, als Voraussetzung für die Herausgabe einer Tageszeitung für diesen Bezirk, gefordert[103]. Indes kam man überein, die Schaffung eines täglich erscheinenden Organs zur Angelegenheit aller Bezirke zu machen und für die Finanzierung der Umstellung der „Arbeiterpolitik“ auf tägliches Erscheinen und gegebenenfalls einer Organisierung weiterer Tageszeitungen eine überbezirkliche Genossenschaft zu gründen. Diese „Druck- und Verlagsgenossenschaft ‚Arbeiterpresse‘ e.G.m.b.H.“ wurde am 13. September 1929 in Berlin gegründet[104]. Die Umstellung der „Arbeiterpolitik“ wurde zunächst für Mitte November geplant[105]. Das Erscheinen der Tageszeitung, die zunächst im Lohndruck hergestellt werden sollte, verzögerte sich jedoch, weil die großen Leipziger Druckereien „aus ‚prinzipiellen Gründen‘ die Übernahme des Druckes zurück[wiesen]“[106]. Die Verlagsgenossenschaft erwarb daraufhin eine Flachsatz-Rotationsmaschine, um lediglich den Satz einer anderen Druckerei in Auftrag zu geben. Geschäftsführer des Unternehmens war Robert Siewert. Die Tageszeitung – „*Arbeiterpolitik – Tageszeitung der kommunistischen Opposition Deutschlands – Herausgegeben von der KPD (Opposition)*“ – erschien dann regelmäßig ab 1. Januar 1930, redigiert zunächst von vier, später drei Redakteuren, im Umfang von vier Seiten und mit einer ständigen zwei- oder [133] vierseitigen Beilage[107]. Vom dritten Jahrgang – 1931 – ab erschien die – kurz als „Arpo“ bezeichnete – Tageszeitung in Berlin und wurde im Lohndruck hergestellt. Für die Redaktion zeichneten hier zeitweilig Hans Beck, Jakob Walcher, Ernst Becker, 1932 Paul Böttcher und Hermann Meyer verantwortlich[108]. In diesem dritten Jahrgang erschien sie in drei Ausgaben: für Groß-Berlin, für Sachsen-Thüringen und für das übrige Reich[109]. Der Inhalt der „Arpo“ glich formal dem sorgfältig redigierter anderer Tageszeitungen mit dem Vorzuge gegenüber etwa einer „Generalanzeiger-Presse“, daß die „meinungsbildenden“ Momente in der Darstellung des Nachrichtenmaterials durch eine Scheinobjektivität nicht verdeckt wurden. Neben der laufenden politischen Berichterstattung und der mit ihr korrespondierenden Kommentierung – der Nachrichtenteil war im Vergleich zum Meinungsteil für ein Parteiblatt bemerkenswert groß – erschienen regelmäßig organisatorische Berichte, Versammlungskalender, Glossen und Rezensionen sowie ein Fortsetzungsroman[110]. Als regelmäßige Beilagen erschienen „Unterhaltung und Wissen“, „Technik und Arbeiterklasse“, in unregelmäßigen Abständen die Beilagen „Theorie des Sozialismus“, „Der sozialistische Aufbau [in der UdSSR]“, Frauen-, Jugend-, Kinder- und Sportseiten, in der Berliner Ausgabe endlich relativ regelmäßig oder täglich die Beilage „Aus dem Berliner Arbeiterleben“. Der Inseratenteil, der in der Zeit des wöchentlichen Erscheinens bedeutungslos war oder überhaupt fehlte, umfaßte in der Tageszeitung zunächst eine halbe bis eine Seite – wobei es sich teilweise um Selbstinserate handelte – und nahm im Umfang im Laufe der Jahre 1930/31 stetig ab. Aufmachung und Umbruch der „Arpo“ waren verhältnismäßig lebendig, doch war die KPO nicht bereit, mit ihrer Tageszeitung sich mehr, als es das Interesse der sachlichen Propagierung ihrer Politik erlaubte, der Form und dem Inhalt der Boulevard-Presse anzunähern[111]. Die Gesamtauflage der täglichen „Arpo“-Ausgaben[112] betrug nach einer Schätzung des Druckers dieser Zeitung – die sich auf die Leipziger Zeit bezieht – etwa 8.000 Exemplare; nachdem – noch zur Zeit des wöchentlichen Erscheinens – der für die KPO unter anderem in Sachsen nicht ungünstige Ausgang der Kommunalwahlen vom 17. November 1929 in der Auflagenhöhe der „Arpo“ einen gewissen Auftrieb gebracht hatte, führte der Mißerfolg der KPO bei den sächsischen Landtagswahlen im Juni 1930 einen „erheblichen Rückschlag“ mit sich; die Verlegung der [134] Zeitung nach Berlin wiederum kam dort der Auflagenhöhe zugute[113]. Gleichwohl ergibt sich aus den Geschäftsberichten der Verlagsgenossenschaft, daß die verkaufte Auflage im Jahre 1930 durchschnittlich

Arbeiterpolitik

KOMMUNISTISCHE TAGESZEITUNG

Herausgegeben von der KPD (Opposition)

Ausgabe A | Dienstag, den 27. Oktober 1931 | 3. Jahrgang Nr. 250

Die faschistische Gefahr wächst

Nationalsozialisten bei den Anhaltischen Wahlen stärkste bürgerliche Partei

Massnahmen von der SPD-Politik

Die kommunistischen Gewinne holen d e SPD-Verluste nicht auf

Frankreich und Amerika

Ausschnitt einer Titelseite der „Arbeiterpolitik“

etwas mehr als 3.000, in Jahre 1931 durchschnittlich gegen 4.000 Stück betragen hat[114]. Im Verhältnis zur Mitgliederzahl der KPO war selbst diese Auflagenhöhe nicht gering: während das KPD-Zentralorgan, die „Rote Fahne“, zu dieser Zeit eine Gesamtauflagenhöhe von nur etwas mehr als der Hälfte der Anzahl der Parteimitglieder hatte, war die verkaufte Auflage der „Arpo“ immerhin zeitweise etwas größer als die KPO-Mitgliedszahl; ihre außerorganisatorische Verbreitung dürfte insofern noch stärker gewesen sein, als nicht einmal alle Leser von „Gegen den Strom“ auch Abonnenten der „Arpo“ waren[115]. Bis zum Beginn des NS-Regimes wurde die „Arpo“ nur einmal – für die Zeit vom 4. bis 13. August 1931 – verboten, unter anderem auf Grund des § 2 Abs. 2 Nr. 2 der Notverordnung vom 17. Juli 1931, zu dessen Anwendung ein Artikel „Vom kapitalistischen Chaos – zur sozialistischen Ordnung“ in der Ausgabe vom 2. August den Anlaß geboten hatte[116]. War die Herausgabe der „Arbeiterpolitik“ somit durch staatliche Verbote relativ wenig beeinträchtigt, so wurde doch das Erscheinen der [135] Tageszeitung durch die beträchtlichen finanziellen Hindernisse, mit denen das Unternehmen zu kämpfen hatte, mehr und mehr erschwert. Die Verlagsgenossenschaft, die am 13. September 1929 gegründet worden war, schien zwar zunächst keine ungünstige geschäftliche Entwicklung zu nehmen. Schon bei der Gründungsversammlung traten ihr neunzig Mitglieder bei, und am 31 Dezember 1929 gehörten ihr 1498 Genossenschafter – fast ausschließlich mit je einen Anteil zu 10 RM – an; die Gesamtzahl der Anteile betrug zu diesem Zeitpunkt 2.084, sie erhöhte sich bis zum 31. Dezember 1931 auf 3.309 bei nunmehr 2.262 Mitgliedern; zudem konnte die Genossenschaft Darlehnsbeträge aus der Mitgliedschaft und dem Kreis der Sympathisierenden, die in kleinen und kleinsten Beträgen eingezahlt wurden, in einer Gesamthöhe von 5.426,50 beziehungsweise 6.152,– RM verbuchen[117]. Trotz der sicherlich außergewöhnlichen Opferbereitschaft eines Großteils der Mitgliedschaft – der sich diese Beträge, zumindest wenn es sich um den häufigen Fall des Arbeitslosen handelte, buchstäblich „vom Munde abgespart“ haben muß – konnten dennoch die finanziellen Aufwendungen der KPO-Mitglieder nicht mehr als einen Initialbeitrag für das Zeitungsunternehmen darstellen. Schon die erste Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit bis zum 31. Dezember 1929 – die Genossenschaft mußte bei einem Umsatz von 2.361,43 RM mit einem Verlust von 544,43 RM abschließen – wies eine Position „Spenden“ in Höhe von 1.224,50 RM aus; im Geschäftsjahr 1930 betrug dieser Posten 55.081,06 RM und machte damit schon beinahe ein Drittel des Gesamtumsatzes von 188.471,03 RM aus[118]. Durch die ständigen Werbekampagnen für die „Arpo“ und die Einrichtung eines „Pressefonds“ – hierbei faßte zum Beispiel die BL Großthüringen den Beschluß, jedes Mitglied zu verpflichten, Genossenschaftsmitglied zu werden, wobei die besser gestellten Mitglieder zwei Anteile übernehmen mußten; ferner, von den besser situierten Mitgliedern einen einmaligen Notbeitrag und von allen Mitgliedern einen halben Tagesverdienst für die „Arpo“ zu erheben; endlich, umfangreiche Sammel- und Werbeaktionen außerhalb des Bereichs der Mitgliedschaft einzuleiten[119] – konnte nur ein geringer Teil dieser „Spenden“ erbracht werden[120]; auch das finanzielle Ergebnis von so aufwendigen Maßnahmen wie der der Veranstaltung einer „Bausteinverlosung mit 3.000 Gewinnen“ oder die eines „Riesenwerbefestes der ‚Arbeiterpolitik‘“[121] konnte nur einen

Bruchteil der ausgewiesenen Spenden ausmachen; so wurden beispielsweise [136] für den „Pressefond“ der „Arpo“, für den zu sammeln die KPO-Zentralstelle am 5. August 1930 aufgerufen hatte, bis zum Ende dieses Jahres in kleinen und kleinsten Beträgen insgesamt 5494,91 RM aufgebracht[122]. Der Zuschuß von einigen Zehntausend Mark, den das „Arpo“-Unternehmen jährlich erforderte, konnte auch mit noch so großen Anstrengungen von der Mitgliedschaft nicht aufgebracht werden. Die KPD-Instanzen zogen hieraus den recht absurden Schluß,

> „*daß die SPD. finanziell hinter dieser ‚Organisation‘* steht. Die SPD sieht in ihren eigenen Reihen eine bestimmte Zersetzung und versucht nun, durch diese Manöver ihre Reihen etwas zu stärken ...“[123]

Die Fehlbeträge der Verlagsgenossenschaft wurden jedoch in Wahrheit, unter Beteiligung des vermögenden marxistischen Kulturhistorikers Eduard Fuchs in Berlin, im wesentlichen von einem süddeutschen Geldgeber gedeckt, der mit marxistischer Politik wie mit marxistisch-soziologischer Wissenschaft seit je sich verbunden gezeigt hatte[124]. Die Geschäftsentwicklung des „Arpo“-Unternehmens selbst nahm zunächst einen nicht allzu ungünstigen Verlauf: bereits im April 1930 betrugen die Einnahmen aus Abonnements- und Inseratenbeträgen das Dreifache von denen im Januar desselben Jahres, und im Verlaufe des Jahres 1931 steigerten sich diese Einnahmen gegenüber 1930 noch um rund 25.000 Mark[125]. Gleichwohl nahmen die Liquiditätsschwierigkeiten des Unternehmens laufend zu; betrug in der Bilanz per 31.12.1930 das Verhältnis des Umlaufsvermögens zu den kurzfristigen Verbindlichkeiten bereits etwa 1 : 6, so waren ein Jahr später die Wechsel- und sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten gar beinahe siebzigmal so groß wie die liquidierbaren Aktiva[126]. Nach dem ersten Vierteljahr 1931 stellte der Hauptgeldgeber seine Unterstützung ein; nach dem Ergebnis des Geschäftsjahres 1931 beschloß die Generalversammlung, in Liquidation zu treten[127].

„*Das Volksrecht – Organ der Kommunistischen Opposition Deutschlands, Hessen-Frankfurt*“ und die „*Arbeiter-Tribüne – Süddeutsche Wochenzeitung des werktätigen Volkes – Organ der KP-Opposition*“[128] erschienen in Offenbach am Main, wo – z. T. zeitweise – Wilhelm Berker, Alwin Heucke, Heinz Möller und Philipp Pless redaktionell tätig waren[129], und in Stuttgart, unter der Redaktion von Richard Janus[130]; die „Arbeitertribüne“ erschien bis Ende 1929 als Kopfblatt des „Volksrechts“ [137] und wurde bis November 1929 auch in Offenbach gedruckt[131]; danach wurde es in Stuttgart redigiert und gedruckt; ab Februar 1930 erschien umgekehrt das „Volksrecht“ – mit in Offenbach gesetzten Lokalbeilagen – als Kopfblatt der „Arbeitertribüne“; Ende 1931 stellten sich die Blätter wieder auf selbständiges Erscheinen um[132]. Während das „Volksrecht“ in der Zeit, in der es als Hauptblatt erschien, nie ganz den Charakter des Lokalblattes abzustreifen vermochte, der sich aus seiner Entstehungsgeschichte als „Mitteilungsblatt für Partei, Gewerkschaft und Kommunal-Politik – Herausgegeben von der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion Offenbach a. M.“ (seit 1925) erklärte und der später in den Lokalbeilagen des Blattes überdauerte,

6. Jahrgang / Nummer 12

Einzelpreis 15 Pfennig

Volksrecht

Organ der Kommunistischen Opposition Deutschlands, Hessen-Frankfurt

Offenbach am Main
21. März 1930

Hindenburgs Aktion für das Finanzraubprogramm und neue Millionen an die Agrarier

Der Weg zum Diktaturparagraph 48

Die SPD.-Koalitionspolitik leistet den Diktaturplänen Vorschub und verhindert die Abwehr!

Aus dem Inhalt:
Die Krise in der Kommunistischen Internationale
Reichswehr und Faschismus
Faschistische Stützpunkte in Hessen-Nassau und Bayern
Finanzraub der SPD.-Koalition
Nach Lenin — Berliner Verkehrs-AG.
Der neue Kurs in der Sowjetunion

Vormarsch der KPD.-Opposition

Ausschnitt einer Titelseite des „Volksrechts“

gewannen die beiden Zeitungen unter der Stuttgarter Redaktion ein etwas großzügigeres Gesicht und einen substantielleren Inhalt. Es wurde mit Erfolg versucht, die provinzielle Begrenzung der Nachrichten, die freilich auch die Offenbacher Redaktion zu überwinden versucht hatte, aufzuheben und den Umbruch durch die Einrichtung regelmäßig wiederkehrender Spalten zu typisieren. Freilich wurde in [138] beiden Ausgaben auf die lokale und bezirkliche Berichterstattung – insbesondere über Fragen der Gewerkschafts- und Kommunalpolitik – weiterhin besonderer Wert gelegt. Die Auflagenhöhe der Blätter – die in ihren beiden Erscheinungsorten auch im Straßenhandel erworben

Einzelnummer 15 Pfennig

Arbeiter-Tribüne

Süddeutsche Wochenzeitung des werktätigen Volkes - Organ der KP-Opposition

Nr. 39 | Stuttgart 27. September 1930 | 2. Jahrg.

Der faschistische Block bereitet die Machtergreifung vor - Wo bleibt die Arbeiterabwehr?

Verhindert das Nazi-Blutregiment!

Um den Regierungsanteil der Nazis - Neuer Angriff auf die Arbeitslosen - Die unteren Beamten sollen bluten

Aus dem Inhalt:

Für geschlossene Abwehrfront!

Der Offene Brief der KPO.-Stuttgarts und die Arbeiterorganisationen

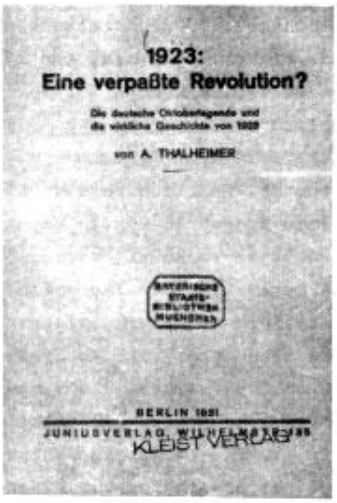
Ausschnitt einer Titelseite der „Arbeiter–Tribüne“

werden konnten – dürfte insgesamt etwa 2.000 bis 3.000 Exemplare betragen haben[133], wobei zu ihrer Existenzsicherung wesentlich das verhältnismäßig gut entwickelte Anzeigengeschäft – insbesondere aus der Warenhausbranche – beigetragen haben wird. Vor den württembergischen Kommunalwahlen am 6. Dezember 1931 wurde die „Arbeiter-Tribüne“ anläßlich eines Artikels „14 Jahre Sowjetmacht“[134] für drei Wochen verboten, doch wurde die Verbotszeit vom Innenministerium dann um eine Woche verkürzt[135].

Neben den meist wöchentlich erscheinenden größeren Zeitungen publizierte die KPO noch – abgesehen von den in allen Bezirken und den [139] wichtigsten Ortsgruppen herausgegebenen internen „Mitteilungsblättern“ oder „Informationsbriefen“[136] – eine Anzahl von gedruckten oder mimeographierten Blättern meist lokalen Charakters, beispielsweise in Leipzig eine auch über den Bezirk hinaus versandte Gewerkschaftskorrespondenz[137] oder, in einer ganzen Reihe von Orten, vornehmlich in Sachsen und Thüringen, „Ortszeitungen“, „Kreiszeitungen“ oder „Dorfzeitungen“[138]. So erschienen zum Beispiel in Erfurt – bis 1933 – hektographierte „Erfurter Nachrichten“, die die KPO in einer Auflage von etwa tausend Exemplaren herstellte und die, zum Preise von 15 Pfennig, in der Regel restlos abgesetzt wurden; für den Landkreis Erfurt erschien mit einer Auflage von etwa 500 Stück eine „Kreiszeitung“, für die Gemeinden Hochheim und Sömmerda wurden „Dorfzeitungen“ mit einer Auflagenhöhe von 200 bis 500 Exemplaren angefertigt[139].

Die übrige Propaganda der KPO war oft mit der publizistischen Aktivität dieser Gruppe eng verbunden. Dies gilt nicht nur für die öffentlichen politischen Versammlungen, Kundgebungen und Unterhaltungsabende, die manchmal als Veranstaltungen der „Arpo“ durchgeführt wurden, oder für die Plakatpropaganda, die mit einer Werbung für die Tageszeitung verbunden werden konnte[140], sondern auch für bescheidenere – und sicherlich nicht nur propagandistische – Anstrengungen wie die Einrichtung von regelmäßigen Sprechstunden für die Arbeiterbevölkerung, in denen KPO-Funktionäre etwa über rechtliche oder sozialpolitisch relevante Fragen Auskünfte erteilten und die mit den Namen der größeren Blätter verknüpft wurden[141] Die wichtigsten der Themenbereiche, welche Gegenstand der laufenden Versammlungspropaganda waren, fanden publizistisch auch ihren Niederschlag in einer Reihe von Flugschriften und Broschüren, die zu Preisen von 10 bis 60 Pfennig von der KPO verbreitet wurden. Sieht man ab von der Ende 1928 erschienenen Broschüre über Fragen eines Aktionsprogramms[142], so gab die Gruppe bis zur IV. RK – meist im Junius-Verlag Heinrich Brandlers[143]

– noch elf weitere Broschüren und Flugschriften (dazu eine in dreimaliger Auflage) heraus, nämlich fünf im Jahre 1929, vier im Jahre 1930 und zwei im Jahre 1931. Mit kommunistischen Prinzipienfragen und parteigeschichtlichen Problemen befaßten sich vier Publikationen (Thalheimer, Um was geht es?, 1929; Was will die KPD-Opposition? [1,2]1929, [3]1930; Thalheimer, 1923, Eine verpaßte Revolution?, 1931; Vom kapitalistischen Chaos zur sozialistischen Ordnung!, 1931[144]); mit der [140]



Broschüren der KPO aus den Jahren. 1929–1931

[141] aktuellen KPD-Politik beschäftigten sich drei Broschüren (Frölich, Der Berliner Blut-Mai, 1929; Jurr, Um die proletarische Wehrorganisation, 1929; Clique oder Klasse?, 1929); allgemeine politische Fragen, mit besonderer Berücksichtigung des Faschismus, wurden in drei Flugschriften erörtert (Kommunismus und Faschismus im Entscheidungskampf, 1930; Arbeiter hungern, Faschismus droht, Was ist zu tun?, 1930; Weniger Lohn! Keine Arbeit! Keine Rechte! Neue Steuern!; 1930); eine Broschüre behandelte spezielle taktische Fragen (Kohlrausch, Young-Plan und Gemeindepolitik, 1930). An der Publikation wissenschaftlicher Arbeiten war die KPO – über die Person August Thalheimers und die Paul Frölichs – durch die Edition der Werke Franz Mehrings und die Herausgabe einer Übersetzung des China-Buches von M. N. Roy in der Berliner Soziologischen Verlagsanstalt sowie durch eine Übersetzung J. G. Frazers, die bei C. L. Hirschfeld in Leipzig erschien, beteiligt[145].

Die Versammlungs- und Flugschriftenpropaganda – letztere umfaßte außer den genannten Broschüren noch die vielfältigen Flugblätter zu aktuellen politischen Ereignissen[146] – wurde noch durch andere Werbeveranstaltungen, beispielsweise durch institutionalisierte Versammlungen für bestimmte Bevölkerungskategorien („Proletarische Frauenabende“[147], Erwerbslosenversammlungen), ergänzt; unter ihnen ist die Tätigkeit der Agitations- und Propaganda-(„Agitprop“)-Truppen hervorzuheben, deren Programme zuweilen anscheinend das Niveau guter politischer Kabaretts erreicht haben.

Insbesondere schloß sich eine der qualifiziertesten politischen Spielgruppen der KPD, die „Roten Raketen“ unter der Leitung von Harry Rothziegel, Anfang 1929 der Opposition an und arbeitete seitdem regelmäßig in den wichtigsten Bezirken für die politische Linie der KPO[148]. Für diese Propaganda insgesamt war charakteristisch, daß sie mit einem Minimum an finanziellen Mitteln unternommen und daher so zweckrational wie irgend möglich durchgeführt werden mußte; was Sombart für die sozialistische Propaganda überhaupt konstatierte, galt mindestens ebenso für die der KPO: „Die Opferfreudigkeit und Hingabe der Genossen machen es möglich, einen Propagandaapparat zu unterhalten, der anderen Parteien ein Vielfaches von dem kosten würde, das der [„alten“] Sozialdemokratie an Geldmitteln zur Verfügung steht“[149]. [142]

d. Nebenorganisationen der KPO

Im Verlaufe ihrer Entwicklung hatte die deutsche Kommunistische Partei eine Reihe von – formal selbständigen und teilweise dem Anspruch nach überparteilichen – Nebenorganisationen entwickelt, welche die Verbindung der Partei mit den in ihr nicht organisierten Arbeitermassen stärken sollten, deren Mitgliedschaften jedoch stets zu großen Teilen aus KPD-Mitgliedern bestanden hatten; zu den ältesten dieser Nebenorganisationen der KPD gehörten die „Rote Hilfe Deutschlands“ (RHD) – eine Sektion der „Internationalen Roten Hilfe“ (IRH) – und der „Kommunistische Jugend-Verband Deutschlands“ (KJVD), eine Sektion der „Kommunistischen Jugend-Internationale“ (KJI)[150]. Die enge Verbindung solcher Organisationen mit dem Apparat der kommunistischen Partei hatte automatisch den Versuch zur Folge, die „rechten“ Kommunisten, welche zum Teil in der Zeit seit 1924 gerade in diesen Nebenorganisationen Funktionen ausgeübt hatten[151], nach deren Bruch mit der KPD im Herbst und Winter 1928/29 auch aus den relativ selbständigen kommunistischen Massenverbänden auszuschließen; die ersten dieser Ausschlüsse wurden bereits im Dezember 1928 vorgenommen[152]. Im ersten Vierteljahr 1929 nahmen die Funktionsentzüge und Ausschlüsse auch in diesen Nebenorganisationen zu, wobei durch diese Maßregelungen zum Teil auch solche Kritiker bestimmter Züge der Verbandspolitik betroffen wurden, die bis dahin keineswegs zu den „Rechten“ gehört hatten. Nach der Entfernung leitender Funktionäre dieser Organisationen aus ihren Positionen – beispielsweise wurden Ende 1928 Mitglieder der BL Westsachsen des KJVD, darunter Walter Uhlmann[153], im Februar 1929 der Reichsführer der „Roten Jungfront“ des RFB, Werner Jurr, im März 1929 der Generalsekretär der RHD, Jakob Schlör, und andere führende RH-Funktionäre wie Adolf Ehlers und Fritz Altwein ihrer Funktionen enthoben[154] – wurden die so gemaßregelten Verbandsmitglieder meist wenig später auch aus dem Verband ausgeschlossen, womit verhindert wurde, daß sie als Sammelpunkte einer „rechts“-kommunistischen und gegebenenfalls nichtkommunistischen Opposition gegen die neuen, ZK-treuen Verbandsleitungen fungierten[155]. Diese Maßnahmen sowie die übrige Verbandspolitik der vom KPD-ZK eingesetzten Leitungen, die nun meist mechanisch die Politik des ZK – insbesondere den „Kampf gegen die Rechten und Versöhnler“ und gegen die „Sozialfaschisten“ – auf die Verbände übertrugen, konnten jedoch die Spannungen nur verschärfen[156]. Insbesondere [143] im Jugendverband, dem zur Wahrung seines ohnehin nicht sehr großen Mitgliederbestandes an einer jedenfalls den Arbeitsformen und -methoden nach selbständigen innerverbandlichen Politik gelegen sein mußte[157], und in der RHD, deren Mitgliedschaft und deren Kuratorien bis dahin noch viele nicht-kommunistische und manchmal prominente Persönlichkeiten angehört hatten und für die ein Schein zumindest der Überparteilichkeit notwendige Bedingung ihrer Existenz war[158], nahm daher die innerverbandliche Opposition zu. Ganze Gruppen des KJV – so in Thüringen, Hamburg, Hessen-Frankfurt, Berlin-Brandenburg wurden ausgeschlossen, und auch in Schlesien, Westsachsen und Württemberg gab es beträchtliche oppositionelle Gruppen[159]; auch in der von Wilhelm Pieck geleiteten RHD kam es – Warnungen der von Klara Zetkin präsidierten Exekutive der IRH zum Trotz – zur Spaltung von „RHD.-Organisationen, indem ... [die RHD-Führung] durch Kommissare die opponierenden Bezirke und Ortsgruppen als außerhalb der RHD. stehend erklärte ... Der neue Z[entral] V.[orstand] der RHD. hat[te] die Spaltung überall dort vollzogen, wo sich die leitenden Körperschaften der Organisationen in ihrer Mehrheit gegen die neue, die Spaltungs-Linie ausgesprochen hatten. Die schlesische Bezirksorganisation und viele Ortsgruppen anderer Bezirke [wurden] ... ausgeschlossen“[160]. Es lag nahe, die ausgeschlossenen Gruppen der Jugend- und der Hilfe-

Organisation in Nebenorganisationen zusammenzufassen. Nachdem schon an der I. RK der KPO am 30. Dezember 1928 ein Vertreter der Jugendopposition teilgenommen hatte, entwickelte sich die zentrale Zusammenfassung der KJV-Opposition weiter verhältnismäßig rasch; bereits am 16. und 17. Februar 1929 tagte in Berlin die erste RK der Opposition im KJVD, auf der beschlossen wurde, „keinen neuen Jugendverband zu gründen, sondern ... um ... [die] *Anerkennung und Durchsetzung als Richtung im KJVD*. [zu kämpfen]“, gleichwohl aber der Oppositionsbewegung ein eigenes organisatorisches Gerüst zu geben[161]. Verhältnismäßig spät erst – und nach Konflikten der Opposition auch mit der Internationalen Arbeiter-Hilfe (IAH) Willi Münzenbergs[162], insbesondere in Offenbach, wo die oppositionelle IAH-Gruppe das Kinderheim der Hilfsvereinigung in eigener Regie weiterführte[163] – kam es zur Zusammenfassung der oppositionellen Gruppen der Hilfsvereinigungen in der „Internationalen Hilfsvereinigung“ (IHV): diese Organisation hatte schon früher bestanden, wurde [144] aber nun von der KPO – besonders von Jakob Schlör – aktiviert und trat Anfang Juli 1930 zum erstenmal mit einem Sammlungsaufruf hervor[164].

Das Organisationsgerüst des „*Kommunistischen Jugend-Verbandes Deutschlands (Opposition)*“ (KJVO), das weitaus primitiver war als das der KPO selbst, wurde auf der 1. RK des KJVO geschaffen. Die ausgeschlossenen oder ausgetretenen KJV-Mitglieder hatten sich in Ortsgruppen, von denen es lediglich mehrere Dutzend gegeben hat[165], zusammengeschlossen, wobei es dort, wo das zahlenmäßige Gewicht der Jugendopposition es zuließ, auch zu einer regelmäßigen oder institutionalisierten Zusammenarbeit auf Bezirksebene – besonders in Thüringen – kam[166]. Die I. RK, die von 34 Delegierten aus 10 Parteibezirken besucht war, wählte eine Reichsleitung, der unter anderem Walter Uhlmann und später, nach dessen Übertritt zur KPO und zum KJVO, durch Kooption auch Werner Jurr angehörten[167]. Die zahlenmäßig-organisatorische Entwicklung des Verbandes scheint zunächst nicht ungünstig verlaufen zu sein: der organisatorische Bericht zur II. RK – am 1. und 2. Februar 1930 in Gera – spricht in diesem Zusammenhang von einem „großen Fortschritt, den wir seit dieser Zeit gemacht haben“ und gibt 1.000 KJVO-Mitgliedern an – eine Zahl, die sicherlich nicht allzu unrealistisch ist[168]; in die „engere Reichsleitung“ wurden auf dieser Konferenz Fritz Reinhard, Werner Jurr[169], Walter Uhlmann, Kurt Dupre und Grete Müller gewählt[170]. Der organisatorische Aufschwung hielt allerdings nicht mehr lange an; während sich im Verlauf des Jahres 1930 die Zahl der KJVO-Gruppen noch vergrößert zu haben scheint – so wurden im Sommer 1930 zwölf neue Gruppen, besonders in Mitteldeutschland, gegründet[171] – begann die Verbandsentwicklung im darauffolgenden Jahre zu stagnieren; die III. RK – am 10. und 11. Oktober 1931 – bezeichnete „die zahlenmäßige Entwicklung unserer eigenen Organisation“ als „äußerst mangelhaft“[172].

Der regionale Einflußbereich der kommunistischen Jugendopposition entsprach weitgehend demjenigen der KPO. Besonders in Thüringen und in Sachsen gab es eine Reihe funktionierender Gruppen, während der Einfluß des Verbandes in Bezirken wie Berlin-Brandenburg, Württemberg, Wasserkante, Schlesien, aber auch Hessen-Frankfurt sich auf wenige, wenn nicht gar nur eine oder zwei Gruppen beschränkte[173]. Die überwiegende Mehrzahl der Verbandsmitglieder scheint gewerkschaftlich organisiert gewesen zu sein; der Altersdurchschnitt der Verbands-[145]funktionäre lag mit etwa 20 Jahren für einen politischen Jugendverband durchaus niedrig[174].

Die publizistische Aktivität des Verbandes war nicht gering. Er gab zwei zentrale Organe heraus: nämlich das Funktionärsblatt „Kommunistische Jugendpolitik – Herausgegeben von der Kommunistischen Jugend-Opposition“, das monatlich erschien, bis Ende 1930 den Funktionären kostenlos, dann zu einem Preis von 5 Pfennig zugestellt wurde und politische Fragen sowie Probleme der praktischen Verbandsarbeit behandelte[175]; ferner die monatlich publizierte Mitgliederzeitung „Junge Kämpfer – Organ der K.J.V.D. (Opposition)“, die – im wesentlichen von Walter Uhlmann redigiert – in ihrem Inhalt sowohl den unmittelbaren Interessen proletarischer Jugendlicher gerecht zu werden versuchte als auch allgemeine Fragen kommunistisch-oppositioneller Politik erörterte. Die – teilweise illustrierte – Zeitschrift hatte eine Auflage von ungefähr 2.000 Exemplaren[176]. Nach dem Bericht für die III. RK ging die Auflage der „Jungen Kämpfer“ seit Mitte 1931 zurück[177]. Manche KJVO-Gruppen gaben zudem mimeographierte oder gedruckte Mitteilungsblätter lokalen Charakters heraus[178]; außerdem erschienen – so in Offenbach-Frankfurt/M. und in Stuttgart – gedruckte Organe von

Einheitskartellen proletarischer Jugendorganisationen, die zumeist auf Initiative des KJVO gegründet waren[179]. Die KJVO-Führung gab ferner Ende 1930 eine Propagandabroschüre heraus, in der gegen die Pläne rechtspolitischer Parteien für die Einführung einer allgemeinen gesetzlichen Arbeitsdienstpflicht agitiert wurde[180].

Die ideologischen Strukturen, die den KJVO charakterisierten, waren weitgehend mit denen der KPO identisch[181]. Nicht umsonst waren die politischen Hauptreferate auf den Reichskonferenzen der Jugendopposition immer von Mitgliedern der RL der KPO gehalten. Die ideologischen Kontroversen, die in der KPO 1931 ausgetragen wurden[182], übertrugen sich auch auf den Jugendverband, jedoch in weit geringerem Ausmaß. So wurde auf der III. RK im Herbst 1931 von den Delegierten einstimmig eine Resolution angenommen, in der „die Grundsätze und [die] Taktik, die Einschätzung der politischen Lage und die Aufgabenstellung der KPD.-O.“ gebilligt wurden; wenngleich sehr vereinzelt auf der Konferenz Stimmen laut wurden, die eine stärkere Distanzierung von KJV und KPD und eine Annäherung an die neugegründete SAP forderten, billigte die Konferenz gleichwohl einstimmig die traditionelle Auffassung, daß der „Kampf“ der Jugendopposition „auf die Eroberung [146] und Rettung des [offiziellen kommunistischen] Jugendverbandes“ gerichtet sei[183]. In dieser Interpretation der eigenen Funktion wie in den prinzipiellen und taktischen Grundsätzen mit der KPO[184] ganz einig, entwickelte die KJV-Opposition jedoch – wenn auch in enger Zusammenarbeit mit dem Hauptverband – einige besondere ideologische Züge, die gleichsam die Anwendung von politischen Prinzipien der „Rechts“-Opposition auf die Probleme der politischen Jugendarbeit darstellten. Hierzu gehörten einerseits die Bestimmung der Funktionen des Jugendverbandes – insbesondere die seines Verhältnisses zur Partei, das analog dem von der KPO postulierten Verhältnis zwischen Kommunistischer Partei und Internationale als eines der Unterordnung unter die Politik des größeren Verbands bei gleichzeitiger Selbständigkeit in der Anpassung der Arbeitsmethoden an die besondere gesellschaftliche und wirtschaftliche Lage der Mitgliedschaft und ihre Interessen konzipiert war[185]; andererseits die Ausarbeitung politisch-taktischer Zielsetzungen in jugendpolitischen Fragen – besonders von spezifischen Forderungen für den Wirtschaftskampf und auf dem Gebiete der Berufsausbildung und Erziehung – sowie die Kritik vor allem der aktuellen politischen Entwicklungszüge, welche für die arbeitenden Jugendlichen von besonderer Relevanz waren: etwa die politische Polemik gegen autoritäre Entwicklungen im Jugendgerichts- und im Fürsorgeerziehungswesen[186] oder gegen Pläne und Gesetzesvorlagen zu einer sozialreaktionären Regelung der Berufsausbildung und zur Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht[187]. Die taktischen Forderungen, zu denen sich der KJVO prinzipiell bekannte, wurden ebenso wie die politischen Grundsätze des Verbandes in einem „Programm-Entwurf der kommunistischen Jugend-Opposition Deutschlands“ niedergelegt, der insbesondere in den Jahren 1930/31 von den Gruppen des Verbandes diskutiert wurde[188]. Der ideologischen Integration der Jugend-Opposition diente zudem eine vierzehntägige „Reichsschule“ des Verbandes, in der dreißig bis fünfunddreißig Teilnehmer in regelmäßigen, täglich siebenstündigem Unterricht in Grundfragen des Marxismus und der Entwicklung der politischen Arbeiterbewegung, in Probleme der Gewerkschaftsbewegung und im aktuelle jugendpolitische Fragen eingeführt wurden; die Kosten waren von den Teilnehmern selbst zu tragen[189].

Die Kontakte zu Mitgliedern anderer Jugendorganisationen der Arbeiterbewegung zu intensivieren, war für den Verband, wollte er nicht zu einer isolierten Sekte werden, eine unabdingbare Notwendigkeit. Der [147] Versuch, die Opposition im offiziellen KJVD zu vergrößern, stand dabei selbstverständlich im Vordergrund. Er war nicht ganz erfolglos: der Kreis der oppositionellen Kräfte im KJVD war anscheinend zunächst größer als derjenige der Ausgeschlossenen, die sich im KJVO zusammengeschlossen hatten[190]. So kam es nicht nur 1929, sondern auch noch in den beiden darauffolgenden Jahren zu – wenn auch nicht zahlenmäßig bedeutenden – Übertritten aus dem offiziellen Verband zum KJVO[191]. Aber auch den (sozialdemokratischen) Jungsozialisten und der SAJ galten die Versuche des KJVO, seinen eigenen Einflußbereich zu erweitern[192]; besonders in Thüringen, in Breslau und Berlin erhielt der Verband einigen Mitgliederzuwachs aus den Reihen der sozialistischen Jugend[193]. Verhältnismäßig erfolgreich war die Politik des KJVO, mit den anderen Arbeiterjugendverbänden ohne die organisatorische Bindung der Mitglieder dieser Organisationen an den eigenen

Verband zusammenzuarbeiten. So waren zum Beispiel alle Mitglieder des KJVO in Leipzig Mitglieder der überparteilichen „Naturfreunde-Jugend“, deren Vorsitzender KJVO-Mitglied war[194]. Der politischen Zusammenarbeit dienten aber vor allem die Einheitskartelle der proletarischen Jugend, die oft auf Initiative des KJVO und fast stets mit seiner Beteiligung zustandekamen. Diskussionsgrundlage bei der Bildung solcher Kartelle war in der Regel ein „Kampfprogramm der arbeitenden Jugend“, das zuerst vom KJVO und der von ihm stark beeinflußten Metallarbeiter- und Naturfreunde-Jugend in Stuttgart aufgestellt worden war[195]. Nachdem schon die Kommunistische Jugendopposition im Bezirk Hessen-Frankfurt – in Zusammenarbeit mit der „Freien Sozialistischen Jugend“, der „Naturfreunde-Jugend“, der „Freien Vereinigung Sozialistischer Studenten“ und dem „Sozialistischen Schülerbund“, dem „Internationalen Sozialistischen Kampfbund“, der „Anarchistischen Jugend“, verschiedenen gewerkschaftlichen Jugendorganisationen und selbst dem offiziellen KJVD – mit großem Erfolg zwei „Landes-Konferenzen der arbeitenden Jugend [in] Hessen und Hessen-Nassau“ organisiert hatte[196], ging als erste die Offenbacher Gruppe an die Schaffung eines „Proletarischen Jugendkartells“, zu dessen Bildung außer dem KJVO und verschiedenen gewerkschaftlichen Gruppierungen auch die „Naturfreunde-Jugend“, der KJVD, die „Freidenker-Jugend“ und die „Anarchistische Jugend“ aufgerufen hatten[197]. Die Bildung solcher Kartelle wurde dann von der Verbandsleitung – mit [148] der Zielsetzung eines „Kampfes gegen die drohende Arbeitsdienstpflicht“ – forciert[198]; vor allem kam es – im September 1930 – in Stuttgart, dann – im Dezember desselben Jahres – in Königsberg, ferner in verschiedenen kleineren Orten zur Gründung solcher Assoziationen[199]. Dem Königsberger Kartell gehörte auch die dortige SAJ-Gruppe an, die wegen ihrer Opposition gegen die Politik der eigenen Verbandsleitung wenig später aus dem Reichsverband der SAJ ausgeschlossen wurde[200]. Der Zusammenarbeit mit anderen Arbeiterjugendorganisationen waren auch die „Internationalen Jugendtage“ förderlich, die der KJVO – in der Tradition der vom KJVD initiierten, jedoch bis 1928 überparteilichen internationalen Jugendtreffen – 1929 in Oelsnitz i. V., 1930 in Greiz (Thüringen), Schwenningen (Württemberg) und Breslau, 1931 vor allem in Breslau zusammen mit Jugendlichen aus der internationalen kommunistischen Oppositionsbewegung durchführte[201].

Die „*Internationale Hilfs-Vereinigung*“ (IHV), die die KPO Mitte 1930 aktivierte und die unter der Leitung des aus dem Verbande ausgeschlossenen früheren Generalsekretärs der RHD, Jakob Schlör, stand, scheint im wesentlichen dort Gruppen gehabt zu haben, wo auch die KPO über eine einigermaßen starke lokale Organisation verfügte. Es wurde angestrebt, daß alle KPO-Mitglieder zugleich Mitglied der IHV wurden; im Bezirk Württemberg bestand sogar ein dementsprechender Beschluß der BK[202]. Die IHV gab – zumindest zeitweise – zwei periodische Publikationen heraus: die „Solidarität“ im Verlag der „Arbeiterpolitik“ und „Mitteilungsblätter der Internationalen Hilfsvereinigung (IHV.)“[203].

Ihre Tätigkeit bestand vor allem in der Vermittlung von Rechtsschutz und – im Rahmen ihrer offenbar sehr begrenzten Mittel – materieller Unterstützung von politisch verfolgten und geschädigten Arbeitern; sie arbeitete der Intention nach als überparteiliche Organisation[204]. Ihre Aufgabe mußte sie besonders in der Unterstützung solcher Arbeiter sehen, die von dem seit 1931 zunehmenden nationalsozialistischen Terror betroffen waren[205]; ihre Publikationen verbanden diese Aufgabenstellung mit der Darstellung und Kritik des Anschwellens der faschistischem Bewegung in den letzten Jahren der Republik[206].

Zuweilen verfügte die KPO örtlich noch über weitere Nebenorganisationen. Sie wurden gegründet, wenn KPO-Mitglieder nach dem Ausschluß aus der KPD, auch aus an sich überparteilichen, aber örtlich von der KPD beherrschten Arbeiterorganisationen – etwa aus der Arbeitersport-[149]bewegung oder dem Freidenkerverband – ausgeschlossen wurden. So wurde zum Beispiel in der KPO-Ortsgruppe Geesthacht nach solchen Ausschlüssen von den KPO-Mitgliedern ein „Arbeiter-Theater- und Musikverein“ gegründet, neben dem auch eine Ortsgruppe der IKV bestand. Die Mitgliedschaft solcher Nebenorganisationen dürfte sich im wesentlichen auf einen Teil der KPO-Mitglieder beschränkt haben[207]; im Gegensatz hierzu gehörten jedoch die meisten Mitglieder des KJVO – mit Ausnahme vor allem der höheren Funktionäre – der KPO selbst nicht an[208].

2. Die Entwicklung der ideologischen Struktur der KPO von der I. Reichskonferenz (1928) bis zur IV. Reichskonferenz (1931)

Die „Rechts“-Opposition in der KPD um Brandler, Thalheimer, Frölich und Walcher hatte seit den Jahren vor 1923 und in besonderem Maße seit den Aktionsprogramm-Debatten in der KPD 1927/28 über einen weitgehend gemeinsamen Bestand politischer Auffassungen verfügt, wenngleich diese Gruppe ursprünglich aus Gruppierungen der ersten Phase der Entwicklung der KPD resultierte, welche in taktischen Fragen durchaus verschiedener Ansicht waren[1]. Doch konnte die KPO – von diesen dem Anscheine nach längst aufgehobenen alten Differenzen abgesehen – schon deswegen zur Zeit der I. RK nicht ideologisch völlig homogen sein, weil zu dieser Gruppe schließlich auch eine Reihe von Funktionären gehörten, die erst nach 1923 und teilweise erst nach dem Essener Parteitag oder gar nach dem VII. EXKI-Plenum oder den kommunistischen Weltkongressen zu ihr gestoßen waren. So spielten ideologische Fragen auf der I. RK Ende 1928 durchaus eine Rolle: nicht nur wurde in einen gesonderten Tagesordnungspunkt der Inhalt einer „rechts“-oppositionellen „Plattform“ behandelt, sondern zentrale ideologische Fragen wie die der kommunistischen Prinzipien und der Taktik, des Verhältnisses zur sowjetrussischen Partei, der aktuellen allgemeinen politischen Situation oder des Selbstverständnisses der Gruppe wurden auch in den übrigen Referaten und in den Diskussionsbeiträgen zu anderen Tagesordnungspunkten diskutiert[2]. Gleichwohl bestanden in den wichtigen Fragen allenfalls nuancenhafte Differenzen, und das Bild allgemeiner Übereinstimmung herrschte auf der Konferenz vor[3]. Dennoch sollte sich in den Jahren bis zur IV. RK zeigen, daß diese ideologische Integration nicht durchweg eine rational vermittelte gewesen war; die [150] ideologische Struktur der KPO war in der Folgezeit – je länger, je mehr – durch teilweise beträchtliche Inhomogenität gekennzeichnet.

a. Die Interpretation der gesellschaftlichen Entwicklung und von Zielsetzung. Strategie und Taktik der proletarischen Revolution

Die spezifischen ideologischen Differenzen, durch welche sich die KPO von der offiziellen KPD unterschied, setzten als gemeinsamen ideologischen Nenner die Summe der prinzipiellen politischen Auffassungen voraus, welche aus der weitgehend durch den späten Engels vermittelten und durch Lenin wie durch die Spartakusführung in spezifischer Weise politisierten Marx-Tradition, wie sie für die beiden wichtigsten KI-Sektionen bis etwa zur Zeit des III. und IV. Weltkongresses kennzeichnend war, resultierten; wobei bestimmte Züge der politischen Theorie Rosa Luxemburgs bei der KPO nicht – wie bei der offiziellen KPD – abstrakt negiert waren. Die besonderen Differenzen dagegen waren darüber hinaus und vor allem gegeben durch das Festhalten der KPO an den strategisch-taktischen Prinzipien jener Frühzeit des Kommunismus und durch den Verzicht der KPD, eine rationale Taktik überhaupt, welche zum politischen Ziel der Kommunisten in sinnvollem Zusammenhang stand, auszuarbeiten und anzuwenden[4]. Die Summe der politischen Auffassungen der KPO war – abgesehen von den besonderen ideologischen Differenzen, die sich in der Organisation in der Zeit bis zur IV. RK entwickelten – in der von der Mitgliedschaft breit diskutierten „Plattform“ niedergelegt[5].

Die *Zielsetzung der proletarischen Revolution*, die kapitalistische Klassengesellschaft aufzuheben, schloß für die KPO – wie für die KPD – die Errichtung der „*Diktatur des Proletariats*“ in der „allgemeine[n] Staatsform ... [der] *Räterepublik*“ als Anfangsstadium der siegreichen Revolution ein[6]. Der Rätestaat bedeutete nach diesen Vorstellungen die Aufhebung des politischen Partikularismus; sein Gebietsstand sollte sich nach dem „vollen Selbstbestimmungsrecht“ der „werktätigen Bevölkerung“ ergeben; die Räterepublik sollte Glied der bestehenden Sowjetföderation sein[7]. Doch sollten die Bedingungen des hochindustrialisierten Deutschland, nach der gewaltsamen Durchführung der Revolution, die Repressivität des umgewandelten Staatsapparats verhältnismäßig rasch überwinden helfen:

> [151] „Der Aufbau der sozialistischen Industrie wird im schnellen Tempo vor sich gehen ... Die aktive Beteiligung der gesamten werktätigen Bevölkerung an der Regierung und Verwaltung des Rätestaates wird vermöge der langen Schule der Selbstverwaltung der proletarischen Massenorganisationen sofort verwirklicht werden. Dies schließt ein die größte Beschränkung der rätestaatlichen Bürokratie und ihre weitestgehende Kontrolle durch die werktätige Bevölkerung“[8].

Hiernach war die Verwirklichung eines zentralen Gedankens des Spartakusprogramms – im Gegensatz zur Entwicklung in der UdSSR – nicht eine Sache von Jahren und Jahrzehnten; hatte Rosa Luxemburg geschrieben:

> „Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, daß die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lebt und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt“[9],

so war nach der „Plattform“ der KPO die Realisierung dieses Prinzips nach dem Sieg der Revolution in Deutschland alsbald gegeben:

> „Das Ziel der vollen Beseitigung einer staatlichen Bürokratie wird daher in Deutschland schnell erreicht werden können.
> Die proletarische Diktatur verwirklicht die proletarische Demokratie, d. h. die Demokratie der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung. Die proletarische Diktatur kennt zum Unterschied von der bürgerlichen Demokratie keinen von der Volksmasse getrennten und sie unterdrückenden Staatsapparat. Der Staatsapparat der proletarischen Diktatur beruht auf der Selbstbetätigung der Volksmassen und ihrer Organisationen“[10].

Die *Interpretation der internationalen und deutschen gesellschaftlichen Entwicklung* freilich gab der KPO eine ebensolche Gewißheit, daß mit dieser Differenz zur Entwicklung des sowjetrussischen Kommunismus die andere verbunden war, daß der Weg zur Revolution in Deutschland weitaus länger und schwieriger als im zaristischen Rußland sein werde. Diese Interpretationen schlossen sich direkt an die Gesellschaftsanalysen in Brandlers Entwurf zu einem Aktionsprogramm für Deutschland und die Kritik der „Rechts“-Opposition an den entsprechenden Teilen der Hauptresolutionen des VI. Weltkongresses der KI an[11]. Ausgehend. von diesen Kritiken und Analysen – und damit letzten Endes von den soziologisch-ökonomischen Auffassungen über den Charakter [152] der kapitalistischen Stabilisierung, welche im Anschluß an Untersuchungen E. Vargas Bucharin auf dem Dezember-Plenum des EKKI 1926 vorgetragen hatte[12] – vertrat die KPO einen Begriff der ob ihrer immanenten Widersprüche labilen Stabilisierung des kapitalistischen Gesellschaftssystems, welcher die Prognose einschloß, daß die „Entwicklung dieser inneren Widersprüche ... die *neue akute Krise* des Weltkapitalismus notwendig herbei[führt]“[13]. Dabei grenzte sie sich von der Ideologie der KPD zunächst in zweierlei Weise ab. Einmal durch die Zurückweisung der seit dem VI. Weltkongreß propagierten Theorie der „Dritten Periode“ der Entwicklung des Nachkriegskapitalismus; mit dem Argument, daß der Charakter der gesellschaftlichen Situation in den außerrussischen Ländern sich nicht seit jenem EKKI-Plenum qualitativ verändert habe und diese Bezeichnung lediglich einer „falschen schematischen Übertragung der Hauptetappen des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion auf die kapitalistischen Länder“ und zudem der Absicht entspringe, die „ultralinke Taktik“ in diesen Ländern zu legitimieren[14]. Zum anderen durch die Kritik der besonders seit dem X. EKKI-Plenum von der KI vertretenen Auffassung, daß mit den gesellschaftlichen Antagonismen zu dieser Zeit bereits ein politischer Charakter der manifesten gesellschaftlichen Konflikte, eine revolutionäre „Gegenoffensive“ der Arbeiterschaft gegen das bestehende System gegeben sei: „die ‚unmittelbar bevorstehende akut revolutionäre Situation‘ ist ... nur eine wunschgemäße Umdichtung der Wirklichkeit“[15]. Die Annahme eines „objektiv revolutionären Charakters der gegenwärtigen Zeit“, welche der Stabilisierungs-Begriff der KPO freilich implizierte, wurde von ihr näher bestimmt durch die – aus dem Aktionsprogramms-Entwurf Brandlers herrührende – Auffassung, daß die Einleitung des unmittelbaren revolutionären Kampfes und damit die Beendigung der Stabilisierungsperiode von der entsprechenden Verhaltensbereitschaft der kommunistischen wie sozialdemokratischen Arbeitermassen abhängig seien[16].

Mit den der Stabilisierung immanenten Widersprüchen waren sowohl politische Phänomene als auch die sie bedingenden ökonomischen Disproportionalitäten gemeint. Als politische Ausdrucksformen jener Antagonismen im Weltmaßstabe wurden vor allem die Interessengegensätze zwischen den „imperialistischen Staaten“ und der Sowjetunion sowohl als auch den Kolonialvölkern, ferner die Spannungen zwischen den „kapitalistischen Staaten“ selbst gewertet; aus beiden wurde die latente Gefahr eines „imperialistischen Krieges“ abgeleitet, der [153] eintreten müsse, „*wenn nicht zuvor die*

Weltrevolution einen entscheidenden Sieg davongetragen hat“[17]; zu den imperialistischen Mächten wurde im besonderen auch Deutschland gerechnet, das eine „imperialistische Revision des Versailler Vertrags“ erstrebe[18]. Seit den Regierungskrisen der Großen Koalition und besonders nach deren Auseinanderbrechen wurden jedoch mehr und mehr innenpolitische Phänomene als Beleg für die Krisensituation der kapitalistischen Gesellschaft herangezogen: sie manifestiere sich in der Krise des Parlamentarismus und der Verselbständigung des Exekutivapparats einerseits und in der verschärften Repression gegenüber der Arbeiterschaft, besonders auf sozialpolitischem Gebiet, andererseits[19]. Diese Interpretationen politischer Phänomene[20], die schließlich sich zusammenschlossen in einer Theorie des Anwachsens der autoritären Funktionen der bürgerlichen Demokratie und ihres sprunghaften Übergangs in die faschistische Diktatur[21], gingen einher mit dem Versuch, die Krisensituation der Stabilisierungsperiode in ihrem gesellschaftlichen Ursprung selbst, den ökonomischen Disproportionalitäten, aufzuweisen. Dabei freilich zeigte sich, daß die Analyse der gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen, wie die KPO sie formulierte, ihren Ursprung nicht zuletzt auch in einem Schema von dialektischer Entwicklung hatte, das seine Logik nicht primär der begrifflich verarbeiteten Erfahrung, sondern vielmehr einer ontologischen Konstruktion verdankte[22]: dort, wo dieses Schema an empirischem Material ständig zu korrigieren subjektiv nur schwer möglich war, führte seine „Handhabung“ – um den Ausdruck Thalheimers zu gebrauchen – zu permanenten Fehlprognosen. So folgerte zwar die KPO aus den Widerspruch von Produktions- und von Marktkapazität seit je das Eintreten einer – zunächst vor allem als Weltkrieg beschriebenen[23] – Krise, und sie fügte den dann auch im Verlauf der Jahre 1929/30 hinzu, daß eine „Verschärfung des inneren Klassenkampfes“ „etwa in Verbindung mit einer neuen Weltwirtschaftskrise“ stehen könne[24]; sie ließ sich aber in der Beurteilung der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung durch die Sonderkonjunktur in Deutschland im Jahre 1929 und durch das einstweilige Andauern der günstigen Exportlage durchaus auch täuschen[25] und tat pessimistische Prognosen des Instituts für Konjunkturforschung als eine Art Manöver der Unternehmer ab[26]. Noch nach dem Kurssturz an der New Yorker Börse am 24. Oktober 1929 hieß es in „Gegen den Strom“ in bezug auf Deutschland dogmatisch:

> [154] „Weshalb bombardiert das Unternehmertum die Öffentlichkeit mit dem Krisengeschrei? Der Zweck ist sehr durchsichtig. *Das Monopolkapital steht in einer seiner wichtigsten Offensiven gegen die Arbeiterkasse und braucht zur Begründung seiner Forderungen die nötigen ‚moralischen‘ Voraussetzungen*. Diese moralische Voraussetzung besteht eben in der angeblichen Krise der deutschen Wirtschaft“[27].

Erst nachdem auch in Deutschland die Depression offen zutage trat, wurde sie in das ideologische Schema eingeordnet. Die Beurteilung der Krise war freilich nicht ganz einheitlich: während Paul Frölich der Auffassung war, es bestehe „keine Aussicht, daß diese Depressionsperiode durch eine neue Sturm- und Drangperiode abgelöst werde“ – womit er sich der Auffassung der KPD näherte[28] – war die KPO-offizielle Interpretation seit der III. RK, daß die „Wirtschaftskrise objektiv Möglichkeiten für einen Aufschwung der revolutionären Bewegung des Proletariats“ schaffe, daß aber die „Endkrise des Kapitalismus ... keine rein wirtschaftliche Erscheinung, sondern zugleich eine politische Revolution“ und ihr Eintreten somit an die Erfüllung der weiteren Voraussetzungen für diese Revolution gebunden sei[29].

Auf die Ableitung dieser weiteren, neben der objektiven Krisensituation der Gesellschaft für die Durchführung der Revolution notwendigen Bedingungen, auf die Ausarbeitung einer *revolutionären Strategie*, legte die „Rechts“-Opposition seit je besonderes Gewicht, und zentrale Differenzpunkte gegenüber der Ideologie der KPD lagen gerade auf diesem Gebiet. Gehörte es, wie die KPO hervorhob, zu den „*Eigenart[en] der proletarischen Revolution in Deutschland in klassenstrategischer Hinsicht*“, daß die „Arbeiterklasse über alle anderen Klassen“ das „zahlenmäßige Übergewicht“ hatte[30], so war doch ebenso klar, daß weite Teile dieser Arbeiterschaft an die Sozialdemokratische Partei und durch sie an die bürgerliche Republik gebunden waren[31]. Wenn nun auch, nach dieser Argumentation, die Verschärfung der gesellschaftlichen Antagonismen eo ipso eine Erschütterung der „*bürgerlich-demokratisch-parlamentarische[n] Staatsform der Herrschaft des Monopolkapitals*“ bedeutete[32], so hatte sie doch nicht automatisch eine Ersetzung des bürgerlichen Staates durch eine Räterepublik zur

Konsequenz. Der Alternativlösung der faschistischen Diktatur zu entgehen, bedurfte es – entsprechend den strategisch-taktischen Überlegungen der KPD-Führung bis 1923 und den Schlußfolgerungen des Aktionsprogramm-Entwurfs Brandlers – des „Vorbandensein[s] einer genügend starken Kommunistischen Partei, die die Mehrheit der Arbeiterklasse für die Grundsätze und Ziele des Kommunismus und die Sympathie der Mehrheit der Werktä-[155]tigen überhaupt erobert hat“[33]. Nach Kriterien, die diesen Überlegungen entstammten, war darum auch das Schema des Revolutionsverlaufs in Deutschland gegliedert, welches die KPO propagierte. Folgte in diesem Schema auf den „Abschnitt der Tageskämpfe auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet“ der „Abschnitt ... des unmittelbaren Kampfes der Arbeiterklasse um die Macht“, auf dessen siegreiche Beendigung der Abschnitt der „Verteidigung und Sicherung“ der Revolution und des „sozialistischen Umbaus“ folge, so war für den Beginn des zweiten strategischen Abschnitts, neben gesellschaftlich-objektiven Bedingungen, mit einer Formulierung Lenins als Charakteristikum angegeben, „daß die ausgebeuteten und unterdrückten Massen die Unmöglichkeit erkannt haben, in der alten Weise zu leben und daß sie eine Veränderung fordern“[34]; und als Vorbedingung für den siegreichen Aufstand, die Beendigung des zweiten Abschnitts des „konkreten Weges zur proletarischen Revolution in Deutschland“[35], galt die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse im Sinne ihrer bewußten Identifizierung mit den Zielen der KPD[36]. Gerade dieses Postulat, das in der KPO immer wieder bekräftigt wurde, war für die taktischen Überlegungen der Gruppe der Schlüssel. Es ging – schon in den Jahren vor 1923 wurde es von der Brandler-Gruppe stets vertreten – auf den Satz des Spartakusprogramms zurück, daß „der Spartakusbund ... nie anders die Regierungsgewalt übernehmen [werde], als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland“[37] und dieser Satz schloß auch für die KPO die Zurückweisung der Auffassung ein, „daß die revolutionäre Aktion der deutschen Arbeiterklasse durch die Sowjetunion ersetzt werden kann“[38].

Das Insistieren darauf, daß eine Aufhebung der kapitalistischen Gesellschaft nur möglich und nur sinnvoll sei, wenn die Mehrzahl der Gesellschaftsmitglieder, zumindest die Mehrzahl der Arbeiterschaft, sich dieses Ziel bewußt als ein den eigenen besonderen Interessengemäßes gesetzt habe, stellte nun freilich an die *politische Taktik* der Kommunisten besondere, und zwar international nicht einheitlich lösbare Anforderungen, welche der schematischen Übernahme des „ultralinken“ Kurses durch die KPD-Führung völlig widersprachen. In der Zeit bis 1923 hatte die Brandler-Gruppe dieses Problem durch die Ausarbeitung der dann von der KI zeitweilig über-[156]nommenen Einheitsfronttaktik zu lösen versucht, und sie hatte diese Taktiklehre, ausgehend von einer Analyse der kapitalistischen Stabilisierung, im Jahre 1927 systematisiert und spezifiziert[39]. Dieses taktische Prinzip wurde vollauf – von unten zu erörternden inhaltlichen Modifikationen abgesehen – in die „Plattform“ der KPO übernommen; in wenigen Sätzen zusammengefaßt lautete es:

> „*[D]ie taktische Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei im gegenwärtigen Kampfabschnitt* [des Kampfes um Tagesforderungen] ... besteht darin, durch Führung der Tageskämpfe in Verbindung mit einer konkreten revolutionären Propaganda die Mehrheit der Arbeiterklasse für die Grundsätze und Ziele des Kommunismus zu gewinnen, und sie ideologisch und organisatorisch für den Kampf um die Macht vorzubereiten, und, bei vorhandenen objektiven Voraussetzungen, in den Kampf um die Macht zu führen ... Es bedarf dazu ... der Propaganda solcher Losungen, die noch nicht kommunistische Endlosungen sind, aber den Rahmen des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Eigentumsordnung bereits überschreiten, die also geeignet sind, den Tageskampf zunächst *ideell* mit dem Kampf um die Macht zu verbinden und sodann, in Zeiten revolutionärer Krisen, ihn tatsächlich in den Machtkampf überzuleiten“[40].

Dies schloß ein

> „eine sorgfältige Festsetzung des jeweiligen Inhalts und Zieles der Tageskämpfe entsprechend den tatsächlichen Bedürfnissen der Arbeiterklasse und dem Reifegrad ihres Verständnisses für sie [und] ... die Ausnützung der bereits vorhandenen Massenorganisationen und darüber hinaus die Bildung von gemeinsamen Organen (Einheitsfrontorgane) zur Führung dieser Tageskämpfe“[41],

im besonderen also die Durchführung der einheitsfronttaktischen Fraktionsarbeit in den Freien Gewerkschaften[42] und in den anderen proletarischen Massenorganisationen[43] sowie die Ausnutzung der politischen Institutionen des bürgerlichen Staates für die Verbesserung der Kampfbedingungen der Arbeiterschaft und für die taktisch-revolutionäre Propaganda[44]. Dies Prinzip schloß dagegen aus die von der KPD seit dem Parteitag 1929 in Berlin-Wedding besonders propagierte Auffassung, die Kommunisten müßten sich bei der „Mobilisierung der Massen“ auch „auf die *unorganisierten Massen*“ konzentrieren[45]; denn, so wurde argumentiert, „der *Hebel, um die Umorganisierten in Bewegung zu setzen in Tageskämpfen und auch weiterhin für den revolutionären Kampf, ... [ist] der organisierte Arbeiter*“[46].

[157] Aus diesen strategischen und taktischen Überlegungen ergab sich als spezifisches Problem zunächst die inhaltliche Bestimmung der *einheitsfronttaktischen Übergangslosungen*. Die Losung der Produktionskontrolle, die schon vor 1923 zum Losungsbestand der Einheitsfronttaktik der deutschen Kommunisten gehört hatte und die im Aktionsprogramm-Entwurf Brandlers in den Mittelpunkt gerückt worden war, behielt für die KPO weiterhin diese Bedeutung; in den Einheitsfront-Aufrufen der KPO spielte diese Förderung stets eine zentrale Rolle[47]. Jedoch entstanden um die Fixierung der im engeren Sinne politischen Übergangsforderungen Kontroversen in der KPO. Die Forderung einer Arbeiterregierung, wie sie von der KPD-Führung tendenziell seit Anfang 1922 bis zum IV. Weltkongreß der KI und ausdrücklich seit der ZA-Sitzung vom 5. und 6. August 1923 vertreten worden war – nämlich als einer Regierung, die statt des bürgerlichen Staatsapparates sich zur Machtausübung der „Organe des Proletariats“ bedient, die aus einheitsfronttaktisch eingeleiteten Massenkämpfen erwachsen sind[48] – hatte im Aktionsprogramm-Entwurf Brandlers noch durchaus als „allgemeine Sammellosung“ fungiert und gleichrangig neben der Losung der Produktionskontrolle gestanden[49]. In seiner Berliner Rede vom 29. Dezember 1928 hatte Thalheimer die „Arbeiter- und Bauernregierung“ in diesem Sinne definiert, wenn er sagte:

> „Wir fassen die Arbeiter- und Bauernregierung auf als eine Entwicklungsstufe nicht von der bürgerlichen Diktatur zur proletarischen, sondern als eine Entwicklungsstufe der proletarischen Diktatur“[50].

Die Abkehr von der parlamentarischen Auffassung der Arbeiterregierung, jener Konzeption, die, besonders durch Vermittlung von Radek, auf dem Leipziger Parteitag der KPD 1923 von der Zentrale vertreten worden war, wurde hierdurch noch einmal bekräftigt. Doch wurde gegenüber der Auffassung der KI-Repräsentanten seit dem V. Weltkongreß, Arbeiterregierung bedeute lediglich ein Synonym für die Diktatur des Proletariats, von der KPO insofern eine bestimmte Konzessionsbereitschaft gezeigt, als die dritte Auflage der „Plattform“ der Gruppe – im Gegensatz zur ersten – dekretierte, es handele sich bei dieser Losung nicht – wie bei der Produktionskontroll-Forderung – um eine Übergangslosung, da die Arbeiterregierung nicht – wie diese – im Kampf um die Macht selbst, sondern nur als dessen Ergebnis ent-[158]stehen könne[51]. Um diese inhaltliche Umfunktionierung und ihre taktischen Konsequenzen – als zentrale politische Übergangsforderung wurde die Losung der Arbeiter- und Soldatenräte aufgestellt[52] – entstanden in der Gruppe Differenzen. Diese Meinungsverschiedenheiten, die auf der II. RK im Jahre 1929 allenfalls andeutungsweise zutage traten, spielten – neben anderen – auf der III. RK im Jahre 1930 schon eine beherrschende Rolle[53]. Hierbei ging es nicht vorwiegend um die inhaltliche Definition des Arbeiterregierungs-Begriffs, sondern primär um die taktische Bedeutung der Parole. Aus der Definition Thalheimers ergab sich für ihn – wie für Brandler, Böttcher, Hausen, Schreiner und andere –, daß die Arbeiterregierung als Anfangsstadium der proletarischen Diktatur – welche analog der Zusammensetzung der Sowjets nach der russischen Oktoberrevolution möglicherweise auch nicht-kommunistische revolutionäre Gruppen sollte umfassen können[54] – gegenüber den Aufstandsvorbereitungen und den revolutionären Kämpfen bereits etwas qualitativ Neues, somit lediglich deren Produkt und nicht in ihnen selbst zu verwirklichen sei; als einheitsfronttaktische Übergangslosung – diese verloren nach Thalheimers Argumentation allemal mit dem revolutionären Aufstand ihren Sinn – war die Losung der Arbeiterregierung daher nicht zu verwenden[55]. Hiergegen wurde von Tittel – und ferner von Walcher, Enderle, Köhler und anderen – eingewandt, daß die Arbeiterregierung sehr wohl ein Resultat von noch nicht siegreichen revolutionären Kämpfen sein, also bereits während der bewaffneten Aufstandsvorbereitungen verwirklicht

werden könne und daher auch als ein „Bestandteil der kommunistischen Strategie zur Machteroberung in engstem Zusammenhang mit der Einheitsfronttaktik“ angesehen werden müsse[56]. Während aber dieser Definition bei Tittel durchaus die Konzeption der Arbeiterregierung als Anfangsstadium der proletarischen Diktatur zugrundelag – wobei diese Regierung nach seiner Auffassung als Gegenregierung zur noch bestehenden des bürgerlichen Staates fungieren konnte –[57], wurde von anderen Befürwortern dieser Parole als einer Übergangslosung, besonders von Enderle, Arbeiterregierung eher als ein Zwischenstadium zwischen nicht mehr bestehender parlamentarischer Regierung und noch nicht bestehender Rätediktatur gefaßt[58]. Diesen Differenzen lag bei der Gruppe um Thalheimer die Absicht zugrunde, zu verhindern, „zentristischen Auffassungen auch nur um Haaresbreite nachzugeben, die den grundsätzlichen Gegensatz zwischen bürgerlicher Demokratie und proletarischer Diktatur in einem trüben Brei verschwimmen lassen“[59]; dagegen wollte die Gruppe um Enderle sich die Möglichkeit erhalten, [159] „*durch Propagierung der Arbeiterregierung einen der großen Masse für gangbar erscheinenden Ausweg zu zeigen*, um die Masse für den Kampf um die politische Macht zu *aktivisieren*“[60]. Die III. RK entschied sich mit einer Mehrheit für die Auffassung Thalheimers.

Die Motivationen in diesem bloß scheinbar dogmatischen Streit weisen bereits auf ein anderes, mit der Einheitsfronttaktik eng verknüpftes und in der KPO ebenfalls seit der III. RK umstrittenes Problem hin, nämlich auf die Frage des Verhältnisses der KPO zur SPD und besonders zu ihrem „linken“ Flügel. Die einheitsfronttaktischen Prinzipien der KPO schlossen zwar die offiziell-kommunistische Diskreditierung der Sozialdemokratie als „Sozialfaschismus“ strikt aus[61]; die Konzeption von der Sozialdemokratie als einer zwar verbürgerlichten, aber doch Arbeiter-Partei, welche qua Arbeiterorganisation zum Faschismus in unüberbrückbarem Gegensatz stand, war für die Anwendung der Einheitsfronttaktik gerade eine Voraussetzung[62]. Gleichwohl kam es schließlich der KPO auf eine „Überwindung“ des Reformismus an, und zwar auf eine „Überzeugung“ der Mitglieder „durch Agitation, Propaganda und Aktion“[63]. Als Taktik gegenüber dem „linken Flügel der Sozialdemokratie“ war in der „Plattform“ bestimmt:

> „1. Die schärfste und klarste Kritik der *zentristischen* Auffassungen des linken Flügels, die *ideologisch* gefährlicher und verwirrender sind als die offenen rechten Auffassungen. 2. Gleichzeitig gilt es, den linken Flügel zum Kampf *voranzutreiben*, ihn vor die Frage zu stellen, mit denjenigen seiner Losungen ernst zu machen, die wirkliche Interessen der Arbeiter beinhalten oder sie als nicht ernst gemeinte Phrasen zu enthüllen“[64].

Wie es der Konzeption der Einheitsfronttaktik überhaupt entsprach, so wurde auch im Verhältnis der KPO gegenüber dem „linken Flügel“ der SPD an einer unabdingbaren Selbständigkeit der kommunistischen Gruppe gegenüber den Objekten dieser Taktik festgehalten. Diese Auffassung – die mit der Frage des Selbstverständnisses der KPO naturgemäß eng zusammenhängt[65] – wurde erstmals auf der Konferenz der Erweiterten RL am 28./29. Juni 1930, dann auf der III. RK durch einen Antrag Karl Franks in Frage gestellt, welcher in vorsichtigen Worten eine „Block“-Bildung mit anderen Arbeiterorganisationen oder Teilen davon zum Zweck der „*Vorbereitung der erneuerten* [kommunistischen] *Partei*“ forderte[66]. Die Einschätzung des „Zentrismus“, die dieser [160] Vorstoß implizierte, wurde nicht nur von Frank vertreten; so mußte sich Brandler auf der BK Westsachsen der KPO im Dezember desselben Jahres gegen „Stimmungen“ wenden, „den zentristischen Strömungen in der SPD Konzessionen zu machen“; diese Stimmungen müßten bekämpft werden, weil sie „die *Lostrennung der erwachenden SPD-Arbeiter vom Reformismus* auf[hielten]“[67]. Doch gewannen diese Auffassungen erst im Verlaufe des Jahres 1931 eine entscheidende Bedeutung. Zweifellos freilich herrschte innerhalb der KPO Einmütigkeit über einen „Bankrott der reformistischen Ideologie“[68] im allgemeinen und der „zentristischen“ im besonderen. Im Hinblick auf die „linke“ SPD, die „Klassenkampf“-Gruppe um Kurt Rosenfeld, Max Seydewitz und Heinrich Ströbel[69], galt diese gemeinsame Kritik einmal ihrer ideologischen Struktur, nämlich der Rezeption des Austromarxismus, wie sie durch den Mitherausgeber der Zeitschrift „Der Klassenkampf“, Max Adler, vermittelt worden war[70]. Diese Kritik wurde an speziellen Problemen demonstriert; so als Polemik gegen das Wehrprogramm der „Klassenkampf“-Gruppe[71], welches etwa wegen des Verzichts, den Weg zu charakterisieren, auf dem das „links“-sozialdemokratische Ziel der Eroberung der „Waffen der herrschenden Klasse“[72]

erreicht werden könne, als „scheinradikal“ und als „Ausdruck ihrer eigenen Konfusion“ gewertet wurde[73]; ferner als Kritik an der oberflächlichen Einschätzung des Faschismus durch die „Klassenkampf“-Gruppe[74], welche „durch eine falsche Fragestellung den reformistischen Betrug vor den Massen“ erleichtere[75]. Die gemeinsame Kritik der KPO an der „linken“ Sozialdemokratie galt weiterhin – und nicht zuletzt – dem inkonsequenten politischen Verhalten ihrer Führer, wie es etwa an der anfänglichen Unterstützung der sozialdemokratischen Tolerierung der Regierung Brüning[76] zutage trat und das „Gegen den Strom“ emphatisch einer „unausdenkbaren, erbärmlichen Feigheit“ zurechnete: „einer Sorte Feigheit, die Bismarck einmal so kennzeichnete, daß sie nicht wage, die auf die Brust gerichtete Degenspitze wegzustoßen“[77]. Von dieser Beurteilung her schien die Auffassung Thalheimers nicht inkonsequent, daß der

> „Zentrismus à la Seydewitz ... es weder organisatorisch noch politisch zu etwas anderem bringen [kann], als zu *kurzlebigen Enttäuschungen*, zu rasch platzenden Seifenblasen“[78];

und die Ansicht, die einheitsfronttaktischen Prinzipien – nämlich bei Wahrung der politischen und organisatorischen Selbständigkeit [161] bei gleichzeitiger Kritik der anderen Arbeiterorganisationen zu gemeinsamen Vorgehen in Teilfragen an diese zu appellieren – seien auch gegenüber der sozialdemokratischen „Linken“ vollauf zu praktizieren, ergab sich aus beiden mit Notwendigkeit. Dennoch entwickelten sich im Jahre 1931 in der KPO Kontroversen gerade wegen dieser taktischen Konsequenz. Der Hintergrund dieser Differenzen war das selbständige Auftreten eines Teils der SPD-„Linken“ seit ihrem Bruch der Fraktionsdisziplin bei der Haushaltsplanabstimmung zur ersten Rate des Panzerkreuzers B im Reichstag am 20. März 1931 – bei der neun „links“-sozialdemokratische Abgeordnete um Rosenfeld und Seydewitz an Stelle der Stimmenthaltung mit Nein stimmten – und seit der Publikation eines „Mahnrufs an die [sozialdemokratische] Partei“ im Zusammenhang mit der Hinnahme der Notverordnung vom 29. Juni 1931 durch die SPD-Fraktion[79]. Auch nach dieser Verselbständigung der SPD-„Linken“ hielt Thalheimer und mit ihm eine Mehrheit in der KPO daran fest, daß den führenden Funktionären der Seydewitz-Gruppe „Klarheit und Mut im kläglichsten Maße“ abgehe, daß diese Gruppierung einstweilen die „Fortdauer der Lähmung der Arbeiterklasse“ bedeute[80] und daß die Opposition dieser Gruppe nur beweise, „daß ein wirklicher Kampf gegen die Politik der Instanzen der SPD nur vom Boden wirklich revolutionärer, d. h. kommunistischer Grundsätze aus möglich“ sei[81]. Dagegen entwickelten insbesondere Jakob Walcher – der schon nach dem Essener Parteitag der KPD im Jahre 1927 die Ansicht vertreten hatte, eine Stärkung des „linken“ Flügels der SPD könne, auch wenn sie zeitweilig auf Kosten der KPD gehe, dieser Partei letztlich nur nützlich sein[82] – und Paul Frölich – zunächst noch sehr zögernd – die Auffassung, daß die Verselbständigung der „Linken“ in der SPD nicht notwendig eine „Lähmung“ der Mobilisierung der Arbeiterschaft im revolutionären Sinne bedeuten müsse und daß die KPO gegenüber diesen Konsolidierungserscheinungen das Schema der Einheitsfronttaktik differenzieren müsse[83]. Diese und andere ideologische Differenzen wurden am 14. Juni 1931 auf einer Reichsfunktionärskonferenz behandelt, deren Redaktionskommission es noch gelang, mittels einstimmigen Beschlusses die Streitfragen und mit ihnen die noch nicht allzu virulenten Kontroversen um die sozialdemokratische „Linke“ in einer vorläufig angenommenen Resolution zu schlichten. Die Anwendung der Einheitsfronttaktik auf diese Gruppierung wurde noch einmal im traditionellen Sinne konzipiert:

> [162] „Die Aufgabe der KPD.-O. ist es, die sozialdemokratischen Arbeiter zum Kommunismus zu führen. Sie muß zu diesem Zweck bestrebt sein, diese Arbeiter für die KPD.-O. zu gewinnen. Daher ist es nicht die Aufgabe der Kommunisten, eine zentristische Opposition in der SPD. zu fördern oder die Bildung einer zentristischen Partei zu begünstigen. Eine scharfe, grundsätzliche Kritik des Zentrismus ist in allen konkreten Fällen notwendig. Ein wichtiges Mittel zur Gewinnung sozialdemokratischer Arbeiter für den Kommunismus sind gemeinsame Aktionen für Tagesforderungen, wobei die Kommunisten verpflichtet sind, gleichzeitig die revolutionären Übergangs- und Endlosungen zu propagieren“[84].

Diese Schlichtung der Streitfragen sollte jedoch nicht von langer Dauer sein; die Kontroversen über die Taktik gegenüber der sozialdemokratischen „Linken“ wurden virulent, als im Oktober desselben

Jahres von der Gruppe um Seydewitz und Rosenfeld die SAP gegründet wurde, und sie bildeten dann einen der wichtigsten Gegenstände der innerorganisatorischen Differenzen in der KPO[85].

b. Die Stellung zur UdSSR, zur KI und zur KPD

Die Kritik, welche die deutsche kommunistische „Rechts“-Opposition an Phänomenen des offiziellen Kommunismus übte, hatte schon vor der Gründung der KPO auf der I. RK im Jahre 1928 nicht allein der KPD, sondern auch der KI-Führung und dem von der KPdSU gelenkten System der UdSSR gegolten. Schon in den Fraktionsmaterialien, welche Brandler und Thalheimer jedenfalls seit 1927 an die deutsche „Rechts“-Oppositionellen sandten, wurden nicht nur der beginnende „ultralinke“ Kurs der KI und der KPD, sondern auch die „Bürokratisierung“ und der Abbau der innerparteilichen Demokratie in der sowjetrussischen Partei scharf kritisiert[86]. Zur Zeit der I. RK wurden diese Motive der Verselbständigung der „Rechts“-Opposition – bis hin zur II. RK im Jahre 1929 – in der Gruppe relativ breit und kritisch diskutiert und ausformuliert. Diese Diskussion wurde indes in der Folgezeit mehr und mehr reduziert und verlor bei einem Teil der ideologischen Repräsentanten der KPO ihren kritischen Charakter, was zu weiteren ideologischen Differenzierungen in der Gruppe führte.

In der Beurteilung des *Regimes der KPdSU in der UdSSR* manifestierte sich diese Entwicklung besonders deutlich. Die führenden Repräsentanten der „Rechts“-Opposition hatten anfänglich durchaus gegenüber der innerparteilichen Struktur der KPdSU und deren Auswirkung auf die [163] gesellschaftlichen Lenkungsmethoden in der UdSSR kritisch Stellung genommen und wenn auch die spätere „Plattform“ der KPO die KPdSU und die UdSSR nur am Rande – im Hinblick auf strategische Fragen und im Zusammenhang mit dem Lenkungssystem der KI – behandelte und kritisierte, so trifft doch die zeitgenössische Kritik politischer Gegner so wenig wie die späterer wissenschaftlicher Darstellungen zu, es sei der KPO oder jedenfalls der engeren Gruppe um Brandler und Thalheimer „der Zusammenhang der unsinnigen Komintern-Politik mit Stalins innerrussischem Regime verborgen“ geblieben und sie hätten das innersowjetrussische Regime nicht kritisiert[87]. Schon in Fraktionsmaterialien des Jahres 1927 hieß es unter anderem über die KPdSU:

> „Diskussionsmethoden, wobei der Gegner gar nicht zu Worte kommt, wo alle Beschlüsse in allen Versammlungen einstimmig angenommen werden müssen, solche Methoden sind nicht normal ... [D]as ist nicht ... nur in einzelnen Zellen der Fall, ... das ist ein System, das allmählich eingerissen ist und das die russische Partei und die Komintern, und nicht nur die allein, auf das schwerste gefährdet ... Der Krebsschaden des heutigen Rußland ist der sogenannte Bürokratismus. Seine Folge ist, daß die richtigen Direktiven des ZK. in der Wirtschaftspolitik zu einem großen Teil auf dem Papier stehen bleibe[n] ... [D]er Bürokratismus kann nur beseitigt werden, wenn die Kontrolle von oben ergänzt wird, wenn sie getragen wird durch eine Kontrolle der Massen von unten. Diese Kontrolle der Massen ist heute schwach, zersplittert oder überhaupt nicht da ...“[88].

Ein solch kritisches Verhalten gegenüber dem sowjetrussischen Kommunismus hatte auch die Referate auf der I. RK und auf der Berliner Vorkonferenz am 29. Dezember 1928 charakterisiert[89], und in der Selbstverständigung der Gruppe über diese Frage in der Folgezeit wurde auch versucht, die gesellschaftlich-historischen Faktoren zu analysieren, welche jene „Bürokratisierung ..., [die] dort bereits ein Hemmnis der Parteientwicklung geworden ist“[90], hervorgerufen hatten. Schon in einer Artikelserie in „Gegen den Strom“ im Frühjahr 1929 über „Unsere Stellung zu den inneren Fragen der KP.SU.“, die kritisch auch aktuelle Fragen der innersowjetrussischen Politik behandelte, wurden die diktatorischen Züge des innerparteilichen Regimes der Stalin-Fraktion und deren Transponierung auf die Gesamtgesellschaft aus eben deren historischen Voraussetzungen abgeleitet[91] und ein Artikel am Ende dieses Jahres resümierte:

> [164] „Der Bürokratismus, der der Hauptschade der Sowjetunion ist, hat tiefe objektive Wurzeln in dem niedrigen Niveau der materiellen Kultur, in der Rückständigkeit des bäuerlichen Betriebs, in den Resten des Kapitalismus ... Die Entwicklung der Sowjetunion schafft die Voraussetzungen zur Überwindung des Bürokratismus. Der Erfolg der Industrialisierung und der Kollektivisierung der Landwirtschaft muß dem Bürokratismus den

> Todesstoß versetzen ... Heute werden die bürokratischen Tendenzen dadurch gestärkt, daß für die sozialistische Wirtschaft die Notwendigkeit besteht, Mittel zu ihrem Aufbau aus der bäuerlichen Wirtschaft herauszuziehen Auch die neuen Arbeiter, die in die Betriebe kommen, sind ihrer Herkunft und ihren Gewohnheiten nach Bauern. Die Notwendigkeit der Rationalisierung der Industrie und der Hebung der Arbeitsproduktivität führt hier leicht zu einem bürokratischen Verhältnis zwischen der Betriebsleitung und der Belegschaft ... Die Fesselung der proletarischen Demokratie, wie sie heute innerhalb der KP.d.SU. stattfindet, kann das gesamte Werk des sozialistischen Aufbaus gefährden. Dieser Aufbau hat aber die gewaltigsten Möglichkeiten. Sobald die Mehrheit der Bevölkerung der Sowjetunion unter sozialistischen Produktionsverhältnissen arbeitet, wird die Hebung des kulturellen Niveaus der Massen ein bürokratisches Verhältnis zu ihnen unmöglich machen“[92].

Doch wird hier ein Schluß lediglich vorbereitet und nicht gezogen, mit dem zu argumentieren von marxistischen Denkvoraussetzungen her – wenn auch nicht unbedingt aus den teleologischen Vorstellungsreihen Thalheimers heraus – nahegelegen hätte: daß nämlich der diktatorische Charakter des innerparteilichen Regimes und die besonderen dezisionistischen Ausdrucksformen der Parteidiktatur vielfach vermittelt mit dem forcierten Nachholen dessen, was Marx die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals nannte, in der sowjetrussischen Gesellschaft zusammenhingen. Nach den Vorstellungen Brandlers und Thalheimers dagegen würde die Industrialisierung direkt – vermittelt nur durch eine „Hebung des kulturellen Niveaus der Massen“ – mit einer Zunahme der „proletarischen Demokratie“ einhergehen[93]. Blieb die Beurteilung der UdSSR somit in dieser Frage optimistischer, als es die objektiven Verhältnisse erlaubten, so auch in speziellen Fragen wie denjenigen der Wirtschaftspolitik. Hier hatte die KPO – bei grundsätzlicher Unterstützung der Politik des ersten Fünfjahresplans – sich zunächst durchaus – in Übereinstimmung mit den ursprünglichen Kollektivierungsplänen – gegen eine überstürzte Kollektivierung der groß- und mittelbäuerlichen Betriebe gewandt[94]; gleichwohl tendierte sie seit Ende 1929 und besonders Anfang 1950 zur Rechtfertigung des verschärften „Kampfes gegen die Kulaken“, mit dem Argument, daß die „Anwendung der Gewalt ... richtig und notwendig [ist], wenn die Gewalt als Geburtshelferin neuer fortschrittlicher gesellschaftlicher Verhältnisse dient“[95], und erst nach der partiellen Wendung [165] Stalins in der Kollektivierungsfrage[96] im März 1930 besann sich die KPO-Führung – ebenfalls partiell – auf ihre frühere gemäßigte Einstellung zur landwirtschaftlichen Kollektivierung[97]. Hinfort begann sie die Politik des sowjetrussischen ZK in dieser Frage – bei gleichzeitiger Betonung der Verantwortlichkeit dieses ZK für die von ihm selbst zugegebenen „Übertreibungen“ bei der „Durchführung“ der Kollektivierung – zu billigen[98]. All dem lag nicht nur die für die KPO selbstverständliche Billigung des „sozialistischen Aufbaus“ in der UdSSR und deren politischer Verfassung, sondern im besonderen die Auffassung zugrunde, die Gruppe dürfe sich bei ihrer Stellungnahme zu den inneren Fragen der UdSSR und der KPdSU nicht mit einer der streitenden KPdSU-Fraktionen solidarisieren – eine Auffassung, die zum Grunddogma der KPO wurde; Thalheimer formulierte:

> „*Ich bin der Meinung, daß es ein wesentliches Erfordernis unseres Kampfes ist, daß wir uns an keine russische Fraktion anhängen, sondern, daß wir die russische Frage selbständig beurteilen*. Wir sollen eine selbständige kritische Stellung in den Fragen Sowjetrußlands einnehmen“[99].

Die Weigerung, nach der Methode zu verfahren, „‚Weil man uns in Deutschland als Rechte bekämpft, müssen wir uns mit denen verbünden, die man in Rußland als Rechte bekämpft‘“[100], führte so immerhin zunächst zu differenzierten Beurteilungen der verschiedenen sowjetrussischen Fraktionen; so wurde etwa mit der Verurteilung der Politik Trotzkis[101] die Kritik an seiner Ausweisung aus Rußland verbunden[102], mit der scharfen Verurteilung der Kampfmethoden Stalins gegen die Bucharin-Gruppe[103] und des „Führerkultus“ um Stalin, welcher „der kommunistischen Bewegung ... unwürdig“ sei[104], die Zurückweisung der Kritik Bucharins in bestimmten Fragen der Kollektivierung[105]. Doch mußte dieser Verzicht auf Festlegung auf eine der sowjetrussischen Fraktionen in Verbindung mit der prinzipiellen Loyalität gegenüber der UdSSR und ihrer Partei kraft eigener Logik von dem Zeitpunkt an, da es rivalisierende Gruppen in der von der Stalin-Gruppe endgültig eroberten KPdSU nicht

mehr gab, in bloße Akklamation dieses Regimes bei Fortdauer der Kritik allenfalls an Randphänomenen – umschlagen. So begann nach der Kapitulation Bucharins vor Stalin Ende 1929 ein langsamer Abbau der Kritik an der innersowjetrussischen Politik der KPdSU überhaupt, welcher einmündete in eine schlichte Zustimmung zum „grandiosen Aufschwung“ des „sozialistische[n] Wirtschaftsaufbau[s] der Sowjetunion“, die seit Ende 1930 immer häufiger formuliert wurde[106] [166] und zu der die Folgsamkeit beim Wechsel der Beurteilung der Kollektivierungspolitik Ende 1929/Anfang 1930 bloß den Auftakt gebildet hatte.

Diese handgreifliche Wendung in den offiziellen Stellungnahmen der KPO zur Rußlandfrage führte zu ideologischen Kontroversen, welche – nach einem kurzen Vorspiel bereits auf der II. RK[107] – ihren Höhepunkt schon auf der III. RK erreichten. Sie wurden nicht zuletzt deshalb verhältnismäßig scharf akzentuiert, weil Brandler – zusammen mit Thalheimer Repräsentant des offiziellen Standpunkts – der Auffassung war, daß die „richtige Stellung zur Sowjetunion ... eine Lebensfrage für die Gruppe“ sei, insbesondere, daß die „kleinste Konzession in der Frage der Gewaltanwendung [durch den Partei- und Staatsapparat] in Sowjetrußland ... an die Existenz unserer Gruppe“ rühre[108]. Die Konzessionsbereitschaft gegenüber den Instanzen eben dieser Sowjetunion, die unschwer als das Motiv des offiziellen Standpunktes aus diesen Äußerungen abgeleitet werden konnte, wurde von einer Anzahl von Mitgliedern der RL, besonders von Paul Frölich, nicht geteilt[109]. Ihm ging es, nach seiner emphatischen Formulierung, in der „russischen Frage“ darum,

> „1. daß unsere Politik überhaupt geleitet ist von der Ehrlichkeit.
> 2. daß das von den Massen begriffen wird“[110].

Dem entsprechend standen auf der III. RK in dieser Angelegenheit zwei Anträge zur Diskussion. Die entscheidenden Formulierungen im Antrag der RL-Gruppe um Brandler und Thalheimer lauteten:

> „Die falsche Politik der KPSU. als Führerin der KI. bedeutet nicht, daß die Politik der KPSU. als Führerin der Sowjetunion falsch ist ... Auch unter der proletarischen Diktatur ist das Mittel der Überzeugung ausschlaggebend dafür, daß die Werktätigen, die bereits für die Grundsätze des Kommunismus gewonnen sind, an diesen Grundsätzen ... festhalten ... Jedoch kann die Kommunistische Partei unter der proletarischen Diktatur sich nicht auf das Mittel der Überzeugung beschränken, ... [denn die] proletarische Diktatur in der Sowjetunion hat sich nicht nur gegen die Reste der russischen Bourgeoisie zu verteidigen, sondern gegen das gesamte Weltkapital Wir lehnen es aus den angeführten Gründen ab, für die Losung der formalen innerparteilichen Demokratie einzutreten ... Es kann sich heute nur um die Beteiligung der breiten Masse der Parteimitglieder und der Arbeiter überhaupt an der praktischen Durchführung des Fünfjahresplanes handeln. In diesem Rahmen der Durchführung des Fünf-[167]jahresplanes ist eine Diskussion möglich und notwendig. Sie findet heute vor allem in der Form der Beteiligung der Arbeiter an der Aufstellung der Bau- und Arbeitspläne für die einzelnen Betriebe statt. Das gegenwärtige Parteiregime in der Sowjetunion ist also historisch bedingt und notwendig. Jeder Kommunist muß es daher in seinen Grundlagen verteidigen, was die Kritik an Mißgriffen im Einzelfalle keineswegs ausschließt“[111].

Hiergegen formulierte ein Antrag von Frölich, Walcher und Enderle, der unter anderem von Erna Halbe, Karl Frank und Max Köhler unterstützt wurde:

> „Die Sowjetunion ist der erste Staat der Diktatur des Proletariats und das Zentrum der Weltrevolution. Das vorbehaltlose Bekenntnis zu ihr, die unermüdliche Wirksamkeit zur Stärkung ihrer Macht sind unveräußerliche Merkmale der kommunistischen Bewegung ... Unter den gegebenen Lebensbedingungen der Sowjet-Union ist es zwar unvermeidlich, die sozialen Spannungen zu erhöhen, wenn nicht vor den Schwierigkeiten kapituliert werden soll. Sie dürfen aber nicht überspannt werden. Diese Grenzen sind offenbar beim Fünfjahresplan nicht eingehalten worden ... [Die Kollektivierung] muß verwirklicht werden durch Ausnützung aller Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Bevorzugung der Kollektiven gegenüber der Privatwirtschaft [und] durch die wirkliche Überzeugung der

> Bauernschaft von der Überlegenheit der sozialistischen Landwirtschaft ... Es muß festgehalten werden, daß die Verwirklichung des Sozialismus nicht nur ein sozialökonomisches und technisches Problem ist. Die Aufgabe des Sozialismus ist nur zu vollenden als bewußtes Werk der Arbeiterklasse; die Arbeiterklasse kann für diese Aufgaben nur reif werden durch ihr eigenes bewußtes Tun. Dazu genügt nicht die Mitwirkung bei der Durchführung der staatlichen Aufgaben – zu der heute schon breite Schichten des Proletariats herangezogen werden – dazu gehört vielmehr die Mitentscheidung über die politischen und wirtschaftlichen Entschlüsse, die Übernahme der Verantwortung, die Steigerung der Initiative. Die oberste Führung der KP.d.SU. fördert heute nicht diesen Prozeß der Erziehung der Massen zur Verantwortung durch die eigene Tat, sondern hemmt ihn ... Die KP.d.SU. kann heute nicht auf organische und staatliche Maßregeln auch gegen Parteimitglieder zur Sicherung der reibungslosen Durchführung der Sowjetpolitik verzichten. Solche außerordentlichen Maßregeln haben aber zur Voraussetzung die Verwirklichung der Leninschen Prinzipien der innerparteilichen Demokratie ...“[112].

Nach lebhaften Debatten auf der III. RK zu dieser Frage[113] wurde ein von Alwin Heucke vorgeschlagener Vermittlungsantrag angenommen, der über den Antrag der Gruppe um Brandler und Thalheimer insofern hinausging, als er „*die ständige Ausweitung der Mitentscheidung der Masse der Parteimitglieder* [in der KPdSU] *über die politischen und wirtschaftlichen Entschlüsse*“ forderte und den (deutschen oppositionellen) Kommunisten „*die Pflicht zu einer revolutionären verantwortungsbewußten Kritik der Mängel und Fehler der KPSU. sowohl in den Fragen* [168] *des Sowjetstaates als auch in den innerparteilichen Fragen*“ auferlegte[114]; eine Pflicht, der die Presseorgane der KPO freilich auch weiterhin kaum nachkommen sollten.

Wenngleich die Beurteilung des *Führungssystems der Kommunistischen Internationale* mit der des innersowjetrussischen Regimes sich berührte, war die Auffassung der KPO hier doch wesentlich einheitlicher. Das lag vor allem daran, daß die Frage des Verhältnisses der Kommunistischen Partei zur Internationale mit der Entstehungsgeschichte der KPO eng verknüpft war. Das Ausscheiden der „Rechten“ aus der Parteiführung im Jahre 1924 war nach Auffassung der Gruppe auf dieselben Ursachen zurückzuführen wie das Ausscheiden der „Rechts“-Opposition aus der KPD und KI im Winter 1928/29: nämlich – in der Formulierung Thalheimers auf der Berliner Vorkonferenz zur I. RK – auf „die Übertragung des revolutionären Schemas [Sowjetrußlands] ... auf eine ganz anders geartete Situation, auf ganz anders geartete Klassenverhältnisse“; was zugleich, als Übertragung des Revolutionsschemas des russischen Oktober auf die deutschen Verhältnisse des Jahres 1923, den „*Generalnenner der Fehler von 1923*“ ausgemacht habe[115]. Nicht freilich ging es Thalheimer um eine Abstraktion von den „russischen Erfahrungen“, wohl aber darum, „*auf Grund einer richtigen Verallgemeinerung der russischen und der eigenen revolutionären Erfahrungen die besonderen, spezifischen, konkreten Züge der proletarischen Revolution in Deutschland unter den Klassenverhältnissen, die wir hier haben, herauszuarbeiten*“[116]. Diese „richtige Verallgemeinerung“ der russischen revolutionären Lehren und die Leitung einer entsprechenden Politik in den Sektionen der KI – eine Forderung, bei der sich die KPO zu Recht auf Lenins Arbeit über den „Linken Radikalismus“ berufen konnte[117] – sei der Führung der KI zu leisten nicht möglich, weil die Monopolisierung der KI-Führung durch die KPdSU, welche bereits im Frühstadium der Entwicklung der westeuropäischen kommunistischen Parteien, in der Zeit der revolutionären Nachkriegskrisen bis 1923 und zugleich der Zeit der faktischen Leitung der KI durch Lenin, neben „weitaus“ überwiegenden „positiven Seiten“ ihre „negativen Seiten“ gehabt habe, in der Folgezeit mehr und mehr zu einer Schematisierung der KI-Politik nach sowjetrussischen Muster geführt habe[118]. Die Warnung Rosa Luxemburgs, die Gründung der KI nicht zu überstürzen, schien Thalheimer nun immerhin partiell gerechtfertigt gewesen zu sein[119]. Die Kritik an dieser schematischen Übertragung [169] sowjetrussischer Politik, letzten Endes der Fraktionskämpfe innerhalb der KPdSU, auf die KI-Sektionen schien umso notwendiger, als nach Auffassung der „Rechts“-Opposition die „*objektive Situation für die KP. günstig [ist], um ihren Einfluß auf die Massen zu erweitern und diese für den revolutionären Kampf zu gewinnen*[120]; was einer kommunistischen Politik als „Anhängsel an russische Fraktionskämpfe“ freilich nicht möglich sei[121]. Im Verzicht der kommunistischen

Parteien, ernsthaft auf eine Vergrößerung ihres Einflusses in den proletarischen Massenorganisationen hinzuarbeiten, und in ihrem Kampf gegen die als „sozialfaschistisch“ etikettierten reformistischen Parteien dokumentierte sich der „Rechts“-Opposition das, was ihr als Schematismus der KI-Politik erschien, auf handgreifliche Weise – wozu nicht minder die Form der innerparteilichen Regimes in den Parteien, die immerhin als „terroristisch“ diagnostiziert wurde, gehörte[122].

In der Beurteilung der Erscheinungsformen der „Krise“ der KI und ihres Führungssystems bestand, angesichts der Handgreiflichkeit ihrer Auswirkungen auf die Existenz der Gruppe, in der KPO im wesentlichen Übereinstimmung. Die „Plattform“ formulierte die Merkmale dieser Krise in folgender Weise:

> „Die grundlegende Ursache der Krise der Kommunistischen Internationale ist die Erhaltung und Verschärfung des Monopols ihrer Führung durch die Kommunistische Partei der Sowjetunion über den Zeitpunkt hinaus, wo sie *ein Fortschritt* für die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung war, über die erste Etappe der Weltrevolution hinaus“[123].

Die Umfunktionierung des Führungsmonopols der KPdSU in „eine *Hemmung* der weiteren Entwicklung der KI.“ sei erfolgt auf Grund der folgenden Tatsachen:

> „1. Den wachsenden *Abstand* der Aufgaben, die der russischen Sektion zufielen, von denen der außerrussischen Partei[:] zwischen dem des *Aufbaus* des Sozialismus und des Rätestaates einerseits und denen der Vorbereitung der proletarischen Revolution andererseits.
> 2. Die wachsende Inanspruchnahme der Führung der KPSU. durch die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus in Rußland in Vergleich mit denen der Vorbereitung der proletarischen Revolution in anderen Ländern.
> 3. Die Ersetzung von Führern, die mit der internationalen Arbeiterbewegung und den Klassenverhältnissen außerhalb Rußlands durch eigene Anschauung und Teilnahme bekannt waren[,] durch solche, die solche unmittelbare und lebendige Kenntnis nicht besitzen“[124].

[170] Das Ergebnis dessen sei gewesen:

> „Die internationale Führung verwandelte sich so in eine völlig versagende bürokratische Verwaltung durch die jeweiligen untergeordneten Organe der jeweils herrschenden Fraktion der KPSU. ... Die unbedingte Beherrschung der Führungen und der Funktionärsapparate der einzelnen Sektionen wurde noch außerdem gesichert durch die völlige *materielle* Abhängigkeit dieser Apparate vom führenden Zentrum“[125].

Aus dieser Kritik und aus der Annahme, daß „die Aufgaben der internationalen Führung der kommunistischen Weltbewegung ... überhaupt nicht mehr durch eine einzelne Partei zu lösen“ seien[126], leitete die KPO ihre Forderungen zur Reform der KI ab, welche dann im wesentlichen von der internationalen kommunistischen „Rechts“-Opposition übernommen wurden[127]: nämlich die Einsetzung einer „wirklich kollektiven internationalen Führung“, in der die KPdSU nur „Erste unter Gleichen“ sei, die breite Diskussion der Gesamtpolitik der KI in der Internationale selbst und die Berücksichtigung der Auffassungen der einzelnen Sektionsleitungen bei der Herausarbeitung der für die Politik ihrer Länder spezifischen Fragen, die Wahl der Sektionsleitungen und der Delegierten zu den Kongressen der KI durch die Mitgliedschaft und die Einräumung von Kontrollbefugnissen an diese Mitgliedschaft; diese Reform könne „nicht von oben“ verwirklicht werden, sondern „nur durch den Kampf um die Herausbildung reifer Parteien mit selbständigen Führungen in den einzelnen Sektionen“[128].

Die praktische Politik des EKKI in der Zeit von der I. bis zur IV. RK der KPO bot kaum Anlaß, diese Beurteilung des Führungssysteme der KI zu modifizieren. Die internationalen Tagungen und Kongresse in diesem Zeitraum erbrachten entweder – wie das X. EKKI-Plenum (3.–19.7.1929)[129] und der V. RGI-Kongreß (15.–30.8.1930)[130] – eine Bestätigung oder Verschärfung des seit den Weltkongressen von 1928 eingeschlagenen „ultralinken“ Kurses oder – wie das erweiterte Plenum des EKKI-Präsidiums im Februar 1930[131] oder das XI. EKKI-Plenum (26.3.–11.4.1931)[132] – nur unwesentliche Korrekturen der alten Politik und Abschwächungen der krassesten Übersteigerungen dieses Kurses; so etwa die Beschränkung der Bezeichnung „Sozialfaschismus“ auf den Parteiapparat der SPD – anstelle

ihrer Verwendung für die Gesamtheit der Mitgliedschaft – oder einen rhetorischen Hinweis auf die „ungeheuer wichtige Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften“[133]. Diese Scheinwendungen wurden von der KPO zu Recht [171] als „die *übliche Begleitmusik zu einer innerrussischen Schwenkung*“[134] – die im Falle der Ergebnisse des erweiterten Präsidiums-Plenums mit der Kapitulation der sowjetrussischen „Rechten“ vor Stalin und mit der Modifizierung des Kollektivierungskurses zusammengebracht wurden[135] – und als Ausdruck des Unvermögens des EKKI gewertet, „den Anforderungen gerecht zu werden, die die Weltwirtschaftskrise ... an eine revolutionäre Führung“ stelle[136]. Modifikationen in der Einschätzung der KI durch die KPO ergaben sich lediglich in einer anderen Frage, derjenigen der Beurteilung des Zusammenhangs von Bürokratisierung der KI-Führung und der innersowjetrussischen Situation. Die Ursachen für die Bürokratisierung der KI, welche die „Plattform“ der KPO registrierte, hatten nach der ursprünglichen Auffassung Thalheimers zum gemeinsamen Nenner das „Eindringen des Bürokratismus in die russische Partei und seine ... Übertragung auf die anderen Parteien“[137]. Diese ansatzweise historisch-soziologische, wenn auch sicher noch unzureichende Erklärung wurde ein Jahr später schon ein wenig modifiziert; dabei ging Thalheimer von der Voraussetzung aus, daß keine „*objektiven Notwendigkeiten*“ – des Ganges der Weltrevolution anscheinend – „dieser taktischen Zusammenkoppelung zwischen KP.d.SU. und Komintern zugrunde liegen“; doch wurde in dieser Feststellung mit einem quid pro quo zugleich auch die Vorstellung dieser Verknüpfung als einer gesellschaftlich-historisch bedingten eliminiert: ihr sollten „*Motive*“, „subjektive *Gründe*“ zugrunde liegen, die ihrerseits freilich mit historischem Sinn bestimmt wurden:

> „Es ist vor allem die Furcht des Parteiapparats der KP.d.SU. davor, daß Auseinandersetzungen in Fragen der Kommunistischen Internationale umschlagen werden in Auseinandersetzungen über Fragen der russischen Politik in der KP.d.SU., daß Kritik und Opposition in der Komintern Kritik und Opposition in der KP.d.SU. hervorruf[en]“[138].

Dieser Gedanke war der Ausgangspunkt für die unermüdlichen Beteuerungen der KPO, daß die Methode der Lenkung der KI-Sektionen und der „ultralinke“ Kurs „den wirklichen Interessen der Sowjetunion und der KP.d.SU. wie den wirklichen Interessen der Kommunistischen Internationale“ widerspreche[139]:

> „Wird der ultralinke Kurs beibehalten, so droht der Zusammenbruch der Komm. Internationale, so drohen die schwersten Gefahren, für die Sowjet-Union. Denn wenn die revolutionäre Internationale im Ernstfall nicht fähig ist, den Kampf gegen den imperialistischen Krieg und gegen die Intervention aufzunehmen, dann hat sie als Internationale versagt“[140].

[172] Die Auffassung, daß „die Politik des erfolgreichen sozialistischen Aufbaues“ in der UdSSR „auf die Dauer nicht ohne die Unterstützung durch eine ... richtige Politik [der KI] außerhalb der Sowjetunion“ durchgeführt werden könne[141], war Grunddogma der KPO und Voraussetzung ihrer Beurteilung der KI; der von Vertretern der schwedischen „Rechts“-Opposition geäußerte Gedanke, es bestehe keineswegs Interessenidentität zwischen dem innersowjetrussischen Regime und den revolutionären Intentionen der KI-Sektionen, die Auffassung, „daß die Russen mit Rücksicht auf die Außenpolitik der Sowjetunion keine schwerfälligen Massenparteien, sondern nur kleine Sekten wollen, mit denen sie besser manövrieren können“[142], scheint von Thalheimer wie den KPO-Führern überhaupt von vornherein aus dem Bereich des überhaupt Denkmöglichen ausgeschlossen gewesen zu sein; sie fand in der KPO keine Resonanz. In der Abwehr eines solchen, von außen herangetragenen Gedankens formulierte Thalheimer allzu apodiktisch – und in krassem Widerspruch zu seiner ursprünglichen Auffassung – im September 1931:

> „Die falsche Politik der KPSU in der Kommunistischen Internationale ist also keineswegs durch ihre innere Politik bedingt. Im Gegenteil, diese innere Politik ... erfordert einen Kurs der Kommunistischen Internationale, der die revolutionäre Entwicklung in den kapitalistischen Ländern so weit als nur möglich fördert“[143].

Die kritischeren Beurteiler der Sowjetunion in der KPO – die freilich dieses Postulat Thalheimers durchaus billigten – konnten in der völligen Abstraktion Thalheimers vom Gedanken an einen historisch-gesellschaftlichen Zusammenhang von KPdSU-Regime und KI-Regime nur eine Bestätigung

der Vermutung sehen, die Stellungnahme Thalheimers und Brandlers zur UdSSR sei lediglich durch eine faktische Konzessionsbereitschaft bestimmt.

Die Beurteilung der *Kommunistischen Partei Deutschlands* selbst, welche die KPO formulierte, leitete sich aus deren Einschätzung der KI-Politik überhaupt ab, hatte jedoch dabei besondere Züge der deutschen Partei zu berücksichtigen. Die „ultralinke“ Politik der KPD, zu der das vor ihrem Einsetzen schon formulierte Aktionsprogramm der „Rechten“ sowie die taktischen Auffassungen der „Plattform“ eo ipso in strikten Gegensatz standen, wurde in der Zeit nach der I. RK der [173] KPO in noch verstärktem Maße betrieben[144]. Ihren deutlichen Ausdruck fand sie zunächst in der taktischen Vorbereitung des Auftretens der KPD am 1. Mai 1929 in Berlin, bei der zumindest die offenkundige Absicht der Partei, das bestehende Demonstrationsverbot des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel durch isolierte Demonstrationen zu durchbrechen, ihr die Mitschuld an den fünfundzwanzig Todesopfern unter den Demonstrierenden und Zuschauern auflud; die verantwortungslose Politik der KPD, die – zusammen mit der sicher nicht minder zu kritisierenden Politik der preußischen Regierung in dieser Frage – zu den blutigen Zusammenstößen geführt hatte, wurde von der KPO scharf kritisiert[145]. Der 12. Parteitag der KPD in Berlin-Wedding vom 9. bis 16. Juni 1929 und das einen Monat später tagende X. Plenum der Erweiterten Exekutive der KI bestätigten und ideologisierten nicht nur diese besondere Politik des 1. Mai, sondern die „ultrahinke“ Linie überhaupt[146]. Die Tagungen bekräftigten die mit der Behauptung einer „Revolutionierung der Massenbewegung“ in den kapitalistischen Ländern[147] verbundene Prognose, daß die „*faschistische Gefahr in der ganzen Welt*“ noch nie „so groß, wie gerade jetzt“ gewesen sei[148]; sie bekräftigten aber auch die 1928 inaugurierte Taktik in ihren beiden Hauptmomenten: in der „Theorie“ vom „Sozialfaschismus“ und in der RGO-Politik.

Die Sozialfaschismus-Ideologie, die letztlich zurückging auf ideologische Tendenzen der Moskauer Januarverhandlungen des EKKI-Präsidiums im Jahre 1924 und die nach dem VI. Weltkongreß, mit dieser Bezeichnung seit dem Frühjahr 1929, propagiert wurde, kennzeichnete mit einer Formulierung Stalins aus den Jahre 1924 die Sozialdemokratie als „Zwillingsbruder“ des Faschismus[149], ja selbst als eine „*besonders gefährliche Form der faschistischem Entwicklung*“[150]. Diese Faschismusform sei durch „*den neuen Typus der korrumpierten Arbeiteraristokratie ... bestimmt*“[151]. Beschränkte die KPD diese Bezeichnung zunächst – analog den Bestimmungen der Thesen des VI. Weltkongresses der KI – auf die Bürokratien der reformistischen Organisationen und auf die von der Sozialdemokratie geführten oder mitgetragenen Regierungen[152], so dehnte sie sie im weiteren Verlauf des Jahres 1929 konsequenterweise auch auf die Mitgliedschaft der SPD, ja selbst auf die Mitglieder der sozialistischen Jugend- und Kinderorganisationen aus:

> [174] „In Berlin wurden die kleinen Sozialfaschisten, die Roten Falken, in den Schulen immer frecher. *Sie verbünden sich im Kampfe gegen die klassenbewußten Arbeiterkinder mit den Pfadfindern und mit den übrigen bürgerlichen Kinderorganisationen ... Und unsere ‚Roten Lanzen‘ wollen die faschistischen Kinder schlagen, wo sie sie treffen*“[153].

Auf die Zurückweisung der Sozialfaschismus-Ideologie brauchte die KPO somit nicht große theoretische Anstrengungen zu verwenden. Die Kritik drückte Thalheimer in folgendem Satze aus:

> „Die Rolle der bürgerlich-parlamentarischen Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie, bei der Vorbereitung des Faschismus besteht nicht darin, daß sie sich selber in Elemente der faschistischen Partei verwandeln, sondern darin, daß sie den Parlamentarismus und sich selber diskreditieren und *dadurch* die Entstehung einer faschistischem Partei begünstigen, die Urteil vollstreckt, das sie über sich selber fällen“[154].

Die Übertragung der offiziell-kommunistischen Sozialfaschismus-Ideologie auf die Gewerkschaftspolitik hatte konsequent die – seit dem IV. RGI-Kongreß offiziell eingeleitete – „ultralinke“ Gewerkschaftstaktik zur Folge. Sie beschränkte sich bald nicht mehr auf die bloße isolierte Durchführung von Streiks oder von Ansätzen hierzu, sondern zielte ab auf die organisatorische Zusammenfassung der Kommunisten außerhalb der Freien Gewerkschaften. Nachdem schon Stalin in seiner Rede in der Präsidiumssitzung des EKKI am 19. Dezember 1928 verkündet hatte, es sei eine Situation denkbar, „in der es notwendig werden kann, parallele Massenorganisationen der Arbeiterklasse zu schaffen,

entgegen dem Willen der sich an die Kapitalisten verkaufenden [Gewerkschafts-]Bonzen“[155], und nachdem Losowsky auf einer internationalen RGI-Konferenz in Berlin Ende 1928 in derselben Richtung argumentiert hatte[156], war es nicht verwunderlich, daß das Referat Merkers auf dem 12. Parteitag sich diese Tendenzen zu eigen machte[157]. Ein „*Verwachsen des bürgerlichen Staatsapparats mit dem sozialimperialistischem Gewerkschaftsapparat*“ habe zur Folge, daß der „ökonomische Kampf in breiterem Maße *nur von der revolutionären Opposition* organisiert“ werden könne[158]; eine Politik, die zunächst die Bildung sogenannter „revolutionärer Vertrauensmännerkörper“ in den Betrieben zur Mobilisierung der „unorganisierten Massen“[159], sodann die Gründung selbständiger kommunistischer Gewerkschaftsorganisationen – dies seit Juli 1929 –, und im Gefolge davon die Zerstörung der wenigen kommunistischen Positionen [175] in den Freien Gewerkschaften und Absplitterungen aus den ADGB-Verbänden zur Folge hatte[160]. Die „Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition“ versuchte, als – eigenständige – „Revolutionäre Gewerkschafts-Organisation“ zu funktionieren[161], doch konnte sie in ihrer Streikpolitik fast nur Niederlagen für die RGO-Mitglieder verbuchen[162]. Die Folgen dieser Politik hatte die KPO mühelos von Anbeginn voraussagen können[163]; ihre grundsätzliche Stellungnahme formulierte sie folgendermaßen:

> „*Objektiv verbessern sich die Chancen der [kommunistischen] Opposition [überhaupt] innerhalb der Gewerkschaften in dem Grade, wie die Ohnmacht, der Bankrott des Reformismus gegenüber dem angreifenden Kapitalismus sichtbar wird ... Die roten Verbände [aber] stehen vor unlösbaren Aufgaben* ... Im Grunde geht die RGO von dem gleichen Boden aus an das Problem heran, wie die Reformisten. Zum Unterschied von der RGO kennen aber die Reformisten die Grenzen, die heute dem nurgewerkschaftlichen Kampf gezogen sind, während die RGO ihre Kurzsichtigkeit ... Tag für Tag durch sinn- und zwecklose Opfer demonstriert“[164].

Die Kritik, welche die „Plattform“ der KPO an der KPD übte, konzentrierte sich auf diese taktischen Probleme; die Unfähigkeit der KPD, die Aufgabe des „*Übergangs von der 1. zur 2. Etappe der proletarischen Revolution*“ – wie das Schema der revolutionären Entwicklung der KPO es verstand[165] – zu lösen, sei im besonderen charakterisiert durch diesen „verschärfte[n] Rückfall in ‚*linke Kinderkrankheiten*‘“, ferner durch die „Unterdrückung der *innerparteilichen Demokratie*, die bürokratische Selbstherrlichkeit und Entartung des oberem und mittleren Parteiapparats, die Ersetzung des demokratischen durch den bürokratischen Zentralismus“[166]. Die Krise der KPD werde letzten Endes dazu führen,

> „daß die Partei aufhört, in der Wirklichkeit die Trägerin des Kommunismus zu sein, daß sie sich in einen leerlaufenden, selbstgenügsamen Apparat verwandelt, der mit dem wirklichen Kampf der Arbeiterklasse nichts mehr zu tun hat und der schließlich bei der ersten ernsten revolutionären Probe an seiner inneren Hohlheit *zusammenbricht*“[167].

Eine Reformierung der KPD sei „nicht mehr möglich von oben, durch die Führung der KPD. und der Kommunistischen Internationale“:

> [176] „Sie ist nur mehr möglich von unten und innen her: durch den entschlossenen und hartnäckigen Kampf der Mitgliedschaft. Selbst wenn die Instanzen angesichts des Zusammenbruchs ihrer falschen Linie eine ‚Wendung‘ von oben versuchen würden, könnte das nicht die Rettung der Partei bedeuten“[168].

Somit war festgehalten, daß sich die KPO von der KPD „nicht durch die Grundsätze und Ziele, sondern durch die Taktik“ unterscheide[169], womit indes die Möglichkeit, daß die KPD auch in ihren Grundsätzen vom Kommunismus sich entferne, nicht ausgeschlossen wurde. Die Politik der KPD in der Folgezeit entwickelte sich, an diesen Kriterien gemessen, in äquivoker Weise, und die Beurteilung der Partei durch die ideologischen Repräsentanten der KPO war aus diesem Grunde nicht mehr lange einheitlich.

Die allgemeine Beurteilung der politischen Entwicklung in Deutschland durch die offizielle KPD war, zumindest bis in das Jahr 1932 hinein, durch eine dauernde, wenn auch wechselnd akzentuierte Unterschätzung des aufkommenden Faschismus gekennzeichnet. Dafür galt als „Hauptfeind“ der

Arbeiterklasse vielmehr die preußische Regierung Braun und zunächst die Regierung der Großen Koalition im Reich, dann das Regierungssystem Brünings, dessen Notverordnungspolitik – zwar sicherlich diktatorischen Charakters, aber gewiß nicht faschistisch – im Dezember 1930 seitens der KPD bereits als eine „faschistische Diktatur“ bezeichnet wurde, die nur noch gestürzt werden könne[170]. In einer modifizierten und unklaren Formulierung, welche das ZK-Plenum vom 15. bis 17. Januar 1931 an die Stelle dieser Bezeichnung setzte – das System Brüning sei eines der „Durchführung der faschistischen Diktatur“ – blieben diese Fehleinschätzung der politischen Situation und mit ihr die Unterschätzung des Faschismus in kraft[171]; immerhin hieß es noch im September 1931 in einem später von der Parteiführung desavouierten Artikel der Parteipresse:

> „Eine sozialdemokratische Koalitionsregierung, der ein kampfunfähiges, zersplittertes, verwirrtes Proletariat gegenüberstände, wäre ein tausendmal größeres Übel, als eine offene faschistische Diktatur, der ein klassenbewußtes, kampfentschlossenes, in seiner Masse geeintes Proletariat gegenübertritt“[172].

So wurde die leichte „Wendung“ in der politischen Linie der KPD im Sommer 1930 – die im Gefolge der „Wendung“ in der sowjetrussischen [177] Partei vorgenommen wurde[173] – mit gutem Grund, soweit sie die Einschätzung der innenpolitischen Situation betraf, von der KPO nicht ernst genommen. Die KPD agiere bei diesem Versuch, die „ultralinke“ Politik zu mildern, als „Gefangene ihrer ultralinken Politik“[174] – was sich in der Tat nicht zuletzt an der pseudorevolutionären Parole Heinz Neumanns, „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“, demonstrierte. Wie sehr die KPO mit dem Vorwurf recht hatte, es handele sich bei dem politischen Lavieren der KPD um „Verlogenheit von oben bis unten“, die von „offenkundig opportunistische[n] Entgleisungen der Parteiführung“ begleitet sei[175], sollte sich im August desselben Jahres zeigen, als die KPD ihre mit nationalistischer Phraseologie durchtränkte „Programmerklärung der KPD. zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“[176] zum Wahlkampf für die September-Wahlen herausbrachte – ein Manifest, das von der KPO als Ausdruck „eines bisher noch nicht erreichten Tiefstandes der ultralinken Bankrotteure“ bezeichnet wurde[177]. Doch sollte dieser ideologische Tiefstand der KPD durchaus noch unterschritten werden: als Mittel gegen die reale faschistische Gefahr, welche die KPD im Sommer 1930 zu entdecken angefangen hatte, propagierte sie nach den für die NSDAP höchst erfolgreichen, für die Arbeiterparteien – relativ gesehen – mit Verlusten, indes für die KPD mit Stimmengewinn ausgehenden Novemberwahlen 1930 als ihre „*zentrale strategische Losung ... die der Volksrevolution*“, die aber ein Synonym der proletarischen Revolution sei[178]. Die gedankenlose Übernahme dieser – einst von den „Ultralinken“ in Italien bekämpften – Parole in einer Situation, welche nach Meinung der KPD-Führung „*Tendenzen einer revolutionären Krise*“ aufwies[179], erschien der KPO ebenso als Ausdruck „theoretischer Konfusion“ der KPD[180], wie ihr die Beteiligung der KPD am faschistischen Volksentscheid auf Auflösung des preußischen Landtags im August 1931 und die Nachahmung des faschistischen Führerkults durch die KPD Zeichen dafür waren, daß „die ultralinke Politik in einer Situation, die revolutionäre Entscheidungen verlangt, zum faulsten Opportunismus führt“[181]. Die erneute Abmilderung der krassesten Erscheinungen des „ultralinken“ Kurses durch das XI. EKKI-Plenum im Frühjahr 1931, auf welche die Schwenkungen in der KPD zurückzuführen waren, erschienen angesichts dieser in „Opportunismus“ umschlagenden deutschen KP-Politik – auch wenn von der Exekutive der KI nunmehr ein „Zurückbleiben bei der Mobilisierung der Massen auf der Grundlage der *Verteidigung der täglichen Nöte* der Arbeiter“ gerügt wurde[182] – als bloße Proklamation; dies umso mehr, als dieses EKKI-Plenum wei-[178]terhin die qualitative Differenz von parlamentarisch-demokratischer Herrschaftsform und faschistischer Diktatur nicht anerkennen mochte, dafür aber die Sozialfaschismus-Ideologie und die RGO-Politik erneut bekräftigte[183]. „Alle diese Mängel“, so resümierte die KPO, „können nur durch eine *vollständige Liquidierung aller ultralinken Fehler* beseitigt werden“[184].

Angesichts dieser Entwicklung ist es nicht verwunderlich, daß in der KPO schon früh, wenn auch vereinzelt, Stimmen laut wurden, ob nicht die KPD bereits mit den Grundsätzen des Kommunismus gebrochen habe: in der „Plattform“ der Gruppe war immerhin dekretiert, daß eine falsche Taktik ... [der KPD] auf die Dauer zur Preisgabe ihrer Grundsätze führen“ müsse[185]. Diese Stimmen fanden noch auf der II. RK kaum Resonanz; entsprechende Auffassungen wurden von Thalheimer

zurückgewiesen[186]. Prononcierter wurde schon auf der III. RK – vor allem von Möller und Frank – davon gesprochen, daß „die gegenwärtige Politik der Partei ... konterrevolutionär“ wirke[187]. Die Verschärfung der Frontstellungen, die im Verlauf des Jahres 1931 zwischen Vertretern solcher Auffassungen und denjenigen der von Brandler und Thalheimer verfochtenen hervortrat, resultierte nicht nur aus der Deutlichkeit der solcherart geäußerten Kritik, sondern auch aus Modifikationen der ursprünglichen Einstellung der Gruppe um Brandler und Thalheimer zur KPD. Dem wiederum lagen Ergebnisse jener leichten „Schwenkung“ der kommunistischen Parteilinie zugrunde, die 1930 auf den Druck der KI-Führung hin vorgenommen worden war. Diese erste Abmilderung der krassesten „ultralinken“ Politik, die mit einer Dogmatisierung der Einstellung der KPD zur innenpolitischen Entwicklung, aber auch mit einer „Entdeckung“ des Faschismus einhergegangen war, hatte immerhin das Resultat gehabt, daß die Sozialfaschismus-Ideologie nur mehr auf die Bürokratien der nichtkommunistischen Arbeiterorganisationen angewandt wurde; ferner, daß die RGO-Politik nicht mehr ausschließlich – wie es von Merker vertreten worden war – als die Politik der unvermittelten Neugründung kommunistischer Sonderorganisationen, sondern auch wiederum als Politik der Gewerkschaftsopposition in den ADGB-Verbänden interpretiert wurde[188]. Diese leichten Modifikationen des KPD-Kurses – die jedoch durch die Ergebnisse des XI. EKKI-Plenums meist wieder zunichte gemacht wurden – sowie die „opportunistischen Entgleisungen“ der KPD-Führung seit Ende 1930 waren Anlaß für die These Thalheimers, daß sich die „ultralinke“ Politik [179] der KPD zu „zersetzen“ beginne[189]. Hinzu kam, daß seit dem Sommer 1931 seitens der internationalen kommunistischen Instanzen eine ernstliche „Wendung“ in der KI-Politik vorbereitet zu werden schien, was sich in der beginnenden Kritik an der Neumann-Gruppe und in der Entwicklung der französischen Partei[190] sowie in einer Kritik der RGI-Leitung an der deutschen RGO-Politik andeutete[191]. So hielt es die Gruppe um Thalheimer in der KPO seit dem Spätsommer 1931 nicht für unmöglich, daß auch in der KPD sich die Ära des „ultralinken“ Kurses ihrem Ende nähere[192]. Dementsprechend formulierte Thalheimer Ende 1931:

> „Aufbau oder Abbau des ultralinken Kurses? Beide[s] zugleich, nacheinander und nebeneinander. Und die eine oder die andere Seite dieser Entwicklung sehen, heißt falsch sehen. Dieser dialektische, widerspruchsvolle Prozeß ist es, was wir die ‚*Zersetzung des ultralinken Kurses*‘ genannt haben“[193].

Die ideologischen Differenzen, welche mit der Zurückweisung dieser Auffassung sowie der Thalheimerschen Interpretation der mit der UdSSR und der KI verknüpften Probleme durch die gegenüber dem offiziellen Kommunismus kritischer eingestellten Funktionäre in der Gruppe entstanden, sollten dann in der Zeit um die IV. RK ein wichtiges Element der innerorganisatorischen Konflikte der KPO bilden.

c. Die Beurteilung der innenpolitischen Entwicklung bis zum zweiten Kabinett Brüning

Die Beurteilung der innenpolitischen Entwicklung der Weimarer Republik seit dem Ende der Stabilisierung, die die KPO in der Konkretisierung der Faschismustheorie Thalheimers in laufenden Analysen formulierte, war durch den Gedanken charakterisiert, daß die Zuspitzung der gesellschaftlichen Antagonismen einen schrittweisen Abbau der bürgerlich-demokratischen Demokratie und endlich einen staatsstreichartigen Übergang in die faschistische Diktatur erbringen müsse, wenn nicht dieses parlamentarische System durch eine revolutionäre Aufhebung der kapitalistischen Gesellschaft im Sinne des Marxismus außer Kraft gesetzt werden könne[194]. Diese Analysen, die in der Gruppe nur wenig umstritten waren, sollten sich als bemerkenswert richtig erweisen.

[180] Schon im Juli 1928 hatte die „Rechts“-Opposition das Experiment der Regierung der Großen Koalition mit dem sozialdemokratischen Kanzler Hermann Müller – das Resultat des „Linksrutsches“ bei den Reichstagswahlen dieses Jahres – in der Prognose der Verschärfung der „Diktatur des Kapitals“ als einen ersten Schritt in dieser Entwicklungsrichtung charakterisiert:

> „Bereits das Zustandekommen der Regierung Hermann Müller u. Co. stellt einen Schritt in der Richtung des Abbaus der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie dar. Das ‚Kabinett der Persönlichkeiten‘ macht sich unabhängiger von den parlamentarischen Fraktionen und

> Parteien. Dafür ist es um so enger und fester gebunden an die außerparlamentarischen Kräfte der Bourgeoisie“[195].

Der Einfluß dieser „außerparlamentarischen Kräfte der Bourgeoisie“ auf die Regierung – wie er sich, transformiert durch die Politik der DVP oder durch den direkten Druck von Wirtschaftsgruppen und -vertretern, alsbald im Beschluß über den Panzerkreuzerbau, in der widerrechtlichen Aussperrung der Arbeiter durch die nordwestliche Gruppe der Eisenindustrie und der nachfolgenden Schlichtungsregelung und, vor allem, im Druck auf einen Abbau der Arbeitslosenversicherungsleistungen und auf eine unsoziale finanz- und steuerpolitische Regelung der inneren Konsequenzen des Youngplans inmitten der einsetzenden Wirtschaftskrise demonstrierte[196] – wurde von der KPO als „politische Reaktion, die sich innerhalb der bürgerlichen Republik ausbreitet“[197], charakterisiert: „Begünstigt durch die Koalitionspolitik, holt jetzt das Großkapital zu entscheidenden Schlägen gegen die Arbeiterklasse aus“[198]. Die Richtung dieses Interessenkampfes, der sich erweiterte „zu einem Angriff auf das demokratische ‚System‘ der Weimarer Republik[199], wurde folgendermaßen historisch-gesellschaftlich bestimmt:

> „Die deutsche Bourgeoisie hat [1918/19] mit Hilfe der Sozialdemokratie und der Unabhängigen verstanden, dem revolutionären Abschluß des Krieges zu entgehen. Sie wälzte die Hauptlast des imperialistischen Raubfriedens ab auf die Arbeiterklasse und das städtische Kleinbürgertum. Das Hauptmittel dafür war die Inflation[,] die den deutschen Arbeiter jahrelang auf Kulilöhne herabdrückte und das städtische Kleinbürgertum enteignete. Sie nutzte die Inflation mit kühler Berechnung bis zu dem Augenblick aus, solange sie davon profitierte. Sie drehte bei, ging zur Stabilisierung der Valuta über, als die Inflation ihren Zweck erfüllt hatte, sich [181] gegen sie selbst zu wenden drohte und Arbeiterklasse und Kleinbürgertum zu rebellieren begannen ... Jeder Schritt nach vorwärts der deutschen Bourgeoisie wurde wirtschaftlich und politisch ein Schritt rückwärts für die deutsche Arbeiterklasse. Eine Millionenarmee von Dauerarbeitslosen drückt auf die Beschäftigten. Der ‚industrielle Mittelstand‘ wird zerrieben, das Monopolkapital hat bereits eine eigene und höhere Profitrate für sich herausgebildet. Gleichzeitig Druck auf die Löhne und Soziallasten. Die Folge davon: Langsam aber stetig wachsender Gegendruck von unten, Radikalisierung des Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse. Die Maiwahlen 1928 zeigten bereits diese Erscheinung ... Die absinkende Konjunktur verschärft und beschleunigt diesen riesenhaften Prozeß. Die Lage des deutschen Trustkapitals auf dem Weltmarkt veranlaßt es, den Druck zu steigern ...“[200].

Die besonderen Zielsetzungen dieses „Drucks“ wurden aus der ökonomischen Situation der vertrusteten Wirtschaft abgeleitet:

> „Die absteigende Konjunktur äußert sich heute vor allem in einer Erschöpfung der inneren Absatzmöglichkeiten in Deutschland. Die Ausfuhr hat in den letzten Monaten [scil.: vor dem Januar 1929] zugenommen. Die deutschen Kapitalisten werden immer mehr versuchen, sich neue Absatzmöglichkeiten auf dem Weltmarkt zu verschaffen. Dies bedeutet eine weitere Verschärfung des Monopolwuchers im Inland, um so die Möglichkeit zu einem Dumping, zu einer Schleuderkonkurrenz auf den ausländischen Märkten zu haben, es bedeutet weiter den verschärften Angriff auf die Lebenshaltung der Arbeiter zur Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitals, es bedeutet endlich den immer deutlicheren imperialistischen Charakter der deutschen Außenpolitik“[20l].

Beriefen sich die Theoretiker der KPO für diese außenpolitischen Prognosen etwa auf die Flottenrüstung oder auf die Initiativen des Reichsbankpräsidenten Schacht auf der Pariser Sachverständigenkonferenz zur Neuregelung der Reparationen[202], so konstatierten sie auf innenpolitischem Gebiet „drei Fronten des kapitalistischen Angriffs“; auf sozialpolitischem Gebiet: die seit Ende April 1929 aktuellen Angriffe auf die Arbeitslosenversicherung sowie die seit dem Sommer 1929 von Wirtschaftsverbänden vorgetragenen Pläne zu einer Finanz- und Steuerreform nach Maßgabe ihrer Interessen[203]; auf politischem Gebiet: vorerst etwa die Tendenzen, welche sich in der Annahme des neuen

Republikschutzgesetzes manifestierten, zudem die innenpolitische Funktion der Reichswehr[204]; auf kulturellem Gebiet: das preußische Konkordat und „die Verstöße in der Richtung der Zensur“[205]. Diese politischen Initiativen verbinde eine gemeinsame Tendenz:

> [182] „Was ist der *Vereinigungspunkt* aller dieser Vorstöße? Er liegt nicht nach rückwärts in der Richtung zur monarchischen Restauration, er liegt nach vorwärts, in der ‚schließlichen‘ und ‚prostituiertesten‘ Staatsform der ‚vollentwickelten bürgerlichen Gesellschaft‘, die z. Zt. von Karl Marx den Namen Bonapartismus trug, heute den Namen *Faschismus* trägt“[206].

Politisch manifestiere sich diese – im Falle des Versagens der Arbeiterparteien notwendige – Entwicklungsrichtung in der seit der Zeit der Großen Koalition überall diskutierten „Krise des Parlamentarismus“, welche in Wirklichkeit ein „Vorspiel zur Krise der bürgerlichen Herrschaft“ sei:

> „Was jetzt [scil.: in den ersten Monaten des Jahres 1929] in der politischen Sphäre vor sich geht, ist die allmähliche, schrittweise Vorbereitung einer gewaltigen politischen Krise ... Der Widerwille der Bourgeoisie gegenüber ihren eigenen parlamentarischen Parteien und Vertretern, als Echo darauf die Verächtlichmachung der Parteien und des Parlaments durch sich selber, der Ruf nach größerer Unabhängigkeit der Regierung gegenüber dem Parlament und seine[n] Parteien, nach größerer Selbständigkeit der Exekutive[,] nach der Verstärkung der Macht des Reichspräsidenten, nach ‚Persönlichkeiten‘[,] die führen, die das Parlament und die Parteien zwingen[:] Diese Züge gehen mehr oder weniger durch alle bürgerlichen Parteien, bis zur Sozialdemokratie ... Was hier vor sich geht, das ist die *ideologische Vorbereitung des Bodens für die offene Trustdiktatur durch die bürgerlichen Parteien selbst, deren Verwirklichung die Vernichtung dieser selben politischen Parteien und damit der politischen Existenz der Bourgeoisie voraussetzt*“[207].

Vermittelt werde dieser Prozeß durch die „Rechtsentwicklung“ der bürgerlichen Parteien, durch das Versagen der Arbeiterparteien und durch den Vormarsch des Faschismus als Massenbewegung:

> „In den bürgerlichen Parteien sehen wir [1928/29] bei gleichzeitiger Radikalisierung der Masse der Anhänger eine Verschiebung der Führung nach rechts. Die Entwicklung im Zentrum und bei den Deutschnationalen ist dafür bezeichnend ... Alle bürgerlichen Parteien vertreten heute im großen und ganzen dieselben Forderungen, die Forderungen des Monopolkapitals. Diese Parteien sind nur noch eine leere Form, denn ihnen entspricht nicht mehr der Widerstreit unter den verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie. Geblieben sind noch traditionelle Fähnchen und Phrasen. Das Interesse, das dahinter steckt, ist überall gleichlautend. Es ist klar, daß diese materielle Solidarität der gesamten bürgerlichen Klasse mit der Großbourgeoisie, diese Aushöhlung des bürgerlichem Parteiwesens in einem bestimmten Augenblick in ein Bekenntnis zum Faschismus umschlagen *kann*, sobald der Rahmen der bürgerlichen Demokratie und des parlamentarischen Parteischachers zur Durchsetzung dieser materiellem Ziele zu eng wird“[208].

[183] Die Sozialdemokratie dagegen fungiere, seit sie „alle Kräfte der Konterrevolution gegen die proletarische Revolution vereinigte“, als „*Gefangene der äußersten Konterrevolution*“:

> „Es zeigt sich hier wieder, wie die *Absichten* der geschichtlichen Agenten und ihre *tatsächlichen Wirkungen* auseinanderfallen und sich geradezu *widersprechen*. Die reformistische Verteidigung der bürgerlichen Republik führte sie ihrem Untergange nahe ... Die *Koalitionspolitik der Sozialdemokratie* [scil.: in der Regierung Herrmann Müller] leistet in doppelter Hinsicht Vorarbeit für den Faschismus: 1. Indem sie die Ziele der Kapitalsoffensive übernimmt, so jetzt [scil.: Oktober 1929] durch das Hilferdingsche Finanzprogramm[209] 2. Dadurch, daß die Enttäuschung der Massen über die Ergebnisse der Koalitionspolitik den günstigsten Boden für die faschistische Demagogie schafft“[210].

Eine solche objektive Funktion erfülle ebenfalls die KPD:

„*Die Führung der KPD. fördert durch ihre Politik objektiv die Sozialdemokratie und den Faschismus*. Sie zerschlägt die Voraussetzungen für die Durchführung der Einheitsfronttaktik und für eine revolutionäre Arbeit in den proletarischen Massenorganisationen. Sie spaltet die proletarischen Massenorganisationen ... Durch die Bezeichnung der sozialdemokratischen Arbeiter als Sozialfaschisten macht sie die Organisierung des gemeinsamen proletarischen Widerstandes gegen den Faschismus unmöglich. Statt der faschistischen Demagogie, die, wie das Volksbegehren Hitlers und Hugenbergs [scil.: gegen den Young-Plan, 1929] zeigt, die Opfer der Kapitalsoffensive in verlogener Weise für die Zwecke der Kapitalsoffensive mobilisiert, ... eine revolutionäre Agitation gegenüberzustellen, ersetzt die Führung der KPD. den politischen Kampf gegen den Faschismus durch vereinzelte Gewaltakte“[211].

Aus dem Zusammenspiel dieser Faktoren ergebe sich, wie die KPO Anfang 1929 prognostizierte, die Gefahr, daß der „Massenunwille“ über die Ergebnisse der Koalitionspolitik „von der äußersten Reaktion aufgefangen wird“[212].

„Der Diktator ist noch nicht da. Sind aber die Bedingungen geschaffen – und sie werden jetzt Schritt für Schritt geschaffen – so wird sich die benötigte Figur irgendwie und irgendwo finden. Das braucht kein ‚Heros‘, nichts Außerordentliches zu sein. Sind die sozialen und politischen Bedingungen sonst dafür bereit, so genügt, wie die geschichtliche Erfahrung zeigt, die ordinärste Blechfigur dafür“[213].

Wenige Monate später, als die NSDAP äußerlich noch den Charakter einer kleinen radikalen Sekte trug und von den Arbeiterparteien [184] dementsprechend kommentiert wurde[214], gewann die KPO in der Analyse des Ergebnisses der sächsischen Landtagswahlen vom 12. Mai 1929, bei denen sich die Mandatszahl der NSDAP von zwei auf fünf erhöhte, nahezu die Gewißheit, daß jene „ordinäre Blechfigur“ von den Nationalsozialisten gestellt werden würde:

„Dasjenige Ereignis der Wahlen zum Sächsischen Landtag, das von *allgemeinpolitischer symptomatischer* Bedeutung für die politische Entwicklung ist, ist die Tatsache, daß die große *Linksbewegung der Wählerschaft*, die bei den Reichstagswahlen im Mai vorigen Jahres in Erscheinung trat, zum Stehen gekommen und abgelöst ist durch eine Strömung nach rechts, deren hervorstechendstes Merkmal der *Vormarsch des Faschismus* ist. ... Der Vormarsch des Faschismus ist das gemeinsame Resultat der einsetzenden Enttäuschung der Arbeiterschaft und des Kleinbürgertums, *sowohl* durch die Koalitionspolitik des Reformismus, *als auch* durch den ultralinken Kurs ... der offiziellen kommunistischen Parteiführung. Der Vormarsch des Faschismus bei den sächsischen Landtagswahlen ist, den absoluten Zahlen sowohl der Wählerstimmen wie der Mandate nach, noch nicht sehr bedeutend. Relativ ist er sehr bedeutend. Die nationalsozialistischen Stimmen haben sich gegen die Landtagswahl von 1926 nahezu verdreifacht, gegen die Reichstagswahl vom Mai 1928 nahezu verdoppelt ... Diese Zahlenreihe hat eine *riesige symptomatische Bedeutung*“[215].

Die Konsolidierung der faschistischen Bewegung sah die KPO durch die Vorbereitungsaktionen um das Volksbegehren gegen den Young-Plan gefördert[216], und das – knapp für die Einleitung des dann gescheiterten Volksentscheids zureichende – Ergebnis dieses Volksbegehrens, von der KPD als „nahezu völlige[r] *Bankrott*“ für die Initiativparteien und von der UPD als „Reinfall“ bezeichnet[217], kommentierte die KPO wie folgt:

„Es wäre falsch, wollten sich die Arbeiter die Auffassung zu eigen machen, die Hitler und Hugenberg seien erledigt, der Faschismus sei in Deutschland keine Gefahr. Das Gegenteil ist richtig. Die *faschistische Gefahr wächst von Tag zu Tag* ... Noch ist die faschistische Bewegung nicht so stark, daß das Großkapital darauf verzichten könnte, mit dem Reformismus zusammenzuarbeiten und daß es das faschistische Ziel der Zertrümmerung aller, auch der reformistischen Massenorganisationen, verwirklichen könnte. Aber die allgemeine Tendenz der Umgruppierung innerhalb der bürgerlichen Klassen Deutschlands weist nach rechts. Die faschistische Massenbewegung wächst“[218].

Angesichts dieser Prognosen zu einer Zeit, da die NSDAP auf Grund ihrer 2,6 Prozent der Reichstagswahlstimmen von 1928 über zwölf Reichstagsmandate verfügte, erscheint die Kommentierung der weiteren [185] Entwicklung der Hermann Müller-Regierung und des Bruchs der Großen Koalition am 27. März 1930 nicht so erstaunlich, wie sie es im Vergleich etwa mit den Kommentaren der beiden Arbeiterparteien ist. Der Rücktritt Hilferdings, der auf den Druck des Reichsbankpräsidenten hin erfolgt war[219], zeige in „*voller Öffentlichkeit*“, daß „*das Monopolkapital ... Regierung und Parlament an der Strippe hält*“:

> „*Die weitere Folge einer Situation, in der die Regierung ... unaufhörlich sich selbst desavouiert, in der sie auf öffentlichen Befehl der Kapitalmagnaten wie ein Pudel apportiert, in der jeder sieht, daß sie nicht einmal den Schein der Autorität hat, – wird die Erzeugung einer Stimmung sein, in der breite Kreise es hinnehmen werden, daß an die Stelle der parlamentarischen Hampelmänner der ‚starke Mann‘, der faschistischen Diktator tritt*.“[220].

Die Macht der neun Millionen Wähler der Sozialdemokratie sei heute – so heißt es im Januar 1930 – „vollkommen vertan“[221]:

> „Der Schluß wird sein der Fußtritt für die Ministersozialisten, wenn sie ihre Aufgabe erfüllt, wenn *Hermann Müller* und *Severing* mit dem Großkapitalisten jetzt den Young-Plan und die dazugehörige ‚Finanzreform‘ durchgepeitscht und einem neuen Bürgerblock von Gnaden des Faschismus den Weg geebnet haben werden“[222];

und die Erklärung des Reichspräsidenten Hindenburg am 11. März 1930, er werde zur Durchsetzung einer rechtzeitigen Regelung der Finanzfrage „von allen verfassungsmäßigen Mitteln“ Gebrauch machen[223], kommentierte „Gegen den Strom“:

> „Er [scil. Hindenburg] schwingt also bereits den § [WRV-Art.] 48. ... Die Große Koalition regiert, denn die volksparteilichen Minister sitzen noch im Amt. Die Kleine Koalition regiert, sie arbeitet das Finanzprogramm aus. Und Hindenburg bereitet sich vor, nicht mehr bloß als verfassungsmäßiges Oberhaupt des Reiches zu ‚herrschen‘, sondern auch unmittelbar zu *regieren*. ... Die gegenwärtigen Nutznießer dieser Krise sind ... überhaupt alle Anhänger der außerparlamentarischen Diktatur, d. h. in letzter Instanz die faschistische Bewegung“[224].

Die Regierung Brüning, die die Hermann Müller-Regierung ablöste und das Ende der parlamentarischen Demokratie, wenn auch noch nicht des liberalen Rechtsstaats bedeutete, war bei ihrer Bildung von der SPD wie von der KPD als „neuer Bürgerblock“, von letzterer zudem als eine „neue Arbeitsteilung zwischen Bourgeoisie und Sozialfaschismus“ bezeichnet worden[225]. Zutreffend interpretierte dagegen „Gegen den Strom“ Anfang April:

> [186] „[Die Regierung Brüning] ist keine einfache Rückkehr zum Bürgerblock, wie er vor 1928 bestanden hat, zur parlamentarischen Regierung der bürgerlichen Parteien. ... Die Regierung Brüning eröffnet einen neuen Abschnitt in der Entwicklung der bürgerlichen Herrschaft in Deutschland seit 1918. Sie ist zwar noch aus Angehörigen der bürgerlichen parlamentarischen Parteien zusammengesetzt, sie ist aber bereits *im Gegensatz zum parlamentarischen System entstanden, sie ist eine nichtparlamentarische Regierung*, eine Regierung über dem Parlament. ... [W]as wir heute haben, ist die *Errichtung der Macht des Reichspräsidenten über das Parlament*. Um die Bedeutung dieses Vorgangs zu begreifen, muß man sich vergegenwärtigen, daß diese Art der Regierung, wie sie heute das Kabinett Brüning darstellt, *jahrelang die Hauptforderung der faschistischen Bewegung gewesen ist*. ... Auch die Nationalsozialisten appellierten früher an Hindenburg, er solle den Paragraph [WRV-Art.] 48 anwenden. Dieses *Übergangsprogramm des Faschismus* ist *heute erfüllt*“[226].

Der Zusammenhang zwischen der Brüning-Regierung und dem Anwachsen der faschistischen Bewegung – die „heute *weitergehende Forderungen*“ aufstelle und die „*ganze faschistische Diktatur*“ verlange – wurde im einzelnen wie folgt bestimmt:

„Die Regierung Brüning ist heute schon von der *Duldung der Faschisten abhängig*. ... Löst die Regierung den Reichstag auf, so kann eine Neuwahl heute nur eine Stärkung der parlamentarischen Positionen der Hitler und Hugenberg bringen ... Unter dem Schutz des Artikels 48, unter dem Schutz der Präsidenten-Diktatur werden die Faschisten überall im Reiche vorstoßen. Die Hindenburg-Regierung wird die Arbeiterklasse fesseln, sie wird damit den Faschisten die Möglichkeit eröffnen, nach italienischem Muster mit Strafexpeditionen und systematischen Terror gegen die Arbeiterschaft und ihre Organisationen vorzugehen. *Das Republikschutz-Gesetz*, das Severing geschaffen hat, wird zu einer Waffe des faschistischen Terrors werden.
Die bürgerlichen parlamentarischen Parteien, die die Regierung Brüning bilden, werden diese Regierung aufrechtzuerhalten suchen, indem sie das Parlament immer mehr ausschalten und immer mehr diskreditieren. Sie werden das Parlament auf Schritt und Tritt vor Hindenburg in die Knie zwingen. Um ihr Programm durchzuführen, das Programm der umfassendsten Kapitalsoffensive, die Deutschland je gesehen hat, muß die Regierung Brüning jede parlamentarische Kritik niederknüppeln. Um den Hitler und Hugenberg, von denen sie abhängig ist, den Rang abzulaufen, wird sie ihre Argumente gegen den Parlamentarismus übernehmen. ... Die Beschränkung [der SPD] auf die rein parlamentarische Opposition bedeutet ... die *positive Mitarbeit an den Gesetzen*. ... Die Taktik der Sozialdemokratie wird in Deutschland dieselbe sein wie die der österreichischen Sozialdemokratie gegenüber der Regierung Schober. Die *Otto Bauer* sind stolz, wenn es ihnen gelingt, den arbeiterfeindlichen Gesetzen der Regierung Schober die ‚schlimmsten Giftzähne‘ auszubrechen. Dafür stimmen sie diesen arbeiterfeindlichen Gesetzen mit allen ihren sonstigen Giftzähnen zu. Die reinparlamentarische Opposition ist deshalb in der Sache Duldung und versteckte Unterstützung der Regierung Brüning. ... [187] Der Batteriekommandant Brüning und der Kapitänleutnant Treviranus werden also der Bourgeoisie den praktischen Beweis führen, daß sie selbst mit ihrer parlamentarischen Herkunft und mit ihren Parteien nur überflüssiges Beiwerk zur Diktatur des Generals Hindenburg, des Reichspräsidenten, sind, daß diese Diktatur ihren vollkommensten Ausdruck findet, wenn der Staatsapparat der Bourgeoisie mit Hindenburg an der Spitze, mit Reichswehr und Polizei, mit faschistischen Terrororganisationen an der Seite ohne jedes parlamentarische Brimborium regiert. Von der heutigen Präsidentenregierung geht der gerade Weg zur faschistischen Diktatur, zur unbeschränkten Herrschaft des staatlichen Gewaltapparates, der seiner Organisation n[a]ch ein gehorsames Werkzeug des großen Kapitals ist. ... Von dem verfassungsmäßigen Regime des Artikels 48 führt der Weg zum *faschistischem Staatsstreich*“[227].

Diese erstaunlich richtigen Prognosen – sie wurden am 5. April 1930 veröffentlicht – wurden durch Kommentare zu Details der weiteren Entwicklung ergänzt, welche dieser Gesamtanalyse an Scharfsinn nicht nachstanden. Die Abspaltung des Strasser-Flügels von der NSDAP – von der sozialdemokratischen Partei-Korrespondenz als ein, freilich im Gefolge der Unternehmerfinanzierung auftretendes, „Auseinanderstreben“ der „unvereinbaren Elemente in der nationalsozialistischen Partei“ interpretiert[228] – charakterisierte der Kommentator der KPO zutreffend als „*Begleiterscheinungen einer weiteren Konzentration der faschistischen Kräfte* ..., die in der Richtung vor sich geht, daß die NSDAP. der Monopolstellung in faschistischem Lager immer näher“ komme, weil deren Aktionen „bei den großkapitalistischen Interessengruppen, die an einer starken einheitlichen faschistischem Bewegung interessiert sind, hoch im Kurs stehen“[229]. Nach der Ablehnung der Deckungsvorlagen der Regierung durch die Reichstagsmehrheit am 16. Juli, der Ablehnung der entsprechenden Notverordnung und der Reichstagsauflösung am 18. Juli 1930 kommentierte „Gegen den Strom“ die politische Situation als „neue Etappe der Präsidentendiktatur“:

„Sie sprengt die Weimarer Verfassung. Diese gepriesene Verfassung, die nach den Worten der Sozialdemokratie der Arbeiterschaft den friedlichen Weg zur Macht und zum Sozialismus gewährleisten sollte, liegt durchlöchert am Boden. ... *Aber die weitere Entfaltung*

> *der Präsidentendiktatur bedeutet zugleich einen neuen Schritt vorwärts auf dem Wege zur faschistischen Diktatur*“[230].

Der nächste Schritt werde eine „*parlamentarisch verbrämte Halbdiktatur*“ sein, schloß Thalheimer in einer vorwegnehmenden Analyse der kommendem Reichstagswahlen des 14. September 1930, welche verhältnis-[188]mäßig genau das tatsächliche Ergebnis voraussah:

> „Die Brüning-Regierung wird sicherlich ihre parlamentarische Minderheit durch die Wahlen nicht in eine parlamentarische Mehrheit verwandeln. Ihre parlamentarischen Hauptstützen waren Zentrum, Demokraten, Deutsche Volkspartei, Konservative, Landbündler. Davon werden sicher Mandate und Stimmen verlieren die *Deutsche Volkspartei* und die Konservativen. Die anderen werden bestenfalls ihren Bestand wahren. Die parlamentarische Stütze der Brüning-Regierung wird also noch schwächer werden. Die Sozialdemokratie wird keinesfalls die Stärke bekommen, um allein die Regierung übernehmen zu können. Auch eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit ist nicht wahrscheinlich. Wahrscheinlich sind gewisse Verluste der SPD., etliche Gewinne für die KPD. Sicher ist heute bereits ein starker Gewinn der Nationalsozialisten auf Kosten der übrigen Parteien“[231].

Die Regierungsbildung auf Grund eines solchen Wahlergebnisses – gleich, ob es sich dabei um formelle Koalitionen oder um die Fortführung der Brüning-Regierung als Minderheits-Regierung handele, würde in jedem Falle „eine *Weiterführung* des Artikel-48-Regiments“, eine „*parlamentarisch verbrämte Halbdiktatur*“ und somit „Zwischenakte“ ergeben, die „schließlich zur vollen Diktatur führen, vorausgesetzt, daß die politische Entwicklung weiter über die Köpfe der Arbeiter hinweggeht“[232]. Das tatsächliche Wahlergebnis und seine politischen Konsequenzen konnten daher die KPO nicht allzusehr überraschen. Während sich die SPD über den sensationellen Anstieg der für die NSDAP abgegebenen Stimmen – die Mandatszahl dieser Partei stieg von 12 auf 107 – damit hinwegtröstete, daß diese Wähler „für die Sozialdemokratie ... zum großen Teil zu gewinnen sein“ würden[233] und die KPD angesichts ihrer eigenen Gewinne schon von einem „große[n] Erwachen der Arbeitermassen“ sprechen zu können glaubte[234], sprach die KPO realistisch vom „Aufschwung der faschistischem Konterrevolution“:

> „Die Arbeiterklasse tut gut daran, sich diese *Tatsache* durch keinerlei Redensarten vernebeln zu lassen ... [Es ist] ein falscher und fauler Trost, daß die Massen, die jetzt der Faschismus aufgewühlt hat, keine bewußten Anhänger und Kämpfer für die faschistische Diktatur sind. Das ist auch gar nicht nötig für den Sieg der faschistischen Diktatur. ... [Der Weg des Faschismus] zur Macht setzt nicht die Bewußtheit der großen Massen voraus, sondern gerade ihre Unbewußtheit ..., nicht ihre Aktivität, sondern ihre Passivität“[235].

Angesichts dieser zutreffenden Beurteilung der faschistischem Bewegung und angesichts der nun einsetzenden Politik der Tolerierung Brünings durch die SPD – der die KPO durchaus konzidierte, daß für sie „auf dem Boden des bürgerlichen Staates“ keine andere Wahl bestehe [189] „als zwischen der offen faschistischem Diktatur Hitlers und der Präsidentendiktatur Brünings, die der faschistischen den Weg bereitet“, um ihr eben deshalb den Vorwurf einer „erbärmlichen Feigheit ... aus Furcht vor der proletarischen Revolution“ zu machen[236] – nimmt es nicht wunder, daß die KPO zu Beginn des Jahres 1931 zu dem Schluß kam, daß der Verlauf eben dieses Jahres für das weitere Schicksal der deutschen Entwicklung entscheidend sein werde:

> „Wenn die Arbeiterklasse auch in diesem Jahr wie im vergangenen die Angriffe des Kapitals im großen und ganzen widerstandslos über sich ergehen läßt, dann wird der Aufschwung der faschistischen Konterrevolution weiter andauern, dann wird der faschistische Massenterror über die Arbeiterklasse hereinbrechen, dann wird die sterbende bürgerliche Demokratie durch die faschistische Diktatur abgelöst werden. ... Die Frage steht heute nicht so, ob es möglich ist, den politischen Kampf wieder in die Bahnen demokratischer Gesetzlichkeit und Sittsamkeit zu lenken, sondern[,] ob die deutsche Arbeiterschaft warten will, bis ihre Besten, so wie das in Italien der Fall gewesen ist, abgeschlachtet werden[,] oder nicht“[237].

Die Zerfallserscheinungen, die im Laufe des Jahres 1931 Kommentatoren der beiden Arbeiterparteien in der NSDAP feststellen zu können glaubten – beispielsweise sprach der KPD-Vorsitzende Thälmann am 11. Juni 1931 von einem „erheblichem *Rückgang*“ der nationalsozialistischen Bewegung[238] –, hielt die KPO mit Recht für Ergebnisse bloßen Wunschdenkens[239]; auch die Auffassung, es könne einer kommenden faschistischem Diktatur, wenn sie als „Hilfstruppe“ bürgerlicher Parteien an die Macht gelangt sei, seitens dieser Parteien noch Widerstand erwachsen, wurde als illusorisch abgetan:

> „Wenn es den Faschisten als ‚Hilfstruppe‘ der bürgerlichen Mittelparteien gelingt, die Arbeiterklasse niederzuknüppeln, wenn die Mittelparteien den Faschisten durch eine offene oder versteckte Koalition die Möglichkeit geben, den Staatsapparat zu durchdringen, dann werden keine Künste der Mittelparteien verhindern, daß die Faschisten sie an die Wand drücken und ihre ausschließliche Diktatur aufrichten, die die Mittelparteien heute [scil.: April 1931] noch nicht hinnehmen wollen. Diese Mittelparteien sind ja nicht die bürgerliche Klasse, sondern nur deren politische Vertreter. Die bürgerliche Klasse hat oft genug ihre politischen Vertreter preisgegeben“[240].

So mußte bei der Zunahme der Wirtschaftskrise, bei der wachsenden Selbstausschaltung des Parlaments und der Verschärfung der sozial- und [190] wirtschaftspolitischen Zielsetzung der Notverordnungsdiktatur, endlich angesichts des Fortdauerns der Politik der beiden Arbeiterparteien der KPO die faschistische Gefahr als die Drohung erscheinen, welche sie tatsächlich war. Die wachsende außerparlamentarische Aktivität des Faschismus 1931, die Frontbildung in Harzburg und die zunehmend führende Rolle der Nationalsozialisten ließen keinen Zweifel daran aufkommen, daß auch das zweite Kabinett Brüning – vom Oktober 1931 – nur „Platzhalterin für die ‚nationale Regierung‘ der Hugenberg-Hitler“ sein werde:

> „Die zweite Regierung Brüning ist der Anfang vom Ende des Brüningschen Regimes, des Regimes der zwieschlächtigen, noch an parlamentarische Parteien gebundenen, noch auf die Unterstützung der Gewerkschaftsbürokratie angewiesenen Dreiviertelsdiktatur. Die Regierung Brüning ist bei der Durchführung der Kapitalsoffensive hart bis an den Punkt gelangt, wo diese Kapitalsoffensive nur noch mit den Mitteln der offenen faschistischen Diktatur weitergeführt werden kann. ... Andererseits hat die Regierung Brüning auf dem Gebiet des Abbaus der politischen Rechte der Massen so viel geleistet, daß ein faschistischer Diktator sich eigentlich nur in ein fertig gemachtes Bett zu legen braucht. Die Anwendung des Artikels 48, die Notverordnungen über den Belagerungszustand, über die Vernichtung der Pressefreiheit, diese Erzeugnisse der Brüningschen Staatskunst liefern die allerlegalsten Handhaben für einen faschistischen Staatsstreich und für die Ausübung eines faschistischem Terrorregimes. ... Die Gefahr der Errichtung einer faschistischen Diktatur ist heute drohender denn je“[241].

Diese Gesamtbeurteilung der politischen Entwicklung der ersten Phase des Endstadiums der Weimarer Republik, welche vor allem von Thalheimer ausgearbeitet worden war, wurde vom größten Teil der Führungsschicht der KPO – insbesondere auch von Brandler und Frölich[242] – durchaus geteilt. In der Frage der Aktualität der faschistischen Gefahr entstanden allerdings zunächst ideologische Differenzen. Die Diskussion darüber begann in der Endphase der Hermann Müller-Regierung und endete mit der ersten Phase der Brüning-Regierung, mit der Auflösung des Reichstags im Juli 1930. Die Argumentation – eingekleidet zumeist in theoretische Debatten zur Faschismustheorie Thalheimers – lief allemal auf eine Unterschätzung der faschistischem Gefahr hinaus: auf die Annahme von Tendenzen, welche die Herrschaftsform der bürgerlichen Republik festigen könnten[243], auf eine Reduzierung der faschistischen Bewegung auf eine kleinbürgerliche Rebellion gegen „das Trustkapital“[244]. Nach Auffassung Karl Franks, der [191] überspitzt erscheinende Formulierungen Thalheimers kritisierte, welche sich gleichwohl im wesentlichen als richtig erweisen sollten, würde die Entwicklung im Deutschland vorerst noch im Rahmen der bürgerlichen Demokratie verlaufen[245], und nach der Meinung eines Vertreters der österreichischen kommunistischen Opposition, Willi Schlamm, bildete der Faschismus „ein sozusagen ‚formales‘ Problem[246]. Endlich vermochte Heinz Möller zwischen dem Brüning-Kabinett und der vorangegangenen Regierung der Großen Koalition keinen Unterschied zu

erkennen[247]. Nachdem die Erweiterte RL der KPO schon Anfang Juli 1930 in „Richtlinien zur politischen Lage“ die Position Thalheimers in der Frage der innenpolitischen Entwicklung sich zu eigen gemacht hatte[248], verstummte die Diskussion über diese Frage; das Ergebnis der September-Wahlen dieses Jahres hatte dann zur Folge, daß die III. RK Einmütigkeit in der Beurteilung der innenpolitischem Situation bezeugte[249]. Freilich war diese Einmütigkeit hiernach anscheinend teilweise bloß formal: nach dem Bericht Brandlers war beispielsweise Jakob Walcher – im Gegensatz besonders zu Paul Frölich – keineswegs fest davon überzeugt, daß in Deutschland die faschistische Diktatur, falls nicht noch in letzter Stunde eine gemeinsame Aktion der Arbeiterparteien zustande kam, mit Notwendigkeit errichtet werden würde[250].

d. Die Interpretation der eigenen politischen Funktion

Die Selbstinterpretation der KPO, die mit der Beurteilung der KPD und der KI sowie mit derjenigen der innenpolitischen Entwicklung eng verflochten war, leitete sich aus dem Grundsatz ab, daß die „Rechts“-Opposition vor allem die Aufgabe der Herstellung einer „revolutionären Massenpartei“ analog der KPD der Jahre 1921 bis 1923 habe, wobei die I. RK der Gruppe sowie das Referat Thalheimers auf der Berliner Vorkonferenz offengelassen hatten, ob diese Aufgabe langfristig gesehen durch die Reformierung der KPD oder durch die Schaffung einer neuen kommunistischen Partei gelöst werden solle[251]. Entschieden sich diese Konferenzen in der kurzfristigen Planung für die Organisierung einer „kommunistischen Richtung“, die innerhalb und außerhalb der KPD um deren Reform arbeiten solle, so wurde doch auch erwogen, daß „wir einen Schritt weiter gehen“, wenn dieser [192] „Versuch scheitern“ sollte. Von vornherein wurde ausgeschlossen, in die KPD zurückzukehren, ohne daß die Auffassung der „Rechten“ sich in ihr durchgesetzt hatte: „es kann keine Rede davon sein, daß wir etwa wie die Maslow-Leute auftreten und jeden Tag erklären: Bitte, nehmt uns wieder in die Kommunistische Partei auf“; die Perspektive der Gruppenarbeit war deshalb auch weit gespannt. Thalheimer, dessen Worte zu dieser Zeit anscheinend für die Auffassung der großen Mehrzahl der „Rechten“ durchaus repräsentativ waren, resümierte am Tage vor der I. RK:

> „Die russische Partei hat zu ihrer Herausbildung etwa 30 Jahre gebraucht. Ich will nicht sagen, daß diese Zeit nun obligatorisch ist für alle anderen Parteien. Durchaus nicht. Uns aber braucht diese Frist nicht zu schrecken. Wir haben hinter uns, wenn wir von 1914 ab rechnen, bereits die ziemlich erhebliche Zeit vom 14 Jahren, und wenn wir – was, wie ich glaube, historisch richtig ist – vom Jahre 1908 ab rechnen, also von der ersten Herausbildung des Gegensatzes zwischen der marxistischem Linken und dem Zentrum [scil.: der SPD], haben wir schon 20 Jahre. Wir leben schneller und ich hoffe, daß wir schneller zu Ende kommen. Aber ich glaube nicht, daß das eine Sache von Wochen und Monaten ist. Ich will hier nur die Größenordnung angeben. Ich glaube, daß der vollkommene Sieg, den wir erreichen müssen, eine Sache ist, die *nach Jahren* gemessen werden muß“[252].

War so das Selbstverständnis der KPO in historische Perspektiven eingebettet, so kennzeichnete es nicht minder das Bewußtsein einer historischen Mission – ein Bewußtsein, das sich im Verlauf der Entwicklung dieser Gruppe, wie die publizistischen Äußerungen der KPO und auch spätere Mitteilungen ehemaliger Mitglieder zeigen[253], durchaus den „einfachen Mitgliedern“ mitteilte:

> „Genossen, ich denke ... das, was sich in uns verkörpert, ist eine historisch notwendige Sache und deshalb bin ich fest überzeugt davon, daß der Sieg dieser Sache unvermeidlich ist. ... Der Gegner, mit dem wir vorhaben zu kämpfen, wird uns nötigen, selber stärker zu werden und bedeutend mehr zu leisten, als wir bisher geleistet haben. Also vorwärts und aufwärts! Es gilt kein Geringeres, als die wirkliche und gründliche Vorbereitung des Sieges der nächsten und für das Ganze wahrscheinlich entscheidenden Etappe der Weltrevolution!“[254].

Der Beginn einer Realisierung dieser historischen Mission schien sich in Verlauf des Jahres 1929 immerhin anzudeuten. Der organisatorische Aufschwung der KPO schien zu der Zuversicht zu berechtigen,

> [193] „daß es uns gelingen wird, die kommunistische Bewegung ohne nennenswerte Verluste über die gegenwärtige Krisis hinweg ... auf eine höhere Stufe der Entwicklung und der Reife zu bringen“[255].

Die Verschärfung des „ultralinken“ Kurses der KPD einerseits, die Steigerung dessen, was die KPO „Offensive des Kapitals“ nannte, andererseits, gaben Anlaß zu der Hoffnung, daß die Oppositionswellen in der KPD, die im Sommer 1929 und im Frühjahr 1930 auf die erste Ausschlußwelle folgten, sich steigern und der Aufschwung der Organisation der „Rechten“ selbst anhalten würden[256]; daraus ergab sich eine Erweiterung der politischen Aufgabenstellung der Gruppe: neben die innerparteiliche Auseinandersetzung um die taktischen Grundsätze des Kommunismus hatte der Versuch zu treten, „*diese taktischen Grundsätze selbständig in die Tat umzusetzen*“, was organisatorisch „die Ergänzung der fraktionellen Arbeit in der Partei durch die *selbständige fraktionelle Arbeit in den proletarischen Massenorganisationen, vor allem in den Gewerkschaften*“, erfordere[257].

Blieb auch bei dieser Funktionserweiterung der KPO nach Ansicht von Brandler, Thalheimer und der großen Mehrzahl der KPO-Funktionäre die Bestimmung der Gruppe als organisierter Richtung der KPD vollauf in Kraft[258], so konnte doch diese Aufgabenbestimmung, wie die II. RK zeigte, durchaus auch eine andere Interpretation zulassen: stellte auch diese Konferenz der KPO das Ziel der selbständigen politischen Arbeit „unter den Massen“[259], so wurde dies vor allem von Erich Hausen so verstanden, daß

> „*unsere Losung von der Eroberung der Partei ergänzt werden [muß] durch die Losung: wir müssen zur kommunistischen Partei werden!*“[260]

Diese Parole – dargelegt in einem Artikel zur RK und von Thalheimer sogleich zurückgewiesen[261] – fand auf der RK selbst kaum Resonanz; Hausen selbst reproduzierte diese Formel in seinen RK-Referat nicht, und lediglich von Möller wurde sie andeutungsweise wieder aufgenommen[262]. So entsprach die Formulierung der in dieser Zeit formulierten „Plattform“ der KPO über die Funktion der Gruppe anscheinend der Auffassung der großen Mehrzahl der KPO-Funktionäre und Mitglieder. In dieser „Plattform“ hieß es:

> [194] „Die K.P.D.O. ist keine neue Partei. Sie ist eine organisierte kommunistische *Richtung*. ... Das Ziel der K.P.D.O. ist 1. die Gewinnung der Mehrheit der Mitglieder der K.P.D. sowie der Sektionen der Komintern für die richtige kommunistische Taktik ... 2. Gleichzeitig aber, solange die Partei und KI. noch eine falsche Taktik ein[schlagen] ..., die *selbständige* Führung der Kämpfe der Arbeiterklasse und die Gewinnung von Anhängern innerhalb der Arbeiterklasse. 3. Wenn die falsche Taktik der K.P.D. unbegrenzt fortgesetzt wird, und dadurch sowohl zur Preisgabe der kommunistischen Grundsätze führt wie die Verbindung der Partei mit der Arbeiterklasse und ihren Aktionen zerstört, so wird die K.P.D.O. zur kommunistischen Partei selbst werden. Die kommunistische Opposition ist sich klar bewußt, daß in einem Lande nur eine kommunistische Partei existieren kann. Die offiziellen Instanzen spalten die kommunistische Bewegung. Die kommunistische Opposition will die K.P.D. retten und stärken“[263].

Der Wille, innerhalb der politischem und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung an Einfluß zu gewinnen, war für diese Bestimmungen das entscheidende Motiv: „Es genügt nicht“ – so betonte Heinrich Brandler – „daß wir recht haben. Wir müssen uns auch im Kampfe gegen die Partei politisch und organisatorisch durchsetzen“[264]. Doch gerade diese Motivation war Ursprung der ideologischen Differenzen, die seit der für die KPO ungünstig ausgegangenen Wahl zum sächsischen Landtag im Juni 1930[265] sich in dieser Frage entwickelten; „[d]as mit dem Erwartungen nicht übereinstimmende zahlenmäßige Ergebnis der Wahlen für unsere Gruppe“ – so dozierte Thalheimer – mußte „natürlich“ „die Fragen der organisatorischen Perspektiven unserer Gruppe von neuem anreg[en]“[266]. Die Konferenz der Erweiterten RL der KPO am 28. und 29. Juni 1930 mußte so auch die „Frage des Übergangs zu einer neuen selbständigen Parteibildung“ diskutieren, indes gelang es Thalheimer, diese Intentionen abzuwehren:

„[Die] Schwankungen hat die Konferenz ohne Schwierigkeit überwunden und klar festgestellt, daß die KPD.-O. ihrem Gang fortsetzt als *organisierte kommunistische Richtung*“[267].

Gleichwohl mußten sich diese Differenzen angesichts des Anwachsens der Drohung der faschistischem Bewegung und der Fortsetzung und Verschärfung des „ultralinken“ Kurses der KPD verschärfen. Zogen Thalheimer und die Mehrzahl der Funktionäre der KPO aus dieser politischen Entwicklung den Schluß, daß die Chancen der KPO, in der KPD-Mitgliedschaft mehr Resonanz zu gewinnen und deren Eroberung zu forcieren, [195] gerade wegen der Diskrepanz von objektiver gesellschaftlich-politischer Gefahr für die Arbeiterbewegung und der dieser Gefahr unangemessenen taktischen Zielsetzung der Politik der KPD in dieser Situation wachsen müßten, so kamen umgekehrt die Befürworter einer Betonung der langfristigen Perspektive der Parteibildung zu dieser Auffassung, weil die Aktualität der faschistischen Gefahr und das Versagen der KPD-Führung ein verstärktes selbständiges politisches Handeln erforderlich machten. Dementsprechend formulierte Thalheimer anläßlich des Ausgangs der Reichstagswahlen des 14. September 1930:

„Die Niederlage der SPD. hat große Kreise der sozialdemokratischen Mitgliedschaft für ... [unsere] Forderungen zugänglich gemacht. Auch in der Mitgliedschaft der [kommunistischen] Partei wird der Wahlausfall mit seinem faschistischen Vormarsch den Boden für unsere Auffassungen lockern.
Darum heißt es für unsere Gruppe:
1. *Verstärkte Arbeit in den Gewerkschaften* und übrigen Massenorganisationen.
2. *Näher an die Parteimitgliedschaft heran* und Ausbau der Verbindungen mit der Partei“[268].

Dagegen argumentierte vor allem Heinz Möller:

„[E]ine ... kommunistische Massenpartei gilt es zu schaffen. Das ist heute die Aufgabe aller revolutionären Arbeiter, mögen sie in der kommunistischen Opposition, in der offiziellen KPD., in der Sozialdemokratie oder außerhalb dieser Organisationen stehen. Wir sind nicht der Ansicht, daß die kommunistische Opposition diese Partei ist ... Die kommunistische Opposition wird zweifellos bei dieser Sammlung eine *entscheidende* Rolle zu erfüllen haben. Vor allem ist es ihr jetzt vorbehalten, rücksichtslos auszusprechen, was ist[,] und die *Hauptaufgabe* zu zeigen“[269].

Diese Differenzen spielten auf der III. RK eine sehr wichtige Rolle. Während sich auf dieser Konferenz zeigte, daß Erich Hausen seinen ursprünglichen, nun von Möller verschärft vertretenen Standpunkt völlig aufgegeben hatte, erfuhr doch diese Auffassung eine teilweise Unterstützung vor allem durch Karl Frank[270] und durch den Delegierten der Danziger Gruppe, der freilich seine Auffassung im Verlauf der Konferenz abschwächte:

„In der ... Frage: Richtung oder Partei? standen die Danziger Genossen zum größten Teil auf dem Standpunkt: nicht neue Kommunistische Partei, sondern wir können sagen: ‚Wir sind die Kommunistische Partei‘“[271].

[196] Doch standen die Delegierten mit dieser Auffassung allein; sie modifizierten sie in Richtung auf die Mehrheitsauffassung hin, und Karl Frank zog seinen entsprechenden Antrag zurück[272]. Indes waren einige andere Delegierte, besonders Jakob Walcher, der Meinung, man müsse – weiterhin als „organisierte Richtung“ arbeitend – die Perspektive der Parteibildung „heute etwas stärker in den Vordergrund rücken“[273]. Gleichwohl war letztlich die gesamte Konferenz, mit Ausnahme des Danziger Delegierten, der Auffassung, der bisherige Standpunkt in dieser Frage solle einstweilen aufrechterhalten werden, da Chancen zur Reformierung der KPD immer noch bestünden[274]. Erst wenn „die heutige KPD. den Bruch mit den kommunistischen Grundsätzen vollendet, dann steht vor der KPD.-O. die Aufgabe der Organisierung einer neuen Kommunistischen Partei“, formulierte die Resolution der RK[275]. Das Festhalten an dieser Konzeption durch die Gruppe um Brandler und Thalheimer im Jahre 1931 und danach wurde durch die stets wachsende faschistische Gefahr mit, wenn nicht hauptsächlich bestimmt:

> „Eine führende Kraft ist ... notwendig, damit die Einheitsfront gegen den Faschismus der Zersplitterungspolitik der sozialdemokratischen Führung zum Trotz geschaffen wird. Diese führende Rolle können die Kommunisten nur ausüben auf Grund der Politik der KPD.-O. und im Kampf gegen die Politik der KPD.-Führung, die den gemeinsamen Kampf der Arbeiter praktisch hindert“[276].

Die dem Anscheine nach anmaßende Behauptung der KPO, „wir sind das Zentrum des Kommunismus“[277], erhält in dieser Argumentation immerhin eine subjektive rationale Legitimation. Die Diskrepanz zwischen Anspruch und realer Funktion der KPO mußte indes die Kritik am Verzicht auf eine Parteibildung wachhalten. Sie mündete im Herbst des Jahres 1931, nachdem sie bereits auf der Reichsfunktionärskonferenz der KPO am 14. Juni 1931 eine Rolle gespielt hatte, ein in die Diskussion um die Gründung der SAP und die Perspektiven für die KPO, die sich hieraus ergaben[278].

3. Politisch-gesellschaftliche Funktionen der KPO bis zur IV Reichskonferenz (1931) und die Entfaltung innerparteilicher Konflikte

Die politische Praxis der organisierten „Rechts“-Opposition leitete sich ab aus der ideologischen Struktur der KPO, welche sich auf die [197] Formel bringen ließ, die Gruppe müsse angesichts der drohenden faschistischen Gefahr die Realisierung einer kommunistischen, auf die besonderen deutschen Verhältnisse zugeschnittenen Einheitsfrontpolitik bewirken helfen; die Absicht, den „lebendigen Strom der Massenbewegung“ durch eine solche kommunistische Politik zu lenken[1], bildete seit der I. RK das Hauptinteresse der KPO – ein Interesse, das sich mit dem Anwachsen der Drohung des Faschismus nur verstärken konnte. Von Brandler wurde dieses Motiv wie folgt formuliert:

> „Der Faschismus bedeutet für die deutsche Arbeiterklasse Beseitigung aller Errungenschaften eines siebzigjährigen schweren proletarischen Klassenkampfes. Der Sieg des Faschismus bedeutet für die deutsche Arbeiterklasse Rückfall in die Barbarei. ... Einen anderen Ausweg wie die Erkämpfung der proletarischen Einheitsfront zum Widerstand gegen die Kapitalsoffensive und den drohendem Faschismus gibt es nicht mehr ...“[2].

Die politisch-gesellschaftlichem Funktionen, die nach dieser politischen Intention erfüllt werden sollten, waren in ihrer Realisierung freilich von der Politik der anderen politischen Arbeiterorganisationen und der Gewerkschaften sowie vom Wählerverhalten gegenüber der KPO und nur zum mindesten von der intensiven politischen Praxis der Gruppe selbst abhängig. Die realen politischen Funktionen der KPO, die aus ihren Beziehungen zur Kommunistischen Partei, zur Sozialdemokratie sowie zu den übrigen Splittergruppen der politischen Arbeiterbewegung, ferner aus ihrer gewerkschaftlichen und parlamentarischen Arbeit entsprangen, konnten lediglich in lokalen oder bestenfalls regionalen Rahmen die Voraussetzung zur Verwirklichung von Einheitsfrontaktionen ausmachen. Die politische Praxis der KPO wurde, je länger, je mehr, tendenziell afunktional, eine Entwicklung, mit der die Entfaltung innerorganisatorischer Konflikte einherging.

a. Die Beziehungen zur KPD und zu den kommunistischen Nebenorganisationen

Die KPO stand für den *offiziellem Kommunismus* – wie dessen Ideologen sich auszudrücken beliebten – „auf der anderen Seite der Barrikade“. Dies drückte sich zunächst in ideologischen Kontroversen aus, bei denen die Schreiber der KI und der KPD auch auf jenes Minimum an Fairneß verzichten zu müssen glaubten, das in den Anfangsphasen des [198] deutschen Kommunismus selbst bei der ideologischen Bekämpfung der „Renegaten“ eingehalten worden war: auf die nicht verfälschte Wiedergabe ihrer Argumente[3]. Seit die „rechten Liquidatoren“ außerhalb der KPD und „Schulter an Schulter mit allen Renegaten des Kommunismus“ standen[4], entstammten die Theorien des „Herr[n] Dr. Thalheimer und Konsorten“ „aus den Leichenkammern der Renegaten“[5], und selbst die stets betonte Loyalität gegenüber der UdSSR bewahrte die KPO nicht vor der folgenden Beurteilung durch die KI-Führung: „Aus den Phrasen über die ‚Neutralität‘ gegenüber den ‚strittigen‘ ‚russischen‘ Fragen, aus der ‚objektiv‘ abwartenden Darstellung des sich im der Sowjetunion entfaltenden großen Kampfes um den sozialistischen Aufbau, aus der pazifistischen Schminke grinst die widerliche Fratze des übelsten Agenten des Klassenfeindes hervor“[6]. Diese Einstellung des offiziellem Kommunismus gegenüber der

KPO zeitigte zudem noch handfestere Resultate: es verging zumindest in den Jahren 1929 und 1930 kaum eine Woche, in der nicht von Schlägerkolonnen der KPD versucht wurde, Versammlungen der KPO zu sprengen, wobei häufig zugleich oder nach den Versammlungen Referenten oder Funktionäre der KPO überfallen und blutig oder gar besinnungslos geschlagen wurden; die Gruppe reagierte darauf mit der Organisierung eines „Selbstschutzes“[7]. Mit der Wendung der KPD gegen den „individuellen Terror“ in der zweitem Jahreshälfte 1931 – zu einer Zeit, da die KPO die KPD wegen ihres Abgleitens in nationalistische Phraseologie und in eine dem entsprechende Politik beim Preußen-Volksentscheid gleichsam „von links“ zu kritisieren gezwungen war – wurde zwar auch der Terror gegenüber den „rechts“-kommunistischen „Klassenfeinden“ reduziert; doch blieben die „brandleristischen Bundesgenossen Severings“ für die KPD „Sozialfaschisten“ und waren nunmehr „Anarcho-Syndikalisten“ dazu[8]. Dies verhinderte indes nicht, daß ebenso, wie im Verlauf der Jahre seit 1929 mit der Verstärkung des „ultralinken“ Kurses der KPD eine Reihe von Einzelübertritten zur KPO erfolgte – dabei handelte es sich nach Mitteilung Brandlers oft sogar um solche Mitglieder und Funktionäre der KPD, welche die ersten Brandler-Versammlungen 1929/30 noch hatten sprengen helfen[9] –, auch umgekehrt in seltenen Fällen einzelne Mitglieder der KPO wieder in die KPD zurückkehrten[10]; dabei ist nicht ausgeschlossen, daß es sich hierbei auch um Scheineintritte von Verbindungsleuten der KPO handelte, die ihrerseits – wie sich zeigte, in einem Fall sogar im Kreis der führendem Funktionäre – Beauftragte der KPD-Führung unter ihren Mitgliedern hatte[11]. [199] Diese Verbindungen zwischen KPD und KPO waren aber, wie auch die wechselseitige Fluktuation von Einzelmitgliedern, höchst peripher. Die Politik der KPD gegenüber der KPO konzentrierte sich vielmehr auf zwei Taktiken: auf den Versuch, Mitglieder der KPO systematisch und möglichst gruppenweise in die KPD zurückzuholen, und auf sogenannte „Vernichtungs“-Kampagnen gegen die KPO als selbständige Gruppe. Als die große Ausschlußwelle in der KPD im Verlauf des Jahres 1929 abgeebbt war und die KPO sich organisatorisch konsolidiert hatte, kam es zunächst vereinzelt, 1931 aber im verstärktem Maße zu Initiativen der KPD, um „unsere [KPO-]Genossen zum Wiedereintritt in die Partei zu gewinnen“; so beispielsweise in Nürnberg und Ende 1931 auch in breiterer örtlicher Streuung. Anfang 1932 berichtete die „Arbeiterpolitik“ von „verstärkten Versuchen, einzelne Mitglieder der Kommunistischen Opposition zur Partei herüberzuziehen, *ohne daß ihnen zugemutet wird, de[m] angeblichen ‚Brandlerismus‘ abzuschwören!*“[12]. Diese Versuche wurden in der Regel mit dem Hinweis beantwortet, es komme nur der Übertritt der gesamten Oppositions-Gruppe unter Voraussetzung einer Taktik-Änderung der KPD in Frage. Begleitet waren diese mehr diskreten Verstöße von Kampagnen gegen die KPO als Gruppe. War das ideologische Hauptmotiv hierbei im Anfangsstadium der KPO-Entwicklung die Behauptung gewesen, die „Rechts“-Opposition gehe zur SPD[13], so wurde diese Unterstellung, als ihr die Tatsachen allzusehr widersprachen, ersetzt durch die seit Mitte 1931 vorgetragene Behauptung, die KPO wolle zusammen mit der SPD-„Linken“ „*eine eigene Organisation des Zentrismus, eine Art von neuer USP“ gründen*[14]. Solche Kampagnen wurden zuweilen lokal spezifiziert; beispielsweise veranstaltete der Bezirk Hessen-Frankfurt der KPD im Spätsommer 1931 in Gießen einen „Rotem Tag“ mit dem „*Ziel: Vernichtung der Galm-Gruppe*“[15], ohne freilich dadurch diesem Ziel sonderlich näher zu kommen. Zu einer höchst begrenzten Kooperation zwischen KPD und KPO kam es lediglich zuweilen auf lokaler Ebene und ohne Billigung der Parteileitung; so etwa bei der Diskussion in Wahlversammlungen der NSDAP – falls die KPD auf ein selbständiges Auftreten in der Diskussion nicht von vornherein verzichtete, was die KPO einmal zum Kommentar veranlaßte: „Offenbar können die Ulbricht überhaupt nur diskutieren, wenn sie den halben Saal mit ihren eigenen Anhängern füllen können“[16]; ferner beispielsweise bei Flugblattverteilungsaktionen, bei denen KPD-Mitglieder das Agitationsmaterial der KPO übernahmen[17]. Solche Kooperationen waren jedoch Ausnahmefälle; [200] für die offizielle KPD blieb die KPO – wie sie Ende 1931/Anfang 1932 in ihrem Feldzug gegen „Luxemburgismus“ und „Brandlerismus erneut bekräftigte – organisatorischer Ausdruck einer „völlige[n] Revision des Leninismus“ und damit eine Kraft im Lager des „Klassenfeindes“[18].

Die Politik der KPO gegenüber der KPD hatte von Anbeginn auf einer zweigleisigen Konzeption beruht; sie hatte darauf abgestellt, „innerhalb und – soweit wir ausgeschlossen sind – außerhalb der Partei einheitlich und geschlossen und entschlossen den Kampf für unsere richtige Linie [zu] führen“[19]. Nachdem in der ersten Hälfte des Jahres 1929 die Massenausschlüsse aus der KPD vorgenommen

worden waren, mußte sich das Hauptgewicht der Politik der KPO auf das selbständige organisierte Auftreten außerhalb der KPD verlagern, mit dem unveränderten Ziel, die KPD-Mitgliedschaft gegen die eigene Parteileitung zu mobilisieren, zugleich aber dort, wo es möglich war, Funktionen der KPD, etwa in den proletarischen Massenorganisationen, zu erfüllen[20]. Die oppositionelle Arbeit innerhalb der Partei wurde durch diese Ausschlüsse stark reduziert, brach indes nie ganz ab. Zwar wurden die anfangs nicht seltenen Beschlüsse lokaler KPD-Gremien, die ausgeschlossenen „Rechten“ weiterhin als Parteimitglieder zu betrachten[21], bald unmöglich, und zwar erfuhr die Oppositionstätigkeit innerhalb der KPD bald auch dadurch eine starke Behinderung, daß zuweilen schon die bloße Kontaktaufnahme von KPD-Mitgliedern mit solchen der KPO zum Grund für den Parteiausschluß wurde[22]; endlich auch dadurch, daß die KPD-Instanzen praktisch und zuweilen selbst ideologisch-ausdrücklich nach den Prinzip verfuhren, jeden Kritiker auszuschließen, da Kritik „laut Statuten verboten“ sei[23]; doch wurde seitens der KPO immer wieder versucht, zunächst durch offene Einflußnahme in Parteiversammlungen durch Diskussionsreden oder Flugblattverteilung, später durch sozusagen „illegale“ Beeinflussung von Parteimitgliedern, die KPD-Mitgliedschaft gegen die KPD-Instanzen zu mobilisieren[24]. Die Opposition solle solange wie möglich in der Partei bleiben, die Verbindungen der KPO zur KPD-Mitgliedschaft sollten möglichst verstärkt werden, wurde von der KPO-Leitung propagiert[25]. So war es kein Zufall und wohl teilweise auf die Initiativen der KPO zurückzuführen, wenn sich die KPD-Führung häufig darüber zu beklagen hatte, daß „die Frage des Opportunismus in unseren eigenen Reihen“ „mit der Liquidierung de[s] Brandlerismus und mit dem Ausschluß der Brand-[201]lerianer aus unseren Reihen und der Kapitulation eines Heils der Versöhnler“ „nicht erledigt“ sei[26]; war auch Thälmann auf dem 12. Parteitag der KP der Auffassung, daß „die Rechten unter Führung von Brandler ... auf dem Misthaufen der Geschichte [liegen]“, so mußte er doch im selben Atemzuge feststellen, daß die „Verleumdungskampagne“ der „Renegaten“ „selbst in unseren eigenen Reihen manchmal Schwankungen hervorruft“[27]. Diese „Schwankungen“ waren freilich vermutlich eher noch denjenigen politischen Initiativen zu verdanken, mit denen die KPO als selbständige Gruppe von außen her die KPD konfrontierte. Sie wandte gegenüber der Partei die tradierte Taktik der Einheitsfrontpolitik an, um entweder – was wenig wahrscheinlich war – die KPD-Führung zu einer im Sinne der KPO vernünftigen Politik zu bringen, oder aber – wofür die Chancen größer waren –, sie gegenüber der Mitgliedschaft als eine deren Interessen zuwiderhandelnde Führung zu dechiffrieren; nicht zu Unrecht stellte Manuilski auf dem X. EKKI-Plenum fest: „[D]ie Opportunisten ... sind bestrebt[,] jene Partei zu entlarven, in deren Reihen sie vor kurzen gestanden haben“, was freilich mit der Unterstellung verbunden wurde, die „Brandler-Leute“ wollten „in den zugespitztesten Augenblicken des Kampfes der Kommunistischen Partei gegen die Sozialdemokratie aus allen Kräften dieser letzteren helfen“[28].

Diese Politik gegenüber der KPD wurde zum erstenmal bei den Mai-Ereignissen in Berlin im Jahre 1929 systematisch erprobt[29]: Das Verbot von Straßendemonstrationen zum 1. Mai, das die preußische Regierung erlassen hatte, wollte die KPD durch die Organisation von kommunistischen Demonstrationen an diesem Tage durchbrechen, ohne zuvor sich des Rückhalts in den sonst oft genug zitierten „Massen“ versichert, und ohne zuvor Protestkampagnen in den anderen, besonders in den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen gegen das Verbot organisiert zu haben; die isolierten Demonstrationen der Kommunisten führten am 1. Mai und in den Tagen danach zu blutigen Kämpfen, besonders im Wedding und in Neukölln, bei denen die „Zörgiebel-Polizei“ gegen die in der Regel unbewaffneten Demonstranten vorging. Am 16. April 1929 hatte sich die Berliner Gruppe der KPO mit einem Offenen Brief an die BL der KPD Berlin-Brandenburg-Lausitz gewandt und gefordert, es müsse gegen das Demonstrationsverbot „der leidenschaftlichste Widerstand der breitesten Massen organisiert werden“:

> [202] „Das muß vor allem innerhalb der Massenorganisationen des Proletariats, *innerhalb der Gewerkschaften* geschehen. In allen Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen müssen die Gewerkschaftsinstanzen aufgefordert werden, am 1. Mai die völlige Arbeitsruhe in allen Betrieben, auch in den Verkehrsbetrieben, durchzuführen und sich für die Aufhebung des Demonstrationsverbots einzusetzen“[30].

Die Unterlassung einer solchen Kampagne wurde folgendermaßen charakterisiert:

> „Es grenzt an putschistische Verantwortungslosigkeit, wenn eine Führung, nur, weil sie das Maul zu voll genommen hat, zu einer Aktion aufruft, ohne vorher möglichst breite Massen mobilisiert zu haben. ... Jede andere Politik kommt einer provokatorischen Förderung der Verbotsgefahr [für die KPD] gleich. ... Nur wenn die Partei in der dargelegten Weise bis zum 1. Mai noch alle Möglichkeiten der Agitation ausnützt, wird sie erreichen, daß der Kampf gegen das Demonstrationsverbot zu einer Angelegenheit auch der nichtkommunistischen Arbeiter wird. ... Im anderen Fall wird die Opferwilligkeit der Parteigenossen in unverantwortlicher Weise mißbraucht. Wenn Ihr den Mut habt, diese Verantwortung auf Euch zu laden, dann verfolgt Eure bisherige Politik weiter“[31].

Als sich danach zeigte, daß die KPD weiterhin bewußt darauf verzichtete, sich bei den als „Sozialfaschisten“ deklarierten Gewerkschaftsmitgliedern Rückhalt zu verschaffen, und daß sie alle spontanen Versuche in der Arbeiterschaft, die Gewerkschaftsinstanzen zu Gegenaktionen zu bringen, „im Keime erstickt[e]“, warnte die KPO noch einmal vor den Folgen dieser Politik:

> „Die Parteiführung mißbraucht, in der sicheren Voraussetzung, daß es Tote und Verwundete gibt, den Opfermut der entschlossensten und opferwilligsten revolutionären Arbeiter, um sie, isoliert von den Massen, den Polizeigewaltigen auf dem Präsentierteller darzubieten“[32].

Als der 1. Mai in Berlin in der Tat mit einem Blutbad geendet hatte, warf die KPO mit Recht der KPD vor, daß ihre Politik gegenüber dem provokatorischen Demonstrationsverbot in Berlin hierfür verantwortlich sei, ohne dabei im geringsten auf die Kritik an dieser Polizeimaßnahme zu verzichten[33]. Nach den Mai-Ereignissen richtete die KPO dann einen Offenen Brief „An alle Mitglieder der KPD. – An die Exekutive der Kommunistischen Internationale“, in dem sowohl die „Provokation der Sozialdemokratie“ als auch die verderbliche „Taktik der Führung der KPD. in den Maitagen“ scharf kritisiert wurden, [203] jene Taktik, durch welche „das Kapital an Vertrauen, das sich die Kommunistische Partei durch eine jahrelange, mühsame Arbeit ihrer Mitglieder erworben hatte, schmählich vertan“ worden sei. Der Brief endete mit der Forderung:

> „*Die Führung, deren Politik in den Maitagen bankrott gemacht hat, muß verschwinden. Die Ausschlüsse und Maßregelungen müssen rückgängig gemacht werden. Die innerparteiliche Demokratie muß wieder hergestellt werden!* ... Wir richten an die *Exekutive der Komintern* die ernste Mahnung: Laßt ab von Eurem bisherigen Kurs. ... *Wir fordern alle Parteimitglieder auf, mit uns zusammen für die Rettung der Kommunistischen Partei, für eine richtige kommunistische Politik zu kämpfen* ...“[34].

Für den offiziellen Kommunismus waren freilich diese Kritik und die Forderungen, die an sie geknüpft wurden, Beweis für eine „konsequente Entwicklung des Brandlerismus in das Lager der Kriegsfront des deutschen Imperialismus gegen die Sowjetunion“[35].

Nach dem Muster dieser Taktik verfuhr die KPO auch weiterhin in ihrer Politik gegenüber der KPD. Etwa gleichzeitig mit dem Offenen Brief zur Politik der KPD am 1. Mai hatte die KPO in einem offenen Schreiben an das ZK der Partei den Vorschlag gerichtet, mit ihr bei den sächsischen Landtagswahlen am 12. Mai des Jahres ein Wahlbündnis einzugehen, wobei die KPO alle Kritik an der Partei während des Wahlkampfes zurückstellen wollte, sofern die KPD bereit sei, nach dem Prinzip der Einheitsfronttaktik auch mit der SPD eine Listenverbindung einzugehen; die KPO sei gegebenenfalls zur Unterstützung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung in Sachsen bereit[36]. Die KPD lehnte, wie kaum anders zu erwarten, diesen Vorschlag als „opportunistisch“ ab; sie denke nicht daran, mit einer „parteifeindlichen, konterrevolutionären Gruppe“ zu verhandeln; die KPO beschloß daraufhin, selbständig bei den Sachsenwahlen aufzutreten und richtete an die kommunistische und an die Arbeiterwählerschaft überhaupt ein Manifest, das mit der Parole „Für die Rätemacht, gegen die drohende faschistische Diktatur!“ endete[37]. Doch verzichtete die KPO, der es schließlich nicht um die Einhaltung des einheitsfronttaktischen Schematismus ging, bald auf den sinnlosen Appell an die unmittelbar beteiligten Instanzen – die der KPD – und richtete ihre Vorschläge meist nur mehr an die Mitgliedschaft der Partei oder an die Exekutive der KI, als den potentiellen Faktoren einer Änderung

des deutschen Parteiregimes; dies [204] zum Beispiel im Aufruf der II. RK an die kommunistische Parteimitgliedschaft, der die Ziele der KPO noch einmal zusammenfaßte[38]; im Wahlaufruf zu den Gemeindewahlen am 17. November 1929[39]; oder in einem an die „Klassengenossen“ und „Gewerkschaftsmitglieder“ adressierten, der Sache nach an die KPD-Mitgliedschaft gerichteten Aufruf gegen die „Zerschlagung der Gewerkschaften“ durch die RGO-Politik im November 1930, der in die Forderung mündete: „Verdoppelt und verzehnfacht Eure Arbeit in den freien Gewerkschaften, um sie zu gewaltigen revolutionären Machtorganen der Arbeiterklasse zu machen!“[40]; endlich in Offenen Briefen an das EKKI – am 18. März 1930[41] und am 1. September 1931[42] – sowie in einem anläßlich der Beteiligung der KPD am faschistische Volksentscheid für die Auflösung des preußischen Landtags verfaßten „Offenen Brief an die KPD“[43]. Besonders die beiden letzten Briefaktionen waren durch das weitere Anwachsen der faschistischem Gefahr bewirkt. Im „Offenen Brief an die KPD“ verurteilte die KPO die Beteiligung am Volksentscheid als „eine schwere Schädigung der kommunistischen wie der gesamten Arbeiterbewegung“, und sie übernahm die ursprüngliche Parole der KPD „Weder Severing, noch Hitler-Hugenberg ... Für eine einheitliche außerparlamentarische Aktion der Werktätigen!“[44] Der Brief an das EKKI und „die Kommunisten der ganzen Welt“ von 1931 wies auf „den Ernst der Lage in Deutschland“ und die drohende „offene faschistische Diktatur“ hin, analysierte anhand des historischen Modells der Jahre 1922/23 die Politik der gegebenen Parteiführung, die „den vor ihr stehenden Aufgaben nicht gewachsen“ sei, und machte die KI-Führung für diese Politik verantwortlich:

> „Die Exekutive trägt für diese Politik die ganze Verantwortung, weil ohne ihre Autorität weder Ruth Fischer-Maslow noch Heinz Neumann oder Thälmann jemals an die Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands gekommen wären. ... Wir warnen die Kommunistische Internationale vor jedem Versuch, die Verantwortung, die auf ihr ruht, dadurch abzuwälzen, daß sie wieder eine der ‚Wendungen‘ unternimmt, wie sie bisher üblich waren, d. h. daß sie einige unfähige Führer opfert, und durch andere, noch unfähigere ersetzt, ... daß sie nach wie vor durch einen bürokratischen Zentralismus jede Initiative von unten und jede wirkliche Selbstkritik unterdrückt. Für solche Manöver ist die Stunde zu ernst ... Wir fordern [die KPD-Mitglieder] auf, ... zusammen mit der KPD-Opposition dafür [zu] kämpfen, daß die gegenwärtige Führung der KPD., die nicht nur politisch unfähig, sondern auch unverbesserlich ist, beseitigt und die Partei instand gesetzt wird, ihre großen Aufgaben zu erfüllen“[45].

[205] Ein Aktionsvorschlag zur Bildung überparteilicher, antifaschistischer Abwehrorganisationen an eben dasselbe ZK der KPD folgte am 20. November 1931 dem Brief am die Exekutive der KI[46].

Die Politik der Offenen Briefe hatte für die KPO nur wenig Erfolg. Zwar konnte die KPO – angesichts der leichten Revisionen der „ultralinken“ KPD-Politik nach der Präsidiums-Sitzung des EKKI im Februar 1930 und, in bestimmter Hinsicht, auch nach dem XI. EKKI-Plenum im Frühjahr 1931 – darauf hinweisen, „daß die [kommunistische] Partei heute immer größere Anleihen bei unseren ‚opportunistischen‘ Forderungen machen muß“[47], und in der Tat hatte die KPD beispielsweise in ihren „Bauernhilfsprogramm“, das Thälmann im Mai 1931 in Oldenburg „bekanntgab“, eine Reihe von Forderungen aufgenommen, die auch das „Kampfprogramm“ der KPO vom Februar 1929 enthielt[48]; das „historische Dokument“ der KPD stellte so unter anderem die Forderungen der Annullierung der Schulden der „werktätigen Bauern“, der Enteignung von Großgrundbesitz zu Gunsten der kleinen Bauern, der Aufhebung bestimmter Steuerlasten und der vollen Unterstützung der Arbeitslosen während der ganzen Dauer der Erwerbslosigkeit[49]. Der KPO mußte gleichwohl klar sein, daß diese Reproduktion ihrer Forderungen durch die KPD, die mit der Fortsetzung der „ultralinken“ Generallinie einherging, lediglich Anzeichen der Inkonsequenz und der Unfähigkeit der KPD-Führung war, eine rationale Gesamtkonzeption ihrer Politik zu schaffen; allenfalls konnte sie – in einer allerdings fragwürdigen Logik – als Ausdruck dessen genommen werden, daß objektive Bedingungen einer „Klassenkampfsituation“ die KPD-Führung allmählich zur Verfolgung eines im Sinne der KPO vernünftigen politischen Kurses zu zwingen begannen. Waren so die „Anleihen“ der KPD bei der KPO-Ideologie eher Beweis für die Unfähigkeit der Parteiführung, so kam auf eine Mobilisierung der Mitgliedschaft alles an; angesichts einer Taktikwendung bei der KPD mutmaßte Thalheimer:

> „Die Gefahr ist groß, daß die Mitglieder der KPD der Sache allgemach auf den Grund kommen und sich endlich entschließen, mit einer Führung abzurechnen, die sie seit mehr als zwei Jahren in die Irre geführt hat, die ihren eigenen Bankrott den Mitgliedern und Funktionären der Partei in die Schuhe schiebt“[50].

Die Hoffnung, die sich hierin ausdrückte und die der Praxis der Einheitsfronttaktik gegenüber der KPD erst ihren Sinn verlieh, wurde [206] indes kaum verwirklicht. Von den Einzelübertritten abgesehen, hatte die KPO bei ihrem Versuch der Mobilisierung der Mitgliedschaft mittels der Offenen Briefe allenfalls noch nach den 1. Maiereignissen von 1929 greifbare Erfolge. Die Mai-Politik der KPD hatte in ihren Berliner Organisationen Kritik an Randphänomenen dieser Politik provoziert[51], sie hatte in Berlin und anderswo „einen neuen Schub der Opposition“ erzeugt und dem Anscheine nach die Übertritte zur KPO, deren Zahl zu dieser Zeit ohnehin noch nicht sonderlich abgenommen hatte, vermehrt[52]. Den weiteren einheitsfronttaktischen Aktionen gegenüber der KPD blieb indes ein solcher Erfolg versagt; ein direkter Zusammenhang zwischen ihnen und den in der Tat auch später noch erfolgten Übertritten zur KPO ist nicht auszumachen.

Oppositionsregungen, die jedenfalls teilweise der KPO zugute kamen, waren zunächst in den *Nebenorganisationen der KPD* zu verzeichnen. Abgesehen vom KJVD und von der RHD, bei denen diese Protestwellen gegen die KPD im ersten Falle sehr früh, im anderen Falle – offenbar wegen der Hoffnung der KPO, in der kommunistischen Hilfsorganisation ihre ohnehin nicht unbedeutenden Positionen noch halten und verstärken zu können – relativ spät von der „Rechts“-Opposition organisatorisch aufgefangen wurden[53], kam es zunächst auch im RFB, der dann im Mai 1929 bereits im Gefolge der Berliner Ereignisse verboten wurde, zu lokalen, nicht zuletzt durch den Übertritt des RFB-Jungfront-Führers Werner Jurr zur KPO bewirkten Oppositionen[54]. Auch in den kommunistischen Sportvereinen wurde der kommunistische Fraktionskampf reproduziert. Insbesondere kam es im Herbst 1929 in Westsachsen und im Frühjahr 1930 in Berlin – hier im ASV-„Fichte“ – zu Rebellionen gegen die offiziellen kommunistischen Instanzen[55]; hier und in anderen Orten hielt die KPO Positionen in Sportvereinen besetzt und war somit in der kommunistischen „Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeitersport“, der späteren „Kampfgemeinschaft für die rote Sporteinheit“, vertreten. Der Erfurter Kongreß dieses Verbandes am 7. Juni 1930 führte daher auch den „Durchbruch gegen die Brandleristen“ im Programm und wollte als Kongreßlosung zunächst die Parole ausgeben: „Der Kampf gegen den Opportunismus ist die Voraussetzung zum wirksamen Kampf gegen Faschismus und Sozialfaschismus“[56]. Bei einer für die Vereine schwerwiegenden administrativen Maßnahme des Berliner Magistrats gegen die kommunistischen Sportorganisationen entfaltete die KPO einige Gegeninitiativen[57]. Endlich gab es auch in dem seit 1928 von der KPD beherrschten Arbeiter-Theaterbund geringfügige Ansätze kommunistischer Opposition[58].

[207] Waren die „rechts“-oppositionellen Regungen in den Nebenorganisationen der KPD – ausgenommen freilich den KJVD und vielleicht die RHD – allem Anschein nach kaum primär von der einheitsfronttaktischen Politik der KPO bewirkt – wenngleich auch diesen Oppositionen ein politischer Sinn nicht einfach abgesprochen werden kann –, so gilt dies bis zu einem gewissen Grade auch von den Oppositionswellen in der Partei selbst, soweit sie nach der ersten großen Ausschlußwelle auftraten. Die Übertritte zur KPO im Sommer 1929, welche Thalheimer zum Anlaß der Konstatierung einer „neuen Etappe“ der Oppositionsbewegung nahm, waren teilweise bereits Motiven entsprungen, welche mit der Politik der KPO nur mittelbar zu tun hatten. Der 12. Parteitag der KPD in Berlin-Wedding hatte neben der Verurteilung der „Brandleristen“ in den innerparteilichen Fragen die „Abrechnung“ mit der „Versöhnler“-Gruppe zum Hauptthema gehabt. Diese Gruppe, welche sich nach dem Ausschluß der „Rechten“ – je länger, je mehr – von ihnen sehr scharf distanzierte[59], fiel nun endgültig dem Urteilsspruch der KI über die „Rechten“ und über die „versöhnlerischen“ Strömungen zum Opfer, den ihre Repräsentanten in den Verhandlungen nach dem IX. EKKI-Plenum selbst unterzeichnet hatten. Sie wurde als „*Gruppe des feigen Opportunismus*“, die „die Rolle der Rechten in der Partei weiterspiel[t]“, bezeichnet[60]. Ein Großteil der „Versöhnler“-Gruppierung unterwarf sich dem Parteiapparat und entwickelte partiell in der Folgezeit eine gegenüber der KPO besonders aggressive Ideologie[61]. Dagegen traten einige Funktionäre dieser Richtung, besonders in Hamburg und Berlin,

unter der Führung von Karl Frank zur KPO über[62]. In Erklärungen an das ZK der KPD und an die KPO vom 24. und 26. Juni 1929 erklärte Frank seinen Anschluß an die Opposition, da die „Entwicklung der letzten Zeit (1. Mai usw.) und der Verlauf des [12.] Parteitages ... den von Brandler, Walcher, Thalheimer vertretenen Auffassungen zweifellos in einigen wichtigen Fragen, in denen ich mich bisher von der Opposition abgrenzte, recht gegeben“ hätten[63]. Doch war der Übertritt gerade dieses Exponenten des neuen „Oppositionsschubs“ keineswegs seiner Absicht entsprungen, mit der KPO um eine Reform der KPD zu kämpfen; insgeheim vielmehr lag dem gerade die Intention zugrunde, Mitglied einer der politischen Zwischenorganisationen zwischen KPD und SPD zu werden, um durch diese Mitgliedschaft einen längst beabsichtigten späteren Übertritt zur SPD besser zu ermöglichen[64]. Wenn freilich hier die übrigen Übertritte, [208] im Gegensatz zum dem Karl Franks, durchaus den von der KPO propagierten Motiven entsprungen und auch auf Grund eben dieser Propaganda erfolgt sein mochten, so gilt dies für die von Thalheimer Anfang des Jahres 1930 richtig festgestellte – und im wesentlichen letzte – „rechte“ Oppositionswelle in der Parteimitgliedschaft in viel geringerem Maße. Bei ihr ist ein direkter Zusammenhang zwischen einheitsfronttaktischer Politik der KPO und lokalem Protest gegen die KPD-Führung nicht festzustellen, was freilich eine indirekte und vermittelte Wirkung der Offenen Briefe nicht ausschließt. Diese Oppositionen entstanden vielmehr entweder – wie in Braunschweig oder Kassel – durch direkte persönliche Kontaktnahme von KPO-Funktionären mit den KPD-Ortsgruppen auf Grund von bereits bestehenden Verbindungen[65], oder aber gleichsam spontan im Gefolge der sich verstärkenden „ultralinken“ Gewerkschaftspolitik der KPD, welche sich in der Organisierung eines „Reichskongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition in Deutschland“ am 30. November und 1. Dezember 1929 im Berlin und in einer Reihe von entsprechenden Regionalkongressen Anfang 1930 dokumentierte und dann zu einer Forcierung der kommunistischen Politik der Schaffung „roter Betriebsräte“ führte[66]. Solche gewerkschaftlichen Oppositionen entstanden in einer großen Anzahl von Betriebszellen der KPD, beispielsweise in Stuttgarter, Berliner und Nürnberger Großbetrieben[67]; die Proteste gegen die Aufstellung kommunistischer Sonderlisten bei Betriebsratswahlen führten in den meisten Fällen zum Ausschluß aus der KPD. Während nun etwa in Stuttgart, wie das Ergebnis der darauffolgenden gewerkschaftlichen Betriebsdelegiertenwahlen zeigte, von der bestehenden KPO-Organisation solche Protestwellen zumeist absorbiert werden konnten[68], fanden die Oppositionen dort, wo Verbindungen zur KPO nicht bestanden hatten und auch nicht ohne weiteres angebahnt und intensiviert werden konnten, keineswegs spontan zu dieser Gruppe. Die Resultate der Oppositionsbildungen in Berliner Großbetrieben und Funktionärskadern einerseits, bei den Nürnberger MAN-Betriebsräten andererseits sind möglicherweise prototypisch für die Mechanismen, vermittels derer die gegenüber der KPD-Politik kritische Parteimitgliedschaft ihr Verhältnis zur organisiertem „Rechts“-Opposition praktizierten. In Berlin kam es Ende Februar 1930 nach Protesten von KPD-Zellen-Mitgliedern, besonders in den Betrieben von Ullstein und Siemens[69], zu [209] einer Erklärung von 60 Betriebsräten, Funktionären und Stadtverordneten gegen die „ultralinke“ ZK-Politik, die mit dem Ausschluß der Unterzeichner aus der KPD endete[70]. Die Opposition entstand unabhängig von der KPO, kritisierte die KPD aber im wesentlichen mit denselben Argumenten wie die Brandler-Gruppe[71]; eine größere Anzahl von Arbeitern solidarisierte sich mit der „Gruppe der Sechzig“, und die KPO versuchte, mit den ihrem politischen Ursprung nach durchaus „ultralinken“ rebellierenden Funktionären und Betriebsräten[72] Kontakt aufzunehmen und sie zu sich herüberzuziehen[73]. Sie hatte damit keinen Erfolg. Ein Teil der Betriebsräte, die sich gegenüber dem „Brandlerismus“ durchaus abgrenzen wollten[74], unterwarf sich der KPD und verfolgte fortan die RGO-Politik[75]; die „Gruppe der Sechzig“ indes begann mit der Herausgabe eines eigenen Mitteilungsblattes, nannte sich nunmehr „Unabhängige Kommunisten Deutschlands“ und existierte eine Zeitlang als selbständige Gruppe, die zwar zunächst versprach, mit den anderen – nicht nur den „rechten“ – kommunistischen Oppositionsgruppen zusammenzuarbeiten, jedoch diese Zusammenarbeit nicht praktizierte[76]. Auch die Opposition der Nürnberger Betriebsräte um Karl Grönsfelder war – im Gefolge des Reichskongresses der RGO – durchaus unabhängig von der KPO-Organisation entstanden; die KPO hatte in diesem Gebiet bis dahin praktisch keine Verbindungen[77]. Indes hatte Grönsfelder nach dem Reichskongreß in Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Funktionären systematisch versucht, potentiell RGO-kritische Betriebszellen gegen die Parteileitung zu

mobilisieren. Diese Politik führte zunächst zum Ausschluß von Grönsfelder und einem zweiten, dann bald zur SPD überwechselnden Funktionär durch eine Mitgliederversammlung, doch solidarisierten sich bald danach etwa 120 KPD-Mitglieder mit ihnen. Wenngleich zur KPO zu dieser Zeit noch keine Kontakte aufgenommen worden waren, schloß sich ein Großteil dieser Oppositionellen doch bald dieser Organisation an; dies vor allem deshalb, weil Grönsfelder ursprünglich – nämlich in den Jahren bis 1923 – zur Brandler-Gruppe gehört hatte. Dieser organisatorische Vorstoß der KPO führte dann zur Gründung weiterer Ortsgruppen, vor allem im nordbayerischen Gebiet[78].

Diese Vorläufe von Protestwellen gegen die „ultralinke“ Politik in der KPD-Mitgliedschaft weisen darauf hin, daß Voraussetzung für den Erfolg der KPO-Politik, die Mitgliedermassen gegen die Parteiführung zu mobilisieren, vermutlich das Vorhandensein tradierter [210] konformer politischer Einstellungen und deren systematische Konsolidierung in dieser Mitgliedschaft selbst war; zumindest scheinen sie zu demonstrieren, daß die Realisierung dieser intendierten Hauptfunktion der KPO keineswegs sich automatisch aus der einheitsfronttaktischen „Entlarvung“ der Parteiführung – dem wichtigsten politischen Instrument der KPO nach dem Ausschluß der großen Masse der „Rechts“-Oppositionellen – ergab. Der Versuch der Provozierung von Oppositionen durch die Politik der Offenen Briefe, der ein spontanes Interesse der Mitglieder an einer im Sinne der KPO richtigen KPO-Politik voraussetzte, schien in Wirklichkeit nur Erfolg haben zu können, wenn jene Interessen bereits traditional im Sinne der KPO-Politik präformiert waren; seit die Träger solcher Interessen sich fast alle außerhalb der Partei befanden, stießen die einheitsfronttaktischen Aktionen der KPO in der KPD nur noch vereinzelt auf Resonanz. Die letzte Oppositionsgruppe von nennenswertem Umfang, die sich in der Zeit bis zur IV. RK der KPO anschloß – nämlich ein Großteil der KPD-Gruppe in Geesthacht bei Hamburg – kam so auch kaum aus originär politischen Motiven zur „Rechts“-Opposition; dem Übertritt lagen vielmehr Konflikte gleichsam technischer Art mit der KPD-Führung des Bezirks zugrunde[79]. Daß diese Gruppe zur KPO kam, weil ihrem leitenden Funktionär von der KPD-Führung Unkorrektheiten in kommunalpolitischen Geschäften – zu Unrecht – vorgeworfen worden waren, demonstriert letztlich nur die Erfolglosigkeit der KPO-Politik gegenüber der KPD.

b. Die Beziehungen zur Sozialdemokratie und zu den Splittergruppen und nichtkommunistischen Arbeiterbewegung

Mit der Tatsache, daß die KPO ideologisch sich von der KPD lediglich durch taktische Differenzen unterschied, war zugleich ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie, nämlich als eines prinzipieller Gegensätzlichkeit, gesetzt. So wie die KPO – wenngleich sie die Sozialfaschismus-„Theorie“ der KPD strikt ablehnte und zudem zu taktischer Kooperation mit der SPD bereit war – doch die „revisionistischen“ und „zentristischen“ Ideologien sowie die ihnen entsprechende „reformistische“ politische Praxis für „bankrott“ erachtete[80], kam umgekehrt die offizielle Presse der Sozialdemokratie zu dem zutreffendem Schluß, daß sich die KPO nur akzidentell von der kommunistischen Partei unterscheide und somit zu den politischen Gegnern [211] des sozialdemokratisch geführtem Teils der Arbeiterbewegung zu rechnen sei. Zwar hatten die SPD-Blätter nach der Gründung der KPO zunächst in ihr eine Parallele zur Gründung der KAG Levis im Jahre 1921 erkennen zu können gemeint und sogar gefolgert, aus der politischen Konzeption der „Rechts“-Opposition müsse „zwingend“ die Erkenntnis erwachsen, „daß die *Diktatur,* zu der sich heute die Brandleristen noch bekennen, eine mit dem innersten Wesen der deutschen Arbeiterschaft und damit des politischen Lebens in Deutschland [sic] *unvereinbare Staatsform* ist“[81]; der „Vorwärts“ kam sogar zunächst zu der Auffassung, daß die „Revolution gegen die Moskauer Diktatoren“, das „Pochen“ „auf ihre [scil.: der „Rechts“-Opposition] Tradition in der alten deutschen Sozialdemokratie“ und der Ruf „nach der Autonomie der westeuropäischen kommunistischen Bewegung“ Ausdruck seien eines „große[n] grundsätzliche[n] Gegensatz[es] zwischen der sozialdemokratischen Art, die Welt zu sehen und auf sie zu wirken und der russisch-bolschewistisch-stalinistischen Art“; Brandler und Thalheimer müßten konsequent „auch zur Bejahung sozialdemokratischer Politik gelangen“[82]. Spätestens die scharfe Kritik, die die KPO anläßlich der Berliner Mai-Ereignisse auch an dem verantwortungslosen Vorgehen der sozialdemokratisch geführten Polizei gegen die Demonstranten übte, machte deutlich, daß die KPO sich keineswegs mit „der sozialdemokratischen Art, die Welt zu sehen und auf sie zu wirken“, zu identifizieren gedachte[83];

schon in seiner Replik auf den „Vorwärts“-Artikel hatte Thalheimer zu den sozialdemokratischen Hinweisen auf eine innerparteiliche Demokratie in der SPD zu verstehen gegeben, man danke „*für den alten Augiasstall*“[84]. So ist es erklärlich, daß das sozialdemokratische Zentralorgan schon im Wahlkampf zu den sächsischen Landtagswahlen am 12. Mai 1929, bei dem die KPO die KPD immerhin zu Wahlabsprachen mit der SPD aufgefordert und in dem sie erklärt hatte, gegebenenfalls eine sozialdemokratische Minderheitsregierung unterstützen zu wollen, zu der Auffassung gelangte, es stehe nicht nur die KPD, sondern auch die KPO „der Sozialdemokratie *haßerfüllt* gegenüber“; mit ihrer Kritik an der KPD wolle die KPO eine konforme Stimmung der kommunistischen Arbeiter nur „*ausnutzen*, um eine große Täuschung der anständigen Elemente unter den kommunistischen Arbeitern vorzunehmen. ... Die Sozialdemokratie steht der Selbstzerfleischung [212] der Kommunisten als kühler Zuschauer gegenüber“[85]. Es ist angesichts dieser gegenseitigen Einschätzung nicht verwunderlich, daß die wechselseitige Mitgliederfluktuation zwischen der größten deutschen Arbeiterpartei und der „rechts“-kommunistischen Gruppe von Anbeginn recht gering war und unbedeutend blieb. Vereinzelt kam es zu Übertritten aus der SPD oder aus dem vorwiegend sozialdemokratischen „Reichsbanner“ zur KPO[86]; auch aus dem Bereich der sozialistischen Jugend erhielt die KPO-Jugendorganisation etwas Zuwachs[87]. Umgekehrt gingen Einzelmitglieder und der Großteil einer Ortsgruppe der KPO (Altenburg in Sachsen) zur SPD[88].

Gleichwohl war die Politik der KPO gegenüber der Sozialdemokratie von der Hoffnung bestimmt, die Gruppe könne angesichts der von der SPD praktizierten Duldsamkeit gegenüber einer arbeiterfeindlichen Politik seit den sozialpolitischen Auseinandersetzungen in der Regierung der Großen Koalition im Reich und besonders seit der Tolerierung der Brüning-Politik nach den Septemberwahlen von 1930 einen Teil der SPD-Mitgliedschaft für ihre Ziele gewinnen. Insbesondere seit dem Beginn der Tolerierung Brünings durch die SPD richtete sich die Hoffnung der KPO auf eine – lokal oft durchaus vorhandene – mögliche breite Opposition der Arbeitermitgliedschaft der SPD gegen ihre Parteiführung[89], da schon die Wahlniederlage der SPD in den Septemberwahlen „große Kreise der sozialdemokratischen Mitgliedschaft für ... [die KPO-]Forderungen zugänglich gemacht“ habe[90]. So schlossen die einheitsfronttaktischen Initiativen der KPO, die sie in besonderen Aufrufen, in parlamentarischen Reden oder in den laufenden Publikationen vortrug, in der Regel nicht nur eine unversöhnliche Kritik an der Politik der SPD, sondern auch eindringliche Appelle an die sozialdemokratische Mitgliedschaft ein, aus der politischen Entwicklung „die notwendigen Lehren zu ziehen und sich über die Köpfe der Führer hinweg zusammenzuschließen und jenen den Rücken zu[zu]kehren, die um der Beteiligung an der Regierung und an der Postenverschacherung, um der Erhaltung der kapitalistischen Republik willen den Arbeitern tückisch in den Rücken fallen“[91]. Mit diesen Initiativen hatte die KPO indes praktisch keinen Erfolg, wenn auch geringfügige lokale Einflüsse etwa auf Jungsozialisten-Gruppen zu verzeichnen waren[92]. Als sich eine Gruppe jüngerer „linker“ SPD-Mitglieder im Herbst 1930, besonders in Köln, verselbständigte und mit einer eigenen, [213] gegenüber der SPD und der SPD-„Linken“ kritischen Zeitschrift – „*Der Rote Kämpfer*“ – hervortrat[93], konnte zwar die KPO kommentieren:

> „Gehen die Anhänger des ‚Roten Kämpfer‘ konsequent auf der einmal beschrittenen Bahn weiter und gelingt es ihnen, mit ihren eigenen Unzulänglichkeiten fertig zu werden, dann werden sie sich in die kommunistische Bewegung eingliedern müssen und hier zwangsläufig *in eine Frontstellung mit der KPO geraten*“[94].

Doch die „Rote Kämpfer“-Gruppe, die ihrerseits die KPO von „links“ kritisierte, begann nicht nur nicht, mit dem „fertig zu werden“, was die KPO als „Unzulänglichkeiten“ dieser Gruppe beschrieb, sondern geriet sogar alsbald unter den Einfluß von ehemaligen Führern der KAPD wie Bernhard Reichenbach, kritisierte die „ultralinke“ KPD mit noch krasseren „ultralinken“ Argumenten und schloß sich später teilweise der SAP an[95]. Trotz dieses Mißerfolges konzentrierte die KPO gerade im Verlauf des Jahres 1931 ihre Politik weiterhin auf die Mitgliedschaft besonders des „linken“ Flügels der SPD. Es sei, so wurde argumentiert, „die große Aufgabe der kommunistischen Opposition“, „zu verhindern, daß die enttäuschtem sozialdemokratischen Arbeiter passiv werden oder gar in ihrer Verzweifelung und Ratlosigkeit der faschistischem Demagogie zum Opfer fallen“[96]. Als besonderes

taktisches Mittel zu diesem Zweck wurde im April und Mai in der „Arbeiterpolitik“ der Versuch unternommen, „Arbeiterdiskussionen“ zum Leipziger Parteitag der SPD unter Beteiligung von SPD-Mitgliedern durchzuführen; ein Versuch, der jedenfalls der Anzahl der Zuschriften nach nicht besonders erfolgreich war; unschwer ist auch zu vermuten, daß Zuschriften, welche die Bildung von „Arbeits- und Kampfgemeinschaften“ der „revolutionären Gruppen“ forderten, deren „Geburtshelfer“ zu sein die „große historische Mission ... gerade [der] ... KPD-O“ sei, nicht ohne den Einfluß der Arpo.-Redaktion zustande gekommen sind[97]. Diese Diskussionen hatten jedoch offenbar lediglich den Übertritt einiger sozialdemokratischer Funktionäre in Bonn zur Folge[98].

Der Verlauf des Leipziger Parteitags der SPD vom 31. Mai bis 5. Juni 1931, bei dem die „Linke“ des Bruchs der Fraktionsdisziplin der neun Abgeordneten um Seydewitz und Rosenfeld bei der Panzer-[214]kreuzerabstimmung wegen „gleichsam auf der Anklagebank“ gesessen hatte und der einen eindeutigen Sieg der Parteiführung in den Debatten über die Tolerierungspolitik sowie ein ideologisch-politisches Zurückbleiben der „linken“ SPD-Opposition hinter ihrem eigenen Anspruch ergab[99], stärkte die Hoffnung der KPO, die Konzessionen der „linken“ SPD-Führer an den Parteivorstand würden zu „Massenprotesten gegen [die] Tolerierungspolitik“ in der SPD-Mitgliedschaft führen[100]. So wurde appelliert: die „sozialdemokratischen Arbeiter dürfen jetzt nicht mutlos werden, sie dürfen sich nicht von Seydewitz und seinen Freunden neue Illusionen einreden lassen, sondern sie müssen endlich mit der reformistischen Politik in allen ihren Erscheinungsformen brechen. ... Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen von sich aus alles tun, um den außerparlamentarischen Kampf der Massen in die Wege zu leiten ..., sie müssen sich mit ihren kommunistischen Klassengenossen zusammenschließen“[101]. Mit der scharfen Kritik an der KPD, die „unfähig“ sei, „die sozialdemokratischen Arbeiter zum Kommunismus zu führen“[102], wurde der Anspruch der KPO vorgetragen, selbst „Zentrum des Kommunismus“ zu sein: die KPO schaffe „die Kommunistische Partei, die imstande sein wird, dem Monopolkapitalismus in Deutschland den Todesstoß zu versetzen“[103]; sie habe die Aufgabe, „die sozialdemokratischen Arbeiter durch die Organisierung von wirklichen Einheitsfrontaktionen in Verbindung mit einer konkreten revolutionären Propaganda zum Kommunismus zu führen“[104]. Voraussetzung für diese Propaganda war indes, den Taktikprinzipien der „Plattform“ der KPO und dem Beschluß der Reichsfunktionärskonferenz vom 14. Juni 1931 gemäß[105], die „Entlarvung“ der „zentristischen“ Auffassungen der Führung der SPD-„Linken“ und der Inkonsequenz ihrer Oppositionspolitik. Wurde so nicht allein die ideologisch-rechtfertigende Broschüre der SPD-„Linken“ zu den Ergebnissen des Parteitages[106], sondern selbst der mit einer Unterschriftenaktion verbundene, die Tolerierungspolitik kritisierende, „Mahnruf an die Partei“ der „Klassenkampf“-Gruppe vom 1. Juli 1931[107] als ein Mittel bezeichnet, „um die oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiter zu hindern, mit der Partei den Reformismus zu brechen[108], so erst recht auch die von wenig Oppositionsgeist zeugenden Rückzugsgefechte dieser Gruppe nach der Verurteilung der „Mahnruf“-Aktion durch die Presse und den Parteiausschuß der SPD, bei denen den oppositionellen SPD-Mitgliedern empfohlen wurde, nicht länger Zustimmungserklärungen zu diesem Manifest zu sammeln[109]. Die [215] KPO kommentierte dies – vom kommunistischen Standpunkt aus sicherlich nicht zu Unrecht – als eine „neue schmachvolle Kapitulation der Seydewitz-Gruppe“: „Kann man sich einen jämmerlicheren Rückzug vorstellen? Und dies in einem Augenblick, wo Seydewitz (im selben Artikel) erklärte: ‚*Die Katastrophe ist da ... es ist wenige Minuten vor 12 ...*‘“[110]; der Vorwurf der Seydewitz-Gruppe gegen die KPO – von der das Organ „Der Klassenkampf“ sonst kaum Notiz genommen hatte –, sie zeihe die Unterzeichner des „Mahnrufe“ zu Unrecht der „Unehrlichkeit“, war angesichts jener Manöver kaum gerechtfertigt[111].

Die Kritik der KPO an der SPD-Führung im allgemeinen und an der „linken“ Führungsgruppe im besonderen hatte – wenngleich sie durch das politische Verhalten dieser Führungsgruppe in den ersten Monaten nach dem Parteitag jedenfalls partiell legitimiert wurde – zwar möglicherweise Resonanz in der SPD-Mitgliedschaft gefunden; aber sie hat sicherlich nicht zu einen den KPO-Intentionen entsprechenden Verhalten, also zu nennenswertem Übertritten zu dieser Gruppe, geführt. Mochte auch die KPO nicht müde werden, in bezug auf die „linken“ Führer festzustellen, daß „die oppositionellen Lämmer friedlich auf der saftigen Wiese des Parteivorstandes [grasen]“[112], so waren doch die sozialdemokratischen Arbeiter ebensowenig wie ihre kommunistischen Klassengenossen bereit, ihre

Eingliederung in einen konsolidierten Parteiapparat zugunsten einer Mitgliedschaft in der KPO aufzugeben; möglicherweise hatte die aggressive Kritik der KPO am „Zentrismus“ sogar Aversionen der „linken“ SPD-Mitgliedschaft gegen die KPO erzeugt[113]. Die Erfolglosigkeit der KPO-Propaganda wurde vollends deutlich, als mit der Verschärfung des Konfliktes zwischen SPD-Parteivorstand und SPD-„Linken“ im September dieses Jahres, insbesondere mit der scharfen Wendung des Parteivorstandes gegen bestimmte Ansätze zu sonderorganisatorischer Politik der „Linken“ in der Parteiausschußsitzung vom 22. September, sich wohl die Möglichkeit einer Parteispaltung der SPD deutlich abzeichnete, indes keinerlei Faktoren sichtbar wurden, welche ein Hinüberwechseln der „linken“ SPD-Arbeiter in das kommunistische Lager hätten bewirken können[114]. Vielmehr stand für die KPO spätestens seit der Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialdemokratische Politik“, die von einer Anzahl „links“-sozialdemokratischer und anderer sozialistisch orientierter Mitglieder der „Deutschen Friedensgesell-[216]schaft“ am 26. Juli 1931 in Hagen vorgenommen worden war[115], das zu befürchten, was sie anläßlich dieser Gründung „ein verfehltes, schädliches und dazu noch aussichtsloses, kurzlebiges Experiment“ nannte, nämlich „die Gründung einer neuen USP“[116]. Zwar konnte es angesichts der verschiedenen taktischen Manöver eines Teils der Führung der „Klassenkampf“-Gruppe gegenüber dem SPD-Parteivorstand – einerseits – und angesichts der Distanzierung einiger „linker“ SPD-Funktionäre von den sonderorganisatorischen Bestrebungen der Seydewitz-Gruppe – andererseits[117] – Ende September zunächst scheinen, als ob sich, wie die „Arbeiterpolitik“ kommentierte, die „Seydewitz-Opposition in voller Auflösung“ befinde; ja als ob, wie es in einer Meldung dieser Zeitung vom 29. September hieß, das „Ende der Seydewitz-Gruppe“ gekommen sei[118]; mit diesen freilich übertriebenen Nachrichten, die die „Arbeiterpolitik“ vermutlich als propagandistische Scheinmeldungen brachte, wurde der „Appell an die SPD-Arbeiter“ verbunden, den „einzig“ richtigen „Weg“ mit der KPO für die „Schaffung einer wirklich kommunistischen Massenpartei“ zu gehen“[119]. Doch zeigten der Ausschluß von Seydewitz und Rosenfeld aus der SPD am Tage der Veröffentlichung dieser Meldungen[120] und die Entwicklungen im sozialdemokratischen Lager in den Tagen danach endgültig, daß mit einem unvermittelten Anschluß „linker“ SPD-Arbeiter an die KPO nicht gerechnet werden konnte. In einer Serie von vierspaltigen „Aufmachern“ in der „Arbeiterpolitik“ richtete die KPO seit dem 30. September Aufrufe an die „Klassengenossen der SPD“, „keine neue USPD“ zu gründen, „her zum Kommunismus“ zu kommen, „nicht auf halbem Wege stehen [zu bleiben]“[121]. Sie appellierte:

> „Seydewitz und Rosenfeld sind trotz ihres Verzichts auf die offene Rebellion, den sie bisher leisteten, ausgeschlossen worden. Die Illusion, als sei die SPD zu revolutionieren, ist an den Tatsachen zerbrochen. ... Die linkssozialdemokratischen Arbeiter müssen aus der, durch die Initiative des Parteivorstandes geschaffenen Situation entschlossen die Konsequenzen ziehen ... *Sozialdemokratische Arbeiter!* Die Aufgabe, die ihr euch gestellt habt, die zum revolutionären Kampf bereiten sozialdemokratischen Arbeiter organisatorisch aus der Sozialdemokratie loszulösen, steht in ihrem größeren Teil noch bevor. Viele von euch scheuen den *Weg zum Kommunismus*, weil sie den Kommunismus gleichsetzen mit der gegenwärtigen Politik der KPD, die sie ablehnen, weil sich die KPD als unfähig erweist, die wirkliche Führerin des revolutionären Massenkampfes zu sein. Der Kommunismus fällt aber nicht zusammen mit der falschen Taktik der KPD. Es gilt, [217] diese falsche Taktik zu überwinden, um die Einheit der Kommunistischen Massenpartei auf der Grundlage einer wirklich kommunistischen Taktik herzustellen. *Diesen Kampf führt die KPD-O – die Kommunistische Opposition ... Der Weg zum Kommunismus führt an die Seite der Kommunistischen Opposition*“[122].

Am selben Tage indes wurde von den beiden ausgeschlossenen Führern der „Klassenkampf“-Gruppe – weitere Ausschlüsse „linker“ SPD-Funktionäre erfolgten bald darauf – ein „Aufruf an alle Sozialdemokraten“ herausgegeben[123], in dem versichert wurde, man „gehe nicht zur KPD“, sondern kämpfe um eine „wirkliche Einheit aller klassenbewußten Proletarier“, und am Tage darauf wurde in der Wochenzeitung dieser Gruppe bereits „die Schaffung einer revolutionären Klassenpartei“ gefordert und zu einer Reichskonferenz der mit den Ausgeschlossenen sympathisierenden Sozialdemokraten eingeladen, die dann am 4. Oktober 1931 stattfand[124]. Von dieser Reichskonferenz oppositioneller

Sozialdemokraten wurde – nachdem zwei Tage zuvor bereits in Breslau eine lokale Gruppe einer „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“(SAP) gegründet worden war – von 88 ordentlich gewählten Delegierten aus 25 SPD-Bezirken einstimmig die Gründung einer SAP im Reichsmaßstabe beschlossen, ohne daß – wie es scheint – auch nur der Gedanke auftauchte, sich der Gruppe der kommunistischen „Rechts“-Opposition anzuschließen[125]. Die Gründung dieser „zentristischen“ Partei bedeutete somit einen völligen Mißerfolg der KPO-Politik, mit einheitsfronttaktischen Aktionen die SPD-Arbeiter an die eigene Gruppe heranzuführen. Mit ihr waren die Bedingungen im Lager der politischen Arbeiterbewegung in einer Weise verändert, welche das Selbstverständnis der KPO und ihre politische Konzeption entscheidend berührte und die zum Hauptfaktor in der weiteren Entwicklung der innerorganisatorischen Konflikte wurde, welche die KPO spätestens seit der III. RK charakterisierten[126].

Das Verhältnis der KPO zu „links“-politischen Splittergruppen wie etwa dem Lenin-Bund konnte für sie schon rein quantitativ kaum einen Ausgleich für den Mißerfolg der Politik gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern zeitigen. Der Lenin-Bund war eines jener Derivate der „links“-oppositionellen Bewegung im deutschen Kommunismus, welche nach der Ausschaltung der Fischer-Maslow-Führung aus der Parteiführung nach dem ersten Offenen Brief des EKKI an die KPD von 1925 entstanden[127]. Nach dem Ausschluß von Ruth Fischer, [218] Maslow, Urbahns und Scholem im Spätsommer und Herbst 1926 aus der KPD schlossen deren Anhänger sich zu einer organisierten „Links“-Opposition – die von der „Rechts“-Opposition her gesehen freilich „ultralinken“ Charakter trug – neben den zu dieser Zeit bestehenden anderen „ultralinken“ Gruppen zusammen; sie gaben unter dem Namen „Orthodoxe Marxisten-Leninisten“ ein „Mitteilungsblatt (Linke Opposition der KPD)“, später „Fahne des Kommunismus“, heraus und waren der Ursprung des am 4. März 1928 gegründeten „Lenin-Bundes“, wobei die Gruppe bis dahin eine Parallele zur „Vereinigten Opposition“ in der KPdSU darstellte[128]. Die ursprünglich zahlenmäßig nicht unbedeutende Gesamt-„Links“-Opposition hatte im Verlauf der Jahre 1927/28 bereits überwiegend kleingruppenhaften Charakter angenommen, und der Lenin-Bund im besonderen wurde durch den Austritt Ruth Fischers, Maslows, Scholems und anderer am 7. bzw. 9. Mai 1928[129] – eine Parallele zur Unterwerfung Sinowjews und Kamenews unter Stalin – sowie später durch Einzelübertritte zur SPD noch weiter geschwächt[130]. Der nunmehr im wesentlichen, von Hugo Urbahns geleitete Lenin-Bund stand zunächst stark unter dem Einfluß von Trotzki und vertrat – mit ihm – das politische Ziel einer „Eroberung der KPD“[131], an der er die bürokratische Entartung kritisierte, wobei die von Urbahns als notwendig propagierte kommunistische Politik ein eigenartiges Gemisch von „ultralinken“ und „rechten“ Forderungen darstellte; in der Frage der UdSSR vertrat die Gruppe zunächst den Standpunkt Trotzkis[132]. Aus diesen ideologischen Voraussetzungen ergab sich die ursprüngliche Stellungnahme des Lenin-Bundes zur KPO. Diese Gruppe kritisierte, von ihren „ultralinken“ Traditionen her, zwar scharf das, was sie deren „objektiv liquidatorischen“ Standpunkt in Fragen der Beurteilung der SPD und der Gewerkschaftspolitik nannte, anerkannte aber zugleich,

> „daß diese Gruppe in der Frage der innerparteilichen Demokratie eine Ansicht vertritt, der den Stalin-Thälmann gefährlich werden muß. Sie wollen die politischen Fragen vor der Arbeiterschaft entschieden haben und hoffen, nach der Dezimierung der Linken in der Komintern ihren Standpunkt durchsetzen zu können ... Die Rechten wollen einen *eigenen* politischen Kurs, das ist die Gefahr, die die Stalinsche Führung in ihnen sieht“[133].

Zudem wurde Anfang 1929 – zu dieser Zeit nicht unbedingt zu recht – das Fehlen einer Stellungnahme der KPO zur UdSSR scharf kritisiert:

> [219] „Sie kämpfen gegen die Auswirkungen des Stalinschen Regimes in Deutschland, verlangen Parteidemokratie, Mitbestimmungsrecht der Mitgliedschaft, Reinigung des Apparats von Korruptionisten, Entbürokratisierung der Partei ... aber sie schweigen beharrlich über das Stalinsche Regime in Rußland selbst mit den gleichen Erscheinungen innerparteilicher Art“[134].

Wenngleich der Lenin-Bund auf Grund solcher Feststellungen zu dem Schlusse kam, „*Brandler und Thalheimer treiben unter der Maske der ‚Ehrlichkeit der Gesinnung‘ ein demagogisches Spiel*“[135] ,

so war doch Urbahns keineswegs abgeneigt, mit der KPO fraktionelle Verbindungen gegen die KPD-Führung einzugehen[136]. Umgekehrt hatte Thalheimer in einem Rundschreiben bereits vor der Konstituierung der KPO postuliert:

> „In dem Kampf gegen Mamelukentum und Korruption, der jetzt in aller Schärfe entbrennen wird, haben wir auch in vielen links und ultralinks gestimmten Proleten *gute Bundesgenossen*. Wir müssen überall in kameradschaftlicher Weise mit diesen Genossen diskutieren, ihnen die ganze Hohlheit der Schlagworte ‚Rechts‘ und ‚Links‘ aufzeigen“[137].

Eine „Blockbildung“ mit dem Lenin-Bund wurde von der KPO wegen der Differenzen in taktischen Fragen abgelehnt[138], doch verschiedene kritische Äußerungen der Urbahns-Gruppe über die KPD-Politik, welche sich durchaus „rechter“ Argumente bedienten – so in der Beurteilung der RGO-Politik und der kommunistischen Politik im Mai 1929 in Berlin – gaben Anlaß zu der Hoffnung, daß „diese Linken, wo sie ihrem eignen Verstand folgen, in der Regel zu viel vernünftigeren Dingen kommen, ... [und daß] etwas ‚Rechtes‘, d. h. die richtige kommunistische Linie, wenn auch zuweilen mit einigen Bocksprüngen, zutage kommt“[139]. Der Entwicklung einer Kooperation zwischen den beiden oppositionellen Gruppen stand freilich vorerst die Bindung des Lenin-Bundes an Trotzki entgegen, welche der KPO-Politik der unbedingten „Neutralität“ gegenüber den sowjetrussischen Fraktionskämpfen widerstritt; von Trotzki selbst wurden diese Kooperationstendenzen zudem empfindlich durch eine scharfe, aus dem Exil geschriebene Kritik an der Brandler-Gruppe und an der Bereitwilligkeit der Urbahns-Gruppe zur Zusammenarbeit gestört, die zunächst von der KPO, später auch vom Lenin-Bund selbst veröffentlicht wurde[140]. Im Anschluß an diesen Versuch Trotzkis, die Beeinflussung seiner deutschen Anhänger durch die „Rechten“ zu verhin-[220]dern, begannen die Publikationsorgane des Lenin-Bundes, ebenfalls scharf gegen die KPO Stellung zu nehmen – was der KPO Gelegenheit bot, gegen die „Unselbständigkeit und Kritiklosigkeit“ der „Jünger“ Trotzkis gegenüber ihrem „Meister“ zu polemisieren[141].

Im September/Oktober 1929 löste jedoch die Mehrheit des Lenin-Bundes die Verbindung mit Trotzki. Diese von Urbahns geführte Mehrheit lehnte vor allem die anläßlich des russisch-chinesischen Konflikts geäußerte Auffassung Trotzkis ab, man müsse sich bedingungslos für eine Verteidigung der UdSSR als eines, wenn auch entarteten, so doch Arbeiter-Staates einsetzen[142]; außerdem aber spielte bei diesem Konflikt innerhalb des Lenin-Bundes, der im Frühjahr 1930 zur Abspaltung eines trotzkistischen Teils unter Anton Grylewicz führte, die Einstellung zur KPO eine Rolle. Urbahns, der sich zuvor schon in anderen Fragen gegen Trotzki gewandt hatte[143], hatte gegen ihn und die Minderheit des Lenin-Bundes auch die Auffassung vertreten, „daß in Gewerkschaftsfragen ein Block mit den Rechten bzw. Rechten, USPD. und Sozial. Bund gegen die ‚Stalinsche‘ Gewerkschaftsopposition der KPD. nicht nur zulässig, sondern auch wünschenswert sei“[144]. Inzwischen hatten lokale, von der RL gebilligte Initiativen der Hamburger KPO bereits zu einem detaillierten Bündnisangebot an den Lenin-Bund über gemeinsame Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften geführt, dessen Einzelforderungen – mit Ausnahme der vorgeschlagenen Parole der Produktionskontrolle – von der Mehrheitsgruppe des Lenin-Bundes in Hamburg akzeptiert worden waren[145]. Die dann aus dem Lenin-Bund ausscheidende Minderheit wandte sich besonders auch gegen diese Tendenzen der Gruppe um Urbahns[146]. Nachdem der Lenin-Bund sich aus seiner Abhängigkeit von Trotzki gelöst hatte, war ein wesentliches Hindernis der Kooperation mit anderen kommunistischen Oppositionsgruppen, insbesondere mit der KPO, beseitigt. Wenngleich auch die Urbahns-Gruppe noch in wesentlichen Fragen sich von der KPO ideologisch unterschied – vor allem in der Beurteilung der Sowjetunion, welche für Urbahns den Charakter eines bürgerlich-proletarischen Zwitterstaates angenommen hatte, ferner in der Beurteilung der kommunistischen Politik des Jahres 1923[147] – so näherte doch diese – nun allerdings auf neun Ortsgruppen zusammengeschmolzene – Gruppe sich der Auffassung, sie solle bei Einheitsfrontaktionen mit der KPO zusammenarbeiten[148]. Doch hatte diese politische Wendung der Urbahns-Gruppe wenig nennenswerte praktische Konsequenzen. [221] Es kam am 29. März 1930 in Halle zu einer Konferenz oppositioneller Kommunisten des Bezirks, die vor allem von der KPO und vom Lenin-Bund beschickt war[149], und zuweilen entwickelten sich auch anderswo lokale Ansätze zur Zusammenarbeit[150]. Im Sommer 1930 trugen die beiden Gruppen einander Vorschläge zu einem

gemeinsamen Aktionsprogramm vor, doch verliefen diese Initiativen zur Bildung oppositioneller Arbeitsgemeinschaften, bei denen beide Gruppen etwa die gemeinsame gewerkschaftliche Arbeit oder die gemeinsame Organisation eines Vorsammlungs-„Selbstschutzes“ sowie antifaschistische Aktionen forderten, bald darauf im Sande[151]. Die Beziehungen zwischen Lenin-Bund und KPO wurden seit Ende 1930 auf bloße ideologische Auseinandersetzungen – bei denen die Urbahns-Gruppe etwa mit der Einschätzung der UdSSR durch Frölich sympathisierte – reduziert[152].

Die Beziehungen zwischen der KPO und den *Anhängern Trotzkis* in Deutschland, welche seit der Spaltung des Lenin-Bundes sich verselbständigt und – als völlig unbedeutende Sekte – eine „deutsche Sektion“ der „Linken Opposition (Bolschewiki-Leninisten)“ (LO) gebildet hatten[153], leiteten sich aus der wechselseitigen Einschätzung Trotzkis und der KPO-Führung ab. Wenngleich Brandler vor dem Oktober des Jahres 1923 sicherlich nicht nur die militärischen Qualifikationen Trotzkis hoch geschätzt hatte – immerhin war Trotzki einer der Hauptrepräsentanten der politischen Linie des III. Kongresses der KI gewesen – und umgekehrt Trotzki bei aller Kritik an der Oktober-Politik der Brandler-Führung der KPD doch zunächst die Hauptverantwortung für deren Ergebnisse dem damaligen KI-Vorsitzenden Sinowjew aufgeladen hatte, änderte sich doch die Einschätzung der trotzkischen Politik durch Brandler und Thalheimer in dem Maße, wie deren Unterliegen unter die Stalin(Sinowjew-Kamenew)-Führung offenbar wurde; nämlich von einer abwartenden Beurteilung zu einer Verurteilung der politischen Linie Trotzkis[154]; umgekehrt entwickelte Trotzki mehr und mehr die Meinung, „daß diese Leute [scil. Brandler und Thalheimer] nicht fähig oder nicht gewillt sind, von ihren Fehlern, die mit gigantischen Niederlagen des Proletariats verknüpft sind, zu lernen“; Trotzki kritisierte Brandler und Thalheimer vor allem in zwei Punkten: einmal wegen ihres Verhaltens in der Oktober-Situation von 1923, das von seiner Einschätzung dieser Situation her als „fatalistisch“ erschien; zum anderen wegen ihrer faktischen Billigung der Stalinschen Theorie [222] vom „Aufbau des Sozialismus in einem Lande“ und der mit ihr verbundenen Politik[155]. In einem Brief an Souvarine – der bestimmte Tendenzen der Politik der Brandler-Gruppe gegenüber Trotzki verteidigt hatte – kam Trotzki von dieser Kritik her in bezug auf die KPO zu den allzu bündigen Schluß: „Erlauben Sie, Sie noch einmal daran zu erinnern, daß junge, besonders oppositionelle opportunistische Fraktionen soweit ‚sympathischer‘ sind, als alte sozialchauvinistische Parteien, wie ein kleines Ferkelchen systematischer [soll heißen: sympathischer] ist als ein altes Schwein“[156]. Brandler und Thalheimer kritisierten umgekehrt an Trotzki vor allem – neben seiner in der Tat schematischen Einschätzung des deutschen Oktober[157] – seine für die UdSSR vorgeschlagene politische Linie, deren Durchführung „die Sowjetunion an den Rand des Abgrundes bringen und den Bürokratismus noch steigern“ würde[158], sowie seinen Verzicht darauf, „die objektiven Verhältnisse in den verschiedenen Ländern, den Stand der Klassenkräfte, die Perspektiven des Klassenkampfes in ihnen zu untersuchen“[159]; ein Vorwurf, der angesichts des Verkennens der faschistischem Gefahr in Deutschland durch Trotzki zu dieser Zeit sicherlich nicht völlig unberechtigt war[160]. Insbesondere kritisierte die KPO die sektiererischen Tendenzen der praktischen Politik Trotzkis[161]: Trotzki will sich erstens von den ‚Rechten‘, zweitens von den ‚Zentristen‘ und drittens nunmehr auch von den ‚Ultralinken‘ abgrenzen. Wir glauben, daß dann von der patentiert marxistischen ‚Linken‘, die er fordert, ein Gebilde übrig bleiben wird, das man mit einen Worte, das Trotzki einst, und zwar unberechtigterweise[,] gegen Lenin gebrauchte, bezeichnen könnte: Die Organisation nach dem Prinzip ‚Der Einzige und sein Eigentum‘“[162]. Obwohl in einer Reihe von Fragen zwischen Trotzki und der KPO immerhin weitgehende Übereinstimmung bestand – so in der Frage der Übergangslosungstaktik oder in der Kritik am Bürokratismus der KPD, ebenfalls in der Abwehr der Perspektive der Gründung einer neuen Kommunistischen Partei – waren doch diese Differenzen für das tatsächliche Verhältnis zwischen den Anhängern Trotzkis in Deutschland und der KPO entscheidend; es war auf eine seltene, aber aggressive Polemik zwischen der deutschen „Sektion“ der LO und der KPO beschränkt[163].

Kontakte und Kooperationsansätze jedoch wurden von der KPO noch zu zwei anderen, wenn auch zahlenmäßig bedeutungslosen Splitteror-[223]ganisationen der Arbeiterbewegung entwickelt. Mit der USPD unter der Führung Theodor Liebknechts – der Restorganisation der alten USPD, welche sich weder 1920 mit den Kommunisten noch 1922 mit der Sozialdemokratie vereinigen wollte – kam es ebenso wie mit dem *Sozialistischen Bund* unter Georg Ledebour, der sich 1924 von der Rest-USPD

getrennt hatte[164], zu lokalen Kontakten und gemeinsamen Versammlungen – etwa zum Thema Faschismus und Kriegsgefahr[165]. Es wurden in einer Reihe von Bezirken „*Verhandlungen zwischen der KPD.-Opposition, Ortsgruppen der USPD. und des Sozialistischen Bundes* über die Herbeiführung eines gemeinsamen politischen Auftretens“ gepflegt; soweit diese Verhandlungen positive Ergebnisse zeitigten, konnten sie doch – schon der quantitativen Bedeutungslosigkeit der Verhandlungspartner der KPO wegen – lediglich im lokalen Rahmen zur Zusammenarbeit führen[166]. Verbindungen zu weiteren „linken“ Splitterorganisationen bestanden nicht; an die „*Leninistische Organisation*“ Walter Loewenheims verlor die KPO einige studentische Mitglieder in Frankfurt a. M.[167].

In den *nicht-kommunistischen Nebenorganisationen* der Arbeiterbewegung entfaltete die KPO indes eine verhältnismäßig intensive Tätigkeit. Besonders der zahlenmäßig bedeutende „Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung“ (VfFuF), der 1927 aus der Vereinigung des kulturpolitisch relativ neutralen „Vereins der Freidenker für Feuerbestattung“ mit der klassenkämpferischen „Gemeinschaft proletarischer Freidenker“ entstanden war und der – ungeachtet seines überparteilichen Charakters – 1928/29 relativ radikale „linke“ kulturpolitische Zielsetzungen vertrat[168], wurde von der KPO als organisatorische Basis „*zur Gewinnung der Mitglieder für den revolutionären Klassenkampf*“ betrachtet[169]. Die KPO versuchte insbesondere, der Spaltungspolitik der KPD in der „Freidenker“-Bewegung, die in verschiedenen Bezirken und Städten zur Bildung von kommunistischen Sonderorganisationen führte, entgegenzuwirken[170]. Die KPO verfügte im VfFuF über einige lokale Positionen, so in Dortmund, Stuttgart, Königsberg und Leverkusen[171]. Auch in der überparteilichen Arbeitersportbewegung, welche freilich durch sonderorganisatorische Bestrebungen der Sozialdemokraten in ihrer Einheit bedroht und zum Teil schon gespalten war, versuchte die KPO, sich einer Begünstigung der Spaltung durch die KPD entgegenzusetzen; sie hatte damit verschiedentlich – so in einigen Orten in [224] Sachsen, Thüringen und Württemberg – zumindest partielle Erfolge[172]. Die Arbeit in diesen Sportverbänden galt – ebenso wie die in der Konsumgenossenschaftsbewegung – entsprechend den Zielsetzungen des III. Kongresses der KI als Mittel der politischen Massenbeeinflussung[173]. Doch waren die Positionen der KPO hier – wie auch im Naturfreunde-Verband[174] – ebenfalls nur von lokaler, wenn auch in diesem Rahmen zuweilen nicht unbeträchtlicher Bedeutung.

c. Die Ansätze zu gewerkschaftlicher und parlamentarischer Wirksamkeit und die allgemeinen Einheitsfrontaktionen der KPO

Mit der Absicht der KPO, die Modelle kommunistischer Politik, die in der KPD bis zum Jahre 1923 entwickelt worden waren, in der aktuellen KPD-Politik durchzusetzen oder, sofern das nicht möglich war, diese zu realisieren selbst zu versuchen, war besonders auch die Befürwortung kommunistischer Fraktionsarbeit in den *Gewerkschaften*, insbesondere in den ADGB-Verbänden, gesetzt – jener Taktik also, welche die Zentrale der KPD (Spartakusbund) in der Zeit bis zum 2. Parteitag 1919 vorbereitet und auf diesem Parteitag, offenkundig unter dem besonderen Einfluß von Brandler und Walcher, gegen die damalige „ultralinke“ Opposition durchgesetzt hatte[175]. Die Positionen in den Ortsverwaltungen der Gewerkschaften, über die die KPO verfügte, waren nicht sehr zahlreich, aber jedenfalls relativ, zeitweise offenbar sogar absolut größer als die der KPD, weil die KPO intensive Fraktionsarbeit in den Verbänden betrieb, die KPD dagegen zunächst durch die Aufstellung von Sonderlisten bei Betriebsrätewahlen, dann – ansatzweise seit 1929, verstärkt im Jahre 1930 – durch die Bildung gewerkschaftlicher Sonderorganisationen, systematisch ihre eigenen freigewerkschaftlichen Positionen zerschlug.

Relativ erfolgreich war die Gewerkschaftsarbeit der KPO aus zwei Gründen. Erstens, weil sie durch die RGO-Politik der KPD, welche in der Regel die kommunistischen Gewerkschafter vor die Wahl stellte, entweder ihre Partei oder ihre Gewerkschaft zu verlassen, die Funktion einer Auffanggruppe erhielt, die Kommunisten eine Gewerkschaftspraxis erlaubte, ohne daß sie dadurch der Verbindung mit einer [225] politischen kommunistischen Organisation verlustig gingen:

> „Viele kommunistische Gewerkschaftsmitglieder sind infolge der ultralinken Gewerkschaftstaktik in einer geradezu tragischen Lage. Leisten die Genossen entgegen ihrer besseren Einsicht den Anweisungen der Parteiinstanzen Folge, kandidieren sie zusammen

> mit Christen [scil. Mitgliedern des christlichen DGB], Hirschen [scil. Mitgliedern der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine] und Unorganisierten auf Sonderlisten, so quält sie nicht nur das Bewußtsein, daß sie damit die kommunistische Bewegung schwer schädigen, sie müssen dafür obendrein noch ihren Ausschluß aus dem Verband in Kauf nehmen. Wenn sich Parteimitglieder weigern, eine solche selbstmörderische Politik mitzumachen, dann droht ihnen auf der anderen Seite, daß sie aus der Partei ausgeschlossen werden“[176].

Da die KPO sich energisch gegen die RGO-Politik wandte, zugleich aber in ihren laufenden Publikationen besonderes Gewicht auf eine Berichterstattung und Kritik von gewerkschaftlich relevanten Ereignissen – vom Arbeitslosenversicherungsproblem bis zu den scheinbar banalsten lokalen Vorkommnissen – im kommunistischen Sinne legte[177], kam die Opposition der gewerkschaftlich engagierten KPD-Mitglieder nach ihrem Parteiausschluß häufig der KPO als Anschluß der Betreffenden an diese Organisation zugute[178]. Relativ erfolgreich war die Gewerkschaftspolitik der KPO zweitens, weil die intensive Propaganda der KPO-Führung für die Arbeit in den Massenorganisationen und besonders in den Gewerkschaften gleichsam schon zur Verinnerlichung des Satzes durch die Mitglieder geführt hatte, es dürfe

> „*kein Mitglied unserer Gruppe geben, das sich in seiner Gewerkschaft oder in den anderen in Frage kommenden Organisationen nicht aktiv im Sinne unserer Bestrebungen betätigt*“[179].

Die örtlichen KPO-Leitungen waren verpflichtet, hierüber „*eine strenge Kontrolle auszuüben*“[180]. So konnte in der Berichterstattung über die zentralen Konferenzen der KPO regelmäßig darauf hingewiesen werden, daß nahezu alle Delegierten gewerkschaftlich organisiert seien, und es besteht kein Anlaß zu vermuten, daß das in der breiten Mitgliedschaft wesentlich anders war[181].

Abgesehen von Fraktionen in Gewerkschaftsverbänden, welche praktisch überall dort, wo es KPO-Ortsgruppen gab, bestanden, verfügte die Gruppe über eine Anzahl teils in die KPO „mitgebrachter“, teils durch Übertritte nach der Gründung oder als Ergebnis späterer Neuwahlen [226] eroberter Positionen in gewerkschaftlichen Ortsverwaltungen, Verwaltungsstellen, Zahlstellen und Branchen-Leitungen, zudem über eine Reihe Betriebsratspositionen. Lokale Funktionen in Gewerkschaftsverbänden hatte die KPO vor allem besetzt in Stuttgart und einigen umliegenden Orten, besonders Feuerbach (DMV, Schuhmacherverband, Gewerkschaftskartell)[182], in einer Reihe von thüringischen Orten, etwa in Weimar, Erfurt, Ruhla, Suhl, Ichtershausen (DMV, Schuhmacherverband, Gewerkschaftskartelle)[183], in Offenbach (Portefeuillerverband)[184], zeitweise in Halle (DMV)[185], in Hamburg, Leipzig, Breslau, Opladen, Berlin (Holzarbeiterverband, Buchdruckerverband, Schuhmacherverband, DMV)[186] und in anderen Orten. Betriebsratspositionen bestanden unter anderem in Stuttgart (Elektroindustrie, Schuhindustrie), Nürnberg und Chemnitz (Maschinenbauindustrie), Leipzig (Verkehrsbetriebe), Hamburg (Instrumentenbau), Erfurt (Schuhindustrie) und Wittenberg-Piesteritz (Stickstoffwerke)[187]. Verschiedene gewerkschaftliche Ortsverwaltungen befanden sich mehrheitlich in den Händen der KPO, beispielsweise in einigen thüringischen Orten, vor allem aber im DMV Stuttgart. In den Wahlen zu den Bezirksausschüssen und zur örtlichen Vertreter-Generalversammlung Ende Februar 1930 in Stuttgart wurde die bestehende, in der DMV-Generalversammlung von 1929 bereits mit $^{2}/_{3}$ Mehrheit wiedergewählte KPO-Ortsverwaltung durch die Wahl von 73 KPO-Bezirksvertretern bei insgesamt Bezirksvertretern bestätigt[188]. Ähnlich wurden bei der Wahl der Delegierten ins Gewerkschaftskartell im DMV Feuerbach für die KPO 364, für die SPD 283 und für die KPD 114 Stimmen abgegeben[189]. Solche lokalen Positionen waren die Voraussetzung für die Teilnahme von KPO-Vertretern an gewerkschaftlichen Verbandstagen im Reichsmaßstabs: Am Kongreß des Zentralverbandes der Schuhmacher vom 23. bis 28. Juni 1930 in Magdeburg nahmen drei KPO-Delegierte aus Stuttgart und Berlin und nur ebenso viele KPD-Delegierte teil, welche sich zudem teilweise von ihrer eigenen Partei distanzierten[190]. Ein Antrag der KPO, der Verband möge auf ein Gesetz zur Einführung des Siebenstundentages hinwirken, wurde einstimmig angenommen[191]. Auf dem DMV-Verbandstag vom 8. bis 23. August desselben Jahres in Berlin war die KPO durch acht Delegierte (aus Stuttgart, Halle und Suhl), die KPD dagegen überhaupt nicht mehr vertreten[192]. Die Gruppe brachte verschiedene Anträge ein und forderte zum Kampf gegen die faschistische Gefahr [227] den Einsatz

außerparlamentarischer Mittel, wobei als Zwischenlosungen die Forderung der Produktionskontrolle und der Einberufung eines Betriebsrätekongresses erhoben wurden[193]. Auf dem 14. ADGB-Kongreß vom 31.8. bis 4.9.1931 in Frankfurt a. M. endlich war die kommunistische „Rechts“-Opposition durch einen – Stuttgarter – Delegierten vertreten; die KPD – welche unter der Brandler-Zentrale auf dem 11. ADGB-Kongreß (1922) 90 Vertreter gehabt hatte – war überhaupt nicht mehr anwesend[194]. In den beiden kurzen Reden, die der KPO-Delegierte halten konnte, wurde an den Verbandsvorstand appelliert, die Arbeiterschaft zu einheitlich durchgeführten Massenaktionen gegen den Faschismus aufzurufen, wobei der Klassenkampf um bestimmte ökonomische Teilziele einmünden müsse in die Errichtung einer sozialistischen Planwirtschaft[195]. Solche Forderungen wurden freilich nur „auf der Galerie“ mit Beifall belohnt.

Die Arbeit in den Freien Gewerkschaften wurde von der KPO nicht in der Absicht betrieben, möglichst hohe gewerkschaftliche Positionen zu erobern – die Gruppe stand ohnehin auf dem Standpunkt, daß die Eroberung der Spitzen des „Apparats“ nur im Zusammenhang mit einer politischen Revolution möglich sei –, sondern mit dem Ziel, einerseits diesen „Apparat“ weit möglichst direkt in den Dienst der aktuellen Interessen der Mitgliedschaft zu stellen, andererseits zu erreichen, „daß in entscheidenden Stunden die Masse der Gewerkschaftsmitglieder nicht den Reformisten, sondern unseren aktiv in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Genossen Gefolgschaft leistet“[196]. Als eine solche „entscheidende Stunde“ war in einer Resolution zur Gewerkschaftsfrage von der III. RK das Akutwerden eines faschistischen Staatsstreichs bestimmt:

> „Die *Mobilisierung der Gewerkschaften zum systematischen Kampf gegen den Faschismus* ist von entscheidender Bedeutung für die Abwehr des Faschismus und für die Existenz der Gewerkschaften. Der Faschismus bedroht nicht nur die organisatorische Basis des revolutionären Flügels der Arbeiterklasse, sondern auch die der Gewerkschaften. Die reformistische Politik in den Gewerkschaften untergräbt auf die Dauer das Vertrauen breiter Arbeitermassen zu den Gewerkschaften und schwächt damit deren Widerstandsfähigkeit gegen den Faschismus“[197].

Die Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder zum Einsatz für die eigenen aktuellen Interessen wie für die politischen Ziele der KPO [228] war dieser Theorie zufolge also legitimiert durch die Notwendigkeit der Abwehr des Faschismus, welche zugleich diese beiden Zielsetzungen vermittelte. Die gewerkschaftliche Praxis der KPO leitete sich durchaus von dieser Überlegung ab: ökonomische und politische Postulate waren mit ökonomischen wie politischen Kampfmaßnahmen zu realisieren[198]. So setzte sich die KPO einerseits nachdrücklich ein für Forderungen, welche den Tagesinteressen der Arbeiterschaft entsprachen; beispielsweise setzte sie in Belegschaftsversammlungen der Bayerischen Stickstoffwerke Piesteritz und der Sprengstoffwerke Reinsdorf die Annahme eines „Kampfprogrammes“ durch, dessen Zielsetzungen im wesentlichen die Verbesserung der betrieblichen Arbeitsbedingungen betrafen, und bei den Textilarbeiteraussperrungen von 1929 arbeitete die schlesische KPO intensiv den Zersplitterungsaktionen der KPD nach dem Leitfaden eines detaillierten Kampfplanes entgegen[199]. Andererseits bewirkte die KPO vielfach auch in Betriebs- oder Gewerkschaftsversammlungen die Organisation von Protestkundgebungen und die Annahme von Entschließungen politischen Charakters; so zum Beispiel die Annahme einer Resolution gegen die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherungsleistungen durch eine Versammlung Stuttgarter ADGB-Mitglieder, welche „*den Einsatz aller parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräfte*“ forderte, oder die einstimmige Billigung einer Resolution durch die Betriebsräte-Vollversammlung des DLW Opladen, „*in der vom ADGB. die Einleitung des außerparlamentarischen Kampfes gegen die Brüning-Regierung und die Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses durch den ADGB. gefordert wurde*“[200]. Derartige Initiativen – die Beispiele ließen sich fast beliebig vermehren – wurden seit Anfang 1930 ideologisch koordiniert durch die Ausarbeitung eines „Notprogramms“ der KPO[201], das ökonomische und politische Zielsetzungen miteinander verband und besonders Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen zur Diskussion vorgelegt wurde. Es propagierte

> „*die Einheitsfront unserer Klasse. Heute für die Abwälzung aller Lasten des Young-Planes auf die Bourgeoisie, morgen für die weiteren Schritte zur Befreiung von den Ketten der Ausbeuterklasse*“[202].

Bestimmte steuer- und finanzpolitische Maßnahmen – wie ein „Notbeitrag der Bourgeoisie“ – einerseits und sozialpolitische Maßnahmen – wie die Einführung des Siebenstundentags – andererseits wurden als [229] Kampfziele genannt; die Bildung einer Einheitsfront um der Verwirklichung dieser Ziele willen werde zugleich die „*antifaschistische Front* der Werktätigen“ ergeben und die Kräfte formieren, welche das „sofort notwendige ... *Verbot der faschistischen Organisationen*“ durchsetzen und die Organisierung eines „*Selbstschutz[es] vor dem Terror der Faschisten*“ bewirken könnten[203]. Die Forderungen dieses Notprogramms fanden in der Arbeiterschaft häufig durchaus Resonanz; so wurde das Programm in der Betriebsversammlung einer Chemnitzer Maschinenfabrik von „über 1.000“ Teilnehmern gegen nur eine Stimme angenommen, ebenso – in modifizierter Form – in der Stuttgarter Generalversammlung des Schuhmacherverbandes am 7.2.1930[204]; Beschlüsse im Sinne dieses Notprogramms wurden nach den Berichten der KPO-Presse von einer rund zweihundertköpfigen Betriebsversammlung in Leipzig gegen wenige Stimmen, von 70 Delegierten der Bauarbeitergewerkschaft in Stuttgart einstimmig, von 185 Teilnehmern an der Generalversammlung des Malerverbandes in Essen einstimmig, von 900 Teilnehmern an einer Betriebsversammlung des Ausbesserungswerks Delitzsch einstimmig sowie von einer ganzen Reihe kleinerer Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen angenommen[205]. Zur Konsolidierung dieser Protestwellen zu einer Massenbewegung reichte die organisatorische Kraft der KPO freilich nicht aus.

Wenngleich die Kommunistische „Rechts“-Opposition in ihrer Arbeit in den ADGB-Verbänden relativ erfolgreich war, kam die Führungsgruppe um Brandler und Thalheimer doch gegen Ende des Jahres 1931 zu dem Schluß, daß die Gruppe „die uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten bei weitem nicht voll ausgenutzt“ habe, und sie intendierte, die Fraktionsarbeit in den Freien Gewerkschaften zentral und systematisch zu organisieren; damit wurde der Vorschlag verbunden, die Gewerkschaftsarbeit dadurch effektiver zu machen, daß in ihr auch die – nun einmal bestehende – kommunistischen RGO-Verbände berücksichtigt werden sollten; der RGO-Mitgliedschaft sei durch die systematische Fraktionsarbeit der KPO in den Freien Gewerkschaften zu demonstrieren, daß die Eroberung kommunistischer Positionen in diesen Verbänden möglich sei – womit auf eine Überführung der RGO in den ADGB hingearbeitet werden sollte; zum anderen sei – vorerst – zu versuchen, aus den Sonderverbänden und den ADGB-Verbänden eine „einheitliche Gewerkschaftsfront“ zu bilden[206]. Wenngleich die KPO – wie schon die [230] Brandler-Gruppe der Zeit vor 1928 – stets die Auffassung vertreten hatte, bereits bestehende abgespaltene Sondergewerkschaften dürften nicht schematisch bekämpft und um jeden Preis in die freigewerkschaftlichen Verbände zurückgeführt werden, ja selbst, daß solche Sondergewerkschaften gegebenenfalls sogar gestärkt werden müßten, um ihre Wiedervereinigung um einen günstigeren Preis zu erreichen[207], bedeuteten doch diese Vorschläge eine taktische Umorientierung; insofern nämlich, als damit die Absicht verbunden war, den Schwerpunkt der Kritik von der RGO auf die Leitung der freigewerkschaftlichen Organisationen zu verlagern[208]. Diese gewerkschaftstaktische Umorientierung hatte jedoch in der Zeit bis zur IV. RK nicht mehr praktische gewerkschaftspolitische, sondern lediglich innerorganisatorische Konsequenzen; sie bot der Diskussion der ideologischen Differenzen in der KPO-Führungsgruppe neuen Stoff[209].

Mit der Übernahme der Modelle politischer Taktik aus der Frühphase der KPD-Entwicklung durch die KPO war ferner die Befürwortung *parlamentarischer Arbeit* gegeben. Die KPO hatte in den ersten Monaten des Jahres 1929 eine Anzahl von Mandatsträgern aus den bestehenden kommunistischen Parlamentsfraktionen übernommen, welche der Aufforderung der KPD, ihre Mandate niederzulegen, nicht nachkamen, sondern sie weiterhin im Sinne der KPO-Politik ausübten; die zuständigen Gremien der KPO beschlossen in diesen Fällen etwa, die parlamentarischen Positionen müßten gehalten werden,

> „da dieselben nicht private Angelegenheiten des einzelnen sind, sondern Kampfpositionen darstellen, die ebensowenig verlassen werden dürfen als alle anderen Positionen“[210].

Von der kommunistischen Fraktion des Reichstags der IV. Wahlperiode, der dann am 18. Juli 1930

aufgelöst wurde, hatte nur Paul Frölich zur erklärten „Rechts“-Opposition gehört; neben diesen verfügte die KPO noch über ein weiteres wichtiges Mandat, nämlich im Preußischen Landtag – bis April 1932 –, das von Alfred Schmidt getragen wurde[211]. KPO-Abgeordnete gehörten ferner – bis zu den jeweiligen Neuwahlen bzw. Auflösungen – den Parlamenten folgender Länder an: Sachsen (Böttcher, Lieberasch, Rötzscher, Schreiber, Siewert; bis März 1929); Thüringen (Tittel, Engert, Tenner, Fischer, Schulze und Frau Winkelmann; bis Dezember 1929); Württemberg (Becker und Hammer; bis April [231] 1932); Hessen (Galm u. a.; bis November 1931 bzw. darüber hinaus); endlich im Saargebiet[212]. Außerdem stellte die Gruppe eine größere Anzahl von Mandatsträgern in kommunalen Vertretungen, so unter anderem in Stuttgart und einigen umliegenden Gemeinden; in Leipzig, Jena, Zwickau, Oelsnitz i. V. und anderen sächsischen Orten; in Offenbach-M.; in Erfurt und verschiedenen thüringischen Gemeinden – so in Ruhla, Steinheid und Neuhaus –, auch in einigen Gemeinden des Saargebiets[213]. Im Laufe der Jahre gewann die KPO einige Gemeinderatspositionen durch Übertritte hinzu, so in Augsburg und Geesthacht[214]. In einigen der kleineren dieser Gemeinden stellte die KPO den Bürgermeister; so unter anderem in Ruhla (Erich Kohlrausch), in Oelsnitz i. V. (Otto Bachmann), in Neuhaus am Rennstieg (Otto Engert) und in Zschachwitz (Fritz Schreiter)[215]. Unter dem seit dem 23. Januar 1930 bestehenden Innenministerium Frick in Thüringen wurde einigen KPO-Bürgermeistern zunächst die Polizeigewalt entzogen, später wurden sie ihres Postens enthoben[216].

Die Ergebnisse der Landtags- und Gemeindewahlen seit 1929 markierten zunächst eine für die KPO nicht ungünstige Entwicklung. Die ersten Wahlen, an denen sich die Gruppe – unter intensivster Mitarbeit der Mitglieder im Wahlkampf – beteiligte, waren die sächsischen Landtagswahlen am 12. Mai 1929, an denen die KPO teilnahm, nachdem die KPD sich zu Wahlbündnissen nicht bereit erklärt hatte. Die Teilnahme an dieser Wahl – und an den folgenden – galt der KPO-Führung zunächst als Test über die Resonanz der Gruppe in der Arbeiterbevölkerung, zudem als Gelegenheit zur Propagierung ihrer Ziele[217]; sie stellte die Propaganda gleichwohl unter die Parole „Für ein rotes Arbeitersachsen“[218]. Bei diesen Wahlen erhielt die KPO 22.594 Stimmen, das sind 6,5 Prozent der für die KPD abgegebenen Stimmen oder 0,8 Prozent der überhaupt abgegebenen Stimmen, und war nahe daran, ein Mandat zu gewinnen[219]. Die KPO – die ja zu dieser Zeit erst einige Monate bestand – buchte das Ergebnis für sich als Erfolg und kommentierte:

> „Die Kommunistische Opposition hat im sächsischen Landtagswahlkämpfe überall dort außerordentlich günstig abgeschnitten, *wo sie vorher Positionen hatte und wo es ihr möglich war, mit ihren politischen Auffassungen an die Arbeiter heranzukommen*“[220].

Bei den Kommunalwahlen in Preußen, Sachsen und Hessen am 17. November [232] 1929 stellte die KPO, nachdem ein Wahlbündnisangebot an die KPD erfolglos blieb, dort, wo es möglich war, eigene Listen auf; in Westsachsen wurden diese Wahlvorschläge vom Sozialistischen Bund unterstützt[221]. Der Erörterung der Taktik in diesen Wahlen galt ein besonderer Tagesordnungspunkt auf der II. RK. Da die Gruppe die Auffassung vertrat, daß der „nächste Vorstoß der neuen Kapitalsoffensive ... *dem Sozialetat der Gemeinden*“ gelte, war die Agitation des Wahlkampfes mit den allgemeinen politischen Zielen der Gruppe eng verknüpft[222]. Der Ausgang der Wahlen, der durch einen Vormarsch der Nationalsozialisten und des Zentrums, durch Verluste der KPD – außer in Berlin, im Ruhrgebiet und in Königsberg – und stellenweise der SPD – bei Gewinnen an anderen Orten – im Vergleich zu den Maiwahlen von 1928 gekennzeichnet war, brachte der KPO einige Erfolge. In Sachsen erhielt sie – mit Ausnahme eines Ortes – überall mehr Stimmen als bei den Landtagswahlen desselben Jahres[223]; bei Kandidaturen in 37 Gemeinden des Landes Sachsen konnte sie 14,1 Prozent der KPD-Stimmen – im Vergleich zu den 6,5 Prozent bei den Landtagswahlen – erzielen; sie erhielt in diesem Lande etwa 25 Mandate. Dazu kamen 5 Mandate in der preußischen Provinz Sachsen, 7 im Rheinland und 14 im Saargebiet. In Hessen erhielt die Gruppe in Offenbach annähernd viermal soviel Stimmen wie die KPD und 11 Mandate, außerdem einige Sitze in anderen Gemeinden. In 64 Gemeinden, in denen die KPO in diesen Ländern auftrat, erhielt sie rund 70 Mandate und 13,4 Prozent der KPD-Stimmen[224]. Noch etwas besser schnitt die KPO in den thüringischen Landtagswahlen an 8. Dezember 1929 ab; sie erhielt 1,5 Prozent der abgegebenen Stimmen, das sind 14,2 Prozent der KPD-Stimmen; es fehlten ihr jedoch einige hundert Stimmen zum ersten Mandat[225]. Angesichts dieses langsamen, aber stetigen

Anstiegs der KPO-Wählerstimmen schien die Hoffnung nicht unberechtigt, daß die „weitere Entwicklung ... der [kommunistischen] Opposition weitere Kräfte bringen und sie ihre Aufgabe erfüllen lassen“ werde[226]. Die Wahlergebnisse der folgenden Jahre bestätigten jedoch diese Prognose nicht. Zwar konnte die KPO lokal noch durchaus beachtliche Erfolge erringen; etwa in den Gemeinderatswahlen im thüringischen Steinheid Anfang 1930, bei denen die Gruppe rund 4 ½ mal soviel Stimmen wie die KPD erhielt; bei den Stadtratswahlen in Ruhla am 13. Juli desselben Jahres, die durch eine – auf die Ablehnung des vom KPO-Bürgermeister vertretenen Etats folgende – Auflösung des Stadtparlaments [233] nötig wurden und bei denen die KPO gegen 43 Prozent aller Stimmen erhielt; endlich bei den hessischen Landtagswahlen vom November 1931, bei denen Heinrich Galm in Offenbach wiedergewählt wurde[227]. Doch standen diesen Erfolgen andere lokale Mißerfolge und besonders das Ergebnis der Landtagswahlen vom 22. Juni 1930 in Sachsen entgegen, die im Vergleich zu den vorangegangenen sächsischen Wahlen einen erheblichen Rückgang der für die KPO abgegebenen Stimmen erbrachten. Bei diesen Wählen – bei denen sich die Zahl der nationalsozialistischen Stimmen im Vergleich zu den vorangegangenen Landtagswahlen nahezu verdreifachte – erhielt die KPO 0,5 Prozent der gültigen Stimmen oder 4,2 Prozent der KPD-Stimmen (gegenüber 6,5 Prozent bei den Landtagswahlen 1929 und 14,1 Prozent in den entsprechenden Orten bei den Kommunalwahlen November 1929, bezogen auf die Stimmen der KPD)[228]. Die Interpretation der KPO-Führung, der „Stimmenmißerfolg“ falle wegen der Rezeption politischer Teilanschauungen der KPO durch die KPD „zusammen mit einem *Teilerfolg unserer Ideen in der Partei*[229], ließ freilich die Tatsache unberührt, daß die Verhältnisse gesellschaftlicher Desorganisation, wie sie seit dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise sich entwickelten, offenkundig nicht ohne weiteres einer Umorientierung der KPD-Wählermassen im Sinne der KPO-Politik günstig waren. Es ist angesichts dieses Wahlergebnisses nicht verwunderlich, daß die Gruppe darauf verzichtete, mit eigenen Listen in den Reichstagswahlkampf des Jahres 1930 zu ziehen; während freilich in fast allen Bezirken der KPO-Organisation eine Minderheit in der BL für die selbständige Wahlbeteiligung der Gruppe war und zudem in vier Bezirken – Danzig, Nord-West, Hessen-Waldeck und Nordbayern – sich eine Mehrheit für diesen Vorschlag, außerdem in zwei weiteren Bezirken – Niederrhein und Niedersachsen – sich eine Mehrheit mit Einschränkungen für ihn einsetzte, überwog doch in der Gruppe die Auffassung,

> „a) den Wahlkampf selbständig [zu] führen, b) aber keine eigenen Listen auf[zu]stellen, c) unsere Stimmen der KPD. [zu] geben[230],

und die RL der KPO faßte in ihrer Sitzung vom 25. Juli 1930 einen dementsprechenden Beschluß[231]. Die Wahlen, an denen sich die KPO dann im weiteren Verlauf des Jahres 1930 und im Jahre 1931 beteiligte, fügten sich in ihrem Ergebnis – mit Ausnahme des nicht ganz ungünstigen Ergebnisses der Hessen-Wahl in November 1931 – in den Gesamt-[234]trend der Rückläufigkeit der für die KPO abgegebenen Stimmen völlig ein; so gewann etwa die KPO bei den Kommunalwahlen in Württemberg am 6. Dezember 1931 zwar einige Mandate in Ortschaften in der Umgebung Stuttgarts, jedoch gelang es ihr nicht, in dieser Stadt selbst, wo sie gut viertausend Stimmen erhielt, ein Mandat zu erringen[232].

Die Arbeit der KPO-Vertreter im Reichstag und in den Länderparlamenten – aus denen sie ohnehin großteils im Verlauf der Jahre 1929/30 bereits ausscheiden mußten – hatte für die KPO hauptsächlich propagandistische Funktionen erfüllt; politischen Sinn hatte sie ferner indirekt, nämlich als Mittel der materiellen Stützung der Organisation durch Abgeordnetendiäten und Eisenbahn-Freifahrkarten[233]. Doch waren unmittelbare politische Erfolge der KPO mit parlamentarischen Mitteln selbstredend lediglich in der Kommunalpolitik zu erringen. Hier versuchte die KPO vor allem, da, wo eine entsprechende Mandatsverteilung vorhanden war, ein Zusammengehen der Arbeiterparteien in der parlamentarischen Arbeit zu erreichen. Dies gelang ihr freilich auch dann nicht immer, wenn etwa ein Zusammengehen mit der SPD eine kommunale „proletarische Mehrheit“ ergeben hätte, wie zum Beispiel in Offenbach, wo die SPD über 15, die KPO über 11 und die KPD über 2 Mandate verfügten. Hier war der SPD offenbar nicht daran gelegen, auf der Grundlage eines relativ gemäßigten kommunalpolitischen Minimalprogramms – das etwa die Umbesetzung der Positionen des städtischen Verwaltungsapparate nach den Interessen der Arbeiterbewegung oder die sofortige Inangriffnahme von

Notstandsarbeiten forderte und mit beträchtlicher außerparlamentarischer Aktivität der KPO popularisiert wurde – mit der KPO zusammenzuarbeiten[234]. Hingegen beruhten die „rechts“-kommunistischen Bürgermeister-Positionen auf parlamentarischer Kooperation mit der SPD. Ideologisch koordiniert wurde das kommunalpolitische Auftreten der Gruppe durch eine entsprechende Schulungsschrift der KPO vom Januar 1930[235] sowie durch ein „Kommunales Notprogramm“, das im September 1931 von der RL vorgelegt wurde[236]. Dieses Auftreten beruhte politisch-methodisch auf der Konzeption der Teilkämpfe und Teilforderungen des III. Kongresses der KI[237]; inhaltlich zielte es darauf ab, die Abdrosselung der kommunalen Selbstverwaltung zu verhindern und – angesichts des Anwachsens der Zahl der durch die Arbeitslosenversicherung ausgesteuerten Erwerbslosen und [235] des allgemeinen Abbaus der Sozialpolitik – die sozialen Sicherungen in den Gemeinden zu maximieren[238], was freilich, wie sich bald zeigen sollte, den Kampf um die Sicherung der finanziellen Existenz der Gemeinden selbst zur Voraussetzung haben mußte[239]. Ansätze zur Verwirklichung der Forderungen dieser Programme konnten freilich nur in den wenigen Gemeinden gemacht werden, in denen es zur Zusammenarbeit der KPO mit den sozialdemokratischen Gemeindevertretern gekommen war; mit der Absetzung der „rechts“-kommunistischen Bürgermeister unter dem nationalsozialistischen Innenministerium in Thüringen waren selbst diese Möglichkeiten fast völlig reduziert. Mehr und mehr mußte daher die KPO dafür Propaganda treiben, daß „der Kampf der werktätigen Massen für die Sicherung der Existenz der Gemeindebetriebe und der Gemeindeeinwohner *nur noch als außerparlamentarischer Kampf* möglich“ sei und in der Konsequenz dessen zur Bildung von „kommunalen Aktionsausschüssen“ aufrufen, wie sie etwa in Offenbach – als „Kommunalpolitischer Ausschuß“ und als (freigewerkschaftlicher) „Erwerbslosenausschuß“ – schon seit langem bestanden[240].

Diese Konsequenz traf mit der Tendenz der *allgemeinen Einheitsfrontaktionen* der KPO zusammen, welche die besonderen, auf die Mitgliedschaft der beiden Arbeiterparteien oder auf gewerkschaftliche oder kommunalpolitische Interessen zugeschnittenen einheitsfronttaktischen Initiativen der Gruppe zur Gesamtgestalt der Einheitsfrontpolitik der kommunistischen „Rechts“-Opposition ergänzten; der Politik also, mittels derer der KPO die politisch-gesellschaftliche Funktion des qua kommunistischer Massenorganisation einigenden Faktors im Proletariat letztlich zukommen sollte. Während das „Proletarische Kampfprogramm“ der KPO, welches „eine Anwendung der kommunistischen Grundsätze und Taktik auf die gegenwärtig [scil. Anfang 1929] in Deutschland im Vordergrund stehenden Kampfaufgaben der Arbeiterklasse“ darstellen wollte, als ein einheitsfronttaktisches Programm sich inhaltlich – in der Endphase der Großen Koalition im Reich – noch ganz konzentrierte auf Fragen der inneren Reparationskonsequenzen und des Abbaus der Sozialpolitik, besonders der Arbeitslosenversicherungsleistungen, und dabei zugleich die Bildung „*breite[r],umfassende[r] proletarische[r] Einheitsfrontorgane*“ für den Kampf um eine kommunistische Lösung dieser Fragen propagierte[241], rückte seit dem Bruch der Großen Koalition und besonders seit den Reichstagswahlen vom [236] September 1930 das Ziel der Abwehr des Faschismus in den Mittelpunkt der Aktivität. Die frühen eindringlichen Warnungen der KPO-Führung vor der faschistischem Gefahr hatten schon sehr früh zu lokalen Initiativen der KPO-Gruppen geführt, überparteiliche proletarische Kooperationsformen gegen diese Drohung herzustellen; dabei wurde auch versucht, die von der KPD geschaffenen antifaschistischen Formationen – welche sich freilich zunächst besonders gegen den „Sozialfaschismus“ richten sollten – in diesem Sinne auszunutzen[242]. Da diese offiziell-kommunistischen Organisationsbildungen – zumeist als Ersatz für den verbotenen RFB gedacht – sich dieser Intention wegen von vornherein gegen eine Transformierung in überparteiliche Organe sperrten, versuchte die KPO seit Ende 1929, mit Arbeitern und Funktionären vorab der Sozialdemokratie, wo möglich auch aus anderen politischen Arbeitergruppen oder mit politisch Unorganisierten, „Antifaschistische Kartelle“ zu bilden; dies gelang ihr schon in der Zeit Ende 1929/Anfang 1930 in einer Reihe von Orten, so in Liebau (Schlesien), Ruhla (Thüringen), Erfurt, Offenbach und Berlin[243]. Diese Versuche wurden mit aktuellen politischen Ansätzen zu einheitlicher Aktion, wo immer dies möglich war, verknüpft; so mit der Organisierung überparteilicher gemeinsamer Demonstrationen am Mai-Feiertag 1930 – an der der „ultralinken“ KPD-Führung nichts gelegen war –, für die sich aber die KPO einsetzte; mit dem Erfolg, daß im Jahre 1930 – im Gegensatz zum Jahre vorher – wieder in einer größeren Zahl von Städten und Orten sozialdemokratische und (oppositionell-) kommunistische Arbeiter zusammen

aufmarschierten[244]. Im Laufe des Jahres 1930 wurde die Politik der Schaffung überparteilicher antifaschistischer Komitees – oft gegen offenkundige Abwehrmaßnahmen seitens der KPD[245] – weiter verfolgt; in einem Aufruf vom 26. Juni wurde sie gleichsam offiziell von der RL propagiert[246]. In Kiel, Königsberg, in verschiedenen sächsischen und thüringischen Orten wurden entsprechende Initiativen entfaltet, und auch der KJVO wurde in den Dienst dieser Politik gestellt[247]. Hatten diese Kartelle oder Komitees zunächst nur rein propagandistische Aufgaben, so erwuchs doch den antifaschistischen Einheitsfrontaktionen bald auch eine unmittelbar praktische Funktion: im Wahlkampf für die Septemberwahlen versuchte etwa die KPO lokal, die anderen Arbeiterorganisationen gegen den Wahlaufmarsch der NSDAP zu [237] mobilisieren[248]. Aus solchen Zielsetzungen leitete sich dann der Versuch ab, gegen den aktuellen faschistischem Terror „Proletarische Klassenwehren gegen den Faschismus“ – wiederum als überparteiliche Organisationen – zu bilden[249]. Insbesondere in Württemberg, aber auch in anderen Bezirken, wurden solche „Proletarischen Klassenwehren“, „Arbeitersportwehren“ oder ähnliche Formationen gegründet[250].

Besonders seit den Reichstagswahlen im September 1930 wurde diese Politik von der RL entschieden propagiert. Zu ihrer programmatischen Begründung wurden in der „Arbeiterpolitik“ seit Anfang 1931 „Minimalforderungen“ der „antifaschistischen Kampffront“ vorgetragen, wobei davon ausgegangen wurde, daß bei „der organisatorischen Zersplitterung und Zerrissenheit der Arbeiterschaft, die sich natürlich am schroffsten ausdrückt in den Spitzen der Arbeiterorganisationen, ... [die] Einheit der Aktion nur von unten her, durch die Initiative der Arbeiter selbst und von örtlichen Ausgangspunkten her geschaffen werden“ könne; an antifaschistischen Teilforderungen wurde etwa propagiert:

> „*Auflösung der SA-Trupps und der national-sozialistischen Mörderpartei! Keine faschistische Versammlung in Arbeitervierteln! Aufhebung aller Demonstrationsverbote! Aufhebung des Verbots des RFB und antifaschistischer Organisationen! Bildung proletarischer Hundertschaften ... zur Abwehr faschistischer Überfälle! Einberufung großer Kundgebungen aller Arbeiterorganisationen zur Aufklärung der Massen über die faschistische Gefahr ... Gemeinsame Aufmärsche gegen den Faschismus ... Ausschluß aller Nationalsozialisten aus den Gewerkschaften und anderen Arbeiterorganisationen!*“[251]

Die Unterschätzung der faschistischem Gefahr durch entscheidende Exponenten der beiden großen Arbeiterparteien zu dieser Zeit war freilich ein Faktor, der die Wirksamkeit solcher Aufrufe auf einige lokale Erfolge beschränkte. Im März des Jahres 1931 formulierte dann die KPO-Leitung ein „Antifaschistisches Kampfprogramm“, das in relativ breiter Streuung – es wurde auch als Sonderdruck verbreitet – die seit je von der KPO vorgetragenen Teilforderungen zusammenfassend propagierte und sie einmünden ließ in einen Katalog von Teilforderungen für den „Kampf gegen den faschistischem Terror“. „*Es ist*“, so hieß es, „*die letzte Stunde, um die geschlossene Gegenwehr der* [238] *Werktätigen gegen den Faschismus und den Kapitalsangriff zu organisieren*. Dazu bedarf es eines *gemeinsamen Kampfprogramms aller Werktätigen*“; das Kampfprogramm könne nur durchgeführt werden „*im schärfsten Kampf gegen die Bourgeoisie und gegen den bürgerlichen Staat*“; der Kampf gegen die faschistische Diktatur sei erfolgreich nur zu führen „in Verbindung mit dem *Kampf gegen die Brüning-Diktatur*, die ihre Wegbereiterin ist“; es sei die besondere Aufgabe der Kommunisten, „den Zusammenschluß der Arbeiter zu einer Einheitsfront der gesamten Klasse gegen den Faschismus, gegen die Brüning-Diktatur und den Kapitalsangriff mit aller Energie zu fördern“[252]. Unterstützt durch die Agitationsbroschüren der KPO zu diesem Thema[253], wurden diese Zielsetzungen besonders im Jahre 1931 in immer neuen Aufrufen und Offenen Briefen propagiert; so besonders in den Aufrufen: „Auf zum Massenkampf! Gegen Notverordnung und Faschismus!“ vom 9. Juni und „Vom kapitalistischen Chaos – zur sozialistischen Ordnung!“ vom 1. August und in dem speziell an die KPO-Mitgliedschaft gerichteten Appell: „Revolutionäre Initiative“ über „Unsere nächsten Aufgaben“ (vom 14. Juli), welcher Losungen und Organisationsanweisungen für die antifaschistischen Aktionen enthielt[254]. Wenngleich die lokalen Initiativen in Richtung dieser Politik weiterhin anhielten und zu begrenzten Erfolgen führten, erwies sich eine Konsolidierung dieser Ansätze zu einer Massenbewegung doch als unmöglich; obzwar sicherlich die übergroße Mehrheit der KPO-Mitglieder nach der Maxime handelte, daß „*in dieser Stunde ... die Initiative unserer Gruppe von der gewaltigsten*

Bedeutung für die gesamte Arbeiterschaft“ sei[255], blieben doch die realisierten politisch-gesellschaftlichen Funktionen der Gruppe außerordentlich hinter diesem Anspruch zurück.

d. Die Afunktionalität der KPO und die Entfaltung innerorganisatorischer Konflikte

Im Verlaufe des Jahres 1931 war die Entwicklung der KPO durch innere Konflikte charakterisiert, die nicht zufällig, sondern Ausdruck wesentlicher innerorganisatorischer Spannungen waren und vor allem in der zweiten Hälfte dieses Jahres die politischen Anschauungen und Verhaltensweisen der Führungsschicht der KPO bestimmten. Nachdem [239] bereits die Reichsfunktionärskonferenz vom 14. Juni 1931, die sich mit der innerparteilichen Lage der KPO beschäftigte, zwar die „ideologische und organisatorische Geschlossenheit der KPD.-O.“ als eine „unerläßliche Voraussetzung für den Sieg ihrer Politik“ bezeichnet, zugleich aber auch mehrheitlich sich gegen eine „Fraktionsbildung“ in der Gruppe gewandt und eine „strenge kommunistische Disziplin“ der Gruppenmitglieder gefordert hatte[256], traten die politischen Differenzen innerhalb der Führungsgruppe und in Teilen der Mitgliedschaft, denen durch derartige Beschlüsse gesteuert werden sollte, nach der Gründung der SAP am 4. Oktober 1931 offen hervor; mit ihnen mußte sich die Reichsleitungs-Funktionärs-Tagung vom 17./18. Oktober 1931, auf der das Verhältnis der KPO zur SAP im Mittelpunkt der Debatten stand, beschäftigen. In dieser Frage, welche alte ideologische wie auch organisatorische Streitfragen – nämlich die der richtigen Taktik gegenüber der SPD-„Linken“, des Verhältnisses zur UdSSR, zur KI und zur KPD, der Aktualität der faschistischem Gefahr, der Selbsteinschätzung der KPO als „Richtung“ oder „Partei“, endlich auch Differenzen über die Besetzung von Positionen im Organisationsgefüge der KPO – wieder aktualisierte, spaltete sich die RL der KPO sowie ein Teil der Führungsgruppen und der Mitgliedschaft in den Bezirken in zwei Gruppen, nämlich in eine von Brandler, Thalheimer, Böttcher, Tittel, Hausen, Siewert und anderen repräsentierte Mehrheitsgruppe und in eine Minderheitsgruppe um Frölich, Walcher, Enderle, Frank, Halbe und Köhler. Die Differenzen in der Einschätzung der SAP waren auf zwei Streitpunkte zu reduzieren: auf die Beurteilung des politischen Charakters der neuen Partei und auf die Frage, in welcher Weise sie für die kommunistische Bewegung nutzbar gemacht werden könne[257].

Die Resolution der Mehrheit auf der Konferenz vom 17./18. Oktober hielt dafür, daß die SAP – trotz ihrer Zerrissenheit in einen „linken“ Flügel um Klaus Zweiling und Fritz Sternberg, eine „rechte“ pazifistische Gruppe um Heinrich Ströbel und Anna Siemsen und in einen „zentristischen“ Kreis um Seydewitz und Rosenfeld[258] – im Ganzen doch eine „zentristische Partei“ sei, da ihr Zentrum zwischen den beiden extremen Flügeln zugunsten der SAP-„Rechten“ vermittle und die Gründungskonferenz in ihren programmatischen Entscheidungen in der [240] Frage der Staatstheorie, der Einstellung zur UdSSR und zum Organisationsprinzip der Partei[259] „*den Boden des Reformismus nicht verlassen*“ habe; die SAP vertrete – so argumentierte die Mehrheit nicht zu Unrecht – „gegenüber dem offenen Reformismus der SPD. den versteckten Reformismus, den Zentrismus“[260]. Dagegen war die Minderheit der Auffassung, die SAP sei zwar in ihrer Führung „überwiegend zentristisch“, indes sei die Partei „noch kein fertiges erstarrtes Parteigebilde“; es sei bei ihr „noch alles in Fluß“, und somit sei der Gesamtcharakter der SAP „noch nicht entschieden“[261]: „das *Gros der Bewegung bildet* [im Gegensatz zur SAP-Führung] *eine neue Generation*. ... So unvollkommen auch die geistige Entwicklung dieses Gros noch ist, *darf man ihm doch nicht den Stempel Zentrismus aufdrücken*“[262]. Mit dieser Streitfrage – ob die, auch von der Mehrheit als solche erkannte[263], radikalere jüngere Mitgliederschicht der SAP oder ihre im ganzen „zentristische“ Führungsschicht das politische Gesamtbild der Partei letztlich bestimme – waren die Differenzen über die Strategie und Taktik, welche die KPO gegenüber der neuen Partei zu realisieren habe, eng verknüpft. Für die Mehrheitsgruppe war die „linke“ Sozialdemokratie – der „Zentrismus“ – nach ihrer organisatorischen Verselbständigung keineswegs minder der „*objektiven Rolle nach eine schwere Gefahr für die deutsche Arbeiterklasse*“ denn als organisatorisches Element der SPD oder als diese Sozialdemokratie im Ganzen; daraus ergab sich für die Mehrheitsgruppe, daß die „Entwicklung der SAPD. zum Kommunismus ... nur erfolgen“ könne,

> „wenn der Kampf unter den gegenwärtig in der SAPD. vereinigten Richtungen bis zur letzten Konsequenz ausgetragen wird, d. h. wenn die nach vorwärts drängenden Arbeiter mit Ströbel brechen und wenn das Zentrum sich nach der einen oder anderen Richtung

> klar entscheidet. Die Entwicklung der SAPD. zum Kommunismus wird nur auf dem Wege einer Spaltung oder Abspaltung erfolgen. *Die SAPD. als Ganzes kann nicht für den Kommunismus erobert, sondern muß als Partei überwunden werden*“[264].

Gleichwohl sei das taktische Verhalten der KPO gegenüber der SAP derart den Charakter der neuen Partei anzumessen, daß „die Entwicklung der entwicklungsfähigen Elemente über die SAP. und den Zentrismus hinaus“ vorangetrieben werde[265]; so könne „*eine organisatorische Verschmelzung* [der KPO] *mit der SAPD. ... in keiner Form in Frage kommen*“; vielmehr gelte es, „durch *Anwendung der Einheitsfronttaktik* gemeinsame Aktionen für Tagesforderungen mit den Arbeitern der [241] SAPD. einzuleiten und durchzuführen“[266]. Bestimmte somit die Mehrheitsgruppe das Verhältnis der KPO zur SAP nach dem Modell des Verhältnisses der KPD (Spartakusbund) zur USPD[267] – wobei sie sich unzweifelhaft mit größerem Recht als die Minderheit auf die Taktiklehre Lenins berufen konnte[268] – so rekurrierte die Minderheit auf das Modell des Spartakusbundes der Weltkriegszeit, da diese Gruppe bei organisatorischer und politischer Selbständigkeit sich mit der USPD gleichsam unter einem organisatorischen „Dach“ befunden hatte; ein Vergleich, der nach Auffassung der Mehrheit angesichts der inzwischen historisch gewordenen Trennung des Kommunismus vom „Zentrismus“ nicht zulässig war: „Man kann nicht in zerbrochene Eierschalen zurückkriechen“[269]. Die KPO müsse, so argumentierte die Minderheit, „für die Entwicklung der SAP. zum Kommunismus kämpfen“, jedoch dürfe sie nicht die „Spaltung oder Abspaltung“ der SAP propagieren; der Kampf der KPO um die SAP werde vielmehr eo ipso „zum Ausscheiden reformistischer und zentristischer Elemente“ aus dieser Partei führen. Dieser Prozeß sowie die Gewinnung der breiten Mitgliedermassen der SAP für den Kommunismus könne nicht gefördert werden, wenn man den „zentristischen“ Charakter der Partei in der Propaganda hypostasiere; Einfluß auf diese Mitgliedermassen könne dagegen die KPO dann ausüben, wenn man neben der Einheitsfronttaktik auch eine „Bereitschaft zur Bildung örtlicher[,] und wenn möglich auch zu einer zentralen Arbeitsgemeinschaft“ von KPO und SAP praktiziere, um so eine eventuelle Vereinigung von SAP und KPO „auf dem Boden des Kommunismus“ vorzubereiten[270].

> „Wenn wir diesen Weg ohne innere Vorbehalte und ohne Bangen beschreiten und hier mit aller Entschiedenheit und Zähigkeit wirken, *wird es uns gelingen, entweder diese neue Partei als Ganzes oder doch den zum revolutionären Kampf gewillten Teil für den Kommunismus zu gewinnen*“[271].

Die Diskussionen, die um die Zeit der Oktoberkonferenz der KPO und auf dieser Funktionärstagung selbst über diese Frage geführt wurden, wurden außerordentlich scharf ausgetragen; sie führten bis zu der Forderung eines Minderheitsvertreters, die „Führung der Gruppe durch Brandler und Thalheimer“ müsse „beseitigt werden“[272]; sie demonstrierten zugleich, daß die mit der Gründung der SAP in ein akutes Stadium [242] getretenen innerorganisatorischen Konflikte in der Gruppe ihre lange Vorgeschichte hatten. Die Minderheit wandte sich durchaus gegen „übertriebene“ Kritik an der SAP und bemängelte sogar, daß die KPO die Oppositionsbildung in der SPD nicht verstärkt habe: weitergehend hatte Walcher schon 1927 gefordert, die Kommunisten sollten den „linken“ Flügel der SPD stärken, selbst wenn das vorübergehend zu einer Stärkung der SPD überhaupt führe[273]; eine ähnliche Position war seit der III. RK von Karl Frank und später auch von anderen RL-Mitgliedern, wie Paul Frölich, vertreten worden[274]; auch die ideologischen Differenzen in der Interpretation des politischen Modells der Arbeiterregierung, die andeutungsweise seit der II., explizit seit der III. RK zwischen Brandler und Thalheimer einerseits und Enderle, Tittel und anderen andererseits aufgetreten waren, hatten teilweise den Wunsch nach einer flexibleren Taktik gegenüber der SPD-„Linken“ zum Motiv gehabt[275]. Die Minderheit der Oktoberkonferenz 1931 aktualisierte in der SAP-Frage auch die älteren Differenzen in der „russischen Frage“ und in der Beurteilung der KI und der KPD; daß die SPD-„Linke“ nicht zum Kommunismus gekommen sei, sei „ausschließlich die Schuld der ultralinken Politik der KPD,“, die – wie die KI – „die kommunistischen Grundsätze verlassen“ hätte; daß die SPD-„Linke“ sich nicht der KPO angeschlossen habe, sei Schuld der KPO selbst, da sie eine „große Scheu vor einer Kritik der Entartung der KPD. und der KI.“ gezeigt habe[276]. Kritik an der Brandler-Thalheimer-Führung, welche diesen Vorwürfen entsprach, war andeutungsweise schon auf der II. RK, besonders aber seit der III. RK, und hier besonders von Frölich, Möller und Frank, formuliert

worden[277]. Zur Minderheit auf der Oktoberkonferenz 1931 gehörten auch Funktionäre, die – wie Frank und Möller – Anfang 1930 die faschistische Gefahr – im Gegensatz zu Thalheimer oder Frölich – unterschätzt hatten[278]; dagegen spielte für die Auffassung Thalheimers in der SAP-Frage gerade der Gedanke eine Rolle, daß es sich die Arbeiterbewegung angesichts der aktuellen Drohung eines faschistischen Staatsstreichs nicht leisten könne, durch – wenn auch nur taktische – Konzessionen an den „Zentrismus“ die direkte Propaganda für eine proletarische Diktatur zu begrenzen[279]. Endlich berührte die SAP-Diskussion naturgemäß auf's [243] engste die Frage des Selbstverständnisses der KPO: die Propaganda der Minderheit für die Bildung einer „zentralen Arbeitsgemeinschaft“ von KPO und SAP konnte – wenn das bei einem Teil der Befürworter, etwa bei Paul Frölich, auch als ein Mittel sogar zur Aktivierung des Widerstands der KPD-Mitgliedschaft gegen die eigene Parteiführung motiviert war[280] – durchaus als ein Ansatz zur Bildung einer neuen radikal-sozialistischen Partei verstanden werden, welche die Funktionen der KPD übernehmen sollte; sie entsprach somit politischen Tendenzen, welche zunächst, auf der II. RK, von Erich Hausen – der diese Auffassung dann widerrufen hatte – vertreten und die dann vor allem seit dem Sommer 1930 von Frank, Möller und Walcher teils angedeutet, teils offen propagiert worden waren[281]. Wurden diese keineswegs homogenen ideologischen Konfliktstoffe in der seitherigen Geschichte der KPO angesichts der Stellungnahme zur SAP erneut aktuell, so gilt dies auch für Spannungen rein organisatorischer Art, welche in der Geschichte der Gruppe – wenn auch nicht zentral – eine Rolle gespielt hatten: die III. RK hatte – mit einer organisationstechnischen Motivation – die Institution der „Erweiterten RL“ der KPO aufgehoben gehabt, was die Minderheit – deren Vertreter auch der „Engeren RL“, jedoch mehrheitlich der „Erweiterten RL“ angehört hatten – nach der Oktoberkonferenz von 1931 als ein Beispiel für „fraktionelles Arbeiten“ der Brandler-Thalheimer-Gruppe wertete[282]; umgekehrt hatte Walcher Anfang 1931 seine Funktion im RL-Sekretariat – nach Ansicht der Mehrheitsgruppe „unter fadenscheinigen Vorwänden“ – niedergelegt und war durch Brandler ersetzt worden, was der Mehrheit dann als Symptom eines „ganzen Systems der *Sabotage* der Arbeit der RL“ galt[283]. Organisationstechnische Konflikte dieser Art, welche seit dem Unterliegen der Minderheit in wesentlichen politischen Fragen auf der III. RK in der KPO eine gewisse Bedeutung hatten, waren nunmehr ineins mit den tradierten ideologischen Differenzen zu Spannungen kumuliert, welche in den gegensätzlichen Auffassungen zur SAP-Frage ihren Ausdruck fanden und welche die weitere Entwicklung der Gruppe entscheidend bestimmen sollten.

Wenngleich somit die Gegensätze in der SAP-Diskussion als ein Resultat von Differenzen in der KPO-Führungsgruppe erscheinen, welche vereinzelt bis zur II. RK oder gar bis in das Jahr 1927, im wesentlichen jedoch in die Zeit seit dem Sommer 1930 bis zur III. RK zurück-[244]reichen, sind doch die Konflikte, welche die seit der Gründung der SAP akute Krise der KPO charakterisierten, durch organisationsimmanente Faktoren nicht hinreichend zu erklären. Diese Konflikte, welche ohnehin erst manifest wurden durch den gleichsam externen Vorgang der organisatorischen Verselbständigung der SPD-„Linken“, sind auch ihrer Entstehung nach aus den Bedingungen der KPO-Organisation als einer ideologisch und organisatorisch in einer spezifischen Weise strukturierten Gruppe nicht unvermittelt abzuleiten. Die Motive, welche die Repräsentanten der Mehrheitsgruppe einerseits, der Minderheitsgruppe andererseits zu ihren Anschauungen und Verhaltensweisen bestimmten, waren nämlich, so sehr sie auch in Konfliktsituationen der organisationsimmanenten Vorgeschichte des SAP-Konflikts in der KPO hineinreichten, durchaus verschiedenen Elementen dieser Entwicklung der organisatorischen und ideologischen Struktur der KPO entsprungen und insofern heterogener Natur. Gruppenimmanente Spannungen organisatorisch-technischer Art bestanden nicht allein zwischen Repräsentanten der Mehrheit und der Minderheit, sondern auch zwischen Funktionärsgruppen, welche sich allesamt der Mehrheitsgruppe zurechneten; so insbesondere zwischen der RL(-Mehrheit) und der BL der thüringischen Organisation, repräsentiert unter anderen durch Hans Tittel, welcher für den organisatorisch stärksten Bezirk der KPO stärkeren Einfluß auf die zentrale Führung wünschte und schon vor dem SAP-Konflikt, zuletzt auf der RK am 27. September 1931, „Schwerfälligkeit“ und Mangel an „Planmäßigkeit und Gewissenhaftigkeit“ an der RL der KPO kritisierte[284]. Vor allem sind die ideologischen Differenzen, welche in der KPO vor dem SAP-Konflikt bestanden, keineswegs auf einen Nenner zu bringen. Die Verschiedenheiten in den taktischen Fragen – in der Interpretation der Arbeiterregierung

– wurden nicht säuberlich von späteren Repräsentanten der Mehrheit einerseits und der Minderheit andererseits repräsentiert: in der Frage der Arbeiterregierung vertrat Hans Tittel – ein späteres Mitglied der Mehrheitsgruppe – einen stark an die Auffassung Enderles, des späteren Minderheitsvertreters, angenäherten Standpunkt, während umgekehrt die Abwendung Brandlers und Thalheimers von der Interpretation der Arbeiterregierung, wie sie auf dem Leipziger Parteitag der KPD 1923 gegeben worden war, für Paul Frölich entweder irrelevant war oder sogar – als Annäherung an die von ihn nach dem Kapp-Putsch vertretene Auffassung in dieser Frage[285] – wünschenswert gewesen sein mag; dagegen [245] deckten sich die Fronten in der Streitfrage über die Einschätzung der SPD-„Linken“ weitgehend mit den späteren Gruppenbildungen in der Diskussion über die SAP. In den „russischen Fragen“ und in der Beurteilung der KPD waren jedoch die Trennungslinien der Diskussion in der Gruppe wiederum nicht mit denen in der SAP-Frage identisch; nicht allein von Paul Frölich – der sich freilich in dieser Frage am meisten engagiert hatte – sondern unter anderem auch vom späteren Mehrheitsvertreter Alwin Heucke war früher gefordert worden, die KPO müsse am innerparteilichen Regime in der UdSSR „revolutionäre verantwortungsbewußte Kritik“ üben[286]; umgekehrt wurde zwar vorwiegend von Vertretern der späteren Minderheit die „ultralinke“ Politik der KPD als in ihrer Wirkung „konterrevolutionär“ beurteilt; doch war keineswegs lediglich die spätere Mehrheit der Ansicht, es sei sinnvoll, am ursprünglichen Ziel der KPO, die KPD zu erobern, festzuhalten: noch im August 1931 war Paul Frölich der Auffassung, daß „in der Kommunistischen Partei eine heilsame Krise“ bevorstehe, die, wenn sie sich schnell genug auswirke und von der KPO genutzt werde, „mit der Schaffung ... des proletarischen Staates“ enden werde[287]. In der Beurteilung der faschistischen Gefahr ferner waren zwar besonders Vertreter der späteren Minderheit gegen die – richtigen – Analysen Thalheimers aufgetreten; gleichwohl war aber gerade der Minderheitsrepräsentant Paul Frölich – im Gegensatz etwa zu Walcher – von der Aktualität der Drohung des faschistischen Staatsstreich in besonderem Maße überzeugt. Endlich waren auch die Differenzen in der Selbstinterpretation der KPO anders gelagert als diejenigen in der Diskussion über die SAP. Es war gerade ein Vertreter der späteren Mehrheit – Erich Hausen – gewesen, welcher als erster in der KPO die Konzeption der „organisiertem kommunistischen Richtung“ hatte aufgeben wollen. Ebenso wenig wie aus organisatorischen Spannungen in der Geschichte der KPO sind daher die Gegensätze in der SAP-Frage aus den ideologischen Konfliktstoffen der Entwicklung dieser Organisation unvermittelt abzuleiten.

Auch in der politischen Tradition der deutschen kommunistischen „Rechts“-Opposition – welcher als ganzer die Einstellung der KPO-Minderheit in der SAP-Frage durchaus widerstritt – sowie in den besonderen Einstellungen der einzelnen Mitglieder der KPO-Führungsschicht [246] sind kaum Merkmale zu finden, welche mit der Differenzierung der KPO im Oktober 1931 unmittelbar korrelieren. Wenn es den Anschein hat, als ob mit Enderle und Walcher ein „Gewerkschaftsflügel“ der KPO sich für engere Kooperation mit der SAP eingesetzt habe, so ist dem entgegenzuhalten, daß etwa Waldemar Bolze oder Erich Hausen – von der KPO-Mehrheit – oder auch Brandler selbst kaum minder als jene beiden Funktionäre in der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit engagiert waren. Die Trennungslinie zwischen politischen „Praktikern“ und „Theoretikern“, zum anderen, geht mitten durch die Hauptrepräsentanten von Mehrheit und Minderheit hindurch; pflegte man zu jenen Brandler und Walcher, so zu diesen Thalheimer und Frölich zu rechnen. Endlich ist auch aus einer politischen „Grundeinstellung“ – ein ohnehin problematischer Begriff – nicht die Frontenbildung in der SAP-Frage abzuleiten: eher „rechts“ eingestellt – nach ihrer gesamten politischen Tradition – waren Walcher sowohl wie Brandler, während umgekehrt nicht allein Thalheimer, sondern auch und gerade Paul Frölich ausgesprochen „linke“ Phasen in ihrer politischen Entwicklung, – so in der Zeit der „Märzaktion“ von 1921 und der darauffolgenden Offensivtheorie[288] – aufwiesen; Paul Frölich und andere Mitglieder der Minderheitsgruppe von 1931 wie Rosi Wolfstein oder Erna Halbe hatten ihrem politischen Werdegang in der KPD (Spartakusbund) sogar mit durchaus „ultralinken“ Motivationen begonnen[289].

Indes bilden die politische Gesamttradition der deutschen „Rechts“-Opposition und der KPO sowie die Rollen, welche die führenden Funktionäre in ihrer Entwicklung spielten, gleichwohl einen Schlüssel für das Verständnis des Ursprungs jener Konflikte, welche die organisierte „Rechts“-Opposition im Oktober 1931 charakterisierten. Diese „Rechts“-Opposition hatte sich Ende 1928 organisatorisch verselbständigt, weil ihr spezifisches politisches Interesse, nämlich die Herstellung einer

„revolutionären Massenpartei“, welche mittels einheitsfronttaktischer Politik die Mehrheit der Arbeiterklasse für die kommunistischen Ziele zu gewinnen verstand, unter der gegebenen Führung der KPD nicht durchgesetzt werden konnte; anders als im Jahre 1924 hatten sich die „Rechten“ 1928/29 dafür entschieden, um des Propagierens ihrer „revolutionären“ Konzeption willen auf die Mitgliedschaft in der kommunistischen, aber „ultralinks“ geführten Massenpartei zu verzichten, um gerade hierdurch die Chance zu gewinnen, diese Massenorganisation zu einer auch revolutionären Partei im Sinne der [247] Konzeption der „Rechten“ und zum Kristallisationspunkt für weitere politisch radikale Arbeitermassen umzuformen. Die organisatorische Konsequenz der doppelten politischen Zielsetzung der „rechten“ Gruppe seit ihrem Bestehen, kommunistische Prinzipientreue und politischen Masseneinfluß zugleich zu realisieren, war nach dem Ausschluß beziehungsweise Austritt der „Rechten“ 1928/29 der in sich widersprüchliche Versuch gewesen, als eine „organisierte Richtung der KPD“ zu wirken, welche gleichwohl im wesentlichen außerhalb dieser Partei existierte. Die Widersprüchlichkeit dieses Versuchs war Ausdruck des – unter den gegebenen politisch-gesellschaftlichem Verhältnissen – tendenziell antinomischen Charakters jener doppelten politischem Zielsetzung der „Rechten“ überhaupt: während es in der revolutionären Nachkriegskrise in Deutschland bis 1923 in der Tat dem Anschein gehabt hatte, als sei es möglich, jene beiden politischen Postulate des Kommunismus mittels der Einheitsfrontpolitik zugleich zu realisieren, so demonstrierte in der Zeit nach der relativen Stabilisierung der Weimarer Republik die politische Existenz der KPD in der Krisensituation seit 1929/30, daß es nunmehr kaum noch gelingen konnte, die marxistische Ideologie, wie sie die ersten Weltkongresse der KI kodifiziert hatten, als ideologisches und organisatorisches Prinzip in der Mitgliedschaft einer Massenorganisation zu verankern; denn wenn auch der mangelnde Masseneinfluß der KPD in der Arbeiterschaft sich ableiten lassen mochte aus der, nach Ansicht der „Rechten“, falschen Taktik der vom EKKI gesteuerten Parteiführung, so blieb doch die weitere Tatsache bestehen, daß der zahlenmäßig beträchtliche Mitgliederbestand der KPD und ihr organisatorisches Gerüst einerseits formal Charakteristika einer Massenpartei aufwiesen, andererseits jedoch kaum noch als politisch-organisatorischer Ausdruck von kommunistischen Prinzipien gewertet werden konnten: angesichts der in der Geschichte der KPD bis dato beispielslosen ideologischen Verwahrlosung der Parteiführung und -Mitgliedschaft einerseits, der – hiermit vermutlich in Wechselwirkung stehenden – ungemein großen Fluktuation der Mitgliedschaft der KPD andererseits erschien die KPD dieser Zeit nicht so sehr als Ansatz zur Verwirklichung einer revolutionären kommunistischen Massenorganisation denn als Auffangorganisation radikalisierter, aber politisch eher indifferenter Erwerbslosenmassen[290]. Jedenfalls konnte sie als Hinweis darauf dienen, daß unter den Verhältnissen der politisch-gesellschaftlichen Krise seit 1929/30, welche [248] eine bloß pseudopolitische Radikalisierung der breiten Massen provozierte, eine Realisierung des politischen Doppelziels der „revolutionären Massenpartei“ mit ungleich ungünstigeren Bedingungen zu rechnen hatte, als sie in der Zeit der revolutionären Nachkriegskrise gegeben waren.

In dieser doppelten und angesichts der gesellschaftlichen Realität der Endzeit der Weimarer Republik tendenziell antinomischen Zielsetzung wollte die Führungsgruppe der KPO indes stets festhalten. Jedoch waren innerhalb dieser Führungsschicht – zumindest bei den Hauptrepräsentanten – hierbei traditional die Akzente verschieden gesetzt. Unzweifelhaft waren es von den leitenden Funktionären der kommunistischen „Rechts“-Opposition vor allem Brandler und Thalheimer gewesen, die das ideologische System taktischer Prinzipien, welche gleichsam bruchlos aus den kommunistischen Grundsätzen abgeleitet waren, das theoretische Modell der Einheitsfrontpolitik also, entwickelt hatten[291]; besonders Thalheimer hatte – mit Ausnahme der kurzen Periode der Offensivtheorie – in strengen und oft allzu disziplinierten Deduktionen die Prinzipien dessen, was er unter Dialektischen Materialismus verstand, auf die tagespolitischen Ereignisse „angewandt“ und in der Konsequenz einheitsfronttaktische politische Methoden propagiert. Obwohl die politische Praxis von Walcher und Frölich in ihrer Zielsetzung lange Zeit mit der von Brandler und Thalheimer identisch war, lag ihr doch eine etwas andere Motivation zugrunde; nicht allein dem „Praktiker“ Walcher, sondern auch Frölich – welcher ohne Zweifel ein sehr anregender historischer Denker war – war die systematisch-theoretische Ableitung politischer Praxis aus soziologisch-politischen Kategorien kaum notwendige Voraussetzung ihres politischen Verhaltens; eher war das Ziel, die „Massen“ – selbst dann, wenn

damit zeitweilig die kommunistische Ratio preisgegeben werden mußte – zu „erobern“, Impetus ihrer Politik; die irrational-„ultralinken“ Perioden der Entwicklung Frölichs und die offenkundige Kompromißbereitschaft Walchers in politischen Fragen sind hierfür ein Indiz[292]. Wenngleich freilich die politischen Meinungen und Verhaltensweisen der führenden Repräsentanten der „rechten“ kommunistischen Gruppierung im Verlaufe ihrer Entwicklung vielfach miteinander vermittelt waren, spielten somit doch die beiden Hauptvertreter der Mehrheitsgruppe von 1931, Thalheimer und Brandler, in der Vorgeschichte dieses Konflikts eher die [249] Rolle der Förderer einer stringenten politischen, insbesondere taktischen Theorie, während Frölich und Walcher primär die Intention des Kommunismus repräsentierten, sich „in den Massen zu verankern“; wobei selbstredend die politischen Anschauungen und Verhaltensweisen dieser Funktionäre keineswegs auf diejenigen, die ihren primären politischen Rollen entsprachen, reduziert waren. In der politischen Gesamttradition der KPO-Führer finden sich also Merkmale, die mit den Intentionen der KPO-Fraktionen von 1931 – der Mehrheitsgruppe um Brandler und Thalheimer, welche die SAP als Partei zugunsten der kommunistischen Prinzipien „zertrümmern“ wollte, sowie der Minderheit um Frölich und Walcher, welche breite Mitgliedermassen der SAP vermittels einer Arbeitsgemeinschaftspolitik gewinnen wollte – in Verbindung stehen; freilich nicht als Ursprung der Konflikte in der SAP-Frage, sondern als Ausdruck der objektiven Widersprüchlichkeit des politischen Doppelziels der kommunistischen „Rechten“, welche latent seit der Organisierung der „kommunistischen Richtung der KPD“ außerhalb der Partei vorhanden war und sich im Verlaufe der Entwicklung der KPO manifestierte.

Im Verlaufe dieser Entwicklung nämlich war nur allzu deutlich zutage getreten, daß die KPO, die – ihrem Selbstverständnis nach – zwar durchaus alle notwendigen Bedingungen einer „revolutionären“ Organisation erfüllte, doch keineswegs ein politischer Faktor war, der eo ipso die Bildung einer „Massenpartei“ kurzfristig bewirken konnte. Nach Ablauf des Jahres 1929 war offenkundig, daß die Politik der Arbeit in der KPD keine Massenproteste innerhalb dieser Partei gegen die Thälmann-Führung provozieren konnte, welche die Beseitigung dieser Führung unvermittelt zur Folge gehabt hätten. Damit verlagerte sich automatisch das Schwergewicht der KPO-Politik auf das Auftreten als selbständige politische Gruppe, welche die rebellierende KPD-Mitgliedschaft organisatorisch erfassen und versuchen konnte, der passiven KPD-Mitgliedschaft die – vom kommunistischen Standpunkt aus – Richtigkeit ihrer politischen Linie zu demonstrieren. Aber das organisatorische Wachstum dieser Gruppe selbst war ebenfalls mit dem Ablauf des Jahres 1929 beendet; seit Ende 1929 begann die Mitgliederbewegung der KPO –von lokalen Ausnahmen abgesehen – zu stagnieren; wenngleich die verkaufte Auflage der Tageszeitung „Arbeiterpolitik“ von 1930 bis 1931 durchschnittlich noch anstieg, so war doch diese Entwicklung seit Mitte 1930 mit Rückschlägen verbunden; die Finanzierung dieser Zeitung war nur solange gesichert, wie der Genossenschaft „Arbeiterpresse“ Subven-[250]tionen durch sympathisierende Nichtmitglieder zuflossen, nämlich bis Anfang 1931; auch der Jugendverband der KPO begann seit Anfang 1931 zu stagnieren[293]. Mit dieser organisatorischen Schwäche war die relative Wirkungslosigkeit der KPO-Politik gesetzt. Ihre politisch-gesellschaftlichen Funktionen blieben im wesentlichen auf die einer Reihe meist lokaler gewerkschaftlicher und parlamentarischer, besonders kommunalpolitischer Positionen beschränkt. Die relativen Wahlerfolge, welche die Gruppe 1929 erringen konnte, wurden durch den schweren Rückschlag in den sächsischen Landtagswahlen vom 22. Juni 1930 und durch weitere spätere Mißerfolge abgelöst. Vor allen gelang es der KPO – wie sich seit 1930 zeigte – nicht, durch ihre externe Politik in der KPD Protestwellen der Mitgliedschaft gegen die „ultralinke“ Politik der KPD-Führung zu provozieren: Dies anscheinend deshalb, weil der größte Teil derjenigen Mitglieder und Funktionäre, welche aus traditionalen Einstellungen heraus mit der KPO-Politik sich identifizieren konnten, sich eben dieser Gruppe angeschlossen und in der KPD im wesentlichen einesteils diejenigen Funktionäre, welche aus traditional „ultralinken“ Einstellungen oder aus unpolitischen Motivationen heraus sich dem bestehenden Parteiapparat verbunden fühlten, anderenteils solche Mitgliedermassen zurückgelassen hatte, die politisch eher indifferent oder bar jeder politischen Tradition und somit nicht ohne weiteres für eine besondere „rechte“ Politik aktivierbar waren. „Erkennen KPD.-Mitglieder bereits das Falsche des ultralinken Kurses?“ – wurde auf der thüringischen BK im September 1931 gefragt; man kam zu dem Schluß: „*Alte Kader* erkennen die Schwächen. Aber jetzt ist in der Partei vorwiegend eine Schicht Funktionäre, die alles hemmungslos mitmachen.

Dadurch wird der Leidensweg der KPD. verlängert“[294]. Das gleiche galt für die KPO; und zwar dies um so mehr, als mit dem Anwachsen des Fluktuationsgrads in der KPD im Verlauf der Wirtschaftskrise und mit ihrer zunehmenden Transformierung in eine Erwerbslosenpartei die Chancen der KPO, KPD-Mitglieder gleichsam durch immanente Kritik der KPD-Politik für sich zu gewinnen, zunehmend schwanden; denn die Mitglieder, welche neu – und oft nur für wenige Monate – zur KPD stießen, taten dies vermutlich kaum auf Grund rationaler Identifizierung mit Prinzipien der Marxschen Theorie oder auch nur mit solchen der frühen kommunistischen Weltkongresse. Die Erläuterungen, welche in der „Arbeiterpolitik“ zur Frage der organisatorischen Schwäche der KPO gegeben wurden, sind immerhin plausibel: „Die Massen, die sich auf dem Weg vom [251] Reformismus zum Kommunismus befinden, oder die aus dem Lager des Indifferentismus kommen und zum Kommunismus tendieren, werden in der Regel zunächst angezogen von der Organisation, die die größeren Massen hat – von der KPD. Und da wirkt in vielen Fällen der ultralinke Kurs zunächst gar nicht abstoßend“[295]. Empirische Belege für die Motive, welche das Verharren der kommunistischen Mitgliedschaft in der KPD und die Ignorierung der KPO zur Folge hatten, können freilich kaum gefunden werden; indes steht fest, daß es der KPO nach 1929 nur noch vereinzelt gelang, die ohnehin seltenen Protestwellen in der KPD-Mitgliedschaft für ihre Politik aufzufangen[296].

Diese Tatsache sowie der Mißerfolg der KPO bei den sächsischen Wahlen vom Juni 1930 hatten zuerst im Sommer dieses Jahres zur Aktualisierung der Fragen des Selbstverständnisses der KPO und – damit eng verbunden – der Einschätzung der KPD geführt. Die Alternative, ob die KPO um der Bewahrung ihres unverfälscht „revolutionären“ Charakters willen sich weiterhin als Richtung verstehen und –notgedrungen vorerst als kleine Gruppe – sich den Weg zur Rückkehr in eine „reformierte“ oder „eroberte“ KPD offen halten solle oder ob sie, da die bürokratisierten sowjetrussischen und deutschen kommunistischen Institutionen und Organisationen nicht mehr reformierbar seien, sich nicht länger als eine Kaderorganisation, welche in toto die „wahren“ kommunistischen Prinzipien vertrat, betrachten, sondern ihre Umwandlung in eine – notwendig ideologisch zunächst heterogene – kommunistische Massenpartei unter Einschluß von bis dahin nicht-kommunistischen Mitgliedern und Gruppen in die Wege leiten solle, stand seitdem und besonders auf der III. RK Ende 1930 in der KPO zur Diskussion. Schon hier hatten Brandler und Thalheimer die erste Lösung der Frage, Walcher – und in Teilfragen auch Frölich – tendenziell die zweite Lösung vertreten gehabt; wie zentral diese Frage tatsächlich und auch nach Auffassung der Führungsgruppe war, geht aus der Drohung Brandlers vor der III. RK hervor, er werde, wenn seine Auffassungen von der Konferenz nicht gebilligt würden, seine Wiederwahl in die RL ablehnen[297]. Die Steigerung der Wirtschaftskrise und der Erwerbslosigkeit, welche nicht nur – vielfach vermittelt – das Mitgliederpotential der KPD für die „Eroberung“ durch die KPO mehr und mehr ausschloß, sondern auch die eigene Organisation, zumindest in materieller Hinsicht, schwächte, ferner besonders die finanziellen [252] Schwierigkeiten, mit denen die Tageszeitung der KPO seit dem Frühjahr 1931 belastet war[298], endlich die generelle Erfolglosigkeit der allgemeinen antifaschistischen Einheitsfrontaktionen, die die KPO besonders seit Ende 1930 eingeleitet hatte, – diese Faktoren konnten insgesamt nur bewirken, daß die strategische Alternative, in die sich das widerspruchsvolle Organisationsprinzip der „revolutionären Massenpartei“ für die aktuellen politischen Entscheidungen der KPO angesichts dieser ungünstigen Situation auflöste, schärfer artikuliert wurde. Diese Diskussionen nahmen im Sommer des Jahres 1931 bereits eine solche Intensität und ein solches Ausmaß an, daß die KPO-Gruppe um Brandler und Thalheimer auf der Reichsfunktionärskonferenz vom 14. Juni dieses Jahres im Interesse der Durchsetzung ihres Standpunktes zu beschließen vorschlug, daß es nicht nur nicht – wie die KPO-Tradition wollte – Aufgabe der Kommunisten sei, eine „zentristische“ Opposition in der SPD zu fördern, sondern daß es der KPO-Mitgliedschaft nur dann erlaubt sei, mit SPD-Mitgliedern und denen anderer politischer Gruppen Verhandlungen zu pflegen, wenn dies mit Einverständnis der zuständigen Körperschaften der Gruppe geschehe; ferner seien Bestrebungen, welche auf die Gründung einer neuen „angeblich revolutionären Internationale ohne die KPdSU.“ hinausliefen, auf das entschiedenste zu bekämpfen[299]. Doch wurde dieser Resolutionsentwurf – der zunächst einer Redaktionskommission überwiesen worden war – erst am 6. Oktober 1931 durch die RL-Mehrheit zum Beschluß erhoben[300]. Bis zu diesem Zeitpunkt aber hatten sich die Spannungen in der KPO bereits wiederum bedeutend verschärft:

nachdem es der Gruppe jahrelang nicht gelungen war, SPD-Mitglieder in nennenswerter Zahl zu sich hinüberzuziehen, schien seit der Rebellion der SPD-„Linken“ vom Juli 1931 immerhin die Chance zu bestehen, im Gefolge der innerparteilichen Konflikte der SPD sozialdemokratische Arbeitergruppen an die KPO zu binden; als dann die Appelle der KPO an die sozialdemokratischem Arbeiter – die mit voller Unterstützung der Minderheitsgruppe herausgebracht wurden[301] – „keine neue USPD“ zu gründen, sondern „her zum Kommunismus“ zu kommen, kaum auf Resonanz stießen und jedenfalls kein entsprechendes Verhalten zeitigten, wurde jedoch vollends deutlich, daß die intendierte politisch-gesellschaftliche Hauptfunktion der KPO, als „revolutionäre“ Gruppe ein bestimmender Faktor der Organisierung einer ebensolchen „Massenpartei“ zu sein, nur programmatischen Charakters war. Die reale politisch-gesellschaftliche Afunktionalität der Gruppe stand zu ihrem [253] politischen Anspruch, wie jetzt offen zutage lag, in so krassem Widerspruch, daß die Führungsgruppe einer Entscheidung in der strategischen Alternative, als „revolutionäre“ und unabdingbar prinzipientreue Gruppe oder als radikale, aber auf Kosten einer durchgängigen Propagierung der kommunistischen Grundsätze kompromißbereite Arbeitermassenpartei zu wirken, nicht länger auswich. Eine Einigung in dieser Frage schien, da sie notwendig zum Verzicht eines Teils der RL-Mitgliedschaft auf die eigene ideologische Position hätte führen müssen, kaum möglich; wobei nun die Tatsache, daß ein solcher Verzicht nicht zustande kam, kaum anders als durch die politische Gesamttradition der führenden Funktionäre, welche in ihrer Entwicklung Prädispositionen für die aktuellen politischen Alternativlösungen erworben hatten, oder durch solche Motivationen wie derjenigen Karl Franke zu erklären ist, die Mitgliedschaft in der KPO von Anbeginn als Durchgangsstadium zur Sozialdemokratie zu betrachten[302].

Die Mehrheitsgruppe legte nun den Akzent in der politischen Doppelzielsetzung nicht länger auf die Notwendigkeit, unbedingt „Massenpartei“ und organisatorische Kraft zu sein: „Wir wollen nicht Massenorganisation um jeden Preis, *auf keinen Fall um den Preis des Entgegenkommens an unkommunistische Auffassungen und Strömungen werden*. Die Gesundung der Kommunistischen Partei ist ja nicht in erster Linie eine organisatorische Frage“[303]. Wenn zur Begründung dessen formuliert wurde, es komme hierbei auf die Durchdringung der KPD-Mitgliedschaft mit den richtigen „Gedanken“ an, so konnten sich freilich die Hoffnungen der Mehrheitsgruppe kaum auf diese – nicht eben materialistisch konzipierte – Perspektive beschränken. Thalheimer hatte es, seit dem Beginn dessen, was er als „Zersetzung des ultralinken Kurses“ der KPD bezeichnete[304], anscheinend durchaus für möglich gehalten, daß diese innerparteiliche Entwicklung der KPD in Verbindung mit einer „Wendung“ der KI die Chance für die KPO zeitigen werden, als Gruppe in die KPD zurückzukehren. Zwar hielt er an der Auffassung fest, daß dazu die „Initiative und Mitwirkung der Mitglieder der Partei notwendig sei“[305], und es ist aus diesem Grunde sowie angesichts der fortdauernden Kritik an der KPD-Führung – bei gleichzeitiger Abmilderung der Kritik an der KI und gleichzeitigem [254] Kritikverzicht gegenüber der UdSSR freilich – kaum angebracht, im Sinne der Repräsentanten der KPO-Minderheit die Mehrheitsgruppe der „Liebedienerei“ zu zeihen[306]: diese Haltung gegenüber dem sowjetrussischen Kommunismus, deren objektive Funktion allerdings die der opportunistischen Anpassung war, entsprang immerhin der subjektiv ehrlichen Intention, die für richtig gehaltene eigene Politik gegenüber der verderblichen und unverändert kritisierten der KPD durchzusetzen, was nur vermittels des Willens der KPD-Mitgliedschaft, aber auch nicht gegen die sowjetrussischen Instanzen möglich sei. Vom kommunistischen Standpunkt aus war diese Politik unter den gegebenen Umständen die einzig sinnvolle, und daß sie nicht völlig unrealistisch war, konnte aus dem Eingriff der KI in die französische KP, der einen der dortigen Hauptrepräsentanten des „ultralinken“ Kurses, Barbé, seines Einflusses beraubt und eine Wendung in der französischen Gewerkschaftspolitik eingeleitet hatte, sowie aus der Kritik der RGI an der deutschen RGO-Politik entnommen werden[307]. Der Ansatz der KPO-Mehrheit zur Änderung des Verhältnisses der Gruppe zur RGO entsprang offenkundig einer Gesamtperspektive, welche mit einer Kursänderung analog derjenigen im PCF rechnete – ohne daß damit jedoch der Wunsch verbunden gewesen zu sein scheint, sich der KPD auch um den Preis der Fortsetzung der politischen Grundlinie dieser Partei und der bürokratischen Unterdrückung des Willens der Mitgliedschaft einzugliedern. Für den Fall der „Liquidierung“ „ultralinker“ Politik indes erklärte sich die KPO-Mehrheit durchaus zur „Mitarbeit“ bereit: „sobald“ – im Falle der RGO-Politik

– „einmal *prinzipiell* der Standpunkt gewonnen ist, daß der RGO-Kurs liquidiert werden muß“[308]. Gerade dann, wenn ein faschistischer Staatsstreich durchgeführt werde, müsse die KI – weil dann die KPD organisatorisch zusammenbrechen werde – auf die Kader der KPO zurückgreifen[309]. Von dieser Perspektive aus kam nun allerdings alles darauf an, die SAP als das zu charakterisieren, als was sie vom Standpunkt kommunistischer Orthodoxie erscheinen mußte: als „zentristischer Sumpf“; es mußte hervorgehoben werden, daß die Differenzen zwischen KPD und KPO nach wie vor bloß „taktischer“ Natur seien, die zwischen KPO und SAP dagegen „grundsätzlicher“ Art[310]:

> „Würde die Fahne der KPD.-O. in zentristischen Sumpf untertauchen, oder auch nur noch als ein Feld in der zentristischen Hauptfahne erscheinen, so würde das nicht nur den Verzicht auf die Reform der [255] KPD. durch Überwindung des ultralinken Kurses, sondern auch den Verzicht auf die Revolutionierung der Arbeiter in der SAPD. bedeuten, die dem Kommunismus zustreben. Die einzige Kraft, die im gegenwärtigen Zerfall und der Verwirrung der Arbeiterbewegung ihre Wiedererhebung auf der Linie der revolutionären Aktionen vertritt, würde sich selbst vernichten“[311].

Mit kaum weniger Pathos vertrat dagegen die Minderheit die Auffassung, daß die politische Situation in Deutschland gerade die Akzentuierung der Notwendigkeit einer linksradikalen „Massenpartei“ zwischen KPD und SPD erfordere. Sie teilte die strategische Perspektive der Mehrheitsgruppe, die eine uneingeschränkte Billigung des bürokratisch-diktatorischen Regimes in der UdSSR als einer historischen Notwendigkeit einschloß, nicht, ohne jedoch damit all die kommunistischen Prinzipien aufzugeben, welche mit dieser Billigung nicht in direktem Zusammenhang standen. Indem sie aber der Politik der KPD die Hauptschuld an dem „Stehenbleiben“ der oppositionellen SPD-Mitglieder beim „Zentrismus“ gab, wandte sie sich – mit der Versicherung, daß es ihr weiterhin um die „Eroberung“ der KPD.-Mitglieder „für eine richtige kommunistische Politik“ gehe – von der Perspektive der Eroberung der KPD als Partei ab und setzte an die Stelle dessen die der „Erneuerung der kommunistischen Bewegung“[312]. „Zwischen SPD. und jetziger KPD. muß die wirkliche Kommunistische Partei entstehen“[313]. Eben um dieser Perspektive willen sei die Kritik, die gleichwohl vom kommunistischen Standpunkt aus an der SAP geübt werden müsse, nicht zu „übertreiben“. Wenn man die „*politischen Unbestimmtheiten und Schwankungen des neuen Parteigebildes* [der SAP] *allein sehen und überspitzt kritisieren*“ werde, werde man sich selbst der Möglichkeit berauben, „*auf die Entwicklung der Anhänger* [der SAP] *einen entscheidenden Einfluß auszuüben*“:

> „Die Gefahr einer Katastrophe der Arbeiterbewegung besteht und wir wären nichtswürdige Wichte, wenn wir am Tage der Katastrophe uns sagen wollten: Es ist gekommen, wie wir es warnend prophezeit haben, man hat nicht auf uns gehört, aber wir haben recht behalten! – wenn wir uns so trösten wollten und uns doch sagen müßten, daß wir nicht alles getan haben, um das Unheil zu verhindern. Mir scheint, daß wir dabei sind, eine große geschichtliche Gelegenheit zu verpassen. Es ist in der Tat etwas geschehen, das eine *große geschichtliche Bedeutung* erlangen kann, und *von unserem Verhalten hängt es wesentlich* mit ab, ob es sie erlangt. Es hängt unser eigenes Schicksal mit davon ab“[314].

[256] Diese emphatischen Argumente der beiden Gruppen lassen kaum einen Zweifel daran zu, daß es ihren Repräsentanten bei der Entscheidung über den weiteren Weg der Gruppe ernstlich darum ging, eine dem Interesse der Arbeiterbewegung, wie sie es verstanden, bestmöglich angemessene Lösung der innerorganisatorischen Streitfragen zu finden; und so, wie die Lösung der Mehrheitsgruppe vom Standpunkt der kommunistischen Prinzipien unter Einschluß der Billigung des Stalinregimes durchaus konsequent war, erschien auch die Argumentation der Minderheit unter der Voraussetzung der These, daß eine „Eroberung“ der KPD als Partei jedenfalls weniger aktuell als die „Eroberung“ der SAP sei, als stringent. Gerade deshalb aber waren die Auseinandersetzungen in der KPO seit der SAP-Gründung durch unversöhnliche Heftigkeit gekennzeichnet; und so ist es auch verständlich, daß sich die Mehrheitsgruppe bemühte, mit administrativen Mitteln gegen die Minderheits-Auffassung zu kämpfen, während umgekehrt diese Minderheit ihre Mitarbeit an den zentralen Führungsgremien der Gruppe einstellte. Die Reichsleitungs-Funktionärs-Konferenz vom 16./17. Oktober 1931 – die ob der Vertretung der wichtigsten Bezirke der KPD von der Mehrheit als Repräsentation der Gesamtgruppe

positiv gewertet[315], von der Minderheit dagegen als fraktionstechnisches Manöver der Mehrheit beurteilt wurde[316] – war so nicht allein von der politischen Diskussion über die SAP-Frage bestimmt, sondern war auch durch derartige bürokratische und obstruktive Vorstöße der beiden Fraktionen gekennzeichnet. Nachdem ein Verständigungsversuch am Tage zuvor gescheitert war, weil weder Mehrheit noch Minderheit ihren Standpunkt hatten aufgeben wollen[317], trafen die Gegensätze auf der Konferenz mit voller Wucht aufeinander. Die Mehrheit hatte – neben einer Bestätigung der bereits von der Juni-Funktionärs-Konferenz diskutierten „Leitsätze zur innerparteilichen Lage der KPD.-O.“ – einen „Beschluß zur Körperschaftsdisziplin“ durchgesetzt, der – keineswegs in Widerspruch zur Tradition der kommunistischen Organisationen – neben der Forderung der Aktionsdisziplin nach beendeter innerorganisatorischer Diskussion die jeweilige Zustimmung der entsprechenden leitenden Körperschaft für die Vertretung einer vom Körperschaftsbeschluß abweichenden Meinung durch eines ihrer Mitglieder innerhalb der Organisation verlangte[318]. Der Beschluß sei wegen der fortgesetzten Fraktionsarbeit der Minderheit seit der III. RK und ihrer Weigerung, die Gesamtpolitik der KPO zu vertreten, notwendig geworden, argumentierte die Mehr-[257]heit[319]; die Minderheit warf dagegen der Mehrheit vor, der Beschluß bedeute „*das Ende des demokratischen Zentralismus und den Beginn des bürokratischen Kommandierens*“[320] in der KPO. Aus Protest gegen diesen Beschluß und gegen die Billigung des Mehrheitsstandpunktes durch die Konferenz legten die RL-Mitglieder Walcher, Enderle, Frölich, Halbe, Frank, Gebhardt und Köhler auf der Konferenz – nachdem sie vor Annahme der entsprechendem Resolution hiermit gedroht hatten – ihre Funktionen nieder; dieser Schritt sei „*eine Notmaßnahme,* ein Alarmruf an die Organisation zum Kampf für die Rettung der KPD.-O. vor schwersten Gefahren, die ihre Existenz und weitere Entwicklung bedrohen“[321]; dagegen erklärte Brandler, als Vorsitzender der Konferenz, daß es – insbesondere angesichts der Tatsache, daß die Konferenzbeschlüsse mit Mehrheit angenommen seien – in diesem Falle wie in kommunistischen Organisationen überhaupt keine Demissionen gäbe und daß die Konferenz daher die Rücktrittserklärung nicht zur Kenntnis nehme[322]. Die Minderheit beschuldigte die Mehrheit, sie wolle von „einer Verständigung nichts wissen“, sie wolle vielmehr „*die Kapitulation der Minderheit*“ und wende dabei „Linienmethoden“, also solche der KPD-Führung, an[323]; dagegen warf die Mehrheit der Minderheit vor, sie habe „organisatorischen Druck auf die Konferenz“ ausgeübt und sei nicht gewillt gewesen, die zur Diskussion stehenden Fragen einer Entscheidung durch die Mitgliedschaft der KPO zu unterwerfen[324]. Nach der Konferenz forderte die Mehrheit die zurückgetretenen Mitglieder der RL auf, in diesem Gremium weiterhin mitzuarbeiten; die Minderheitsvertreter stellten die Bedingung, daß folgende Voraussetzungen dafür erfüllt sein müßten:

> „1. eine Diskussion über die richtige kommunistische Taktik gegenüber der SAP. in Organisation und Presse bis zur Reichskonferenz;
> 2. die Reichskonferenz muß sofort Ende des Jahres oder Anfang des nächsten Jahres anberaumt werden;
> 3. Aufhebung des Beschlusses über die sogenannte Körperschaftsdisziplin in dieser Frage bis zur Entscheidung der Reichskonferenz“[325].

Die RL-Mehrheit akzeptierte die ersten beiden Bedingungen und versprach, bei der Anwendung des Beschlusses über die Körperschaftsdisziplin, den aufzuheben sie nicht befugt sei, in der Diskussion „*größte* [258] *Weitherzigkeit* walten zu lassen“; sie machte in der Tat zu dieser Frage sehr weitgehende detaillierte Vorschläge; zugleich wurde jedoch verlangt, die RL-Minderheit solle den Brief an die RL-Mehrheit, in dem neben diesen Bedingungen die Gesamtanschauung der Minderheit zu den strittigen Fragen formuliert war, „zurücknehmen“, da er eine „Fraktionsplattform“ darstelle[326]. Nach Darstellung der Minderheit hatte die RL-Mehrheit sie jedoch von dieser Bereitschaft, ihre Bedingungen zu erfüllen, nicht in Kenntnis gesetzt; nach Darstellung der Mehrheit dagegen war die Minderheit nicht bereit gewesen, ihre „fraktionellen“ Dokumente zurückzuziehen[327]. Nachdem die Minderheit nach Auffassung der RL-Mehrheit in einem Schreiben vom 29. Oktober 1931 zu erkennen gegeben hatte, daß sie ihren „Fraktionsstandpunkt in allen Punkten aufrecht“ erhalte, beschloß die Mehrheit, die zurückgetretenen RL-Mitglieder als „*definitiv aus der RL. ausgeschieden zu betrachten*“; alle Verständigungsversuche seien „an dem fraktionellen Starrsinn der Genossen um Walcher gescheitert“[328]; das

Verhalten der Brandler-Thalheimer-Gruppe, so argumentierte dagegen die Minderheit, beweise „zur Genüge die Spaltungsabsicht der Mehrheit“[329]. Somit schien die Kluft zwischen den beiden Teilen der Führungsgruppe der KPO schon im Oktober des Jahres 1931 kaum mehr überbrückbar zu sein. Die Entwicklung der KPO bis zur IV. Reichskonferenz am 19. Dezember 1931 sowie der Verlauf der Konferenz selbst sollten dann zeigen, daß die innerorganisatorischen Spannungen der Gruppe, gerade weil sie nicht zufälliger Natur waren, sondern aus dem Widerspruch zwischen ihren zentralen politischen Postulaten und der tatsächlichen politisch-gesellschaftlichen Funktionslosigkeit der Gruppe resultierten, nicht gemildert werden konnten. Das – eo ipso organisationsbedürftige – Interesse, welches die kommunistische „Rechts“-Opposition 1928/29 zur organisatorischen Verselbständigung geführt hatte, nämlich das Interesse an der Herstellung einer kommunistischen Massenorganisation, konnte an der organisatorischen Form und der politischen Existenz der KPO, wie sie sich seither entwickelt hatten, auf die Dauer nicht Genüge finden. Es erforderte, als Folgerung zudem aus der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung in der Endphase der Weimarer Republik, eine Umfunktionierung der KPO, sei es zur Kaderorganisation auf Abruf zur Rückkehr in die KPD, sei es zur Kerntruppe einer neuen radikalsozialistischen Partei. [259]

4. Zur internationalen „rechten“ KP-Opposition[1]

Der „Links“-Kurs, durch den die Politik der KI seit den beiden Weltkongressen im Jahre 1928 charakterisiert war[2], hatte nicht nur in der KPD, sondern auch in einer Reihe von anderen, hauptsächlich westeuropäischen Ländern zur Verselbständigung „rechts“-oppositioneller kommunistischer Gruppen, teilweise sogar zu Parteispaltungen geführt. Zwar hatte die relativ offene Kritik, welche die italienische Delegation auf dem VI. Weltkongreß der KI an der neuen politischen Linie geübt hatte[3], nicht die Konsolidierung einer „Rechts“-Opposition im PCI nach sich gezogen; die Parteiführung unter Ercoli [d. i. Palmiro Togliatti] unterwarf sich der KI-Führung, die den Repräsentanten der „Rechten und Versöhnler“, Serra [Angelo Tasca] aus der Internationale ausschloß, und dieser Ausschluß konnte, besonders unter den Bedingungen der illegalen Parteiexistenz, vorerst nicht zum Kristallisationspunkt der vorhandenen „Rechts“-Opposition werden[4]. Doch sollte sich – entgegen der Vermutung Hausens[5] auf der I. RK der KPO 1928 – bald zeigen, daß in den wichtigsten europäischen Ländern und in den USA – abgesehen von der ohnehin völlig bedeutungslosen KP Großbritanniens[6] – sowohl in Teilen der Parteimitgliedschaft als auch teilweise selbst in den Parteispitzen beträchtliche „rechts“-oppositionelle Strömungen vorhanden waren oder durch die „ultralinke“ Politik der KI und ihre Übertragung auf die nationale kommunistische Politik provoziert wurden.

Schon im ersten Halbjahr 1929 wurde in wichtigen KI-Sektionen eine „rechte Gefahr“ akut; sieht man ab von der „rechten“ Gruppierung um van Wijnkoop in Holland, die schon seit den Jahren 1926/27 aus der KI ausgeschlossen war, und von der polnischen „Rechts“-Opposition, die lange der KI-Führung sich anzupassen versuchte[7], so kam es zuerst in den Parteien der ČSR, der USA und in Frankreich zum offenen Konflikt. So hatte sich schon das X. Plenum des EKKI (3.–19.7.1929), das mit der Bestätigung des Beschlusses des ZK und der ZKK der KPdSU vom 23. April 1929 über die Funktionsenthebung Bucharins als KI-Vorsitzender den endgültigen Sieg der Stalin-Fraktion über die sowjetrussischen „Rechten“ dokumentierte[8], auch mit der Opposition in der tschechoslowakischen und der us-amerikanischen KP zu befassen gehabt[9].

[260] Anlaß zum Konflikt in der KP der ČSR war die Anwendung der „revolutionären“, d. h. isoliert vom Vorgehen der „reformistischen“ Gewerkschaften und mit unrealistischen Forderungen operierenden Streikstrategie nach den Beschlüssen des IV. RGI-Kongresses durch die Führungsgruppe um Clement Gottwald, welche erst Ende 1928/Anfang 1929 die bis dahin „ultralinke“, aber dann von der KI-Führung ihrer nicht genügend „linken“, putschistischen Politik wegen als „rechtsopportunistisch“ abgestempelte Parteiführung Jílek-Bolen abgelöst hatte[10]. Besonders der Zusammenbruch des von der Parteiführung mittels der von ihr beherrschten kommunistischen Gewerkschaften (IAV) inszenierten nordböhmischen Textilarbeiterstreiks im Februar 1929 hatte zur Folge, daß die Plenarsitzung des erweiterten IAV-Vorstandes am 10. März 1929 die ZK-Vertreter im Verbandsvorstand ihrer Funktionen enthob und den bei Beginn des „ultralinken“ Gewerkschaftskurses der KI zurückgetretenen früheren Generalsekretär der IAV, Josef Hais, wieder in seine alte Funktion einsetzte[11]. Hais und

eine Reihe von anderen gewerkschaftlichen Funktionären wurden am 13. März 1929 aus der Partei ausgeschlossen[12]; in einer Erklärung gegen die „ultralinke“ Parteiführung solidarisierte sich mit ihnen eine Anzahl alter kommunistischer Kader, unter ihnen Alois Muna und Josef Skalek, aber auch die Vertreter der alten, abgesetzten Parteiführung Bohuslav Jílek und Václav Bolen[13]. Gegen die neue Parteiführung wandten sich ferner kommunistische Funktionäre aus den deutschsprachigen Gebieten der ČSR, zu denen Alois Neurath und vor allem Vertreter der Ortsgruppe in Asch gehörten. Ein Teil dieser Opposition stellte sich auf den Boden der Prinzipien der deutschen KPO. Nach einer gesamtoppositionellen Konferenz im Mai 1929 in Klasno fand in derselben Stadt – die als „Wiege der kommunistischen Bewegung“ in der ČSR galt – im Juni eine Zentralkonferenz der Opposition statt, an der als Vertreter der deutschen KPO Erich Hausen teilnahm[14]. In Zusammenhang mit diesen Fraktionsbildungen wurden nicht nur die seit je gewerkschaftlich und „rechts“ orientierten Oppositionsanhänger, sondern auch die Mitglieder der alten „ultralinken“ Parteiführung, die sich der Gesamtopposition ideologisch, wenn auch noch nicht organisatorisch assoziiert hatten, aus der KI ausgeschlossen[15]. Die Oppositionsgruppe gab ein deutschsprachiges Wochenblatt mit dem Titel „Arbeiterpolitik“ und die in Reichenberg erscheinende Tageszeitung „Vorwärts“ heraus und verfügte noch über weitere, in tschechischer Sprache erscheinende Blätter, Sie war mit den kommuni-[261]stischen Gewerkschaftsorganisationen des IKV, der rund 100.000 Mitglieder hatte und seinerseits über zahlreiche Presseorgane verfügte, eng verbunden[16]. Im Dezember 1929 kam es zur Vereinigung der KPO der ČSR mit der seit 1925 außerhalb der KI stehenden „Brünner Opposition“ um Kovanda, mit der inzwischen die Gruppe um Jílek, die sich als „Leninistische Oppositionelle Gruppe“ konstituiert hatte, schon eine Assoziation eingegangen war[17]. Der vereinigten KPO der ČSR schloß sich indes nur ein Teil dieser „Leninistischen Opposition“ an[18]; die Vereinigung erfolgte zudem auf Grund einer Resolution, welche eine „Annäherung und Zusammenarbeit aller sozialistischen Parteien“ forderte und die von der deutschen KPO sehr kritisch beurteilt wurde[19].

Die Kommunistische Partei der USA war fast seit dem Beginn ihres Bestehens durch fraktionelle Kämpfe zwischen der Gruppe um William Z. Foster und der um Jay Lovestone charakterisiert; bei diesen Auseinandersetzungen ging es freilich kaum um Fragen der kommunistischen Prinzipien und der kommunistischen Taktik: „neither of them could be regarded als specifically ‚right‘ or ‚left‘“*[20]. Indes hatte sich Lovestone bei Beginn der fraktionellen Kämpfe in der KPdSU zwischen der Stalin-Fraktion und den „Rechten“ mit Bucharin solidarisiert. Nach dem VI. Parteitag der Workers Party im März 1929 kam es daher zum offenen Bruch Stalins mit der Lovestone-Gruppe, die die Parteimehrheit hinter sich hatte. In einem „Offenen Brief des EKKI. an die Mitglieder der KP. der Vereinigten Staaten“ im Mai 1929 wurden beide Gruppen, besonders aber die Lovestone-Gruppe kritisiert; letzterer wurden „grobe rechte Fehler“ vorgeworfen, insbesondere die Tatsache, daß sie angesichts der besonderen Situation der KP in den USA verlangt hatte, eine dieser Situation angemessene politische Taktik, welche dem „Links“-Kurs der KI nicht entsprach, verfolgen zu dürfen[21]. Die „rechte“ Gruppe unterwarf sich den Bedingungen nicht, und Lovestone wurde im Sommer des Jahres 1929 aus der Partei ausgeschlossen[22]. Ein sehr beachtlicher Teil der Partei schloß sich ihm an[23], so ein Teil der New Yorker Organisation und nahezu die gesamte Parteigliederung in Boston[24]. Die Opposition wählte sich auf einer Konferenz im Oktober eine zentrale Leitung und gab die Zeitschrift „Revolutionary Age“ heraus[25].

Auch die Konflikte im PCF entstanden aus einem Widerspruch zwischen den taktischen Bedürfnissen der Partei und den Richtlinien der KI [262] seit ihrer „Links“-Schwenkung. Schon auf dem IX. EKKI-Plenum war beschlossen worden, die traditionelle Wahltaktik aller französischen „Links“-Parteien für die PCF derart zu ändern, daß die kommunistischen Kandidaturen in allen Wahlgängen – und nicht nur im ersten – aufrechterhalten werden sollten[26]; eine Taktik, die nur den nicht-sozialistischen Parteien zugute kommen konnte. Sie führte bei den Kammer-Wahlen am 22. April 1928 zu dem Ergebnis, daß der PCF von 25 Sitzen 13 verlor und lediglich im Elsaß, wo die Parteiorganisation entgegen dieser Taktik ein Bündnis mit den germanophilen Autonomisten eingegangen war, nicht nur ihren

* „keiner von beiden kann als spezifisch ‚rechts‘ oder ‚links‘ angesehen werden“

Deputierten nicht verlor, sondern sogar zwei weitere Sitze gewann und zudem den Bürgermeisterposten in Strasbourg besetzen konnte[27]. Die Spannungen, die daraufhin zwischen der elsässischen Bezirksorganisation und auch einigen Pariser Funktionären einerseits und dem Politbüro andererseits entstanden, wurden unter dem Einfluß Henri Barbés auf die Parteiführung seit Anfang 1929 verschärft[28]. Die elsässische kommunistische Opposition stand unter der Führung des Bürgermeisters von Strasbourg, Charles Hueber – er entstammte der Tradition der deutschen linksradikalen Sozialdemokratie, war seit 1909 Parteisekretär in Elsaß-Lothringen gewesen und hatte bei der Spaltung der SFIO 1920 in Tours die sozialdemokratische Bezirksorganisation nahezu geschlossen in den PCF überführt –, und des Kammerdeputierten Mourer[29]. Anläßlich der Gemeindewahlen im Mai 1929 bestand sie auf der Beibehaltung der alten Wahltaktik. Das ZK der Partei versuchte daraufhin, mittels eines Offenen Briefes an die Parteimitgliedschaft die Bezirksfunktionäre zu isolieren[30]. Dies gelang ihr nur zu einem geringen Teil; nach dem Ausschluß von Hueber, Mourer und einer Reihe anderer Funktionäre und Kommunalvertreter im Juli und August 1929 traten wichtige Unterbezirke der Elsässer Organisation, so im Stasbourg, nahezu geschlossen der Opposition bei; sie verfügte im ganzen Bezirk, zum Beispiel auch in Colmar, über einen großen Anhang, so daß die offizielle kommunistische Partei nach der Spaltung zugeben mußte, daß ein völliger „Neuaufbau der Kommunistischen Partei in Elsaß-Lothringen“ nötig sei[31]. Die Gruppe, die sich auf einer Regionalkonferenz am 27. Oktober 1929 ein organisatorisches Gerüst gab, brachte ein zunächst zweimal wöchentlich, ab 1. September 1929 täglich erscheinendes Organ – „Neue Welt“ – in Strasbourg heraus[32]. [263] Die zahlenmäßig bedeutendste „rechte“ Oppositionsbewegung, die nach dem VI. Weltkongreß in der KI entstand, war jedoch in Schweden zu verzeichnen. Das ZK der schwedischen Partei hatte nach Erscheinen des Offenen Briefes des ERKI über die „Rechtsgefahr“ in der KPD – ähnlich wie das ZK der amerikanischen Workers Party – noch die Brandler-Gruppe durchaus verurteilt und gefordert, es dürfe „gegenüber solchen sehr gefährlichen Rechtstendenzen ... keine Versöhnlichkeit gezeigt werden“[33]. Die schwedische Partei stand seit der Abspaltung der „zentristischen“ Höglund-Gruppe im Jahre 1924 – die sie etwa 3.000 von 10.000 Mitgliedern gekostet hatte – unter der Führung von Karl Kilbom und Oskar Samuelsson und hatte seitdem einen organisatorischen Aufschwung genommen, der in der KI zu dieser Zeit einzigartig war: ihre Mitgliederzahl war bis zum Jahre 1929 auf rund 18.000 gestiegen, wobei nahezu alle Mitglieder gewerkschaftlich organisiert waren[34]. Sie war finanziell von der KI unabhängig und hatte sich jenes Maß an innerparteilicher Demokratie erhalten können, das für die Anfangsstadien der Entwicklung der kommunistischen Parteien zumindest der westeuropäischen Länder noch charakteristisch gewesen war[35]. Die Durchführung der Beschlüsse des IV. RGI-Kongresses hätte in der Parteientwicklung beträchtliche Rückschläge zur Folge haben müssen; gleichwohl bestand die KI-Führung im Sommer 1929 darauf, daß auch die KP Schwedens einen „Kampf gegen den Gewerkschaftslegalismus [und] selbständige Aktionen auf der Grundlage der Einheitsfronttaktik von unten“ betreiben müsse, da auch in Schweden „gigantische Klassenkämpfe“ und „eine neue Ära des Aufstiegs der revolutionären Arbeiterbewegung“ im Anzuge seien[36]. Nach einer Reihe von Eingriffen in das innerparteiliche Leben der Partei griff das EKKI im September 1929 zum traditionellen Mittel eines Offenen Briefes an die Mitgliedschaft der KP Schwedens, in dem die neuen Richtlinien noch einmal bekräftigt und zugleich die Einberufung eines Parteitages gefordert wurden[37]. Auf Verlangen einer großen Anzahl von Ortsgruppen wurde dieser Parteitag früher einberufen, als die Vertreter des EKKI in Schweden vorgeschrieben hatten. Eben diese Tatsache bot den Anlaß zum Ausschluß der Mehrheit des ZK um Kilbom und Samuelsson – der eine Minderheit um Sillen gegenüberstand – aus der KI.[38] Der Parteitag, der dann in der Zeit vom 16.–19. November 1929 stattfand und an dem nur noch oppositionelle Kommunisten teilnahmen, repräsentierte den größten Teil der alten KP: von den etwa [264] 18.000 Mitgliedern waren rund 10.000 Mitglieder in die KP-Opposition überführt worden, darunter geschlossen die Parteiorganisation in Stockholm. Etwa 4.000 Mitglieder blieben bei der offiziellen KP, der Rest blieb indifferent[39]. Fast alle Abgeordneten schlossen sich der KPO an, die auch das Zentralorgan der Partei – „Folkets Dagblad“ – und andere Zeitungen übernahm[40]. Die KI-treue Minderheit verfügte dagegen über eine Mehrheit im Kommunistischen Jugendverband[41]. Zu schwächeren Oppositionsbildungen kam es 1929 noch in mehreren anderen Parteien der KI. So wurde vor allem der indische Kommunistenführer Manabendra Nath Roy, der vor dem VI. Weltkongreß noch Mitglied des EKXI

gewesen und auf dem V. Weltkongreß der KI noch als „einer der angesehensten indischen Revolutionäre“ bezeichnet worden war[42], wegen „Mitarbeit an der Brandler-Presse und Unterstützung der Brandler-Organisation“ Anfang Dezember 1929 aus der KI ausgeschlossen[43]. Mit ihm solidarisierten sich einige andere indische Kommunistenführer, die hinfort als selbständige Gruppe mit einem eigenen Publikationsorgan besonders auf gewerkschaftlichem Gebiet arbeiteten[44]. Auch in Finnland entstanden oppositionelle Gruppen in der illegalen, von Moskau aus geleiteten kommunistischen Partei, die sich aus dem „linken“ Flügel der überparteilichen Gewerkschaften rekrutierten; sie wandten sich vor allem gegen die Gewerkschaftspolitik der Parteizentrale, welche den sozialdemokratischen Versuchen zur Bildung von Sondergewerkschaften nicht ernsthaft begegnete[45]. In Norwegen ferner existierte zu dieser Zeit bereits eine kleine selbständige kommunistische Gruppe um die Zeitschrift „Met Dag“, die weder der KP noch der eher sozialdemokratischen, aber außerhalb der SAI stehenden, Arbeiterpartei angehörte und sich gegen die „ultralinke“ Politik der norwegischen KI-Sektion wandte; ihre Mitglieder waren vor allem Studenten oder Angehörige akademischer Berufe[46]. Endlich wurde im Jahre 1929 auch aus der KP Österreichs eine kleine Gruppe von „Rechtsabweichlern“ ausgeschlossen, unter ihnen Gustav Schönfelder und Willi Schlamm[47].

Die „rechts“-oppositionelle Welle in der KI ebbte 1930 ab. „Rechte, opportunistische Abweichungen“ wurden zwar noch in einer ganzen Reihe von Parteien entdeckt – so in der Chinas, Hollands, und selbst in den kaum existierenden Parteiorganisationen in Großbritannien und Dänemark[48]. Ernsthafte „rechte“ Oppositionsansätze aber entwickelten sich [265] lediglich im PCI – in dem, nach der Terminologie der KI-Führung, eine „opportunistische“ Minderheit im ZK und im Polbüro der Partei bestand[49] – und in der Kommunistischen Partei der Schweiz; nur die schweizerische Strömung führte zur organisatorischen Verselbständigung einer kommunistischen Opposition.

Die schweizerische KP hatte bis zu ihrem Parteitag im Juni 1930 unter einer – seit der Abspaltung der Partei von der Sozialdemokratie amtierenden – Führung gestanden, die gegenüber der „Rechts“-Opposition in der KI, insbesondere gegenüber der Brandler-Gruppe, eine „versöhnlerische“ Haltung eingenommen hatte; der Vertreter der KP der Schweiz im EKKI-Präsidium, Jules Humbert-Droz, hatte sich noch im Dezember 1929 in einer Präsidiums-Sitzung gegen einen mechanischen Ausschluß der deutschen „Rechten“ gewandt[50]. Bereits im Juni 1929 hatte die KI-Führung versucht, die KP der Schweiz auf die politische Linie der übrigen KI-Sektionen zu bringen. Nach einer längeren Parteidiskussion nach Direktiven der EKKI-Vertreter beschloß ein erweitertes ZK-Plenum, fortan die neue Politik zu verfolgen[51]. Seitens der ZK-Mehrheit um Wieser und Bodemann war diese Zustimmung nur taktisch gemeint; die Politik der Parteiführung änderte sich danach kaum. Die KI-Führung setzte daraufhin auf dem V. Parteitag (1930) ein völlig neues ZK ein – eine Maßnahme, der auch die alte Parteiführung und die „versöhnlerischen“ und „rechten“ Gruppen in der Partei zustimmten; zum Teil, wie sich zeigen sollte, wiederum aus taktischen Gründen[52]. Während sich der größte Teil der alten Führungskader dem neuen Regime unterwarf – so Ende 1930 auch Jules Humbert-Droz[53] –, versuchten „rechte“ Gruppen in den Bezirken – besonders in Zürich, Schaffhausen und Neuhausen – die ihnen verbliebenen Positionen zum Kampf gegen die neue Führung und zur Mobilisierung der Mitgliedschaft auszunutzen, indem sie Fraktionsberatungen mit Vertretern aus Schaffhausen, Zürich, Basel und anderen Ortsgruppen organisierten; Hauptvertreter dieser Richtung war zunächst der Parteisekretär Mandel in Zürich[54]. Zudem verfolgte die Redaktion des Schaffhauser Parteiblattes „Arbeiterzeitung“, die unter der Leitung eines der beiden Nationalratsmitglieder der KP, Walter Bringolfs, stand, eine gegen die ZK-Politik gerichtete Linie, und das ZK beschloß, die Zeitung in ein Kopfblatt des „Baseler Vorwärts“ zu verwandeln. Danach spitzten sich auch die Konflikte der Schaffhauser Organisation mit der Parteiführung zu; der ZK-Beschluß wurde zurück-[266]genommen. Doch im Oktober 1930 formulierte das Politsekretariat des EKKI, es handele sich bei der Gruppe um den Schaffhauser Partei- und Gewerkschaftssekretär Erb um „eine brandleristische Renegatenclique“[55]. Bringolf, der sich der Partei- und KI-Führung zunächst noch unterworfen hatte, wurde im Dezember 1930 aus der Partei ausgeschlossen, da seine politische Auffassung „in allen Punkten mit der Plattform der Brandlerianer übereinstimmt“[56]. Ende November bereits hatten sich die Gruppen um Mandel als KPO der Schweiz konstituiert und eine eigene Organisationsleitung gewählt[57]; mit ihr hatte sich ein großer Teil der Schaffhauser Organisation schon verbunden gehabt. Bringolf schloß sich ebenfalls der Gruppe an

und identifizierte sich mit den Prinzipien der deutschen KPO[58]. Die täglich erscheinende Schaffhauser „Arbeiterzeitung“ wurde von der Opposition übernommen[59]. Die schweizerische Opposition gab sich auf einer Landeskonferenz am 17. und. 18. Januar 1931 ein endgültiges organisatorisches Gerüst[60].

Ansätze zu einer Zentralisierung der internationalen kommunistischen „Rechts“-Opposition in den außerrussischen Ländern wurden seit Ende 1929 gemacht. Ab Anfang 1930 erschienen – als mimeographiertes internes Material – in Berlin „Internationale Nachrichten der Kommunistischen Opposition“, für die als Herausgeber – „im Auftrage von Vertretern der internationalen Opposition“ – M. N. Roy und August Thalheimer verantwortlich zeichneten; sie brachten vor allem Informationen über den Stand der Oppositionsbewegung in den verschiedenen Parteien. Vom 17. bis 19. März 1930 fand in Berlin eine erste internationale Zusammenkunft der „Rechts“-Opposition statt, an der drei Vertreter der schwedischen (Oppositions-)Partei, unter ihnen Kilbom und Samuelsson, Alois Neurath von der tschechoslowakischen Opposition, Manabendra Nath Roy und Vertreter der deutschen KPO teilnahmen. Neben Berichten über den Zustand der kommunistischen Parteien und über den organisatorischen Fortgang der Oppositionsbewegung stand ein von Thalheimer verfaßter Entwurf von „Grundsätzen und Zielen der internationalen kommunistischen Opposition“ im Mittelpunkt der Diskussion[61]. Dieser Entwurf besagte in wesentlichen, daß die internationale Opposition – die als eine ihren Prinzipien nach kommunistische vom „Reformismus“ und „Zentrismus“ scharf abgegrenzt wurde – nicht die Neubildung einer Kommunistischen Internationale oder Kommunistischer Parteien anstrebe, sondern sich als eine „*organisierte taktische Richtung des Kommunismus*“ verstehe; ihr Kampf gelte dem „ultralinken Kurs“ der KI und ihrer [267] Sektionen, den sie durch die tradierte gewerkschaftliche und politische Einheitsfronttaktik – im Sinne des III. Weltkongresses der KI – ersetzt sehen wolle; der Entwurf forderte endlich die Ablösung des „bürokratischen Zentralismus“ in der Organisation der KI durch einen „demokratischen Zentralismus“, die Beseitigung des Führungsmonopols der KPdSU und die finanzielle Selbständigkeit der legalen kommunistischen Parteien gegenüber der KI[62]; der Entwurf wurde von der Konferenz als Diskussionsmaterial für die Mitgliedschaft der einzelnen Oppositionsorganisationen angenommen[63]. Die Konferenz beschloß, daß die deutsche KPO ein Manifest an die Adresse des Exekutivkomitees der KI richten möge, das die Vorstellungen der Opposition über den „Weg zur Gesundung der kommunistischen Internationale“ ausdrücken sollte[64]. Dieses Manifest wurde unter dem Datum vom 18. März 1930 in einer Beilage zu „Gegen den Strom“ veröffentlicht; ein Teil der oppositionellen Gruppen in anderen Ländern schloß sich – entsprechend einer Abmachung auf der Konferenz – mit öffentlichen Erklärungen diesem Brief an[65]. Es analysierte eingehend die politische Situation in den einzelnen Sektionen der KI, deren Mängel das Ergebnis seien einer

> „*mechanische[n] Übertragung von Methoden der KP.d.SU., die aus den Notwendigkeiten des Kampfes in einem Lande erwachsen sind, in dem das Proletariat sich an der Macht befindet, auf die anders gearteten Verhältnisse und Bedingungen des Klassenkampfes in den Ländern, in denen die kommunistischen Parteien erst um die Macht zu kämpfen haben*“[66].

Das Manifest forderte als „*unerläßliche Voraussetzungen* für die Gesundung der Kommunistischen Internationale und der kommunistischen Parteien“:

> „1. *Sofortige Zurücknahme aller Ausschlüsse* und Maßregelungen gegen die Gegner des falschen ultralinken Kurses;
> 2. Sofortige *internationale Diskussion* auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus zur Herausarbeitung der politischen Linie der Kommunistischen Internationale;
> 3. *Neuwahl der Parteileitungen und Parteifunktionäre bis einschließlich der Exekutive der KI. als Ergebnis einer solchen Diskussion*;
> 4. *Einsetzung eines Schiedsgerichts zur Untersuchung der Korruptionsfälle* und Säuberung der Partei von korrupten Elementen;
> 5. Durchführung des Grundsatzes, daß die Sektionen der KI. verpflichtet sind, die erforderlichen Mittel für ihre reguläre Arbeit in legalen Zeiten aus *Beiträgen der Mitglieder* aufzubringen“[67].

[268] Die Antwort des EXKI auf dieses Manifest war lang, aber im Gegensatz zu den meisten anderen

KI-Dokumenten, eindeutig:

> „... Die *Gemeinheit* dieser Botschaft, die an die Komintern faktisch das Ansinnen stellt, sich aufzulösen, ist nur dem Vergleich mit jener *politischen Feigheit* gewachsen, in der von jeher die *Generallinie* des Brandlerianertums zum Ausdruck kam. ... Wir werden uns mit den Herren Brandlerianern nicht in eine Diskussion über Taktik einlassen: mit Renegaten diskutiert man nicht, man *schlägt sie*. Mit dieser Botschaft vollendet sich ihr Weg zur offenen Konterrevolution ... Wenn das deutsche Proletariat zur Macht gelangen wird, wird es den Brandlerianern zusammen mit den Sozialfaschisten die Rechnung für ihren Verrat der Komintern, für ihre sowjetfeindlichen Aktionen, für ihre Streikbrechertätigkeit, für ihre provokatorische Arbeit, für ihre treuen, der Bourgeoisie geleisteten Dienste zur Zahlung präsentieren“[68].

Die Gedankengänge jenes Manifests und der Entwurf von „Grundsätzen und Zielen“ der Kommunistischen Opposition bildeten gleichwohl die Diskussionsgrundlage einer erweiterten Zusammenkunft der internationalen Opposition, die als deren „Erste internationale Konferenz“ firmierte. Sie fand am 16., 17. und 18. Dezember 1930 in Berlin statt; an ihr nahmen gewählte Vertreter der oppositionellen Gruppen aus den USA, der Schweiz, der Tschechoslowakei, aus Schweden, Elsaß-Lothringen und Deutschland sowie ein Gast aus Norwegen teil[69]. Die Konferenz konstituierte sich als Vertretung einer „Internationalen Vereinigung der Kommunistischen Opposition“ (IVKO) – als taktischer „Richtung“ des Kommunismus – und wählte sich eine internationale Leitung, der für Amerika Lovestone, Gitlow und ein kanadischer Vertreter, für Schweden Kilbom, Andersen und Flyg, für Deutschland Thalheimer, Brandler und Walcher, für die ČSR Muna und Neurath, für Elsaß-Lothringen Schreckler und ein Vertreter für [„Alt“-] Frankreich, für die Schweiz Mandel – und später ein zweiter Vertreter –, endlich für Indien Roy und ein weiterer Vertreter angehörten; eine „engere Leitung“, die zwei- bis dreimal jährlich tagen sollte, wurden aus je einem Vertreter der nicht-amerikanischen Gruppen gebildet; zur Führung der lauf enden Geschäfte wurde ein „Büro“ aus Thalheimer, Brandler und Walcher eingesetzt. Die Ländergruppen verpflichteten sich, die Zentralstelle durch regelmäßige finanzielle Beiträge zu unterstützen und beschlossen, die „Internationalen Nachrichten“ als offizielles Organ – das von nun an in Strasbourg gedruckt werden und den Charakter einer politisch-theoretischen Monatsschrift erhalten sollte – herauszugeben.

[269] Die Konferenzteilnehmer nahmen die „Grundsätze und Ziele“ aus der Vorkonferenz im Prinzip an und beauftragten eine Kommission, sie unter Berücksichtigung der eingegangenen Verbesserungsvorschläge endgültig zu formulieren. Der letzte Tagesordnungspunkt – „Stellungnahme der Internationalen Kommunistischen Opposition zur KPdSU“ – wurde – wie der Bericht vermerkt: aus Zeitmangel – nicht mehr diskutiert[70].

Die Arbeit der IVKO in den nächsten beiden Jahren bestand aus nicht viel mehr als der Herausgabe der INKOPP, der Ausarbeitung und Beratung der „Grundsätze und Ziele“ und der Herausgabe von Manifesten „An die Arbeiter aller Länder“ – wozu allerdings der regelmäßige Austausch von Informationen und die Organisierung der Zusammenarbeit von Oppositionsgruppen über die Ländergrenzen hinweg in lokalem Maßstabe traten[71]. Die deutsche Gruppe versuchte, in den INKOPP eine Diskussion über das Verhältnis der Kommunistischen Opposition zur Sowjetunion einzuleiten, zu der jedoch weitere Artikel nicht einliefen[72]. Die Ergänzung und Umformulierung der „Grundsätze und Ziele“ zu einer „Plattform der Internationalen Vereinigung der Kommunistischen Opposition“ ergab im wesentlichen eine Erweiterung der alten „Grundsätze“ um eine Abgrenzung vom Trotzkismus, dessen „grundsätzliche Abweichung“ vom „kommunistischen Standpunkt“ in „der vollständigen oder teilweisen Leugnung des Charakters der Sowjet-Union als eines proletarischen Staates, in dem der Sozialismus aufgebaut wird“ bestehe und von den sich die – „rechte“ – Opposition zudem wegen seines „ultralinken Standpunktes“ in taktischen Fragen abgrenze[73].

Die einzelnen Ländergruppen der IVKO entwickelten sich in dieser Zeit in organisatorischer Hinsicht sehr verschieden. Die Organisationen in Schweden, im Elsaß und in der Schweiz konnten ihren ursprünglichen organisatorischen Stand und ihren Einflußbereich durchaus halten, wenn nicht gar

erweitern. In Schweden hatte die KPO in den meisten Bezirken die Funktionen der kommunistischen Partei übernommen; bei den Landsting-Wahlen im Herbst 1930 zeigte sich, daß sie der neben ihr bestehenden KI-Sektion weit überlegen war – besonders im Bezirk Stockholm, in Upsala und Oerebrolän. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Stockholm erhielt die Opposition 16.000 Stimmen und sechs Mandate, die offizielle KP dagegen 2.400 Stimmen und kein Mandat. Die Organisation gab seit Anfang 1931 zudem eine zweite Tageszeitung heraus[74]. Die elsässische KPO konnte ihre Position im wesentlichen halten, ebenso die der Schweiz, die sich bei den Nationalratswahlen 1931, bei denen [270] Bringolf wiederum in den Nationalrat gewählt wurde, im Wahlkreis Schaffhausen als praktisch einzige kommunistische Gruppe erwies[75]. Dagegen zerfiel die seit Ende 1929 bestehende „vereinigte Opposition“ in der ČSR recht bald; zwar errang die kommunistische Opposition insofern einen Erfolg, als – den KPO-Prinzipien von der Unsinnigkeit der Existenz besonderer kommunistischer Gewerkschaften gemäß – die meisten Gruppen des mit den oppositionellen Kommunisten verbundenen IAV in die allgemeinen, dem IGB angeschlossenen Gewerkschaften überführt wurden[76]; es spaltete sich von der KPO jedoch zunächst die Gruppe der „Brünner Opposition“ ab – sie trat zur Sozialdemokratie über –, und im Verlauf des Jahres 1932 trennten sich auch die meisten Gruppen außerhalb des deutschsprachigen Gebietes, um Alois Neurath, von der KPO und schlossen sich den Trotzkisten an; es blieb im wesentlichen nur die Ortsgruppe in Asch der IVKO assoziiert[77]. Der organisatorische Bestand der Lovestone-Gruppe, von der sich Ende 1931/Anfang 1932 eine kleine Minderheit trennte, der norwegischen Gruppe um „Mot Dag“, die sich nach der I. Internationalen Konferenz der Opposition als sympathisierende Gruppe der IVKO angeschlossen hatte, und der der – ohnehin winzigen – KPÖ.-Opposition blieben im wesentlichen erhalten[78]. Bis zur II. Internationalen Konferenz der Kommunistischen Opposition – vom 2. bis 5. Juli 1932 in Berlin – entwickelte sich zudem in Spanien eine oppositionelle kommunistische Gruppe: die Iberische Kommunistische Föderation um Joaquín Maurín trennte sich im April 1932 endgültig von der Kommunistischen Internationale. Sie verfügte in Katalonien über beträchtlichen Anhang; sie bildete den organisatorischen Grundstock des späteren Partido Obrero de Unificacion Marxista (POUM) und war seit der II. Internationalen Konferenz mit der IVKO in engem Kontakt[79].

Die II. Internationale Konferenz der IVKO – an der Vertreter der us-amerikanischen, der schweizerischen, der tschechoslowakischen, der schwedischen, der norwegischen und der deutschen Ländergruppe teilnahmen – ergab, daß die politischen Prinzipien der verschiedenen Gruppen keineswegs konform waren. Schon vor der Konferenz hatte die österreichische Gruppe zu den innerorganisatorische Streitfragen der deutschen KPO Stellung genommen und dabei in einer Mehrheits- und einer Minderheitsgruppe Positionen entwickelt, die denen der deutschen Minderheits- bzw. Mehrheitsgruppe analog waren, diese jedoch jeweils von einer etwas „linkeren“ Position aus kritisierten[80]. Die Mehrheitsgruppe der us-amerikanischen Opposition um Lovestone solidarisierte [271] sich mit der deutschen Mehrheitsgruppe[81]. Auf der Konferenz selbst – die die Besetzung des „Büros“ der IVKO durch Brandler, Thalheimer und Leo beschloß – kam es bei der Behandlung der Frage des Verhältnisses der Opposition „zum Zentrismus und Trotzkismus“ zu Differenzen zwischen den amerikanischen, tschechoslowakischen und deutschen Delegationen einerseits und den schweizerischen, norwegischen und schwedischen Vertretern andererseits; in dieser Frage und in der Frage der Stellung zur KI und zur Sowjetunion näherten sich die Delegierten der zweiten Gruppe tendenziell dem Standpunkt der deutschen Minderheit; doch konnten diese Differenzen zunächst überbrückt werden[82]. Spannungen zwischen der IVKO-Führung und der – an der Konferenz nicht teilnehmenden – elsässischen Opposition wurden durch den einstimmigen Beschluß der Konferenz signalisiert, welcher ein Vertrauensvotum, das der KPO-Kammerabgeordnete Mourer für Herriot abgegeben hatte, als „unvereinbar mit unseren kommunistischen Grundsätzen“ bezeichnete[83]; in der Tat trennte sich später die Gruppe um Mourer und Hueber von der IVKO, der jedoch eine Gruppe in Strasbourg verbunden blieb[84]. In den Jahren nach 1933 sollte der weitere Zerfall der IVKO zeigen, daß es sich bei ihr eher um eine aus den zufälligen Bedürfnissen von aus der KI ausgeschlossenen Gruppen entstandene Organisation gehandelt hatte, als um eine ideologisch geschlossene internationale Gruppe[85].

5. Ideologiekritischer Exkurs II: Die Faschismustheorie der KPO

Die Faschismustheorie, welche von den wichtigsten ideologischen Repräsentanten der KPO vertreten wurde und die sich die – anscheinend übergroße – Mehrzahl der Mitgliedschaft zu eigen machte, wurde im wesentlichen von August Thalheimer formuliert und reichte ihrem Ursprung nach in die Frühphase der Entwicklung des deutschen Kommunismus, nämlich in die Zeit der Brandler-Thalheimer-Zentrale bis 1923/24, zurück[1]. Theoretisch ausformuliert wurde sie besonders in einer Denkschrift Thalheimers zum Programm-Entwurf der KI, die er im Sommer 1928 – er war damals noch Mitglied der Programm-Kommission der Internationale – diesem Ausschuß im Zusammenhang mit den Vorarbeiten zu dem Programm-Entwurf einreichte, welcher dann dem VI. Kongreß der KI vorlag; die Denkschrift enthielt einen Abschnitt über den Faschismus, der später im KPO-Organ „Gegen den Strom“ publiziert wurde[2]. Der Präzisierung und Aktualisierung dieser Theorie des Faschismus dienten die später in den KPO-Publikationen laufend veröffentlichten Analysen der innenpolitischen Entwicklung Deutschlands[3]. Thalheimer wandte sich [272] in seiner Programm-Schrift besonders gegen die von der damaligen KI-Führung vertretene – und mit den Ansätzen zur Sozialfaschismus-Ideologie verquickte – unkritisch-ideologische Meinung, daß „die imperialistische Epoche, die Verschärfung des Klassenkampfes ... zum Bankrott des Parlamentarismus“ führen und weiterhin automatisch entweder „sozialfaschistische“ Herrschaftsmethoden oder die „Entstehung des Faschismus als einer unverhüllten Form der Diktatur der Bourgeoisie“ zeitigen müßten[4]. Thalheimer setzte gegen diese bloße Ideologie die Auffassung, daß die faschistische Form gesellschaftlich-politischer Herrschaft zwar auf das Engste verknüpft sei mit Formen des Klassenantagonismus in der spätbürgerlichen Gesellschaft, indes keineswegs als „die“ – historisch einzig mögliche – „offene Diktatur der Bourgeoisie“ bezeichnet werden könne: mit der Fortentwicklung der kapitalistischen Gesellschaft sei nicht notwendig die Errichtung einer faschistischem Diktatur – und ohnehin nicht der Übergang zu einer „sozialfaschistischen“ Herrschaftsform – gesetzt. In der Interpretation des Faschismus griff er – als erster Theoretiker der marxistischen Diskussion im Bereich der Arbeiterbewegung, zudem mit durchaus einzigartiger analytischer Stringenz – auf die Methoden und auf die Kategorien zurück, mit denen einst Marx die Verschiebungen der Klassenverhältnisse in Frankreich von der Februarrevolution von 1848 bis zum bonapartistischen Staatsstreich am 2. Dezember 1851 untersucht hatte[5].

Schon zu Beginn des Jahres 1923 nämlich hatte die damalige Führungsgruppe der KPD in einem – mit sehr großer Wahrscheinlichkeit von Thalheimer verfaßten – Aufsatz im theoretischen Organ der Partei die Entwicklung der deutschen politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse seit der Novemberrevolution von 1918 anhand dieser Marxschen Untersuchungen analysiert[6]. Die „Achtzehnte Brumaire“-Schrift Marxens, die ja nicht allein in ihrer Darstellung der großen Entwicklungszüge des nachrevolutionären Frankreich, sondern über weite Passagen hinweg selbst in den Detailanalysen sich wie eine Parabel auf die Geschichte der Weimarer Republik ausnimmt, mußte zu einer Umfunktionierung ihrer soziologischen Kategorien für die Analyse des nachrevolutionären Deutschland – bei aller Berücksichtigung der spezifischen Differenzen – bereits damals geradezu provozieren. „Von der deutschen Novemberrevolution“ – so heißt es in dem Artikel – „gilt buchstäblich, was Marx von der französischen Februarrevolution des Jahres 1848 sagt: ‚sie war eine Überrumpelung, eine Überraschung der alten Gesellschaft, und das [273] Volk proklamierte diesen unverhofften Handstreich als eine weltgeschichtliche Tat, womit die neue Epoche eröffnet sei[‘]“[7]. Die Räterepublik, die die „fortgeschrittensten Reihen des Proletariats“ proklamierten, „war nicht minder eine Illusion, wie die ‚soziale Republik‘ des Jahres 1848 in Frankreich. Im Gegensatz zu dem Frankreich von 1848 bestand das Illusionäre der deutschen Räterepublik von 1918/19 nicht in den ungenügenden wirtschaftlichen Voraussetzungen. ... Das wirkliche Hindernis war die ‚erreichte Bildungsstufe der Massen‘, sowohl der proletarischen wie der kleinbürgerlichen Masse“[8]. Die Erhebung eines Teils des Proletariats, in Paris wie in Berlin, wurde niedergeschlagen, und das Bündnis zwischen den proletarischen Massen und dem Kleinbürgertum, gegründet auf einer „gemeinsamen Illusion“ über die bürgerliche Demokratie, „eilte von Niederlage zu Niederlage[,] ohne auch nur den Kampf versucht zu haben ... Warum diese ständige schmachvolle Preisgabe der eigenen Forderungen? Weil jeder ernsthafte Kampf nicht nur das Band mit der Großbourgeoisie, sondern auch mit dem Kleinbürgertum zu zerreißen drohte,

und weil hinter jeder breiten Massenaktion das Gespenst der proletarischen Revolution, des Kommunismus auftauchte. Das Resultat mußte die chronische Passivität sein“[9]. In den Niederlagen der *Montagne*, als der Vertreterin der „Republik“ gegenüber der „royalistischen Konspiration“ und dem „roten Gespenst“, fand dieses „Zurückweichen“ eine Entsprechung[10]. Mit dieser „*Kapitulation*“ vor den Repräsentanten des Bürgertums aber, so analysiert der Aufsatz in der „Internationale“ weiter, „*löst sich das Bündnis zwischen der proletarischen und der kleinbürgerlichen Masse auf*, da es jetzt jeden sozialen und politischen Sinn verloren hat“[11]. Vergeblich versuchten einst die Repräsentanten des Kleinbürgertums und des Proletariats im französischen Parlament die konstitutionellen Rechte, welche das Merkmal der demokratischen Republik ausmachten, zu erhalten. Gleiches galt – nach der Argumentation der „Internationale“ – für die Republik von Weimar:

> „Die Ereignisse nach dem Erzbergermord und nach dem Rathenaumord erwiesen die volle Unfähigkeit der kleinbürgerlichen Demokratie, sich auch nur zu verteidigen. Hatte die kleinbürgerliche Demokratie im Januar und März 1919 der revolutionären proletarischen Vorhut die Köpfe abgeschlagen, so wurden ihr jetzt selbst die Köpfe abgeschlagen. Sie hatte nur ohnmächtige Tränen, nur leere Drohworte für die abgeschlagenen Häupter. Sie opferte sie edelmütig und christlich der ‚Ruhe und Ordnung‘. Und diese Opfer werden nicht die letzten sein; nachdem die Häupter der Demokratie gefallen sind, stehen die schon vor der Tür, die die Demokratie selbst hinaustragen werden“[12].

[274] Bei der parlamentarischen Herrschaft einer *Partei der Ordnung*, nach der Niederlage der kleinbürgerlichen Demokratie, bei der großbürgerlichen parlamentarischen Republik werde die Entwicklung – wie einst in Frankreich – nicht notwendig stehen bleiben; schon sei – Anfang 1923 – eine politische Erscheinung zu verzeichnen, welche die Konsequenz „des Bruchs des Kleinbürgertums mit der Sozialdemokratie“ und jenem politisch-gesellschaftlichen Faktor analog sei, welcher nach 1848 aus der Enttäuschung breiter Volksmassen über die Ergebnisse der Republik entstand:

> „Der deutsche Faszismus ist der Versuch des Kleinbürgertums und der mit ih[m] verbundenen Schichten der Intelligenz[,] auf seine, d. h. auf kleinbürgerliche Weise einen Rettungsweg zu versuchen, nachdem der demokratisch-sozialistische Rettungsweg es in die Wüste geführt hat. Es ist klar, daß dieser Rettungsweg genau so widerspruchsvoll sein muß, wie die Lage des Kleinbürgertums widerspruchsvoll ist. Wie Louis Bonaparte, so will das Kleinbürgertum den selbständigen, über den Klassen und über de[m] Staat schwebenden Mittler der Klassen spielen. Wenn der französische Parzellenbauer für diese Mittlerrolle sich den Louis Napoleon mit seiner Dezemberbande ausersah, als den Neffen des Bauernkaisers, so hat der deutsche Kleinbürger bereits seine ‚Dezemberbande‘, die Deklassierten des Krieges und des wirtschaftlichen Zerfalls[;] und die Häupter, was können sie anders sein, als die deutschen Napoleone, die Götzen des Krieges? Wenn sie die Marneschlacht und den Krieg verloren haben – haben sie dafür nicht die Schlachten in den Straßen Berlins gewonnen?“[13].

Das Erscheinungsbild von faschistischer Bewegung und faschistischer Diktatur und deren gesellschaftliche Funktion wurden detailliert beschrieben; zur faschistischen Ideologie heißt es:

> „Einfach unter dem Kommando der großen Bourgeoisie kann der Faszismus nicht gehen. Die große Bourgeoisie ist ideologisch bankerott. Sie bedrückt das Kleinbürgertum materiell. Aber der Kleinbürger ist für die bürgerliche Ordnung. Wie sich aus diesem Dilemma retten? Der Kleinbürger greift zu seinem alten Rezept des Einerseits-Andererseits, der guten Seite und der schlechten Seite. Die gute Seite, das ist der christliche Kapitalist, der Industrielle, der Produktive; die schlechte Seite, das ist jüdische Kapitalist, der Händler, der Wucherer, der Parasit“[14].

Die politische Funktion dieses autoritären Wahrnehmungs- und Reaktionsschematismus – der freilich ohne die Vermittlung sozialpsychologischer Kategorien nicht völlig zu erklären ist – wurde, in einem [275] anderen Aufsatz aus dieser Zeit, im wesentlichen zutreffend und vermutlich erstmals bestimmt:

> „Bei diesem Antisemitismus erreicht die Reaktion zweierlei: Man hat einen Prügelknaben, den man für die durch Wuchern und Preistreiberei des Unternehmertums verursachte katastrophale wirtschaftliche Lage der Bevölkerung verantwortlich macht und lenkt dadurch vom Klassenkampf ab, und die nationalistischen Instinkte werden aufgepeitscht, innenpolitisch gegen alle internationalen und sozialistischen Strömungen in der Arbeiterschaft, außenpolitisch gegen die Entente, den Versailler Friedensvertrag und für die Wiedererlangung der verlorenen Gebiete“[15].

Als politische und soziale Charakteristika der faschistischen Diktatur hob die Analyse in der „Internationale“ vor allem zweierlei hervor: das Übergewicht des staatlichen Exekutivapparats sowie die sozialpolitischen Konsequenzen des Systems:

> „Der faszistische Kleinbürger will eine starke Regierungsgewalt. Starke Regierungsgewalt, das ist ein großer Beamtenapparat. Er will aber zugleich ‚sparsame Wirtschaft‘, also Einschränkung des Beamtenapparates. Also werden alte Beamte entlassen, und dafür kriecht die neue ‚Dezemberbande‘ selbst in die Staatsuniform, was den Apparat nicht kleiner, sondern größer, nicht sparsamer, sondern kostspieliger macht.
> Der faszistische Kleinbürger sorgt auch für den Arbeiter – als patriarchalischer Wohltäter. Mit dem Unfug des Achtstundentages und der Schrulle des Rechtes des Arbeiters im Betrieb muß aufgeräumt werden. Ordnung in der Fabrik! Aufgeräumt muß werden mit den Geschenken des Staats an den Arbeiter auf Kosten des Kleinbürgers, mit wohlfeilem Brot, wohlfeilen Mieten usw. Dafür wird ihm der Diktator, den sich der Kleinbürger erwählt, Arbeit verschaffen und er wird den Drachen des Wuchers erlegen. Er wird den ‚guten Arbeiter‘ gegen den ‚schlechten Arbeiter‘ schützen. Er wird den ‚guten Unternehmer‘ belohnen und den ‚schlechten‘ strafen. Kurz, er wird die Harmonie zwischen Wolf und Lamm herstellen, vorausgesetzt, daß jeder der beiden die Rolle spielt, die ihm die Natur und der Kleinbürgerverstand zuweisen“[16].

Als Gesamtperspektive endlich zeichnete der Aufsatz aus dem Jahre 1923 folgendes Bild:

> „Was wird die historische Rolle des Faszismus sein, wenn er siegen sollte? Er wird die friedlichen demokratischen Illusionen liquidieren, sowohl die der politischen Demokratie wie der wirtschaftlichen Demokratie. Aber er kann keines der Probleme lösen, die er sich gestellt hat ... Aber der Sieg des Faszismus in Deutschland [276] ist keineswegs sicher, und wir haben ih[m] keinesfalls mit fatalistischem Glauben entgegenzusehen. Wenn das Aufkommen des Faszismus den Niedergang der Sozialdemokratie und die von ihr bedingte momentane Ohnmacht der Arbeiterklasse widerspiegelt, entscheidend in die Geschicke Deutschlands einzugreifen, so wird der Kampf gegen den Faszismus in erster Linie der Kampf um die Aktivisierung der Arbeiterklasse, um ihr Heranführen an ihre geschichtliche Rolle sein müssen“[17].

Waren somit der Ursprung der faschistischen Bewegung und Diktatur aus Verschiebungen der gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisse abgeleitet und Ideologie und politische Funktion dieser Bewegung sowie Gestalt und Funktion dieser Diktatur in immerhin plausibler Weise erläutert und skizziert, so nahm doch diese frühe Faschismusanalyse noch kaum von jenen Passagen der Marxschen Bonapartismus-Interpretation Notiz, welche den Prozeß der Transformierung der – ihrer Intention nach schon nicht mehr demokratischen – parlamentarischen Republik zum bonapartistischen Staatsstreich hin sowie die spezifischen Rollen der gesellschaftlichen Klassen in diesem Prozeß, besonders die Interessenlage des Großbürgertums und sein Verhältnis zu seinen politischen Vertretern, untersucht hatten[18]. So ist es nicht verwunderlich, daß die damalige KPD-Führung nach der Verhängung des Ausnahmezustandes im Reich am 27. September, nach der Annahme des Ermächtigungsgesetzes für wirtschaftliche Maßnahmen am 13. Oktober und nach der Absetzung der sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung in Sachsen am 29. Oktober des Jahres 1923 diese Entwicklung zunächst als einen „Sieg des Faschismus über die Novemberrepublik“ interpretierte[19]. Thalheimer korrigierte diese Beurteilung später, mit der Erläuterung, es habe sich hierbei nicht gehandelt um den „Sieg des Faschismus, der bei der ersten Probe kläglich in sich zusammensank, sondern [um den] der großen

Bourgeoisie, [um die] Befestigung ihrer direkten politischen Herrschaft in Gestalt der bürgerlich-parlamentarischen Republik“[20]. Diese Korrektur schloß eine präzisere Bestimmung der Entstehungsgeschichte der faschistischem Diktatur und ihrer Funktionsweise ein.

Ohne die Analyse der politischen, ideologischen und organisatorischen Erscheinungsformen des Faschismus und die allgemeine Charakterisierung seines gesellschaftlichen Ursprungs aufzugeben, wurden in der erwähnten Arbeit Thalheimers von 1928 nämlich die Klassenverhältnisse [277] der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft in jener spezifischen Konstellation, welche hiernach die notwendige Voraussetzung für das Aufkommen einer faschistischen Diktatur bildete, präziser als 1923 bestimmt. Einer der Faktoren, welche in der spätbürgerlichen Gesellschaft die Entstehung des Faschismus bewirkten, sei eine besondere gesellschaftliche Situation der bürgerlichen Klasse: Marx hatte als das Spezifische der Interessenlage der französischen Großbourgeoisie nach 1848 hervorgehoben, daß diese Klasse, da die liberal-politische Gesellschaftsverfassung sich „gegen sie selbst kehrte“, im eigenen Interesse sich „der Gefahr des *Selbstregierens*“ zu entheben trachtete; „um ihre gesellschaftliche Macht unversehrt zu erhalten, [mußte] ihre politische Macht gebrochen werden“[21]; die „Bourgeoisie“ – so interpretierte Thalheimer die Klassensituation nach 1848, um diese Folgerung sogleich auf eine klassentheoretische Begründung des Faschismus zu übertragen – „ist also *eine der sozialen Grundlagen* des Bonapartismus, aber um ihre soziale Existenz in einer bestimmten geschichtlichen Lage zu retten, gibt sie die politische Macht preis“[22]. Ein weiterer Faktor sei der antiparlamentarische Druck unterprivilegierter, indes nicht proletarisch-klassenbewußter Schichten und derjenige jener deklassierten Elemente aus allen Klassen, welcher – wie der dumpf rebellierende französische Parzellenbauer einerseits, die zusammengewehten Mitglieder der „Dezemberbande“ andererseits – die Unterscheidungsmerkmale der Klassen aufzuheben tendiere, indes „nicht die revolutionäre, sondern die konterrevolutionäre Aufhebung dieser Klassenmerkmale vor[stelle], die Negation des bürgerlichen Klassenprinzips, die *innerhalb dieses Prinzips bleibt*. Der Dieb z. B. vollzieht die Aufhebung des bürgerlichen Eigentums noch auf dem Boden des bürgerlichen Eigentums. ... Der bekannte Proudhonsche Satz: ‚La propriété c’est le vol‘* ... gilt ... auch umgekehrt: ‚le vol c’est la propriété‘**“[23]. Endlich sei, wie für den Sieg des Bonapartismus einst der Ansturm des Proletariats und die Niederlage der Juniinsurrektion Voraussetzung war – welche ihrerseits die Zerklüftung und Schwächung der Bourgeoisie bewirkt habe[24] – für die Entstehung des modernen Faschismus „ein gescheiterter Ansturm des Proletariats“ von entscheidender Bedeutung: in der „Situation des Klassenkampfes“, so interpretierte Thalheimer die aktuellen Formen des Faschismus, insbesondere den in Italien, „aus der hier die bonapartistische, dort die [278] faschistische Form der Staatsmacht hervorging“, „findet sich Übereinstimmung“:

> „Im Falle des italienischen Faschismus, wie in dem des Bonapartismus, ein gescheiterter Ansturm des Proletariats, darauffolgende Enttäuschung in der Arbeiterklasse, die Bourgeoisie erschöpft, zerfahren, energielos nach einem Retter ausschauend, der ihre soziale Macht befestigt“[25].

Aus dieser Labilität der gesellschaftlichen Strukturverhältnisse resultiere ein spezifischer politischer Prozeß: die Transformierung der parlamentarischen Republik in eine für den Staatsstreich reife gesamtpolitische Situation. Marx schon hatte diese Selbstzersetzung des bürgerlichen Regimes bis hin zu dem Punkte, da die bürgerliche Klasse ihre politischen Vertreter opferte und sich, zur Rettung ihrer gesellschaftlichen Machtposition, der politischen Macht begab, als den Übergang vom parlamentarischen über das „unparlamentarische“ und das „außerparlamentarische“ zum „antiparlamentarischen“ Ministerium beschrieben[26]. So bestimmte auch Thalheimer 1928 den Übergang zum faschistischen Regime:

> „Die *Aushöhlung* des bürgerlich-parlamentarischen Regimes erfolgt *schrittweise*. Und die Bourgeoisie selbst ist dabei der Hauptagent. Marx’ 18. Brumaire schildert gerade diesen Aushöhlungsprozeß in seinen einzelnen Etappen. Die Herstellung der offenen Diktatur selbst kann aber nur durch einen *Sprung*, einen Putsch oder einen Staatsstreich erfolgen,

* Eigentum ist Diebstahl.

** Diebstahl ist Eigentum.

> bei dem die Bourgeoisie selber das passive Element ist. Ihre Sache ist es, die Bedingungen zu schaffen, damit sie sozial ‚gerettet‘ und politisch vergewaltigt werden kann. Das Vergewaltigen selber aber besorgt der Held des Staatsstreiches oder Putsches. Das Individuum oder die Organisation findet sich dazu immer, wenn ein Bedürfnis dazu da ist. Die entsprechenden Organisationen fördert die Bourgeoisie selber aktiv oder passiv“[27].

Endlich wurde, als Ableitung aus diesem Prozeß, auch die Erscheinungsform der faschistischen Diktatur analog der bonapartistischen bestimmt; das Regime, das mit dem Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 entstanden war, hatte Marx als die „verselbständigte Macht der Exekutivgewalt“ charakterisiert[28], verselbständigt nicht allein gegenüber dem Parlament, sondern auch gegenüber einem präsumtiven öffentlichen Interesse des Bürgertums[29]. Als ein von der Sphäre der gesellschaftlichen Reproduktion getrennter hatte der Staatsapparat seit der ersten Revolution stets fungiert, und jedes „*gemeinsame* Interesse wurde sofort von der Gesellschaft losgelöst, als höheres, [279] *allgemeines* Interesse ihr gegenübergestellt, der Selbsttätigkeit der Gesellschaftsglieder entrissen und zum Gegenstand der Regierungstätigkeit gemacht“ – stets jedoch war der Staat noch „das Instrument der herrschenden Klasse[30]. Nun aber „scheint sich der Staat völlig verselbständigt zu haben. Die Staatsmaschine hat sich der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber so befestigt, daß an ihrer Spitze der Chef der Gesellschaft vom 10. Dezember genügt, ein aus der Fremde herbeigelaufener Glücksritter“[31]. Nicht anders sei, so argumentierte Thalheimer, die faschistische Diktatur zu charakterisieren:

> „Unverkennbar sind wesentliche Züge ... [des faschistischen Staates] gemeinsam mit der bonapartistischen Form der Diktatur: wieder die ‚Verselbständigung der Exekutivgewalt‘, die *politische* Unterwerfung aller Massen, einschließlich der Bourgeoisie selbst, unter die faschistische Staatsmacht bei *sozialer* Herrschaft der Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer. Gleichzeitig will der Faschismus, wie der Bonapartismus, der allgemeine Wohltäter aller Klassen sein. ... Der Herrschaftsapparat trägt ebenfalls dieselben Züge. Die faschistische Partei ist ein Gegenstück zu der ‚Dezemberbande‘ Louis Bonapartes. Ihr sozialer Bestand: Deklassierte aller Klassen. Übereinstimmung auch in der Ideologie. ... Verwandte Züge schließlich bei den ‚Helden‘ des Staatsstreichs“[32].

Die wesentlichen Differenzen zwischen beiden Diktaturformen seien dagegen der „von vornherein imperialistische“ Charakter der faschistischem Außenpolitik und die Perfektionierung der „organisatorischen Grundlagen und Mittel ... der faschistischen Staatsmacht“ im Vergleich zu der des dritten Napoleon. Sie seien der „Veränderung des allgemeinen Charakters des Kapitalismus“ seit der Mitte des 19. Jahrhunderte entsprungen[33].

Marx hatte eine zusammenfassende Charakteristik des Bonapartismus – hier von ihm „Imperialismus“ genannt – und seiner Perspektiven in der Adresse des Generalrates der Internationale vom 30. Mai 1871 formuliert[34]. Hiernach war dieses Kaisertum

> „die einzige mögliche Regierungsform zu einer Zeit, wo die Bourgeoisie die Fähigkeit, die Nation zu beherrschen, schon verloren und wo die Arbeiterklasse diese Fähigkeit noch nicht erworben hatte. ... Der Imperialismus ist die prostituierteste und zugleich die schließliche Form jener Staatsmacht, die von der entstehenden bürgerlichen Gesellschaft ins Leben gerufen war als das Werkzeug ihrer eigenen Befreiung vom Feudalismus und die die vollentwickelte Bourgeoisgesellschaft verwandelt hatte in ein Werkzeug zur Knechtung der Arbeit durch das Kapital“[35].

[280] Die Charakterisierung dieser Form politischer Herrschaft in der bürgerlichen Gesellschaft als einer „schließlichen“ sei offenkundig, so argumentierte Thalheimer, von Marx weder bloß zeitlich noch im Sinne einer Funktion des ökonomischen Entwicklungsgrades der bürgerlichen Gesellschaft gemeint gewesen[36]. „Schließliche“ Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft sei der Bonapartismus vielmehr als „*eine Form* der bürgerlichen Staatsmacht“, welche sich „im Zustand der Verteidigung, der Verschanzung, der Neubefestigung gegenüber der proletarischen Revolution“ befinde. Eine andere derartige Staatsform – „aber nahe verwandte Form“ – sei „die faschistische Staatsform“:

> „Der Bonapartismus ist die ‚schließliche‘ Form der bürgerlichen Staatsmacht[,] insofern er eine Form der offenen kapitalistischen Diktatur ist und insofern die offene Diktatur eintritt, wenn die bürgerliche Gesellschaft, eben am Rande des Grabes angelangt, tödlich bedroht war von der proletarischen Revolution. Dasselbe ist im Wesen der Faschismus: *eine* Form der offenen kapitalistischen Diktatur“[37].

Diese Bestimmung schloß aus, die faschistische Diktatur als ein notwendiges Produkt der Entwicklung der spätbürgerlichen Gesellschaft, als ihre zeitlich letzte oder als eine vom ökonomischen Entwicklungsstand funktional abhängige Form politischer Herrschaft zu bezeichnen; die Übertragung des Bonapartismusmodells auf die kapitalistischen Gesellschaften des zwanzigsten Jahrhunderts – mutatis mutandis – verbot auch die Annahme, daß auf den Zusammenbruch der faschistischen Diktatur mit Notwendigkeit die des Proletariats folge; gleichwohl war nach dieser Argumentation der Faschismus alles andere als ein Produkt historischen Zufalls: faschistische, bonapartistische oder andere „Formen der offenen Diktatur der Bourgeoisie ... sind an ein bestimmtes Gesamtverhältnis der Klassen gebunden und sie kehren periodisch wieder, sobald dieses Verhältnis wiederkehrt – solange nicht der Zusammenbruch der oder jener Form dieser kapitalistischen Diktatur die Herrschaft der Arbeiterklasse dauernd macht, wodurch dieser Zyklus, wenigstens für das betreffende Land, abgeschlossen wird“[38].

Es ist nicht verwunderlich, daß Thalheimer mit den Kategorien dieser Theorie in seiner Interpretation der deutschen innenpolitischen Entwicklung seit 1928 zu einer Einschätzung der nationalsozialistischen Bewegung und zu einer Charakterisierung der nationalsozialistischen Diktatur kam[39], mit der er nicht nur der übrigen Diskussion innerhalb [281] der Arbeiterbewegung, sondern ebenfalls den Lagebeurteilungen nahezu aller akademischen Repräsentanten etwa der Soziologie bei weitem überlegen war: einmal an die Macht gekommen und von der Arbeiterschaft nicht ernsthaft bekämpft, konnte, nach den geschichtlich-gesellschaftlichen Erfahrungen, diese Diktatur nicht alsbald „von selbst abwirtschaften“; sie mußte „schlimmer sein als in Italien“[40]. Seit 1928 nämlich begann die politisch-gesellschaftliche Situation der Weimarer Republik, deren Beginn schon der französischen Entwicklung seit der Februarrevolution von 1848 oft zum Verwechseln ähnlich sah, die von diesem Entwicklungsprozeß sich indes durch den Rückschlag der kommunistischen wie der faschistischem Bewegung im Jahre 1923 und die nachfolgende Stabilisierungsperiode sowie allgemein durch den höheren Entwicklungsstand der bürgerlichen Gesellschaft unterschied, mehr und mehr jener Periode der Transformierung einer parlamentarischen Republik in ein gegenparlamentarisches Regime zu ähneln, welche einst Marx im „Achtzehnten Brumaire“ beschrieb. Die Konstellation der gesellschaftlichen Kräfte in der Republik, in der mehr und mehr sich die Restauration ausbreitete, das Vorhandensein eines zunächst bedeutungslos erscheinenden organisierten Reservoirs von Deklassierten aller Schichten sowie die Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten mit den ökonomischen und sozialpolitischen Ergebnissen der Republik, besonders seit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise, endlich die Bedrängnis, in die die bürgerlichen Schichten selbst durch diese Krise – analog der wirtschaftlichen Situation des Frankreich von 1851, indes in ungleich stärkerem Maße – gerieten: diese Faktoren mußten zur Interpretation der Endzeit der Weimarer Republik mittels des Kategorienbestandes dieser Theorie geradezu herausfordern. Bezeichnete der Bruch der Großen Koalition das Ende der kleinbürgerlichen Demokratievorstellung, welches durch den Papen-Staatstreich in Preußen am 20. Juli 1932 besiegelt ward, so leitete er endgültig die Abkehr vom – zuvor ohnehin nur noch partiell funktionierenden – Parlamentarismus ein, wobei das darauffolgende Stadium der Präsidialkabinette dem entsprach, was Marx die „Parlamentarische Diktatur der Ordnungspartei“ und den – darauffolgenden – „Kampf zwischen der parlamentarischen Bourgeoisie und Bonaparte“ genannt hatte, der endlich mit dem „Untergang des parlamentarischen Regimes“ und auch der bürgerlichen [282] Parteien und mit der offenen Diktatur der „verselbständigten Exekutivgewalt“ endete[41].

In diesem Sinne hatte Thalheimer seit 1928 die politische Entwicklung interpretiert und mit erstaunlicher Genauigkeit – mit dem Vorbehalt stets, daß eine geschlossene Abwehraktion der Arbeiterschaft dieser Entwicklung Einhalt gebieten könne – vorausgesagt[42]. Gegenüber diesen Analysen verblaßten in der Tat die interpretativen Leistungen anderer Ideologen der Arbeiterbewegung: nicht nur die

Warnung des Sozialdemokraten Breitscheid auf dem Magdeburger SPD-Parteitag von 1929 vor der „verschleierten Diktatur“ eines „Beamtenkabinetts“[43], sondern auch die Interpretationen Trotzkis, der seit seiner Broschüre über die „österreichische Krise“ von Ende 1929 die Theorie Thalheimers zu weiten Teilen in zunächst noch sehr undifferenzierter Argumentation zu übernehmen begann[44], und selbst die des Austromarxisten Otto Bauer, der zwar seit 1924 zur Erläuterung des Nationalsozialismus ebenfalls die Marxsche Bonapartismus-Analyse herangezogen hatte, indes in seiner Theorie des Klassengleichgewichts in der bürgerlich-demokratischen Republik der Illusion anheimfiel, einer Transformierung dieser Republik in die faschistische Diktatur sei durch die Anspannung des Selbstbehauptungswillens der Arbeiterschaft im Rahmen und mit den Mitteln der liberal-rechtsstaatlich verfaßten Gesellschaft zu steuern – eine Auffassung, die spätestens in der Situation der Weltwirtschaftskrise als „unrealistisch“ erscheinen mußte[45]. Die Faschismusinterpretationen anderer sozialistischer Ideologen dieser Zeit waren freilich in noch weit höherem Maße durch Illusionen über den wahren Charakter dieser politischen Bedrohung gekennzeichnet[46]. Doch hoben selbst diese Deutungen noch von jener Auffassung des XI. EKKI-Plenums von 1931 sich höchst vorteilhaft ab, welche in den „Methoden der Klassenherrschaft zwischen der sogenannten bürgerlichen Demokratie und dem Faschismus“ keinen wesentlichen Unterschied zu erkennen vermochte[47].

6. Die IV. Reichskonferenz und die Spaltung der KPO

Nicht zuletzt die – von den ideologischen Repräsentanten der KPO wahrgenommene – Drohung eines faschistischen Staatsstreichs hat dazu beigetragen gehabt, daß die innerorganisatorischen Spannungen der KPO, welche im Konflikt über die Beurteilung der SAP und die strategische Perspektive der Gruppe sich manifestierten und letztlich dem [283] Widerspruch zwischen den zentralen politischen Postulaten der KPO und ihrer tatsächlichen politisch-gesellschaftlichen Afunktionalität entsprangen, sich nach der Oktoberkonferenz 1931 zur offenen und allem Anschein nach irreparablen Spaltung der KPO-Führungsgruppe zuspitzten[1]. Noch vor dem endgültigen Ausscheiden der zur Minderheitsgruppe gehörenden RL-Mitglieder aus diesem Gremium war zwischen beiden RL-Gruppen vereinbart worden, spätestens zu Beginn des Jahres 1932 eine Reichskonferenz abzuhalten, bis dahin – wie die Mehrheit vorschlug: zweimal vier Wochen lang – eine breite Diskussion in Mitgliedschaft und Presse über die SAP-Frage durchzuführen, endlich, während dieser Diskussion bei der Anwendung des Beschlusses über die Körperschaftsdisziplin derart „größte Weitherzigkeit“ walten zu lassen, daß den Minderheitsvertretern mit Zustimmung der entsprechenden Körperschaften der KPO die Möglichkeit gegeben werden sollte, ihren Standpunkt in Korreferaten zu vertreten[2]. Die innerparteiliche Diskussion, die daraufhin in aller Breite in den Presseorganen der Gruppe – mit Ausnahme des „Volksrechts“ – und in den meisten lokalen Gliederungen der Mitgliedschaft bei selbständigem Auftreten von Minderheitsvertretern geführt wurde, fügte den Auseinandersetzungen, die zur Zeit der Oktoberkonferenz und unmittelbar danach stattgefunden hatten, keine neuen wesentlichen Argumente hinzu. Die Mehrheit verharrte bei der Auffassung, daß die SAP mittels einer einheitsfronttaktischen Politik als Partei aufgehoben, also „zerschlagen“ und „liquidiert“ werden müsse – wobei dieser Auffassung freilich kaum ein „krankhafter Organisationsfetischismus“[3], sondern viel eher das Selbstbewußtsein zugrunde lag, es habe die KPO eine „historische Mission“ zu erfüllen, die in einer „Verteidigung“ der „*kommunistischen* Grundsätze und ... [des] Ansehen[s] des Kommunismus“ bestehe[4]. Die Minderheit dagegen hielt an der Ansieht fest, die SAP müsse vermittels einer nicht bloß einheitsfronttaktischen, sondern auch arbeitsgemeinschaftlichen Politik der KPO derart als Partei oder Parteimehrheit zum Kommunismus hin entwickelt werden, daß hierdurch die Voraussetzung für die Neubildung einer Massenpartei aus den Kadern der KPO und dem nicht-„zentristischen“ Mitgliedsbestand der SAP geschaffen werde – wobei diese Intention sicherlich nicht auf eine Aufgabe der kommunistischen Grundsätze, sondern neben auf eine „Verschmelzung mit der SAP.“, die nach Realisierung dieser Voraussetzung „selbstverständlich“ sei, abzielte[5]. Die Diskussion war kein [284] Verständigungsprozeß, sondern verschärfte nur die bestehenden Fronten: handelte es sich bei der Einstellung zur SAP nach Auffassung der Mehrheit um eine „grundsätzliche“ und nicht bloß um eine taktische Frage des Kommunismus[6], so war daran jedenfalls soviel richtig, daß sie für die Existenz der Gruppe von grundlegender Bedeutung war. Mit dieser Begründung hatte die Oktoberkonferenz

der KPO beschlossen, es stelle sich jeder, der „*als Mitglied der KPD.-O. innerhalb oder außerhalb der Gruppe für die Verschmelzung mit der SAPD. eintritt, sie vorzubereiten und zu fördern sucht, ... damit außerhalb der Reihen der KPD.-O.*“[7]. Die Zuspitzung der Diskussion bis zur IV. RK – die nach dem endgültigen Ausscheiden der Minderheit aus der RL zum 19. und 20. Dezember 1931 nach Berlin einberufen wurde[8] – war, dem Verbot der Fraktionsbildung durch die Funktionärskonferenz vom 14. Juni 1931 zum Trotz, begleitet von einer intensiven Fraktionsarbeit der Minderheit, welche sich zum Beispiel im selbständigen Versand von Rundschreiben an Gliederungen der KPO, in der Nichtdurchführung der SAP-Diskussion in dem von dem Minderheitsvertreter Heinrich Galm beherrschten Bezirk Hessen-Frankfurt, insbesondere in Offenbach, oder am Erlaß eines Verbots durch die aus Minderheitsvertretern zusammengesetzte BL Wasserkante zeigte, das Schreiben der ehemaligen RL-Mitglieder an die RL, welches neben den Bedingungen für eine weitere Mitarbeit die allgemeine Auffassung der Minderheit in der SAP-Frage formuliert hatte, als ein „Fraktionsdokument“ zu bezeichnen[9]. In der Ernennung der RK-Delegierten des Bezirks Hessen-Frankfurt durch die erweiterte BL dieses Bezirks und in der Aberkennung dieser nicht durch Mitgliedschaftsentscheidung bestimmten zehn sowie sieben weiterer Mandate durch die Mandatsprüfungskommission der Konferenz fanden diese organisatorischen Spannungen, die einseitig durch die Minderheit verschärft wurden, einen Höhepunkt[10]. Es war auf der RK jedoch offenkundig, daß die Mehrheitsgruppe – angesichts ihrer unverändert auf die „Reformierung“ der KPD gerichteten strategischen Perspektive – sich mit gegenüber dem „Zentrismus“ konzessionsbereiten Funktionären nicht länger belasten wollte, wie diese Funktionäre umgekehrt sich nicht länger mit der Einflußlosigkeit ihrer politischen Arbeit abfinden wollten, welche zumindest kurzfristig mit einer Fortführung der bisherigen KPO-Politik gesetzt zu sein schien. In der Konsequenz bezeichneten die Hauptreferenten der Mehrheit und der Minderheit auf [285] der RK – Thalheimer und Walcher – die jeweils gegnerische Gruppe als Verkörperung einer „Tendenz nach rechts zum Reformismus“ beziehungsweise als Vertreterin eines „starren Dogmatismus“[11], und Diskussionsredner beider Lager warfen einander eine „Verzweifelungsperspektive“ vor[12]; Invektiven wie „Brandler verkauft uns an Stalin“ bezeichnen den oft emotionalen Charakter der RK-Diskussion[13]. Sie wurde weiterhin charakterisiert durch Auseinandersetzungen darüber, ob tatsächlich, wie die Mehrheit meinte, die KPO-Politik in der Arbeiterschaft auf wachsende Resonanz stoße; ferner darüber, ob die Erweiterung des gewerkschaftlich-einheitsfronttaktischen Programms auf die RGO[14] die KPO „isoliere“ oder vielmehr – wie die Mehrheit argumentierte – die Chancen der Organisierung einer gewerkschaftlichen Opposition vergrößere[15]. Die Beurteilung der Gesamtperspektive der KPO – und der Arbeiterbewegung überhaupt – stand jedoch selbstredend im Vordergrund. Die Annahme der Minderheit, mit der Bildung der SAP habe ein Aufschwung der Arbeiterbewegung in Deutschland eingesetzt, führte in ihrer der RK vorgelegten Resolution zur Aufrechterhaltung des Postulats der Eroberung der SAP, das durch die Forderungen des Eintritts von KPO-Mitgliedern in den Sozialistischen Schutzbund dieser Partei sowie eines engen Zusammengehens der KPO mit dem Lenin-Bund ergänzt wurde[16]. Die „Leitsätze zur politischen Lage“ der Mehrheitsgruppe gingen dagegen von der Auffassung aus, die Gruppe müsse mit einheitsfrontpolitischen antifaschistischen Aktionen „die schwachen Ansätze zu einem Aufflammen der proletarischen Massenaktion gegen den Faschismus“ organisieren – was „nur vom Boden der Politik der KPD.-O. aus“ möglich sei – und sie müsse sich vorbereiten, für den Fall, daß der Faschismus dennoch siege und die KPD zusammenbreche, den Neuaufbau der KPD zu organisieren[17]. Die Mehrheit kam von hier aus zur Aufrechterhaltung ihrer Auffassung, die bereits in der Resolution der Oktoberkonferenz zur SAP festgelegt worden war; dieser Beschluß müsse unter anderem durch den folgenden Zusatz ergänzt werden:

> „Die Eroberung der Mehrheit der Mitglieder der SAPD. für den Kommunismus bedeutet keine Eroberung der SAPD. als Partei, sondern die Gewinnung dieser Arbeiter für den grundsätzlichen Bruch mit der SAPD. als Partei, mit ihrem Programm und ihrer Politik, für die organisatorische Trennung von allen, die an diesem Programm und dieser Politik festhalten. ... Die Losung der Eroberung der SAPD. für den Kommunismus ... ist deshalb ... unzulässig und darf in der KPD.-O. nicht vertreten werden“[18].

[286] Die Hauptresolution wurde gegen 18, die zur SAP-Frage gegen 17 Stimmen angenommen. Ein

Beschluß zur Disziplinfrage, der im wesentlichen den Beschluß über die Körperschaftsdisziplin, den die Oktoberkonferenz gefaßt hatte, bestätigte, wurde gegen 19 Stimmen – wahrscheinlich einschließlich der des Mehrheitsvertreters Erich Hausen – angenommen. Eine Vermittlungsresolution verschiedener Bezirke – besonders Thüringens, Westsachsens und Württembergs –, welche jedoch in den strittigen Punkten der Minderheit nur in organisationstechnischen Fragen (offizielle Wiedereinsetzung der Institution der Erweiterten RL u. a.) entgegenkam, wurde wie die Resolution zur SAP-Frage gegen 17 Stimmen angenommen[19]. Am Ende der IV. RK stellte Brandler im Auftrage der RL an die Minderheitsgruppe die Frage, ob sie bereit sei, gemäß den Organisationsprinzipien des Kommunismus die Konferenzbeschlüsse „nach innen und außen durchzuführen“; Walcher antwortete – zugleich im Namen von Frank, Frölich, Enderle, Köhler, Halbe, Galm und Gebhardt – mit einer Erklärung, in der es hieß:

> „Die Minderheitsvertreter betrachten die durch die Beschlußfassung geschaffene Situation als überaus ernst für unsere Gruppe. ... Andererseits sind wir aber überzeugt, daß die große Mehrheit der KPD.-O. von einem Liquidations- und Kapitulationskurs nichts wissen will und daß sie sich dagegen entschlossen auflehnen wird, sobald sich völlig klar und nach außen hin zeigen wird, wohin der Weg der Reichsleitungsmehrheit geht. Die Minderheit lehnt jede Verantwortung für die gefällte Entscheidung ab. Sie muß es nach dem Beschluß über Körperschaftsdisziplin insbesondere ablehnen, durch Beteiligung an der Reichsleitung, wenn auch nur indirekt, die Verantwortung für einen Kurs zu übernehmen, der, wenn er nicht doch noch unter dem Druck der Mitgliedermassen geändert wird, dazu führen muß, daß die KPD.-O. zur Erfüllung ihrer geschichtlichen Mission unfähig wird. Wir jedenfalls werden dafür kämpfen, daß die KPD.-O. der Vorkämpfer einer wirklichen kommunistischen Politik bleibt, mit dem Ziele, das wir uns bei der Schaffung unserer Organisation gegeben haben“[20].

Nicht nur das Fehlen jeder Kompromißbereitschaft auf Seiten der Mehrheit und die Weigerung der Minderheit, die Beschlüsse der RK als für ihr politisches Handeln verbindlich zu erklären, sondern auch – und vor allem – die Entwicklung der tatsächlichen Beziehungen zwischen der KPO als Gesamtorganisation und den Minderheitsfunktionären einerseits und der SAP andererseits seit dem Oktober 1931 führten zu einer weiteren Verschärfung der innerorganisatorischen Spannungen der KPO. Die RL der KPO hatte bereits kurz nach der Gründung der SAP ihr Pro-[287]gramm zu realisieren versucht, SAP-Mitglieder durch einheitsfronttaktische Aktionen für den Kommunismus zu gewinnen. Schon in den Gründungs- und den ersten Mitgliederversammlungen der SAP hatten KPO-Vertreter teils direkt um die SAP-Mitglieder geworben, teils mit den lokalen Instanzen dieser Partei über gemeinsame antifaschistische Aktionen verhandelt; Anfang November war es daraufhin schon in Jena zu einem gemeinsamen Aufruf der KPO und der SAP sowie anderer Arbeiterorganisationen zur Gründung einer „proletarischen Klassenwehr“ gekommen[21]. Unmittelbar nach der Oktoberkonferenz der KPO hatte Thalheimer noch einmal bekräftigt, die KPO sei bereit, „trotz des grundsätzlichen Gegensatzes zur SAPD. als Partei, für bestimmte Aktionen von Fall zu Fall mit ihr zusammenzuarbeiten, wobei sie sich selbstverständlich das Recht der Kritik im Rahmen der Aktionsdisziplin vollständig wahrt“[22]. Die RL hatte zugleich Verhandlungen mit der Leitung der SAP zum Zweck eines „*gemeinsamen Vorgehens* im Kampf gegen den Faschismus und die Kapitalsoffensive“ aufgenommen, die zunächst zu keinem abschließenden Ergebnis, aber zu einem offenen „Antwortschreiben an die SAPD“ führten, in dem die KPO „praktische Vorschläge ... für [den] Einheitskampf gegen Faschismus und Kapitalsoffensive“ machte und besonders „*gemeinsame Versammlungen und Demonstrationen*“, „Bildung *antifaschistischer Kartelle*“ und „*überparteilicher Klassenwehren*“ sowie ein gemeinsames Auftreten in den Gewerkschaften vorschlug. Dabei wurde versichert:

> „Wir betonen von vornherein, daß wir diesen Schritt nicht tun in dem Bestreben, Sonder- und Gruppeninteressen zu dienen; vielmehr ist unser Ziel, an dem Zustandekommen der Kampfgemeinschaft zwischen den Massen der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter nach besten Kräften zu wirken“[23].

Es bedurfte freilich der Akzeptierung der besonderen KPO-Ideologie, derzufolge die Ziele dieser

Gruppe mit dem Interesse am Fortgang der Weltrevolution vollauf identisch waren, wollte man mit dieser Versicherung jene andere Verlautbarung der damaligen RL-Mehrheit im Einklang sehen, die als Direktive schon Anfang Oktober an die Ortsgruppen und Bezirksleitungen der KPO gesandt worden war und in der es unter anderem über die SAP hieß:

> „Versucht die mit uns Sympathisierenden in unsere Gruppe sofort aufzunehmen. Als unsere Mitglieder müssen sie dann in unserem Auftrage in der Oppositionsbewegung arbeiten, beraten und kon-[288]trolliert von der Bezirksleitung oder [den] Ortsleitungen in dem Sinne, ganze Ortsgruppen zu uns herüberzuführen“;

in der SAP seien Fraktionen der KPO zu bilden, mit dem Ziel, die Arbeiter „zum Bruch mit dem Zentrismus zu veranlassen“[24]. So war die Reaktion der SAP auf das Einheitsfrontangebot der KPO nicht allein durch ihre prinzipielle Kritik an dieser Gruppe bestimmt; diese wurde bereits am Tage der Veröffentlichung des Angebots formuliert:

> „Die KPO. ist einen halben Schritt über die KPD. hinausgetreten, aber ein Teil ihrer Führergarnitur träumt noch immer von einer Rückkehr zur KPD. So war der KPO. von Anfang an die Entfaltungsmöglichkeit genommen; sie blieb eine kleine Gruppe von Funktionären mit beachtlichen Einzelleistungen, aber ohne Masseneinfluß. Dieser Teil der Führer, wie Brandler, Thalheimer u. a., weist eine Starrheit des Denkens, eine Begriffsscholastik auf, die aus ihrer Unsicherheit gegenüber der KPD. und ihrem inneren Bedürfnis, zur alleinseligmachenden Kirche der KPD. zurückzukehren, entspringt“[25].

Vielmehr verstärkten sich die Bedenken der neuen Partei gegen eine Allianz mit einer von der Brandler-Thalheimer-Gruppe geführten KPO sogleich, als der SAP-Führung jenes interne Rundschreiben der KPO-RL bekannt wurde. Sie empörte sich über die „Politik der Unehrlichkeit“ der KPO[26] – was diese Gruppe wiederum zum Vorwurf veranlaßte, die SAP „sabotiere“ die Einheitsfront-Aktion[27] – und ließ die Verhandlungen hierüber vorerst einschlafen. Der Verlauf der IV. RK verstärkte die – durchaus im Tenor der KPO-Minderheit gehaltene – Kritik der SAP an der KPO-Mehrheit[28]. Doch kam es Ende Dezember 1931 zwischen den Leitungen beider Gruppen zu erneuten Verhandlungen und zu Vereinbarungen über eine gemeinsame Kundgebung in Berlin, die – unter Teilnahme auch des Lenin-Bundes – am 8. Januar 1932 als antifaschistische Demonstration in „Kliems Festsälen“ stattfand und auf der Brandler, Rosenfeld und Urbahns als Hauptredner auftraten[29]. Für beide Gruppen gehörte diese Veranstaltung, deren Effekt gemessen an den Zielsetzungen des antifaschistischen Kampfes spärlich genug war, mit zu den erfolgreichsten Einheitsfrontaktionen ihrer Geschichte[30].

War somit das Verhältnis zwischen der RL sowie der großen Mehrheit der Mitgliedschaft der KPO und der SAP das einer reservierten Kooperation, so gestalteten sich die Beziehungen zwischen den Funktionären [289] der KPO-Minderheit und der SAP von Anbeginn weitaus positiver für diese beiden Gruppierungen. Seitdem Walcher – mit Kenntnis der RL-Mehrheit – bereits kurz vor der Gründung der SAP mit Rosenfeld verhandelt und über die bevorstehende Parteigründung sowie die Stellung der KPO hierzu gesprochen hatte[31], waren die Kontakte zwischen Minderheitsfunktionären und SAP-Funktionären nicht abgerissen, sondern vielmehr verstärkt worden. Auch auf lokaler Ebene waren die Verbindungen zwischen der Minderheit zugehörigen KPO-Funktionären und der neuen Partei zuweilen weit enger, als es der RL lieb sein konnte. So hatte die Erweiterte BL der KPO in Braunschweig bereits am Tage der Gründung der SAP beschlossen gehabt, es sei unbedingt darauf hinzuwirken, daß beide Organisationen miteinander verschmolzen würden[32]; am 24. Dezember 1931 zog die BL hieraus die Konsequenz und beschloß, zusammen mit 16 anderen Mitgliedern des niedersächsischen Bezirks zur SAP überzutreten[33]. Auch in einigen anderen Bezirken kam es zu vereinzelten Übertritten zur SAP; so in mehreren Fällen in Frankfurt a. M.; hierbei erklärte einer der Überläufer, er sei zum Übertritt „bestimmt worden von einer geheimen Organisation in unserer Gruppe, die ihre Vertrauensleute in die verschiedenen Arbeiterparteien schickt“[34]. Von den führenden Funktionären der Minderheit wurden diese Übertritte zunächst teils verurteilt – so von Paul Frölich – teils indirekt gebilligt – so von Jakob Walcher[35]. Diese Wortführer der Minderheit selbst aber pflegten mit den führenden SAP-Funktionären besonders seit der Oktoberkonferenz von 1931 engen Kontakt, wobei

besonders Karl Frank – der seit je sich mit der Absicht getragen hatte letzten Endes zur Sozialdemokratie überzutreten – sowie Walcher und Köhler, später auch Frölich zu den wichtigsten Verhandlungspartnern gehörten. Nach späteren, bestimmt formulierten Angaben der „Arbeiterpolitik“, die die Minderheitsrepräsentanten nicht dementierten, trafen diese und andere Minderheits-Funktionäre häufig mit SAP-Vertretern, unter anderem mit Seigewasser und Seyfert, zusammen. Hierbei seien – nach Angaben der KPO-Mehrheit – auf verschiedenen Sitzungen im Dezember politische und personelle Fragen des Berliner Bezirks der SAP, die Situation in der KPO, insbesondere der Verlauf der Reichskonferenz und Fragen des Anschlusses der Minderheit an die SAP, endlich die Lösung organisatorischer Fragen des Berliner SAP-Bezirks im Sinne der SAP-Linken und der KPO-Minderheit besprochen worden[36]. Diese vor der RL geheim gehaltenen Verhandlungen sah die Minderheit „durch den [290] sachlichen Gegensatz, der in dieser Frage zwischen uns und der Reichsleitung besteht, *vollauf gerechtfertigt*“; es sei bei den Verhandlungen „*nicht ein Wort gesprochen*“ worden, „*das vom kommunistischen Standpunkt aus nicht zu rechtfertigen wäre*.“[37] Nach Auffassung der Mehrheit freilich waren vom „kommunistischen Standpunkt“ aus die Geheimverhandlungen als solche bereits nicht mehr zu rechtfertigen. Sie veröffentlichte, sobald ihr diese Verhandlungen bekannt wurden, in der zweiten Januarwoche 1932 in Sonderrundschreiben sowie später in der „Arbeiterpolitik“ und in „Gegen den Strom“ hierüber detaillierte Berichte[38] – was die Minderheitsrepräsentanten dann als einen Versuch bezeichneten, „eine .. unüberbrückbare ... von Mißtrauen erfüllte ... Kluft zwischen den Mitgliedern der SAP und KPDO“ aufzureißen[39] – und lud die beteiligten Funktionäre Walcher, Frölich, Enderle, Frank, Thomas[40], Lang, Köhler und Baier zu einer RL-Sitzung am 12. Januar 1932 in Berlin, an der auch Mitglieder der Erweiterten RL teilnahmen. Die Minderheitsrepräsentanten wurden aufgefordert, die Geheimverhandlungen und den Versand von Fraktionsmaterialien in der KPO einzustellen und sich auf den „*Boden der Beschlüsse der Reichskonferenz*“ zu stellen.

> „Daraufhin verlas der Genosse *Walcher* im Auftrage der Geladenen eine vorher formulierte Erklärung, die *von der Reichsleitung forderte, daß sie in der Frage der SAPD., in der Frage der Einschätzung der KPD. und in der Frage der Körperschaftsdisziplin ihren Standpunkt, der von der Reichskonferenz durch Beschlüsse festgelegt wurde, aufhebe zugunsten der Auffassung der Minderheit*“.

In der Diskussion wurde, nach dem am Ende dieser Sitzung gefaßten RL-Beschluß, nicht „*bestritten, daß die Genossen ... Fraktionsmaterial herausgegeben und Besprechungen mit SAPD.-Genossen ohne Kenntnisnahme der zuständigen Körperschaften gepflogen haben*“; auch die Absicht des Übertritts zur SAP sei nicht bestritten worden; den Beschlüssen der RK habe sich die Minderheit nicht unterwerfen wollen.

> „*Die Erweiterte Reichsleitung beschloß daher einstimmig, daß sich die [vorgeladenen]... Genossen durch ihre Erklärungen außerhalb der KPD.-O. gestellt haben*“[41].

[291] Nach ihrem Ausschluß aus der KPO begannen die ehemaligen Minderheitsvertreter, Gesinnungsgenossen aus den KPO-Bezirken nach sich zu ziehen. Etwa drei Wochen nach dem Ausschluß hatten sich – nach Angaben der ehemaligen Minderheit – etwa 440 Mitglieder – einschließlich 39 KJVO-Mitglieder – und die Offenbacher Ortsgruppe mit ihnen solidarisiert. Sie entstammten – nach im wesentlichen übereinstimmenden Berichten der gegnerischen Gruppen – vor allem aus Berlin (hier schloß sich anscheinend nahezu die Hälfte der KPO-Mitglieder der Gruppe der Ausgeschlossenen an), aus dem Bezirk Halle-Merseburg, aus dem Bezirk Ostsachsen (Dresden), aus den Bezirken Wasserkante (Hamburg) und Nordwest (Bremen), ferner aus Breslau, Ostpreußen und aus dem Ruhrgebiet[42]. Abgesehen von Offenbach hatte die ehemalige Minderheit zu dieser Zeit – in der ersten Februarwoche 1932 – nur in einigen Berliner Gruppen, in einigen Stadtteilen Hamburgs, in Bremen, Dresden-Freital, Arnstadt und Delitzsch eine Mehrheit gefunden, welche gleich ihr aus der KPO auszuscheiden gewillt war; dabei wurde diese Opposition von der RL der KPO zahlenmäßig geringer eingeschätzt als von der Minderheit; die in der KPO verbliebenen Mitglieder gingen – zuweilen auch unter Mitarbeit von Minderheitsanhänger, die die KPO nicht verlassen wollten, wie in Bremen – in der Regel wieder an den Neuaufbau der lokalen Gliederungen der Organisation[43]. Verhältnismäßig nur geringfügige oder praktisch gar keine Minderheitsopposition gab es in den Bezirken Großthüringen, Westsachsen,

Erzgebirge-Vogtland und Bayern; in Württemberg verblieb die gesamte Minderheit in der KPO.[44]. Im KJVO war die Anhängerschaft der Minderheit durchschnittlich ebenfalls sehr klein[45].

Anfang Februar richteten diejenigen Minderheitsanhänger, welche in der KPO nicht verbleiben wollten, einen „Offenen Brief an die Mitglieder der KPO.“, der im Offenbacher Organ „Volksrecht“ veröffentlicht wurde. Sie rechtfertigten ihre Entscheidung mit der Begründung, daß die Reichsleitung „*keine Verständigung*“ gewollt habe, forderten die KPO-Mitglieder auf, ihre „Führung zur Umkehr“ zu zwingen und baten um Zustimmungserklärungen; diese Aktion hatte den Ausschluß fast aller der – jene rund 440 Mitglieder repräsentierenden – Unterzeichner aus der KPO und vermutlich Zustimmungserklärungen, welche die gleiche Konsequenz zeitigten, zur Folge[46]. Innerhalb dieser Gruppe bestand jedoch keineswegs Einmütigkeit über den einzuschlagenden [292] weiteren Weg: bereits zur Zeit der IV. RK hatte in der Minderheitsfraktion Uneinigkeit über die Perspektive dieser Gruppe bestanden. Für einen sofortigen Anschluß an die SAP plädierte besonders Karl Frank – was auf den Widerstand von Bezirksvertretern der Minderheit stieß und das Verbleiben eines Teils dieser Funktionäre in der KPO mit erklärt; nach der RK setzte sich der Minderheitsvertreter Heinz Möller für eine Verschmelzung mit der SAP-„Linken“ ein, während eine dritte Gruppe, repräsentiert von Rosi Wolfstein, auch eine isolierte Verselbständigung der Minderheit in Betracht zog[47]. Auch nach den Ausschlüssen vom 12. Januar 1932 wehrte sich vor allem Heinrich Galm gegen einen Übertritt zur SAP. Die Entwicklung des Bezirks Hessen-Frankfurt der KPO verlief aus diesem Grunde anders als die jener Funktionärsgruppen, welche durch die am 12. Januar. Ausgeschlossenen repräsentiert wurden. Nach der Absetzung des Bezirkssekretärs Heucke – der selbst eine Zeitlang mit den Gedanken der Minderheit sympathisiert hatte[48] – wegen seiner Solidarisierung mit der RL und der Einsetzung einer neuen BL in Hessen-Frankfurt verschärften sich die Spannungen zwischen der RL und der neuen BL, welche die übergroße Mehrheit der Offenbacher Gruppe, nicht jedoch der Frankfurter KPO[49]; bis dahin konzentrierten sich die Differenzen vor allem auf die Aberkennung der Hessen-Frankfurter Mandate zur RK und auf die Weigerung des Bezirks, einen Brief der RL zu verbreiten, welcher gegen die Ernennung jener Delegierten und gegen die Auffassung Galms, der Bezirk solle nur die ihm genehmen RK-Beschlüsse durchführen, protestierte[50]. Nach der Absetzung Heuckes, auf die umgekehrt die Absetzungserklärung für Galm durch die RL folgte, erklärte sich der Bezirk als „*unabhängig von der Reichsleitung, ... bis sich die Verhältnisse im Reich für eine geordnete Weiterführung der KPO-Politik geklärt haben*“[51], doch waren zugleich die ausgeschlossenen Repräsentanten der Minderheit aufgefordert worden, sich der Offenbacher Gruppe anzuschließen[52]. Immerhin verhielt sich diese Gruppe der Minderheit – wenngleich sie in ihrer Zeitschrift ausschließlich die Auffassung des autonomistischen Teils der Minderheit vertrat – zunächst noch abwartend. Anfang März jedoch trat der übrige Teil dieser Gruppe – zwei Wochen vor dem ersten regulären Parteitag der SAP – zu einer Reichskonferenz zusammen, die – nach weiteren inneren Auseinandersetzungen – „einmütig“ eine Übertrittserklärung „An den Parteivorstand und die Mitgliedschaft der SAPD“ beschloß, in der es hieß:

> [293] „Wir wissen – und wir halten es für unsere Pflicht, dies vor unseren neuen Parteigenossen offen auszusprechen –, daß die SAP heute noch nicht die Klarheit und Einheitlichkeit besitzt, die sie zur Erfüllung ihrer großen Aufgabe braucht. ... Wir werden keinen Augenblick die Gefahren verkleinern, die damit verbunden sind ...
> Von der Richtigkeit und Sieghaftigkeit der Prinzipien des Kommunismus tief überzeugt, wollen wir in kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit unseren neuen Parteigenossen dahin wirken, daß sie die ganze Politik der Sozialistischen Arbeiterpartei durchdringen, und so fruchtbar werden für die gesamte Arbeiterklasse“[53].

Am 13. April endlich trat – nachdem sich am 23. März 1932 die „gut 100“ Mitglieder zählende KPO-Gruppe Geesthacht „*mit großer Mehrheit*“ der SAP angeschlossen hatte[54] – auch die Offenbacher Gruppe zum größten Teil, mit etwa dreihundert Mitgliedern, zur SAP über[55]. Unter der Voraussetzung, daß sich die ursprüngliche, von der Minderheit behauptete Zahl ihrer zum Austritt aus der KPO bereiten Anhänger von rund 440 durch den Offenen Brief dieser Gruppe an die KPO-Mitgliedschaft allenfalls noch veranderthalbfacht hat, ist anzunehmen, daß die KPO durch diese Spaltung an die SAP gegen tausend, jedoch kaum mehr Mitglieder verloren hat[56].

7. Die organisatorische und ideologische Struktur der KPO von der Spaltung bis zur 7. Reichskonferenz (1932/33)

Das Überwechseln der Minderheitsgruppe um Frölich und Walcher in den – wie die RL der KPO sich auszudrücken pflegte – „zentristischen Sumpf“ der SAP[1] brachte für die Gruppe zwar einen beträchtlichen Mitgliederverlust, jedoch keine wesentlichen Änderungen ihrer organisatorischen Struktur mit sich. Während die formale organisatorische Binnenstruktur der KPO durch die von der RL so genannte „Reinigung“[2] der Gruppe ohnehin nicht berührt wurde und sich an der Existenzform der Nebenorganisationen nichts Wesentliches änderte[3], war der Mitgliederbestand, wenn auch offenbar nicht in seiner politisch-ideologischen Integration, so doch eben zahlenmäßig geschwächt; doch gelang es der KPO im Verlaufe des Jahres 1932, besonders in Thüringen, diesen Verlust teilweise durch einige hundert Neuaufnahmen wieder auszugleichen[4]. Dennoch blieb die organisatorische Schwäche der KPO – die zur Intensivierung der Ansätze politischer Praxis im Verlauf des letzten Jahres vor der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ im Widerspruch stand – bis zur letzten legalen RK der Gruppe am 31. Dezember 1932 und 1. Januar 1933 ein spürbares Hemmnis der Wirksamkeit ihrer Politik. Zur Über-[294]windung dieser Schwäche sowie zur Beseitigung eines „Rest[es] von ‚Zirkelgewohnheiten‘ [und] organisatorische[m] ‚Handwerkertum‘“ suchte diese V. RK mit der Annahme eines Organisationsstatuts, das im wesentlichen den gegebenen organisatorischen Aufbau der KPO unter Einschluß der Bestimmungen über die Körperschaftsdisziplin und der Regelung der Fraktionsarbeit in den Arbeitermassenorganisationen bestätigte und zudem angesichts der Gefahr des faschistischen Staatsstreichs verschrieb, die „Mitglieder ... schon jetzt zu arbeitsfähigen Fünfergruppen zusammenzufassen“, eine formale Voraussetzung zu schaffen[5]. Dies konnte freilich an der wachsenden finanziellen Bedrängnis der Gruppe, deren Mitglieder nun zu vier Fünfteln arbeitslos und vielfach ausgesteuert waren und die seit langem schon der materiellen Unterstützung durch vermögende Sympathisierende fast ganz entraten mußte, nichts ändern[6]. Die „äußerst“ großen „materiellen Schwierigkeiten unserer Gruppe ... in allen Bezirken und dadurch auch in der Reichsleitung“[7] erzwangen vor allem auch eine Einschränkung der propagandistischen und publizistischen Tätigkeit der KPO. Im Jahre 1932 wurden nur noch zwei größere Agitationsbroschüren, welche beide der Analyse und der Darlegung von Möglichkeiten der Bekämpfung der faschistischen Gefahr dienten, herausgebracht (Thalheimer, Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?, 1932; Staatsstreichwahlen, Faschismus und Der revolutionäre Ausweg, 1932). Eine besonders schwerwiegende Einschränkung der Wirksamkeit der Gruppe brachte die Umstellung der „Arbeiterpolitik“ auf – wiederum – wöchentliches Erscheinen mit sich, die am 6. Februar 1932 vorgenommen werden mußte. Vom 19. März 1932 an erschien die Stuttgarter „Arbeiter-Tribüne“ als Kopfblatt der „Arbeiterpolitik“. Auch das Zentralorgan „Gegen den Strom“, dem nun wieder verstärkt auch Aufgaben der Berichterstattung zufielen, hatte [295]

KPO-Broschüre 1932

mit wachsenden finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Mitte 1932 startete die RL eine größere Werbeaktion, bei der besondere Agitationsgruppen für Sammlungen zur Sicherung des Erscheinens des „Strom“ und zum Zeitungs- und Broschürenverkauf eingesetzt werden sollten; doch reichten die Ergebnisse dieser Aktion zur finanziellen Sanierung der Presseorgane der KPO nicht aus[8].

Auch die ideologische Struktur der KPO des Jahres 1932 war in allen wesentlichen Punkten eine Fortsetzung der Theorien und Lehren, welche die Gruppe in den Jahren 1929 bis 1931 – im wesentlichen in ihrer „Plattform“ und in der laufenden Beurteilung der politischen Lage – entwickelt oder ausformuliert hatte. In der Tat boten die politisch-gesellschaftliche Entwicklung – im allgemeinen – und die Entwicklung der konkurrierenden SAP, welche im Verlaufe dieses Jahres mehr und mehr den Charakter einer bloßen Splittergruppe der politischen Arbeiterbewegung annahm[9], – im besonderen – der KPO wenig Anlaß, etwa die einmal ausgearbeiteten taktischen Prinzipien oder gar die Grundsätze des

Kommunismus, wie sie sie verstand, zu revidieren. Auf der V. RK waren sich die Delegierten – keineswegs völlig zu Unrecht – darüber einig, daß die Entwicklung der SAP „die von der letzten Reichskonferenz der KPD.-O. gegebene Einschätzung der SAP. als einer zentristischen Partei und ... [die] auf dieser Einschätzung aufgebaute ... Stellungnahme der KPD.-O. zu dieser Partei schlagend bestätigt“ habe[10]. Umso mehr hielt die KPO an den taktischen und organisatorischen Prinzipien fest, welche sie selbst entwickelt hatte: in einer Artikelserie Thalheimers über das Wesen der Kommunistischen Partei wurden sie erneut bekräftigt[11]. An ihnen wurde, wie bisher, die offizielle kommunistische Bewegung gemessen, deren Entwicklung – ineins mit derjenigen der UdSSR – differenzierter beurteilt wurde als die der SAP. Zwar hielt die KPO an der in den wesentlichen Fragen kritiklosen Billigung des „sozialistischen Aufbaus“ der UdSSR fest – der einen Ideologen der KPO einmal zu der leider allzu wahren Feststellung veranlaßte, daß „unter sozialistischen Verhältnissen [der] Fortschritt schneller, gründlicher ... als unter kapitalistischen“ sei[12] – doch verfiel sie nicht in jene schönfärberische Lobhudelei der offiziellen KPD, welche „die kulturelle Rückständigkeit, die Armut, das niedrige Niveau der Lebenshaltung der breiten Massen“[13] einfach leugnete; und sie wandte sich – weiterhin – gegen die „büro-[296]kratischen Auswüchse“ des Regimes der KPdSU, gegen den „Führerkultus, der mit der Person Stalins betrieben wird, die Hemmung der Entwicklung der marxistischen Theorie und damit auch der geistigen Entwicklung der Mitglieder der KPdSU. durch die Erhebung der Schriften und Aussprüche Stalins zum Kanon für alle Wissenschaften“; „das sind Dinge, die für die Erhaltung der proletarischen Diktatur und für die Sicherung des sozialistischen Aufbaus absolut unnötig sind“[14]. Aber weiterhin wurde auch als das Hauptübel dieser „bürokratischen Auswüchse“ die Tatsache ihrer Übertragung auf die KI-Politik betrachtet[15], was unverändert bewirke, daß die KI „in wichtigen allgemeinen politischen Fragen überhaupt nicht mehr in Erscheinung“ trete: „Es reicht bei ihr nur noch zu einer internationalen Kampagne gegen den ‚Luxemburgismus‘“; in den der „Brandlerismus“ eingeschlossen war[16]. Die völlige Unfähigkeit der KI-Führung, die gesellschaftliche und politische Entwicklung zu analysieren, resümierte die KPO noch einmal am Leitfaden der verschiedenen „halben“ „Wendungen“, welche das EKKI seit dem VI. Weltkongreß durchgeführt beziehungsweise wieder rückgängig gemacht hatte und deren atheoretisch-ideologischer Charakter durch das XII. EKKI-Plenum (27.8.–25.9.1932), welches wieder einmal eine „*Erweiterung des revolutionären Aufschwungs der Massen*“ und einen „Zerfall ... der nationalsozialistischen Massenbewegung“ konstatieren zu können glaubte und daraus folgerte, daß „Deutschland ... nicht Italien“ sei[17], auf’s neue bestätigt wurde. Die Tatsache, daß die KI-Führung zuweilen in die Politik der KPD zuungunsten ihres „ultralinken“ Charakters eingriff – so zuletzt durch die Einleitung einer dann nur sehr zögernd und nur für kurze Zeit durchgeführten Einheitsfrontpolitik im Frühjahr 1932[18] – konnte die KPO nicht daran hindern, der KI vorzuwerfen, daß sie „nicht daran denke ..., aus den Tatsachen zu lernen und die verhängnisvolle Taktik der kommunistischen Parteien in den letzten Jahren zu liquidieren“[19]:

> „Der Weg von der siegesgewissen ökonomischen Analyse des 6. Weltkongresses bis zu der opportunistischen und defaitistischen Einschätzung der Lage in den letzten Monaten und Wochen [scil. Frühjahr 1932] ist lang. Aber die ultralinke Führung hat es fertig gebracht, ihn in knapp vier Jahren zu gehen. Es ist ein Abstieg ohnegleichen“[20].
>
> „Nicht weniger falsch war die Untersuchung der politischen Lage, die von der ultralinken Führung in den vier Jahren geführt worden ist. ... Nach vier Jahren eines Kampfes gegen ‚Sozial- und Na-[297]tionalfaschismus‘ ist das traurige Ergebnis, daß der Faschismus unmittelbar vor der Machteroberung steht“[21].
>
> „Gestützt auf die leichtfertige Analyse der ökonomischen und politischen Lage ... begann der 6. Weltkongreß die bisherige Taktik der kommunistischen Parteien abzubauen und durch den ultralinken Kurs zu ersetzen, ... [der sie] in den Sumpf des Opportunismus führt“[22]
>
> „Das einzige Resultat der vierjährigen RGO-Politik ist eine Schwächung des kommunistischen Einflusses in den Betrieben und Gewerkschaften“[23].

Die „Bilanz des ultralinken Kurses“ ergebe – nach wie vor – daß mit dem KI-System der „‚gehorsamen Dummköpfe‘“[24] gebrochen werden müsse, da – wie die V. RK formulierte – „alle Wendungsversuche ... nicht zur Liquidierung des ultralinken Kurses, sondern lediglich zu dessen

fortschreitender Zersetzung führen müssen und führen“[25]. Auch die Beurteilung der KPD selbst blieb im Jahre 1932 an diesem Theorem der „Zersetzung des ultralinken Kurses“ orientiert. Die Politik der KPD wurde charakterisiert als das, was sie wirklich war; als eine „Politik[,] die sich im Kreise dreht“[26]. Für die Inkonsequenz des Nebeneinanderherlaufens von RGO- und Gewerkschaftsfraktionspolitik seit 1930/31[27], für die Rückkehr zum extrem „ultralinken“ Kurs nach dem relativen Wahlerfolg der KPD vom 31. Juli 1932, welcher jener schüchterne, von der KI eingeleitete Versuch einer Einheitsfrontpolitik nach den Wahlniederlagen des Frühjahrs 1932 vorangegangen war[28], für die Verschränkung von „ultralinker“ und „ultrarechter“ Politik nach dem Preußen-Staatsstreich vom 20. Juli 1932, nach dem die KPD einerseits unvorbereitet zu einem von den „roten Betriebsräten“ zu organisierenden Generalstreik aufgerufen, andererseits praktisch unöffentliche Verhandlungen mit den „Spitzen“ der „reformistischen“ Verbände und Parteien gepflogen hatte[29], endlich für die Einleitung und baldige Umwandlung der „Antifaschistischen Aktion“ des Sommers 1932 in eine reine Parteiaktion[30] traf jene Bezeichnung der „Politik im Kreise“ allerdings völlig zu[31]. Die KPD habe sich – so resümierte die KPO – am

> „Ende des vierten Jahres der ultralinken Politik ... völlig in eine Sackgasse verrannt. Sie hat alle Möglichkeiten der ultralinken Taktik erschöpft. Es fallen ihr nicht einmal mehr neue ultralinke Dummheiten ein, die sie praktizieren könnte“[32].

Andererseits sei das „*Gefühl*, daß tiefliegende Fehler im Kurs oder der ‚Linie‘ der Partei vorliegen müssen, ... bei einem Teil der Par-[298]teimitgliedschaft offenbar im Wachsen“[33]: die „politische Entwicklung in Deutschland“ nämlich werfe „immer dringender die Frage der Reform der kommunistischen Bewegung auf“; diese „Lebensnotwendigkeit für die Kommunistische Partei“ aber sei nach wie vor nur möglich über „den Sturz der unfähigen Parteibürokratie“[34], durch die Herstellung einer „wirkliche[n] innerparteiliche[n] Demokratie in der KPD“, innerhalb derer – wie die V. RK formulierte – „die von der KPD.-O. vertretene Taktik in der KPD. mündlich und schriftlich, in der Presse und in den Organisationen der Partei positiv und kritisch verteidigt werden kann“[35]. Die politische Entwicklung in Deutschland selbst, welche nach dieser Argumentation die Chancen für eine Reform der KPD – vermittelt durch einen Protest der Mitgliedschaft gegen die angesichts der Faschismusdrohung versagende Führung – vergrößerte, wurde weiterhin einer laufenden minuziösen Analyse unterzogen. Die Transponierung der Bonapartismusanalyse von Marx auf die Entwicklung auch der Endzeit der Weimarer Republik, welche die theoretische Deutung dieses Zeitraums durch Thalheimer kennzeichnete[36], bewahrte von vornherein die KPO vor der Illusion, daß der endgültige Untergang der Weimarer Republik anders denn durch eine gemeinsame Aktion der Arbeiterschaft verhindert werden könne. So wurde vor allem die Theorie des „kleineren Übels“, welche die Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten im Frühjahr 1932 begleitete, für „abenteuerlich und lächerlich“ erklärt:

> „[N]ie war der verbrecherische Unsinn der Theorie vom ‚kleineren Übel‘ so offenbar wie heute. Wenn ein faschistischer Staatsstreich heute unmittelbar droht, so ist das auf die Regierungspraxis Hindenburgs zurückzuführen. Hindenburg ist der Mann, in dessen Namen und unter dessen Verantwortung ... die bürgerliche Demokratie, der Parlamentarismus, die Rechte der Massen so weit abgebaut worden sind, daß zum ‚Dritten Reich‘ des Faschismus nur noch ein kleiner Schritt geblieben ist ... Der Wahlkampf zwischen Hitler und Hindenburg darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es ... hier nur um einen Streit um die Verteilung der Macht unter den beiden Partnern des faschistischem Staatsstreichs geht“[37].

Diesem Machtkampf liege die Tatsache zugrunde, daß „der ‚gemäßigte‘ Flügel des Bürgertums ... *schon bereit*“ sei, „*die Macht mit den Faschisten auf gleich und gleich zu teilen*“; „*aber er ist noch nicht bereit, sich den Faschisten völlig unterzuordnen*“[38]. Eine solche Unterordnung aber werde sich ergeben, wenn der Nationalsozialismus als die beherr-[299]schende Kraft im faschistischem Lager das politische Übergewicht im Lager der „Rechts“-Parteien erlange – wozu der Vormarsch der Nationalsozialisten bei den Landtagswahlen am 24. April, besonders in Preußen, ein wichtiger Schritt sei[39]; dies insbesondere auch deshalb, weil hier verstärkt Teile der Arbeiterschaft in das faschistische Lager übergewechselt waren[40]. Von hier aus war es nur konsequent, die Regierung Papen – im

Unterschied zur Regierung Brüning, welche die „Vorarbeit für den Faschismus“ geleistet habe – als eine Regierung der „*unmittelbaren Vorbereitung des faschistischem Staatsstreichs*“ zu bezeichnen[41]. Dessen „*erster* Akt“ wurde, so formulierte die KPO, mit dem Preußen-Staatsstreich der Papen-Regierung am 20. Juli vollzogen[42].

> „Am 20. Juli räumte die kleinbürgerliche Demokratie in Gestalt der Sozialdemokratie widerstandslos das Kampffeld vor dem Handstreich der Regierung Papen-Schleicher in Preußen. Das hat mehr als lokale Bedeutung. ... Mit der gewaltsamen Entfernung der Sozialdemokratie aus der preußischen Verwaltung ist die kleinbürgerliche Demokratie in Deutschland, die Weimarer Republik *tatsächlich* zu Ende. ... Es ist nur noch eine Frage der Zeit, daß die Form der Verfassung der wirklichen Verfassung, d. h. den wirklichen Machtverhältnissen entsprechend, geändert wird“[43].

Ungeachtet der „bitter[en] Tatsache“, daß am „20. Juli ... nicht nur die kleinbürgerliche Demokratie [scil. die Sozialdemokratie], sondern auch die revolutionäre Arbeiterklasse aus dem Kampffeld“ ausgeschieden war[44], richtete die KPO-Führung stets auf’s neue eindringliche Appelle an die Arbeiterschaft, noch in letzter Stunde der Gefahr entgegenzutreten:

> „Nehmen die Arbeiter ihre Geschicke nicht in ihre eigenen Hände, handeln sie nicht schnell und entschlossen, dann ist der Sieg des Faschismus unvermeidlich, denn außer der Arbeiterklasse existiert keine Kraft, die die Flut der faschistischen Konterrevolution zum Stehen bringt. Die Arbeiterklasse trägt vor der Geschichte eine hohe Verantwortung. Ihr Kampf ist mehr als die Verteidigung der nackten Existenz. Sie ist die Trägerin der Aufwärtsentwicklung der menschlichen Gesellschaft, sie ist das Bollwerk der Menschheitskultur. Fällt dieses Bollwerk, werden die faschistischen Banden das Reich der Barbarei aufrichten, gegen das alles verblassen wird, was in der Menschheitsgeschichte an finsterster Reaktion jemals zu verzeichnen war“[45].

Doch noch immer war, so argumentierte die KPO-Leitung, der Sieg des Nationalsozialismus nicht eindeutig entschieden: „Am 20. Juli handel-[300]ten die zwei Gruppen der Reaktion, die junkerlich-monarchistische und die faschistische, *gemeinsam* gegen die Arbeiterklasse und die kleinbürgerliche Demokratie“; als sich herausstellte, daß beide sich nicht wehrten, trat der „Konflikt zwischen den beiden Gruppen der Reaktion“ auf die Tagesordnung, was sich in der Woche bis zum 13. August, in den für die NSDAP ergebnislosen Verhandlungen über eine Beteiligung der Nationalsozialisten an der Reichsregierung, dokumentiert habe; aber:

> „Am 13. August ist nicht die Weimarer Republik gerettet worden. Gerettet wurde nur *die Republik, die in der Verfügungsgewalt der Junker ist*. ... Alle Versuche der gegenwärtigen Regierung, sich für länger an der Macht zu halten, führen auf dem oder jenem Wege, über kurz oder lang, zur ‚Revolution von oben‘, d. h. zum Staatsstreich. Aber auch der Weg des Faschismus führt dazu und es kann sehr wohl sein, daß der eine Staatsstreich dem anderen die Wege ebnet“[46].

So würde es sich in diesem Zeitabschnitt des Jahres 1932 nur noch – unter der Voraussetzung der weiteren Passivität der Arbeiterschaft – um einen Endkampf der „reaktionären Kräfte“ handeln, der für den Faschismus die „Bahn frei“ mache[47]; hieran habe auch der Rückschlag, den die NSDAP bei den Reichstagswahlen vom 6. November erlitt, nichts geändert, da die objektiven gesellschaftlichen Faktoren, die ihn begünstigten, weiterhin bestünden[48]. Aus diesem Endringen der „reaktionären Kräfte“ miteinander ging, so folgerte die KPO aus der Bildung der Regierung Schleicher, das „militärisch-bürokratische Element ... gestärkt gegenüber dem rein junkerlichen“ hervor. Die Verbreiterung der parlamentarischen und außerparlamentarischen Basis dieser Regierung – im Vergleich zu der Papens – sei erkauft „durch ihre Lockerheit, ja Gegensätzlichkeit“. Es werde sich zeigen, „daß auch die Schleicher-Regierung nicht die ‚stabile‘ Diktatur geschaffen hat und schaffen kann, nach der das Kapital verlangt, und daß sie keine feste Barriere gegen die faschistische Diktatur ist. Der weitere Fortschritt in der Verselbständigung der Exekutivgewalt, den die Regierung Schleicher verkörpert, *vereinfacht gegebenenfalls* [scil. beim Ausbleiben der Gegenwehr der Arbeiterschaft] eine

solche ‚Verständigung‘ zwischen Exekutivgewalt und faschistische[r] Partei, die die Grundlagen zur faschistischen Diktatur legt“[49]. Gerade weil die Schleicher-Regierung keine faschistische, stabile Diktatur und so weder fähig sei, „die einzelnen Fraktionen der Bourgeoisie zu [301] zwingen, ihre Sonderinteressen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen“, noch die Nationalsozialisten zähmen und zurückdrängen könne, sei sie ebenso labil und „von Widersprüchen zerfressen wie ihre Vorgängerin“:

> „Die Gefahr der Errichtung einer faschistischen Diktatur ist nicht verschwunden. Die Verhandlungen zwischen Hitler und Papen zeigen, daß das Großkapital den Plan der Heranziehung der Faschisten zur Macht nicht preisgegeben hat, ihn vielmehr weiter verfolgt, obwohl es inzwischen immer klarer geworden ist, daß die Nazis die volle Macht, die tatsächliche Alleinherrschaft beanspruchen“[50].

So resümierte die V. RK der KPO um die Jahreswende 1932/33 in ihrer Hauptresolution:

> „[D]ie Triebkräfte, die im Lager der Kapitalistenklasse im Sinne des Faschismus wirken, ... sind noch im Wachsen. ... Die junkerlich-militaristisch-bürokratische Oberschicht, die gegenwärtig regiert, versucht, so lange wie möglich die Exekutivgewalt ausschließlich in ihrer Hand zu behalten. Aber sie ... ist kein fester und dauernder Wall gegen den Faschismus. Die Schwankungen und Krisen im Lager des Faschismus haben die faschistischen Tendenzen im Lager der Bourgeoisie nicht geschwächt. Vielmehr ist der Druck der führenden Kreise des Kapitals, vor allem der Schwerindustrie, zur Übergabe der Macht an die faschistische Partei zusehends stärker geworden“[51].

In dieser klassentheoretischen Untersuchung des Transformationsprozesses, der zur faschistischen Diktatur führte, fungierte allein das Proletariat, und in besonderem Maße die KPD, als mögliche Gegenkraft. Die Aufgabe, welche die KPO sich in dieser Zeit selbst zuschrieb, wurde daher ausdrücklicher denn je zuvor in der Mobilisierung der KPD-Mitgliedschaft für die „richtige“ KPO-Politik, und, in der einheitsfronttaktischen Konsequenz, auch in der Sammlung der nichtkommunistischen Arbeiter zu diesem Ziel gesehen. Nach wie vor nahm sich die Gruppe vor, als „organisierte Richtung“ der KPD in dieser Partei „eine wirkliche Diskussion zu organisieren und eine wirkliche Kritik durchzusetzen“[52]; doch machte sie zur notwendigen Voraussetzung einer Rückkehr in die KPD nicht mehr – wie einst Thalheimer am Tage vor der I. RK 1928 – die „Durchsetzung der Auffassung, um die wir kämpfen“[53], sondern argumentierte – umgekehrt –, daß eine „wirkliche Wendung in der notwendigen Richtung ... die Wiederaufnahme der KPD.-O. [302] in die Partei, als Zeichen der Wiederherstellung der innerparteilichen Demokratie in der KPD. und in der KI.“[54], einschließe. Diese – nie ausdrücklich zugegebene – Akzentverschiebung in der Selbstinterpretation der KPO als kommunistischer „Richtung“ war motiviert durch die „Verantwortung der KPD.-O.“, die „ins riesenhafte gewachsen“ sei: „Nur mit Hilfe ihrer Politik kann die kommunistische Partei wieder schlagkräftig gemacht werden, nur auf Grund ihrer Politik kann der erfolgreiche Widerstand gegen den Faschismus organisiert werden“[55]. Nicht minder selbstbewußt schätzte die KPO die andere, schon seit Ende 1929 in den Vordergrund ihrer Politik gerückte Aufgabe, die der Arbeit in den Massenorganisationen, besonders in den Gewerkschaften, ein – welche ja tatsächlich, im Vergleich zu den anderen radikalen politischen Parteien und Gruppen der Arbeiterbewegung, relativ erfolgreich war: „Wir sind eine Kaderorganisation. Aber unsere Arbeit trägt den breitesten Massencharakter. Die Gruppe als Ganzes und ihre einzelnen Mitglieder stehen mit beiden Füssen in der Massenarbeit“[56]. So resümierte die KPO-Führung den politischen Sinn der Gruppe, wie sie ihn verstand, in einem Artikel zur V. RK:

> „Was die Perspektiven anlangt, so hat das letzte Jahr nichts Wesentliches daran geändert, sondern nur bestätigt und noch schärfer akzentuiert, daß unsere Gruppe für die kommunistische Bewegung und für die Arbeiterklasse das ist, was das Atmungsferment für die Lebewesen – ein lebenswichtiger Faktor“[57].

8. Politisch-gesellschaftliche Funktionen der KPO von der Spaltung bis zur V. Reichskonferenz (1932/33)

Hinter dem hohen Anspruch, den die Selbstinterpretation der KPO kennzeichnete, blieb die

Realisierung ihrer politisch-gesellschaftlichen Funktionen auch im Jahre 1932 weit zurück; doch waren die Bemühungen der Gruppe um die Herstellung der „kämpfenden Einheitsfront“ gegen den Faschismus, bei der die KPO „kein Monopol auf Führung“ forderte[1], in diesem Jahre besonders intensiv und partiell etwas erfolgreicher als im Jahre zuvor.

Zwar hatte sich in den Beziehungen zwischen KPO und KPD-Führung auch nach der Spaltung der KPO nichts geändert; dieser Führung galten stets die einheitsfronttaktischen Versuche sowohl der SAP als auch der [303] „Brandleristen“ als Mittel, „bewußt die Arbeiterklasse [zu] *betrügen*“[2]; beide Gruppen blieben für die KPD-Spitze „in Wirklichkeit lediglich eine *Spielart des Sozialfaschismus*, eine Filiale der Sozialdemokratischen Partei“[3]. Aber die Verbindungen zwischen der KPO und den Mitgliedern, zuweilen auch den lokalen Leitungen der KPD gestalteten sich 1932 etwas besser als zuvor. Einerseits konnte die KPO eine Reihe von Einzelmitgliedern der Partei in ihre Organisation hinüberziehen[4]; andererseits – und vor allem – war es, besonders zu Anfang des Jahres und zur Zeit der partiellen Abkehr vom extrem „ultralinken“ Kurs der KPD im Frühjahr 1932, möglich, nicht allein Diskussionen zwischen Mitgliedern der KPD und KPO in Gang zu setzen – beispielsweise in öffentlichen Versammlungen oder gelegentlich der Wahlagitation, welche die KPO außer bei den mitteldeutschen Kommunalwahlen für die KPD betrieb[5] –, sondern auch, in bestimmten Orten oder Bezirken in „ein erträgliches Arbeitsverhältnis zu einem nennenswertem Teil der besten KPD.-Funktionäre und Mitglieder [zu] ... kommen“[6]. Wenngleich die KPO-Führung in der Zeit der V. RK schon von einer „breitere[n] Verbindung, die unsere Gruppe mit den Parteimitgliedern gewann“, sprach[7], geht andererseits aus der Organisationsberichterstattung der Gruppe allerdings hervor, daß diese lokalen Verbindungen keineswegs allgemein waren, ja, daß an manchen Orten – so in Bremen und Chemnitz – „die KPD.-Führung jede Zusammenarbeit mit den ‚Renegaten‘“ ablehnte; dies selbst dann, wenn sie wie im Frühsommer 1932 zu einheitsfronttaktischen antifaschistischen Aktionen selbst die Initiative ergriffen hatte[8]. Immerhin war mancherorts zu spüren, daß bei den kleineren KPD-Funktionären die „fanatische Gehässigkeit [gegenüber der KPO] geschwunden“ war[9], und stellenweise kam es für eine gewisse Zeit sogar zu einer institutionalisierten Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen. Schon Anfang Januar 1932 hatte die zentrale KPD-Führung gerügt, daß es in „mehreren Bezirken (Nürnberg, Hamburg, Oberhausen ... [Hessen-Frankfurt])“ unter „Vernachlässigung der Mobilisierung der Massen“ zur „Anwendung der Einheitsfronttaktik von oben (Paritätisches Komitee mit SAPD- und brandleristischer Führung ...)“ und zu „Versäumnisse[n] in der Bekämpfung und Demaskierung der Brandleristen als Agenten des Sozialfaschismus“ gekommen war[10]. Auch später kam es gelegentlich zu derartigen Kooperationen, bei denen allerdings die völlige Zerfahrenheit der KPD-Politik deutlich sichtbar wurde; so [304] beteiligte sich im Sommer 1932 ein offizieller KPD-Vertreter, mit positivem Erfolg, an Verhandlungen zwischen der KPO und verschiedenen anderen radikalen Splittergruppen (Lenin-Bund, SAP) in Halle, welche die Einleitung verschiedener einheitsfrontpolitischer Aktionen (antifaschistische Demonstrationen, Bildung von Betriebswehren) zeitigten; in Merseburg dagegen sperrte sich die lokale KPD-Führung gegen ein gemeinsames Vorgehen zu diesen Zwecken[11]. Während in Halle eine fraktionelle Zusammenarbeit mit der KPO in den Freien Gewerkschaften von der KPD abgelehnt wurde[12], wurde sie im niedersächsischen Schöningen zumindest eingeleitet[13]. Auch mit dem Kommunistischen Jugend-Verband kam es zeit- und stellenweise zu lokaler Zusammenarbeit[14]. Dies konnte indes an der strikt ablehnenden Haltung des KPD-ZK und der maßgebenden Bezirksleitungen der Partei gegenüber den Kooperationsversuchen der KPO nicht das mindeste ändern: als im Juli 1932 ein ehemaliges Mitglied der SAP etwa 600 Besucher einer Versammlung des „Bundes der Freunde der Sowjet-Union“ in Berlin bewog, eine an die RL Berlin-Brandenburg der KPD gerichtete Resolution anzunehmen, in der die geschlossene Wiederaufnahme der KPO in die Kommunistische Partei gefordert wurde, war die Antwort des BL-Sekretärs Ulbricht kurz und eindeutig:

> „... Bekanntlich wurde durch den Ausschluß der Brandleristen die Einheit und Kampfkraft unserer Partei gestärkt, nicht aber geschwächt. Es ist Sache der Brandleristen, ob sie voll ihre Fehler anerkennen, dann werden wir von Fall zu Fall beurteilen, wen wir in die

Partei aufnehmen. Im übrigen überlassen wir es ihnen selbst, auf dem Misthaufen der Geschichte zu verfaulen“[15].

Invektiven dieser Art konnten freilich die KPO nicht hindern, sich auch in diesem Jahre 1932 mit einheitsfronttaktischen Appellen – welche gerade ob der relativen Verbesserung des Verhältnisses zur KPD-Mitgliedschaft mehr als zuvor erfolgversprechend zu sein schienen – immer auf’s neue an die KPD zu wenden. So veröffentlichte die RL der KPO am 20. Februar einen Offenen Brief an die KPD, in dem angeregt wurde, bei den Reichspräsidentenwahlen analog jener bei den Präsidentenwahlen von 1925 nachträglich von der KI-Führung vorgeschlagenen Politik zu verfahren, welche ein Zurückziehen des kommunistischen Kandidaten nach „14 Tagen kräftiger Agitation“ für ihn und ein Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie zum Inhalte hatte; eine solche Taktik sei mit einer Einheitsfrontkampagne für Forderungen, welche etwa [305] denen des „Antifaschistischen Kampfprogramms“ der KPO entsprachen[16], zu verbinden[17]. Die KPD lehnte – wie kaum anders zu erwarten – diesen Vorschlag ab. Nach dem 1. Wahlgang – in dem die KPO sich wie beim 2. Wahlgang für den KPD-Kandidaten einsetzte[18] – veröffentlichte die Gruppe einen Aufruf „An die Mitglieder der KPD!“, in dem die Wahlpolitik der Partei kritisiert und die Mitglieder aufgefordert wurden, den 2. Wahlgang auszunutzen, „die Massen für den einheitlichen, außerparlamentarischen Kampf zu mobilisieren“[19]. Im Mai 1932 erinnerte die KPO in einem weiteren Offenen Brief an das EKKI das ZK und die Mitgliedschaft der KPD zum einen an die „*Annäherung zwischen den Mitgliedern der KPD-O und der KPD*“, und an die Wahlniederlagen der Partei als Ausdruck der parteischädigenden Konsequenz der „ultralinken“ Politik zum anderen und forderte die Partei auf, die vereinzelten und schüchternem Ansätze einheitsfronttaktischer Politik zu verallgemeinern und die „Einheit der Kommunisten“ durch die geschlossene Wiederaufnahme der KPO herzustellen[20]. Im Juni endlich schlug sie dem ZK der KPD verschiedentlich öffentlich vor, gemeinsame Beratungen beider Organisationen zum Zweck der Einleitung einer gemeinsamen Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften, gemeinsamer antifaschistischer Aktionen und gemeinsamer Wahlarbeit zu beginnen[21]. Die Rückkehr der KPD zum extrem ultralinken Kurs nach den Juli-Wahlen 1932 demonstrierte allerdings alsbald die Zwecklosigkeit dieser Bemühungen.

Kaum anders gestalteten sich die Beziehungen der KPO zu den anderen politischen Organisationen der Arbeiterbewegung, von denen 1932 allein die SAP eine für die Politik der KPO nennenswerte Bedeutung erlangte. So, wie es nach Abschluß der Übertrittswelle zur SAP nach Ablauf des ersten Vierteljahres 1932 zu nennenswerten Übertritten von KPO-Mitgliedern zu der neuen Partei nicht mehr kam, war auch umgekehrt die Anziehungskraft der „kommunistischen Richtung“ für die SAP-Mitglieder nicht sonderlich groß. Nur sehr vereinzelt schlossen sich Mitglieder und Funktionäre der SAP oder des ihr nahestehenden Sozialistischen Jugendverband[22] der KPO an; so „absorbierte“ die KPO in Württemberg „Mitglieder der SAP in unsere Gruppe“[23], einige SJV-Mitglieder in Braunschweig traten zum KJVO über[24], und einige Funktionäre aus der kommunistisch orientierten Gruppe in der SAP, so Walter Ehrmann[25] und eine Gruppe von Jenaer SAP-Funktionären um Hermann Scheler (genannt Titus)[26] schlossen sich ebenfalls der KPO an; besonders die Jenaer Übertritte wurden von der KPO propagandistisch ausgewertet[27]. Die Gruppe legte jedoch auf die Durchführung von einheitsfrontpoliti-[306]schen Aktionen auch mit der SAP – ohne dabei wegen des Übertritts der KPO-Minderheit durch Ressentiments behindert zu sein – eher größeres Gewicht als auf die Mitgliederabwerbung. Nachdem im Januar 1932, unmittelbar vor dem Ausschluß der wichtigsten Minderheitsrepräsentanten, schon die Berliner antifaschistische Kundgebung von KPO, Lenin-Bund und SAP zustandegekommen war und im gleichen Monat Gewerkschafter der KPO und der SAP in Nürnberg in der lokalen ADGB-Organisation zusammengearbeitet und die Bezirksleitungen beider Gruppen in Thüringen immerhin sich über „gemeinsame Aktionsrichtlinien“ zur Bildung antifaschistischer Kartelle und „linker“ Gewerkschaftsfraktionen geeinigt hatten[28], kam es im Frühjahr und Sommer 1932 noch verschiedentlich zu gemeinsamen Versammlungen beider Gruppen – so in Sachsen zu einer Massenversammlung unter der Parole „KPD und SPD marschieren vereint – Hitler ist erledigt“[29] – und gelegentlich, so in Altenburg und Gera, zu gemeinsamen Einheitsfrontaktionen oder zur Bildung von Vorbereitungskomitees zur Bildung von „Klassenwehren“[30]. In Dresden und vermutlich

auch in anderen Orten forderte die KPO ihre Mitglieder zum Eintritt in den – ursprünglich als überparteiliche Organisation gedachten, aber dann mehr und mehr an die SAP gebundenen – Sozialistischen Schutzbund[31] auf[32]. Doch hat anscheinend nicht zuletzt die Tendenz des SAP-Parteitags im März 1932, Einheitsfrontaktionen gegenüber dem Aufbau der eigenen Parteiorganisation eher zurückzustellen[33], mit bewirkt, daß die KPO seit dem Sommer dieses Jahres hin und wieder beklagen mußte, daß die SAP die „Arbeit zum Schaffung der antifaschistischen Einheitsfront“ „sabotiere“[34]. Ungeachtet dessen bemühte sich die KPO bis in das Jahr 1933 hinein, durch Offene Briefe in der Mitgliedschaft der SAP Resonanz für ihre Politik, insbesondere für das Programm der Entfernung der „*nichtkommunistischen Bestandteile der SAP*.“ aus dieser Partei und des Übertritts der übrigen Mitgliedschaft in das kommunistische Lager, zu finden[35]. Sie hatte hiermit nicht mehr Erfolg als mit den analogen Propagandaaktionen bei der Mitgliedschaft der KPD.

Die gewerkschaftliche und kommunalpolitische Arbeit der KPO – bei der die Gruppe vor allem einen Verlust entsprechender Positionen durch den Übertritt der Offenbacher Gruppe zur SAP in Kauf zu nehmen gehabt hatte – setzte 1932 im übrigen die, vor allem auf gewerkschaftlichen Gebiet, relativ vielversprechenden Ansätze der vorangegangenen Jahre [307] fort, ohne freilich den Einflußbereich im Durchschnitt vergrößern zu können. Während auf kommunalpolitisch-parlamentarischem Gebiet die KPO sowohl Verluste erlitt als auch Erfolge erzielte – die sächsischen Kommunalwahlen vom 13. November 1932 waren für die KPO nicht erfolgreich, dagegen konnte sie bei den Kommunalwahlen in Thüringen am 4. Dezember 1932 ihre Positionen im Vergleich zur Landtagswahl 1929 relativ verbessern[36] – konnte sie ihre Gewerkschaftspositionen im wesentlichen halten und stellenweise auch etwas ausbauen. So konnte die KPO-Presse verschiedentlich nicht nur die Aufrechterhaltung ihrer wichtigsten Gewerkschaftspositionen bei den entsprechenden Gewerkschaftswahlen melden – hier waren vor allem die Stuttgarter Verbände des DMV und der Schuhmachergewerkschaft zu nennen[37] –, sondern gelegentlich auch auf Positionsgewinne verweisen – dies zum Beispiel in einer Sektion des lokalen Holzarbeiterverbandes in Stuttgart[38] oder im DMV Dortmund[39]. Auf dem Dortmunder Kongreß des DMV war die KPO mit fünf Delegierten – im Vergleich zu acht Vertretern im Jahre 1930 – vertreten[40]. In der Gesamtbeurteilung ihrer Gewerkschaftsarbeit glaubte die KPO somit feststellen zu können, es habe sich ihr „*politischer Aktionsradius ... trotz des Abganges der Minderheit nicht verringert*“[41].

Mehr denn je galt dieser absolut freilich sehr kleine Einflußbereich der KPO als Ansatzpunkt für ihre allgemein-einheitsfronttaktischen Bemühungen zur Herstellung einer „geschlossene[n] Front der Arbeiterklasse“ gegen den Faschismus, ihrer „außerparlamentarische[n] Aktion“[42]. Sie wurde nicht müde, auf jene historischen Beispiele hinzuweisen, an denen sich demonstrieren ließ, „wie eine Bewegung der Arbeiterklasse aussieht, die imstande ist, trotz aller Mängel und Schwächen, die größten Verstöße der Kapitalistenklasse abzuwehren“; auf den Kapp-Putsch-Streik von 1920 und auf den Cuno-Streik von 1923[43]. In ihrer Agitationsbroschüre über den Weg zur antifaschistischen Einheitsfront[44] wurde noch einmal die ungeheure Aktualität der faschistischen Gefahr aufgezeigt – wobei als Hauptverantwortliche die sozialdemokratische Koalitions- bzw. Tolerierungspolitik nach 1928 einerseits, der „ultralinke“ KPD-Kurs andererseits erschienen – und wurde der aktuellen Politik beider Parteien die Politik der „proletarischen Klassenfront“ unter der Führung einer einheitsfronttaktisch operierenden KPD gegenübergestellt[45]. Der Anfang hierzu sei ein „Kampfbündnis [308] aller proletarischen Organisationen zur Abwehr des Faschismus und des Unternehmerangriffs“[46]. Durch Einheitsappelle, die „an die Leitungen aller Arbeiterorganisationen“ einerseits, „an die Mitglieder aller Arbeiterorganisationen“ andererseits gerichtet waren, wurden diese Vorschläge in gezielter Form reproduziert[47]; „ergänzt und verstärkt werden“ sollten Appelle dieser Art durch die Propaganda für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm der KPO, das am 16. April 1932 veröffentlicht wurde und das die Propaganda für verschiedene sozialpolitische und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie für antifaschistische Aktionen und für den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR auf die traditionelle Losung der Produktionskontrolle ausrichtete[48]. Jener Appell der KPO „an die Leitungen aller Arbeiterorganisationen“ – der am 11. Juni veröffentlicht worden war und ein Parallelstück zu dem einen Monat früher veröffentlichten allgemeinen Einheitsfrontaufruf

der SAP bildete[49] – wurde wie diese SAP-Initiative von den großen Arbeiterorganisationen lediglich zur Kenntnis genommen; auf den ADGB-Bundesausschußsitzung vom 14. Juni kommentierte Leipart diese Versuche der Splittergruppen mit den Worten, es sei ein „Eingehen auf ihre Anregungen ... nicht eher möglich, bevor nicht diese Parteisplitter durch ihre Vertreter bewiesen hätten, daß sie ihre sinnlosen Angriffe gegen die Gewerkschaften einzustellen gedenken“[50]. Freilich zeigte diese Stellungnahme immerhin, daß die einheitsfrontfreundlichen Stimmungen der Gewerkschaftsmitgliedschaft die Gewerkschaftsführung doch nötigten, auf derartige Vorschläge jedenfalls zu reagieren. Dementsprechend hatten diese Initiativen in lokalem Maßstabe immerhin den – zweifellos durch derartige spontane politische Stimmungen der Mitgliedschaft sowie durch ähnliche Ansätze anderer Splittergruppen, vom allem der SAP, ebenfalls bewirkten – Erfolg der Bildung neuer einheitsfronttaktischer Organe und der Durchführung ebensolcher Aktionen gegen den Faschismus; solche Erfolge wurden von der KPO besonders aus Thüringen, Württemberg und zunächst auch aus Ostsachsen gemeldet[51]. Aber häufig genug waren diese Erfolgsmeldungen auch mit Mitteilungen darüber verknüpft, daß die Kooperation der KPO mit anderen Organisationen und Parteien durch Weisungen übergeordneter Organisationszentralen – im Falle Ostsachsens solcher der KPD – systematisch [309] wieder zerstört wurden[52]. Auch wurden die Einheitsfrontinitiativen der Gruppe mehrfach auch dadurch von Anbeginn ihrer Wirkungsmöglichkeit beraubt, daß eine durchaus wohlwollende Reaktion der um Zusammenarbeit angegangenen Organisationsleitung – wie im Falle der sächsischen Bezirksleitung des ADGB – mit der Erklärung der Inkompetenz und der Aufforderung verbunden war, die KPO möge sich an die Zentralleitung wenden[53]. Angesichts dieser Lähmung einheitsfrontfreundlichen Impulse der Mitgliedschaft und der unteren Leitungen der Arbeiterorganisationen durch deren Abhängigkeit von den zentraleren Organisationsinstanzen[54] ist es nicht verwunderlich, daß die KPO-Presse vielfach melden mußte, es finde die „eingeleitete Einheitsfrontkampagne ... kein *starkes* Echo“[55], sie ende „vollkommen negativ“[56] oder sei „steckengeblieben“[57]. Wenngleich so die KPO zu der Auffassung gelangen mußte, daß das, „was ... an einheitlicher Gegenwehr der Arbeiterklasse in örtlichem Maßstab geschieht, ... trotz der zentralen Instanzen“ der großen Arbeiterorganisationen geschehe, setzte sie weiterhin alle ihre Kräfte für die Organisierung einer „zentralisierten“ antifaschistischen Gegenwehr, welche die Parteigebundenheit der sozialdemokratischen Eisernen Front und der kommunistischen Antifaschistischen Aktion sprengen sollte, ein[58]; die Gewerkschaftsmitglieder galten hierbei als das wichtigste von der KPO beeinflußbare Potential antifaschistischer Aktion[59]. Obgleich angesichts dieser Situation kaum noch Aussicht bestand, der unmittelbar drohenden faschistischem Diktatur zu begegnen, nahm sich die 5. RK vor, die einheitsfronttaktischen antifaschistischen Aktionen und die Arbeit für die Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder für ihre Politik „verstärkt“ – und das konnte nur bedeuten: unter Anspannung auch der letzten verfügbaren Mittel und Kräfte – zu betreiben[60].

9. Antifaschistische Aktion und Umstellung auf die Illegalität

Eine Woche nach der V. RK mußten die Wochenzeitungen der KPO über die Kölner Besprechungen Hitlers vom 4. Januar[1] 1933 berichten, welche „*Alarmzeichen für die Arbeiter*“ seien: „Die Lage erfordert ihr *selbständiges Eingreifen gegen beide Lager der Konterrevolution!*“[2] In ihrer nächsten Ausgabe forderten die beiden Blätter, angesichts einer vorangegangenen überparteilichen Einheitsdemonstration in Breslau am [310] Grabe eines der vielen Opfer des faschistischem Terrors, erneut die „*Einheitsfront gegen Nazi-Terror!*“; ein Ruf, der nun immer eindringlicher vorgetragen werden sollte[3]. Als „*Sturmzeichen*“ wurde die Ankündigung der nationalsozialistischen Demonstration vor dem Karl-Liebknecht-Haus auf dem Berliner Bülow-Platz für den 22. Januar gewertet[4]; und als diese Kraftprobe zwischen dem faschistischem Lager und dem der Arbeiterbewegung für diese mit einer Niederlage geendet hatte und die beiden großen Arbeiterparteien später mit getrennten Gegendemonstrationen ihre Uneinigkeit bewiesen, kommentierte die KPO, die nationalsozialistische Provokation habe „zu ihrem Teil dazu beigetragen ..., den Nazis die letzten Hindernisse auf ihrem Wege wegzuräumen“; der Ruf nach einheitlichem Vorgehen der Arbeiterbewegung, der nun – nach den ersten Ansätzen in der November-Rede Breitscheids von 1931 – in verstärktem Maße von der SPD-Führung und dem „Vorwärts“ formuliert wurde[5], veranlaßte die KPO-Zeitungen zu der

Aufforderung, die KPD müsse nun „die SPD-Führung *praktisch* vor die Frage“ stellen, „ob sie ihren Worten Taten folgen lassen will“: „*Die KPD muß sich mit einem Angebot zum gemeinsamen Kampf gegen Faschismus und Wirtschaftskrise an die Spitzen der SPD und des ADGB wenden. Noch im letzten Augenblick muß eine Massenbewegung des deutschen Proletariats die Entwicklung eines Hitlerschen Henkerregimes verhindern*“[6]. Doch die KPD entschloß sich auch in diesen letzten Tagen vor dem Sieg des Faschismus lediglich zu Einheitsfrontangeboten an die SPD-Mitgliedschaft und an die unteren sozialdemokratischen Organisationen und zu abstrakten Einheits- und Streik-Proklamationen an die „reformistischen“ Gesamtorganisationen, die eben dieser Beschränkung auf bloß proklamative Kampfangebote wegen keine oder bloß lokale Verhaltenskonsequenzen zeitigen konnten[7]. Gerade deshalb und wegen der „hoffnungslose[n] Passivität der sozialdemokratischen Parteiführung“ angesichts des drohenden Unheils[8], welche den praktischen Stellenwert ihrer Bündnisangebote stark reduzierte, drängte die KPO in den Schlagzeilen ihrer Zeitungen vom 28. Januar noch einmal darauf, die Arbeiter müßten „selbst die Initiative ergreifen“ und versuchen, die Gründung gemeinsamer antifaschistischer Kartelle aller Organisationen durchzusetzen: „*Schafft **jetzt** die Einheitsfront!*“[9] Die nächste Ausgabe der beiden Blätter mußte schon – unter der Schlagzeile: „*Zwingt die Führer der SPD, des ADGB und der KPD* [–] *Zum gemeinsamen Kampf!*“ – [311] die Meldung bringen, daß die „faschistische Diktatur ... errichtet“ sei:

> „Alle politischen und sozialen Rechte der deutschen Arbeiter, alle ihre Organisationen sind von der Vernichtung bedroht.
> Jetzt heißt es unverzüglich kämpfen, solange die faschistische Diktatur ihre Pläne noch nicht verwirklicht hat.
> Die Arbeiterorganisationen müssen gemeinsam gegen die faschistische Diktatur eingesetzt werden, sonst werden sie einzeln und nacheinander zerschlagen werden“[10].

Arbeiterpolitik

Organ der KPD (Opposition) • 4. Februar 1933 • 5. Jahrgang Nr. 5 • Preis 10 Pfennig

Zwingt die Führer der SPD, des ADGB und der KPD

Zum gemeinsamen Kampf!

Hitlers Programm

Der Kampfruf der Betriebe

Erste Ausgabe der „Arbeiterpolitik“ nach dem 30.1.1933

Die nächsten Ziele dieses Kampfes – das Programm, für dessen Verwirklichung die Gruppe besonders seit dem 30. Januar mit nahezu übermenschlicher Anstrengung arbeitete – wurden im selben Aufruf formuliert:

> „Arbeiter, jetzt ist keine Zeit zu verlieren! Keine parlamentarischen Illusionen, keine Hoffnungen auf die Wahlen vom 5. März.
> [312] Nur außerparlamentarisch kann der Faschismus geschlagen werden!
> Bildet überall in den Betrieben Aktionsausschüsse, die die Arbeiter aller politischen Richtungen vertreten! Schafft in allen Orten antifaschistische Kartelle aus allen Arbeiterorganisationen! Verwirklicht das Zusammengehen aller proletarischen Abwehrorganisationen

gegen den faschistischen Terror! Schafft überparteiliche antifaschistische Abwehrorganisationen! Faßt überall in den Betrieben und Massenorganisationen Resolutionen, die von den Instanzen der SPD, des ADGB und der KPD die unverzügliche Anwendung aller Mittel des außerparlamentarischen Kampfes gegen die faschistische Diktatur fordern! Entsendet Delegationen an die Instanzen!
Fort mit der Hitler-Regierung!
Es lebe der einheitliche Kampf der Arbeiter!“[11].

Seit langem war die KPO auf diesen Augenblick der Errichtung der faschistischen Diktatur vorbereitet. Dies nicht allein ideologisch, durch die fast prophetisch anmutenden theoretischen Analysen Thalheimers, sondern auch organisatorisch, durch die langjährige Gewöhnung fast aller Mitglieder der Gruppe zu disziplinierter Zusammenarbeit und durch deren Bereitschaft zu den Entbehrungen, welche ihnen die politische Aktivität der kleinen Organisation seit je abgefordert hatte. Durch die seit der V. RK eingeleitete Umstellung der Gruppenmitglieder auf die Fünferorganisation, ferner durch den Beschluß der RL nach dieser RK, die Bezirke müßten organisieren, „daß jedes einzelne Mitglied an der Stelle eingesetzt werden kann, wo es seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten entsprechend am erfolgreichsten arbeiten kann“, und durch die Verwirklichung dieses Beschlusses in verschiedenen Bezirken bereits im Januar 1933[12] wurden diese Vorbereitungen auf den Augenblick des faschistischen Sieges verstärkt. So arbeitete die Gruppe seit dem 30. Januar planmäßig für das im „Arpo“-Aufruf propagierte Kampfprogramm. Schon am Tage der Bildung der Hitler-Regierung gab die RL zentral ein Flugblatt mit Parolen im Sinne des späteren Arpo-Aufrufs, die in die Aufforderung zum Generalstreik einmündeten, sowie ein Flugblatt an die Ortsgruppen heraus, in dem es hieß, jetzt sei „die Anwendung der Einheitsfronttaktik, ein Angebot an die Spitzen der SPD und des ADGB, die Bereitschaft, mit den reformistischen Organisationen zusammenzuwirken, *eine unerläßliche kommunistische Pflicht*“[13]. Es hätte kaum dieses Hinweises bedurft, um die lokalen Einheitsfrontappelle einzuleiten, mit denen sich die KPO seit dem 30. Januar praktisch überall, wo fungierende Ortsgruppen bestanden, an die lokalen „Spitzen“ der anderen Arbeiterorganisationen wandte, und um die Organisierung der lokalen Beratungen, Demonstrationen und [313] Streiks in die Wege zu leiten, an denen sich die KPO stets – und meist initiativ – beteiligte. Am 30. Januar bereits brachte eine Reihe von Ortsgruppen der KPO – unter anderem Berlin, Leipzig und Nürnberg – Flugblätter heraus, in denen die sofortige Bildung der Arbeitereinheitsfront gegen die Hitler-Regierung gefordert wurde[14]; ebenfalls wenige Stunden nach der Bekanntgabe der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler brachten verschiedene Ortsleitungen der Gruppe Offene Briefe an die anderen Organisationsleitungen der Arbeiterbewegung mit der Aufforderung zu Einheitsverhandlungen und Einheitsaktionen heraus; so zumindest in Stuttgart, Leipzig, Gera, Jena und Nürnberg[15]. In einem dieser Briefe hieß es beispielsweise:

„Stuttgart, den 30.1.33, An den Vorstand des ADGB, der SPD und KPD, hier Werte Genossen!
Hitler ist zum Reichskanzler ernannt. Die Konzentration der faschistischen und monarchistischen Konterrevolution unter dem Protektorat von Schwerindustrie und Agrarkapital hat sich im neuen Kabinett verwirklicht. Damit hat sich der offene Faschismus im Bunde mit den entscheidenden großkapitalistischen Schichten das Kommando über die entscheidenden Machtmittel des bürgerlichen Staates angeeignet. ...
Angesichts dieser Lage halten wir es für notwendig, daß sich sofort alle Arbeiterorganisationen zur Verwirklichung der *proletarischen Einheitsfront* in der Form von *antifaschistischen Kartellen* oder *Aktionsausschüssen* örtlich, bezirklich und zentral zusammenschließen und alle Maßnahmen zum geschlossenen außerparlamentarischen Kampf, zum Widerstand gegen den faschistischem Terror, gegen die Maßnahmen des Kabinetts der Konterrevolution und zur Vorbereitung [des Generalstreiks[16] (Auslassung in der Zeitungswiedergabe)] unverzüglich in die Wege leiten. ...
Wir sind der Meinung, daß ohne jegliche Verzögerung und ohne auf zentrale Anweisungen zu warten der Zusammenschluß der Arbeiterorganisationen in der von uns vorgeschlagenen Form örtlich durchgeführt werden muß. Zu diesem Zwecke schlagen wir

deshalb die unverzügliche Einberufung einer *Sitzung von Vertretern der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen* vor. ... Wir bitten daher um sofortige Stellungnahme und telefonischen Bescheid über eure Entscheidung.

Mit proletarischem Gruß
Bezirksleitung der KPD-Opposition“[17].

Weitere Aktionen dieser Art folgten am Tage darauf. Am 31. Januar fanden auch – nachdem es am Vortage bereits vereinzelt zu Straßendemonstrationen oder zu Ansätzen hierzu gekommen war – die ersten auf Initiative der KPO hin zustandegekommenen Demonstrationen und Proteststreiks statt. Es legte zum Beispiel am Morgen nach der Regierungsbil-[314]dung die Belegschaft der größten Stuttgarter Schuhfabrik die Arbeit nieder und beschloß, sogleich Delegationen an die örtlichen Organisationsleitungen der Arbeiterbewegung zu senden, welche sich für die Verwirklichung der Forderungen der KPO einsetzen sollten; hier wie in einer Protestversammlung der Leipziger Straßenbahnbetriebe am gleichen Tage und wie nun in manchen anderen Orten auch kam es auf betrieblicher Ebene ohne große Schwierigkeiten zu einer Einigung von Vertretern aller politischen Richtungen der Arbeiterbewegung im Sinne der Forderungen der KPO: gemeinsame Delegationen zu den „Spitzen“ der Organisationen, antifaschistische Entschließungen und Demonstrationen kamen in großer Zahl am 31. Januar oder in den Tagen darauf besonders in Stuttgart und verschiedenen umliegenden Orten, in vielen thüringischen und in sächsischen Orten, aber auch durch die Initiative anderer KPO-Ortsgruppen zustande[18]. Als Beispiel für viele andere Berichte dieser Art sei ein Bericht aus Westsachsen zitiert:

„Unsere Gruppe arbeitet mit aller Kraft in den Betrieben und in den Gewerkschaften. Bei den Straßenbahnern, Fabrikarbeitern, Zimmerern, in Grimma und Altenburg, bei den Freidenkern, Ofensetzern, Malern, in den Spartenversammlungen der Leipziger Drucker, bei den Lithographen und Steindruckern, in der Generalversammlung der Naturfreunde, in der Metallarbeiter-Vertreterversammlung, überall traten unsere Genossen auf und erzielten fast überall einstimmige Annahme unserer Entschließungen. In den Ortsgruppen Zwickau, Eythra, Oschatz, Grimma gelang es unseren Genossen, gemeinsame Demonstrationen zustande zu bringen“[19].

Bei diesen Ansätzen zur Massenmobilisierung, bei denen der KPO, im Unterschied zur KPD, die langjährige Arbeit in den Gewerkschaften und den Nebenorganisationen der Arbeiterbewegung sowie ihre Betriebsratsarbeit zugute kommen konnte, war es immerhin stellenweise möglich, lokale „Spitzenverhandlungen“ mit SPD-, KPD- und Gewerkschaftsvertretern zustandezubringen, ja manchmal selbst die Bildung gemeinsamer antifaschistischer Komitees. Immerhin stimmten, wenn auch oft zögernd, lokale ADGB- oder SPD-Leitungen – so in Jena und Weimar – solchen Verhandlungen zu, an denen sich die KPD jedoch teils nicht beteiligen wollte, teils wegen eines Vetos der SPD nicht beteiligen konnte[20]; immerhin erklärte sich zum Beispiel in M.-Gladbach die „Eiserne Front“ gegenüber dem von der KPO beeinflußten überparteilichen Einheitskartell „bedingungslos bereit, über die noch bestehenden Gegensätze hinweg Verbindungsbrücken zu schlagen und somit die Voraussetzung zu gemeinsame[m] Handeln zu schaffen“[21]; kam es gelegentlich sogar – unter anderem in Halle, Solingen und Stuttgart – zu gemeinsamen Verhand-[315]lungen zwischen den lokalen „Spitzen“ sämtlicher Arbeiterorganisationen[22]. Aber gerade das württemberger Beispiel zeigt, in welch großem Maße die Eigeninteressen der großen Arbeiterorganisationen diese Entwicklung hemmten: immer wieder wurden die lokalen „Spitzen“ – Kontakte durch den Rückzug der lokalen Parteiführungen auf die von ihren Zentralen ausgegebenen Losungen – bei der SPD die des „Nichtangriffspakts“ zwischen den Arbeiterparteien, bei der KPD die der „Einheitsfront der Tat“ – gehemmt. Die Generalstreiksforderung wurde von der SPD-Mehrheit des Gewerkschaftskartells als „Provokation“ abgelehnt[23]. Hiergegen wurde der „Druck der Massen“ organisiert; von einer der entsprechenden Stuttgarter Versammlungen, die offenkundig keine Ausnahme war, heißt es:

„... stellte sich am 3. Februar 1933 die gutbesuchte *Funktionärversammlung der DMV* einstimmig auf den Boden der ... Kampfforderungen: *1. Zusammenschluß des ADGB, der SPD, KPD, KPD-O zu einem Kampfkartell, 2. Gemeinsamer Massenaufmarsch aller Arbeiterorganisationen, 3. Sofortigen [sic] Zusammentritt einer*

> *Betriebsrätevollversammlung zwecks Stellungnahme zu allen weiteren Maßnahmen*. ... Die Stimmung in dieser Funktionärversammlung war begeistert. Ein SPD-Diskussionsredner erklärte die Zustimmung der SPD-Kollegen. KPD-Genossen haben sich vollkommen auf die Linie der KPD-O begeben“[24].

Zuweilen kam es in dieser Situation sogar zur Bildung gemeinsamer Komitees von SPD, KPD und KPO, die aber Ausnahme blieben und ebensowenig wie die ebenfalls nur relativ selten zustandegekommenen „Spitzen“-Verhandlungen an der weiteren Entwicklung, die nun mehr und mehr durch den nationalsozialistischen Terror und die polizeilichen Maßnahmen in der Wahlkampfzeit bestimmt wurde, etwas ändern konnten. In „Gegen den Strom“ vom 25. Februar heißt es über die letzten verzweifelten Stuttgarter Versuche legalen antifaschistischen Kampfes:

> „Unsere Genossen befestigen jetzt in den einzelnen Stadtteilen organisatorisch den Willen zur Einheitsfront. ... [Hier] haben wir mehr oder weniger organisatorische Stützpunkte mit SPD, und KPD. geschaffen, die gegen die fortwährende Sabotage [der „Spitzen“] verteidigt und ausgebaut werden“[25].

Zwei Tage nach Erscheinen dieser Ausgabe von „Gegen den Strom“ brannte der Reichstag, und dem darauffolgenden Verbot der gesamten kommunistischen Presse fiel auch das Zentralorgan der KPO zum Opfer, nachdem die „Arbeiterpolitik“ schon eine Woche zuvor das letzte Mal erschienen [316] war; unter dem Verbot der kommunistischen Organisationen beendete auch die KPO ihre legale Existenz. Dieser Schlag war für die Gruppe alles andere als unerwartet. In den wenigen Ausgaben ihrer Zeitungen, die nach dem 30. Januar noch erschienen, hatte die KPO-Führung stets eindringlich darauf hingewiesen, daß die in der Arbeiterbewegung verbreitete Meinung „Deutschland ist nicht Italien“ nichts als eine bloße Meinung sei:

> „Es wäre ... verfehlt, wenn die Arbeiter sich darauf verließen, daß die faschistische Diktatur infolge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen sie zu tun hat, von selbst abwirtschaften werde. Derartige Illusionen, daß die faschistische Diktatur ohne das Zutun der Arbeiter von selbst an wirtschaftlichen oder außenpolitischen Schwierigkeiten, an den Gegensätzen unter den einzelnen Schichten der Bourgeoisie, am Konflikt zwischen Nazis und Deutschnationalen usw. zugrundegehen werde, sind verderbliches Gift für die Arbeiter. Wenn die Arbeiter sich nicht wehren, wenn sie diese Gegensätze nicht durch ihre selbständige Aktion ausnutzen und vertiefen, dann wird die faschistische Diktatur sie auf die Weise zu überwinden suchen, daß sie den Werktätigen neue Lasten aufpackt und sie noch mehr umterdrückt“[26].

Diese Perspektive schloß auch eine Zurückweisung der besonders in der SPD verbreiteten Meinung ein, es komme nun auf die Erhaltung der Organisationen der Arbeiterbewegung alles an[27]; ohne den Kampf der antifaschistischen Einheitsfront der Arbeiter seien die Organisationen nicht zu retten. In der letzten in Deutschland erschienenen Ausgabe des „Strom“ hieß es:

> „Obgleich zahlenmäßig stärker als die proletarischen Organisationen in Italien [zur Zeit des faschistischen Staatsstreichs], haben die deutschen Arbeiterorganisationen sich ungleich schwächer gegen den nationalsozialistischen Terror gewehrt. Wenn hier die Arbeiterorganisationen noch verhältnismäßig intakt sind, so ist das nicht ein Verdienst ihrer Führungen. Die Ursache ist vielmehr die, daß die Nazis zu schwach waren, vor der Machtergreifung die Arbeiterorganisationen so zu zertrümmern, wie es der italienische Faschismus getan hat. ... In einem Industrieland wie Deutschland kann sich der Faschismus nur an der Macht halten, wenn er ganze Arbeit macht. Ohne Zertrümmerung der proletarischen Organisationen gibt es keinen kapitalistischen Ausweg aus der Krise, den dem Monopolkapitalismus zu bahnen, die tiefere Bedeutung der faschistischen Diktatur ist. ... Die Anfänge der Vernichtung des ‚Marxismus‘ haben wir bereits mitgemacht. Ein Vergleich der Opfer, die der faschistische Terror schon [317] die deutsche Arbeiterklasse gekostet hat, mit den Opfern, die die Arbeiter Italiens bringen mußten, würde kaum die These rechtfertigen ‚Deutschland ist nicht Italien‘. Und dabei ist es erst der Beginn ... Die

> Behauptung, ‚Deutschland ist nicht Italien‘, ist ein Betrug am Proletariat, das ihn teuer wird bezahlen müssen, wenn es an ihn glaubt ...“[28].

So richtete sich die KPO sogleich nach dem 30. Januar zugleich auf eine lange Zeit der Illegalität ein. Lokal wie zentral wurden die entsprechenden Maßnahmen getroffen. In den Ortsgruppen brachte man „Schreibmaschinen, Vervielfältigungsapparate und anderes Material ... an verschiedene ... Plätze“[29] und ging an die „Auflösung des Büros [und die] Sicherstellung von Schreibmaschine, Abziehapparat und Material. Was sonst noch an Inventar vorhanden war, bis zum Heizmaterial, wurde an die Funktionäre verteilt“[30]. Die Ortsgruppen organisierten sich innerhalb von ein bis zwei Monaten endgültig in Fünfergruppen[31], wobei die „Fünfergruppenleiter ... stadtteilweise oder ortsweise erfaßt“ wurden[32]. Auch die zentrale Leitung stellte sich alsgleich auf die Illegalität um. Anfang oder Mitte Februar wurde beschlossen, ein Auslandskomitee [AK] zu bilden. Am Tage nach dem Reichstagsbrand fand die letzte RL-Sitzung statt, auf der beschlossen wurde, die führenden, bekannten Funktionäre sollten emigrieren[33]; drei von ihnen, nämlich Brandler – der kurz zuvor erst in Strasbourg verhaftet gewesen war[34] – Thalheimer und Leo sollten das AK bilden[35]. Sie wurden sogleich[36] mithilfe der württembergischen Organisation nach Strasbourg gebracht, wo das AK zunächst – vom 4. März an – seinen Sitz hatte[37]. Auf der letzten RL-Sitzung wurde zudem eine Inlandsleitung – Berliner Komitee (BK) – gewählt, welche zunächst aus Robert Siewert, Fritz Wiest, Hans Tittel und zeitweise wahrscheinlich Werner Müller bestand, wobei Hans Tittel im Sommer 1933 von Erich Hausen abgelöst wurde[38]. „Zwischen den beiden Leitungen bestand eine enge Verbindung und ein enger Meinungsaustausch“[39]. Die beiden Organe bildeten zusammen die zentrale Leitung, welche die Widerstandsarbeit der in Deutschland verbliebenen breiten Mitgliedschaft und des Großteils der Funktionärskader bis zum II. Weltkrieg mit relativem Erfolg koordinierte.

III. Skizze der Schlußphase der Entwicklung der KPO

Die Entwicklung der organisierten „Rechts“-Opposition im deutschen Kommunismus, deren Vorgeschichte mit der frühen Geschichte der KPD teils nahezu identisch, teils durch sie negativ bestimmt war und deren [318] Hauptphase zu einem wesentlichen Teil aus dem verzweifelten sieglosen Kampf gegen die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland bestand, war stets durch eine beträchtliche ideologische Integration der Gruppe und zuletzt durch deren hohe organisatorische Geschlossenheit gekennzeichnet gewesen. Dennoch ist erstaunlich, daß diese kommunistische Gruppierung mit einem Teil ihrer Mitgliedschaft während des nationalsozialistischen Terrorregimes, gegen das sie wie andere Gruppen der Arbeiterbewegung den Widerstandskampf zu organisieren versuchte, zunächst eine relativ koordinierte politische Praxis fortzusetzen in der Lage war und selbst den II. Weltkrieg hindurch Kontakte zwischen den Mitgliedern partiell aufrechterhalten konnte. Ebenso bemerkenswert ist, daß nach dem Ende dieses II. Weltkriegs der organisatorische Zusammenhalt zwischen einem – wenn auch kleinem – Teil der überlebenden und aus der Emigration zurückgekehrten Mitglieder wieder erneuert und die Gruppe durch eine Anzahl jüngerer Mitglieder regeneriert werden konnte und zunächst in allen vier Besatzungszonen Deutschlands ihre alten politischen Ziele vertrat. Einige kleine Nachfolgegruppen der KPO existierten noch im Jahre 1964. Die nachfolgenden Bemerkungen können von dieser Schlußphase der KPO-Entwicklung lediglich einen skizzenartigen Abriß geben[1].

1. Zur Widerstands- und Emigrationspolitik der KPO

Die Hauptmasse der Mitglieder der KPO war, wie nicht anders zu erwarten, 1933 in Deutschland geblieben, um zu versuchen, den Widerstand gegen das NS-Regime zu organisieren; Überläufe zu den Organisationen der neuen politischen Machthaber – die bei anderen Organisationen der Arbeiterbewegung immerhin öfter vorkamen – gab es bei KPO-Mitgliedern fast gar nicht. In die Emigration gingen lediglich etwa 70 KPO-Funktionäre: „Zur Emigration war die Zustimmung der Bezirksleitung erforderlich. Das war Voraussetzung für ihre Anerkennung durch das Auslandskomitee“[1]. Die meisten Emigranten gingen zunächst nach Frankreich, ein Teil auch in die Schweiz; für beide Länder bestand in IVKO-Gruppen in Grenzstädten (Strasbourg und Schaffhausen) eine erste Auffangmöglichkeit[2]; nur in Einzelfällen emigrierten KPO-Mitglieder in den dreißiger Jahren auch in andere Länder[3]. Die Kon-[319]zentration der Emigration in Frankreich – bis zum II. Weltkrieg –, wo auch das AK seinen Sitz

hatte, ferner die Fluktuation eines Teils der Funktionäre zwischen Frankreich – und zuweilen auch anderen angrenzenden Ländern – und Deutschland ermöglichten eine bessere Koordination der politischen Arbeit der Gesamtgruppe, als sie bei breiterer Streuung der Emigration gegeben gewesen wäre.

Die Zielsetzung der politischen Arbeit dieser Gesamtgruppe unter den Bedingungen der Illegalität wurde – wie in Thesen, welche in der ersten illegalen, im Mai 1933 in Strasbourg erschienenen Ausgabe von „Gegen den Strom“ formuliert wurde[4] – in der Vorbereitung „einer[r] revolutionäre[n] Erhebung der Arbeiterklasse“ zum Sturz der faschistischen Diktatur, auf welche die proletarische Diktatur zu folgen habe, gesehen. Notwendige Bedingung dessen sei „die Schaffung neuer organisatorischer Zentren des Kampfes“; zu ihnen gehörten zum Beispiel „a) die illegalen kommunistischen Organisationen; b) illegale Gewerkschaften; c) revolutionäre Obleute oder Vertrauensleute in den Betrieben; d) illegale oder halblegale proletarische Einheitsfrontorgane“. Auch unter den Bedingungen der Illegalität sei die – allerdings zu modifizierende – Einheitsfronttaktik nicht sinnlos geworden: die illegale Agitation für Tagesforderungen sei mit der unablässigen Kritik an der faschistischen Diktatur zu verknüpfen. Kampfbündnisse mit anderen illegalen Organisationen seien – nach einheitsfronttaktischer Regel – mit der Wahrung des Kritikrechts gegenüber diesen Gruppen zu verbinden. Auf dieser Grundlage seien „illegale Einheitsfrontorgane zu bilden“. Anstelle der von den Nationalsozialisten zerstörten Gewerkschaften seien illegale Gewerkschaftsgruppen, als Kaderorganisationen, aufzubauen. Erst der Erfolg dieser Arbeit könne rechtfertigen, gegebenenfalls in den faschistischem „Gewerkschaften“ Stützpunkte aufzubauen. Wie sehr selbst in der KPO, die von allen Arbeiterorganisationen in der Weimarer Republik das Wesen der drohenden faschistischen Terrorherrschaft sicherlich am deutlichsten erkannt hatte, das Ausmaß dieses Terrors noch unterschätzt und der Abwehrwille der Arbeiterschaft überschätzt wurde, geht aus der Gesamtperspektive des illegalen Kampfes in diesen Thesen des AK hervor:

> „Der Kampf gegen den *faschistischen Terror* steht nach der faschistischen Machtergreifung unter anderen Bedingungen als bisher. Der [320] faschistische Terror wird jetzt ausgeübt von der faschistischen Staatsgewalt in Verbindung mit den faschistischem Partei – und Wehrorganisationen. ... Die wirksame Antwort auf den faschistischen Terror besteht heute in der Ausnützung der Terrorfälle für die Massenagitation, zur Organisierung noch so elementarer Massenproteste und Massenaktionen (Demonstrationen, Einzelstreiks, politische Massenstreiks usw.). Erst auf der Grundlage sich steigernder Massenaktionen ergeben sich die Voraussetzungen für den bewaffneten Kampf von Massen, für den revolutionären Massenaufstand, der allein den faschistischen Terror niederkämpfen und ausrotten kann“[5].

a. Zur Widerstandspraxis der KPO gegen das NS-Regime im Inland

Nach Mitteilung der zweiten illegalen Ausgabe des „Strom“ hatte im Juni 1933 in „*keinem* Ort, mit dem wir Verbindungen haben, ... die [KPO-]Gruppe aufgehört ... zu arbeiten“; die Zahl der Ortsgruppen, mit denen noch keine Verbindung hergestellt sei, war „unter 10“[6]. In der Tat konnten viele – wahrscheinlich die meisten – Gruppen der KPO vorerst eine verhältnismäßig intensive Widerstandspraxis entfalten: zwar waren die meisten KPO-Mitglieder auf Grund ihrer relativ breiten Tätigkeit in den Organisationen der Arbeiterbewegung vor 1933 in der Öffentlichkeit als solche durchaus bekannt; aber die Tatsache, daß die Gruppe organisatorisch gut eingearbeitet und derart konsolidiert war, daß die Gefahr einer Mitgliedschaft von Spitzeln nicht zu befürchten stand[7], der Sachverhalt ferner, daß die Verfolgungen der neuen Machthaber sich vorerst gegen die großen Arbeiterorganisationen richteten, endlich die Illegalitätserfahrungen eines Teils der (älteren) Funktionäre[8]: dies alles verbesserte die Bedingungen für die Widerstandspraxis für die KPO, die ihrerseits, im Ergebnis der generell richtigen Einschätzung des Wesens und der Unterdrückungsmethoden des nationalsozialistischen Regimes, ihre illegale Arbeit weit besser den Notwendigkeiten konspirativer Politik anpaßte, als dies etwa die KPD oder oft auch die SAP in der Anfangsphase ihres Widerstands taten[9]. Abgesehen von etwa 600 Einzelverhaftungen – beispielsweise in Leipzig, Hamburg oder Stuttgart –, die freilich zu dieser Zeit oft noch keine allzu langen Haftzeiten nach sich zogen, und abgesehen von der Zerschlagung vor allem der Nürnberger KPO-Gruppe bereits seit dem April 1933[10] gelang es fast

allen aktiven KPO-Widerstandsgruppen, zumindest bis Anfang 1934 kontinuierliche Arbeit zu leisten, ohne allzu große Mitgliederverluste durch Verhaftungen und Verurteilungen hinnehmen zu müssen. Im Gegensatz zu der „völlige[n] [321] Desorganisation“ sowohl der sozialdemokratischen Mitgliedschaft in Deutschland, deren große Masse im Sommer 1933 „völlig verstört und demoralisiert“[11] war, als auch der Anhänger der Kommunistischen Partei[12] war die Organisation der KPO im wesentlichen nach der „Machtübernahme“ intakt geblieben. Über die Organisationsverhältnisse von 1933/Anfang 1934 zeichnete ein auf den Berichten der illegalen Inlandsleitungen beruhender Artikel des illegalen „Strom“ folgendes Bild:

> „Die Organisationsverhältnisse der Gruppe sind in der Illegalität noch straffer geworden ... Die Bestimmung, daß nur der Mitglied [der KPO] ist, ‚der sich an den laufenden Arbeiten beteiligt‘, hat in einigen Ortsgruppen dazu geführt, daß ein Teil der früheren Mitglieder ‚abgehängt‘ wurde. ... [Daraus erwächst] die Aufgabe, das Problem der Wiedereinreihung dieser ‚abgehängten‘ Genossen in die aktive Arbeit zu lösen. In verschiedenen Bezirken wurden [dazu] ‚Sympathisierenden Gruppen‘ ... gebildet. ... Übereinstimmend konnte aus allen Bezirken berichtet werden, daß die Gruppe beachtlichen Zuwachs aus dem Lager der SPD ... erfahren hat. Die finanziellen Leistungen der Gruppe sind heute höher als in legalen Zeiten. Auch hierin drückt sich die Disziplinierthеit und Festigkeit der Gruppe aus“[13].

Mag auch dieser Bericht eine Verallgemeinerung der positivsten Einzelerfahrungen sein, sicher ist, daß in einer ganzen Reihe von KPO-Widerstandsgruppen jedenfalls im ersten Jahr der Diktatur in der Regel diszipliniert-konspirativ und mit relativem Effekt gearbeitet wurde; beispielsweise heißt es in einem nachträglichen Bericht über die Stuttgarter Gruppe:

> „Zu Anfang der Illegalität gab unsere Gruppe jed[e] ... Woche ein Nachricht[enblatt] heraus. Auch einige Gruppen im Land wurden regelmäßig mit Material versorgt. Die Verteilung des Materials war phantasievoll organisiert. Das Vervielfältigen unserer politischen Nachrichten geschah immer wieder an einem andern Ort, auch die technischen Methoden wurden gewechselt. Im Gartenhaus[,] in einem Hühnerstall wurde gearbeitet. Die Abzüge und das Material wurden an einem getrennten Ort aufbewahrt, einmal in einer stillgelegten Abortgrube. Wir belieferten ständig ca. 100–120 Leser. Verteilt wurde an unsere Stadtteilgruppen und an die Jugendgruppe. Die Zeitung ‚Gegen den Strom‘ kam auf dünnem Papier gedruckt vom Ausland. Wir verteilten sie hier an unsere Genossen, die in Fünfergruppen eingeteilt waren. Die wöchentlichen Nachrichten wurden von unseren Stuttgarter Genossen geschrieben und vervielfältigt. Zum 1. Mai 1933 haben wir unser eigenes Material in die Briefkästen in den Arbeiter-[322]wohnbezirken geworfen. Im Sommer 1933 kam unsere Gruppe im Sindelfinger Wald in größerer Anzahl zu einer Arbeitsbesprechung zusammen. Der Anmarsch wurde sorgfältig einstudiert. Im September 1933 hielt die Jugendgruppe einen Jugendtag ab im Siebenmühlental. ..., ca. 30 Genossen waren anwesend. Einladungen wurden sorgfältig geprüft“[14].

Die Widerstandspraxis konzentrierte sich auf zwei Hauptfunktionen: allgemein auf die Verbreitung von Informationen über das NS-Regime, über Methoden des Widerstands und über die Emigrationsdiskussionen in den Lagern der Arbeiterbewegung; in besonderen Fällen auf den Aufbau illegaler, besonders gewerkschaftlicher Kaderorganisationen. Illegales Informationsmaterial wurde zunächst von den meisten Gruppen selbst hergestellt; von Einzelflugschriften abgesehen, wurden jedenfalls in den ein bis zwei Jahren der NS-Diktatur relativ regelmäßig erscheinende illegale Periodika herausgebracht, beispielsweise in Frankfurt a. M. (1933/34, Auflage 200 bis 350)[15], in Leipzig (Auflage ca. 500)[16] und in Hamburg[17]. In Leipzig zum Beispiel bemühte man sich, „möglichst viel konkrete und praktische Informationen und politische Stellungnahmen zu geben. Dabei gingen wir von dem Standpunkt aus, daß jeder, der das Risiko der Entgegennahme und Verbreitung von illegalem Material eingeht, dafür wenigstens auch wertvolles Material erhält, mit dem er etwas anfangen kann“[18]. Propaganda- und Nachrichtenmaterial wurde zweitens herausgebracht vom BK der KPO: dieses maschinengeschriebene Material – Periodika unter dem Titel „Pranger“ und „Rote Fahne“ sowie

Einzelflugschriften – wurde fotografisch vervielfältigt über Deckadressen oder Kuriere in den Bezirken und örtlichen Gruppen weiterverbreitet, „und zwar entweder durch direkten Kontakt mit antifaschistisch Gesinnten oder durch Streuung. Letztere Form wurde besonders bei wichtigen politischen Anlässen gewählt und geschah in der Weise, daß das Material an öffentlichen Plätzen niedergelegt wurde“[19]. Endlich kamen vom Ausland her sowohl illegale Broschüren wie ebensolche Zeitschriften des AK herein, die auf Florpostpapier gedruckt oder mimeographiert und zumeist kleinformatig waren, wobei die Flugschriften in der hierbei auch sonst übliche Weise als Reklameschriften oder als nationalsozialistische Propagandaschriften getarnt waren[20]; ein Teil des ausländischen Materials war auch auf fotografischem Wege zu vervielfältigen. Nach Deutschland gebracht wurden in erster Linie „Gegen den Strom“ und „Juniusbriefe“, zuweilen [323] auch die IVKO-Nachrichten oder später – ab 1936 – der „Internationale Klassenkampf“. Mit welcher Gefährdung für Freiheit, Gesundheit und Leben die Verteilung dieses Materials in Deutschland verbunden war, braucht nicht besonders ausgeführt zu werden[21]. Sie bestand in eher noch höherem Maße bei der Organisierung „illegaler Kaderorganisationen“, welche der KPO von Anbeginn als notwendiger Ansatzpunkt für die Unterminierung des NS-Regimes galten und die vor allem in der Form illegaler Gewerkschaftskader außerhalb der DAF aufzubauen versucht wurde[22]. Insbesondere in Berlin – ansatzweise anscheinend auch an einigen anderen Orten – wurden illegale Gewerkschaftskader, vor allem in der Metallindustrie, organisiert, die überparteilich und als Ansatzpunkt zum Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften gedacht waren[23]. Das Berliner Komitee „zur Schaffung illegaler Gewerkschaftskader“ war seit Ende 1934 durch die Person Walter Uhlmanns mit dem BK der KPO verbunden[24]. Es brachte lange Jahre – mindestens bis 1935 – das Organ „Der Metallarbeiter“, zuletzt im Format einer Zigarettenpackung, heraus, dessen Verbreitung nicht auf Berlin beschränkt war[25] und das durch Betriebsgruppen der KPO in eine Reihe von Betrieben eingeschleust wurde[26]. Außerdem erschienen zwei illegale Organe mit dem Titel „Der graphische Arbeiter“ und „Verkehr- Staat- und Kommune“[27]. Beim Aufbau der illegalen Gewerkschaftskader bestand zeitweilig ein Aktionsabkommen mit Vertretern der KPD[28].

Bis zu einem gewissen Grade konnten die Aktionen in den Bezirken durch das BK koordiniert werden:

> „Das BK. hielt die Beziehungen zu den bezirklichen Organisationen aufrecht, die in der Leitung jeweils aus einem Dreimänner-Kollegium bestanden. Die Bezirksleitungen hatten die Verbindung zu den örtlichen Gruppen, die ebenfalls in Fünfmänner-Gruppen organisiert waren. Es bestanden seitens des BK. Verbindungen mit den Leitungen in Thüringen, Sachsen (Leipzig, Piesteritz und Dresden), Schlesien, Ostpreußen, Rheinland, Ruhrgebiet, Württemberg, Bayern, Hamburg, Bremen. Das BK. gab neben den notwendigen internen Anweisungen für die Arbeit in den einzelnen Bezirken ... illegales Material heraus“[29].

Das BK bestand in der Regel aus drei Mitgliedern, von denen zumindest eines völlig für die illegale Arbeit freigestellt sein sollte. Über seine Tätigkeit als BK-Mitglied 1933/34 berichtet Erich Hausen:

> [324] „Ich besuchte in Deutschland fast alle Bezirke (Württember[g] u. Hamburg ... ausgenommen[)] und hatte meinen Sitz in Berlin. Das Inlandskomitee bestand aus drei Personen: eine[m] politischen Leiter [Hausen], eine[m] organisatorischen Leiter (um meine Zeit Robert Siewert) und eine[m] Gewerkschaftsleiter (um meine Zeit Fritz Wuest [recte: Wiest]). Ich meldete mich nicht polizeilich; lebte völlig illegal und schlief und aß bei wenig bekannten Mitgliedern oder Sympathisierenden. Mein Gehalt war 20 Mark die Woche“[30].

Die Zusammensetzung des BK änderte sich öfter – auch deshalb, weil man beabsichtigt hatte, „die leitenden Funktionäre in gewissen Zeitabständen gegeneinander auszutauschen“[31]. 1934 trat an die Stelle des zeitweilig verhafteten und dann emigrierten Erich Hausen[32] Karl Braeuning[33]. Anstelle des Ende 1934 oder Anfang 1935 verhafteten[34], vom VGH zu drei Jahren-Zuchthaus verurteilten und nach Beendigung der Haft bis 1945 im KZ Buchenwald gefangengehaltenen Robert Siewert[35] trat Walter Uhlmann in das BK ein[36]. Nach Mitteilung Walter Uhlmanns wurde 1935/36 der wegen

Krankheit aus dem BK ausgeschiedene Karl Braeuning durch Werner Müller ersetzt[37]. 1933 und 1934 fanden zwei illegale Konferenzen im Riesengebirge mit Vertretern des BK und einiger Bezirke statt[38].

Die ersten größeren Verhaftungswellen, welche die KPO betrafen, setzten 1934 ein und beruhten entweder auf Fehlern technischer Art in der konspirativen Arbeit – so in Leipzig 1934[39] und in gewisser Hinsicht auch in Weimar 1935[40] – oder kamen durch das Verschulden von KPD-Mitgliedern, zu denen Kontakte bestanden hatten, zustande – so 1934 in Hamburg[41] und wenig später in Breslau[42]. In den nachfolgen den Massenprozessen wurden in der Regel Strafen von etwa einem Jahr Gefängnis bis zu mehrjährigem – zuweilen zehn- oder zwölfjährigem – Zuchthaus verhängt, wobei die Verhafteten häufig nach der Strafverbüßung in Konzentrationslagern – meist bis zum Ende des Krieges – festgehalten wurden[43]. In nur einem der bekanntgewordenen Fälle war eine Massenverhaftung die Folge des Verrats von Namen und Verbindungen durch ein verhaftetes Mitglied der KPO; dies 1935 bei der Verhaftung des Großteils der KPO-Jugendgruppe in Stuttgart, die nach Verhaftungen von führenden KPO-Mitgliedern im Jahre 1934 die Widerstandsarbeit geleitet hatte[44]. Anfang 1937 wurde von einer Verhaftungswelle, die durch das Versagen eines ohne Wissen der KPO auch für die KPD arbeitenden Kuriers nach dessen Verhaftung auf Grund der KPD [325] Verbindungen ausgelöst wurde und die nicht weniger als dreihundert Personen aus den verschiedensten Widerstandsgruppen erfaßt haben soll, auch die KPO betroffen. Zwei Mitglieder des BK – Walter Uhlmann und Werner Müller – waren unter den Verhafteten, das dritte BK-Mitglied, Fritz Wiest, konnte seiner zufälligen Abwesenheit aus Berlin wegen der Verhaftung entgehen[45]. Verhaftet wurden ferner „Mitglieder der Berliner Bezirksleitung ... sowie Mitglieder des technischen Apparates und örtlicher Organisationen, insbesondere aus Spandau und Charlottenburg[46], eine Anzahl KJO-Mitglieder sowie Mitglieder der KPO in verschiedenen anderen Städten, unter anderem in Offenbach a. M., Frankfurt a. M, und Stuttgart[47]. In den anschließenden Prozessen gegen die Berliner Verhafteten der KPO vor dem VGH und dem Kammergericht wurden insgesamt 83 ½ Jahre Zuchthaus als Strafe verhängt[48].

Nach diesen Massenprozessen wurde ein neues BK gebildet, welches bis 1945 bestand[49]. Die Verbindungen zwischen dem BK und den Bezirken und Gruppen, welche nun ihrerseits in ihrer Funktionsfähigkeit je länger, je mehr gehemmt wurden und die Kooperation weitgehend auf informelle Kontakte zwischen den Mitgliedern beschränken mußten, nahmen seit dieser Zeit und vor allem im Kriege mehr und mehr ab[50]. Zuweilen wurden lokal während des Krieges neue Initiativen zu organisierter Widerstandsarbeit entwickelt: in Zusammenarbeit mit dem ehemaligen KPD-Abgeordneten Georg Schumann begann 1943/44 der frühere KPO-Funktionär, Abgeordnete und Bürgermeister Otto Engert mit der Organisation einer neuen Widerstandsgruppe in Leipzig, die dann mit der Saefkow-Gruppe in Verbindung stand[51]. Engert wurde noch im Januar 1945 durch den Strang hingerichtet[52]. Die Zahl der an KPO-Mitgliedern vollstreckten Todesurteile beläuft sich auf zehn bis fünfzehn[53].

b. Das Auslandskomitee der KPO und der inländische Widerstand

Das AK der KPO, das sich am 4. März 1933 in Strasbourg konstituiert hatte, mußte bereits im Juni oder Juli 1933 nach Paris übersiedeln, da seinen Mitgliedern – Brandler, Thalheimer und Leo – der Aufenthalt in Strasbourg polizeilich verboten wurde[54]. In Paris arbeitete das AK in engem Kontakt mit der neben ihm bestehenden dortigen Emigrantengruppe der KPO, welche etwa 25 bis 30 Mitglieder hatte[55] und in ihren [326] Fünfer-Diskussionsgruppen das Material des AK beriet und gegebenenfalls kritisierte, ohne jedoch gegenüber dem AK Weisungsbefugnisse zu haben[56]. Die Arbeit des AK wurde von den anderen der IVKO angeschlossenen Gruppen, insbesondere von der us-amerikanischen, finanziert[57]. Die Auslandsleitung lehnte es – im Unterschied zu anderen Emigrationsgruppen – strikt ab, mit französischen Geheimdiensten zusammenzuarbeiten, was einer der Gründe dafür gewesen sein soll, daß ihre Kuriere, wenn sie von der Gestapo gefaßt wurden, nicht hingerichtet wurden[58]. Das AK stand – besonders über die Grenzstellen Strasbourg und Schaffhausen[59] – sowohl mit dem BK als auch mit einzelnen Bezirken in Verbindung, insbesondere mit den Gruppen in Hamburg und Leipzig: „Die Verbindung zwischen Ausland und Inland war manchmal verzögert, riß aber bis Kriegsausbruch nie ganz ab“[60]. Wenn die Verbindungen des AK (bzw. des BK) zu einzelnen Gruppen abgerissen waren, wurden sie zuweilen auf eigene Initiative der Lokalorganisationen in Deutschland wiederhergestellt; so wurde von Hamburg aus auch nach den dortigen Verhaftungen „eine, wenn auch

schwache, Verbindung zum Auslandskomitee“ gehalten: „Z. B. waren 1935 zwei Hamburger Freunde mit dem Fahrrad nach Straßburg gefahren, um dort für das Auslandskomitee Bericht zu erstatten“[61]. Die Zusammenarbeit zwischen BK und AK wurde in der Anfangszeit des Widerstands nicht allein durch den informatorischen und durch den informellen Kurier-Kontakt, sondern zuweilen auch durch die zeitweilige Delegation von BK-Vertretern in das AK bewirkt[62]. Ungeachtet gelegentlicher Meinungsverschiedenheiten verlief diese Kooperation zwischen Inlands- und Auslandsleitung im allgemeinen reibungslos. Solche Meinungsverschiedenheiten bestanden zum Beispiel 1933/34 zwischen dem politischen Leiter des BK, Erich Hausen, und dem AK in der Frage des bewaffneten Schutzes illegaler Zusammenkünfte, den das AK auf Grund der Auffassung vorgeschlagen hatte, daß sich „verstärkte Spannungen innerhalb der faschistischem Partei“ zeigten[63], die durch die „Aktion“ der Arbeiterschaft „vertieft“ werden könnten[64]. Das BK war – wahrscheinlich einmütig – „der Meinung, ... daß eine solche Frage allein vom Inlandskomitee zu entscheiden ist. Das BK sollte sich hier auf Vorschläge beschränken u. das Inlandskomitee allein sollte das endgültige Wort zu sprechen haben. Auf jeden Fall wurde der Antrag des AK ... [vom BK] negiert“[65]. – „Später“ – so be-[327]richtet Erich Hausen –

> „bestanden wir darauf, daß das Inlandskomitee dem Auslandskomitee gleichgestellt wird, d. h. daß es nicht ein dem AK untergeordnetes Organ ist und daß alle Fragen[,] die die Organisation in Deutschland angehen[,] nur im Einvernehmen und mit Zustimmung des Inlands[-]Kom. entschieden werden können“[66].

Diese Lagebeurteilung wurde vom AK auch auf der Auslandskonferenz der KPO, welche Ostern 1934 in Strasbourg stattfand[67], vertreten. Über diese „Osterkonferenz“ berichtet einer der Teilnehmer:

> „An ihr nahmen alle bekannten Köpfe der Organisation teil. Die Delegierten kamen aus Deutschland und repräsentierten die illegale Organisation. Die Stimmung war gut, was sicherlich darauf zurückzuführen war, daß die KPO dank ihrer festgefügten Kader dem Polizeiterror bisher nicht ausgesetzt gewesen war[68]. Die politische Lage in Deutschland gab – wenigstens den Auslandsgenossen – Anlaß zu optimistischen Betrachtungen. Wir befanden uns vor der Röhmrevolte und das nationalsozialistische Lager schien vor inneren Auseinandersetzungen zu stehen. Privat äußerte sich indessen mir gegenüber ein Mitglied der illegalen Reichsleitung pessimistischer[,] als er es auf der Konferenz tat“[69].

An der Konferenz nahmen – neben emigrierten Funktionären – acht Vertreter aus verschiedenen Bezirken in Deutschland teil[70]. Sie behandelte im übrigen vor allem allgemeine technisch-organisatorische Fragen sowie solche des Aufbaus illegaler Gewerkschaftskader und propagierte als Perspektive für die KPO als Organisation die Losung der Wiedervereinigung mit der KPD zu einer VKPD – unter der Voraussetzung, daß es der Gruppe gelänge, „die wirkliche Führung in der Vorbereitung und Durchführung revolutionärer Massenaktionen zu erkämpfen“ und daß die offizielle KPD zur innerparteilichen Demokratie des „demokratischen Zentralismus“ zurückkehre[71]. Im Dezember 1936 fand in Adelboden (Schweiz) eine zweite Konferenz von Vertretern der illegalen Organisationen in Deutschland statt[72]. Zu dieser Zeit war die Beurteilung der Entwicklung in Deutschland durch das AK notgedrungen weit pessimistischer, und auch die Beurteilung der KPD hatte sich inzwischen gewandelt:

> „Die Schlagkraft und Einheitlichkeit des deutschen Faschismus beruht nicht zuletzt bis heute noch auf der großen Enttäuschung der breiten Schichten der deutschen Arbeiter und Werktätigen über den schmäh-[328]lichen Zusammenbruch ihrer mächtigen Organisationen, die sie gewohnt waren, als die besten in der Welt anzusehen. Diese große Betäubung und Ohnmachtstimmung der deutschen Arbeiterklasse lastet heute nach [noch?] als das schwerste Erbe der Nachkriegspolitik auf dem deutschen Arbeiter. Diese verhängnisvolle Politik hat nicht nur dem Hitlerfaschismus den Weg geebnet, sie erleichtert ihm heute noch die Bändigung und Unterdrückung der Arbeiterklasse. Das klar auszusprechen und zu sehen, was ist, ist ein wichtiges Mittel zur Wiedererweckung der Kampffähigkeit der deutschen Arbeiter und Werktätigen. Die verhängnisvolle opportunistische Politik der KPD,

> wie sie in der Volksfrontpolitik und der daraus abgeleiteten illegalen Organisationsarbeit in Erscheinung tritt, führt nicht aus der Sackgasse, sondern vertieft die Niederlage“[73].

Bis zum März 1940 bestand zwischen dem AK und dem Inland noch sporadischer Kontakt: „Wir schickten vom Auslandskomitee aus Genossen, Amerikaner, Schweizer, Skandinavier, um abgerissene Verbindungen wieder anzuknüpfen. Das stärkte den Mut der besuchten Genossen“[74]. Mit der Verschickung der seit Kriegsausbruch internierten AK-Mitglieder Brandler und Thalheimer nach Südfrankreich im Mai 1940 rissen diese Kontakte endgültig ab[75].

c. Die internationalen Verbindungen des Auslandskomitees und die Beurteilung der Entwicklung der KI und der UdSSR

Das AK der KPO war personell identisch mit der „engeren Leitung“ oder dem „Büro“ der IVKO und verfügte so über jene internationalen Verbindungen, welche die Wirksamkeit der Lenkung der innerdeutschen Widerstandspraxis erst möglich machten; diese internationale Vereinigung löste sich jedoch in den Jahren bis zum II. Weltkrieg schrittweise auf. Mit diesem Prozeß ging eine Wandlung der Beurteilung der KI und der UdSSR durch die KPO einher, welche die Perspektive einer einfachen Rückkehr der „Rechts-Opposition – unter bestimmten Bedingungen – in die Internationale aufhob. Die Neuansätze internationaler Bindungen endlich, welche die KPO in den letzten Jahren vor Beginn des Weltkriegs praktizierte, sollten letztlich sich als für die von der KPO vertretenen politischen Prinzipien nicht aktivierbar erweisen. So stand die deutsche Emigrantengruppe der KPO in Paris zur Zeit der Entfesselung des II. Weltkriegs nahezu isoliert da.

Der *Prozeß der Auflösung der IVKO* hatte sich – mit den Differenzen zwischen der II. Internationalen Konferenz und der elsässischen Opposition sowie mit den Spannungen zwischen der us-amerikanischen, [329] tschechoslowakischen und deutschen Delegation einerseits und der schweizerischen, norwegischen und schwedischen Vertretung andererseits in bestimmten Fragen auf dieser Konferenz selbst[76] – im Jahre 1932 bereits angebahnt. Diese Spannungen wurden im Verlauf der Jahre 1933/34 verschärft. Bereits im Mai 1933 zog die Schaffhauser „Arbeiter-Zeitung“, das Organ der dortigen KPO, in „Diskussionsartikeln“ aus dem, angesichts der politischen Machtübernahme durch den Nationalsozialismus in Deutschland offenbar gewordenen, Versagen der KI den Schluß, es müsse die Losung der Eroberung der KI durch die Parole der Bildung einer neuen kommunistischen Partei ersetzt werden, welche die „besten“ Mitglieder der alten Kommunistischen Parteien, die ihrer Derivate, die Reste der SAP sowie radikalisierte SP-Mitglieder umfassen sollte[77]. Gegen diese Losung der Bildung neuer kommunistischer Parteien und einer neuen kommunistischen Internationale, welche auch von der SAP-AL und von den Trotzkisten vertreten wurde[78], wandte sich das AK der KPO in einer besonderen Broschüre mit aller Entschiedenheit[79].

Gleichwohl proklamierten Vertreter der schweizerischen KPO diese Forderung wiederum auf der Sitzung der Erweiterten IVKO-Leitung vom 8. bis 10. Juli 1933, an welcher auch ein niederländischer Vertreter sowie alle der IVKO angeschlossenen Ländergruppen mit Ausnahme der schwedischen teilnahmen. Die Mehrheit der Konferenz – unter Führung der us-amerikanischen und der deutschen KPO – lehnte diesen Gedanken ab[80]. Das Fernbleiben der schwedischen oppositionellen KP von dieser Konferenz hatte Gründe, die ebenfalls mit dieser Problematik zusammenhingen: die schwedische Partei und anscheinend auch die Mot Dag-Gruppe in Norwegen wünschten eine Beteiligung der IVKO-Gruppen an der internationalen Konferenz „links“-sozialistisch-„zentristischer“ sowie dissidierter kommunistischer Gruppen im August 1933 in Paris, auf der die Bildung einer neuen Internationale zur Debatte stehen sollte[81], und daher außerdem eine Verschiebung der IVKO-Tagung auf einen späteren, in diese Zeit fallenden Termin[82]; der schwedische Antrag auf Beteiligung an der internationalen Konferenz wurde von der IVKO-Tagung bei Stimmenthaltung der schweizerischen Delegation abgelehnt. Im Frühjahr 1934 mußte „Gegen den Strom“ bereits melden, daß sich die „Kilboompartei ... vom Kommunismus ab[-] und dem Zentrismus zugewandt“ habe[83]; die Mehrheit der Partei schloß sich dann 1937 den Sozialisten [330] an[84]. Die KPO der Schweiz wandte sich ebenfalls, im Verlauf des Jahres 1934, unter der Führung Bringolfs mehr und mehr von der IVKO ab, wobei besonders auch die Kritik der schweizerischen Gruppe am innersowjetrussischen Regime eine Rolle

spielte. Die Versuche des IVKO-Büros, diese Gruppe durch einen Appell an die Mitgliedschaft für die IVKO zu retten, schlugen fehl[85]. Im selben Jahre trennte sich auch der größte Teil der elsässischen KPO von der IVKO: die Koalitionspolitik, welche diese Gruppe gegenüber bürgerlichen und selbst bürgerlich-nationalistischen Parteien in wahltaktischen Fragen stets betrieben hatte, wurde von ihr seit 1933 zum politischen Hauptprinzip erhoben und – vorangehend der bald darauf einsetzenden kommunistischen „Volksfront“-Politik – mittels eben dieses Terminus ideologisiert und zugleich mit einer Kritik an den einheitsfronttaktischen Vorläufern jener kommunistischen „Volksfront“-Politik in Frankreich verbunden; die Repräsentanten dieser Politik in der elsässischen Gruppe wurden am 26. Juli 1934 aus der IVKO ausgeschlossen[86]. Nur eine kleine Restgruppe blieb der IVKO assoziiert; sie gab eine – zeitweilig von Erich Hausen redigierte[87] – mimeographierte Zeitschrift mit dem Titel „Arbeiterpolitik“ heraus[88]. Der IVKO gehörten seit 1935 somit lediglich noch zwei größere Organisationen, nämlich die us-amerikanische Lovestone-Gruppe und die deutsche KPO, ferner die zahlenmäßig völlig unbedeutenden Gruppen in Indien, Österreich, in Asch (ČSR) und im Elsaß an, und Anfang 1938 trennte sie sich auch von der Gruppe um den indischen Revolutionär Roy, welche inzwischen zu der Ansicht gelangt war, es komme dem Proletariat im nationalen Befreiungskampf Indiens keine führende Rolle zu[89]. Gleichwohl sah das „Büro der IVKO“ in dieser Organisation noch Ende 1935 ein Instrument im „Kampf um die kommunistische Einheit“, in dem „der Kommunistischen Opposition der Endsieg zufallen“ werde[90]. Es begann 1936 sogar mit der Herausgabe einer neuen internationalen Zeitschrift – „Der Internationale Klassenkampf“ –, welche die Tradition des 1935 eingestellten „Strom“, besonders die seiner scharfsinnigen zeitgeschichtlichen Analysen der Jahre 1929 bis 1933, zuweilen nicht ohne Erfolg fortzusetzen versuchte. Doch kam es im Verlaufe des Jahres 1938 zu Konflikten auch zwischen den beiden übriggebliebenen Hauptgruppen der IVKO, nämlich der KPD-O und der us-amerikanischen ILLA, welche ihren alten Namen „Independent [331] Communist League of America“ auf ihrem Parteitag im Mai 1938 in „Independent Labor League of America“ geändert hatte – was das IVKO-Büro als Symptom eines politischen Kurswechsels betrachtete – und zudem auf diesem Parteitag ein nach Auffassung der deutschen KPO unkommunistisches Programm angenommen hatte[91]. Die Zuspitzung des Konflikts ergab sich aus der Verschiedenheit der Stellungnahmen beider Organisationen zum „Internationalen Büro für revolutionäre sozialistische Einheit“ – kurz „Londoner Büro“ genannt –, welches nach 1935 aus der „links“-sozialistischen, unter anderem aus der SAP und der britischen ILP Fenner Brockways bestehenden „Internationalen Arbeitsgemeinschaft“ hervorgegangen war und dem sich dann auch die Sozialistische Partei (Maximalisten) Italiens, der spanische POUM und andere Parteien und Gruppen anschlossen, während die SAP im Oktober 1938 aus dem Büro austrat[92]. Die IVKO stand seit der Februarkonferenz des Londoner Büros von 1938 in einem Kartellverhältnis zu dieser Assoziation[93]. Nachdem die Leitung des Büros auf Repräsentanten des POUM übergegangen war, strebte die deutsche KPO seit der Brüsseler Oktoberkonferenz des Internationalen Büros von 1938 eine volle Mitgliedschaft der IVKO in dieser Vereinigung an. Dagegen plädierte die ILLA seit ihrem Nationalratsmeeting vom 11. bis 13. November 1938 in einem Zusammenwirken mit der ILP-Führung für eine Auflösung sowohl des Londoner Büros als auch der IVKO und für eine Verschmelzung der einzelnen Ländergruppen dieser Organisationen mit anderen Gruppen zu einem „neuen revolutionären Zentrum“. Da die deutsche KPO auf ein selbständiges politisches Auftreten in einer internationalen Vereinigung und auf ihr Kritikrecht gegenüber bestimmtem, als „zentristisch“ eingeschätzten Mitgliedsgruppen des Londoner Büros, insbesondere der ILP, nicht verzichten wollte, und umgekehrt die ILLA gerade auf eine enge Zusammenarbeit mit der ILP drängte, kam es in den ersten Monaten von 1939 zum Bruch zwischen der us-amerikanischen und der deutschen IVKO-Gruppe. Die „Internationale Vereinigung der Kommunistischen Opposition“ hatte damit praktisch aufgehört zu existieren. Diese Auflösung der IVKO resümierte das AK der KPO aus seiner Sicht wie folgt:

> „Als seinerzeit der ultralinke Kurs in der Komintern begann, wurde die IVKO zum Sammelpunkt der Kräfte, die diesen Kurs ablehnten und die deswegen auch vor einem offenen Konflikt mit der KI nicht zurückscheuten. Das waren die Kommunistische Partei Schwedens, die [332] Gruppe Mot Dag in Norwegen als Sympathisierende, starke Kräfte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, vor allem kommunistische

> Gewerkschaftler, Teile der Kommunistischen Partei der Schweiz (Zürich und Schaffhausen) und die damalige Mehrheit der kommunistischen Organisation in den Vereinigten Staaten. Alle diese Organisationen führten eine richtige kommunistische Gewerkschaftspolitik durch, aber sie sind darüber nie hinausgekommen. Da sie es nicht verstanden, die kommunistischen Grundsätze in ihrer Gesamtheit in ihren Ländern konkret weiterzuentwickeln, gingen sie schließlich den Weg zurück und verließen den Boden der kommunistischen Grundsätze überhaupt. ... Die KPD (O) hat als einzige Organisation diese Grundsätze nicht verlassen, weil sie allein es verstanden hat, alle kommunistischen Grundsätze konkret auf die besondere Lage in Deutschland anzuwenden“[94].

Die *Beurteilung der KI und der UdSSR* änderte sich im selben Zeitraum wesentlich; der Grund hierfür war die Inauguration der „Volksfront“-Politik durch die KI im allgemeinen und deren für den Verlauf des spanischen Bürgerkriegs verhängnisvolle Anwendung in Spanien im besonderen. Die einheitsfronttaktischen Vorläufer der dann in die „Volksfront“-Taktik übergeleiteten Politik des PCF – nämlich die auf den Sturz der Regierung Daladier am 6. Februar 1934 folgenden gemeinsamen Aktionen und Verhandlungen von PCF und SFIO beziehungsweise CGT und CGTU besonders seit Mai 1934[95] – waren vom AK der KPO einerseits – als beginnende Abkehr vom „ultralinken“ Kurs – positiv, andererseits – wegen der offenkundigen Kompromißfreudigkeit des PCF und seines Verzichts auf kritische Auseinandersetzung mit der anderen Partei – negativ beurteilt worden[96]; insbesondere befürchtete die KPO, daß es der PCF nicht verstehen werde, „die durch die Einheitsfront eingeleitete Bewegung über den Rahmen bürgerlich-demokratischer Forderungen hinaus[zuführen]“[97]. Dem AK war „klar“, daß der bevorstehende VII. Weltkongreß der KI „die in Frankreich eingetretene Wendung zum Hauptpunkt haben wird“[98], und es hielt angesichts der im Sinne seiner eigenen politischen Linie positiven Aspekte der sich anbahnenden Wendung[99] den Zeitpunkt für gekommen, beim EKKI die Zulassung der IVKO-Organisationen und des IVKO-Büros zum VII. Kongreß zu beantragen, wobei als Fernziel die „Wiederherstellung der organisatorischen Einheit der Kommunistischen Bewegung in den einzelnen Ländern und international“ anvisiert wurde[100]. In einem den Worten nach äußerst polemisch gehaltenen Artikel in der „Kommunistischen Internationale“ kam gleichwohl das EKKI zu dem Schluß, daß die wesentlichen [333] „politischen Voraussetzungen“ für Verhandlungen über eine Rückkehr der IVKO-Gruppen in die KI gegeben seien, und es machte diese Rückkehr davon abhängig, „*welche Garantien sie für eine völlige und bedingungslose Unterwerfung unter die Disziplin ihrer Partei und der Kommunistischen Internationale leisten werden*“[101]. Parallel hiermit liefen Verhandlungen über die Bedingungen einer eventuellen Rückkehr der „Rechts“-Opposition in die Internationale zwischen dem ZK der KPD und dem AK der KPO, welches seinerseits die Herstellung des „demokratischen Zentralismus“ in der KI zur Vorbedingung des Wiedereintritts machte[102]. Der Nichtabdruck von Diskussionsartikeln der KPO, welche sie auf die allgemeine Aufforderung des ZK der KPD hin zum VII. Kongreß verfaßt hatte, durch die deutsche Parteileitung deutete aber schon darauf hin, daß mit einer Realisierung der von der KPO gestellten Vorbedingung nicht ohne weiteres zu rechnen sein würde[103]; zudem wurde der IVKO-Antrag auf Teilnahme am Weltkongreß stillschweigend abgelehnt[104]. Gleichwohl war auch die KPO von jener organisationspolitischen Richtlinie des VII. Kongresses der KI (Juli/August 1935) betroffen, welche – ineins mit der völligen Abkehr von der Sozialfaschismus-Ideologie – den kommunistischen Parteien die Aufgabe stellte, die Initiative für die Herstellung einer „*einheitliche[n] politische[n] Massenpartei der Arbeiterklasse*“ in jedem Lande, welche selbst die sozialdemokratischen Organisationen umfassen sollte, zu ergreifen[105]. Die politische Generallinie der KI hatte sich aber in der Zeit bis zu diesem Kongreß und auf dem Kongreß selbst derart verändert, daß die KPO bald in eine noch entschiedenere Oppositionsstellung gegenüber der KI-Politik geraten sollte, als sie sie seit der Zeit des „ultralinken“ Kurses bezogen hatte. Die Einheitsfrontansätze des PCF waren im Verlaufe des Jahres 1934 zu einer Aktionsbündnispolitik erweitert worden, welche einerseits mehr und mehr ihre Bündnispartner außerhalb des Lagers der Arbeiterklasse, zuletzt im Bereich des bürgerlichen Konservativismus, suchte, und andererseits mit einer Preisgabe der revolutionären Zielsetzung der Kommunisten zugunsten der gemeinsamen antifaschistischen Aktion verbunden war; die seit dem Oktober 1934 so genannte „Volksfront“-Politik bezeichnete somit ein „ultrarechtes“ Gegenstück zur kommunistischen Einheitsfrontpolitik[106].

Die „Fehler und Schwächen“ dieser Taktik entwickelten sich – [334] so kommentierte die KPO kurz vor dem VII. Kongreß – „mit überraschender Schnelligkeit weiter“: „Wenn der Weg der Volksfrontpolitik in Frankreich bis zu Ende weiterverfolgt wird, so kann er nur so enden, wie die Politik des kleineren Übels der SPD“[107]. Dementsprechend begrüßte die KPO am VII. Kongreß der KI zwar die tatsächliche Verurteilung der vorangegangenen „ultralinken“ Politik, aber sie kritisierte zugleich scharf dessen „schwere opportunistische Fehler“, nämlich die Verallgemeinerung der „Volksfront“-Politik. Die Koalitionspolitik gegenüber bürgerlichen Parteien mit der Zielsetzung der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie, welche schlechthin dem Kongreß als aktuelle Alternative gegenüber dem Faschismus galt, könne nur die „Wiederholung und ... vielfache ... Steigerung der Fehler von 1923 in Deutschland“ bedeuten[108]. Gut ein halbes Jahr später wurde diese Kritik an der KI-Politik anläßlich eines Aufsatzes des Generalsekretärs der KI, Dimitrov, noch wesentlich verschärft[109]: hatte noch der VII. Kongreß in allerdings zweideutigen Formulierungen nach alter Tradition von den Kommunisten die „Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“ gefordert[110], so trat jetzt Dimitrow dafür ein, daß die Kommunisten im Falle einer faschistischen Aggression eine Volksfrontregierung anstreben und gegebenenfalls auch dem Militärbudget zustimmen sollten. Die Lehre vom revolutionären Klassenkampf wurde somit für diesen Fall außer Kraft gesetzt. Nun, so kommentierte das AK der KPO, sei der Gegensatz zwischen der „Rechts“-Opposition und der KI nicht länger bloß taktischer Natur: die Unklarheiten der Entscheidungen des VII. Kongresses seien

> „geklärt in einem Sinne, daß die bisherigen Möglichkeiten des Abrutschens in den Opportunismus in weitestem Maße zur Wirklichkeit geworden sind und daß die *Grundsätze des Kommunismus verlassen sind*“[111].

Im selben Monat – Juli 1936 – begann der spanische Bürgerkrieg, dessen Verlauf der KPO den Beweis ihrer These bringen sollte, daß die KI mit den revolutionären Zielen gebrochen habe. Die KPO und die IVKO unterstützten seit den Erhebungen vom 19. Juli und der Bildung der lokalen revolutionären Komitees durch die siegreichen Arbeiter[112] diejenige spanische kommunistische Partei, welche im Gegensatz zu den [335] auf Weisung der KI an der Volksfrontpolitik festhaltenden offiziellen kommunistischen Parteien Spaniens und Kataloniens nachdrücklich die Machtentfaltung derartiger revolutionärer Organe unterstützte. Diese Partei war der POUM, welcher sich 1935 als Zusammenschluß des Bloque Obrero y Campesino unter Leitung von Joaquín Maurín – der seit 1932 mit der IVKO zusammengearbeitet hatte – und der „Linken Kommunisten“ unter Andrés Nin gebildet hatte und der vor wie nach den Julierhebungen in verschiedenen katalanischen Provinzen, in denen die Regierungsgewalt in den Händen der Arbeiter war, maßgebenden Einfluß besaß und auch in Barcelona über bedeutende Anhängerschaft verfügte[113]. Wenngleich diese Partei keineswegs als trotzkistische Gruppe zu bezeichnen war, näherten sich besonders die Repräsentanten des Nin-Flügels in der Frage der Beurteilung der UdSSR der Auffassung Trotzkis; so bestanden in diesem Punkte zwischen der IVKO und dem POUM scharfe Differenzen, welche jedoch die Übereinstimmung in wesentlichen anderen Fragen, insbesondere in der Politik der spanischen Revolution, nicht beeinträchtigten[114]. Die Zielsetzung der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats mit einheitsfronttaktischen Methoden und der Bildung einer auf die revolutionären Komitees gestützten Arbeiter- und Bauernregierung, welche der POUM vertrat, sicherte dieser Partei die volle Sympathie der KPO[115]. Soweit Mitglieder der KPO im spanischen Bürgerkrieg kämpften, schlossen sie sich den Kampfeinheiten des POUM an[116], und Thalheimer festigte die Verbindungen zwischen beiden Organisationen mit einer Reise nach Katalonien im November/Dezember 1936[117]. Die Scheinunterstützung, welche die UdSSR dem antifaschistischen Lager des Bürgerkriegs zukommen ließ, und ihre gegenrevolutionäre Politik – welche sich insbesondere in der wahnwitzigen Bekämpfung des POUM als einer „Agentur des Faschismus“ zeigte[118] – demonstrierte nun deutlich die radikale Abwendung der KI von jenen Zielen, derentwegen sie einst gegründet worden war. Nachdem sich das AK beim Einsetzen der verspäteten sowjetrussischen Intervention noch einen revolutionären Sinn dieser Maßnahme hatte vortäuschen lassen, mußte es wenig später bereits die „konterrevolutionären Wirkungen“ der auf der Grundlage des Programms der Verteidigung der bürgerlichen Republik durchgeführten Intervention konstatieren[119]. Die Unruhen und Kämpfe in Barcelona im Mai 1937 und der daran sich anschließende Vernichtungsfeldzug der GPU

gegen den POUM[120] ließen der KPO – welche regelmäßig über die Situation besonders in Katalonien sich informieren ließ[121] – keinen [336] Zweifel mehr daran, daß die spanische Politik der KI und der KPdSU ein „*Verbrechen*“ und einen „*Verrat am Kommunismus*“ bedeutete[122]:

> „Die spanische Revolution ist verloren, wenn die spanischen Werktätigen nicht bald lernen, die Politik der russischen Revolution unter Lenins Führung auf ihr Land sinngemäß anzuwenden[,] und die von der Stalinclique erfundene Volksfrontpolitik mit allen Mitteln beseitigen. Wenn sie die Kraft dazu nicht aufbringen, kann es in Spanien kein demokratisches Regime geben, sondern nur ein faschistisches“[123].

Die Maiereignisse bezeichnen offenbar auch die Wendung, welche die KPO-Führung in der Einschätzung der UdSSR selbst und des innersowjetischen Regimes der KPdSU vornahm. An den Stellungnahmen des IVKO-Büros zu den Massenprozessen in der UdSSR 1936/37 gegen die alte Führungsschicht der KPdSU läßt sich diese Wandlung ablesen. Ende 1936 wurde noch der Sinowjew-Prozeß als ein „Akt der berechtigten Abwehr gegen ein konterrevolutionäres Komplott“ gerechtfertigt[124]; gerechtfertigt wurde auch im Februar 1937 – wenngleich nun schon zögernd – das Ergebnis des Prozesses gegen Radek und Pjatakow, wobei zumindest gegen die Art der Prozeßführung protestiert wurde[125]; doch wurde an diese Vernichtungsmaßnahmen die leider allzu wahre Bemerkung geknüpft, daß es ein „Zeichen für die Stärke des Sowjetsystems“ sei, „daß es zu keiner Erschütterung der proletarischen Diktatur als solcher führt, wenn führende Funktionäre in fast allen Teilen des Staatsapparats der Sabotage, Spionage, Korruption und anderer Verbrechen beschuldigt werden“[126]. Dieser Zynismus sollte den Höhepunkt der Adaption der KPO-Führung an die Stalinsche Innenpolitik, welche jedenfalls seit 1929/30 für das Verhältnis Brandlers und Thalheimers zur SU bezeichnend geworden war, bedeuten: Ende 1937 bereits formulierte die Redaktion der IVKO-Zeitschrift anläßlich des 20. Jahrestags des Bestehens Sowjetrußlands eine durchaus andere Einschätzung des sowjetrussischen Herrschaftssystems:

> „Kein noch so lautes Ergebenheitsgeheul der diversen, im Dienste Stalins und seiner Clique stehenden Apparate kann darüber hinwegtäuschen, daß noch nie, seit es eine selbständige Arbeiterbewegung gibt, dem Glauben der Proletariermassen an die proletarische Revolution und den Sozialismus so schwere Schläge versetzt worden sind wie durch Stalin und die Seinen. An ihrem 20. Jahrestag liefert die SU das tragische Bild der Schändung und des Mißbrauchs der proletarischen Diktatur durch eine Bürokratenclique, die im Lande selbst [337] die persönliche Diktatur ihres Anführers durch eine blutige Verfolgung von Tausenden und Abertausenden von Kommunisten zu befestigen sucht und die in den anderen Ländern Lakaiendienste für die imperialistische Bourgeoisie der demokratischen Länder leistet, wobei sie in Spanien die Rolle des Schlächters der proletarischen Revolution übernimmt, die die Ebert und Noske einst in Deutschland gespielt haben. Wer heute wirklich dem Kommunismus und den wahren Interessen der SU dienen will, der hat die Pflicht, laut zu erklären, daß sich die Wege der Stalinclique und die aller wirklichen Kommunisten, aller wirklichen proletarischen Revolutionäre innerhalb und außerhalb der SU getrennt haben“[127].

In der Konsequenz dieser Auffassung wurde der folgende Massenprozeß, gegen Bucharin, Rykow und andere, als ein „Stadium wilder Raserei“ des „konterrevolutionären Terrors“ bezeichnet, an dem sich – ganz im Gegensatz zur ein Jahr vorher formulierten zynischen Rechtfertigung der Prozesse als Zeichen der „Stärke des Sowjetsystems“ – „die wachsende Zersetzung des Stalin-Regimes“ zeige[128]. Hinfort – so wurde die Stellungnahme zur SU nun präzisiert – erfordere die

> „Verteidigung der SU als des ersten Arbeiterstaates, als des ersten Landes mit einer sozialistischen Wirtschaftsordnung ... heute zugleich die Verteidigung der KPSU gegen den Terror der Stalinclique, die Unterstützung der Bestrebungen der Werktätigen der SU nach wahrer, nicht papierner innerparteilicher und Sowjetdemokratie, nach Beseitigung der persönlichen Diktatur Stalins und der Bürokratenwirtschaft seiner Clique ...“[129].

Alle gegenrevolutionäre Außenpolitik der SU und aller Terror im Innern des Landes würden nämlich

nicht die Tatsache berühren, daß das Regime auf einem „sozialistischen Unterbau“ beruhe, wobei in der Perspektive „entweder ... schließlich der stalinistische politische Überbau die sozialistische Grundlage vernichten“ müsse „oder umgekehrt das Bedürfnis der Weiterentwicklung des sozialistischen Unterbaues am Ende den stalinistischen Überbau sprengen“ werde[130]; so erschien der KPO die Fortentwicklung der UdSSR weiterhin als ein wesentlicher Faktor für die Perspektiven einer Weltrevolution.

Als das AK der KPO die Abkehr der KI- und SU-Führung von den revolutionären Zielsetzungen bemerkte, entdeckte sie zugleich eine „beginnende Neugruppierung der internationalen Arbeiterbewegung“: insbesondere die Politik des POUM und die „Links“-Entwicklung eines Teils der britischen ILP erschienen ihm als „*Keime*“, welche „*die Zukunft der internationalen Arbeiterbewegung*“ in sich enthielten, als „*Elemente* [338] *ihrer Erneuerung auf einer höheren Stufe der Entwicklung*“[131]. Die Zusammenarbeit zwischen diesen und ähnlichen Parteien und Gruppen, welche zumeist dem Londoner Büro angehörten, und der IVKO war als Mittel der „Erneuerung der internationalen kommunistischen Bewegung“ – die letztlich nicht unter Ausschluß der KI erfolgen sollte – gedacht, und aus diesen Motiven beteiligte sich die IVKO seit Februar 1938 an der Arbeit des Londoner Büros[132]. Differenzen zwischen einem Teil der Büroparteien und der IVKO bestanden auf dieser Februarkonferenz lediglich in der Frage der SU (Verteidigung der SU „als eines Arbeiterstaates mit sozialistischer Wirtschaft“, Vorschlag der IVKO, der ILP und der Sozialistischen Partei Schwedens) und in der Kriegsfrage (Forderung des „revolutionären Defaitismus“)[133]. Jene Motivation lag auch der Beteiligung des AK der KPO an der „Internationalen Front der Werktätigen gegen den Krieg“ zugrunde, welche auf Initiative des Parti Socialiste Ouvrier et Paysan Frankreichs und der Sneeyliet-Gruppe in den Niederlanden in der Septemberkrise 1938 zustandegekommen war und an der neben der IVKO sich auch die Parteien des Londoner Büros und einige andere Gruppen beteiligten. Diese Front wurde von der KPO nicht unkritisch, nämlich als das Ergebnis eines Versuches betrachtet, „alles Mögliche an Organisationen zusammenzukratzen, ohne Rücksicht darauf, ob sie wirklich etwas vorstellen“[134]. Bereits auf der Februar-Konferenz des erweiterten Londoner Büros im Jahre 1939 wurde der – von der KPO abgelehnte – Vorschlag der ILLA diskutiert, sowohl das Londoner Büro als auch die Internationale Front aufzulösen und – unter Beteiligung der dieser Front angeschlossenen IVKO-Gruppen – ein „neues revolutionäres Zentrum“ zu bilden. Auf der Sitzung des Büros vom 27. April 1939 wurde dann auf Antrag des ZK des POUM die Büroauflösung beschlossen und die Frage der Organisation einer solchen neuen „revolutionären“ Zentrale diskutiert, womit der kurz vorher eingebrachte Antrag der KPO auf volle Mitgliedschaft im Londoner Büro hinfällig wurde. Auf der unmittelbar anschließenden Tagung der Internationalen Front, auf der diese Neuorganisierung ebenfalls im Mittelpunkt der Diskussion stand, wurde auf Initiative der ILLA und der ILP beschlossen, es hätten sich die dem „revolutionären Zentrum“ angeschlossenen Parteien und Gruppen den Mehrheitsbeschlüssen seines Führungs-Gremiums zu unterwerfen. Die KPO fand diese Bedingung unannehmbar und beteiligte sich an dem neuen Zentrum nicht[135]. [339]

d. Die Spaltung der Pariser KPO-Gruppe und die Schlußphase der Emigration

Mit der Entwicklung der internationalen Beziehungen des AK der KPO waren Konflikte in der Pariser Emigrations-Gruppe der KPO und in diesem Organ selbst verknüpft. Innerhalb des AK entwickelten sich diese Gegensätze – die zumindest 1937 schon manifest waren[136] – zwischen Brandler und Thalheimer einerseits und Leo andererseits besonders in der Frage der Einschätzung der KI und der UdSSR – in der Leo mehr als die beiden anderen AK-Mitglieder den gegenrevolutionären Charakter des offiziellen Kommunismus betonte – und in der Streitfrage über den „revolutionären Defaitismus“, eine Parole, welche Brandler und Thalheimer von der, wie diese von Lenin formulierten, Forderung der „Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen revolutionären Krieg“ abgetrennt und nicht auf antifaschistische „gemischte“ Kriege – solche, in denen Staaten im Bündnis mit der SU gegen andere „imperialistische Staaten“ kämpften – sowie, im besonderen Fall, auch nicht auf die ČSR angewandt wissen wollten. In diesen Fällen sei vielmehr – wie vor allem in der Zeit der tschechoslowakischen Krise formuliert wurde – die Arbeiterschaft verpflichtet, weder eine volksfrontpolitische Burgfriedenspolitik noch einen „konterrevolutionären Defaitismus“ zu vertreten, anstelle dessen

vielmehr eine Politik zu betreiben, welche darauf abziele, „von vornherein als selbständige Klassenkraft aufzutreten ..., die Abwehr gegen den Angriff des Faschismus von außen und von innen den Händen der Bourgeoisie zu entwinden .. und sie in die eigenen Hände zu nehmen, um im Falle des Krieges den Krieg als revolutionären Krieg zu führen“[137]. Hiergegen wurde von Leo tendenziell die Notwendigkeit einer allgemeinen Anwendung des Defaitismus-Prinzips aus den kommunistischen Prinzipien abgeleitet[138]. Mit dieser Streitfrage waren ferner Differenzen über die Einschätzung der us-amerikanischen ILLA – welche in der Kriegsfrage den Standpunkt der AK-Mehrheit nicht teilte[139] – verknüpft: offenkundig hatte Leo als Mitglied des IVKO-Büros lange Zeit mit Lovestone besonders eng und wahrscheinlich auch in bestimmten Fragen unabhängig von Brandler und Thalheimer zusammengearbeitet[140] und er hatte sich in dem Konflikt zwischen dem IVKO-Büro und der amerikanischen Gruppe in der Frage der Perspektiven der internationalen Zusammenarbeit der „revolutionären“ Gruppen und Parteien zum Sprecher Lovestones gemacht. Der Konflikt [340] innerhalb des AK, der sich im Verlaufe des Jahres 1938 außerordentlich zuspitzte, griff auch auf die Pariser Emigrationsgruppe selbst über, wenngleich hier die ideologischen Fronten sich nicht völlig mit denen im AK deckten: in der Kriegsfrage und in der Stellung zum Stalinismus waren sich die Gegner der AK-Mehrheit, Brandlers und Thalheimers, nicht alle einig[141]. Im September 1938 trat noch ein spezieller Konflikt innerhalb des AK über die Aktualität der Kriegsgefahr – welche Thalheimer zeitweilig unterschätzte[142] – hinzu. Im Anschluß hieran enthob die zweistimmige AK-Mehrheit das dritte AK-Mitglied zunächst seiner Funktion als Redakteur der nach Paris verlegten „Arbeiterpolitik“ und sodann auch seiner Funktion als AK- und IVKO-Büro-Mitglied. In der Konsequenz dessen trennten sich Leo und einige Mitglieder der Pariser Gruppe – unter ihnen Hans Tittel, Erich Hausen und Karl Braeuning – von der Emigrationsgruppe der KPO. Die meisten von ihnen ließen sich nach Ausbruch des Krieges in den USA nieder[143]. Zwischen den Ausgeschiedenen aus der KPO gab es bis 1941 engen persönlichen und politischen Kontakt. Sie beschlossen im Jahre 1941 einmütig[,] einen selbständigen politischen Gruppencharakter aufzugeben“[144]. Soweit der Streit über die Differenzpunkte, besonders über die Kriegsfrage, noch weiter ging, wurde er bald durch den Beginn des II. Weltkriegs überdeckt. Durch die Internierung war bald die Existenz der Pariser Gruppe – bei anfänglichem kurzfristigem Weiterfunktionieren des AK – beendet. Die KPO-Mitglieder – und mit ihnen Brandler und Thalheimer – wurden in der Regel 1940 in die südfranzösischen Lager gebracht. Nach dreiviertel Jahren gelang es Brandler und Thalheimer, ein Visum für Kuba zu erhalten, wo sie das Ende des II. Weltkriegs erlebten[145]. Andere Gruppen, welche aus der KPO-Emigration hervorgegangen waren, erhielten sich in einzelnen Fällen bis zum Kriegsende oder darüber hinaus, so eine – zunächst allerdings weitgehend entpolitisierte – Gruppierung in Südafrika[146] oder die etwa vierzig Mitglieder starke „Vereinigte Opposition“ in Dänemark, welcher KPO- und SAP-Mitglieder angehörten[147]. Die Aufrechterhaltung festerer, organisationsähnlicher Kontakte war aber in der Regel bis zum Ende des Krieges nicht mehr möglich. [341]

2. Ausläufer der kommunistischen „Rechts“-Opposition nach 1945

Nach Ende des Krieges versuchten die beiden Hauptrepräsentanten der KPO, Brandler und Thalheimer, die organisatorischen Verbindungen zwischen den Überlebenden der KPO wiederherzustellen oder zu aktivieren. Der partiell erhalten gebliebene oder erneuerte Kontakt zwischen den Resten von KPO-Gruppen in Deutschland kam diesem Versuch entgegen. Außerdem gelang es Brandler, 1947 jedenfalls nach London überzusiedeln[1]. Thalheimer bemühte sich nach 1945 vergeblich um eine Rückkehr nach Deutschland[2]. Er verfaßte in Havanna noch einige ideologiekritische[3] und politiktheoretische Arbeiten. Er starb am 19. September 1948 in Havanna und wurde auf einem jüdischen Friedhof in der Nähe Havannas begraben[4].

a. Die politisch–theoretischen Schriften Thalheimers nach 1945

Nach dem Ende des II. Weltkriegs trat August Thalheimer erstmals im September 1945 wieder mit einer politisch-theoretischen Publikation hervor: seine Schrift über „Die Potsdamer Beschlüsse – Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg“[5] wurde „in Deutschland von seinen Freunden nur unter schwierigsten Bedingungen illegal verbreitet“[6]; sie „wurde in Deutschland bei ihrem erstmaligen Erscheinen begierig aufgenommen und an vielen Orten

vervielfältigt“[7]. Die schmale Broschüre enthielt eine vehemente marxistisch-klassentheoretische Kritik des Potsdamer Abkommens – was eine Kritik der Politik des offiziellen Kommunismus in Deutschland notwendig einschloß – und mag daher durchaus – wie die Herausgeber der zweiten Auflage formulierten – als „ein Programm zur Sammlung der wirklichen [scil. von der sowjetrussischen Besatzungsmacht unabhängigen] Kommunisten“ fungiert haben[8]. Kritisiert wurden das Zustandekommen wie der Inhalt der Potsdamer Beschlüsse als Ausdruck einer Verlängerung des Weltkrieges, welcher „ein Krieg gegen den Imperialismus in Deutschland und ein Krieg gegen die sozialistische Revolution in Deutschland“ gewesen sei[9], mit anderen Mitteln: die Nachkriegspolitik der Siegermächte, unter denen die UdSSR als Gefangene der westlichen Alliierten fungiere oder deren Politik infolge einer falschen Identifizierung von „Sowjetdiplomatie“ und weltrevolutionärem Interesse [342] kopiere, habe ein doppeltes Ziel: „Entwaffnung des deutschen Imperialismus und gleichzeitig Entwaffnung der deutschen sozialistischen Revolution“[10]. Die Aufteilung Deutschlands in vier „Kolonialgebiete“, die Etablierung der Militärdiktaturen, die Beschlüsse über die schrittweise und gelenkte Reinstallierung von Demokratie, die Abtrennung der Ostgebiete des ehemaligen Deutschen Reiches und die Vertreibung der Einwohner dieser Gebiete wurden in außerordentlich scharfen Worten verurteilt. Analog der Beurteilung der Herrschaftsverhältnisse in den westlichen Besatzungszonen wurde die sowjetrussische Okkupationszone als ein „sozialistisches Kolonialgebiet oder ein sozialistischer Vasallenstaat oder Protektorat“[11] charakterisiert. Entsprechend wurde für alle vier Besatzungszonen postuliert: „*Kein wirklicher Revolutionär kann sich zur Verfügung stellen für Regierungs- oder Verwaltungsfunktionen im Dienste der Besatzungsbehörden*“[12]. Die gesellschaftliche Rechtfertigung für eine Obstruktionspolitik gegenüber den Besatzungsmächten sei die Unmöglichkeit der Wiederherstellung einer bürgerlichen Demokratie in Deutschland – welche zunächst alle Unterzeichnermächte des Potsdamer Abkommens zu ihrem politischen Programm gemacht hatten: bürgerliche Demokratie habe gesellschaftlich die Existenz eines breiten Kleinbürgertums und einer „arbeiteraristokratischen“ Schicht zur Bedingung; eine Voraussetzung, welche nach Ende des NS-Regimes in Deutschland ein für allemal beseitigt sei. Hinfort sei in Deutschland Demokratie nur noch als eine „*der arbeitenden Klassen*“ möglich[13]. So seien der „Kampf“ um die Verbesserung der Lebensbedingungen der breiten Massen, derjenige gegen die „deutschen Kapitalisten“ und der gegen die Besatzungsmächte miteinander zu verbinden: „Folglich muß der Kampf um die elementarsten Lebensbedürfnisse und Rechte der werktätigen Bevölkerung mit Naturnotwendigkeit [!] revolutionären Charakter annehmen und sich verschmelzen mit dem Kampf um die Befreiung des Landes von der Fremdherrschaft“[14].

Diese Untersuchungen und Postulate wurden in einer etwas umfangreicheren Arbeit, die Thalheimer Anfang 1946 unter dem Pseudonym Aldebaran verfaßte, fortgeführt. In „Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem zweiten Weltkrieg“[15] galt sein Interesse dem – im Gegensatz zur Vorkriegssituation – „unmittelbaren“ und somit ver-[343]schärften Antagonismus des „imperialistischen und sozialistischen Lagers“, durch den die inner-„imperialistischen“ Widersprüche weitgehend neutralisiert würden und die Analyse der weltpolitischen Situation sich zu der Frage vereinfache, ob „ein dauernder Friede bei der Fortdauer kapitalistischer Verhältnisse möglich“ sei[16]. Für diese Fragestellung spiele die Existenz atomarer Vernichtungsmittel keine zentrale Rolle: „aus dem einfachen Grunde, weil dieses militärtechnische Detail nichts Wesentliches an den gesellschaftlichen Grundkräften ändert, die gegenwärtig den Gang der Weltpolitik bestimmen“. Doch habe die Möglichkeit der Nutzung der inneratomaren Kräfte, als der bis dahin höchsten Steigerung des technischen Potentials der menschlichen Gesellschaft, wie dieses zwei Aspekte: denjenigen „ihrer Besonderheit, als höchst gesteigertes Mittel der Zerstörung, oder [den] ... ihrer Allgemeinheit, als ein Fall, und zwar der erste, der technischen Nutzung inneratomarer Kräfte“. Somit sei die „Atombombe in ihrer Besonderheit ... das letzte Wort der alten Gesellschaft. Die Atombombe in ihrer Allgemeinheit, als ein Fall der produktiven Verwendung der inneratomaren Energie, wird das erste Wort der neuen Gesellschaft sein“[17]. War somit nach dieser Auffassung der weltpolitischen Konstellation durch die Existenz atomarer Vernichtungsmittel kein wesentliches neues Merkmal hinzugefügt, so mußte sich deren Analyse auf das Vorhandensein von Ausdehnungstendenzen in den beiden politischen Weltlagern – die Gruppe der Kolonial- und Halbkolonialvölker war hiernach als eine „(wenn auch rebellische)

Unterwelt der Weltpolitik“ zu vernachlässigen[18] – konzentrieren. Die Einengung des Herrschaftsgebietes des „Kapitalismus“ – so heißt es hierzu – durch die Ausdehnung des Machtbereiches der UdSSR und die sich anbahnende Verselbständigung von Kolonialgebieten – bedeute eine Verschärfung des „Widerspruch[s] zwischen den kapitalistischen Produktivkräften und den kapitalistischen Marktschranken“; der „imperialistische Ausdehnungsdrang“ werde sich verschärfen und könne sich „in zugespitzter Form nur nach außen wenden: gegen den sozialistischen Sektor, die SU und ihren Machtbereich“[19]. Dagegen wurde der Gedanke eines „Sowjetimperialismus“ – bei aller Anerkennung eines „Ausdehnungsbestrebens“ der SU – abgewehrt[20]. Die SU treibe zwar „Eroberungspolitik“; dies deshalb, weil „sozialistische Wirtschaft“ „ihrer Natur nach Weltwirtschaft“ sei und die Unvollständigkeiten und Mängel der Wirtschaft der UdSSR als einer Teilwirtschaft inmitten weltwirtschaft-[344]licher Funktionszusammenhänge ein „Ausdehnungsbestreben“ notwendig machten, das sich daher auch vorwiegend auf hochindustrialisierte Gebiete erstreckte[21]; aber diese politischen Tendenzen der UdSSR seien, so wurde scholastisch argumentiert, des fehlenden Interesses der SU am Kapitalexport wegen nicht als „imperialistisch“ zu bezeichnen[22]. Wurde somit das „Ausdehnungsbestreben“ der SU als solches gerechtfertigt, so wurden doch dessen Methoden, wie sie sich unter dem Stalinschen Regime entwickelt hatten, kritisiert: das Überwiegen der militärischen Eingriffe zur Erweiterung des „sozialistischen“ Machtbereiches – gegenüber dem Überwiegen der Förderung der weltrevolutionären Kräfte unter dem Regime Lenins – wurde von Thalheimer verurteilt[23]. Summarisch wurde die weltpolitische Konstellation zu Beginn des Jahres 1946 als ein „allgemeiner Aufmarsch zu einem neuen Weltkrieg“ charakterisiert[24].

Bereits in dieser Schrift hatte die Analyse der Sowjetunion verhältnismäßig breiten Raum eingenommen; in seinen letzten Lebensjahren arbeitete Thalheimer zudem an einer größeren Untersuchung, welche den Titel „Die Sowjetunion von heute und die sozialistische Revolution in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern“ tragen sollte. Neben methodologischen Erwägungen sollte diese Arbeit in einem Hauptabschnitt die Entwicklung Sowjetrußlands seit der Oktoberrevolution – unterteilt in Kapitel über „Die Leninsche Periode“ und „Die Stalinsche Periode“ – darlegen und in einem weiteren Hauptabschnitt „Die sozialistische Revolution im Westen und die Sowjetunion“ behandeln. Lediglich die methodologischen Vorerwägungen konnten noch abgeschlossen werden; sie wurden postum unter dem Titel „Die Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion“ veröffentlicht[25]. Sie begannen mit einer Darlegung dessen, was Thalheimer unter „materialistisch-dialektischer Methode“ verstand, womit eine Hypostasierung von sozialistischen „Maximen“, welche – angeblich – aus der Marxschen Theorie abgeleitet seien, und eine Abstraktion von den Verhältnissen gesellschaftlicher Produktion bei der Analyse der Sowjetunion abgewehrt werden sollten[26]. Diese methodologische Absicherung diente Thalheimer dazu, Versuche zurückzuweisen, die gesellschaftliche Realität der UdSSR an westeuropäischen Vorstellungen über den Sozialismus zu messen[27], welche – in der Abstraktion von den gegebenen Bedingungen der gesellschaftlichen Reproduktion in der [345] SU – auch die politischen Verhältnisse in diesem Land adäquat zu beurteilen nicht tauglich sein könnten. Vielmehr sei die Gesellschaftsform der UdSSR als eine der planwirtschaftlichen Produktion eo ipso „sozialistisch“; eine These, welche Thalheimer durch die strikte Einschränkung des Marxschen Begriffs der Freiheit der „assoziierten Produzenten“ in der sozialistischen Gesellschaft auf den Bereich der ökonomischen Produktion zu stützen suchte[28]. Die politischen Herrschaftsformen der SU gewannen in dieser Argumentation sekundäre Bedeutung: „Es ist hier nicht die Rede von der politischen Form sozialistischer Wirtschaft, weder von der ‚Demokratie‘ oder einer anderen politischen Form. Wir stehen auf dem Boden der ökonomischen Analyse. Dieser Boden wird streng festgehalten“[29]. Jene politischen Herrschaftsformen galten Thalheimer vielmehr als Ausdruck des „Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaft“ in einer Gesellschaft, in der die „materiellen Bedingungen oder Voraussetzungen“ für das „Verschwinden der Klassen, das ‚Absterben des Staates‘“, kurz, für eine freiheitliche sozialistische Gesellschaft „im Zeitpunkt des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaft noch nicht *gegeben*“ waren; sie seien – wie Thalheimer in einer Überlegung, welche seinen Rußland-Beurteilungen der Zeit vor 1933 noch durchaus fremd gewesen war[30], formulierte – typisch für die „Periode der *ursprünglichen sozialistischen Akkumulation*, in Analogie zur ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation“ in der Theorie von Marx[31]. Diese Periode – und

somit die Periode der stalinistischen Herrschaft in der UdSSR – wurde von Thalheimer zusammenfassend wie folgt charakterisiert:

> „Die Periode der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation ist *nicht mehr* Kapitalismus. Es ist kein Kapital, das akkumuliert wird, sondern es sind von den Produzenten kollektiv produzierte, angeeignete und angewandte Produktionsmittel und Rohstoffe im wachsenden Umfang. Sie ist aber auch noch nicht *vollendeter* Sozialismus oder ‚reiner‘ Sozialismus.
> Was ist sie also positiv?
> Sie ist ein *Anfang* des Sozialismus, ein bestimmter Entwicklungsabschnitt *innerhalb* des Sozialismus, ein *Übergang* von einer Entwicklungsstufe des Sozialismus zu einer anderen, höheren“[32].

Die Berufung auf die Vermittlung von „Nichts“ und „Sein“ in den Hegelschen Kategorien des „Anfangs“ und des „Werdens“ an dieser Stelle vermag freilich nicht darüber hinwegzutäuschen, daß in der Thalhei-[346]merschen These von der kollektiven Produktion, Aneignung und Anwendung der Produktionsmittel durch die Gesellschaftsmitglieder in der Sowjetunion der Begriff der Kollektivität lediglich in seinem formal-produktionstechnischen Sinn legitim verwendet wird. Die Charakterisierung jener Periode der „ursprünglichen sozialistischen Akkumulation“ als ein Prozeß, der gleichsam kraft immanenter Logik auf eine „höhere Stufe des Sozialismus“ ziele, ist von daher gesehen immerhin problematisch.

b. Die „Gruppe Arbeiterpolitik“

Die überlebenden Kader der ehemaligen KPO in Deutschland und diejenigen ehemaligen KPO-Mitglieder, welche hierher aus der Emigration zurückkehrten, erhielten nach 1945 nicht bloß durch die Nachkriegsbroschüren Thalheimers ideologische Unterstützung. Anfang 1946 bereits konnten Brandler und Thalheimer von Kuba aus über einen dänischen Verbindungsmann mit ehemaligen KPO-Mitgliedern in Deutschland Verbindung aufnehmen. Seit Ende 1946 sandten sie von dort aus Monatsberichte – „Briefe aus Nah und Fern“ – nach Deutschland[33]. Die Gruppe, welche sich um diese Publikationen sammelte, setzte sich zum Ziel, jene Tradition radikal-sozialistischer Politik, welche die alte KPO entwickelt oder fortgeführt hatte, im westlichen wie im östlichen Teil Deutschlands zu vertreten. Während hierbei in den westlichen Besatzungszonen gegenüber den politischen Bedingungen der Weimarer Republik anscheinend keine wesentlichen Veränderungen auftraten, wurde die politische Strategie in der sowjetrussischen Besatzungszone von der Auffassung bestimmt, es seien aus der Situation, welche sich dort aus der zwangsweisen Übertragung des „Sozialismus“ sowjetrussischen Musters auf ein entwickeltes Industrieland mit spezifischen Arbeiterbewegungstraditionen ergab, nur „zwei Auswege denkbar: der erste, die rascheste Entwicklung der selbständigen Aktion und der Verteidigungsfähigkeit der arbeitenden Klassen in dem eroberten Lande und dann – Räumung. Der zweite umgekehrte: der Versuch, die Fremdherrschaft im Lande immer mehr auszubauen und dauernd zu machen, mit allem was dazu gehört. Dieser zweite Weg könnte nur enden mit einer Katastrophe für das eroberte Land und einer tiefgehenden und lange anhaltenden Schwächung des Sozialismus und Kommunismus“[34]. Die ehemaligen Mitglieder der KPO in der SBZ – welche sich zumeist zum Anschluß an die SED entschlossen[35] – versuchten, der ersten der beiden Alternativen zur Reali-[347]sierung zu verhelfen. Die Informationsmaterialien Brandlers und Thalheimers – später in „Briefe aus der Ferne“ umbenannt[36] – gelangten nach dem Bericht Hermann Webers immerhin zu hauptamtlichen Mitgliedern des Parteiapparats; und bis 1947 war es – seinem Bericht zufolge – auf der SED-Parteihochschule „Karl Marx“ immerhin möglich, daß Kursanten öffentlich die These vertraten, die KPO habe in den Jahren vor 1933 mit ihrer Kritik an der kommunistischen RGO-Politik recht gehabt[37]. Aber diese relative Liberalität war nicht von langer Dauer. So wurde – um ein bezeichnendes Beispiel zu nennen – der Leiter der Gruppe der ehemaligen KPO-Mitglieder in Erfurt, Alfred Schmidt, der sich besonders für die Verwirklichung der Brandler-Thalheimer-Politik gegenüber der Politik der besatzungsmachtgesteuerten SED eingesetzt hatte, am 31. August 1947 seiner gewerkschaftlichen Führungsfunktion enthoben. Die Konflikte mit der Besatzungsmacht spitzten sich derart zu, daß Alfred Schmidt, der schon während der NS-Zeit viele Jahre lang in Konzentrationslagern

gefangengehalten worden war, im Juli 1948 verhaftet und am 2. Dezember 1948 von einem sowjetrussischen Militärtribunal in Weimar zu fünfundzwanzig Jahren Arbeitslager verurteilt wurde[38]. So setzte sich in der sowjetrussischen Besatzungszone bald die zweite der von Thalheimer vorausgesagten Alternativen durch: „der Versuch, die Fremdherrschaft im Lande immer mehr auszubauen und dauernd zu machen, mit allem, was dazu gehört“[39]. Die Wirkungsmöglichkeiten für die Gruppe der ehemaligen KPO-Mitglieder wurden hier so gut wie völlig vernichtet. In den westlichen Besatzungszonen kam es dagegen zunächst zu einer organisatorischen Zusammenfassung der Restkader der KPO – welche eine nicht unbeträchtliche Anzahl junger Mitglieder an sich binden konnte – und zu einer begrenzten politischen Wirksamkeit dieser insgesamt freilich nur noch mehrere Hundert Mitglieder umfassenden Gruppe[40]. Seit Anfang 1948 wurde mit der Herausgabe einer mimeographierten Zeitschrift mit dem Titel „Arbeiterpolitik“ begonnen, welche seit November 1948 zunächst monatlich, seit 1950 vierzehntägig in gedruckter Form erschien und die zeitweilig einige – teilweise auch gedruckte – Nebenausgaben hatte[41]. Die Zeitschrift, die in Stuttgart erschien, wurde zunächst von Dr. Theodor Bergmann, Hermann Jahn und Waldemar Bolze als gleichberechtigten Redakteuren redigiert. Am 9. Mai 1949 kehrte Heinrich* [Brandler aus der Emigration nach Deutschland zurück[42]]. Er nahm an der Leitung der Gruppe – welche sich nach der Zeitschrift [348] „Gruppe Arbeiterpolitik“ nannte und sich ein lockeres organisatorisches Gerüst schuf – aktiv teil und beteiligte sich später, zusammen mit Rudolf Hanke, an der Redaktion des Blattes[43]. Örtliche Gruppen der „Gruppe Arbeiterpolitik“ bestanden im wesentlichen nur in Bremen, Hamburg, Stuttgart, Nürnberg, Mannheim und – vor allem – in Salzgitter[44]. In dieser Stadt der ehemaligen „Reichswerke“ – und nur hier – gelang es der „Gruppe Arbeiterpolitik“ auch, das von Thalheimer formulierte politische Programm des Widerstands gegen die Besatzungspolitik – die er als Politik der Niederhaltung einer sozialistischen Revolution charakterisiert hatte – zeitweilig mit partiellem Erfolg zu praktizieren. Diese stärkste und gewerkschaftlich gut verankerte lokale Gruppe der „Gruppe Arbeiterpolitik“, die unter der Leitung von Erich Söchtig stand, organisierte 1949/50 den Widerstand der Belegschaft der ehemaligen „Reichswerke“ gegen die Demontage dieser Industrieanlagen[45]. Auch in anderen Städten verfügte die „Gruppe Arbeiterpolitik“ über – wenn auch schwächere – gewerkschaftliche Positionen, besonders in Stuttgart, wo die KPO-Tradition der Verankerung im DMV in der IG Metall fortgeführt werden konnte[46]. Gleichwohl zwang die gesellschaftlich-politische Entwicklung die „Gruppe Arbeiterpolitik“ alsbald, sich ganz auf das vergleichsweise bescheidene Programm einer Organisierung von radikal-sozialistischen Kadern zu konzentrieren. Aber auch hier wurde der Aktionsradius der Gruppe seit Beginn der fünfziger Jahre mehr und mehr reduziert[47]. Nicht zuletzt diese Tatsache sowie die Stagnation der radikal-„linken“ Arbeiterbewegung überhaupt[48] führten schon früh zu inneren Konflikten in dieser Gruppe. Bereits 1952/53 kam es angesichts der von der Gruppenmehrheit befürworteten Politik, aus einheitsfronttaktischen Motivationen heraus die einzige in der Arbeiterschaft angesehene „Arbeiterpartei“, nämlich die SPD, bei Wahlen zu unterstützen[49], zu Konflikten mit der Hamburger Gruppe. Aber abgesehen von dieser Gruppe haben – nach dem Bericht Heinrich Brandlers – nur „vereinzelte alte KPOer ... nicht übers Herz gebracht[,] SPD zu wählen“[50]. Andere Konflikte – in der Frage der Einschätzung der Sowjetunion – konnten zunächst neutralisiert werden[51], entwickelten sich dann jedoch, im Verlauf der fünfziger Jahre, zu einer für die Fortexistenz der Gruppe zentralen Frage; hierbei entstanden besonders in der Beurteilung der Politik der UdSSR in dem von ihr beherrschten weltpolitischen Lager Differenzen, deren Exponenten Heinrich Brandler einerseits und – andererseits – der Redakteur [349] der „Arbeiterpolitik“, Rudolf Hanke, waren. Sie traten um die Zeit des XX. Parteitages der KPdSU und der im Gefolge der „Entstalinisierung“ auftretenden Ereignisse in Polen und Ungarn im Jahre 1956 deutlich zutage[52]. Die Redaktion der „Arbeiterpolitik“ war der Auffassung, daß in den im Machtbereich der UdSSR liegenden „Volksdemokratien“ bei einer Lockerung des Druckes Sowjetrußlands auf diese Gesellschaftsgefüge die Realisierung einer „Arbeiterdemokratie“ in der Form von Räteherrschaft ohne weiteres und ohne Gefährdung der Fortexistenz dieser Gesellschaften als „sozialistisch“ organisierten möglich sei und daß die Politik der Führung der UdSSR hierfür der ausschlaggebende Faktor sei; von dieser Auffassung her übte sie an der Intervention der

* Nach dem Vornamen fehlt Text. Daher wurde er von mir ergänzt in der Annahme, daß er korrekt sein könnte. *KWF*

UdSSR während der ungarischen Erhebung Kritik; diese Perspektive wurde dagegen von Heinrich Brandler für unrealistisch erachtet und er rechtfertigte insbesondere jenen sowjetrussischen Eingriff mit der These, daß in Ungarn – im Unterschied zu Polen – ein besonders starkes „gegenrevolutionäres“ Kräftepotential vorhanden gewesen sei, dessen Wirksamkeit im Falle eines Unterbleibens der sowjetrussischen Intervention zum Ausscheiden Ungarns aus dem Lager des Ostblocks geführt haben würde; Voraussetzung einer „Demokratisierung“ in den Ländern des sowjetrussischen Herrschaftsbereichs sei – wie in Polen – das Vorhandensein einer aktionsfähigen und der Intention nach rußlandunabhängigen kommunistischen Partei mit einer entsprechenden Führung. Analog lagen die Differenzen in der Beurteilung der DDR. Die Redaktion der „Arbeiterpolitik“ glaubte besonders 1955/56 eine „liberalere“ Deutschlandpolitik der UdSSR konstatieren zu können und sah das Haupthindernis für eine „Demokratisierung“ des ostdeutschen Herrschaftssystems in der Existenz der von Walter Ulbricht repräsentierten herrschenden Funktionärsschicht, was – auf der Grundlage der erwähnten Hypothese über die sowjetrussische Deutschlandpolitik – zur Konzentrierung der politischen Losungen der Redaktion in der DDR-Frage auf die Parole „Der Spitzbart muß weg“ führte[53]. Dagegen hielt Heinrich Brandler nicht nur die von der „Arbeiterpolitik“-Redaktion behauptete „Wendung“ in der Deutschlandpolitik der SU für eine bloß taktische Änderung, sondern er war prinzipiell auch der Auffassung, daß eine „Demokratisierung“ des politisch-gesellschaftlichen Systems in der DDR – unter der Voraussetzung einer „sozialistischen“ Organisation der ökonomischen Produktion – nicht durch eine von der Besatzungsmacht dekretierte Aus-[350]wechslung der politischen Führungsschicht, sondern lediglich vermittels der Herausbildung und Wirksamkeit von unabhängigen kommunistischen Führungskadern – gemäß dem polnischen Beispiel – bewirkt werden könne; dabei wurde die bestehende Führungsschicht gegenüber jeglichen antikommunistischen Bestrebungen – bei aller Kritik an besonderen Zügen ihrer Politik – als Verkörperung eines gegenüber den „kapitalistischen“ Gesellschaften „höheren“ gesellschaftlichen Prinzips gerechtfertigt[54]. Differenzen dieser Art traten in der „Gruppe Arbeiterpolitik“ bereits seit 1950/51 auf und führten – verbunden mit einer Kritik Brandlers an der mangelnden Effektivität der Leitung der Gruppe und am theoretischen Niveau der Zeitschrift „Arbeiterpolitik“ – bereits Anfang 1956 zu einem Ausscheiden Brandlers aus der Gruppenleitung und der Redaktion. Er stand mit dieser kritischen Haltung zunächst nahezu allein da[55]. In den folgenden Jahren kam es zu weiteren Differenzen zwischen der – von Hanke und Söchtig repräsentierten – Mehrheit der Gruppe und anderen Gruppenmitgliedern, unter anderem in Bremen und Nürnberg, welche 1959 mit dem Übertritt von Hanke und Söchtig – sowie der Gruppe in Salzgitter und weiteren einzelnen Mitgliedern – zur SPD endeten[56]. Die hiermit verbundene Einstellung der Zeitschrift „Arbeiterpolitik“ bedeutete das Ende der organisierten Existenz der Gruppe. Zwischen den restlichen Mitgliedern bestand bis – mindestens – 1964 nur noch ein informeller Kontakt, der freilich durch die Herausgabe eines mimeographierten Blattes der Anhänger Brandlers in Bremen – „Briefe an unsere Leser – Informationen der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik“ – seit Januar 1960 systematisiert wurde[57]. Neben einer Kommentierung lokaler und landespolitischer Ereignisse setzten diese „Briefe“ in äußerst begrenztem Rahmen jene Tradition einer marxistischen Kritik des innen- und weltpolitischen Geschehens fort, welche einst die deutsche kommunistische „Rechts“-Opposition geübt hatte.

Band II: Anhänge

Anhang I : Biographien*

Fritz Altwein: geb. am 5.6.1889 in Jena als Sohn eines Zimmererpoliers; Lithograph. 1906 AJ, 1908 gewerkschaftlich organisiert; Spartakusbund, USPD, 1920 VKPD bzw. KPD; Ortsgruppenvorsitzender und BL-Mitglied, Brandler-Gruppe. Nach 1924 Bezirkssekretär in der RH in Thüringen, dann Zentralsekretär in Berlin. Ausschluß aus der KPD April 1929, KPO. 1931 Minderheitsgruppe der KPO. 1932 SAP, 1954 Emigration in die Niederlande, später in die ČSR und dann nach Skandinavien. Lebt heute in Oberursel/Ts. Mitglied der SPD.

Paul Herbert Böttcher: geb. am 2.5.1891 in Leipzig. Schriftsetzer. Politisch organisiert seit 1907 (SPD, später USPD), 1920 VKPD bzw. KPD. Vor dem I. Weltkrieg Reisen in fast alle europäischen Länder, nach dem Kriege (1921) auch nach Sowjetrußland. Führend in der Leipziger und sächsischen KPD. Vielfach KPD-Vertreter bei ausländischen KP-Kongressen. 1921 Sekretär der KPD-Zentrale. Von 1922 bis 1929 MdL Sachsen. 1922/23 als Fraktionsvorsitzender Hauptverantwortlicher für die kommunistische Tolerierungspolitik gegenüber den sozialistischen Minderheitsregierungen in Sachsen. 1923 [10.–29. Oktober] Finanzminister in der sächsischen Regierung Zeigner. Bereits vor dem Essener Parteitag der KPD (1927) Kritik an der Parteiführung. Bis 1928 Mitglied der BL der KPD, Chefredakteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“; in dieser Funktion Konflikt mit dem Thälmann-ZK der KPD. Protest gegen Entrechtung der Parteimitgliedschaft auf der Reichsparteiarbeiterkonferenz am 4.11.1928. Ausschluß aus der KPD am 4.1.1929, KPO. Pol-Sekretär in der BL Westsachsen der KPO und Mitglied der RL. Zeitweise Redakteur der „Arbeiterpolitik“. 1931 Mehrheitsgruppe der KPO. Nach 1933 Emigration in die Schweiz; journalistische Tätigkeit; nachrichtendienstliche Tätigkeit für die UdSSR. Nach dem II. Weltkrieg lange in sowjetrussischen Arbeitslagern; dann Mitglied der SED und stellvertretender Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“; lebt heute in Leipzig.

Waldemar Bolze: geb. 1886 in Bak (Prov. Posen). Tischler. 1904 Holzarbeiterverband, 1906 SPD. Wanderschaft, dann in Berlin ansässig. 1914 Austritt aus der SPD, 1914–1918 Soldat, 1917 USPD, 1918 Spartakusbund. Mitglied der Gewerkschafts-Redaktion der „Roten Fahne“, Mitglied der Gewerkschaftsabteilung der KPD. 1921–1923 maßgeblich an der Organisation der Fraktionsarbeit in den Freien Gewerkschaften beteiligt. Politische Schulungsarbeit. Wegen Opposition gegen die RGO-Politik der KPD in Januar 1929 Parteiausschluß, KPO. 1931 Mehrheitsgruppe. 1933 Emigration (Frankreich); 1936 zusammen mit Karl Braeuning Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg, Verbindung zur POUM, Verhaftung durch die GPU, ein Jahr lang in Spanien eingekerkert; konnte vor den Franco-Truppen im letzten Augenblick nach Frankreich fliehen. Ausweisung nach Belgien. 1940 Flucht nach Frankreich, Internierung bis zum Einmarsch der US-Truppen in Südfrankreich. 1948 zurück nach Deutschland, arbeitete in den Reichswerken Salzgitter bis zur Demontage. Gestorben an 14.12.1951.

Karl Braeuning: geb. an 5.1.1886 in Ilversgehofen. Frühzeitig in der Arbeiterbewegung organisiert. 1923-1929 Org-Sekretär in Bezirk Thüringen der KPD. Im März 1929 Parteiausschluß, KPO. Führend in der thüringischen Bezirksorganisation der KPO (BL-Sekretär). 1931 [3] Mehrheitsgruppe der KPO. Nach 1933 Emigration, mit zeitweiliger Rückkehr nach Deutschland zu illegaler Tätigkeit gegen das NS-Regime; 1934 Mitglied des BK der KPO. 1936 zusammen mit Waldemar Bolze Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg, Verbindung zur POUM, von der GPU verhaftet, über ein Jahr lang gefangen gehalten. Gestorben am 14.9.1962 in Darmstadt.

---

* Diese biographischen Angaben entstammen entweder Quellen, die jeweils im Anschluß an die im Text mitgeteilten Teilbiographien vermerkt oder im wesentlichen im weiterem laufenden Text in Anmerkungen zu den betreffenden Persönlichkeiten festgehalten sind, oder beruhen auf Angaben der im Literaturverzeichnis aufgeführten allgemeinen Handbücher und Nachschlagewerke. Bei den Lebensläufen von August Enderle, Karl Frank, Paul Frölich, Heinrich Galm, Erna [Lang-] Halbe, Max Köhler, Josef Lang, Jakob Walcher und Rosi [Frölich-]Wolfstein sind die Angaben zu großen Teilen, in einem Falle ausschließlich, den von Hanno Drechsler (a. a. O., Bd. II, S. 1 ff) zusammengestellten Biographien entnommen. Die Länge der Lebensläufe korreliert nicht mit einer Wertung der Bedeutung der Betreffenden für die Entwicklung der hier untersuchten Organisation, sondern hängt weitgehend von Umfang und Qualität des zur Verfügung stehenden Quellenmaterials ab.

Heinrich Brandler: geb. am 3.7.1881 in Warnsdorf in Nordböhmen als Sohn von Josef Brandler (Maurer, Mitbegründer der lokalen Maurer-Gewerkschaft und -Krankenkasse, beteiligt an der Gründung der dortigen Altkatholischen Kirche, gest. 1890, Ehefrau gest. 1912). Besuch der Volks- und Bürgerschule daselbst. Bauarbeiter (Fliesenleger) bis 1914. Gewerkschaftlich organisiert und gewerkschaftlich-politisch tätig seit 1897 (Schriftführer der Maurergewerkschaft in Warnsdorf), im Deutschen Bauarbeiterverband seit 1900 (ausgeschlossen am 14.1. 1921, vgl. unten, Anm. I. 1,83). Nach Konflikten mit Arbeitgebern und Staat wegen politischer und gewerkschaftlicher Aktivität (z. B. viertägige Gefängnishaft wegen „Beleidigung“ eines Streikbrechers), Wanderschaft. 1901 Preetz-Kiel, dann Hamburg; dort Mitglied der SPD. Nach anfänglich unsystematischer Selbstbildung ständige Lektüre der „Neuen Zeit“ (seit 1900) – „von der ich sehr wenig verstand“ –, dann Selbststudium der Marxschen Politischen Ökonomie und der Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung; nach eigenen Worten besonders beeinflußt durch Kautsky und Mehring. Vorsitzender des Hamburger Arbeiterbildungsvereins. 1904 aus Hamburg ausgewiesen und bis 1908 in Bremen in Partei und Gewerkschaft, besonders in der Bildungsarbeit, tätig. Gründung der ersten „Jungen Garde“ in Norddeutschland. Enge Verbindung mit Karl Liebknecht und Ludwig Frank. Auf dem Nürnberger SPD-Parteitag 1908 Mitglied der Jugendkommission, hier Zusammenstoß mit Ebert und Legien, Unterstützung von Klara Zetkin. Anfang 1909 in der Schweiz. In Zürich Vorsitzender des sozialistischen Bildungsausschusses und Delegierter auf den schweizerischen sozialistischen (Eintracht-) Parteitagen bis 1914; vertrat dort die linksradikale Position. Im Juli 1914 auf Veranlassung Fritz Heckerts nach Chemnitz, Ansätze zur Organisation einer gewerkschaftlichen Fliesenheger-Gruppe. Wahl zum Kursusleiter in der gewerkschaftlichen Jugendbildungsarbeit. Kurze Zeit Berufsarbeit in Plassen, Nürnberg und Salzburg. Ende 1914 endgültig nach Chemnitz und, den I. Weltkrieg hindurch, Angestellter (Kassierer) der lokalen Organisation des Bauarbeiterverbandes, einer der größten und bestorganisiertesten Gewerkschaftsorganisation im damaligen Chemnitz. Ab Dezember 1914 nahm B. an Besprechungen und Sitzungen der Gruppe um Rosa Luxemburg, Liebknecht, Mehring und Klara Zetkin, insbesondere auch – nach eigenen Worten – „an allen Reichskonferenzen“ der Spartakusgruppe teil. In den letzten Kriegsjahren verschaffte er – zusammen mit Fritz Heckert – der Spartakusgruppe in Chemnitz sehr starken Einfluß; er war, selbst nach dem Urteil Ruth Fischers, unter den Chemnitzer Arbeitern, gleich welcher sozialistischen Richtung, „bekannt und beliebt“. Am 14.10.1918 Ausweisung in seinen Heimatstaat Österreich wegen politischer Tätigkeit. Abweisung einer Berufung zum Unterstaatssekretär in der bayerischen Regierung Eisner. Parteiarbeit in Deutschland; Aufnahme in die Zentrale der KPD (Spartakusbund) kurz nach dem Gründungsparteitag. Einer der Hauptbefürworter einer Einheitsfrontpolitik der KPD. Vorsitzender des Chemnitzer Arbeiterrates nach dem Kapp-Putsch-Streik. Februar 1921 [4] Mitvorsitzender der VKPD., am 6.6.1921 Verurteilung zu 5 Jahren Festungshaft wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Flucht nach Sowjetrußland. Ehrenpräsident des III. Weltkongresses der KI. Stellvertretender Generalsekretär des Vollzugsbüros der RGI. Mitglied des EKKI. 1922 Rückkehr nach Deutschland, Sekretär des Pol-Büros der KPD. Auf dem Leipziger Parteitag (1923) wiederum Vorsitzender der KPD. Vom 10.10.–29.10.1923 auf Weisung des EKKI Leitung der sächsischen Staatskanzlei, auf Grund einer mißbräuchlichen Anwendung des Art. 48 WRV des Amtes enthoben. Am 19.2.1924 unter der Anschuldigung „rechts“-abweichlerischer politischer Tendenzen vom ZA der KPD seiner Funktion enthoben. Emigration in die UdSSR, Mitglied der KPdSU. Tätigkeit im Genossenschaftswesen, später im Obersten Volkswirtschaftsrat der UdSSR. 1926 durch das EKKI partiell rehabilitiert. 1927/28 stellv. Vors, d. Roten Bauern-Internationale. 1928 erneut der „Rechts“-Abweichung beschuldigt, im Oktober des Jahres Rückkehr nach Deutschland. Januar 1929 Ausschluß aus der KI und der KPdSU. Seit dem 31.12.1928 Mitglied der RL der KPO, seit 1930 Mitglied der Leitung und des Büros der IVKO. 1931 zusammen mit Thalheimer Hauptrepräsentant der Mehrheitsgruppe der KPO. 1931 Sekretär der RL. 1933 Emigration, zunächst nach Strasbourg, dann nach Paris. Mitglied des AK der KPO. September 1939 Internierung, zeitweilige Freilassung, 1940 wiederum, in Südfrankreich, interniert. 1941–1946 Aufenthalt in Kuba, 1947/48 in London. 1949 Rückkehr nach (West-) Deutschland. Politische Arbeit als Leiter der Gruppe um die Zeitschrift „Arbeiterpolitik“. Lebt heute in Hamburg.

Wilhelm [*Willy*] *Deisen*: geb. am 7.4.1887 in Hastedt. Bereits vor dem I. Weltkrieg in der SPD organisiert. 1914–1918 Führer der revolutionären Werftarbeiter Bremens; Mitglied der IKD. 1919–1924

Vorsitzender der Bremer Ortsorganisation der KPD. Nach dem 8. Parteitage der KPD Mitglied des ZA. Später Kampf gegen die Politik der Fischer-Maslow-Parteiführung und – zusammen mit 25 anderen Parteimitgliedern Ausschluß aus der KPD. Nach dem Sturz der Fischer-Maslow-Führung Oktober/November 1925 Wiederaufnahme in die Partei. MdBB. 1927/28 erneute Kritik an der (Thälmann-) Parteiführung. Anfang 1929 zusammen mit zwei weiteren Funktionären wiederum Ausschluß aus der KPD. Leitender Funktionär der Bremer Ortsorganisation der KPO. 1931/32 Minderheitsgruppe der KPO. Schloß sich nach 1945 in Bremen wieder der KPD an. Gestorben am 23.2.1962 in Bremen.

Adolf Ehlers: geb. am 21.2.1898 in Bremen. Kfm. Angestellter. Teilnahme am I: Weltkrieg, Metallarbeiter. KPD, seit 1921 verschiedene Parteifunktionen (Sekretär, Redakteur). 1923-1927 MdBB. 1924 Parteiausschluß, später Wiederaufnahme. Arbeit im Zentralvorstand der RH. 1929 wiederum Ausschluß aus der KPD; KPO. 1931 Minderheitsgruppe. 1932 SAP. Ab 1933 illegale Tätigkeit. 1945 Senator für Wohlfahrt, Arbeit und Gesundheitswesen sowie (1948) für Inneres der Freien Hansestadt Bremen. 1946 SPD. 1948/49 Mitglied des Parlamentarischen Rats. Seit 1959 neben Innensenator 2. Bürgermeister und stellvertretender Senatspräsident in Bremen.

August Enderle: geb. am 5.8.1887 in Feldstetten. Mechaniker. Seit 1905 in der Arbeiterbewegung aktiv tätig: DMV, SPD, USPD, KPD. Teilnehmer am II. RGI-Kongreß, Mitglied der Gewerkschaftsabteilung der KPD bis 1924 und 1927/28. Redakteur der „Roten Fahne“ bis Herbst [5] 1928. Dezember 1928 Ausschluß aus der KPD, KPO. Mitglied der RL. 1931 Minderheitsgruppe, 1952 SAP, Redakteur an der „SAZ“, 1933 Vors. der EL Mittelschlesien, 1934 Leiter der Auslandsgruppe Schweden, Mitglied der AL (Pseudonym: Antonius). Nach 1945 Gewerkschaftsredakteur an Bremer „Weser-Kurier“, 1947 Chefredakteur der Gewerkschaftszeitung „Der Bund“ und 1949 – bis zur Pensionierung (1954) – der DGB-Funktionärszeitschrift „Die Quelle“. Vors, (später Ehrenvors.) der Gewerkschaft der Journalisten in DGB. Am 2.11.1959 gestorben.

Otto Engert: geb. 1884 [?], politisch organisiert seit 1915; SPD, USPD, KPD. Vor 1929 Mitglied der BL Westsachsen, Pol-Sekretär des UB Meuselwitz und Ortsgruppenleitor der KPD in Altenburg. Ausschluß aus der Partei Januar 1929, danach zum Vorsitzenden der KPD- und späteren KPO-Gruppe Altenburg (wieder-)gewählt. Juli 1929 Bürgermeister in Neuhaus in Thüringen. 1930/31 zeitweise Abkehr von der KPO-„Linie“, dann Mehrheitsgruppe. Anfang 1931 durch das Innenministerium Frick des Amtes enthoben. 1933 in Leipzig Leitung der sächsischen KPO-Widerstandsorganisation, dann vor allem Widerstandspraxis in Thüringen. Später Verbindung zur Saefkow-Gruppe, Verhaftung und Verurteilung wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Am 15.1.1945 [nach Hammer, a .a. O., 38, an 11.1.1945] in Dresden durch den Strang hingerichtet.

Karl Frank: Vor den I. Weltkrieg Mitglied der Sozialistischen Studentengruppe in Wien, gegen Ende des Krieges Mitglied der SPÖ. 1916 als Leutnant Verweigerung des Dienstes an der Front. 1918 Vorsitzender des Universitätsausschlusses, Vertreter der Universität im Wiener Arbeiterrat. Studium u. a. der Psychologie, Dr. phil. Mitglied der KPÖ. 1921 Rechtfertigung; der März-Aktion der KPD. 1922 KPD. Nach 1924 „Mittel- bzw. „Versöhnler“-Gruppe. Besonders seit der Thälmann-Wittorf-Affäre Konflikt mit dem ZK. 1929 einige Monate wegen Beteiligung an der kommunistischen „Rundfunkentführung“ im Gefängnis. Nach dem Weddinger Parteitag der KPD [1929] Trennung von der „Versöhnler“-Gruppe und Übertritt zur KPO. Mitglied der RL. 1932 SAP, Mitglied des PV, Reichsleiter des SSB. November 1952 Ausschluß aus der SAP, Eintritt in die SPD, dort in der geheimen „Leninistischen Organisation“ (der späteren Gruppe „Neu Beginnen“) tätig. Nach 1933 Leiter der NB-Auslandsvertretung. Lebt heute – von aller politischen Tätigkeit zurückgezogen – als Psychologe in den USA.

Paul Frölich: geb. am 7.8.1884 in Leipzig als zweites vom 11 Kindern einer sozialistisch organisierten Arbeiterfamilie. Bürgerschule, Realschule (Freistelle), kaufm. Lehre, Selbststudium der Sozialwiss. (Kurse des Leipziger Arbeitervereine), seit 1902 in der Arbeiterbewegung tätig, 1905 zwei Semester Besuch des Volkswirtschaftl. Seminars der Univ. Leipzig. Journalist, u. a. als Volontär unter Paul Lensch an der „Leipziger Volkszeitung“; 1910 Redakteur am „Hamburger Echo“. SPD-

Stadtverordneter in Altona. 1914 radikaler Gegner der Burgfriedenspolitik; Übertritt in die Redaktion der linkssozialdemokratischen „Bremer Bürgerzeitung“, nach deren Gleichschaltung und nach vorübergehendem Kriegsdienst (zeitweilig 8. Komp. des 75. Inf.-Reg. Bremen, die „Rote Kompanie“) 1916 Herausgeber (zus. mit Johann Knief) der Bremer Wochenschrift „Arbeiterpolitik“, Organ der sog. Bremer Linken (Einfluß Karl Radeks), die Lenin nahestand; Delegierter auf der 2. int. Konferenz der „Zimmerwalder Linken“ 1916 in Kienthal. Ende 1916 wieder Kriegsdienst. Mitte 1918 bis zur [6] Revolution wegen antimilitaristischer Propaganda in einer Irrenanstalt. Als Vertreter der im Nov. 1918 aus der „Bremer Linken“ hervorgeg. „Internationalen Kommunisten Deutschlands“ auf dem KPD-Gründungsparteitag 1918 in die Zentrale gewählt. Mitglied der Zentrale (mit Unterbrechungen) 1919–1920, 1921/22 als Sekretär, und 1923/24. Nach der März-Aktion 1921 einer der Hauptvertreter der Offensiv-Theorie. Delegierter zum III. Weltkongreß der KI. Trat 1923 in der Schlageter-Politik der KPD in den Vordergrund. Herausgeberische Arbeiten an der Gesamtausgabe der Schriften Rosa Luxemburgs seit 1923. 1921–1924 und 1928–1930 MdR. 1924 zunächst „Mittel-Gruppe der KPO, 1927/28 „Rechts“-Opposition. Breite politisch-publizistische Tätigkeit, bis 1928 Lektor an der zentralen Parteischule Parteiausschluß Dezember 1928, KPO, Mitglied der RL. 1931 einer der Hauptrepräsentanten der Minderheitsgruppe der KPO. 1932 SAP, PV-Mitglied. Ende 1933 – nach Entlassung aus dem KZ – Emigration nach Paris, Mitglied der SLP-AL, geistiger Führer der SAP (Pseudonym: K. Franz). 1941 nach mehrfacher Internierung Flucht nach New York, historische Studien. 1950 Rückkehr nach Deutschland (BRD). Eintritt in die SPD. Am 16. März 1953 gestorben. Letzte größere Publikationen: „Rosa Luxemburg, Gedanke und Tat“, Paris 1939 (London 1940, Hamburg 1949); „Zur Krise des Marxismus“, Hamburg 1949; „1789 – Die große Zeitwende“ (Aus dem Nachlaß) , Frankfurt a. Main 1957.

Heinrich Galm: geb. am 23.10.1895 in Seligenstadt. Schulbesuch und Berufsausbildung als Sattler in Offenbach a. M. 1909 gewerkschaftlich und in der AJ organisiert, 1914 Vorsitzender der AJ Offenbach. 1917 USPD, Soldat. 1920 als Gewerkschaftssekretär Übertritt zur KPD (Delegierter auf dem USP-Parteitag in Halle), 1922 Vorsitzender der Ortsgruppe Offenbach. 1922–1933 Bevollmächtigter des Sattler-, Tapezierer- und Portefeuiller-Verbandes für Offenbach Stadt und Land 1922–1933 Stadtverordneter. 1924/25 Opposition gegen die Gewerkschaftstaktik der KPD-Führung. 1924–1933 MdL Hessen. 1927 Kandidat ZK der KPD. Im Oktober 1928 Protest gegen den Versuch der Rehabilitierung Thälmanns durch das EKKI nach der Thälmann-Wittorf-Affäre und Funktionsentzug. Dezember 1928 Rechtfertigung dieser Einstellung (zusammen mit Erich Hausen) vor einer besonderen Untersuchungskommission des EKKI-Präsidiums, Ausschluß aus der KPD. KPO, Mitglied der BL Hessen-Frankfurt und Ortsgruppenvorsitzender in Offenbach. Mitglied der Erweiterten RL. 1931 Minderheitsgruppe der KPO. 1932 SAP, Vorsitzender der Ortsgruppe, Mitglied des PV. 1945 Gründer der Arbeiter-Partei (Sozialistische Einheits-Partei) Offenbach und bis zur Auflösung (1954) deren Vorsitzender. Seit 1954 SPD-Stadtrat.

Karl Grönsfelder: geb. am 18.1.1881. Mechaniker. 1908 SPD und DMV, USPD. Führend in der Nürnberger und nordbayerischen USP-Linken, mit der er Ende Januar 1919 zur KPD kam. 1921 Besuch Sowjetrußlands und Delegierter zum III. Weltkongreß der KI. 1923–1928 MdL Bayern. Betriebsrat bei MAN. KPD-Sekretär für Gewerkschaftsfragen. Nach dem 8. Parteitag der KPD Mitglied des ZA. Rechnete sich auch nach 1924 zur Gruppe der „Rechten“. 1925 Instrukteur der KPD Augsburg, 1926 Landessekretär der Partei in Bayern, 1928 Gewerkschaftssekretär für Nordbayern in Nürnberg. 1929/30 Opposition gegen den RGO-Kurs der KPD. Frühjahr 1930 Parteiausschluß. Leitender Funktionär der Nürnberger KPO und die nordbayerischen KPO-Bezirks. 1931 Mehrheitsgruppe. Nach dem 30.1.1933 zunächst Widerstandspraxis; Verhaftung am 12.4.1933. Vom 13.4.1933–1935 KZ Dachau. 1939 kurzfristige erneute Haft. Nach 1945 zunächst gewerkschaftlich, dann in der KPD tätig. Erneute Konflikte mit dem Parteiapparat und Parteiausschluß als „Titoist“. Mitarbeit in der „Gruppe Arbeiterpolitik“. Gestorben in Nürnberg am 20.2.1964. [7]

Erna [*Lang-*] *Halbe*: geb. 1892 in Hamburg. SPD, 1914 Gegnerin der Burgfriedenspolitik, 1916 Anschluß an die „leninistische“ „Bremer Linke“, während des Krieges aus politischen Gründen längere Zuchthaus-Haft. 1919 KPD. Mitglied der BL Wasserkante der KPD, später hauptamtlich für die

Frauenarbeit verantwortlich. 1921 Pol-Sekretär in Magdeburg, zur „linken“ Fraktion gehörig. 1924 Reichs-Frauenleiterin der KPD (bis 1927). Seit 1925/26 „Rechts“-Opposition. Funktionen in der RHD. Parteiausschluß Februar 1929, KPO. Mitglied der RL. 1931 Minderheitsgruppe der KPO, 1932 SAP, 1934–1937 von Prag aus führend in der illegalen Grenzarbeit zwischen ČSR und Reich. 1937 Paris, 1941 New York, 1950 Frankfurt am Main.

Erich Hausen: geb. am 5.2.1900 in Muskau (Oberlausitz) als Sohn eines Schlossers; Elektromonteur. 1916/17 Berufsarbeit in Stettin, 1918 Kriegsteilnehmer; Pazifist; 1919 USPD, DMV, danach verschiedene andere Gewerkschaften; 1920 VKPD bzw. KPD. Mitglied der BL Lausitz. Lokalredakteur der „Roten Fahne der Lausitz“. 1922/23 Pol-Sekretär des Bezirks Lausitz. Mitglied des ZA der KPD nach dem 2. (7.) und 8. Parteitag der KPD. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt, inhaftiert vom 7.12.1923–zum 26.8.1925. Kandidat des ZK der KPD 1927/28. Bezirksleiter in Schlesien, seit 1928 „Rechts“-Opposition. Einer der Hauptverantwortlichen für den Tadelsbeschluß des ZK gegen Thälmann nach der Wittorf-Affäre auf dem Plenum vom 25./26.9.1928. Nach der „Rehabilitierung“ Thälmanns durch das EKKI Oktober 1928 Funktionsentzug (zusammen mit Heinrich Galm). Verurteilung durch das EKKI nach Verhandlungen der Untersuchungskommission des EKKI-Präsidiums im November/Dezember 1928 in Moskau. Ausschluß aus der Partei. Ab 17.11.1928 Herausgeber – zunächst allein verantwortlich – von „Gegen den Strom“. KPO. 1929 Übersiedlung nach Stuttgart, Sekretär der BL. 1931 Mehrheitsgruppe der KPO. 1933/34 Mitglied des BK, Leiter der illegalen Inlandsarbeit. 1934 Verhaftung, aber nicht Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat, sondern u. a. wegen (bei der Widerstandspraxis vorgenommener) Urkundenfälschung; Verurteilung und Amnestierung. Ende 1934 Emigration nach Strasbourg, verantwortlich für die illegale Zeitschrift „Arbeiterpolitik“, 1936 Troyes, 1938 Vincennes, 1939 interniert, Flucht nach Marseilles, 1941 Ausreise in die USA. Lebt heute in Swarthmore, Pa.

Alwin Heucke: geb. am 19.10.1890 in Borkendorf. Lokale oder bezirkliche Funktionen in der KPD. Bis 1928 Pol-Sekretär der DL Hessen-Frankfurt, zeitweilig „Versöhnler“-Gruppe. 1928 einer der ersten aus der KPD ausgeschlossenen „Rechts“-Oppositionellen. KPO. Stadtverordneter und Kreistagsmitglied in Offenbach, 1930 Kreisausschußmitglied. Sekretär des Bezirks Hessen-Frankfurt der KPO 1929 bis Januar 1932. 1931 Mehrheitsgruppe. 1933 Emigration nach Südamerika. Landwirt. Rückkehr nach Deutschland um 1957. Gestorben am 15.3.1962 in Fulda.

Werner Jurr: geb. 1907; 1925 bis März 1929 Mitglied des ZK des KJVD, 1925 Gauführer der Roten Jungfront in Berlin-Brandenburg, 1926 Mitglied, 1927 bis Februar 1929 Leiter der Reichsführung der Roten Jungfront des RFB, wegen Kritik an der RFB-Bundesführung seiner Funktionen enthoben, KPO. 1929 Mitglied der RL der KPO und der RL des KJVO; zeitweilig Redaktion der „Jungen Kämpfer“. Am 18.1.1930 zu einjähriger Festungshaft wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt. Einige Zeit nach der Haftentlassung Trennung von der KPO; Tätigkeit in der RH. Nach dem 30.1.1933 Widerstand gegen das NS-Regime. Zunächst mehrjährige Zuchthausstrafe (Zuchthaus Brandenburg). Kriegsdienst. Verbindung zur Saefkow-Gruppe; im Zusammenhang mit dieser Verbindung Verurteilung zu acht Jahren Zuchthaus. Nach der deutschen Kapitulation Mitglied der KPD. Gestorben 1945. [8]

Max Köhler (Pseudonym: Ernst Rohde): geb. am 26.7.1897 in Berlin. Tischler. 1911 AJ, im Krieg SPD, USPD. An der Gründung des Jugend-Bildungsvereins Groß-Berlin [Jugendverband des Spartakusbundes] am 1.4.1916 beteiligt; Vorsitzender dieser Gruppe im Juli/August dieses Jahres; danach Verhaftung in Zusammenhang mit den Berliner Demonstrationen gegen die Verurteilung Karl Liebknechts. 1919 KPD. Funktionen zunächst im Jugendverband, dann in der Gewerkschaftszentrale (Abteilungsleiter für die Industriegruppen Holz, Textil, Leder). Nach Auflösung der Gewerkschaftszentrale 1924 im Referat für die Arbeitslosenbewegung, später im Referat für die Betriebsrätebewegung bei der Zentrale bzw. beim ZK der Partei. Ab 1.1.1926 Leiter des Referats Sozialpolitik in der Gewerkschaftsabteilung der KPD. 1927 Lehrer an der Parteischule. 1928 Konflikt mit dem Thälmann-ZK. Mitunterzeichner des Offenen Briefes Thalheimers, Walchers, Frölichs u. a. an das EKKI vom 18.10.1928. Parteiausschluß Ende Dezember 1928. KPO. Sekretär der Berliner Organisation und Mitglied der Erweiterten Reichsleitung. 1930/31 Minderheitsgruppe; am 12.1.1932 Ausschluß aus der

KPO. 1932 SAP, Geschäftsführer und Org.-Leiter der BL Berlin-Brandenburg, 1933 org. Leiter der illegalen Inlandsleitung in Berlin. November 1933 verhaftet und 1934 im großen SAP-Prozeß gegen „Max Köhler und Genossen“ wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. 1937 Flucht nach Paris, Mitglied der SAP-AL. Ende 1937 Leiter des SAP-Stützpunktes Dänemark, 1940–1945 illegal lebend. 1956 Rückkehr nach Deutschland (West-Berlin). Aktiv in der SPD, 1961 wegen religionskritischer Äußerungen ausgeschlossen, 1962 Stattgabe der Ausschlußbeschwerde durch das Schiedsgericht der SPD.

Joseph Lang: geb. am 5.4.1902 in Ungarn. Mittelschule, kaufm. Tätigkeit, seit 1922 Buchhändler. 1920 KAP, dann KPD (Rechtsopposition), 1928 KPO. 1932. SAP, Vors, der Berliner Ortsgruppe Schöneberg-Friedenau, 1933 Mitglied der BL Berlin-Brandenburg und der Ersatz-RL. Nach Verhaftung 1934 Flucht nach Prag, Leiter der SAP-Landesgruppe. 1957 in Paris, Mitglied der SAP-AL. Nach Internierung 1941 Flucht nach New York. 1950 Rückkehr nach Deutschland (BRD). Leiter der Buchhandlung des Bund-Verlages in Frankfurt am Main und. Mitglied des SPD-Unterbezirksvorstandes.

„*Leo*“ [Vgl. Anm. I.3, 60]: geb. gegen 1900 als Sohn eines Polen und einer Deutschen. Ende 1918 oder Anfang 1919 als Student nach Deutschland. Arbeitete zunächst in der Redaktion der „Roten Fahne“, später, als Schüler Thalheimers, in der Redaktion der „Internationale“ in Berlin. Nach 1923 „Rechts“-Opposition und Aufenthalt in der UdSSR. Besonders nach seiner Rückkehr nach Deutschland mit theoretischen Beiträgen publizistisch für die „Rechts“-Opposition und seit 1928/29 für die KPO tätig. Zeitweilig Mitglied der RL und, seit 1932, Mitglied des „Büros“ der IVKO. 1933 Mitglied des AK der KPO und Emigration, zunächst Strasbourg, dann Paris. 1937/38 enge Zusammenarbeit mit der us-amerikanischen Lovestone-Gruppe und Differenzen mit Brandler und Thalheimer, welche 1938 zum Ausscheiden von L. aus dem AK, dann der KPO führten. Ging noch vor Ausbruch des II. Weltkriegs in die USA und ist dort gestorben. [9]

Arthur Lieberasch: geb. am 3.11.1881. Werkzeugschlosser. Mitglied der SPD, 1906 DMV, USPD, KPD; Delegierter zum III. Weltkongreß der KI. Seit 1924 Opposition gegen die Politik der KPD-Führung. Funktionär im DMV. Bis 1929 MdL Sachsen; Stadtverordneter in Leipzig. Ausschluß aus der KPD Januar 1929. Org-Sekretär in der BL der KPO Westsachsen. 1931 Mehrheitsgruppe der KPO. Nach 1933 Emigration in die Schweiz. 1947 nach Leipzig, Tätigkeit im Wirtschaftsapparat der SED; 1950 Ausschluß aus der SED, später Wiederaufnahme in die Partei. Lebt heute in Ost-Berlin.

Philipp Pless: geb. am 16.3.1906 in Frankfurt a. M. 1920–1924 Dreherlehre. Seit 1919 in der FSJ bzw. im KJVD organisiert, seit 1922 Mitglied der BL Hessen.-Frankfurt des KJVD. 1922 DMV. Gewerkschaftliche und journalistische Tätigkeit. 1927/28 Besuch der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. Ende 1927 Eintritt in die KPD, zur „Versöhnler“-Gruppe gehörig. Kritik an der Politik des ZK besonders nach dem IV. RGI-Kongreß und dem VI. Weltkongreß der KI. Ausschluß aus der KPD Ende November 1928. KPO, Mitglied der BL Hessen der KPO. 1931 Mehrheitsgruppe. 1933/34 Widerstand gegen das NS-Regime (Gruppe „Einheit“ in Frankfurt-Offenbach). Februar 1934 Emigration: Saargebiet, Frankreich. Nach dem II. Weltkrieg in Deutschland verschiedene journalistische Tätigkeiten. Seit 1958 MdL Hessen (SPD). Stellvertretender Vorsitzender der Berufsgruppe der Journalisten in der IG Druck und Papier. Lebt in Frankfurt a. M.

Alfred Schmidt: geb. an 24.11.1891 in Wintersdorf (Thüringen) als Sohn eines als SPD-Funktionär tätigen Schuhmachermeisters. Brauereiarbeiter. 1912–1918 Militärdienst, dann Eisenbahnarbeiter. Gewerkschaftlich organisiert seit 1908, ab 1919 im Eisenbahnerverband – Gewerkschaftssekretär –, ab 1922 DMV. 1909 SPD. USPD. 1919 KPD. Stadtverordneter in Erfurt 1924–1928; von 1924 [?] bis 1928 UB-Leiter Erfurt der KPD. 1928–1932 MdL Preußen für Erfurt (zunächst KPD, dann KPO). Ausschluß aus der KPD – zusammen mit 50 bis 60 Parteimitgliedern – Mitte Dezember 1928. Hiernach Mitglied der KPO. Beschäftigung bei der KPO-Tageszeitung „Arbeiterpolitik“. Mitglied der RL. 1931 Mehrheitsgruppe der KPO. Nach dem 30.1.1933 Widerstandstätigkeit in Erfurt und im Bezirk Thüringen. Ende Mai 1934 Verhaftung durch die Gestapo auf Grund einer Namensverwechselung; „Untersuchungshaft“ im Gestapo-Gefängnis Petersberg in Erfurt bis Ende Juni 1934. Mitte

August 1935 in Zusammenhang mit Verhaftungen in Weimar erneut verhaftet, Nichteinleitung eines Strafverfahrens aus Mangel an Beweisen. Auf Grund politischer Vergangenheit Anfang Oktober 1935 in das KZ Esterwegen eingeliefert; nach dessen Auflösung Ende Juni 1936 bis Mitte Mai 1939 im KZ Sachsenhausen. Nach Entlassung Kohlenträger, Bauarbeiter und Hilfsschweißer. Vom 1.11.1945 bis 31.8.1947 Landesleiter der IG Nahrung, Genuß- und Gaststättengewerbe in Thüringen. Funktionsentzug auf Anweisung der Sowjetischen Militärbehörde, Zuspitzung der politischen Differenzen mit der SED und der Besatzungsmacht. Am 6.7.1948 Verhaftung durch die sowjetische Militärpolizei, bis 28.12.1948 in MWD-Gefängnissen in Erfurt und Weimar. Am 2.12.1948 Verurteilung durch das sowjetische Militärtribunal in Weimar zu 25 Jahren Arbeitslager. Vom 28.12.1948 bis 25.7.1956 Strafanstalt Bautzen, am 25.7.1956 in die BRD entlassen. Mitglied der Gruppe um die Zeitschrift „Arbeiterpolitik“ in Salzgitter. Lebt heute in Frankfurt a. M. [10]

Albert Schreiner: geh. am 7.8.1892 in Aglasterhausen/Baden. Metallarbeiter, Mitglied der KPD bald nach Gründung der Partei. Delegierter zum IV. Weltkongreß der KI. Ab 1924 Opposition gegen die KPD-Führung. 1928 Ausschluß aus der Partei, KPO. Mitglied der RL. Als geheimer Verbindungsmann des KPD-Apparates in der Gruppe tätig. 1931 Mehrheitsgruppe der KPO. – Nach 1945 im Bildungswesen der SBZ tätig, Lehrauftrag und später Professur. Lebt in der DDR.

Robert Siewert: geb. am 30.12.1887 in Schwersenz als Sohn eines ärmlichen Zimmermanns. In ärmlichen Verhältnissen aufgewachsen. Berufsausbildung als Maurer. 1906 SPD. Wanderschaft in Deutschland und in der Schweiz. In Zürich Verbindung mit Lenin und mit Heinrich Brandler. Verhaftung auf Grund politischer Tätigkeit. Ende des I. Weltkrieges in Chemnitz, Mitglied der Spartakusgruppe. 1918 Mitglied des Soldatenrates der 10. Armee. 1919 KPD. Bezirkssekretär und MdL Sachsen. Vom 4. bis nach dem 8. Parteitag der KPD Mitglied des ZA als Vertreter des Bezirks Erzgebirge-Vogtland. Mitte 1924 als Bezirkssekretär abgesetzt, später Geschäftsführer der Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin, sowie – um 1926/27 – in der Redaktion von „Die Einheit“; in Verbindung hiermit Organisierung der deutschen Arbeiterdelegationen im die UdSSR und Rußlandbesuche (zusammen mit Hans Beck). Ausschluß aus der KPD Januar 1929. Mitglied der BL Westsachsen der KPO. 1929/30 als Geschäftsführer der Druck- und Verlagsgenossenschaft Arbeiterpresse e.G.m.b.H. Organisierung der Herausgabe der „Arbeiterpolitik“ in Leipzig, 1931 in Berlin. Ab 1933 Mitglied des BK der KPO, Ende 1934 oder Anfang 1935 Verhaftung. Vom Volksgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Anschluß hieran (1938) KZ Buchenwald; durch sein mutiges Eintreten vor allem für seine jüdischen Mithäftlinge bekannt geworden. 1945 durch die Amerikaner kurz vor der Erschießung befreit. Minister des Innern und Stellvertretender Ministerpräsident in Sachsen-Anhalt (Dezember 1946 bis April 1950) (SED); zurückgetreten. Später Funktionen im Ministerium für Bauwesen der DDR. Lebt heute in Ost-Berlin.

August Thalheimer: (nach eigenen Worten:) „geb. am 18. März 1884 als Sohn des Moritz Thalheimer, Kaufmannes zu Affaltrach, Oberamt Weinsberg, Württemberg, und im jüdischen Glauben erzogen, bezog ich nach Absolvierung des Realgymnasiums Stuttgart W.S. 1902/03 die Universität München, zunächst als Angehöriger der medizinischen Fakultät; vom 2. Semester (S.S. 1903) ab aber trat ich zur philosophischen Fakultät über, um mich der allgemeinen Sprachwissenschaft, die mich schon seit meinen frühesten Jahren beschäftigte hatte, der Völkerkunde und den neueren Sprachen zu widmen. Anfang August 1903 bis Ende März 1904 war ich in Oxford und London. Von S.S. 1904 bis S.S. 1905 besuchte ich die Universität Berlin, wo ich am Kgl. Museum für Völkerkunde unter Leitung von Herrn Geheimrat Prof. Dr. v, Luschan praktischen ethnographischen Übungen oblag und ethnographische und anthropologische Vorlesungen hörte, auch bei Herrn Privatdozent Dr. N. Finck, Steinthals Nachfolger, der allgemeinen Sprachwissenschaft beflissen war. Von [W].S. 1905/06 bis W.S. 1906/07 besuchte ich die Universität Straßburg i. E.“ Th. promovierte ebendort am 4.3.1907 mit einem „Beitrag zur Kenntnis der Pronomina personalia und possessiva der Sprachen Mikronesiens“ (Referenten: Prof. Dr. Gerland, Prof. Dr. Hübschmann) zum Dr. phil. Kontakt und [11] Zusammenarbeit mit der württembergischen radikalen Linken um Fritz Westmeyer; 1909 Chefredakteur des Göppinger Parteiblattes „Freie Volkszeitung Göppingen“. In dieser Zeit anscheinend Eintritt in die SPD. Verbindung mit Radek, dessen scharf antinationalistische Artikel er veröffentlichte. In

Zusammenhang mit dem finanziellen Zusammenbruch des Zeitungsunternehmens und der Zusammenlegung seiner Redaktion mit der revisionistischer Parteiblätter im Jahre 1912, bei der in der Parteidiskussion gegenüber Parteivorstand und Landesvorstand der Vorwurf der Erpressung erhoben wurde, Austritt Thalheimers aus der Redaktion. 1915/1916 Leitung der Redaktion des Braunschweiger SPD-Organs („Volksfreund“). Seit 1914 zum engeren Kreis der Luxemburg-Liebknecht-Gruppe gehörig, zählte Th. – mit einem Beitrag über die Annexionisten – zum Autorenkreis des ersten Heftes der „Internationale“ (Frühjahr 1915). Teilnehmer an der ersten größeren Reichskonferenz des Spartakusbundes, 1. Januar 1916. Seine Schwester, Bertha Thalheimer, vertrat zusammen mit Ernst Meyer die Gruppe Internationale auf der internationalen Konferenz von Zimmerwald im Jahre 1915. Th. wurde 1916 zum Kriegsdienst eingezogen. Nach seiner Rückkehr einer der bekanntesten württembergischen Führer der revolutionären Bewegung. Gab am 6.11.1918 erstmals in Stuttgart die „Rote Fahne“ heraus. Noch am 7.11.1918 – zusammen mit Fritz Rück – verhaftet. Am 9.11. ohne sein Wissen als USP-Vertreter Mitglied der Provisorischem Regierung in Württemberg (Finanzen); lehnte es nach Entlassung aus der Haft ab, zusammen mit den „Regierungssozialisten“ einer Regierung anzugehören. Aktivität im Stuttgarter Arbeiter- und Soldatemrat. Gehörte der Zentrale des Spartakusbundes bereits vor dem Gründungsparteitag der KPD (Spartakusbund) an. 1919 bis Februar 1924 Mitglied der Zentrale; zeitweilig Leitung der Redaktion der „Roten Fahne“ und Herausgeber der „Internationale“; nach dem Tode Rosa Luxemburgs Haupttheoretiker der frühen KPD und Ideologe der Einheitsfrontpolitik dieser Partei, aber 1921 bis zum III. Weltkongreß der KI einer der Hauptvertreter der „Offensivtheorie“. Delegierter zum III. und IV. Weltkongreß der KI, zeitweilig EKKI-Mitglied. Bis 1928 Mitglied der Programm-Kommission der KI, bis 1929 Mitglied der Kommunistischen Akademie in Moskau. Am 19.2.1924 als einer der Hauptrepräsentanten der „rechten“ KPD-Politik vom ZA seiner Funktion enthoben. Emigration in die UdSSR, Mitglied der KPdSU. Professor an der Sun-Yat-Sen-Universität. Theoretische Arbeiten auf dem Gebiet des Dialektischen Materialismus, u. a. philosophiegeschichtlicher und didaktischer Art. 1926 durch das EKKI partiell rehabilitiert. 1928 erneut der „Rechtsabweichung“ beschuldigt, im Mai 1928 Rückkehr nach Deutschland. Seit dem 31.12.1928 Mitglied der RL der KPO und ihr Haupttheoretiker. Januar 1929 Ausschluß aus der KI und der KPdSU. 1930 Mitglied der Leitung und des Büros der IVXO. 1931 zusammen mit Brandler Hauptrepräsentant der Mehrheitsgruppe der KPO. 1933 Emigration, zunächst nach Strasbourg, dann nach Paris, Mitglied des AK der KPO. Nach Kriegsausbruch 1939 zunächst in Paris, dann in Südfrankreich interniert. 1941 nach Kuba. Nach Kriegsende vergebliche Versuche, eine Rückkehr nach Deutschland einzuleiten. Ideologiekritische, politik-theoretische Arbeiten. Gestorben am 19.9.1948 in Havanna, begraben auf einem jüdischen Friedhof in der Nähe Havannas.

Hans Tittel: geb. 1894 in Dresden. Steindrucker. 1909 in der sozialistischen Jugend, 1912 im der SPD organisiert. Gewerkschaftlich organisiert seit 1909. 1914 wegen Opposition gegen die Kriegspolitik der [12] SPD Parteiausschluß. Anschluß an die württembergische radikale Linke um Fritz Westmeyer. Verbindung mit der Bremer Linken, 1918 Spartakusbund, dann KPD. Parteisekretär in Württemberg. Vom 4. bis nach dem 2. (7.) Parteitag der KPD Mitglied des ZA. Pol-Sekretär in Thüringen. 1924 durch die Fischer-Maslow-Zentrale als „Rechter“ seiner Funktion enthoben. Leiter der Presseabteilung der RHD in Berlin. 1926 auf Beschluß des thüringischen Bezirksparteitages wieder als Pol–Sekretär eingesetzt. 1928 der einzige „rechte“ deutsche Delegierte zum VI. Weltkongreß der KI. Einer der Hauptrepräsentanten der „Rechts“-Opposition in Thüringen. MdL Thüringen bis 1929. Dezember 1928 Ausschluß aus der KPD, KPO. Mitglied der RL und der BL Thüringen. Redakteur der Thüringer Ausgabe der „Arbeiterpolitik“. 1931 Mehrheitsgruppe der KPO. Nach 1933 zunächst illegale Inlandsarbeit und Mitglied des BK, dann Emigration in die ČSR und Verbindungsmann des MC zu Gruppen in der ČSR. Dann Paris, dort zeitweilig vom BK in das AK delegiert. 1939 aus der KPO ausgeschieden, danach in den USA. Lebt heute in Nürnberg, Mitglied der SPD.

Walter Uhlmann: geb. am 14.6.1904 in Leipzig als Sohn eines Kistenbauers. Feinmechaniker. Gewerkschaftlich organisiert seit 1920 (DMV), politisch organisiert seit 1919 (FSJ) bzw. 1923 (KPD). 1923 bis Anfang 1924 Mitglied der BL Westsachsen des KJVD. 1924/25 in Hannover, 1926 in Köln; Bezirksleiter Mittelrhein des KJVD; Mitte 1928 Leipzig, Mitglied der BL Westsachsen des KJVD.

Ausschluß aus der KPD Dezember 1928, KPO. 1929 nach Berlin; Mitglied der RL des KJVO; zeitweilig verantwortlicher Redakteur der „Jungen Kämpfer“; 1931 Mehrheitsgruppe der KPO. 1933 Widerstand gegen das NS-Regime; Organisierung oppositioneller Gewerkschaftsgruppen (Organ: „Der Metallarbeiter“); Ende 1934 bis 1937 Mitglied des BK der KPO; am 22.2.1937 verhaftet; im KPO-Prozeß vor dem Volksgerichtshof zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach 1945 zunächst in der SBZ, 1953 Flucht in die BRD. Heute Mitglied der SPD; leitender Funktionär der IG-Metall, lebt in Frankfurt a.M.

Jakob Walcher: geb. am 7.5.1887 in Wain (Württ.). Metallfacharbeiter. Organisiert im DNV; SPD. 1911 – neben Crispien und Hörnle – in der Redaktion der Stuttgarter Parteizeitung „Schwäbische Tagwacht“; in den ersten beiden Monaten des Weltkriegs scharfe Angriffe gegen die Burgfriedenspolitik. Am 4.11.1914 Entfernung der drei Redakteure aus der Redaktion durch den Partei-Landesvorstand. Führendes Mitglied der Spartakusgruppe. Herbst 1915 wegen eines politischen Flugblattes angeklagt. Um die Jahreswende 1918/19 Vorsitzender des Gründungsparteitages der KPD (Spartakusbund). Mitglied der Zentrale der KPD seit dem 3. Parteitag bis Ende 1920 und vom 2. (7.) Parteitag bis nach dem 8. Parteitag. 1921 Sekretär der Zentrale. Mitglied der Gewerkschaftsabteilung. 1924 seiner Funktion als „Rechter“ enthoben. 1924–1926 in der UdSSR, nach der Rückkehr nach Deutschland 1927 bis Anfang 1928 in der Gewerkschaftsabteilung des ZK tätig. Dezember 1928 als einer der Hauptrepräsentanten der „Rechts“-Opposition Ausschluß aus der KPD. KPO, Mitglied der EL. 1929/30 Sekretär der RL. 1931 Mitglied der internationalen Leitung und des Büros der IYKO. Zusammen mit Frölich einer der Hauptrepräsentanten der Minderheitsgruppe der KPO. 1932 SAP, hauptamtliches Mitglied des PV. 1933–1939 einziges besoldetes Mitglied der SAP-AL in Paris (Pseudonym: Jim Schwab). 1941 nach Internierung Flucht in die USA, Mitarbeit im „Council for a Democratic Germany“. 1947 Rückkehr nach Deutschland (SBZ). Verschiedene Funktionen in der SED und im FDGB, u. a. Chefredakteur der „Tribüne“. Seit einigen Jahren allen politischen Funktionen enthoben. [13]

Rosi [*Frölich*-] *Wolfstein*: geb. 1888 als Tochter eines Kaufmannes in Witten. Höhere Mädchenschule, kaufmännische Lehre. 1908 SPD, Spartakusgruppe. Teilnahme an der illegalen Jugendkonferenz 1916 in Jena, am USPD-Gründungsparteitag 1917 in Gotha und am KPD-Gründungsparteitag 1918/19 im Berlin. Delegierte zum II. Weltkongreß der II. Vom 4. Parteitag bis Ende 1920 und vom 2. (7.) bis zum 8. Parteitag Mitglied der Zentrale. 1921 bis 1925 MdL Preußen. Leiterin der Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten in Berlin. Seit 1924 Opposition gegen die Politik der KPD-Führung, redaktionelle Arbeiten an der Gesamtausgabe der Schriften Rosa Luxemburgs. 1928 verstärkte „rechte“ Opposition gegen das Thälmann-ZK, ausgeschlossen aus der KPD Januar 1929. KPO. 1931 Minderheitsgruppe, 1932 SAP. In Paris Mitglied der AL (Pseudonym: Maria Koch). Lebt seit der Rückkehr aus den USA (1950) in Frankfurt a. M. Mitglied der SPD.

Anhang II: Dokumente

Heinrich Brandler, Durch die Räte zur Einheit der Arbeiterklasse und zum Kommunismus, Kommunistische Zeitfragen No. 1, Chemnitz, o. J. [1919].[Auszug: 4, 9 f, 13. – Hervorhebungen im Original]

Der Sozialismus kommt letzten Endes nicht nur der Arbeiterklasse zu gute, sondern bedeutet die Höherentwicklung der gesamten Menschheit.

Damit ist gegenwärtig praktisch jedoch verdammt wenig anzufangen, weil die überlieferten Interessengegensätze, die Zerklüftung der Arbeiterklasse selbst, ein einheitliches solidarisches Handeln der gesamten Arbeiterklasse nicht erreichbar machen. Die Menschheit kann jedoch unmöglich mit der Austragung dieses gewaltigen Machtkampfes warten, bis die geschlossene Klassensolidarität erreicht ist. *Diese Einheit der Arbeiterklasse wird erst Ergebnis des siegreichen Machtkampfes selbst sein*. Sie ist etwas Werdendes, nicht Fertiges. Diese Einheit der proletarischen Klasse im weitesten Sinne herbeizuführen, ist eine Aufgabe, von deren Gelingen der Sieg der sozialen Revolution abhängt. Ein Mittel, diese Einheit zu erreichen, ist die Räteverfassung. Keine Organisation, weder eine politische Partei, noch die Gewerkschaften oder Konsumvereine sind im Stande, jemals die Gesamtheit der Arbeiterklasse in sich zu vereinigen. Es sind dies Organisationen, die in der Vergangenheit große Bedeutung und wichtige historische Funktionen hatten. ... Zum Kampf *um die ganze politische Macht*, zur Umgestaltung der ganzen kapitalistischen Gesellschaftsordnung *reichen sie nicht aus*, weil sie notwendigerweise immer nur Teile der Klasse zusammenzufassen vermochten. Anders die Räte ... Die Räteorganisation ist so umfassend, wie die kapitalistische Produktionsweise selbst. Durch die Räteorganisation wird der letzte kapitalistisch ausgebeutete Proletarier ohne Weiteres erfaßt, und dem großen Ganzen eingegliedert. *In dieser Universalität liegt die eine große Bedeutung des Rätesystems*.

Durch das Rätesystem wird und kann nicht eine einzelne Parteimeinung zum Durchbruch kommen, insofern diese Parteimeinung nicht die Meinung der überwältigenden Mehrheit der Arbeiterklasse ist. Durch das Räte-System wird immer die einheitliche und ganze Macht der Arbeiterklasse Zum Durchbruch kommen.

...

Alle noch so schönen Weltverbesserungspläne und Sozialisierungsprogramme haben nur insofern Wert, als sie von den Massen tatsächlich verstanden werden und als in den Massen Kraft und Tatwille zur Verwirklichung [16] vorhanden ist. Durch die unmittelbare Übertragung aller Verantwortung für alles politische und ökonomische Geschehen auf die arbeitenden Massen durch das Rätesystem wird ein tatsächlicher und moralischer Zwang ... auf alle Volkskräfte ausgeübt, der diese Kräfte alle in den Dienst des Fortschritte der menschlichen Gesellschaft stellt ... Die Räterepublik entwickelt sich so zwangsläufig aus einer Klassenorganisation des Proletariats zur Unterdrückung der Kapitalistenklasse in die klassenlose politisch und wirtschaftlich wirklich freie menschliche Gesellschaft. Der Staat als Unterdrückungsapparat der herrschenden Klasse braucht nicht abgeschafft zu werden, sondern stirbt ab. Für irgend welche Herrschaft und Unterdrückung ist kein Raum mehr.

...

Die einzelnen Betriebsräte hätten vorerst die Aufgabe, genau darüber zu wachen, daß entsprechend dem aufgestellten Wirtschaftsplane auf das Vorteilhafteste und Zweckmäßigste in dem eigenen Betrieb gearbeitet wird. Unter Ausschaltung jeder Bürokratie wird so das politische und wirtschaftliche Leben durch Werkgemeinschaften der Schaffenden aufgebaut, in denen jeder Teilarbeiter ohne jede Ausbeutung seiner wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung entsprechend dem großen Ganzen eingegliedert ist.

[17]

Heinrich Brandler: Rede, gehalten auf dem Reichsbetriebsrätekongreß 23./24. November 1922 im Berlin [Berlin, o. J., Auszug: 20 f. – Hervorhebungen im Original]

Unsere heutige Wirtschaftsordnung ... ist völlig aus dem Gleichgewicht geraten. Was ist notwendig? *Die Überwälzung der Lasten des Zusammenbruchs von denen, die sie nicht tragen können, auf diejenigen, die sie tragen können* .... Dazu ist zu allererst notwendig, daß an die Stelle des heutigen Staates, dessen Machthaber und dessen regierende Schichten nur die Vollzugsorgane der kapitalistischen Unternehmer sind, daß an die Stelle dieser Machtorgane die eigenen Organe der werktätigen Massen treten (sehr richtig!), die Organe jener, die zur Auswanderung auf den Friedhof verurteilt sind. Das ist die einzige Gewähr dafür, daß die notwendigen Maßnahmen durchgeführt werden können.

Denn das Ziel ist klar: 1. radikale Beseitigung aller unproduktiven und toten Lasten. 2. rasche Hebung der Produktion und Anpassung an den Massenbedarf. 3. Beseitigung der kapitalistischen Anarchie. 4. zentralisierte Kontrolle und Regelung der Wirtschaft. Kontrolle und Regelung der Produktion, des Handels, des Geldwesens, und zwar durch die produktive Bevölkerung, durch Arbeiter, Angestellte und Kleinbauern.

Die Kontrolle läßt sich nur durchführen, wenn wir Kohle und Eisen, die ich vorhin als Herz und Blut jeder Produktion bezeichnete, der privaten Spekulation entziehen, wenn wir Kohle, Eisen, Zement usw., überhaupt die Schlüsselindustrien, die unentbehrlich für jede Produktion sind, verstaatlichen, in staatliche Trusts verwandeln. Der Staat muß mindestens über die Hälfte Miteigentümer dieser Wirtschaftsorgane, dieser Schlüsselindustrien werden. Der Staat muß die Preise festsetzen, und zwar übergreifend auf andere Industriezweige, z. B. auf das Bauwesen, und er muß versuchen, den ganzen Außenhandel staatlich zu regulieren, und der Staatsapparat muß in den Händen des Proletariats, sein Vollzugsausschuß sein. Vor allen Dingen gilt es, die Banken zu zentralisieren, die Großbanken zu verstaatlichen, damit die Regulierung der gesamten Industrie und des Handels in die Hände genommen werden kann. Insbesondere muß die Sachwerterfassung durchgeführt werden, und über die Annullierung der Staatsschulden müssen wir zur Sanierung der Staatsfinanzen kommen. Kontrolle der industriellen Großbetriebe, des Außen- und Innenhandels, der Banken, Sanierung der Staatsfinanzen, Moratorium für Geld- und Naturalleistungen – alles das sind wichtige, Ziel- und richtungsweisende Maßnahmen, die zur Abwälzung der Lasten [18] des Zusammenbruches, zur Hebung und Stabilisierung der Mark führen. *Zur Durchführung dieser Maßnahmen müssen – solange die Kraft nicht reicht, die Diktatur des Proletariats auszuüben, um unmittelbar die kapitalistische Wirtschaft in die sozialistische Wirtschaft überzuführen – neben die Staatsorgane, neben die Staatsbürokratie die Organe der arbeitenden Massen eingesetzt werden. Bei der Kontrolle der Preise muß eingesetzt werden*. Die Lebensmittelbeschaffung muß organisiert werden. Die Verteilung, die Lohnzahlung, kurz und gut alle diese Tätigkeiten der Kontrollausschüsse ... gilt es im ganzen Lande durch die Massen selbst in Angriff zu nehmen. Der politische Kampf, damit alle diese Forderungen überhaupt durchgeführt werden können, muß der Koalitionsregierung mit der Bourgeoisie entgegengestellt werden. Die Regierung der Arbeiter über alle sonstigen politischen Meinungsdifferenzen hinweg muß erkämpft werden. Genau so wie sich die Bourgeoisie, obschon verschiedene Gegensätze bei der Verteilung der Beute zu scharfen Kämpfen untereinander führen, immer einig ist gegenüber dem Proletariat, muß sich das Proletariat wenigstens in dieser einen Lebensfrage, in der Verteidigung seiner Existenz einig sein über alle sonstigen Meinungsverschiedenheiten politischer und gewerkschaftlicher Art hinweg (Sehr wahr!) ...

[19]

Leitsätze zur politischen Lage. Angenommen vom Zentralausschuß der KPD. [*in der Sitzung vom 5./6.8.1925.*] [In: Kommunistische Partei-Korrespondenz, 3. Jahrg., Nr. 17/18, Berlin, 15. September 1923, 160 ff. – Auszug – Hervorhebungen im Original]

...

Die Vorbereitung des breiten Klassenkampfes zur Rettung vor dem Hungertod und gegen den französischen Imperialismus, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich und in den übrigen kapitalistischen Hauptländern, erfordert als nächste Schritte:

1. Die rasche Herstellung der proletarischen Einheitsfront zur Eroberung der politischen Macht. Die Sammlung aller Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten, unteren und mittleren Beamten, Kleinbauern, Kleingewerbetreibenden, kurz aller Werktätigen, die durch die Bankrottpolitik der bisher Herrschenden in Deutschland zugrunde gerichtet worden sind.

2. Das Ziel dieses Kampfes muß sein: *Sturz der Regierung Cuno, Verhinderung jeder neuen Koalitionsregierung und Bildung*

einer Arbeiter- und Bauernregierung

unter Führung der Arbeiterklasse, die die Arbeiterklasse, ländliche und städtische Mittelschichten, zu verbündeten Trägern der Staatsmacht aller Werktätigen gegen die Ausbeuter macht.

Diese Staatsmacht, deren Grundlage die Arbeiterklasse ist, der Block der Besitzlosen und Kleinbesitzer, wird die stärkste Regierung sein, die zurzeit in Deutschland geschaffen werden kann. Sie ist die Regierung aller Ausgebeuteten, sie ist also die Regierung. der überwältigenden Volksmehrheit. Wer eine solche Regierung als Minderheitsregierung bezeichnet, weil sie im Parlament zurzeit keine Mehrheit hat, begreift nicht, daß diese Regierung eine ausschlaggebende Kraft in außerparlamentarischen Organen des Proletariats (Betriebsräte, Wirtschaftsräte, Kontrollausschüsse, bewaffnete Hundertschaften) hat, der begreift nicht, daß diese Regierung, die in den breiten Massen und ihren Organen wurzelt, die Auflösung des Parlaments erzwingen kann und gegen jede dem Block der Besitzlosen feindliche Macht rück-[20]sichtslos vorgehen wird. Die Arbeiterregierung muß rücksichtslos vorgehen, sie muß diktatorisch und erbarmungslos alle Machtmittel des Proletariats gegen die Feinde der arbeitenden Bevölkerung, gegen die Wucherer und Spekulanten, gegen die Raubritter der großen Konzerne und Banken, gegen die bewaffneten Garden des Großkapitals einsetzen, wenn sie nicht selbst von den Raubrittern des Großkapitals und seinen bewaffneten Garden niedergeschlagen werden soll.

3. Die erste wichtigste Maßregel dieser Arbeiter- und Bauernregierung ist die grundlegende Umgestaltung der Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik, so daß die Arbeiterklasse zusammen mit den Mittelschichten gemäß ihren Interessen die Anarchie der großkapitalistischen Ausbeuter händigt und Ordnung und Planmäßigkeit in die Wirtschaft bringt.

Ein erster Schritt dazu ist die Erfassung der Sachwerte, verbunden mit der durchgehenden Kontrolle der Produktion, des Verkehrs, des Handels, der Banken und Börsen durch die Klassenorgane, Betriebsräte der Arbeiter und Räte der Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden von unten und durch die Organe des Arbeiter- und Bauernstaates von oben. Sie wird die Interessen der Kleinbauern mit allen Mitteln gegen Großbourgeoisie und Großagrarier durchsetzen (Maschinenstellung, Düngerlieferung, elektrische Kraft, Beseitigung des Pachtwuchers).

4. Zur Sicherung der Macht der Arbeiter- und Bauernregierung muß die staatliche Bürokratie von allen konterrevolutionären Elementen gesäubert werden. Sie müssen ersetzt werden durch die Organe der Arbeiter, Angestellten, Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden.

Die Polizei, Schupo und Reichswehr muß von allen konterrevolutionären Elementen gereinigt werden, die durch zuverlässige, der Arbeiter- und Bauernregierung ergebene Arbeiter, Angestellte und Beamte zu ersetzen sind. Ihre Leitung muß in die Hände organisierter Arbeiter gelegt werden.

Die Arbeiter- und Bauernregierung muß den Willen und die Kraft aufbringen, jede Gewalt zu vernichten, die sich gegen ihren Bestand und ihre Aufgaben richtet: Die Brechung der Herrschaft der

Bourgeoisie, der Großindustrie, der Banken und Junker zur Rettung der arbeitenden Bevölkerung und zur Rettung Deutschlands. [21]

5. Zum Kampf gegen die Unterjochung und Bedrückung durch den siegreichen Entente-Imperialismus, und vor allem den französischen Imperialismus, und vor allem den französischen Imperialismus, muß die Arbeiter- und Bauernregierung sofort ein wirtschaftliches, politisches und militärisches

Schutz- und Trutzbündnis mit Sowjetrußland

schaffen. Dieses Schutz- und Trutzbündnis wird den gemeinsamen Aufbau der Wirtschaft in Deutschland und Rußland beschleunigen, dieses Schutz- und Trutzbündnis wird die politische Macht gegenüber den feindlichen Mächten so verstärken, daß sie sich vielmal überlegen werden, ob sie es wagen können, das Deutschland der werktätigen Massen mit imperialistischem Krieg zu bedrohen.

Alle kapitalistischen Staaten haben mehr oder weniger stark die Keime der Revolution im eigenen Leibe. Die Tatsache, daß die werktätigen Massen Deutschlands ihre Schuldigen an Kriege, ihre Schuldigen am Bankrott Deutschlands verjagt [!], wird die revolutionären Kräfte in allen kapitalistischen Ländern stärken.

Durch die Sachwerterfassung, Beschlagnahme der Devisenbestände, Auslandsguthaben und aller Luxusgegenstände, Gold, Silber, Brillanten der Ausbeuter und Schieber, wird die Arbeiter- und Bauernregierung imstande sein, erzwungene Reparationszahlungen zu leisten. Dadurch werden die von Steuersorgen nationalistisch aufgeputschten Kleinbürgerschichten in Frankreich zunächst befriedigt werden, so daß auch diese Gruppen, die keinen neuen Krieg, sondern Wiederherstellung ihrer zerstörten Gebiete wollen, ihren imperialistischen Räubern Widerstand entgegen setzen.

Wenn diese Spaltung im Lager des Gegners trotzdem nicht ausreicht, um einige französische Vasallenstaaten von kriegerischen Abenteuern abzuhalten, so wird die Kraft der Arbeiter- und Bauernregierung im Bunde mit der Roten Armee Sowjetrußlands mit den fremden kapitalistischen Ausbeutern ebenso fertig werden wie mit den einheimischen.

...

Die Große Koalition muß unvermeidlich zum Anwachsen der faschistischen Verbände, zur weiteren Verseuchung der Bürokratie der Reichswehr und Schupo mit Faschisten führen. Die Koalitionsregierung wird die [22] Kräfte der Reaktion vervielfachen.

Der Kampf gegen den Faschismus und die Verelendung der Massen, der Kampf gegen den Untergang Deutschlands, ist vor allem der Kampf gegen die Große Koalition.

...

Nur die Regierung der werktätigen Massen Deutschlands, die sich in Einheitsfront in letzter Stunde zur Rettung vor dem Untergang zusammenschließt, nur die Arbeiter- und Bauernregierung ist der Beginn des Weges, auf dem das von feigen Politikanten bankrott regierte und zur Ohnmacht heruntergesunkene Deutschland gerettet werden kann.

Das klassenbewußte Proletariat muß deshalb, indem es den leichtfertigen Novemberillusionen die Unvermeidbarkeit des Bürgerkriegs entgegenstellt, durch verstärkte Propaganda, gesteigerte Agitation, zähe Organisationsarbeit unter den Sympathisierenden und planmäßige, disziplinierte Führung der anschwellenden Teilkämpfe des Proletariats die Voraussetzungen für den entscheidenden Kampf um die Arbeiter- und Bauernregierung schaffen.

[23]

Rede Brandlers auf der Sitzung des erweiterten Präsidiums der Exekutive der KI am 11. Januar 1924 in Moskau [in: Die Lehren der deutschen Ereignisse. Das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zur deutschen Frage / Januar 1924, o. O., 1924, 24–37. – Hervorhebung im Original]

Genossen! Ich stimme mit den Darlegungen des Vertreters der Exekutive in allen Dingen so überein, daß ich mir die Tatsachenschilderung und die Schlußfolgerungen für den Abschnitt, über den er gesprochen bat, ersparen kann. Ich will sozusagen dort fortfahren, wo er aufgehört hat. Die Resolution des Polit.=Büros der K.P.D., die Gen. Sinowjew vorgelesen hat, geht von einer tatsächlich falschen Voraussetzung aus. Alle Beschlüsse der deutschen Partei sind nicht von einer schwachen Mehrheit der deutschen Zentrale gegen eine rechte Minderheit, sondern von einer erdrückenden Mehrheit gegen eine sehr schwache linke Minderheit gefaßt worden. Der Plan wurde mit Zustimmung und unter hervorragender Mitwirkung der Exekutive ausgearbeitet. Wir müssen die Kritik des Planes und die der Durchführung trennen. Diese Darstellung in dem Resolutionsentwurfe entspricht ganz einfach nicht den Tatsachen. Die Differenz in der Minderheit, von der die Rede ist, entstand nur hinterher, und zwar auch nicht in bezug auf das, was jetzt praktisch zu geschehen hat, sondern in der Vergangenheit bei der Beantwortung des Briefes des E.K. Ich will warten, bis mir dieser Resolutionsentwurf schriftlich vorliegt.

Wie sind wir in diese Oktoberniederlage hineingekommen? Der Vertreter der Exekutive schilderte, wie er nach der Chemnitzer Konferenz am 22. nach Deutschland kam und schon vor fertigen Tatsachen stand. Es wird notwendig sein, sich darüber klar zu werden, wie die Dinge lagen, die uns die Situation schuf[en], die der Vertreter der Exekutive geschildert hat.

Ich kam am 8. Oktober nach Deutschland, am 12. wurde die sächsische Regierung gebildet. Ich kam in die fast erledigten Verhandlungen über die Regierungsbildung hinein. Die Ereignisse folgten in riesiger Schnelligkeit aufeinander. Ich hatte keine Zeit mehr, mir die Situation – wie ich es mir vorgenommen hatte – richtig, eingehend zu betrachten. Der Eintritt in die sächsische Regierung erfolgte auf Grund des Beschlusses der Exekutive. Die Exekutive hat telegraphisch von den Genossen gefordert, ohne genügende Vorbereitung in die Regierung einzutreten. Ich war gegen den Telegramm-Entwurf Sinowjews und für die Abände-[24]rung Radeks, weil ich mir sagte, wenn der Eintritt in die sächsische Regierung der Waffenbeschaffung dienen soll, so kann er nur auf Grund einer intensiven Vorbereitung in Sachsen und im übrigen Reich geschehen. Der Beschluß auf Eintritt in die Regierung ist überstürzt zustande gekommen. Der Zweck des Eintritts war, nicht ein parlamentarisches Manöver, der Zweck war die Beschaffung von Waffen. Weil aber der Eintritt in die Regierung fast gar nicht vorbereitet war, konnten die Maßnahmen, die notwendig gewesen wären, nicht getroffen werden. Um Waffen beschaffen zu können, muß man den bürokratischen Apparat und die Waffenlager kennen, Dazu bedarf es einer ganzen Reihe von Vorbereitungen. Keine einzige war erfüllt. Man muß den bürgerlichen Apparat beherrschen und kennen, wenn man ihn ausnützen soll. Das sind anscheinend kleine, nebensächliche Geschichten, die aber für uns von großer Bedeutung waren. Die ganze Regierungsherrlichkeit der Kommunisten hat neun Tage gedauert. In diesen neun Tagen ist nichts anderes geschehen, als daß Versuche unternommen worden sind, Waffen herauszuholen. An den mangelnden Vorbereitungen scheiterte der Versuch.

Ich bin nach wie vor der Meinung, daß die Möglichkeit gegeben ist, das sächsische Experiment besser zu machen, wie es gemacht wurde. Es ist höchstwahrscheinlich, daß sich die Dinge ganz anders entwickeln, und wir nie mehr in eine ähnliche Lage kommen. Wir sollen aus den gemachten Fehlern lernen.

Thälmann sagte, wir hätten im Grunde genommen nicht an die Revolution geglaubt, deswegen hätten wir, als die Situation reif zum Kampfe war, nicht plötzlich einen Sprung machen können. Das hat, mit Thälmannscher Überzeugungskraft vorgetragen, sehr viel Plausibles für sich. Und doch ist die Frage falsch. Ich stelle die Frage so: Waren objektiv die Verhältnisse im Oktober reif? Hängt die Revolution davon ab – obgleich keiner die subjektive Rolle der Kommunistischen Partei höher einschätzt als ich –, ob die Führer der Kommunistischen Partei keinen inneren Glauben an die Revolution haben? Macht deswegen die Revolution halt? Oder sind objektiv andere Kräfte am Werk, die ihren

Ausbruch verhindert haben? Wenn Thälmann recht hat, haben wir die Revolution verraten. Dann sind die Dinge einfach. Die Verräter werden entfernt, die 100=Prozent=Revolutionäre eingesetzt.

Genossen! Die Märzaktion 1921 zeigte uns, daß die ganze Klassenlage, die ganzen objektiven Verhältnisse nicht reif dazu waren, daß wir im Sturmangriff den Kapitalismus hätten niederschlagen können; die objek-[25]tiven Verhältnisse führten dazu, daß wir nach einem abgeschlagenen Sturzangriff in der Märzaktion eine große Niederlage erleben mußten. Für diese Niederlage wurde ich persönlich genau so verantwortlich gemacht, wie für die Oktoberniederlage. Also die gegenteilige Lage. Das nur nebenbei. Ich habe politische Fehler gemacht und andere Genossen auch. Aber ich glaube, ich habe die Eigenschaft, denselben Fehler nicht zweimal zu machen. Ich übernehme die volle Verantwortung für den Rückzug im Oktober. Ich behaupte, wenn ich nicht in der kritischen Situation mit beiden Beinen hineingesprungen wäre und nach der Chemnitzer Konferenz die Dinge herumgerissen hätte, wir wären in einen Kampf hineingekommen, der uns eine entscheidende Niederlage gebracht hätte, der uns für Jahre jede Diskussion über eine Möglichkeit des Sieges des Proletariats unmöglich gemacht hätte. Ich übernehme für diesen Rückzug persönlich alle Verantwortung. Ich sage noch mehr. Ich würde in einer ähnlichen Situation wieder genau so handeln. – Wir hatten uns mit der Exekutive beraten. Wir glaubten, daß wir Mitteldeutschland zum Aufmarschgebiet machen könnten, daß wir aus der Verteidigung zum Angriffe und dann zum Kampfe um die proletarische Diktatur übergehen könnten. Diesem Plan hat die Exekutive im September ihre volle Zustimmung gegeben. Der Plan war richtig, aber in der Beurteilung der Kräfteverhältnisse haben wir – sowohl das E.K. der K.I. wie das Z.K. der K.P.D. – uns geirrt. Wir haben den leichtesten Weg zum Siege der Revolution gewählt. Der Sieg ist aber schwerer. Auf Grund welcher Beurteilung der Kräfteverhältnisse hatten wir uns auf diesen relativ leichtesten Weg eingestellt? U[m] das klarzumachen, muß ich auf die Dinge zurückgreifen, die sich bei der Ruhrbesetzung abgespielt haben.

Als wir auf dem Leipziger Parteitag zusammen waren, fiel das gerade zusammen mit dem Beginn der Ruhrbesetzung. Wir waren uns darüber klar, daß die Ruhrbesetzung von einsch[n]eidender Bedeutung für die Entwicklung in Deutschland und die deutsche Revolution ist.

(Hesse und Maslow: Aber es wurde darüber nicht gesprochen.)

Wir haben im Aufrufe und Genossin Zetkin in ihrem Referat gerade diese Frage ganz klar visiert.

(R. Fischer: In der öffentlichen Versammlung.)

Wir haben auf dem Parteitag einstimmig dieses Manifest angenommen. Es war also nicht in öffentlicher Versammlung, sondern es war die Meinungsäußerung des Parteitags, und sogar noch in feierlicher Sitzung wurde [26] diese Auffassung dokumentiert. Wir haben dann auch im politischen Referat zu diesen Dingen Stellung genommen. Ich habe in diesem Referat auch ausgeführt, daß wir nicht übersehen können, ob wir länger in dem revolutionären Wellental bleiben, in dem wir damals waren, oder ob wir durch die Ruhrbesetzung in eine neue aufsteigende revolutionäre Welle hineinkommen. Es war kein einziger von Euch, der damals weiser gewesen wäre als ich und erklärt hätte, wir kommen bestimmt in solche revolutionäre Welle hinein. Und ich formulierte in den Thesen, die mit Mehrheit angenommen wurden, daß wir uns auf beide Möglichkeiten einstellen müssen. Auf Grund dieses Beschlusses des Leipziger Parteitages ist die Parteipolitik getrieben worden. Worin bestand diese Politik? Daß wir zuerst nur schwer die Massen gegen diese Ruhrbesetzung mobil machen konnten. Es war uns nicht möglich, sie gegen die Ruhrbesetzung auf die Beine zu bringen. Sie wurden nicht von einem großen breiten nationalen Taumel erfaßt, sondern nur das Kleinbürgertum war etwas national und nationalistisch erregt und bewegt. Wir mußten, um überhaupt zu versuchen, Bewegungen zustande zu bringen, tasten, was denn eigentlich die Massen aufgreifen, um dafür zu kämpfen. Wir haben damals die 10 Sammellosungen herausgegeben, die ein ziemliches Durcheinander waren. Wozu? Um uns selbst zu orientieren, für welche Dinge wir das Proletariat in den Kampf führen können, um über die Propaganda hinauszukommen. Es war jene Situation, wo das Proletariat im Ruhrgebiet von der französischen Besatzungsarmee und von den deutschen Unternehmern poussiert wurde. Deshalb konnten wir keinen Widerstand gegen die deutschen Unternehmer in den ersten Monaten organisieren. Als die Ruhrinvasion kam, sagten die Franzosen: Wir wollen gegen Deine

Bourgeoisie kämpfen, nicht gegen den Arbeiter, und sie ließen den Arbeitern die allergrößte Bewegungsfreiheit: und der deutsche Unternehmer sagte: Du mußt jetzt gegen die Franzosen dadurch kämpfen, daß Du in die Betriebe gehst, nicht arbeitest, Dir die Hände nicht schmutzig machst. Das wurde noch verstärkt dadurch, daß mit dem Einzug der Franzosen eine 100prozentige Lohnerhöhung für die Bergarbeiter eintrat. Das gab uns nicht die Möglichkeit, die Ruhrarbeiter zu anderen Aktionen zu bringen als zu gewaltigen Versammlungsprotesten. Es war jene Periode, wo die Opposition krampfhaft um jeden Preis Aktionen wollte, indem sie die Losung der Betriebsbesetzung gab, die die Franzosen auch gaben und die von der Partei abgelehnt wurde. In Aktion brachten wir die Arbeiter damals mit der Losung der Kontrollausschüsse und der Bildung der proletarischen Hundertschaften. Wir haben diese Losung nicht erfunden, sondern sie bei dem Abtasten gefunden.

[27] Das war die Situation zu Anfang des Ruhrkrieges. Sie endete sehr schnell, als im Mai der passive Widerstand der deutschen Bourgeoisie zusammengebrochen war und alle Kosten und Lasten nicht nur der ersten sogenannten Erfüllungspolitik, sondern auch der sogenannten Sabotagepolitik auf das Proletariat abgewälzt wurden. Es entstand zum erstenmal jener elementare Kampf der Ruhrbergleute, der unbestritten unter der Führung der Kommunistischen Partei zustande kam. Was der Sozialdemokratie in der Vorkriegszeit und während des Krieges nicht möglich war und was uns während und nach dem Kriege auch nicht gelang, die geschlossene Führung einer solchen breiten Massenbewegung, das gelang uns dort zum ersten Male unter den ersten Anzeichen des Zusammenbruchs dem passiven Widerstandes der deutschen Bourgeoisie.

Nun bin ich der Meinung, hinterher kann man jetzt sehr gut sagen, es war das Kennzeichnende dieses Ruhrkrieges, daß die aufsteigende Welle des Proletariats da war.

(König: Haben wir nicht diese Geschichte für das ganze Reich gefordert?)

Gewiß, aber waren wir imstande, auch nur irgendwo im Reich Bewegungen zur Unterstützung des Ruhrkrieges zustande zu bringen?

Es kam nach dem Ruhrstreik der Streik in Oberschlesien, wo wir ebenso unbestritten das Proletariat in Kämpfe führen konnten. Das zeigt, daß der Einfluß der Einheitsfront, wie wir sie geführt haben, Erfolg hatte.

Genossen, jetzt komme ich zu dem Wichtigsten: daß dasselbe, das sich bei diesen Kämpfen im Ruhrgebiet wie in Oberschlesien zeigte, sich gleichzeitig mit dem Beginn der Ruhrbesetzung auch in Sachsen zeigt. Auch in Sachsen gelingt es uns, die Führung nicht nur der parteilosen Arbeitermassen, sondern sogar der sozialdemokratisch organisierten Arbeitermassen in die Hände zu bekommen durch die ganze sächsische Politik, wo wir die Koalition der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie verhinderten, wo unter dem Druck der sozialdemokratischen Arbeitermassen die rechten opportunistischen Führer das Kompromiß, die Koalitionsregierung mit dem Bürgertum, ablehnten und sich unter dem Druck der sozialdemokratischen und der übrigen Arbeiterschaft zu einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten bereit erklärten.

[28] Also wir hatten an drei Stellen, im Ruhrgebiet, in Oberschlesien, in Sachsen und später in Mitteldeutschland die Führung der Arbeiterklasse ziemlich fest in der Hand.

Aber jetzt gilt es, zu untersuchen, worin sich die Arbeiter unserer Führung anvertrauten. In allen den Fragen ihrer täglichen Nöte; im Ruhrgebiet in der Hauptsache in Lohnfragen, in Oberschlesien dasselbe; nur in Sachsen waren wir eine Nuance weiter, dort vertrauten sie sich unserer Führung im politischen Kampfe an, in der Frage der Ausnützung der gegebenen parlamentarischen Zustände.

Nun, Genossen, ich will gewiß nicht die geringste Schuld von mir abwälzen, ich bin der Exponent der Politik der Partei seit Leipzig und der sächsischen Politik. Aber, Genossen, es wäre lächerlich, es hieße meine Fähigkeiten, meine Kräfte und meinen Einfluß wesentlich überschätzen, wenn man annehmen würde, daß ich der ganzen Partei eine falsche politische Linie aufzwingen konnte. Um was handelt es sich denn? Um ganz bestimmte Verhältnisse, unter denen wir den Kampf aufzunehmen hatten. Und was für Verhältnisse waren das? Daß wir in Sachsen die Landtagsauflösung erzwungen, eine proletarische Mehrheit im Landtag hatten. Hätten wir, wie die Opposition verschiedentlich das

wollte, erklärt, diese ganze proletarische Mehrheit kümmert uns einen Pfifferling, wir versuchen nicht, sie auszunutzen, dann behaupte ich, daß wir nicht nur in Sachsen, sondern in ganz Deutschland zur Sekte geworden wären. Wir mußten auf dem gegebenen Kampfboden den Kampf aufnehmen, mit all seinen guten, mit all seinen schlechten Seiten. Dabei sind Fehler gemacht worden. Es hätte die Stoßkraft, die Bewegung der Partei größer sein, es hätte mehr herausgeholt werden sollen; aber in der Sache selbst sind nicht das Entscheidende die größeren oder kleineren Fehler, die gemacht worden sind, sondern der gegebene Kampfboden, den wir auszunutzen versuchten. Und worin bestand diese Ausnutzung? Darin, nach den Losungen des 3. und 4. Kongresses: Heran an die Massen!, die Tagesfragen auszunutzen. Was kam dabei heraus? Gemessen an unserem Ziel, ein Dreck, aber gemessen an dem, was das Proletariat wünschte und hoffte und wie es sich den Sieg erhoffte, verhältnismäßig viel; Bewegungsfreiheit für die Bildung der Kontrollausschüsse, der Betriebsrätebewegung, für die Bildung der proletarischen Hundertschaften.

Was war das Ergebnis der Ausnutzung dieser gegebenen Situation? Gewiß, an den letzten Zielen des Kommunismus gemessen, ein kleinlicher, [29] dreckiger Erfolg, aber gemessen an dem Lebensgefühl der Arbeiter, mehr: das unbedingte Vertrauen zur Führung durch die K.P.D.

Diese Politik hat zu gefährlichen Illusionen in der Arbeiterschaft geführt, die sich selbst den Weg zu leicht vorstellte. Bis in unsere eigenen Parteikreise hinein sind Illusionen entstanden, die vielleicht durch eine intensive, prinzipielle Agitation hätten verhindert werden können. Aber das Wichtigste der Gefahr bestand darin, daß sie sich sagten: Erst bürgerliche Koalition, dann sozialdemokratische Regierung mit Unterstützung der Kommunisten, dann Regierung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten und dann Regierung der Kommunisten, ohne daß es zu schweren blutigen Kämpfen kommt. Solche Stimmungen waren eine Begleiterscheinung unserer Politik. Das läßt sich natürlich immer gar nicht vermeiden.

Wenn wir sagen würden: weil diese Gefahren und Schwierigkeiten entstehen, machen wir sie nicht mit, das wäre kindisch. Wir mußten versuchen, sie zu überwinden. Und wie haben wir sie überwunden? Indem wir die sozialdemokratischen Arbeiter an den Haaren hinterherzogen und durch die Tatsachen ihre Illusionen zerstörten. All ihre Hoffnungen auf einen leichten Weg wurden durch den Verlauf der Entwicklung, durch die Praxis zerstört. Wir haben aber nicht einmal durch die begleitenden Illusionen Schaden erlitten. Dann kam noch im ganzen Reich die Tatsache der völligen Finanzkatastrophe. Obgleich wir in Deutschland im letzten Jahre eine gute Ernte hatten, wollten die Agrarier die Waren nicht verkaufen, weil sie sich für das schlechte Geld nichts kaufen konnten.

Es kam eine aufsteigende revolutionäre Welle. Wir sahen nur die eine Seite, das Gute an ihr. Was war der Cuno-Streik? Der Cuno-Streik war für Berlin nichts anderes als die Fortsetzung der revolutionären Lohnkämpfe im Ruhrgebiet, in Oberschlesien und Sachsen. Aber ein solcher Kampf in Berlin hat eine ganz andere politische Bedeutung als die Kämpfe im Ruhrgebiet, in Sachsen und Oberschlesien hatten. Der Streik fiel in die Regierungskrise und beschleunigte den Sturz der Regierung Cuno. Aber, Genossen, er war nur in seiner Auswirkung und in dieser gegebenen Situation ein politischer Streik. Ein politischer Streik im Sinne einer bewußten revolutionären Zielsetzung war der Cuno-Streik nicht, eine elementare Kraft hatte er nicht. Als [30] der Rücktritt Cunos erreicht war, war der Bewegung die Kraft gebrochen, weiter vorzustoßen. Kein Mensch wird zu behaupten wagen, daß wir diesen Kampf hätten weiterführen können gegen die Bildung der Koalitionsregierung. Wären die revolutionären Kräfte reifer gewesen, dann hätte sich diese Bewegung weiter ausbreiten müssen. Was aber sahen wir? Nachdem das Ziel, der Sturz Cunos, erreicht war, brach die Bewegung zusammen. Obgleich wir in der Zentrale beschlossen hatten, nach drei Tagen *nicht* abzubrechen, sondern noch mindestens einen Tag zu streiken, konnten unsere radikalen Berliner Genossen den Beschluß nicht durchführen, sondern brachen, trotz des Beschlusses der Zentrale, den Streik ab, weil die innere Kraft nicht mehr vorhanden war. In Sachsen, in Mitteldeutschland stand die Lage so: ehe der Streik in Berlin noch richtig im Gange war, war Cuno schon gestürzt; traten die sächsischen Genossen nicht in einen wirtschaftlichen, sondern in einen politischen Streik, so bedeutete das den Anfang des bewaffneten Aufstandes.

Erst in dieser Situation, als wir in diesem Sinne beschlossen hatten, war es uns möglich, uns auf die Vorbereitung zum Bürgerkrieg einzustellen. Diese Frage der Vorbereitung zum Bürgerkrieg wurde

erst seit dem Cuno-Streik in der Partei ernst genommen. Zu erörtern, ob die Art richtig war, dazu reicht die Zeit nicht aus – das wollen wir getrennt behandeln. Ich mache Sie aber auf folgendes aufmerksam: Als ich im August 1922, nach der Rathenau-Amnestie, nach Deutschland zurückging, hatte ich eine Besprechung über die Vorbereitungen zum Bürgerkrieg und hatte mit einem anderen Genossen besprochen, Material über die Erfahrungen der Aktionen in Rußland zu sammeln. Ich entsinne mich an die erste Zentralsitzung nach meiner Rückkehr, die sich mit den Thesen über die Notwendigkeit der Vorbereitung zum Bürgerkrieg befaßte. Kein Mensch hatte über diese Geschichte diskutiert. Alle sagten, Brandler ist mit einer neuen Marotte herübergekommen. Ich brachte in die Betriebsräte die Frage der Hundertschaften als Abwehr gegen den Faschismus hinein. Es ist interessant, daß die Berliner Genossen, die auch glaubten, es sei eine Marotte von mir, sich dagegen wandten. Sie bezeichneten es als eine Spielerei, bei der nichts herauskomme.

Es kam dann die Frage des Ordnerdienstes. Ich will die Dinge im einzelnen jetzt nicht schildern. Auf der ganzen Linie der Partei offener und noch mehr passiver Widerstand, niemand unternahm das Geringste in der Bewaffnungsfrage, in der Bildung von Fünfer-Gruppen, nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Bezirken. Erst nach dem Cuno-Streik [31] wurde etwas unternommen. Noch eins: Vor dem Antifaschistentag, wo auf Grund des Zusammenbruches an der Ruhr im Faschismus eine ziemliche Desorganisation eingetreten war, schrieb ich diesen berühmten oder berüchtigten Aufruf vom 11. Juli. Dieser Aufruf wirkte in der Partei sonderbar. In den Arbeitermassen wirkte er wie eine Hoffnung, und in den Schichten des Parteifunktionärkörpers dachte man, Brandler ist wieder einmal verrückt geworden und will einen Putsch machen. Das war vor allen Dingen in Berlin der Fall.

In vielen, fast allen Orten begann eine ernsthafte Vorbereitung zum Bürgerkrieg in der Partei erst seit dieser Zeit. Diese ungenügende Vorbereitung der Partei zeitigte objektive Schwächen, als der Antifaschistentag mit seinen ungeheuren Agitationsmöglichkeiten unter dem Kleinbürgertum und in den Arbeiterschichten eine Situation schuf, bei der es überall hieß: Am 29. schlagen die Kommunisten los. Es kam dann das Verbot. Da hat sich im Polit-Büro der Zentrale folgendes zugetragen: Man beschäftigte sich damit, was man nun tun sollte als Antwort auf das Demonstrationsverbot. Sollten wir den Kampf aufnehmen? Wir hatten diese Frage besprochen. Wir waren uns darüber klar, daß wir in Sachsen und Thüringen die Antifaschisten-Demonstrationen veranstalten würden, auch wenn ein Verbot gegen sie erginge. Und die Genossin Ruth Fischer trat dafür ein, daß wir die Demonstration auch in Berlin, trotz des Verbotes, unternehmen sollten. Ich trat dafür ein, in Berlin eine Demonstration nur dann zu machen, wenn wir sie bewaffnet schützen würden. Darauf nannte mich die Genossin Ruth Fischer einen Abenteurer, einen Faschisten. Wir hatten beschlossen, in Sachsen, Thüringen, Mitteldeutschland, auch für den Fall des Verbots des Antifaschistentages Demonstrationen abzuhalten, aber nur unter bewaffnetem Schutz. Ich erklärte dann, wir können keinen Beschluß in der Zentrale fassen, daß die Berliner Organisation bewaffnete Demonstrationen machen soll, wenn die B.L. dagegen ist. Ich schlug an Stelle der bewaffneten Demonstrationen einen Streik Tor, und wieder erklärte Ruth Fischer es für unmöglich, den Rückzug mit einem Streik zu decken, und führte praktisch Demonstrationsversammlungen in geschlossenen Lokalen durch.

Es zeigten sich Merkmale einer aufsteigenden revolutionären Linie. Wir hatten vorübergehend die Mehrheit der Arbeiter hinter uns, und auf Grund dieser Situation glaubten wir, bei günstigen Verhältnissen unmittelbar zum Sturmangriff übergehen zu können. Wir haben uns meiner Meinung nach getäuscht. Der Mangel ist, daß wir die Kampfkraft [32] dieser Mehrheit im Ruhrgebiet, in Sachsen, in Berlin überschätzt hatten, wir konnten sie nicht organisatorisch erfassen und befestigen. Auf unser Erstarken reagierte die Regierung. Sie reagierte mit einem Verbot der Betriebsräte.

Erst Wochen nach der Chemnitzer Konferenz sah ich, daß dieses Verbot nicht zur Folge hatte, daß wir die Betriebsrätebewegung steigern konnten, sondern daß dieser eine Schlag uns schon eine gewisse Schlappe beigebracht hatte. Als wir noch drüben waren, war es uns möglich, auf das Verbot der „Roten Fahne“ und auf das Verbot von Zeitungen in der Provinz kräftig zu antworten, es entstand ein Sturm, ohne daß die Partei das besonders organisierte, ich erinnere an Württemberg, es kamen Deputationen aus den Betrieben, drohten mit Streik, und das Verbot wurde zurückgenommen.

Diese Situation, die alle Möglichkeiten in sich barg, konnten wir als Kommunistische Partei nicht vorwärts stoßen bis zum Sturmangriff, wie wir uns eingebildet hatten. Und ich glaube – ich muß das jetzt allerdings sehr grob und mechanisch abschließen –, hätten wir diese Dinge damals erkannt, wie Radek das ausdrückt, und hätten wir rechtzeitig als Partei und als Exekutive die Maßnahmen ergriffen, die notwendig sind, wenn man sich auf diesen entscheidenden Kampf einstellt, dann wäre wahrscheinlich zwar nicht der entscheidende Sieg im Oktober gekommen, aber sicherlich nicht diese Niederlage, die wir durch den Rückzug erlitten haben. Dadurch, daß wir uns darauf einstellten, diese günstige mitteldeutsche und sächsische Plattform zum Sturmangriff auf die Bourgeoisie auszunutzen, übersahen wir, daß längst der Gegner die Initiative hatte, nicht wir, daß wir, als der Gegner früher losschlug als wir, als er seinerseits zur Offensive übergehen konnte, nicht imstande waren, den Widerstand ernsthaft zu organisieren.

Hätte ich die mir für mein Referat zur Verfügung stehende Zeit nicht mit der zu langen Einleitung vergeudet, so würde ich noch auf folgendes hinweisen, was alles den Aufmarsch des Gegners erleichterte und was uns düpierte, wo wir die Dinge falsch sahen. Es war dem Gegner möglich, durch den kleinbürgerlichen Faschismus in Bayern die Aufmerksamkeit abzulenken von all seinen stillen und offenen Vorbereitungen zur Machtübernahme des Faschismus in seiner schwerindustriellen und agrarkapitalistischen Gestalt durch Seeckt. Und da stehen die Dinge so, daß, wie 1914, wie 1918 und wie im Kapp-Putsch, so auch [33] diesmal der kampflose Sieg des Faschismus nur dadurch möglich war, daß er von der Sozialdemokratie gedeckt wurde, daß der Faschismus sozusagen, wie im Jahre 1918 die Noske-Militärdiktatur und die Novemberrepublik, sich hinter dem Rücken der Sozialdemokratie versteckt realisieren konnte. Durch die Koalitionsregierung, durch das Ermächtigungsgesetz, durch dieses Zustimmen der Sozialdemokraten wurden die Vorbereitungen zum Sieg des Faschismus verschleiert, es entstand in breiten Schichten – nicht in der Kommunistischen Partei, aber in den von der Sozialdemokratie beeinflußten Elementen, in den Gewerkschaften, in den unorganisierten Arbeitermassen – die Vorstellung, daß der Feind in Bayern steht, und daß alle diese Rüstungen zur Machtübernahme durch den Faschismus nicht zum Kampfe gegen das Proletariat bestimmt waren, wie es doch in Wirklichkeit war, sondern zum Kampf gegen diese kleinbürgerliche Clique des Faschismus um Hitler, Ludendorff usw.

Genossen, wenn es möglich war, daß nach einer vierjährigen Kriegspolitik der deutschen Sozialdemokratie, nach einer fünfjährigen Nachkriegspolitik der deutschen Sozialdemokratie auf solche plumpe Manöver breite Arbeitermassen noch reagieren und hereinfallen und die Einheitsfront auf Grund dieser Tatsachen, die ich nicht so zusammengefaßt schildern konnte, wie ich es eigentlich wollte, zerschlagen werden konnte, so standen wir vor der Situation, entweder als Kommunisten, trotz dieser zerschlagenen Einheitsfront den Kampf aufzunehmen oder ihm auszuweichen. So stand die Frage vor uns. Und ich behaupte, hätten wir, nachdem dieses Manöver der Bourgeoisie mit Hilfe der Sozialdemokratie geglückt war, im Oktober den Kampf aufgenommen, wären wir von der Verteidigung gegen die Reichsexekutive unmittelbar zum entscheidenden Kampf um die proletarische Diktatur vorgestoßen, dann wäre die Märzaktion ein Kinderspiel gewesen, wäre ein schlechter Witz geworden gegenüber der Niederlage, die wir in der dortigen Situation erlitten hätten. Wir haben als Zentrale der K.P.D., aber auch die Exekutive, bei der Aufstellung des Kampfplanes fast nur auf die Partei und das Proletariat geachtet. Die Möglichkeiten und Chancen, die Manövrierfähigkeit der Bourgeoisie haben wir vernachlässigt. Wenn wir nur einseitig auf Mitteldeutschland eingestellt waren, – die Exekutive hat diesen unseren Standpunkt gekannt und nicht korrigiert. Ich behaupte, die Perspektive auf entscheidenden Machtkampf war nur aus der mitteldeutschen Lage heraus im Oktober/November möglich. Aber nur unter günstigen Umständen. Diese günstigen Umstände traten nicht ein. Zum Teil durch Fehler der Partei in den entscheidenden Wochen, während wir in Moskau waren.

[34] Es fehlte in dieser Zeit die aufrüttelnde politische Kampagne der Partei. Ermächtigungsgesetz, Zeitungsverbote wurden nicht genügend ausgenützt. Aber der Plan ist mit dem E.K. aufgestellt. Wir müssen den falschen Plan und die fehlerhafte Durchführung kritisieren, wenn wir lernen wollen. Der schwere Fehler, der eine Depression der Partei und breiter Arbeitermassen zur Folge hatte, bestand darin, daß durch die falsche Einschätzung der Situation nur diese eine Form des Kampfes für uns in

Frage kam, nämlich der Kampf um die proletarische Macht, daß man nur die Diktatur des Proletariats im Auge hatte und keine andere Situation. Deshalb konnten wir auch den Rückzug nicht geschickt führen und keinen Widerstand leisten, wie das beim Cuno-Streik der Fall war. Hätten wir uns nicht auf alles oder nichts eingestellt, dann hätten wir eine Verteidigungsaktion zustande gebracht, von der ich zwar nicht glaube, daß sie uns den Sieg, die aber sicherlich nicht die entscheidende Niederlage gebracht hätte. Der Vertreter der Exekutive hat in seiner Darlegung auseinandergesetzt, wie Genossen beim Rückzug sagten, wir hätten diesen kampflos durchgeführt. Das haben wir nicht. Wir haben vom ersten Tage an Rückzugsgefechte geführt, Demonstrationen, Streiks – von unserem ersten Rundschreiben und den ersten Anweisungen an. In der Partei war das nicht so rasch durchgesetzt worden. Durch den kampflosen Sieg hat der Faschismus den Einfluß der Kommunistischen Partei auf die Massen vorübergehend stark beeinträchtigt. Wir waren so nicht imstande, den Faschismus abzuwehren, die Partei auf die Illegalität umzustellen und erneut den Kampf zu führen. Dieser Tatsache und nicht einer falschen Taktik der Vergangenheit haben wir die Oktoberniederlage zu verdanken. Unter den gegebenen Verhältnissen, wie sie auch 1921 in der Märzaktion vorlagen, behaupte ich nach wie vor, daß ich, würde ich nochmals die Dinge zu entscheiden haben, genau dieselbe politische Linie und Taktik durchführen würde. Es war keine andere politische Linie möglich. Das, was die Genossen von der Opposition wollen, führt zur Schwächung der deutschen Revolution, trotz der glühenden Liebe zum revolutionären Kampfe, wie sie bei Thälmann zum Ausdruck kommt. Solch eine Rede, wie sie Thälmann hielt, kann man mehrere Male halten, wenn man aber nicht imstande ist, die Masse zu sammeln, so ist man nicht in der Lage, die gegebenen Aufgaben zu lösen. Bringen wir die Massen in den Kampf, dann überwinden wir im Kampfe die Schwäche. Dann kann, Ziel und Kampf gesteigert, der Sieg errungen werden. Dazu fehlten diesmal die Voraussetzungen. Wir hatten mit dem E.K. gemeinsam unsere Kräfte überschätzt, den Gegner unterschätzt. Das zwang uns zum Rückzug.

[35] Nun zum Schluß noch die Perspektiven.

Es gibt darin keine großen Differenzen mit der Opposition. Durch den Sieg des Faschismus ist die Staatsgewalt vollkommen in dessen Hand. Wo sie die Novemberrepublik noch duldet, hat es der Faschismus in der Hand, sich beliebig mit ihr zu verbrämen oder sie zu beseitigen. Die faschistische Diktatur ist auf dem Bündnis der Schwerindustrie und der Agrarier aufgebaut. Sie können auf längere Zeit nur dann das Proletariat niederhalten und dem Faschismus eine Atempause geben, wenn es ihnen gelingt: 1. den Finanzbankerott zu sanieren, 2. den kleinbürgerlichen Faschismus durch Repressalien und Konzessionen zu gewinnen und sich einzuordnen, 3. die Arbeiterklasse zu zersplittern durch die Wahrung des Scheins der Demokratie, die Gewinnung der Sozialdemokratie als Hilfstruppe, durch Repressalien gegen die K.P. und durch Ausspielungen der Arbeitslosem gegen die Beschäftigten. Der Staatsapparat, das Militär, die Machtmittel, die dem Faschismus zur Verfügung stehen, haben es fertig gebracht, daß sie dem Proletariat den Zehnstundentag mit ziemlich geringem Widerstand aufzwingen konnten. Erst im Januar beginnen größere Abwehrkämpfe. Trotz aller Nachrichten über den Widerstand des Proletariats gegen die Verlängerung der Arbeitszeit ist doch zu sagen, daß das Proletariat sich in einer solchen Depression befindet, daß es den Zehnstundentag ziemlich kampflos hingenommen hat. Alle Versuche der Kommunisten, den Widerstand gegen den Zehnstundentag zu organisieren, haben kein großes praktisches Resultat ergeben.

Worauf ist das zurückzuführen? Das Proletariat ist jetzt in dieser Wirtschaftskrise gespalten. Die Arbeitslosen befinden sich in einer Situation, in der sie kämpfen müssen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen, und sie kämpfen einen Verzweiflungskampf, wenn sie von den Arbeitenden im Stiche gelassen werden. Es gibt über drei Millionen Arbeitslose in Deutschland, die sich in einer Lage befinden, daß sie den Kampf aufnehmen müssen. Sie können ihn aber nicht allein mit Aussichten auf den Sieg aufnehmen. Wie verhält es sich mit dem anderen Teil der Arbeiterschaft? Wir haben in Deutschland drei Millionen Kurzarbeiter. Unter den Vollarbeitern ist ebenfalls Depressionsstimmung, da sie fürchten, jetzt arbeitslos oder Kurzarbeiter zu werden. Es gibt unter den Vollarbeitern und Kurzarbeitern Teile, die, wenn es sich darum handelt, mit einem Male den entscheidenden Kampf mit der Waffe in der Hand zu führen, sofort dazu bereit sind, die sich aber weigern, die notwendigen Kleinkämpfe zu führen, Demonstrationen, Streiks usw. Das ist eine Tatsache, der wir sehr scharf ins Gesicht [36]

sehen müssen. Wenn es der Bourgeoisie gelingt, diese Spaltung zwischen Arbeitslosen, Vollarbeitern und Kurzarbeitern zu vergrößern, diese Kluft noch zu erweitern, dann wird die Atempause der Bourgeoisie noch eine längere sein. Gelingt dieser Versuch nicht, dann ist diese Frist kürzer. Das hängt natürlich von der Möglichkeit einer zeitweiligen Wiederherstellung eines gewissen wirtschaftlichen Gleichgewichts ab. Das Tempo der neuen Inflation, der Rentenmark, ist sehr wichtig. Das hängt wieder davon ab, ob die Bourgeoisie durch auswärtige Kredite oder aus eigenen Mitteln solche Steuern aufbringt, die genügen, um die Finanzen in Ordnung zu bringen. Weder aus der Bourgeoisie noch aus dem Kleinbürgertum sind die erforderlichen Steuern herauszubringen. Die Bourgeoisie könnte nicht expropriierte Teile des Fertigkapitals oder vor allem Teile der Landwirtschaft, der Mittelbauern, expropriieren. Diese Summen reichen jedoch unter keinen Umständen aus, um das Staatsdefizit zu decken. Die Sparmaßnahmen, die sich in den Beamtenentlassungen usw. äußern, sind alles blauer Dunst. Also die Perspektive ist: Kein Katzenjammer für uns; alle Voraussetzungen sind so, daß wir in kürzester Frist, wenn wir imstande sein werden, die Massen um uns zu sammeln, wieder kämpfen können. Kommt jetzt die Partei durch die Oktoberniederlage bei dem Selbstverständigungsprozeß in eine Krise, wird sie gespalten, dann haben wir fünf verlorene Jahre der Arbeit. Die Oktoberniederlage ist eine schwere Niederlage. Sie hat zu einer Zersetzung der Sozialdemokratie wie nie zuvor geführt; die Sozialdemokratie steht vor der Spaltung. Das bedeutet: es entsteht eine neue zentristische Partei, wenn wir nicht die Fähigkeit haben werden, diesen Teil der Arbeiterschaft zu assimilieren. Wenn wir sie nicht assimilieren können, wenn diese neue Partei länger als ein halbes Jahr selbständig lebt, wenn wir eine Politik der Phrasen treiben, wie es die Opposition tut, dann werden wir zur Sekte werden. Dann werden wir eine neue zentristische Partei bekommen, die sich nicht nur entwickelt aus abgespaltenen Elementen der Sozialdemokratte, sondern auch Zuwachs aus Verlusten der K.P. bekommt. Das bedeutet die Niederlage der deutschen Revolution auf Jahre und auch die Niederlage der Weltrevolution, deshalb sind diese Dinge von ungeheurer Bedeutung. Trotz der Oktoberniederlage ist zu irgendwelchen Pessimismus keine Veranlassung. Noch niemals war die Tätigkeit der deutschen Partei von solch großer Bedeutung, wie sie es gegenwärtig ist.

[37]

Erklärung von Brandler, Radek und Thalheimer an das Politbüro der RKP [abgedruckt in: Protokoll Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, 21. März–6. April 1925, Hamburg 1925, 313 ff]

1. Die Differenzen, die die Unterzeichneten mit der Exekutive in der Frage der Arbeiterregierung hatten, halten wir nunmehr für historisch überholt. Die Idee, daß die Arbeiterregierung mehr als eine agitatorische Parole sein könnte, hatte zur Voraussetzung den akuten Zerfall der kapitalistischen Gesellschaft, der die Massen der Sozialdemokratie ihren Führern gegenüberstellte und so die Hoffnung entstehen ließ, daß es gelingen könnte, vorübergehend durch Koalition mit den linken sozialdemokratischen Elementen Übergangspositionen im Kampfe um die Diktatur zu erobern.

Die seit dem November 1923 sich immer schärfer aufzeigende Stabilisierung des Kapitalismus im Westen Europas, die die Sozialdemokratie stärkt, macht es notwendig, die gesamte Front der Komintern gegen die Sozialdemokratie in schärfster Weise zu richten und macht die Losung der Arbeiterregierung zu einer rein agitatorischen. Unter welchen Bedingungen eine neue Welle der Revolution eintritt, welche Forderungen sie an die Taktik der Kommunistischen Internationale stellen wird, ist jetzt nicht vorauszusehen. Aus diesem Grunde haben für uns die Differenzen des 5. Kongresses in dieser Frage nur noch eine historische Bedeutung.

2. Was für uns im letzten Jahre in Betracht kam, war die tiefe Sorge um den Massencharakter unserer kommunistischen Parteien, den wir bedroht sa[h]en: durch die Gegnerschaft der deutschen Parteizentrale zur Aufstellung von Übergangsforderungen und Teillosungen, durch eine organisatorische Politik, die wertvolle Arbeiterelemente, Gründer der Partei, außerhalb der Partei stellte, nur weil sie eine Politik forderten, die es der Partei ermöglichen sollte, das Schicksal einer revolutionären Sekte zu vermeiden.

Die gestern am 22. März veröffentlichten Thesen des Vorsitzenden des EKKI, des Genossen Sinowjew, zeigen, daß die Leitung der Komintern die drohenden Gefahren sieht. Ohne Rücksicht darauf, daß diese Thesen unberechtigte Behauptungen über unsere Politik aufstellen, erklären wir hiermit, daß diese Thesen unseren Standpunkt entsprechen und daß wir [38] darum unsere Solidarität mit ihnen bekunden.

Wir begrüßen es, daß die Leitung der Komintern den Parteien zum Bewußtsein bringt, daß die Bolschewisierung der Kommunistischen Parteien die sorgfältigste Anpassung an die speziellen Bedingungen in jedem Lande erfordert, daß die Bolschewisierung der Parteien nur erreicht werden kann durch freie Diskussion in dem Rahmen unserer jungen kommunistischen Organisationen, durch das Regime der Parteidemokratie, das allein ermöglicht die Auslese der Führerschaft aus den bewährtesten und erfahrensten Elementen. Wir begrüßen es, daß die Leitung der Komintern den Parteien zur Pflicht macht, alle Maßregeln zu treffen zur Sicherung der gesunden und normalen innerparteilichen Entwicklung und zur Entfernung aller Folgen des vorangegangenen fraktionellen Kampfes.

3. Wir erklären, daß wir unsererseits alles tun werden, an der Erreichung dieses Zieles zu arbeiten. Wir halten es für unsere Pflicht, die Exekutive darauf hinzuweisen, daß zur Erreichung dieses Zieles es notwendig ist, den Ausschuß von über fünfzig Proletariern, die die Kommunistische Partei Deutschlands mit gegründet haben, aufzuheben. Ein Teil von ihnen wurde ohne weiteres ausgeschlossen, weil er für die Politik der Teilforderungen eintrat, ein Teil wegen Disziplinbrüchen, die, wenn sie vorgekommen sind, sich erklären aus der mangelhaften und nicht genügenden Durchführung der jetzt von der Exekutive vorgeschlagenen Linie durch die deutsche Parteizentrale.

Ohne irgendwie Disziplinbrüche zu verteidigen, wenn sie vorgekommen sind, bitten wir die Exekutive, ihre Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß es sich hier um ausgezeichnete proletarische Elemente handelt, die fast durchwegs schon im Kriege illegal revolutionär gearbeitet haben, um Elemente, die nach ihrem Ausschluß in ihrem ganzen Auftreten, in allen von ihnen stammenden Dokumenten gezeigt haben, daß sie überzeugte Kommunisten sind. Die Aufhebung des Ausschlusses, wie Jannack, Westermann, Deisen, Völker, wird nicht nur Wiedergutmachung einer Ungerechtigkeit sein, sondern sie wird erlauben, alle Keime einer fraktionellen Arbeit in der deutschen Kommunistischen Partei abzutöten und die wirkliche Einheit der Partei herzustellen. [39]

4. Wir geben diese Erklärung ab, um dies zu erleichtern und um zu helfen, die großen Aufgaben, die vor der Komintern in dieser schwierigen Zeit stehen, auszuführen. Niemals war die Einheit der Komintern so notwendig wie jetzt. Wir sind überzeugt, daß die Genossen in Deutschland, die mit uns verbunden sind durch eine fünfzehnjährige gemeinsame Arbeit, sich dem Grundgedanken unserer Erklärung anschließen werden.

Die Entwicklung der westeuropäischen kommunistischen Parteien erfordert eine Synthese der Führerschaft, die sich herangebildet hat in den alten Auseinandersetzungen mit der Sozialdemokratie und in der Sozialdemokratie, die mit der Sozialdemokratie gebrochen und die kommunistischen Parteien gegründet hat mit den jungen Elementen, die erst in den Kämpfen des Jahres 1919 und später zum Kommunismus gekommen sind und die Stimmungen der jungen nach dem Kriege aufwachsenden Arbeitergeneration darstellen. Die Begrabung der alten fraktionellen Gegensätze, die Ausbildung der bolschewistischen Linie im Feuer der Selbstkritik auf dem Boden der Parteidemokratie in jeder westeuropäischen Kommunistischen Partei ist die Aufgabe, die gelöst werden kann, wenn die Thesen des Genossen Sinowjew nicht nur zum Beschluß erhoben, sondern auch durchgeführt werden.

Mit kommunistischem Gruß

gez. Heinrich Brandler, A. Thalheimer, K. Radek

Moskau, den 23. März 1925.

[40]

Erklärung der deutschen Delegation zum Plenum der Erweiterten Exekutive der KI vom 4. April 1925 [Abgedruckt in: Protokoll Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, 21. März–6. April 1925, Hamburg 1925, 317 ff.]

Die Delegation der Kommunistischen Partei Deutschlands hat auf die Erklärung der Genossen Brandler-Radek-Thalheimer an das Politbüro der RKP folgende Antwort zu geben:

1. Die Zentral-Kontroll-Kommission hat auf Antrag der KPR der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen Brandler und Thalheimer ein Ausschlußverfahren, gegen Radek ein Disziplinarverfahren wegen Fraktionsmacherei und groben Disziplinbruchs eingeleitet. Die Erklärung Brandlers, Radeks und Thalheimers ist ein durchsichtiges Manöver zur Verwischung des Eindrucks, den das Urteil des höchsten Parteigerichtes der KPR auf die kommunistischen Arbeiter ausüben muß. Brandler, Thalheimer und Radek benutzen die Tagung der Erweiterten Exekutive, um sich durch die Erklärung ihres angeblichen Einverständnisses mit den Beschlüssen der Komintern erneut eine legale Plattform für ihre Fraktionsarbeit zu schaffen.

2. Dieses Manöver Radeks, Brandlers und Thalheimers wird kein Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands verwirren und auch nur verwundern. Seit mehr als einem Jahr versucht die rechte Fraktionsgruppe in der KPD unter Leitung Radeks und einer Gruppe von Fraktionsemigranten in Moskau gegen die Leitung ihrer eigenen Partei und der KI dieselbe opportunistische Einheitsfronttaktik anzuwenden, die sie zum Schaden der kommunistischen Sache und zum Nutzen der Sozialdemokratie im Jahre 1923 gegenüber dem menschewistischen Klassenfeinden [sic] des Proletariats angewandt haben. Sie haben aus den Oktoberereignissen von 1923 nur das gelernt, daß sie ihre spezifischen Kampfmethoden gegen den Menschewismus in die Reihen der eigenen Partei übertragen und zu Zersplitterungszwecken ausnutzen. Sie beweisen dadurch erneut, daß die unüberbrückbaren und entscheidenden Gegensätze zwischen der Politik Radek-Brandlers und der Politik des Bolschewismus nicht „historisch erschöpft“, sondern historisch und praktisch lebendiger denn je sind.

[41] Geändert hat sich nur die objektive Situation, in der die Kommunistische Partei Deutschlands zu kämpfen hat. Nicht geändert haben sich die Brandleristen. Sie haben sich seit der einmütigen Verurteilung ihrer Grundsätze durch die deutsche Partei nur noch weiter vom Kommunismus entfernt und nur noch enger der Sozialdemokratie, deren Ideologie sie in unseren Reihen vertreten, genähert. Die KPD hat daher keinerlei Grund, mit Personen, wie Brandler, Radek und Thalheimer, über die Grundfragen unserer Taktik oder über irgendwelche anderen politischen Probleme Diskussionen zu pflegen. Die Diskussion des Brandlerismus wurde durch den Frankfurter Parteitag und den 5. Weltkongreß abgeschlossen. Was die Partei und die Internationale jetzt brauchen, ist die Fortsetzung, Vertiefung und Steigerung des ideologischen Kampfes gegen den Brandlerismus bis zur Ausrottung seiner letzten Überreste in den Köpfen der Parteimitglieder.

3. Es kennzeichnet nochmals den Geist Brandlers, Radeks und Thalheimers, daß sie noch heute – entgegen der Auffassung der III. Internationale –, erklären, in einer Periode des revolutionären Aufschwunges könne man „durch eine Koalition mit den linkssozialdemokratischen Elementen eine zeitweilige Eroberung von Übergangsstellungen zum Kampfe für die Diktatur des Proletariats verwirklichen“.

Es kennzeichnet das rein demagogische Verhältnis der Genannten zur Komintern und ihren Beschlüssen, daß sie in der gleichen Erklärung „ihr volles Einverständnis mit den Bolschewisierungsthesen des Genossen Sinowjew“ vorzutäuschen versuchen.

4. Der politische Sinn dieser Zweideutigkeit ist die klar erkennbare Absicht, einen Keil zwischen die KPD und die KPR, zwischen die KPD und die Komintern zu treiben. Brandler, Radek und Thalheimer verwechseln hierbei die KI mit der deutschen Sozialdemokratie. Sie verwechseln das Verhältnis der Internationale zu ihren Sektionen und das Verhältnis der kommunistischen Bruderparteien untereinander mit dem Verhältnis der verschiedenen Lokalorganisationen, Gruppierungen und Richtungen innerhalb der SPD. Nachdem sie ihre Unfähigkeit bewiesen haben, mit den verschiedenen Richtungen der Sozialdemokratie auf bolschewistische Weise zu manövrieren, wollen sie heute ihre Fähigkeit

beweisen, gegen die Parteien der Komintern Manöver auf menschewistische Art zu vollführen. Gleichzeitig übertragen sie die Zersetzungsmethoden ihrer Fraktionsarbeit in Deutschland in den Rahmen der Internationale. [42]

5. Um für diese Kampfmethode die Legalität zu erobern, mißbrauchen Brandler, Radek und Thalheimer die selbstverständlichen kommunistischen Grundsätze der „Parteidemokratie“ und der „Diskussionsfreiheit“ zu Offensivlosungen gegen die deutsche Zentrale. Sie glauben die Komintern dadurch für ihre brandleristischen Ziele einfangen zu können.

Auch hierin sind die Opfer einer ähnlichen Illusion wie im Oktober 1923. So wie sie damals hofften, unter der Fahne der Weimarer Verfassung, ohne Anstrengung, die deutsche Räterepublik zu erringen, rechnen sie darauf, unter der Fahne der „Parteidemokratie und Diskussionsfreiheit“ die Führung und die politischen Grundlagen der KPD zu stürzen. Das Ziel des Angriffs ist jetzt das umgekehrte: nicht mehr der Sturz der Bourgeoisie, sondern die Umwälzung in den eigenen Reihen. Der Kampf selbst ist indessen nicht nur weit aussichtsloser, sondern noch viel unbolschewistischer als vor eineinhalb Jahren. Die KPD wird diesem parteifeindlichen Charakter der Brandler-Radekschen Erklärung sorgfältig Rechnung tragen. Sie wird wie früher und mehr als bisher jeden Versuch der Fraktionsarbeit, jeden Angriff gegen die Parteidisziplin, jede Störung und Durchkreuzung ihrer Politik rücksichtslos unterdrücken und unmöglich machen.

6. Es ist kein Zufall, daß Brandler, Radek und Thalheimer gerade im Moment der absteigenden Welle der Revolution mit einem neuen Verstoß gegen die deutsche Partei vor die Komintern treten. Sie wissen genau, daß in einer solchen Zeit unvermeidlich Stimmungen der Müdigkeit und Depressionen in der Partei auftreten. Sie wollen diese Stimmungen ausnutzen, um der Partei Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Sie hoffen, mit Hilfe solcher Stimmungen die schwankendsten und unklarsten Elemente der Partei für sich und ihre Fraktion zu gewinnen.

Sie versuchten und werden versuchen, die revolutionäre Manövriertaktik, zu der die Partei in dieser Situation gezwungen ist, in ihre opportunistische Bündnistaktik mit der Sozialdemokratie umzubiegen. Sie versuchten und werden versuchen, die revolutionäre Taktik der Teilforderungen und Teilkämpfe, die bolschewistische Taktik der Rückzüge und des Lavierens auszunutzen, um die Teilforderungen zu einem menschewistischen System zu erheben, den Rückzug als die normale kommunistische Politik zu proklamieren und die Partei zur Sozialdemokratie herüberzulavieren.

[45] Aus diesem. erheben sie in ihrer Erklärung unaufhörlich den bewußt unwahren Vorwurf gegen die Zentrale der KPD, sie lehne die Teilkämpfe ab.

7. Die KPD ist sich voll bewußt, daß sie verloren ist, wenn sie solchen Absichten und Stimmungen nachgibt. Aus diesem Grunde hat sie den ideologischen Kampf gegen den Brandlerismus auch nach dem Oktober bis auf den heutigen Tag mit solcher Schärfe und in solcher Tiefe bis in die untersten Organisationen der Partei, bis in die letzten Ortsgruppen und Betriebszellen durchgeführt. Aus diesem Grunde hat sie die Fraktion der Brandleristen, die nach dem Vorbild ihrer abgesägten Führer die Partei zu unterwühlen versuchte und verschiedentlich direkt mit den Sozialdemokraten zusammenarbeitete, nicht nur mit allen politischen, sondern auch mit allen organisatorischen Mitteln zerschlagen. Hierbei konnte und durfte sie nicht davor zurückscheuen, eine kleine Gruppe von Fraktionsmachern, die im Moment des Niederganges die Partei desorganisierten, schädigten und teilweise sogar verrieten, auszuschließen.

8. Brandler, Radek und Thalheimer fordern am Schluß ihrer Erklärung die Begrabung der Fraktionsgegensätze.

Die KPD war ein Jahr vor dieser Erklärung und ist heute, sowie damals, dazu bereit, die letzten Überreste der Fraktionskämpfe zu liquidieren.

Der einzige, aber auch der sichere Weg zur Begrabung des Fraktionsstreits ist die völlige und endgültige Begrabung des Brandlerismus, der menschewistischen Politik von Brandler, Radek und Thalheimer, die den Fraktionskampf provoziert, verlängert und auf die Spitze getrieben hat. [44]

Entschließung, eingebracht von der Delegation der KPR im Auftrage des ZK der KPR, einstimmig angenommen vom Plenum der Erweiterten Exekutive der KI am 4. April 1925 [in: Protokoll Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, 21. März–6. April 1925, Hamburg 1925, 515 ff. – Auszug]

Nach Einsichtnahme in die Erklärung der Genossen Radek, Brandler und Thalheimer vom 25. März [richtig: 25. März] 1925 hält das Erweiterte Plenum des EKKI für erforderlich, folgendes hervorzuheben: Radek, Brandler und Thalheimer tragen die größte Verantwortung für die sozialdemokratischen Entstellungen der Taktik der KPD, die der deutschen Revolutionsbewegung im Jahre 1925 so großen Schaden zugefügt haben. ... Der 13. Parteitag der KPR hat einstimmig erklärt, daß die Politik des Genossen Radek, der damals im Namen der KPR zu sprechen suchte, mit der wahren Politik der KPR nichts gemein hat. Der Frankfurter Parteitag der KPD hat die Linie Brandlers und Thalheimers ebenso entschieden verurteilt. Endlich hat auch der 5. Kongreß der KI im Namen der kommunistischen Parteien der ganzen Welt die menschewistischen Abweichungen dieser drei Genossen aufs schärfste verurteilt.

...

Während des 5. Kongresses der KI fuhren die Genossen Radek, Brandler und Thalheimer fort, auf ihrer antikommunistischen Einstellung zu bestehen. In den Artikeln der Genossen Thalheimer und Kreibich, die unmittelbar nach dem 5. Kongreß geschrieben wurden, prägte sich ihre antikommunistische Einstellung noch schärfer aus. Die gesamte Tätigkeit dieser Genossen zwischen dem 5. Kongreß und der gegenwärtigen Tagung der Erweiterten Exekutive war voll und ganz gegen die Linie des 5. Weltkongresses gerichtet. Und wenn die Genossen Radek, Brandler und Thalheimer in ihrer Erklärung vom 25. März [richtig: 23. März] schreiben, daß ihnen das Wesentlichste „im letzten Jahre die tiefe Sorge um den Massencharakter der kommunistischen Parteien“ war, so kann eine solche Erklärung nicht ernst genommen werden.

Der Unterschied zwischen der KI und der „Strömung“, die von Radek, Brandler und Thalheimer vertreten wird, besteht darin, daß die KI bestrebt ist, kommunistische bolschewistische Massenparteien zu schaffen und zu erhalten, während Radek, Brandler und Thalheimer eine Politik halbmenschewistischer „Massen“-Parteien führen.

Ebenso politisch unaufrichtig war das Verhalten dieser Gruppe in der Frage der trotzkistischen Abart des Menschewismus. Während die gesamte KI den Trotzkismus scharf verurteilte, hat Radek in Rußland den Trotz-[45]kismus direkt unterstützt, während Brandler und Thalheimer zweideutige Erklärungen abfaßten und versuchten, sich durch eine halbe Ablehnung des Trotzkismus die Möglichkeit von Angriffen auf die deutsche kommunistische Bruderpartei zu erkämpfen.

Besonders helles Licht wird auf die Erklärung Radeks, Brandlers und Thalheimers vom 25. März [richtig: 23. März] 1925 durch die Tatsache geworfen, daß diese Erklärung in einem Augenblick erfolgt ist, da die Zentrale Kontroll-Kommission der KPR, die unter Beteiligung von Vertretern der Internationalen Kontrollkommission die Frage der fraktionellen und spalterischen „Arbeit“ dieser drei Genossen in der KPD untersuchte, zum Ergebnis kam, daß Radek, Brandler und Thalheimer den Ausschluß aus der KPR und dadurch auch aus der KI verdient hätten.

Wenn angesichts alles oben Gesagten der Erklärung Radeks, Brandlers und Thalheimers über ihre „Solidarität“ mit der Taktik der KI überhaupt keine große Bedeutung beigemessen werden kann, so kann die Kommunistische Internationale dieser Erklärung um so weniger irgend ein Maß von Vertrauen schenken, als die Erklärung nach dem obenerwähnten Beschluß der Zentralen Kontrollkommission erfolgt ist.

Das Erweiter[t]e EKKI sieht in dieser politisch unaufrichtigen Erklärung Brandlers, Radeks und Thalheimers nichts anderes als ein durchsichtiges, aus dem Arsenal der sozialdemokratischen Führer entlehntes taktisches Manöver, das gegen die Linie des 5. Kongresses gerichtet ist, und lehnt daher ab, diese Erklärung zur Kenntnis zu nehmen. [46]

Paul Frölich, Ernst Meyer, Karl Becker: Brief an den Parteitag der KPD. [Abgedruckt in: Bericht über die Verhandlungen des 10. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925, Herausgegeben vom Zentral-Komitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1926, 257 ff. Auszug. – Hervorhebungen im Original]

Werte Genossen!

Die Bedeutung, die der Parteitag für die Entwicklung der Partei hat, veranlaßt uns, zur Gesamtpolitik der Partei unsere Meinung zu sagen und bestimmte Vorschläge zu machen, die der Parteitag hoffentlich mit demselben Ernst prüft, mit dem wir uns zu diesem Schritt entschlossen haben.

Man erinnere sich, von welchen Hoffnungen die Partei nach dem Frankfurter Parteitage erfüllt war. Man versprach sich von der neuen Leitung nach den ungeheuren Enttäuschungen durch den Oktober einen festen Kurs, von dem neuen Kurs große politische Erfolge. Keine Parteileitung hat je in so allgemeinem Maße das Vertrauen der Mitgliedschaft hinter sich gehabt, wie die gegenwärtige. Keine war nach innen so stark und hat diese Stärke so rücksichtslos gebraucht, um ihren Kurs durchzusetze[n]. Wenn dieser Kurs nur einigermaßen das Richtige getroffen hätte, so mußten Erfolge kommen.

Was sehen wir heute? Die Einheitlichkeit der Parteimehrheit ist in die Brüche gegangen. Das Vertrauen zur Parteileitung ist gesunken. In der Mitgliedschaft herrschen Enttäuschung, Niedergeschlagenheit und Verwirrung. Fälle von Desertion werden immer häufiger. Organisatorisch sieht es in vielen Bezirken trostlos aus. Um so mehr ist es zu verurteilen, daß die ideologische Vorbereitung des Parteitages gänzlich gefehlt hat. Keines der taktischen Probleme ist mit genügender Schärfe gestellt. Die Antworten sind ausweichend, nicht auf Klärung der Fragen, sondern auf Sicherung des Prestiges wird geachtet. ...

In der Partei herrschen Direktionslosiskeit in der Parteipolitik, Zickzackkurs, Nachhinken hinter den Ereignissen und gefährliche Inaktivität, Verlust des Kontaktes mit den Massen, der sich im Rückgang unseres Einflusses in Betrieb und Gewerkschaften, [47] im Rückgang der Stimmen bei Betriebs- und politischen Wahlen zeigt; völlige Unklarheit in der Mitgliedschaft über Aufgaben und Weg der Partei.

Die Ursachen liegen in der Verkennung der politischen Gesamtsituation und der taktischen Mittel, besonders im Überbordwerfen der taktischen Erfahrungen, die die Partei seit ihrem Bestehen gemacht hat.

Die Politik der Partei nach Frankfurt.

Ohne Zweifel war nach der schweren Niederlage im Oktober 1923 die alte Parteileitung, die die Verantwortung für sie trug, nicht mehr zu halten. Trotz aller Unzulänglichkeiten der ehemaligen „Opposition“ war für sie die Stunde gekommen. Damals begünstigte die Exekutive ein Bündnis zwischen der sogenannten Linken und der sogenannten Mittelgruppe. Die Exekutive erhoffte eine energischere Führung durch die Zuführung neuen Blutes und wollte zugleich die positiven taktischen Errungenschaften aus der Vergangenheit hinüberretten. Das kam ganz klar zum Ausdruck in ihren entschiedenen Warnungen vor „ultralinken“ Verirrungen, in dem Gewicht, das sie auf eine vernünftige Gewerkschaftstaktik und auf die Taktik der Einheitsfront legte.

Die Zentrale hat diese Linie nicht eingehalten. Sie stand vor der Wahl, diese Linie der Exekutive durchzuführen, oder die Gefangene der „Ultralinken“ zu werden. Sie gab sich den Ultralinken gefangen, ließ die Politik bestimmen von einer im Grunde opportunistischen Richtung.

Der V. Kongreß hat ausdrücklich die Einheitsfronttaktik als richtig und notwendig anerkannt. Er proklamierte für Deutschland die Anwendung dieser Taktik „von unten“. Wäre das als eine Festlegung für alle Zukunft angesehen worden, so würde das eine Kurzsichtigkeit gewesen sein. Für die Situation, in der der V. Kongreß tagte, war die Losung „allein von unten“ richtig. Die SPD. war die Partei der Seeckt-Diktatur. Unter dem Noske-Regiment war irgendein Angebot an die SPD. unmöglich. Einer Partei gegenüber, die auf die Arbeiterklasse schießt, kann man kein indirektes Entlarvungsmanöver treiben. Man muß sie niederschlagen, sie entlarvt sich von selber, tritt ohne Maske auf. Ihre

damalige Rolle hinderte die SPD. nicht, gelegentlich wieder als Opposition zu erscheinen und unsere Taktik mußte dem zur richtigen Zeit Rechnung tragen, um der SPD.-Führerschaft das Konzept zu verderben. [48] Dieser Fall trat nach der Annahme des Dawes-Paktes ein. Die SPD. wurde von der Großbourgeoisie, der sie in den Sattel verholfen hatte, geprellt und beiseite geschoben. Zugleich mußten sie unter der Parole der „gerechten Lastenverteilung“ eine Scheinopposition machen, um die Arbeiter zu beruhigen. Es war Aufgabe unserer Partei, dieses Manöver zu entlarven. Das ist nicht gelungen, weil die Partei unbeweglich war.

Praktisch wurde in der entscheidenden Zeit weder von oben noch von unten Einheitsfrontpolitik getrieben. Möglichkeiten dazu gab es genug. Durch unsere falsche Gewerkschaftspolitik und das zu späte Einschwenken (Kapitulation vor der Massenstimmung! [in der Parteimitgliedschaft][)] wurde unser Einfluß in den Gewerkschaften und zugleich der auf die Betriebsräte stark geschwächt, damit die Basis für die Einheitsfront von unten stark geschmälert. Bei den Betriebsrätewahlen haben wir eine schwankende Taktik verfolgt, in der längsten Zeit eine solche, die uns von den Massen isolieren mußte (rein kommunistische Listen unter Ausschluß selbst solcher sozialdemokratischer Arbeiter, die unser Programm anerkannten; Provokation des Ausschlusses aus den Gewerkschaften u. a.). Wir schlosse[n] uns von der Masse ab, statt sie zu durchdringen. Es gelang uns nicht, bei Streiks die Position einzunehmen, die wir früher hatten.

In einer Zeit, wo sich die politischen Fragen immer mehr auf die Formel: Monarchie oder Republik? zuspitzten, bekamen die Selbstschutzorganisationen eine hohe Bedeutung. Die Partei verstand die Situation insoweit auszunutzen, als sie die Bildung des „Roten Frontkämpfer-Bundes“ begünstigte. Hilflos stand sie aber der Aufgabe gegenüber, die sie gegenüber dem „Reichsbanner“ zu erfüllen hatte. Wir haben nur verstanden, frontal gegen die Organisation anzurennen, nicht aber die zahlreichen proletarischen Elemente, die ihr Gros bilden, loszulösen. ...

Sehr schlecht haben wir bei dem Abbau und der Neubesetzung von Verwaltungsstellen operiert. Die Partei darf niemals zu einer Rückversicherung für die korrupten und konterrevolutionären sozialdemokratischen Postenjäger werden. Wir haben indessen in diesen Fragen so plump, schablonenhaft und kurzsichtig operiert, daß es der SPD. leicht wurde, uns als Schrittmacher der Reaktion hinzustellen.

[49] Für unsere Haltung bei verschiedenen Regierungskrisen gilt dasselbe, [wir] förderten damit zugleich in unserer Mitgliedschaft den undialektischen, taktisch gefährlichen Gedanken von der „einen reaktionären Masse“.

Schwere Fehler machten wir in den wirtschaftspolitischen Fragen.

So weit uns Gelegenheit gegeben war, haben wir in diesen Fragen Vorschläge gemacht. Alle Anregungen, die nicht aus dem Kreise der herrschenden Richtung hervorgingen, wurden ohne Prüfung schroff zurückgewiesen. ...

Die Folgen sind nicht ausgeblieben. Das Leben der Partei erstarrte. Das leere Schlagwort ist an die Stelle ernsthafter Prüfung der Probleme getreten. Die Parteipolitik ist unfruchtbar geworden. Wir haben an Einfluß und Anhang verloren.

Als sich diese Folgen sehr kraß zeigten, ging man nicht daran, sich Rechenschaft von dem Umfang unserer Mißerfolge und von ihren Ursachen zu geben. Die Tatsachen wurden im Gegenteil oft in grotesker Weise beschönigt. (Siehe Reichstagswahl.) Wie man ein Zerrbild von den Tatsachen entwarf, so schuf man Geschichtslegenden, um die Geburtsstunde der Partei sozusagen auf den Frankfurter Parteitag zu verlegen. Man schuf die Legende von der endlich geschaffenen leninistischen Partei, einem Ziel, von dem wir uns mehr entfernt haben, als daß wir ihm näher gekommen wären.

Es hat sich herausgestellt, daß der Kurs, wie er bis zum Schluß des Jahres unentwegt geführt worden war, nicht weitergeführt werden konnte. Auf dem ZA. vom Januar 1925 wurde *eine Schwenkung* versucht. Sie wurde unentschieden versucht, war eine traurige Halbheit. Sie wurde „hinter dem Rücken der Partei“ vorgenommen. Die Folge war, daß keine Klarheit in der Mitgliedschaft geschaffen und keine wesentlich andere Politik geführt wurde. Es kam zu der falschen Taktik bei der Präsidentenwahl, zur Hilfelosigkeit bei der Regierungskrise in Preußen.

Eine weitere Schwenkung ist nun der Partei durch die letzte Erweiterte Exekutive auferlegt worden. Wir vermissen den Ernst, mit dem diesem Verlangen nachgekommen werden muß. Es besteht zweifellos das Bestreben bei der Parteileitung, diese Schwenkung im Bewußtsein der Parteimitglieder und damit auch praktisch herabzumindern. Anzeichen dafür sind: Die Verschleppung der Publikation der taktischen Thesen, der Versuch, die jetzt vorgeschriebene Linie als Weiterführung der Frankfurter Politik erscheinen zu lassen, die Beschlüsse von Bezirksorganisationen unter Assistenz [50] von Zentralemitgliedern, die sich gegen die in Moskau beschlossene Nachprüfung der Ausschlüsse wenden (siehe: Bremen), neue Ausschlüsse, u. a. m. Dazu kommt besonders eine die notwendige Selbstkritik hemmende Beschönigung der Tatsachen.

Daß die Schwenkung nicht mit dem nötigen Verständnis und Wollen durchgeführt wird, zeigt vor allem die augenblickliche Politik der Partei in der Zoll- und Steuerfrage.

Als nach Abschluß des Dawespaktes die *Steuerfrage* auf die Tagesordnung kam, gab die Parteileitung die Parole aus: keine Besteuerung der Arbeiter. Wir Unterzeichneten und auch andere Genossen sagten damals, das genüge nicht. Die Steuerfrage werde für längere Zeit im Vordergrund stehen. Ein Steuerprogramm müsse aufgestellt werden, das zur Grundlage für eine Aktivisierung der Massen dienen könne ... Unsere Absichten wurden verdächtigt, versuchten den Anschluß an die SPD., wir wollten nur parlamentarisches Manöver statt einer Massenaktion, der ganze Vorschlag sei „Brandlerei“.

Die Partei blieb ohne Programm und Aktion. Die SPD. führte die Wahlbewegung im Dezember mit ihren zweideutigen Forderungen und eroberte Millionen Anhänger zurück.

...

Die Eroberung der Mehrheit des Proletariats steht wiederum im Vordergrund unserer Ziele. In den Mittelschichten müssen wir uns verankern. Das ist nur zu erreichen durch eine bewußte, geschmeidige und kraftvolle Anwendung der Einheitsfronttaktik, die sich die Lehren früherer Fehler nutzbar macht. Wir müssen zu diesem Zwecke ein Aktionsprogramm schaffen, daß den aktuellen Aufgaben entspricht: Kampf gegen das Trustkapital, den Monarchismus usw.

Parteigenossen! Das ist – trotz der Länge des Schreibens nur in groben Umrissen – dasjenige, was wir zur Klärung der Lage der Partei aussprechen müssen. Wir bitten den Parteitag darum, unsere Ausführungen ernsthaft zu prüfen. Es wird zum Nutzen der Partei sein.

Mit kommunistischen Gruß!

Paul Frölich, Ernst Meyer, Karl Becker

[51]

Die Angelegenheit Brandler-Thalheimer [Auszug aus: Protokoll Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale – Moskau, 22. November–16. Dezember 1926, Hamburg-Berlin 1927, 871 – Hervorhebungen im Original]

STUTSCHKA: Im Namen der Internationalen Kontrollkommission habe ich Ihnen folgende Resolution vorzulegen:

Beschluß in Sachen Brandler-Thalheimer

Nach der Behandlung der Erklärung der Genossen Brandler und Thalheimer vom 20. Oktober 1926, in der um die Aufhebung des Beschlusses der 5. Erweiterten Exekutive ersucht wird, der die politischen Fehler der Genossen Brandler und Thalheimer verurteilt und sie wegen ihrer Fraktionsarbeit von der Tätigkeit in der KPD und in der Komintern ausschließt, schlägt die Internationale Kontrollkommission der 7. Erweiterten Exekutive der KI folgenden Beschluß vor:

„Auf dem Boden der Verurteilung der politischen Fehler der Genossen Brandler und Thalheimer bleibend, die vom 5. Erweiterten Plenum des EKKI beschlossen wurde, stellt die 7. Erweiterte Exekutive fest, daß im Laufe der vergangenen Periode, seit dem 5. Plenum des EKKI, die Genossen Brandler und Thalheimer keine Fraktionsarbeit unternommen haben, wodurch sie die Befolgung ihrer Erklärung in der Sitzung der IKK, daß sie von jeder Fraktionsarbeit Abstand nehmen, bewiesen haben.

Daher beschließt die Erweiterte Exekutive, die §§ 2 und 4 des Schlußteils der entsprechenden Resolution der 5. Erweiterten Exekutive, soweit sie die Genossen Brandler und Thalheimer betrifft, aufzuheben und ihnen die Möglichkeit zu geben, in der Komintern zu arbeiten. Die Frage der Verwendung der beiden erwähnten Genossen für die deutsche Arbeit ist dem ZK der KPD zu überlassen.

Was Genosse Radek anbelangt, so erstreckt sich dieser Beschluß auf ihn nicht, da Genosse Radek die Fraktionsarbeit nach der 5. Erweiterten Exekutive nicht eingestellt hat.“

Diese Resolution ist von der IKK einstimmig angenommen worden.

(Die vorgeschlagenen [!] Resolution wird einstimmig angenommen.)

[52] [Aus: Mitteilungsblatt der K.P.D. (Opposition) Geesthacht, Nr. 1, vom 5.9.1931 – Materialien Ziehl. – Hervorhebungen im Original]

Mitgl. Versammlung der Opposition am 28. August bei Friedrichs:

Eine stark besuchte Mitgl. Versammlung nahm ein Referat des Gen. x entgegen, wo derselbe über die Geesthachter Vorgänge wie über die Grundsätze und Aufgaben der Komm. Opposition sprach. Nach einer kurzen Diskussion wurde ein Antrag einstimmig angenommen, der den Anschluß an die Komm. Opposition fordert. 53 Genossinnen und Gen. gaben sofort ihre Mitgl.[-]Bücher ab. In den Vorstand wurden 8 Genossen, 3 Genossinnen und 3 Jugendvertreter gewählt. Der Vorstand soll eine Anzahl Genossinnen und Genossen als Funktionäre zur nächsten Versammlung vorschlagen. Einstimmig wurde beschlossen[,] eine Kandidatenliste für den Wahlkreis 2 zur Bürgerschaftswahl aufzustellen.

Gewählt wurden als Kandidaten 3 Genossen und 2 Genossinnen. Weitere organisatorische Fragen wurden besprochen.

Erste öffentliche Versammlung der Opposition am 4. Septb. 1931

Anstelle des Genossen Frölich, der durch eine Arbeit verhindert war, sprach der Genosse *Schreiner* von der Reichsleitung der Opposition. In zweistündiger spannender Rede zeigte der Redner, oft von stürmischen Beifallskundgebungen unterbrochen, die jetzige politische Situation auf: Der drohende Faschismus, der durch die Politik der Sozialdemokratie gestützt wird – Bank- und Betriebszusammenbrüche – Notverordnungen bedeuten eine weitere Verelendung der Arbeiterschaft.

Redner zeigte die Fehler der Kommunistischen Partei auf in der Taktik, de[n] diktatorischen Maßnahmen der Parteibürokratie, die falsche Einstellung zum faschistischen Volksentscheid und sein Reinfall für die K.P.D., wie die Vergötterung der Nationalistischen [sic] Offiziere à la Scheringer u. a.

Er gab ein Bild von der Spaltung in Deutschland (1928) seine Ursachen [sic], in Schweden, Dän[e]mark, Frankreich, Tschecho-Slowakei, England etc., wo durch der [sic] verkehrte Taktik die Partei gespalten worden ist. Er trat zum Schluß für die Einheitsfront des Proletariats ein, und forderte zum Eintritt in die Kommunistische Opposition, die keine neue Partei sei, auf.

Stürmischen Beifall fanden seine Ausführungen. ...

[53] [Abschrift von einer Durchschrift des Originalprotokolls – Materialien Ziehl – Hervorhebungen im Original]

Mitgliederversammlung der K.P.D.O. Geesthacht, am Sonnabend, den 24. Oktober 1931 abends 8 Uhr bei *Aug. Friedrichs*.

Tagesordnung: 1. Vortrag über den Fünfjahresplan vom Gen. Seelmann-Hamburg.
2. Abrechnung.
3. Gründung einer Internationalen Hilfsvereinigung
4. Sonstige Parteiangelegenheiten.

1. Der *Genosse Seelmann* schilderte in 2 stündigen Ausführungen die russische Revolution, den Krieg, Bürgerkrieg, den Aufbau und den Fünfjahresplan anhand seiner Erfahrungen und in Augenscheinnahme seiner langen Anwesenheit in der Sowjetunion. Die interessanten Ausführungen wurde[n] mit Interesse aufgenommen.

2. Die *Abrechnung* konnte nicht gegeben werden, da der Kassierer das Kassabuch nicht mitgebracht hatte. Als *Revisoren* und als Türkontrol[l]eure wurden die Genossen Herrn, Wermut, Paul Ziehl, Elsa Siebert und Elsa Helrnke gewählt.

3. Zur *Gründung der Internationalen Hilfsvereinigung* sprach der Genosse Ziehl. Er verwies auf die im letzten Mitteilungsblatt gegebene Darstellung. Die Bezirksleitung der Roten Hilfe lehne es ab, auf die Beschwerde der Funktionäre einzugehen. Gundelach habe in der letzten Mitgl. Versammlung erklärt, das[s] kein Mitgl. der Opposition einen Funktionärposten bekleiden dürfe. Also nur hübsch Beiträge zahlen und Maulhalten. Er empfahl Gründung einer Ortsgruppe der Internationalen Hilfsvereinigung, wo wir nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte haben. Als Schlusse [sic] der Versammlung wurde die Gründung vorgenommen, der sofort 27 Mitgl. beitraten. Gewählt wurden in den Vorstand:

Vorsitzender: Herrn. Wermut, Ceesthacht, Rosenblöcken,
Kassierer: Elsa Helmke " Friedhofstr.
Schriftführer: Anni Wenck,
Revisoren: Elsa [unleserlich], Anni Schnakenbeck.
Hauskassierer: Frau Frieda Schröter, Friedhofstr.

Versammlungslokal: August Friedrich, Gr. Bergstr.

Bei der nächsten Versammlung [gestrichen] Kassierung soll für die I. H.V. geworben werden.

[54] Der Genosse Ziehl ging noch auf die Vorgänge im Sportverein „Roten Stern“ ein, wo man in letzter Zeit versuchte, die Musiksparte über den Schnabel zu nehmen. Aber unsere Genossen waren früher aufgestanden, und so sind fast alle Musikinstrumente bis auf 3 Cerettet worden. Die *Musiksparte* hat bereits beschlossen, sich wieder als Musik- und Theaterverein selbstständig [sic] zu machen. Vereinslokal ist das von A. Friedrichs – Bergstr. Bei der Revolutions- und Silvesterfeier wird derselbe bereits mitwirken. Er empfahl[,] sich diesem Verein als aktives oder passives Mitglied anzuschließen. Erste Sitzung am Dienstag, den 27. Oktb. Hierzu sprachen noch einige Genossen.

Genosse Wermut trat noch zur *Werbung von Abon[n]enten* für die „Arbeiterpolitik“ ein [sic], und empfahl, wenn die erwerbslosen Genossen nicht allein lesen können, mit einen anderen die Zeitung zulesen [sic].

Darauf trat Schluß der von 48 Genossinnen und Genossen besuchten Versammlung um 11 Uhr [ein]

[55]

August Thalheimer, Über den Faschismus [In: Gegen den Strom, 1930, 32 f, 46 f, 66 f; hier: Teil IV, 66/67; Hervorhebungen im Original]

Kommen wir ... zur heutigen Form der offenen Diktatur der Bourgeoisie in Italien, dem faschistischen Staat. Unverkennbar sind wesentliche Züge gemeinsam mit der bonapartistischen Form der Diktatur: wieder die „Verselbständigung der Exekutivgewalt“, die *politische* Unterwerfung aller Massen, einschließlich der Bourgeoisie selbst unter die faschistische Staatsmacht bei *sozialer* Herrschaft der Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer. Gleichzeitig will der Faschismus, wie der Bonapartismus, der allgemeine Wohltäter aller Klassen sein: daher ständige Ausspielung einer Klasse gegen die andere, ständige Bewegung in Widersprüchen im Innern. Der Herrschaftsapparat trägt ebenfalls dieselben Züge. Die faschistische Partei ist ein Gegenstück zu der „Dezemberbande“ Louis Bonapartes. Ihr sozialer Bestand: Deklassierte aller Klassen, des Adels, der Bourgeoisie, des städtischen Kleinbürgertums, der Bauernschaft, der Arbeiterschaft. Was die Arbeiterklasse anlangt, so hängen hierbei zwei entgegengesetzte Pole der Deklassierung zusammen: unten das Lumpenproletariat, „oben“ Teile der Arbeiteraristokratie und -bürokratie, der reformistischen Gewerkschaften und Parteien. Die Verwandtschaft trifft auch zu auf die bewaffnete Macht. Die faschistische Miliz ist sozial das Gegenstück zur bonapartistischen Armee. Wie sie, ist sie Existenzquelle für deklassierte Elemente. Daneben besteht in Italien die Armee der allgemeinen Wehrpflicht. Sie findet kein Gegenstück in Frankreich. Der Existenz *neben* der faschistischen Miliz entspricht das Bedürfnis der Organisation der Wehrmacht unter imperialistischen Verhältnissen, das eine bloße Berufs- oder Söldnerarmee allen als ungenügend erscheinen läßt und Massenheere mit breitester Ausdehnung der Wehrpflicht fordert.

Ebenso findet sich Übereinstimmung in der Situation des Klassenkampfes, aus der hier die bonapartistische, dort die faschistische Form der Staatsmacht hervorging. Im Falle des italienischen Faschismus, wie in dem des Bonapartismus, ein gescheiterter Ansturm des Proletariats, darauffolgende Enttäuschung in der Arbeiterklasse, die Bourgeoisie erschöpft, zerfahren, energielos nach einem Retter ausschauend, der ihre soziale Macht befestigt. Übereinstimmung auch in der Ideologie: als Hauptmittel die „nationale“ Idee, der Scheinkampf gehen parlamentarische und bürokratische Korruption, Theaterdonner gegen das Kapital usw. Verwandte Züge schließlich bei den [56] „Helden“ des Staatsstreiche.

Friedrich Engels hebt in der oben erwähnten Arbeit über „Gewalt und Ökonomie bei der Herstellung des neuen Deutschen Reiches“ [Neue Zeit, XIV, 1, 1896] folgende Züge an dem Helden des Staatsstreiches hervor, die ihn zu seiner Rolle befähigen:

> „Mit allen Wassern gewaschen, Karbonaristischer Verschwörer in Italien, Artillerieoffizier in der Schweiz, verschuldeter vornehmer Lumpacivagabundus und Spezialhochstapler in England, aber stets und überall Prätendent.“

Die Bourgeoisie, sagt er weiter, erblickt in ihm den ersten „großen Staatsmann“, Fleisch von ihrem Fleische – er ist wie sie Emporkömmling. Auch Mussolini ist Emporkömmling, Maurersohn. Den veränderten Zeiten entsprechend ist jetzt der Emporkömmling aus der Arbeiterklasse geeigneter als der aus dem Kleinadel, wie dies bei Bonaparte der Fall war. Der Betätigung Louis Bonapartes bei den italienischen Karbonari entspricht die Mussolinis bei der italienischen Sozialdemokratie. Überhaupt ist in neuerer Zeit der Durchgang durch die Sozialdemokratie obligatorisch für die „großen Staatsmänner“ und Gesellschaftsretter der Bourgeoisie. In allerneuester Zeit auch der Durchgang durch den Kommunismus: siehe China. Bei Mussolini wie bei Louis Bonaparte lange Jahre der Emigration, des Elends. Sie schärfen in bestimmten Naturen den Hunger nach Macht und nach Reichtum, den Blick für Menschen, härten den Willen und schaffen die nötige Geschmeidigkeit. Das gibt unter bestimmten objektiven und subjektiven Voraussetzungen stahlharte und erfahrene Revolutionäre, unter anderem den „mit allen Wassern gewaschenen“ zynischen konterrevolutionären Staatsstreichler.

Die inneren Widersprüche des Systems sind hier wie dort wesensverwandt. Der Widerspruch zwischen der materiellen und sozialen Stärkung der Bourgeoisie, bei ihrer politischen Niederhaltung. Der Schein der Beschützung der materiellen Interessen des Proletariats bei ihrer wirklichen Auslieferung an das Kapital. Der faschistische Staat als „Vermittler“ zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse, der

sich als solcher ständig in praktischen Widersprüchen bewegen muß. Dasselbe in bezug auf die Bauern und Kleinbürger. Der Faschismus und Bonapartismus haben der bürgerlichen Gesellschaft „Ruhe und Sicherheit“ versprochen. Aber um ihre Unentbehrlichkeit als permanente „Retter der Gesellschaft“ zu erweisen, müssen sie die Gesellschaft ständig als bedroht erscheinen lassen: also beständige Unruhe und Unsicherheit. Die materiellen Interessen der Bourgeoisie [57] wie der Bauernschaft erfordern sparsame Staatswirtschaft, ein „Regime der Ökonomie“. Das materielle Interesse der Parasitenbande, die die faschistische Parteiorganisation, die faschistischen Staats- und Gemeindebeamten, die faschistische Miliz zusammensetzen, erfordern umgekehrt die ständige Erweiterung und Bereicherung der faschistischen Staats- und Parteimaschine. Daher abwechselnde Verletzung beider Interessen. Jede Zügelung der faschistischen Bande im Interesse der bürgerlichen „Ruhe und Ordnung“ wie ihrer Ökonomie muß alsbald kompensiert werden durch eine neue Erlaubnis zu terroristischen Exzessen, Plünderungen usw.

Die inneren Widersprüche, wie die national-imperialistische Ideologie, treiben den Diktator zu Verstößen nach außen, schließlich zum Krieg. Aber hier stößt das italienische Gegenstück zum Louis Bonaparte nicht nur auf den alten Widerspruch, daß das militärische Herrschaftsinstrument im Innern, in diesem Falle die nationale Miliz, durch die innere Funktion wie ihre soziale Zusammensetzung untauglich gemacht wird als imperialistisches Eroberungswerkzeug gegen Staaten, die noch nicht genötigt waren, die „prostituierteste“ aller Formen der bürgerlichen Staatsmacht sich anzulegen, sondern auch auf den weiteren Widerspruch zwischen der privilegierten faschistischen Truppe und der regulären Armee.

Welche wesentlichen *Unterschiede* bestehen zwischen Bonapartismus und Faschismus?

Sie sind teils lokal bedingt – durch die lokale Verschiedenheit der Klassenverhältnisse, geschichtlichen Traditionen usw. In Frankreich und Italien wurzeln sie teils in der Veränderung des allgemeinen Charakters der bürgerlichen Gesellschaft und des kapitalistischen Systems.

Durch die lokale geschichtliche Tradition bedingt ist natürlich, daß der Diktator in Frankreich auf Grund der napoleonischen Legende und der Rolle, die sie bei der Bauernschaft spielt, als „Kaiser“ auftritt; in Italien muß er sich mit der Rolle des „Duce“ begnügen und neben sich die Krone bestehen lassen. Statt der napoleonischen Maskerade die altrömische, sullanische und caesarianische, die aber künstlicher ist als jene. Diese Unterschiede sind aber unwesentlich.

[58] Wichtiger sind aber die Unterschiede, die der Veränderung des allgemeinen Charakters des Kapitalismus entspringen. Der dritte Napoleon operierte noch im Zeitalter des Kapitalismus der freien Konkurrenz und der unvollendeten bürgerlichen Revolution in Italien, in Deutschland. Der revolutionäre Rechtstitel, der für gewisse Zeit auf der Seite Napoleons I. gewesen war, und den er auszubeuten sucht, arbeitet jetzt wider ihn. Im italienischen Krieg zieht er die italienische Befreiungsbewegung an, um sie alsbald von sich abzustoßen, indem er im Interesse seiner dynastischen Eroberungen sie nach kurzem Anlauf im Stiche läßt. Im deutsch-französischen Kriege stößt er unmittelbar mit dem revolutionären Interesse Deutschlands nach nationaler Einigung zusammen und zerschellt daran. Der dynastische Eroberungskrieg, den er, getrieben von der napoleonischen Legende, und von den inneren Widersprüchen des Systems, führen muß, ist zeitwidrig: zu spät, da er kein revolutionäres Prinzip mehr vertritt, zu früh, da er das imperialistische Prinzip im modernen Sinne, mangels der geeigneten ökonomischen Basis, *noch nicht* vertreten kann.

Mussolinis Außenpolitik dagegen ist von vornherein imperialistisch im modernen Sinne des Wortes begründet und gerichtet. Sie ist so „zeitgemäß“, wenn auch antik maskiert, aber von vornherein und *offen* reaktionär. Sie muß zerschellen an dem Widerspruch einerseits zwischen den überspannten Zielen, die sie sich steckt, und den geringen Mitteln zu ihrer Ausführung, andererseits an dem Widerspruch zwischen den Zuschnitt und der sozialen Struktur einer militärischen Organisation, entsprechend dem Bedürfnis, alle Klassen der Gesellschaft niederzureißen und auf ihre Kosten zu leben, und mit den abweichenden Bedürfnissen imperialistischer Kriegsführung.

Ein weiterer Unterschied, der durch die allgemeine Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft und den Stand des internationalen Klassenkampfes bedingt ist, zeigt sich in den organisatorischen

Grundlagen und Mitteln der faschistischen Staatsmacht. Die „Dezemberbande“ von Louis Napoleon war das Gegenstück zu der kleinen revolutionären Geheimorganisation der damaligen französischen Arbeiterklasse. Die faschistische Partei ist das konterrevolutionäre Gegenstück zur Kommunistischen Partei Sowjetrußlands. Sie ist also, im Unterschied von der Louis Napoleons von vornherein eine breite *Massenorganisation*. Das macht sie in gewissen Stadien stärker, aber steigert auch die [59] Widersprüche in ihrem Innern, die Widersprüche zwischen den sozialen Interessen dieser Massen und dem Interesse der herrschenden Klassen, denen sie dienstbar gemacht wird.

Behandeln wir noch kurz den Faschismus in *Polen*. Die Grundlage für die faschistische Diktatur Pilsudskis ist hier ebenfalls ein abgeschlagener revolutionärer Ansturm von seiten des Proletariats (der russisch-polnische Krieg von 1920), andererseits die Schwäche, Energielosigkeit und Zerrissenheit der einheimischen Bourgeoisie, die es nicht zu einem einheitlichen Auftreten, nicht einmal für die Stabilisierung, zu bringen vermag. Das konterrevolutionäre Interesse der Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer ist die soziale Grundlage der faschistischen Staatsmacht in Polen; der Faschismus verstand es leicht, sich die Enttäuschung der Bauernmasse über die bisherige Sabotage der Agrarreform zunutze zu machen, trotzdem seine Politik ausgesprochen den Interessen der Großgrundbesitzer und der bäuerlichen Oberschicht dient. Der „Held“ des Staatsstreichs stützt sich ideologisch auf die Tradition des nationalrevolutionären Befreiungskampfes, organisatorisch auf die Legionäre, auf ihre Enttäuschung über das Resultat des nationalen Befreiungskampfes – die bürgerliche Fäulnis –, und auf ihr ökonomisches Bedürfnis nach einen Erwerb, das auf dem Felde der Produktion nicht befriedigt werden kann. Also auch Deklassierte aller Klassen als Material des faschistischen Heeres. Die parteimäßige Organisation wird gestellt von Überläufern aus allen Parteien, die von Adjutanten des Marschalls, früheren Terroristen und Legionären geführt werden.

In Polen aber spielt bereits ein Faktor hinein, der in Spanien und in einer Reihe anderer Länder ausschlaggebend ist, und dort die „faschistische Staatsmacht“ nur *äußerlich* dem italienischen Faschismus und dem französischen Bonapartismus an die Seite stellt, während das klassenmäßige Wesen grundverschieden ist.

Ich wähle zur Illustration die extremen Fälle des Regimes, der Formen der Staatsmacht in südamerikanischen Republiken. Auch hier ist das Heer Träger der politischen Macht, die [„]Exekutive verselbständigt“. Gewöhnliche politische Kursänderungen vollziehen sich in *Militärputschen*, die, obwohl äußerlich gewaltsam, keineswegs revolutionär sind, da sie an dem bestehenden Machtverhältnis der Klassen grundsätzlich nichts ändern.

[60] Hier ist die Militärdiktatur, die Verselbständigung der Exekutive nicht Wirkung der „vollentwickelten bürgerlichen Gesellschaft“, ihrer Überreife, ihrer Bedrohung durch die proletarische Revolution und der Notwendigkeit für die bürgerliche Gesellschaft, sich dagegen schließlich zu verschanzen, sondern gerade umgekehrt. Es ist hier die *Unreife* der bürgerlichen Entwicklung, die zahlenmäßige und organisatorische Schwäche der Bourgeoisie, der noch feudale Grundbesitzelemente gegenüberstehen, die es noch nicht zu einer starken politischen Organisation der Bourgeoisie kommen läßt. Das Heer, vielmehr sein Offizierkorps, ist hier die festeste und entwickeltste politische Organisation. Es übt die Herrschaft aus *an Stelle* der Bourgeoisie, die sie *noch nicht* ausüben kann. Im Fall des Bonapartismus und des italienischen Faschismus konnte sie sie in der gegebenen Situation des Klassenkampfes *nicht mehr* ausüben.

Unter demselben äußeren Anstrich des Faschismus (wie in Spanien) verbergen sich also total verschiedene Klassenverhältnisse, Stufen des Klassenkampfes, Entwicklungsstufen der bürgerlichen Gesellschaft.

Ohne die konkrete Klassenanalyse gerät man also hier theoretisch wie praktisch in die größten Irrtümer.

Von unseren italienischen Genossen ist, wenn ich richtig unterrichtet bin, die Frage aufgeworfen worden, ob der faschistischem Form der Staatsmacht unmittelbar die proletarische Diktatur folgen *müsse* oder ob sie noch durch die eine oder andere Form der bürgerlichen Staatsmacht, etwa die bürgerlich-demokratisch-parlamentarische Republik, abgelöst werden könne. Die Antwort darauf ist

bereits durch Lenin auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale gegeben worden. Auf die Frage, ob die Krise des Kapitalismus nach Kriegsende unvermeidlich zur sozialistischen Revolution führen müßte, antwortete Lenin bekanntlich, die Antwort darauf sei nicht theoretisch zu geben, Das sei nur Wortmacherei, Scholastik. Die Antwort darauf könne nur der wirkliche Kampf geben. Die Aufgabe der kommunistischen Parteien bestehe darin, ihn möglichst gut vorzubereiten. Dieselbe Antwort gibt das Ende des Bonapartismus. Die eine oder die andere Form der offenen Diktatur des Kapitals in vollentwickelter bürgerlicher Gesellschaft wird dann die „schließliche“ oder letzte Form bürgerlicher Staatsmacht sein, wenn die Arbeiterklasse des Landes als Führerin der übrigen werktätigen Klasse stark genug ist, die Krise dieses Regimes zur dauernden Aufrichtung der proletarischen [61] Diktatur zu benutzen. Das entscheidet der Kampf. Und diesen entscheidet der objektive wie der subjektive Faktor zusammen: die tatsächliche Kraft und Reife der Arbeiterklasse, ihr Verhältnis zu den anderen Klassen der Werktätigen, die Situation des internationalen Klassenkampfes und nicht zuletzt die Stärke, Reife und Kampffähigkeit der Kommunistischen Partei der betreffenden Länder.

Eine andere Frage ist, ob auf den Sturz des Faschismus in Italien *unmittelbar*, ohne Zwischenglied, die Aufrichtung der proletarischen Diktatur folgen kann. In Frankreich folgte bekanntlich auf den Sturz des Bonapartismus am 4. September 1870 als Zwischenglied die Republik mit Thiers, Favre & Co., den Legitimisten und Orleanisten, der Bourgeoisie und den Junkern an der Spitze. Erst nachdem sie sich abgewirtschaftet hatten, folgte am 18. März 1871 die Kommune. Die bürgerlich-republikanische Zwischenperiode, im der die bürgerlich-demokratischen Elemente einstweilen zur Macht gelangen, ist aus allgemeinen Gründen auch möglich in Italien, ja wahrscheinlich. Sie mag Monate, Wochen, ja nur Tage dauern. Sie mag Formen einer Doppelregierung oder andere eigenartige Formen annehmen. Aber der geschichtlichen Erfahrung und den italienischen Klassenverhältnissen entsprechend wird es eines gewissen Zeitabschnittes und einer gewissen Klassenerfahrung bedürfen, um bei der Masse der Kleinbürger, Bauern und auch bei Teilen der Arbeiterschaft die kleinbürgerlich-demokratischem Illusionen und Hoffnungen zu zerstören. Es steht nicht im *Belieben* der Kommunistischen Partei, ob ein solches Zwischenstück eintritt oder übersprungen wird. Aber es hängt jedenfalls in hohem Maße von ihr ab, wie stark die Machtpositionen sind, die die Arbeiterklasse im *Augenblick* des Sturzes des Faschismus einnimmt und wie schnell sie das Zwischenstadium erledigt.

Eine weitere Folgerung, die wir aus den bisherigen Ergebnissen ziehen, ist die, daß die offene Diktatur des Kapitals in anderen Ländern, wie in Polen, Italien, Bulgarien, andere Formen annehmen kann und wahrscheinlich wird als in diesen Ländern. Gewisse Züge werden dieselben sein, andere verschieden. Sie theoretisch von vornherein zu konstruieren ist unmöglich. Die Formen offener Diktatur der Bourgeoisie sind aber nicht willkürlich, nicht in beliebigen Situationen des Klassenkampfes und bei beliebiger Struktur [62] der Klassenverhältnisse möglich. Sie sind an ganz bestimmte Klassenverhältnisse und Situationen des Klassenkampfes gebunden, die oben angegeben worden sind.

Ziemlich allgemein ist heute in der Bourgeoisie vollentwickelter kapitalistischer Länder das Bestreben, das parlamentarische System abzubauen, einzuengen, stärkere politische Garantien für die Bourgeoisieherrschaft zu schaffen. Solche Strömungen sind vor allem sichtbar in solchen hochkapitalistischen Ländern wie England, Deutschland, Frankreich, die durch das Ergebnis des Krieges mehr oder weniger sozial und ökonomisch erschüttert worden sind. Das bewegt sich *in der Richtung des Faschismus*, es *kann* in kritischen Situationen zu Formen offener Diktatur des Kapitals führen. Aber diese *müssen* nicht identisch sein mit denen des Faschismus.

Dabei ist noch folgendes sich klar zu machen. Die *Aushöhlung* des bürgerlich-parlamentarischen Regimes erfolgt *schrittweise*. Und die Bourgeoisie selbst ist dabei der Hauptagent. Marx[’] 18. Brumaire schildert gerade diesen Aushöhlungsprozeß in seinen einzelnen Etappen. Die Herstellung der offenen Diktatur selbst kann aber nur durch einen *Sprung*, einen Putsch oder einen Staatsstreich erfolgen, bei dem die Bourgeoisie selber das passive Element ist. Ihre Sache ist es, die Bedingungen zu schaffen, damit sie sozial „gerettet“ und politisch vergewaltigt werden kann. Das Vergewaltigen selber aber besorgt der Held des Staatsstreiches oder Putsches. Das Individuum oder die Organisation findet sich dazu immer, wenn ein Bedürfnis dazu da ist. Die entsprechenden Organisationen fördert die Bourgeoisie selber aktiv oder passiv.

Das Noskeregiment in Deutschland war zweifellos ein Regiment offener konterrevolutionärer Gewalt. Aber die Form der Staatsmacht war nicht die faschistische. Das Noskeexperiment war keine „Verselbständigung der Exekutive“. Es führte, da es eine Säbelherrschaft herstellte, dazu, daß ein Versuch in dieser Richtung erfolgte. Dieser Versuch der militärischen Exekutivgewalt, der Kapp-Putsch, schlug aber fehl.

Ich ziehe aus dem Vorstehenden den Schluß, daß eine genauere und tiefgehende Analyse des Faschismus und der Formen und Bedingungen der offenen Diktatur des Kapitals notwendig ist, als sie in dem entsprechenden Abschnitt des Programmentwurfs [der KI] gegeben wird.

[63]

Antifaschistisches Kampfprogramm [In: Arbeiterpolitik, 1931, 58 (10.3.); Hervorhebungen im Original]

Zum Geleit

Vor jetzt zwei Jahren, am 23. Februar 1929, veröffentlichte die KPD-O ein proletarisches „Kampfprogramm“.

„Ein solches Vorgehen – wurde damals gesagt – ist notwendig geworden, weil in einer Lage, wo die Sozialdemokratie der Arbeiterklasse im Dienste der Großbourgeoisie einen Schlag um den anderen versetzt, die offiziellen Instanzen der KPD weder ein konkretes Kampfprogramm noch eine revolutionäre Perspektive zu geben wissen. Sie begnügen sich stattdessen mit parlamentarischem Krakeel und mit einer gewerkschaftlichen Abenteurerpolitik, die dem Reformismus geradezu in die Hände arbeitet, und ihm eine Position um die andere ausliefert.

Die Sozialdemokratie führt die Reparationsverhandlungen im Auftrage der Trustbourgeoisie, sie wälzt die Lasten der Reparationen mit der absteigenden Konjunktur auf die Arbeiterklasse ab durch ein Steuerprogramm, das die Bourgeoisie so schont, und die Arbeiterklasse so unverschämt ausplündert, wie es die Bourgeoisie ohne sozialdemokratische Deckung nicht wagen könnte. Die Sozialdemokratie hilft der Bourgeoisie den Druck auf die Löhne durch die staatliche Schlichtungsmaschine noch zu verstärken.

In den Massen des Proletariats und der verarmten Mittelschichten gärt dumpfer Unwille. Er wendet sich gegen die sozialdemokratische Parteiführung – bis tief hinein in die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter – aber er verwandelt sich nicht in Vertrauen zur kommunistischen Führung, die einfach nicht da ist oder irreführt.

Es ist höchste Zeit, daß diesem Zustande ein Ende gemacht wird, der nicht nur den reformistischen Verrat an den Lebensinteressen der Werktätigen freie Bahn läßt, sondern auch dazu führt, daß der Massenunwille darüber von der äußersten Reaktion aufgefangen wird.“

Was hier als Perspektive entwickelt wurde, falls der reformistische Verrat an den Interessen der Werktätigen fortgesetzt wird, und die Unfähigkeit der Kommunistischen Parteiführung fortdauert, die Werktätigen durch ein konkretes Kampfprogramm unter revolutionärer [64] Führung zum Kampfe zu vereinigen, ist in der Tat eingetreten. Die äußerste Reaktion, der Faschismus, hat sich den fortgesetzten Verrat der einen und die fortdauernde Unfähigkeit der anderen zu Nutze gemacht. Der Faschismus ist zu einer Riesengefahr für die Arbeiterklasse, für ihre wirtschaftliche Existenz, für ihre politischen Rechte, für den Bestand ihrer Organisationen angeschwollen. Der Aufschwung des Faschismus ging und geht Hand in Hand mit dem kapitalistischen Angriff auf die Lebenshaltung und die Rechte der Werktätigen.

Es ist die letzte Stunde, um die geschlossene Gegenwehr der Werktätigen gegen den Faschismus und den Kapitalsangriff zu organisieren. Dazu bedarf es eines *gemeinsamen Kampfprogramms aller Werktätigen, konkreter Kampfziele*, die ihren Bedürfnissen und ihrem Verständnis entsprechen, und die geeignet sind, die Tageskämpfe breit zu entfalten und dem Kampf des Faschismus um die Macht den politischen Machtkampf der Arbeiterklasse gegenüberzustellen. *Die KPD-Opposition* schlägt zu diesem Zwecke folgendes

antifaschistische Kampfprogramm

vor:

Youngplan und Versailler Vertrag

I

Für den Kampf gegen den Youngplan und gegen den Versailler Vertrag

Die deutsche Bourgeoisie strebt immer stürmischer eine *imperialistische Revision des Versailler Vertrages und des Young-Planes*, insbesondere die Revision der *Ostgrenzen* und der Bestimmungen des Versailler Vertrages an, die die *militärische Aufrüstung* des deutschen Imperialismus hemmen.

Eine imperialistische Revision des Versailler Vertrages und des Youngplanes kann nur verwirklicht werden durch einen neuen imperialistischen Weltkrieg, dadurch, daß Deutschland sich einer der imperialistischen Mächtegruppen anschließt, daß es deren Kriegspolitik mitmacht. Die Kriegsvorbereitungen der internationalen Bourgeoisie richten sich immer mehr gegen den ersten Arbeiterstaat, [65] gegen die *Sowjetunion*. Der Angriffswille der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion ist im höchsten Grade verschärft worden durch die Weltwirtschaftskrise, die den imperialistischen Drang nach der gewaltsamen Erschließung neuer Absatzmärkte stärkt und der Weltbourgeoisie den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion immer mehr als Gefahr für den Bestand der kapitalistischen Wirtschaft erscheinen läßt. Der *Faschismus vertritt diese imperialistische Politik in ihrer zugespitzten Form*.

Die deutsche Arbeiterklasse muß es unbedingt ablehnen, den Kampf gegen den Versailler Vertrag und den Young-Plan in Verbindung mit der deutschen Bourgeoisie und unter ihrer Leitung zu führen. Sie muß es ablehnen, den Kampf gegen die imperialistischen Raubverträge auf imperialistischer Grundlage und zur Förderung der imperialistischen Ziele der deutschen Bourgeoisie zu führen.

Die deutsche Arbeiterklasse führt den Kampf gleichzeitig gegen den Imperialismus der eigenen wie den der fremden

Bourgeoisie.

Sie führt ihn nicht zusammen mit der eigenen Bourgeoisie, sondern in revolutionärem Kampfe gegen die eigene wie die fremde Bourgeoisie. Seite an Seite mit der revolutionären Arbeiterklasse aller Länder und vor allem den russischen Proletariat.

Der imperialistischen Revision des Versailler Vertrages und des Young-Planes muß die deutsche Arbeiterklasse die Losung der Aufhebung des Versailler Vertrages und des Young-Planes, der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, der Annullierung aller Kriegsschulden

durch die internationale

proletarische Revolution,

durch den Kampf der internationalen Arbeiterklasse zum Sturz der Kapitalherrschaft entgegensetzen. Das verpflichtet die Arbeiter jedes Landes, vor allem auf den Sturz der eigenem Bourgeoisie hinzuarbeiten und die siegreiche Arbeiterklasse der Sowjetunion gegen alle Angriffe zu verteidigen.

Insbesondere muß sich die deutsche Arbeiterklasse *aufs schärfste gegen alle Versuche* der deutschen Bourgeoisie wenden, *zu einer* [66] *Verständigung und einen Bündnis mit dem französischen Imperialismus* zu gelangen, das sich nur als militärisches Bündnis *mit der Spitze gegen die Sowjetunion* verwirklichen könnte. Die deutsche Arbeiterklasse muß jede Mitarbeit am *Völkerbund* ablehnen, der keine Macht des Friedens und der Völkerversöhnung, *sondern* eine imperialistische *Raubgenossenschaft ist*.

Steuerraub und Steuerbetrug

II

Zum Kampf gegen Steuerraub und Steuerbetrug

Zur Abwälzung der Lasten des Young-Planes und der Weltwirtschaftskrise von den Werktätigen auf die Besitzenden muß gefordert werden.

A.

1. *Sofortige Einstellung all er Subventionen* an Großindustrie und Großgrundbesitz.

2. *Rückerstattung aller* an die Industrie, Hochfinanz, Großgrundbesitzer und Großbauern aus Mitteln des Reiches, der Länder, der Gemeinden und sonstiger öffentlicher Kassen geleisteten *Subventionen und Unterstützungen*. (Ruhrkredite, Ruhrentschädigungen, Subventionen an Reedereien, Luftfahrtgesellschaften sowie alle an Banken und Agrarier geleisteten Unterstützungen.)

3. *Sofortige Einstellung aller Zahlungen an Kirchen und Religionsgemeinschaften*.

4. Sofortige Einstellung aller Pensionszahlungen an ehemalige Offiziere, Minister und höhere Beamte.

5. *Sofortige Einstellung aller Zahlungen an die Fürsten* und Standesherren und ihre Enteignung.

6. *Kürzung aller Beamtengehälter, soweit sie den Betrag von 600 Mark monatlich übersteigen*.

7. *Sofortige Streichung aller Ausgaben für den Wehretat* und Rüstungszwecke überhaupt. (Reichswehr, Marins, Polizei, Teno, Luftfahrt, chemische Industrie und Schiffswerften.)

8. *Abschaffung aller Geheimfonds* für innere und äußere Spionage, Presse- und Filmkorruption.

Diese Forderungen bedingen selbstverständlich die sofortige und vollständige

Aufhebung der Notverordnungen

auf Grund des Artikels 48. [67]

B.

1. *Aufhebung aller Steuern, die das Einkommen und den Verbrauch der breiten Massen belasten*. (Lohnsteuer, Hauszinssteuer, Umsatzsteuer, Getränkesteuer, Tabaksteuer, Bürgersteuer usw.)

2. *Aufhebung aller Zölle*, die direkt oder indirekt den Massenverbrauch belasten. (Insbesondere aller Agrarzölle, der Eisenzölle usw.)

3. *Belastung der Besitzenden* durch progressive Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftssteuer.

4. Sofortige Einziehung aller den Besitzenden gestundeten Steuerbeträge.

5. Rückgängigmachung aller an die Besitzenden gewährten Steuerherabsetzungen und Steuererlasse.

6. *Enteignung* aller Großbetriebe in Industrie, Handel, Verkehr, Landwirtschaft, die ihren Steuer- und Kreditverpflichtungen nicht nachkommen.

7. Statt einer 15 bis 20-prozentigen Herabsetzung der Löhne und Gehälter, die die Kapitalisten fordern, die

Erhebung eines Notopfers von 15 bis 20 Prozent von allen kapitalistischen Vermögen

und von allen Einkommen über 7000 Mark jährlich zur Deckung der dringendsten Bedürfnisse der Werktätigen, insbesondere der Arbeitslosen, bis die neu zu erschließenden Einnahmequellen fließen.

C.

Zum

Kampf gegen die Steuersabotage und zum Kampf gegen die Steuerbetrügereien der

Besitzenden

muß die *Offenlegung der Steuerlisten* gefordert werden. Die Arbeiter und Angestellten müssen unter Führung der Betriebsräte und aller anderen dafür in Betracht kommenden Klassenorgane den Kampf zur Durchbrechung des Geschäftsgeheimnisses und zur Entlarvung der Steuerbetrügereien des Großkapitals und des Großgrundbesitzes organisieren. Insbesondere müssen die Kommunalvertretungen den Kampf gegen den Steuerbetrug unter Ausnutzung der Steuerlisten zu einem Massenkampf gegen die einzelnen Steuerbetrüger in der Gemeinde lisieren und zu organisieren [sic].

III *Kampf dem Lohnabbau*

Zum Kampf gegen den Lohnabbau

1. Aufhebung der Schlichtungsordnung und der dritten Notverordnung über das Schlichtungswesen. [68]

2. *Gesetzliche Festlegung der 40-Stunden-Woche* als Höchstarbeitszeit. Erkämpfung des *vollen Lohnausgleichs*.

3. Führung der *Lohnkämpfe* ohne Rücksicht auf die kapitalistische Profitwirtschaft und den bürgerlichen Staat. Kampf gegen Netz- und Akkordarbeit als Ursachen der hohen Unfallziffern. Kampf um *gleichen Lohn für gleiche Arbeit*. Kampf gegen die Versuche, die Gewerkschaften als Tarifkontrahenten auszuschalten und an die Stelle der *Tarifverträge* für ganze Industrien Werkstarife oder den individuellen Arbeitsvertrag zu setzen.

4. Da angesichts der kapitalistischen Konzentration und der Weltwirtschaftskrise die nurgewerkschaftlichen Kampfmittel nicht ausreichen, ist es notwendig, daß die Gewerkschaften zum politischen Kampf gegen die Brüning-Regierung und den Faschismus eingesetzt werden. Nur

der politische Einsatz der Gewerkschaften

kann den Kapitalsangriff wirksam abwehren. Vorbereitung des *politischen Massenstreiks* durch die Gewerkschaften für diesen Zweck durch *Organisation von Massenversammlungen und Massendemonstrationen*, um die gesamte Arbeiterklasse für die Abwehr der Angriffe der Kapitalisten und der Brüning-Regierung auf ihre Lebenshaltung und zur Erkämpfung der proletarischen Forderungen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet zu mobilisieren und organisieren.

Preiswucher der Monopole und Großgrundbesitzer

IV

Zum Kampf gegen den Preiswucher der kapitalistischen Monopole (Trusts, Kartelle, Syndikate) und der Großgrundbesitzer

1. Statt der wirkungslosen Scheinmaßregeln der Regierung gegen die Kartelle, statt des Preisabbau-Betruges der Regierung und der bürgerlichen Parteien:

Bildung von Preiskontrollkommissionen

der Arbeiter und Angestellten unter Zuziehung von Vertretern der Kleinhändler, Handwerker und Kleinbauern zur Entlarvung des Preiswuchers der kapitalistischen Monopolorganisationen und zum Kampf gegen ihn.

Der Preiswucher der kapitalistischen Trusts und Kartelle, der die Weltwirtschaftskrise verlängert und verschärft, kann endgültig gebrochen werden nur durch die *Arbeiterkontrolle der Produktion*, die [69] nur im politischen Machtkampf durchgesetzt werden kann. Die Tätigkeit der Preiskontrollkommission ist ein Mittel, um die Massen auf Grund des Kampfes gegen den kapitalistischen Preiswucher zum Machtkampf zu mobilisieren und zu organisieren.

2. Beseitigung aller Zölle auf *landwirtschaftliche Produkte*.

3. Beseitigung der staatlichen und staatlich konzessionierten Monopole und aller anderen staatlichen Maßregeln zur Preisstützung im Interesse der Großgrundbesitzer und Großbauern.

Gegen die Arbeitslosigkeit

V

Zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

1. *Kampf gegen die Massenentlassungen*. Mobilisierung der Gewerkschaften und Betriebsräte für diesen Kampf.

2. *Volle Unterstützung der Arbeitslosen* während der ganzen Dauer ihrer Erwerbslosigkeit (ohne Karenzzeit und Bedürftigkeitsprüfung).

3. Zwang für die Unternehmer, alle durch den öffentlichen Arbeitsnachweis vermittelten Arbeiter einzustellen.

4. *Organisierung der kämpfenden Einheitsfront zwischen Arbeitenden und Erwerbslosen* zur Beschaffung von Arbeit unter Ausschaltung der Profitinteressen der Bourgeoisie. Statt Subventionierung der Industrie- und Finanz-Monopole und des Großgrundbesitzes,

Bereitstellung von ausreichenden Mitteln

für den Bau von Arbeiterwohnungen und

Kredithilfe an Sowjet-Rußland

für den sozialistischen Aufbau, womit den Erwerbslosen Arbeit verschafft und der sozialistische Aufbau gefördert wird.

5. Sofortige Aufhebung aller bisherigen Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung und entschlossener Kampf gegen alle weiteren Verschlechterungen.

6. *Gegen die Arbeitsdienstpflicht*, gegen Zwangsarbeit der ausgesteuerten Erwerbslosen.

VI

Zum Kampf gegen den Abbau und die Zertrümmerung der Sozialpolitik

1. Sofortige Aufhebung aller Verschlechterungen der *Krankenversicherung*, insbesondere der Bezahlung des Krankenscheines und der Rezepte. [70]

2. *Erhöhung der sozialen Unfallrenten* sowie der Renten der Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen auf der Grundlage des Existenzminimums und der Lohnhöhe.

Herabsetzung der Altersgrenzen auf

50 Jahre.

3. Einbeziehung der Lehrlinge in die Tarifverträge. *Sicherung der Streik- und Koalitionsfreiheit* der Lehrlinge. *Sechsstundentag* und bezahlter Vierwochenurlaub für Jugendliche und Lehrlinge. *Verbot der Nachtarbeit* und der Beschäftigung in gesundheitsschädlichen Betrieben – Aufhebung der die Jugend entrechteten [!] Gesetze, *Verbot der erwerbstätigen Kinderarbeit* bis zum vollendeten 14. Lebensjahr.

4. *Sechsstundentag für Frauen*. Ausbau des *Mutterschutzes*. Gewährung und volle Bezahlung von je acht Wochen Urlaub vor und nach der Niederkunft. Verbot von Nachtarbeit und Arbeit in gesundheitsschädlichen Betrieben.

VII

Zum Kampf gegen die Wohnungsnot

1. *Kommunalisierung des Wohnungsbaues*.

2. Beschaffung der Mittel dazu durch direkte Besteuerung der Besitzenden.

3. Kampf gegen die Einschränkung der Steuerrechte der Kommunen.

4. *Aufhebung der Hauszinssteuer*, bis dahin volle Verwendung ihres Ertrages für den kommunalen Wohnungsbau.

5. *Kommunalisierung der Baustoffindustrie*.

Ausbeutung der werktätigen Bauern

VIII

Zum Kampf gegen die Ausbeutung der werktätigen Bauern

1. Enteignung des Landbesitzes der Fürsten und Staatsherren.

2.. Tatsächliche und sofortige Auflösung der Fideikommisse.

3. Enteignung der Großgrundbesitzer bei Steuer- und Kreditschulden an den Staat.

4. Übergabe der unter Punkt 1 bis 3 genannten Ländereien an Landarbeiter und Kleinbauern in Erbpacht zu tragbaren Pachtsätzen, die unter Kontrolle der Kleinpächterorganisationen festgesetzt werden. Die Pachtsätze des vom Großgrundbesitz verpachteten Landes dürfen die des staatlichen Pachtlandes nicht überschreiten. [71]

5. *Kampf gegen die steuerliche Belastung der werktätigen Bauern*. Progressive Belastung der Landwirte, die ständig fremde Arbeitskräfte ausbeuten.

6. *Annullierung der Steuer- und Kreditschulden der werktätigen Bauern*, die keine ständigen Arbeitskräfte ausbeuten.

7. *Aufhebung der Futtermittelzölle*.

8. Solange die *Osthilfe* noch nicht aufgehoben ist: Verteilung der Mittel unter ausschlaggebender Mitbestimmung und Kontrolle der Landarbeiter- und Kleinbauernorganisationen. Die Kleinbauern sollen sich zu diesem Zweck zu selbständigen, von Großgrundbesitzern und Großbauern unabhängigen Organisationen zusammenschließen.

9. *Einbeziehung der werktätigen Bauern in die Kranken-, Unfall- und Altersversicherung.*

10. Die endgültige Befreiung der werktätigen Bauern von kapitalistischer Ausbeutung ist nur durchzusetzen, indem sie Seite an Seite mit der Arbeiterklasse den revolutionären Kampf führen für die Enteignung der Großindustrie, der Großbanken sowie des kapitalistischen Grundbesitzes, indem sie für die revolutionäre Regierung der Werktätigen kämpfen, die ihnen Kredite und Maschinen zuweist, damit sie vom kleinbäuerlichen Einzelbetrieb, der unrentabel geworden ist, zum genossenschaftlichen Großbetrieb übergehen (*freiwillige Kollektivisierung*).

IX

Zum Kampf gegen die Ausbeutung der städtischen Mittelschichten

1. *Kampf gegen die steuerliche Belastung der städtischen Mittelschichten.*

2. *Annullierung ihrer Steuer-* und Kreditschulden.

3. *Übertragung der Kranken-, Unfall- und Altersversicherung auf die städtischen Mittelschichten, die noch nicht einbezogen sind*.

4. *Aufbesserung der Gehälter der unteren Beamten auf Kosten der oberen.*

X

Zum Kampf gegen die Kulturreaktion

1. *Aufhebung der abgeschlossenen und Verhinderung aller geplanten Konkordate*.

2. *Vollständige Trennung von Staat und Kirche, Kirche und Schule*.

3. *Kampf gegen jede Art der staatlichen Zensur.*

4. Ausbau des Schulwesens auf der Grundlage der Produktionsschule. Ausdehnung der Schulzeit bis zum 18. Lebensjahr ohne Belastung der [72] Eltern, freier Unterricht, freie Schulverpflegung und Lehrmittelfreiheit.

5. *Aufhebung des Paragraphen 218 des Reichsstrafgesetzbuches.*

XI

Zum Kampf gegen die Vernichtung der kommunalen Selbstverwaltung

Rücksichtslose *Verteidigung* der mit der völligen Vernichtung bedrohten kommunalen Selbstverwaltung.

Kampf gegen den faschistischen Terror

XII

Zum Kampf gegen den faschistischem Terror

1. *Auflösung aller faschistischen und reaktionären Wehrverbände*.

2. *Auflösung und Verbot der Parteien und Organisationen, die sie finanzieren, leiten oder sonstwie in Verbindung mit ihnen stehen* (Nationalsozialisten, Deutschnationale, Landbund u. a.).

3. Aufhebung aller gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen, die den Abwehrkampf gegen den Faschismus hemmen: *Aufhebung des Verbots des RFB. der Antifa, des Republikschutzgesetzes, Aufhebung aller Demonstrationsverbote gegenüber der Arbeiterschaft*.

4.[Unleserl.] Erkämpfung einer revolutionären Regierung der Werktätigen,

der Zusammenschluß aller Arbeiterorganisationen zu antifaschistischen Kartellen,

zum gemeinsamen politischen Kampf gegen den Faschismus und den Kapitalsangriff auf Grund des antifaschistischen Kampfprogramms.

5. Gegen die Auslieferung des Staatsapparates und der Gemeindeverwaltungen an die Faschisten. Die antifaschistischen Kartelle müssen die faschistischen Elemente in dem Staatsapparat und in den Gemeindeverwaltungen feststellen und ihre Entfernung durchsetzen.

6. *Bildung überparteilicher Klassenwehren* zur physischen Abwehr des faschistischem Terrors.

Dieses antifaschistische Kampfprogramm kann nur im *schärfsten Kampf gegen die Bourgeoisie und gegen den bürgerlichen Staat* durchgeführt werden. Der Kampf gegen die faschistische Diktatur ist erfolgreich nur zu führen in Verbindung mit *dem Kampf gegen die Brüning-Diktatur*, die ihre Wegbereiterin ist. Es ist die besondere Aufgabe der Kommunisten, den Zusammenschluß der Arbeiter zu einer Einheitsfront der gesamten Klasse gegen den Faschismus, gegen die Brüning-Diktatur und den Kapitalsangriff mit aller Energie zu fördern, und innerhalb [73] der kämpfenden Einheitsfront der Arbeiterschaft zu propagieren:

1. *Daß eine wirkliche und dauernde Sicherung der Arbeiterklasse gegen die faschistische Diktatur nicht* auf dem Boden und vermittels der Organe der bürgerlichen Demokratie möglich ist, sondern *nur durch die selbständige Aktion der Arbeiterklasse unter Führung ihrer eigenen Klassenorgane*, deren ausgebildete Form die Räte sind, durch die *Räterepublik*, die die proletarische Diktatur gegenüber allen ausbeutenden Klassen verwirklicht und die breiteste und wirkliche proletarische Demokratie herstellt.

2. Daß die Angriffe des Kapitals auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse und der Mittelschichten auf die Dauer und endgültig nur zurückgeschlagen und die wachsende Verelendung der Werktätigen nur aufgehoben werden kann durch

die sozialistische Umwandlung der Wirtschaft,

dadurch, daß die Werktätigen vermittels ihres Staates die entscheidenden Produktionsmittel und allen Großgrundbesitz enteignen, in den Besitz des proletarischen Staates überführen und zur Befriedigung der Bedürfnisse der Werktätigen eine planmäßige sozialistische Wirtschaft aufbauen.

3. Daß diese Ziele nur gegen den erbitterten und gewalttätigen Widerstand aller besitzenden Klassen durchgeführt werden können.

[74]

Handschriftliche Angaben Heinrich Brandlers zu seinem Lebenslauf, 11.5.1962

Handschriftliche Angaben Heinrich Brandlers zu seinem Lebenslauf,
11. 5. 1962

Leben der Reichswehr, die ~~[illegible]~~ sozialistische Bewegung
sprache in der Schweiz. In Hamburg und Bremen
war ich neben gewerkschaftlicher und politischer Tätig-
keit im allgemeinen einer Bildungs- und Schulungs-
arbeit tätig. Im Jahr wurde ich gleich bei meinem Be-
ginn im Zürcher Jahr zum Vorsitzenden der Bildungs-
ausschuss gewählt. Hamburger Echo, Bremer Bürger-
zeitung, Zürcher Volksrecht und Berner Tagwacht
enthalten Berichte über mich aus dieser Zeit. Ich war
delegierter der Kirchenpartei auf allen demokratischen Partei-
tagen der Schweiz und stellvertretender Vorsitzender
gründete im Kreise der deutschen Linkssozialisten kaden
ortsend. – – – Im Krieg 1914–18 war ich Mitbegründer
der der Spartakus-Bünde und habe an allen Reichs-
konferenzen teilgenommen.
Zum Vorsitzenden meiner Partei ist anfangs meine
Gefährtin Marie Brandler-Arnold gewählt worden.
Besondere theoretische Schulung
habe ich keine. Ich bin viel und mangelhaft autodidakt
Seit 1910 bis ich Mitglied der Partei war
oder wenig verfolgt. Aber die politischen Kämpfe
mit den Revisionisten, die russische Revolution 1905
zwang mich meine Schulung selbst zu organisieren
Ich vertrat in Hamburg und Bremen die Notwendig-
keit der Arbeiter zum Klassenkampf zu erziehen
Politische Ökonomie, Geschichte der Sozialismus und
der Arbeiterbewegung. Ich führte in Hamburg Bildungs-
abende und Kurse ein. Einführungen hat mir wenig
das Kapital nicht zu studieren, was mir vorher nicht
gelang. Für Arbeiter ich für die Arbeiter vom Altertum
in der neuen Zeit gaben mir Einblick in die historische
Zusammenhänge der Tagesgeschichte. Am schwersten hat aber
Marxismus zu meinem Bekenntnis mit Mühe und
Kosten beigetragen. Das Studium hat mir die Wichtigst
notwendigsten allgemeinen Arbeit beigebracht.
Ich wesentlichen zu meinem Abschluss.

Berlin Brandler

Anhang III: Anmerkungen

Abschnitt I (Einleitung)

[1] Zum Begriff der Rechtsopposition vgl. Anm. I.1,5 [Zur Bezeichnung der Anmerkungen wird bei Verweisen innerhalb der mit arabischen Ziffern bezeichneten Abschnitte dieser Arbeit die Zahl, bei Verweisen auf andere Abschnitte die Anmerkungszahl mit dem Vorsatz der Kapitel- und ggf. der Abschnitt-Bezeichnung angegeben.] – Die Bezeichnungen „KPO“, „KPD.-O.“, „KPD.-Opposition“, „Kommunistische Partei Deutschlands Opposition“ werden hinfort als Synonyme verstanden, es sei denn, daß die Abkürzung KPO in Zusammenhang mit einer anderen Länderbezeichnung als Deutschland gebraucht wird.

[2] Der Begriff der Ideologie wird hier und weiterhin, sofern nicht ausdrücklich Anderes vermerkt ist, ausschließlich im deskriptiven Sinn und nicht in seiner kritisch-theoretischen Bedeutung verwendet.

Abschnitt I.1

[1] Eine Übersicht über die Vorgeschichte der Gründung, die „Radikale Linke“ im Ersten Weltkrieg, findet sich in: Ossip K. Flechtheim, Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik, Offenbach, 1948, 1–45; auf dieses Standardwerk sei auch für alle jene Einzelheiten der Geschichte der KPD in der Weimarer Republik verwiesen, die darzustellen den Rahmen einer Arbeit über die kommunistische Rechtsopposition 1928–1933 sprengen würde, über die KPD-Vorgeschichte orientieren ferner: Arthur Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus von Marx bis zur Gegenwart, Berlin, 1933, 71 ff; ders., Entstehung der Weimarer Republik, Frankfurt-M., 1961, 67 ff, 101 ff; Paul Frölich, Rosa Luxemburg, Gedanke und Tat, Hamburg, 1949; Eric Waldman. The Spartacist Uprising of 1919 and the Crisis of the German Socialist Movement. A Study of the Relation of Political Theory und Party Practice, Milwaukee, 1958, 7 ff; Walter Bartel, Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg, Berlin, 1958, bes. 189 ff; weitere Literatur hierzu siehe Enzo Collotti (ed.), Die Kommunistische Partei Deutschlands 1918–1933. Ein bibliographischer Beitrag, Milano, 1961, 8 (Anm. 1), 54 ff, 59 ff; für eine Reihe von bibliographischen Angaben zur Geschichte der KPD 1918–1933 bin ich diesem – in seinem Textteil oftmals naiv sich mit der jeweiligen „Parteilinie“ identifizierenden – Werk zu Dank verpflichtet. Für die allgemeine Geschichte der KPD in der Weimarer Republik siehe außer den bereits genannten Werken besonders: Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt-M., 1961, passim; Franz Borkenau, The Communist International, London, 1938, passim; Ludwig Bergsträsser, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, München, [10]1960, 239 ff; Sigmund Neumann, Die deutschen Parteien, Wesen und Wendel nach dem Kriege, Berlin, 1932, 88 ff; Siegfried Bahne, Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Matthias, Erich und Rudolf Morsey, Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf, 1960, 653 ff; ders., Zwischen „Luxemburgismus“ und „Stalinismus“. Die „ultralinke“ Opposition in der KPD, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 9. Jg., Heft 4, 1961, 359 ff; Evelyn Anderson, Hammer oder Amboß, [76] Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Nürnberg, 1948; Günther Nollau, Die Internationale. Wurzeln und Erscheinungsformen des proletarischen Internationalismus, Köln, 1959, 45–150 passim; Ossip K. Flechtheim, Die Rolle der KPD, in: Der Weg in die Diktatur 1918–1933, München, 1962, 121 ff; ferner die jeweils primär pro domo geschriebenen Werke: Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution, Frankfurt-M., o. J. passim und Franz Borkenau, Der europäische Kommunismus. Seine Geschichte von 1917 bis zur Gegenwart, München, 1952, 17–71 passim; weitere Literaturangaben siehe Collotti, a. a. O., Zweiter Teil (71 ff). – Zitierweise: Die bibliographischen Angaben für Monografien. Beiträge in Sammelschriften und Zeitschriftenaufsätze werden bei der ersten Zitierung vollständig gegeben; Angaben über Verhandlungsberichte, Zeitungen und Zeitschriften etc. sind in der Regel abgekürzt, der vollständige Titel ist aus dem Literaturverzeichnis zu ersehen.

[2] Das von Rosa Luxemburg verfaßte und vom Gründungsparteitag der KPD angenommene Programm des Spartakusbundes bezeichnet diesen als „nur“ den „zielbewußteste[n] Teil des Proletariats“; Bericht Gründungsparteitag KPD, 49 ff, hier 56.

[3] Für die Geschichte der KPD bis 1923 vergleiche besonders: Heinz Schürer, Die politische Arbeiterbewegung Deutschlands in der Nachkriegszeit 1918–1923, Diss. phil. Leipzig, 1933; Rudolf Rettig, Die Gewerkschaftsarbeit der Kommunistischen Partei Deutschlands von 1918 bis 1925 unter besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzungen mit den freien Arbeitergewerkschaften, Diss. phil. Hamburg, 1954 [1955]; Eberhard Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918/19, Diss. phil. Göttingen, 1960; Otto Wenzel, Die Kommunistische Partei Deutschlands im Jahre 1923, Diss. phil. FU Berlin, 1955.

[4] Im Programm des Spartakusbundes heißt es: „Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen, als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Aussichten [recte: Ansichten], Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.“ (a. a. O., 56) Dieses – im strengen Sinne dieser Bestimmung – demokratische Element der politischen Theorie Rosa Luxemburgs, das im Widerspruch zur Organisationslehre und zur Diktaturtheorie Lenins steht [vgl. Rosa Luxemburg, Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, in: Die Neue Zeit, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, 22. Jahrgang, Zweiter Band, Stuttgart, 1904, 484 ff, 529 ff, und Wladimir Iljitsch Lenin, Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück (Die Krise in unserer Partei), in: Werke, ins Deutsche übertragen nach der vierten russischen Ausgabe, hrg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Band 7, Berlin, 1956, 196 ff sowie ders., Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück. Eine Antwort N. Lenins an Rosa Luxemburg, in: Werke a. a. O., 480 ff; ferner Rosa Luxemburg, Die Russische Revolution. Eine kritische Würdigung. Aus dem Nachlaß von Rosa Luxemburg, herausgegeben und eingeleitet von Peter Blachstein. Vollständige Ausgabe, Hamburg, 1948, und Wladimir Iljitsch Lenin, Staat und Revolution, (V.,2), in: Werke a. a. O., Band 25, Berlin, 1960, 393 ff], bestimmt zumindest partiell noch die politische Konzeption von Struktur und Funktion der Partei bei der frühen KPD und ist einer der Faktoren, welche zur Ausbildung der Einheitsfronttaktik – vgl. unten, bes. S. 12 ff – geführt haben. Die politische Führung der KPD von 1921–1923 – die Brandler-Thalheimer-Gruppe – ist von der späteren, stalinistischen KPD- bzw. SED-Führung folgerichtig des „Luxemburgismus“ bezichtigt worden; so [77] z. B. noch Wilhelm Pieck, Vorwort, in Rosa Luxemburg, Ausgewählte Reden und Schriften, Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim ZK der SED (ed.), Band I, Berlin, 1955, 9 ff, hier 19 f; vgl. Bahne, Zwischen „Luxemburgismus“ und „Stalinismus“, a. a. O., 382.

[5] Die Richtungsbezeichnungen „ultralinks“, „links“, „Mittelgruppe“, „Versöhnler“ und „Rechte“ entstammen den Fraktionskämpfen der kommunistischen Parteien und sind oft apologetischen Charakters; die Charakteristika derart signierter politischer Einstellungen und Verhaltensweisen verändern sich mit den Schwankungen der politischen Taktik der Partei, ihrer „Linie“; zugleich sind diese Bezeichnungen in der KPD der Weimarer Zeit zu Kennzeichen traditional bestimmter und personell weitgehend identischer Gruppierungen innerhalb der Partei – und zwar weitgehend unabhängig von deren jeweils betriebener Politik – geworden; endlich wohnt diesen Kategorien der politischen Topografie auch ein Moment an Rationalität inne: insofern, als unter „ultralinker“ Politik mit Fug die des Antiparlamentarismus u. d. Zerstörung der freien Gewerkschaften, unter „rechter“ kommunistischer Politik aber deren Gegenteil verstanden werden kann. Angesichts dieser Verflechtung von rationalem Sinn und rechtfertigender Funktion scheint es nicht möglich zu sein, die Richtungsbegriffe in einem „eindeutigen“ – das heißt in einem stets mit sich identischem – Sinn zu gebrauchen; die jeweilige Bedeutung der hinfort mit der Distanz der Anführungszeichen gebrauchten Begriffe wird sich indes aus dem Zusammenhange ergeben. – Vgl. auch: Bahne, a. a. O., 360, Anm. 6.

[6] Ich widerspreche mit dieser Charakterisierung vor allem der Auffassung von Rosenberg (Geschichte des Bolschewismus, a. a. O., 160 ff, Geschichte der Weimarer Republik, a. a. O., 121 ff), für den sich die Politik der KPD seit der Märzaktion 1921 bis zum Oktober 1923 als eine von der vorher vertretenen Taktik wesentlich verschiedene Praxis darstellt. Die folgende Darstellung der Geschichte der politischen Konzeptionen der KPD bis 1921 soll hingegen zeigen, daß die vom III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1921 und vom Exekutivkomitee der KI am 28.12.1921 inaugurierte Einheitsfrontpolitik in der deutschen Partei an Traditionen anschließt, die zumindest seit Ende 1919 für deren Politik mehr und mehr wichtig wurden.

OCR-Texterkennung Max Stirner Archiv Leipzig – 15.05.2022

[7] Der Begriff Einheitsfront entstand allen Anschein nach nicht im Bereich sozialistischer Politik: schon im Sommer 1919 erschien in Berlin die erste Nummer einer Zeitschrift: „Die Einheitsfront. Blätter zu Deutschlands Erneuerung. Mitteilungen des Volksbundes gegen Bolschewismus E. V.“.

[8] Die Rote Fahne, Jg. 1923, Nr. 209, 16.9., „Was ist die Arbeiter- und Bauernregierung?“ (Wenn nicht anders vermerkt, handelt es sich bei der Quelle „Die Rote Fahne“ um das Zentralorgan der KPD); im Gegensatz zur leninistisch-bolschewistischen Theorie – vgl. oben, Anm. 4.

[9] Die KPD-Führung hat bis 1923 – im Gegensatz zu der Auffassung von Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, a. a. O., 123, – „im Rahmen der taktischen Leitsätze der Komintern-Politik noch echte Entscheidungen“ gefällt (Wenzel, a. a. O., 5, unter Berufung auf Aussagen von Paul Frölich), und insbesondere Brandler hat sich auch zu dieser Zeit häufig gegen eine mechanische Übertragung russischer Rezepte auf die deutsche Politik gewandt; vgl. Mündlicher Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961; Ruth Fischer, a. a. O., 262; Borkenau, Der europäische Kommunismus, a. a. O., 50. [78]

[10] Paul Bremer [d. i. Radek], Die Bildung der einheitlichen proletarischen Kampffront, in: Die Internationale, Jg. 3, Berlin, 1921, Heft 1, 1 ff und Heft 2, 10 ff, hier: 13.

[11] Vgl. hierzu: Flechtheim, Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik, a. a. O., 41.

[12] Der *Zentrale* des Spartakusbundes gehörten bis zum Gründungsparteitag der KPD an: Käte und Hermann Duncker, Hugo Eberlein, Leo Jogiches, Paul Lange, Paul Levi, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Meyer, Wilhelm Pieck, August Thalheimer; Vorsitzende des Parteitages waren Wilhelm Pieck und Jakob Walcher, Schriftführer Fritz Heckert und Rosi Wolfstein. Auf dem Parteitage wurde zur Zentrale hinzugewählt der Vertreter der zu diesem Zeitpunkte mit dem Spartakusbund sich verbindenden Bremer Gruppe der „Internationalen Kommunisten Deutschlands“, Paul Frölich (Bericht Gründungsparteitag KPD, 3, 45 – Die „Bremer Linke“ hatte nicht allein in Bremen, sondern u. a. auch in Hamburg und Leipzig Anhänger). Zu der bald durch die Ermordung Rosa Luxemburgs, Liebknechts und Jogiches verkleinerten Zentrale wurde kurz nach dem Gründungsparteitag Heinrich Brandler kooptiert (Mündlicher Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.61; vgl. auch Flechtheim, a. a. O., 59).

[13] *Heinrich Brandler*, geboren am 3. Juli 1881 in Warnsdorf in Nordböhmen als Sohn von Josef Brandler (Maurer, Mitbegründer der lokalen Maurer-Gewerkschaft und -Krankenkasse, beteiligt an der Gründung der dortigen Altkatholischen Kirche, gest. 1890, Ehefrau gest. 1912). Besuch der Volks- und Bürgerschule daselbst. Bauarbeiter (Fliesenleger) bis 1914. Gewerkschaftlich organisiert und gewerkschaftlich-politisch tätig seit 1897 (Schriftführer der Maurergewerkschaft in Warnsdorf), im Deutschen Bauarbeiterverband seit 1900 (ausgeschlossen am 14.1.1921, vgl. unten, Anm. 83). Nach Konflikten mit Arbeitgebern und Staat wegen politischer und gewerkschaftlicher Aktivität (z. B. viertägige Gefängnishaft wegen „Beleidigung“ eines Streikbrechers) Wanderschaft. 1901 Preetz-Kiel, dann Hamburg; dort Mitglied der SPD. Nach anfänglich unsystematischer Selbstbildung ständige Lektüre der „Neuen Zeit“ (seit 1900) – „von der ich sehr wenig verstand“ –, dann Selbststudium der Marxschen Politischen Ökonomie und der Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung; nach eigenen Worten besonders beeinflußt durch Kautsky und Mehring. Vorsitzender des Hamburger Arbeiterbildungsvereins. 1904 aus Hamburg ausgewiesen und bis 1908 in Bremen in Partei und Gewerkschaft, besonders in der Bildungsarbeit, tätig. Gründung der ersten „Jungen Garde“ in Norddeutschland. Enge Verbindung mit Karl Liebknecht und Ludwig Frank. Auf dem Nürnberger SPD-Parteitag 1908 Mitglied der Jugendkommission, hier Zusammenstoß mit Ebert und Legien, Unterstützung von Klara Zetkin. Anfang 1909 in der Schweiz. In Zürich Vorsitzender des sozialistischen Bildungsausschusses und Delegierter auf den schweizerischen sozialistischen (Eintracht-) Parteitagen bis 1914; vertrat dort die linksradikale Position. Im Juli 1914 auf Veranlassung Fritz Heckerts nach Chemnitz, Ansätze zur Organisation einer gewerkschaftlichen Fliesenleger-Gruppe. Wahl zum Kursusleiter in der gewerkschaftlichen Jugendbildungsarbeit. Kurze Zeit Berufsarbeit in Plassen, Nürnberg und Salzburg. Ende 1914 endgültig nach Chemnitz und, den I. Weltkrieg hindurch, Angestellter

(Kassierer) der lokalen Organisation des Bauarbeiterverbandes, einer der größten und bestorganisiertesten Gewerkschaftsorganisationen im damaligen Chemnitz. Ab Dezember 1914 nahm B. an Besprechungen und Sitzungen der Gruppe um Rosa Luxemburg, Liebknecht, Mehring und Klara Zetkin, insbesondere auch – nach eigenen Worten – „an allen [79] Reichskonferenzen“ der Spartakusgruppe teil. In den letzten Kriegsjahren verschaffte er – zusammen mit Fritz Heckert – der Spartakusgruppe in Chemnitz sehr starken Einfluß; er war, selbst nach dem Urteil Ruth Fischers, unter den Chemnitzer Arbeitern gleich welcher sozialistischen Richtung „bekannt und beliebt“. Am 14.10.1918 Ausweisung in seinen Heimatstaat Österreich wegen politischer Tätigkeit. Abweisung einer Berufung zum Unterstaatssekretär der bayerischen Regierung Eisner. Parteiarbeit in Deutschland; Aufnahme in die Zentrale der KPD (Spartakusbund) kurz nach dem Gründungsparteitag. (Vollständiger Lebenslauf: Anhang I, Biographien) (Brandler, Schriftlicher Bericht 11.5.1962; ders., Brief vom 11.5.1962 an den Verfasser; ders., Erinnerungen an die Anfänge der deutschen Jugendbewegung, in: Internationale Presse-Korrespondenz (hiernach zitiert als „Inprekorr“), 1927, 82 (15.8.); Der Hochverratsprozeß gegen Heinrich Brandler vor dem außerordentlichen Gericht am 6. Juni 1921 in Berlin, Leipzig, 1921, 5, 8; Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin, 1929, 148, 181 f; Ruth Fischer, a. a. O., 261 f; Die Gewerkschaftsbewegung in Chemnitz im Jahre 1912, Chemnitz, 1913, 7, 59; Walter Berthold, Die Kämpfe der Chemnitzer Arbeiter gegen die militaristische Konterrevolution im August 1919, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 4. Jg., Berlin, 1962, Heft 1, .127 ff, hier 127]. – Vgl. auch die Charakterisierung Brandlers unten, Schluß der Anm. 16.

[14] *August Thalheimer*, (nach eigenen Worten:) „geboren am 18. März 1884 als Sohn des Moritz Thalheimer, Kaufmannes zu Affaltrach, Oberamt Weinsberg, Württemberg, und im jüdischen Glauben erzogen, bezog ich nach Absolvierung des Realgymnasiums Stuttgart W.S. 1902/03 die Universität München, zunächst als Angehöriger der medizinischen Fakultät; vom 2. Semester (S.S. 1903) ab aber trat ich zur philosophischen Fakultät über, um mich der allgemeinen Sprachwissenschaft, die mich schon seit seinen frühesten Jahren beschäftigt hatte, der Völkerkunde und den neueren Sprachen zu widmen. Anfang August 1903 bis Ende März 1904 war ich in Oxford und London. Von S.S. 1904 bis S.S. 1905 besuchte ich die Universität Berlin, wo ich am Kgl. Museum für Völkerkunde unter Leitung von Herrn Geheimrat Prof. Dr. v. Luschan praktischen ethnographischen Übungen oblag und ethnographische und anthropologische Vorlesungen hörte, auch bei Herrn Privatdozent Dr. N. Finck, Steinthals Nachfolger, der allgemeinen Sprachwissenschaft beflissen war. Von [W]S. 1905/06 bis W.S. 1906/07 besuchte ich die Universität Straßburg i. E.“ Th. promovierte eben dort am 4.3.1907 mit einem „Beitrag zur Kenntnis der Pronomina personalia und possessiva der Sprachen Mikronesiens“ (Referenten: Prof. Dr. Gerland, Prof. Dr. Hübschmann) zum Dr. phil. Kontakt und Zusammenarbeit mit der württembergischen radikalen Linken um Fritz Westmeyer; 1909 Chefredakteur des Göppinger Parteiblattes „Freie Volkszeitung Göppingen“. In dieser Zeit anscheinend Eintritt in die SPD. Verbindung mit Radek, dessen scharf antinationalistische Artikel er veröffentlichte. In Zusammenhang mit dem finanziellen Zusammenbruch des Zeitungsunternehmens und der Zusammenlegung seiner Redaktion mit der revisionistischer Parteiblätter im Jahre 1912, bei der in der Parteidiskussion gegenüber Parteivorstand und Landesvorstand der Vorwurf der Erpressung erhoben wurde, Austritt Thalheimers aus der Redaktion. 1915/1916 Leitung der Redaktion des Braunschweiger [80] SPD-Organs („Volksfreund“). Seit 1914 zum engeren Kreis der Luxemburg-Liebknecht-Gruppe gehörig, zählte Th. – mit einem Beitrag über die Annexionisten – zum Autorenkreis des ersten Heftes der „Internationale“ (Frühjahr 1915). Teilnehmer an der ersten größeren Reichskonferenz des Spartakusbundes, 1. Januar 1916 (entgegen der irreführenden Darstellung in: Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands, Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914–1946, Herausgegeben vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim Zentralkomitee der SED Berlin ^{2}1955, 23). Seine Schwester, Bertha Thalheimer, vertrat zusammen mit Ernst Meyer die Gruppe Internationale auf der internationalen Konferenz von Zimmerwald im Jahre 1915. Th. wurde 1916 zum Kriegsdienst eingezogen. Nach seiner Rückkehr einer der bekanntesten württembergischen Führer der revolutionären Bewegung. Gab am 6.11.1918 erstmals in Stuttgart die „Rote Fahne“ heraus. Noch am 7.11.1918 – zusammen mit Fritz Rück – verhaftet. Am 9.11. ohne sein Wissen als USP-

Vertreter Mitglied der Provisorischem Regierung in Württemberg (Finanzen); lehnte es nach Entlassung aus der Haft ab, zusammen mit den „Regierungssozialisten“ einer Regierung anzugehören. Aktivität in Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrat. Gehörte der Zentrale des Spartakusbundes bereits vor dem Gründungsparteitag der KPD (Spartakusbund) an.
(Vollständiger Lebenslauf: Anhang I, Biographien). (Thalheimer, Diss., a. a. O., 97 [Lebenslauf]; Ruth Fischer, a. a. O., 245, 14, Anm. 3; Wilhelm Brixel, Brief vom 25.6.1962 an den Verfasser; Protokoll Parteitag SPD Chemnitz 1912, Geschäftsbericht des Vorstandes, 205 ff, hier: 209 ff, Diskussion des Vorstandsberichtes, 224–289; R. Berger, Fraktionsspaltung und Parteikrisis in der deutschen Sozialdemokratie, M. Gladbach, 1916, 80; Sozialdemokratische Partei Deutschlands – Bezirksverband Braunschweig, Brief vom 10.5.1962 an den Verfasser; Paul Frölich, 10 Jahre Krieg und Bürgerkrieg, I Der Krieg, Berlin, [2]1924, 147 ff; August Thalheimer, Die Geheimlehre und der Mythus, in: Die Internationale. Herausgegeben von Rosa Luxemburg und Franz Mehring, [1. Jahrgang,] Heft 1, Bern, 1915, 54 ff; Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, a. a. O., 142, 184, 194; Flechtheim, a. a. O., 16; 19; Wilhelm Keil, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Stuttgart, 1947/48, Band II, 37, 84, 94, 98, 118; O. E. Schüddekopf, Karl Radek in Berlin, in: Archiv für Sozialgeschichte II, Hannover, 1962, 87 ff, hier 139 Anm. 27; Bericht Gründungsparteitag KPD, a. a. O., 45). – Vgl. auch die Charakterisierung Thalheimers unten, Schluß der Anm. 16.

[15] *Jakob Walcher*, geb. am 7.5.1887 in Wain (Württ.). Metallfacharbeiter. Organisiert im DMV. SPD. 1911 – neben Crispien und Hörnle – in der Redaktion der Stuttgarter Parteizeitung „Schwäbische Tagwacht“; im den ersten beiden Monaten des Weltkriegs scharfe Angriffe gegen die Burgfriedenspolitik; am 4.11.1914 Entfernung der drei Redakteure aus der Redaktion durch den Partei-Landesvorstand. Führendes Mitglied der Spartakusgruppe. Herbst 1915 wegen eines politischen Flugblattes angeklagt. 1918/19 (entgegen der irreführenden Darstellung in: Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands, a. a. O., 65) Vorsitzender des Gründungsparteitags der KPD (Spartakusbund). (Vollständiger Lebenslauf: Anhang I, Biographien).(Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Diss. phil. Marburg, 1962, Band 2, 11; Flechtheim, a. a. O., [81] 13, 19; Keil, a. a. O., Band I, 309–316; Im Kampf um unsere Grundsätze! Tatsachenmaterial zum Gewaltstreich des Landesvorstands der Sozialdemokraten Württembergs gegen die politische Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“. Hrg. v. d. Redakteuren Crispien, Hörnle [und] Walcher. Stuttgart, 1914; Bericht Gründungsparteitag KPD, 3; vgl. auch: Hermann Weber, Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht, Wandlungen des deutschen Kommunismus; Hefte zum Zeitgeschehen, Hannover 21961, 79). – Vgl. auch die Charakterisierung Walchers unten, Schluß der Anm. 16.

[16] *Paul Frölich*, „geb. am 7. August 1884 in Leipzig als zweite von 11 Kinder einer sozialistisch organisierten Arbeiterfamilie. Bürgerschule, Realschule (Freistelle), kaufm. Lehre, Selbststudium der Sozialwiss.(Kurse des Leipziger Arbeitervereins), [seit 1902 in der Arbeiterbewegung tätig]; 1905 zwei Semester Besuch des Volkswirtschaftlichen Seminars der Univ. Leipzig. Journalist, u. a. als Volontär unter Paul Lensch an der ‚Leipziger Volkszeitung‘, 1910 Redakteur am ‚Hamburger Echo‘. SPD-Stadtverordneter in Altona. 1914 radikaler Gegner der Burgfriedenspolitik; Übertritt in die Redaktion der linkssozialdemokratischen ‚Bremer Bürgerzeitung‘, nach deren Gleichschaltung und nach vorübergehenden Kriegsdienst [zeitweilig 8. Komp. des 75. Inf. Reg. Bremen, die „Rote Kompanie“] 1916 Herausgeber (zus. mit Johann Knief) der Bremer Wochenschrift ‚Arbeiterpolitik‘, Organ der sog. Bremer Linken (Einfluß Karl Radeks), die Lenin nahestand; Delegierter auf der 2. int. Konferenz der ‚Zimmerwalder Linken‘ 1916 in Kienthal. Ende 1916 wieder Kriegsdienst. Mitte 1918 bis zur Revolution wegen antimilitaristisch. Propaganda in einer Irrenanstalt. Als Vertreter der in Nov. 1918 aus der ‚Bremer Linken‘ hervorgeg. ‚Internationalen Kommunisten Deutschlands‘ auf den KPD-Gründungsparteitag 1918 in die Zentrale gewählt.“ (Vollständiger Lebenslauf: Anhang I, Biographien). (Vollständig entnommen aus: Drechsler, a. a. O., Band II, 2 f. Hinzufügungen in eckigen Klammern. Ferner: Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, a. a. O., 129; Arbeiterpolitik, Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus, Jg. 1–4, Bremen, 1916–1919; Reichstags-Handbuch IV. Wahlperiode 1928, Berlin, 1928; vgl. auch die Wiedergabe von Artikeln Radeks aus der „Bremer Bürgerzeitung“ bzw. der „Arbeiterpolitik“ in: Radek, In den Reihen der deutschen

Revolution 1909–1919, München, 1921.) – Bericht Gründungsparteitag KPD, 16; geben die Auffassung Frölichs argumentierte Rosa Luxemburg, ibd., 18: „*Den Vorschlag der Hamburger, Einheitsorganisationen zu bilden, halte ich für verfehlt, weil ich meine, daß die Aufgaben der Gewerkschaft en durch die A.= und S.=Räte und durch die Betriebsräte übernommen werden müssen*. Auch sonst werden durch die Liquidierung der Gewerkschaften noch eine Reihe von Fragen spruchreif, die nicht aus dem Handgelenk erledigt werden können ...“ (Hervorhebungen im Original). – Zur Charakterisierung Brandlers, Thalheimers, Walchers und Frölichs schreibt Fenner Brockway (Auf der Linken, o. O. [Itzehoe], 1947, 349 f): „Vier der interessantesten [meiner internationalen Kameraden] ... waren berühmt wegen der Rolle, die sie in den kommunistischen Kämpfen in Deutschland nach dem [I. Welt-]Kriege gespielt hatten: Brandler, Thalheimer, Frölich und Walcher. Heinrich Brandler erinnerte mich immer an Lon Chaneys Verkörperung des Glöckners von Notre Dame. Durch einen Unfall, den er als Kind erlitt, hat er einen Buckel und riesenhaft breite Schultern, aber aus seinem verkrüppelten Körper erhebt sich ein Kopf von außerordentlicher Kraft in Form [82] und Ausdruck, während die Muskeln seiner Arme und Hände wie Stahlseile sind. Während der meisten Diskussionen sitzt er ruhig und in sich versunken, oft zynisch und verächtlich, weil seine Urteile kompromißlos und hart sind; aber plötzlich spricht er, und dann ist seine Leidenschaft vulkanartig. Er schleudert wilde Sätze heraus; sein Gesicht wird rot, und die Adern schwellen an; die riesenhaften Arme lassen die geballten Fäuste krachend auf den Tisch hinuntersausen. Man versteht die dynamische Kraft, mit der Brandler nach dem Kriege den revolutionären Kampf in Chemnitz führte. – Thalheimer war Brandlers ständiger Gefährte im deutschen Kampf; er ist Theoretiker, während Brandler der Mann der Tat ist. Die beiden bilden einen vollkommenen Gegensatz. Thalheimer sieht aus wie ein Universitätsprofessor oder Arzt: groß, distinguiert, weißhaarig, gut gekleidet, kultiviert, höflich ... seine Äußerungen sind ... immer Thesen – klare Analysen und Aufstellungen von Prinzipien, aber oft ohne Bezug auf die Tatsachen und die Kräfte der Wirklichkeit. Paul Frölich ist wiederum ein anderer Mensch. Ich würde ihn als Denker und Gelehrten über Thalheimer stellen. Er hat eine solche Freigiebigkeit, Toleranz in der Gesinnung und Aufrichtigkeit in der Kameradschaft, daß er sich Zuneigung und Respekt erobert. ... Diese drei Männer waren alle hervorstechende Gestalten in der Deutschen Kommunistischen Partei gewesen. ... Jakob [Walcher] ist ein Arbeiter, spricht so und sieht auch so aus. Nichts von der Verfeinerung Thalheimers oder Frölichs ist an ihm, aber seiner stürmischen Persönlichkeit ist gesunder Menschenverstand beigemischt, und wenn er auch auf internationalen Komitees uns manchmal laut brüllend lange Erklärungen gab, so neigte seine Politik im allgemeinen doch zum Kompromiß“.

[17] *Rosi Wolfstein*, „geb. 1888 als Tochter eines Kaufmannes in Witten. Höhere Mädchenschule, kaufm. Lehre. 1908 SPD, Spartakusgruppe; Teilnahme an der illegalen Jugendkonferenz 1916 in Jena, am USPD-Gründungsparteitag 1917 in Gotha und am KPD-Gründungsparteitag 1918 in Berlin.“ (Vollständiger Lebenslauf: Anhang I, Biographien) – (Vollständig entnommen aus: Drechsler, a. a. O., Band II, 3.) – Bericht Gründungsparteitag KPD, 12.

[18] Vgl. Kolb, a. a. O., 85 ff; Walter Tormin, Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Heft 4, Düsseldorf, 1954, passim, bes. 100 ff; die Funktion der Einigung des Proletariats wurde der Rätebewegung ebenso vom „linken“ Flügel der USPD zugeschrieben: vgl. z. B. Korreferat Ernst Däumig zu Punkt 3 der Tagesordnung des Märzparteitages 1919 der USPD (Protokoll außerordentlicher Parteitag USPD März 1919, 95 ff, hier bes. 105); für die doppelte Funktionsbestimmung der Rätebewegung durch die KPD-Spartakusbund: Bericht Gründungsparteitag KPD, Referat Rosa Luxemburg, 18 ff, hier: 40; Programm des Spartakusbundes, a. a. O., 49 ff, hier: 51.

[19] Der Gedanke der Einheitsorganisation wurde schon während des Krieges besonders durch die Bremer „Arbeiterpolitik“ vertreten; in einer etwas anderen Version wurde er bis zum 2. Parteitag vor allem von den Hamburger und Berliner Parteiorganisationen propagiert: vgl. Bericht 2. Parteitag KPD (1919), Referat Levi, 6 ff, hier: 19 ff; Referat W.[alcher] = Stuttgart, 54 ff, hier: 54 f.

[20] Bericht Gründungsparteitag KPD, Referat Rosa Luxemburg, a. a. O., 41.

[21] Mit dem Begriff Einigungspolitik wird hier, im Unterschied zum Terminus Einheitsfrontpolitik, welcher offiziell die 1921–1923 betriebene Einigungspolitik bezeichnete, die eben dieser Zielsetzung

dienende, indes theoretisch und praktisch noch nicht voll entfaltete [83] kommunistische Politik in Deutschland von 1919 bis 1921 gefaßt.

[22] Bericht 2. Parteitag KPD (1919), Diskussionsbeitrag W.[alcher] = Stuttgart, 48.

[23] Bericht Gründungsparteitag KPD, Diskussionsbeiträge Heckert, 17, und Rosa Luxemburg, 17 f, hier: 18 (vgl. Anm. 16); vgl. Arthur Hauck, Spaltungs- und Zersetzungserscheinungen in der deutschen sozialistischen Gewerkschaftsbewegung während der Kriegs- und Nachkriegszeit, Diss. rechts- u. staatswiss., Hamburg, 1923, der in seiner – im übrigen recht naiven – Arbeit darauf hinweist, Rosa Luxemburg habe hier „die Bedeutung der Gewerkschaften für die Arbeiterbewegung“ durchaus erkannt (43). Für die Biographie Rosa Luxemburgs siehe: Paul Frölich, Rosa Luxemburg – Gedanke und Tat –, a. a. O.

[24] Programm des Spartakusbundes, a. a. O., 52; vgl. auch: Frölich, a. a. O., 329 f.

[25] Vgl. Schürer, a. a. O., 27 f; Flechtheim, a. a. O., 47 f; irreführend wird bei Tormin (a. a. O., 113 ff) wiederum von „Spartakusputsch“ gesprochen. Für die richtige Wertung dieses Aufstandes siehe Eric Waldman, a. a. O., 161 ff.

[26] *Paul Levi*, geb. am 11.3.1883 in Hechingen. Studium der Rechtswissenschaften und Promotion. 1906 Rechtsanwalt in Frankfurt a. M., später in Berlin. Schüler Rosa Luxemburgs, Mitbegründer des Spartakusbundes und der KPD. 1920 in der VKPD zusammen mit Ernst Däumig Parteivorsitzender. Auf der ZA-Sitzung vom 22./23. 2.1921 Austritt aus der Zentrale, während und nach der Märzaktion des gleichen Jahres scharfe öffentliche Kritik an der Aktion, Ausschluß aus der VKPD. Gründer und Vorsitzender der KAG; USPD, 1922 MSPD bzw. SPD. Führer der Linksopposition. 1920–1930 MdR. Am 9.2.1930 als Kranker in den Tod gestürzt.
Karl Radek (Sobelsohn), geb. 1885 in Lemberg, Publizist, 1905–1907 Warschau, 1908 Deutschland, bis 1912 Mitglied der SPD, führend in der Gruppe um Johann Knief („Bremer Linke“), hier Kontakt mit Paul Frölich; Verbindung mit der „Freien Volkszeitung Göppingen“ unter Thalheimer. Nach Ausbruch des I. Weltkrieges in die Schweiz, 1917 zusammen mit Lenin über Stockholm nach Rußland. Dezember 1918 als Delegierter zum I. Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte nach Deutschland. An der Gründung der KPD beteiligt. Am 12.2.1919 verhaftet, Januar 1920 Rückkehr nach Rußland. 1920–1924 Mitglied des ZK der KPR (B) und des EKKI, häufig in Deutschland, insbesondere während der Märzkämpfe 1921 und der Oktoberereignisse 1923 (Hauptbevollmächtigter des EKKI). 1924 als Anhänger Trotzkis nicht wieder in das ZK gewählt; 1925–1927 Rektor der Sun-Yat-Sen-Universität. 1927 Parteiausschluß und Verbannung; 1929 Wiederaufnahme in die Partei. 1937 zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Wahrscheinlich 1942 gestorben[*]. (Ausführlichere biographische Angaben siehe: Otto-Ernst Schüddekopf, Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik, Stuttgart, 1960, 415 f. – Die in den laufenden Anmerkungen gegebenen vollständigen Biographien von Politikern, welche der KPO nicht angehört haben, beruhen sonst vor allem auf den vorzüglichen biographischen Angaben bei Drechsler, a. a. O., Band II, 1 ff und bei Siegfried Bahne, Der Trotzkismus in Deutschland 1931–1933. Ein Beitrag zur Geschichte der KPD und der Komintern, Diss. phil. Heidelberg, 1958, 329 ff; da diese Angaben von Fall zu Fall aus dem sonst in dieser Arbeit zitierten Material, insbesondere aus den im Literaturverzeichnis aufgeführten allgemeinen Handbüchern und Nachschlagewerken ergänzt sind, wurde der Übersichtlichkeit der Anmerkungen wegen bei *diesen* Lebensläufen auf die Einzelnachweise der Quellen verzichtet.) – Die [84] Formulierung Hermann Webers, auf dem 2. Parteitage habe „die *rechte Führung* Levi-Zetkin ... einen Kurs der *Einheitsfront* ein[geleitet]“ (a. a. O., 42, Hervorhebungen im Original) überzeichnet gleichwohl die wirkliche Entwicklung; die Parteitagsdiskussionen und ihre Konsequenzen schufen lediglich – negativ – die Voraussetzung zur Einleitung der Einheitsfrontpolitik der Zeit nach dem Kapp-Putsch und besonders seit 1921. – Radek teilt in seinem jetzt von Schüddekopf in deutscher Übersetzung vorgelegten Tagebuch („November – Eine kleine Seite aus meinen Erinnerungen“, abgedruckt bei O. E. Schüddekopf, Karl Radek in Berlin, a. a. O., Anlage 4, 119 ff) mit, daß Levi sich ihm gegenüber noch „einige Wochen vor der Parteispaltung“ des zweiten

[*] Karl Radek starb vermutlich am 19. Mai 1939. Er soll von einem Mithäftling erschlagen worden sein.

Parteitages für den Austritt aus den Gewerkschaften ausgesprochen habe; Radek entfaltete daraufhin Initiativen, welche auf die taktische Linie des zweiten Parteitages hinzielten, und schrieb unter anderem die unten in Anmerkung 36 zitierte Artikelserie, „die für die Instruktion der Parteikader bestimmt war.“(155 f).

[27] Paul Frölich, Der Weg zum Sozialismus, Hamburg, o. J. [1919], Proletarische Flugschriften 2, 26, 24 f. Die radikale Einstellung Frölichs in der Gewerkschaftsfrage resultierte vermutlich nicht zuletzt aus den Erfahrungen, die er als einer der Leiter des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates mit der Gewerkschaftsbürokratie, die sich als ein die Rätemacht einschränkender Faktor erwiesen hatte, gemacht hatte. Vgl. Frölich, Die Politik des Hamburger Arbeiterrates, in: Die Internationale, Jg. 1, Berlin, 1919, Heft 13/14, 264 ff, hier 265.

[28] Paul Frölich, Gewerkschaften und Rätesystem, in: Kommunistische Räte-Korrespondenz, Nr. 11, 1. August 1919, 5 ff, hier: 7; P. Werner [d. i. Paul Frölich], Münchener Erfahrungen, in: Die Internationale, Jg. 1, Berlin, 1919, Heft 9/10, 4 ff; 11/12, 233 ff [neue Paginierung]; 13/14, 269 ff, hier: Heft 9/10, 5. Vgl. auch: P. Werner, Die Bayrische Räte-Republik, Tatsachen und Kritik, Leipzig, o. J. [1919].

[29] Vgl. „Sozialisierungskommission“, in: Die Rote Fahne, Jg. 1919, Nr. 39, 25.2.; „Politische und wirtschaftliche Revolution“, ibd., Nr. 41, 27.2.; Paul Frölich, Die syndikalistische Krankheit, Sonderdruck aus „Die Internationale“ [Dort nicht erschienen], Berlin, o. J. [1919], bes. 4 ff.

[30] Die Politik der Einheitsfronttaktik ist stets mit der Propagierung und – in bezug auf die Betriebsräte – praktischen Förderung der Rätebewegung verbunden geblieben. Vgl. hierzu unten, S. 8, 10.

[31] Heinrich Brandler, Durch die Räte zur Einheit der Arbeiterklasse und zum Kommunismus, Komm. Zeitfragen No. 1, Chemnitz, o. J. (1919), 4 (Hervorhebungen in Original). Die radikal-demokratische Tradition des Spartakusbundes kommt in dieser Broschüre gut zum Ausdruck; vgl. Auszug in: Anhang II, Dokumente. Die Tatsache, daß Brandler gleichsam der „Vater der Einheitsfronttaktik in Deutschland“ war, wurde von Sinowjew besonders hervorgehoben; vgl. Die Lehren der deutschen Ereignisse, Das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zur deutschen Frage/Januar 1924, Hamburg, 1924, 65.

[32] Dieser Berliner Organisation ging es im Gegensatz zu den von der Zentrale vertretenen Auffassungen darum, den „Betrieb ... zum politischen Parlament [umzuschaffen]“; vgl. Die Rote Fahne. Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) Bez. Groß-Berlin, Jg. 1919, Nr. 53/54.

[33] Rundschreiben der Zentrale vom 28.8.1919, teilweise zitiert in: Die Rote Fahne. Kommunistische Partei Deutschlands, a. a. O.; vgl. auch Kommunistische Räte-Korrespondenz, Nr. 17, 13. September 1919; vgl. hierzu den – den Übergang von der Position des Gründungsparteitags zu [85] der des 2. Parteitags 1919 markierenden – Beitrag von P.[aul] L.[ange] in: Kommunistische Räte-Korrespondenz, Nr. 12, 8. August 1919, 4.

[34] Leitsätze über die Gewerkschaftsfrage, in: Bericht 2. Parteitag KPD (1919), 51 ff.

[35] Heinrich Brandler, Einleitung zu: B. Koselev, Die Gewerkschaftsvereine und der Aufbau der Volkswirtschaft. Beleuchtet nach den Erfahrungen in Rußland, Chemnitz, o. J. (1919), 3 f, hier: 3; vgl. ders., Einleitung zu: A. Schlapnikoff, Aus der Gewerkschaftsbewegung in Rußland bis zur Eroberung der Macht, Chemnitz, o. J. [1920], 3 f, hier: 4.

[36] [Anonym], „Die Entwicklung der deutschen Revolution und die Aufgaben der Kommunistischen Partei“, in: Kommunistische Räte-Korrespondenz, Nr. 18, 19, 21/22, hier: Nr. 21/22, 20. November 1919, 5 f (Hervorhebungen im Original); Radek hat – unter dem Pseudonym Arnold Struthahn – eine Broschüre gleichen Titels Stuttgart-Degerloch, 1919; 2., erweiterte Auflage [ohne Pseudonym]: Hamburg, 1920) veröffentlicht; die zitierte Artikelserie ist im wesentlichen ein Auszug hieraus. Vgl. für die Grundintention Radeks ferner: A. Struthahn, Die Diktatur der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei, o. O., 1919, bes. 5 ff, 15 f.

[37] Das System der Tages- und Übergangslosungen, mittels derer breite proletarische Massen für den Kommunismus gleichsam auf dem Wege empirischer Erkenntnis gewonnen werden sollen (vgl.

unten, S. 23 ff) hat die Auffassung von einem „langsamen Weg der westeuropäischen Revolution“ (Radek, Glossen zum Dritten Kongreß der Kommunistischen Internationale, in: Die Internationale, Jg. 3, Berlin, 1921, Heft 12, 448 ff, hier 449.) zur Voraussetzung; eine Auffassung, die bereits im Spartakusprogramm zumindest angedeutet (a. a. O., 56) und danach in verschiedenen Broschüren Radeks (zusammenfassend in „Die Entwicklung der Weltrevolution und die Taktik der Kommunistischen Parteien im Kampfe um die Diktatur des Proletariats“, o. O., o. J. [1919], bes. 15 ff) mehr oder minder explizit formuliert wurde; Lenin machte sich in seiner berühmten Schrift über den „Linken Radikalismus“ (vgl. unten, S. 11) Mitte 1920 diese Auffassung zu eigen. Radek (Glossen zum Dritten Kongreß, a. a. O.) hat zu Recht auf seine Priorität in dieser Frage hingewiesen, wenngleich hinzuzufügen ist, daß Lenin in seinem „Gruß den italienischen, französischen und deutschen Kommunisten“ vom 10.10.1919 (Werke a. a. O., Bd. 30, 35 ff, hier 41) bereits den Standpunkt der KPD-Zentrale allgemein gebilligt hatte. Das System der Tages- und Übergangslosungen hat ferner eine politisch-pädagogische Intention zur Voraussetzung, die am treffendsten von Brandler in der bereits zitierten Broschüre über die Räte formuliert ist; vgl. Auszug in: Anhang II, Dokumente.

[38] Ruth Fischer, a. a. O., 145.

[39] Vgl. Bericht 2. Parteitag KPD (1919), Diskussionsbeitrag W.[alcher] = Stuttgart, 48; Referat W.[alcher] = Stuttgart, 54 ff.; vgl. ferner Rudolf Rettig, a. a. O., 11 f.

[40] Zit. n. Heinz Schürer, a. a. O., 29; vgl. auch Levi, Referat 2. Parteitag KPD (1919), 6 ff, hier 25. Das Referat enthält Seite 17 ff die Hauptargumente gegen die „Ultralinken“; vgl. hierzu ferner: Referat W.[alcher] = Stuttgart, 54 ff; „Leitsätze über Kommunistische Grundsätze und Taktik“, 3 ff bzw. 60 ff; „Leitsätze über den Parlamentarismus“, 45 ff bzw. 62 ff; „Leitsätze über die Gewerkschaftsfrage“, 51 ff bzw. 64 ff.

[41] Sie verlor durch die Ausschlüsse und Austritt in der Zeit um den 2. Parteitag „etwa die Hälfte“ (Flechtheim, a. a. O., 60), „fast 60%“ (Walter Rist, Der Weg der KPD., in: Neue Blätter für den Sozialismus, [86] Jg. 3, Potsdam, 1932, 79 ff, hier: 83) ihrer rund 107.000 Mitglieder, zumeist an die im April 1920 sich konstituierende KAPD.

[42] Die Namen der Redner sind im Protokoll aus Gründen konspirativer Art nicht vermerkt.

[43] Bericht 2. Parteitag KPD (1919), 50.

[44] Aus einem drucktechnischen Versehen im Parteitagsbericht wird dieser Zusammenhang nicht ganz klar: vgl. die Fassungen des zweiten Absatzes der Ziffer 8 in den Leitsätzen über die Gewerkschaftsfrage im Zentrale-Entwurf (54), im Abänderungsantrag W.[alcher] = Stuttgart (57) und in der endgültigen Fassung (66).

[45] Walcher geht hier, ähnlich wie Brandler (vgl. oben, S. 6), über den Tenor der Zentraleleitsätze noch hinaus; vgl. bes. 56.

[46] Referat W.[alcher] = Stuttgart a. a. O., 57.

[47] Thalheimer, Über die Kriegstribute, in: Die Internationale, Jg. 1, Berlin, 1919, Heft 4, 5 ff.

[48] Frölich, Wandlungen in der Struktur der Arbeiterklasse, ibd., Heft 15/16, 304 ff.

[49] Thalheimer, Über kommunistische Taktik, in: Die Kommunistische Internationale, I, 4/5, Petrograd-Moskau, 1920, 19 ff, hier: 39. – Von Brandler wird die Taktik abgeleitet aus dem Widerspruch zwischen dem „spontanen Bedürfnis, zu proletarischen Aktionen zu kommen“, und der Unmöglichkeit, dabei „von revolutionären Zielsetzungen auszugehen“. Hieraus ergibt sich, dieser Argumentation zufolge, als ihr Sinn, den nicht-kommunistischen Arbeitern „zu helfen, daß sie ihre eigenen Führer entlarven und sich selbst nicht weiter betrügen.“ Mündlicher Bericht Heinrich Brandler 28.2.62. Vgl. auch Diskussionsbeitrag Brandler, Bericht 3. Parteitag KPD, 16 f, hier 17.

[50] Vgl. Schürer, a. a. O., 30 f; Diskussionsbeitrag Heckert in: Bericht III. Kongreß KI, 527 ff, hier 531. Flechtheim, a. a. O. 62 ff gibt über das Verhalten des in Berlin anwesenden Teils der Zentrale detailliert Auskunft. Die Argumentation Ruth Fishers (a. a. O. 154), derzufolge die Abstinenzpolitik der Zentrale bis – spätestens – zum Abend des 14. März 1920 durch die Rückkehr Levis aus dem

Gefängnis von ihm korrigiert werden konnte, überzeugt deshalb nicht restlos, weil diese Entlassung nach Angabe Ruth Fischers (a. a. O.) „einige Tage später“ als die Ankunft des ersten Zentrale-Manifestes zum Putsch bei den Ortsparteigruppen, also frühestens am 15. März, erfolgt ist.

[51] Indes spielte „in einigen Bezirken ... die K.P.D. bei der Abwehr des Kapp-Putsches eine wichtige Rolle“. (Schürer, a. a. O., 31). Dies gilt insbesondere für West-Sachsen: vgl. Brandler, Die Aktion gegen den Kapp-Putsch in Westsachsen, Berlin, 1920. In der Dokumentation. dieser Schrift findet sich – in einem von der Chemnitzer SPD-Leitung verfaßten Schriftstück ... bereits der Begriff „Einheitsfront“, als Funktion sozialistischer Politik (S. 15).

[52] Vgl. Bericht 4. Parteitag KPD, 28 f.

[53] Diskussionsbeitrag Thalheimer ins Bericht 4. Parteitag KPD, 31 ff, hier: 33 f. Während des Kapp-Putsches vertrat Thalheimer zunächst die Auffassung, die Arbeiterklasse sei im gegebenen Augenblick noch „nicht aktionsfähig“ und trat daher, im Gegensatz zum entschlossenen Handeln der Partei in bestimmten Bezirken, nicht für den Generalstreik ein. Mit dem Sichtbarwerden der Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft auch in Berlin trat dann auch die von Thalheimer bestimmte Zentralemehrheit zunächst für den Generalstreik, sodann für die „reine Arbeiterregierung“ ein (Thalheimer, Walcher, Pieck und Lange am 21. März in den Verhandlungen mit der Berliner Streikleitung; nach Borkenau, The Communist International, 155 f, haben bereits am 18. März [87] Walcher und Pieck auf einer Konferenz mit Gewerkschaftsvertretern einer Arbeiterregierung loyale Opposition zugesichert; diese Angabe beruht vermutlich auf einer Datenverwechselung: die Polemik, die auf dem Parteitage – vor allem von Meyer – gegen die Zentrale-Erklärung mit dem Argument geführt wurde, diese habe als zu frühzeitig verfaßte die revolutionäre Bewegung gehemmt, hätte sich sicherlich der Tatsache einer dementsprechenden Erklärung von KPD-Vertretern gegenüber den Gewerkschaften, hätte es sie am 18. März gegeben, bemächtigt; vgl. Diskussionsbeitrag Meyer in Bericht 4. Parteitag KPD, 40 ff und Zwischenrufe Pieck daselbst; nach Pieck, a. a. O. 37 ff wurde die umstrittene Zentrale-Erklärung erst in der Nacht zum 23. März verfaßt). Mit der Loyalitäts-Erklärung solidarisierte sich insbesondere Levi; Brandler wandte sich insofern gegen sie, als sie „die scharfe Hervorhebung unseres Standpunktes“ vermissen ließ (Bericht 4. Parteitag 54 f, hier: 55).

[54] Frölich, Die Kappiade und die Haltung der Partei, in: Die Internationale, Jg. 2, Berlin, 1920, Heft 24, 19 ff; vgl. die Replik von Thalheimer, ibd., Heft 25, 7 ff; ferner den Abriß der Ereignisse um den Kapp-Putsch aus der Sicht Thalheimers von M. J. Braun. Die Lehren des Kapp-Putsches, ibd., Heft 23, 22 ff und Heft 24, 4 ff

[55] Nach Walcher fungierte parlamentarische Arbeit der KP als Mittel zur Entlarvung des Parlaments als eines Herrschafts-Instruments: Diskussionsbeitrag Bericht 4. Parteitag KPD, 56 f, hier 57; vgl. auch Referat Levi, a. a. O. 4 ff, hier 24, und Resolution II, a. a. O., 26; übereinstimmend hiermit Brandler, Diskussionsbeitrag, a. a. O. 54 f, hier: 54.

[56] Heinrich Brandler, Rede, gehalten auf dem 1. Kongreß der Betriebsräte der Gewerkschaften Deutschlands, Leipzig, 1920; ders., Betriebsräte und politische Arbeiterräte, Rede des Genossen Brandler auf dem 5. Parteitag der KPD (Spartakusbund) in Berlin, am 2. November 1920, o. O., o. J.; ders., Gewerkschaften und Betriebsräte, Referat des Genossen Brandler auf dem Vereinigungsparteitag im Dezember 1920 in Berlin, Berlin, o. J.; Referat Brandler auf der Versammlung der Berliner Betriebs- und Angestelltenräte an 15.11.20, vgl. Die Rote Fahne, Jg. 1920, Nr. 235, 16.11., Beilage; vgl. ferner H. Brandler, Paul Lange abtrünnig?, in: Die Rote Fahne, a. a. O.

[57] Jakob Walcher, Die Arbeit in den Gewerkschaften, in: Die Internationale, Jg. 2, Berlin, 1920, Heft 26, 37 ff.

[58] Brandler, Rede, gehalten auf dem 1. Kongreß, a. a. O., 24, 28 (Hervorhebungen im Original).

[59] A. a. O., 39; der ADGB-Führung ging es lediglich um eine Zusammenfassung der freigewerkschaftlich organisierten Betriebsräte; vgl. Rettig, a. a. O., 47 f.

[60] Brandler, a. a. O., 32 ff; Resolution der KPD-Fraktion auf dem Betriebsrätekongreß über die Aufgaben der Betriebsräte, Brandler a. a. O. 53 ff. Zur Produktionskontrolle gehörten hiernach:

Inventuraufnahme als Feststellung und Erfassung aller Rohstoffe, Hilfsstoffe und Produktionsmöglichkeiten; Organisierung der Kohleverteilung zum Aufbau der zerstörten Wirtschaft; Erzwingung der Einstellung aller unproduktiven Arbeit; Transportkontrolle; Ein- und Ausfuhrkontrolle; Finanzkontrolle; Kontrolle der Lebensmittelbeschaffung und -verteilung; Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen zu Sowjetrußland. Die Forderung der Produktionskontrolle findet sich bereits im Programm des Spartakusbundes (a. a. O., 55, Abschnitt III C, 6 u. 7.). Als historisches Vorbild kann der Versuch der Einführung der Arbeiterkontrolle unmittelbar nach der russischen Oktoberrevolution gelten (vgl. Entwurf von Bestimmungen [88] über die Arbeiterkontrolle, Lenin, Werke a. a. O., Band 26, Berlin, 1961, 267 f). Vgl. auch Referat Thalheimer „Die politische Lage“, Bericht 5. Parteitag KPD, 67 ff, hier 75 f; Brandler, Paul Lange abtrünnig?, a. a. O.

[61] Vgl. Brandler, Rede, gehalten auf dem 1. Kongreß, a. a. O., 42 f.

[62] Thalheimer, Über kommunistische Taktik, a. a. O., 44 f. Brandler, a. a. O., 39; vgl. die von Brandler dem 5. Parteitage vorgelegten Leitsätze für die politischen Arbeiterräte, Bericht 5. Parteitag KPD, 184 ff, hier: 187.

[63] Vgl. oben, Anmerkung 37.

[64] Vgl. Diskussionsbeitrag Thalheimer in: Bericht 3. Parteitag KFD, 14.

[65] Vgl. Protokoll II. Kongreß II, 404 ff (Referat Bucharin über Parlamentarismus), 416 ff (Bericht Rosi Wolfstein), 466 ff (Leitsätze Parlamentarismus), 482 ff (Referat Radek über die Gewerkschaftsfrage), 510 ff (Diskussionsbeitrag Walcher), 526 ff (Leitsätze Gewerkschaftsbewegung).

[66] A. a. O., 387 ff: Punkt 2 (Arbeit auf „allen ... Posten der Arbeiterbewegung“) und Punkt 9 (Zellenbildung in den Gewerkschaften), zu dem allerdings Punkt 10 (Unterstützung der Roten Gewerkschaftsinternationale [RGI]) partiell in Widerspruch steht. Vgl. hierzu auch: Paul Levi, Bericht über die Entwicklung der K.P.D., in: Berichte zum Zweiten Kongreß der Kommunist. Internationale, o. O. [Hamburg], 1921, 21 ff, bes. 30 ff.

[67] Der „Linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, Werke, a. a. O. Band 31, Berlin, 1959, 1 ff, bes. 95 ff.

[68] Die Schrift billigt insbesondere die von Thalheimer maßgeblich beeinflußte Erklärung der KPD-Zentrale zur „Sozialistischen Regierung“ nach dem Kapp-Putsch und kritisiert an ihr lediglich die theoretische Form eines Teils ihrer Thesen (vgl. oben, S. 9); a. a. O., 97 f.

[69] Vgl. Referat Thalheimer („Die Situation in der Partei“) in: Bericht 5. Parteitag KPD, 16 ff, hier: 18; Levi a. a. O., 32; freilich haben hierzu die äußere Stabilisierung der allgemeinen politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse bis zum Anschwellen der inflationären Welle, und verbunden hiermit die Aufhebung der Illegalität der Partei, die von März 1919 bis März 1920 dauerte, ebenfalls beigetragen.

[70] Vgl. Protokoll außerordentlicher Parteitag November/Dezember 1919 USPD; A. Struthahn [d. i. Radek], Der Parteitag der Unabhängigen, in: Die Internationale, Jg. 2, Berlin, 1920, Heft 19/20, 22 ff. Protokoll außerordentlicher Parteitag Oktober 1920 USPD; ferner: Flechtheim, a. a. O., 68 ff; Eugen Prager, Geschichte der U.S.P.D., Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin, 1921, bes. 207 ff.

[72] Vgl. Referat Thalheimer, a. a. O.

[73] Rist, a. a. O., 88. Hiernach zählte die Partei Anfang 1921 356.000 Mitglieder „der höchste Stand, den der Kommunismus in Deutschland jemals [bis 1932] erreicht hat“.

[74] Levi wurde neben Ernst Däumig Vorsitzender der VKPD; Brandler und Thalheimer hielten auf dem Vereinigungsparteitag – wie schon auf dem 5. Parteitag – je eines der Hauptreferate und gehörten zur neu gewählten Zentrale (unzutreffend Angaben bei Colotti, a. a. O., 211, der Thalheimer als Zentralemitglied nicht aufführt): Bericht Vereinigungsparteitag VKPD, 72 ff, 155 ff, 270. Vgl. auch: unten, Anm. 75.

[75] *Robert Siewert*, geb. am 30.12.1887 in Schwersenz als Sohn eines Zimmermanns. In ärmlichen Verhältnissen aufgewachsen. Berufsausbildung als Maurer. 1906 SPD. Wanderschaft in Deutschland

und in der Schweiz. [89] In Zürich Verbindung mit Lenin und Heinrich Brandler. Verhaftung auf Grund politischer Tätigkeit. Ende des I. Weltkriege in Chemnitz, Mitglied der Spartakusgruppe. 1918 Mitglied des Soldatenrates der 10. Armee. 1919 KPD. Bezirkssekretär und Abgeordneter des Sächsischen Landtags. Vom 4. bis nach den 8. Parteitag der KPD Mitglied des Zentralausschusses. (Mündl. Bericht Fanny Kaden 27.10.1962; Mündlicher Bericht Walter Uhlmann 19.10.1962; Bericht 4. Parteitag KPD, 79; – 5. Parteitag KPD, 55; – Vereinigungsparteitag VKPD, 217; – 2. (7.) Parteitag KPD, 438; – 8. Parteitag KPD, 442; Handbuch des Landtages Sachsen-Anhalt, Halle, o. J. [1947], 160; Wer ist Wer?, Hrg. v. Walter Habel, Berlin, 1951).

Hans Tittel, geb. 1894 in Dresden. Steindrucker. 1909 in der sozialistischen Jugend, 1912 in der SPD organisiert. Gewerkschaftlich organisiert seit 1909. 1914 wegen Opposition gegen die Kriegspolitik der SPD Parteiausschluß; Anschluß an die württembergische radikale Linke um Fritz Westmeyer. Verbindung mit der Bremer Linken. 1919 KPD. Parteisekretär in Württemberg. Vom 4. bis nach dem 2. (7.) Parteitag der KPD Mitglied des Zentralausschusses. (Schriftl. Bericht Hans Tittel 12.11.1962; Bericht 4. Parteitag KPD, 79; – 5. Parteitag KPD, 55; – Vereinigungsparteitag VKPD, 218; – 2. (7.) Parteitag KPD, 439).

Alwin Heucke, geb. am 19.10.1890 in Borkendorf. Lokale oder bezirkliche Funktionen in der KPD. (Auskunft Bürgermeisteramt Thalau/Rhön 16.12.1962).

Max Köhler, „geb. am 26. Juli 1897 in Berlin. Tischler. 1911 AJ, im Krieg, SPD, USPD.“ An der Gründung des Jugend-Bildungsvereins Groß-Berlin [Jugendverband des Spartakusbundes] am 1.4.1916 beteiligt; Vorsitzender dieser Gruppe im Juli/August dieses Jahres; danach Verhaftung in Zusammenhang mit den Berliner Demonstrationen gegen die Verurteilung Karl Liebknechts. 1919 KPD. Funktionen zunächst im Jugendverband, dann in der Gewerkschaftszentrale (Abteilungsleiter für die Industriegruppen Holz, Textil, Leder). (Zitat nach Drechsler, a. a. O., Band II, 4; Mündl. Bericht Max Köhler 27.10.1962).

Alfred Schmidt, geb. am 24.11.1891 in Wintersdorf (Thüringen) als SPD-Funktionär tätigen Schuhmachermeisters. Brauereiarbeiter. 1912–1918 Militärdienst, dann Eisenbahnarbeiter. Gewerkschaftlich organisiert seit 1908, ab 1919 im Eisenbahnerverband – Gewerkschaftssekretär –, ab 1922 DMV. 1909 SPD. USPD. 1919 KPD. (Mündl. Bericht Alfred Schmidt 20.10.1962; Handbuch für den Preußischen Landtag, 3. Wahlperiode, Berlin, 1928). – (vollständige Lebensläufe der Vorgenannten: Anhang I, Biographien).

Wilhelm Pieck, geb. am 3.1.1876 in Guben, Tischler. 1894 Deutscher Holzarbeiterverband, 1895 SPD. 1906 Parteisekretär. 1906–1910 MdBB. Spartakusbund, 1919 KPD, Verhaftung zusammen mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Mitglied der Zentrale bzw. des ZK der KPD seit dem Gründungsparteitag. 1921–1928 und 1932–1933 MdL in Preußen, 1928–1953 MdR. 1933 Emigration. 1945 Vorsitzender der KPD in der SBZ, 1946 bis 1954 der SED. 1949 Staatspräsident der DDR. Gestorben am 7.9.1960.

Klara Zetkin, geb. 1857 in Wiederau. Lehrerin. SPD. 1891–1916 Redakteurin der „Gleichheit“. 1919 KPD. Vom 5. bis nach dem 8. und vom 10. bis nach dem 11. Parteitag der KPD Mitglied der Zentrale bzw. des ZK der KPD. 1920–1933 MdR. Führend in der internationalen kommunistischen Frauenbewegung und der IRH, verschiedene Funktionen in der Führung der Kl. Gestorben 1933 in Archangelskoje bei Moskau. [90]

Ernst Meyer, geb. am 10.7.1887 in Prostken (Ostpr.). Studium der Nationalökonomie und Philosophie, Dr. phil. Schloß sich als Student der Arbeiterbewegung an (1908: SPD). 1911 Wirtschaftsredakteur am „Vorwärts“. 1914 zur Gruppe Luxemburg, Mehring und Liebknecht gehörig. Vertreter des Spartakusbundes auf den internationalen Konferenzen von Zimmerwald (1915) und Kienthal (1916). 1919 KPD. Vom Gründungsparteitag bis nach dem 4. Parteitag, nach dem 7. und von Ende 1925 b. n. den 11. Parteitag Mitglied der Zentrale bzw. des ZK. Mitglied des Staatsrates (1926 bis 1928) und MdL in Preußen (seit 1921). Nach 1923 führendes Mitglied der Versöhnler-Gruppe in der KPD. Gestorben am 1.2.1930.

Friedrich Heckert, geb. 1884 in Chemnitz. Redakteur. SPD. Nach 1914 zusammen mit Brandler Organisator des Spartakusbundes in Chemnitz. 1919 KPD. Seit dem Vereinigungsparteitag bis (mindestens) nach dem 10. Parteitag Mitglied der Zentrale bzw. des ZK. Vom 10.–29.10.1923 Wirtschaftsminister

in der sächsischen Regierung Zeigner. 1924–1933 MdR. Trat ab 1925 für die politische Linie des Thälmann-ZK ein. Funktionen im Moskauer und im Mitteleuropäischen Sekretariat der KI. 1933 Emigration. Gestorben 1936 in Moskau.
Fritz Rück, geb. am 15.4.1895 in Stuttgart. Schriftsetzer. Als Vertreter der Spartakusgruppe auf dem Gründungsparteitag der USPD 1917. Noch am 7.11.1918 zusammen mit Thalheimer in Stuttgart wegen revolutionärer Tätigkeit verhaftet. 1919 KPD. 1924 Rechtsopposition. 1931–1932 SAP („Kommunistische Linke“). 1933–1937 Schweiz, danach Schweden. 1950 Stuttgart. Vorstandsmitglied der IG Druck und Papier. Bundesvorsitzender der „Naturfreunde“. Gestorben am 19.11.1959.

[76] Heinrich Brandler, Die Organisation der Partei, in: Die Internationale, Jg. 2, Berlin, 1920, Heft 26, 33 ff, hier: 33, 36.

[77] Vgl. Bericht Vereinigungsparteitag VKPD, 222 ff.

[78] A. a. O., 232.

[79] Referat Thalheimer in: Bericht 5. Parteitag KPD, 67 ff, hier: 76 f; Thalheimer versteht hier (76) unter „Revolutionärer Offensive“ vor allem eine Forcierung der „ökonomischen Kämpfe ... zu immer stärkeren Machtauseinandersetzungen. Und wenn diese Steigerung erfolgen wird, so wird sie [die VKPD] die Konterrevolution zwingen, aus ihren Schlupflöchern hervorzukommen“; auch sein Aufsatz „Die Vereinigte Kommunistische Partei“ (in: Die Internationale, Jg. 2, Berlin, 1920, Heft 26, 6 ff) betont das Gewicht gewerkschaftlicher und parlamentarischer Arbeit und steht somit in der Taktiktradition der Partei und im Gegensatz zu seiner späteren „Offensivtheorie“; vgl. auch A. Th.[alheimer], Nach dem Parteitag, in: Die Rote Fahne, Jg. 1920, Nr. 255, 9.12. Selbst Levi (Der Parteitag der Kommunistischen Partei, in: Die Internationale, a. a. O., 41 ff) ist zu dieser Zeit von einer Art revolutionären Aufbruchsstimmung bestimmt. Zur Offensivtheorie vgl. unten, S. 15 ff.

[80] Vgl. Thalheimer, Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Berlin, o. J. [1932], 22; ders., Diskussionsbeitrag auf der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, vom 24. Februar bis 4. März 1922, in: Die Taktik der Kommunistischen Internationale gegen die Offensive des Kapitals, Bericht über die Konferenz, Hamburg, 1922, 70 ff, hier: 71; ausführlich: ders., Skizze der Geschichte der Einheitsfront in Deutschland, in: Die Kommunistische Internationale, III, 21, Petrograd-Hamburg, 1922, 14 ff, hier: 15. Mündlicher Bericht Heinrich Brandler 28.2.62. Die „Stuttgarter Forderungen“ wurden nach einem [91] Meinungsaustausch mit Brandler und Walcher von der württembergischen BL, deren Pol-Leiter Hans Tittel war, formuliert (Schriftl. Bericht Hans Tittel 12.11.1962).

[81] Die Rote Fahne, Jg. 1921, Nr. 11, 8.1.

[82] Vgl. Paul Bremer [d. i. Radek], Die Bildung der einheitlichen proletarischen Kampffront, in: Die Internationale, Jg. 3, Berlin, 1921, Heft 1, 1 ff und Heft 2, 10 ff; vgl. auch Ruth Fischer, a. a. O., 256.

[83] Der ADGB parierte mit einen Programm, das 10 Bedingungen zur Abhilfe der Arbeitslosennot enthielt; der ADGB-Vorstand drohte in einem Brief vom 7.2. mit dem Ausschlusse derjenigen aus den Gewerkschaften, die sich mit dem Offenen Brief identifizierten; so wurden u. a. Brandler und Heckert aus dem Bauarbeiterverband ausgeschlossen (Thalheimer, Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?, a. a. O., 23; Die Rote Fahne, Jg. 1921, Nr. 33, 21.1., Beilage; Der Kommunistische Gewerkschafter, 1. Jg., Nr. 4, 29.1.1921).

[84] Vgl. Die Rote Fahne, a. a. O., Nr. 17, 12.1.; 19, 13.1.; 21, 14.1.; 32, 20.1.; 51, 1.2.; 57, 4.2.; 61, 6.2., 64, 8.2., 74, 14.2.; Thalheimer, a. a. O., 24; Flechtheim, a. a. O., 72.

[85] Die Rote Fahne, a. a. O., Nr. 25, 16.1.; Der Kommunistische Gewerkschafter, Jg. 1, Nr. 3, 22.1. 1921.

[86] Bezeichnenderweise wird von Rosenberg (vgl. Geschichte des Bolschewismus, a. a. O., 160 ff und Geschichte der Weimarer Republik, a. a. O., 121 f), welcher die Einheitsfrontpolitik lediglich als Produkt der innerrussischen Entwicklung charakterisieren zu können glaubt, der Ansatz der KPD zu dieser Taktik überhaupt nicht erwähnt. Vgl. auch oben, Anm. 6.

[87] Vgl. Anm. 83.

[88] Thalheimer, a. a. O., 24. Die Interpretation des Offenen Briefes bei Carl Mierendorff [Die Wirtschaftspolitik der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Diss. phil. Heidelberg, 1923, 77] als Versuch der KPD, „ein neues und eigenes Schema wirtschaftlicher Praxis auszubilden“, übersieht völlig den taktischen Charakter dieser Politik.

[89] Vgl. unten, S. 15 f.

[90] Paul Frölich, Das Bündnis, in: Die Rote Fahne, Jg. 1921, Nr. 75, 15.2.; die Argumentation Frölichs bezieht sich auf einen Teilpunkt der Einheitsfrontpolitik, nämlich auf die Forderung des Bündnisses mit Sowjetrußland. Die Redaktion der „Roten Fahne“ wies in einer Vorbemerkung zu diesen Artikel mit Recht darauf hin, daß in ihn Gedankengänge vorgetragen seien, „die so alt sind wie dar Spartakusbund selbst“. – Der Einheitsfrontpolitik kam damals insofern auch aktuelle politische Bedeutung zu, als in ihrer Konsequenz der Verzicht der VKPD beschlossen lag, die reinsozialistischen Landesregierungen in Braunschweig, Sachsen und Thüringen zu stürzen, was ihr nach den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen möglich gewesen wäre: sie wollte den sozialistischen Parteien die Möglichkeit geben, ihre Wahlparolen zu realisieren und sie ggf. als inkonsequent und „nichtsozialistisch“ dechiffrieren; vgl. Schürer, a. a. O., 46 f.

[91] *Paul Herbert Böttcher*, geb. an 2.5.1891 im Leipzig. Schriftsetzer. Politisch organisiert seit 1907 (SPD, später USPD), 1920 VKPD bzw. KPD. Vor dem I. Weltkrieg Reisen in fast alle europäischen Länder, nach dem Kriege (1921) auch nach Sowjetrußland. Führend in der Leipziger und sächsischen KPD. Vielfach KPD-Vertreter bei ausländischen KP-Kongressen. 1921 Sekretär der KPD-Zentrale. (Vollständiger Lebenslauf: Anhang I, Biographien) – (Hermann A. L. Degemer, Unsere Zeitgenossen, Wer ist’s?, IX. Ausgabe, Berlin 1928, 160; Bericht 2. (7.) Parteitag KPD, 7 f; Mündlicher Bericht Rudolf Zollmann, 21.10.1962). – Bericht 2. (7.) Parteitag KPD, 7 f; „Die Sitzung des Zentralausschusses“ (22.-24.II.21), in: Die Rote Fahne, Jg. 1921, Nr. 95, [92] 26.2.; 97, 27.2.; die Billigung der Exekutive-Entscheidung in der italienischen Frage ging auf einen Antrag von Stoecker und Thalheimer zurück. – Der Aufstieg Brandlers zum Parteivorsitzenden ist nach Borkenau, The Communist International, a. a. O., 159, vor allem auf das von Lenin mehrfach gutgeheißene taktisch-kluge Verhalten Brandlers beim Abbruch der Rätediktatur in Chemnitz nach den Kapp-Putsch zurückzuführen; so auch: Brockway, a. a. O., 349 f. Dagegen legt Brandler (Mündl. Bericht 27./28.12.1961) Wert auf die Feststellung, daß es zu dieser Zeit „auch Lenin nicht“ möglich war, den Vorsitzenden in der deutschen Partei zu bestimmen. – Der andere Vorsitzende der Partei war Stoecker.

[92] Vgl. unten, S. 15 f.

[93] Bericht 2. (7.) Parteitag KPD, 8; Walcher hatte zu dieser Zeit auch die Funktion eines Redakteurs der „Roten Fahne“ inne und gehörte, wie auch Brandler bis zu seiner Wahl zum Vorsitzenden, der Gewerkschaftszentrale der Partei an (a. a. O., 28 f).

[94] Vgl. Karl Radek, Die Krisis in der deutschen Kommunistischen Partei, in: Die Internationale, Jg. 3, Berlin, 1921, Heft 7, 236 ff, hier: 236. – Diese Bezeichnung zielt vielmehr eher auf die Differenz der neuen Führung zur – „rechten“ – Levi-Gruppe in der Frage der Entscheidung des EKKI in der italienischen Frage, welche diese Gruppe mißbilligt, jene dagegen unterstützt hatte. Aus diesem Sachverhalt nun wieder die Berechtigung abzuleiten, die Brandler-Thalheimer(-Stoecker)- Führung als „linke Sowjetfraktion“ zu bezeichnen (so: Rist, Die innere Krise der KPD, in: Neue Blätter für den Sozialismus, Jg. 3, Potsdam, 1932, 134 ff, hier: 147), ist höchst problematisch: vgl. Anm. 9, sowie die kritisch gegen die russischen Kommunisten gerichteten Bemerkungen Stoeckers in: Protokoll Parteitag November/Dezember 1919 USPD, 330 f, 333, auch: 334.

[95] Rist, a. a. O., Andersen, a. a. O., 114; Flechtheim, a. a. O., 72 f; Rettig, a. a. O., 62; die Auffassung, das Engagement der Partei in der „Märzaktion“ resultiere aus einer zuvor für sich formulierten Offensivtheorie, auch bei: Nollau, a. a. O., 62 und Borkenau, Der Europäische Kommunismus, a. a. O., 43; ähnlich: Hermann Weber, a. a. O., 25.

[96] Schürer, a. a. O., 43.

[97] Andersen, a. a. O., 114.

[98] Radek warf auf dem III. Weltkongreß der KI der deutschen Delegation ausdrücklich vor, daß die Brandler-Stoecker-Zentrale in den drei Wochen ihrer Existenz bis zur „Märzaktion“ sich nicht auf einen Kampf „eingestellt“ und die „Fehler“ der Levi-Zentrale nicht ausgemerzt hätte: Protokoll III. Kongreß KI, 462.

[99] Vgl. die Parolen in „Der Kommunistische Gewerkschafter“ bis zum 5. März 1921 (z. B. Nr. 9, Seite 77 und 79).

[100] Protokoll III. Kongreß KI, Diskussionsbeitrag Zetkin, 597 ff, hier: 600; Diskussionsbeitrag Maslow in: Bericht 2. (7.) Parteitag KPD, 269 ff; vgl. oben, S. 12.

[101] So – richtig – Klara Zetkin, Erinnerungen an Lenin, Werke Band III, Berlin 1960, 89 ff, hier: 106; Schürer, a. a. O., 49; ähnlich: Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus, a. a. O., 101.

[102] Gleichwohl stellten die Verteidiger der Aktion sie in Kontinuität zur Taktik seit dem Vereinigungsparteitag: vgl. Taktik und Organisation der Revolutionären Offensive, Die Lehren der Märzaktion. Herausgegeben von der Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, Leipzig-Berlin, 1921, Zur Einführung, 3 ff, hier: 4; Thalheimer, Die internationale und die innere Lage zu Beginn der Märzkämpfe, a. a. O., 7 ff, hier: 13 f. [93]

[103] Der insbesondere auf Sinowjew zurückging; vgl. E. H. Carr, German-Soviet Relations between the two World Wars, 1919–1939, London-Oxford, 1952, 44 f; Ruth Fischer, a. a. O., 213 f; Borkenau, a. a. O., 43 f; vgl. auch: Wenzel, a. a. O., 18; Georg Schwarz, Völker, höret die Zentrale, KPD. bankrott, Berlin, 1933, 53; die „Widerlegung“ dieses Arguments durch Thalheimer (a. a. O., 8 ff) mit den Hinweis darauf, die inneren Schwierigkeiten Sowjetrußlands nach dem Kronstädter Aufstand seien mit der Einleitung der NEP-Politik durch dem X. Parteitag der RXP(B) behoben und Rußland sei daher auf Unterstützung durch eine Aktion der VKPD nicht mehr angewiesen gewesen, ist, da der Parteitag erst am 16. März endete, offenkundig apologetischer Natur. Trotzki, Die Internationale Revolution und die Kommunistische Internationale, Berlin, 1929, 84, behauptet sogar, es sei der „leitende Gedanke“ der deutschen Zentrale bei der Märzaktion gewesen, „die Sowjetrepublik zu retten“.

[104] Vgl. dazu im einzelnen: Flechtheim, a. a. O., 74 f.

[105] Vgl. Paul Frölich, Die Märzaktion, in: Taktik und Organisation, a. a. O., 24 ff, hier: 28; vgl. auch: Z. Leder, Der Märzaufstand des deutschen Proletariats und die gelben Gewerkschaftsführer, in: Die Rote Gewerkschaftsinternationale, Jg. 1, Nr. 23 und 24, Beilage zu: Der Kommunistische Gewerkschafter, 1. Jg., Nr. 24, 25.6.1921 und 25, 2.7.1921, 175 ff bzw. 183 f., hier: 176.

[106] Die Berichte über diese ZA-Sitzung sind fragmentarisch und widersprechen einander zum Teil. Frölich, a. a. O., 28; vgl. auch: Schwarz, a. a. O.; Sitzung des Zentralausschusses, in: Die Rote Fahne, Jg. 1921, Nr. 131, 19.3. Vgl. auch: Paul Levi, Unser Weg. Wider den Putschismus, [2]1921, 30 ff; anders freilich der spätere und vermutlich apologetische Bericht über die ZA-Sitzung in: Bericht 2. (7.) Parteitag KPD, 61 f, sowie bei Brandler, War die Märzaktion ein Bakunisten-Putsch?, Leipzig-Berlin, 1921, 15 ff.

[107] Mündl. Bericht Heinrich Brandler 28.2.1962; Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, (Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921), o. O. [Hamburg], 1921, 53; unrichtig: Flechtheim, a. a. O., 79. Vgl. auch: Diskussionsbeitrag Malzahn in: Protokoll III. Kongreß KI, 549 ff, hier: 553; Diskussionsbeitrag Friesland, ibd., 574 ff.

[108] Sie gipfelte in der scharfen Kritik Levis an der Aktion und in dessen Ausschluß aus der Partei; vgl. Paul Levi, Was ist das Verbrechen? Die Märzaktion oder die Kritik daran? Berlin, 1921; ders.: Unser Weg. Wider den Putschismus, a. a. O.

[109] Taktik und Organisation, a. a. O., Zur Einführung, 3 ff, hier: 6.

[110] Thalheimer, Ergebnisse und Ausblick, in: Taktik und Organisation, a. a. O., 136 ff, hier: 137.

[111] Leitsätze über die Märzaktion [des Zentralausschußplenums vom 7./8. April] in: Taktik und Organisation, a. a. O., 139 ff, hier: 140. Vgl. ferner: Thalheimer, Der erste Versuch, in: Die Internationale, Jg. 3, Berlin, 1921, Heft 4, 105 ff; Paul Frölich, Der Fall Levi, ibd., Heft 4, 115 ff; ders., Die Märzaktion, in: Taktik und Organisation, a. a. O., .24 ff sowie: Demaskierung, a. a. O., 103 ff; Revolutionäre Offensive, Zur Märzaktion, in: Die Rote Fahne, Jg. 1921, Nr. 150, 4.4., Nr. 151, 5.4., Nr. 153, 6.4.

[112] *Ruth Fischer* (Elfriede Golke geb. Eisler), geb. 1895 in Leipzig. Studium der Philosophie und Nationalökonomie in Wien. Schriftstellerische Tätigkeit. Seit 1914 Kontakt mit der Arbeiterbewegung, 1918/19 KPÖ; Übersiedlung nach Deutschland, KPD. In der Leitung der Berliner [94] Bezirksorganisation. Zusammen mit Maslow Führung des „linken“ Flügels seit 1921. Ab 17.5.1923 bis 31.10.1925 Mitglied der Zentrale der KPD, seit April 1924 Parteiführung zusammen mit Maslow und Thälmann. 1924 bis 1928 MdR. 1926 Parteiausschluß. 1927 Gruppe „Orthodoxe Marxisten/Leninisten“, 1928 bis zum Mai desselben Jahres „Leninbund“. Wiederannäherung an die KPD. 1933 Emigration nach Paris. 1942 in die USA. Nach dem II. Weltkrieg wieder Paris. Publizistische Tätigkeit. Gestorben 1961 in Paris.
Arkadij Maslow, zunächst Mitglied der KPdSU, dann der KPD. Seit 1921 zusammen mit Ruth Fischer Führer des „linken“ Flügels der Partei. Vom 9. Parteitag bis nach dem 10. Parteitag Mitglied der Zentrale der KPD, Parteiführung zusammen mit Ruth Fischer und Thälmann. 1926 Ausschluß aus der Partei. 1927 Gruppe „Orthodoxe Marxisten/Leninisten“, 1928 bis zum Mai desselben Jahres „Leninbund“. Nach 1933 Emigration. Gestorben 1941 in Havanna. – Ruth Fischer, War die Märzaktion der V.K.P.D. eine „Bettelheimerei“?, in: Die Internationale, Jg. 3, Berlin, 1921, Heft 5, 160 ff; A. Maslow, Probleme des dritten Weltkongresses, ibd., Heft 7, 245 ff; Georg Lukács, Spontaneität der Massen, Aktivität der Partei, ibd., Heft 6, 208 ff und ders., Organisatorische Fragen der revolutionären Offensive, ibd., Heft 8, 298 ff.

[113] Vgl. Bericht 2, (7.) Parteitag KPD, 62; die Resolution wurde mit 26 gegen 14 Stimmen, insbesondere derjenigen der Gruppe um Klara Zetkin, bei Stimmenthaltung der Zentralemitglieder angenommen.

[114] Bericht 2. (7.) Parteitag KPD, 63; Leitsätze zur Taktik der Kommunistischen Internationale während der Revolution, in: Die Internationale, Jg. 3, Berlin, 1921, 239 ff.

[115] Heinrich Brandler, War die Märzaktion ein Bakunisten-Putsch?, a. a. O., bes. 22 („Das ganze Gerede über die Offensive scheint uns ziemlich müßig“).

[116] Karl Radek, Die Krisis in der deutschen kommunistischen Partei, in: Die Internationale, Jg. 3, Berlin, 1921, Heft 7, 236 ff. ders., Soll die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands eine Massenpartei der revolutionären Aktion oder eine zentristische Partei des Wartens sein?, Hamburg, [2]1921, kritisiert mit der Analyse des politischen Verhaltens der Partei in der Märzaktion selbst indirekt die Theorie der revolutionären Offensive; vgl. auch Abdruck in: Die Internationale, Jg. 3, Berlin, 1921, Heft 8, 277 ff: Die Lehren der Märzkämpfe.

[117] Protokoll III. Kongreß KI, Tagesordnungspunkt Taktik, 434 ff; Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, a. a. O., hier: Thesen über die Taktik, 31 ff, bes. 52 f; Klara Zetkin, a. a. O., 106, 110; zu Recht wies Thalheimer auf dem III. Kongreß, nachdem er seine Position weitgehend aufgegeben hatte, darauf hin, daß die für die KI neue Taktik des „Heran an die Massen“ im Spartakusprogramm (vgl. oben, Anm. 4) bereits angelegt war: Diskussionsbeitrag Thalheimer in: Protokoll III. Kongreß KI, 594 ff, hier: 597; vgl. auch: ders., Diskussionsbeitrag auf der Konferenz der Erweiterten Exekutive 24. Februar bis 4. März 1922, a. a. O., passim; ders., Skizze der Geschichte der Einheitsfront in Deutschland, a. a. O., passim; Referat Radek auf der Sitzung der Erweiterten Exekutive der KI in Moskau am 7. Juni 1922, in: Bericht über die Tätigkeit des Präsidiums und der Exekutive der Kommunistischen Internationale für die Zeit vom 6. März bis 11. Juni 1922, o. O. [Hamburg], 1922, 77 ff, hier: 78. Zur auf dem III. Kongreß [95] der KI inaugurierten Taktik siehe im einzelnen: unten, S. 17 ff. Vgl. ferner: Nollau, a. a. O., 63 f; Carr, a. a. O., 46 f; zur Interpretation von Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus, a. a. O., 161 ff vgl. oben, Anm. 6 und Anm. 86.

[118] Vgl. hierzu: Flechtheim, a. a. O., 86 f.

[119] Im internationalen Maßstabe indizierte sich das Abflauen der revolutionären Welle der Nachkriegszeit den Führern der KI seit der polnischen Niederlage Sowjetrußlands im August 1920. Vgl. „Referat des Vertreters des EK in Deutschland“ [Radek], in: Die Lehren der deutschen Ereignisse, a. a. O., 5 ff, hier: 16.

[120] Vgl. hierzu im einzelnen: Flechtheim, a. a. O., 75; Collotti, a. a. O., 90 f; für die Fortentwicklung dieser Gruppe vor allem: Drechsler, a. a. O., Bd. I, 1–51 und passim.

[121] Mit der Kritik an der Märzaktion hatte lediglich Levi auch öffentliche Kritik an der russischen und KI-Führung geübt; insofern war die Brandler-Gruppe auch von den Interessen der RKP (B) her gesehen für die Führung der KPD prädestiniert; vgl. hierzu: Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, a. a. O., 122.

[122] Ob die These Ruth Fischers, Radek habe die Einsetzung Brandlers als Parteiführer zum Zwecke der Unterstützung Trotzkis im russischen Fraktionskampf bewirken helfen und ihn eben deshalb gefördert, auch etwas Wahres hat, sei dahingestellt; jedenfalls übersieht Fischer, daß Brandler seiner politischen Tradition in der Partei nach für die Übernahme der Führungsposition bereits vor der Märzaktion – Fischer verlegt den Zeitpunkt fälschlich in das Jahr 1922 – durchaus der gegebene Mann war und dies aus den oben angegebenen Gründen nach der Aktion ebenso blieb. Ihre Interpretation, Brandler sei stets gleichsam ein Spielball in den Händen Radeks gewesen, ist angesichts der durchaus eigenständigen politischen Anschauungen Brandlers unverständlich und dürfte zu einer der vielen Pro-domo-Thesen zu rechnen sein, an denen das Buch Ruth Fischers so reich ist. Vgl. Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, a. a. O., 261 ff; auch: Thalheimer, 1923, Eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923, Berlin, 1931, 11.

[123] Der Hochverratsprozeß gegen Heinrich Brandler vor dem außerordentlichen Gericht am 6. Juni 1921 in Berlin, a. a. O. Zur Kritik an der vorwiegend juristisch, nicht politisch geführten Verteidigung Brandlers durch die Partei vgl. Referat Meyer in: Bericht 2. (7.) Parteitag KPD, 213 ff, hier: 222 f.

[124] Schriftlicher Bericht Heinrich Brandler vom 11.5.1962; hiernach kam Brandler Oktober 1921 in Rußland an. Referat Brandler in: Die Lehren der deutschen Ereignisse, a. a. O., 24 ff, hier: 31. Die Rückkehr nach Deutschland wurde durch die Amnestie nach der Ermordung Rathenaus ermöglicht.

[125] Für die Zeit nach der Märzaktion vermerkt Rist, a. a. O., in seiner grafischen Darstellung 140 f. ausdrücklich einen „fraktionellen Zusammenschluß“ der Gruppe Brandler-Thalheimer-Frölich.

[126] Nach den Angaben der entsprechenden Parteitagsberichte (Bericht 2. (7.) Parteitag KPD 15 und Bericht 8. Parteitag KPD, 57 ff) nahmen an zentralen Führungsaufgaben (wie Teilnahme an Sitzungen des EKKI und denen internationaler Konferenzen, Vertretungen der Partei beim EKKI und bei den Weltkongressen sowie bei Veranstaltungen ausländischer Parteien) in der Zeit vom Vereinigungsparteitag bis zum 2. (7.) Parteitag der KPD spätere eingeschriebene Mitglieder der KPO in 15 Prozent der entsprechenden Fälle teil; derartige Funktionen wurden in der Zeit vom 2. (7.) Parteitag bis zum (3.) 8. Parteitag [96] in über 18 Prozent der Fälle von späteren KPO-Mitgliedern ausgeübt. Die entsprechenden auf die Brandler-Thalheimer-Gruppe der Jahre 1921–1923 bezogenen Anteilzahlen, die sich freilich nicht genau bestimmen lassen, sind offenkundig weit höher.

[127] *Ernst Thälmann*, geb. 1886 in Hamburg. Transportarbeiter, später Angestellter, 1903 SPD, 1917 USPD, 1920 VKPD bzw. KPD. 1919 MdHB, 1924–1933 MdR. 1921/23 Anhänger der „ultralinken“ Fischer-Maslow-Gruppe, als solcher am 17.5.1923 in die Zentrale der KPD aufgenommen. Seitdem Mitglied der Zentrale bzw. des ZK. RFB-Vorsitzender. 31.10.1925 KPD-Vorsitzender. 1925 und 1932 Kandidat der KPD für das Reichspräsidentenamt. Mitglied des EKKI. Verhaftet 1933. 11 ½ Jahre Einzelhaft. Am 18.8.1944 im KZ Buchenwald ermordet. – Vgl. Schürer, a. a. O., 51; Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, a. a. O., 123; Fischer, a. a. O., 216; G. Sinowjew, Die Taktik der Kommunistischen Internationale (Rückblick auf die Arbeiten des III. Weltkongresses der Kommunist. Internationale), o. O. [Hamburg], 1921, 26 f.

[128] Thalheimer, Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?, a. a. O., 25. Vgl. z. B. Der Kommunistische Gewerkschafter, 1. Jg., Nr. 17, 7.5.1921.

[129] Diese Begründung der neuen Taktik wurde im Referat Trotzkis (Protokoll III. Kongreß KI, 48 ff, bes. 67 ff, 589 f) gegeben.

[130] G. Sinowjew, a. a. O., 16; Thesen über die Taktik, a. a. O., 45.

[131] Hierzu vgl. Sinowjew, a. a. O., 17 ff, insbesondere die Angriffe auf die deutschen „Ultralinken“, 27, 44; in bezug auf die deutschen „Offensivtheoretiker“ wird erklärt (27), „daß ein bedeutender Teil der deutschen Parteigenossen diesen Irrtum wirklich aufgegeben hat“. An dieser Stelle sei jedenfalls vermerkt, daß der III. Weltkongreß unter anderem Brandler zu seinem Ehrenvorsitzenden wählte: Protokoll III. Kongreß KI, 25.

[132] Hierzu vgl. die gegen die italienische und die deutsche Delegation gerichteten Diskussionsbemerkungen Lenins in: Protokoll III. Kongreß KI, 508 ff; ferner: Trotzki, Die Internationale Revolution und die Kommunistische Internationale, a. a. O., 84 ff. Zur Position der deutschen Delegation s. unten, S. 15 f, auch: Anm. 117.

[133] Die Thesen über die Taktik, a. a. O., 43, rügten an der deutschen Partei, daß sie es nicht „verstand ..., konsequent den Weg zu bearbeiten, den sie durch den ‚offenen Brief‘ betrat, den der Entgegenstellung der praktischen Interessen des Proletariats und der verräterischen Politik der sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaftsbürokratie“. Vgl. auch Radek, Glossen zum Dritten Kongreß, a. a. O.

[134] Thesen über die Taktik, a. a. O., 45 ff, bes. 48 f und 56 f. Vgl. ferner die „Thesen über die Kommunistische Internationale und die Rote Gewerkschaftsinternationale“ des III. Weltkongresses, in: Thesen und Resolutionen, a. a. O., 69 ff.

[135] Leitsätze über die Einheitsfront der Arbeiter und über das Verhältnis zu den Arbeitern, die der 2., 2 1/2. und der Amsterdamer Internationale angehören, sowie zu den Arbeitern, die anarcho-syndikalistische Organisationen unterstützen. (Einstimmig angenommen von der Exekutive der Kommunistischen Internationale am 28. Dezember 1921, in: Die proletarische Einheitsfront. Aufruf der Exekutive der Kommunistischen Internationale und der Exekutive der Roten Gewerkschaftsinternationale, (Moskau, 1. Januar 1922), Leitsätze über Flugschriften der Kommunistischen Internationale 12, o. O. [Hamburg], 1922, 11 ff. [97]

[136] Leitsätze über die Einheitsfront, a. a. O., 12, 16. (Hervorhebungen im Original)

[137] A. a. O., 25, 21, 14.

[138] Vgl. Die Taktik der Kommunistischen Internationale gegen die Offensive des Kapitals, a. a. O.; Bericht über die Tätigkeit des Präsidiums und der Exekutive der Kommunistischen Internationale, a. a. O., 76 ff (Sitzung der Erweiterten Exekutive von 7. Juni 1922 mittags); ferner: Christo Kabaktschieff, Die Entstehung und Entwicklung der Komintern, Hamburg-Berlin, 1929, 99.

[139] *Sinowjew*: Grigorij E. Zinovev (Hirsch Apfelbaum), geb. 1883 in Jelisavetgrad. 1901 SDAPR, 1903 Mehrheitsgruppe (Bolschewiki), 1907 Mitglied des ZK. 1908 Verhaftung, Emigration. Teilnahme an den Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal. Nach 1917 Vorsitzender des Petrograder Sowjets. 1919 Vorsitzender des EKKI und der KI. 1921 Mitglied. des Politbüros der KPR(B). 1923–1925 Bündnis mit Stalin und Kamenew gegen Trotzki, 1926/27 Block mit Trotzki gegen Stalin. 21.11.1926 Rücktritt als Vorsitzender des EKKI. 1927, 1932 und 1935 Parteiausschluß (Wiederaufnahme 1928 und 1933). 1936 zum Tode verurteilt und hingerichtet. – G. Sinowjew, Die Kommunistische Internationale und die proletar. Einheitsfront. Rede, gehalten in der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale am 24. und 28. Februar 1922 in Moskau, o. O. [Hamburg], 1922, 8 f.

[140] Ibd.; Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961.

[141] Vgl. hierzu vor allem die bei Voraussetzung der Marxschen Revolutionstheorie stringente theoretische Begründung der Einheitsfronttaktik von Thalheimer: Über die prinzipielle Begründung unserer

Taktik, in: Die Internationale, Jg. 4, Berlin, 1922, Heft 25, 567 ff; auch: ders., Brennende Fragen der Parteiarbeit, in: Die Rote Fahne, Jg. 1922, Nr. 559, 17.12.; Nr. 563, 20.12; Nr. 565, 21.12.; außerdem der spätere Aufsatz von Thalheimer: Zur Dialektik der kommunistischen Einheitsfronttaktik, in: Gegen den Strom [hiernach zitiert als GdSt] Berlin, 1930, 745 f. – Die Auffassung Borkenaus (The Communist International, a. a. O., 225), die Brandler-Gruppe nach dem III. Kongress „[was] gradually convinced of the advantages of this method [of the united front]“* übersieht die deutsche Vorgeschichte der Taktikkonzeption. Seine im späteren Buch (Der europäische Kommunismus, a. a. O., 46) geäußerte Meinung, es sei „Unaufrichtigkeit ... der Kernpunkt der ganzen Einheitsfronttaktik“, ist nicht allein angesichts des Prinzips der Äußerung kommunistischer Kritik an Einheitsfrontpartner während der Aktion, sondern vorab auch der jedenfalls in der deutschen Partei vielfach publizierten Darlegung des theoretischen Stellenwertes der Taktik wegen völlig absurd.

[142] Dieser Verurteilung kam nicht zuletzt die Tatsache entgegen, daß theoretische Begründungen der Einheitsfronttaktik sich auf Theoriestücke Rosa Luxemburgs beriefen; so Thalheimer im zitierten Aufsatz „Über die prinzipielle Begründung unserer Taktik“ unter Berufung auf Rosa Luxemburg, Sozialreform oder Revolution [Leipzig, ^{2}1908, 49 (über die strategische Antinomie von Massencharakter und Prinzipientreue sozialistischer Bewegung)].

[143] Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus, a. a. O., 165.

[144] Der Inhalt der Teilkämpfe nämlich wurde, als Resultierendes aus revolutionärem Endziel und gegebener politisch-gesellschaftlicher Datenkonstellation, ad hoc bestimmt und die Taktik schloß so im bestimmten Fällen eine strikte Ablehnung beispielsweise von Lohnkämpfen keineswegs aus: so Brandler, Die Entwicklungsbedingungen der R.G.I., in: Die Rote Gewerkschafts-Internationale, Jg. 2, Moskau [Berlin], 1922, Nr. 1 (12), 9 ff, hier: 13. Stets blieb für die damalige [98] Parteiführung die General-Definition der Einheitsfront als „erster Schritt auf dem Wege zur Diktatur des Proletariats“ in Kraft; vgl. Heckert in Friedrich Heckert und Pavlik, Die Einheitsfront, die Spaltungstätigkeit der Amsterdamer und die Offensive des Kapitals. Bibliothek der Roten Gewerkschafts-Internationale Bd. 20, o. O. [Berlin], 1923, 31.

[145] Vgl.: Die Moskauer Beschlüsse und die Partei, in: Die Rote Fahne, Jg. 1921, Nr. 353, 4.8.; Bericht des Zentralausschusses, in: Bericht 2. (7.) Parteitag KPD, 59 ff, hier: 64.

[146] Brandler konnte, da er sich in Rußland aufhalten mußte, nicht in die Zentrale gewählt werden. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland fungierte er – als Sekretär des nach dem 2. Parteitag der VKPD geschaffenen Politischen (Pol-)Büros der KPD – wieder als Mitglied der Zentrale (Bericht 8. Parteitag KPD, 57) – Anstelle von Paul Frölich wurde nach dem 2. Parteitag Rosi Wolfstein, seine spätere Ehefrau, Zentralemitglied.

[147] Bericht 2. (7.) Parteitag KPD 156 ff, 174 ff, 148 ff; auch: Radek, Die innere und äußere Lage Deutschlands und die nächsten Aufgaben der VKPD – Offener Brief an den 2. Parteitag der VKPD, Hamburg 1921. Der Brief Lenins empfahl den Delegierten – ohne Erfolg – die Ausschaltung der Maslow-Gruppe ans der Parteiarbeit (160); vgl. auch: Ruth Fischer, a. a. O., 221 f.

[148] Bericht 2. (7.) Parteitag KPD, 408 ff; Diskussionen: 225 ff.

[149] Vgl. Flechtheim, a. a. O., 75 f.

[150] Hierzu zusammenfassende Darstellungen aus der Sicht der damaligen Parteiführung und späteren Opposition: Thalheimer, Der proletarische Klassenkampf in Deutschland im Jahre 1922, in: Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1922/23, o. O. [Hamburg], o. J., 607 ff; ders., Skizze der Geschichte der Einheitsfront in Deutschland, a. a. O.; ders.: Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?, a. a. O., 26–32; ders,, 1923. Eine verpaßte Revolution?, a. a. O., 18 ff.

[151] Vgl. Bericht 8. Parteitag KPD, 48 ff; exemplarisch: Ruth Kämpfer [Pseud. Ruth Fischer?], Zur Krise der Partei, in: Die Internationale, Jg. 4, Berlin, 1922, Heft 8, 174 ff. Ruth Fischer, Zur Taktik

* [war] allmählich von den Vorteilen dieser Methode [der Einheitsfront] überzeugt

der Einheitsfront, in: Die Internationale, Jg. 5, Berlin, 1922, Heft 3, 57 ff, bes. 60 ff (hierzu die Erklärung Ernst Meyers, ibd., Heft 4, 112 und: ders., Kritik, Tatsachen und Phantasien, ibd., Heft 5, 140 ff); dies., Der Kampf um die kommunistische Partei, ibd., Jg. 6, Berlin 1923, 87 ff, bes. 95; diese und andere Artikel der „Linksopposition“ im theoretischen Organ der KPD der Jahrgänge 1922 und 1923 beweisen deutlich die Unwahrhaftigkeit der Behauptung von Repräsentanten der „Linken“, sie seien in dieser Zeit von der der Parteiführung mundtot gemacht worden. Für die Kritik an der Zentralepolitik nach dem Leipziger (8.) Parteitag zusammenfassend: Vom Leipziger Parteitag bis zum Oktober 1923, Materialien zur Stellungnahme der Opposition der KPD. gegenüber der offiziellen Parteipolitik, o. O. [Berlin] o. J.; Arkadij Maslow, Die taktischen Differenzen in der K.P.D., in: Die Kommunistische Internationale, V, 31/32, Leningrad-Hamburg, 1924, 185 ff.

[152] Vgl. Referat Walcher über „Unsere Tätigkeit in den Gewerkschaften“, Bericht 2. (7.) Parteitag KPD, 351 ff, bes. 360. Hierzu Rettig, a. a. O., 60 ff, der einleitend feststellt: „In der Periode von 1921 bis 1923 ... erreichte der komnmun.[istische] Einfluß in der freien Gewerkschaften sowohl absolut wie auch relativ gemessen ... seinen [99] höchsten Stand in der Zeit der Weimarer Republik ... [Sie wird charakterisiert] durch eine ausgedehnte Aktivität der Kommunisten in den ADGB-Verbänden mit Hilfe der Einheitsfronttaktik einerseits, und durch den rücksichtslosen Kampf der Verbandsführungen gegen das Anschwellen der kommun.[istischen] Gewerkschaftszellen und Fraktionen unter Anwendung von Ausschlüssen andererseits“.

[153] Vgl. unten, S. 10, bes. Anm. 60.

[154] Thesen über die Taktik, a. a. O., 47 f : „Alle konkreten Losungen, die den wirtschaftlichen Nöten der Arbeitermassen entspringen, müssen hineingeleitet werden in das Bett des Kampfes um die Kontrolle der Produktion[,] nicht als eines Planes der bürokratischen Organisation der Volkswirtschaft unter dem Regime des Kapitalismus, sondern des Kampfes geben den Kapitalismus durch die Betriebsräte wie die revolutionären Gewerkschaften.“ (Hervorhebungen im Original) Ferner: Salomon A. Losowsky, Aufgaben und Taktik der Roten Gewerkschafts-Internationale, Rede des Genossen Losowsky mit der auf dem Kongreß angenommenen Resolution, o. O. [Berlin], 1921, 25 f; ders., Der erste internationale Kongreß der revolutionären Gewerkschaftsverbände (3. bis 19. Juli 1921), in: Die Kommunistische Internationale, II, 18, Petrograd-Hamburg, 1921, 28 ff, hier: 40 f; vgl. außerdem: A.[ugust] Th.[alheimer], Zur Losung der Arbeiterkontrolle der Produktion, in: GdSt, 1931, 180 f.

[155] Resolution zu den Steuer- und Wirtschaftskämpfen, Bericht 2. (7.) Parteitag KPD, 415 ff; Diskussionen: 316 ff, 328 ff.

[156] Die zitierte vom Parteitag angenommene Resolution stellte bereits eine Konzession der Zentrale an die „ultralinke“ Gruppe dar; indes war auch seitens der Zentrale die „Sachwerterfassung“ von Anbeginn mit der Forderung einer Produktionskontrolle durch proletarische Klassenorgane eng verbunden gewesen (vgl. Bericht 2. (7.) Parteitag KPD, Vorlagen an den Parteitag, 2. Steuern und Staatsfinanzen, 114 ff, hier: 117 f sowie den Diskussionsbeitrag Meyers, a. a. O., 344 f.) – Ruth Fischer, die die „Sachwerterfassung“ als Übersetzung der „russischen Formel“ der NEP ins Deutsche charakterisiert (Stalin und der deutsche Kommunismus, a. a. O., 219 f), verfehlt daher die wirkliche Konzeption der damaligen Parteiführung, wie sie auch von der deutschen Vorgeschichte dieser Forderung abstrahiert. Angesichts dessen dürfte ihrem Bericht über eine Sondersitzung von deutschen Parteiführern und Lenin, Sinowjew und Trotzki während des IV. Weltkongresses in Moskau (a. a. O., 223 ff), auf der Lenin sich gegen eine von Meyer angeblich geforderte Übertragung der NEP auf deutsche Verhältnisse gewandt habe, mit Zweifeln zu begegnen sein. Vgl. auch: Thalheimer, Zu den Verhandlungen über die Erweiterung der Regierungskoalition im Reiche und in Preußen, in: Inprekorr, 1921, 5 (4.10.).

[157] Vgl. Bericht 8. Parteitag KPD, 125; die entsprechende Resolution wurde mit 31 gegen 15 Stimmen angenommen; vgl. ferner Thalheimer, Skizze der Geschichte der Einheitsfront in Deutschland, a. a. O., 17; Brandler, Die Entwicklungsbedingungen der R.G.I., a. a. O., hier: 15.

[158] Thalheimer wie Brandler machten sich sehr bald die Forderung, die ursprünglich von Meyer und Stoecker entwickelt worden war, zu eigen; Thalheimer, a. a. O.; ders., Reformistische Auflösung – revolutionäre Sammlung, in: Die Internationale, Jg. 3, Berlin, 1921, Heft 13, 477 ff, hier: 480:

„Ungenügend und widerspruchsvoll in sich treiben diese Forderungen [scul. Erfassung der Sachwerte etc.] notwendig über sich selbst hinaus, wenn versucht wird, ernst mit ihnen zu machen. Wenn wir nicht unterlassen dürfen, sie kritisch zu klären, so dürfen wir noch weniger überlassen, diese und ähnliche Teilforderungen zu Hebeln der [100] Massenbewegung, sie der revolutionären Sammlung dienstbar zu machen“; ders., Staatskapitalismus, ibd., Heft 15/16, 553 ff; Brandler, a. a. O., 14; ders., Kampf oder Bluff?, ibd., Jg. 1, Moskau (Berlin) 1921, Nr. 9, 23 ff, hier: 24 (anläßlich der Forderung des ADGB nach 25-prozentiger Beteiligung des Reiches an den Sachwerten, Oktober 1921): „Diese Forderungen würden, wenn durchgeführt, dem Kapitalismus kein Haar krümmen. Bei der zugespitzten Situation in Deutschland bedeutet dieser Schritt der Gewerkschaften dennoch einen Fortschritt“; Paul Frölich identifizierte sich ebenfalls, wie aus seinen Propagandabroschüren des Jahres 1922 erhellt [Stinnes oder die Arbeiter? Wer soll zahlen? Wer soll siegen?, Berlin, 1922, bes.: 22; Der Steuerbote nimmt dein Brot! Ein Kapitel indirekte Steuern. Berlin, 1922, bes. 14; auch: Hochverräter Stinnes, Drei Reichstagsreden, Berlin, 1923 (vgl. Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, z. B. Band 357, 9350 ff und 9429 ff, Reden in der 283. bzw. 286. Sitzung der I. Wahlperiode.)], mit dem staatskapitalistischen Programm, wobei er jedoch, wie Brandler, die Notwendigkeit der Aktivierung der Betriebsräte als den direkten Kontrollorganen der Arbeiterschaft besonders hervorhob. Die Propaganda für die Erfassung der Sachwerte und der Produktionskontrolle erreichte im Sommer 1923 mit der Einbringung eines Entwurfes für ein „Gesetz über die Erfassung der Sachwerte durch das Reich“ durch die KPD-Reichstagsfraktion ihren Höhepunkt (vgl.: Die Erfassung der Sachwerte, in: Kommunistische Partei-Korrespondenz, 3. Jahrgang, Nr. 16, Berlin, 15. August 1923, 141 ff, daselbst Abdruck des Entwurfes).

[159] Brandler, a. a. O., 24; Thalheimer, Vom deutschen Marionettentheater, in: Die Internationale, Jg. 3, Berlin, 1921, Heft 14, 509 ff; vgl. z. B.: Was gehen uns Regierungskrisen an? in: Der Kommunistische Gewerkschafter, 1. Jg., Nr. 42, 29. Oktober 1921.

[160] Thalheimer, Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?, a. a. O., 26; die sozialdemokratische Partei lehnte die Forderung der Bildung proletarischer Kontrollausschüsse ab; im Abschnitt „Arbeiterbewegung [im Deutschland]“ im Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1923/24, 581 ff, von Thalheimer heißt es über die Kontrollausschüsse (589): „Ihre Aufgaben waren die Kontrolle der reaktionären Rüstung einerseits, andererseits die Sicherung der Ernährung des Proletariats. Auf diesem Gebiet haben die Kontrollausschüsse wirklich große Arbeit geleistet, besonders in der Zeit der großen Geldentwertung, in der Landwirte und Händler in gleicher Weise Lebensmittel zurückzuhalten versuchten. Ende Juli 1923 arbeiteten 800 Ausschüsse“; ihre Tätigkeit konzentrierte sich vor allem auf die Preiskontrolle. – Der Betriebsrätebewegung wurden zwei Hauptaufgaben zugewiesen (ibd., 589): „einerseits die Erfassung der Unorganisierten und die Organisierung ihrer Kämpfe als Vorbereitung zur Gründung revolutionärer Industrieverbände, andererseits haben sie aber den Gedanken des politischen Rätesystems in den breiten Arbeitermassen zu verankern, indem sie ein Bindeglied zwischen der Führung der Arbeiterklasse, der Kommunistischen Partei, und den politisch nicht organisierten Massen darstellen“; vgl. im übrigen: Wenzel, a. a. O., 26 f. Für die Kampagne für Betriebsrätebewegung und Betriebsrätekongreß vgl. z. B. die Ausgaben des „Kommunistischen Gewerkschafters“, z. B. 1. Jg., Nr. 49, 17.12.1921, ferner: Brandler, Der Kampf um die Kontrolle der Produktion in Deutschland und der Reichsbetriebsrätekongreß, in: Die Rote Gewerkschafts-Internationale, Jg. 2, Moskau [Berlin], 1922, Hr. 10 (21), 624 ff; heute zusammengefaßt: Rettig, a. a. O., 102 f. [101]

[161] Der ZA trat mit nunmehr nahezu einstimmiger Geschlossenheit für eine Verstärkung der Einheitsfrontpolitik ein, die kurze Zeit vorher den Verlauf der großen Eisenbahnerstreiks maßgeblich hatte beeinflussen können; vgl. Ernst Meyer, Die Arbeiten des Zentralausschusses der KPD., in: Die Internationale, Jg. 4, Berlin, 1922, Heft 22, 493 ff; zur Politik der KPD während des Eisenbahnerstreiks: Clara Zetkin, Die Lehren des deutschen Eisenbahnerstreiks, in: Die Kommunistische Internationale, III, 20, Petrograd-Hamburg, 1922, 1 ff.

[162] Vgl. Ernst Meyer, Die deutsche Partei während der Rathenau-Kampagne, in: Die Kommunistische Internationale, IV, 22, Petrograd-Hamburg, 1922, 26 ff; Thalheimer, Wie schafft die Arbeiterklasse

die Einheitsfront gegen den Faschismus? a. a. O., 28; die Schwierigkeiten, die der KPD dadurch entstanden, daß sie sich gemäß den Thesen der KI über die Einheitsfront das Recht der Kritik an den Einheitsfrontpartnern während der Einheitsfrontaktion vorbehielt und es nutzte, beleuchtet die Agitationsschrift des ADGB über den Verlauf der Rathenau-Kampagne: Ist eine Einheitsfront mit den Kommunisten möglich? Denkschrift über die Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Arbeiterparteien über den Schutz der Republik, Berlin, 1922. – Für eine Wertung des Verhaltens der KPD-Zentrale während der Verhandlungen um das „Berliner Abkommen“ zwischen den Gewerkschaften und den Arbeiterparteien ist die Tatsache zu berücksichtigen, daß die Parteiführung hier in besonderem Maße der Kritik durch die „Ultralinke“ ausgesetzt gewesen ist. – Zur Rathenau-Kampagne im übrigen: Schürer, a. a. O., 50 f.

[163] Vgl. h.[einrich] b.[randler], Regierungsbildung und Reichsbetriebsrätekongreß, in: Die Internationale, Jg. 5, Berlin, 1922, Heft 11, 305 ff; für die Forderungen, die auf dem Kongreß erhoben wurden, siehe die Rede Brandlers auf dem Kongreß (als Broschüre: Berlin, o. J.; vgl. Auszug in: Anhang II, Dokumente) sowie das dort beschlossene „Programm der Arbeiter“ (abgedruckt in: Kommunistische Partei-Korrespondenz, 2. Jg., Nr. 22, Berlin, 1922, 1. Dezember 1922), das Forderungen zur Sicherung der Existenz der Arbeiterschaft, zur Abwälzung der Lasten des finanziellen Zusammenbruches auf die Produktionsmittelbesitzer – insbesondere die der Produktions- und Preiskontrolle – sowie die Forderung von „Maßnahmen zur Bekämpfung der Konterrevolution und der Wirtschaftssabotage“ enthielt; vgl. auch: Rettig, a. a. O., 104 f.

[164] Thalheimer, a. a. O., 28 f; ders., Arbeiterbewegung, a. a. O., 589. Schürer, a. a. O., 50 f.

[165] Vgl. oben, S. 9.

[166] Vgl. z. B.: Was gehen uns Regierungskrisen an?, a. a. O. Für die historischen Hintergründe der sächsischen Landespolitik: Walter Fabian, Klassenkampf um Sachsen. Ein Stück Geschichte 1918–1930, Löbau, 1930, 9-27 und passim.

[167] So: Für die soziale Republik, in: Der Kommunistische Gewerkschafter, 1. Jg., Nr. 35, 10.9.1921.

[168] Vgl. zu den politischen Morden auch: Frölich, Wider den weißen Mord, Berlin, [2]1922.

[169] So: P. F. (vermutlich Paul Frölich, der noch während des Kapp-Putsches sich heftig gegen die Unterstützung der „sozialistischen Regierung“ gewandt hatte; vgl. oben, s. 9), Der Sinn der Sache, in: Die Internationale, Jg. 5, Berlin, 1922, Heft 1/2, 1 ff; vgl. zur „linksrepublikanischen“ Propaganda der KPD in dieser Zeit auch: Schürer, a. a. O., 50 f.

[170] Hierzu vor allem: A.[ugust] Th.[alheimer], Zur Geschichte der Losung der „Arbeiterregierung“, in: GdSt, 1930, 632 f; 642; 654. [102]

[171] Karl Bremer [d. i. Radek], Der nahende Zusammenbruch der deutschen Bourgeoisie und die K.P.D., Hamburg, 1921; abgedruckt in und zitiert nach: Die Kommunistische Internationale, II, 19, Petrograd-Hamburg, 1922, 58 ff, hier: 68 f (Hervorhebungen im Original); die Broschüre ist nach Thalheimer, a. a. O., 632, im November 1921 erschienen; ähnlich der vom 7.11.1921 datierte Artikel Radeks: Die Aufgaben des Zentralausschusses der Partei, in: Die Rote Fahne, Jg. 1921, Nr. 524, 15. 11.; ferner: ders., Genua, die Einheitsfront des Proletariats und die Kommunistische Internationale. Rede auf der Konferenz der Moskauer Organisation der Kommunistischen Partei Rußlands am 9. März 1922, Hamburg, 1922, 60 ff, bes. 73.

[172] Thalheimer, a. a. O.

[173] II. Das Verhältnis der Kommunistischen Partei zu sogenanntem sozialistischen Regierungen. In: Die Internationale, Jg. 5, Berlin, 1921, Heft 14, 517 ff, hier: 520; vgl. auch die Bemerkung bei Bremer, a. a. O., 68: „Nur an einer Räteregierung können sich die Kommunisten beteiligen, hieß es in einer Resolution über die thüringische Regierungsfrage. Das ist ein vollkommener Trugschluß“.

[174] Zur politischen Lage und zur Politik der KPD, in: Die Rote Fahne, Jg. 1921, Nr. 535, 22.11., Resolution des ZA, angenommen mit 31 gegen 15 Stimmen; in ihr wird gegenüber der sonst

weitgehend akzeptierten Radekschen Position betont, daß die Bildung einer solchen Arbeiterregierung nur das Ergebnis eines Massenkampfes der Arbeiter sein könne. Noch in der Sitzung der Exekutive der KI vom 18.12.1921 zieh Radek aber die Zentrale der KPD, ihrer Ablehnung der neuen Arbeiterregierung-Konzeption wegen, des Opportunismus (Thalheimer, a. a. O., 642; Zitat Radeks daselbst). Die häufig (z. B. von Flechtheim, a. a. O., 81, unter Berufung auf den oben zitierten Resolutionsentwurf, der für seine Auffassung keinerlei Anhaltspunkte bietet) vertretene Meinung, es hätten die deutschen Kommunisten „jetzt zu erwägen“ begonnen, „ob diese [sozialdemokratischen Landes-] Regierungen nicht zu proletarischen Machtpositionen umgestaltet werden könnten“, übersieht den Widerstand der KPD-Zentrale gegen die vom EKKI geforderte Politik.

[175] Vgl. Leitsätze über die Einheitsfront, a. a. O., 16; Brief der Exekutive der Kommunistischen Internationale an den Zentralausschuß der KPD. [vom 10.1.1922], in: Die Rote Fahne, Jg. 1922, Nr. 29, 13.1.

[176] Thalheimer, a. a. O., Bericht 8. Parteitag KPD, 49, 125 f; Ernst Meyer, Die Arbeiten des Zentralausschusses der KPD, a. a. O., 493.

[177] Die Resolutionen der verschiedenen deutschen Parteigremien erbrachten im Verlauf der Jahre 1922/23 durchaus verschiedene Deutungen der Teilforderung „Arbeiterregierung“, deren wichtigste im folgenden jeweils mitgeteilt werden. – Sinowjew z. B. charakterisierte am 7.6.1922 als „Bindeglied“ zwischen den „Phasen“ „Teilforderungen“ und „Diktatur des Proletariats“, während er am 11.6.1922 Arbeiterregierung als „dasselbe, was die Diktatur des Proletariats ist“, bezeichnete. (Bericht über die Tätigkeit des Präsidiums und der Exekutive der Kommunistischen Internationale, a. a. O., 81 und 123).

[178] Vgl. Ernst Meyer, Die deutsche Partei während der Rathenau-Kampagne, a. a. O., 29.

[179] Schon seit Mai 1922 hatte Paul Böttcher die Möglichkeit einer Arbeiterregierung in Sachsen wiederholt stark betont. Vgl. Böttcher, Sozialdemokratisch-kommunistische Regierung? In: Die Internationale, Jg. 4, Berlin, 1922, Heft 21, 471 ff, ders., Falsche Schlußfolgerungen. Eine Replik zur sächsischen Frage, ibd. Heft 25, 572 ff, ders., Warum haben die Kommunisten den sächsischen Landtag aufgelöst?, ibd. Jg. 5, Berlin, 1922, Heft 8, 238 ff, ders., Das Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen, ibd., Heft 10, 284 ff; ders., Neue Kampferfahrungen. Die gescheiterte Arbeiterregierung in Sachsen, ibd. Heft 12, 341 ff. Zusammenfassend, von sozialdemokratischer Seite: Fabian, a. a. O., 126 ff. – Das Wahlergebnis ergab ein Verhältnis von 45 [103] bürgerlichen Abgeordneten zu 51 Abgeordneten der Arbeiterparteien (VSPD; KPD = 10 Sitze). Die KPD stellte für die Bildung der nun wiederum möglichen Arbeiterregierung die Bedingung, die Ausübung der Regierungsgewalt eng zu verbinden mit den „Klassenorganen des Proletariats“, und anfangs auch die Bedingung des Austritts der VSPD aus der Koalitionsregierung im Reich (Böttcher, Das Ergebnis, a. a. O., 288 sowie Neue Kampferfahrungen, a. a. O., 143 f), sie erreichte hiermit, daß wieder eine von der KPD tolerierte „reinsozialistische“ Regierung (Buck) unter Ausschluß der Kommunisten gebildet wurde; diese Regierung trat am 30.1.1923, während des 8. Parteitages der KPD, aufgrund eines von den Kommunisten initiierten Mißtrauensvotums gegen den Innenminister Lipinski zurück.

[180] Vgl. oben, Anm. 163.

[181] Vgl. Bremer, a. a. O., 68 ff; ferner auch Radeks Diskussionsbeitrag in Protokoll IV. Kongreß KI, 95 ff, bes. 101 f.

[182] Böttcher, Sozialdemokratisch-kommunistische Regierung?, a. a. O., 474.

[183] Ders., Neue Kampferfahrungen, a. a. O., 343 (Hervorhebungen in Original).

[184] Thalheimer, Über die prinzipielle Begründung, a. a. O., 569; vgl. auch: ders., Die Einheitsfront in Frankreich, in: Die Internationale, Jg. 4, Berlin, 1922, Hefte 22, 507 ff und 23, 521 ff, hier: 526.

[185] Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands [für die KI], in: Die Kommunistische Internationale, IV, 23, Petrograd-Hamburg, 1922, 122 ff, hier: 139.

[186] Die Forderung der Zulassung und Aufstellung proletarischer Hundertschaften spielte in Sachsen bei den Verhandlungen für die Regierungsbildung nach den Novemberwahlen eine Rolle (vgl. Böttcher, Neue Kampferfahrungen, a. a. O., 344; Brandler, Regierungsbildung und Reichsbetriebsrätekongreß, a. a. O., 309). Zu den Hundertschaften zusammenfassend: Wenzel, a. a. O., 27 f.

[187] A. a. O.; es forderte auf zum Kampf um die „Bildung einer Arbeiterregierung, gestützt auf Arbeiterwehren, Betriebsräte und Kontrollausschüsse“; vgl. auch: Brandler, Der Kampf an die Kontrolle der Produktion in Deutschland und der Reichsbetriebsrätekongreß, a. a. O., 628; ders., Rede auf dem Reichsbetriebsrätekongreß, a. a. O.; vgl. Auszug in Anhang II, Dokumente.

[188] Referat Radek über „Die Offensive des Kapitals“, in: Protokoll IV. Kongreß KI 296 ff, hier: 327; Resolution „Über die Taktik der Komintern“, ibd., 1007 ff, hier 1015 ff, bes. 1017. (Von den fünf unterschiedenen Typen der Arbeiterregierung, die vor allem Sinowjew entwarf, sind allein Typ 2, Sozialdemokratische Arbeiterregierung, und Typ 4, Arbeiterregierung mit Teilnahme der Kommunisten, für die deutschem Verhältnisse von Belang gewesen.) Vgl. ferner die Zustimmung der deutschen Delegationsmehrheit zu den Auffassungen Radeks in: Diskussionsbeitrag Hörnle, ibd., 383 ff sowie die Abwehr der zeitweiligen Vorstellung Sinowjews von einer Identität von Arbeiterregierung und Diktatur des Proletariats im Diskussionsbeitrag Ernst Meyers, ibd., 73 ff, und die Abweisung der rein parlamentarischen Variante durch Becker, ibd., 92 ff, hier: 95.

[189] Hierzu zusammenfassend: Borkenau, The Communist International, a. a. O., 232 ff.

[190] Vgl. Das Ergebnis des 11. Gewerkschaftskongresses, in: Der Kommunistische Gewerkschafter, Jg. 2, Nr. 26, 1.7.1922; vgl. auch: Brandler Der 11. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands, in: Die Rote Gewerkschafts-Internationale, Jg. 2, Moskau [Berlin], 1922, Nr. 7 (18), 443 ff; Walcher, Eine Abrechnung. Die Kommunistische Gewerkschaftsfraktion auf dem 11. Gewerkschaftskongreß in Leipzig zur Politik [104] des Bundes-Vorstandes. Resolution und Begrüßungsrede. Kleine Flugschriften der Gewerkschaftsabteilung der K.P.D. Heft 16, Berlin, 21922; August Enderle, Der Leipziger Gewerkschaftskongreß, in: Die Internationale, Jg. 5, Berlin, 1922, Heft 1/2, 8 ff. Zusammenfassend: Rettig, a. a. O., 267 ff.

[191] Vgl. hierzu die sicherlich nicht übertriebene Schilderung bei Ruth Fischer, a. a. O., 267 ff.

[192] Über kommunistische Taktik, a. a. O., bes. 20 f, 32 ff.

[193] Vgl. ibd., 21 ff; Thalheimer (zugleich Resolution der Programmkommission der KPD), Zum kommunistischen Programm, in: Die Kommunistische Internationale, IV, 23, Petrograd-Hamburg, 1922, 118 ff (auch abgedruckt in: Die Rote Fahne, Jg. 1922, Nr. 395, 8.9.); hier im Gegensatz zur früheren Interpretation eine stärkere Betonung der „Übergangsmaßregeln“ am Ende des II. Abschnitts des Kommunistischen Manifests, welche im wesentlichen ökonomische Maßnahmen für die Periode nach Eintritt der Diktatur des Proletariats katalogisieren.

[194] Thalheimer, Zum kommunistischen Programm, a. a. O., 120 (Hervorhebung im Original).

[195] Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands, a. a. O., 139 f.

[196] Protokoll IV. Kongreß KI, Referat Thalheimer, 424 ff, hier: 433 ff; vgl. Lenin, Zur Revision des Parteiprogramms, Werke a. a. O., Band 26, Berlin, 1961, 137 ff.

[197] Trotzki hat hervorgehoben, daß der 4. Kongreß lediglich die „Lehren“ des 3. Kongresses „konkretisiert“ habe (Die Internationale Revolution und die Kommunistische Internationale, a. a. O., 86).

[198] *Bucharin*, Nikolaj I., geb. am 27.9.1888, SDAPR, 1909 Verbannung, 1911 Emigration, 1917/18 „Linkskommunist“, 1917 bzw. 1919 Kandidat bzw. Mitglied des ZK und des Politbüros der RKP (B); bedeutender marxistischer Theoretiker; unterstützte Stalin gegen die Opposition Trotzkis und gegen den späteren oppositionellen Block Trotzki-Sinowjew-Kamenew, 1926 EKKI-Vorsitzender, 1927/28 bis 1929 „Rechts“-Opposition, 1929 als EKKI-Vorsitzender abgesetzt; verschiedene wissenschaftliche und publizistische Tätigkeiten, 1938 im „Prozeß der Einundzwanzig“ zum Tode verurteilt, am 15.3.1938 hingerichtet. – Der zweite wesentliche Differenzpunkt zwischen Bucharin und Thalheimer in der Diskussion des KI-Programms betraf die von Thalheimer befürwortete, von Bucharin kritisierte

Theorie der Kapitalakkumulation Rosa Luxemburgs (Vgl. Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, Berlin, 1923; für eine kurze und kritische Darstellung dieser Theorie vgl. Paul M. Sweezy, Theorie der kapitalistischen Entwicklung, Köln, 1959, 159 ff.).

[199] Protokoll IV. Kongreß KI, 542.

[200] Ibd., 543; vgl. hierzu auch: Thalheimer, Der Stand der Programmdiskussion nach den 4. Kongreß, in: Die Internationale, Jg. 6, Berlin 1923, Heft 1, 21 ff.

[201] Vgl. Thalheimer, a. a. O., 25.

[202] Vgl. Bericht 8. Parteitag KPD, 187 (Schumacher).

[203] Vgl. Ruth Fischer, a. a. O., 280; Thalheimer, 1923, Eine verpaßte Revolution?, a. a. O., 18 f.

[204] Vgl. Ruth Fischer, a. a. O.; Flechtheim, a. a. O., 84; Carr, a. a. O., 70 f.

[205] Die Rede Brandlers in der Zentralausschußsitzung vom 13. und 14.12.1922 (in: Die Internationale, Jg. 6, Berlin, 1923, Heft 1, 3 ff: „Die gegenwärtigen Aufgaben der Partei“) ist ganz von einer äußerst nüchternen Einschätzung der Kräfteverhältnisse geprägt und warnt eindringlich vor „jener leeren und hohlen Agitationsrederei, mit der es [105] unserer Partei nicht gelingt, die Arbeitermassen für uns zu gewinnen. ... Es kommt darauf an, ... daß wir wirklich verstehen, an die Ideologien und Auffassungen anzuknüpfen, wie sie in der Mehrheit des deutschen Proletariats, die wir erobern wollen, leben, um sie zu überwinden ...“ (9). Vgl. auch Schürer, a. a. O., 60.

[206] Brandler berief sich in der zitierten Rede (S. 5) wie in seiner Parteitagsrede (Bericht 8. Parteitag KPD, 314 ff, hier: 317 f) zur Begründung der Einheitsfront- und Arbeiterregierungskonzeptionen gerade auf diesen Sachverhalt.

[207] Vgl. oben, 22 f und Anm. 188.

[208] Brandler, Parteitagsrede a. a. O., 523.

[209] Leitsätze zur Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung, Bericht 8. Parteitag KPD, 415 ff, hier: 420

[210] Brandler, a. a. O., 331.

[211] Brandler, Die gegenwärtigen Aufgaben der Partei, a. a. O., 7; die propagandistische Funktion der Arbeiterregierung betont auch Korsch, Diskussionsbeitrag in: Bericht 8. Parteitag KPD, 359 ff.

[212] Leitsätze, a. a. O., 421; so jedenfalls der Grundtenor der Verlautbarungen zur Arbeiterregierung um die Zeit des Parteitages; einzelne widersprechende Gedanken zeigen nur an, daß das Problem Arbeiterregierung auch zu dieser Zeit noch durchaus nicht völlig durchdacht war. – Am deutlichsten ist der skizzierte Gedankengang dargelegt in dem anonymen, aber sehr wahrscheinlich von Thalheimer stammenden Aufsatz „Zwischen Jena und Leipzig“ in: Die Internationale, Jg. 6, Bln.,1923 Heft 2, 33 ff, bes. 41. Vgl. ferner: Thalheimer, Brennende Fragen der Parteiarbeit, im: Die Rote Fahne, Jg. 1922, Nr. 559, 563, 565, vom 17., 20. und 21.12.

[213] Vgl. oben, S. 9.

[214] Der Aufsatz „Zwischen Jena und Leipzig“, a. a. O., deutet diese Perspektive immerhin an.

[215] Vgl. Brandler, Der 8. Parteitag der KPD, in: Die Internationale, Jg. 6, Berlin, 1923, Heft 4, 102 ff, hier 104. Auch: Ruth Fischer, a. a. O., 279 f.

[216] Die Zahl der damaligen Brandler-Anhänger war natürlich größer und weitgehend mit derjenigen der Mehrheitsvertreter identisch; zu ihnen gehörte zu dieser Zeit auch der mit der niedrigsten Stimmenzahl in die Zentrale gewählte Sekretär der BL Großthüringen, Walter Ulbricht.

[217] *Erich Hausen*, geb. am 5.2.1900 in Muskau (Oberlausitz) als Sohn eines Schlossers; Elektromonteur; 1916/17 Berufsarbeit in Stettin, 1918 Kriegsteilnehmer; Pazifist; 1919 USPD, DMV, danach

verschiedene andere Gewerkschaften; 1920 VKPD bzw. KPD; Mitglied der BL Lausitz. Lokalredakteur der „Roten Fahne der Lausitz“. 1922/23 Pol-Sekretär des Bezirks Lausitz. Mitglied des Zentralausschusses der KPD nach dem 2. (7.) und 8. Parteitag der KPD. (Schriftl. Berichte Erich Hausen 17.11. und 28.11.1962; Bericht 2. (7.) Parteitag KPD, 438; Bericht 8. Parteitag KPD, 441.)
August Enderle, „geb. am 5. Aug. 1887 in Feldstetten. Mechaniker. Seit 1905 in der Arbeiterbewegung aktiv tätig: DMV, SPD, USPD, KPD (Gewerkschaftsredakteur an der ‚Roten Fahne‘).“ Teilnehmer am II. RGI-Kongreß. (Zitat nach Drechsler, a. a. O., Bd. II, 2; Bericht 8. Parteitag KPD, 59.)
Albert Schreiner, geb. am 7.8.1892 in Aglasterhausen/Baden. Metallarbeiter. Mitglied der KPD bald nach Gründung der Partei. Delegierter zum IV. Weltkongreß der KI. (Wer ist Wer in der SBZ? Ein biografisches Handbuch. Berlin, 1958, 232; Bericht 8. Parteitag KPD, 58.) [106]
Wilhelm Deisen, geb. 7.4.1887 in Hastedt. Bereits vor dem I. Weltkrieg in der SPD organisiert. 1914–1918 Führer der revolutionären Werftarbeiter Bremens. Mitglied der Internationalen Kommunisten Deutschlands. Seit 1919 Vorsitzender der Bremer Organisation der KPD. Nach dem 8. Parteitag Mitlied des Zentralausschusses der KPD. (Briefe an unsere Leser. Informationen der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik, Bremen, 1962, Maiheft, 18 f; Bericht 8. Parteitag KPD, 442; (Schriftl. Auskunft Stadt- und Polizeiamt Bremen 30.10.1962).
Arthur Lieberasch, geb. am 5.11.1881. Werkzeugschlosser. Mitglied der SPD 1906. DMV, USPD, KPD; Delegierter zum III. Weltkongreß der KI. (Mündl. Bericht Rudolf Zollmann 21.10.1962; GdSt, 1929, 2, 15; Bericht 2. (7.) Parteitag KPD, 15)
Karl Grönsfelder, geb.an 18.1.1881. Mechaniker. 1908 SPD und DMV. USPD. Führend in der Nürnberger und nordbayerischen USP-Linken, mit der er Ende Januar 1919 zur KPD kam. 1921 Besuch Sowjetrußlands und Delegierter zum III. Weltkongreß der KI. 1923–1928 MdL Bayern. Betriebsrat bei MAN. KPD-Sekretär für Gewerkschaftsfragen. Nach den 8. Parteitag der KPD Mitglied des Zentralausschusses. (Schriftl. Bericht Karl Grönsfelder 30.1.1965; Briefe an unsere Leser, a. a. O., Februarheft, 18 f; Bericht 2. (7.) Parteitag KPD, 15; Bericht 8. Parteitag KPD, 442.).
Heinrich Galm, „geb. am 23. Okt, 1895 in Seligenstadt. Schulbesuch und Berufsausbildung als Sattler in Offenbach am Main. 1909 Gewerkschaft und AJ. 1914 Vors. der AJ Offenbach. 1917 USPD (Soldat). 1920 als Gewerkschaftssekretär Übertritt zur KPD [Delegierter auf dem USP-Parteitag in Halle], 1922 Vors, der Ortsgruppe Offenbach. 1922–1933 Bevollmächtigter des Sattler-, Tapezierer- und Portefeuiller-Verbandes für Offenbach Stadt und Land.“ (Zitat nach Drechsler, a. a. O., 3; Hinzufügung im eckiger Klammer; Protokoll außerordentlicher Parteitag Oktober 1920 USPD, 258.) – (Vollständige Lebensläufe: Anhang I, Biographien).

[218] Er zeigte sich auch an den herausgeberischen und redaktionellen Funktionen Thalheimers (Die Internationale, Die Rote Fahne) und Frölichs (Tagespolitische Schriften, Vorbereitung der Herausgabe der Werke Rosa Luxemburgs) oder – vor allem – am starken Einfluß der Gruppe im Gewerkschaftsapparat der Partei (Walcher, Enderle und Bolze).

[219] Vgl. oben, Anm. 179.

[220] Vgl. hierzu: Die Bildung der linkssozialdemokratischen Regierung in Sachsen. Eine Material-Zusammenstellung. Herausgegeben von der Zentrale der KPD, Berlin, 1925. – Von sozialdemokratischer Seite: Fabian, a. a. O., 131 ff und die Schrift des Innenministers der im Januar 1925 gestürzten Regierung Buck, Richard Lipinski: Der Kampf um die proletarische Macht in Sachsen, Leipzig, 1926, 58 ff.

[221] Vgl. die zusammenfassende Darstellung der Differenzen in dem von der Berliner Parteiorganisation verantworteten Artikel „Zur Politik der Partei“ in: Die Internationale, Jg. 6, Berlin, 1923, Heft 10, 500 ff und die Replik von Peregrinus [d. i. Leo (Vgl. Anm. I. 3, 60)], a. a. O., 506 ff.

[222] Vgl. Zur Lage und zu den Aufgaben der Partei, ibd,, Heft 8, 228 ff. – Biografische Angaben: Anm. I. 2, 51; I. 2, 89; I. 3, 2.

[223] Vgl. Zur Liquidation der Parteidifferenzen. Resolution zu dem Differenzen in der KPD, in: Die Rote Fahne, Jg. 1925, Nr. 107, 13.5.; Zentralausschuß der KPD. Sitzung vom 16. Mai, ibd., Nr. 110, 17.5. [107]

[224] Auf eine detaillierte Darstellung dieser Politik wie auf eine genauere Charakterisierung der kommunistischen Ruhrpolitik des Jahres 1923 kann hier – ganz abgesehen von der Tatsache der Fortsetzung der taktischen Grundlinie des Jahres 1922 – um so eher verzichtet werden, als die schon mehrfach zitierte materialreiche Dissertation Otto Wenzels die Politik der KPD in diesem Jahre zum Gegenstand hat. Zur kommunistischen Ruhrpolitik vgl. ferner: Anonym (Thalheimer) Einige taktische Fragen des Ruhrkriegs, in: Die Internationale Jg. 6, Berlin, 1923, Heft 4, 97 ff; Thalheimer, 1914 und 1925. Noch einmal unsere Taktik zum Ruhrkrieg, ibd., Heft 8, 242 ff, auch abgedruckt in: Die Kommunistische Internationale, IV, 26, Petrograd-Hamburg 1923, 115 ff.

[225] Protokoll der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau 12.–23. Juni 1923, Hamburg 1923, 240 ff.

[226] An dieser Stelle kann darauf hingewiesen werden, daß der Ausdruck „Antifaschismus“ nicht – wie Girardet (Der wirtschaftliche Aufbau der kommunistischen Tagespresse in Deutschland von 1918 bis 1933, unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Regierungsbezirk Düsseldorf, Diss. phil. Leipzig 1938, 119) angibt – im Jahre 1931 von Münzenberg geprägt wurde, sondern dem politischen Vokabular der KPD des Jahres 1923 entstammt.

[227] So ausführlich und mit umfassenden Nachweisen auch: Wenzel, a. a. O., Teil III („Die nationale Einheitsfronttaktik“), 98 ff. Zur Schlageterpolitik vgl. die Broschüre von Radek, Frölich, Graf Ernst Reventlow, Möller van den Druck, Schlageter, Eine Auseinandersetzung, Berlin, o. J. [1923].

[228] Heinrich Brandler, Zum Parteitag, in: Die Rote Fahne, Jg. 1923, Nr. 23, 28.1.; vgl. auch: Die faschistische Gefahr, ibd., Nr. 44, 22.2.

[229] Vgl. z. B. Franz L. Neumann, Behemoth, The Structure and Practice of National Socialism, Nov York, 1942; G. F. W. Hallgarten, Hitler, Reichswehr und Industrie, Frankfurt/M., 1955.

[230] Thalheimer entwickelte Anfang 1928 eine theoretische Deutung des Faschismus, die erst Anfang 1930 publiziert werden konnte und die in einer Reihe von tagespolitischen und von theoretischen Äußerungen in der KPO-Presse differenziert wurde; auf die Faschismustheorie Thalheimers, der für die Faschismuskritik auch der KPD des Jahres 1923 die entscheidenden Impulse gab, wird daher weiter unten ausführlich eingegangen (Abschnitt II.5, Ideologiekritischer Exkurs II); aus diesem Grunde wird dieser Gegenstand hier nur kurz und andeutungsweise behandelt.

[231] Es gehört zu den entscheidenden Schwächen der bereits öfter zitierten fleißigen Arbeit von Wenzel über die KPD im Jahre 1925, daß bei ihr in der Behandlung ihres Gegenstandes Polemiken einfließen, die ihre Impulse in der Frontstellung gegen die späte KPD und gegen die SED haben und daher jenem Gegenstande unangemessen sind; diese Polemiken verwandeln die große Sorgfalt, die der Verfasser auf seine Untersuchung verwandt hat, öfters in eine bloß formale. Dies gilt beispielsweise auch für die Behandlung des Verhältnisses der KPD zum Nationalismus und zum Faschismus im Jahre 1923. Während einerseits der einheitsfronttaktische Charakter der sogenannten nationalbolschewistischen Politik der Partei sehr zutreffend erkannt und dargestellt wurde, wird andererseits auf eine Darstellung der gesellschaftstheoretisch-soziologischen Faschismusanalyse der Parteiführung, welche für die Anwendung jener Taktik die Voraussetzung bildete und sie jedenfalls subjektiv legitimierte, fast ganz verzichtet oder wird sie verflacht und verfälscht in fragmentarischer Form skizziert; so wird etwa [108] der Theorie mit dem nicht gerade originellen und zudem sachlich unzutreffenden Hinweis auf eine „Überschätzung der ökonomischen Faktoren“ – in dem auch von Wenzel, hier oben, Anm. 212 zitierten Artikel „Zwischen Jena und Leipzig“ aus der „Internationale“ wird gerade betont, daß der Faschismus nicht einfach sich dem Kommando der ökonomisch herrschenden Schicht füge, und gegen jeden „ökonomischen Determinismus“ wird das Moment der proletarischen Praxis betont – untergeschoben, sie verkenne „eine politische Eigenständigkeit“ des Nationalsozialismus (a. a. O., 100); dagegen wird in dem angegebenen Artikel nicht allein die bereits erwähnte relative Selbständigkeit der faschistischem Bewegung gegenüber der „großen Bourgeoisie“, sondern auch die gegenüber der Arbeiterbewegung, mit der ein Teil des Kleinbürgertums 1918 sich assoziiert hatte, hervorgehoben; ähnlich lax wird behauptet, der erwähnte Artikel versuche, „im Nationalsozialismus Widersprüche festzustellen,

die zu seiner Selbstauflösung führen müßten“; richtig ist, daß der Verfasser von der Widersprüchlichkeit der gesellschaftlichen Lage des Kleinbürgertums spricht und daraus die Konsequenz zieht, daß eine kleinbürgerlich-faschistische Modifizierung des Gesellschaftssystems dieser sozialen Schicht keineswegs jene ökonomische und soziale Freiheit bringen würde, die sie für sich erstrebt. Woher Wenzel angesichts solcher Fehlinterpretation sich das Recht nimmt, den Theoretikern des frühen deutschen Kommunismus „eine gewisse Intelligenz nicht ab[zu]sprechen“ (ibd., 124), bleibt ungewiß.

[232] [Anonym], Zwischen Jena und Leipzig, a. a. O., 33 ff. Vgl. hierzu: Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Karl Marx, Politische Schriften, Erster Band, Herausgegeben von Hans-Joachim Lieber, Darmstadt, 1960, 268 ff.

[233] Die sogenannte nationalbolschewistische Propaganda richtete sich an Angehörige sowohl der Arbeiterschaft als auch der Mittelschichten; galt es jene mit dieser Propaganda einheitsfronttaktisch zu gewinnen, so diese zumindest zu „neutralisieren“: „Das zentrale Problem der Revolution ist das Verhältnis der revolutionären Arbeiter zu diesen Mittelschichten“. (Brandler, Referat zur politischen Lage in der Sitzung des Zentralausschusses, in: Die Rote Fahne, Jg. 1923, Nr. 180, 7.8., „Die Sitzung des Zentralausschusses“); vgl. ferner: A. Th.[alheimer], Faschismus, Mittelstand und Arbeiterklasse, ibd., Nr. 160, 14.7. Insofern trifft die Behauptung von Lionel Kochan (Russia and the Weimar Republic, Cambridge, 1954, 78), es habe, außer bei Frölich, die Schlageter-Politik in der KPD keine Unterstützung gefunden – insbesondere nicht beim „Brandler-Flügel“ – nicht den wirklichen Sachverhalt (vgl. hierzu auch: Thalheimer, 1914 und 1923, a. a. O. [Die Internationale], bes. 245). – Als Beispiel dafür, daß in der arbeiterbewegungsinternen Agitation von den Thalheimerschen klassentheoretischen Differenzierungen freilich leicht abstrahiert und der Gegensatz zwischen Arbeiterschaft und Faschismus auf den zwischen Arbeit und Kapital reduziert wurde, siehe den Aufsatz von August Enderle, Die faschistische Gefahr in Deutschland, in: Die Rote Gewerkschafts-Internationale, Jg. 3, Moskau (Berlin), 1922, Nr. 3(26), 212 ff; doch war dies nicht die Regel: vgl. Karl Frank und Heinz Neumann, Die vaterländischen Mörder Deutschlands. Bayern in der kleinem Entente. Das Ergebnis des Münchener Hochverratsprozesses, o. O. [Berlin], 1923, 5 ff.

[234] Thesen über den Faschismus, angenommen vom Zentralausschuß der KPD, in: Die Rote Fahne, Jg. 1923, Nr. 183, 10.8., Beilage.

[235] Protokoll EKKI 1923, 293 ff. [109]

[236] Vgl. hierzu Wenzel, a. a. O., 101, 143 ff.

[237] Text des Aufrufs der Zentrale der KPD vom 11. Juli 1923 (nach „Vom Bürgerkrieg“, Nr. 1, Berlin, 1923, 3 ff) bei Wenzel, a. a. O., 292 ff; vgl. ferner ibd., 148–156, außerdem die Aufrufe in: Die Rote Fahne, Jg. 1923, Nr. 148, 30.6.; 167, 22.7.; 169, 25.7. und 171, 27.7.

[238] Vgl. Brandler, Diskussionsrede in der achten Sitzung des Fünften Kongresses der KI am 23.6.1924, in: Protokoll V. Kongreß KI, 218 ff, hier 227; Thalheimer, Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus, a. a. O.,. 30 f; Wenzel, a. a. O., 151 ff, 156 ff.

[239] Aufgrund von Verboten konnten am 29.7.1923 nur in Baden, Sachsen und Thüringen legale Demonstrationen unter offenem Himmel stattfinden; ungeachtet dessen waren die – in den meisten übrigen Gebieten in geschlossenen Räumen stattfindenden – Demonstrationen für die KPD ein beachtlicher Erfolg (Wenzel, a. a. O.); gleichwohl war der Parteiführung um diese Zeit völlig klar, daß die politische, militärische und ideologische Vorbereitung der Partei einen revolutionären Aufstand – noch – nicht zuließ (vgl. Brandler, a. a. O., 228).

[240] Ich stimme mit Wenzel (a. a. O., 148) darin überein, daß die Proklamierung des Antifaschistentags „das Kernstück der kommunistischen Politik des Jahres 1923 bildet“; dieser Aufruf ist nicht nur die notwendige Konsequenz und der Höhepunkt der seit langem zuvor betriebenen Einheitsfrontpolitik, sondern zugleich Ausgangspunkt sowohl der deutschen kommunistischen wie der – mit ihnen dann kollidierenden – seitens des EKKI betriebenen Aufstandsvorbereitungen, die, wie zu zeigen sein wird, ihrer Inkompatibilität wegen im Resultat zunächst die Beendigung jeglicher Einheitsfrontpolitik bewirkten.

[241] Hierzu im einzelnen: Wenzel, a. a. O., 133 ff.

[242] Das Erweiterte Plenum der Exekutive der KI vom 12.–23. Juni 1923 hatte die Frage eines revolutionären Aufstandes in Deutschland nicht nur nicht diskutiert, sondern gar nicht gestellt; Radek, und mit ihm Stalin, hatte zur Zeit des Antifaschistentages sogar für nötig befunden, die deutsche Parteiführung vor übereilten Schritten zu warnen (vgl. Wenzel, a. a. O., 153, 177; vgl. auch O. W. Kuusinen, Eine mißglückte Schilderung des „Deutschen Oktober“, in: Um den Oktober – Trotzki, Kamenew, Sinowjew, Béla Kun, Stalin, Bucharin, Kuusinen, Hamburg, 1925, 212 ff, hier 217 f.

[243] Vgl. hierzu das – allem Anschein nach vom Brandler gehaltene – Referat auf der Zentralausschußsitzung am 3.11.1923, „Die politische Lage und die nächsten Aufgaben der Partei“, in: Die Internationale Jg. 6, Berlin, 1923, Heft 18, 520 ff, hier 522 ff; ferner: Brandler, Rede auf der Sitzung des erweiterten Präsidiums der Exekutive der KI am 11. Januar 1924 in Moskau, in: Die Lehren der deutschen Ereignisse, a. a .O., 24 ff, hier: 31 ff (vgl. auch die Wiedergabe in Anhang II, Dokumente); ders., Diskussionsrede in der achten Sitzung des Fünften Kongresses der KI, a. a. O., 230 f.

[244] Peregrinus [d. i. Leo (vgl. Anm. I.3, 60)], Geschichtliches zur Losung der Arbeiterregierung, in: Die Internationale, Jg. 6, Berlin, 1923, Heft 4, 106 ff, hier: 114.

[245] An die Partei, in: Die Rote Fahne, Jg. 1923, Nr. 111, 18.5.

[246] h.[einrich] b.[randler], Neue Gefahren – neue Aufgaben, ibd., Nr. 125, 3. 6.

[247] Protokoll EKKI 1923, 279 ff; vgl. auch Wenzel, a. a. O., 129 ff. [110]

[248] Die Sitzung des Zentralausschusses – Referat des Genossen Brandler zur politischen Lage, in: Die Rote Fahne, Jg. 1923, Hr. 180, 7.8. (Beilage); auch: Brandler, Die Tagung des Zentralausschusses der KPD., in: Die Internationale, Jg. 6, Berlin, 1923, Heft 16, 449 ff, hier: 451.

[249] Leitsätze zur politischen Lage – angenommen von Zentralausschuß der KPD., in: Die Rote Fahne, Jg. 1923, Nr. 182, 9.8.; Kommunistische Partei-Korrespondenz, Jg. 3, Nr. 17/18, Berlin, 15.9.1923, 160 ff (Vgl. Auszug in Anhang II, Dokumente).

[250] [Anonym], Was ist die Arbeiter- und Bauernregierung?, in: Die Rote Fahne, Jg. 1923, Nr. 206, 13.9.; 207, 14.9.; 209, 16.9. – [Zur Urheberschaft dieses Artikels hat sich später Peregrinus (d. i. Leo) bekannt (vgl. GdSt, 1930, 653 Zur Plattformdiskussion, Arbeiter- und Bauernregierung und Diktatur)].

[251] Ibd., Nr. 209, 16.9.

[252] Vgl. Thalheimer, Zur Geschichte der Losung der „Arbeiterregierung“, a. a. O., 654. Der Sache nach werden diese Vorwürfe in ungerechtfertigter Weise von Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, a. a. O., 137 f, wiederholt. – Gehört es zu den entscheidenden Schwächen der Arbeit von Wenzel, daß sie sich einer – indirekten – Polemik gegen spätere Erscheinungsformen des Kommunismus wegen in die theoretischen Distinktionen seiner frühen Repräsentanten nicht vertieft (vgl. Anm. 231), so läßt sich dieser Sachverhalt an der Behandlung des Problemkreises Arbeiterregierung, der nicht allein ihr die Politik der KPD im Jahre 1923, sondern für die gesamte Geschichte der fraktionellen innerparteilichen Kämpfe bis 1933 und selbst bis nach 1945 entscheidende Bedeutung hat, besonders gut ablesen. Wenzel abstrahiert völlig von der Geschichte der einerseits durch den Druck der Exekutive, andererseits durch die politisch-gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland bewirkten Revisionen des von der KPD Ende 1921 vertretenen Arbeiterregierungs-Begriffs und versucht, Arbeiterregierung und Rätediktatur einfach zu identifizieren (a. a. O., 21 ff); der Versuch, die einheitsfronttaktischen Implikationen des Begriffs gleichwohl nicht ganz zu vernachlässigen, führt dann zu Sätzen wie diesen: „Aber auch das Projekt einer Arbeiterregierung war wohl nicht so durchführbar, wie sich das einige ‚rechte‘ Kommunisten vorstellten. Der Gedanke, man könne den Arbeiter, anknüpfend an seine demokratischen ‚Illusionen‘, bei der Hand nehmen und zur Diktatur des Proletariats führen, dürfte wohl von einer Verkennung des Wesens der Demokratie ausgehen“ (35). Die Irrelevanz der hier verwendeten Kategorien für die politischen und theoretischen Intentionen des frühen Kommunismus und damit die Unangemessenheit der Methode an ihren Gegenstand liegt auf der Hand.

[253] Vgl. hierzu die fangreichen Ausführungen bei Wenzel, a. a. O., 194 ff; ferner: Brandler, Rede auf der Sitzung des erweiterten Präsidiums der Exekutive der KI, a. a. O., 31 ff.

[254] Thalheimer, 1923, Eine verpaßte Revolution?, a. a. O., 24 f.

[255] Ibd., 19 f.; ders., Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?, a. a. O., 30 f.

[256] Zum Cuno-Streik vgl. Wenzel, a. a. O., 164 ff.

[257] Thalheimer (1923, Eine verpaßte Revolution?, a. a. O., 20) hat diesen Sachverhalt später zugegeben.

[258] Vgl. hierzu im einzelnen: Wenzel, a. a. O., 211 ff; Thalheimer, a. a. O., 22 ff. [111]

[259] Vgl. ibd., 214 ff. So, im wesentlichen richtig, auch eine spätere kommunistische Darstellung: Paul Merker, Deutschland – Sein oder Nicht Sein?, I. Band: Von Weimar zu Hitler, Mexico, 1944, 96 ff.

[260] Protokoll EKKI 1923, 61, 66, 105, 109, 110 ff, 113, 139, 146 f, 194, 208, 240, 243, 247, 321. Unrichtig: Trotsky, Stalin – An Appraisal of the Man and his Influence, New York and London, 1941, 368 f. Auch der Brief der Exekutive der KI „Am die Zentrale und den Zentralausschuß der KPD.“ vom 18. Juli 1923, in dem ein unkritisches Verhalten der KPD gegenüber der Sächsischen Regierung Zeigner gerügt wurde, ist von solchen Perspektiven noch frei. (In: Der Parteiarbeiter, Jg. 1, Nr. 8, 1.8.1923).

[261] Vgl. Wenzel, a. a. O., 178 f.

[262] *Trotzki*: Lev Davydovič Trockij, geb. am 7.11.1879; SDAPR, 1905 an der Spitze des Petersburger Arbeitersowjets, schloß sich im Juli 1917 Lenin an, militärischer Organisator der Oktober-Revolution; Außenkommissar, seit März 1918 Kriegskommissar und Organisator der Roten Armee. 1924 offene Opposition zu Stalin, 1927 Parteiausschluß, Verbannung und 1929 Ausweisung aus der UdSSR. Am 21.8.1940 in Mexiko von NKWD-Agenten ermordet. – Wenzel, a. a. O., 179; Trotzki, Die Internationale Revolution und die Kommunistische Internationale, a. a. O., 88 f; Isaac Deutscher, The Prophet Unarmed – Trotsky: 1921–1929, London etc., 1959, 142 f.

[263] Edward Hallett Carr, The Interregnum 1923–1924, London-New York, 1954; 201 f; Wenzel, a. a. O., 179 f.

[264] Diese Vorgänge sind in der Literatur häufig, wenn auch nicht immer korrekt, beschrieben; für Einzelheiten, ferner besonders für die Kritik der falschen Darstellung bei Ruth Fischer (Stalin und der deutsche Kommunismus, a. a. O., 379 ff) siehe die sorgfältige zusammenfassende Darstellung bei Wenzel, a. a. O., 180 ff.

[265] Vgl. ibd,, 182; aus den offiziellen Verlautbarungen der Parteiführung zur Zeit der letzten ZA-Sitzung vor den Moskauer Verhandlungen geht diese Konzeption eindeutig hervor: vgl. die in Anm. 248 und 249 angegebenen Titel.

[266] Die Lehren der deutschen Ereignisse, a. a. O., 103 f; Deutscher, a. a. O., 143; Wenzel, a. a. O., 182 f, 216. In den Januarverhandlungen des erweiterten Präsidiums der Exekutive der KI 1924 in Moskau, über die weiter unten ausführlich berichtet wird, wurde, wie das offizielle Protokoll ausweist, der Widerstand Brandlers gegen Terminfestsetzung und telegrafische Anweisung zum Regierungseintritt seitens des EKKI-Präsidenten Sinowjew zugegeben; folgende Auszüge aus der Rede Sinowjews (Die Lehren der deutschen Ereignisse, a. a. O., 58 ff, hier: 60) machen dies deutlich: „In der Frage der Terminfestsetzung schrieb Trotzki einen Artikel, in dem er die Frage des Kalendariums aufstellte. Das war ein Fehler, Radek, ich muß gestehen, war dagegen. (Brandler: Ich auch.) Brandler auch. ... (Brandler: Dem Telegramm habe ich nicht zugestimmt.) Genossen, ich muß zugeben, für den Eintritt in die sächsische Regierung trage ich und die anderen Genossen am meisten die Verantwortung. Brandler war hierin schwankender. Er sagte: ich weiß nicht, ob das vorbereitet ist, aber er hat nachgegeben ...“

[267] Vgl. Die Ultralinke Oktober-Legende, in: Arbeiterpolitik, Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition), Hrg. Kommunistische Fraktion des sächsischen Landtags (Opposition) [hiernach zitiert als „Arpo“], 1. Jg., Leipzig, 1929, 4 (9.2.); Wenzel, a. a. O., 216 f.

[268] Vgl. Anm. 245.

[269] Vgl. Anm. 66.

[270] Hierüber zusammenfassend und ausführlich wieder: Wenzel, a. a. O., 219 ff, der insbesondere die falsche Darstellung bei Ruth Fischer, a. a. O., 405 ff, korrigiert. [112]

[271] Vgl. hierzu: Hallgarten, Hitler, Reichswehr und Industrie, a. a. O., 20 ff, besonders 33 ff; für die Haltung Stresemanns in dieser Frage macht Schlottner (Stresemann, der Kapp-Putsch und die Ereignisse in Mitteldeutschland und in Bayern in Herbst 1923, Diss. phil. Frankfurt-M., 1947, 79) sicherlich nicht zu Unrecht auch einen „soziologischen Gesichtspunkt“ verantwortlich: „Bei den Vorgängen in Sachsen und Thüringen handelte es sich in erster Linie um eine Arbeiterbewegung. Stresemann aber vertrat ja mit seiner Partei die Belange des Bürgertums, der Industriellen, der Arbeitgeber. Zu dem weltanschaulichen Gegensatz trat damit in sozialer Hinsicht der Klassengegensatz. Das war in seinem Verhältnis zum bayerischen Nationalismus nicht der Fall, dessen Anhänger zu einem großen Teil denselben sozialen Schichten wie er angehörten. Dort gab es keine Differenzen von Bedeutung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, bei denen die Gefahr bestand, daß die Belange der letzteren Schaden erlitten. Diese verschiedenen Perspektiven, unter denen Stresemann auch auf diesem Gebiet die beiden Bewegungen betrachtete, trugen wesentlich zu seinen Entschlüssen bei.“

[272] Hierfür und für das folgende: Wenzel, 222 ff; Thalheimer, a. a. O., 26; Fabian, a. a. O., 167 ff; ferner die Artikel in: Die Rote Fahne, Jg. 1923, Nr. 220, 20.10. (Heinrich Brandler, Es geht ums Ganze!), Nr. 221, 21.10 (General Müllers Feldzug gegen Arbeitersachsen; – Zum Sächsischen Arbeiterkongreß – im zweiten Artikel heißt es am Schluß: „Mag die gesamte deutsche Arbeiterklasse dem Rufe folgen, der aus Sachsen und Thüringen erschallt.“)

[273] So die nachträgliche polemische Darstellung von kommunistischer Seite: Paul Böttcher, Der Verrat der linken SPD. Die Reiche-Exekutive gegen die sozialdemokratisch-kommunistische Koalitionsregierung in Sachsen, Rede des Landtagsabg. Paul Böttcher am 6. November 1923. Mit einem Vorwort. Berlin, 1913, 8.

[274] Thalheimer, a. a. O.

[275] Gegen die weit verbreitete Auffassung, die Auslösung des Hamburger Aufstands sei durch eine verfrühte oder versehentliche Abreise des entsprechenden Kuriers von der Chemnitzer Konferenz bewirkt, haben Wenzel (a. a. O., 227 f, Anm. ff) und Hermann Weber (a. a. O., 29 f) unter Berufung auf Erich Wollenberg (u. a.: Thälmann, Film und Wirklichkeit, o. O. [Berlin], o. J. [1954], 9 ff) die plausibel scheinende Ansicht vertreten, der Kurier habe in Wirklichkeit von der Zentrale Order gehabt, einen Probeaufstand in Kiel zu veranlassen, von dessen Verlauf dann die weiteren Entscheidungen der KPD-Führung hätten abhängig gemacht werden sollen; aus verschiedenen Gründen sei dann aber ein solcher Probeaufstand in Hamburg eingeleitet. Diese Angaben Wollenbergs hat Brandler neuerdings für falsch erklärt. Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, wollte sie versuchen, in dieser Frage eine Klärung herbeizuführen. Doch sei der Einwand Brandlers gegen den Bericht Wollenbergs (Schriftliche Mitteilung Heinrich Brandlers vom Oktober 1962 an Hermann Weber und an den Verfasser) mitgeteilt: „Der Bericht von Wollenberg ist freie Erfindung. Die angeblich in Berlin stattgefundene Zentrale-Sitzung hat nicht stattgefunden. Die ZK-Mitglieder waren in Chemnitz und Dresden; sie konnten also Remmele nicht nach Kiel schicken, um dort den Aufstand zu veranlassen. Angeblich ist Remmele von Guralski M. P. nach Kiel gesandt, um Geschütze zu kaufen. Daß ich mit Radek 24 Stunden warten wollte, ist ganz unmöglich, da Radek noch in Prag war, Pjatakow mit einem Auto von Berlin nach Dresden fuhr, um mich zu finden und zu verhindern, daß wir den Aufstand ausriefen. Die Zentrale hat auch keine Kommission Remmele, Urbans, Rose zur Entscheidung über den Aufstand nach Hamburg [113] geschickt. Angeblich wollte [soll wohl heißen: konnte] Remmele mich nicht telefonisch erreichen? Also war er im Hamburg und konnte nicht von einer Zentrale aus Berlin, die nicht in Berlin war, geschickt werden. Auch die Angaben über die M. P.-Leiter in den Bezirken stimmen nicht. Aber ich kann die Angaben nicht aus der Erinnerung korrigieren. Thälmann gehörte zum M.-P.-Dreierkomitee der Reichsleitung, das aus mir, Thälmann und Pjatakow bestand.“

[276] Vgl. hierzu im einzelnen: Wenzel, a. a. O., 233 ff.

[277] Es gehört zu den Eigentümlichkeiten der Arbeit von Wenzel, daß er nach der Rechtmäßigkeit von Handlungen der staatlichen Exekutive wohl bei der Untersuchung der Politik der kommunistischen Mitglieder der Zeigner-Regierung, nicht aber bei der Erörterung des Vorgehens der Reichsregierung gegen diese Landesregierung fragt; wenn er stattdessen meint, feststellen zu können, daß die Reichsregierung „gegen die kommunistischen Aufrührer energisch durchgreifen mußte“ und wenn er zudem die Auffassung vertritt, es wäre das Vorgehen der Reichsregierung, hätte sie nur gegenüber der bayerischen Regierung dieselbe Strenge walten lassen, „von keinem ernsthaften Beobachter kritisiert worden“ (a. a. O., 237), so ist dem entgegen zu halten, daß ein so ernsthafter und kompetenter Beobachter wie Dr. Hugo Preuß auch unabhängig vom Verhalten der Reichsregierung gegenüber Bayern die Verfassungsmäßigkeit ihres Verhaltens gegenüber Sachsen in mehreren Punkten bestritten hat (Auszugsweise Wiedergabe der Einwände von Preuß bei Drechsler, a. a. O., Anm. I/50).

[278] Thalheimer, a. a. O., 27; Wenzel, a. a. O., 223; Die Lehren der deutschen Ereignisse, a. a. O., 5.

[279] Im einzelnen: Wenzel, a. a. O., 231–241.

[280] h.[einrich] b.[randler], Die Tagung des Zentralausschusses, in: Die Internationale, Jg. 6, Berlin, 1923, Heft 18, 516 ff, hier: 517.

[281] Ibd., 518; Inprekorr, 1923, 172 (7.11.).

[282] Ibd., 518 f. Vgl. hierzu auch: unten, Abschnitt II.5, Ideologiekritische Exkurs II.

[283] Vgl. hierzu: Brandler, Diskussionsrede im der achten Sitzung des Fünften Kongresses der KI, a. a. O., 236.

Abschnitt I.2

[1] G. Sinowjew, Probleme der deutschen Revolution, Hamburg, 1923, (auch abgedruckt in: Inprekorr, 1923, 163–165, 167–170, 172–174), Vorwort, III ff, hier: V f; vgl. auch 104.

[2] Ibd., 105; Inprekorr, 1924, 16 (4.2.); vgl. hierzu: Anm. I.1, 266. Der Brief ist nicht genau datierbar: vgl. Carr, a. a. O. 231, Anm. 2.

[3] Vgl. hierfür: Deutscher, a. a. O., 76 ff.

[4] Ibd., 199 ff; Carr, a. a. O., 228; vgl. Abdrucke in: Die Internationale, Jg. 7, Berlin, 1924, Heft 1, 21 ff.

[5] Für das folgende: Deutscher, a. a. O., 144 ff; Carr, a. a. O., 228 ff.

[6] Carr, a. a. O., 321 f.

[7] Thalheimer, a. a. O., 11; Carr, a. a. O., 233 f.

[8] Carr, a. a. O., 229.

[9] Ibd., 232; vgl. auch Wenzel, a. a. O., 267 f.

[10] Vgl. Carr, a. a. O., 236.

[11] Diese Datierung geht aus einer Erklärung Brandlers und Thalheimers vom 12.2.1924 (Die Internationale, Jg. 7, Berlin, 1924, Heft 2/3, 134 ff, hier: 135 f) hervor und bietet für die Datierung des Sinowjew-Briefes [114] vgl. Anm. 2) einen Anhalt; demnach beruhte der Bericht Thalheimers (a. a. O.), der Brief Sinowjew sei nach der Rede Radeks von 13.12. geschrieben, auf einem Irrtum, es sei denn, die Radek-Rede sei – was unwahrscheinlich ist – bereits Anfang Dezember gehalten.

[12] Sie hatten die Zentrale-Resolution für die ZA-Sitzung vom 3.11. sämtlich gebilligt. (Erklärung Brandler/Thalheimer vom 12.2.1924, a. a. O., 135).

[13] Ibd.; Die Lehren der deutschen Ereignisse, a. a. O., 95.

[14] *Wilhelm Koenen*, geb. 7.4. 1886 in Hamburg. Kaufm. Angestellter. 1903 SPD, 1917 USPD, 1919–20 Mitgl. d. ZK der USPD, 1920 VKPD bzw. KPD. Mitglied der Zentrale. 1920–1932 MdR, 1926–

1932 Mitgl. d. Preuß. Staatsrats, bis 1933 MdL Preußen. Redakteur der Roten Fahne. 1933 Flucht, Emigration (Saargebiet, Prag, Paris, London). 1945 Landesvorsitzender der KPD, 1946 der SED in Sachsen. 1946 MdL (Sachsen). Mitglied des ZK der SED. 1949 MdVK. 1953 Parteirüge wegen mangelnder politischer Wachsamkeit.
August Kleine, Deckname für Guralskij, persönlicher Vertreter Sinowjews in Deutschland. Mitglied der Zentrale nach dem 8. Parteitag.

[15] *Hermann Remmele*, geb. 1880 in Ziegelhausen bei Heidelberg. Metallarbeiter, 1897 SPD; 1917 USPP; KPD. Seit dem 6. Parteitag Mitglied der Zentrale bzw. des ZK der KPD. 1920–1932 MdR. 1924 „Mittelgruppe“; 1925 Fischer-Maslow-Gruppe; ab Ende 1925 Thälmann-Gruppe; 1929–1932 zusammen mit Thälmann und Neumann Parteiführung. 1932/33 zusammen mit Neumann Opposition gegen Thälmann. Parteiauftrag in Sibirien. Vermutlich[*] in den stalinistischen „Säuberungen“ umgekommen.
Hugo Eberlein, geb. am 4.5.1887 in Saalfeld. Zeichner. 1906 SPD, Spartakusbund. 1919 KPD. Vom 1. bis nach dem 5. und vom 7. bis (mindestens) nach dem 10. Parteitag Mitglied der Zentrale bzw. des ZK. 1924 „Mittelgruppe“, später „Versöhnlergruppe“. 1928–1933 MdL Preußen. 1933 Emigration (UdSSR). Zur Zeit der Schauprozesse Arbeitslager in Sibirien. Sollte Januar 1940 der Gestapo übergeben werden. Kurz zuvor gestorben[**].

[16] Thalheimer und Brandler, Thesen zur Oktoberniederlage und zur gegenwärtigen Lage, in: Die Internationale, Jg. 6 [recte: Jg. 7], Berlin, 1924, Ergänzungsheft Nr. 1 (Ausgegeben Januar 1924), 1 f.

[17] Thalheimer, Erläuterungen und Zusätze, ibd., 3 ff, hier: 4.

[18] Vgl. Schriftl. Bericht Hans Tittel 12.11.1962. Vgl. hierzu auch: unten, Anm. 72.

[19] Vgl. Thesen zur Taktik des Oktoberrückzugs und zu den nächsten Aufgaben der Partei, in: Die Internationale, a. a. O., 14 ff.

[20] Vgl. Thalheimer, Ein Warnungssignal, in: Die Internationale, Jg. 7, Berlin, 1924, Heft 2/3, 139 ff, hier: 149 f; Ruth Fischer, Der Frankfurter Parteitag, ibd., Heft 6, 225 ff, hier 227 ff.

[21] Vgl. hierzu auch: Erklärung Brandler/Thalheimer vom 12.2.1924, a. a. O., 137.

[22] Die Lehren der deutschen Ereignisse, a. a. O., 5 ff (Rede Radeks); 24 ff, (Rede Brandlers; vgl. Wiedergabe in: Anhang II, Dokumente); 38 ff (Rede Remmeles); 48 ff (Rede Ruth Fischers); 58 ff (Rede Sinowjews).

[23] Vgl. Anm. I.1, 266; Remmele, a. a. O., 40 ff. – Für den Resolutionsentwurf Radeks, der zugleich die Unterschriften Pjatakows und – ohne dessen Einverständnis – Trotzkis trug (vgl. hierzu: Deutscher, a. a. O., 145), siehe: Kuusinen, a. a. O., 214 f; der Entwurf wendet sich gegen die These vom „Verrat“ der Brandler-Thalheimer-Führung und stellt fest, daß „der Rückzug selbst ... der objektiven Lage [entsprach]“.

[24] Die Lehren der deutschen Ereignisse, a. a. O., 90 f. In dieser außerdem von Hammer, Jannack und Eisenberger unterzeichneten „Erklärung [115] der Minderheit“ erläuterten die Unterzeichner ferner, daß sie der Resolution der Mehrheit zu den Oktoberereignissen um der Einheit der Partei willen gleichwohl zugestimmt hätten.

[25] In der Resolutionskommission war – entgegen dem Antrag von Radek, Pieck und Zetkin – Brandler nicht vertreten; Zusatzanträge von Pieck, in denen der Oktoberrückzug gerechtfertigt und Kritik an der deutschen Partei-„Linken“ geübt wurde, wurden mit 18 bzw. 19 von 29 Stimmen abgelehnt (Ibd., 81 f). – Eine Erklärung der auf der Sitzung vertretenen Polnischen Delegation (ibd., 92 ff) war gegen die angenommene Resolution gerichtet: „Ein Teil der Verantwortlichkeit für die Oktober-Ereignisse muß nämlich auf das E.K.[K.I.] fallen, das die Situation zu optimistisch beurteilte ...“.

---

[*] Am 7. März 1939 wurde Remmele zum Tode verurteilt und am selben Tag auf dem Donskoi-Friedhof erschossen. Ein sowjetisches Gericht rehabilitierte ihn 1988. [Wikipedia]
[**] Laut gulag.memorial.de wurde Eberlein am 16. Oktober 1941 vom NKWD erschossen.

26 Vgl. Resolution der Exekutive von 19. Januar 1924, ibd., 94 ff, hier: 105 ff; Zur Arbeit der Partei in der Gewerkschaftsbewegung, ibd., 110 ff, hier: 112 f.

27 Ibd., 116; Rede Sinowjews, ibd., 74; gegen den Vorschlag Sinowjews, die „Linken“ zu beteiligen, wandten sich Walcher und besonders Pieck (ibd., 74, 76).

28 Für die Stellungnahmen Ruth Fischers vgl. besonders: Zur Lage in Deutschland und zur Taktik der Partei, in: Die Internationale, Jg. 6 (recte. Jg. 7), Berlin, 1924, Ergänzungsheft Nr. 1, 57 ff; Der Kampf um die Kommunistische Partei, ibd., Heft 2/3, 101 ff; für Trotzki vor allem seine berühmte Abhandlung über „Die Lehren des Oktober“ (mehrfach publiziert, z. B. in: Die Aktion, XV. Jg., Berlin, 1925, Nr. 2/3, Sp. 45 ff und: 1917. Die Lehren der Revolution. Mit einem Vorwort von Paul Levi, Berlin, 1925, hier besonders: 12, 14 f, 49, 52 f; vgl. auch: ders., Die Internationale Revolution und die Kommunistische Internationale, a. a. O., 88 f.

[29] Sie waren nach dem Bericht über den 8. Parteitag der KPD (441 f) Mitglied des ZK; für die Ergebnisse dieser ZA-Sitzung: Bericht 9. Parteitag KPD, 64/75 (Doppelpaginierung). – Grönsfelder kann sich an diese ZA-Sitzung nicht erinnern (Schriftl. Bericht Karl Grönsfelder 30.1.1963).

[30] Vgl. Thalheimer, Ein Warnungssignal, a. a. O., 149; Wilhelm Koenen, Welche Taktik?, in: Die Internationale, Jg. 7, Berlin, 1924, Heft 2/3, 65 ff.

[31] *Karl Becker*, geb. am 19.11.1894 in Hannover. Schriftsetzer. Seit 1909 politisch organisiert, IKD. Enge Verbindung mit Karl Radek und Paul Frölich. 1919 KPD. Nach dem 8. Parteitag Mitglied der Zentrale. Nach 1924 einer der Führer der „rechtsoppositionellen“ und späteren „Versöhnler“-Gruppe. 1928 MdL Preußen. Nach 1933 illegale Tätigkeit, Flucht nach Frankreich. 1941 von der Vichy-Regierung an die Gestapo ausgeliefert. Am 4.9.1942 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode verurteilt. Am 1.12.1942 in Plötzensee hingerichtet.
Gerhart [d. i. Gerhart Eisler], geb. an 20.2.1887 in Leipzig, Bruder von Ruth Fischer. Im I. Weltkrieg Offizier, 1919 Mitglied der KPÖ bzw. KPD. 1922/23 in der Redaktion der „Roten Fahne“. 1924 „Mittelgruppe“, später „Versöhnler“-Gruppe, 1928 Opposition gegen Thälmann-ZK. 1930/31 Politischer Sekretär des Fernöstlichen Büros der RGI. 1936 Spanien, 1937–40 Frankreich, dann Mexiko, USA. 1947 in den USA aus politischen Gründen verurteilt, 1949 DDR. Bis 1953 Leiter des „Amtes für Information“; Professor an der Universität Leipzig. 1956 Stellvertretender Vorsitzender des Staatlichen Rundfunkkomitees. [116]

[32] Nach Wenzel (a. a. O., 278, Anm. 12) wurde „auf dem Bezirksparteitag Mittelrhein am 23. bis 24. Februar 1924 ... der Vertreter der Jugend, der die Haltung der ‚Rechten‘ verteidigte, mit Prügel bedroht.“

[33] So die Parteitage der Bezirke Westsachsen und Rheinland-Westfalen-Süd; vgl. Karl Marchionini, Bürgerkrieg und Bolschewismus in Deutschland, Leipzig, [4]1924, 40 ff und Thalheimer, a. a. O., 140.

[34] Die zitierten Resolutionen der Bezirksparteitage (Anm. 33) reduzierte die gesamte Einheitsfronttaktik qua Einheitsfronttaktik auf einen „Ausdruck reformistischer Strömungen“; das Pol-Büro der KPD faßte am 24.2.1924 den Beschluß, daß für den bevorstehenden DMW-Verbandstag in Kassel der kommunistischen Fraktion jede Koalition mit „links“-sozialdemokratischen Delegierten – und somit jede Koalition überhaupt – verboten sei (Das rote Gewerkschaftsbuch, von August Enderle, Heinrich Schreiber, Jakob Walcher und Eduard Weckerle, Berlin, 1932, 132).

[35] Es scheint, daß jedenfalls einer der auf der Februar-Sitzung des ZA in die Zentrale gewählten „Mittelgruppenvertreter“ sich bis zum Frankfurter Parteitag im April wieder zur Brandler-Gruppe hin entwickelte. Das Parteitagsprotokoll verzeichnet als Redner mehrfach ein „Zentralemitglied der Brandlergruppe“ (die Namen der Redner sind nicht vermerkt), wohingegen das ZA-Plenum bestimmte, daß lediglich Vertreter der „Mittelgruppe“ und der „Linken“ bis zum Parteitag der Zentrale angehören sollten (vgl. Anm. 29).

[36] Bericht 9. Parteitag KPD, 65 ff, 71 ff; vgl. auch den Artikel Sinowjews „Zur Lage in der KPD“, ibd., 78 ff.

[37] Ibd., 85 ff.

[38] Ibd., 238 ff und 304 ff; 204 ff; 296 ff.

[39] Ibd., 340 f, 357.

[40] Der Versuch, Maslow mit Hilfe des EKKI aus der deutschen Partei zu entfernen, ist dafür das bekannteste Beispiel (Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, a. a. O., 392; vgl. hierzu: Wenzel, a. a. O., 275 ff). Vgl. auch: Brandler, Diskussionsrede in der achten Sitzung des Fünften Weltkongresses des KI, a. a. O., 223.

[41] Wenzel, a. a. O., 290.

[42] So: Wenzel, a. a. O., 269.

[43] Diskussionsbeitrag Klara Zetkin in Protokoll EKKI Februar/März 1926, 247 ff, hier: 252.

[44] Ruth Fischer, a. a. O., 483. Wenn Ruth Fischer (a. a. O.) behauptet, „die linke Mehrheit gab dem Zentrum mehr Vertreter, als deren Zahl es zuließ, und schloß auch Klara Zetkin und Wilhelm Pieck für die Rechten ein“, so ist dies einfach unwahr, und zwar aus zweierlei Gründen: Pieck fungierte als Vertreter der „Mittelgruppe“; gegen eine Wahl Klara Zetkins wandte sich auf dem Parteitag mit außerordentlich scharfen Worten ein Vertreter der „Linken“ (Zentralemitglied), obwohl zuvor ein Mitglied der EKKI-Delegation die Wahl Zetkins verlangt hatte; außerdem wurden zwei entsprechende Wahllistenvorschläge der Minderheit („Mittelgruppe“) von der Mehrheit abgelehnt und Klara Zetkin wurde somit nicht in die Zentrale gewählt; vgl. Bericht 9. Parteitag, 353 ff; vgl. auch: Hermann Weber, a. a. O., Anhang nach Seite 112.

[45] Schriftlicher Bericht Erna [Lang-] Halbe 24.9.1962.

[46] Wenzel, a. a. O., 280.

[47] Rettig, a. a. O., 165.

[48] Vgl. Bericht 9. Parteitag KPD, 348 ff, bes. 352 f; vgl. auch Wenzel, a. a. O., 280 f. Für die Maiwahlen wurden beispielsweise – in der Regel gegen den Widerstand der betreffenden Parteibezirke – von den Wahlvorschlagslisten gestrichen oder an aussichtslose Stelle gesetzt: Paul [117] Böttcher, Arthur Ewert, Edwin Hoernle, Hertha Sturm, Walter Ulbricht; auf der Reichsliste kandidierten lediglich zwei Minderheitsvertreter – Remmele und Münzenberg –, davon nur der erstere an aussichtsreicher Stelle.

[49] So gingen bei den Dezemberwahlen zum Reichstag weitere Anhänger der Mittelgruppe – beispielsweise Paul Frölich – ihrer Kandidatur verlustig.

[50] Im Protokoll EKKI 1925 (312) werden als Mitglieder der russischen Partei genannt: Brandler, Thalheimer, Edda Baum, Felix Wolf, Walcher und Möller.

[51] Vgl. hierzu Abschnitt I.4: Ideologiekritischer Exkurs I, Kategorien der Marx-Interpretation August Thalheimers. – Protokoll V. Kongreß KI, 582.

[52] Mündlicher Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961. Brandler fungierte zunächst noch als deutscher Vertreter der RGI, deren Stellvertretender Generalsekretär er schon 1922 war [vgl. Der Kommunistische Gewerkschafter, Jg. 2, 1922, Nr. 24 (17.6.), 238; und Rede Radeks in Protokoll V. Kongreß KI, 162 ff, hier 185]; so stand ihm vorerst das RGI-Organ offen; vgl.: Brandler, Lenin und die deutsche Arbeiterklasse, in: Die Rote Gewerkschafts-Internationale, Jg. 4, Moskau (Berlin), 1924, Nr. 1 (36), 7 ff; ders., Arbeitergenossenschaften und Gewerkschaften, ibd., Nr. 9/10 (44/45) 82 ff.

[53] Mündlicher Bericht Rosi [Frölich-] Wolfstein 28.7.1962.

[54] *Adolf Ehlers*, geb. am 21.2. 1898 in Bremen; Kaufm. Angestellter, nach Teilnahme am I. Weltkrieg Metallarbeiter. KPD, seit 1921 verschiedene Parteifunktionen (Sekretär, Redakteur). 1923–1927 MdBB. Nach 1924 im Zentralvorstand der RH. (Vollständiger Lebenslauf: Anhang I, Biographien). (Wer ist Wer?, hrg. v. W. Habel, Berlin, 1962, Bd. I).

Fritz Altwein, geb. am 5.6.1889 in Jena als Sohn eines Zimmererpoliers; Litograph. 1906 AJ, 1908 gewerkschaftlich organisiert; Spartakusbund, USPD, 1920 VKPD bzw. KPD; Ortsgruppenvorsitzender und BL-Mitglied, Brandler-Gruppe. Nach 1924 Bezirkssekretär in der RH in Thüringen, dann Zentralsekretär in Berlin. (Vollständiger Lebenslauf: Anhang I, Biographien). (Schriftl. Bericht Fritz Altwein 26.1.1963). – Mündl. Bericht Hans Tittel 12.11.1962; Materialien August Ziehl; Schriftl. Bericht Fritz Altwein 26.1.1963; Anonyme Angaben in Berichten an den Verfasser (vgl. Anhang IV, quellen- und Literaturverzeichnis, Vorbemerkung zu Abschnitt A).

[55] Mündl. Bericht Alfred Schmidt 20.10.62: hiernach versuchte Thälmann auf einer Parteikonferenz 1924 die Kandidatur von Schmidt bei den Stadtverordnetenwahlen zu unterbinden, doch schlossen sich von den mehr als 100 Versammlungsteilnehmern nur etwa 4 oder 5 diesem Antrag an; mündl. Bericht Max Köhler 27.10.1962: Köhler hatte seit der Übersiedlung Ruth Fischers von Österreich nach Deutschland, bei der er behilflich gewesen war, guten Kontakt zur neuen Parteileiterin.

[56] Eine fraktionelle Verbindung zwischen der russischen (Trotzki-) Opposition und der Brandler-Thalheimer-Gruppe, die zwar über die Person Radeks verbunden waren, scheint es nie gegeben zu haben. Als die Tatsache des russischen Fraktionskampfes in Deutschland bekannt wurde, entschieden sich Brandler und Thalheimer, mit einer Stellungnahme solange zu warten, bis wir die Tatsachen kennen, die dem Streit zugrundeliegen“ (Thalheimer, 1923, Eine verpaßte Revolution?, a. a. O., 11). Nach den Januarbesprechungen 1924 stimmte Brandler, mit einigen Vorbehalten, einer Verurteilung der Politik Trotzkis zu (vgl. hierzu, wie zur Kritik der äußerst leichtfertigem Behauptung Ruth [118] Fischer (a. a. O., 459), die „deutschen Rechten“ hätten Trotzki „an Stalins Politbüro verkauft“, besonders: Wenzel, a. a. O., 273 f, Anm. 1). Diese politische Distanzierung, die in bezug auf russische Fragen auch eine solche von Radek einschließen mußte, hinderte jedoch beispielsweise Thalheimer nicht, auf dem V. Weltkongreß für Radek einzutreten und zu sagen, „[daß] die Partei als solche ... in Zukunft noch viel von Radek zu lernen haben [wird]“. (Diskussionsrede Thalheimers, Protokoll V. Kongreß KI, 238 ff, hier. 242).

[57] Diskussionsrede in der achten Sitzung des Fünften Weltkongresses der KI, a. a. O., 231, 236.

[58] Thalheimer, a. a. O., 239 ff. Lediglich in der Programmkommission der KI konnte Thalheimer, als deren Erster Sekretär, Einfluß behalten und – in der Zusammenarbeit mit Bucharin, der sich in manchen Fragen, wie etwa der Frage der programmatischen Verankerung des Systems der Teilforderungen und Übergangslosungen, seiner Auffassung genähert hatte (vgl. Protokoll V. Kongreß KI, Referat Bucharin, 511 ff, hier 512 sowie Referat Thalheimer, ibd., 574 ff, hier: 582) – Entscheidungen dieser Kommission herbeiführen helfen, die mit der neuen „linken“ Politik nicht zu vereinbaren waren. Hierzu gehören die eben bereits erwähnten Teil- und Übergangslosungen sowie die Entscheidung, daß eine Charakterisierung der politisch-gesellschaftlichen Entwicklungsstufe, welche auf eine faschistische Diktatur folge, nicht „prophezeit“ werden könne; vgl. Referat Thalheimer, a. a. O., 575, 581.

[59] Referat Ruth Fischer in Protokoll V. Kongreß KI, 191 ff, hier: 197 f, 209 (Hervorhebung im Original); vgl. Wenzel, a. a. O., 264, der dabei dankenswerterweise den eigenartigen Umstand erwähnt, daß man „in Ruth Fischers Buch ... diesen Begriff [der Bolschewisierung] vergebens [sucht]“.

[60] Nämlich vor allem für Deutschland, Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei; vgl. für diese Differenzierungen: Borkenau, The Communist International, a. a. O., 264 ff.

[61] Thesen und Resolutionen des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Moskau, von 17. Juni bis 8. Juli 1924, Hamburg, 1914: Thesen zur Taktik der Komintern (12 ff), Abschn. VIII, Zur Einheitsfronttaktik (25 ff) und IX, Die Arbeiter- und Bauernregierung (27 ff). – Es muß dagegen hervorgehoben werden, daß die Einstellung des EKKI in der Gewerkschaftsfrage von der Praxis der deutschen Partei, welche die in dieser Zeit ohnehin stattfindende Massenflucht aus den Gewerkschaften in ihrem Einflußbereich nicht zu bremsen versucht hatte, deutlich verschieden war; angesichts dieser Tendenzen in der KPD sah sich der Kongreß genötigt, zu beschließen, daß „die alten Losungen der Komintern, *Eroberung, nicht Zerstörung der Gewerkschaften*, ... in Kraft [bleiben]“ (Thesen zur Taktik an der Gewerkschaftsbewegung, ibd., 106 ff, hier 107, Hervorhebungen im Original).

[62] Thesen zur Taktik der Komintern, a. a. O., XIV, Bolschewisierung der Parteien und Bildung einer einheitlichen kommunistischen Weltpartei (30 ff).

[63] Ossip K. Flechtheim, Die Internationale des Kommunismus, 1917–1957, in: Zeitschrift für Politik, N.F. Band VI, Berlin-Zürich-Wien, 1959, 231 ff, hier: 237.

[64] Zur Lage in Deutschland, in der Partei und zu unseren Aufgaben, Auszug aus den Referat des Vertreters der Zentrale auf dem Zentralausschuß, in: Die Internationale, Jg. 8, Berlin, 1925, Heft 5a, 284 ff, hier: 293. [119]

[65] Vgl. Anm. 61. Zwar hat damals die KPD nie offiziell die Parole „Heraus aus den Gewerkschaften“ ausgegeben; sie unterstützte aber die Gründung von sogenannten selbständigen Gewerkschaftsverbänden und hat dadurch den Einfluß der KPD in den Freien Gewerkschaften entscheidend geschwächt. „Der weitere Fehler bestand darin, daß die Partei bei Betriebsräte- und sonstigen Wahlen die Aufstellung eigener Oppositionslisten *außerhalb* der Gewerkschaften begünstigte, ja oft verlangte“ (Enderle, Die Gewerkschaftsbewegung, in: Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1925/26, Hamburg-Berlin, o. J., 745 ff, hier: 754, Hervorhebung im Original). Auf dem Gewerkschaftskongreß in Breslau (August 1925) gab es nur drei kommunistische Delegierte – auf dem vorangegangenen Kongreß im Juni 1922 dagegen neunzig (Vgl. Frölich, Politik, ibd., 730 ff, hier: 739). – Diese Politik wurde jedoch durch einen Beschluß des ZA vom Oktober 1924, daß die KPD-Mitglieder spätestens vom 1.2.1925 an gewerkschaftlich organisiert sein müßten, auf den Druck der Exekutive hin einer ersten Revision unterzogen.(Vgl. zum Gesamtkomplex: Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, a. a. O., 114 ff, 124).

[66] Vgl. Wenzel, a. a. O., 278.

[67] Ruth Fischer hatte Rosa Luxemburg mit einem „Syphilisbazillus“ verglichen (Wenzel, a. a. O., 281; Frölich, Kritik einer Methode historischer Kritik, in: Die Internationale, Jg. 8, Berlin, 1925, Heft 5, 253 ff, hier: 254).

[68] Vgl. z. B.: Ruth Fischer, Zur Tagung des Zentralausschusses, in: Die Internationale, Jg. 8, Berlin, 1925, Heft 2, 53 ff, Zitat: 54.

[69] Vgl.: Die KPD die einzige Arbeiterpartei in Dawes-Deutschland, Thesen zur politischen Lage und den Aufgaben der KPD, Die Internationale, Jg. 8, Berlin, 1925, Ergänzungsheft 1, hierin: Gegen den Trotzkismus, Resolution des Z.-A. (einstimmig angenommen), 30 ff, hier: 31 f: Zur Lage in Deutschland, in der Partei und zu unseren Aufgaben, a. a. O., 285 (Hervorhebung im Original). – Die Parteifeindlichkeit Brandlers und Thalheimers wurde auf der Januar-Sitzung in einer gegen [sic] Trotzki gerichteten Erklärung erblickt, in der die beiden die deutsche Parteiführung kritisierten. Ähnlich auch: Béla Kun, Die ideologischen Grundlagen des Trotzkismus, in: Die Kommunistische Internationale, V, 1, Hamburg, 1925, 9 ff, hier: 10.

[70] Vgl. hierzu die Literaturangaben in Anm. I.1, 4.

[71] Vgl. hierzu auch: Paul Frölich, Zum Streit über die Spontaneität, in: Aufklärung, Jahrgang II, Mainz-Köln, 1952, 105 ff.

[72] Thalheimer, Die Theorie und die Praxis des Liquidatorentums. Zur Reichskonferenz der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, in: Die Internationale, Jg. 3, Berlin, 1521, Heft 18/19, 624 ff und ibd., Jg. 4, Berlin, 1922, Heft 1/2, 18 ff; Heft 3, 52 ff; vgl. besonders Heft 1/2. Ruth Fischer hat auf den Zusammenhang dieser Äußerung Thalheimers mit der Luxemburgischen Theorie aufmerksam gemacht: Ruth Fischer, Unsere wichtigste Aufgabe, in: Die Internationale, Jg. 8, Berlin, 1925, Heft 3, 105 ff, hier: 106. – Gegen jene Theorie Thalheimers hatten sich 1922 besonders Ernst Meyer und Paul Frölich gewandt: vgl. Frölich, a. a. O., 260.

[73] Die KPD die einzige Arbeiterpartei in Dawes-Deutschland, a. a. O.; Ruth Fischer, Zur Tagung des Zentralausschusses, a. a. O., 54.

[74] Die KPD die einzige Arbeiterpartei in Dawes-Deutschland, a. a. O., 23 f.

[75] Die in Anm. 64 zitierte Rede auf der ZA-Sitzung im Mai ist nach dem Inhaltsverzeichnis der „Internationale“ von Ruth Fischer gehalten; vgl. ibd., 284 (Hervorhebung im Original). – Die von Ruth Fischer vorgenommene Spezifizierung der „brandleristischen“ Vorstellung vom [120] „westeuropäischen Weg zur Macht“ als eine Politik im Rahmen der bürgerlich-parlamentarischen Verfassung geht selbstverständlich – wie bereits ausführlich dargelegt ist – am politischen Denken Brandlers und Thalheimers vorbei und ist daher nicht mitzitiert.

[76] Mündl. Bericht Rosi [Frölich-] Wolfstein 27.7.62.

[77] Ibd.

[78] Mündl. Bericht Max Köhler 27.10.1962.

[79] Die Angaben der befragten damaligen Funktionäre über die Form und den Teilnehmerkreis fraktioneller Zusammenarbeit für diesen Zeitraum widersprechen einander in sinnvoller Weise: während untere Funktionäre (Uhlmann, Futran, Anonymer Bericht 4.11.1962, aber auch Alfred Schmidt) jegliche Zusammenarbeit der Rechten für diese Zeit, ja teilweise für die Zeit bis 1927 oder gar 1928 verneinen, berichten mittlere Funktionäre (Tittel und Köhler) von Kontakttreffen, die somit anscheinend in den unteren Funktionärkadern keine Auswirkungen hatten; während derartige Kontakttreffen nach Köhler Mitglieder der „Versöhnler“-Gruppe, der Fortsetzung des kritischeren Teils der „Mittelgruppe“, einschlossen, verneint der Bericht eines damaligen nicht stimmberechtigten Zentralemitglieds (Erna [Lang-] Halbe) diese Zusammenarbeit von „Rechten“ und „Versöhnlern“ – was insofern einleuchtend erscheint, als der „versöhnlerisch“ eingestellte Teil der „Mittelgruppe“ eine „reine Apparatfraktion“(Mdl. Ber. A. Futran 3.11.1962) war und ihm „rechte“ Koalitionspartner auf gleicher Ebene der Parteihierarchie bis 1925 nicht, bis 1928 kaum zur Verfügung standen. – Andererseits geht aus den zeitgenössischen Quellen immerhin soviel hervor, daß eine Anzahl von unteren Parteifunktionären und Funktionären in den kommunistischen Nebenorganisationen der „Fraktionsarbeit“ bezichtigt werden und teilweise ausgeschlossen werden konnten; wenngleich diese Vorwürfe der Zentrale häufig wenig belegt gewesen zu sein scheinen, kann man doch annehmen, daß die Betreffenden sich jedenfalls in der Parteiöffentlichkeit kritisch gegen die Zentrale-Politik gewandt haben, was immerhin in manchen Fällen in der Absicht einer Sammlung der „Rechten“ geschehen sein mag; (vgl. hierzu die Verweise im Anm. 80); insgesamt sind Angaben zur Fraktionsarbeit der erklärten „Rechten“ in dieser Zeit jedoch auf Kombinationen angewiesen und halten, besonders was die obigen Schlüsse aus dem Befragungsmaterial betrifft, den Kriterien empirischer Forschung selbstverständlich nicht im geringsten stand; es handelt sich lediglich um einigermaßen plausible Schlußfolgerungen, deren Wert auch noch dadurch beeinträchtigt wird, daß sowohl in den zeitgenössischen Quellen als auch in einen Teil der Befragungsergebnisse die Unterscheidung zwischen „rechter“ und „versöhnlerischer“ („Mittelgruppen“-) Opposition durchaus verschwimmt. Gleichwohl scheint bei der Betrachtung des Zeitraums 1924/1925 manches für die Behauptung Brandlers (die in diesem Punkte auch wesentlich von dem Versuch bestimmt sein dürfte, aus Gründen der Rechtfertigung seiner späteren organisierten Opposition gegen die KI und die KPD jeden Vorwurf fraktioneller Tätigkeit bis 1928 von sich zu weisen) zu sprechen, er habe sich jedes Versuches der Organisierung eines fraktionellen Zusammenhaltes der deutschem „Rechten“ enthalten (Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961). – Für eine mindestens gelegentliche Zusammenarbeit von „Rechten“ und „Mittelgruppen“-Anhängern auf der unteren und mittleren Parteiebene spricht, abgesehen vom traditionalen Zusammenhalt, der vermutlich angesichts der gemeinsamen Frontstellung gegen die Zentralepolitik wieder zunehmend aktualisiert wurde, neben entsprechenden Behauptungen der Zentrale (z. B. Bericht 10. Parteitag; KPD, Referat Schneller, 328 ff, hier 335) etwa die Tatsache, daß sich der zunächst noch „vollkommen [121] rechts verseuchte“ Bezirk Erzgebirge-Vogtland (so: Diskussionsbeitrag Schreiber in Protokoll 10. Parteitag KPD, 366 f) nach dem Frankfurter Parteitag sowohl hinter Paul Böttcher gestellt als auch sich auf der ZA-Sitzung nach dem Parteitag gegen die neue politische Linie gewandt hatte – was ohne solche Zusammenarbeit nicht denkbar war (ibd., 23; Bericht 9. Parteitag KPD, 352); derselbe Bezirk votierte allerdings nach der Funktionärsauswechselung durch die Fischer-Maslow-Zentrale in Funktionärsversammlungen für den Parteiausschluß von Brandler und Thalheimer (Bericht 10. Parteitag KPD, 336).

[80] Karl Jannack (Remscheid) hatte bereits die Minderheits-Resolution bei den Moskauer Verhandlungen im Januar 1924 mit unterzeichnet (vgl. Anm. 24). – Vgl. Bericht 10. Parteitag KPD, Referat Schneller, a. a. O., Politischer Bericht der Zentrale (1 ff, hier: 23, 26) Organisatorischer Bericht [der Zentrale] (113 ff, hier 115); Protokoll EKKI 1925, Diskussionsbeitrag Klara Zetkin, 170 ff, hier: 173; Erklärung Brandler/Radek/Thalheimer, ibd., 313 ff, hier 314; als Ausgeschlossene werden hier namentlich genannt: Deisen, Ehlers, Westermann, Völker, Jannack, Graul, Holm.

[81] Referat Schneller, a. a. O., 336.

[82] Bericht 10. Parteitag KPD, 375.

[83] Zur „ultralinken“ Opposition in der KPD vgl. die detaillierte Darstellung vom Siegfried Bahne, Zwischen „Luxemburgismus“ und „Stalinismus“. Die ultralinke Opposition in der KPD, a. a. O. Diese „ultralinke“ Opposition stand unter der Führung von Werner Scholem, Iwan Katz, Arthur Rosenberg, Karl Korsch und Ernst Schwarz und wurde – mit Ausnahme Rosenbergs und Scholems – Anfang 1926 aus der KPD ausgeschlossen; der zu dieser Zeit ausgeschlossene Teil der „Ultralinken“ bildete danach verschiedene, sich bald schon heftig befehdende Splittergruppen, die jedoch bald politisch mehr und mehr an Einfluß verloren.

[84] Für die Politik dieser neuen Mehrheit der Parteiführung siehe, neben Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, a. a. O., 506 ff: Flechtheim, a. a. O., 124–133; über das Verhältnis der Fischer-Maslow-Gruppe zur „Ultralinken“ wird von Bahne eine Darstellung vorbereitet (vgl. Bahne, a. a. O., Anm. 8).

[85] *Erna Halbe*, „geb. 1892 in Hamburg SPD, 1914 Gegnerin der Burgfriedenspolitik, 1916 Anschluß an die [,]leninistische[‘] ‚Bremer Linke‘, während des Krieges aus polit. Gründen längere Zuchthaus-Haft. Funktionärin der KPD seit Gründung“. Nach dem 9. und nach dem 10. Parteitag (1924, 1925) Leiterin des Frauen-Reichssekretariats. (Zitat nach Drechsler, a. a. O., Band. II, 5, Hinzufügungen in eckigen Klammern; ‚Bericht 10. Parteitag‘, KPD, 767; Schriftl. Bericht Erna [Lang-] Halbe 24.9.1962).

[86] So auf dem 10. (Berliner) Parteitag; vgl. Bericht 10. Parteitag KPD, 476 ff (hier irrtümlich als „Calm“ geschrieben). Für die Zurechnung Galms, der sich freilich nie primär fraktionellen Gruppierungen, sondern vorab seiner lokalen Partei- und Gewerkschaftsorganisation verbunden fühlte, zu dieser Gruppe spricht vor allem die Tatsache, daß er auf dem 10. Parteitag der Gewerkschaftskommission angehörte, was jedenfalls wenn nicht auf Konzessionen, so doch auf eine Art „Stillhalte-Taktik“ gegenüber der Fischer-Maslow-Gruppe hindeutet (vgl. ibd., 327).

[87] Vgl. z. B. das Begrüßungstelegramm Klara Zetkins an den Parteitag, ibd., 444 f, oder ihren Diskussionsbeitrag auf dem EKKI-Plenum 1925 (a. a. O.).

[88] Mündl. Bericht Max Köhler 27.10.1962. [122]

[89] *Arthur Ewert*, geb. 1890 in Heinrichswalde im Ostpreußen, Sattler, dann Metallarbeiter. 1908 SPD, dann KPD. Parteisekretär. Nach dem 8. Parteitag und nach der Parteikonferenz 31.10./1.11.1925 Mitglied der Zentrale bzw. des ZK. Seit 1924 „Mittelgruppe“ bzw. „Versöhnler“-Gruppe. 1929/30 Konflikt mit der Thälmann-Führung. 1935 in Brasilien aus politischen Gründen zu 30 Jahren Zuchthaus verurteilt.

[90] Hierfür wird im Schriftl. Bericht Erna [Lang-] Halbe 24.9.1962 ein Hinweis gegeben: „Ich erinnere mich gut (es muß Anfang 25 gewesen sein), daß Pieck, Eberlein und ich uns in einer dunklen Ecke im Parterre der Rosenthalerstraße vor Stattfinden einer ZK-Sitzung über die Taktik unterhielten, die wir zu einer bestimmten Frage in d. ZK-Sitzung einnehmen wollten.“

[91] Eine detaillierte Aufzählung dieser Initiativen seit der ersten ZA-Sitzung nach dem Frankfurter Parteitag in: Frölich, Die „Rechte“ in der Partei, in: Die Internationale, Jg. 8, Berlin, 1925, Heft 10, 627 ff. Vgl.: Ernst Meyer, Macht endlich Schluß!, in: Die Internationale, Jg. 8, Berlin, 1925, Heft 5 a, 309 ff; ders., Von Frankfurt bis Berlin, ibd., Sonderheft zum Reichsparteitag 1925, 81 ff.

[92] Frölich, a. a. O.

[93] Vgl.: Ernst Meyer, München 1919, Zum 5. Juni, dem Todestags Levinés, in: Die Internationale, Jg. 8, Berlin, 1925, Heft 6, 369 ff; hierzu die Replik von h. r., ibd., Heft 8, 501 ff; Ernst Meyer, Münchener Lehren, ibd., Heft 10, 638 ff; ders., Betriebszellen-Organisation im Spartakusbund, ibd., Heft 12, 763 ff; Frölich, Kritik einer Methode historischer Kritik, a. a. O. – Eine Rede Ruth Fischers (Protokoll EKKI 1925, 309 ff, hier 322) spricht von „einer Art Pressekorrespondenz“ der „Rechten“; da um diese Zeit Jannack, der zuvor „rechtes“ Material verbreitet hatte, bereits aus der KPD ausgeschlossen war, ist anzunehmen, daß es sich dabei um Fraktionspublikationen der Meyer-Becker-Frölich-Richtung behandelt hat.

[94] Vgl. Ernst Meyer, Münchener Lehren, a. a. O., 640, der sich hier – mit einer etwas fragwürdigen Berufung auf Lenin – gegen elitäre Konzeptionen der Parteiorganisation wendet. – Zu dieser Zeit trat auch Walcher mit einer Arbeit hervor [Ford oder Marx, Die praktische Lösung der sozialen Frage, Berlin, 1925], deren Analysen u. a. auf der Theorie der Kapital-Akkumulation Rosa Luxemburgs basierten; vgl. auch die Rezension von Lerner in: Die Rote Gewerkschafts-Internationale, Jg. 5, Moskau (Berlin), 1925, Nr. 5 (52), 316 ff.

[95] Brief an den Parteitag der KPD, in: Die Internationale, Jg. 8, Berlin, 1925, Heft 8, 505 ff (hier: 507); Beilagen zum Brief der Genossen Frölich, Meyer und Becker an den Parteitag, ibd., Heft 9, 575 ff und Heft 10, 640 ff; auch abgedruckt in: Bericht 10. Parteitag KPD, 257 ff; vgl. Auszug aus dem Brief in: Anhang II, Dokumente. – Die Annäherung an die Brandler-Thalheimersche Beurteilung des Oktober 1323 ist in der Feststellung ausgedrückt, „daß der Generalstreik gezeigt hatte, daß der Einfluß der SPD. und der Gewerkschaftsbürokratie auf die Arbeitermassen noch zu stark war, als daß es der Partei gelungen wäre, den Generalstreik zum bewaffneten Aufstand auszuweiten“ (Die Internationale, Heft 9, 577).

[96] Abgedruckt in: Protokoll EKKI 1925, 313 ff; vgl. Wiedergabe in: Anhang, II, Dokumente.

[97] Zit. in: Inprekorr, 1928, 142 (21.12.).

[98] Protokoll EKKI 1925, 515 ff, hier 316 f; vgl. Auszug in: Anhang II, Dokumente.

[99] Vgl. ibd., 319.

[100] Ibd., 517 ff, hier: 519; vgl. Wiedergabe in: Anhang II, Dokumente.

[101] Thesen und Resolutionen des V. Weltkongresses, a. a. O., Thesen zur Taktik der Komintern, 12 ff, hier 22 f; Thesen zur Weltwirtschaftslage, 36 ff, bes. 38 ff. [123]

[102] Sinowjew, Referat: Die grundlegenden Aufgaben unserer Taktik, Protokoll EKKI 1925, 21 ff, hier: 23 ff, 38.

[103] Die Einheitsfronttaktik wurde von Brandler und Thalheimer niemals ganz aufgegeben; sie werde in der ZA-Sitzung vom November 1923 lediglich für die gegebene deutsche Situation – nicht prinzipiell – durch eine „Einheitsfront von unten“ ersetzt, wobei gleichzeitig vor der dann auch tatsächlich weitgehend eingetretenen Praxis der „Linken“ gewarnt wurde, auf jegliche Form der Einheitsfronttaktik zu verzichten (Thalheimer, Ein Warnungssignal, a. a. O., 141–145). Auf dem V. Weltkongreß (Referat Thalheimer, a. a. O., 575) gab er ausdrücklich zu verstehen, daß keinerlei politische Ereignisse seit dem IV. Weltkongreß eingetreten seien, welche ein Abgehen von den dort gebilligten programmatischen Formulierungen zur Einheitsfronttaktik rechtfertigen könnten.

[104] Thesen und Resolutionen des V. Weltkongresses, a. a. O., Thesen zur Taktik der Komintern, 12 ff, hier: 28 f. Diese Thesen bezeichnen die Anwendung der Taktik der Teilforderungen, die mit dem „revolutionären Endziel“ stets zu verknüpfen seien, als „Voraussetzung“ der Taktik der KI; sie argumentieren somit durchaus im Sinne der Taktikkonzeption der KPD der Zeit 1921–1923.

[105] Sinowjew, a. a. O., 49.

[106] Vgl. hierzu: Borkenau, a. a. O., 267 ff.

[107] Vgl. hierzu: Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, a. a. O., 530 ff. – Im Brief Stalins an Maslow (vom 28.2.1925) heißt es über Brandler und Thalheimer u. a.: „... Sie haben vollkommen recht, wenn Sie behaupten, daß die KPD kolossale Erfolge erzielt hat. Es besteht kein Zweifel, daß Brandler und Thalheimer zu einer Art von alten Führertypen gehören, deren Zeit vorbei ist und die durch Führer eines neuen Typs in den Hintergrund gedrängt werden. Bei uns in Rußland fand der Prozeß des Absterbens einer ganzen Reihe ‚alter Führer‘ aus der Reihe der Literaten immer statt ... Der Unterschied zwischen Brandler und Thalheimer und diesen letzten Genossen besteht, nebenbei gesagt, darin, daß die Brandler und Thalheimer außer allem übrigen hinter sich den alten sozialdemokratischen Ballast herschleppen, während die obengenannten Genossen von solchem Ballast frei sind. Und dieser Unterschied spricht, wie Sie sehen, nicht zugunsten der Brandler und Thalheimer, sondern gegen sie. Die Tatsache, daß es der KPD gelungen ist, die Brandler und Thalheimer von der Bühne abzudrängen und sie herauszuschmeißen [!],schon diese Tatsache spricht dafür, daß die KPD wächst, sich vorwärts bewegt und Erfolge über Erfolge hat. ...“ (ibd., 532).

[108] Vgl. hierzu auch: Flechtheim, a. a. O., 125 ff; die Zentrale hatte zwar, seit der Tagung der Exekutive besonders, sich zu Konzessionen an eine gemäßigtere Politik bereit erklärt und die Parteitagsresolutionen teilweise auf diese Linie abgestimmt; doch blieben diese Änderungen zumeist formal. Symptomatisch ist – worauf Flechtheim hinweist –, daß die Parteitagsthesen von einer „‚Stabilisierung des Kapitalismus‘“ in Anführungsstrichen sprechen. Lediglich in der – freilich parteipolitisch wichtigen – Gewerkschaftsfrage war bereits seit Ende 1924 eine Abkehr von der vorherigen „ultralinken“ Politik der Unterstützung „unabhängiger“ Verbände erfolgt. (Hierzu: Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1925/26, a. a. O., 67.)

[109] Der „Brief der Exekutive der Kommunistischen Internationale an alle Organisationen und die Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands“ (undatiert) wurde an 1. September veröffentlicht [vgl.: Die [124] Rote Fahne, Jg. 1925, Nr. 200, 1.9.; Inprekorr, 1925, 128 (4.9.); auch abgedruckt in und hier zitiert nach: Der Neue Kurs, Reden der Genossen Bucharin und Sinowjew, Brief des Ekki, Herausgeber: Zentral-Komitee der KPD.(Berlin, o. J. (1925), 42 ff]; er trug die Unterschriften der Exekutive-Mitglieder, der Delegation der KPD (einschließlich der Unterschrift Ruth Fischers) und des Zentralkomitees der KPD. (Der 10. Parteitag hatte eine Revision des Statuts der KPD angenommen, durch die die „Zentrale“ in „Zentral-Komitee“ unbemannt und die Ersetzung des Zentralausschusses durch eine „Parteikonferenz“ beschlossen wurde). Das ZK der KPD und eine Konferenz der Politischen Sekretäre und Redakteure der KPD billigten die Entscheidungen des EKKI und die Richtlinien und die Kritik des Offenen Briefes in entsprechenden Resolutionen (vgl. Der Neue Kurs, a. a. O., 63 ff.)

[110] Vgl. hierzu: Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus, a. a. O., 206 f.

[111] Brief der Exekutive, a. a. O., 45 ff; 48 ff; 53 ff.

[112] Im Gegensatz zu der sonst in der Literatur, insbesondere bei Ruth Fischer (a. a. O., 542 ff) vertretenen Auffassung kann m. E. der Offene Brief des EKKI von 1925 nicht lediglich als Mittel interpretiert werden, die KPD Stalin gefügig zu machen; das in der Politik für eine internationale Gewerkschaftseinheit dokumentierte Interesse der sowjetrussischen Partei, sich die ausländische Arbeiterschaft mit dem Ziel zu verbünden, sie werde die erwartete „bewaffnete kapitalistische Intervention gegen Sowjetrußland“ verhindern helfen (Vgl. Rosenberg, a. a. O., 205), hatte auch die Konsequenz, auf eine Verbreiterung des Einflußbereiches der KPD hinzuwirken.

[113] Brief der Exekutive, a. a. O., 50 (Hervorhebungen im Original).

[114] Ibd., 46 (Hervorhebungen im Original).

[115] Ibd., 52 (Hervorhebungen im Original).

[116] Ibd., 54 (Hervorhebungen im Original).

[117] Ibd., 53.

[118] Vgl. Anm. 109.

[119] Brief der Exekutive, a. a. O., 61.

[120] Ibd., 62.

[121] *Franz Dahlem*, geb. an 14.1. 1892 in Rohrbach, Kaufm. Angestellter, USPD, 1920 KPD, zeitweise KAG. MdL Preußen, 1925 ZK-Mitglied. 1928 MdR. 1930–1932 Gewerkschaftsabteilung. 1937–1939 Spanien, 1939–1942 in Frankreich interniert, 1942–1945 in deutschem KZ. 1946 SED, 1950–1953 Politbüromitglied, abgesetzt und gemaßregelt; 1956 Rehabilitation. 1957 Mitglied des ZK der SED.

[122] *Walter Ulbricht*, geb. 1893 in Leipzig. Tischler, 1912 SPD, Spartakusbund, 1919 KPD, 1920 Mitglied der BL Halle-Merseburg, 1921 Sekretär der BL Großthüringen, 1923 Brandler-Anhänger, Mitglied der Zentrale, 1924/25 in Osterreich und der UdSSR, „Mittelgruppe“. 1925 Mitglied des ZK, 1926 MdL Sachsen, 1928–1933 MdR, 1929 Sekretär der BL Berlin-Brandenburg, 1933 Emigration (ČSR, Frankreich, UdSSR). 1935 Sekretär des Politbüros der KPD, 1936–1938 in Spanien, dann UdSSR. 1946 Stellv. Vorsitzender der SED, 1949 MdVK und Erster stellv. Ministerpräsident, 1950 Generalsekretär bzw. Erster Sekretär des ZK der SED, 1960 Vorsitzender des Staatsrates der DDR.

[123] Vgl. hierzu: Flechtheim, a. a. O., 134.

[124] Ibd., 135.

[125] Vgl. Das Rote Gewerkschaftsbuch, a. a. O., 133; Mitte 1926 seien etwa 80 Prozent der Parteimitglieder wieder gewerkschaftlich organisiert gewesen, in 39 Ortsausschüssen des ADGB habe wieder eine kommunistische Mehrheit bestanden. – Organisatorisch fand dies seinen Ausdruck in der Reorganisation der Gewerkschafts-Abteilung (des ZK); vgl. Der Parteiarbeiter, Jg. 3, Nr. 2, Nov. 1925, Sonderbeilage, 3 ff. Vgl. [125] Die Internationale Gewerkschaftsbewegung in den Jahren 1924–1927. Bericht des Vollzugsorgans der Roten Gewerkschaftsinternationale an den 4. Kongreß, in Moskau am 15. März 1928, Moskau [-Berlin], o. J., 161 ff.

[126] Vgl. Flechtheim, a. a. O., 137 ff; vgl. diese Darstellung für die übrigen Details der KPD-Politik bis zum Essener Parteitag. – Vgl. auch: Paul Frölich, Keinen Pfennig den Fürsten!, o. O. [Berlin], o. J. [1926]; ders., Ein Durchbruch, in: Die Internationale, Jg. 9, Berlin, 1926, Heft 3, 65 ff. – Mit der Organisierung der Arbeiterdelegationen wurde allerdings schon kurz vor dem Sturz der Fischer-Maslow-Zentrale begonnen (GdSt, 1929, 47, 11 ff).

[127] Vgl. Erklärung Brandler/Thalheimer/Radek a. a. O., 314; Briefe an unsere Leser, a. a. O. – In der Erklärung Brandlers, Thalheimers und Radeks wird von „über fünfzig“ gesprochen, während in „Briefe an unsere Leser“ mitgeteilt wird, daß allein in Bremen – zusammen mit Deisen und Ehlers – 25 KPD-Mitglieder ausgeschlossen seien.

[128] Briefe an unsere Leser, a. a. O. – Andererseits wurde freilich in dieser Zeit Reinhold Schönlank, der Sohn des sozialdemokratischen „Partei-Dichters“ Bruno Schönlank, aus der KPD ausgeschlossen.

[129] Schriftl. Bericht Hans Tittel 12.11.1962.

[130] Mündl. Bericht Fanny Kaden 27.10.1962. – Die Zeitschrift „Einheit“ war u. a. zur Propagierung der Arbeiterdelegationen gegründet worden. (Die Einheit, Jg. 1–3, Berlin, 1926–1928). Für sie zeichnete 1926 das spätere KPO-Mitglied Hans Beck verantwortlich.

[131] Vgl. Paul Böttcher, Die KPD und die Landtagswahlen in Sachsen, in: Die Internationale, Jg. 9, Berlin, 1926, Heft 20, 613 ff; ders., Vormarsch, Das Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen, ibd., Heft 22, 685 ff.

[132] Vgl. Deutscher, a. a. O., 271 ff.

[133] Protokoll EKKI Februar/März 1926; Thesen und Resolutionen der Erweiterten Exekutive (Febr.–März 1926), Hamburg, 1926.

[134] Diskussionsrede Klara Zetkin, Protokoll EKKI Februar/März 1926, 247 ff, hier: 252. Klara Zetkin erklärte in derselben Rede (248 f), gegen den Widerspruch der deutschen Delegation (ibd., 372), zur Oktober-Politik von 1923: „Meine Ansicht ist von Anfang an gewesen und ist es auch heute noch, daß

dieses Kapitel sich erklärt durch eine Ineinanderflechtung von linken und rechten Abweichungen der Partei. Dazu kommt noch ein vollständiges Versagen der Massen. Es wäre eine wichtige Aufgabe, dieses Kapitel ... historisch zu untersuchen.“ – Die „Resolution zur Deutschen Frage“ (Thesen und Resolutionen, a. a. O., 87 ff) widmete sich zur Hauptsache der Verurteilung „ultralinker“ Tendenzen und bezeichnete die Gruppe Maslow-Ruth Fischer als „das schwankendste, haltloseste Element in der Kommunistischen Internationale“ (93). Im Abschnitt über die „rechten Tendenzen“ (97 f) wurde energisch dementiert, daß „der jetzige Kurs der KPD. eine Rückkehr zu der alten Parteilage vor dem Oktober 1923“ bedeute; der „Gruppe Ernst Meyer“ wurde aufgetragen, „klar [zu] zeigen, daß sie sich nicht nur in allgemeiner Form, sondern auch in ihrer praktischen Stellungnahme zu den einzelnen politischen und innerparteilichen Fragen von der Brandlerrichtung unterscheidet. Insbesondere muß Genosse Meyer die Unrichtigkeit seiner Behauptung einsehen, daß nicht er sich dem ZK. der Partei genähert habe, sondern daß das ZK. sich ihm politisch genähert habe, d. h. nach rechts gerückt sei.“ (90)

[135] Protokoll EKKI Februar/März 1926, 600.

[136] Ibd., 614 ff, hier 615.

[137] Protokoll EKKI Dezember 1926, Die kapitalistische Stabilisierung und die proletarische Revolution – Bericht des Genossen Bucharin zum 1. Punkt der Tagesordnung des 7. Erweiterten Plenums das EKKI: Die internationale Lage und die Aufgabe der kommunistischen Internationale, 59 ff, hier. 125. [126]

[138] Vgl. ibd., 39 ff.

[139] Auch E. Varga hatte – Ende 1925 bereits – die Stabilisierung des europäischen Kapitalismus als in sich widersprüchlich charakterisiert und hinzugefügt, daß der „Widerspruch zwischen den Produktions- und den Verwertungsmöglichkeiten der westeuropäischen Industrie“ „schließlich in nicht allzu ferner Zukunft zur Untergrabung der Stabilisation führen“ werde; E. Varga, Wege und Hindernisse der Weltrevolution, in: Die Kommunistische Internationale, VI, 12, Hamburg-Berlin, 1925, 1221 ff, hier: 1228, 1224.

[140] Heinrich Brandler, Wege der kapitalistischen Entwickelung [sic], in: Die Rote Gewerkschafts-Internationale Jg. 6, Moskau (Berlin), 1926, Nr. 12 (71), 780 ff (hier besonders: 785 f, 786); und: Jg. 7, Moskau (Berlin), 1927, Nr. 2 (73), 86 ff. Eine Anmerkung im zweiten Teil der Arbeit weist darauf hin, daß die Gedankengänge des ersten Teils durch die Rückübersetzung des Textes aus dem Russischen entstellt sind und daß Brandler daher die Verantwortung für diese Fassung ablehne; das durfte allerdings kaum für die gleichwohl erkennbaren Grundzüge der Argumentation gelten. – Mochte diese von Bucharin inaugurierte politische Konzeption – als ein Komplement gleichsam zur Stalinschen Theorie von der Möglichkeit des Aufbaues des Sozialismus in der isolierten UdSSR – durchaus auch ideologisch-rechtfertigende Funktionen erfüllen, so konnte ihr vom Standpunkte der kommunistischen Parteien des Westens her doch auch ein Moment politischer Rationalität zuerkannt werden; insofern, als das sowjetrussische Interesse an der Vergrößerung des Einflußbereiches der KPen (vgl. Anm. 112) mit deren revolutionären Interessen in Einklang stand.

[141] Protokoll EKKI Dezember 1926, Diskussionsbeitrag Ernst Meyer, 693 ff, hier: 696.

[142] Ibd., Diskussionsbeitrag Losowsky, 757 ff, hier: 763; vgl. Diskussionsbeitrag Klara Zetkin, 764 ff.

[143] Resolution zur innerparteilichen Lage der KPD., in: Thesen und Resolutionen angenommen auf der VII. Tagung des Erweiterten EKKI, Inprekorr, 1927, 16 (5.2.), Sondernummer 6, 343 f, hier: 344.

[144] Protokoll EKKI Dezember 1926, 871; der Beschluß erfolgte auf Grund einer Entscheidung der IKK der KI und wurde einstimmig angenommen; vgl. die Wiedergabe in: Anhang II, Dokumente.

Abschnitt I.3

[1] So eine Bemerkung in: Der Internationale Klassenkampf, Herausgegeben von der Internationalen Vereinigung der Kommunistischen Opposition (hiernach zitiert als IK), II. Jg., Nr. 3, 12. Vgl. auch den mündl, Bericht von Rosi [Frölich-] Wolfstein (28.7.1962), demzufolge Staue nach Aussage Brandlers ihm noch 1928 unter derselben Bedingung die deutsche Parteiführung angeboten habe.

[2] *Heinz Neumann*, geb. 1902 in Berlin. 1921 – als Student – KPD, zunächst von Thalheimer gefördert. 1922/Anfang 23 zur Fischer-Maslow-Gruppe gehörig, 1924/25 wieder an Maslow orientiert; nach dem „Offenen Brief“ des EKKI von 1925 Distanzierung von Maslow, Mitglied des ZK. Organisierte 1927 zusammen mit Lominadse den Aufstand von Kanton. 1928 Mitglied des Polbüro der KPD; Unterstützung Thälmanns in der Wittorf-Affäre; Mitglied des „Triumvirats“ Thälmann-Remmele-Neumann 1930 MdR. 1932 Konflikt mit Thälmann, Funktionsentzug. Nach 1933 in Spanien, in der Schweiz und in der UdSSR. 1937 von der NKWD verhaftet, vermutlich erschossen[*]. [127]

[3] Nach Max Köhler (Mündl. Bericht 27.10.1962) war sogar „bis zum Essener Parteitag“ (März 1927) die „Opposition von Eberlein – Meyer – Walcher – Köhler – Frölich eine Gruppe gewesen“; dagegen die in Anm. I.2, 79 bereits erwähnte Äußerung Erna [Lang-] Halbes, daß sich die „Gruppen der Rechten und Versöhnler ... immer unterschieden haben“.

[4] Vgl. Mündl. Bericht Alfred Futran 3.11.1962.

[5] Die Hauptrepräsentanten der „Rechten“ zu dieser Zeit (1926/27) hatten ihren Rückhalt vor allem in den Bezirken (Tittel, Böttcher) oder waren besonders mit Organisationen oder Bewegungen außerhalb der eigentlichen Parteiorganisation verbunden (Siewert in der Arbeit für die „Einheits“-Delegation von Arbeitern in die UdSSR; Köhler und später Walcher waren über die entsprechende Abteilung beim ZK mit der Gewerkschaftsbewegung verbunden; auch die späteren oppositionellen ZK-Kandidaten Hausen und Galm hatten in ihren Bezirken eine starke „Hausmacht“).

[6] Eine Reihe von Bemerkungen im Befragungsmaterial deutet auf diese Zunahme von Fraktionspublikationen seit 1926 hin. – Die fraktionelle Zusammenarbeit innerhalb der erklärten „Rechten“ konnte besonders von Max Köhler, der ab 1.1.1926 Leiter des Referates Sozialpolitik in der Gewerkschaftsabteilung des ZK war und somit über vermehrte Verbindungen zu den Bezirken verfügte, forciert werden (Mündl. Bericht Max Köhler 27.10.1962).

[7] Schriftl. Bericht Erich Hausen 17.11.1962.

[8] Noch auf dem 15. Parteitag der KPdSU (Protokoll 15. Parteitag KPdSU, 199) trat Bucharin indirekt für die Gruppe der „Rechten“, wenn auch nicht für ihre Politik, ein, wenn er – offenkundig im Widerspruch zu den Tatsachen – von der „sogenannten rechten Gruppe“ in der KPD behauptete, sie habe „gegenwärtig weniger Einfluß als früher“ und sich damit ersparte, gegen sie Angriffe zu richten; so ist immerhin denkbar, daß es in Bucharins Intention gelegen hat, nicht allein die Meyer-Gruppe, sondern auch Vertreter der ausgesprochenen „Rechten“ über die Parole „Konzentration der Parteiführung“ in diese einzubauen und dadurch das Gewicht „rechtsorientierter“ Kräfte in der deutschen Partei zu verstärken.

[9] Ibd., 240 f.

[10] Erklärung des Genossen Meyer, in: Die Rote Fahne, Jg. 1927, Nr. 16, 20.1.

[11] Vgl. Ein prinzipienloser Block, in: Mitteilungsblatt (Linke Opposition der KPD.), Herausgeber: Hugo Urbahns, 1927, 2.

[12] Vgl. die „rechte“ Kritik aus späterer Sicht in GdSt, 1929, 23, 7 f (Aus der Geschichte den Opposition); bei der hier vorgetragenen Polemik wird der derzeitige Ernst Meyer noch als „Fraktionsgenosse“ bezeichnet – der damals „in verlogener Weise von Brandler und Thalheimer ... abrückte und auf Jede Kritik an der Parteileitung verzichtete“.

[13] Vgl. Diskussionsbeitrag Böttcher in: Bericht 11. Parteitag KPD, 197 ff, hier: 197.

[14] Ein prinzipienloser Block, a. a. O.

[15] So die Wiedergabe im Diskussionsbeitrag Böttchers auf dem 11. Parteitag, a. a. O.; im Mitteilungsblatt von Urbahns (Ein prinzipienloser Block, a. a. O.) heißt es dagegen: „Er forderte, daß man *alle*

[*] Laut Wikipedia „am 26. November 1937 vom Militärkollegium des Obersten Gerichtes der Sowjetunion zum Tode verurteilt und noch am selben Tag erschossen“.

Linken aus der Partei werfen soll, und daß man offen die Fragen des Oktobers 1923 erneut ‚diskutieren‘ soll, d. h. Brandler und Böttcher Recht geben soll. Dann würde man eine *Konzentration von Thälmann bis Brandler haben und* die Partei retten (d. h. zur ‚linken‘ SPD führen). Der offizielle ZK.-Referent widersprach nur ganz schwach, der berüchtigte *Lominadse* war dafür“ (Hervorhebungen im Original). Es ist zwar anzunehmen, daß die [128] Äußerungen Böttchers auf der Parteiarbeiterkonferenz schärfer formuliert waren als in der Wiedergabe auf dem Parteitag, doch ist es auch wahrscheinlich, daß ein Teil seiner Bemerkungen in der Wiedergabe im Organ Urbahns – den üblichen Formen der Partei- und Fraktionspolemik entsprechend – wesentlich überpointiert wurden.

[16] Vgl. Referat Ewert in: Bericht 11. Parteitag, 174 ff, hier: 186. – Ewert führte bei der Gelegenheit aus, daß in der Konsequenz dieser Initiativen die „Entwicklung einer Puffergruppe mit der Tendenz des Übergangs zu Brandler“ liegen könne: „nichts wäre schädlicher in der jetzigen Parteientwicklung, als die Herauskristallisierung ... solcher Strömungen und die Bildung von solchen Zwischengliedern und Puffergruppen“ (187).

[17] Das Organ der Urbahns-Gruppe meinte sogar behaupten zu dürfen, Thälmann trete „überall ... als Vorkämpfer für die Rückkehr Brandlers“ auf: Der zweite Heidelberger Parteitag in Essen, in: Mitteilungsblatt (Linke Opposition der KPD.), 1927,5/6,6 ff, hier: 9.

[18] Beschluß des Zentralkomitees in der Frage der Genossen Brandler und Thalheimer, in: Die Rote Fahne, a. a. O.

[19] Dieser Kampf gegen die aus der Zeit 1924/25 herrührende „ultralinke“ und „linke“ Opposition wurde mit der Verurteilung der politischen Auffassungen der sogenannten Weddinger-Opposition (um Kötter u. a.) auf dem Parteitag und durch den Ausschluß der „links“-oppositionellen Funktionäre Bartels, Schlecht und Grylewicz kurz nach dem Parteitag im wesentlichen abgeschlossen. Nach Angabe des „Mitteilungsblattes“ der „Linken Opposition“ (a. a. O.) wurden seit dem Offenen Brief von 1925 bis zum Essener Parteitag insgesamt etwa 1.300 „linke“ Funktionäre und Mitglieder aus der KPD ausgeschlossen.

[20] Mit Ausnahme zunächst noch der Chinapolitik Stalins; vgl. Borkenau, a. a. O., 296 ff, Rosenberg, a. a. O., 208 ff; Nollau, a. a. O., 85 ff. – Das VII. EKKI-Plenum hatte noch vorwiegend im Zeichen der China-Politik gestanden, zugleich aber die Aufgabe eines „Kampfes“ gegen die Gefahr eines „imperialistischen Krieges“ stark betont (vgl. Thesen über die internationale Lage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale, in: Thesen und Resolutionen angenommen auf der VII. Tagung des Erweiterten EKKI, a. a. O. hier: 313 ff, hier: 317).

[21] Thesen zur politischen Lage und den Aufgaben der KPD, in: Thesen und Resolutionen des XI. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, Essen 2. bis 7. März 1927, Herausgegeben vom Zentral-Komitee der KPD, Berlin, 1927, 5 ff, hier: 27 f.

[22] Vgl. Diskussionsbeiträge Ernst Meyer in: Bericht 11. Parteitag KPD, 102 f hier: 102; und, eher abweisend, Arthur Ewert, 132 ff, hier: 132 f.

[23] Referat Thälmann in: Bericht 11. Parteitag KPD, 42 ff, hier: 58 ff; Schlußwort Thälmann, ibd., 160 ff, hier: 163 ff; Thesen zur politischen Lage und den Aufgaben der KPD, a. a. O., 24 ff.

[24] Zu ihrer Entwicklung seit 1925 vgl. vor allem Drechsler, a. a. O., Band I, 12 ff; zur „Jungsozialistischen Opposition“, deren Entstehung einen der Anlässe zu den Überlegungen Böttchers gebildet hatte, ibd., 21 ff.

[25] Diskussionsbeiträge Böttcher (97 ff), Heucke (138 ff, hier: 138 f) und Hausen (114 ff) in: Bericht 11. Parteitag KPD.

[26] Brandler hatte bereits vor dem Essener Parteitag einen Artikel über ein Aktionsprogramm der KPD – der später veröffentlicht wurde – verfaßt (vgl. Anm. 62), das den deutschen „Rechten“, die beispielsweise über Robert Siewert anläßlich seiner Rußlandreisen mit den Arbeiterdelegationen mit Brandler Kontakt hatten (vgl. Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961; – Max Köhler 27.10.1962), nicht unbekannt geblieben ist (vgl. auch Aktionsprogramm, Produktionskontrolle,

Übergangslosungen, [129] a. a. O., Einleitung, 3 ff, hier: 4); so wurde auch bei den späteren Verhandlungen gegen Hausen vor der EKKI-Kommission im November 1928 in Moskau der Aktionsprogramm-Entwurf Brandlers zu recht mit den entsprechenden Vorschlägen der „Rechten“ auf den Essener Parteitag nahezu identifiziert: vgl. Inprekorr, 1928, 140 (18.12.), Anklagerede Ulbrichts.

[27] Vgl. Bericht 11. Parteitag KPD, 154, 388 ff; Diskussionsbeitrag Hans Beck, ibd., 112 ff, hier: 113 f (zu Beck vgl. Anm. 1.2, 130); Anträge 62 und 63, ibd., 418 f. Der Antrag 62 (UB Salzungen) forderte von einen Aktionsprogramm: „Es muß eine Analyse der gegenwärtigen Epoche des Kapitalismus und seiner spezifischen Formen, seines monopolistischen Charakters geben und alle Losungen und Handlungen der Partei in einen systematischen Zusammenhang bringen ...“. Ferner: Das „Aktionsprogramm“ des Genossen Brandler, in: Die Kommunistische Internationale, IX, 1 und 2, Hamburg-Berlin, 1928, 52 ff und 95 ff, hier: 95, Anmerkung.

[28] Die Antragsteller sind bei den beiden wichtigsten Anträgen dieses Inhalts (Zusatzantrag zu Abschnitt 4 der politischen Thesen, ibd., 387 f, und Antrag für Schaffung eines Aktionsprogramms, 388 f). nicht vermerkt, doch geht aus einer Bemerkung des Parteitagsvorsitzenden Geschke (ibd., 154) hervor, daß jedenfalls der zweite Antrag von „Steffen und 20 anderem Genossen“ stammte. Im Schlußwort Thälmanns (a. a. O., 165) heißt es zudem, daß „sowohl der Genosse Beck als auch verschiedene Genossen in der Politischen Kommission“ in der Frage der Produktionskontrolle – über die „innerhalb der Partei Meinungsverschiedenheiten sehr starker Natur vorhanden“ seien – sich gegen die Auffassung des ZK gewandt hatten. Zur politischen Kommission gehörten aber als erklärte „Rechte“ Tittel, Steffen und ggf. Heucke, zudem der zeitweilig mit ihnen sympathisierende Erich Hausen (ibd., 69, hier „Hausen“ irrtümlich als „Hansen“ beschrieben). Endlich geht aus dem in Anm. 27 zitierten Artikel aus der „Kommunistischen Internationale“ hervor, daß zu den Antragstellern auch Walcher und Melcher gehörten.

[29] Auch unter der Fischer-Maslow-Führung spielte – wie schon vorher – in der KPD eine Forderung „Produktionskontrolle“ eine Rolle. [vgl. Die KPD die einzige Arbeiterpartei in Dawes-Deutschland, a. a. O. (Thesen des Zentral-Ausschusses, 10 ff)]. Auch hier ist von einem Aktionsprogramm und von Produktionskontrolle die Rede. Doch gaben die Thesen ein merkwürdiges Durcheinander von „reformistischen“ Tageslosungen und von „revolutionären“ Endlosungen – wozu auch die Produktionskontrolle rechnete, welche „gleichbedeutend“ sei „mit Machtübernahme“. (27 f); im Gegensatz zu dem hier genannten Entwurf der „Rechten“ waren beide Kategorien von Losungen miteinander nicht rational vermittelt, sondern standen beziehungslos nebeneinander. Das gleichzeitig beschlossene „Aktionsprogramm“ (28 ff) war ein Florilegium [Blütenlese] apodiktischer Behauptungen und Forderungen, dessen wichtigstes Stück das Postulat der „Bolschewisierung“ der Partei darstellte.

[30] Vgl. unten, Anm. 62.

[31] Antrag für Schaffung eines Aktionsprogramms, a. a. O.

[32] Zusatzantrag zu Abschnitt 4 der politischen Thesen, a. a. O.

[33] Vgl. hierzu oben, Abschnitt I.1, bes. S. 21 ff und S. 31.

[34] Schlußwort Thälmann, a. a. O., 165 f.

[35] Insbesondere Diskussionsbeitrag Meyer in: Bericht 11. Parteitag, 203 ff. – Im Gegensatz zu den frühen Parteitagsprotokollen muß vor allem dieser Bericht – nach einer Formulierung Trotzkis (vgl. Bahne, Die [130] Kommunistische Partei Deutschlands, a. a. O., 655, Anm. 1) – gelesen werden wie diplomatische Dokumente; aus der wiederholten scharfen Abgrenzung Ewerts von Brandler und Thalheimer (z. B. 188, 226) einerseits und aus der zugleich polemischen und beschwörenden Diktion der Auseinandersetzung Meyers mit Böttcher in der zitierten Rede möchte man schließen, daß nach den Vorstellungen des an Ewert orientierten Teils der „Versöhnler“-Gruppe die „Konzentration“ der Parteiführungen sich unter Ausschluß von Thalheimer und Brandler, nach denen des an Meyer orientierten Teils unter deren Einschluß vollziehen sollte. Hierfür spricht ferner, daß gerade Ernst Meyer den „Ultralinken“ stets als eine Art Handlanger Brandlers und Thalheimers galt (vgl. z. B. Ein

prinzipienloser Block, a. a. O.); endlich auch, daß nach der erneuten „Linksschwenkung“ der KPD seit 1928 und der Abspaltung der erklärten „Rechten“ Ernst Meyer sich mehr und mehr von den übrigen Führern der „Versöhnler“-Gruppe abwandte und nach seinem Tode 1930 von den „Rechten“ als „ein Führer der Opposition, wenn auch nicht ihr entschiedenster“ gewürdigt wurde (GdSt, 1930, 88 f, hier: 89).

[36] Diskussionsbeitrag Ewert, a. a. O., 135.

[37] Das Parteitagsprotokoll verschweigt – im Gegensatz zu anderen, mit wenigen Gegenstimmen angenommenen Anträgen – bei diesen Anträgen das Abstimmungsergebnis, was darauf hindeutet, daß sich möglicherweise ein nicht geringer Teil der Delegierten für sie ausgesprochen hat.

[38] *Arthur Rosenberg,* geb. am 19.12.1889 in Berlin. Studium der Alten Geschichte und der Archäologie in Berlin (Schüler Eduard Meyers), 1913 Dr. phil., 1914 Habilitation an der Friedrich-Wilhelm-Universität. 1919 KPD, 1924 MdR, Anhänger der Fischer-Maslow-Gruppe, dann „ultralinke“ Opposition; nach dem 10. Parteitag bis zum EKKI-Brief 1925 ZK-Mitglied, tendierte in der Folgezeit mehr und mehr nach „rechts“, gehörte indes nie – wie das Mitteilungsblatt (Linke Opposition der KPD.), 1927, 7, 9 und im Anschluß daran verschiedene Autoren (z. B. Ruth Fischer, a. a. O., 735) angegeben – zur eigentlichen „Brandler-Fraktion“. Trat bereits wenige Wochen nach dem Essener Parteitag aus der KPD aus. Historiker des Bolschewismus und der Weimarer Republik (vgl. Anm. I.1, 1). 1930 Professor in Berlin, 1933 Emigration (England, USA), Lehraufträge. Gestorben an 7. Februar 1943. – Vgl. Bericht 11. Parteitag KPD, 197 f (Böttcher), 202 f (Rosenberg), 224 f (Tittel).

[39] Vgl. z. B. Diskussionsbeiträge Wesche (Chemnitz) und Schehr (Wasserkante), ibd., 206 f, 291 ff. Insbesondere in den sächsischen Parteibezirken hatte es zwischen den seit 1924 eingesetzten oder gewählten Bezirksfunktionären einerseits und Paul Böttcher andererseits in der Zeit vor dem Essener Parteitag im der Frage Brandler-Thalheimer beträchtliche Differenzen gegeben. Vgl. auch Diskussionsbeiträge Bauer (Erzgebirge-Vogtland) und Strötzel (Westsachsen), ibd., 208 f, 222 f.

[40] Protokoll 11. Parteitag KPD, 226. Auch in der Resolution über „Die Ergebnisse der Parteidiskussion und die innerparteilichen Aufgaben“ (Thesen und Resolutionen, a. a. O., 36 ff) werden „opportunistische“ Annäherungen an die Brandler-Thalheimer-Linie verurteilt und vor ihm eine Nichtanerkennung der „Fehler“ von 1923 durch Brandler und Thalheimer bemängelt (36 f.).

[41] In das ZK wurden 35 Mitglieder und 18 Kandidaten gewählt [vgl. Mitteilungsblatt (Linke Opposition der KPD.), 1927, 7, 4], die personelle Zusammensetzung wurde nicht bekanntgegeben. „Man hat“ – so heißt es im Mitteilungsblatt, a. a. O. – „einige Rechte aus der zweiten Garnitur genommen, da man sich vor der ersten fürchtet“; daran trifft zwei-[131]erlei nicht ganz zu: einmal sollte der weitere Verlauf der Entwicklung zeigen, daß die „zweite Garnitur“ eine ebenso entschiedene Gegnerschaft gegen die Thälmann-Gruppe entwickeln konnte, wie die erste; zum anderen handelte es sich bei Hausen und Galm – zu dieser Zeit – keineswegs um ausgesprochene „Rechte“, sondern allenfalls um zeitweilig Sympathisierende. Dies trifft besonders für Erich Hausen zu: er war – nachdem er 1923 bis zum Leipziger Parteitag eher die Fischer-Maslow-Gruppe, danach aber die Brandler-Thalheimer-Mehrheit unterstützt hatte – nach 1923 mehr und mehr zur Gruppe um Ernst Meyer gerückt; auf dem November-Plenum des ZA 1923 hatte er den Oktober-Rückzug gebilligt; er schied dann vom Dezember 1923 bis zur Zeit etwa des Offenen Briefes des EKKI 1925 durch Verhaftung und Gefängnishaft wegen Vorbereitung zum Hochverrat aus der Parteiarbeit aus und unterstützte danach die Meyer-Gruppe in der Partei, ohne jedoch fraktionell gebunden zu sein, wobei er „im gewissen Fragen mit den Rechten [sympathisierte]“. (Schriftl. Berichte Erich Hausen 17.11. und 28.11.1962).

[42] Vgl. Die Fahne des Kommunismus, I, 22, 87 (12.8.1927).

[43] Aus den Beschlüssen des Juli- und des September-Plenums des ZK. der KPD., Sonderbeilage zu: Der Parteiarbeiter, Jg. 5, Nr. 10, Oktober 1927, 1 ff, 11 ff.

[44] Vgl. Diskussionsbeitrag Ulbricht in: Protokoll VI. Kongreß XI, Bd. I, 409 ff, hier: 414.

[45] In: Die Fahne des Kommunismus (I, 25, 105 f), dem Nachfolgeorgan des „Mitteilungsblattes“ der Urbahns-Gruppe, hieß es zum Beispiel: „Im ZK herrscht das größte Durcheinander; *jeder* weiß das,

jeder spürt das; *wir* besitzen *wirkliche Berichte aus den Fraktionssitzungen der Rechten*, z. B. den Bericht aus der sehr interessanten Sitzung, in welcher *Meyer sein taktisches Umschwenken zu Thälmann* als *Manöver* darstellte, freilich, ohne auf viel Gegenliebe zu stoßen.“ Und anläßlich des hier erwähnten ZK-Beschlusses (ibd., I, 28, 132): „*Wird [das ZK] ... jetzt auch noch in Resolutionen behaupten, es sei ein ‚Geschwätz‘, daß Thälmann abgesägt und Meyer ein Rechter sei?*“ (Hervorhebungen im Original).

[46] Nach der Oktober-Nummer 1927 des Berliner „Funke“ in: Die Fahne des Kommunismus, I, 32, 170; vgl. auch: ibd., I, 28, 132. Hierbei wird besonders die Zustimmung Philipp Dengels erwähnt.

[47] Die Fahne des Kommunismus, I, 32, 170. (21.10.1927).

[48] Vgl. die Aussagen Hausens vor der Untersuchungskommission des EKKI im November 1928 in Moskau: Inprekorr 1928, 140, (18.12.): „Die Gruppe hat sich nach dem Essener Parteitag entwickelt ...“

[49] Aus der Geschichte der Opposition, a. a. O., 7: In Form von „Rundschreiben“ „hat die Opposition 1927 Stellung genommen zu den wichtigsten Fragen der Internationale, der russischen, der chinesischen Frage, der Frage des russisch-englischen Komitees“. – Mündl. Bericht Max Köhler 27.10.1962; Köhler berichtet von „Fraktionssitzungen“ der erklärten „Rechten“ seit dem Frankfurter Parteitag. – Mündl. Bericht Rosi [Frölich-] Wolfstein 28.7.1962.

[50] Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961; – Max Köhler 27.10.1962; eine fraktionelle Einflußnahme auf die deutsche Partei durch diesen Kontakt wird allerdings von Brandler bestritten; vgl. hierzu: Anm. I.2, 79.

[51] Vgl. Schriftl. Bericht Erna [Lang-] Halbe 24.9.1962.

[52] Jacob Walcher, die KPD und der linke Flügel der deutschen Arbeiterbewegung, in: Die Internationale, Jg. 10, Berlin, 1927, Heft 7, 208 ff; derselbe, Nochmals die KPD. und der linke Flügel, ibd., Heft 11, 525 ff; [132] M. Osten [d. i. Lominadse], Die KPD als Führer und Organisator des „linken Flügels“, ibd., Heft 7, 213 ff; ders., Über die opportunistische Entstellung der Taktik der Einheitsfront (Eine Erwiderung an Gen. Walcher.), ibd., Heft 11, 335 ff.

[53] Walcher, Die KPD und der linke Flügel der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., 212.

[54] Walcher, Nochmals die KPD. und der linke Flügel, a. a. O., 334.

[55] Fritz Rück, Aktionsprogramm und Produktionskontrolle, in: Die Internationale, Jg. 10, Berlin, 1927, Heft 22, 716 ff.

[56] Max Köhler, Warum braucht die KPD. ein Aktionsprogramm?, ibd., Heft 24, 780 ff. – Dieser Artikel war eine Gemeinschaftsarbeit von Leo und Max Köhler und wurde vor der Veröffentlichung mit anderem führenden Funktionären der „Rechten“ besprochen (Mündl. Bericht Max Köhler 27.10.1962).

[57] *Waldemar Bolze*, geb. 1886 in Buk (Prov. Posen). Tischler. 1904 Holzarbeiterverband, 1906 SPD. Wanderschaft, dann in Berlin ansässig. 1914 Austritt aus der SPD, 1914–1918 Soldat, 1917 USPD, 1918 Spartakusbund. Mitglied der Gewerkschafts-Redaktion der „Roten Fahne“, Mitglied der Gewerkschaftsabteilung der KPD. 1921–1923 maßgeblich an der Organisation der Fraktionsarbeit in den Freien Gewerkschaften beteiligt. Politische Schulungsarbeit. (Vollständiger Lebenslauf: Anhang I, Biographien) – (Arbeiterpolitik, 5. Jg., Nr. 1, 1952, 5). – Waldemar Bolze, Die Losung der Produktionskontrolle und ihre Bedeutung in der heutigen Zeit oder wie steigern und verbinden wir die Kraft der Masse in den Wirtschaftskämpfen zu bewußt politischem Kampf?, in: Aktionsprogramm, Produktionskontrolle, Übergangslosungen, a. a. O., 18 ff. – Der Artikel von Bolze wurde auf Aufforderung des ZK der KPD geschrieben und im Oktober 1927 zur Veröffentlichung eingereicht, aber nie in der KPD-Presse publiziert (Aktionsprogramm, Produktionskontrolle, Übergangslosungen, a. a. O., 4).

[58] Vgl. besonders: Köhler, a. a. O., 784.

[59] Brief Klara Zetkins an Pieck vom April 1928, auszugsweise abgedruckt in: Das rote Gewerkschaftsbuch, a. a. O., 155 f (Anmerkung) und in: Arpo, 1929, 27 (20.7.).

[60] „*Leo*“ (der Familienname wird auf Wunsch lebender Familienangehöriger nicht mitgeteilt*, was auch deshalb als nicht ganz ungerechtfertigt erscheinen mag, weil der Betreffende in der gesamten kommunistischen und „rechts“-oppositionellen zeitgenössischen Publizistik stets nur unter diesem Vornamen erscheint), geb. gegen 1900 als Sohn eines Polin und einer Deutschen. Ende 1918 oder Anfang 1919 als Student nach Deutschland. Arbeitete zunächst in der Redaktion der „Roten Fahne“, später, als Schüler Thalheimers, in der Redaktion der „Internationale“ in Berlin. Nach 1923 „Rechts“-Opposition und Aufenthalt in der UdSSR. (Vollständiger Lebenslauf: Anhang I, Biographien) – (Schriftl. band Heinrich Brandler 23.11.1962; Mündl. Bericht Alfred Futran 3.11.1962; Mündl. Bericht Max Köhler 27.10.1962; Anonymer Bericht 4.11.1962).

[61] Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961.

[62] Heinrich Brandler, Beiträge zu einem Aktionsprogramm für Deutschland, in: Die Kommunistische Internationale, IX, 1 und 2, Hamburg-Berlin, 1928, 32 ff und 75 ff.

[63] Ibd., 33 f.

[64] Vgl. ibd., 34 f.

[65] Ibd., 35.

[66] Vgl. hierzu unten, Abschnitt I.4, Ideologiekritischer Exkurs I, Kategorien der Marx-Interpretation August Thalheimers.

[67] Brandler, a. a. O., 76 (Hervorhebungen in Original).

[68] Ibd., 78 (Hervorhebungen im Original). [133]

[69] Ibd., 40 ff. – Insbesondere die Kriegsvorbereitungen, die aus der allgemeinen Analyse der Weltwirtschaftslage deduziert wurden, galten den Verfassern des Programmentwurfs als ein Faktor, welcher die psychische Prädisposition der breiten Massen zugunsten des Kommunismus verändern konnte. (ibd., 52).

[70] Ibd., 78 f (Hervorhebungen im Original).

[71] Ibd., 79.

[72] Ibd.

[73] Ibd., 80 (Hervorhebungen im Original). Hinzu traten besondere Forderungen für die Bereiche des Justizwesens, des Militärwesens, der Kulturpolitik u. a. m., auf außenpolitischem Gebiet die Forderungen der Aufhebung des Versailler Vertrages, der Ablehnung jeder Kolonialpolitik, des Kampfes gegen die Teilnahme Deutschlands am Völkerbund, der Aufhebung der Dawes-Kontrolle und der Annullierung der Reparationszahlungen wie eines Bündnisses mit der UdSSR und deren aktiver Verteidigung (81 ff).

[74] Ibd., 85 (Hervorhebungen im Original).

[75] Vgl. Fritz Naphtali (Hrsg.), Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Berlin, ^{3}1928. Besonders auf dem ADGB-Kongreß 1928 in Hamburg stand die Frage der Wirtschaftsdemokratie im Mittelpunkt der Debatten. Thalheimer schrieb im Zusammenhang mit diesem Kongreß eine ausführliche Kritik dieser Forderung vom orthodox marxistischen Standpunkt aus: Thalheimer, Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie, in: Die Einheit, Zeitschrift für Fragen des Sozialismus und der Gewerkschaftseinheit, 3. Jg., Berlin, 1928, 637 ff, 653 f, 675 ff, 709 ff, 730 ff, 805 ff, 817 ff, 891 ff.

---

* Da darauf nicht mehr Rücksicht genommen werden muß, nähere Angaben zur Person „Leo“: Sein vollständiger Name ist Leo Borochowicz; er „ging noch vor Kriegsausbruch [1939] in die USA, wo er sich eng an Jay Lovestone anschloss, der ihn in der vorangegangenen Auseinandersetzung unterstützt und ihm auch das nötige Einreisevisum beschafft hatte. Nach 1945 band Lovestone ihn (wie auch den ebenfalls aus der KPD-O gekommenen Kuno Brandel) in die Arbeit des Free Trade Union Committee – eine der bedeutendsten und komplexesten false flag-Operationen des amerikanischen Außenministeriums bzw. der CIA in den Nachkriegsjahrzehnten – ein. Borochowicz war bis zu seinem Tod leitender Redakteur der deutschen und der französischen Ausgabe des FTUC-Blattes International Free Trade Union News. Seine Ehefrau Elly arbeitete ebenfalls für das FTUC bzw. das Department of International Affairs der AFL-CIO.“ Wikipedia

[76] Brandler, a. a. O., 85 ff.

[77] Das „Aktionsprogramm“ des Genossen Brandler, a. a. O.

[78] Ibd., 57, 107 (Hervorhebungen im Original).

[79] Peregrinus (d. i. Leo), Das Z.K. und die Frage des Aktionsprogramms, in: Aktionsprogramm, Produktionskontrolle, Übergangslosungen, a. a. O., 30 ff.

[80] Jakob Walcher, Lehren der Hüttenarbeiterbewegung, in: Die Internationale, Jg. 11, Berlin, 1928, Heft 4, 113 ff.

[81] Ibd., passim, besonders 114 ff.

[82] Arthur Ewert, Sachliche Kritik oder eine falsche politische Linie?, ibd., 122 ff.

[83] Aktionsprogramm, Produktionskontrolle, Übergangslesungen, a. a. O. – Die Broschüre enthält, neben einer Einleitung, die bereits zitierten Artikel von Peregrinus, Max Köhler und Waldemar Bolze.

[84] Vgl. die analoge Wertung der Beschlüsse des VI. Weltkongresses, welche diese „Linienänderung“ kodifizierten, bei: Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus, a. a. O., 225.

[85] Referat Bucharin in: Protokoll 15. Parteitag KPdSU, 145 ff, hier: 173 f.

[86] Aus der Geschichte der Opposition, a. a. O., 7 („Das Moskauer Geheimabkommen enthielt nur rein organisatorische Anweisungen zur Rechtshetze“); Das rote Gewerkschaftsbuch, a. a. O., 133 f; Der angebliche Linkskurs in der KPD., in: Die Fahne des Kommunismus, II, 13, 118; Diskussionsbeitrag Thälmann in: Protokoll VI. Kongreß XI, Bd. 1, 300 ff, hier: 315; Diskussionsbeitrag Ewert, ibd., 345 ff, hier: 352 ff.

[87] Rede des Genossen Thälmann in der Gewerkschaftskommission, in: Inprekorr, 1928, 26 (10.3.). Enderle hatte hiernach folgende, von ihm später widerrufene Äußerung getan: „Gegenüber diesen sehr schlimmen Auswirkungen des fraktionellen Gewerkschaftskampfes, der gerade in Deutschland immer mehr dazu führt, daß in jeder Gewerkschaftsversammlung zwei [134] scharf getrennte Lager einander gegenüberstehen und der Versuch einer gegenseitigen Beeinflussung zur Änderung einer Auffassung an den vorher gefaßten Fraktionsbeschlüssen scheitert, muß ein Weg gefunden werden zur Herausfindung oppositioneller Fraktionen, die nicht so straff wie bisher an die Parteien gebunden sind“ (ibd.). – Thälmann sprach in seiner Rede von „rechten Abweichungen“, „die schon zu einem System auszuwachsen beginnen“, wobei er sich auf entsprechende Äußerungen Bucharins berief; Bucharin hatte in seinem Referat [Inprekorr, 1928,18 (23.2.)] dagegen den Trotzkismus als – allerdings „rechte“ – Hauptgefahr bezeichnet.

[88] Vgl. Aus der Geschichte der Opposition, a. a. O., 8. – Der Grund für diese Änderung der politischen Linie der KPD scheint zur Hauptsache der Frontwechsel im russischen Fraktionskampf, dem Bucharin selbst offenbar zunächst sich anzupassen suchte, also die Einleitung des Kampfes Stalins gegen die Bucharin-Rykow-Tomski-Gruppe gewesen zu sein, welche ihrerseits bekanntlich mit der Forcierung des „Aufbaus des Sozialismus“ in den UdSSR seit dem 15. Parteitag den KPdSU eng zusammenhing; so wurde diese Kursänderung auch hernach von der KPO beurteilt (ibd., 7). In Materialien der Brandler-Gruppe, die nach 1945 herausgegeben wurden, wird zu den Vorgängen um das „Geheimabkommen“ noch folgende Mitteilung gemacht (den Diktion nach könnte diese Arbeit von Brandler selbst stammen): „Bei dem Kampf, den Mitglieder der Thalheimer-Brandler-Zentrale [nämlich Thalheimer und Brandler selbst] gegen die Einführung der ultralinken Politik ... noch während ihrer Anwesenheit in Moskau führten, war das letzte Argument, das kein Argument war: Jetzt haben wir es 10 Jahre mit dem alten Weg [der Einheitsfrontpolitik und der Arbeit in den Freien Gewerkschaften] versucht; wir müssen den anderen versuchen.“ Der neue Kurs sei „aus der Enttäuschung [der sowjetrussischen Führer] über die mangelnden Erfolge in der Eroberung der Gewerkschaften“ entstanden. (Die Geschichte den KPdSU und ihr Verhältnis zur kommunistischen Weltbewegung, o. O., o. J. [mimeogr., in: Nachlaß Heucke, Mappe 4], 44). So auch: Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961. Zur Entwicklung der sowjetrussischen „Rechts“-Opposition vgl. Robert Vincent

Daniels, Das Gewissen der Revolution, Kommunistische Opposition in Sowjetrußland, Köln-Berlin, 1962, 373 ff.

[89] Vgl. Diskussionsbeitrag Ewert VI. Kongreß KI, a. a. O.

[90] Vgl. Das rote Gewerkschaftsbuch, a. a. O., 133. – Das deutete sich in der beflissenen anonymen Würdigung der Ergebnisse des IX. EKKI-Plenums – und des 15. Parteitages der KPdSU – in der „Internationale“ (Jg. 11, Berlin, 1928, Heft 6, 161 ff) bereits an.

[91] Zitiert in: Aus der Geschichte der Opposition, a. a. O., 8. (Auslassungen in dieser Wiedergabe).

[92] Ibd. – Vgl. auch die Wiedergabe von Rundschreiben in: Arpo, 1930, 291 (14.12.).

[93] Brief Klara Zetkins an Pieck vom April 1928, a. a. O.

[94] Aus dem Befragungsmaterial geht hervor, daß „untere“ Funktionäre, Funktionäre des KJVD und „einfache“ Mitglieder erst seit 1928 fraktionelle Bindungen eingingen; sogar, daß ein Teil von ihnen erst in diesem Jahr davon erfuhr, daß im ZK beträchtliche Differenzen zwischen einzelnen Fraktionen und Gruppierungen bestanden (Mündl. Bericht Paul Hempel 19.10.1962; – Walter Uhlmann 19.10.1962; – Alfred Schmidt 20.10.1962, der, obwohl Leiter des UB Erfurt, von fraktioneller Zusammenarbeit erst seit 1928 berichtet); wie bereits erwähnt, datiert Erna [Lang-] Halbe (Schriftl. Bericht 24.9.1962) die „Zusammenarbeit“ der späteren KPO-Mitglieder auch erst von 1928 an – was die durchaus erwie-[135]sene frühere Zusammenarbeit vieler leitender Funktionäre der späteren KPO nicht ausschließt und darauf hindeutet, daß die vorangegangene Fraktionsarbeit – aus Gründen der innerparteilichen Taktik – auf einen verhältnismäßig engen Kreis von Funktionären beschränkt wurde. – Vgl. auch Mündl. Bericht Philipp Pless 22.9.1962, demzufolge noch im Jahre 1927 im Bezirk Hessen-Frankfurt die Grenzen zwischen „Rechten“ und „Versöhnlern“ fließend waren und sich erst später – 1928 – verfestigten. – Vgl. im übrigen die in Anm. I. 2, 79 dargelegten methodischen Vorbehalte.

[95] Vgl. Schriftl. Bericht Erich Hausen 17.11.1962; GdSt, 1929, 1, 10.

[96] Dieser angesichts der Tatsache, daß Ansätze zu einer festen Organisierung der „Rechten“ in dieser Zeit noch nicht gemacht wurden, ohnehin naheliegende Schluß wird besonders plausibel durch die Herausgabe der Aktionsprogramm-Broschüre, die Ende 1928 erfolgte, und durch die darin enthaltene Aufforderung, über die Aktionsprogramm-Frage „eine breite öffentliche Diskussion, an der die gesamte Mitgliedschaft teilnimmt“, zu entfachen (ibd., 48).

[97] Protokoll III. Kongreß RGI, 339 ff. – Der III. Kongreß hatte im Juli 1924 stattgefunden und propagierte – im Gegensatz zur damaligen allgemeinen, in Übereinstimmung dagegen mit der damaligen gewerkschaftspolitischen KI-Linie – weiterhin den besonders seit 1921 akzeptierten Kurs den Gewerkschaftseinheit.

[98] Beschlüsse, Resolutionen und Aufrufe des 4. Kongresses den Roten Gewerkschafts-Internationale, Abgehalten in Moskau von 17. März bis 3. April 1928, Moskau [-Berlin], 1928, 12.

[99] Ibd., 22 f.

[100] Protokoll III. Kongreß RGI, 344.

[101] Beschlüsse, Resolutionen und Aufrufs, a. a. O., 19 (Hervorhebungen im Original).

[102] Protokoll a. a. O., 342. (Hervorhebungen in Original).

[103] Beschlüsse, Resolutionen und Aufrufs, a. a. O., 19.

[104] Protokoll a. a. O., 345.

[105] Beschlüsse, Resolutionen und Aufrufs, a. a. O., 14 f (Hervorhebungen im Original). Es wurde bereits angedeutet, daß sich in den Beschlüssen des IV. Kongresses auch – noch – Forderungen finden, die dem Programm des III. RGI-Kongresses entsprechen und daher den zitierten Parolen direkt widersprechen; das gilt besonders für die Resolution über „Die Aufgaben der Anhänger der RGI. in Deutschland (ibd., 82 ff). Gleichwohl deutete die „Rechte“ die „ultra-linken“ Forderungen – wie sich zeigen sollte, mit Recht – als Ansatz zu einer generellen und ausschließlichen Proklamierung dieses

Kurses. – Vgl. im übrigen: Die Gewerkschaftsfrage in der Diskussion üben den VI. Kongreß GdSt, 1928, 3, 1 ff.

[106] Diskussionsbeitrag Brandler in: Protokoll IV. Kongreß RGI 109 ff. – In diesem Diskussionsbeitrag distanzierte sich Brandler von Jakob Walcher in einen Punkt: „Er [Walcher] meint, man könne ungeheure Massen gewinnen, wenn die Parole des Eintritts in die Amsterdamer Internationale aufgestellt wird, weil gerade Walcher fest davon überzeugt ist, daß die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale alles tun wird, um trotz der Aufstellung dieser Parole diesen Eintritt zu verhindern. Die Mehrheit der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter können wir durch eine solche Schlauheit nicht erobern“(210). Der Vorschlag Walchers mußte Brandler – in der kommunistischen Terminologie – als eine dem Anschein nach „rechte Abweichung“ mit „ultralinken“ Konsequenzen erscheinen – wobei Brandler auf den Charakter dieser Konsequenz freilich nicht ausdrücklich hinwies.

[107] Beschlüsse, Resolutionen und Aufrufs a. a. O., 23. [136]

[108] Der VI. Weltkongreß der KI hat keine besonderen Gewerkschaftsthesen beschlossen und nur unter Ziffer 38 der Resolution über „Die politische Lage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale“ (Protokoll VI. Kongreß KI, Bd. IV, 13 ff, hier: 30) recht vage Richtlinien hierzu gegeben. Dagegen wurden auf dem Kongreß zwischen der Mehrheit der deutschen und den RGI-Delegation Gewerkschaftsrichtlinien vereinbart, die den auf dem IV. RGI-Kongreß eingeschlagenen Kurs verstärkten (vgl. Beilage zu: Der Parteiarbeiter, Jg. 6, Nr. 11 [November 1928]). Hier wurde unter Punkt 3 die „sektiererische“ Bestimmung getroffen, daß Streikkomitees „auch in jenen Fällen zu wählen“ seien, „wenn die Streikleitungen in den Händen offizieller Verbandsorgane liegen“. Vgl. ferner Diskussionsbeitrag Losowsky in: Protokoll a. a. O., Bd. I, 366 ff.

[109] Protokoll a. a. O., Bd. IV, 13 f.

[110] Ibd., 21 ff; wird hier vom „vielen Berührungspunkten“ zwischen faschistischer und sozialdemokratischer Ideologie gesprochen (24), so von Thälmann ausdrücklich von einer „Entwicklung des Reformismus zum Sozialfaschismus“ (ibd., Bd. I, 303); vgl. hierzu auch: Flechtheim, Die Rolle der KPD, a. a. O., 145 f. – Von dieser Kritik bleibt unberührt, daß die kommunistische Analyse der Wirtschaftslage, wie sie – wiederum – auf dem VI. Kongreß gegeben wurde, für sich das Recht in Anspruch nehmen kann, das Einsetzen einer „erneuten Erschütterung der kapitalistischen Stabilisierung“ und eine „äußerste Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus“ prognostiziert zu haben (Protokoll a. a. O., Bd. IV, 14, vgl. auch 16).

[111] Vgl. ibd., 29 f.

[112] Ibd., 29 f; Programm der Kommunistischen Internationale, ibd., 45 ff, hier: 96 ff. – Vgl. zum „neuen Kurs“ generell: Borkenau, a. a. O., 332 ff, den diese Periode mit „The Leap into the Abyss“* betitelt.

[113] Thalheimer reichte an die Programmkommission der XI – als deren Mitglied – im Sommer 1928 eine „Denkschrift zu den programmatischen Fragen“ ein, von der leider kein Exemplar ausfindig gemacht werden konnte; ein kurzes Zitat daraus findet sich im Protokoll den Programmdebatte des VI. Kongresses [vgl. Inprekorr 1928, 95 (3.9.), Sechsundzwanzigste Sitzung, Diskussionsbeitrag Dengel], er betrifft die Frage der Übergangslosungen; vor allem aber ist die darin enthaltene Kritik an der Faschismusanalyse des Entwurfs, in Gestalt einer umfangreichen Faschismustheorie Thalheimers, abgedruckt in: GdSt, 1930, 32 f; 48 f; 66 f. (Vgl. unten, Abschnitt II, 5: Ideologiekritischer Exkurs II und Auszug in: Anhang II, Dokumente). – Ferner die Kritik Klara Zetkins an den Verabsolutierung einer Schuld des „Reformismus“ an der Erfolglosigkeit kommunistischer Politik durch den Programmentwurf in: Inprekorr, 1928,64 (6.7.) und 65 (10.7.) (1190).

[114] Vgl. Inprekorr, 1928, 95 (3.9.), Diskussionsbeitrag Dengel in der sechsundzwanzigsten Sitzung [Der zweite Band der vier Bände des Protokolls des VI. Kongresses der KI, der die Programmdiskussion enthält, lag mir nicht vor].

* Der Sprung in den Abgrund.

[115] Entwurf des Programms den Kommunistischen Internationale, in: Inprekorr, 1928, 53 (2.6.), Abschnitt 2.

[116] Programm den Kommunistischen Internationale, a. a. O., 58.

[117] Entwurf des Programms der Kommunistischen Internationale, a. a. O., Abschnitt 6.

[118] Programm den Kommunistischen Internationale, a. a. O., 97, (Hervorhebungen im Original).

[119] Schriftl. Bericht Hans Tittel 12.11.1962.

[120] Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961. [137]

[121] Diskussionsbeitrag Tittel in: Protokoll VI. Kongreß KI, Bd. I, 465 ff, hier: 471.

[122] Diskussionsbeitrag Losowsky, ibd., 366 ff, hier: 368 f.

[123] Vgl. Flechtheim, Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik, a. a. O., 151.

[124] Protokoll VI. Kongreß KI, Bd. IV. 37; vgl. auch ibd., Bd. 1, 315. – Die „Versöhnler“ stimmten selbst diesem Beschluß zu (Vgl. ibd., Bd.!, 354). Die Differenzen zwischen Thälmann-Gruppe und Ewert-Gruppe bestanden vor allem in der Frage der Einschätzung der sozialdemokratischen „Linken“, der Gewerkschaftsarbeit, der innerparteilichen Demokratie und in der Stellung zur Periodisierung der kapitalistischen Entwicklung seit dem Weltkrieg durch Bucharin, welche nach Auffassung der Thälmann-Gruppe noch zu sehr das Moment der Stabilität der derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnisse betonte (vgl. GdSt, 1928, 2, 2); indes wurde die Einstellung der Thälmann-Gruppe zu den genannten Fragen von den „Versöhnlern“, die sich zudem von den „Rechten“ in der Frage der Übergangslosungen scharf abgrenzten, nicht so scharf und systematisch wie von der „Rechten“ kritisiert.

[125] Rosi [Frölich-] Wolfstein (Mündl. Bericht 28.7.1962) teilt mit, daß ihr Auftreten gegen die neue „Linie“ in einer Berliner Zellensitzung „noch in derselben Nacht“ von einem ZK-treuen Mitglied des Parteiapparate „nach Moskau“ gemeldet worden sei. Vgl. z. B. auch Mündl. Bericht Philipp Pless 22.9.1962, der – wie auch alle anderen diesbezüglichen Quellen – diesen Differenzierungsprozeß in der Parteimitgliedschaft vor allem mit der Diskussion der RGI-Kongreß-Beschlüsse einsetzen sieht.

[126] So legte beispielsweise Max Köhler in einer Berliner Parteiarbeiterkonferenz eine Zusatz-Resolution vor, die die Beschlüsse des IV. RGI-Kongresses im Sinne der „Rechten“ interpretierte und die sich besonders gegen die Tendenz der Gewerkschaftsspaltung richtete. [Abgedruckt in: Die Fahne des Kommunismus, II, 28 (13.7.1928)]. Vgl. Diskussionsbeitrag Losowsky, a. a. O., 366 und ff; Diskussionsbeitrag Ulbricht, a. a. O., hier: 411 f, 413 ff.

[127] Vgl. z. B. W.[alter] U.[lbricht], Selbstkritik, in: Der Parteiarbeiter, Jg. 6, Nr. 6 (Juni 1928), 161 ff.

[128] Vgl. Diskussionsbeitrag Losowsky, a. a. O., und Walter Ulbricht, Die Lage im der KPD, in: Inprekorr, 1928, 122 (30.10.).

[129] Vgl. Wie „Gegen den Strom“ entstand, in: GdSt, 1929, 46, 3 f, hier: 3.

[130] Vgl. Flechtheim, a. a. O., 152 f; Schwarz, a. a. O., 180 ff.

[131] Schriftl. Bericht Erich Hausen 17.11.1962; so auch Schwarz, a. a. O.: „Hausen, ein Anhänger Brandlers, verlangte brüsk Thälmanns sofortige Degradation und schimpfliche Ausstoßung aus dem kommunistischen Heer“. Margarete Buber-Neumann, Von Potsdam nach Moskau, Stuttgart, 1957, 127 berichtet, Pieck verlangte Thälmanns und Wittorfs „sofortigen Ausschluß aus der Partei“, wofür sich aus den zeitgenössischen Berichten, insbesondere aus der späteren Stellungnahme des EKKI-Präsidiums; allerdings keinerlei Anhaltspunkte ergeben; in dem einzigen mir bekannten Bericht eines Teilnehmers an der ZK-Sitzung, über deren Verlauf sich sonst nun verstreute und fragmentarische Hinweise finden, im hier zitierten Bericht Hausens nämlich, wird der Name Piecks nicht einmal erwähnt. Es heißt dort vielmehr: „Ich weiß ..., daß neben Galm noch ein Betriebsrat aus dem Leuna-Work [sic] mit uns ging. Ich kann mich allerdings nicht mehr an seinen Namen erinnern . Höchstwahrscheinlich hat es sich dabei um Albert Bassüner gehandelt. [138]

[132] Brief Erich Hausens vom 28.11.1962 an den Verfasser. „Möglicherweise“ besprach er hiernach den Antrag auch mit August Thalheimer, der im Mai 1928 aus der UdSSR familiärer Gründe wegen nach Deutschland zurückgekehrt war.

[133] Beschluß des ZK. zu den Hamburger Vorgängen, in: Die Rote Fahne, Jg. 1928, Nr. 228, 27.9. Vgl. auch: Aus der Partei, ibd., Nr. 227, 26.9.

[134] Flechtheim, a. a. O., 153; Buber-Neumann, a. a. O.

[135] Beschluß des Präsidiums des EKKI. zu den Vorkommnissen in den Hamburger Parteiorganisation, in: Inprekorr, 1928, 115 (9.10.). Vgl. auch: Die Rote Fahne, Jg. 1928, Nr. 238, 9.10.

[136] Inprekorr, 1928, 120 (26.10.) (Beilage).

[137] Der volle und zusammenhängende Wortlaut der Erklärung konnte nicht ausfindig gemacht werden. Die wiedergegebenen Teile sind an verschiedenen Stellen zitiert: Inprekorr 1928, 122 (30.10.) (W. Ulbricht, Die Lage in der KPD.); ibd., 140 (18.12.) (Die Angelegenheit Hausen vor dem EKKI., Rede Ulbrichts); ibd., 142 (21.12) (Offener Brief des EKKI. an die KPD über die rechte Gefahr in der KPD.).

[138] Inprekorr, 1928, 120 (26.10) (Beilage).

[139] Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961. Vgl. hierzu: Thalheimer, Um was geht es? Zur Krise in der Kommunistischen Partei Deutschlands (Eine offene Rede zu Offenen Brief), Berlin, 1929, 30 ff. – Die verbreitete Auffassung, in der Thälmann-Wittorf-Affäre sei von den „Rechten“ – wie von den „Versöhnlern“ – planmäßig versucht worden, durch die Absetzung Thälmanns einen neuen Parteikurs zu inaugurieren, trifft also nicht zu. (So z. B. die übrigens auch sonst häufig recht oberflächliche und wenig sorgfältige Schrift von Hilmar Toppe, Der Kommunismus in Deutschland, München, 1961, 46 f).

[140] Vgl. W. Ulbricht, Die Lage im den KPD., a. a. O.

[141] Vgl. Die Angelegenheit Hausen vor dem EKKI, a. a. O., Rede Ulbrichts in der ersten Sitzung und „Einvernahme des Genossen Hausen durch die Kommission“ in der zweiten Sitzung, Angaben Hausens. Ein Exemplar dieser Materialien konnte nicht aufgefunden werden; es scheint lediglich in Schlesien versandt worden zu sein, weil sich keines der befragten ehemaligen KPO-Mitgliedern an Material dieses Titels erinnern kann; allerdings war dieser Titel auch Hausen selbst nicht mehr erinnerlich.

[142] Vgl. Resolution den Gesamtbezirksleitung Berlin-Brandenburg zum Beschluß des EKKI-Präsidiums, 27.10.1928, in: Inprekorr, 1928, 122, (30.10.)

[143] Ulbricht, a. a. O.

[144] Vgl. Mündl. Bericht Heinrich Galm 13.4.1962. Galm erhielt in einer Abstimmung der allgemeinen Mitgliederversammlung von 400 Stimmen 340. (GdSt, 1928, 1, 6).

[145] Ulbricht, a. a. O.; Gegen den Strom, in: GdSt, 1928, 1, 1 f. Ein genauer Überblick über die erste Protestwelle in der Wittorf-Affäre ist kaum zu gewinnen, weil die Parteizeitungen – von oppositionell geleiteten Blättern abgesehen – solche Beschlüsse nicht abdruckten; die Presseorgane der Opposition begannen aber erst einige Wochen oder Monate später zu erscheinen. Gleiches gilt für die Gegenmaßnahmen des ZK: ein umfassendes Bild der Funktionsentzüge im Oktober 1928 läßt sich nicht herstellen.

[146] Ulbricht, a. a. O.; GdSt, 1928, 1, 5 f; ibd., 2, 8 f.

[147] Anonyme Angaben in Berichten an den Verfasser.

[148] Vgl. GdSt, 1929, 46, 3. [139]

[149] Thalheimer hatte bei seiner Abreise nach Deutschland im Mai 1928 mit dem Politsekretariat des EKKI (O. W. Kuusinen) vereinbart, daß seine spätere „weitere Beschäftigung“ „in Übereinstimmung mit dem ZK. der K.P.D.“ festgelegt werden solle. Nach dem Versuch Thalheimers, in der deutschen

Partei publizistisch mitzuarbeiten, und nach seiner formalen Überweisung aus der KPdSU in die KPD am 22. August faßte das Pol-Büro der KPD am 24. August 1928 den Beschluß, die Rückkehr Thalheimers nach Deutschland für „unzweckmäßig“ zu erachten. Am 18. Oktober wurde er vom Politsekretariat des EKKI aufgefordert, in die UdSSR zurückzukehren, da er weiterhin Mitglied der KPdSU sei und sich in den innerparteilichen Kampf der KPD eingemischt habe. Thalheimer protestierte hiergegen mit einem Hinweis auf seine Mitgliedschaft in der KPD und wurde dann am 15. Dezember vom Parteikollegium den ZKK der KPdSU über das ZK der KPD aufgefordert, bis zum 21. Dezember in die UdSSR zurückzukehren, „um an der Behandlung Eurer Frage in der Sitzung des Parteikollegiums der ZKK. der KPSU. teilzunehmen“. – Brandler hatte am 13. August 1928 an die ZKs der KPdSU und der KPD sowie an das Politsekretariat des EKKI den Antrag auf Rückreisegenehmigung gestellt, in dem es hieß: „Wenn das Präsidium der KI. und das Politbüro der WKP. [KPdSU] und der KPD. weiter der Meinung sind, daß ich unfähig bin, als gewöhnliches Parteimitglied in dem Lande zu arbeiten, mit dessen revolutionärer Bewegung ich mit allen Fasern verwachsen bin, dann soll man mich ausschließen. Ich erhebe keinerlei Ansprüche auf führende Arbeit, ich fordere aber kategorisch meine Rückreise nach Deutschland.“ In einer Beratung des Antrags durch die deutsche Delegation zum VI. Weltkongreß wurde beschlossen, die Rückreise Brandlers sei „unzweckmäßig“, indes wurde ihm kein offizieller Bescheid erteilt; vielmehr wurde versucht, ihn mit dem Hinweis zurückzuhalten, daß er zu „*wichtiger politischer Arbeit in der Komintern*“ benötigt werde. Er erklärte in einer Unterredung mit Molotow, „daß ich mir ein erneutes Verbot, nach Deutschland zurückzukehren, nicht mehr gefallen lassen würde. *Fünf Jahre ... habe ich mich allen Beschlüssen gefügt, auch denen, die ich für falsch und für die KPD. verhängnisvoll halte*. Wenn man mich jetzt nicht zurückkehren ließe, könne man mich nicht mit der Parteidisziplin festhalten, sondern nur gegen meinen Willen. *Darauf erklärte mir Molotow, daß man mir das Ausreisevisum nicht verweigern würde*, daß ich aber die parteipolitischen Konsequenzen tragen müsse“. Er erhielt dann Mitte Oktober seinen Paß zurück und innerhalb einer Woche auch ein Ausreisevisum und kam am 17. Oktober in Berlin an. (Dokumente zum Ausschluß von Brandler und Thalheimer, GdSt, 1929, 4, Sonderbeilage Nr. 3; Heinrich Brandler, Meine Rückkehr nach Deutschland und das ZK. der KPD., GdSt, 1928, 2, 7 f; Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961. – Hervorhebungen im Original).

[150] Dokumente zum Ausschluß von Brandler und Thalheimer, a. a. O.; Die Angelegenheit Hausen vor dem EKKI., Einvernahme des Genossen Hausen durch die Kommission, a. a. O., Angaben Hausens.

[151] Anlage zu GdSt 1928 (Jg. I). Dieser Brief wurde z. B. von Hausen an alle Ortsgruppen des Parteibezirks Schlesien versandt, und es ist anzunehmen, daß überall dort, wo die „Rechten“ bereits über Verbindungen verfügten (also vor allem in den sächsischen Bezirken, in Thüringen, Berlin-Brandenburg, Wasserkante, Württemberg und wahrscheinlich auch in Rheinland-Westfalen) ebenso verfahren wurde. (Vgl. Die Angelegenheit Hausen vor dem EKKI., a. a. O.)

[152] An die Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands, a. a. O. (Hervorhebung in Original).

[153] An das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale in Moskau, a. a. O. (Hervorhebungen im Original). [146]

[154] Vgl. ibd.; Auf dem Wege des Verrats, in: Die Rote Fahne, Jg. 1928, Nr. 246, 18.10. Auch: N. Lenzner, Von der rechten Gefahr in der KPD, in: Kommunistische Internationale, IX, 46, Hamburg-Berlin, 1928, 2775 ff.

[155] J. W. Stalin, Über die rechte Gefahr in der KPdSU (R), in: J. W. Stalin, Fragen des Leninismus, Berlin, [7]1955, 271 ff, hier: 273.

[156] In der Rede Stalins auf dem Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU (R) im April 1929 heißt es hierüber: „Anstatt ... [in der Angelegenheit Thälmann-Wittorf] die Versöhnler zurechtzuweisen, schlägt Bucharin in seinem bekannten Brief vor, den Handstreich der Versöhnler *zu sanktionieren*, die KPD den Versöhnlern auszuliefern und Genossen Thälmann aufs neue in der Presse zu diffamieren ... [In] der Frage der Zertrümmerung der Fraktion Brandlers und Thalheimers und des Ausschlusses der Führer dieser Fraktion aus der deutschen Kommunistischen Partei [bestand] die ‚Position‘

Bucharins und seiner Freunde ... darin, daß sie die ganze Zeit auswichen, an der Entscheidung dieser Frage teilzunehmen, ... an den Sitzungen der entsprechenden Institutionen teilzunehmen. ... [schließlich erhob Bucharin] vor dem Novemberplenum des ZK ... [die] Forderung ..., [Heinz] Neumann aus Deutschland abzuberufen und Genossen Thälmann zurechtzuweisen ... [Er versandte dann] an die Mitglieder der Delegation der KPdSU (B) die bekannte Rede von Humbert-Droz im Politischen Sekretariat des EKKI“. In dieser Rede war die Mehrheit des deutschen ZK als „Ultralinke“ charakterisiert und vorgeschlagen worden, eine Verständigung mit Brandler und Thalheimer zu erreichen. – Stalin, Über die rechte Abweichung in der KPdSU (B), in: Fragen des Leninismus, a. a. O., 286 ff, hier: 306 f (Hervorhebung im Original); vgl. Inprekorr, 1929, 17 (22.2.) (Rede Kuusinen) und den Bericht Erich Hausens von den EKKI-Verhandlungen im November 1925 in GdSt, 1929, 2, 12.

[157] GdSt, 1928, 1, 8 f.

[158] Ibid., 7. Hans Tittel (Schriftl. Bericht 10.3.1963) hält es für wahrscheinlich, daß die Nennung eines Kurt Lehmann als Mitunterzeichner der Erklärung im GdSt auf einer Namensverwechslung beruht und daß in Wirklichkeit Lieberasch der dritte Unterzeichner war.

[159] GdSt, 1928, 1, 7 (Hervorhebungen im Original)

[160] Vgl. Verlauf und Beschlüsse der Reichsparteikonferenz der KPD, in: Inprekorr, 1926, 124 (6.11.) – Brandler galt weiterhin als Mitglied den KPdSU (B). Ergänzt wurden diese Beschlüsse durch eine ideologische Auseinandersetzung; vgl. z. B.: Die Plattform der Rechten, Nichts gelernt und nichts vergessen, in: Die Rote Fahne, Jg. 1928, Nr. 273, 16 ff.

[161] Vgl. Offener Brief des EKKI. an die KPD über die rechte Gefahr in der KPD, in: Inprekorr, 1928, 142 (21.12.); GdSt, 1928, 2, 8 f; 3, 9 f.

[162] Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961.

[163] GdSt, 1928, 10; 4, 12; Mündl. Bericht Godo Remszhardt 21.10.1962.

[164] Verschiedene Angaben in GdSt, 1028 1–3-

[165] GdSt, 1928, 1, 10 f; 2, 10 f. In der BL hatte zwischen Opposition und ZK-Vertretern zunächst Stimmengleichheit bestanden, während die überwiegende Mehrheit der Mitgliedschaft für die Hausen-Gruppe stimmt.

[166] GdSt, 1928, 3, 9; 3.10.

[167] Vgl. GdSt, 1928, 3, 9 f; Mündl. Bericht Max Köhler 27.10.1962.

[168] Was wir wollen, in: GdSt, 1926, 1, 3 f (Hervorhebungen im Original).

[169] Die Angelegenheit Hausen vor dem EKKI., Einvernahme des Genossen Hausen durch die Kommission, a. a. O. (Angaben Hausens). [141]

[170] Teilweise abgedruckt in: Die Fahne des Kommunismus, II, 50, 440 ff (14.12.1928). Ferner wurde z. B. von der Offenbacher Gruppe in der Stadt ein Flugblatt mit dem Titel „Die Differenzen in der Kommunistischen Partei“ verteilt, das u. a. die „Entfernung Thälmanns aus seinem Amt“ forderte [vgl. Inprekorr, 1928, 141 (18.12.) (Die Plenarsitzung des Zentralkomitees der KPD. am 13. und 14. Dezember 1926]. – Für eine systematische Darstellung der ideologischen Differenzen mit der ZK-Mehrheit siehe unten, Abschnitt II.2. a und b, ferner II. 3.a.

[171] Vgl. GdSt, 1929, 2, 14.

[172] GdSt, 1928, 1, 6.

[173] *Philipp Pless*, geb. am 16.3.1906 in Frankfurt-M. 1920 bis 1924 Dreherlehre; seit 1919 in der FSJ bzw. im KJVD organisiert, seit 1922 Mitglied des Bezirksvorstandes Hessen-Frankfurt des KJVD; 1922 DMV. Gewerkschaftliche und journalistische Tätigkeit. 1927/28 Besuch der Akademie der Arbeit in Frankfurt-M.; Ende 1927 KPD, zur „Versöhnler“-Gruppe gehörig. Kritik an der Politik des ZK besonders nach dem IV. RGI-Kongreß. Ausschluß aus der Partei Ende November 1928.

(Vollständiger Lebenslauf: Anhang I, Biographien). (Mündl. Bericht Philipp Pless 22.9.1962 [hiernach der Ausschlußtermin; anders: GdSt, 1929, 5, 11]; Handbuch des Hessischen Landtags, IV. Wahlperiode, 1958–1962, Wiesbaden, 1959). – GdSt, 1928, 2, 8 f; Das Volksrecht (hiernach zitiert als VR), 1928, 7 (Beilage).

[174] Vgl. z. B. Inprekorr, 1928, 131 (23.11.); 132 (27.11.); 136 (4.12.); 138 (11.12.); 142 (21.12.) – Zitat: 138 (11.12.) – Die große Mehrzahl der Parteispitzen der KI schloß sich ausdrücklich diesen Verurteilungen an.

[175] GdSt, 1928, 3, 12; VR, 1928, 7 (Beilage); Schriftl. Bericht Erich Hausen 17.11.1962; Mündl. Bericht Heinrich Galm 13.4.1962.

[176] Inprekorr, 1928, 140 (18.12.).

[177] Vgl. z. B. W.[alter] U.[lbricht], Selbstkritik, a. a. O.; ders., Zur Lage in den Partei. Ursachen der Differenzen, in: Der Parteiarbeiter, Jg. 6, Nr. 11 (November 1928); ders., Wozu brauchen wir Selbstkritik?, ibd., Jg. 7, Nr. 1 (Januar 1929); ders., Die Lage in der KPD., a. a. O.; ders., Die Reichs-Parteiarbeiter-Konferenz, in: Die Internationale, Jg. 11, Berlin, 1928, Heft 22, 757 ff.

[178] Die Angelegenheit Hausen von dem EKKI., a. a. O., Rede Ulbrichts in der ersten Sitzung. (Hervorhebung im Original).

[179] Ibd. (Hervorhebungen im Original).

[180] Besonders scharf nahmen Kuusinen, Kolarow und Purman gegen Hausen Stellung; Serra dagegen hielt es „nicht für unmöglich, daß Hausen und seine persönlichen Freunde in den Reihen der KI bleiben“ (Ibd., Dritte Sitzung).

[181] Ibd., Vierte Sitzung (Hervorhebungen im Original).

[182] Die Schlußrede Hausens ist in der Inprekorr (ibd.) stark gekürzt und verstümmelt wiedergegeben; eine vollständige Fassung ist abgedruckt in: GdSt, 1928, 6, 2 ff.

[183] Schriftl. Bericht Erich Hausen 17.11.1962.

[184] GdSt, 1928, 6, 1 f.

[185] Mündl. Bericht Heinrich Galm 14.4.1962. Vgl. Schwarz, a. a. O., 187. Nach dem Bericht Hausens in: GdSt, 1929, 2, 13 hatten Kun und Gerhart Eisler sie zu bewegen versucht, eine Erklärung abzugeben, – „in der wir zwar unseren politischen Standpunkt aufrechterhalten, aber uns verpflichten, uns der Parteidisziplin, wie sie heute vom ZK verstanden wird, zu unterwerfen“.

[186] Galm, a. a. O. [142]

[187] GdSt, 1928, 3, 11; 6, 15.

[188] Ibd., 6, 15 f; 7, 11 ff.

[189] Ibd., 3, 9; 7, 12.

[190] Ibd., 3, 12; 4, 12; 5, 12; 7, 12.

[191] *Karl Rehbein*, geb. am 14.10.1885 in Hanau a. M., Mitglied des Magistrats der Stadtverordnetenversammlung in Hanau (KPD); Mitgl. d. Provinzialausschusses für die Provinz Hessen-Nassau. MdL Preußen (KPD) seit 1925; Geschäftsführer des DMV in Hanau. Ausschluß aus der KPD 21.12.1928. IIPO. 1929 zur SPD. (Handbuch für den Preuss. Landtag 3. Wahlperiode 1928 ff, Berlin, 1928).

[192] Wörtlich zitiert in: Offener Brief des EKKI. an die KPD über die rechte Gefahr in der KPD., a. a. O.

[193] Beschluß des ZK. der KPD. zur Angelegenheit Brandler und Thalheimer (Angenommen am 14. Dezember 1928), in: Inprekorr, 1928, 142 (21.12.) Hervorhebungen im Original).

[194] Vgl. Hermann Remmele, Die Plenarsitzung des Zentralkomitees den KPD. am 13. und 14. Dezember 1928, in: Inprekorr, 1928, 141 (18.12.). Die „Versöhnler“-Gruppe wandte sich in einer

Erklärung dagegen, daß Brandler und seine Anhänger mit Levi, Friesland, Ruth Fischer und Maslow „auf eine Stufe gestellt“ würden (Ibd.).

[195] Vgl. GdSt, 1928, 6, 9 ff. Der Parteitag forderte zudem mit 57 gegen 17 Stimmen den Ausschluß Brandlers, Thalheimers und Hausens aus der KPdSU bzw. KPD.

[196] Kapitalistische Stabilisierung, Klassenkämpfe des Proletariats und die KPD., Rede des Genossen Stalin in der Sitzung des Präsidiums des EKKI. am 19. Dezember 1928, in: Inprekorr, 1929, 1 (4.1.).

[197] Ibd.

[198] Nach der Wiedergabe der Rede in: GdSt, 1929, 2, 6 f (Hervorhebungen im Original).

[199] Abgedruckt in: Die Rote Fahne, Jg. 1928, Nr. 301, 22.12 und in (hier zitiert nach:) Inprekorr, 1928, 142 (21.12).

[200] Hierfür nur ein Beispiel; in „Offenen Brief“ heißt es: „Das Aktionsprogramm Brandlers versucht, ... unter der scheinrevolutionären Losung den ‚Produktionskontrolle im gegenwärtigen Augenblick‘ die sozialdemokratische Losung der ‚Wirtschaftsdemokratie‘ einzuschmuggeln.“ Zu dieser Frage heißt es dagegen bei Brandler: „Die Losung der Produktionskontrolle kann im Augenblick natürlich nicht als Losung der unmittelbaren Aktion ... aufgestellt werden“. (Beiträge zu einem Aktionsprogramm für Deutschland, a. a. O., 86).

[201] Offener Brief, a. a. O. – Brandler und Thalheimer waren mit einem Schreiben vom 15.12.1928 aufgefordert worden, bis zum 21.12. von der ZKK der KPdSU zu erscheinen. (Dokumente zum Ausschluß von Brandler und Thalheimer, a. a. O.).

[202] Offener Brief, a. a. O.

[203] Vgl. Über die Meinungsverschiedenheiten bei der Durchführung der Beschlüsse des VI. Weltkongresses, in: Die Internationale, Jg. 11, Berlin, 1928, Heft 24, 835 ff; Jg. 12, Berlin, 1929, Heft 1/2, 54 ff; ferner die Repliken von Lz., ibd., Jg. 11, Heft 24, 328 ff und Jg. 12, Heft 1/2, 46 ff. Vgl. GdSt, 1928, 4,6 ff und 7, 5 f; ferner: Remmele, a. a. O.

[204] Offene Antwort an das ZK. den KPD.! Zugleich an alle Mitglieder der Partei! [vom 18.12.1925], Gegen den Strom, 1920, Sonderbeilage Nr. 1.

[205] Vgl. GdSt, 1928, 7, 4 f.

[206] Ibd., 7 f. [143]

[207] Beschluß des Pol-Büros der KPD. in der Angelegenheit Walcher, Paul Frölich, August Enderle, Max Köhler, A. Schreiner, H. Tittel, Alfred Schmidt und Rehbein, in: Inprekorr, 1928, 143 (28.12.); auch: Mitteilung des Polbüros der KPD. zum Beschluß in der Angelegenheit Walcher, Frölich, Enderle und Genossen, ibd., worin insbesondere die Tatsache, daß sich die Betreffenden weigerten, die Beschlüsse des VI. Weltkongresses anzuerkennen, weil diese zur Zeit erst in der KPD zur Diskussion stünden, als Bruch mit der Partei und KI gewertet wurde. – Vgl. GdSt, 1928, 7, 4; ferner die bei dieser Gelegenheit abgegebene Erklärung Meyers und Ewerts in: Die Internationale, Jg. 12, Berlin, 1929, 109 ff und die Replik ibd., 103 ff.

[208] Dokumente zum Ausschluß von Brandler und Thalheimer, a. a. O.; Inprekorr, 1929, 9 (29.1.).

[209] *Otto Engert*, geb. 1884 [?], politisch organisiert seit 1913: SPD; KPD, Mitglied den BL Westsachsen, Pol-Sekretär des UB Meuselwitz, Ortsgruppenleiten der Partei in Altenburg, MdL Thüringen. Ausschluß aus der KPD Mitte Januar 1929. (Vollständiger Lebenslauf: Anhang I, Biographien) – (GdSt, 1929, 2, 15; Arpo, 1929, 2 (26.1.); Mündl. Bericht Paul Hempel 19.10.1962; Walter Hammer, Hohes Haus in Henkers Hand, Rückschau auf die Hitlerzeit, auf Leidensweg und Opfergang Deutscher Parlamentarier, Frankfurt-M., 1956).

[210] *Joseph Lang*, „geb. am 5. April 1902 in Ungarn. Mittelschule, kaufm. Tätigkeit, seit 1922 Buchhändler; 1920 KAP, dann KPD (Rechtsopposition) Ausschluß aus der KPD am 16.1.1929.

(Vollständiger Lebenslauf: Anhang I, Biographien) – (Drechsler, a. a. O., Bd. II, 5 [Zitat]; GdSt, 1929, 5, 11).

[211] *Karl Braeuning*, geb. am 5.1.1886 in Ilvensgehofen. 1923–1929 Org-Sekretär des Bezirks Großthüringen der KPD. Im Januar 1929 Funktionsentzug, kurz darauf Parteiausschluß. (Vollständiger Lebenslauf: Anhang I, Biographien) – (GdSt, 1929, 4, 9 und 11, 11; Schriftl. Auskunft Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt – Polizeipräsidium 25.10.1962). Für die übrigen Ausschlüsse: Arpo, 1929, 2 (26.1.) und verschiedene Angaben in GdSt, 1929, 1–10.

[212] Diskussion und Selbstkritik, in: Der Parteiarbeiter, Jg. 6, Nr. 12 (Dezember 1928), 362 ff. (Hervorhebungen im Original). Vgl. auch die detaillierte Schilderung der Ausschlußwelle und ihrer Vorbereitungsphasen für Westsachsen in: Arpo, 1929, 5 (16.2.) (Bezirksparteitag KPD. Westsachsen).

[213] Schwarz, a. a. O., 136.

[214] Anonymer Bericht 4.11.1962.

[215] Vgl. Die Angelegenheit Hausen vor dem EKKI, a. a. O. Rede Ulbrichts in der ersten Sitzung; Mündl. Bericht Philipp Pless 22.9.1962; so wurden in Hessen schon im November oder Dezember 1928 provisorische Beitragsmarken von der Opposition herausgegeben.

[216] Die Angelegenheit Hausen vor dem EKKI, a. a. O., Rede Ulbrichts in der vierten Sitzung; vgl. Mündlicher Bericht Alfred Schmidt 20.10.1962, der durch solche Unterschriftensammlungen „ein bissel geholfen“ hat, daß sich weitere Parteimitglieder mit ihm als ausgeschlossenen „Rechten“ solidarisierten und sich damit in Gegensatz zur Partei stellten.

[217] Die Angelegenheit Hausen vor dem EKKI, a. a. O., Rede Ulbrichts in der vierten Sitzung; Anonyme Angabe in Berichten an den Verfasser. [144]

Abschnitt I.4

[1] Von den wissenschaftlichen Schriften Thalheimers sind vor allem folgende Titel (in zeitlicher Reihenfolge) hervorzuheben (für ein umfassendes Verzeichnis seiner Arbeiten, insbesondere der politischen, siehe das Literaturverzeichnis in Anhang IV, in dem allerdings die Schriften Thalheimers nicht vollständig aufgeführt werden konnten):

1. Beitrag zur Kenntnis den Pronomina personalia und possesiva der Sprachen Mikronesiens, Diss. phil. Strassburg, 1907: Stuttgart, 1908.
2. Gott, Freiheit und Unsterblichkeit, in: Die Neue Zeit, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, 27. Jg., Zweiter Band, Stuttgart, 1909, 107 ff.
3. Zur „Ergänzung“ des historischen Materialismus, ibd., 28. Jg., Erster Band, Stuttgart, 1910, 439 ff.
4. Über den Stoff der Dialektik, in: Die Internationale, Jg. 6, Berlin, 1923, Heft 9, 270 ff.
5. Über die Handhabung der materialistischen Dialektik durch Lenin in einigen Fragen der proletarischen Revolution, in: Arbeiterliteratur, Jg. 1, Wien, 1924, Nr. 1/2, 13 ff.
6. Kants 200jähriger Geburtstag in Deutschland, ibd., Nr. 9, 458 ff.
7. Über einige Grundbegriffe der physikalischen Theorie der Relativität vom Gesichtspunkt des dialektischen Materialismus, in: Unten dem Banner des Marxismus, Jahrgang I, Wien-Berlin, 1925, 302 ff.
8. Die Auflösung des Austromarxismus, ibd., 474 ff und Jahrgang II, Wien-Berlin, 1928, 76 ff.
9. Einführung in den dialektischen Materialismus (Die moderne Weltanschauung) – Sechzehn Vorträge, gehalten an der Sun-Yat-Sen-Universität zu Moskau vom 5. Februar bis 23. Mai 1928, Marxistische Bibliothek Band 14, Wien-Berlin, 1928 (auch russisch, japanisch, spanisch und englisch erschienen).
10. Die Klassenverhältnisse und die Klassenkämpfe in den Niederlanden zur Zeit Spinozas, in: A. Thalheimer und A. Deborin, Spinozas Stellung in der Vorgeschichte des dialektischen Materialismus, Reden und Aufsätze zur Wiederkehr seines 250. Todestages. Mit einem Vorwort von Hermann Duncker, Marxistische Bibliothek Band 13, Wien-Berlin, 1928, 11 ff.
11. Spinozas Einwirkung auf die klassische deutsche Literatur, ibd., 75 ff.

12. Einleitung zu: Franz Mehring, Zur Literaturgeschichte von Calderon bis Heine. Mit Vorwort von Eduard Fuchs und Einleitung von August Thalheimer, Berlin, 1929, 15 ff.
13. Einleitung zu: Franz Mehring, Zur Literaturgeschichte von Hebbel bis Gorki. Mit Einleitung von August Thalheimer, Berlin, 1929, 11 ff.
14. Einleitung und Anhang zu: Franz Mehring, Zur Geschichte den Philosophie. Mit Einleitung und Anhang von August Thalheimer, Berlin, 1931, 5 ff und 403 ff.
15. Mitübersetzung von: James George Frazer, Mensch, Gott und Unsterblichkeit, Gedanken über den menschlichen Fortschritt, Übers. aus dem Engl. von Dr. H. Frank und Dr. A. Thalheimer, Leipzig, 1932.

[2] Nicht zuletzt für ein volles Verständnis der Frühphase des deutschen Kommunismus wäre eine genaue Analyse der theoretisch-wissenschaftlichen Arbeiten Thalheimers unerläßlich; sie kann hier leider nicht gegeben werden. Ausgeklammert ist an dieser Stelle auch die im engeren Sinne politische Theorie Thalheimers, insbesondere seine Faschismus-[145]theorie. Vgl. hierfür, neben dem Abschnitt I.1, passim, die folgendem Abschnitte II.2.a-d und, besonders, II.5 (Ideologiekritischer Exkurs II).

[3] Vgl. Anm. I, Titel 1.

[4] Anm. I, Titel 2, auch 3; ferner: Thalheimer, Der Schöngeist – oder den moderne Menschenforscher, in: Die Neue Zeit, Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie, 27. Jg., Zweiter Band, Stuttgart, 1909, 292 ff.

[5] Vgl. Titel 2 (Titelnumerierung hier und im folgenden nach Anm. I), 113.

[6] Ibd., passim; Titel 3 und Replik Mehrings, ibd., 441 f.; vgl. für die Abgrenzung gegenüber Mehring besonders: Titel 14, 13 ff. Vgl. zu den Marxismus-Interpretationen in der Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg: W. Abendroth, Das Problem der Beziehungen zwischen politischer Theorie und politischer Praxis in Geschichte und Gegenwart der deutschen Arbeiterbewegung, in: Die Neue Gesellschaft, Jg. 5, Bielefeld, 1958, Heft 6, 466 ff, bes. 467 ff.

[7] Vgl. Titel 2, 110 ff; Titel 3, 340; Titel 10 und 11, passim. Außerdem: Alfred Schmidt, Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx, Frankfurter Beiträge zur Soziologie 11, Frankfurt-M., 1962, 142 f (Anm. 1), 147 (Anm. 53).

[8] Vgl. Titel 2, 115.

[9] IM., 109.

[10] Ibd., 110.

[11] Ibd., 113.

[12] Vgl. ibd., 109, 114 f.

[13] Vgl. Thalheimer, Der Schöngeist oder der moderne Menschenforscher, a. a. O., 297; Titel 2, 115.

[14] Thalheimer, Der Schöngeist – oder der moderne Menschenforscher, a. a. O., 297.

[15] Diese Marxsche Bestimmung des Verhältnisses von Natur und Gesellschaft ist jetzt in der oben bereits zitierten vorzüglichen Arbeit von A. Schmidt (Anm. 7) herausgearbeitet.

[16] Thalheimer, a. a. O., 297.

[17] Titel 2, 110.

[18] Ibd. Titel 14, 13 ff. Schmidt, a. a. O., 45 f, weist zu Recht darauf hin, daß „die unkritische Verdoppelung der bestehenden Verhältnisse im Bewußtsein ... für Marx gerade ideologischen Charakter“, d. h. den Charakter des gesellschaftlich notwendig falschen Bewußtseins hat. Vgl. hierzu auch: Jürgen Habermas, Zur philosophischen Diskussion um Marx und den Marxismus, in: Philosophische Rundschau, Jg. 5, Tübingen, 1957, 165 ff, hier: 215 ff.

[19] Vgl. Schmidt, a. a. O., 41 ff.

[20] Vgl. z. B. Titel 4, passim; Titel 5, 13 ff; besonders: Titel 9, 89 ff, 109 ff.

[21] Titel 9.

[22] Ibd., 132,

[23] Ibd., 133.

[24] Die regressive Kritik, die seitens der offiziellen KPD an der „Einführung in den dialektischen Materialismus“ von Thalheimer geübt wurde, traf insofern scheinbar etwas Wahres, als sie die Vernachlässigung der „Einheit der Theorie und Praxis“ als den Hauptfehler des Buches bezeichnete; doch ist diese mystifizierende Formel, die inzwischen auch in den Begriffsvorrat der westlichen akademischen Marx-[146]Interpretation eingegangen zu sein scheint, selbst dubios: was vor allem das Spezifische der Marxschen Theorie und ihre Differenz zu allen Entstellungen in Ost und West ausmacht, ist, daß in ihr die Kategorien des gesellschaftlich-geschichtlichen Strukturzusammenhangs überhaupt abgeleitet sind aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang der Arbeit; unter anderem mit dem Resultat, daß bei der Betonung der „Einheit der Theorie und Praxis“ nicht vergessen wird, daß beide auch etwas verschiedenes sind. – Vgl. A. Fried, Thalheimers Revision des dialektischen Materialismus, in: Die Internationale, Jg. 12, Berlin, 1929, Heft 1/2, 59 ff.

[25] Titel 9, 133.

[26] Ibd., 134.

[27] Ibd., 137.

[28] Ibd., 139.

[29] Gewiß bringt Thalheimer die Bildung von Klassenverhältnissen mit dem Terminus der „ökonomischen Ausbeutung“ zusammen; entscheidend ist aber, daß dieser Zusammenhang in der Darstellung ein bloß formaler, nämlich nicht aus der Analyse des Warentausches in der bürgerlichen Gesellschaft abgeleitet ist. Selbstverständlich sind Thalheimer die Gedankenzüge der entsprechenden Analysen bei Marx durchaus vertraut; nur spielen die Kategorie der gesellschaftlichen Arbeit im allgemeinen und die der Warenproduktion im besonderen in seinem, „naturdialektisch“ orientierten, Denken nicht die zentrale Rolle, die ihnen bei Marx selbst zukommt: der Begriff der Warenproduktion kommt – wie der der Lohnarbeit – im Zusammenhang mit der Charakterisierung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft hier überhaupt nicht vor.

[30] Ibd., 142.

[31] Ibd., 131 (Hervorhebung im Original).

[32] Ibd., 143 ff.

[33] Ibd., 147 (Hervorhebung im Original).

[34] Ibd.

[35] Vgl. Titel [9].

[36] Vgl. Brandler, Rede, gehalten auf dem 1. Kongreß, a. a. O., 28.

Abschnitt II (Einleitung)

[1] Vgl. zur relativen Kontinuität der Funktionärskader des Spartakusbundes neben Abschnitt I.1 und den Biographien in Anhang I auch: Rist, Die Splittergruppen der KPD., in: Neue Blätter für den Sozialismus. Zeitschrift für geistige und politische Gestaltung, Jg. 3, Potsdam, 1932, 207 ff, hier: 210.

[2] Vgl. z. B. Hermann Matern, Deutschland in der Periode den relativen Stabilisierung des Kapitalismus 1924 bis 1929. Der Kampf des deutschen Proletariats unter Führung der KPD gegen das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus (Schriftenreihe Lektionen der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED), Berlin, 1956, 52 ff.

[3] Ernst Thälmann, Die Beschlüsse des VI. Weltkongresses und die heutige Lage, in: Die Rote Fahne, 11.11.1928; zitiert nach: Ernst Thälmann, Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band I, Stuttgart, 1955, 625 ff, hier: 633.

[4] Bei den Reichstagswahlen 1928 entfielen auf die SPD und KPD zusammen 42 % aller Mandate; zur Statistik den Arbeitskämpfe vgl. Ludwig Preller, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart, 1949, 360 f. [147]

[5] Thälmann, a. a. O., 633 f.

[6] Borkenau, Den europäische Kommunismus, a. a. O., 60.

[7] Vgl. hierzu: Der VI. Weltkongreß, a. a. O., 3.

[8] Vgl. hierzu: Wolfgang Abendroth, Die deutschen Gewerkschaften. Weg demokratischer Integration, Heidelberg, 1954, 31; Preller, a. a. O., 399 ff, bes. 403.

[9] Vgl. GdSt, 1928, 1, 4 f; 3, 3 ff; 4, 8 f; 6, 12 f; 1929, 1, 7 f; Sonderbeilage Nr. 2 zu GdSt, 1929, 3; Den Kampf an der Ruhr, in: Rotes Gewerkschafts-Bulletin, 8. Jg., Nr. 72; Der Hungerschiedsspruch Severing, ibd., 9. Jg., Nr. 1.

[10] So wurden zum Beispiel in Offenbach nur Heinrich Galm und vielleicht einige andere Funktionäre ausgeschlossen, während der überwiegende Teil der Ortsgruppe die KPD freiwillig verließ; mögen auch hierbei lokalpolitische Besonderheiten und Bindungen im Spiel gewesen sein: in einer eo ipso hoch politisierten Mitgliedschaft wie derjenigen der KPD dieser Zeit, der zudem seit eh und je Parteidisziplin als oberste Maxime propagiert worden war, ist ein solcher Massenübertritt bei Abstraktion von bewußt-politischen Entscheidungen – welche durchaus in Wechselwirkung mit der örtlichen Führungsgruppe getroffen sein mögen – kaum zu erklären; eine solche Wechselwirkung zwischen Führungsgruppe und Mitgliedschaft im Meinungsbildungsprozeß vermöchte andererseits zu erhellen, warum größere Übertritte zur „Rechts“-Opposition in sehr ungleichmäßiger territorialer Streuung erfolgten. (Vgl. Mündlicher Bericht Philipp Pless 22.9.1962).

[11] Vgl. hierzu Abschnitt I. 1.

[12] Vgl. Rückblicke, in: Arpo, 1930, 291 (14.12.).

[13] Thalheimer, Um was geht es?, a. a. O., 29 ff, bes. 30 (Hervorhebungen im Original). Vgl. auch: Brandler, Revolutionäre Disziplin oder Kadavergehorsam, in: Arpo, 1929, 3 (2.2.).

[14] Ibd.; vgl. Die Rote Fahne, Jg. 1929, Nr. 2, 3.1.; hierzu der auf dem Bericht der Roten Fahne fußende Bericht in: Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz, 1929, 55 f; zur Richtigstellung des Berichts: GdSt, 1929, 1, 11 und Arpo, 1929, 1 (19.1.).

[15] GdSt, 1929, 2, 13 f und 1, 10 f. – Über die Dauer der politischen Organisiertheit in den Arbeiterbewegung wurden folgende Angaben gemacht:

Es organisierten sich bis

zum Jahre	1900	3	Teilnehmer
" "	1905	4	"
" "	1910	24	"
" "	1914	14	"
" "	1918	8	"
" "	1921	15	"
" "	1924	3	"
" "	1926	3	"

Gewerkschaftlich organisiert waren – einschließlich 11 aus den Gewerkschaften ausgeschlossener und teilweise wieder organisierter Teilnehmer – 64 Teilnehmer. (GdSt, 1929, 2, 13).

16 Mündl. Bericht Rosi [Frölich-] Wolfstein 28.7.1962.

Abschnitt II.1

[1] Vgl. Schriftl. Bericht Erna [Lang-] Halbe 24.9.1962.

[2] Unsere Reichskonferenz, in: GdSt, 1929, 2, 13 f, hier: 14. [148]

[3] Vgl. Thalheimer, a. a. O. – Der Bericht der Roten Fahne (a. a. O.), dem zufolge es Thalheimer in seiner Rede am 29. Dezember 1928 in Berlin unter anderem auch darum gegangen sei, Zellen der Ausgeschlossenen mit den Anhängern innerhalb der Partei zu bilden, die die Bezeichnung „Zelle Einheit“ tragen sollten, wurde von der Opposition dementiert (GdSt, 1929, 1, 11). Immerhin finden sich im später veröffentlichten Text des Vortrags gewisse Anhaltspunkte für diese Absicht (Thalheimer, a. a. O., 29).

4 Unsere Reichskonferenz, a. a. O., bes. das Referat Walchers und die Berichte der Delegierten.

5 Unter „Organisation“ wird hier, in Anlehnung an René König (Artikel „Organisation“ in René König (Hrg.), Soziologie, Das Fischer-Lexikon 10, 214 ff, hier 217) ein Moment der Struktur der beschriebenen Gruppe verstanden, zu dem als zweites Moment die spezifischen Normen der Gruppe treten, die hier im wesentlichen mit dem (deskriptiv gemeinten) Begriff der Ideologie umschrieben sind; an die Stelle der vor allem in der Betriebssoziologie üblichen Unterscheidung von formaler und informeller Organisation wird hier die Differenz von Formalorganisation und materialer Organisation gesetzt, wobei mit dem ersten Begriff die verfestigten Formen der Kooperation in der Gruppe und deren Entwicklung, mit dem zweiten nicht bloß die – schwer faßbaren – informellen Zusammenhänge zwischen den Gruppenmitgliedern gemeint sind, sondern auch und vor allem einerseits so etwas wie eine Demographie dieser Mitgliedschaft nach verschiedenen quantitativen und qualitativen Merkmalen, andererseits eine Beschreibung der Formen und Faktoren der innerorganisatorischen Praxis, welche zu den Normen der Formalorganisation zwar möglicherweise nicht in Widerspruch stehen, sich zu ihnen aber wie Besonderes zu Allgemeinem verhalten; dieses materiale Moment der Gruppenorganisation ist wie das formale sowohl traditional wie zweckrational bestimmt (zur Transponierung dieser Weberschen Begriffe in die Terminologie der Organisationssoziologie vgl. König, a. a. O., 217). Das Verhältnis von Struktur und Funktion ist nach dem hier verwendeten Sprachgebrauch nicht dem von Statik und Dynamik analog; beide Kategorien sollen „statische“ wie „dynamische“ Momente bezeichnen: als Reproduktion der Gruppenstruktur einerseits, als Prozeß der Interdependenzen zwischen Gruppe und anderen gesellschaftlichen Strukturen andererseits. (Zur Terminologie der strukturell-funktionalistischen Theorie, deren begriffliches Instrumentarium organisationssoziologischen Deskriptionen gute Dienste leisten kann, vgl. im übrigen René König, Artikel „Struktur“, in René König, a. a. O., 283 ff).

[6] Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961; Brandler betont, daß organisatorische Probleme zunächst vor allem „lokal“ und ohne intensive Einflußnahmen durch die Reichsleitung gelöst wurden; im Jahre 1930 änderte sich das: schon im November 1929 mußte Brandler auf der Landeskonferenz der KPO Württembergs davor warnen, den „organisatorischen Ausbau nicht zu versäumen“ [Arbeiter-Tribüne, Süddeutsche Wochenzeitung des werktätigen Volkes, Organ der Kommunistischen Partei (Opposition) Deutschlands (hiernach zitiert als „AT“), 1929, 23 (16.11.)]. Zentral eingeleitete Maßnahmen zu diesem Zweck waren u. a. eine allgemeine, bezirklich und lokal durchgeführte Mitgliederkontrolle im Mai 1930 und eine von der Reichsleitung vermittels der Ortsgruppen durchgeführte Neuregistrierung der Mitglieder Ende desselben Jahres. (GdSt, 1930, 301 und 668; die Ausgaben von „Gegen den Strom“ sind vom Jahrgang 1930 ab je Jahrgang durchlaufend seitennumeriert und werden dementsprechend – also ohne Angabe der Heftnummer – zitiert). [149]

[7] GdSt, 1930, 420. Als Beispiel für einen hohen Organisationsgrad in einer Splittergruppe der Arbeiterbewegung kann besonders die „Leninistische Organisation“ Walter Loewenheims gelten; vgl. hierzu: Kurt Kliem, Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der Gruppe „Neu Beginnen“, Diss. phil. Marburg, 1957, 12 ff.

[8] So zum Beispiel in Stuttgart, wo es verschiedene Betriebszellen gab [AT 1931, 37 (12.9.)].

[9] Nach der laufenden Berichterstattung der Parteipresse und verschiedenen Einzelangaben in den mündlichen oder schriftlichen Berichten, insbesondere im schriftl. Bericht Alfred Schmidts vom 20.10.1962. Eine offizielle Angabe der KPO von Ende 1930 spricht von 169 Ortsgruppen. Angesichts der Tatsache, daß dann mindestens die Hälfte aller Ortsgruppen in den zentralen Blättern der KPO unerwähnt geblieben, wäre, ferner angesichts dessen, daß zugleich die Mitgliedszahl mit 5.000 um etwa 1/3 zu hoch angegeben wurde, erscheinen stärkste Zweifel an der Richtigkeit jener Angabe angebracht. (Vgl. Rückblicke, a. a. O.). Auch: Die Lage in der KPD-O, Arpo, 1932, 26 (6.2.).

[10] Nach der laufenden Berichterstattung der Parteipresse.

[11] Eine Aufzählung der „Zahlstellen“ für die Verbreitung der KPO-Tageszeitung für 1930 nennt die Gesamtzahl von 130 Stellen, in denen aber die KPO-Ortsgruppen – etwa 65 bis 75 zu dieser Zeit – enthalten sind; diesem Bericht zufolge hatten von den 130 Zahlstellen 58 „gut“, 32 „ungenügend“ und 40 „überhaupt nicht“ für die Erhöhung der Auflage der „Arbeiterpolitik“ gearbeitet (GdSt, 1930, 620).

[12] Schriftl. Berichte Erna [Lang-] Halbe 24.9.1962 und Hans Tittel 12.11.1962. Die zentrale Regelung sah Beitragsstufen für Vollarbeiter, Kurzarbeiter und Hausfrauen sowie für Erwerbslose und Landarbeiter vor [K.P.D. (Opposition), Organisations- u. Kassenbericht (Formulare vom April 1929 und Dezember 1931) – (Materialien Ziehl)]. Da der überwiegende Teil der Mitgliedschaft – einschließlich der Mitglieder der zentralen Leitung – arbeitslos war, konnte zumeist nur ein Monatsbeitrag von 40 Pfennig erhoben werden. Zusätzlich wurden von lokalen oder bezirklichen Organisationen den KPO, so in Thüringen, Sonderbeiträge erhoben (Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961). Von den Mitgliedern von Parlamenten und Gemeindevertretungen und von Angestellten in Arbeiterorganisationen wurden Sonderbeiträge verlangt.

[13] So z. B. zunächst im Bezirk Niederrhein, wo es als eigenständige Gliederungen die UB Solingen und Hagen-Sauerland gab (GdSt, 1930, 242 und 306) und später in Berlin [vgl. z. B. Arpo, 1931, 255 (1.11.) und 259 (6.11.)].

[14] Nach der laufenden Berichterstattung von GdSt, 1929 und Arpo, 1929; im besonderen: Arpo, 1929, 12 A (9.4.); der Bezirk Erzgebirge-Vogtland hielt zwar seine erste Bezirkskonferenz erst am 10.8.1930 ab (GdSt, 1930, 526), war jedoch an der Landeskonferenz 1929 beteiligt.

[15] GdSt. 1930, 225 und 480; 1931, 137 und 248; Arpo, 1930, 290 (13.12.). Dies schließt nicht aus, daß in den genannten Bezirken auch schon vorher Funktionärstreffen auf Bezirksebene stattgefunden haben – wie es sicherlich in Schlesien der Fall war; doch waren diese Konferenzen nicht als BK deklariert und sie fanden als solche in den beiden Hauptorganen der KPO keinen Widerhall. Heinrich Brandler berichtet von solchen „anfangs“ durchgeführten Konferenzen in Schlesien (Mündl. Bericht 27./28.12.1961).

[16] Mündl. Bericht Paul Hempel 19.10.1962.

[17] Schriftl. Bericht Hans Tittel 12.11.1962. [150]

[18] Mündl. Bericht Philipp Pless 22.9.1962.

[19] Vgl. z. B. Mündl. Bericht Alfred Schmidt 20.10.1962.

[20] Mündl. Bericht Max Köhler 27.10.1962; VR, 1932, 5 (5.2.); Schriftl. Bericht Erich Hausen 17.11.1962. Die Sekretariatsstelle der BL Württemberg war eine bezahlte Funktion, was anscheinend keine völlige Ausnahme war: Arpo, 1931, 51 (1.3.).

[21] So im Thüringen (Schriftl. Bericht Hans Tittel 12.11.1962) und in Westsachsen (Mündl. Bericht Rudolf Zollmann 21.10.1962).

[22] Vgl. für Sachsen u. a. Arpo, 1929, 22 (15.6.); für Bremen und Hamburg GdSt, 1930, 385; für Hessen-Frankfurt und Württemberg vgl. unten, Abschnitt II.1.c.

[23] GdSt, 1929, 38, 16; 1930, 615. 1933, 1; ferner AT, 1930, 50 (13.12); Schriftl. Bericht Erna [Lang-] Halbe 24.9.1962; – Hans Tittel 12.11. 1962; Mündl. Bericht Philipp Pless 22.9.1962; – Rudolf Zollmann 21.10.1962.

[24] Die Berichte ehemaliger Reichsleitungsmitglieder (Erna [Lang-] Halbe 24.9.1962; Max Köhler 27.10.1962; Alfred Schmidt 20.10.1962; Hans Tittel 10.3.1963 und Heinrich Brandler 27./28.12.1961) widersprechen einander zum Teil und enthalten teilweise offenkundige Fehler; die nachfolgenden Angaben für die I. RL sind durch vergleichende Kombinationen gewonnen und jedenfalls unvollständig. Die Zusammensetzung den RL wurde nur nach der II. RK offiziell bekanntgegeben.

[25] *Werner Jurr*, geb. 1907. 1925–März 1929 Mitglied des ZK des KJVD, 1926 Mitglied, 1927 bis Februar 1929 Leiter der Reichsführung der „Roten Jungfront“, einer Gliederung des RFB; wegen Kritik an der Bundesführung des RFB seiner Funktionen enthoben. Schloß sich daraufhin der KPO an und wurde führend in den KJVO tätig. (Vollständiger Lebenslauf: Anhang I, Biographien) – (Mündl. Bericht Walter Uhlmann 19.10.1962; GdSt, 1929, 9, 9; Junge Kämpfer, Organ des K.J.V.D. (Opposition) [hiernach zitiert als „JK“], 1929, 4, 8; Werner Jurr, Um die proletarische Wehrorganisation, Material zum politischen Zerfall des Roten Frontkämpferbundes, Berlin, o. J. [1929], 5 ff).

[26] *Karl Frank*, „vor dem I. Weltkrieg Mitglied der Sozialistischen Studentengruppe in Wien, gegen Ende des Krieges Mitglied der SPÖ. 1916 als Leutnant Verweigerung des Dienstes an der Front. 1916 Vors. des Universitätsausschusses, Vertreter der Universität in Wiener Arbeiterrat. Studium u. a. der Psychologie, Dr. phil. Mitglied den KPÖ. 1921 Rechtfertigung der März-Aktion der KPD. 1922 KPD. Nach 1924 „Mittel-“ bzw. „Versöhnler“-Gruppe. Besonders seit den Thälmann-Wittorf-Affäre Konflikt mit dem ZK. 1929 einige Monate wegen Beteiligung an der kommunistischen „Rundfunkentführung“ im Gefängnis. Nach dem Weddinger Parteitag der KPD (1929) Trennung von der „Versöhnlergruppe“ und Übertritt zur KPO. (Vollständiger Lebenslauf: Anhang I, Biographien) – [Drechsler, a. a. O., 3d. II, 2 (Zitat); GdSt, 1929, 26, 6 f; Brief Karl Franks vom 31.10.1962 an den Verfasser; Karl Frank, Der Fall Levi in der Dritten Internationale, Wien, o. J. (1921)]. Unzutreffend die Angabe bei Kliem, a. a. O., 53, derzufolge Karl Frank 1930 aus der KPD zur SPD gegangen sei.

[27] Der „erweiterten RL“ gehörten ferner an: Albert Bassüner (Piesteritz), Oskar Triebel (Duisburg), Willy Schneider (Freital), Simon Kraus (Stuttgart) und Creutzburg (Köln) (GdSt, 1929, 43, 11 – Sonderbeilage).

[28] Vgl. GdSt, 1951, 261, 289; 1952, 11.

[29] Vgl. GdSt, 1931, 261; Mündl. Bericht Alfred Schmidt 20.10.1962.

[30] GdSt, 1931, 261.

[31]. Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961. [151]

[32] Vgl. GdSt, 1931, 262.

[33] Schriftl. Bericht Erna [Lang-] Halbe 24.9.1962; GdSt, 1929, 2, 14; 1930, 632; 1932, 9.

[34] GdSt, 1931, 262.

[35] GdSt, 1931, 292.

[36] Mündl. Bericht Max Köhler 27.10.1962.

[37] Vgl. Mündl. Bericht Heinrich Galm 13.4.1962. Auch: Mündl. Bericht Erna [Lang-] Halbe 24.9.1962.

[38] Vgl. Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961.

[39] GdSt, 1931, 246.

[40] Mündl. Bericht Rosi [Frölich-] Wolfstein 28.7.1962.

[41] Vgl. Die zweite Etappe der Opposition, GdSt, 1929, 29, 5 f.

[42] Anonymer Bericht 4.11.1962.

[43] So stimmten z. B. in Zschachwitz/Sa. Anfang 1929 für eine oppositionelle Resolution mindestens 50 Parteimitglieder; wenige Monate später hatte die KPO in diesem Ort 32 Mitglieder; in Westsachsen wurde der Offene Brief der Opposition an den Bezirksparteitag Anfang 1929 von mindestens 800

Mitgliedern unterzeichnet, während die KPO später im selben Bezirk kaum mehr als 300 bis (höchstens) 350 Mitglieder gehabt haben dürfte. In höherem Maße konnte allerdings in Offenbach a. M. die Opposition in die KPO-Organisation übernommen werden. – Vgl. Mündl. Bericht Alfred Schmidt 20.10.1962. – Es sei jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich bei allen Angaben über den zahlenmäßigen Umfang der Opposition um Schätzungen, und teilweise um recht wenig fundierte Schätzungen handelt.

[44] Vgl. z. B. AT, 1931, 10 (7.3.), wonach im Vorjahr der württembergische Mitgliedsbestand um 35% gewachsen war, und Arpo, 178 (2.8.), wo die Neuaufnahme von 32 Mitgliedern in Breslau gemeldet wurde.

[45] So vor allem in Nürnberg, Braunschweig, Wolfenbüttel und Geesthacht bei Hamburg.

[46] Diese Mitgliederbewegung läßt sich schätzungsweise aus den laufenden Organisationsberichten in der Parteipresse, besonders in GdSt, ableiten und wird in allen mündlichen oder schriftlichen Berichten, denen eine entsprechende Frage zugrundelag, mehr oder minder explizit bestätigt; im Gegensatz zur hier angegebenen Mitgliederbewegung wird jedoch von Erna [Lang-] Halbe (Schriftl. Bericht 24.9.1962) mitgeteilt, daß der Mitgliedsbestand am Anfang gestiegen und bis Ende 1931 ständig geringer geworden sei. Angesichts der Tatsache, daß 1930/31 etwa 20–25 Ortsgruppen neu gegründet oder übernommen wurden, kann es sich allenfalls um einen schwächeren durchschnittlichen Mitgliederverlust gehandelt haben. Ähnlich: Mündl. Bericht Max Köhler 27.10.1962.

[47] Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961 und Schriftl. Bericht Hans Tittel 12.11.1962; Alfred Schmidt – wie Tittel Mitglied der BL –schätzt ein Maximum von 1.000 Mitgliedern (Mündl. Bericht 20.10.1962).

[48] GdSt, 1928, 1, 6; Arpo, 1929, 2 (26.1.); Drechsler, a. a. O., Bd. II, 142 (Anm. 239) gibt für Offenbach Anfang 1932 rund 400 Mitglieder an, was durch die Kombination der beiden vorher zitierten Quellen durchaus wahrscheinlich ist und zudem von Galm bestätigt wird. Für Frankfurt a. M. nennt Philipp Pless rund 100 Mitglieder (Mündl. Bericht 22.9.1962), was mir, auf Grund anderer Hinweise, allenfalls ein nur zeitweiliges Maximum sein zu können scheint; vgl. Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961.

[49] Anonymer Bericht 4.11.1962; Mündl. Bericht Walter Uhlmann 19.10.1962 – Paul Hempel 19.10.1962; – Rudolf Zollmann 21.10.1962.

[50] Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961. [152]

[51] Schriftl. Bericht Erich Hausen 17.11.1962; GdSt, 1930, 402.

[52] Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961.

[53] Diese Angaben im Schriftl. Bericht Erna [Lang-] Halbe (24.9.1962) und im Organisationsbericht Walchers zur II. RK [AT, 1929, 20 (26.10.)]. Die Angabe von Köhler (Mündl. Bericht 27.10.1962) mit 5.000 erscheint nach diesen Kombinationen ebenfalls zu hoch, besonders aber seine Angabe für den Bezirk Berlin-Brandenburg mit „anfangs 1.500“ Mitgliedern, die den ständigen Klagen in der Parteipresse über den mangelhaften Einfluß der KPO in Berlin gerade in der Anfangszeit kraß widerspricht (vgl. z. B. GdSt, 1929, 2,14).

[54] Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961.

[55] Ibd.

[56] Vgl. VR, 1929, 47 (22.11.); GdSt, 1929, 31,13; 48,2; 1930, 71; 1931, 236.

[57] Vgl. Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961; GdSt, 1930, 176; 194; 210.

[58] Vgl. Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961.

[59] Vgl. Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961; Schriftl. Bericht Alfred Schmidt 20.10.1962; Geesthacht 60 Jahre Arbeiterbewegung 1890–1950, herausgegeben von August Ziehl, Geesthacht, o. J. [1958], bes. 100 ff.

[60] Das ist vor allem an dem hohen Anteil thüringischer Mitglieder an der Gesamtmitgliedschaft zu demonstrieren. Vgl. Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961.

[61] Ibd.

[62] Vgl. GdSt, 1929, 30, 18 (Sonderbeilage) und 1930, 284.

[63] Vgl. z. B. Manuilski, Die Kommunistische Internationale im Kampf um die Mehrheit der Arbeiterklasse, Referat auf dem X. Plenum des EKKI, in Protokoll EKKI 1929, 50 ff, hier: 81.

[64] Sozialdemokratische Parteikorrespondenz, 1929, 55.

[65] D. P., Die Konsolidierung der kommunistischen Parteien und der Kampf gegen die Rechten, in: Inprekorr, 1929, 32 (12.4.).

[66] Zitiert nach: AT, 1929, 2c (26.10.).

[67] Vgl. hierzu auch oben, Anm. II (Einleitung), S. 15.

[68] Vgl. hierzu im einzelnen unten, Abschnitt II.1.c und II.3.c, S. 128 ff und S. 250 ff.

[69] Es kann in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß es in der KPO – anders als in der KPD – allem Anschein nach nicht üblich war, die Angaben über den zahlenmäßigen Einfluß der Gruppe bewußt wesentlich zu übertreiben; soweit Ansätze zu einer Überprüfung offizieller oder nachträglicher Angaben möglich gewesen sind, konnte der Eindruck gewonnen werden, daß die KPO hierbei manchmal sogar zu vorsichtig verfuhr. – Die Überschätzung des Gesamtmitgliedbestandes der KPO durch Walcher auf der II. RK (vgl. oben, Anm. 53) ist vermutlich darauf zurückzuführen, daß zu dieser Zeit eine zentrale Registrierung der Mitgliedschaft nicht durchgeführt war und daß die Größe des Einflußbereiches zu einer solchen Fehlkombination aus fragmentarischen Angaben durchaus verleiten konnte.

[70] Vgl. – Offenbach und Stuttgart – Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961; er habe in Offenbach in öffentlichen Versammlungen regelmäßig 700 bis 800 Besucher gehabt; nach den Versammlungsberichten waren in Offenbach KPO-Versammlungen mit 1.000 Besuchern möglich (GdSt, 1929, 37,12). Für Leipzig wird des öfteren ein Besuch öffentlicher Versammlungen durch 700 oder 800 Teilnehmer gemeldet (Arpo, 1929, 16 (4.5.); 18 (18.5.). Vgl. ferner: GdSt, 1929, 42,3. [153]

[71] Angaben über den Gesamtumfang der Neuorganisierung liegen nicht vor. Jedoch ist bekannt, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Offenbacher KPO-Gruppe erst nach 1928 politisch organisiert wurde (vgl. die Quellen in Anm. 48) und daß auch andere Ortsgruppen Zulauf von Nichtorganisierten hatten, z. B. Leipzig (Mündl. Bericht Walter Uhlmann 19.10.1962; – Rudolf Zollmann 21.10.1962).

[72] Vgl. August Thalheimer, Über den Faschismus, Auszug in: Anhang II, Dokumente (hierzu vgl.: Abschnitt II, 5, Ideologiekritischer Exkurs II): andererseits: Mitgl.-Versammlung der Opposition am 28. August bei Friedrichs [Protokoll, in: Mitteilungsblatt der K.P.D. (Opposition)Geesthacht Nr. 1, vom 5.9.1931, wiedergegeben in: Anhang II, Dokumente] und: Mitgliederversammlung der K.P.D.O. Geesthacht, am Sonnabend, den 24. Oktober 1931 abends 8 Uhr bei Aug. Friedrichs [Abschrift von einer Durchschrift des Originalprotokolls in: Anhang II, Dokumente].

73 Vgl. hierzu: Bahne, Die Kommunistische Partei Deutschlands, a. a. O., 661 ff.

74 Über den zahlenmäßigen Umfang der Austritte aus der KPO ist nichts bekannt; es scheint sich dabei aber – bis zur IV. RK – fast immer um Einzelfälle gehandelt zu haben, die den Mitgliederbestand nicht wesentlich veränderten; vgl. z. B. GdSt, 1929, 39, 16 (Leipzig); 1930, 52 (Breslau); 1930, 598 (Stettin) und 1931, 152 (Altenburg/Sa.; diese Austritte betrafen allerdings einen größeren Teil der Ortsgruppe).

[75] Vgl. z. B. Arpo, 1929, 7 (2.3). 9 (16 3.); 13 (13.4.); 16 (4.5.); 18 (18.5.); 23 (22.6.); 31 17.8.5. – So waren beispielsweise in der im August 1931 neugewonnenen Ortsgruppe Geesthacht in den vier Monaten bis Dezember dieses Jahres allein vier Mitglieder der RL der KPO als Referenten tätig (Jahresbericht für das erste Geschäftsjahr 1931 [der K.P.O. Geesthacht], Materialien Ziehl).

[76] GdSt, 1929, 39, 11.

[77] GdSt., 1930, 604; 684. Vgl. ferner: Arpo, 1929, 31 (17.8); AT, 1930, 45 (8.11); GdSt, 1930, 113 und 313.

[78] Vgl. Arpo, 1931, 214 (15.9.).

[79] Der erste Entwurf der Plattform der KPO konnte nicht aufgefunden werden; es lagen lediglich die zweite und die dritte, endgültige Auflage vor: Was will die KPD-Opposition? (Plattform, verbesserter Entwurf), o. O. [Berlin], o. J. [1929]; Was will die KPD-Opposition (Verbesserter Entwurf der Plattform der KPD-O.), III. Auflage, Berlin, 1930.

[80] Vgl. GdSt, 1929, 42, 3 f; Thalheimer, Die Plattform der KPD.-Opposition, ibd., 44, 9 f; 45, 4 f; 46, 6 ff.

[81] GdSt, 1929, 49, 4 (Hervorhebungen im Original).

[82] Der Inhalt dieser Plattform steht hier nicht zur Diskussion; vgl. hierzu unten, Abschnitt II.2.a–d.

[83] So setzte die Plattformdiskussion in Württemberg anscheinend erst Mitte 1930 ein; vgl. AT, 1930, 27 (5.7.).

[84] Anonymer Bericht 4.11.1962; vgl. Mündl. Bericht Rudolf Zollmann 21.10.1962.

[85] Diese Tatsache wird in den Berichten ehemaliger Mitglieder vielfach betont; so auch von Heinrich Brandler, Mündl. Bericht 27./28.12.1961.

[86] GdSt, 1930, 723.

[87] GdSt, 1931, 140. (Hervorhebungen im Original).

[88] Vgl. hierzu allgemein: Werner Sombart, Der proletarische Sozialismus, Band II, Jena, 1924, 181 ff; auch: Lewis J. Edinger, Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil von 1933–1945, Hannover-Frankfurt/M., 1960, 40 f. [154]

[89] Vgl. hierzu GdSt, 1929, 1, 1.

[90] So erscheint nach diesen technischen Maßstäben etwa die Zeitschrift der Urbahns-Gruppe („Die Fahne des Kommunismus“) im Vergleich mit „Gegen den Strom“ als ein recht primitives Blatt.

[91] GdSt, 1929, 46, 1.

[92] Vgl. GdSt, 1929, 8, 9, ferner hierzu und zu den im folgenden genannten Blättern: Paul Frölich, Der Berliner Blut-Mai, Berlin, o. J. [1929], erste Umschlaginnenseite.

[93] GdSt, 1929, 11, 11.

[94] Vgl. Karlheinz Lange, Die Stellung der kommunistischen Presse zum Nationalgedanken in Deutschland, untersucht an Hand der Jahrgänge der „Roten Fahne“ 1918–1933, Diss. phil., München, 1946, 402. – Die Übersiedlung der „Arbeiterpolitik“ von Leipzig nach Berlin wird irrtümlich hier um ein Jahr vorverlegt. Schriftlicher Bericht Richard Burkhardt 2.1.1963. Schriftl. Auskunft Gesamtkatalog der deutschen Presse, Bremen 15.8.1962, in der eine Ausgabe der „Arbeiterpresse, Jena“ vom 10.3.1929 nachgewiesen wird. Die Zeitung selbst konnte von mir nicht eingesehen werden; es bleibt daher offen, ob hinsichtlich des ersten Erscheinungstermins ein Irrtum in der Berichterstattung von GdSt (vgl. Anm. 93) oder in den Nachweisen des Pressekatalogs vorliegt. – Ferner: Brief Hans Tittels vom 4.11.1962 an den Verfasser.

[95] Rote Einheit, Mitteilungsblatt der Kommunistischen Partei Deutschland: (Opposition) und der revolutionären Gewerkschaftsopposition, Bezirk Württemberg, Stuttgart, 1929, Nr. 1–4. AT, 1929, 1 (15.6.).

[96] GdSt, 1929, 17, 13; Schriftl. Bericht Erich Hausen 17.11.1962.

[97] Vgl. Arpo, 1929, 24 (29.6.); AT, 1929, 10 (17.8.). – Es konnte nicht festgestellt werden, wie lange diese beiden Zeitungen erschienen; gleiches gilt für das Hamburger Blatt „Partei in Gefahr“. Trotz

umfangreicher Nachforschungen in eine Reihe von Bibliotheken und Archiven konnten von den hier genannten Blättern lediglich „Gegen den Strom“, „Arbeiterpolitik“, „Volksrecht“, „Rote Einheit“ und „Arbeitertribüne“ ausfindig gemacht werden; die genauen Titelangaben für die anderen Blätter rühren meist von den Faksimile-Wiedergaben der Köpfe bei Frölich, a. a. O., her; vgl. auch: GdSt, 1929, 38, 14.

[98] Organisatorischer Bericht auf der II. RK, AT, 1929, 20 (26.10); zu den Publikationen der Nebenorganisationen vgl. die Angaben in Abschnitt II.1.d.

[99] Heinrich Brandler teilt mit, daß zum Beispiel die wichtigsten sowjetrussischen Blätter von Redaktionsmitgliedern des „Gegen den Strom“, nämlich besonders von Thalheimer und Leo, regelmäßig durchgearbeitet wurden (Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961).

[100] GdSt, 1929, 46, 1 ff (Hervorhebungen im Original). – Vgl. auch: GdSt, 1930, 6.

[101] Schriftl. Bericht Erich Hausen 17.11.1962.

[102] Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961.

[103] GdSt, 1929, 28, 15.

[104] GdSt, 1929, 38, 14.

[105] Arpo, 1929, 43 (7.11.); GdSt, 1929, 45, 16.

[106] GdSt, 1929, 51, 1 f.

[107] Ibd.; Schriftl. Bericht Richard Burkhardt 2.1.1963. Mündl. Bericht Fanny Kaden 27.10.1962. Für die wechselnden Untertitel der „Arbeiterpolitik“ vgl. die Angaben im Quellen- und Literaturverzeichnis (Anhang IV).

[108] Schriftl. Bericht Richard Burkhardt 2.1.1963. [155]

[109] So: GdSt, 1930, 743. Anders: Lange, a. a. O., demzufolge eine Ausgabe A für Berlin und das Reich ohne Sachsen und Thüringen, eine Ausgabe B für Thüringen und den Bezirk Erfurt und eine Ausgabe C für Sachsen und den Bezirk Halle erschien. Da Lange die Übersiedlung der „Arpo“ nach Berlin irrtümlich bereits für 1930 angibt und diese Ausgaben für das Jahr 1930 nennt, ist anzunehmen, daß damit die Nebenausgaben der „Arpo“ in der Leipziger Zeit gemeint sind.

[110] Z. B. Victor Hugo, Dreiundneunzig; Strindberg, Die Leute auf Hemsö; Traven, Die Brücke im Dschungel.

[111] Diesen Standpunkt vertrat Brandler in einer Auseinandersetzung mit dem Hauptgeldgeber für die Arpo, der eine derartige Konzession an den sogenannten Massengeschmack forderte. Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1962.

[112] Sie wird bei Lange, a. a. O., 402, nach einem Pressehandbuch mit regelmäßig 24.000, ausnahmsweise sogar 30.000 Exemplaren angegeben – eine Angabe, die, wie sich aus dem Folgenden ergibt, sicherlich wesentlich zu hoch ist.

[113] Schriftlicher Bericht Richard Burkhardt 2.1.1963; GdSt, 1931, 137; 140.

[114] GdSt, 1929, 51, 3; 1931, 128; 1932, 226.

[115] Die KPD hatte in der zweiten Jahreshälfte 1929 nach eigenen Angaben im Durchschnitt 124.511 Mitglieder (Collotti, a. a. O., 210), die „Rote Fahne“ (nach Lange, a. a. O., 404) hatte 1929/30 eine Auflage von 70.000 Exemplaren. Für die Blätter des sogenannten „Münzenberg-Konzerns“ liegen die Verhältnisse selbstverständlich anders. Ferner: GdSt, 1930, 116. Angaben über das Verhältnis von Mitgliederzahl und Auflagenhöhe der Parteizeitungen für die SPD im Jahre 1914, welche die „Parteiblatthaftigkeit“ der sozialdemokratischen Presse demonstrieren, bei Sombart, a. a. O., 183.

[116] Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 17. Juli 1931, Reichsgesetzblatt, 1931, 1, 371. „Vom kapitalistischen Chaos – zur sozialistischen Ordnung“, Arpo, 1931, 178 (2.8.). – Ferner: Arpo, 1931, 220 (22.9.).

[117] GdSt, 1929, 38, 14 f; 40, 16; 1930, 370; 1931, 128.

[118] Vgl. die Gewinn- und Verlustrechnungen in GdSt, 1930, 370 und 1931, 128.

[119] GdSt, 1930, 513.

[120] Für die Werbemaßnahmen zur Erhaltung der Arpo vgl.: GdSt, 1930, 116; 338; 491; 502.

[121] Vgl. z. B. Arpo, 1931, 42 (19.2.); 145 (25.6.); 278 (29.11).

[122] Vgl. GdSt, 1930, 502 und 734.

[123] Rundschreiben einer Berliner UB-Leitung der KPD vom 8.1.1931 zu einer Werbekampagne der KPO für die „Arpo“, in dem unter anderem die Mitglieder aufgefordert wurden, die Werbeplakate für die „Arbeiterpolitik“ von den Litfaßsäulen abzureißen; zit. nach: Arpo. 1931, 12 (15.1.) – (Hervorhebungen im Original).

[124] Mündl. Bericht Max Köhler 27.10.1962; Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961. – Zu Eduard Fuchs vgl. GdSt, 1929, 48, 2.

[125] Vgl. Gewinn- und Verlustrechnungen in: GdSt, 1931, 128, und 1932, 226.

[126] Vgl. die Bilanzen per 31.12.1930 und 31.12.1931, ibd.

[127] Gewinn- und Verlustrechnung für 1931, GdSt, 1932, 226; Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961, Geschäftsbericht in: GdSt, 1932, 226.

[128] Für die wechselnden Untertitel dieser Zeitungen vgl. die Angaben im Quellen- und Literaturverzeichnis, Anhang IV.

[129] Mündl. Bericht Philipp Pless 22.9.1962; VR, 1931, 19 (9.5.) (Impressum). [156]

[130] AT, 1929, 1 (15.6.), Impressum, in dem Janus freilich als Verleger erscheint.

[131] Vgl. AT, 1929, 23 (16.11.) und 24 (23.11.) Impressum.

[132] Dies ergibt sich aus dem Vergleich von Umbruch- und Schrifttyp-Differenzen der beiden Blätter und aus allgemeinen Hinweisen im Mündl. Bericht Philipp Pless 22.9.1962 und im Schriftl. Bericht Erich Hausen 17.11.1962.

[133] Geschätzt nach der Gesamtumsatz der „Arbeiter-Tribüne“ im Jahre 1930, der vermutlich den des „Volksrechts“ enthielt [35.000 RM, nach dem Organisationsbericht Hausens auf der Landeskonferenz der württembergischen KPO am 21./22.2.1931, AT, 1931, 10 (7.3.)].

[134] AT, 1931, 45 (7.11.).

[135] AT, 1931, 47/48 (28.11.).

[136] Schriftl. Bericht Hans Tittel 12.11.1962. Vgl. z. B. für Berlin-Brandenburg: GdSt, 1931, 137 und 140; für Thüringen: GdSt, 1929, 7, 14; für Ostpreußen: GdSt, 1930, 239; für Sachsen u. a. Arpo, 1929, 34 (7.9.) (Zschachwitz); für Geesthacht: Mitteilungsblatt der K.P.D. Opposition) Geesthacht, 1931 (7 Ausgaben) und 1932 (2 Ausgaben) Materialien Ziehl)

[137] Mündl. Bericht Paul Hempel (der dieses Blatt redigierte) 19.10.1962.

[138] Vgl. den Bericht über die BK Westsachsen in: Arpo, 1930, 286 (9.12.), und Mündl. und Schriftl. Bericht Alfred Schmidt 20.10.1962.

[139] Mündl. Bericht Alfred Schmidt 20.10.1962.

[140] Vgl. z. B. Arpo, 1931, 42 (19.2.) („Roter Pressetag der Arbeiterpolitik“); 183 (9.8.) (Plakat gegen den Volksentscheid vom 9.8.1931).

[141] „Arpo“-Sprechstunden in Berlin [Arpo, 1931, 30 (5.2.)]. „Sozialpolitische Beratungsstelle“ in Offenbach [VR, 1930, 11 (14.3.)].

[142] Aktionsprogramm, Produktionskontrolle, Übergangslosungen, a. a. O.

[143] Als Verleger der Aktionsprogrammbroschüre firmierte noch der „Verlag Volksgewissen“ in Berlin-Petershagen, dagegen erschien „Gegen den Strom“ von der sechsten Nummer des Erscheinens in Berlin an im „Junius-Verlag“, Berlin, der auch schon als Verlag für Thalheimer, Um was geht es?, a. a. O., zeichnete.

[144] Dieser Text war auch in der „Arpo“ [1931, 178 (2.8.)] erschienen und hatte zum Verbot der Zeitung geführt; auch die Broschüre wurde beschlagnahmt, doch konnte die Polizei nur noch sieben Exemplare vereinnahmen [AT, 1931, 39 (26.9.)].

[145] Vgl.: Franz Mehring, Zur Geschichte der Philosophie. Mit Einleitung und Anhang von August Thalheimer, Berlin, 1932; ders., Zur Literaturgeschichte – Von Calderon bis Heine. Mit Vorwort von Eduard Fuchs und Einleitung von August Thalheimer, Berlin, 1929; ders., Zur Literaturgeschichte – Von Hebbel bis Gorki. Mit Einleitung von August Thalheimer, Berlin, 1929; Manabendra Nath Roy, Revolution und Konterrevolution in China, Übersetzung aus dem englischen Manuskript von Paul Frölich, Berlin, 1930. J. G. Frazer, Mensch, Gott und Unsterblichkeit. Gedanken über den menschlichen Fortschritt, übers. a. d. Engl. von Dr. H. Frank und Dr. A. Thalheimer, Leipzig, 1932. – In diesem Zusammenhang kann darauf hingewiesen werden, daß das früher bereits zitierte Dokumentationswerk über die Frühgeschichte der KPD (Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin, 1929), das zwar KPD-offiziell herausgegeben war, gleichwohl doch jedenfalls eine exakte Quellen- und Materialsammlung darstellt und als solche bis heute von großem Wert ist, im wesentlichen – was die Editoren verschwiegen – eine Arbeit von späteren KPO-Mitgliedern war, die ihre Arbeit noch vor dem Ausschluß aus der KPD fertigstellen konnten; zu ihren Verfassern gehörten Paul Frölich (der die Hauptarbeit leistete) und andere KPO-Mitglieder, so Albert Schreiner. [157]

[146] Manche dieser Flugblätter, wie diejenigen zur Erwerbslosenfrage und speziell zum Abbau der Erwerbslosenversicherung vom Herbst 1929 waren – nach dem Bericht von GdSt, 1929, 37, 4 und 40, 6 – immerhin so instruktiv, daß sie auch von Mitgliedern der KPD verteilt wurden.

[147] Vgl. Organisationsbericht auf der Landeskonferenz der KPO Württemberg am 21./22.2.1931 in: AT, 1931, 10 (7.3.).

[148] Vgl. z. B. GdSt, 1929, 20, 16; 1930, 258; AT, 1930, 20 (17.5.); VR, 1930, 16 (16.4.).

[149] Sombart, a. a. O., 186.

[150] Zu den Nebenorganisationen der KPD vgl. Bahne, a. a. O., 664 ff, besonders 665 ff.

[151] Vgl. hierzu oben, Abschnitt 1.2, S. 50. Ferner: Clique oder Klasse?, Die Zerstörung der „Roten Hilfe“, Berlin, 1929, 21.

[152] Vgl. hierzu oben, Abschnitt I.3, S. 96; ferner: GdSt, 1928, 1, 6; 4, 10; 5, 9.

[153] *Walter Uhlmann*, geb. am 14.6.1904 in Leipzig als Sohn eines Kistenbauers. Besuch der Bürgerschule und Gewerbeschule. Feinmechaniker. Gewerkschaftlich organisiert seit 1920 (DMV); politisch organisiert seit 1919 (FSJ) bzw. 1923 (KPD); 1923 bis Anfang 1924 Mitglied der BL Westsachsen des KJVD, 1924/25 in Hannover, 1926 Köln; Bezirksleiter Mittelrhein des KJVD. Mitte 1928 Leipzig, Mitglied der BL Westsachsen des KJVD. Ausschluß aus der KPD Dezember 1928, Ausschluß aus dem KJVD 4.1.1929. KPO. – (Vollständiger Lebenslauf: Anhang I, Biographien) – (Mündl. Bericht Walter Uhlmann 19.10.1962; GdSt, 1929, 3, 12).

[154] GdSt, 1928, 1, 6; 1929, 9, 9; 11, 7; 13, 13 ff (Sonderbeilage); Jurr, a. a. O., 9 ff, 22 f.

[155] Vgl. Clique oder Klasse, a. a. O., 22.

[156] Vgl. hierzu und zur Vorgeschichte der Opposition im KJVD: R. Chitarow, Die KJI im Kampf gegen die rechte Gefahr, in: Jugend-Internationale, Kampforgan der Kommunistischen Jugend-Internationale, Jg. 10, Berlin, 1928/29, 145 ff, und: Leo, Die Lage im Kommunistischen Jugendverband Deutschlands, ibd., 172 ff; auch: Die Krise in der Kommunistischen Jugend, Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz, 1929, 314.

[157] Bahne (a. a. O., 666) referiert verschiedene Angaben über die Mitgliedszahl des KJVD (nach nur teilweise eindeutig bezeichneten Quellen), die, allerdings für etwas verschiedene Zeitpunkte, von 20.000 bis 55.000 Mitgliedern reichen. Nach Angaben von GdSt, 1929, 6, 12 wurden bei der „Reichskontrolle“ des KJVD – anscheinend 1928 – rund 8.000 Mitglieder erfaßt; es sei „zu hoch gegriffen“, wenn man als Mitgliederbestand das Doppelte hiervon rechne. Vgl. auch die Oppositionsresolution auf der BK des KJV Berlin-Brandenburg am 8./9.12.1928, in GdSt, 1929, 1, 12.

[158] Vgl. Clique oder Klasse?, a. a. O., passim.

[159] GdSt, 1929, 5, 12, JK, 1929, 1, 1 f 7 f.

[160] Clique oder Klasse?, a. a. O., 7 f, 24.

[161] GdSt, 1929, 8, 11; 9, 15. (Hervorhebungen im Original).

[162] Vgl. zur IAH, die nicht der KPD oder der KI unterstand, Bahne, a. a. O., 666; Nollau, a. a. O., 100, 148.

[163] Vgl. AT, 1929, 10 (17.8.); GdSt, 1929, 24, 16; Mündl. Bericht Heinrich Galm 13.4.1962. Auch: Paul Merker, Renegaten des Kommunismus als Feinde der Internationalen Arbeiterhilfe, in: Der Rote Aufbau, Hrg. W. Münzenberg, Jg. II, Berlin, 1929, 173 ff.

[164] GdSt, 1930, 434. Schriftl. Bericht Erna [Lang-] Halbe 24.9.1962.

[165] Vgl.: Mündl. Bericht Walter Uhlmann 19.10.1962, ferner: laufende Berichterstattung in: JK, bes. 1930, 96 (ab Jg. 1930 der „JK“ durchlaufende Seitennumerierung). [158]

[166] Vgl. z. B. JK, 1929, 3, 8; Arpo, 1929, 18 (18.5.).

[167] Mündl. Bericht Walter Uhlmann 19.10.1962, der Walter Möller, Fritz Reinhard, Werner Jurr und sich selbst nennt, wobei die Genannten zum Teil möglicherweise erst seit der II. RK der RL angehörten. Die Zusammensetzung der RL wurde in GdSt, (vgl. 1929, 9, 15) nicht bekanntgegeben.

[168] JK, 1930, 23.

[169] Jurr war zu dieser Zeit bereits wegen politischer Straftaten zu einem Jahr Festungshaft verurteilt und mußte seine Strafe kurz darauf antreten, (JK, 1930, 24).

[170] Ibd. – Daneben bestand eine „erweiterte“ RL.

[171] JK, 1930, 96.

[172] JK, 1931, 108.

[173] Nach der laufenden Organisationsberichterstattung in JK; ferner Mündl, Bericht Walter Uhlmann 19.10.1962. Als wichtigste KJVO-Gruppen nennt Uhlmann: Altenburg, Offenbach/M., Leipzig, Berlin, Hamburg, Stuttgart, Königsberg, Suhl, Ruhla, Erfurt, Jena.

[174] GdSt, 1929, 9, 15; JK, 1930, 23; 1931, 108,

[175] Vgl. JK, 1936, 132.

[176] So: Mündl. Bericht Walter Uhlmann 19.10.1962; der organisatorische Bericht auf der II. RK gab dagegen eine Auflagenhöhe von 3.000 Exemplaren an – was im Vergleich mit der Mitgliedstärke doch als etwas übertrieben erscheint. (JK, 1930, 23).

[177] JK, 1931, 108.

178 Vgl. Faksimile-Wiedergaben der Mitteilungsblätter in: JK, 1930, 118.

[179] Z. B. „Freie Jugend – Kampforgan gegen Faschismus und Arbeitsdienstpflicht – Herausgegeben vom Einheitskartell der proletarischen Jugend Stuttgarts gegen Faschismus und Arbeitsdienstpflicht“ (Seit 1930, monatlich, zeitweise Beilage zur „Arbeitertribüne“ Stuttgart); vgl. auch: JK, 1930, 118 (für Offenbach-Frankfurt/M.).

[180] Reichsleitung der Kommunistischen Jugendopposition (Hrg.), Arbeitsdienstpflicht anstelle der Wehrpflicht?, Berlin, 1930. – Diese Broschüre konnte nicht aufgefunden werden; Titel u. a. nach: Arpo, 1930, 300 (25.12.).

[181] Vgl. zur ideologischen Struktur der KPO unten, Abschnitte II.2.a-d.

[182] Vgl. ibd. und Abschnitt II.3.d.

[183] JK, 1931, 108 f.

[184] Bzw. mit der KPO-Mehrheit.

[185] Vgl. GdSt, 1929, 4, 12; 9, 15 (Referat Hopfe); JK, 1931, 7 (Die Rolle der kommunistischen Jugendorganisation); 108 (Referat Matthei).

[186] Vgl. z. B. JK, 1931, 16; 17 f; 34.

[187] Vgl. JK, 1930, 28; 86; 124 f; für die programmatisch niedergelegten prinzipiell-taktischen jugendpolitischen Zielsetzungen vgl. JK, 1931, 19; 57.

[188] Abgedruckt in: JK, 1930, 87 f; 90 f; 102; 126; 138; 1931, 6 f; 19 f; 3c; 41; 57; 69 f.

[189] JK, 1930, 79.

[190] Vgl. R. Leibbrand, Ein Signal! in: Jugend-Internationale, Jg. 10, Berlin, 1928/29, 193 ff, bes. 196; auch: R. Chitarow, Über rechte und „linke“ Abweichungen in der Jugendbewegung, ibd., Jg. 11, Berlin, 19301 111 ff.

[191] Vgl. z. B. JK, 1929, 5,8; 6, 10; 1930, 96; 1931, 86.

[192] Vgl. z. B. die Berichte und Polemiken in: JK, 1931, 5; 70; 100.

[193] Schriftl. Bericht Hans Tittel 12.11.1962; JK, 1931, 87; 95.

[194] Mündl. Bericht Paul Hempel 19.10.1962. [159]

[195] Vgl. JK, 1929, 6, 5 f. – Es hatte folgende Themenbereiche zum Inhalt: „Für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Jugend“, „Forderungen für die jugendlichen Erwerbslosen“, „Gegen die politische und kulturelle Reaktion“, „Gegen die Militarisierungsbestrebungen und die drohende Kriegsgefahr“, „Kinderschutz- und Schulforderungen“, „Für die Berufsausbildung der arbeitenden Jugend“.

[196] Vgl. VR, 1929, 50 (13.12.); 1930, 11 (14.3.).

[197] VR, 1930, 13 (28.3.).

[198] Vgl. GdSt, 1930, 645.

[199] Vgl. ibd.; AT, 1930, 39 (27.9.); JK, 1930, 132.

[200] Vgl. JK, 1930, 135.

[201] GdSt, 1929, 36, 14; JK, 1930, 111; 1931, 93 ff; 1931 wurde ein Aufmarsch in Grüna (Sachsen) verboten (ibd.). – Zur internationalen Kommunistischen Opposition vgl. unten, Abschnitt II.4.

[202] Vgl. Bericht über die BK Württemberg in: AT, 1931, 10 (7.3.).

[203] Arpo, 1931, 216 (17.9.) (Annonce); GdSt, 1930, 602.

[204] Vgl. Bericht über die BK Württemberg, a. a. O.

[205] Vgl. den von der RL der KPO und von der IHV herausgegebenen Aufruf: „Nieder mit dem Faschisten-Terror!“, in: AT, 1931, 7 (14.2.).

[206] Vgl. GdSt, 1930, 602.

[207] Vgl. Protokoll der Mitgliederversammlung der KPO Geesthacht 24.10.1931 Anhang II, Dokumente.

[208] Vgl. Mündl. Bericht Paul Hempel 19.10.1962.

Abschnitt II.2

[1] Vgl. hierzu oben, Abschnitt I.1 und Abschnitt I.3, bes. S. 69 ff.

[2] GdSt, 1929, 2, 13 f.

[3] Vgl. Schriftl. Bericht Erna [Lang-] Halbe 24.9.1962; Mündl. Bericht Rosi [Frölich-] Wolfstein 28.7.1962.

[4] Vgl. hierzu oben, Abschnitt I.1, bes. S. 23 ff.

[5] Vgl. oben, Abschnitt II.1.b.

[6] Was will die KPD-Opposition (Verbesserter Entwurf der Plattform der KPD.-O.), III. Auflage, Berlin, 1930 (hiernach zitiert als Plattform), 5 (Hervorhebungen im Original).

[7] Ibd., 29.

[8] Ibd., 30.

[9] Programm des Spartakusbundes, a. a. O., 51.

[10] Plattform, 30. Vgl. auch: GdSt, 1929, 11, 4: „Die Errichtung einer deutschen Räterepublik wird ... keineswegs bedeuten, daß Deutschland dann ebenso aussehen würde wie die heutige Sowjetunion“. Ferner: Die Sowjetunion und die Taktik der kommunistischen Parteien, Arpo, 1930, 102 (3.5).

[11] Vgl. hierzu oben, Abschnitt II.3, bes. S. 70 ff.

[12] Vgl. hierzu oben, Abschnitt I.2, S. 59.

[13] Plattform, 9.

[14] Ibd., 12. Vgl. GdSt, 1929, 35, 5.

[15] Vgl. Der wirtschaftliche Kampf und die Aufgaben der kommunistischen Parteien (Thesen zu den Referaten der Genossen Thälmann und Losowski), in: Protokoll EKKI 1929, 903 ff, hier bes. 904 f. – Plattform, 12; auch: GdSt, 1929, 35, 5 f.

[16] Vgl. Plattform, 9, 14. [160]

[17] Plattform, 9 ff, 14 (Hervorhebungen im Original); Proletarisches Kampfprogramm, in: GdSt, 1929, 8, 1 ff und: Arpo, 1929, 6 (23.2.). GdSt, 1929, 29, 1 f; 30, 1 f; 1930, 698.

[18] GdSt, 1929, 41, 1; Plattform, 14 f.

[19] Vgl. z. B. GdSt, 1929, 10, 2 f; 27, 1 ff; 43, 9 (Beilage); Arpo, 1930, 292 (16.12.) (Bericht Böttcher); Arpo, 1931, 297 (22.12.) (Bericht Leo).

[20] Vgl. hierzu im einzelnen unten, Abschnitt II.2.c.

[21] Vgl. hierzu im einzelnen unten, Abschnitt II.5.

[22] Vgl. oben, Abschnitt I.4, passim.

[23] Vgl. Thalheimer, über die Handhabung der materialistischen Dialektik durch Lenin in einigen Fragen der proletarischen Revolution, a. a. O.

[24] Plattform, 9.

[25] Vgl. GdSt, 1929, 6, 2 f; 29, 3; 42, 10 f; 51, 2 f.

[26] GdSt, 1929, 29, 3.

[27] GdSt, 1929, 51, 2 f, hier: 3 (Hervorhebungen im Original).

[28] Paul Frölich, Wohin führt die Wirtschaftskrise?, in: Arpo, 1930, 267 (15.11.).

[29] GdSt, 1930, 698, 744.

[30] Plattform, 32 (Hervorhebungen im Original).

[31] Ibd., 20 ff.

[32] Ibd., 22 (Hervorhebungen im Original).

[33] Ibd., 34.

[34] Ibd., 32 f.

[35] Vgl. Thalheimer, Um was geht es?, a. a. O., 16 ff.

[36] Plattform, 34.

[37] Programm des Spartakusbundes, a. a. O., 56.

[38] Plattform, 32.

[39] Vgl. oben, Abschnitt I.1 und I.3, bes. S. 70 ff.

[40] Plattform, 34, 40 (Hervorhebungen im Original).

[41] Ibd., 35.

[42] Ibd., 56 ff. – Die Aufgaben der Gewerkschaften, Arpo, 1931, 201 (30.8.)

[43] Plattform, 50 f. Proletarisches Kampfprogramm, a. a. O. passim.

[44] Ibd., besonders: Erich Kohlrausch, Youngplan und Gemeindepolitik, Berlin, 1930.

[45] Vgl. Bericht 12. Parteitag KPD, Referat Thälmann, 49 ff, hier besonders: 83 (Hervorhebung im Original).

[46] Thalheimer, a. a. O., 27 (Hervorhebung im Original).

[47] Vgl. vor allem: Proletarisches Kampfprogramm, GdSt, 1929, 8, 1 ff und: Arpo, 1929, 6 (23.2.). Gegen den neuen Young-Plan! Gegen die Finanzreform des Trustkapitals! Für ein proletarisches Notprogramm!, GdSt, 1930, 53 ff; Antifaschistisches Kampfprogramm, Arpo, 1931, 58 (10.3); Auf zum Massenkampf! Gegen Notverordnung und Faschismus!, Arpo, 1931, 132 (10.6.); Revolutionäre Initiative!, Arpo, 1931, 163 (16.7.); Vom kapitalistischen Chaos – zur sozialistischen Ordnung!, Arpo, 1931,178 (2.8.); Keine neue USPD – her zum Kommunismus!, Arpo, 1931, 228 (1. 10.); Der Weg zur Einheitsfront, Arpo, 1932, 1 (1.1.).

[48] Vgl. Leitsätze zur politischen Lage – angenommen vom Zentralausschuß der KPD. [in der Sitzung vom 5./6.8.1923], a. a. O. (Auszug in: Anhang II, Dokumente).

[49] Brandler, Beiträge zu einem Aktionsprogramm für Deutschland, a. a. O., 80, vgl. auch 85.

[50] Thalheimer, a. a. O., 25.

[51] Plattform, 43. Vgl. Diskussionsbeitrag Tittel in: GdSt, 1931, 8 ff.

[52] Plattform, 41. [161]

[53] Vgl. Bericht über die II. Reichskonferenz der KPD.-Opposition, Arpo, 1929, 41 (26.10.), Diskussionsbeiträge Frölich und Tittel. – Die 3. Reichskonferenz der KPO, Arpo, 1930, 292 (16.12.), Referat Thalheimer, und Arpo, 1930, 294 (18.12.), Diskussionsbeiträge Walcher und Brandler; Diskussionsbeitrag Tittel, a. a. O. Die Ergebnisse unserer Diskussion, GdSt, 1931, 19 ff.

[54] Vgl. Referat Thalheimer auf der III. RK, GdSt, 1930, 725 ff, 742 ff, 1931, 7 f; hier: 1930, 743.

[55] Ibd.

[56] Diskussionsbeitrag Tittel, a. a. O., 10. Die Ergebnisse unserer Diskussion, a. a. O.

[57] Seit seinem Artikel „Was ist die Arbeiter- und Bauernregierung“ in GdSt, 1930, 643 ff hatte sich Tittel zu diesem, seinen Diskussionsausführungen auf der RK impliziten, Standpunkt entwickelt. Vgl. auch: H.[ans] T.[ittel], Einige Fragen an Peregrinus, GdSt, 1930, 688 f, und A. Thalheimer und Peregrinus [d. i. Leo], Zur Antwort, ibd., 689 ff, Ferner die anläßlich der Darstellung der Geschichte der

Losung Arbeiterregierung in den Jahren 1921 bis 1923 bereits zitierten Artikel von Thalheimer, Zur Geschichte der Lesung „Arbeiterregierung“, a. a. O. und Peregrinus [d. i. Leo], Arbeiter- und Bauernregierung und Diktatur, a. a. O.

[58] August Enderle, Zur Frage der Arbeiterregierung, GdSt, 1930, 705 f und Replik Thalheimer, ibd., 706 f.

[59] Thalheimer und Peregrinus, a. a. O., 691.

[60] Enderle, a. a. O., 706 (Hervorhebungen im Original).

[61] Vgl. hierzu im einzelnen: unten, Abschnitt II.2.b.

[62] Plattform, 28.

[63] Ibd., 39 f (Hervorhebung im Original).

[64] Ibd. (Hervorhebungen im Original).

[65] Vgl. unten, Abschnitt II.2.d.

[66] GdSt, 1930, 419 f, ferner 703 f, hier: 704 (Hervorhebungen im Original).

[67] Vgl. Bezirkskonferenz in Westsachsen, Arpo, 1930, 288 (9.12.) – (Hervorhebungen im Original).

[68] Vgl. GdSt, 1931, 73 ff und 86 f; Paul Frölich, Die SAPD und wir, Arpo, 1931, 241 (16.10.). Für die prinzipielle Auseinandersetzung: Thalheimer, Die deutsche Sozialdemokratie in der bürgerlichen Republik, in: Die Kommunistische Internationale, VIII, 27, Hamburg-Berlin, 1927, 1303 ff und: ders., Was ist Reformismus und Opportunismus?, in: Die Einheit, Jg. 3, Berlin, 1928, 865 ff und 891 ff.

[69] Zur Entwicklung der „Klassenkampf“-Gruppe vgl. die ausführliche Darstellung bei Drechsler, a. a. O., Bd. 1, 18 ff.

[70] Vgl. ibd., 24 ff. – Die linke Opposition in der SPD, GdSt, 1931, 118 ff; Die Linke der SPD, GdSt, 1931, 172 ff.

[71] Sozialdemokratie und Wehrproblem, Sonderheft von „Der Klassenkampf – Sozialistische Politik und Wirtschaft“, hrg. v. Max Adler, Paul Levi, Kurt Rosenfeld, Max Seydewitz und Heinrich Ströbel, Berlin, 1928. – Vgl. Drechsler, a. a. O., 36 ff.

[72] Sozialdemokratie und Wehrproblem, a. a. O., 28.

[73] Die „linke“ SPD. zur Wehrfrage, GdSt, 1929, 4, 1 f; 6, 3 f; 7, 4 f, hier: 4, 2; 7, 4.

[74] Vgl. Drechsler, a. a. O., 68 ff, 226. Drechsler kritisiert nicht allein die „bagatellisierende Einschätzung des Faschismus“ durch die „Klassenkampf“-Gruppe, die einmal die Regierung Brüning als „‚zu zwei Dritteln oder gar zu drei Vierteln faschistisch‘“ charakterisierte, ein anderesmal eine Machtübernahme des Faschismus überhaupt für unmöglich hielt (vgl. Die Linke der SPD, a. a. O., 174), sondern konzediert auch, daß [162] die Faschismusinterpretation der aus dieser Gruppe dann hervorgegangenen SAP „recht primitiv erscheinen [mag]“ (a. a. O., 225); angesichts dessen und angesichts der Tatsache, daß die einzige theoretisch stichhaltige Theorie der faschistischen Entwicklung, die zu dieser Zeit innerhalb der Arbeiterbewegung entstand, von der KPO vertreten wurde, erscheint die apodiktische Behauptung Drechslers an anderer Stelle, die KPO habe sich „durch nichts .... legitimiert, die Führung der deutschen Arbeiterschaft zu beanspruchen“ (a. a. O., 143), immerhin als problematisch.

[75] Die Linke der SPD, a. a. O., 174.

[76] Vgl. Drechsler, a. a. O., 52; Die „Sieger“ vom 18. Oktober GdSt, 1930, 623 ff.

[77] Ibd., 625. Vgl. auch: Plattform, 27: „Den rechten Flügel [der SPD] beseelt der Haß gegen die Revolution, die Führer des linken Flügels die *Furcht* vor ihr“ (Hervorhebung im Original).

[78] Thalheimer, Dringliche Fragen der Arbeiterbewegung, in: Arpo, 1931, 147 (27.6.) und 169 (23.7.), hier: 169.

[79] Vgl. hierzu im einzelnen: Drechsler, a. a. O., 58 f, 80 ff. Ferner: Rosenfeld, Das Nein der Neun, in: Der Klassenkampf, 5. Jg., Berlin, 1931, 193 ff; Mahnruf an die Partei, ibd, 385 f.

[80] A.[ugust] Th. [alheimer], Vor einer neuen Etappe, GdSt, 1931, 105 ff, hier: 107; ferner die Leitartikel der Arpo, 1931, 67 (20.3.); 68 (21.3)

[81] Thalheimer, Dringliche Fragen der Arbeiterbewegung, a. a. O. Vgl. auch: Gegen den Reformismus – Was ist zu tun?, Arpo, 1931, 136 (14.6.); ferner: Die Position der Linken, Arpo, 1931, 127 (4.6.) und: Durcheinander bei der Linken, Arpo, 1931, 128 (5.6.).

[82] Vgl. oben, Abschnitt I.3, S. 68 f.

[83] Diese Differenzen wurden evident bereits auf der Reichsfunktionärkonferenz am 14. Juni 1931, wurden indes in verschärfter Form ausgetragen und publizistisch behandelt nach der Gründung der SAP: vgl. GdSt, 1931, 249 ff, hier: 250 ff. Ferner: Paul Frölich, a. a. O. Vgl. auch: Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961.

[84] Leitsätze zur innerparteilichen Lage in der KPD.O., GdSt, 1931, 246 f. – Vgl. Thalheimer, a. a. O., 147 (27.6.).

[85] Vgl. für diese Fortsetzung der Diskussion unten, Abschnitt II.3.d.

[86] Vgl. GdSt, 1929, 9, 5.

[87] Drechsler, a. a. O., 142. Für den Vorwurf des Kritikverzichts der KPO in sowjetrussischen Fragen seitens der Urbahns-Gruppe vgl.: Fahne des Kommunismus, III, 5, 34 ff. Vgl. auch: Max Stein, Die Linksopposition in der politischen Arbeiterbewegung 1918 bis 1939, in: Funken, Aussprachehefte für internationale sozialistische Politik, Jg. 10, Ulm, 1959, 103 ff und 125 ff, hier besonders: 108, 125.

[88] Abgedruckt in: GdSt, 1929, 9, 5.

[89] Vgl. Thalheimer, Um was geht es?, a. a. O., 4 f, 15 f; GdSt, 1929, 2, 13.

[90] Ibd., 4 f.; vgl. auch: Referat Thalheimer über die „Russische Frage“ am 9.3.1929 in Leipzig, Arpo, 1929, 9 (16.3.).

[91] Unsere Stellung zu den inneren Fragen der KP.SU., GdSt, 1929, 6, 4 f 8, 6 f; 9, 3 ff; 11, 4 f; 12, 6 f; 13, 5; hier bes.: 8, 6 f und 11, 4.

[92] Zum Jahrestag der russischen und deutschen Revolution, GdSt, 1929, 45, 1 f.

[93] Vgl. auch: Russische Fragen, GdSt, 1929, 42, 11 f.

[94] Unsere Stellung zu den inneren Fragen der KP.SU., a. a. O., hier: 9, 3 f, 13, 5. Die Geheimresolution des Z.K. der KP.SU. über die innerparteiliche Lage, GdSt, 1929, 20, 10 ff und 21, 10 f; hier: 20, 10.

[95] GdSt, 1930, 120. [163]

[96] Vgl. Stalin, Vor Erfolgen von Schwindel befallen, Prawda Nr. 60 vom 2.3.1930, in: J. W. Stalin, Fragen des Leninismus, a. a. O., 422 ff.

[97] Vgl. GdSt, 1930, 159; 186 f.

[98] Vgl. GdSt, 1930, 397; 666 f.

[99] Referat Thalheimer über die „Russische Frage“, a. a. O. (Hervorhebungen im Original).

[100] Unsere Stellung zu den inneren Fragen der KP.SU., a. a. O., hier: 12, 6.

[101] Vgl. hierzu auch unten, Abschnitt II.3.b, S. 221 f.

[102] Vgl. GdSt, 1929, 9, 6.

[103] Vgl. GdSt, 1929, 17, 8.

[104] GdSt, 1930, 6.

[105] Unsere Stellung zu den inneren Fragen der KP.SU., a. a. O., hier: 13, 5.

[106] Vgl. z. B. GdSt, 1930, 666 und: Kommunistische Internationale und Sowjetunion, Arpo, 1931, 206 (5.9.) und 220 (22.9.); ferner die von der deutschen KPO verfaßte Stellungnahme „Die Stellung der Kom. Opposition zur Sowjetunion“, in: Internationale Nachrichten der Kommunistischen Opposition (hiernach zit. als „INKOPP“), Berlin, 1931, 4/5, 32 ff.

[107] Auf der II. RK wurde verschiedentlich – besonders von Möller und Cohen – gefordert, die KPO müsse „zu den Fragen der russischen Partei Stellung nehmen; wir dürfen nicht schweigen, sondern [müssen] ihre Fehler kritisieren“ [Arpo, 1929, 41 (26.10.)]. Eine solche scharf formulierte Kritik findet sich in: H. M. (Möller?), Wo stehen wir, AT, 1929, 16 (28.9.) und 17 (5.10.).

[108] Diskussionsbeitrag Brandler auf der III. RK, Arpo, 1930, 294 (18.12.); Referat Brandler auf der BK Westsachsen, Arpo, 1930, 288 (9.12.).

[109] Daß die „russische Frage“ für Paul Frölich der Hauptpunkt der ideologischen Differenzen mit Brandler und Thalheimer war, wird von Brandler (Mündl. Bericht 27./28.12.1961) mitgeteilt.

[110] Diskussionsbeitrag Frölich auf der III. RK, GdSt, 1931, 10 ff, hier: 10.

[111] Die politische Lage und die Aufgaben der Kommunisten in Deutschland, GdSt, 1930, 698 ff, hier: 701.

[112] Abänderungsantrag I, GdSt, 1930, 702 f. Vgl. auch: GdSt, 1930, 721.

[113] Vgl. Referat Thalheimer auf der III. RK, a. a. O., hier: 1930, 744 und 1931, 7; ferner: Die Ergebnisse unserer Diskussion, a. a. O., passim.

[114] GdSt, 1936, 744 (Hervorhebungen im Original).

[115] Thalheimer, Um was geht es, a. a. O., 14 (Hervorhebungen im Original).

[116] Ibd., 15 (Hervorhebungen im Original).

[117] W. I. Lenin, Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, a. a. O., Abschnitt I („In welchem Sinne kann man von der internationalen Bedeutung der russischen Revolution sprechen?“), 5 ff; hier besonders 5 f: „Versteht man unter internationaler Bedeutung [der russischen Revolution], daß das, was bei uns geschehen ist, internationale Geltung hat oder sich mit historischer Unvermeidlichkeit im internationalen Maßstab wiederholen wird, so muß man einigen Grundzügen unserer Revolution eine solche Bedeutung zuerkennen. Natürlich wäre es ein großer Fehler, diese Wahrheit zu übertreiben und sie auf mehr als einige Grundzüge unserer Revolution auszudehnen. Ebenso wäre es verfehlt, außer acht zu lassen, daß nach dem Sieg der proletarischen Revolution, sei es auch nur in *einem* der fortgeschrittenen Länder, aller Wahrscheinlichkeit nach ein jäher Umschwung eintreten, daß nämlich Rußland bald danach nicht mehr ein vorbildliches, sondern wieder ein (im ‚sowjetischen‘ und im sozialistischen Sinne) rückständiges Land sein wird“. (Hervorhebung im Original). – Vgl. A. Th.[alheimer], [164] Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Taktik der KP.d.SU. und der Kommunistischen Internationale, GdSt, 1930, 237 f.

[118] Thalheimer, Die Krise der Kommunistischen Internationale, Arpo, 1929, 8 (9.3.), auch abgedruckt in und hier zitiert nach: GdSt, 1929, 10, 5 f.

[119] Ibd. Freilich fügte er hinzu: „Das, was Rosa mit weitem und tiefem Blick voraussah, *das konnte den anderen erst die eigene Erfahrung beibringen*. ... Darum war der Versuch, ..., die Gründung der Internationale noch aufzuschieben, vergeblich und unrichtig“ (Hervorhebungen im Original).

[120] M. N. Roy, Die Krisis der Kommunistischen Internationale, in: GdSt, 1929, 59, 7 f; 40, 9; 41, 7 ff; 42, 7 f; 44, 7 f; 46, 14 ff; 50, 7 ff; 52, 8 ff; hier: 39, 8 (Hervorhebungen im Original).

[121] Thalheimer, a. a. O., 6.

[122] Roy, a. a. O., 42, 7; 46, 14 f; Das X. Plenum des EKKI, GdSt, 1929, 35, 5 f.

[123] Plattform, 73 (Hervorhebung im Original).

[124] Ibd., 73 f (Hervorhebungen im Original).

[125] Ibd., 74 (Hervorbebung im Original).

[126] Ibd.

[127] Vgl. unten, Abschnitt II.4.

[128] Plattform, 75 f.

[129] Protokoll EKKI 1929.

[130] Protokoll V. Kongreß RGI, 2 Bände.

[131] Vgl. die Hauptresolution des Plenums in: Inprekorr, 1930, 23 (7.3.), und die Resolution „Über die Aufgaben der KPD.“, ibd., 36 (25.4.). Dazu: Ernst Thälmann, Die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, Bericht ... über die Tagung des Erweiterten Präsidiums des EKKI, Gehalten im ZK. der KPD. am 20. März 1930, Berlin, 1930.

[132] Vgl. die Resolution des XI. EKKI-Plenums in: Inprekorr, 1931, 38 (24.4.). Dazu: Ernst Thälmann, Die Lage in Deutschland und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Deutschlands, Referat auf dem XI. Plenum des EKKI, Hamburg-Berlin, 1931.

[133] Resolution „Über die Aufgaben der KPD.“, a. a. O.; Hauptresolution des XI. EKKI-Plenums, Inprekorr, 1931, 38 (24.4.).

[134] GdSt, 1930, 184 (Hervorhebungen im Original).

[135] Ganze Wendung und nicht halbe!, GdSt, 1930, 37 ff, hier: 38.

[136] GdSt, 1931, 110.

[137] Thalheimer, Die Krise der Kommunistischen Internationale, a. a. O., 6.

[138] Thalheimer, Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Taktik der KP.d.SU. und der Kommunistischen Internationale?, a. a. O., 237 (Hervorhebungen im Original).

[139] Ibd.

[140] GdSt, 1931, 113.

[141] Kommunistische Internationale und Sowjetunion, a. a. O., 220 (22.9.).

[142] Vgl. Zur Parteikrise in Schweden, Inprekorr, 1929, 105 (12.11.).

[143] Kommunistische Internationale und Sowjetunion, a. a. O., 206 (5.9,).

[144] Für die politische Entwicklung der KPD in der Folgezeit vergleiche vor allem: Andersen, a. a. O., 183 ff; Flechtheim, a. a. O., 150 ff; Bahne, a. a. O.

[145] Zu den Berliner Maivorgängen 1929 vgl.: von sozialdemokratischer Seite: Der Mai-Putsch, Die Schuld der Kommunisten an den blutigen Maivorgängen 1929 in Berlin. Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Sonderausgabe 1 der Sozialdemokratischen Partei-Korrespondenz [1929/30]; von kommunistischer Seite: S. Gussew, Die Maitage in Berlin, Hamburg-Berlin, o. J. [19293; seitens der KPO: Paul Frölich, Der Berliner Blut-Mai, Berlin, o. J. [1929]. Für die Politik der KPO in dieser Frage im einzelnen vgl. unten, Abschnitt II.5.a, S. 201 f. [165]

[146] Zur Bestätigung der Mai-Politik: Bericht 12. Parteitag KPD, Referat Thälmann, 49 ff, hier: 91 ff; Protokoll EKKI 1929, Diskussionsbeitrag Remmele, 294 ff, hier: 296 ff. Vgl. den Kommentar zur Vorbereitung des Parteitags von Thalheimer (Der Parteitag der Bürokratie), Arpo, 1929, 16 (4.5.), sowie den Bericht in: Arpo, 1929, 23 (22.6.)

[147] Referat O. W. Kuusinen über „Die internationale Lage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale“ in: Protokoll EKKI 1929, 5 ff, hier: 46; vgl. Referat Thälmann in: Bericht 12. Parteitag KPD, 49 f: passim.

[148] Referat Thälmann, a. a. O., 54 (Hervorhebungen im Original).

[149] Vgl. Bahne, a. a. O., 657 f.

[150] Referat Thälmann, a. a. O., 54 (Hervorhebungen im Original).

[151] Rudolf Gerber, Das Gesicht des deutschen Sozialfaschismus, in: Die Internationale, Jg. 12, Berlin, 1929, Heft 15, 481 ff, hier: 483 (Hervorhebungen im Original). Vgl. auch: Die theoretische Plattform des Sozialfaschismus, in: Die Rote Fahne, Jg. 1929, Nr. 156, 18.8.

[152] Vgl. den Leitartikel „Herr Grzesinski!“ in: Die Internationale, a. a. O., Heft 7, 209 ff und: Hermann Remmele, Tempoverlust, ibd., 213 ff. Ferner: Was ist Sozialfaschismus, Berlin, 1930.

[153] Ruhrecho vom 23.10.1929, zit. n. GdSt, 1929, 46, 11 (Hervorhebungen im Zitat).

[154] A. Th.[alheimer], Der sogenannte Sozialfaschismus und andere Purzelbäume der Anne-Liese, GdSt, 1929, 16, 4 f (Hervorhebung im Original. („Anne-Liese“ bedeutete die lautgetreue Wiedergabe des Wortes, das die offiziellen kommunistischen Theoretiker bei jeder ihrer Reden bevorzugt im Munde führten). Vgl. auch: Thalheimer, Noch einmal „Sozialfaschismus“, Arpo, 1929, 17 (11.5.). Zur Widerlegung der empirischer Nachweisen nicht standhaltenden Theorie von der „Arbeiteraristokratie“ vgl. Arbeiteraristokratie, GdSt, 1929, 40, 11 ff.

[155] Kapitalistische Stabilisierung, Klassenkämpfe des Proletariats und KPD., Rede des Genossen Stalin in der Sitzung des Präsidiums des EXI am 19. Dezember 1928, a. a. O.

[156] Vgl. Walcher, „Raus aus den Kartoffeln“. Die allerneueste Gewerkschaftstaktik, GdSt, 1929, 3, 4 ff.

[157] Bericht 12. Parteitag KPD, 429 ff.

[158] Ibd., 431, 449 (Hervorhebungen im Original).

[159] Vgl. Referat Thälmann, a. a. O., 83 f; GdSt, 1929, 29, 7 f., 30, 4 f.

[160] Vgl. GdSt, 1929, 27, 9; 28, 12; 36, 11; auch: Feind im Rücken, Bilder aus der Geschichte der Kommunistischen Internationale, Wien, 1932, 70 ff; Walter Riet, Die KPD. in der Krise, in: Neue Blätter für den Sozialismus, Jg. 2, Potsdam, 1931, 434 ff.

[161] Vgl. hierzu und zur Entwicklung und zum organisatorischen Stand der RGO überhaupt: Bahne, a. a. O., 664 f; Flechtheim, a. a. O., 170 ff; Das Rote Gewerkschaftsbuch, a. a. O., 135 ff.

[162] Vgl. GdSt, 1929, 45, 13 f; 46, 9 f, wo die Niederlage der kommunistischen Sonderorganisation der Rohrleger in Berlin im Herbst 1929 analysiert wird. Ferner: Flechtheim, a. a. O., 171 f.

[163] Vgl. Walcher, a. a. O.; Lieberasch, Der Kampf um die Gewerkschaften, Arpo, 1929, 2 (26.1.); GdSt, 1929, 27, 9.

[164] Warum sind wir gegen den RGO-Kurs?, in: Arpo, 1931, 36 (12.2.); 37 (13.2.); 38 (14.2.); 39 (15.2.); 40 (17.2.); 43 (20.2.); 44 (21.2.); 45 (22.2.); 46 (24.2.); 47 (25.2.); 48 (26.2.); 49 (27.2.); 55 (6.3.); 56 (7.3.); 57 (8.3.); 58 (10.3.); 59 (11.3.); hier: 38 (14.2.) und 4 (24.2.), (Hervorhebungen im Original).

[165] Vgl. oben, Abschnitt II.2.a , S. 155. [166]

[166] Plattform, 70 (Hervorhebungen im Original).

[167] Ibd., 71 (Hervorhebung im Original).

[168] Ibd., 71 f.

[169] Ibd., 5.

[170] Vgl. Nach drei Wahlen, in: Die Internationale, Jg. 15, Berlin, 1932, Heft 5, 213 ff, hier: 223.

[171] Kampf gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur, ibd., Jg. 14, Berlin, 1931, Heft 2, 49 ff ; Ernst Thälmann, Die Lage in Deutschland und die Aufgaben der Kommunistischen Partei

Deutschlands, a. a. O., 14 ff; der., Katastrophe oder Sozialismus? Kampfruf gegen die Notverordnung, Berlin, 1931.

[172] Die Theorie des „kleineren Übels“ – die Theorie des Opportunismus, in: Der Propagandist, 2. Jg., 1931, Nr. 9, 2 ff, hier: 4. Dazu: Thälmann, Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu ihrer Überwindung, in: Die Internationale, Jg. 14, Berlin, 1931, Heft 11/12, 481 ff, hier: 499.

[173] Vgl. H. Remmele, Schritt halten – Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?, in: Die Internationale, Jg. 13, Berlin, 1930, Heft 5/6, 135 ff; 7, 198 ff; 8/9, 230 ff; 10, 295 ff; hier: 5/6, 135 ff, bes. 139 ff.

[174] GdSt, 1930, 392.

[175] GdSt, 1930, 233.

[176] Inprekorr, 1930, 72 (26.8.).

[177] GdSt, 1930, 528.

[178] Kampf gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur, a. a. O., 57 (Hervorhebungen im Original).

[179] Ibd., 53 (Hervorhebungen im Original).

[180] GdSt, 1931, 80, vgl. auch: Die Flickversuche der KPD. am ultralinken Kurs, ibd., 131 ff und: Thalheimer, „Die Volksrevolution“, Arpo, 1931, 51 (1.3.).

[181] GdSt, 1931, 179. Vgl. auch: Nach dem Volksentscheid, ibd., 189 ff. Kommunismus und Faschismus im Entscheidungskampf, Hrg. v. d. Reichsleitung der KPD.-Opposition, Berlin, o. J. [1930], 13.

[182] Über die Aufgaben der Sektionen der Kommunistischen Internationale im Zusammenhang mit der Vertiefung der Wirtschaftskrise und der Steigerung der Voraussetzungen der revolutionären Krise in einer Reihe von Ländern [Thesen des XI. EKKI-Plenums], Inprekorr, 1931, 38 (24.4.) (Hervorhebungen im Original). Vgl. auch: Rückblick und nächste Aufgaben, in: Die Kommunistische Internationale, XII, 11, Hamburg-Berlin, 1931, 469 ff.

[183] Über die Aufgaben ..., a. a. O.

[184] Das XI. Plenum der Exekutive der Komintern, GdSt, 1931, 110 ff, hier: 113.

[185] Plattform, 5.

[186] Bericht über die II. Reichskonferenz der KPD.-Opposition, a. a. O., Diskussionsbeiträge Möller und Cohen. Thalheimer, Die Plattform der KPD. Opposition, a. a. O., 45, 4 f.

[187] Die 3. Reichskonferenz der KPO, a. a. O., 294 (18.12.), Diskussionsbeitrag Möller-Stuttgart und Abänderungsantrag Frank zur Resolution der III. RK, GdSt, 1930, 703 f.

[188] Die Geschichte dieser höchst zögernd vorgenommenen „Wendung“ ist in der bereits zitierten langen Artikelserie von Hermann Remmele dokumentiert Vgl. ferner: Bahne, a. a. O., 664.

[189] Vgl. Die beginnende Zersetzung des ultralinken Kurses, GdSt, 1930, 117.

[190] Vgl. Borkenau, Der europäische Kommunismus, a. a. O., 99 f; Buber-Neumann, a. a. O., 283 ff, 288 ff.

[191] Vgl. Der RGI-Brief an die EGO, in: Arpo, 1931, 146 (26.6.).

[192] Vgl. Spaltungen und Wendungen, GdSt, 1931, 231 ff, hier: 233 f. [167]

[193] A. Th.[alheimer], Zur 4. Reichskonferenz, GdSt, 1931, 297 ff., hier: 300 (Hervorhebungen im Original).

[194] Wir beschränken uns im folgenden auf eine im wesentlichen deskriptive Wiedergabe der Stellungnahmen der KPO zur innenpolitischen Entwicklung und zum Anwachsen des Faschismus. Die

theoretischen Grundlagen dieser Analysen sind unten besonders dargestellt: vgl. Abschnitt II.5, Ideologiekritischer Exkurs II.

[195] Rundschreiben der „Rechts“-Opposition vom 4.7.1928, zit. in: Rückblicke, a. a. O.

[196] Vgl. hierzu und zum folgenden: Helga Timm, Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der großen Koalition im März 1930, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Heft 1, Düsseldorf, 1952, Teil II (71 ff), passim, und: Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft Band 4, Stuttgart-Düsseldorf, 1955, Zweiter Teil (285 ff), 287 ff und passim.

[197] GdSt, 1929, 1, 2.

[198] GdSt, 1929, 22, 1.

[199] So Bracher, a. a. O., 302 f, zur „Haltung der DVP und der hinter ihr stehenden ‚Wirtschaft‘“.

[200] GdSt, 1929, 26, 1 und 10, 3.

[201] GdSt, 1929, 1, 1.

[202] Vgl. Proletarisches Kampfprogramm, a. a. O.; GdSt, 1929, 22, 1; 24, 1; Gegen die Kapitalsoffensive, Resolution [der II. RK] zu den politischen Aufgaben, GdSt, 1929, 43, 7 f. Vgl. zum Programm Schachts: Timm, a. a. O., 115 f.

[203] GdSt, 1929, 27, 1; 34, 1 f; 40, 1; 42, 9 f. Vgl. Timm, a. a. O., 124 ff,

149 ff, und Preller, a. a. O., 399 ff.

[204] GdSt, 2929, 27, 1; 1930, 179; 1929, 1, 2.

[205] GdSt, 1929, 27, 1. Vgl. hierzu auch: Gegen die Kapitalsoffensive, a. a. O.

[206] GdSt, 1929, 27, 1 (Hervorhebungen im Original).

[207] GdSt, 1929, 10, 2 f (Hervorhebungen im Original).

[208] GdSt, 1929, 1, 2; 42, 9 (Hervorhebung im Original).

[209] Vgl. Timm, a. a. O., 159 und Anm. 289, ibd.

[210] GdSt, 1930, 149 und: Gegen die Kapitalsoffensive, a. a. O. (Hervorhebungen im Original).

[211] Ibd. (Hervorhebungen im Original).

212 Proletarisches Kampfprogramm [Februar 1929], a. a. O.

[213] GdSt, 1929, 10, 3.

[214] Zum Ergebnis der Sächsischen Landtagswahlen hatte die KPD nur zu sagen, „daß die sozialfaschistische Politik der SPD den Vormarsch des Faschismus fördert“, und sie sah im übrigen die „Linie der Partei“ in diesem Wahlkampf „bestätigt“ (Rudolf Renner, Das Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen, in: Die Internationale, Jg. 12, Doppelheft 10/11, Berlin, 1929, 344 ff, hier: 349 f); während die SPD zu dieser Zeit zur nationalsozialistischen Demagogie lediglich sagte: „Schon die Nürnberger hängten keinen, bevor sie ihn gefangen hatten“ (Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz, 1929, 312).

[215] GdSt 1929, 20, 1.

[216] GdSt, 1929, 40, 2. So auch: Bracher, a. a. O., 290.

[217] Werner Hirsch, Die Klassenfronten im Deutschland des Youngplanes, Inprekorr, 1929, 100 (25.10.); Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz, 1929, 627 (Hervorhebung im Original).

[218] GdSt, 1929, 44, 1 (Hervorhebungen im Original). [168]

[219] Vgl.: Bracher, a. a. O., 294; Timm, a. a. O., 158.

[220] GdSt, 1929, 52, 3 (Hervorhebungen im Original).

[221] GdSt, 1930, 1.

[222] Gegen den neuen Young-Plan! Gegen die Finanzreform des Trustkapitals! Für ein proletarisches Notprogramm!, a. a. O.

[223] Vgl. Timm, a. a. O., 174.

[224] GdSt, 1930, 163 f (Hervorhebungen im Original).

[225] Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz, 1930, 275; A. Norden, Der Regierungswechsel in Deutschland, Inprekorr, 1930, 30 (1.4.).

[226] GdSt, 1930, 211 (Hervorhebungen im Original); vgl. auch: Arbeiter hungern, Faschismus droht, Was ist zu tun?, Berlin, 1930, passim.

[227] GdSt, 1930, 212 f (Hervorhebungen im Original); vgl. auch: ibd., 263 ff. Thalheimer – der Verfasser dieses Artikels – schloß nicht aus, daß der Weg zur faschistischem Diktatur „ein verwickelter“ sein könne: vgl. bes. 266.

[228] Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz, 1930, 478.

[229] GdSt, 1930, 440 (Hervorhebungen im Original). Vgl. hierzu: Hallgarten, a. a. O., 99 f.

[230] GdSt, 1930, 467 (Hervorhebungen im Original).

[231] GdSt, 1930, 552 (Hervorhebungen im Original).

[232] Ibd.; vgl. für das tatsächliche Wahlergebnis: Bracher, a. a. O., 364 ff.

[233] Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz, 1930, 602.

[234] Leitartikel der Roten Fahne, zitiert nach: Inprekorr, 1930, 78 (16.9.).

[235] GdSt, 1930, 563 f (Hervorhebung im Original); Kommunismus und Faschismus im Entscheidungskampf, a. a. O., 3 ff.

[236] GdSt, 1930, 696 und 625.

[237] GdSt, 1931, 1. Vgl. auch: Thalheimer, 1931 – Wohin, Arbeiter?, Arpo, 1931, 1 (1.1.). – Schon zur Zeit des Sturzes der Hermann-Müller-Regierung hatte Thalheimer vermutet, daß ein faschistischer Staatsstreich in „vielleicht Jahresfrist“ vorgenommen werden würde: vgl. GdSt, 1930, 285, Zitat eines Rundschreibens der Zentralstelle der KPO.

[238] Thälmann, Katastrophe oder Sozialismus?, a. a. O., 14 f. Vgl. auch: Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz, 1931, 274.

[239] Vgl. A. Th.[alheimer], Vor einer neuen Etappe, a. a. O., 107; GdSt, 1931,

141. Vom kapitalistischen Chaos – zur sozialistischen Ordnung, a. a. O.

[240] GdSt, 1931, 100.

[241] GdSt, 1931, 258.

[242] Brandler hatte bereits 1923 Ansätze zu einer analogen Beurteilung des Faschismus im allgemeinen und des Nationalsozialismus im besonderen vorgetragen (Vgl. oben, Abschnitt I.1). Bezüglich Frölich: Angaben im Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961.

[243] F. Reinhard in GdSt, 1930, 79.

[244] Aug. Ludw. Jacobsen, GdSt, 1930, 111 f. Vgl. hierzu die Replik der Redaktion von GdSt, ibd., 124 f.

[245] GdSt, 1930, 285 f.

[246] GdSt, 1930, 262 f.

[247] GdSt, 1930, 359 ff und 375 ff. Replik: ibd., 377 f; vgl. auch: E. B. in: GdSt, 1930, 299 f und Replik Thalheimers, ibd., 301 f.

[248] GdSt, 1930, 445 ff.

[249] Vgl. Referat Thalheimer auf der III. RK, a. a. O., hier: 1930, 725 f; Die politische Lage und die Aufgabe der Kommunisten in Deutschland, a. a. O., hier: 698 f; insbesondere: Abänderungsantrag Frank zur Resolution der III. RK, a. a. O.; Die Ergebnisse unserer Diskussion, a. a. O., passim.

[250] Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961.

[251] Thalheimer, Um was geht es?, a. a. O., 30 f; GdSt, 1929, 2, 14, Referate Walcher und Brandler.

[252] Thalheimer, a. a. O. (Hervorhebungen im Original). [169]

[253] Beispielsweise: GdSt, 1929, 49, 12: „Es kommt nur darauf am, daß das Notwendige durchgesetzt wird. Es wird durchgesetzt werden, eben weil es notwendig ist“; „Die ... Auffassung [, daß die Weltrevolution nur unselbständiges Anhängsel an die russische Revolution ist,] hemmt aufs schwerste die Herausbildung ... politisch reifer Kommunistischer Parteien außerhalb der Sowjetunion. Darum ist diese Auffassung und die ihr entsprechende Praxis zum Zusammenbruch verurteilt. Darum ist der Kampf der Kommunistischen Opposition gegen diese Auffassung unerläßlich und ihr Sieg unvermeidlich“ (GdSt, 1930, 238). Die Opposition wird hier – von den Denkvoraussetzungen Thalheimers aus durchaus konsequent (vgl. Abschnitt I.4, Ideologiekritischer Exkurs I) – zum Organen eines revolutionären Weltgeistes – was den Kohäsionsgrad der Gruppe nur erhöhen konnte; ähnlich mündliche Äußerungen der befragten ehemaligen Mitglieder.

[254] Thalheimer, a. a. O., 32.

[255] Thalheimer auf der BK Thüringen der KPO am 10.3.1929, GdSt, 1929, 11, 11. Vgl. auch: Das Eis ist gebrochen!, GdSt, 1929, 12, 1 f.

[256] Vgl. A. Th.[alheimer], Die zweite Etappe der Opposition, GdSt, 1929, 29, 5 f; auch: Arpo, 1929, 28 (27.7.); ferner: ders., GdSt, 1930, 155 f

[257] Th.[alheimer], Die zweite Etappe der Opposition, a. a. O., 6 (Hervorhebungen im Original).

[258] Brandler, Revolutionäre Disziplin oder Kadavergehorsam?, Arpo, 1929, 3 (2.2.); Thalheimer, Zur Reichskonferenz, GdSt, 1929, 42, 1 ff, hier: 3; Teilabdruck auch: Arpo, 1929, 40 (19.10).

[259] Vgl. Diskussionsbeitrag Böttcher auf der II. RK, GdSt, 1929, 43, 10. Als Ausdruck dessen: die Resolution „Gegen die Kapitalsoffensive“,a. a. O.

[260] Erich Hausen, Die Kommunistische Internationale und unsere Reichskonferenz, GdSt, 1929, 42, 5 f, hier 6 (Hervorhebungen im Original).

[261] Thalheimer, a. a. O., 3.

[262] Bericht über die II. Reichskonferenz der KPD.-Opposition, a. a. O., Diskussionsbeitrag Möller.

[263] Plattform, 6 f (Hervorhebungen im Original); auch Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961.

[264] Brandler auf der BK Westsachsen der KPO am 13.10.1929, vgl. Im Zeichen des Vormarsches, Arpo, 1929, 40 (19.10.).

[265] Vgl. hierzu im einzelnen: unten, Abschnitt II. 3.c, S. 252.

[266] Im alten Geist – mit neuer Kraft, GdSt, 130, 419 ff, hier: 419.

[267] Ibd. 420 (Hervorhebungen im Original). Auch: Richtlinien zur politischen Lage und den Aufgaben der Kommunisten in Deutschland, GdSt, 1930, 445 ff, hier: 448.

[268] GdSt, 1930, 586 (Hervorhebungen im Original).

[269] Heinz Möller, Was ist und was will die KP-O?, GdSt, 1930, 681 und 687, hier: 687 (Hervorhebungen im Original); vgl. Replik Thalheimers, ibd., 687 f, in der konzediert wurde, daß der „ultralinke Kurs“ der KPD begonnen habe, „auch auf die Grundsätze [des Kommunismus] überzugreifen“; doch sei die „Vollendung“ dessen noch nicht gegeben: „wenn sie da ist, erscheint sie als grobe, greifbare Tatsache, als *Zusammenbruch infolge* des falschen Kurses. Nur eine solche *massive Tatsache* kann der *Ausgangspunkt* dafür sein, einen Schritt weiter zu gehen“(Hervorhebungen im Original)

[270] Abänderungsantrag Frank zur Resolution der III. RK, a. a. O. E. H.[ausen], Zur Berliner Reichskonferenz, AT, 1930, 50 (13.12.).

[271] Die Ergebnisse unserer Diskussion, a. a. O. – Eine ähnliche Auffassung wurde auch auf der BK Westsachsen Anfang Dezember 1930 von Pfleging vertreten (Arpo, 1930, 288 (9.12.).

[272] Die 3. Reichskonferenz der KPO, a. a. O., 294 (18.12.). [170]

[273] Die Ergebnisse unserer Diskussion, a. a. O., Diskussionsbeitrag Walcher.

[274] Die politische Lage und die Aufgaben der Kommunisten in Deutschland, a. a. O., 700 f. – Brandler, Weiter vorwärts , Arpo, 1930, 292 (16.12.). 275 Die politische Lage und die Aufgaben der Kommunisten in Deutschland, a. a. O.

[276] GdSt, 1931, 46. Vgl. auch: A. Sch.[reiner], Der Weg der KPD-Opposition, Arpo, 1931, 140 (19.6.).

[277] Vgl. SPD-Arbeiter in Opposition, Arpo, 1931, 136 (14.6.).

[278] Vgl. Leitsätze zur innerparteilichen Lage in der KPD.-O., a. a. O. – Für die Fortsetzung der Diskussion vgl. unten, Abschnitt II.3.d.

Abschnitt II.3.

[1] Referat Walcher auf der I. RK, GdSt, 1929, 2, 14.

[2] Brandler, Unser der Sieg! Trotz alledem! Kampf-Mai 1931, Arpo, 1931, 101 (1.5.).

[3] Für ein Beispiel solcher Verfälschung vgl. die Prawda-Zitate und die entsprechenden Richtigstellungen durch die KPO in: GdSt, 1929, 2, 5. Vgl. auch die – relativ gemäßigt formulierten – Einwände gegen angebliche politische Konzeptionen der „Rechten“ bei Ulbricht, Zum Parteitag der KPD, in: Kommunistische Internationale, X, 17, Hamburg-Berlin, 1929, 997 ff, bes. 1006 ff, welche längst durch die Beiträge Brandlers zum Aktionsprogramm ihrer Grundlage beraubt waren.

[4] So: Die Komintern über die rechte Gefahr in der KPD, ibd., 1, 1 ff. hier: 12.

[5] So Remmele in seinem hilflosen Versuch der Widerlegung der Thalheimerschen Faschismustheorie, der bestenfalls noch den Schein einer theoretischen Auseinandersetzung wahrte: Die Theorie vom Bonapartismus, ibd., XI, 7, Hamburg-Berlin, 1930, 401 ff, hier: 404.

[6] H. Walecki, Die Brandlerianer und die UdSSR, ibd., 12, 570 ff, hier: 573. Vgl. auch die Scheinauseinandersetzung mit dem „Standpunkt des Brandlerismus“ in: Hermann Remmele, Schritt halten – Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?, a. a. O., Heft 8/9, 230 ff.

[7] Vgl. z. B. die Listen der Überfälle in: Arpo, 1929, 15A (1.5.) und in GdSt, 1930, 161 f.

[8] Vgl. Thälmann, Über den roten Volksentscheid am 9. August 1931, Rede in der Funktionärversammlung der revolutionären Massenorganisationen am 24. Juli 1931 in Berlin, in: Thälmann, Kampfreden und Aufsätze, o. O. [Berlin], o. J. [1932], bes. 55. – Vgl. Flechtheim, a. a. O., 177. Die Behauptung, die KPO werde durch die SPD finanziert, wurde des öfteren von der KPD aufgestellt. Vgl. z. B. das Zitat aus der „Roten Fahne“ anläßlich der KPO-Plakatwerbung gegen den Preußen-Volksentscheid in: Arpo, 1931, 183 (9.8.).

[9] Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961.

[10] Kliem, a. a. O., 20, berichtet, daß ein Teil der allenfalls hundert Mitglieder umfassenden Nebenorganisation der „Leninistischen Organisation“ Walter Löwenheims – des späteren „Neu-Beginnen“ – in

der KPD, die ebenfalls den Namen Kommunistische Opposition (KOPP) trug, ehemalige KPO-Funktionäre waren, „die wieder in die Partei aufgenommen worden waren, wobei ihre Bewegungsfreiheit allerdings stark eingeschränkt war“; diese Angabe bezieht sich auf die Zeit Ende 1932. Nach Angaben der KPO war bis Januar 1930 nur ein KPO-Mitglied in die KPD zurückgekehrt: GdSt, 1930, 36.

[11] Eine solche Rolle spielte nach den Angaben Heinrich Brandlers (Mündl. Bericht 27./28.12.1961) Albert Schreiner. [171]

[12] Der offizielle Brandlerismus, Arpo, 1932, 26 (6.2.) – (Hervorhebungen im Original). Auch: Arpo, 1931, 179 (5.8.).

[13] Vgl. z. B.: Die Komintern über die rechte Gefahr in der KPD, a. a. O., 12. Nach dem Referat Kuusinens auf dem X. EKKI-Plenum war die Rolle der KPO „die des linken Flügels der Sozialdemokratie“; Protokoll EKKI 1929, 5 ff, hier 47.

[14] Resolution des ZK der KPD über den Leipziger SPD-Parteitag und die Aufgaben der KPD, zit. nach: Thalheimer, Dringliche Fragen der Arbeiterbewegung, a. a. O. 147 (27.6.). (Hervorbebungen im Zitat).

[15] Vgl. den Leitartikel in: VR, 1931, 37 (11.9.) -(Hervorhebungen im Original).

[16] Beispielsweise in einer Versammlung der NSDAP in Berlin-Neukölln im Februar 1931, wo „trotz öffentlicher Aufforderung *kein Genosse der* [kommunistischen] *Partei*“ auftrat; Arpo, 1931, 49 (27.2) Hervorhebungen im Original). Als Beispiel für eine kooperative Absprache zwischen KPO und KPD bei NSDAP-Versammlungen vgl. Arpo, 1930, 275 (26.11.); hier trat der offizielle Parteivertreter von der Diskussion zurück und ermöglichte dem KPO-Vertreter dadurch, 3/4 Stunde in der Diskussion zu sprechen.

[17] Vgl. oben, Abschnitt II.1.c, Anm. 146.

[18] Dieser Feldzug wurde durch einen Artikel Stalins in der Kommunistischen Internationale eröffnet (Zu einigen Fragen der Geschichte des Bolschewismus, Kommunistische Internationale, XII, 39, Hamburg-Berlin, 1931, 1780 ff); vgl. besonders: [Anonym], Die Rolle der Linken in der Arbeiterbewegung, Inprekorr, 1932, 7 (26.1.). Vgl. hierzu: Der offizielle Brandlerismus, a. a. O.

[19] Referat Walcher auf der I. RK, GdSt, 1929, 2, 14; vgl. auch: Thalheimer, Um was geht es?, a. a. O., 29 f.

[20] Thalheimer, ibd.; vgl. im übrigen: oben, Abschnitt II.2.d und unten, Abschnitt II.3.c.

[21] Vgl. z. B. GdSt, 1929, 9, 13; 16, 15 f.

[22] Vgl. z. B. GdSt, 1929, 8, 9.

[23] So eine Begründung eines Ausschlusses aus dem RFB, vgl. GdSt, 1929, 16, 15.

[24] Vgl. GdSt, 1929, 16, 15 (Berlin-Brandenburg) und 16 (Niederrhein).

[25] Vgl. Referat Böttcher in der Sitzung der Landesleitung Sachsen der KPO am 9.6.1929, Arpo, 1929, 22 (15.6.). Referat Thalheimer in der Mitgliederversammlung der Berliner KPO am 17.9.1930, GdSt, 1930, 586. – In einer Meldung in GdSt, 1930, 598 wird von einer Anknüpfung „neuer Verbindungen mit Parteigenossen“ berichtet.

[26] Thälmann, Die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, a. a. O., 26, wo eine ganze Anzahl von lokalen Oppositionsbestrebungen gegen die Politik der KPD innerhalb der KPD registriert sind, so unter anderem in Frankfurt, Berlin, Schlesien und Nürnberg. Ein Teil dieser Oppositionsgruppen, besonders in Nürnberg, schloß sich dann der KPO an.

[27] Referat Thälmann in: Bericht 12. Parteitag, 49 ff, hier: 85; vgl. verschiedene Diskussionsbeiträge, in denen über entsprechende Schwierigkeiten in den lokalen KPD-Organisationen geklagt wird, z. B. Hahne, 152 ff, hier 153 f oder, zum Jugendverband, den Bericht Häbich, 102 ff hier 109. Außerdem: Referat und Diskussionsbeitrag Thälmanns auf den X. EKKI-Plenum, Protokoll EKKI 1929, 544 ff,

hier: 545 und 634 ff, hier 677 f. Andererseits konnte der 12. Parteitag der KPD auch einen Triumph über die Brandler-Gruppe verzeichnen: eine Versammlung in Oelsnitz i. V., in der Brandler gesprochen hatte und die nach Mitteilung von GdSt, 1929, 25, 15 überwiegend von hinbeorderten Parteifunktionären besucht worden war, wurde mit 2/3 Mehrheit (nach dem KPD-Bericht nur [172] gegen 20 Stimmen von 500) ein Telegramm an den Parteitag angenommen, in dem ein „rücksichtsloser Kampf gegen Renegaten und Versöhnler“ gefordert wurde (Mitteilung Heckert in Bericht 12. Parteitag, 428 f).

[28] Referat Manuilski auf dem X. EKKI-Plenum, Protokoll EKKI 1929, 50 ff, hier: 81 f.

[29] Vgl. oben, Abschnitt II.2.b, 8. 173, und die Literaturhinweise in der Anmerkung 145 dieses Abschnitte.

[30] Brief der Berliner Opposition „in die Bezirksleitung der KPD. Berlin-Brandenburg-Lausitz z. Hd. des Genossen Pieck“, GdSt, 1929, 16, 1 f (Hervorhebungen im Original).

[31] Ibd., 2.

[32] GdSt, 1929, 17, 1. Daß es den „Rechten“ dabei an Mut nicht fehlte, demonstrierten sie am 1. Mai durch ihre Beteiligung an der kommunistischen Aktion.

[33] GdSt, 1929, 19, 1 f; Paul Frölich, Der Berliner Blutmai, a. a. O., passim.

[34] Die Lehren des 1. Mai. Offener Brief – An alle Mitglieder der KPD., An die Exekutive der Kommunistischen Internationale, GdSt, 1929, 19, 7 ff (Sonderbeilage) (Hervorhebungen im Original). Auch: Arpo, 1929, 17 (11.5.).

[35] Referat Remmele in: Bericht 12. Parteitag KPD, 300 ff, hier: 336.

[36] Für den geschlossenen kommunistischen Wahlaufmarsch in Sachsen! [Schreiben] An das Zentralkomitee der KPD., Berlin [vom 2.4.1929], GdSt, 1929, 14, 1 f.

[37] Der selbständige Aufmarsch der Opposition bei den Sachsenwahlen, GdSt, 1929, 15, 1 f; „Für ein rotes Arbeitersachsen! Brüder zu uns!“, ibd., 3. Vgl. auch: August Thalheimer, Verantwortungsvolle Entscheidung der KPD., Arpo, 1929, 12 (6.4.); ferner: Die Landeskonferenz der Opposition – Einig und geschlossen im Kampf für die Eroberung der Partei, Arpo, 1929, 12 A (9.4.). Einheitsfrontaktionen mit der KPD wurden natürlich – und vergeblich – auch in lokalem Rahmen versucht; vgl. z. B. die Stuttgarter Initiative zu einer Antikriegsdemonstration am 1.8.1929, AT, 1929, 6 (20.7.) und 7 (27.7.).

[38] Mit uns zu Kampf und Sieg! An die Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands, GdSt, 1929, 43, 1 f, auch: Der Weg zur Revolution. in die Mitglieder der KPD!, Arpo, 1929, 41 (26.10.).

[39] Um deine Sache geht es!, Arpo, 1929, 42 (2.11.) und: Für eine Arbeitermehrheit in Berlin, GdSt, 1929, 45, 17 f (Beilage). – Hier kam es jedoch auf lokaler und regionaler Ebene zu Angeboten an die KPO zu gemeinsamem Vorgehen: vgl. Arpo, 1929, 38 (5.10.); in Berlin trat die KPO nicht mit eigenen Listen auf.

[40] Verhindert die Zerschlagung der Gewerkschaften!, Arpo, 1930, 263 (11.11.).

[41] Der Weg zur Gesundung der Kommunistischen Internationale, GdSt, 1930, 201 ff; vgl. zum Inhalt dieses Manifests unten, Abschnitt II.4, Zur internationalen „rechten“ KP-Opposition, 8. 267 f.

[42] Aufstieg oder Niedergang?, An das Exekutivkomitee und die Sektionen der Kommunistischen Internationale! An die Kommunisten der ganzen Welt!, Arpo, 1931, 202 (1.9.).

[43] Offener Brief an die KPD – Für die kämpfende Einheitsfront gegen Hitler, Brüning und Braun, AT, 1931, 31 (31.7.); auch: Arpo, 1931, 172 (26.7.).

[44] Ibd.

[45] Aufstieg oder Niedergang, a. a. O. (Hervorhebung im Original).

[46] Kommunisten in Front!, Arpo, 1931, 270 (20.11.). [173]

[47] W. Bolze, Um die Produktionskontrolle, Arpo, 1931, 134 (12.6.) und 137 (16.6.).

[48] Proletarisches Kampfprogramm, a. a. O.

[49] Ibd. und: Das Bauernhilfsprogramm der KPD., Inprekorr, 1931, 47 (21.5.); vgl. auch das Arbeitsbeschaffungsprogramm der KPD und anderer kommunistischer Parteien, ibd., 3 (13.1.).

[50] Thalheimer, Dringliche Fragen der Arbeiterbewegung, a. a. O.

[51] Vgl. GdSt, 1929 27, 11; 28, 13.

[52] A. Th.[alheimer], Die zweite Etappe der Opposition, a. a. O.

[53] Vgl. hierzu im einzelnen: oben, Abschnitt II.1.d.

[54] Vgl. u. a. GdSt, 1929, 18, 16.

[55] Arpo, 1929, 40 (19.10.); GdSt, 1930, 316 f, 383.

[56] Vgl. GdSt, 1930, 384 und 417.

[57] Vgl. GdSt, 1930, 535; vgl. auch: GdSt, 1931, So.

[58] GdSt, 1930, 321 f.

[59] Eine gewisse Ausnahme bildete Ernst Meyer, der zwar – in relativ noch gemäßigten Worten – die „rechten Liquidatoren“ als „Feinde der KPD“ bezeichnete, indes neben dieser wohl kaum vermeidbaren Formel wesentliche Punkte der Einschätzung der politischen Situation und der Taktikkonzeption der „Rechten“ sich zu eigen machte: Ernst Meyer, Wo stehen wir?, in: Die Internationale, Jg. 12, Berlin, 1929, Heft 8/9, 304 ff.

[60] Vgl. Referat Thälmann in: Bericht 12. Parteitag KPD, a. a. O., hier: 85 f, sowie die Diskussionsbeiträge Ewert und Meyer, ibd., 176 ff und 220 ff.

Vgl. auch: GdSt, 1929, 25/7, 7 f.

[61] Vgl. das in Arpo, 1929, 48 (14.12.) teilweise zitierte Rundschreiben der Versöhnler gegen die Kommunistische Opposition, welches der Parteiführung Lauheit im Kampf gegen die KPO vorwirft. Vgl. auch die ausführlichen Zitate in: GdSt, 1930, 361 ff.

[62] Thalheimer, a. a. O., 5.

[63] GdSt, 1929, 26, 6 C. Auch: Brief Karl B. Franke vom 31.10.1962 an den Verfasser.

[64] In einem Brief Karl B. Franke vom 21.3.1961 an Hanno Drechsler, Marburg, wird dieser Zusammenhang wie folgt geschildert: „Ich war damals gerade aus der K.P.D. ausgeschlossen und der Parteivorstand der S.P.D. wollte mich nicht aufnehmen. Es bedurfte gewisser Anstrengungen von Führern wie Otto Bauer, der sich sehr für meinen Eintritt in die S.P.D, einsetzte, um diesen Widerstand in etwa ein bis zwei Jahren zu überwinden Ich schloß mich eine Zeitlang als Hospitant der K.P.O. an [recte: Mitglied der KPO und der RL der KPO], dann ging ich mit der Walchergruppe zur S.A.P. und nach meinem endlich gen[e]hmig[t]en Eintritt in die S.P.D. trat ich dort ein“.

[65] In Braunschweig, Kassel, Wolfenbüttel, außerdem in einer Reihe von Orten, die in der agitatorischen Reichweite von bestehenden KPO-Organisationen lagen, wie etwa in Thüringen, entstanden auf diese Weise in den ersten Monaten des Jahres 1930 neue Ortsgruppen der KPO; vgl. u.a. GdSt, 1930, 100, 115, 191, 225, 306, 329.

[66] Zum RGO-Kongreß: Inprekorr, 1929, 112 (3.12.); Merker, Der 1. Reichskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition Deutschlands, Die Rote Gewerkschafts-Internationale, Jg. 10, Moskau (Berlin), 1930, Nr. 1, 12 ff; Rede Thälmanns auf dem Kongreß: Thälmann, Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band II, Berlin, 1956, 272 ff; ferner: GdSt, 1929, 48, 13 f; 1930, 35 f; 64 f; 98 C.

[67] GdSt, 1930, 47, 61, 83, 128, 176; AT, 1930, 7 (15.2.); 10 (8.3.). Vgl. auch: Der Parteiarbeiter, Jg. 7, Nr. 4, April 1929, Lehren der Betriebsratswahlen, und Jg. 8, Nr. 5, Mai 1930, passim.

[68] AT, 1930, 9 (1.3.). [174]

[69] GdSt, 1930, 47, 61, 77.

[70] AT, 1930, 10 (8.3.).

[71] GdSt, 1930, 47; 156.

[72] Vgl. GdSt, 1930, 47.

[73] Vgl. GdSt, 1930, 157, 562.

[74] Vgl. GdSt, 1930, 382 f.

[75] GdSt, 1930, 561.

[76] GdSt, 1930, 562.

[77] Schriftl. Bericht Karl Grönsfelder 30.1.1963; Ergänzung zu dem Fragebogen des Karl Grö.[nsfelder], Widerstandsarchiv IWP 034.

[78] Ibd.; GdSt, 1930, 176; 194.

[79] Vgl. oben, Anmerkung II.1., 72. Ferner: Geesthacht 60 Jahre Arbeiterbewegung 1890–1950, a. a. O., 45 f. Die Gruppe schloß sich Ende August 1931 der KPO an.

[80] Vgl. hierzu oben, Abschnitt II.2.a, S. 159 ff.

[81] Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz, 1929, 56 (Hervorhebungen im Original).

[82] Alles schon dagewesen! Die inneren Kämpfe in der KPD., Vorwärts, Berliner Volksblatt, Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 46. Jg., Nr. 7 (5.1.1929), Morgenausgabe.

[83] Vgl. Frölich, Der Berliner Blut-Mai, a. a. O., passim, besonders 11 ff. Vgl. im übrigen: oben, Abschnitt II.3.a.

[84] GdSt, 1929, 2, 12 (Hervorhebungen im Original).

[85] Sachsenwahl und KPD., Die Richtungen im Wahlkampf, Vorwärts, a. a. O., Nr. 147 (28.3.1929), Morgenausgabe (Hervorhebungen im Original) .Vgl. hierzu auch: Brandler, Landtagsneuwahl, Die Stellung der Opposition der KPD., Arpo, 1929, 11 (30.3.).

[86] So kam etwa Rudolf Zollmann, Leipzig, Ende 1928 vom „Reichsbanner“ zur „Rechts“-Opposition (Mündl. Bericht Rudolf Zollmann 21.10.1962); manchmal war auch der Übertritt eingeschriebener SPD-Mitglieder zu vermelden (z. B. VR, 1929, 47 (22.11.), doch dürfte es sich insgesamt kaum um mehr als ein Dutzend Mitglieder dieser Partei gehandelt haben.

[87] Vgl. oben, Abschnitt II.1.d, S. 147.

[88] Vgl. oben, Anmerkung II.1., 74. Bei den hier angegebenen Austritten handelt es sich fast stets um Übertritte zur SPD.

[89] Vgl. GdSt, 1930, 599 ff.

[90] GdSt, 1930, 586.

[91] Frölich in seiner Reichstagsrede vom 3.10.1929, Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, Band 426, 3231 f, hier: 3232, 101. Sitzung der IV. Wahlperiode. Vgl. auch: Band 425, 2307 ff (84. Sitzung) und Band 427, 4394 ff (140. Sitzung). Vgl. u.a. auch die Aufrufe: proletarisches Kampfprogramm, a. a. O.; Gegen den neuen Young-Plan! Gegen die Finanzreform des Trustkapitals! Für ein proletarisches Notprogramm!, a. a. O.; Auf zum Massenkampf! Gegen Notverordnung und Faschismus!, a. a. O.; Vom kapitalistischen Chaos – zur sozialistischen Ordnung!, a. a. O.

[92] Vgl. z. B. die KPO-Initiativen in Dresden, Arpo, 1930, 241, 242, 255

[93] Vgl. zu dieser Splittergruppe der politischen Arbeiterbewegung – wie zu den linkspolitischen Splittergruppen überhaupt – die informativen Zusammenstellungen bei Drechsler, a. a. O., Bd. I, 130 ff, hier: 132 f.

[94] Wo steht die Linke? Zur Auseinandersetzung innerhalb der linken SPD, Arpo, 1931, 42 (19.2.). (Hervorhebungen im Original).

[95] Vgl. GdSt, 1931, 193 ff; Drechsler, a. a. O., bes. 134. [175]

[96] Das erste „rote Buch“ – Eine Auseinandersetzung mit E. Graf, M. Seydewitz, Max Adler usw., in: Arpo, 1931, 118 (23.5.) und 119 (24.5.).

[97] Vgl. z. B. Arpo, 1931, 88, (16.4.); 90 (18.4.); 92 (21.4.); 98 (28.4.); 109 (12.5.); 110 (13.5.); 120 (27.5.); 122 (29.5.); bes. 109 (12.5.).

[98] Arpo, 1931, 153 (4.7.). – In der Diskussion wurde immerhin die folgende Kritik an der KPO geäußert: „... ein offenes Wort an die KPD-O. ... Dem sozialdemokratischen Arbeiter ist und bleibt die nur auf die KPD Bezogenheit derselben unverständlich ...“ (Arpo, 1931, 120 (27.5.)J.

[99] Vgl. hierzu: Drechsler, a. a. O., 60 ff, bes. 61, 62 ff, 71; vgl. auch die Berichte und Kommentare in: Arpo, 1931, 124 (31.5.); 125 (2.6.); 127 (4.6.); 128 (5.6.); GdSt, 1931, 129 f.

[100] Arpo, 1931, 136 (14.6.) (Aufmacher).

[101] Gegen den Reformismus, Arpo, 1931, 136 (14.6.).

[102] Ibd.

[103] SPD-Arbeiter in Opposition, ibd.

[104] Gegen den Reformismus, a. a. O.

[105] Vgl. oben, Abschnitt II.2.a, S. 159, 161 f.

[106] Das Ergebnis des Leipziger Parteitages, Der Standpunkt der Opposition, Sonderheft 3 von: Der Klassenkampf, Berlin, 1931.

[107] Mahnruf an die Partei, a. a. O.

[108] Die Linke der SPD, a. a. O., 175.

[109] Seydewitz, Der Mahnruf und seine Wirkung, in: Der Klassenkampf, 5. Jg., Berlin, 1931, 417 ff, bes. 419; im übrigen: Drechsler, a. a. O., 80 ff.

[110] Arpo, 1931, 164 (17.7.); Thalheimer, Dringliche Fragen der Arbeiterbewegung, a. a. O., 169 (23.7.) – (Hervorhebungen bei Thalheimer und bei Seydewitz, a. a. O.).

[111] Seydewitz, a. a. O., 423.

[112] Der tote „Mahnruf“, Arpo, 1931, 191 (19.8.).

[113] Bei Drechsler, a. a. O., 143, heißt es: „Das Ausspielen der ‚ehrlichen Arbeiter‘ gegen ihre ‚linken Führer‘ konnte nicht verhindern, daß sich die sozialdemokratische Linke in ihrer Gesamtheit vor den Kopf gestoßen fühlte“. Indem hier dieser Zusammenhang als Möglichkeit zugegeben wird, wird doch zugleich bestritten, daß die KPO-Kritik am „Zentrismus“ erwiesenermaßen KPO-feindliche Meinungen (und ggf. Einstellungen) in der „linken“ SPD-Mitgliedschaft erzeugt hat, wie es Drechsler behauptet, ohne dafür auch nur den geringsten Beleg anzuführen. Urteile über Meinungen und Verhaltensprädispositionen der Mitgliedschaft der Arbeiterparteien und Splittergruppen der hier untersuchten Zeit, welche freilich äußerst wertvolle Aufschlüsse über die organisatorische und damit auch politische Entwicklung solcher Organisationen erbringen könnten, bedürften intensiver und differenzierter empirischer soziologischer Untersuchungen zu ihrer Begründung; Untersuchungen, welche heute allenfalls nur höchst fragmentarisch, wenn überhaupt noch, durchgeführt werden können. Ohne eine derartige Untermauerung durch Ergebnisse empirischer Sozialforschung ist eine Meinung wie die zitierte von Drechsler – die ja in der politikwissenschaftlichen und zeitgeschichtlichen Literatur keine Ausnahme bildet – eben lediglich eine bloße Meinung.

[114] Vgl. Drechsler, a. a. O., 84 ff, bes. 86 f; ferner: Arpo, 1931, 221 (23.9.) – (Aufmacher).

[115] Vgl. Drechsler, a. a. O., 62 ff.

[116] Eine neue USP?, Arpo, 1931, 179 (5.8.). [176]

[117] Vgl. Drechsler, a. a. O., 87 ff, bes. 92.

[118] Arpo, 1931, 226 (29.9.).

[119] Ibd.

[120] Drechsler, a. a. O., 93 f; Arpo, 1931, 227 (30.9.).

[121] Arpo, 1931 227 (30.9.); 228 (1.10.); 231 (4.10.); auch: 229 (2.10.) (Kommentare und Aufruf der RL des KJVO in: Arpo, 1931, 231 (4.10.).

[122] Arpo, 1931, 228 (1.10.).

[123] Wiedergegeben bei Drechsler, a. a. O., Bd. II, 12 ff.

[124] Drechsler, a. a. O., Bd. 1, 95 f.

[125] Ibd., § 18, 103 ff.

[126] Für das Verhältnis der KPO zur SAP und zur Zuspitzung der innerorganisatorischen Konflikte siehe unten, Abschnitt II.3.d.

[127] Vgl. oben, Anmerkung I.2, 83; im einzelnen: Bahne, Zwischen „Luxemburgismus“ und „Stalinismus“, a. a. O., passim; auch: Drechsler, a. a. O., 134 f.

[128] Vgl. ibd.

[129] Fahne des Kommunismus, II, 20 (18.5.1928).

[130] Vgl. GdSt, 1929, 5,7; vgl. auch: Arpo, 1929, 2 (26.1.).

[131] Vgl. das Zitat nach Urbahns im Brief Trotzkis über die „Rechts“-Opposition, GdSt, 1929, 16, 10, wonach der Lenin-Bund fraktionelle Zusammenarbeit mit der KPO nicht ablehne, „wenn uns diese Zusammenarbeit dem Ziel der Eroberung der Partei näherbringt“; anders Drechsler, a. a. O, 135.

[132] Nämlich im wesentlichen den Standpunkt, es dürften die Erfordernisse der innersowjetrussischen Politik nicht den Erfordernissen der weltrevolutionären Bewegung übergeordnet werden; vgl. im einzelnen: Bahne, Der Trotzkismus in Deutschland 1931–1933, a. a. O., passim, bes. 89 ff. Vgl. auch: GdSt, 1929, 5, 7.

[133] Thälmanns „Rehabilitierung“, Fahne des Kommunismus, II, 41 (12.10. 1928). (Hervorhebung im Original).

[134] „Reden ist Silber, Schweigen ist Gold“ – Die Brandlerianer und Trotzki, Fahne des Kommunismus, III, 5 (1.2.1929). Vgl. auch: Aus der KPD, ibd., II, So (14.12.1928).

[135] „Reden ist Silber, Schweigen ist Gold“, a. a. O. (Hervorhebungen im Original).

[136] Vgl. oben, Anm. 131. Vgl. auch: Rundschreiben Urbahns, zitiert in: Die „Führung“ der KPD. zum Fall Thälmann, Fahne des Kommunismus, II, 43 (26.10.).

[137] Zitiert ibd. (Hervorhebungen im Original).

[138] Vgl. GdSt, 1929, 5, 7; 16, 10.

[139] GdSt, 1929, 19, 15; auch: 13, 7; 17, 14.

[140] Brief Trotzkis über die „Rechts“-Opposition, a. a. O.; vgl. GdSt, 1929, 19, 15; auch: Die Lenin-Opposition und die Rechten in der Komintern, Brief Leo Trotzkis an Boris Souvarine, Fahne des Kommunismus, III, 23 (28.6.1929) und: Nochmals über Brandler-Thalheimer, ibd., 24 (5.7.1929).

[141] Fahne des Kommunismus, a. a. O.; GdSt, 1929, 20, 14; 21, 12; 28, 7; 29, 13. Vgl. auch: Fahne des Kommunismus, III, 25 (12.7.1929).

[142] Vgl. Drechsler, a. a. O., 136; GdSt, 1929, 40, 10.

[143] Vgl. die verschiedenen Auffassungen in der Frage der Antikriegsdemonstration, Fahne des Kommunismus, III, 25 (12.7.1929).

[144] Zit. n. Grylewicz, Ist ein Block mit den Rechten zulässig, wiedergegeben in: Haltet den Dieb, in: Fahne des Kommunismus, III, 38 (18.10. 1929). [177]

[145] Der „Richtlinien-Entwurf“ (abgedruckt ibd., 329 f) sah ausdrücklich vor, daß die Zusammenarbeit in Gewerkschaftsfragen die Differenzen beider Gruppen in anderen politischen Fragen, insbesondere in der Frage der Stellung zur UdSSR, unberührt lassen sollten.

[146] Grylewicz, a. a. O.

[147] Vgl. Leninbund und Brandlerismus, Fahne des Kommunismus, IV, 14 (30.5.1930); Gegen den Brandlerismus, ibd., 20 (11.6.). GdSt, 1930, 141 f; 156; 273; 283 f.

[148] GdSt, 1930, 163.

[149] GdSt, 1930, 215.

[150] Sie gingen aber anscheinend über den gegenseitigen Besuch von Mitgliederversammlungen nicht hinaus; vgl. GdSt, 1930, 225.

[151] GdSt, 1930, 336 f, 380 f.

[152] Vgl. GdSt, 1930, 411 ff; 1931, 23 f.

[153] Vgl. Bahne, a. a. O.

[154] Vgl. oben, Abschnitt I.2, passim, insbesondere Anmerkung 56.

[155] Brief Trotzkis über die „Rechts“-Opposition, a. a. O.; Die Lenin-Opposition und die Rechten in der Komintern, a. a. O.; Nochmals über Brandler-Thalheimer, a. a. O. Vgl. auch: Trotzki, Die österreichische Krise, die Sozialdemokratie und der Kommunismus, Wien, 1929, 10; ders., Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats, Berlin, [2]1932, 83 ff. – Hinzuzufügen ist, daß Brandler und Thalheimer den theoretischen Streit über die „Theorie vom Aufbau des Sozialismus in einem Lande“ ersetzt wissen wollten durch die pragmatische Fragestellung „Kann sich die Diktatur des Proletariats in einem Lande behaupten?“; sie tendierten dahin, diese Frage ihrerseits nicht theoretisch zu beantworten, sondern die Lösung des Problems als Resultat politischer Praxis zu betrachten. – Vgl. GdSt, 1929, 21, 12.

[156] Nochmals über Brandler und Thalheimer, a. a. O.; vgl. auch die Replik (Trotzki, der Gegenpapst) in: GdSt, 1929, 28, 7 f.

[157] Vgl. Unsere Stellung zu den inneren Fragen der KP.SU., a. a. O., 9, 3 ff, hier: 3.

[158] Ibd., 4; GdSt, 1929, 21, 12.

[159] Trotzki, der Gegenpapst, a. a. O.

[160] Trotzki bezeichnete zu dieser Zeit (1929) den Faschismus als „das legitime Kind der Formaldemokratie in der Niedergangsepoche“ und blieb mit dieser Charakterisierung hinter den sehr viel differenzierteren theoretischen Bestimmungen Thalheimers zur faschistischen Entwicklung weit zurück. Erst Ende 1930 begann Trotzki, das Ausmaß der faschistischen Gefahr einzusehen; die Theorie, die er dann hierüber entwickelte, wiederholen lediglich einen Teil der lange zuvor schon von Thalheimer vorgetragenen Analysen. Vgl. hierzu oben, Abschnitt II.2.c und unten, II.5; Bahne, a. a. O., 99 f.

[161] Trotzki, der Gegenpapst, a. a. O.

[162] GdSt, 1929, 40, 10.

[163] Vgl. GdSt, 1930, 461 f.

[164] Vgl. Drechsler, a. a. O., 130 f.

[165] Vgl. Arpo, 1929, 29 (3.8.); auch: 39 (12.10.); GdSt, 1929, 36, 4.

[166] Arpo, 1929, 24 (29.6.). (Hervorhebungen im Original); vgl. z. B. GdSt, 1930, 261.

[167] Kliem, a. a. O., 12. Hier auch die Entwicklungsgeschichte der „Leninistischen Organisation“.

[168] Vgl. hierzu: GdSt, 1929, 1, 6 f.

[169] Ibd. (Hervorhebungen im Original). [178]

[170] Vgl. GdSt, 1929, 2, 11; 8, 8; 10, 10; 11, 10; 25, 12; 26, 13; 29, 12; 33, 14; 36, 13 f; 37, 15; 46, 13; 1930, 7; 8; 115; 131; 328 f; 658.

[171] GdSt, 1929, 10, 10; 37, 15; 1930, 71; 115; 658.

[172] Vgl. GdSt, 1929, 25, 11 f; 29, 11 f; 36, 12; 50, 13.

[173] Vgl. GdSt, 1929, 29, 11 f.

[174] Vgl. hierzu oben, Abschnitt II.1.d, S. 147. GdSt, 1930, 691.

[175] Vgl. hierzu: oben, Abschnitt I.1, S. 6 f.

[176] GdSt, 1929, 13, 11.

[177] Vgl., neben der besonderen Kritik und Berichterstattung in praktisch jeder Nummer der KPO-Zeitungen und in „Gegen den Strom“, im allgemeinem: Die Gewerkschaftspolitik von Essen bis Berlin, GdSt, 1929, 23, 8 ff; Warum sind wir gegen den RGO-Kurs?, a. a. O.; ferner beispielsweise: Das Arbeitsschutzgesetz gegen die Arbeiter, GdSt, 23, 5; vgl. auch: 24, 3; Nicht Worte, Taten sind notwendig! – Zum Beschluß des A.D.G.B. zur Reform der Arbeitslosenversicherung, GdSt, 1929, 32, 14; vgl. auch: 33, 6. – Die „Siege“, die die KPD bei der Anwendung ihrer sonderorganisatorischen Gewerkschaftstaktik meldete, wurden von der KPO jedesmal kritisch untersucht; sie kam in der Regel zu dem Schluß, daß etwa die Erfolge bei Betriebsratswahlen mit kommunistischen Sonderlisten – die sehr vereinzelt waren und denen eine weit größere Anzahl von Niederlagen gegenüberstand, welche die KPD-Presse verschwieg – in Wirklichkeit in der Regel nur ein Halten tradierter Positionen bedeuteten oder gar nicht durch die neue Taktik, sondern vermittels der Kandidatur von Kommunisten auf freigewerkschaftlichen Listen nach traditionellen Muster zustandegekommen waren. Vgl. z. B. GdSt, 1929, 9, 11; 12, 11; 15, 7 f; bes.: Enderle, Die bevorstehenden Betriebsratswahlen, GdSt, 1929, 52, 13 f.

[178] Vgl. z. B. GdSt, 1929, 13, 11; 29, 9; 36, 4.

[179] Arpo, 1930, 270 (19.11.). (Hervorhebungen im Original).

[180] Ibd. (Hervorhebungen im Original).

[181] Vgl. oben, Anm. II (Einleitung) 15. GdSt, 1929, 43, 5 (Sonderbeilage); Die 3. Reichskonferenz der KPO, a. a. O., 294 (18.12.); Im Zeichen des Vormarsches, Arpo, 1929, 40 (19.10.) (für eine BK Westsachsen).

[182] Vgl. GdSt, 1929, 11, 9; 14, 13; 17, 11; 1930, 91; 158; auch: AT, 1929, 1 (15.6.); 4 (6.7.); 1930, 5 (1.2.); 7 (15.2.); 9 (1.3.) und passim.

[183] Vgl. GdSt, 1930, 335; besonders 495 f. Hiernach wurden in Thüringen im Jahre 1930 3 Gewerkschaftskartelle von der KPO und 6 von der KPD geführt, dagegen 5 DMV-Ortsverwaltungen von der KPO und 3 von der KPD. Bei einigen kommunistisch geführten Positionen stand die Richtungszugehörigkeit noch nicht genau fest. Vgl. auch: Schriftl. Bericht Alfred Schmidt 20.10.1962.

[184] Vgl. z. B. VR, 1930, 6 (7.2.).

[185] Vgl. GdSt, 1929, 34, 8; 47, 11.

[186] Vgl. GdSt, 1930, 71; 91; 115; vgl. auch: ibd., 460 f; 530 f.

[187] AT, 1929, 8 (3.8.); 21 (2.11.); GdSt, 1929, 13, 8; 28, 11; 1930, 71; 91; 103; 194; 260. – Schriftl. Bericht Alfred Schmidt 20.10.1962. Vgl. für Stuttgart auch: Der Parteiarbeiter, Jg. 7, Nr. 4, April 1929, Opportunistische Schwabenstreiche.

[188] GdSt, 1929, 17, 11; 1930, 158; AT, 1930, 9 (1.3.).

[189] GdSt, 1930, 91.

[190] GdSt, 1930, 460 f; AT, 1930, 27 (5.7.). – Nach dem GdSt-Bericht gehörten 4 Delegierte zur KPO und 3 zur KPD, nach dem AT-Bericht dagegen 3 zur KPO und 4 kommunistische Delegierte nicht zur KPO, von denen aber einige eine zwischen KPO und KPD schwankende Haltung einnahmen. [179]

[191] AT, a. a. O.

[192] GdSt, 1930, 506 f; AT, 1930, 34 (23.8.) und 35 (30.8.).

[193] Diskussionsreden Hausen und König, AT, 1930, 34 (23.8.).

[194] GdSt, 1931, 215 f; AT, 1931, 36 (5.9.); 37 (12.9.).

[195] AT, a. a. O.

[196] Sind die Gewerkschaften zu erobern?, GdSt, 1929, 42, 13 f, hier: 13; vgl. auch: Plattform, a. a. O., 56 ff, bes. 62 f.

[197] Die Stellung der KPD.-O. zur Gewerkschaftsfrage Resolution der [III.] Reichskonferenz der KPD.-O. (Endgültige Fassung), GdSt, 1931, 60 ff, hier: 63 (Hervorhebungen im Original).

[198] Vgl.: Die Aufgaben der Gewerkschaften, a. a. O.

[199] Vgl. GdSt, 1929, 9, 11; 25, 7 f; auch: 27, 9; 28, 11.

[200] GdSt, 1929, 35, 2; vgl. auch: 36, 16; 38, 5; 39, 5 mit einer Reihe von analogen Berichten über die Erwerbslosenkampagne; GdSt, 1930, 603 (Hervorhebungen im Original).

[201] Gegen den neuen Young-Plan! Gegen die Finanzreform des Trustkapitals! Für ein proletarisches Notprogramm!, a. a. O.

[202] Ibd. (Hervorhebungen im Original).

[203] Ibd. (Hervorhebungen im Original).

[204] GdSt, 1930, 103.

[205] GdSt, 1930, 191; vgl. auch: 424 f.

[206] Von der RL wurde am 16.11.1931 ein entsprechender Aufruf herausgebracht. Vgl. GdSt, 1931, 234 f und 287 f.

[207] Vgl. Sind die Gewerkschaften zu erobern?, a. a. O., 13.

[208] GdSt, 1931, 235.

[209] Vgl. hierzu: unten, Abschnitt II.3.d.

[210] Arpo, 1929, 5 (16.2.).

[211] Reichstagshandbuch, IV. Wahlperiode 1928, Berlin, 1928. Handbuch für den Preußischen Landtag 3. Wahlperiode 1928, Berlin, 1928. – Karl Rehbein-Hanau, der zusammen mit Walcher, Frölich, Enderle und anderen am 21.12.1928 aus der KPD ausgeschlossen worden war, gehörte ebenfalls dem Preußischen Landtag an; er trat aber bereits nach wenigen Monaten der SPD bei.

[212] GdSt, 1929, 4, 3 f und 8; 8, 10; AT, 1929, 1 (15.6.); 3 (29.6.); VR, 1929, 48 (29.11.); Schriftl. Bericht Alfred Schmidt 20.10.1962; Schriftl. Bericht Ludwig Becker 9.1.1963.

[213] Rote Einheit, Jg. 1, Nr. 2, April 1929; AT, 1929, 1 (15.6.); 1929, 16 (28.9.); 1931, 10 (7.3.); So (12.12.); GdSt, 1929, 7, 14; 9, 13; 12, 15; 16, 15; 28, 9 und 15; 38, 5 und 16; 47, 2; 1930, 71; 290. Schriftl. Bericht Alfred Schmidt 20.10.1962.

[214] Vgl. GdSt, 1930, 258; 1931, 236.

[215] Vgl. GdSt, 1929, 16, 15; 28, 15; 1930, 290; Arpo, 1930, 287 (10.12.).

[216] Vgl. z. B. Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz, 1930, 686 f; AT, 1930, 44 (1.11.); 1931, 10 (7.3.) (Engert); 1931, 21 (23.5.) (Kohlrausch).

[217] Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961. – Vgl. Brandler, Landtagsneuwahl. Die Stellung der Opposition der KPD., a. a. O. „... *Wir müssen uns also an der Wahl beteiligen*, wir müssen den Wahlkampf zur Propaganda unserer richtigen kommunistischen Politik mit ganzer Kraft ausnützen“. (Hervorhebungen im Original).

[218] Arpo, 1929, 17 (11.5.) (Aufmacher).

[219] GdSt, 1929, 20. 1 f; Sozialdemokratisch. Partei-Korrespondenz, 1929, 221.

[220] Arpo, 1928, 18 (18.5.). [180]

[221] Vgl. Bericht über die BK Halle-Wittenberg, Arpo, 1929, 42 (2.11.); – über die BK Ostsachsen, ibd., 40, (19.10.); – über die BK Westsachsen, ibd.

[222] Vgl. Brandler, Der Kampf um die Gemeinde, Arpo, 1929, 44 (16.11.). (Hervorhebungen im Original). – Aufruf „Um deine Sache geht es!“, Arpo, 1929, 42 (2.11.).

[223] Vgl. GdSt, 1929, 47, 2; 48, 5 f.

[224] Nach GdSt, 1929, 48, 5 f. Hierin sind die Stimmen und Stimmverhältnisse in einigen preußischen Orten, so in Schlesien, nicht enthalten. – Außerdem: VR, 1929, 47 (22.11.).

[225] GdSt, 1929, 50, 4 ff; Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz, 1930, 47; Arpo, 1929, 48 (14.12.).

[226] GdSt, 1929, 50, 5. Auch: Das Ergebnis der Gemeindewahlen, Arpo, 1929, 44 a (19.11.).

[227] GdSt, 1930, 71, 464 f.

[228] Nach: Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz, 1930, 446 (Vorläufiges Stimmenergebnis).

[229] GdSt, 1930, 404 (Hervorhebungen im Original).

[230] Beschluß der Mitgliederversammlung in Breslau zu den Reichstagswahlen GdSt, 1930, 480. Vgl. im übrigen die, hier, 480 f, aufgeführten Kommentare der einzelnen Bezirke zu dieser Frage.

[231] GdSt, 1930, 479.

[232] Vgl. AT, 1931, 50 (12.12.).

[233] Die Bedeutung dieser Zuwendungen für die finanzschwache Gruppe liegt auf der Hand. Sie drückte sich unter anderem darin aus, daß der Erfurter Abgeordnete im Preußischen Landtag, Alfred Schmidt, unter anderem auch deshalb in die Reichsleitung wählt wurde, weil er eine besonders weitreichende Eisenbahn-Freifahrkarte hatte (Mündl. Bericht Alfred Schmidt, 20.10.1962).

[234] GdSt, 1930, 76; 106 f; VR, 1929, 47 (22.11.); 50 (13.12.); 1930, 1 (3.1.); 2 (10.1.); 3 (17.1.); 5 (31.1.); 6 (7.2.); 7 (14.2.).

[235] E. Kohlrausch, Youngplan und Gemeindepolitik, a. a. O.

[236] Kommunales Notprogramm, GdSt, 1931, 230 f.

[237] Vgl. oben, Abschnitt I.1, hier: 17 f; im besonderen: Thesen über die Taktik, a. a. O., 45 ff; vgl. auch: Kohlrausch, a. a. O., 57 f.

[238] Ibd., 3 ff, 33 ff.

[239] Kommunales Notprogramm, a. a. O.

[240] Ibd. (Hervorhebungen im Original). – Vgl. für Offenbach: GdSt, 1930, 76.

[241] Proletarisches Kampfprogramm, a. a. O. (Hervorhebungen im Original).

[242] Vgl. etwa derartige Versuche in Köln im September/Oktober 1929: GdSt, 1929, 41, 13 f.

[243] Vgl. GdSt, 1930, 3; 136; 245.

[244] Vgl. GdSt, 1930, 294 f.

[245] Für ein Beispiel für „Sabotageversuche“ der KPD vgl.: GdSt, 1930, 393 f,

[246] Vgl. GdSt, 1930, 405; eine entsprechende Flugblattaktion in Thüringen fand wenige Wochen früher statt: GdSt, 1930, 390. Vgl. auch: ibd., 465.

[247] Vgl. GdSt, 1930, 644 f; 669, 693 f. Ferner: oben, Abschnitt II.1.d.

[248] Vgl. Offener Brief für einheitlichen Kampf gegen den Faschismus. An die SPD, KPD, Gewerkschaftskartell und Sportkartell Greiz [verfaßt von der KPO-Gruppe Greiz, 18.10.1930], Arpo, 1930, 245 (19.10.).

[249] Vgl. Proletarische Klassenwehr gegen Faschismus, GdSt, 1930, 655 f, 664 f. So auch Brandler im Referat auf der BK Westsachsen am 7.12.1930 (Arpo, 1930, 286 (9.12.). [181]

[250] Vgl. GdSt, 1931, 55 f; 126 f.

[251] Aufruf „Antifaschistische Kampffront – Für einheitlichen Kampf um Minimalforderungen“ und Leitartikel Thalheimer, Antifaschistisches Kampfprogramm, Arpo, 1931, 38 (14.2.) und 39 (15.2.) (Hervorhebungen im Original).

[252] Antifaschistisches Kampfprogramm, a. a. O. (Hervorhebungen im Original); für den vollen Wortlaut – mit Ausnahme einer redaktionellen Vorbemerkung – vgl. die Wiedergabe in Anhang II, Dokumente. – Das „Antifaschistische Kampfprogramm“ stellt zu großen Teilen eine erweiterte und zum Teil umformulierte Wiedergabe des „Proletarischen Kampfprogramms“ der KPO von 1929 dar; völlig neu hinzugekommen sind die Abschnitte IX, XI und XII, ferner die Programm-Einleitung.

[253] Kommunismus und Faschismus im Entscheidungskampf, a. a. O.; Arbeiter hungern, Faschismus droht, Was ist zu tun?, a. a. O.; Keine Arbeit, Weniger Brot, Neue Steuern, Keine Rechte, Berlin, o. J. [1931].

[254] Auf zum Massenkampf! Gegen Notverordnung und Faschismus!, a. a. O.; Vom kapitalistischen Chaos – zur sozialistischen Ordnung!, a. a. O.; Revolutionäre Initiative!, a. a. O.

[255] Revolutionäre Initiative, a. a. O. (Hervorhebungen im Original).

[256] Leitsätze zur innerparteilichen Lage in der KPD.-O., a. a. O. Vgl. auch: Thalheimer, Dringliche Fragen der Arbeiterbewegung, a. a. O., 147 (27. 6.).

[257] Vgl. Kommunismus und Zentrismus, Die Erw. Reichsleitung der KPD.-O. über die Frage der SAPD., GdSt, 1931, 249 ff; Die Stellung der KPD.-O. zur SAPD., Resolution der Erw. Reichsleitung [d. i. die Reichsleitungs-Funktionärs-Tagung vom 17./18.10.1931, an der die RL sowie die Vertreter der „wichtigsten Bezirke“ teilnahmen] der KPD.-O., ibd., 253 ff. Die Stellung der Minderheit zur Frage der SAPD., ibd., 271 f. Ferner: Die Nachgeburt der USP., GdSt, 1931. 237 ff; A. Thalheimer, Die Entscheidung, Zur Reichskonferenz der ausgeschlossenen Sozialdemokraten, Arpo, 1931, 231 (4.10.); ders., Die Sozialistische Arbeiterpartei, ibd., 232 (6.10.); ders., Die grundsätzliche Stellung des Kommunismus zum Zentrismus. Die Entscheidung der KPD-O. über ihr Verhältnis zur Sozialistischen Arbeiter-Partei, ibd., 244 (20.10.); Paul Frölich, Die SAPD und wir, ibd., 241 (16.10.).

[258] Vgl. Drechsler, a. a. O., 180 ff.

[259] Zu den programmatischen Entscheidungen der SAP-Gründungskonferenz vgl. ibd., 105 ff; Drechsler hebt den „manchmal zweideutigen Charakter“ vieler Programmformulierungen hervor, was erhelle, „daß die SAP-Führung in den 4 Jahren seit der Gründung des ‚Klassenkampfes‘ keine einheitliche politische Gesamttheorie zu entwickeln vermochte“. Die staatstheoretischen Meinungen, die das provisorische Aktionsprogramm der SAP formulierte, orientierten sich am Linzer Parteiprogramm der SPÖ; die Einstellung zur UdSSR wurde in der knappen Formulierung ausgedrückt, man

wolle „alles daran setzen, die Sowjetunion gegen Angriffe der kapitalistischen Staaten zu unterstützen“; das Organisationsprinzip der SAP war extrem demokratisch und – auf der Ebene der Demokratiekonzeptionen – das genaue Gegenteil vom kommunistischen Prinzip des „demokratischen Zentralismus“. – Das „Provisorische Aktionsprogramm“ der SAP ist wiedergegeben bei Drechsler, a. a. O., Bd. II, 20 ff.

[260] Die Stellung der KPD.-O. zur SAPD., a. a. O., 254 (Hervorhebungen im Original).

[261] Die Stellung der Minderheit zur Frage der SAPD., a. a. O., 271 f.

[262] Frölich, a. a. O. (Hervorhebungen im Original).

[263] Die Nachgeburt der USP., a. a. O., 239.

[264] Die Stellung der KPD.-O. zur SAPD., a. a. O., 255 (Hervorhebungen im Original). [182]

[265] Die Nachgeburt der USP., a. a. O.

[266] Die Stellung der KPD.-O. zur SAPD., a. a. O. (Hervorhebungen im Original).

[267] Vgl. hierzu: oben, Abschnitt I.1, bes. S. 11.

[268] Vgl. Kommunismus und Zentrismus, a. a. O., 252 f; die gegenteilige Meinung Drechslers (a. a. O., Bd. I, 190), es sei nämlich der Minderheit „unzweifelhaft eine bessere Übereinstimmung ihrer Vorstellungen mit Lenins Theorie“ geglückt, ist zumindest in diesem Punkte unzutreffend; deshalb, weil das wichtigste Beispiel einer von Lenin befürworteten organisatorischen Verbindung zwischen einer ausgeprägt kommunistischen und einer „reformistischen“ Arbeiterpartei, das in diesem Zusammenhang von der KPO-Minderheit gern herangezogen wurde, nämlich die Verbindung der britischen KP mit der Labour Party, angesichts des besonderen Charakters der großen britischen Arbeiterpartei nur ein Modell für die organisatorische Verbindung einer KP mit „reformistischen“ Massenorganisationen, die nicht den Charakter einer kontinental-europäischen Partei haben, also z. B. mit Gewerkschaftsorganisationen, abgeben konnte. Vgl. Kommunismus und Zentrismus, a. a. O., 253.

[269] Die Nachgeburt der USP., a. a. O., 239.

[270] Die Stellung der Minderheit zur Frage der SAPD., a. a. O., 272.

[271] Frölich, a. a. O. (Hervorhebungen im Original).

[272] Kommunismus und Zentrismus, a. a. O., 251.

[273] Vgl. oben, Abschnitt I.3, S. 68 f.

[274] Vgl. oben, Abschnitt II.2.a, S. 159 ff.

[275] Vgl. oben, Abschnitt II.2.a, S. 158 f.

[276] Kommunismus und Zentrismus, a. a. O., 250 f. (Hervorhebungen im Original).

[277] Vgl. oben, Abschnitt II.2.b, bes. S. 167, 178 f.

[278] Vgl. oben, Abschnitt II.2.c, S. 190 f.

[279] Thalheimer, Die Entscheidung, a. a. O.

[280] Frölich, a. a. O.

[281] Vgl. oben, Abschnitt II.2.d, S. 194 ff.

[282] Vgl. oben, Abschnitt I.1.a, S. 117; Walcher, Klärung oder Verwirrung, GdSt, 1931, 289 ff, hier: 289.

[283] Vgl. A. Th.[alheimer], Dunstmacherei, ibd., 292 f, hier: 292.

[284] Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961; GdSt, 1931, 247. – Hans Tittel (Schriftl. Bericht 10.3.1963) erinnert sich an diese Differenzen nicht – was dafür spricht, daß sie nie zentraler Natur gewesen sind.

[285] Vgl. oben, Abschnitt I.1, S. 9.

[286] Vgl. oben, Abschnitt II.2.b, S. 167 f.

[287] Paul Frölich, Das Fest auf dem Trümmerhaufen, Arpo, 1931, 184 (11.8.).

[288] Vgl. oben, Abschnitt I.1, S. 15.

[289] Vgl. oben, Abschnitt I.1, S. 3, 5, 9; Abschnitt I.2, S. 51.

[290] Vgl. hierzu: Flechtheim, a. a. O., 5. Kapitel (185 ff), passim, besonders 209 ff; Bahne, Die Kommunistische Partei Deutschlands, a. a. O., 661 ff. auch: O. Pjatnitzki, Brennende Fragen, Die Arbeit unter den Arbeitslosen, Partei- und Gewerkschaftsarbeit im Betrieb, Die Fluktuation im Mitgliederbestand, Bücherei des Parteiarbeiters Band 2, Hamburg-Berlin, 1931.

[291] Vgl. hierzu: oben, Abschnitt I.1., passim, bes. S. 5 f, 8 f, 23 ff.

[292] Vgl. hierzu: oben, Abschnitt I.1, passim, bes. S. 3, 5 und 9; für Walcher vgl. besonders die Bemerkung Fenner Brockways in Anm. I.1, 16.

[293] Vgl. hierzu oben die Abschnitte II.2, 3 und 4 passim.

[294] GdSt, 1931, 248 (Hervorhebungen im Original).

[295] Der Weg der KPD-Opposition, Arpo, 1931, 140 (19.6.).

[296] Vgl. hierzu im einzelnen: oben, Abschnitt II.3.a, S. 206 ff.

[297] Vgl. Walcher, Klärung oder Verwirrung, a. a. O., 290. [183]

[298] Heinrich Brandler (Mündl. Bericht 27./28.12.1961) weist besonders auf die Bedeutung dieses Faktors für die Zunahme der innerorganisatorischen Konflikte der KPO hin.

[299] Leitsätze zur innerparteilichen Lage in der KPD.-O., a. a. O.

[300] Ibd., Vorbemerkung; Beschluß zur Körperschaftsdisziplin, ibd., 256, Vorbemerkung; hiernach stimmten von 39 Mitgliedern der Erweiterten RL 10 gegen den Beschluß.

[301] Vgl. Walcher, Um was geht es?, GdSt, 1931, 267 f, hier: 267.

[302] Vgl. oben, Abschnitt II.3.a, S. 207.

[303] Der Weg der KPD-Opposition, a. a. O.

[304] Vgl. hierzu: oben, Abschnitt II.2.a, S. 178 f.

[305] Vgl. den anscheinend von Thalheimer verfaßten Aufsatz: Vor der Entscheidung, in GdSt, 1931, 273 f.

[306] So Drechsler, a. a. O., 142,

[307] Vgl. oben, Abschnitt II.2.b, S. 179.

[308] Der RGI-Brief, Arpo, 1931, 146 (26.6.).

[309] Vgl. Walcher, Klärung oder Verwirrung, a. a. O., 291.

[310] Die Stellung der KPD.-O. zur SAPD., a. a. O.

[311] Kommunismus und Zentrismus, a. a. O., 250.

[312] Die Stellung der Minderheit zur Frage der SAPD., a. a. O., 272.

[313] Walcher auf der Reichsleitungs-Funktionärs-Konferenz am 17./18. Oktober 1931, Kommunismus und Zentrismus, a. a. O., 250.

[314] Frölich, Die SAPD und wir, a. a. O. (Hervorhebungen im Original).

[315] Vgl. Thalheimer, Die grundsätzliche Stellung des Kommunismus zum Zentrismus, a. a. O.

[316] Vgl. Walcher, Klärung oder Verwirrung?, a. a. O., 290.

[317] Ibd., 290. A. Th.[alheimer], Dunstmacherei, a. a. O., 293.

[318] Beschluß zur Körperschaftsdisziplin, a. a. O.

[319] Thalheimer, Sophistik und Tatsachen, GdSt, 1931, 281 ff.

[320] Rosi Wolfstein, Grundsätzliches zur Körperschaftsdisziplin, ibd., 279 f, hier: 280 (Hervorhebungen im Original). Vgl. auch: dies., Tatsachen gegen Sophistik, ibd., 294.

[321] Brief der sieben RL-Mitglieder an die RL-Mehrheit, wiedergegeben in: Geschlossenes Handeln! Zum Ausscheiden der Genossen Walcher, Frölich usw. aus der Reichsleitung der KPD.-Opposition, GdSt, 1931, 261 ff.

[322] Geschlossenes Handeln, a. a. O.

[323] Walcher, Klärung oder Verwirrung?, a. a. O. 290 (Hervorhebungen im Original) Rosi Wolfstein, a. a. O.

[324] A. Th.[alheimer], Dunstmacherei, a. a. O., 292.

[325] Brief der sieben RL-Mitglieder, a. a. O.

[326] Geschlossenes Handeln, a. a. O., 262 f (Hervorhebungen im Original).

[327] Ibd., Walcher, a. a. O., 290; Thalheimer, a. a. O., 293.

[328] Geschlossenes Handeln, a. a. O. (Hervorhebungen im Original).

[329] Walcher, Klärung oder Verwirrung, a. a. O.

Abschnitt II.4

[1] Eine detaillierte Darstellung der internationalen „rechten“ KP-Opposition seit dem VI. Weltkongreß der KI würde den thematischen Bereich dieser Arbeit weit überschreiten; sie würde zumindest eine, wenn nicht mehrere besondere Untersuchungen erfordern. An dieser Stelle kann nur eine grobe Skizze derjenigen Entwicklungszüge der außersowjetrussischen „Rechts“-Opposition in der KI, welche für die Entwicklungsgeschichte der deutschen KPO besondere relevant sind, gegeben werden. – Vgl. im übrigen für das folgende die bereits zitierten Arbeiten [184] von Borkenau, Rosenberg (Geschichte des Bolschewismus) und, für die Parallelentwicklung in der KPdSU, Daniels.

[2] Vgl. oben, Abschnitt I.3, bes. S. 77 ff.

[3] Vgl. Rede Ercoli [Togliatti] in: Protokoll VI. Kongreß KI, Band I, 443 ff.

[4] Vgl. Inprekorr, 1929, 94 (4.10); GdSt, 1929, 41, 9; 1930, 303 f.

[5] Vgl. GdSt, 1929, 2, 13.

[6] Vgl. Borkenau, The Communist International, a. a. O., 348.

[7] Vgl. ibd., 347; GdSt, 1929, 28, 9; 39, 8. – Die Wijnkoop-Gruppe unterwarf sich 1930 wieder der KI (GdSt, 1930, 396).

[8] Vgl. Inprekorr, 1929, 82 (27.8.).

[9] Vgl. Die Internationale Lage und die nächsten Aufgaben der Kommunistischen Internationale (Thesen zu den Referaten der Genossen Kuusinen und Manuilski), Abschnitt IV, Protokoll EKKI 1929, 897 ff, hier: 899.

[10] Vgl. Borkenau, a. a. O., 335 f; GdSt, 1929, 13, 1 f.

[11] GdSt, 1929, 13, 1 f; 14, 5; 15, 5 f; 16, 7 f.

[12] Inprekorr, 1929, 25 (15.3.).

[13] Arpo, 1929, 12 (6.4.).

[14] GdSt, 1929, 21, 11; 28, 5.

[15] Inprekorr, 1929, 49 (7.6.).

[16] GdSt, 1929, 15, 5; 27, 16; 28, 5.

[17] Vgl. GdSt, 1930, 5; 460.

[18] GdSt, 1930, 5.

[19] GdSt, 1929, 52, 12; 1930, 5.

[20] Borkenau, a. a. O., 348.

[21] Offener Brief des EKKI. an die Mitglieder der KP. der Vereinigten Staaten, in: Inprekorr, 1929, 45 (24.5.).

[22] Vgl. Inprekorr, 1929, 96 (11.10.).

[23] Borkenau, a. a. O., 348.

[24] Vgl. GdSt, 1929, 37, 11.

[25] GdSt, 1929, 44, 6.

[26] Resolution [des IX. EKKI-Plenums] über die französische Frage, in: Inprekorr, 1928, 26 (10.3.).

[27] Borkenau, Der europäische Kommunismus, a. a. O., 97 f; Inprekorr, 1928, 42 (1.5.).

[28] Vgl. Borkenau, a. a. O., 99.

[29] Vgl. AT, 1930, 30 (26.7.); GdSt, 1929, 35, 7 f.

[30] Inprekorr, 1929, 100 (25.10.).

[31] GdSt, 1929, 32, 9; 35, 7 f; 37, 11; Inprekorr, 1929, 100 (25.10.).

[32] GdSt, 1929, 35, 8; 45, 7.

[33] Resolution des ZK. der KP. Schwedens zur Lage in der KPD., Inprekorr, 1929, 13 (8.2.).

[34] Borkenau, The Communist International, a. a. O., 347. GdSt, 1929, 48, 11 f; 49, 11; So, 9 f; 51, 12; 52, 12.

[35] GdSt, 1929, 48, 11; 50, 10.

[36] Offener Brief des Präsidiums des EKKI. an die Mitglieder der KP. Schwedens, in: Inprekorr, 1929, 89 (17.9.).

[37] Ibd.

[38] GdSt, 1929, 50, 10.

[39] GdSt, 1930, 618.

[40] GdSt, 1929, 51, 12.

[41] Ibd.; Inprekorr, 1929, 110 (26.11.).

[42] Kolarow in: Protokoll V. Kongreß KI, 38.

[43] Vgl. Inprekorr, 1929, 114 (10.12.).

[44] Vgl. GdSt, 1930, 216; INKOPP, 1931, 2/3, 32 ff. [185]

[45] GdSt, 1930, 93 f; 121 f. Inprekorr, 1930, 22 (4.3.).

[46] GdSt, 1930, 415 f.

[47] Willi Schlamm nannte sich später William S. Schlamm. – GdSt, 1929, 24, 10; 43, 16.

[48] Vgl. Inprekorr, 1930, 4 (14.1.); 6 (17.1.); 9 (24.1.); GdSt, 1930, 94 f.

OCR-Texterkennung Max Stirner Archiv Leipzig – 15.05.2022

[49] Vgl. Inprekorr, 1930, 36 (25.4.); GdSt, 1930, 303.

[So] Vgl. oben, Abschnitt I.3, S. 90. – INKOPP, 1931, 1, 30 f.

[51] INKOPP, 1931, 1, 31; Vor dem V. Parteitag der Kommunistischen Partei der Schweiz, in: Inprekorr, 1930, 47 (3.6.).

[52] Die Wendung auf dem Parteitag der KP. der Schweiz, in: Inprekorr, 1930, 54 (27.6.); GdSt, 1930, 572 f; INKOPP, 1930, 4, 25 f.

[53] Vgl. Inprekorr, 1930, 92 (4.11.).

[54] Vgl. GdSt, 1930, 572.

[55] Vgl. Resolution des Politbüro des EKKI. zur schweizerischen Frage, in: Inprekorr, 1930, 86 (14.10.).

[56] Inprekorr, 1930, 109 (19.12.).

[57] INKOPP, 1931, 1, 31.

[58] GdSt, 1931, 6 f.

[59] INKOPP, 1931, 1, 31.

[60] GdSt, 1931, 44.

[61] INKOPP, 1930, 2/3, 1 ff; GdSt, 1930, 204; 235 ff.

[62] GdSt, 1930, 235 ff (Hervorhebungen im Original).

[63] INKOPP, 1930, 2/3, 3.

[64] Ibd.

[65] GdSt, 1930, 201 ff (Sonderbeilage); 216; 257.

[66] GdSt, 1930, 202 (Hervorhebungen im Original).

[67] Ibd., 202 (Hervorhebungen im Original).

[68] Die „Einheitsfront“ des Herrn Brandler, in: Inprekorr, 1930, 39 (6.5.). – (Hervorhebungen im Original); auch abgedruckt in: Kommunistische Internationale, XI, 15/16, Hamburg-Berlin, 1930, 813 ff.

[69] INKOPP, 1931, 1; GdSt, 1930, 735 f; Arpo, 1930, 295 (19.12.); 297 (21.12).

[70] INKOPP, 1931, 4 ff; vgl. auch: Thalheimer, Internationale Vereinigung, in: Arpo, 1930, 297 (21.12.).

[71] Vgl. z. B. die Manifeste „An die Arbeiter aller Länder! An die Ausgebeuteten der ganzen Welt! An alle Mitglieder der Kommunistischen Internationale!“, in: INKOPP, 1931, 2/3, 1 ff. und: „An die Proletarier aller Länder!“, Arpo, 1931, 177 (1.8.). – So kam es verschiedentlich, besonders zwischen Gruppen der deutschen, der tschechoslowakischen und der elsässischen KPO, zu gemeinsamen Aktionen und Kundgebungen. Vgl. z. B. AT, 1930, 30 (26.7.); 1931, 35 (29.8.).

[72] INKOPP, 1931, 4/5, 32 ff; für die Grundgedanken dieses Diskussionsartikels vgl. oben, Abschnitt II.2.b, S. 165 ff. Vgl. auch: GdSt, 1932, 106.

[73] INKOPP, 1931, 2/3, 23 ff, hier besonders: 29 f.

[74] Arpo, 1930, 247 (22.10.); 1931, 68 (21.3.); AT, 1931, 22 (30.5.).

[75] Vgl. AT, 1931, 44 (31.10.).

[76] Vgl. GdSt, 1930, 524 f.

[77] Ibd.; GdSt, 1932, 104 ff; 259 f.

[78] Vgl. GdSt, 1931, 305 f; 1932, 19 f; 174 f.

[79] GdSt, 1932, 175, 186 f. Schriftlicher Bericht Heinrich Brandler 23.11.1962.

[80] GdSt, 1931, 305 f. Die Mehrheits-Gruppe – die eher der deutschen Minderheitsposition entsprach – wurde von Willi Schlamm geführt. [186]

[81] GdSt, 1932, 19 f.

[82] GdSt, 1932, 174 ff.

[83] GdSt, 1932, 175; Schriftl. Bericht Erich Hausen 28.11.1962.

[84] Vgl. hierzu: unten, Abschnitt III.1.c.

Abschnitt II.5

[1] Vgl. hierzu: oben, Abschnitt 1.1, besonders 5. 29 f.

[2] A. Thalheimer, Über den Faschismus, GdSt, 1930, 32 f; 48 f; 66 f. – Der auf den Seiten 66 f abgedruckte IV., den aktuellen Erscheinungsformen des Faschismus gewidmete Teil dieses Abschnitts über den Faschismus ist vollständig – mit Ausnahme einer Überleitungsbemerkung wiedergegeben in Anhang II, Dokumente, S. 55 ff.

[3] Vgl. hierzu oben, Abschnitt II.2.c.

[4] Entwurf des Programms der Kommunistischen Internationale, a. a. O., Abschnitt 2. – In das auf dem VI. Kongreß der KI beschlossene Programm sind, ohne daß damit indes eine Akzeptierung der gesamten Faschismustheorie Thalheimers oder gar eine Anerkennung seiner übrigen politisch-theoretischen Positionen verbunden gewesen wäre, einige seiner Gedanken zu diesem Problem in allerdings recht oberflächlicher Form aufgenommen; spätestens das XI. Plenum des EKKI sollte jedoch zeigen, daß die Führungsgruppe des internationalen Kommunismus – nun vor allem über Manuilski von Stalin gesteuert – zu einer undogmatischen Interpretation der gesellschaftlichen Entwicklung in der Endphase der Weimarer Republik nicht in der Lage oder nicht willens war.

[5] Vgl.: Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, a. a. O.; ders., Die Klassenkämpfe in Frankreich, ibd., 121 ff; auch: ders., Der Bürgerkrieg in Frankreich, ibd., Zweiter Band, 882 ff.

[6] [Anonym], Zwischen Jena und Leipzig, a. a. O.

[7] Ibd., 34; vgl. Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, a. a. O., 274.

[8] Zwischen Jena und Leipzig, a. a. O., 35; vgl. Marx, a. a. O., 277 f.

[9] Zwischen Jena und Leipzig, a. a. O., 35, 37.

[10] Vgl. Marx, a. a. O., 296 ff, bes. 298, 300, 307 ff.

[11] Zwischen Jena und Leipzig, a. a. O., 36 (Hervorhebungen im Original).

[12] Ibd., 37.

[13] Ibd., 37 f; vgl. Marx, a. a. O., 328 f, 375 ff und passim.

[14] Zwischen Jena und Leipzig, a. a. O., 38.

[15] Die Gegenrevolution – Der deutsche Faszismus, in: Kommunistische Partei-Korrespondenz, 2. Jg., Nr. 23, Berlin, 15.12.1922, 272 ff.

[16] Zwischen Jena und Leipzig, a. a. O., 38 f.

[17] Ibd., 39.

[18] Vgl. Marx, a. a. O., Abschnitt IV ff (314 ff).

[19] Vgl. oben, Abschnitt I.1, S. 36 f.

[20] Thalheimer, a. a. O., 49.

[21] Marx, a. a. O., 319 ff (Hervorhebung im Original).

[22] Thalheimer, a. a. O., 32 (Hervorhebungen im Original).

[23] IM., 32 f (Hervorhebungen im Original).

[24] Ibd., 32.

[25] Ibd., 66.

[26] Marx, a. a. O., passim, bes. 347.

[27] Thalheimer, a. a. O., 67 (Hervorhebungen im Original).

[28] Marx, a. a. O., 384.

[29] Vgl. ibd., 357 f.

[30] Ibd., 374 f (Hervorhebungen im Original).

[31] IM., 375.

[32] Thalheimer, a. a. O., 66 (Hervorhebungen im Original).

[33] IM., 66 f. [187]

[34] Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, a. a. O., 897 ff.

[35] Ibd., 921 f.

[36] Thalheimer, a. a. O., 48.

[37] Ibd., 48 (Hervorhebungen im Original).

[38] Ibd., 49.

[39] Vgl. oben, Abschnitt II.2.c, passim und unten, Abschnitt II.7; 9.

[40] Vgl. Faschistische Diktatur über Deutschland, GdSt, 1933, 25 f.

[41] Vgl. Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, a. a. O., 370.

[42] Vgl. Abschnitt II.2.c und II. 7.

[43] Vgl. Bracher, a. a. O., 298 (Anm. 47).

[44] Vgl. Trotzki, Die österreichische Krise, die Sozialdemokratie und der Kommunismus, a. a. O., bes. 11. Zur Kritik Trotzkis vgl.: Noch einmal Trotzki, GdSt, 1932, 77 ff.

[45] Vgl. Otto Bauer, Das Gleichgewicht der Klassenkräfte, in: Der Kampf, 2, Wien, 1924, 57 ff, hier: 64 und passim; vgl. auch: Drechsler, a. a. O., 24 ff.

[46] Vgl., für die „Leninistische Opposition“, Kliem, a. a. O., 35 f; für die SAP: Drechsler, a. a. O., 68 ff, 224 ff.

[47] D. S. Manuilski, Die Kommunistischen Parteien und die Krise des Kapitalismus, Bericht vor dem XI. Plenum des EKKI (26. März–11. April 1931), Hamburg, 1931, hierin: Schlußwort, 102 ff, hier: 122.

Abschnitt II.6

[1] Vgl. oben, Abschnitt II.3.d.

[2] Vgl. Geschlossenes Handeln, a. a. O., 263.

[3] So: Drechsler, a. a. O., 100. – Drechsler, der auch sonst mit derartigen, von ihm kaum begründeten Bewertungen der KPO-Mehrheit operiert, scheint sich a priori die Auffassungen der Minderheit in dieser Streitfrage zu eigen gemacht zu haben, was nicht unbedingt der Genauigkeit der Darstellung der Auseinandersetzung in der KPO zugute kommt. So wird – im Gegensatz zur differenzierten Behandlung des entsprechenden Punktes bei der Minderheitsgruppe – die strategische Auffassung der Mehrheit weitgehend auf die Perspektive der Selbsterhaltung der Gruppe und die besondere Taktik

gegenüber der SAP gleichsam auf den Schlußakt dieser Politik, die Aufhebung der SAP als Partei, reduziert, also nur das Endziel der „Zerstörung“ der SAP hervorgehoben, wobei die vom Standpunkt der KPO-Mehrheit aus als „positiv“ erscheinenden Aspekte der Perspektive sowie die gesamte, der „Zerstörungs“-Politik implizite einheitsfronttaktische Konzeption, welche die Mehrheit mit der Minderheit teilte, nicht erwähnt wird (a. a. O., 187 ff).

[4] Der Weg der KPD-Opposition, a. a. O. (Hervorhebungen im Original).

[5] Walcher, Um was geht es?, a. a. O., 268.

[6] Vgl. Kommunismus und Zentrismus, a. a. O., 250; Geschlossenes Handeln, a. a. O., 264.

[7] Die Stellung der KPD.-O. zur SAPD., a. a. O., 255 (Hervorhebungen im Original).

[8] Vgl. GdSt, 1931, 261.

[9] Zur 4. Reichskonferenz – Rückblick und Ausblick, GdSt, 1931, 297 ff, hier: 301.

[10] Vgl. ibd. und: Nach der IV. Reichskonferenz der KPD.-O., GdSt, 1932, 1 f, hier: 2; Bericht der Mandatsprüfungskommission der 4. RK in: Arpo, 1931, 298 (23.12.); auch: GdSt, 1932, 22.

[11] Referat Thalheimer auf der IV. RK, Arpo, 1931, 297 (22.12.). Referat Walcher, ibd.

[12] Ibd. und Diskussionsbeitrag Br.-Ruhrgebiet, ibd. [188]

[13] Melcher-Dresden nach Diskussionsbeitrag Schneider-Freital, ibd.

[14] Vgl. oben, Abschnitt II.3.c, S. 229 f.

[15] Diskussion der 4. RK zum politischen Referat, Arpo, 1931, 298 (23.12.).

[16] Vgl. Nach der IV. Reichskonferenz der KPD.-O., a. a. O.; vgl. auch: Nach der Entscheidung, Arpo, 1931, 297 (22.12.).

[17] Leitsätze zur politischen Lage, GdSt, 1932, 2 ff, hier: 7 f.

[18] Unsere Stellung zur SAPD., ibd., 9 f, hier: 10.

[19] GdSt, 1932, 2; 9; 10; Schriftl. Bericht Erich Hausen 17.11.1962. Abweichend vom späteren Bericht in GdSt nennt der Arpo-Bericht über die Abstimmungen 17 Gegenstimmen bei der Resolution zur Disziplinfrage: Arpo, 1931, 299 (24.12.). Entschließung zur innerparteilichen Lage, GdSt, 1932, 11. Der Vorschlag eines schwedischen Gastes auf der IV. RK, den Konflikt vor ein Schiedsgericht der IVKO zu bringen, wurde ebenfalls von der Konferenz abgelehnt.

[20] Erklärung der Minderheit, GdSt, 1932, 11 f.

[21] Vgl. z. B. die Nachricht über die Gründungsversammlung der SAP in Ledigenheim, Arpo, 1931, 245 (21.10.); Diskussionsabend mit SAPD-Genossen [in Berlin-Britz], ibd., 238 (13.10.); Schafft die Klassenwehr – Jena im Kampf voran – Überparteiliche Klassenwehr gegründet, ibd., 266 (14.11.); Brandler in Chemnitz – Chemnitzer SAP will mit KPD-O um Tagesforderungen kämpfen, ibd., 258 (5.11.).

[22] Thalheimer, Die grundsätzliche Stellung des Kommunismus zum Zentrismus, a. a. O.

[23] Der Weg zur Einheitsfront, Arpo, 1931, 247 (23.10.) (Hervorhebungen im Original).

[24] Die Einheitsfront der KPO und der SAP, in: SWZ – Die Fackel, 1931, 9 (30.10.); Ein vergeblicher Reinwaschungsversuch, Arpo, 1932, 16 (20.1.). Vgl. auch: Drechsler, a. a. O., 144 f.

[25] Wir und die KPO, in: SWZ – Die Fackel, 1931, 8 (23.10.).

[26] Die Einheitsfront der KPO und der SAP, a. a. O.

[27] Arpo, 1931, 254 (31.10.).

[28] Vgl. Fritz Rück, Ein Schritt vorwärts – zwei Schritte zurück – Reichskonferenz der KPO, in: Sozialistische Arbeiterzeitung, 1931, 41 (19.12.).

OCR-Texterkennung Max Stirner Archiv Leipzig – 15.05.2022

[29] Organisiert die Einheitsfront, Arpo, 1931, 302 (30.12.); Vorwärts im Kampf gegen den Faschismus, ibd., 303 (31.12.); Eine Bresche für die Einheit, ibd., 1932, 8 (10.1.); Rotes Massenaufgebot, Sozialistische Arbeiterzeitung, 1932, 8 (10.1.).

[30] Vgl. Drechsler, a. a. O., 173 f.

[31] Die Verhandlungen der Minderheit mit der SAPD, Arpo, 1932, 13 (16.1.); Erklärung Walchers u. a. vom 18.1.1932, in: Ein vergeblicher Reinwaschungsversuch, a. a. O.

[32] GdSt, 1931, 259.

[33] GdSt, 1932, 12.

[34] Nach: Zur 4. Reichskonferenz – Rückblick und Ausblick, a. a. O., 301. – Es ist nicht auszumachen, ob es sich bei dieser „geheimen Organisation“ um die Fraktion der Minderheit handelte oder um die „Leninistische Organisation“ Loewenheims (vgl. Kliem, a. a. O., bes. 12 ff); hätte die Minderheitsfraktion an einem Übertritt von Funktionären zur SAP allenfalls ein Interesse gehabt, so doch kaum an Geheimverbindungen in anderen Arbeiterorganisationen; umgekehrt war die „Leninistische Organisation“ zwar gerade an solchen verzweigten Verbindungen interessiert, jedoch nicht – wie das Beispiel der Berliner SAJ in ihrem Verhältnis zu SAP demonstrierte (a. a. O., 15 ff) – an Austritten dieser Verbindungsleute aus den entsprechenden Organisationen; schließlich könnte es sich auch um eine sonst nicht bekannte Geheimorganisation der Arbeiterbewegung gehandelt haben. Vgl. auch den Übertrittsfall in VR, 1932, 1 (8.1.). [189]

[35] Vgl. Reinigung – nicht Spaltung!, Zu den selbstprovozierten Ausschlüssen der Wortführer der bisherigen Minderheit, GdSt, 1932, 13 ff, hier: 13.

[36] Die Verhandlungen der Minderheit mit der SAPD, a. a. O.; nach Angaben der Mehrheit waren diese und die weiteren Schritte der Minderheit in einer laufenden Korrespondenz mit Trotzki abgesprochen worden: vgl. GdSt, 1932, 106.

[37] Erklärung Walchers u. a. vom 18.1.1932, a. a. O. (Hervorhebungen im Original).

[38] Die Verhandlungen der Minderheit mit der SAPD, a. a. O.; Reinigung – nicht Spaltung!, a. a. O.; vgl. auch: Ein vergeblicher Reinwaschungsversuch, a. a. O., sowie: Unerschüttert vorwärts, Arpo, 1932, 11 (14.1.).

[39] Erklärung Walchers u. a. vom 18.1.1932, a. a. O.

[40] „J. Thomas (Pseudonym) war Russe und stammte nach zuverlässigen Angaben ehem. KPO-Funktionäre aus dem Apparat der KPdSU (B).“ (Zit. nach Drechsler, a. a. O., Bd. 2, 137, Anm. 168).

[41] Beschluß der Reichsleitung in Sachen Walcher und Genossen, GdSt, 1932, 14 (Hervorhebungen im Original).

[42] Offener Brief an die Mitglieder der KPO., VR, 1932, 6 (12.2.). In den meisten Fällen sind hier die Anhänger der Ausgeschlossenen zahlenmäßig erfaßt; in den Fällen, wo es sich um Namensangaben mit Zusätzen wie „die gesamte Ortsgruppe“ handelt, wurden die Zahlen anhand des geschätzten Mitgliederbestands der Bezirke (vgl. oben, Abschnitt II.1. b, S. 119 ff) in einer zugunsten der Minderheit vorsichtigen Schätzung eingesetzt. Ferner: GdSt, 1932, 12; 20 ff; 32 ff; 44 ff.

[43] Ibd. und: Die Lage in der KPD-O, Arpo, 1932, 26 (6.2.).

[44] Ibd. und Schriftl. Bericht Hans Tittel 12.11.1962; Mündl. Bericht Walter Uhlmann 19.10.1962; Alfred Schmidt 20.10.1962; Schriftl. Bericht Erich Hausen 17.11.1962; Karl Grönsfelder 30.1.1963; GdSt, 1932, 56.

[45] Mündl. Bericht Walter Uhlmann 19.10.1962. Vgl. auch: 3. Reichskonferenz der KJO, Arpo, 1931, 239 (14.10.).

[46] Offener Brief an die Mitglieder der KPO., a. a. O.; auch: Sozialistische Arbeiterzeitung, 1932, 42 (19.2.).

[47] Vgl. GdSt, 1932, 46.

[48] Vgl. Diskussionsbeitrag Heucke auf der IV.RK, Arpo, 1931, 297 (22.12.).

[49] Vgl. Arpo, 1932, 19 (23.1.). Auch: Mündl. Bericht Philipp Pless 22.9. 1962.

[50] Ibd.; GdSt, 1932, 12; 23 f; 45 f. Vgl. Diskussionsbeitrag Galms auf der IV. RK, Arpo, 1931, 297 (22.12.).

[51] Erklärung – An die Mitglieder und Anhänger der Kommunistischen Opposition Bezirk Hessen-Frankfurt a. M., VR, 1932, 5 (5.2.). (Hervorhebungen im Original).

[52] Arpo, 1932, 19 (23.1.).

[53] An den Parteivorstand und die Mitgliedschaft der SAPD, Sozialistische Arbeiterzeitung, 1932, 62 (13.2.) – Vgl. KPO-Minderheit kommt zur SAP, Kampfsignal, 1932, 11 (18.3.); Drechsler, a. a. O., Bd. 1, 194 f.

[54] Jahresversammlung der K.P.D.O. am Sonnabend, den 2. Januar 1932 abends 8 Uhr im Lokale von A. Friedrichs [Geesthacht] sowie Aufruf: Genossinnen und Genossen [SAP Geesthacht, Ende März 1932], Materialien Ziehl. – (Hervorhebungen im Original).

[55] Vgl. Drechsler, a. a. O., 195.

[56] Drechsler kommt auf Grund der Angabe der KPO-Minderheit auf ihrer Reichskonferenz, sie habe 880 Mitglieder vertreten, zu dem Schluß, die KPO habe „mindestens 1.000“ Mitglieder an die SAP verloren; es ist jedoch nicht sehr wahrscheinlich – und findet in den Organisationsbe-[190]richten der KPO zudem keine Stütze – daß sich die ursprüngliche Zahl der Opponenten – ausschließlich Offenbachs und Geesthachts – nach dem Verlauf von weiteren 3–4 Wochen (jene Zahl war nach dem Verlauf der ersten 3 Wochen seit den Ausschlüssen vom 12.1.1932 zu verzeichnen gewesen) noch verdoppelt hat (Drechsler, a. a. O., 194 f). Brandler (versch. mündl. und schriftl. Auskünfte) gibt 800 bis 900 Ausgeschiedene an; die SAP machte die Angabe von „mindestens 1.400“ Mitgliedern (vgl. Drechsler, a. a. O., Bd. II, 142, Anm. 240) – eine Behauptung, die auch auf Grund der Berichte aus den verschiedenen KPO-Bezirken (vgl. Anm. 44) mit hochgradiger Wahrscheinlichkeit sehr übertrieben ist. – Für die Rolle der ehemaligen KPO-Minderheit in der SAP vgl. Drechsler, a. a. O., Bd. I, 196 ff.

Abschnitt II.7

[1] Vgl.: Frölich-Walcher im zentristischen Sumpf, Arpo, 1932, 32 (19.3.). Hier heißt es unter anderem: „Mögen sich die Frölich-Walcher noch so reichlich mit scheinkommunistischem Flitterkram behängen, die Blässe des Anti-Kommunismus ist auf Schritt und Tritt sichtbar, und jeder zum Kommunismus strebende Arbeiter in der SAP kann vor diesen Ex-Kommunisten nur eindringlichst gewarnt werden“.

[2] Reinigung – nicht Spaltung!, a. a. O.

[3] Einige Funktionäre der IHV traten mit zur SAP über, unter anderem Fritz Altwein (Schriftl. Bericht Fritz Altwein 26.1.1963); im KJVO verlagerte sich – unabhängig von der SAP-Krise – das regionale Schwergewicht der Organisation auf den Stuttgarter Raum, so daß das Organ „Junge Kämpfer“ im Jahre 1932 in Stuttgart erschien (Mündl. Bericht Walter Uhlmann 19.10.1962; Schriftl. Bericht Ludwig Becker 9.1.1963; Reichsfunktionär-Konferenz der Kommunistischen Jugend-Opposition, GdSt, 1932, 141 f).

[4] Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28.12.1961. Einer Arpo-Meldung zufolge wurden seit der IV. RK (bis Juni 1932) insgesamt 402 Neuaufnahmen in die KPO vollzogen [Arpo, 1932, 45 (18.6.)].

[5] GdSt, 1932, 1; Organisations-Statut der KPD (O)., Beschlossen von der 5. Reichskonferenz der KPD(O)., GdSt, 1933, 11 f, bes. § 3.

[6] Vgl. GdSt, 1932, 154. Lediglich von Seiten Eduard Fuchs’ scheinen der KPO 1932 noch materielle Mittel zugekommen zu sein: vgl. Arpo, 1932, 15 (19.1.) (Bausteinverlosung).

[7] GdSt, 1932, 32.

[8] Vgl. GdSt, 1932, 154; 164; ferner: oben, Abschnitt II.1.c, S. 132.

[9] Vgl. hierzu besonders die Analysen der Wahlergebnisse, die die SAP erzielte, bei Drechsler, a. a. O., 264 ff.

[10] Die politische Lage und die Aufgaben der KPD (O)., Resolution, angenommen von der 5. Reichskonferenz, GdSt, 1933, 3 ff, hier: 4. Vgl. auch:

Ein halbes Jahr SAPD., GdSt, 1932, 72; Der Parteitag der SAPD., GdSt, 1932, 86 f; Zum Parteitag der SAP, Arpo, 1932, 33 (26.3.).

[11] Thalheimer, Was ist die Kommunistische Partei, GdSt, 1932, 39 ff; 50 ff; 66 ff; 76 f.

[12] 15 Jahre Oktober-Revolution, GdSt, 1932, 265 ff, hier: 266.

[13] Ibd.

[14] Ibd., 267. Vgl. auch: Leitsätze über die aktuellen Probleme des sozialistischen Aufbaues in der Sowjet-Union (Angenommen von der V. Reichskonferenz der KPD.-O.), GdSt, 1933, 20 ff.

[15] Ibd.

[16] GdSt, 1932, 26; 30 f; vgl. oben, Abschnitt II.3.a. Vgl. ferner: Aktuelle Streitfragen – II. Die KPD-Führung gegen den „Brandlerismus“, Arpo, 1932, 14 (17.1.) sowie Anm. II.3, 18. [191]

[17] Vgl. Das Plenum der beschleunigten Vorbereitung zu Kämpfen um die Macht, um die Diktatur des Proletariats – (Zu den Ergebnissen des XII. EKKI-Plenums) sowie Diskussionsrede Knorin, Das Anwachsen des revolutionären Aufschwungs und die Aufgaben der KPD., in: Die Kommunistische Internationale, XIII, 15/16, Hamburg-Berlin, 1932, 1074 ff, hier: 1075 f, und 1185 ff, hier: 1199 f (Hervorhebungen im Original); in der Rede von Knorin heißt es (1198): „Es wäre falsch zu glauben, der wichtigste Prozeß, der gegenwärtig in Deutschland vor sich geht, sei das Wachstum des Faschismus“.

[18] Vgl. Bahne, a. a. O., 670; aus der Rede Pjatnitzkis auf dem XII. EKKI-Plenum geht hervor, daß die Erklärung des ZK der KPD vom 26.4.1932, welche die Bereitschaft der Partei erklärte, „mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind, ... zu kämpfen“, auf die Initiative der KI-Führung zurückging, zudem, daß die Erklärung vom ZK der KPD bis nach den Preußen-Wahlen von der Veröffentlichung zurückgehalten wurde (O. Pjatnitzki, Die Arbeit der Kommunistischen Parteien Frankreichs und Deutschlands und die Aufgaben der Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung, in: Die Kommunistische Internationale, a. a. O., 1164 ff, hier: 1179 f); vgl. auch: Das vierte Jahr des ultralinken Kurses, GdSt, 1932, 312 ff.

[19] Ibd., 313.

[20] Der Bankrott der ultralinken Auffassungen von der Krise des Kapitalismus, GdSt, 1932, 109 ff, hier: 111.

[21] Die ultralinke Politik und der Faschismus, GdSt, 1932, 124 ff, hier: 124, 127.

[22] Die Ergebnisse der ultralinken Taktik, GdSt, 1932, 135 ff, hier: 135, 138.

[23] Der ultralinke Kurs und die Gewerkschaften, GdSt, 1932, 156 ff, hier: 158. Vgl. auch: Nichts wesentliches geändert. Das XII. Ekki-Plenum zur Gewerkschaftsfrage, GdSt, 1932, 281 f.

[24] Die Bilanz des ultralinken Kurses und die Kommunistische Opposition, GdSt, 1932, 170 ff, hier: 171.

[25] Die politische Lage und die Aufgaben der KPD (O)., a. a. O., hier: 4. Vgl auch: Die Politik der KPD.-Führung und die Aufgaben der KPD. (O), GdSt, 1932, 284 f und 306 ff, hier: 285, Das vierte Jahr des ultralinken Kurses, a. a. O.

[26] GdSt, 1932, 199 f; 211 f.

[27] Vgl. Bahne, a. a. O., 664, 678 ff; Eine Politik, die sich im Kreise dreht, a. a. O., 199.

[28] Vgl. Bahne, a. a. O., 670 f; Drechsler, a. a. O., 259 f; Eine Politik, die sich im Kreise dreht, a. a. O.; zur Begründung der Wendung vgl. Thälmann Die neue Etappe der Bolschewisierung der KPD.,

in: Die Internationale, Jg. 15, Berlin, 1932, Heft 7/8, 309 ff; sie deutete sich in dem vorangegangenen Aufsatz Thälmanns (Zu unserer Strategie und Taktik im Kampf gegen den Faschismus, ibd., Heft 6, 261 ff, bes. 281 ff) schon an. – (Die KPD (Thälmann) hatte bei den Reichspräsidentenwahlen im 1. Wahlgang (13.3.1932) 4,98 Millionen Stimmen, im 2. Wahlgang (10.4.) 3,71 Millionen Stimmen, das sind 13,2 bzw. 10,2 % der gültigen Stimmen erhalten; dagegen bei den Reichstagswahlen vom 31.7.1932 5,28 Millionen oder 14,3 % der gültigen Stimmen.

[29] Vgl. Bahne, a. a. O., 671 ff; Eine Politik, die sich im Kreise dreht, a. a. O., 200, 211. [192]

[30] Vgl. Bahne, a. a. O., 670; Drechsler, a. a. O., 260; Eine Politik, die sich im Kreise dreht, a. a. O., 199, 212. – Im Verlauf dieser Agitation wurde auch die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung von der KPD wieder propagiert; vgl. Manifest der Antifaschistischen Aktion, beschlossen vom Berlin-Brandenburger Einheitskongreß gegen den Faschismus, in: Die Rote Fahne, Jg. 1932, Nr. 153, 12.7.

[31] Vgl. hierzu auch: Stückwerk, GdSt, 1932, 122 ff. – Bis zu einem gewissen Grade wurden die von der KPO kritisierten „ultralinken“ Fehler der KPD-Politik nach dem II. Weltkriege von der SED zugegeben; vgl. z. B. Wilhelm Pieck, Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands – 30 Jahre Kampf, Berlin, 1949, 23 ff, bes. 25 ff; Walter Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – Aus Reden und Aufsätzen, Bd. I: 1918–1933, Berlin, 1958, Anmerkungen des Verfassers: 455, 502 u. a.

[32] Das vierte Jahr des ultralinken Kurses, a. a. O., 314.

[33] Stückwerk, a. a. O., 122 (Hervorhebungen im Original). Vgl. auch die Hinweise und Berichte in GdSt, 1932, 82; 153.

[34] Das vierte Jahr des ultralinken Kurses, a. a. O., 314.

[35] Die politische Lage und die Aufgaben der KPD(O)., a. a. O., 5.

[36] Vgl. oben, Abschnitt II. 5, Ideologiekritischer Exkurs II.

[37] Die Präsidentenwahl, GdSt, 1932, 47 f, hier: 47. Vgl. auch: Die Präsidentenwahlen, Arpo, 1932, 7 (9.1.). – Für den objektiven Verlauf der hier von der KPO-Führung, besonders von Thalheimer, interpretierten Endphase der Weimarer Republik sei generell verwiesen auf: Bracher, a. a. O., Kapitel V–XI; eine detaillierte Darstellung und Kritik der Thalheimerschen Interpretation, ihre Konfrontation mit der objektiven Entwicklung, kann hier nicht gegeben werden. Die Darstellung und kritische Sichtung des Kommentarmaterials der KPO-Presse würde schon dem Umfange nach den Rahmen einer besonderen Arbeit füllen.

[38] Wie stehen die Fronten?, GdSt, 1932, 59 f, hier: 60 (Hervorhebungen im Original).

[39] Ibd. und: Zwischenspiel in Preußen und im Reich, GdSt, 1932, 107 ff.

[40] Ibd., 108. Diese Entwicklung war schon seit den Hessenwahlen vom November 1931 durchaus zu erkennen; vgl. den Kommentar in: Arpo, 1931, 270 (20.11.).

[41] Vorbereitung des Staatsstreichs, GdSt, 1932, 131 (Hervorhebungen im Original).

[42] Die Lehren des 20. Juli, GdSt, 1932, 179 f, hier: 179 (Hervorhebungen im Original).

[43] Der 13. August – und nachher, GdSt, 1932, 203 ff, hier: 203 (Hervorhebung im Original). Vgl. auch: Der 20. und der 31. Juli, Arpo, 1932, 51 (30.7.).

[44] Ibd.

[45] Staatsstreichwahlen, Faschismus und der revolutionäre Ausweg, Herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition), Berlin, o. J. [1932], 14.

[46] Der 13. August – und nachher, a. a. O., 203 ff (Hervorhebungen im Original).

[47] Woraus es jetzt ankommt, GdSt, 1932, 251 f, hier: 251. Vgl. auch: 9. November, 1918–1932, GdSt, 1932, 263 ff.

[48] Nach den Wahlen des 6. November, GdSt, 1932, 275 ff.

[49] Vor dem 4. Krisenwinter, GdSt, 1932, 299 ff, hier: 299 f. (Hervorhebungen im Original).

[50] Von Brüning bis Schleicher, GdSt, 1932, 314 f und 1933, 12, hier: 1933, 12. [193]

[51] Die politische Lage und die Aufgaben der KPD(O)., a. a. O., 3 f.

[52] Die Pflicht der KPD.-Mitglieder, GdSt, 1932, 71 f, hier: 72.

[53] Thalheimer, Um was geht es?, a. a. O., 31.

[54] Stückwerk, a. a. O., 124.

[55] Faschistischer Terror und Einheitsfront, GdSt, 1932, 155 f, hier: 156.

[56] Zur 5. Reichskonferenz der KPD-O., GdSt, 1932, 311 f, hier: 312.

[57] Ibd.

Abschnitt II.8

[1] Der Weg zur Einheitsfront [Aufruf der RL der KPO vom 1.1.1932], Arpo, 1932, 1 (1.1.).

[2] Sicherung der Parteilinie gegen die Bildung des Opportunismus, in: Die Rote Fahne, 1932, Nr. 3, 5.1. (Hervorhebung im Original).

[3] Thälmann, Der revolutionäre Ausweg und die KPD. Rede auf der Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands am 19. Februar 1932 in Berlin, Herausgegeben von der KPD. Berlin, o. J. [1932], 74 (Hervorhebungen im Original). Vgl. auch: O. Pjatnitzki, Die Bolschewisierung der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder durch Überwindung der sozialdemokratischen Traditionen, Bücherei des Parteiarbeiters Band 6, Hamburg-Berlin, 1932.

[4] So schon eine Meldung von Ende Januar 1932, in der von „*einige[n] 20 Übertritte[n], meistens von der KPD*“ die Rede ist: GdSt, 1932, 32 (Hervorhebungen im Original).

[5] Vgl. z. B. GdSt, 1932, 118; 153; 200. Schon im April 1932 heißt es in GdSt (1932, 102): „Im Gefolge der Wahlniederlage der Partei bei der Reichspräsidentenwahl hat bereits eine gewisse Diskussion zwischen unserer Gruppe und Parteimitgliedern eingesetzt“.

[6] So: für Halle-Merseburg, GdSt, 1932, 260.

[7] Zur 5. Reichskonferenz der KPD-O., a. a. O., 312.

[8] Vgl. GdSt, 1932, 166; 213.

[9] So: GdSt, 1932, 286, in der Berichterstattung über einen öffentlichen Vortrag Thalheimers.

[10] Sicherung der Parteilinie gegen die Bildung des Opportunismus, a. a. O.

[11] GdSt, 1932, 188.

[12] Ibd.

[13] GdSt, 1932, 297.

[14] GdSt, 1932, 152 (Württemberg).

[15] Brief des Berlin-Brandenburger BL-Sekretärs Ulbricht an Felix Ziege, Berlin, vom 4. Juli 1932, GdSt, 1932, 189; vgl. auch das Antwortschreiben des Empfängers, ibd., 190.

[16] Vgl. oben, Abschnitt II.3.c, S. 237 f.

[17] Gegen Hindenburg und Hitler – Für außerparlamentarische Klassenaktion, Arpo, 1932, 28 (20.2.).

[18] Die SAP verhielt sich ebenso (vgl. Drechsler, a. a. O., 176 ff).

[19] Die Lehren des 13. März – An die Mitglieder der KPDI, Arpo, 1932, 32 (19.3.).

[20] Durch die Einheit der Kommunisten zur Einheitsfront und zum Sieg der Arbeiterklasse, Arpo, 1932, 40 (14.5.) – (Hervorhebungen im Original).

[21] Vgl. Ein Vorschlag der KPD-O an das ZK der KPD, sowie: Bereit zur Zusammenarbeit, in: Arpo, 1932, 46 (25.6.).

[22] Zum Sozialistischen Jugendverband – SJV – vgl. Drechsler, a. a. O., 156 ff.

[23] Schriftl. Bericht Erich Hausen 17.11.1962.

[24] Arpo, 1932, 44 (11.6.).

[25] Vgl. Genosse Ehrmann ermordet!, IX, III. Jg., Nr. 3, 16. – Vgl. auch den Übertrittsfall in Köln, GdSt, 1932, 106. [194]

[26] Jenaer SAP-Funktionäre treten zur KPD-O über, Arpo, 1932, 44 (11.6.). Diese Funktionäre waren nahezu die einzigen aus der kommunistisch eingestellten Gruppe um Fritz Rück in der SAP, welche sich der KPO anschlossen; vgl. hierzu: Drechsler, a. a. O., 284 ff, bes. 288.

[27] In dem in Anm. 26 zitierten Arpo-Aufsatz wurde eine umfangreiche Übertrittserklärung abgedruckt, in der an „unsere ehemaligen Parteigenossen“ appelliert wurde, den gleichen Schritt zu tun.

[28] Arpo, 1932, 15 (19.1.) und 17 (21.1.). Vgl. auch: GdSt, 1932, 153.

[29] Vgl. Arpo, 1932, 47 (2.7.). Vgl. auch den Bericht über die gemeinsame Stuttgarter Kundgebung am 18.2.1932, auf der Erich Hausen und Fritz Rück (für die SAP) sprachen, in: AT, 1932, 8 (20.2.).

[30] Vgl. GdSt, 1932, 94; 154; am Geraer Komitee waren auch KPD-Vertreter beteiligt.

[31] Vgl. Drechsler, a. a. O., 230 f.

[32] Versammlungsanzeiger Arpo, 1932, 28 (20.2.).

[33] Vgl. Drechsler, a. a. O., 228 ff, bes. 230 f.

[34] Vgl. GdSt, 1932, 152 f; 200.

[35] Zum Gründungsparteitag der SAP. – An die Mitglieder der SAPD. An die Delegierten zum Gründungsparteitag der SAPD.!, GdSt, 1932, 61 ff. hier: 63 (Hervorhebungen im Original); auch: Die SAPD. – Arbeiter am Scheidewege, An die Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei!, GdSt, 1933, 18 ff.

[36] GdSt, 1932, 236 f; 248 f; 262; 273; 301 ff. – In Thüringen kandidierten KPO-Mitglieder bei der Kommunalwahl in weniger Orten als bei der Landtagswahl; die Gruppe schnitt relativ etwas besser als 1929 ab.

[37] Vgl. GdSt, 1932, 152; AT, 1932, 38 (17.9.). Vgl. auch: GdSt, 1932, 188.

[38] GdSt, 1932, 56; AT, 1932, 7 (13.2.). 39 GdSt, 1932, 188.

[40] GdSt, 1932, 218 ff.

[41] GdSt, 1932, 188 (Hervorhebungen im Original).

[42] GdSt, 1932, 120.

[43] Vgl. ibd.; GdSt, 1932, 179; 193 f; 244 f.

[44] Thalheimer, Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?, a. a. O.

[45] Im Rahmen der Kritik an der KPD brachte die Schrift eine ausführliche Darstellung und Analyse der einheitsfronttaktischen Erfahrungen dieser Partei unter der Brandler-Thalheimer-Führung seit 1921 (22 ff).

[46] Ibd., 21.

[47] Die Initiative der KPD-O. Ein Schreiben an die Leitungen aller Arbeiterorganisationen zur Vorbereitung zentralisierter Aktionen; ferner: Appell an die Mitglieder aller Arbeiterorganisationen [vom 10.6.1932], in: Arpo, 1932, 44 (11.6.).

[48] Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der KPD-O, Arpo, 1932, 36 (16.4.); vgl. auch: Brot, Arbeit, Frieden!, GdSt, 1932, 95 f.

[49] Vgl. Drechsler, a. a. O., 255 f.

[50] Nach dem Bericht des „Vorwärts“, zit. in: AT, 1932, 25 (18.6.).

[51] Vgl. GdSt, 1932, 154; 184 ff; 249 f.

[52] GdSt, 1932, 249 f.

[53] GdSt, 1932, 152.

[54] So auch: Drechsler, a. a. O., 257.

[55] GdSt, 1932, 166 (Erzgebirge-Vogtland).

[56] GdSt, 1932, 238 (Schönau im Bez. Erzgebirge-Vogtland).

[57] GdSt, 1932, 296 (Nordbayern).

[58] Vgl. hierzu besonders: Zentralisierte Gegenwehr, GdSt, 1932, 180 f, hier: 180.

[59] Ibd. und: Zur Gewerkschaftsfrage (Resolution, angenommen von der 5. Reichskonferenz), GdSt, 1933, 7 ff.

[60] Die politische Lage und die Aufgaben der KPD(O)., a. a. O., 4. [195]

Abschnitt II.9

[1] Vgl. Bracher, a. a. O., 689 ff.

[2] Arpo und AT, 1933, 1 (7.1.) (Hervorhebungen im Original).

[3] Arpo und AT, 1933, 2 (14.1.) (Hervorhebungen im Original).

[4] Arpo und AT, 1933, 3 (21.1.) (Hervorhebungen im Original).

[5] Vgl. hierzu: Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Matthias, Erich und Rudolf Morsey (Hrg.), Das Ende der Parteien 1933, a. a. O., 99 ff, hier: 155 f.

[6] Arpo und AT, 1933, 4 (28.1.) (Hervorhebungen im Original).

[7] Vgl. Bahne, a. a. O., 685.

[8] Matthias, a. a. O., 154 ff, bes. 155.

[9] Arpo und AT, 1933, 4 (28.1.) (Hervorhebungen im Original).

[10] Arpo und AT, 1933, 5 (4.2.) (Hervorhebungen im Original).

[11] Ibd.

[12] Appell an alle Mitglieder der KPD (O), Arpo und AT, 1933, 1 (7.1.). – Vgl. Bericht über die BK Württemberg in AT, 1953, 5 (4.2.) sowie über die BK Schlesien, GdSt, 1933, 44.

[13] Über die illegale Tätigkeit der KPO (Brandler-Thalheimer-Gruppe), Widerstandsarchiv IWP 034. Rundschreiben Nr. 5 der Reichsleitung der KPO, zit. nach: AT, 1933, 6 (11.2.) (Hervorhebungen im Original); ein Hinweis auf das Flugblatt findet sich auch ibd., in der Berichterstattung über Thüringen.

[14] Vgl. GdSt, 1933, 31; 32; 43.

[15] Vgl. GdSt, 1933, 30 f; 42; AT, 1933, 5 (4.2.).

[16] Daß das in der Zeitungsmeldung ausgelassene Wort „Generalstreik“ lautete, ergibt sich aus einer Nachricht in der Arpo [1933, 5 (4.2.)] über diese Resolution (welche in der Kopfblattausgabe AT des drohenden Zeitungsverbotes wegen ebenfalls unkenntlich gemacht wurde): das Stuttgarter Flugblatt habe aufgerufen „zur Vorbereitung politischer Massenaktionen – wie seinerzeit gegen Kapp und Cuno“.

[17] AT, 1933, 5 (4.2.) (Hervorhebungen im Original).

[18] Vgl. hierzu die Berichterstattung in den beiden letzten legalen Ausgaben von GdSt, 1933, 30 ff und 41 ff sowie in Arpo und AT, 1933, 5 (4.2.); 6 (11.2.) und 7 (18.2.).

[19] GdSt, 1933, 43.

[20] GdSt, 1933, 42.

[21] GdSt, 1933, 43.

[22] Ibd. und AT, 1933, 7 (18.2.).

[23] Vgl. die ausweichenden Antworten auf den oben zitierten KPO-Brief, die teilweise erst später als eine Woche nach dem 30.1. einliefen, in AT, 1933, 6 (11.2.); sowie Schriftl. Bericht Erich Hausen 28.11.1962.

[24] Arpo und AT, 1933, 6 (11.2.) (Hervorhebungen im Original).

[25] GdSt, 1933, 44.

[26] Faschistische Diktatur über Deutschland, GdSt, 1933, 25 f, hier: 25.

[27] Vgl. Matthias, a. a. O., 162, bes. 168 ff. Edinger, a. a. O., 18.

[28] GdSt, 1933, 37.

[29] Entwurf [illegale KPO Stuttgart], Widerstandsarchiv IWP 034.

[30] Ergänzung zu dem Fragebogen des Karl Grö.[nsfelder], a. a. O,

[31] Über die illegale Tätigkeit der KPO (Brandler-Thalheimer-Gruppe), a. a. O.

[32] KPO (Brandler-Gruppe) in Leipzig, Widerstandsarchiv IWP 034.

[33] Brief Heinrich Brandlers an W. Abendroth 2.12.1955, Widerstandsarchiv IWP 034.

[34] AT, 1933, 5 (4.2.).

[35] Vgl. Mündl. Bericht Rudolf Zollmann 21.10.1962. [196]

[36] Nach: Schriftl. Bericht Heinrich Brandler 11.5.1962 „am Tage des Reichstagsbrands“.

[37] Schriftl. Bericht Erich Hausen 28.11.1962, hier irrtümlich statt „Strasbourg“ „Stuttgart“. Brief Heinrich Brandler an W. Abendroth, a. a. O.

[38] Mündl. Bericht Walter Uhlmann 19.10.1962; Schriftl. Bericht Erich Hausen 28.11.1962; Schriftl. Bericht Hans Tittel 12.11.1962, auf den die Mitteilung über die Mitgliedschaft Müllers zu dieser Zeit – welche sonst nicht bestätigt ist – zurückgeht. In dem Bericht „über die illegale Tätigkeit der KPO (Brandler-Thalheimer-Gruppe)“ a. a. O., der von einem Familienangehörigen eines BK-Mitglieds verfaßt ist und eine genauere Information über die zentrale Inlandsarbeit bis 1937 enthält, heißt es aber, daß dem BK zunächst „3 bzw. 4 Mitglieder“ angehörten, was eine zeitweilige Mitgliedschaft des sonst für diese Zeit nicht genannten Werner Müller nicht unwahrscheinlich macht.

[39] Ibd.

Abschnitt III (Einleitung)

[1] Für die beiden Abschnitte dieser Schlußphase der KPO-Entwicklung – NS-Zeit und Nachkriegszeit – ist die Quellenlage nicht allzu ungünstig; Material über die Widerstandszeit findet sich vor allem im IISG und im IWP. Doch erfordert die detaillierte Darstellung dieser Entwicklungsphase nicht zuletzt wegen der jeweils von der Weimarer Republik verschiedenen politisch-gesellschaftlichen Umstände, unter denen die KPO in ihrer Schlußphase wirkte, umfangreiche besondere Vorarbeiten, welche den Rahmen dieser Arbeit sprengen würden.

Abschnitt III.1

[1] Brief Heinrich Brandlers an W. Abendroth, a. a. O.; GdSt, 1934, 2, 21.

[2] Vgl. Schriftl. Bericht Erich Hausen 28.11.1962.

[3] So Alwin Heucke, über einige Zwischenstationen, nach Südamerika oder Alfred Futran (Berlin) nach zweijähriger Zwischenstation in Paris nach Südafrika. Auch nach Dänemark emigrierten einige Funktionäre.

[4] GdSt, 1933, 5, 2 ff, bes. 6 ff.

[5] Ibd., 8 (Hervorhebungen im Original).

[6] GdSt. 1933, 6, 24 (Hervorhebung im Original).

[7] Im Bericht über die Auslandskonferenz der KPO von 1934 heißt es: „Im Gegensatz zur Partei hatte die Gruppe fast keine Überläufer und gegen Spitzel und Provokateure besteht eine absolute Dichtigkeit in ihren Reihen“ (GdSt, 1934, 2, 20).

[8] Vgl. hierzu: Drechsler, a. a. O., 330.

[9] Vgl. ibd., 330 ff.

[10] Vgl. KPO (Brandler-Gruppe) in Leipzig, a. a. O.; [Bericht Widerstand KPO Hamburg), Widerstandsarchiv IWP 034; Entwurf [Illegale KPO Stuttgart] a. a. O. und Bemerkungen des Genossen W. R. zu dem Bericht der Gruppe Stuttgart, Widerstandsarchiv IWP 034; Ergänzungen zu dem Fragebogen des Karl Grö.[nsfelder] a. a. O. und Fragebogen [KPO] Nürnberg, Widerstandsarchiv IWP 034; GdSt, 1934, 2, 21.

[11] Edinger, a. a. O., 53.

[12] Vgl. Bahne, a. a. O., 699 ff.

[13] GdSt, 1934, 2, 20 f.

[14] Entwurf [Illegale KPO Stuttgart], a. a. O. [197]

[15] Titel: „Einheit“; diese hauptsächlich von Philipp Pless redigierte periodische Schrift gab der aus KPO- und SPD- oder SAP-Arbeitern zusammengesetzten Frankfurter Gruppe, welche offenbar neben einer „offiziellen“ zweiten KPO-Gruppe arbeitete, den Namen (Vgl. Pless, [Schriftl. Bericht über Widerstandstätigkeit gegen das NS-Regime in Frankfurt vom 14.9.1962], Untituliert im Stadtarchiv Frankfurt-M.; ferner: Bericht über die illegale Arbeit der K.P.O. im Bezirk Hessen-Frankfurt/M., Widerstandsarchiv IWP 034).

[16] Mündl. Bericht Paul Hempel 19.10.1962; KPO (Brandler-Gruppe) in Leipzig, a. a. O.

[17] [Bericht Widerstand KPO Hamburg], a. a. O.

[18] KPO (Brandler-Gruppe) in Leipzig, a. a. O.

[19] Über die illegale Tätigkeit der KPO (Brandler-Thalheimer-Gruppe), a. a. O.

[20] Vgl. hierzu: Edinger, a. a. O., 45 f. – Vgl. als Beispiele von Seiten der KPO: Die kommende Generation klagt an!, Nachlaß Heucke, Mappe 1; Po-ho, Beste Hilfe gegen Erkältung, Widerstandsarchiv IISG Mappe 433.

[21] Vgl. hierfür vor allem das illegale „Informationsmaterial der IHV“, hiervon Exemplare im Widerstandsarchiv IISG, Mappe 691.

[22] Zur Begründung dieses Programms vgl. besonders: Die Rolle der illegalen Kaderorganisation [Material des AK], Widerstandsarchiv IISG, Mappe 433.

[23] Über die illegale Tätigkeit der KPO (Brandler-Thalheimer-Gruppe), a. a. O.; GdSt, 1935, 2, 9 ff; IK, I. Jg., Nr. 4, 14 f.

[24] Mündl. Bericht Walter Uhlmann 19.10.1962.

[25] Ibd. und GdSt, 1935, 2, 14.

[26] Über die illegale Tätigkeit der KPO (Brandler-Thalheimer-Gruppe), a. a. O..

[27] GdSt, 1935, 2, 14 f; vgl. auch die (hinsichtlich der Todesmeldung auf einem Irrtum beruhenden) Angaben zu Hans B[r]echenmacher in: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in London (Hrg.), Weißbuch der deutschen Opposition gegen die Hitlerdiktatur. Als Manuskript vervielfältigt, London, o. J. [1946], 76.

[28] Vgl. GdSt, 1935, 1, 15.

[29] Über die illegale Tätigkeit der KPO (Brandler-Thalheimer-Gruppe), a. a. O.

[30] Schriftl. Bericht Erich Hausen 28.11.1962.

[31] Über die illegale Tätigkeit der KPO (Brandler-Thalheimer-Gruppe), a. a. O.

[32] Vgl. Schriftl. Bericht Erich Hausen 28.11.1962; Brief Erich Hausens vom 28.11.1962 an den Verfasser.

[33] Mündl. Bericht W. Uhlmann 19.10.1962; Schriftl. Bericht Hans Tittel 12.11 .1962.

[34] Handbuch des Landtages Sachsen-Anhalt, a. a. O.; aber die illegale Tätigkeit der KPO (Brandler-Thalheimer-Gruppe) a. a. O.; Mündl. Bericht Walter Uhlmann 19.10.1962. Unzutreffende Angabe über Verhaftungstermin: Wer ist Wer?, XI. Ausgabe von Degeners Wer ist’s?, a. a. O.; vgl. nämlich: Abschrift Urteil Hanseatisches OLG St. O. 128/34/74 vom 17.9.1934, Widerstandsarchiv IWP 034. (Hier Siewert fälschlich mit „v“ geschrieben).

[35] Vgl. Handbuch des Landtages Sachsen-Anhalt, a. a. O.; Wer ist Wer?, a. a. O.; Mündl. Bericht Fanny Kaden 27.10.1962.

[36] Mündl. Bericht Walter Uhlmann 19.10.1962.

[37] Ibd. – Abweichende, aber vermutlich auf einem Gedächtnisfehler beruhende Angaben bei Tittel (Schriftl. Bericht 12.11.1962).

[38] Ibd.

[39] Vgl. Mündl. Bericht Paul Hempel 19.10.1962; KPO (Brandler-Gruppe) in Leipzig, a. a. O. [198]

[40] Untitulierter Bericht über die eigene Widerstandstätigkeit in: Materialien Alfred Schmidt, Frankfurt. Schriftl. Bericht Alfred Schmidt 20.10.1962.

[41] [Bericht Widerstand KPO Hamburg], a. a. O. Abschrift Urteil Hanseatisches OLG St. O. 128/34/74/, a. a. O.

[42] Über die illegale Tätigkeit der KPO (Brandler-Thalheimer-Gruppe), a. a. O.

[43] Vgl. die in Anm. 39–42 angegebenen Quellen sowie: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in London, a. a. O., 76 f.

[44] Entwurf [Illegale KPO Stuttgart], a. a. O.

[45] Mündl. Bericht Walter Uhlmann 19.10.1962. Mündl. Bericht Heinz Krause 27.10.1962.

[46] Über die illegale Tätigkeit der KPO (Brandler-Thalheimer-Gruppe), a. a. O.

[47] Mündl. Bericht Heinz Krause 27.10.1962; Bericht über die illegale Arbeit der K.P.O. im Bezirk Hessen-Frankfurt/M., a. a. O.

[48] IK, II. Jg., Nr. 4, 16; Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in London, a. a. O., 77 (Gesamtstrafe hiernach 83 Jahre Zuchthaus).

[49] Über die illegale Tätigkeit der KPO (Brandler-Thalheimer-Gruppe), a. a. O. – Die neuen BK-Mitglieder sind zum Teil bekannt, doch werden Namen auf Wunsch der Betreffenden nicht mitgeteilt.

[50] Brief Heinrich Brandlers an W. Abendroth, a. a. O.

[51] KPO (Brandler-Gruppe) in Leipzig, a. a. O.; Schriftl. Bericht Alfred Schmidt 20.10.1962; vgl. Günther Weisenborn, Der lautlose Aufstand, Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933–1945, Hamburg, 1962, 158.

[52] Mündl. Bericht Paul Hempel 19.10.1962 (Hinrichtungsdatum 13.1.1945); Walter Hammer, a. a. O., 38 (Hinrichtungsdatum 11.1.1945).

[53] Brief Heinrich Brandlers an W. Abendroth vom 18.6.1955, Widerstandsarchiv IWP 034.

[54] Brief Heinrich Brandlers an W. Abendroth vom 2.12.1955, a. a. O.

[55] Mündl. Bericht Rudolf Zollmann 21.10.1962; Mündl. Bericht Alfred Futran 3.11.1962; Anonymer mündl. Bericht vom 4.11.1962.

[56] Ibd.

[57] Brief Heinrich Brandlers an W. Abendroth a. a. O.

[58] Anonymer mündl. Bericht vom 4.11.1962.

[59] Vgl. Mündl. Bericht Alfred Futran 3.11.1962; Schriftl. Bericht Ludwig Becker 9.1.1963.

[60] Brief Heinrich Brandlers an W. Abendroth vom 18.6.1955, a. a. O.

[61] [Bericht Widerstand KPO Hamburg], a. a. O.

[62] Vgl. Schriftl. Bericht Hans Tittel 12.11.1962.

[63] GdSt, 1933, 7, 27.

[64] GdSt, 1934, 1, 3. Vgl. auch den Kommentar zu den Ereignissen des 50. Juni 1934 in: GdSt, 1934, 3, 1 ff.

[65] Brief Erich Hausens vom 28.11.1962 an den Verfasser.

[66] Ibd.

[67] Über die Konferenz wurde in GdSt, 1934, 2, 20 ff berichtet. Aus Gründen der Tarnung wurde in dieser Berichterstattung die Konferenz nach Dänemark verlegt; außerdem wurde die Datierung der Konferenz verändert.

[68] Dagegen nennt GdSt, a. a. O., „ungefähr 600“ Verhaftungsfälle seit Beginn der NS-Diktatur.

[69] Bericht über meine (Erwin Gräffs) Betätigung in der KPO, Widerstandsarchiv IWP, Korrespondenzen. Vgl. auch: Schriftl. Bericht Erich Hausen 17.11.1962 und: – Hans Tittel 12.11.1962. Die Datierung der Auslandskonferenz auf 1933 bei Brandler, Brief an W. Abendroth vom 2.12.1955, a. a. O., ist offenkundig ein Schreibfehler. [199]

[70] Ibd.

[71] GdSt, 1934, 21 f. Vgl. auch: Zur Losung der VKPD, ibd., 23 f.

[72] Über die illegale Tätigkeit der KPO (Brandler-Thalheimer-Gruppe) – Ob an dieser Konferenz AK-Mitglieder teilgenommen haben, ist ungewiß.

[73] IK, II. Jg., Nr. 1, 10.

[74] Brief Heinrich Brandlers an W. Abendroth, a. a. O.

[75] Vgl. Mündl. Bericht Rudolf Zollmann 21.10.1962. Brandler wurde nach seiner ersten Internierung im September 1939 auf Grund eines ärztlichen Attestes zunächst wieder freigelassen.

[76] Vgl. hierzu: oben, Abschnitt II.4, S. 270 f.

[77] Die internationalen Aufgaben des Proletariats und der Prozeß der Weltrevolution, Arbeiter-Zeitung, Tageszeitung und Organ der Kommunistischen Partei (Opposition) der Schweiz, Schaffhausen, Nr. 110, 13. 5. 1933; Wo stehen wir?, ibd., Nr. 111, 15.5.1933. Vgl.: Erneuerung der K.P.D. oder

„Zweite Partei“? (Sonderausgabe der „Neuen Welt“), Strasbourg, 1933; hier auch: Aus der Erklärung der Schaffhauser K.P.O.-Leitung (32).

[78] Vgl. Drechsler, a. a. O., 336 f.

[79] Erneuerung der K.P.D. oder „Zweite Partei“?, a. a. O.

[80] Vgl. GdSt, 1933, 8, 44 ff.

[81] Vgl. Drechsler, a. a. O., 337.

[82] Vgl. GdSt, 1933, 8, 44; 46 ff.

[83] GdSt, 1934, 2, 24.

[84] Vgl. Borkenau, a. a. O., 348, Anm.

[85] Vgl. GdSt, 1935, 1, 16.

[86] GdSt, 1934, 3, 11 f,

[87] Schriftl. Bericht Erich Hausen 28.11.1962.

[88] Arbeiterpolitik, Organ der KPO (Elsaß) – Sektion der I.V.K.O. – Ein Exemplar (Jg. V, Nr. 45, o. O. [Paris], o. J. [1938]) im Widerstandsarchiv IISG, Mappe 433.

[89] IK, III. Jg., Nr. 1, Unsere Stellung zu Roy (unpaginiert).

[90] Aufruf des IVKO-Büros vom 21.12.1935, IK, 1. Jg., Nr. 1, 20.

[91] Vgl. hierzu und für das folgende vor allem die ausführliche Dokumentation des AK der KPO: Internationale Vereinigung der Kommunistischen Opposition (I.V.K.O.), Unabhängige Arbeiter-Partei Englands (I.L.P.) und Unabhängige Arbeiter-Liga Amerikas (I.L.L.A.) – Diskussionsmaterial für Angehörige der I.V.K.O., nebst Anhang, in: Nachlaß Heucke, Mappe 3.

[92] Vgl. Drechsler, a. a. O., 337 f und: IK, III. Jg., Nr. 4, 9 ff.

[93] Vgl. IK, III. Jg., Nr. 1, Die Internationale Konferenz (unpaginiert).

[94] IK, IV. Jg., Nr. 2, 2.

[95] Vgl. Borkenau, Der europäische Kommunismus, a. a. O., 103 ff.

[96] Vgl. GdSt, 1934, 3, 8 f.

[97] GdSt, 1934, 4, 9.

[98] GdSt, 1934, 3, 9.

[99] Noch das XIII. EKKI-Plenum im Dezember 1933 hatte ganz im Zeichen des „ultralinken“ Kurses gestanden; vgl. GdSt, 1934, 1, 7 ff.

[100] GdSt, 1934, 2, 22. – Die KPO propagierte in diesem Zusammenhang die Losung der Bildung einer VKPD (vgl. ibd., 23 f).

[101] Die Brandlerianer und ihr Schreiben an das EKKI, in: Die Kommunistische Internationale, XV, 17, Basel, 1034, 1729 ff, hier: 1734 und 1737 (Hervorhebungen im Original),

[102] GdSt, 1934, 4, 7 ff, bes. 9.

[103] Vgl. GdSt, 1935, 2, 1.

[104] Vgl. GdSt, 1935, 5, 4. [200]

[105] Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus (Resolution zum Bericht des Genossen Dimitrow, angenommen [vom VII. Weltkongreß] am 20. August 1935), in: Die Kommunistische Internationale, XVI, 17/18, 1628 ff, hier: 1643 f (Hervorhebungen im Original).

[106] Vgl. Borkenau, a. a. O., bes. 117 ff.

[107] GdSt, 1935, 4, 15 f. Vgl. auch: Materialien zur Volksfront [herausgegeben von der KPO], Widerstandsarchiv IISG, Mappe 433; 2. Auflage: Nachlaß Heucke, Mappe 1, sowie: Über die Volksfront und die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie, [Die RL der KPO] An die Mitglieder der KPD und SPD!, Widerstandsarchiv IISG, Mappe 433.

[108] GdSt, 1935, 5, 6.

[109] G. Dimitrow, Die Einheitsfront des Kampfes für den Frieden, Baseler Rundschau, Nr. 21, 7.6.1936 (zit. n. IX, I. Jg., Nr. 3, 1).

[110] Über die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines neuen Weltkriegs durch die Imperialisten (Resolution zum Bericht des Genossen Ercoli, angenommen am 20. August 1935), in: Die Kommunistische Internationale, a. a. O., 1646 ff, hier: 1653.

[111] IK, I. Jg., Nr. 3, 1 (Hervorhebungen im Original).

[112] Vgl. hierzu: Hugh Thomas, Der spanische Bürgerkrieg, Berlin-Frankfurt/M.-Wien, 1962, 124 ff, 143 ff.

[113] Vgl. Informationen des P.O.U.M. (Arbeiterpartei der Marxistischen Einigung) – Deutsche Ausgabe – Jg. 1936, 1, 2 ff und 11.

[114] Vgl. hierfür die laufend erschienenen Informationen des P.O.U.M., a. a. O. (besonders auch: Ein Asyl für Trotzki, Jg. 1936, 2, 3) sowie: [Anonym (Thalheimer)], Aufzeichnungen über meinen Aufenthalt in Katalonien, Nachlaß Heucke, Mappe 2, bes. 1 f, 10.

[115] Vgl. Internationales Rundschreiben Nr. 4/1936 [des IVKO-Büros], Nachlaß Heucke, Mappe 2; IK, 1. Jg., Nr. 4, 1 ff.

[116] Schriftl. Bericht Heinrich Brandler 23.11.1962. Hierzu gehörten unter anderen Waldemar Bolze und Karl Braeuning.

[117] Aufzeichnungen über meinen Aufenthalt in Katalonien, a. a. O. Anonymer mündl. Bericht vom 4.11.1962.

[118] Hierzu vgl. Borkenau, a. a. O., 150 ff.

[119] IK, II. Jg., Nr. 1, 5.

[120] Vgl. Thomas, a. a. O., 330 ff. Vgl. hierzu auch (ausführliches): Material [der IVKO] zu den „Maitagen“ in Katalonien und zum Regierungswechsel in Valencia, Nachlaß Heucke, Mappe 2.

[121] Vgl. die Korrespondenzen und Berichte über den Bürgerkrieg in Nachlaß Heucke, Mappe 2.

[122] Material zu den „Maitagen“ in Katalonien und zum Regierungswechsel in Valencia, a. a. O., 27 (Hervorhebungen im Original).

[123] IK, II. Jg., Nr. 3, 5.

[124] IK, I. Jg., Nr. 4, 16.

[125] IK, II. Jg., Nr. 1, 16.

[126] IK, II. Jg., Nr. 2, 14.

[127] IK, II. Jg., Nr. 4, 6 f.

[128] IK, III. Jg., Nr. 1, Der Moskauer Prozeß (unpaginiert).

[129] IK, II. Jg., Nr. 4, 7.

[130] IK, IV. Jg., Nr. 2, 10. Vgl. auch: Zur Krise in der Sowjetunion. Herausgegeben vom Büro der IVKO, teilweise fotokopiert im Widerstandsarchiv IWP 034.

[131] IK, II. Jg., Nr. 3, 2 ff, bes. 3 (Hervorhebungen im Original).

[132] Vgl. IX, II. Jg., Nr. 4, 10 f; III. Jg., Nr. 1, Die internationale Konferenz (unpaginiert). [201]

[133] Ibd., ferner: Internationale Vereinigung der Kommunistischen Opposition (I.V.K.O.), Unabhängige Arbeiter-Partei Englands (I.L.P.) und Unabhängige Arbeiter-Liga Amerikas (I.L.L.A.), a. a. O., Anhang, 51 ff.

[134] Ibd., 60 ff, bes. 62. IX, III. Jg., Nr. 4, 1 ff. Vgl. auch: Krieg und Gewerkschaften, Rede des Vertreters der K.P.D.O.: Gen. Roth auf der Februarkonferenz der „Internationalen Front gegen den Krieg“, nebst Anhängen, Nachlaß Heucke, Mappe 1.

[135] Internationale Vereinigung der Kommunistischen Opposition (I.V.K.O.), Unabhängige Arbeiter-Partei Englands (I.L.P.) und Unabhängige Arbeiter-Liga Amerikas (I.L.L.A.), a. a. O., Anhang, 75 ff, und: IX, IV. Jg., Nr. 2, 2 ff.

[136] Vgl. Mündl. Bericht Max Köhler 27.10.1962.

[137] IK, III. Jg., Nr. 2, 3; vgl. auch: ibd., 7 ff und IK, 1. Jg., Nr. 1, 9 ff.

[138] Vgl. hierzu und zum folgenden: Material zu den letzten innerparteilichen Vorgängen, Nachlaß Heucke, Mappe 3, 21 und passim. – Zu dieser Frage ferner: Junius-Brief Nr. 2 – Zur Kriegsfrage, Nachlaß Heucke, Mappe 3.

[139] Vgl. ibd., 1.

[140] Vgl. Internationale Vereinigung der Kommunistischen Opposition (I.V.K.O.), Unabhängige Arbeiter-Partei England (I.L.P.) und Unabhängige Arbeiter-Liga Amerikas (I.L.L.A.), a. a. O., passim.

[141] Schriftl. Bericht Hans Tittel 12.11.1962.

[142] Vgl. Material zu den letzten innerparteilichen Vorgängen, a. a. O., besonders die Wiedergabe eines Artikels Thalheimers (Zwischenbilanz, in: Daily European Observations, 21.9.1938), 4 ff.

[143] Anonymer mündl. Bericht vom 4.11.1962; Schriftl. Bericht Erich Hausen 28.11.1962.

[144] Schriftl. Bericht Hans Tittel 12.11.1962.

[145] Schriftl. Bericht Heinrich Brandler 11.5.1962.

[146] Die von Alfred Futran geschaffen wurde und sich zunächst mit allgemein-technischen Problemen der Emigration befaßte (Mündl. Bericht Alfred Futran 3.11.1962).

[147] Mündl. Bericht Max Köhler 27.10.1962.

Abschnitt III.2

[1] Schriftl. Bericht Heinrich Brandler 11.5.1962.

[2] Anonymer mündl. Bericht vom 4.11.1962.

[3] Neben den unten behandelten politischen Analysen z. B. eine Auseinandersetzung mit dem „Links“-Existenzialismus: Thalheimer, Zurück in die Eierschalen des Marxismus, Mskr., Fotokopie im Archiv des IWP.

[4] Arbeiterpolitik, 1. Jg., Nr. 1, 1948, 6. Brief von Fritz Lamm vom 13.5.1962 an den Verfasser.

5 Von dieser Schrift lag nur die zweite, von den Herausgebern mit einem Vorwort versehene, aber sonst unveränderte Auflage vor (o. O. [Stuttgart], 1950).

6 Wolfgang Abendroth, Bilanz der sozialistischen Idee in der Bundesrepublik Deutschland, in: Bestandsaufnahme. Eine deutsche Bilanz 1962. Sechsunddreißig Beiträge deutscher Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten. Herausgegeben von Hans Werner Richter, München-Wien-Basel, 1962, 233 ff, hier: 241.

[7] Die Potsdamer Beschlüsse, a. a. O., Vorwort, III.

[8] Ibd.

[9] Die Potsdamer Beschlüsse, a. a. O., 5. [202]

[10] Ibd., 7.

[11] Ibd., 9 f.

[12] Ibd., 15 (Hervorhebungen im Original),

[13] Ibd. (Hervorhebungen im Original).

[14] Ibd., 20.

[15] Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem zweiten Weltkrieg. Eine marxistische Untersuchung. Hiervon lag ebenfalls nur die zweite, von den Herausgebern mit einem Vorwort versehene, aber sonst unveränderte Auflage vor (o. O. [Stuttgart], 1950).

[16] Vgl. ibd., 1 f, 7 f.

[17] Ibd., 28 f.

[18] Ibd., 2.

[19] Ibd., 7 ff, bes. 11 f.

[20] Ibd., 12 ff.

[21] Ibd., 19.

[22] Ibd., 13 f.

[23] Ibd., 20 ff.

[24] Ibd., 26 ff, bes. 28.

[25] O. O. [Stuttgart], 1952. Vgl. das Vorwort, ibd., 3 ff.

[26] Ibd., 9–18.

[27] Ibd., 19 ff.

[28] Ibd., 27 f.

[29] Ibd., 28.

[30] Vgl. oben, S. 164.

[31] Die Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion, a. a. O., 42 (Hervorhebungen im Original),

[32] IM., 42 f (Hervorhebungen im Original).

[33] Einzelexemplare in: Nachlaß Heucke, Mappe 4. – Vgl. Schriftl. Bericht Heinrich Brandler 15.4.1963.

[34] Thalheimer, Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem zweiten Weltkrieg, a. a. O., 23.

[35] Vgl. Brief H. T. in: Briefe aus Nah und Fern, 1 (September 1946). Auch: Mündl. Bericht Alfred Schmidt 4.4.1963.

[36] Einzelexemplare in: Nachlaß Heucke, Mappe 4.

[37] Hermann Weber, in: Das Ende einer Utopie. Hingabe und Selbstbefreiung früherer Kommunisten – Eine Dokumentation im zweigeteilten Deutschland, herausgegeben und eingeleitet von Horst Krüger, Olten und Freiburg im Breisgau, 1963, 112 ff, hier: 119 ff.

[38] Verschiedene Aufzeichnungen in: Materialien Alfred Schmidt, Frankfurt. Mündl. Bericht Alfred Schmidt 4.4.1963. – Er wurde 1956 vorzeitig aus der Haft entlassen und siedelte in die BRD über.

[39] Thalheimer, a. a. O.

[40] Für die Mitgliederzahlen: Mündl. Bericht Alfred Schmidt 4.4.1963; für die Erfassung jüngerer Mitglieder durch die „Gruppe Arbeiterpolitik“ vgl. die periodisch veröffentlichten Angaben über die „Jahreskonferenzen“ der Gruppe in der Zeitschrift „Arbeiterpolitik“.

[41] Schriftl. Bericht Heinrich Brandler 15.4.1963; – „Arbeiterpolitik“, Jg. 1–12.18/19, o. O. [Stuttgart-Degerloch], 1948–1959. – Eine gedruckte Beilage zu dieser Zeitschrift erschien zeitweise für die Gruppen Salzgitter, Hamburg und Bremen (Norddeutsche Arbeiterstimme, seit Februar 1952); mimeographierte Beilagen zeitweilig auch für andere Gruppen (Einzelne Ausgaben in Nachlaß Heucke, Mappe 4).

[42] Schriftl. Bericht Heinrich Brandler 11.5.1962.

[43] Schriftl. Bericht Heinrich Brandler 15.4.1963.

[44] Mündl. Bericht Alfred Schmidt 4.4.1963, [203]

[45] Vgl. Arbeiterpolitik, 3. Jg., Nr. 1, 1950, 1 f.

[46] Schriftl. Bericht Heinrich Brandler 15.4.1963.

[47] Ibd.

[48] Vgl. hierzu: Abendroth, a. a. O.

[49] Vgl. Arbeiterpolitik, 5. Jg., Nr. 23, 1952, und bes. 6. Jg., Nr. 3, 1953, 8 f.

[50] Schriftl. Bericht Heinrich Brandler 15. 4. 1963.

[51] Ibd.

[52] Für das folgende: Korrespondenzen der „Gruppe Arbeiterpolitik“, im Besitz von Heinrich Brandler, Hamburg.

[53] Vgl. Arbeiterpolitik, 9. Jg., Nr. 12, 1956, 3; vgl. besonders auch die Kommentierung des XX. Parteitages der KPdSU, ibd., Nr. 6, 1956, 1 und passim.

[54] Korrespondenzen der „Gruppe Arbeiterpolitik“, a. a. O.; Mündl. Bericht Heinrich Brandler 27./28. 12.1961.

[55] Schriftl. Bericht Heinrich Brandler 15.4.1963; Brief Heinrich Brandlers vom 21.4.1963 an den Verfasser.

[56] Mündl. Bericht Alfred Schmidt 4.4.1963.

[57] Ibd. und Schriftl. Bericht Heinrich Brandler 15.4.1963.

OCR-Texterkennung Max Stirner Archiv Leipzig – 15.05.2022

Anhang IV: Quellen und Literaturverzeichnis

A. Mündliche und schriftliche Berichte und Auskünfte

Vorbemerkung: Einige der nachfolgend aufgeführten Berichte wurden mit der Bitte der Autoren verbunden, einen Teil der Angaben – in einem Falle alle Angaben des Berichts – als anonyme Mitteilungen zu behandeln. In diesen Fällen wurde – wenn nicht als „Anonymer mündlicher Bericht“ zitiert wurde – in den Anmerkungen auf „Anonyme Angaben in Berichten an den Verfasser“ verwiesen.

Altwein, Fritz, Schriftlicher Bericht 26.1.1965

Anonymer mündlicher Bericht vom 4.11.1962 in Frankfurt-M.

Becker, Ludwig, Schriftlicher Bericht 9.1.1965

Brandler, Heinrich, Brief vom 28[21.]2.1961 an Hanno Drechsler, Marburg

Brandler, Heinrich, Mündlicher Bericht 27./28.12.1961 (Tonband-aufzeichnungen)

Brandler, Heinrich, Mündlicher Bericht 28.2.1962

Brandler, Heinrich, Brief vom 11.5.1962 an den Verfasser Brandler, Heinrich, Schriftlicher Bericht 11.5.1962

Brandler, Heinrich, Schriftliche Mitteilung vom Oktober 1962, Durchschrift einer für Hermann Weber bestimmten Notiz

Brandler, Heinrich, Schriftlicher Bericht 25.11.1962

Brandler, Heinrich, Schriftlicher Bericht 15.4.1963

Brandler, Heinrich, Brief vom 21.4.1965 an den Verfasser

Brixel, Wilhelm, Brief vom 25 6.1962 an den Verfasser

Bürgermeisteramt Thalau/Rhön, Schriftliche Auskunft 16.12.1962

Burkhardt, Richard, Schriftlicher Bericht 2.1.1963

Frank, Karl B., Brief vom 21.3.1961 an Hanno Drechsler, Marburg

Frank, Karl B., Brief vom 31.10.1962 an den Verfasser

Frölich (geb. Wolfstein), Rose, Briefe vom 10.9.1961 und 14.1.1962 an Hanno Drechsler, Marburg

Frölich (geb. Wolfstein), Rosi, Mündlicher Bericht 28.7.1962

Futran, Alfred, Mündlicher Bericht 3.11.1962

Galm, Heinrich, Mündlicher Bericht 13.4.1962

Gesamtkatalog der deutschen Presse, Bremen, Schriftliche Auskunft 15.8.1962

Grönsfelder, Karl, Schriftlicher Bericht 30.1.1963

Hausen, Erich, Schriftlicher Bericht 17.11.1962

Hausen, Erich, Brief vom 28.11.1962 an den Verfasser

Hausen, Erich, Schriftlicher Bericht 28.11.1962

Hempel, Paul, Mündlicher Bericht 19.10.1962

Heucke, Rudolf, Brief vom 21.3.1962 an den Verfasser

Kaden, Fanny, Mündlicher Bericht 27.10.1962

Köhler, Max, Mündlicher Bericht 27.10.1962

Krause, Heinz, Mündlicher Bericht 27.10.1962

Lamm, Fritz Brief vom 13.5.1962 an den Verfasser

Lang, Erna [verw. Halbe], Schriftlicher Bericht vom 24.9.1962

Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt, Der, Polizeipräsidium, Schriftliche Auskunft 25.10.1962

Pless, Philipp, Mündlicher Bericht 22.9.1962 [205]

Remszhardt, Godo, Mündlicher Bericht 21.10.1962

Schmidt, Alfred, Mündlicher Bericht 20.10.1962

Schmidt, Alfred, Schriftlicher Bericht 20.10.1962

Schmidt, Alfred, Mündlicher Bericht 4.4.1963

Sozialdemokratische Partei Deutschlands – Bezirksverband Braunschweig, Brief vom 10.5.1962 an den Verfasser

Stadt- und Polizeiamt Bremen, Schriftliche Auskunft 30.10.1962

Tittel, Hans, Brief vom 4.11.1962 an den Verfasser

Tittel, Hans, Brief vom 12.11.1962 an den Verfasser

Tittel, Hans, Schriftlicher Bericht 12.11.1962

Tittel, Hans, Schriftlicher Bericht 10.3.1963

Tjhlmann, Walter, Mündlicher Bericht 19.10.1962

Uhlmann, Walter, Brief vom 19.12.1962 an den Verfasser

Zollmann, Rudolf, Mündlicher Bericht 21.10.1962

B. Archivbestände, Materialsammlungen

Korrespondenzen der „Gruppe Arbeiterpolitik“, im Besitze von Heinrich Brandler, Hamburg

Materialien Alfred Schmidt, Frankfurt [Briefe und Berichte über die persönliche Widerstandstätigkeit und die der KPO-Gruppe Erfurt sowie über Fragen der KPO nach 1945]

Materialien August Ziehl, Geesthacht [Zeitschriften, Verhandlungsprotokolle, Korrespondenzen und Berichte über die politische Tätigkeit der KPO- und späteren SAP-Ortsgruppe Geesthacht]

Nachlaß Alwin Heucke, Mappen 1, 2, 3 und. 4 [Mit unwesentlichen Ausnahmen fotokopiert oder in Mikrofilmaufnahmen im IWP]

Pless, Philipp, Schriftlicher Bericht über Widerstandstätigkeit gegen das NS-Regime in Frankfurt-M. vom 14.9.1962, untituliert im Stadtarchiv Frankfurt-M.

Widerstandsarchiv des Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam: Mappen 317, 387, 433 und 691 sowie diverse gesondert aufgeführte Zeitschriften

Widerstandsarchiv des Instituts für wissenschaftliche Politik der Philipps-Universität, Marburg: 031, 034 und Korrespondenzen

C. Zeitgenössische Literatur und zeitgenössische Editionen

Vorbemerkung: Aufsätze aus zeitgenössischen periodischen Publikationen, welche in dieser Arbeit zitiert wurden, sind an dieser Stelle in der Regel nur dann noch einmal aufgeführt, wenn ihr Inhalt für die Entwicklung der hier untersuchten Gruppe von besonders charakteristischer Bedeutung ist. Die Liste der Publikationen Heinrich Brandlers und August Thalheimers versucht, aus den Veröffentlichungen dieser beiden Autoren eine repräsentative Auswahl zu treffen.

Aktionsprogramm, Produktionskontrolle, Übergangslosungen, (Beiträge [von Max Köhler, Waldemar Bolze, Peregrinus] zu den Auseinandersetzungen innerhalb der KPD), Berlin-Petershagen, o. J. [1928] Anklageakten gegen die Führer- und Funktionärschichten der Dritten Internationale (weitere Repressalien gegen die „Arbeiterlinke“), Berlin, o. J. [1925] [206]

Anonym [Heinrich Brandler?], Der Kampf mit den Nationalsozialisten und andere Gegenwartsaufgaben der Partei, in: Die Internationale, Jg. 6, Berlin, 1923, Heft 3 72 ff.

Anonym [Peregrinus, d.i. Leo], Was ist die Arbeiter- und Bauernregierung?, in: Die Rote Fahne, Jg. 1923, Nr. 206, 13.9.; Nr. 207, 14.9.; Nr. 209, 16.9.

Anonym August Thalheimer], Einige taktische Fragen des Ruhrkriegs, in: Die Internationale, Jg. 6, Berlin, 1923, Heft 4, 97 ff. Auch abgedruckt in: Die Kommunistische Internationale, IV, 26, Petrograd-Hamburg, 1923, 107 ff.

Anonym [August Thalheimer?], Zwischen Jena und Leipzig, in: Die Internationale, Jg. 6, Berlin, 1923, Heft 2, 33 ff.

Anonym, Rezension von: August Thalheimer, „Einführung in den dialektischen Materialismus“, in: Unter dem Banner des Marxismus, Jg. III, Wien-Berlin, 1929, 625 ff

Arbeiter hungern, Faschismus droht, Was ist zu tun?, Berlin, 1930 Aufruf des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an die Proletarier aller Länder, Flugschriften der Kommunistischen Internationale 1, Hamburg, 1921

Bauer, Otto, Das Gleichgewicht der Klassenkräfte, in: Der Kampf, 2, Wien, 1924, 57 ff

Bildung der linkssozialdemokratischen Regierung in Sachsen, Die, Eine Material-Zusammenstellung, Herausgegeben von der Zentrale der KPD, Berlin, 1923

Böttcher, Paul, Sozialdemokratisch-kommunistische Regierung?, in: Die Internationale, Jg. 4, Berlin, 1922, Heft 21, 471 ff Böttcher, Paul, Falsche Schlußfolgerungen, Eine Replik zur sächsischen Frage, in: Die Internationale, Jg. 4, Berlin, 1922, Heft 25, 572 ff

Böttcher, Paul, Das Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen, in: Die Internationale, Jg. 5, Berlin, 1922, Heft 10, 284 ff

Böttcher, Paul, Neue Kampferfahrungen, Die gescheiterte Arbeiterregierung in Sachsen, in: Die Internationale, Jg. 5, Berlin, 1922, Heft 12, 341 ff

Böttcher, Paul, Der Verrat der linken SPD, Die Reichs-Exekutive gegen die sozialdemokratisch-kommunistische Koalitions-Regierung in Sachsen, Rede des Landtagsabg. Paul Böttcher im sächsischen Landtag am 6. November 1923, Mit einem Vorwort, Berlin, 1923

Brandler, Heinrich, Durch die Räte zur Einheit der Arbeiterklasse und zum Kommunismus, Von Heinrich Brandler, Kommunistische Zeitfragen No. 1, Chemnitz, o. J. [1919]

Brandler, Heinrich, Die Aktion gegen den Kapp-Putsch in Westsachsen, Berlin, 1920

Brandler, Heinrich, Rede, gehalten auf dem 1. Kongreß der Betriebsräte der Gewerkschaften Deutschlands von Heinrich Brandler, Leipzig, 1920

Brandler, Heinrich, Betriebsräte und politische Arbeiterräte – nebst Anhang[:] Leitsätze über die Aufgaben der Betriebsräte, Organisation der Betriebsräte und Leitsätze für die politischen Arbeiterräte, Rede des Genossen Brandler auf dem 5, Parteitag der KPD (Spartakusbund) in Berlin, am 2. November 1920, o. O., o. J.

Brandler, Heinrich, Gewerkschaften und Betriebsräte, Referat des Genossen Brandler auf dem Vereinigungsparteitag im Dezember 1920 in Berlin, Berlin, o. J. [207]

Brandler, Heinrich, Die Organisation der Partei, in: Die Internationale, Jg. 2, Berlin, 1920, Heft 26, 33 ff.

Brandler, Heinrich, War die Märzaktion ein Bakunisten-Putsch?, Berlin-Leipzig, 1921

Brandler, Heinrich, Die revolutionäre Lage in Deutschland, in: Die Kommunistische Internationale, II, 17, Petrograd-Hamburg, 1921, 50 ff.

Brandler, Heinrich, Die Entwicklungsbedingungen der R.G.I., in: Die Rote Gewerkschafts-Internationale, Jg. 2, Moskau (Berlin), 1922, Nr. 1 (12), 9 ff; auch abgedruckt unter dem Titel: Die

Entwicklungsbedingungen der Roten Gewerkschafts-Internationale, in: Die Kommunistische Internationale, III, 20, Petrograd-Hamburg, 1922, 22 ff.

Brandler, Heinrich, Kampf oder Bluff?, in: Die Rote Gewerkschafts-Internationale, Jg. 1, Moskau (Berlin), 1921, Nr. 9, 23 ff.

Brandler, Heinrich, Der 11. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands (1. Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes), in: Die Rote Gewerkschafts-Internationale, Jg. 2, Moskau (Berlin), 1922, Nr. 7 (18), 443 ff.

Brandler, Heinrich, Der Kampf um die Kontrolle der Produktion in Deutschland und der Reichsbetriebsrätekongreß, in: Die Rote Gewerkschafts-Internationale, Jg. 2, Moskau (Berlin), 1922, Nr. 10 (21), 624 ff.

Brandler, Heinrich, Die Kommunisten, die Rote Gewerkschaftsinternationale und die Syndikalisten, in: Die Internationale, Jg. 4, Berlin, 1922, Heft 20, 445 ff.

b.[randler], h. [einrich], Regierungsbildung und Betriebsrätekongreß, in: Die Internationale, Jg. 5, Berlin, 1922, Heft 11, 305 ff Brandler, Heinrich, [Titelblatt fehlt: Rede, gehalten auf dem Reichsbetriebsrätekongreß am 23./24. November 1922, in Berlin], Berlin, o. J.

Brandler, Heinrich, Die gegenwärtigen Aufgaben der Partei, in: Die Internationale, Jg. 6, Berlin, 1923, Heft 1, 3 ff.

Brandler, Heinrich, An einem Wendepunkt, in: Die Internationale, Jg. 6, Berlin, 1923, Heft 15, 417 ff.

Brandler, Heinrich, Wege der kapitalistischen Entwickelung [i] in der Nachkriegszeit, in: Die Rote Gewerkschafts-Internationale, Jg. 6, Moskau (Berlin), 1926, Nr. 12 (71), 780 ff.

Brandler, Heinrich, Erinnerungen an die Anfänge der deutschen Jugendbewegung, in: Internationale Pressekorrespondenz, 1927, 82 (15.8.) Brandler, Heinrich, Beiträge zu einem Aktionsprogramm für Deutschland, in: Die Kommunistische Internationale, IX, 1 und 2, Hamburg-Berlin, 1928, 32 ff und 75 ff.

Brandler, Heinrich, Revolutionäre Disziplin oder Kadavergehorsam?, in: Arbeiterpolitik, 1929, 3 (2.2.)

Brandler Heinrich, Weiter vorwärts!, in: Arbeiterpolitik, 1930, 292 (16.12.)

Brandler, Heinrich, siehe auch: Anonym; Hochverratsprozeß gegen Heinrich Brandler; Justiz und Rechtswesen; Koselev; Šl’apnikov

Bremer, Karl [d. i. Karl Radek], Der nahende Zusammenbruch der deutschen Bourgeoisie und die K.P.D., Hamburg, 1921; abgedruckt in: Die Kommunistische Internationale, II, 19, Petrograd-Hamburg, 1922, 58 ff.

Bremer, Paul [d.i. Karl Radek], Die Bildung der einheitlichen proletarischen Kampffront, in: Di2 Internationale, Jg. 3, Berlin, 1921, Heft 1, 1 ff und Heft 2, 10 ff

Clique oder Klasse?, Die Zerstörung der „Roten Hilfe“, Tatsachen + Dokumente, Berlin, o.J. [1929] [208]

Creutzburg, A., Die Organisationsarbeit der KPD, Bücherei des Parteiarbeiters Band 4, Hamburg-Berlin, 1931

Einheitsfront, Die proletarische, Aufruf der Exekutive der Kommunistischen Internationale und der Exekutive der Roten Gewerkschaftsinternationale (Moskau, 1. Januar 1922), Leitsätze über die Einheitsfront (Einstimmig angenommen von der Exekutive der Kommunistischen Internationale am 28. Dezember 1921), Flugschriften der Kommunistischen Internationale, 12, Hamburg, 1922

Einheitsfront der Transportarbeiter, Die, Die Internationale Konferenz der Transportarbeiter vom 23. bis 25. Mai 1923 in Berlin, Berlin, 1923

Enderle, August, Der Leipziger Gewerkschafts-Kongreß, in: Die Internationale, Jg. 5, Berlin, 1922, Heft 1/2, 8 ff.

Enderle, August, Die Gewerkschaftsbewegung [im Deutschen Reich], in: Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1925/26, Hamburg-Berlin, o. J., 745 ff.

Enderle, August, Die Gewerkschaftsbewegung. Ein Leitfaden für proletarische Gewerkschaftsarbeit, Elementarbücher des proletarischen Klassenkampfes Band 1, Berlin, 1926

Enderle, August, siehe auch: Rote Gewerkschaftsbuch. Die Erneuerung der K.P.D. oder „Zweite Partei“?, (Sonderausgabe der „Neuen Welt“), Strasbourg, 1933

Feind im Rücken, Bilder aus der Geschichte der Kommunistischen Internationale, Wien, 1932

Fischer, Ruth, War die Märzaktion der V.K.P.D. eine „Bettelheimerei“?, in: Die Internationale, Jg. 3, Berlin, 1921, Heft 5, 160 ff.

Fischer, Ruth, Zur Taktik der Einheitsfront, in: Die Internationale, Jg. 5, Berlin, 1922, Heft 3, 57 ff

Frank, Karl, Der Fall Levi in der Dritten Internationale, Wien, o. J. [1921]

Frank, Karl und Heinz Neumann, Die vaterländischen Mörder Deutschlands, Bayern in der kleinen Entente, Das Ergebnis des Münchener Hochverratsprozesses, o. O. [Berlin], 1923

Frazer, James George, Mensch, Gott und Unsterblichkeit, Gedanken über den menschlichen Fortschritt, Übers. aus d. Engl. von Dr. H. Frank und Dr. A. Thalheimer, Leipzig, 1932

Fricke, Fritz, Kampf den Bonzen, Berlin, 1930

Frölich, Paul, Wandlungen in der Struktur der Arbeiterklasse, in: Die Internationale, Jg. 1, Berlin, 1919, Heft 15/16, 304 ff.

Frölich, Paul, Der Weg zum Sozialismus, Proletarische Flugschriften 2, Hamburg, o.J. [1919]

Frölich, Paul, Die syndikalistische Krankheit, Sonderabdruck aus „Die Internationale“ [Dort nicht erschienen], o. O., o. J. [1919]

Frölich, Paul, Die Kappiade und die Haltung der Partei, in; Die Internationale, Jg. 2, Berlin, 1920, Heft 24, 19 ff.

Frölich, Paul, Der Fall Levi, in: Die Internationale, Jg. 3, Berlin, 1921, Heft 4, 115 ff.

Frölich, Paul, Zum dritten Weltkongreß, in: Die Internationale, Jg. 3, Berlin, 1921, Heft 7, 233 ff.

F.[rölich(?)], P.[aul(?)], Der Sinn der Sache, in: Die Internationale, Jg. 5, Berlin, 1922, Heft 1/2, 1 ff.

Frölich, Paul, Wider den weißen Mord, Berlin, 1922

Frölich, Paul, La terreur blanche en Allemagne, Petite bibliothèque comniuniste, Paris, 1922

Frölich, Paul, Stinnes oder die Arbeiter? Wer soll zahlen? Wer soll siegen?, Berlin, 1922 [209]

Frölich, Paul, Der Steuerbote nimmt dein Brot! Ein Kapitel indirekte Steuern, Berlin, 1922

Frölich, Paul, Hochverräter Stinnes, Drei Reichstagsreden, gehalten von Paul Frölich, Berlin, 1923

Frölich, Paul, Die November-Revolution, Bemerkungen über ihr Wesen und ihren Weg, In: Arbeiterliteratur, Jg. 1, Wien, 1924, Nr. 11, 833 ff.

Frölich, Paul, 10 Jahre Krieg und Bürgerkrieg, I Der Krieg, 2., verb. Aufl., Berlin, 1924

Frölich, Paul, Keinen Pfennig den Fürsten!, o. O. [Berlin], o. J. [1926]

Frölich, Paul, [Deutsches Reich:] Politik, in: Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1925/26, Hamburg-Berlin, o. J., 730 ff.

Frölich, Paul und A. Schreiner, Die deutsche Sozialdemokratie, Vierzehn Jahre im Bunde mit dem Kapital, Berlin, 1928

Frölich, Paul, Der Berliner Blut-Mai, Berlin, o. J. [1929]

Frölich, Paul, siehe auch: Luxemburg, Rosa; Prinzipien-Erklärung, Aktionsprogramm; Roy, Manabendra Nath; Schlageter, Eine Auseinandersetzung; Werner, Paul

Geschichte der KPdSU, Die, und ihr Verhältnis zur kommunistischen Weltbewegung, (Materialien zur Diskussion der russischen Frage), mimeogr., o. O., o. J., in: Nachlaß Heucke, Mappe 4

Gewerkschaftsbewegung in Chemnitz im Jahre 1912, Die, Chemnitz, 1913

Gussew, S., Die Maitage in Berlin 1929, Hamburg-Berlin, o. J. [1929]

Heckert, Friedrich und Pavlik, Die Einheitsfront, die Spaltungstätigkeit der Amsterdamer und die Offensive des Kapitals, Stenogramme der Reden der Genossen Heckert und Pavlik auf dem 2. Kongreß der RGI, Bibliothek der Roten Gewerkschafts-Internationale Bd. 20, o. O. [Berlin], 1923

Hochverratsprozeß gegen Heinrich Brandler, Der, vor dem außerordentlichen Gericht am 6. Juni 1921 in Berlin, Leipzig, 1921

Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin, 1929

Ist das die Einigung des Proletariats? Ein Mahnwort an alle SPD. – und USP.-Arbeiter vor der Verschmelzung, Berlin, 1922

Ist eine Einheitsfront mit den Kommunisten möglich? Denkschrift über die Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Arbeiterparteien über den Schutz der Republik, Berlin, 1922

Jurr, Werner, Um die proletarische Wehrorganisation, Material zum politischen Zerfall des Roten Frontkämpferbundes, Berlin, o. J. [1929] Justiz und Rechtswesen, Zwei Berichte aus Rußland, Einl. v. H. Brandler, Vom Sozialistischen Aufbau 2, Chemnitz, o. J. [1919]

Kabaktschieff, Christo, Die Entstehung und Entwicklung der Komintern. Kurzer Abriß der Geschichte der Komintern, Probleme der Weltpolitik und der Arbeiterbewegung 10, Hamburg-Berlin, 1929

Kampf, Der, um die Kommunistische Partei, Plattform der linken Opposition der K.P.D., o. O. [Berlin], o. J.

Kampf, Der internationale, des Proletariats gegen Kriegsgefahr und Faszismus, s. Literaturverzeichnis unter „Protokolle und Berichte“

Kampf um unsere Grundsätze!, Im, Tatsachenmaterial zum Gewaltstreich des Landesvorstandes der Sozialdemokraten Württembergs gegen die politische Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“, Hrg. v. d. Redakteuren Crispien, Hörnle [und] Walcher, Stuttgart, 1914

Kohlrausch, Erich, Youngplan und Gemeindepolitik, Berlin, 1930

Kommunismus und Faschismus im Entscheidungskampf, Hrg. v. d. Reichsleitung der K.P.D.-Opposition, Berlin, o. J. [1930] [210]

Kommunismus und nationale Bewegung, Schlageter – Eine Auseinandersetzung, [Von] Karl Radek – P. Frölich – Graf Ernst Reventlow – Möller van den Bruck, Berlin, [3]1923

Kommunistische Arbeiter-Partei, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg (Hrg.), Die K.P,D. im eigenen Spiegel, Aus der Geschichte der K.P.D. und der 3. Internationale, Berlin, 1926

Koselev, B., Die Gewerkschaftsvereine und der Aufbau der Volkswirtschaft, Beleuchtet nach den Erfahrungen in Rußland, [mit] Einleitung von H. Brandler, Vom Sozialistischen Aufbau 1, Chemnitz, o. J. [1919]

KPD, Die, die einzige Arbeiterpartei in Dawes-Deutschland, Thesen zur politischen Lage und den Aufgaben der KPD, Einstimmig angenommen auf der Tagung des Zentral-Ausschusses am 10./11. Januar 1925, Ergänzungsheft 1 zum Jahrgang 1925 „Die Internationale“, Berlin, 1925

Leder, Z., Die Offensive des Kapitals und die Einheitsfront des Proletariats, Hamburg, 1922

Lehren der deutschen Ereignisse, Die, Das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zur deutschen Frage, Januar 1924, Hamburg, 1924

Leipziger Parteitag bis zum Oktober 1923, Vom, Materialien zur Stellungnahme der Opposition der KPD. gegenüber der offiziellen Parteipolitik, o. O. [Berlin], o. J.

Leitsätze über die Märzaktion, in: Die Internationale, Jg. 3, Berlin, 1921, Heft 4, 122 ff

Lenin, Vladimir Il’ič Werke, Ins Deutsche übertragen nach der vierten russischen Ausgabe, Hrg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Band 7, Berlin, 1956; Band 25, Berlin, 1960; Band 26, Berlin, 1961; Band 30, Berlin, 1961; Band 31, Berlin, 1959; Band 32, Berlin, 1961

Levi, Paul, Was ist das Verbrechen? Die Märzaktion oder die Kritik daran? Rede auf der Sitzung des Zentralausschusses der V.K.P.D. am 4. Mai 1921, Berlin, 1921

Levi, Paul, Unser Weg, Wider den Putschismus, Mit Anhang: Die Lehren eines Putschversuches, von K. Radek, (Aus der Kommunistischen Internationale Nr. 9), 2., mit neuem Vorwort versehene Auflage, Berlin, 1921

Losowsky, Salomon Alexander, siehe: Lozovskij

Lozovskij, Solomon Aleksandr, Aufgaben und Taktik der Roten Gewerkschafts-Internationale, Rede des Genossen Losowsky mit der auf dem Kongreß angenommenen Resolution, Berlin, 1921

Lozovskij, Solomon Aleksandr, Die Rote Gewerkschafts-Internationale im Angriff, Drei Reden, gehalten auf dem V. Kongreß der RGI, mit den Thesen über „Weltkrise, Wirtschaftskampf und Aufgaben der internationalen revolutionären Gewerkschaftsbewegung“, Moskau-Berlin, 1930

Luxemburg, Rosa, Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, in: Die Neue Zeit, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, 22. Jahrgang, Zweiter Band, Stuttgart, 1904, 484 ff, 529 ff.

Luxemburg, Rosa, Sozialreform oder Revolution?, Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage, Leipzig, 1908

Luxemburg, Rosa, Die Akkumulation des Kapitals, Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, Berlin, 1923

Luxemburg, Rosa, Gesammelte Werke, Hrsg. von Clara Zetkin und Adolf Warski, Berlin, 1923-1928, Bd. III, Gegen den Reformismus, Eingeb. und bearb. von Paul Frölich; Bd. IV, Gewerkschaftskampf und Massenstreik, Eingel. und bearb. von Paul Frölich; Bd. VI, Die Akkumulation des Kapitals [211]

Luxemburg, Rosa, Die Russische Revolution. Eine kritische Würdigung. Aus dem Nachlaß von Rosa Luxemburg, Herausgegeben und Eingeleitet von Peter Blachstein, Vollständige Ausgabe, Hamburg, 1948 Luxemburg, Rosa, Ausgewählte Reden und Schriften, Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim ZK der SED (Hrg.), Mit einem Vorwort von Wilhelm Pieck, Band 1 und II, Berlin, 1955

Mai-Putsch, Der, Die Schuld der Kommunisten an den blutigen Maivorgängen 1929 in Berlin, Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Sonderausgabe 1 der Sozialdemokratischen Parteikorrespondenz [1929/30]

Manuilski, siehe: Manuilskij

Manuilskij, Dmitrij Zacharovič, Die Kommunistischen Parteien und die Krise des Kapitalismus, Bericht vor dem XI. Plenum des EKKI. (26. März – 11, April 1931), Hamburg, 1931

Marchionini, Karl, Bürgerkrieg und Bolschewismus in Deutschland, Leipzig, [4]1924

Maslow, Arkadij, Die taktischen Differenzen in der K.P.D., in: Die Kommunistische Internationale, V, 31/32, Leningrad-Hamburg, 1924, 185 ff

Mehring, Franz, Zur Literaturgeschichte – Von Calderon bis Heine, Mit Vorwort von Eduard Fuchs und Einleitung von August Thalheimer, Berlin, 1929

Mehring, Franz, Zur Literaturgeschichte – Von Hebbel bis Gorki, Mit Einleitung von August Thalheimer, Berlin, 1929

Mehring, Franz, Zur Geschichte der Philosophie, Mit Einleitung und Anhang von August Thalheimer, Berlin, 1932

Meyer, Ernst, Zur Praxis der Einheitsfront, in: Die Internationale, Jg. 5, Berlin, 1922, Heft 3, 54 ff.

Meyer, Ernst, Die deutsche Partei während der Rathenau-Kampagne, in: Die Kommunistische Internationale, IV, 22, Petrograd-Hamburg, 1922, 26 ff.

Mobilmachung gegen Mobilmachung, Berlin, o.J. [1929] Naphtahi, Fritz [Hrsg.], Wirtschaftsdemokratie, Ihr Wesen, Weg und Ziel, Berlin, 1928

Neue Kurs, Der, Reden der Genossen Bucharin und Sinowjew / Brief des Ekki., Herausgeber: Zentral-Komitee der KPD., Berlin, den 25. Sept. 1925

Oktober, Um den, – Trotzki, Kamenew, Sinowjew, Béla Kun, Stalin, Bucharin, Kuusinen, Hamburg, 1925

Olberg, Paul, Die Rote Gewerkschafts-Internationale und die Europäische Gewerkschaftsbewegung, Stuttgart, 1930

Peregrinus [d. i. Leo (vgl. Anm. I.3, 60)] Geschichtliches zur Losung der Arbeiterregierung, in: Die Internationale, Jg. 6, Berlin, 192.3, Heft 4, 106 ff

Peregrinus [d. i. Lee (vgl. Anm. I.3, 60)], Arbeiter- und Bauernregierung und Diktatur, in: Gegen den Strom, 1930, 653 und 668 f. Peregrinus, siehe auch: Aktionsprogramm, Produktions-Kontrolle, Übergangslosungen

Pieck, Wilhelm, Vorwort, in: Rosa Luxemburg, Ausgewählte Reden und Schriften, Marx-Engels-Lenin-Stahin-Institut beim ZK der SED (Hrg.), Band 1, Berlin, 1955, 9 ff.

Pjatnitzki, siehe: Pjatnickij

Pjatnickij, Osip, Die aktuellen Fragen der internationalen Gewerkschaftsbewegung, Bücherei des Parteiarbeiters Band 1, Hamburg-Berlin, 1931 [212]

Pjatnickij, Osip, Brennende Fragen, Die Arbeit unter den Arbeitslosen, Partei- und Gewerkschaftsarbeit im Betrieb, Die Fluktuation im Mitgliederbestand, Bücherei des Parteiarbeiters Band 2, Hamburg-Berlin, 1931

Pjatnickij, Osip, Die Bolschewisierung der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder durch Überwindung der sozialdemokratischen Traditionen, Bücherei des Parteiarbeiters Band 6, Hamburg-Berlin, 1932

Prinzipien-Erklärung, Aktionsprogramm, angenommen auf dem 1. Parteitag 1932 der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Mit einem Vorwort von Paul Frölich, Berlin, o. J. [1932]

Radek, Karl, Die Entwicklung der Weltrevolution und die Taktik der Kommunistischen Parteien im Kampfe um die Diktatur des Proletariats, o. O., o. J. [1919]

Radek, Karl und August Thalheimer, Gegen den Nationalbolschewismus, o.O. [Leipzig], 1920

Radek, Karl, Die Entwicklung der deutschen Revolution und die Aufgaben der Kommunistischen Partei, 2. (erweiterte) Auflage, Hamburg, 1920

Radek, Karl, Soll die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands eine Massenpartei der revolutionären Aktion oder eine zentristische Partei des Wartens sein?, Hamburg, ^{2}1921

Radek, Karl, Die Krisis in der deutschen Kommunistischen Partei, in: Die Internationale, Jg. 3, Berlin, 1921, Heft 7, 236 ff

Radek, Karl, Das dritte Jahr des Kampfes der Sowjetrepublik gegen das Weltkapital, Leipzig, 1921

Radek, Karl, Glossen zum Dritten Kongreß der Kommunistischen Internationale, in: Die Internationale, Jg. 3, Berlin, 1921, Heft 12, 448 ff.

Radek, Karl, Die innere und äußere Lage Deutschlands und die nächsten Aufgaben der VKPD – Offener Brief an den 2. Parteitag der VKPD., Hamburg, 1921

Radek, Karl, In den Reihen der deutschen Revolution 1909–1919, Gesammelte Aufsätze und Abhandlungen von Karl Radek, München, 1921

Radek, Karl, Die nächsten Aufgaben der Kommunistischen Internationale, in: Die Internationale, Jg. 4, Berlin, 1922, Heft 1/2, 2 ff.

Radek, Karl, Der Kampf um die proletarische Einheitsfront, in: Die Kommunistische Internationale, III, 21, Petrograd-Hamburg, 1922, 1 ff.

Radek, Karl, Genua, die Einheitsfront des Proletariats und die Kommunistische Internationale, Rede auf der Konferenz der Moskauer Organisation der Kommunistischen Partei Rußlands am 9. März 1922, Hamburg, 1922

Radek, Karl, siehe auch: Bremer, Karl; Bremer, Paul; Schlageter, Eine Auseinandersetzung; Struthahn, Arnold

Rote Gewerkschaftsbuch, Das, v. August Enderle, Heinrich Schreiber, Jakob Walcher und Eduard Weckerle, Rote Bücher der „Marxistischen Büchergemeinde“ Nr. 5, Berlin, 1932

Roy, Manabendra Nath, Revolution und Konterrevolution in China, Übersetzung aus dem englischen Manuskript von Paul Frölich, Berlin, 1930

Roy, Manabendra Nath, Die Krisis der Kommunistischen Internationale, in: Gegen den Strom, 1929, 39, 7 f; 40, 9; 41, 7 ff; 42, 7 f; 44, 7 f; 46, 14 ff; 50, 7 ff; 52, 8 ff

Rück, Fritz, Von Bismarck bis Hermann Müller, Der Weg der deutschen Sozialdemokratie vom Sozialistengesetz zum Panzerkreuzer A, 1878-1928, Berlin, o.J. [1928] [213]

Schlageter, Eine Auseinandersetzung [Von Karl Radek, Paul Frölich, Graf Ernst Reventlow Möller van den Bruck], Berlin, o. J. [1923]

Schlapnikoff, siehe: Šl’apnikov

Siewert, Robert, Bewilligung oder Ablehnung des Budget in Sachsen, in: Die Internationale, Jg. 4, Berlin, 1922, Heft 3, 59 ff.

Sinowjew, siehe: Zinov’ev

Spartakusbund zur KPD, Vom, Materialien zur Geschichte der K.P.D., Herausgegeben zur Wiederkehr des Gründungsparteitages, Berlin, o. J. [1926]

Staatsstreichwahlen, Faschismus und Der revolutionäre Ausweg, Herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition), Berlin, o. J. [1932]

Stalin, Jossif Vissarionovič, Fragen des Leninismus, Berlin, [7]1955 Streik der Berliner Verkehrs-Arbeiter, Der, Herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands, o. O., o. J.

Šl’apnikov, A. N., Aus der Gewerkschafts-Bewegung in Rußland bis zur Eroberung der Macht, Mit Einl. von H. Brandler, Vom Sozialistischen Aufbau 3, Chemnitz, o. J. [1920]

Struthahn, A. [d. i. Karl Radek], Die Entwicklung der deutschen Revolution und die Aufgaben der Kommunistischen Partei, Stuttgart-Degerloch, 1919

Struthahn, A. [d. i. Karl Radek], Die Diktatur der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei, o. O., 1919

Struthahn, A. [d. i. Karl Radek], Die auswärtige Politik des deutschen Kommunismus und der Hamburger nationale Bolschewismus [Sonderdruck aus: Die Internationale, Jg. 1, Berlin, 1919], o. O., o. J.

Struthahn, A. [d. i. Karl Radek], Der Parteitag der Unabhängigen, in: Die Internationale, Jg. 2, Berlin, 1920, Heft 19/20, 22 ff.

Taktik der Kommunistischen Internationale, Die, (Beschlüsse des V. Weltkongresses), Ergänzungsheft zu: Die Internationale, 1924, Heft 19/20, Berlin, 1924

Taktik und Organisation der Revolutionären Offensive, siehe: Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei

Thälmann, Ernst, Kampfreden und Aufsätze, Herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands, o. O. [Berlin], o. J. [1932]

Thälmann, Ernst, Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Herausgegeben vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim ZK der SED, Band I und II, Stuttgart, 1955; Berlin, 1956

Thälmann, Ernst, Die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Bericht ... über die Tagung des Erweiterten Präsidiums des EKKI, Gehalten im ZK. der KPD. am 20. März 1930, Berlin, 1930

Thälmann, Ernst, Die Lage in Deutschland und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Deutschlands, Referat auf dem XI. Plenum des EKKI [26. März–11. April 1931], Hamburg-Berlin, 1931

Thälmann, Ernst, Katastrophe oder Sozialismus? Kampfruf gegen die Notverordnung. „Wir bieten den SPD-Arbeitern die Hand“, Berlin, 1931

Thälmann, Ernst, Der revolutionäre Ausweg und die KPD, Rede auf der Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands am 19. Februar 1932 in Berlin, Herausgegeben von der KPD, Berlin, o.J. [1932]

Thälmann, Ernst, Im Kampf gegen die faschistische Diktatur, Rede und Schlußwort auf der Parteikonferenz der KPD. [im Oktober 1932], Berlin, o. J. [1932] [214]

Thalheimer, August, Beitrag zur Kenntnis der Pronomina personalia und possessiva der Sprachen Mikronesiens, Dies. phil. Straßburg i. E. 4.3.07, Stuttgart, 1908

Thalheimer, August, Gott, Freiheit und Unsterblichkeit, in: Die Neue Zeit. Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie, 27. Jahrgang, Zweiter Band, Stuttgart, 1909, 107 ff.

Thalheimer, August, Der Schöngeist – oder der moderne Menschenforscher, in: Die Neue Zeit, Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie, 27. Jahrgang, Zweiter Band, Stuttgart, 1909, 292 ff.

Thalheimer, August, Zur „Ergänzung“ des historischen Materialismus, in: Die Neue Zeit, Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie, 28. Jahrgang, Erster Band, Stuttgart, 1910, 439 ff.

Thalheimer, August, Die Geheimlehre und der Mythus, in: Die Internationale, Herausgegeben von Rosa Luxemburg und Franz Mehring [1. Jahrgang,] Heft 1, Bern, 1915, 54 ff.

Thalheimer, August, Der zweite Rätekongreß, in: Die Internationale, Jg. 1, Berlin, 1919, Heft 2/3, 9 ff.

Th.[alheimer], A.[ugust], Über die Kriegstribute, in: Die Internationale, Jg. 1, Heft 4, Berlin, 1919, 5 ff.

Thalheimer, August, Das Agrarprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), in: Die Internationale, Jg. 1, Heft 7/8, Berlin, 1919, 6 ff.

Thalheimer, August, Parlamentarismus, in: Die Internationale, Jg. 1, Heft 15/16, Berlin, 1919, 285 ff.

Thalheimer, August, Die russische und die deutsche Revolution, in: Die Kommunistische Internationale, 1, 3, Petrograd-Moskau, 1919, 35 ff.

Thalheimer, August, Über kommunistische Taktik, in: Die Kommunistische Internationale, I, 4/5, Petrograd-Moskau, 1920, 19 ff.

Thalheimer, August, Die theoretische Arbeit Rosa Luxemburgs, in: Die Internationale, Jg. 2, Berlin, 1920, Heft 19/20, 18 ff.

Thalheimer, August, Kommunismus, Nation und Krieg, in: Radek, Karl und August Thalheimer, Gegen den Nationalbolschewismus, o. O. (Leipzig), 1920, 18 ff.

Th.[alheimer], A.[ugust], Einige politische Bemerkungen zur Frage der kommunistischen Erziehung, in: Die Internationale, Jg. 2, Berlin, 1920, Heft 22, 26 ff.

Th.[alheimer], A.[ugust], Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale, in: Die Internationale, Jg. 2, Berlin, 1920, Heft 25, 1 ff.

Thalheimer, August, Ein Rückfall von „Kinderkrankheit“, in: Die Internationale, Jg. 2, Berlin, 1920, Heft 25, 7 ff.

Thalheimer, August, Der Charakter der Weltwirtschaftskrise, in: Die Internationale, Jg. 2, Berlin, 1920, Heft 26, 44 ff.

Th.[alheimer], A.[ugust], Die Vereinigte Kommunistische Partei, in: Die Internationale, Jg. 2, Berlin, 1920, Heft 26, 6 ff.

Thalheimer, August, Der erste Versuch, in: Die Internationale, Jg. 3, Berlin, 1921, Heft 4, 105 ff.

Thalheimer, August, Reformistische Auflösung – revolutionäre Sammlung, in: Die Internationale, Jg. 3, Berlin, 1921, Heft 13, 477 ff Thalheimer, August, Staatskapitalismus, in: Die Internationale, Jg. 3, Berlin, 1921, Heft 15/16, 553 ff

Thalheimer, August, Zu den Verhandlungen über die Erweiterung der Koalition im Reiche und in Preußen, in: Internationale Pressekorrespondenz, Jg. 1, Berlin, 1921, 5 (4.10.) [215]

Thalheimer, August, Die Theorie und die Praxis des Liquidatorentums. Zur Reichskonferenz der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, In: Die Internationale, Jg. 3, Berlin, 1921, Heft 18/19, 624 ff und ibd., Jg. 4, Berlin, 1922, Heft 1/2, 18 ff; Heft 3, 52 ff.

Thalheimer, August, Die wichtigsten Ergebnisse der erweiterten Exekutiv-Sitzung der Kommunistischen Internationale (21. Februar bis 4. März 1922), in: Die Internationale, Jg. 4, Berlin, 1922, Heft 15, 331 ff.

Thalheimer, August, Die Einheitsfront in Frankreich, in: Die Internationale, Jg. 4, Berlin, 1922, Heft 22, 507 ff und Heft 23, 521 ff.

Thalheimer, August, über die prinzipielle Begründung unserer Taktik, in: Die Internationale Jg. 4, Berlin, 1922, Heft 25, 567 ff.

Th.[alheimer], A.[ugust], Die unrettbare Republik, in: Die Internationale, Jg. 5, Berlin, 1922, Heft 3, 49 ff.

Thalheimer, August, Skizze der Geschichte der Einheitsfront in Deutschland, in: Die Kommunistische Internationale, III, 21, Petrograd-Hamburg, 1922, 14 ff.

Thalheimer, August, Zum kommunistischen Programm, in: Die Kommunistische Internationale, IV, 23, Petrograd-Hamburg, 1922, 118 ff.

Thalheimer, August, Brennende Fragen der Parteiarbeit, in: Die Rote Fahne, Jg. 1922, Nr. 559, 17.12.; 563, 20.12.; 565, 21.12.

Thalheimer, August, Der proletarische Klassenkampf in Deutschland im Jahre 1922, in: Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1922/23, o.O. [Hamburg], o. J., 607 ff

Thalheimer, August, Der Stand der Programmdiskussion nach dem 4. Kongreß, in: Die Internationale, Jg. 6, Berlin, 1923, Heft 1, 21 ff.

Thalheimer, August, 1914 und 1923, Noch einmal zu unserer Taktik im Ruhrkrieg, in: Die Internationale, Jg. 6, Berlin, 1923, Heft 8, 242 ff; auch abgedruckt in: Die Kommunistische Internationale, IV, 26, Petrograd-Hamburg, 1923, 115 ff

Thalheimer, August, Über den Stoff der Dialektik, in: Die Internationale, Jg. 6, Berlin, 1923, Heft 9, 270 ff.

Thalheimer, August, Arbeiterbewegung, in: Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1923/24, Hamburg, o. J., 581 ff.

Thalheimer, August, Über die Handhabung der materialistischen Dialektik durch Lenin in einigen Fragen der proletarischen Revolution, in: Arbeiterliteratur, Jg. 1, Wien, 1924, Nr. 1/2, 13 ff.

Thalheimer, August, Kante 200jähriger Geburtstag in Deutschland, in: Arbeiterliteratur, Jg. 1, Wien, 1924, Nr. 9, 458 ff.

Thalheimer, August, Lenin, der kämpfende Materialist (Rezension von: A. Deborin, Lenin, der kämpfende Materialist, Wien, Verl. für Literatur und Politik), in: Arbeiterliteratur, Jg. 1, Wien, 1924, Nr. 10, 734 f.

Thalheimer, August, Anmerkungen zu Henry Fords Lebensbeschreibung, in: Arbeiterliteratur, Jg. I, Wien, 1924, Nr. 10, 741 ff.

Thalheimer, August, über einige Grundbegriffe der physikalischen Theorie der Relativität vom Gesichtspunkt des dialektischen Materialismus, in: Unter dem Banner des Marxismus, Jahrgang I, Wien-Berlin, 1925, 302 ff.

Thalheimer, August, Die Auflösung des Austromarxismus, in: Unter dem Banner des Marxismus, Jahrgang I, Wien-Berlin, 1925/26, 474 ff und II, 1928, 76 ff.

Thalheimer, August, Die deutsche Sozialdemokratie in der bürgerlichen Republik, in: Die Kommunistische Internationale, VIII, 27, Hamburg-Berlin, 1927, 1303 ff. [216]

Thalheimer, August und A. Deborin, Spinozas Stellung in der Vorgeschichte des dialektischen Materialismus, Reden und Aufsätze zur Wiederkehr seines 250. Todestages, Mit einem Vorwort von Hermann Duncker, Marxistische Bibliothek Band 13, Wien-Berlin, 1928

Thalheimer, August, Einführung in den dialektischen Materialismus (Die moderne Weltanschauung) – Sechzehn Vorträge, gehalten an der Sun-Yat-Sen-Universität zu Moskau vom 5. Februar bis 23. Mai 1928, Marxistische Bibliothek Bd. 14, Wien-Berlin, 1928

Thalheimer, August, Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie, in: Die Einheit. Zeitschrift für Fragen des Sozialismus und der Gewerkschaftseinheit, 3. Jg., Berlin, 1928, 637 ff, 653 f, 675 ff, 709 ff, 730 ff, 805 ff, 817 ff, 891 ff.

Thalheimer, August, Was ist Reformismus und Opportunismus?, in: Die Einheit, Zeitschrift für Fragen des Sozialismus und der Gewerkschaftseinheit, 3. Jg., Berlin, 1928, 865 ff.

Thalheimer, August, Um was geht es? Zur Krise in der Kommunistischen Partei Deutschlands (Eine offene Rede zum Offenen Brief), Berlin, 1929

Thalheimer, August, Die Krise der Kommunistischen Internationale, in: Gegen den Strom, 1929, 10, 5 f; auch abgedruckt in: Arbeiterpolitik, 1929, 8 (9.3.)

Thalheimer, A.[ugust], 1923: Eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923, Berlin, 1931

Thalheimer, August, über den Faschismus, in: Gegen den Strom, 1930, 32 f, 48 f, 66 f.

Th.[alheimer], A.[ugust], Zur Geschichte der Losung der „Arbeiterregierung“, in: Gegen den Strom, 193o, 632 f, 642, 654

Th.[alheimerl, A.[ugust], Zur Losung der Arbeiterkontrolle der Produktion, in: Gegen den Strom, 1931, 180 f.

Thalheimer, August, Über den Begriff der Entwicklung bei Hegel, in: Gegen den Strom, 1931, 275 f

Thalheimer, August, Was ist die Kommunistische Partei?, in: Gegen den Strom, 1932, 39 ff, 50 ff, 66 ff, 76 ff.

Thalheimer, August, Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf

gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampfe gegen den Faschismus versagt und wie muß sie geändert werden?, Berlin, o. J. [1932]

Thalheimer, August, Introduction to dialectical materialism, The marxist world-view, 16 lectures delivered at the Sun Yat-Sen University Moscow, Transl. from the German by G. Simpson and G. Weltner, New York, 1936

Thalheimer, August, Zurück in die Eierschalen des Marxismus [Abschrift eines undatierten Manuskripts aus dem Zeitraum 1946–48 im Besitz von Alfred Schmidt, Frankfurt-M., 22 maschinenschriftliche S.]

Thalheimer, August, Die Potsdamer Beschlüsse, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg, o.O. [Stuttgart], [2]1950

Thalheimer, August, Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem zweiten Weltkrieg, Eine marxistische Untersuchung, o. O. [Stuttgart], [2]1950

Thalheimer, August, Die Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (Die Sowjetunion von heute und die sozialistische Revolution in fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern), o.O. [Stuttgart], 1952 [217]

Thalheimer, August, siehe auch: Anonym; Frazer; Mehring; Radek Trockij, Lev Davydovič, 1917, Die Lehren des Oktober, in: Die Aktion, XV. Jahrgang, Berlin, 1925, Nr. 2/3, Sp. 45 ff.

Trockij, Lev Davydovič, 1917, Die Lehren der Revolution. Mit einem Vorwort von Paul Levi, Berlin, 1925

Trockij, Lev Davydovič, Die Lehren des Oktober, in: Um den Oktober -Trotzki, Kamenew, Sinowjew, Béla Kun, Stalin, Bucharin, Kuusinen, Hamburg, 1925, 7 ff.

Trockij, Lev Davydovič, Die österreichische Krise, die Sozialdemokratie und der Kommunismus, Wien, 1929

Trockij, Lev Davydovič, Die Internationale Revolution und die Kommunistische Internationale, Herausgegeben und mit einem Vorwort versehen von Hans Weber, Berlin, 1929

Trockij, Lev Davydovič, Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? – Arbeitereinheitsfront gegen den Faschismus, Berlin, 1932

Trockij, Lev Davydovič, Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats, Berlin, 21932

Trockij, Lev Davydovič, Stalin, An Appraisal of the Man and his Influence, New York and London, 1941

Trotzki (Trotzkij, Trotsky), siehe: Trockij

Ulbricht, Warter, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Aus Reden und Aufsätzen, Band I: 1918 – 1933, Berlin, 1958

Varga, E., Steuerfrage und Steuerpolitik, Flugschriften der Kommunistischen Internationale 10, Hamburg, 1921

Walcher, Jakob, Die Arbeit in den Gewerkschaften, in: Die Internationale, Jg. 2, Berlin, 1920, Heft 26, 37 ff

Walcher, Jakob, Das deutsche Proletariat und seine Revolution, in: Die Kommunistische Internationale, II, 14, Petrograd-Hamburg, 1921, 126 ff.

Walcher, Jakob, Auf altem Wege vorwärts! Ein Beitrag zur Gewerkschaftsfrage, in: Die Internationale, Jg. 5, Berlin, 1922, Heft 8, 229 ff.

Walcher, Jakob, Eine Abrechnung, Die Kommunistische Gewerkschaftsfraktion auf dem 11. Gewerkschaftskongreß in Leipzig zur Politik des Bundes-Vorstandes, Resolution und Begrüßungsrede, Kleine Flugschriften der Gewerkschaftsabteilung der K.P.D. Heft 16, Berlin, [2]1922

Walcher, Jakob, Ford oder Marx, Die praktische Lösung der sozialen Frage, Berlin, o. J. [1925]

Walcher, Jakob, Bemerkungen zur Oktober-Legende, in: Gegen den Strom, 1929, 8, 4 f; 9, 6 f; 10, 3; 12, 3 f.

Walcher, Jakob, siehe auch: Kampf um unsere Grundsätze!, Im; Rote Gewerkschaftsbuch, Das Washingtoner Konferenz, Die Kommunistische Internationale zur, Thesen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Flugschriften der Kommunistischen Internationale 9, Hamburg, 1921

Was ist Sozialfaschismus?, Berlin, 1930

Was will die KPD-Opposition? (Plattform, verbesserter Entwurf), o. O. [Berlin], o. J. [^{2}1929]

Was will die KPD-Opposition? (Verbesserter Entwurf der Plattform der KPD-O.), III. Auflage, Berlin, 1930

Weiße Schrecken in Mitteldeutschland, Der, Die Wahrheit über die Märzkämpfe, Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses des Preußischen Landtages am 27. und 28. Oktober 1921, Mit einem Vorwort von O. Kilian und einem Anhang „Dokumente“, Herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Halle-Merseburg, Halle, o. J. [1922]

Weniger Lohn! Keine Arbeit! Keine Rechte! Neue Steuern!, Berlin, 1930 [218]

Werner, Paul [d. i. Paul Frölich], Die Bayrische Räte-Republik, Tatsachen und Kritik, Leipzig, o.J. [1919]

Werner, Paul [d. i. Paul Frölich], Münchener Erfahrungen, in: Die Internationale, Jg. 1, Berlin, 1919, Hefte 9/10, 4 ff; 11/12, 233 ff [neue Paginierung], 13/14, 269 ff

Zellen und Arbeitsgruppen, Über die Bildung der kommunistischen, Flugschriften der Kommunistischen Internationale 11, Hamburg, 1921 Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) (Hrg.), Taktik und Organisation der Revolutionären Offensive, Die Lehren der März-Aktion, Leipzig-Berlin, 1921

Zetkin, Klara, Ausgewählte Reden und Schriften, Hrg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Band II: Auswahl aus den Jahren 1918 bis 1923, Band III: Auswahl aus den Jahren 1924 bis 1933, Berlin, 1960

Zinov’ev, Grigorij E., Die Taktik der Kommunistischen Internationale (Rückblick auf die Arbeiten des III. Weltkongresses der Kommunist. Internationale), Bibliothek der Kommunistischen Internationale 26, o. O. [Hamburg], 1921

Zinov’ev, Grigorij E., Die Kommunistische Internationale und die proletar. Einheitsfront, Rede, gehalten in der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale am 24. und 28. Februar 1922 in Moskau, o. O. [Hamburg], 1922

Zinov’ev, Grigorij E., Die Probleme der deutschen Revolution, in: Internationale Presse-Korrespondenz, Jg. 3, Berlin, 1923, Nr. 163, 1387 ff; 164, 1397 ff; 165, 1403 ff; 167, 1419 ff; 168, 1427 ff; 169, 1436 f; 170, 1443 f; 172, 1453 f; 173, 1461 ff; 174, 1469 f.

Zinov’ev, Grigorij E., Probleme der deutschen Revolution, Hamburg, 1923

D. Darstellungen, Untersuchungen. Memoiren

Abendroth, Wolfgang, Die deutschen Gewerkschaften, Weg demokratischer Integration, Heidelberg, 1954

Abendroth, Wolfgang, Bilanz der sozialistischen Idee in der Bundesrepublik Deutschland, in: Bestandsaufnahme. Eine deutsche Bilanz 1962. Sechsunddreißig Beiträge deutscher Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten, Herausgegeben von Hans Werner Richter, München-Wien-Basel, 1962, 233 ff.

Andersen, Evelyn, Hammer oder Amboß, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Nürnberg, 1948

Angress, Werner Thomas, The German Government and the Communist Uprisings, 1921–1923, Dies. phil., California, 1953

Bahne, Siegfried, Der Trotzkismus in Deutschland 1931–1933, Ein Beitrag zur Geschichte der KPD und der Komintern, Diss. phil. Heidelberg, 1958

Bahne, Siegfried, Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Matthias, Erich und Rudolf Morsey (Hrg.), Das Ende d.er Parteien 1933, Düsseldorf, 1960, 653 ff.

Bahne, Siegfried, Zwischen „Luxemburgismus“ und „Stalinismus“, Die „ultralinke“ Opposition in der KPD, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 9. Jg., 1961, 359 ff.

Bartel, Walter, Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg, Berlin, 1958

Berger, R., Fraktionsspaltung und Parteikrisis in der deutschen Sozialdemokratie, M.-Gladbach, 1916 [219]

Bergsträsser, Ludwig, Geschichte der Politischen Parteien in Deutschland, 10., Völlig neubearbeitete und bis auf die Gegenwart fortgeführte Auflage, München, 1960

Berthold, Walter, Die Kämpfe der Chemnitzer Arbeiter gegen die militaristische Konterrevolution im August 1919, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 4. Jg., Berlin, 1962, 127 ff.

Blass, Franz, Die „freien“ Gewerkschaften Deutschlands in ihrem Verhältnis zu den politischen Arbeiterparteien, Diss. rechts- u. staatswies., Würzburg, 1925

Borkenau, Franz, The Communist International, London, 1938 Borkenau, Franz, Der europäische Kommunismus, Seine Geschichte von 1917 bis zur Gegenwart, München, 1952

Bracher, Karl Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik, Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft Band 4, Stuttgart-Düsseldorf, 1955

Brockway, Fenner, Auf der Linken, o. O., 1947

Buber-Neumann, Margarete, Von Potsdam nach Moskau, Stationen eines Irrweges, Stuttgart, 1957

Carr, Edward Hallet, German-Soviet Relations between the two World Wars 1919–1939, London-Oxford, 1952

Carr, Edward Hallet, The Interregnum 1923–1924, (A History of Soviet Russia P.4), London, 1954

Collotti, Enzo (ed.), Die Kommunistische Partei Deutschlands 1918–1933, Ein bibliographischer Beitrag, Milano, 1961

Daniels, Robert Vincent, Das Gewissen der Revolution. Kommunistische Opposition in Sowjetrußland, Köln-Berlin, 1962

Denkschrift über die kommunistische Umsturzbewegung in Deutschland, Im amtlichen Auftrage herausgegeben vom Verlag [Walter de Gruyter & Co.], Berlin-Leipzig, 1933

Drechsler, Hanno, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, 2 Bände, Dies. phil. Marburg, 1962

Deutscher, Isaac, The Prophet Unarmed, Trotsky: 1921–1929, London, 1959

Edinger, Lewis J., Sozialdemokratie und Nationalsozialismus, Der Vorstand der SPD im Exil von 1933–1945, Hannover-Frankfurt/M., 1960

Ende einer Utopie, Das, Hingabe und Selbstbefreiung früherer Kommunisten — Eine Dokumentation im zweigeteilten Deutschland herausgegeben und eingeleitet von Horst Krüger, Olten und Freiburg im Breisgau, 1963

Fabian, Walter, Klassenkampf um Sachsen. Ein Stück Geschichte 1918–1930, Löbau, 1930

Fischer, Ruth, Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution, Frankfurt-M., o. J.

Flechtheim, Ossip K., Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik, Offenbach, 1948

Flechtheim, Ossip K., Literaturbericht: Der Weltkommunismus – gestern und heute, in: Politische Literatur, 2. Jg., Frankfurt-M.-Offenbach, 1953, Heft 7, 247 ff.

Flechtheim, Ossip K., Die Internationale des Kommunismus 1917–1957, in: Zeitschrift für Politik NF, Jg. VI, Berlin, Zürich, Wien, 1959, 231 ff. [220]

Flechtheim, Ossip K., Die Rolle der KPD, in: Der Weg in die Diktatur 1918–1933, München, 1962, 121 ff

Foster, William Z., History of the Three Internationale, The World Socialist and Communist Movements fron 1848 to the Present, New York, 1955

Frölich, Paul, Rosa Luxemburg, Gedanke und Tat, Paris, o. J. [1939]

Frölich, Paul, Rosa Luxemburg, Gedanke und Tat, Hamburg, ^{2}1949

Frölich, Paul, Zum Streit über die Spontaneität, in: Aufklärung, Jahrgang II, Mainz-Köln, 1952, 105 ff.

Geesthacht 60 Jahre Arbeiterbewegung 1890–1950, Herausgegeben von August Ziehl, Geesthacht, o. J. [1958]

Geyer, Curt, Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, Ein soziologischer Versuch, Jena, 1923

Girardet, Herbert, Der wirtschaftliche Aufbau der kommunistischen Tagespresse in Deutschland von 1918 bis 1933, unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Regierungsbezirk Düsseldorf, Diss. phil. Leipzig, 1938

Hallgarten, George W. F., Hitler, Reichswehr und Industrie, Zur Geschichte der Jahre 1918–1933, Frankfurt-M., ^{2}1955

Hauck, Arthur, Spaltungs- und Zersetzungserscheinungen in der deutschen sozialistischen Gewerkschaftsbewegung während der Kriegs- und Nachkriegszeit, Diss. rechts- u. staatswiss. Hamburg, 1923

Hiller, Kurt, Rote Ritter, Erlebnisse mit deutschen Kommunisten, Gelsenkirchen, o. J. [1950]

Keil, Wilhelm, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Band 1 und 2, Stuttgart, 1947–48

Kliem, Kurt, Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich dargestellt an der Gruppe „Neu Beginnen“, Diss. phil. Marburg, 1957

Kochan, Lionel, Russia and the Weimar Republic, Cambridge, 1954

Kolb, Eberhard, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918/19, Dies. phil. Göttingen, 1960

Korn, Karl, Die Arbeiterjugendbewegung, Einführung in ihre Geschichte, Berlin, 1922

Lange, Karlheinz, Die Stellung der kommunistischen Presse zum National-gedanken in Deutschland, untersucht an Hand der Jahrgänge der „Roten Fahne“ 1918–1933, Diss. phil. München, 1946

Langerhans., Heinz, Ruth Fischer, in: Frankfurter Hefte, 16. Jahrg., 1961, Heft 4

Lipinski, Richard, Der Kampf um die politische Macht in Sachsen, Leipzig, 1926

Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim ZK der SED (Hrg.), Die März-kämpfe 1921. Mit Dokumentenanhang, Berlin, 1956

Matern, Hermann, Deutschland in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus 1924 bis 1929. Der Kampf des deutschen Proletariats unter Führung der KPD gegen das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus. Schriftenreihe Lektionen der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED, Berlin, 1956

Matern, Hermann, Deutschland in der Periode der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933, Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse gegen die Gefahr des Faschismus und des Krieges, Schriftenreihe Lektionen der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED, Berlin, 1956

Matthias, Erich, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Erich Matthias und Rudolf Morsey (Hrg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf, 1960, 99 ff. [221]

Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim Zentralkomitee der SED (ed.), Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914–1946, Berlin, ^{2}1955

Merker, Paul, Deutschland, Sein oder Nicht Sein?, I. Band: Von Weimar zu Hitler, Mexico, 1944

Mierendorff, Carl, Die Wirtschaftspolitik der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Diss. phil. Heidelberg, 1923

Naphtali, Fritz, Wirtschaftsdemokratie – Ihr Wesen, Weg und Ziel, Herausgegeben im Auftrage des ADGB, Berlin, 1928

Neumann, Franz L., Behemoth, The Structure and Practice of National Socialism, New York, 1942

Neumann, Sigmund, Die deutschen Parteien, Wesen und Wandel nach dem Kriege, Berlin, 1932

Nollau, Günther, Die Internationale, Wurzeln und Erscheinungsformen des proletarischen Internationalismus, Köln, 1959

Pieck, Wilhelm, Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. 30 Jahre Kampf, Berlin, 1949

Pieck, Wilhelm, Wilhelm Pieck, Dem Vorkämpfer für ein neues Deutschland zum 70. Geburtstag, Berlin, 1946

Pjatnitzki, siehe: Pjatnickij

Pjatnickij, Osip und W. Knorin, Beiträge zur Geschichte der Kommunistischen Internationale, Moskau-Leningrad, 1934

Prager, Eugen, Geschichte der U.S.P.D., Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin, 1921

Preller, Ludwig, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart, 1949

Rettig, Rudolf, Die Gewerkschaftsarbeit der Kommunistischen Partei Deutschlands von 1918 bis 1925 unter besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzungen mit den freien Arbeitergewerkschaften, Diss. phil. Hamburg, 1954 (1955)

Riet, Walter, Die KPD. in der Krise, in: Neue Blätter für den Sozialismus – Zeitschrift für geistige und politische Gestaltung, Jg. 2, Potsdam, 1931, 434 ff.

Riet, Walter, Der Weg der KPD., in: Neue Blätter für den Sozialismus – Zeitschrift für geistige und politische Gestaltung, Jg. 3, Potsdam, 1932, 79 ff.

Riet, Walter, Die innere Krise der KPD., in: Neue Blätter für den Sozialismus – Zeitschrift für geistige und politische Gestaltung, Jg. 3, Potsdam, 1932, 134 ff.

Riet, Walter, Die Splittergruppen der KPD., in: Neue Blätter für den Sozialismus – Zeitschrift für geistige und politische Gestaltung, Jg. 3, Potsdam, 1932, 207 ff

Rosenberg, Arthur, Geschichte des Bolschewismus von Marx bis zur Gegenwart, Berlin, 1933

Rosenberg, Arthur, Entstehung der Weimarer Republik, Herausgegeben von Kurt Kersten, Frankfurt-M., 1961

Rosenberg, Arthur, Geschichte der Weimarer Republik, Herausgegeben von Kurt Kersten, Frankfurt-M., 1961

Schlottner, Erich Heinz, Stresemann, der Kapp-Putsch und die Ereignisse in Mitteldeutschland und in Bayern im Herbst 1923. Ein Beitrag zur Geschichte der Weimarer Republik, Diss. phil. Frankfurt-M., 1947

Schreiner, Albert Hermann (ed.), über das Jahr 1923, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1. Jg., Nr. 1., Berlin 1953, 93 ff. [222]

Schüddekopf, Otto-Ernst, Linke Leute von rechts, Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik, Stuttgart, 1960

Schüddekopf, Otto-Ernst, Karl Radek in Berlin, Ein Kapitel deutsch-russischer Beziehungen im Jahre 1919, in: Archiv für Sozialgeschichte, 2. Band, Hannover, 1962, 87 ff.

Schürer, Heinz, Die politische Arbeiterbewegung Deutschlnnds in der Nachkriegszeit 1918–1923, Dies. phil. Leipzig, 1933

Schumann, Hans-Gerd, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der „Deutschen Arbeitsfront“, Hannover-Frankfurt/M., 1958

Schwarz, Georg, Völker, höret die Zentrale, KPD. bankrott, Berlin, 1933

Schweizerische Eidgenossenschaft contra „Lucy“, Ein Nachwort zu Alexander Footes Bericht und ein Beitrag zur Antwort auf die Frage: „Wer war Lucy?“, in: Der Spiegel, VIII. Jahrg., Hamburg, 1954, Nr. 14, 29 ff.

Stampfer, Friedrich, Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik, Offenbach-Main, [2]1947

Stein, Max, Die Linksopposition in der politischen Arbeiterbewegung 1918 bis 1939, in: Funken, Aussprachehefte für internationale sozialistische Politik, Jg. 10, Ulm, 1959, 103 ff und 125 ff.

Thomas, Hugh, Der spanische Bürgerkrieg, Berlin, Frankfurt/M., Wien, 1962

Timm, Helga, Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der großen Koalition im März 1930, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Heft 1, Düsseldorf, 1952

Toppe, Hilmar, Der Kommunismus in Deutschland, München, 1961

Tormin, Walter, Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Heft 4, Düsseldorf, 1954

Waldman, Eric, The Spartacist Uprising of 1919 and the Crisis of the German Socialist Movement: A Study of the Relation of Political Theory and Party Practice, Milwaukee, 1958

Weber, Hermann, Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht, Wandlungen des deutschen Kommunismus, Hefte zum Zeitgeschehen, Hannover, [2]1961

Weisenborn, Günther, Der lautlose Aufstand, Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933–1945, Herausgegeben von Günther Weisenborn, Hamburg, [2]1962

Wenzel, Otto, Die Kommunistische Partei Deutschlands im Jahre 1923, Diss. phil. FU Berlin, 1955

Wollenberg, Erich, Thälmann – Film und Wirklichkeit, Sonderdruck von: Der Monat. Eine internationale Zeitschrift, o. O. [Berlin], o. J. [1954]

Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands, hrg. v. Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim Zentralkomitee der SED , Berlin, [2]1955

E. Zeitungen und Zeitschriften

Agrar-Probleme, Herausgegeben vom Internationalen Agrar-Institut Moskau, Erster Band / 1. Halbband, Berlin, 1928

Aktion, Die, Herausgeber: Franz Pfemfert, Jg. XV, XVI, Berlin, 1925 f.

Arbeiterliteratur, Jg. 1, Wien, 1924

Arbeiterpolitik, Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus, Jahrgang 1–4, Bremen, 1916–1919 [223]

Arbeiterpolitik, 1. Jg.: Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition), Hrg. Kommunistische Fraktion des sächsischen Landtags (Opposition) [ab April 1929: Verlag Arbeiterpolitik (Paul Böttcher) Leipzig], Leipzig, 1929 [m. L.] 2. Jg.: Tageszeitung der kommunistischen Opposition Deutschlands [auch: Kommunistische Tageszeitung], Hrg. von der KPD (Opposition), Ausgabe A, Leipzig, 1930 [m. gr. L.]; 3. Jg.: –, Ausgabe A, Berlin, 1931 [m. L.]; 4. Jg.: –, [auch: Organ der KPD (Opposition); ab 6.2.1932 wöchentlich] Ausgabe A, Berlin, 1932 [m. L.]; 5. Jg.: –, Berlin, 1933 [Nr. 1–7] Arbeiterpolitik, Organ der KPO (Elsaß) – Sektion der I.V.K.O., Jg. V, Nr. 45, o. O. [Paris], o. J. [1938], [im Widerstandsarchiv IISG, Mappe 433]

Arbeiterpolitik, Jg. 1–12.18/19, o. O. [Stuttgart-Degerloch], 1948–1959

Arbeiter-Tribüne, Süddeutsche (Wochen-)Zeitung des werktätigen Volkes, Organ der Kommunistischen Partei (Opposition) Deutschlands (der KP-Opposition, der KPD-Opposition), Jg. 1–5, Stuttgart, 1929–1933 [m. L.]

Arbeiter-Zeitung, Tageszeitung und Organ der Kommunistischen Partei (Opposition) der Schweiz, Schaffhausen, Nr. 110, 13.5.1933 und Nr. 111, 15.5.1933

Betrieb und Gewerkschaft, Organ für marxistische Strategie und Taktik [Fortsetzung von: Die Einheit], Jg. 1. 18 ff [= 4.18 ff] – 4, Berlin, 1929–1932

Briefe an unsere Leser, Informationen der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik, (Vervielfältigtes Manuskript), Bremen, 1960 [1. Jg.] – 1963.2 [4. Jg.]

Einheit, Die, Zeitschrift für Fragen des Sozialismus und der Gewerkschaftseinheit, Jg. 1–4, Berlin, 1926 – 1929 [ab Jg. 4, 18: Betrieb und Gewerkschaft, Organ für marxistische Strategie und Taktik] Einheitsfront, Die, Blätter zu Deutschlands Erneuerung, Mitteilungen des Volksbundes gegen Bolschewismus E.V., Jg. 1–3, Berlin, 1919–1922

Fahne des Kommunismus, Die, Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten. Jg. 1.12–4, Berlin, 1927–1930 [Fortsetzung von: Mitteilungsblatt (Linke Opposition der KPD.)]

Funken, Aussprachehefte für internationale sozialistische Politik, Jg. 10, Ulm, 1959

Gegen den Strom, Mitteilungsblatt der K.P.D. Ortsgruppe Breslau (Opposition), Breslau, 1928; [Fortgesetzt als:] Gegen den Strom, Organ der K.P.D. (Opposition), Herausgegeben von A.[ugust] Thalheiner, H.[einrich] Brandler, J.[akob] Walcher E.[rich] Hausen, Jg. 2–5.1., Berlin, 1929 – 1932; [Fortgesetzt als:] Gegen den Strom, Organ der KPD (Opposition), Herausgegeben von A. [ugust] Thalheimer, H. [einrich] Brandler, E.[rich] Hausen, Jg. 5.2–6.4,, Berlin, 1932 f, [Fortgesetzt als:] Gegen den Strom, Organ der KPD (Opposition), Jg. 6.5–8, o. O, [Strasbourg, København], 1933–1935

Gesellschaft, Die, Internationale Revue für Sozialismus und Politik, Herausgegeben von Dr. Rudolf Hilferding, 1.-9. Jg., Berlin, 1924–1932

Informationen des P.O.U.M., (Arbeiterpartei der Marxistischen Einigung) – Deutsche Ausgabe –, Jg. 1936–1937.3 [m. L.], Barcelona, 1936 f.

Informationsmaterial der IHV, Herausgegeben von der Internationalen Hilfsvereinigung, Nr. 4 und 5, Strasbourg, 1933 [Oktober] und 1934 [Januar], [Widerstandsarchiv IISG Mappe 691] [224]

Internationale, Die, Zeitschrift (Wochenschrift, Halbmonatsschrift, Monatsschrift) für Praxis und Theorie des Marxismus, Herausgegeben (Begründet) von Rosa Luxemburg und Franz Mehring, Jg. 1–15 [4 und 5 = 1922], Bern, 1915 (1.1); Berlin, 1919 (1.2/3 ff) – 1932 [Ergänzungsheft 1/1925 s. KPD, Die, die einzige Arbeiterpartei]

Internationale Klassenkampf, Der, Herausgegeben von der I.V.K.O. (Internationale Vereinigung der Kommunistischen Opposition), Jg. 1–4.2, Wolfisheim (Bas-Rhin), 1936–1939 [Vervielfältigte Nr. 4, 2 in Nachlaß Heucke, Mappe 1, Fotokopie im Institut f. wissensch. Politik]

Internationale Nachrichten der Kommunistischen Opposition (INKOPP), Herausgegeben von M. N. Roy und A. Thalheimer bzw. vom Vollzugsbüro der „Internationalen Vereinigung der Kommunistischen Opposition“, Jg. 1 und 2 [m. L.], Berlin, 1930, 1931

Internationale Presse-Korrespondenz [INPREKORR], Jg. 1–12 [m. gr. L.], Berlin, Wien, Berlin, 1921–1932

Jugend-Internationale, Kampforgan der Kommunistischen Jugendinternationale, Jg. 9–14, Berlin, 1927/28–1932

Junge Kämpfer, Organ des K.J.V.D. (Opposition), Jahrgang 1–3, Berlin, 1929–1931

Kampfsignal, Das, Wochenzeitung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, Jg. 1 und 2. Berlin, 1932. f [Fortsetzung von: SWZ – Die Fackel]

Klassenkampf, Der, Sozialistische Politik und Wirtschaft, Hrsg.: Max Adler, Paul Levi, Kurt Rosenfeld, Max Seydewitz, Heinrich Ströbel, Jg. 2.13=24 – 5 und Sonderheft „Sozialdemokratie und Wehrproblem“, Berlin, 1928 ff.

Kommunistische Gewerkschafter, Der, Wochenzeitung für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften und Betriebsräten, Jahrgang 1–4 (m. gr. L.), Berlin, 1921–1924

Kommunistische Internationale, Die, Organ (Zeitschrift) des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Jg. 1919–1938 (m. gr. L.), Petrograd, Leningrad-(Moskau-)Hamburg, Berlin, Basel, Strasbourg, 1919–1938

Kommunistische Parteikorrespondenz, Herausgeber: Zentrale der KPD., Jg. 1–3 (m. gr. L.), Berlin, 1921–1923

Kommunistische Rätekorrespondenz, Herausgeber: Parteizentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, Jg. 1919, [m. L.], o. O.

KPD, Die, die einzige Arbeiterpartei in Dawes-Deutschland, Thesen zur politischen Lage und den Aufgaben der KPD, Einstimmig angenommen auf der Tagung des Zentral-Ausschusses am 10./11. Januar 1925, Ergänzungsheft 1 zum Jahrgang 1925 „Die Internationale“, Berlin, 1925

Linkskurve, Die, Herausgeber: Johannes R. Becher, Ander Gabor [u. a.], Jg. 1–4, Berlin, 1929–1932

Mitteilungsblatt (Linke Opposition der KPD.), Herausgeber: Hugo Urbahns, Jg. 1.2–11, Berlin, 1927, [Fortgesetzt als: Fahne des Kommunismus, Die]

Mitteilungsblatt der K.P.D, (Opposition) Geesthacht, Geesthacht, Jg. 1931.1–1932.2 [mimeogr.]

Mitteilungsblatt der Sozialistischen Arbeiterpartei – Geesthacht, Ausgabe Juli 1932 [mimeographiert]

Neue Blätter für den Sozialismus, Zeitschrift für geistige und politische Gestaltung, Herausgegeben von Eduard Reimann, Fritz Klatt, Paul Tillich, Jg. 2 und 3, Potsdam, 1931, 1932

Neue Zeit, Die, Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie, 22. bis 28. Jg., Stuttgart, 1904–1910

Parteiarbeiter, Der, Jg. 1–10 [m. gr. L.], Berlin, 1923–1932 [225]

Propagandist, Der, Monatsschrift für die Propaganda des Marxismus Leninismus – Herausgegeben vom Zentralkomitee der KPD, Jg. 2 und 5, Berlin, 1931/32

Rote Aufbau, Der, Monatsschrift für Politik, Wirtschaft, Sozialpolitik und Arbeiterbewegung, Herausgeber: Willi Münzenberg, Jg. II ff, Berlin, 1929 ff [Fortgesetzt als: Unsere Zeit]

Rote Einheit, Mitteilungsblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition) und der revolutionären Gewerkschaftsopposition Bezirk Württemberg, 1. Jg., Nr. 1–4, Stuttgart, 1929

Rote Fahne, Die, Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) bzw. (Sektion der Kommunistischen Internationale) [m. gr. L.], Berlin, 1919–1932

Rote Fahne, Die, Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) Bez. Groß-Berlin, Berlin, 1919

Rote Gewerkschafts-Internationale, Die, Herausgegeben vom Vollzugsbüro der Roten Gewerkschafts-Internationale, Moskau, Jahrgang 1.8–12, Moskau [Berlin], 1921–1932

Rotes Gewerkschafts-Bulletin (R.G.B.), Herausgegeben vom Mitteleuropäischen Bureau der Roten Gewerkschafts-Internationale, Jg. 1–10 (m. L.), Berlin, 1921–1930

SAZ – Sozialistische Arbeiterzeitung, Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, Breslau-Berlin, 1931–1933

Sozialdemokratische Parteikorrespondenz, Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Jg. 1929–1933

SWZ – Die Fackel, Sozialistische Wochenzeitung, Gegen Nationalismus und Kulturreaktion. Jg. 1. Berlin 1931 [ab 1.6.1931: SWZ – Die Fackel, Sozialistische Wochenzeitung, Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Fortsetzung: Kampfsignal, Das]

Unsere Zeit, herausgegeben von Willi Münzenberg, VI. Jahrgang des „Roten Aufbau“, Heft 1–4, Berlin, 1933

Unter dem Banner des Marxismus, Jahrgang I–VII, Wien-Berlin, 1925/26-1932, Wien 1933

Volksrecht, Das, Mitteilungsblatt für Partei, Gewerkschaft und Kommunal-Politik, Herausgegeben von der kommunistischen Stadtverordneten-fraktion Offenbach a.M., Jg. 1–4 [m. gr. L.] Offenbach a.M., 1925–1928 [Fortgesetzt als:]

Volksrecht, Das, Organ der Kommunistischen Partei (Opposition) Hessen-Frankfurt [auch: (Organ der Kommunistischen Opposition Deutschlands, Hessen-Frankfurt)], Jg. 5–8,9 [m. gr. L.], Offenbach a.M., 1929–1932

Vorwärts, Berliner Volksblatt, Zentralorgan der SPD, 46. Jg., Berlin, 1929

F. Protokolle, Versammlungsberichte, Thesen etc.

Bericht des Internationalen Propaganda-Komitees der Revolutionären Metallarbeiter an die 3. Konferenz der revolutionären Metallarbeiter, Berlin, 1925

Berichte, Protokolle, Thesen und Resolutionen Parteitage KPD:
Berichte über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919, Herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), o. O., o. J.

Bericht über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 20. bis 24. Oktober 1919, Herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), o. O., o. J. [226]

Bericht über den 5. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 25. und 26. Februar 1920, Herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), o. O., o. J.

Bericht über den 4. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 14. und 15. April 1920, Herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), o. O., o. J.

Bericht über den 5. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) vom 1. bis 3. November 1920 in Berlin, Herausgegeben von der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), Berlin, 1921

Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der U.S.P.D (Linke) und der K.P.D. (Spartakusbund), Abgehalten in Berlin vom 4. bis 7. Dezember 1920, Herausgegeben von der Zentrale der Vereinigten

Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin, 1921 Bericht über die Verhandlungen des 2. (7.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), Abgehalten in Jena vom 22. bis 26. August 1921, Herausgegeben von der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin, 1922

Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923. Herausgegeben von der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin, 1923

Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), Abgehalten in Frankfurt a.M. vom 7. bis 10. April 1924, Herausgegeben von der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin, 1924

Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925, Herausgegeben vom Zentral-Komitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin, 1926

Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), Essen vom 2. bis 7. März 1927, Herausgegeben vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin, 1927

Thesen und Resolutionen des XI. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, Essen 2. bis 7. März 1927, Herausgegeben vom Zentral-Komitee der KPD, Berlin, 1927

Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), Berlin-Wedding 9. bis 16. Juni 1929, Herausgegeben vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin, o.J.

Jahresbericht für das erste Geschäftsjahr 1931 [der Ortsgruppe Geesthacht der K.P.O.], (Materialien Ziehl)

Kampf, Der internationale, des Proletariats gegen Kriegsgefahr und Faszismus, Protokoll der Verhandlungen der internationalen Konferenz in Frankfurt am Main vom 17. bis 21. März 1923, Berlin, 1923

Protokolle, Berichte, Thesen und Beschlüsse Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale:

Taktik, Die, der Kommunistischen Internationale gegen die Offensive des Kapitals. Bericht über die Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, vom 24. Februar bis 4. März 1922, Bibliothek der Kommunistischen Internationale 27, o. O. [Hamburg], 1922 [227]

Bericht über die Tätigkeit des Präsidiums und der Exekutive der Kommunistischen Internationale für die Zeit vom 6. März bis 11. Juni 1922, o. O. [Hamburg], 1922

Protokoll der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale Moskau 12.-23. Juni 1923, Hamburg, 1923

Protokoll Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau 21. März bis 6. April 1925, Hamburg, 1925

Protokoll [VI.] Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale Moskau, 17. Februar bis 15. März 1926, Hamburg-Berlin, 1926

Thesen und Resolutionen der [VI.] Erweiterten Exekutive (Febr.–März 1926), Hamburg, 1926

Protokoll der [VII.] Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau 22. November bis 16. Dezember 1926, Hamburg-Berlin, 1927

Protokoll 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Moskau, 3. Juli 1929 bis 19. Juli 1929, Hamburg-Berlin, 1929

Protokoll Fünfzehnter Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, 2.–19. Dezember 1927 in Moskau, Hamburg-Berlin, 1928 [Protokoll der] Jahresversammlung der K.P.D.O. am Sonnabend, den 2. Januar 1932 abends 8 Uhr im Lokale von A. Friedrichs [Geesthacht], (Materialien Ziehl)

Protokolle, Berichte, Thesen und Resolutionen Kongresse Kommunistischen Internationale:

Der I. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen in Moskau vom 2. bis zum 19. März 1919, Bibliothek der Kommunistischen Internationale VII, o. O. [Hamburg], 1921

Berichte zum zweiten Kongreß der Kommunist.[ischen] Internationale, Bibliothek der Kommunistischen Internationale 21, o. O. [Hamburg], 1921

Der zweite Kongreß der Kommunist.[ischen] Internationale, Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August 1920 in Moskau, Bibliothek der Kommunistischen Internationale 22, o.0. [Hamburg], 1921

Leitsätze und Statuten der Kommunistischen Internationale (Beschlossen vom II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale Moskau, vom 17. Juli bis 7. August 1920), Bibliothek der Kommunistischen Internationale III, o. O. [Hamburg], 1920

Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale (Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921), Bibliothek der Kommunistischen Internationale Bd. XXIII, o. O. [Hamburg], 1921

Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921), Bibliothek der Kommunistischen Internationale XX, o. O. [Hamburg], 1921

Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale, Petrograd-Moskau vom 5. November bis 5. Dezember 1922, Bibliothek der Kommunistischen Internationale 38, o. O. [Hamburg], 1923

Bericht über den IV. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Bibliothek der Kommunistischen Internationale 37, o. O. [Hamburg], 1923

Thesen und Resolutionen des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Moskau vom 5. November bis 5. Dezember 1922, Bibliothek der Kommunistischen Internationale 36, o. O. [Hamburg],1923

Protokoll Fünfter Kongreß der Kommunistischen Internationale, Band 1 und II, o. O. [Hamburg], o. J. [1925] [228]

Thesen und Resolutionen des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Moskau, vom 17. Juni bis 8. Juli 1924, Hamburg, 1924

Protokoll Sechster Weltkongreß der Kommunistischen Internationale – Moskau, 17. Juli–1. September 1928, Band 1, 3, 4, Hamburg-Berlin, 1928

Protokolle, Berichte, Beschlüsse, Resolutionen und Aufrufe Kongresse Rote Gewerkschafts-Internationale

Protokoll über den Dritten Kongreß der Rotem Gewerkschafts-Internationale, abgehalten in Moskau vom 8. bis 21. Juli 1924, o. O.[Moskau-Berlin], o. J. [1924]

Die Internationale Gewerkschaftsbewegung in den Jahren 1924–1927, Bericht des Vollzugsbüros der Roten Gewerkschafts-Internationale an den 4. Kongreß, in Moskau am 15. März 1928, Moskau[-Berlin], o. J.

Protokoll über den Vierten Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale, abgehalten in Moskau vom 17. März bis 3. April 1928, Moskau [-Berlin], 1928

Beschlüsse, Resolutionen und Aufrufe des 4. Kongresses der Roten Gewerkschafts-Internationale, Abgehalten in Moskau vom 17. März bis 3. April 1928, Moskau [-Berlin], 1928

Protokoll des V. Kongresses der Roten Gewerkschafts-Internationale, abgehalten in Moskau vom 15.–30. August 1930, 2 Bände, Moskau [-Berlin], 1930

Protokoll der VI. Session des Zentralrates der Roten Gewerkschafts-Internationale. Abgehalten im Moskau vom 15. bis 24. Dezember 1929, Moskau [-Berlin], 1930

[Protokoll der] Mitgliederversammlung der S.A.P.-Ortsgruppe Geesthacht am 2. März 1933, (Materialien Ziehl)

[Protokoll der] Mitgliederversammlung der K.P.D.O. Geesthacht, am Sonnabend, den 24. Oktober 1931 abends 8 Uhr bei Aug. Friedrichs, (Materialien Ziehl)

Protokoll Parteitage USPD siehe: Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Chemnitz vom 15. bis 21. September 1912, Berlin, 1912

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages vom 2. bis 6. März 1919 in Berlin, o. O., o. J.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Leipzig vom 30. November bis 6. Dezember 1919, o. O. [Berlin], o. J.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei [Deutschlands], Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Halle, Vom 12. bis 17. Oktober 1920, Berlin, o.J. [1920]

Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, Band 344 ff, Berlin, 1920 ff

C. Jahrbücher, Handbücher, Sammelwerke, Nachschlagewerke

Degener, Herrmann A.L. (Hrg.), Unsere Zeitgenossen, Wer ist’s?, IX. Ausgabe, Berlin, 1928

Hammer, Walter, Hohes Haus im Henkers Hand, Rückschau auf die Hitlerzeit, auf Leidensweg und Opfergang Deutscher Parlamentarier, Frankfurt-M., 1956 [229]

Handbuch des Hessischen Landtags, IV. Wahlperiode, 1958–1962, Wiesbaden, 1959

Handbuch des Landtages Sachsen-Anhalt, Halle(Saale), o. J. [1947]

Handbuch für den Preußischen Landtag, Ausgabe für die 2. Wahlperiode (von 1925 ab), Herausgegeben vom Büro des Preußischen Landtags., Berlin, 1925

Handbuch für den Preußischen Landtag, Ausgabe für die 3. Wahlperiode (von 1928 ab), Herausgegeben vom Büro des Preußischen Landtags, Berlin, 1928

Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung, 1922/23, 1923/24, 1925/26, Hamburg bzw. Hamburg-Berlin, o. J.

Osterroth, Franz, Biographisches Lexikon des Sozialismus, Bd. 1: Verstorbene Persönlichkeiten, Hannover, 1960

Reichsgesetzblatt, Teil I, Herausgegeben vom Reichsministerium des Innern, Berlin, 1931

Reichstags-Handbuch, IV. Wahlperiode 1928, Berlin, 1928

Sächsischer Landtag 1950, Dresden, o. J. [1950]

SBZ von A bis Z, Ein Taschen- und Nachschlagebuch über die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands. Herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn, ^{6}1960

The International Who’s Who, Fifteenth Edition, London, 1951

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in London (Hrg.), Weißbuch der deutschem Opposition gegen die Hitlerdiktatur. Erste Zusammenstellung ermordeter, hingerichteter oder zu Freiheitsstrafen verurteilter deutscher Gegner des Nationalsozialismus, Als Manuskript vervielfältigt, London, o. J. [1946]

Wer ist Wer?, XI. Ausgabe von Degeners Wer Ist’s?, Hrg. v. Walter Habel, Berlin, 1951

Wer ist Wer? XIV. Ausgabe vom Degeners Wer Ist’s?, Band I, Hrg. v. Walter Habel, Berlin, 1962

Wer ist Wer in der SBZ?, Ein biographisches Handbuch, Berlin-Zehlendorf, o.J. [1958]

Who‘s Who in Switzerland 1950/51, ed. by Dr. H. and E. Girsberger, Zürich, 1952

H. Soziologische und gesellschaftstheoretische Literatur

Abendroth, Wolfgang, Das Problem dar Beziehungen zwischen politischer Theorie und politischer Praxis in Geschichte und Gegenwart der deutschen Arbeiterbewegung, in: Die Neue Gesellschaft, Jg. 5, Bielefeld, 1958, Heft 6, 466 ff.

Habermas, Jürgen, Zur philosophischen Diskussion um Marx und den Marxismus, in: Philosophische Rundschau, 5. Jahrgang, Tübingen, 1957, 165 ff.

König, René, Artikel „Organisation“ in: René König (Hrg.), Soziologie, Das Fischer-Lexikon 10, 214 ff.

König, René, Artikel „Struktur“ in: René König (Hrg.), Soziologie, Das Fischer-Lexikon 10, 283 ff.

Marx, Karl, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Karl Marx, Politische Schriften, Erster Band, Herausgegeben von Hans-Joachim Lieber, (Karl Marx, Werke, Schriften, Briefe, Band III/1), Darmstadt, 1960, 268 ff. [230]

Marx, Karl, Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: Karl Marx, Politische Schriften, Zweiter Band, Herausgegeben von Hans-Joachim Lieber (Karl Marx, Werke, Schriften, Briefe, Band III/2), Darmstadt, 1960, 882 ff.

Marx, Karl, Die Klassenkämpfe in Frankreich, in: Karl Marx, Politische Schriften, Erster Band, Herausgegeben von Hans-Joachim Lieber (Karl Marx, Werke, Schriften, Briefe, Band III/1), Darmstadt, 1960, 121 ff.

Michels, Robert, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Neudruck der zweiten Auflage, Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Werner Conze, Stuttgart, o.J.

Schmidt, Alfred, Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx, Frankfurter Beiträge zur Soziologie 11, Frankfurt-M., 1962

Sombart, Werner, Der proletarische Sozialismus, 2 Bde., Jena, 1924

Sweezy, Paul M., Theorie der kapitalistischen Entwicklung, Eine analytische Studie über Prinzipien der Marxschen Sozialökonomie, Köln, 1959 [231]

Anhang V Personenregister

Durch das Personen-Register wird der Text-Band (Band I) erschlossen. Es wird außerdem auf diejenigen Stellen in den Anhängen I bis III (Band II) verwiesen, die ausführlichere Hinweise (Lebensläufe, Parteidokumente etc.) auf in Band I erscheinende Personen enthalten.

Adler, Max: I, 160

Altwein, Fritz: I, 45, 142; II, 2

Andersen (Komm. Opposition Schwedens): I, 268

Bachmann, Otto: I, 231

Baier, Karl: I, 290

Barbé, Henri: I, 254, 262

Bassüner, Albert: I, 76

Bauer, Otto: I, 186, 282

Beck, Hans: I, 58, 64, 68, 133

Becker, Ernst: I, 85, 133

Becker, Karl: I, 42, 51 f; II, 46-50, 115

Becker, Ludwig: I, 230

Bell (Mitgl. d. EKKI): I, 94

Bergmann, Theodor: I, 347

Berker, Wilhelm: I, 136

Bodemann (KP der Schweiz): I, 265

Böttcher, Paul: 1, 14, 22, 27, 34, 35, 58, 62 f, 64 f, 68, 85, 90, 96, 99, 115, 117, 132 f, 158, 230, 239; II, 2

Bolen, Václav: I, 260

Bolze, Waldemar: I, 69, 99, 117, 246, 347, II, 2

Braeuning, Karl: I, 99, 115, 324, 340; II, 2 f.

Brandler, Heinrich: I, 3, 5 f, 10 ff, 14 ff, 18 f, 26–29, 31, 33–36, 38, 39–49, 52 ff, 57–61, 63–74, 76, 78, 81, 85 f, 90–93, 98-101, 108, 116–118, 120, 124, 126, 1750 ff, 139, 149, 151 f, 154 f, 157 f, 160, 162 ff, 166 f, 172, 178, 190, 193 f, 196 f, 201, 206 f, 209, 211, 219, 221 f, 224, 227, 229 f, 239, 241–244, 246, 248, 251 f, 257 f, 263 ff, 268, 271, 285 f, 288, 296, 303 f, 317, 325, 328, 336, 339 f, 341, 346–350; II, 3 f, 15 f, 17 f, 23–36, 37-39, 40-43, 44 f, 51, 74, 81 f.

Braun, Otto: I, 176

Breitscheid, Rudolf: I, 282

Bringolf, Walter: I, 265 f, 270, 330

Brockway, Fenner: I, 331

Brüning, Heinrich: I, 160, 176, 179, 185-190, 212, 238, 299

Bucharin, Nikolaj I.: I, 25, 55, 57 ff, 61 f, 67, 75, 89, 97, 152, 165, 259, 261, 337; II, 104

Cuno, Wilhelm: I, 30, 32 f, 307

Dahlem, Franz: I, 56; II, 124

Daladier, Edouard: I, 332

Deisen, Wilhelm [Willy]s, I, 28, 49, 51, 57, 68, 99; II, 4

Dimitrov, Georgi: I, 334

Dupre, Kurt: I, 144

Eberlein, Hugo: I, 39, 42, 83; II, 114

Ebert, Friedrich: I, 337

Ehlers, Adolf: I, 45, 49, 57, 68, 142; II, 4

Ehrmann, Walter: I, 305

Eisler: siehe Gerhart

Enderle, August: I, 28, 40, 44, 68, 75, 82, 86, 96 f, 99, 117, 126, 158, 167, 239, 242, 244, 246, 257, 286, 290; II, 4 f.

Engels, Friedrich: I, 102, 105, 150

Engert, Otto: I, 99, 230 f, 325; II, 5

Erb (Komm. Opposition der Schweiz): I, 266

Ercoli [d. i. Palmiro Togliatti]: I, 259

Erzberger, Matthias: I, 273

Ewert, Arthur: I, 28, 51, 57, 65 f, 82, 85, 99; II, 122

Ferguson (englischer Kommunist): I, 58

Fischer (MdL Thüringen): I, 230

Fischer Ruth [Elfriede Golke geb. Eisler]: I, 15 f, 18 f, 26 ff, 33, 39 f, 42, 44 ff, 47 ff, 51, 53–56, 58, 60, 75 f, 204, 217 f, II, 93 f.

Flyg (Komm. Opposition Schwedens): I, 268

Foster, William Z.: I, 261

Frank, Karl: I, 117, 159 f, 167, 178, 190, 195 f, 207 f, 239, 242 f, 257, 286, 289 f, 292; II, 5

Frazer, James George: I, 141

Frick, Wilhelm: I, 231

Frölich, Paul: I, 3, 5 ff, 9, 12, 14 f, 27, 40, 42, 51 f, 67, 86, 96 f, 99 f, 117, 124, 126 f, 130, 132, 141, 149, 154, 161, 166 f, 190 f, 221, 230, 239, 242–246, 248 f, 251, 257, 286, 289 f, 29

II, 5 f, 46–50, 82

Fuchs, Eduard: I, 136

Galm, Heinrich: I, 28, 51, 66, 76, 84–86. 89, 93–97, 112, 115, 117, 120, 199, 231, 233, 284, 286, 292; II, 6

Gebhardt, Hermann: I, 117, 257, 286

Gerhart [d. i. Gerhart Eisler]: I, 28, 42, 51, 57, 83 ff; II, 115

Geschke, Otthomar: I, 28

Gitlow, Benjamin: I, 268

Gottwald, Clement: I, 260

Graupe (soz.-dem. Minister): I, 25

Grönsfelder, Karl: I, 28, 42, 20, II, 6

Grylewicz, Anton: I, 220

Guralskij: siehe Kleine

Gussew (Mitgl. d. EKKI): I, 94

Hais, Josef: I, 260

Halbe, Erna [Lang-]: I, 51, 99, 117, 167, 239, 246, 257, 286; II, 7

Hammer (MdL Württemberg): I, 230

Hanke, Rudolf: I, 348 ff

Hausen, Erich: I, 28, 62, 64, 66, 76, 83–86, 89, 93–97, 112, 115, 117, 130 f, 158, 193, 195, 239, 243, 245 f, 259 f, 286, 317, 323 f, 326 f, 330, 340; II, 7

Heckert, Fritz: I, 12, 34, 44; II, 90

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich: I, 345

Herriot, Edouard: I, 271

Herzog, Wilhelm: I, 54

Heucke, Alwin: I, 12, 64, 93, 115, 136, 167, 245, 292; II, 7

Hilferding, Rudolf: I, 183, 185

Hindenburg, Paul von: I, 185 f, 298

Hirschfeld, C. L.: I, 141

Hitler, Adolf: I, 183 f, 186, 190, 204, 298, 301, 306, 309 f, 312 f.

Höglund (schwedischer Sozialist): I, 263

Hueber, Charles: I, 262, 271

Hugenberg, Alfred: I, 183 f, 186, 190, 204

Humbert-Droz, Jules: I, 90, 98, 265

Jahn, Hermann: I, 347

Jannack, Karl: I, 49

Janus, Richard: I, 96, 129, 136

Jílek, Bohuslav: I, 260 f

Jurr, Werner: I, 117, 141, 142, 144, 206; II, 7

Kamenew [Lev B. Kamen’ev]: I, 38, 54, 58, 75, 218, 221

Kapp, Wolfgang: I, 8 f, 20, 27, 34, 307

Katz, Iwan: I, 59

Kautsky, Karl: I, 102, 105

Kilbom, Karl: I, 263, 266, 268, 329

Kleine, August [d. i. Guralskij]: I, 39; II, 114

Klimpt, Werner: I, 99

Knief, Johann: I, 132

Köhler, Max: I, 12, 46, 49, 68 f, 76, 86, 96, 100, 115, 117, 158, 167, 239, 257, 286, 289 f; II, 8

Koenen, Wilhelm: I, 39, 42; II, 114

König, Arthur: I, 28

Kohlrausch, Erich: I, 141, 231

Kolarow (Mitgl. d. EKKI): I, 94

Korsch, Karl: I, 50

Kovanda (Komm. Opposition der ČSR: I, 261

Kun, Bela: I, 94

Kuusinen, Otto: I, 67, 94, 97

Lang, Joseph: I, 99, 290; II, 8

Ledebour, Georg: I, 223

Lehmann, Kurt: I, 90

Leipart, Theodor: I, 308

Lenin, Vladimir Il’ič: I, 10 f, 16 f, 19, 25, 38, 96, 98, 127, 150 155, 168, 222, 339, 344

Leo [vgl. Anm. 1.3, 6.0; Pseudonym: Peregrinus]: I, 31, 70, 73, 117, 271, 317, 325, 339 f; II, 8

Levi, Paul: I, 5, 11, 14, 16, 19, 48, 211; II, 83

Lieberasch, Arthur: I, 28, 99, 115, 230; II, 9

Liebknecht, Theodor: I, 223

Loewenheim, Walter: I, 223

Lominadse Besso I, 68

Losowsky [Solomon Aleksandr Lozovskij]: I, 59, 82, 174

Lovestone, Jay: I, 261, 268, 270, 330, 339

Lubinski, D.: I, 129

Luxemburg, Rosa: I, 3 f, 47 f, 50, 52, 101, 131, 151, 168, 296

Mandel (Komm. Opposition der Schweiz): I, 265 f, 268

Manuilski [Dmitrij Zacharovič Manuilskij]: I, 201

Marx, Karl: I, 29, 101–108, 127, 150, 182, 272–282, 298, 345

Maslow, Arkadij: I, 15 f, 18 f, 26 f, 33, 38 ff, 42, 44 f, 47, 49, 51, 54 ff, 58, 60, 76, 192, 204, 217 f; II, 94

Maurín, Joaquín: I, 270, 335

Mehring, Franz: I, 101 f, 105, 131, 141

Melcher, Erich: I, 94

Merker, Paul: I, 174, 178

Meyer, Ernst: I, 12, 14, 43, 51 f, 57–59, 61–63, 65–68, 97, 99; II, 46-50, 90

Meyer, Hermann: I, 133

Möller, Heinz: I, 85, 136, 178, 191, 193, 195, 242 f 292

Molotow [V. M. Molotov]: I, 97

Mourer (Komm. Opposition des Elsaß): I, 262, 271

Müller (Generalleutnant): I, 34

Müller, Grete: I, 144

Müller, Hermann: I, 110, 180, 183, 185, 190

Müller, Oskar: I, 92

Müller, Werner: I, 317, 324 f

Münzenberg, Willi: I, 143

Muna, Alois: I, 260, 268

Napoleon III.: I, 272–282

Neumann, Heinz: I, 28, 61, 68, 90 f, 177 f, 204; II, 126

Neurath, Alois: I, 260. 266, 268, 270

Nin, Andrés: I, 335

Noske, Gustav: I, 337

Papen, Franz von: I, 281, 299, 301

Peregrinus: siehe Leo

Pieck, Wilhelm: I, 12, 40–42, 57, 76, 143; II, 89

Pjatakow [Jun Pjatakov]: I, 36, 38, 336

Pless, Philipp. I, 94, 115, 136; II, 9

Proudhon, Pierre Joseph: I, 277

Purman [Mitgl. d. EKKI]: I, 94

Radek, Karl [Sobelsohn]: I, 5 ff, 15 f, 19, 21 ff, 26, 36, 38 f, 41, 53, 59, 65, 75, 157, 336; II, 37–39, 40-43, 44 f, 51, 83

Rathenau, Walther: I, 20–22, 273

Rehbein, Karl: I, 96

Reichenbach, Bernhard: I, 213

Reinhard, Fritz: I, 144

Renmele, Hermann: I, 39, 41 f, 56, 61, 90 f; II, 114

Rötzscher (MdL Sachsen): I, 230

Rosenberg, Arthur: I, 18, 65; II, 130

Rosenfeld, Kurt: I, 160 ff, 213, 216 f, 239, 288 f.

Rothziegel, Harry: I, 141

Roy, Manabendra Nath: I, 141, 264, 266, 268, 330

Rück, Fritz: I, 12, 69; II, 90

Rykow [Aleksej Rykov]: I, 89, 337

Saefkow, Anton: I, 325

Samuelson, Oskar: I, 263, 266

Schacht, Hjalmar: I, 181

Scheler, Hermann [gen. Titus]: I, 305

Schlageter, Albert Leo: I, 28 Schlamm,

Willi [William S.]: I, 191, 264

Schleicher, Kurt von: I, 299 ff

Schlör, Jakob: I, 142, 144, 148

Schmidt, Alfred: I, 12, 46, 67, 92, 96, 115, 117, 230, 347; II, 9

Schneller, Ernst: I, 50

Schober, Johannes: I, 186

Schönfelder, Gustav: I, 264

Scholem, Werner: I, 76, 218

Schreckler (Komm. Opposition des Elsaß): I, 268

Schreiber (MdL Sachsen): I, 230

Schreiner, Albert: I, 28, 86, 96, 117, 126, 158; II, 10, 52

Schreiter, Fritz: I, 94, 231

Schulze (MdL Thüringen): I, 230

Schumann, Georg: I, 325

Seeckt, Hans von: I, 35

Seigewasser, Hans: I, 289

Semard Pierre I, 58

Serra [d. i. Angelo Tasca]: I, 94, 98, 259

Serrati, Giacinto M.: I, 14

Severing, Carl: I, 185 f, 204

Seydewitz, Max: I, 160 ff, 213-217, 239

Seyfert (SAP): I, 289

Siemsen, Anna: I, 239

Sillèn (KP Schwedens.); I, 263

Sinowjew [Grigorij E. Zinov’ev]: I, f, 33, 37 ff, 41, 43, 54, 57 ff, 74, 218, 221, 336; II, 97

Skalek, Josef: I, 260

Sneevliet, Henryk: I, 338

Söchtig, Erich: I, 348, 350

Sonbart, Werner: I, 141

Souvarine, Boris: I, 222

Stalin, Jossif Vissarionovič: I, 38, 54 f, 57 f, 61, 67, 84, 89 f, 97 f, 109, 111, 163, 165, 171, 173 f, 218 f, 221, 259, 261, 285, 296, 336 f, 344 f

Stampfer, Friedrich: I, 95

Steffen, Reinhold: I, 64, 97, 129

Sternberg, Fritz: I, 239

Stinnes, Hugo: I, 20

Strasser, Otto: I, 187

Stresemann, Gustav: I, 32, 35

Ströbel, Heinrich: I, 160, 239 f

Stutschka, Peter: I, 1, 94

Tasca, Angelo: siehe Serra

Tenner (MdL Thüringen): I, 230

Thälmann, Ernst: I, 16, 18 f, 28 56 f, 61, 63, 65, 66–68, 75, 82–88, 90 f, 96 f, 99 f,. 109, 111, 119, 124, 128, 189, 201, 204 f, 218, 249; II, 96

Thalheimer, August: I, 3, 5, 7 ff, 11 f, 13–16, 20–27, 29, 31, 35, 38–40, 42, 45–49, 52 ff, 58–61, 63, 65–68, 70, 75 f, 79 f, 85–91, 93, 98–101, 101–108, 112 f, 116 f, 119, 124 ff, 129 ff, 139 ff, 149, 157–168, 171 f, 174, 178 f, 187 f, 190–196, 198, 205, 207 f, 211, 219, 221 f, 229, 239, 241-246, 248 f, 251 ff, 258, 266, 268, 271–282, 285, 287 f, 294 f, 312, 317, 325, 328, 335 f, 339 f, 341–348; II, 10 f, 37-39, 40–43, 44 f, 51, 55–62, 82

Thomas (KPO-Minderheit): I, 290

Tittel, Hans: I, 12, 45, 51 f, 57 f, 65, 68, 81 f, 90 ff, 96, 115, 117, 129, 158, 230, 239, 242, 244, 317, 340; II, 11 f.

Tomski [Michail Tomskij]: I, 89

Treviranus, Gottfried: I, 187

Trotzki [Lev Davydovič Trockij]: I, 17, 334 384 42, 46 f, 54, 57 f, 74, 165, 218–222, 269 f, 282, 335; II, 111

Uhlmann, Walter: I, 142, 144 f, 323 ff; II, 12

Ulbricht, Walter: I, 56, 94 f, 97, 199, 304, 349; II, 124

Urbahns, Hugo: I, 62, 67, 218 ff, 288

Varga, Hagen: I, 152

Walcher, Jakob: I, 3 f, 10, 12, 14, 27, 41, 43 ff, 64, 68, 74, 76, 82, 84, 86, 93, 964 99, 101, 112 f, 117 f, 126,130, 133, 149, 158, 161, 167, 191, 196, 207, 224, 239, 242 f, 245 f, 248 f, 251, 257 f, 268, 285 f, 289 f, 293; II, 12, 82

Weber, Hermann: I, 347

Wieser (KP der Schweiz): I, 265

Wiest, Fritz: I, 99, 317, 324 f.

Wijnkoop, David: I, 259

Winkelmann (MdL Thüringen): I, 230

Wirth, Joseph: I, 20 f.

Wittorf, Wilhelm: I, 83–88, 100, 111, 119, 124

Wolfstein, Rosi [Frölich-]: I, 3, 12, 49, 51, 68, 99, 112, 246, 292; II, 13

Zeigner (Ministerpräsident): I, 28, 34 ff

Zetkin, Klara: I, 12, 14, 21, 41, 43 f, 51, 58 f, 69, 76, 79, 98, 143; II: 89

Zörgiebel (Polizeipräsident): I, 173, 201

Zweiling, Klaus: I, 239